Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

332.05
BAA
1924²

ECONOMICS
SEMINAR

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Bank

Monatshefte für Finanz- und Bankwesen

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

II. Halbjahr 1924

BANK VERLAG
Berlin W 57, Mansteinstrasse 9

Digitized by Google

INHALT.

Abhandlungen

Abendbörse, Frankfurter (Not.) 662
Aktienwesen (Not.) 456
Anleihe und Reichsbankpolitik, Die 677
Aufwertung 475
Aufwertungshausse 413
August 1924, Der 573

Bankbeamte (Not.) 590
Bankbedingungen (Not.) 662
Bankenorganisation, Probleme der. Von Dipl.-Kaufmann Karl L. Schmitt 376
Bankenwende. Von Alfred Lansburgh 361
Bankgeheimnis (Not.) 662
Bankkartelle (Not.) 590
Bankkonditionen, Die. Von W. Boes 635
Bankzinsen (Not.) 523
Bedeutung der Transaktionen in fremder Währung, Die. Von Ernst Sachs u. W. Boes 496, 635
Börsenintervention (Not.) 456
Börsensteuer (Not.) 662

Chinesischen Geldwesens, Der gegenwärtige Stand des. Von Dr. O. Garrels 699

Darlehnskassen (Not.) 398
Darmstädter und Nationalbank 742
Deutsche Bank 742
Deutsche Geldmarkt während der Stabilisierungsperiode, Der. Von Bernhard Mahrholz 709
Deutsche Golddiskontbank (Not.) 398, 456, 523, 590, 662, 732
Deutsche Privatnotenbanken in 1924: 524, 590 (Not.), 732 (Not.)
Deutscher Privatbankiers, Der Verband (Not.) 398
Deutsche Rentenbank (Not.) 398, 662, 732
Deutsche Währung, Um die neue. Von Alfred Lansburgh 423
Deutsche Wirtschaftsführer 414
Devisengesetzgebung (Not.) 662
Devisen-Reserven. Von Alfred Lansburgh 485, 553

Drei Goldbilanzen 742
Dresdner Bank 742

Frankfurter Abendbörse (Not.) 662
Fremden Währungen, Die Bedeutung der Transaktionen in. Von Ernst Sachs u. W. Boes 496, 635

Geldmarkt, Der zerstörte 472
Geldwesen, Der gegenwärtige Stand des chinesischen. Von Dr. O. Garrels. 699
Geschäftsaufsicht, Die (Not.) 398
Goldbilanzen, Drei 742
Golddiskontbank, Deutsche (Not.) 398, 456, 523, 590, 662, 732
Goldkapital 546
Gulden. Der holländische 744

Holländische Gulden, Der 744

Index-Währung 610
Inflationsgewinner und Kriegsgewinner 680

Juli 1924. Der 506
Juni 1924. Der 439

Kredit. Das Recht auf 472
Kreditpolitik. Von Alfred Lansburgh 689
Kriegsgewinner und Inflationsgewinner 680

Landwirtschaftliche Zoll, Der. Von Alfred Lansburgh 621
Londoner Protokoll, Das 614

Mai 1924. Der 382
Münzprägung (Not.) 456
Münzgesetz (Not.) 523
Münzwesen (Not.) 590, 732

Neue deutsche Währung, Um die. Von Alfred Lansburgh. 423
Neue Reichsbank, Die 545

Oktober 1924, Der 714

Postscheckeinlagen (Not.) 523
Postscheckverkehr (Not.) 662

Privatbankiers, Der Verband deutscher. (Not.) 398
Privatnotenbanken, Deutsche 524, 590 (Not.), 732 (Not.)
Probleme der Bankenorganisation. Von Dipl.-Kaufm. Karl L. Schmitt 376
Protokoll, Das Londoner 614

Recht auf Kredit, Das 472
Reichsbankausweis, Der 743
Reichsbank, Die neue 545
Reichsbankpolitik u. die Anleihe, Die 677
Reichsbank u. Deutsche Privatnotenbanken in 1924 524
Rentenbank (Not.) 398, 662

Scheidemünzen, Silberne (Not.) 732
Seehandlung (Not.) 662
September 1924, Der 645
Silberne Scheidemünzen (Not.) 732
Spareinlagen (Not.) 523
Sparkassen (Not.) 590
Stabilisierungsperiode, Der deutsche Geldmarkt während der. Von Bernhard Mahrholz 709
Steuerschraube, Die 543
Summum jus — Summa injuria 475

Transaktionen in fremden Währungen. Die Bedeutung der. Von Ernst Sachs u. W. Boes. 496, 635.

Ueberfremdung und Ueberfremdungsabwehr. Von Rafael Bernfeld 562
Um die neue deutsche Währung. Von Alfred Lansburgh 423

Verband deutscher Privatbankiers, Der (Not.) 398

Währungen, Die Bedeutung der Transaktionen in fremden. Von Ernst Sachs u. W. Boes. 496, 635
Währung, Um die neue deutsche. Von Alfred Lansburgh 423
Wirtschaftsführer. Deutsche 414

Zerstörte Geldmarkt, Der 472
Zoll, Der landwirtschaftliche. Von Alfred Lansburgh 621.

Digitized by Google

Statistik

Abrechnungsverkehr d. dtsch. Reichsbank 392, 452, 520, 587, 658, 729
Akt.-Ges., Gründungen von 396, 454, 521, 589, 660, 730
Akt.-Ges., Kapitalserhöhungen von 396, 454, 521, 589, 660, 730
Aluminium 650
Arbeitsmarkt 384, 442, 508, 575, 649, 717
Augsb. Börse, Zulassg. a. d. 453, 659
Außenhandel Deutschlands 384, 441, 507, 574, 716
– Englands 441, 716
– Frankreichs 441, 507, 71[illegible]
– d. Ver. Staaten 441, 717
Ausweise europ. Notenbanken 395, 448, 516, 583, 655, 725

Baumwolle 387, 445, 512, 578, 650, 721
Berliner Börse, Kurse a. d. 389, 446, 514, 580, 651, 723
– Zulassungen a. d. 395, 452, 520, 587, 658, 729.
Blei 387, 444, 512, 721
Börsenkurse. Siehe Berliner Börse
Bremer Börse, Zulassgn. a. d. 396, 454, 730
Breslauer Börse, Zulassungen a. d. 395, 520, 587, 658
Budapester Börse 388, 722

Clearing. Siehe Londoner Cl.

Danziger Börse, Zulassgn. a. d. 396, 454
Devisenkurse Berlin 392, 451, 519, 586, 658, 728
Diskontsätze 391, 448, 516, 583, 655, 725
Dresdner Börse. Zulassgn. a. d. 396, 453, 521, 588, 659, 729

Einzelfirmen, neue. 398, 456, 523, 590, 662, 732
Eisenmarkt, amerik. 386, 444, 511, 577, 649, 719
– belg. u. luxemb. 444, 649
– dtsch. 385, 443, 510, 576, 649, 719
– engl. 386, 443, 510, 577, 649, 719
– französ. 386, 649

Ernte 386, 444, 511, 517, 650, 720
Essener Börse, Zulassgn. a. d. 395, 452, 659
Europ. Notenbanken. Ausweise der 395, 448, 516, 583, 655, 725

Flachs 579
Frankfurter Börse, Zulassgn. a. d. 395, 452, 520, 587, 658, 729

Geldmarkt 389, 446, 514, 580, 652, 723
Genossenschaftsgründungen 396, 456, 523, 589, 660, 730
G. m. b. H.-Gründungen 396, 454, 521, 589, 660, 730
— Kap.-Erhöhungen 396, 454, 521, 589, 660, 730
Getreide 386, 444, 511, 517, 650, 720
Gründungen v. Akt.-Ges. 396, 454, 521, 589, 660, 730
— Genossenschaften 396, 456, 523, 589, 660, 730
— G. m. b. H. 396, 454, 521, 589, 660, 730
— offener Handelsges. 398, 456, 523, 590, 662, 732
Gummi 387, 445, 512, 579, 721

Hamburger Börse, Zulassgn. a. d. 454, 588
Hannov. Börse, Zulassgn. a. d. 587
Hanf 387, 445, 512, 579, 651, 721

Jute 387, 445, 512, 579, 651, 721

Kaffee 444, 511, 720
Kakao 387, 444, 511
Kali 386, 444, 511, 577, 649, 720
Kap.-Erhöhungen von Akt.-Ges. 396, 454, 521, 589, 660, 730
— von G. m. b. H. 396, 454, 521, 589, 660, 730
Kohlenmarkt, amerik. 385, 576
— belg. 443, 576
— dtsch. 385, 443, 510, 576, 648, 718
— engl. 385, 443, 511, 576, 649, 719
— französ. 385, 719
Kölner Börse, Zulassgn. a. d. 395, 587, 659
Königsberger Börse, Zulassungen a. d. 395, 453, 521, 587
Konkurse 384, 442, 509, 575, 647, 718
Kupfer 387, 444, 512, 578, 650, 721
Kurse. Siehe Berliner Börse.

Leder 387, 579, 651
Leipziger Börse, Zulassgn. a. d. 396, 453, 588, 659, 729
Londoner Börse 388, 445, 513, 579, 651, 722
Londoner Clearing 390, 447, 515, 581, 653, 724
Londoner Privatdiskont 389, 447, 514, 581, 653, 723

Magdeburger Börse, Zulassgn. a. d. 395, 729
Mannheimer Börse, Zulassgn. a. d. 396, 454, 659
Münchener Börse, Zulassgn. a. d. 395, 453, 521, 587, 659, 729

New York Associated Bank-Ausweise 390, 448, 516, 582, 654, 725
New Yorker Börse 388, 445, 513, 579, 651, 722
Notenbankausweise, Europäische 395, 448, 516, 583, 655, 725

Offene Handelsges. 398, 456, 523, 590, 662, 732

Pariser Börse 388, 446, 513, 580, 652, 722
Personalgesellschaften 398, 456, 523, 590, 662, 732

Reis
Roheisensyndikat 385, 443, 719

Salpeter 386
Seide 387, 512, 721
Silber 387, 444, 512, 578, 650
Spiritus 721
Staatsfinanzen, Deutsche u. ausländ. 383, 440, 507, 573, 646, 715
Stettiner Börse. Zulassgn. a. d. 395, 453, 521, 587
Stickstoff 386, 444, 511, 577, 649, 720
Stuttgarter Börse, Zulassungen a. d. 659

Tee 387, 444, 511, 721

Warenpreise 388, 445, 513, 579, 651, 722
Wechselkurse, amerik. 390, 448, 516, 582, 654, 724
— deutsche 392, 451, 519, 586, 658, 728
— engl. 389, 447, 515, 581, 653, 724
— französ. 390, 447, 516, 582, 654, 724
Weltverkehr 384, 441, 508, 574, 646, 717
Weltwirtschaft 383, 441, 507, 574, 646, 716
Wiener Börse 388, 513, 580, 722
Wolle 387, 445, 512, 578, 650, 721

Zink 512, 578, 721
Zinn 387, 444, 512, 578, 650, 721
Zucker 387, 444, 511, 578, 650, 720
Zulassungen a. d. deutschen Börsen 395, 452, 520, 587, 658, 729
Zusammenschlußbewegung 385, 509, 575, 648, 718
Zwickauer Börse, Zulassgn. a. d. 659

Digitized by Google

Zentral-Notenbanken.

Die Ausweise werden regelmäßig auszugsweise in der Monatsübersicht sowie vierteljährlich am Schl der Hefte veröffentlicht. Hier finden sich auch die Ausweise der deutschen Rentenbank und Golddiskontbank. Die ausführlichen Ausweise der deutschen Reichsbank, der deutsc Privatnotenbanken, der Bank von England, und der Bank von Frankreich finden sich Schlusse jeden Heftes.

Deutsche Kreditbanken (Abschlüsse, Monatsübersichten usw.)

Werden allmonatlich in alphabetischer Reihenfolge im Anschluß an die Monatsübersicht veröffentli

---

Ausländische Banken (Abschlüsse, Monatsübersichten usw.)

Argentinien 409

Belgien 674
Brasilien 409
Bulgarien 407

Chile 410
China 410
Columbien 410
Costa Rica 410
Cuba 410

Dänemark 741
Deutsch-Oesterreich 599

Ecuador 411
Egypten 411
England 467

Frankreich 536
Griechenland 408
Guatemala 411

Holland 675

Italien 670
Japan 409
Jugoslavien 609

Luxemburg 675

Mexiko 411

Nicaragua 411
Niederlande 675
Norwegen 741

Paraguay 411
Persien 412
Peru 412
Portugal 740

Rumänien 408
Rußland 673

San Salvador 412
Schweden 740
Schweiz 671
Spanien 739

Tschechoslowakei 607
Türkei 408

Ungarn 604
Uruguay 412

Venezuela 412
Ver. Staaten von Nordamerika 538

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin. Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin W 9
Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33, Köpenickerstr. 154.

Digitized by Google

332.05
BAF
1924

Bankenwende.

1. Jahresbilanzen.

Der gesetzlichen Vorschrift gemäß haben die Berliner Großbanken — seit dem Zusammenschluß der Darmstädter mit der Nationalbank noch 7 an der Zahl — ihre Bilanzen für das Jahr 1923 veröffentlicht, und zwar in Papiermark. Die begleitenden Geschäftsberichte betonen fast ausnahmslos, daß die Bilanzen kein Abbild der wirklichen Geschäftslage darstellen, sondern nur in formaler Erfüllung gesetzlicher und statutarischer Bestimmungen aufgestellt worden sind. Mit anderen Worten: Die Bilanzen sind wertlos. Darf man den Banken daraus einen Vorwurf machen? Darf man sie tadeln, weil sie den Hieroglyphen der Papiermark-Abschlüsse nicht eine kommentierende Goldmark-Bilanz beigegeben haben? Der Vorwurf wäre ungerecht. Denn eine mit größter Gewissenhaftigkeit aufgestellte Gold- oder Rentenmark - Bilanz würde nicht minder wertlos sein. Die Rechnungseinheit der Wertansätze wäre dann allerdings eine bekannte und vergleichbare Größe, im Gegensatz zur Papiermark, die unlösbare Rätsel aufgibt, weil sie nicht die Papiermark der Jetztzeit, d. h. der billionte Teil der Rentenmark ist, sondern ein buntes Gemisch von Inflationsgeld der verschiedensten Perioden und Wertgrößen, deren Addition zu einer „Bilanzsumme" wie die Addition von Gold-, Kupfer- und Eisen-Barren anmutet. Aber wenn auch im Gegensatz hierzu ein brauchbarer N e n n e r vorhanden wäre, würde doch auch dann immer noch der Z ä h l e r fehlen. Denn die Banken sind zur Zeit der Feststellung ihrer Jahresbilanzen einfach außer Stande gewesen, anzugeben, mit wie viel Einheiten eines festbestimmten Geldes ihre Anlagen und Forderungen einzeln oder in ihrer Gesamtheit am 31. Dezember 1923 in Ansatz zu bringen gewesen wären. B u c h m ä ß i g ließen sich die Werte nicht errechnen, weil es eine Buchführung bis zum Herbst 1923 nicht gab; was sich so nannte, war die zu glattem Unsinn gewordene Fortsetzung einer Uebung, die nur so lange einen Zweck hatte, wie sich mit den niedergeschriebenen Ziffern eine bestimmte Wertvorstellung verband. Und im Wege der I n v e n t u r waren halbwegs zuverlässige Bilanzwerte gleichfalls nicht zu ermitteln. Nicht einmal für den handgreiflichsten Teil der Aktiva, die sogenannten Substanzwerte, gab es einen verwendbaren Bewertungsmaßstab. Wie sollten die Banken z. B. ihre Geschäftshäuser, mit ihr wichtigstes Aktivum, in die Bilanz einsetzen? Zum auf Gold umgerechneten Herstellungswert? Das hätte eine gewaltige Ueberwertung bedeutet,

583031

Digitized by Google

denn die Herstellungskosten sind im Hinblick auf einen weit überschätzten, völlig anormalen Geschäftsumfang der Banken aufgewendet worden und sind, gemessen am heutigen Ausmaß der Geschäfte, kaum noch zu einem Drittel gerechtfertigt. Der Verkaufswert der Gebäude liegt aber z. Zt. meist noch unter diesem Drittel. Und ähnliches gilt von allen übrigen Aktivposten: den Beteiligungen, den Effektenbeständen, ja sogar den gedeckten Debitoren, deren Deckung infolge der Liquidationskrisis an der Börse sehr fragwürdig geworden ist. Eine Ausnahme bilden eigentlich nur die Kassen- und Devisenbestände.

Die Veröffentlichung der Bankbilanzen in einer praktisch wertlosen Form und ohne jeden erläuternden Kommentar beruht also nicht auf Böswilligkeit oder Steuerscheu, sondern ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit, mit der die Bankleitungen naturgemäß jeder konkreten Bewertung ihres eigenen Geschäfts gegenüberstehen. A posteriori eine richtige Goldbilanz per Ende 1923 aufzustellen sind sie einfach außer Stande, und auch eine Augenblicksbilanz wäre notwendig ein Objekt der reinen Willkür. Man könnte ebenso gut von einem Robinson verlangen, er solle eine exakte Bilanz seines Inselreich-Eigentums anfertigen, obwohl es ihm an jedem Bewertungsmaßstabe dafür fehlt. Nichtsdestoweniger werden die Banken demnächst der gesetzlichen Forderung nachkommen und eine Goldbilanz aufstellen müssen. Aber man kann es begreifen und sogar billigen, daß sie so lange wie möglich zögern, einen Vermögensstand zu publizieren, der entweder zu günstig ist und später die Gewinne auffrißt, weil er durch Abschreibungen korrigiert werden muß, oder zu ungünstig ausfällt und alsdann den Kredit unnötig schädigt, auf alle Fälle aber ein falsches Bild bietet.

Schon die Aufstellung der Papiermark-Bilanzen hat den Banken, wie deutlich zu erkennen ist, viel Kopfzerbrechen gemacht. Denn es hat diesmal keineswegs in ihrer Macht gestanden, restlos das Verfahren anzuwenden, das sie in früheren Jahren gern angewendet haben, wenn der Effektivwert irgend eines Aktivpostens zweifelhaft war, nämlich den betreffenden Posten auf null abzuschreiben oder doch so niedrig zu bewerten, daß ein weiterer Buchverlust ausgeschlossen war. Bei konsequenter Befolgung dieses Verfahrens, d. h. bei voller Abschreibung aller nicht absolut goldwertigen Anlagen im Eigenbesitz und Vornahme stärkster Rückstellungen auf die Forderungen wäre für die Banken die Gefahr entstanden, daß die Aktiva buchmäßig hinter ihren Schuldverpflichtungen zurückblieben und sich eine Unterbilanz ergab. Die Passiva, die im Gegensatz zu den Aktiven eine feststehende, von Konjunktur und Bewertungsprinzipien unabhängige Größe sind — vom Eigenkapital abgesehen —, haben den Abschreibungen auf der Aktivseite und der vorsorglichen Bildung stiller Reserven Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden durften. Das interessanteste Moment in den diesjährigen Bilanzen und zugleich

Digitized by Google

das wichtigste Kriterium für die tatsächliche Stärke der Banken ist daher in dem Ausmaß zu erblicken, in dem die einzelnen Institute die Aktiva haben völlig abschreiben oder unter ihren mutmaßlichen Schmelzwert herunterdrücken können, ohne unter die durch die Passiven gezogene Minimalgrenze zu geraten.

Geht man unter diesem Gesichtspunkt an die Prüfung der sonst völlig farblosen Bilanzen heran, so ist das Resultat ein überraschend gutes. Die Banken haben nicht nur ihre eigenen Effektenbestände und Konsortialbeteiligungen völlig abschreiben und mit einer reinen Registerziffer (meist 1 Billion) einsetzen, sondern auch ihre dauernden Beteiligungen, ihre Bankgebäude und sonstigen Immobilien ohne Wertansatz lassen können. Die Deutsche Bank ist zwar nicht ganz so weit gegangen, hat vielmehr ihre Effekten und Beteiligungen zusammen mit etwa 4 Trillionen P. M. (entsprechend etwa 4 Millionen Rentenmark) in die Bilanz eingesetzt; doch macht auch diese Ziffer nur einen minimalen Bruchteil des Effektivwerts aus. Praktisch sind alle diese Posten aus den Bilanzen so gut wie verschwunden. Wenn man berücksichtigt, daß allein die Bankgebäude der 7 Banken und ihrer Filialen einen Wert von mindestens 300 Millionen Goldmark darstellen würden, sofern man den Bewertungsmaßstab der Vorkriegszeit an sie legen dürfte, und wenn man sich ferner vergegenwärtigt, welche hohen, wenngleich nicht präzisierbaren Werte in den dauernden Beteiligungen stecken, so erkennt man, daß die Banken sich einen erheblichen Teil ihres Eigenvermögens zu erhalten verstanden haben. Es ist völlig unmöglich, auch nur annähernd zu berechnen, wie groß dieser Teil absolut oder prozentual zum Eigenkapital der Vorkriegszeit ist, und es ist nichts dagegen zu sagen, daß die Banken erst gar nicht den Versuch gemacht haben, ihn zu beziffern. Da sie aber auf die Einstellung dieser Werte in die Aktivseite der Bilanz verzichtet haben, sind sie andrerseits genötigt gewesen, auch die Gegenposten auf der Passivseite zu eliminieren, da sonst ein Defizit entstanden wäre. Sie haben also das Aktienkapital und die Reserven lediglich mit ihrem nominellen, unaufgewerteten Papiermark-Betrag eingesetzt. Dieser Betrag macht nur bei denjenigen Banken, die im letzten Herbst neue Aktien mit hohem GeldentwertungsAgio ausgegeben haben (z. B. Disconto-Gesellschaft und Mitteldeutsche Creditbank), eine in Rentenmark darstellbare, wenn auch kleine Ziffer aus; bei den übrigen Banken ist er in hochwertigem Gelde überhaupt nicht auszudrücken. So steht nunmehr in den Bilanzen einem unbekannten und deshalb nicht bezifferten Eigenkapital eine gleichfalls unbekannte und nicht bezifferte Vermögensmasse gegenüber, und erst die kommenden Goldbilanzen werden Aufschluß darüber geben, wie die Banken jene Masse bewerten zu dürfen glauben, und welches Goldkapital daher als vorhanden anzusehen ist.

Allerdings brauchen die aus der Aktiv- und Passivseite der Papiermark-Bilanzen eliminierten Posten (hier „Substanz", dort

Digitized by Google

Aktienkapital und Reserven) sich keineswegs genau zu decken. Bei welchen Banken dies etwa der Fall sein wird, bei welchen dagegen ein Teil der aus der Bilanz herausgehobenen Aktivwerte mit zur Deckung der Verpflichtungen herangezogen werden muß, und bei welchen schließlich die Forderungen (unter Hinzurechnung der Eigenbestände) über die Verpflichtungen hinausgehen, sodaß ein Teil von ihnen zusätzliches Eigenkapital darstellt, darüber können sich die Banken selbst nur ein ganz ungefähres und wenig verläßliches Urteil bilden. Sie wissen freilich, welcher Teil ihrer Wechselbestände — die diesmal außerordentlich niedrig, nämlich mit ca. 39 Mill. Bill.-Mark ausgewiesen werden, weil die meisten Wechsel zur Reichsbank, einzelne Kategorien auch als Kreditdeckung nach dem Ausland gewandert sind, — abgeschrieben ist und eine stille Reserve bildet. Dasselbe wissen sie von den Reports, Warenvorschüssen und namentlich von den Debitoren, die einige Banken, wie die Disconto-Gesellschaft und die Berliner Handels-Gesellschaft, besonders stark heruntergeschrieben zu haben scheinen. Sie wissen auch, wie hoch sich ihre Valutenbestände und Auslandsguthaben belaufen, die neben dem Kassenbestand der verläßlichste Aktivposten sind, und die in den Bilanzen, hauptsächlich als „Nostro-Guthaben", mit etwa zwei Fünfteln der ganzen Bilanzsumme, bei der Berliner Handels-Gesellschaft mit noch erheblich mehr, erscheinen. Aber sie wissen nicht, wie es um die definitive Einbringlichkeit ihrer ungedeckten Außenstände und um die Realisierbarkeit der Pfänder bei den gedeckten steht. Dafür ist der Verlauf der gegenwärtigen Krisis ausschlaggebend. Und so hängt es auch wesentlich von diesem Verlauf und von dem Verhältnis der bereits erlittenen oder noch kommenden Verluste zu den vorgenommenen Abschreibungen ab, wie hoch sich der Effektivwert der Gesamt-Aktiva über die Summe der Verpflichtungen erheben wird, bei welchen Banken also schließlich das Reinvermögen größer, und bei welchen es kleiner sein wird als die nicht ausgewiesenen Teile der „Substanz".

Um das Reinvermögen nach Kräften zu stärken, haben die Banken davon abgesehen, den im vorigen Jahre erzielten Gewinn auszuschütten, sondern ihn zu Abschreibungen und Rückstellungen verwendet. Nur die Berliner Handels-Gesellschaft hat einen Teil (1, 1 Millionen Bill.-Mark) zur Verteilung einer Dividende von 1 Prozent auf das Kapital — dieses als Goldkapital angesehen — herangezogen. Einen korrekten Gewinn-Ausweis können die Banken diesmal nicht veröffentlichen. Denn die Summierung von Einnahmen, die an jedem Tage in einem Gelde mit anderer Kaufkraft erzielt worden sind, muß zu noch unsinnigeren Ergebnissen führen als eine Addition auf den Sachkonten der Bilanz. Deshalb wirkt es einigermaßen befremdend, daß die Mehrzahl der Banken den Bruttogewinn, den sie ausweisen, und der notwendigerweise ein Phantasieprodukt ist, in gewohnter Weise detaillieren, als ob es sich um exakt festgestellte Ziffern mit genau nachweisbarer

Digitized by Google

Provenienz handelte: So und so viel an Provisionen vereinnahmt, so und so viel an Zinsen usw. Richtig verfährt hier nur die Deutsche Bank, die den „rechnungsmäßigen Ueberschuß" in einer Gesamtziffer angibt, ohne ein Hehl daraus zu machen, daß diese Ziffer nur ein Gleichgewichtsposten ist, eingesetzt in genau derjenigen Höhe, die nötig war, um die Unkosten, Steuern und Abschreibungen auf Mobilien und Immobilien im Bruttogewinn unterbringen zu können. Alle übrigen Banken haben es fertig bekommen, aus Buchziffern, die jedes Sinnes entbehren, einen Ueberschuß zu errechnen, der über die Unkosten hinaus noch einen Reingewinn läßt; freilich — mit Ausnahme der Berliner Handels-Gesellschaft — nur, um diesen Reingewinn sofort wieder als „Ausgleichsposten" oder „Vortrag" in der Bilanz verschwinden zu lassen. Die Disconto-Gesellschaft verzichtet zwar wie die Deutsche Bank auf den Ausweis eines Reingewinnes, der beim besten Willen nicht korrekt ermittelt werden kann, sondern konstatiert mit ihrer Gewinnrechnung lediglich, daß die Unkosten aus einem gleich hohen Ueberschuß und nicht etwa aus dem Gesellschaftsvermögen bestritten worden sind; aber diesen Ueberschuß, den sie selbst als ein behelfsmäßig konstruiertes Kunstprodukt erkennen läßt, zergliedert sie dennoch in Zins-, Provisions- und sonstige Gewinne, als ob es sich um eine mechanisch getreue, verifizierte Uebertragung aus den Büchern handelte. Daß im übrigen in den Gewinnrechnungen aller detaillierenden Banken dem Zinsenkonto erheblich größere Einnahmen zugerechnet werden als dem Provisionskonto, und daß mit Ausnahme der Mitteldeutschen Creditbank kein Institut einen Effektengewinn ausweist, mag rein referierend erwähnt werden; irgend welche Folgerungen lassen sich daraus angesichts der faktischen Bedeutungslosigkeit der Ziffern nicht ziehen.

Das einzige, was sich den veröffentlichten Gewinnrechnungen positiv entnehmen läßt, ist, daß die Banken im Jahre 1923 sehr hohe Einnahmen erzielt haben. Wenn die Dresdner Bank 9,4 Mill. Bill.-Mark und die Darmstädter-Nationalbank sogar 11,3 Millionen Bill.-Mark als Reingewinn ausweisen zu dürfen glauben, nachdem sie die Einnahmen aus den Beteiligungen und dem Effektengeschäft gekürzt haben, so bedeutet das 5 bis 6 Prozent des vollen Vorkriegskapitals und 20 bis 25 Prozent desjenigen Goldkapitals, das die Börse heute den beiden Banken kursmäßig zuerkennt. Das ist außerordentlich viel und um so bemerkenswerter, als die eigentliche Hauptgewinnquelle der Banken in den letzten Jahren mehr und mehr zum Versiegen gekommen ist. Die Einlagen der Depositenkundschaft, die schon Ende 1922 stark zusammengeschrumpft waren, haben im vorigen Jahr einen weiteren starken Rückgang erlitten. Aus den veröffentlichten Depositen- und Kreditorenziffern der Bilanzen ist das nicht ohne weiteres zu ersehen. Rechnet man die Vergleichszahlen von 1922 in Rentenmark um, so ergibt sich bei einigen Banken, wie der Darmstädter-Nationalbank

Digitized by Google

und der Commerzbank, eine ansehnliche Zunahme der Einlagen und bei der Gesamtheit der 7 Banken zum mindesten keine Abnahme. Eine Verminderung ließe sich nur dann konstatieren, wenn man die ziffernmäßig ungefähr gleich großen Einlagen von 1922 und 1923 auf ihre Kaufkraft hin gegen einander abwägen wollte; dann würde sich, da Ende 1922 die Kaufkraft von je 1750 Papiermark (die damals einer Goldmark entsprachen) erheblich größer war als Ende 1923 die Kaufkraft einer Billionmark oder einer Rentenmark, ein starker Rückgang der Einlagen ergeben. Aber gegen die Zulässigkeit einer solchen vergleichenden Umrechnung erheben sich gewichtige Bedenken, und streng genommen ist überhaupt jeder Vergleich der diesjährigen Einlagenziffern mit den vorjährigen unstatthaft. Denn die Zusammensetzung der fremden Gelder hat sich, ohne daß das in den Bilanzen erkennbar wäre, erheblich verändert. Es stecken in den diesmaligen Einlagen große Summen „Durchgangs-Gelder", d. h. Gelder, die den Banken nicht zur beliebigen Verwendung im Eigengeschäft, sondern zur Weitergabe an den Geldmarkt, also nur kommissionsweise, überlassen worden sind; und bei den Banken, die solche Gelder nicht oder nur ausnahmsweise entgegengenommen haben — wie beispielsweise die Disconto - Gesellschaft —, zeigt sich denn auch ein merklicher Rückgang der Einlagen. Von noch ungleich größerer Bedeutung aber als diese Durchgangsgelder sind die Valuta - Guthaben der Kundschaft, die gleichfalls einen transitorischen Posten darstellen, da sie in ihrer Originalform im Auslande ruhen, sowie die ausländischen Kredite, die ebenfalls in den Kreditoren stecken. Diese Valuta-Einlagen haben einen außerordentlichen Umfang, bei einzelnen Banken bis zu drei Fünfteln der Gesamteinlagen, erreicht. Da es sich bei der Heranziehung von Auslandsgeldern um eine allgemein bekannte Tatsache und noch dazu um eine Tatsache handelt, die den Kredit der deutschen Großbanken im günstigsten Licht erscheinen läßt, ist es bedauerlich, daß keine der Banken in ihrer Bilanz oder in den Erläuterungen dazu auch nur andeutungsweise eine Mitteilung über die Höhe der ihr überlassenen Auslandsgelder gemacht hat. Denn es handelt sich hier um einen für die Bilanzen von 1923 im höchsten Grade charakteristischen Posten, und zugleich um einen durchaus positiven Posten, bei dem jeder Bewertungszweifel ausscheidet. Erst bei exakter Kenntnis der Gesamtsumme dieser mit schweren Zinsopfern aus dem Auslande herangezogenen Gelder würde die Oeffentlichkeit erkennen, in welch starkem Maße die Einlagen im hergebrachten Sinne des Worts zusammengeschmolzen sind. Ganz roh gerechnet wird man den Gesamtbetrag der den Banken verbliebenen eigentlichen Mark-Einlagen auf 450 bis 500 Millionen Goldmark schätzen dürfen gegenüber 6000 Millionen Ende 1913, also auf 7½ bis 8 Prozent der Vorkriegseinlagen. Diese Ziffer wirft ein scharfes Licht auf die geringe Verdienstmöglichkeit, die den Instituten im reinen Bankgeschäft, d. h. in der Verwertung überlas-

Digitized by Google

sener Gelder, geblieben ist, und erklärt zugleich, warum die Banken mit solcher Energie danach streben, den quantitativen Gewinnentgang durch einen hohen Zins- oder Provisionsgewinn am Einzelgeschäft auszugleichen. Man bekennt sich notgedrungen zum Inflationsprinzip: „Großer Nutzen am kleinen Umsatz."

Im vorigen Jahre haben die Banken mit diesem Prinzig große Erfolge erzielt. Und da überdies der grauenvolle Sturz der Mark eine beispiellose Mobilisierung aller Vermögenswerte zur Folge hatte und den Banken im irregulären Geschäft reichlichen Ersatz für das fehlende Depositen- und Kreditgeschäft bot, so ist das Jahr 1923 ein Ertragsjahr allerersten Ranges geworden, trotz der hohen persönlichen und sachlichen Kosten, die aufgewendet werden mußten. Daß die Banken mit einer einzigen Ausnahme den ganzen Jahresgewinn einbehalten und zu ihrer inneren Stärkung verwendet haben, liegt nicht nur daran, daß sie ihre Bilanzen in einer kritischen Zeit aufgestellt haben, die ihnen äußerste Vorsicht gebot, sondern hat auch einen prinzipiellen Grund: die Banken sind, wie sie es schon in ihren vorjährigen Berichten ausgesprochen haben und diesmal wiederholen, der Ansicht, daß sie die in der Inflationszeit ganz schuldlos erlittenen Substanzverluste durch hohe Jahreseinnahmen allmählich wettmachen müßten. Sie verwenden also die Gewinne zum Wiederaufbau und motivieren mit dieser Notwendigkeit auch die hohen Zinsen und Provisionen, mit denen sie die Wirtschaft belasten. Ich habe es bereits im vorigen Jahre an gleicher Stelle ausgesprochen, daß ich diese Argumentation für irrig halte, und aus welchem Grunde. Ich möchte heute hinzufügen, daß die Wirtschaft keinem Fabrikanten und keinem Händler für seine Ware auch nur einen Pfennig mehr bewilligt ,weil erlittene Substanzverluste auszugleichen sind, und daß sie dem Bankgewerbe gegenüber auf die Dauer nicht anders verfahren wird. Maßgebend für den wirtschaftlich gerechtfertigten Nutzen ist nicht der Wunsch oder die Notwendigkeit, Kapitalverluste zu heilen, sondern die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit eines Betriebs. Und wenn relativ hohe Zinsen und Provisionen heute noch — voraussichtlich nicht mehr lange — im Bankgewerbe ihre Berechtigung haben, so ist das nicht eine Folge der erlittenen Substanzverluste, sondern eine Folge der durch den Depositenschwund verursachten Geschäftsverkleinerung, die notwendig eine Verteuerung der Einzeloperation nach sich zieht.

In welchem Maße der Gesichtspunkt der Substanzerhaltung sich in den Vordergrund der Bankenpolitik gedrängt hat, das geht aus dem einzigen Bilanzposten auf der Aktivseite hervor, der — neben der Kasse und den Giroguthaben — ein einigermaßen verläßliches Bild zeigt: den Nostroguthaben bei Banken. Dieser Posten besteht, wie schon erwähnt, fast restlos aus Valuta-Guthaben, welche die Banken im Auslande, meist im hochvalutarischen, unterhalten und ist mit seiner Gesamtziffer von mehr

Digitized by Google

als 400 Millionen Bill.-Mark nicht viel kleiner als das Totale der echten Depositen. Um eine Reserve zum Zweck der Liquiditäts-Verbesserung handelt es sich hier nicht. Als solche dienen vielmehr die Kassabestände, die mit mehr als 100 Millionen Bill.-M. annähernd 20 Prozent der echten und 10 Prozent der gesamten Einlagen ausmachen, also weit mehr als in früheren Jahren; ferner die Wechselbestände, die ihre Reserve-Funktion Ende 1923 denn auch wirklich so vollkommen erfüllt haben, daß sie fast sämtlich zur Reichsbank bezw. anderen Rediskonteuren abgeflossen und so aus den Bilanzen verschwunden sind bezw. sich in Barbestände und Girogelder verwandelt haben. Die Nostroguthaben, d. h. die Valuten- und Devisenbestände der Banken und der Kundschaft, sind, soweit sie Eigentum der Banken selbst sind, weniger zur Aufrechterhaltung der Liquidität, als zur größtmöglichen Intakterhaltung der eigenen und der anvertrauten Gelder angesammelt worden, als Schutz gegen einen etwaigen Wertschwund der Rentenmark, zu der man im Dezember vorigen Jahres noch kein sonderliches Vertrauen hatte. Im Interesse dieses Schutzes hat man einen großen Teil der ohnehin so geringfügigen Einlagen ihrer wirklichen Bestimmung, der Wirtschaft im Kreditwege wieder zugeleitet zu werden, entzogen und so die Geldknappheit noch über das natürliche Maß hinaus gesteigert. Allerdings hat man der Wirtschaft Ersatzgelder in Form der bereits besprochenen Auslandskredite zugeführt, von denen man annehmen muß, daß sie meist Rentenmark-Kredite sind; denn es hätte keinen Sinn, auf der einen Seite große Valutenbestände als Risikosicherung im Auslande zu unterhalten und auf der anderen Seite Valutakredite, an denen ein entsprechendes Kursrisiko haftet, in Anspruch zu nehmen. Aber diese Ersatzgelder müssen mindestens doppelt so hoch verzinst worden sein wie die Depositen, an deren Stelle sie getreten sind, so daß sich aus der Sicherungs- und Substanzerhaltungs-Politik der Banken eine weitere Kreditverteuerung für die Gesamtwirtschaft ergeben hat. Auch an der schlechten Verfassung, in der die Börse sich um die Jahreswende — und in verstärktem Maße im ersten Drittel des neuen Jahres — befunden hat, muß diese Politik mitschuldig gewesen sein. Sie hat die Banken vor die Wahl gestellt, entweder der Berufs- und Gelegenheits-Spekulation altgewohnte Kredite zu versagen, oder den Industriekredit stark einzuschränken. In diesem Dilemma haben sich die Banken begreiflicherweise für das erstere entschieden. Die starke Abnahme der „gedeckten" (Börsen-) und die relative Zunahme der „ungedeckten" (Industrie-) Debitoren bei fast völligem Verschwinden der Reports läßt erkennen, wie erheblich die Banken die Börsenkredite beschnitten haben. (Wenn man sich auch bei solchen Feststellungen immer wieder vergegenwärtigen muß, daß die meisten Aktivposten der Bankbilanzen nur einen sehr problematischen Wert haben und die Bankenpolitik bestenfalls in ganz rohen Umrissen erkennen lassen.)

Digitized by Google

der Berliner Großbanken E

in Millionen Mark (1923 in Billionen Papiermark)

sch. a. Waren arenverschiff.	Eigene Wertpapiere						Konsortialbeteil.	Dauernde Beteilig. b. Bank. u. Bankiers	Debitoren in laufend. Rechnung			Bankgebäude	Sonst. Immobilien	
	überhaupt	und zwar							überhaupt	davon				
		a Anl. u. verzl. Schatzanw. d. R. u. d. Bdst.	b sonst. reichsbankfähige Wertpapiere	c sonstige börsengäng. Wertpapiere	d sonstige Wertpapiere					a gedeckte	b ungedeckte			
dav. gedeckt durch: a Waren, Frachto. Lag.-Schein.	b andere Sicherheiten													
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
466,00	*	154,86	92,02	15,11	88,51	9,20	38,35	76,71	3285,97	2000,20	1285,77	47,64	—	
789,00	*	124,34	10,69	14,93	71,65	27,07	59,55	159,84	3679,63	6071,19	2608,44	55,66	—	
20874,00	*	435,67	44,31	8,41	256,79	126,15	538,75	491,75	121593,17	62855,86	58737,31	40,00	—	
19 199 099	2784576	2579434	—	—	—	—	756 645	1096789	147855625	65788102	82067523	10 Md.	10 Md.	
92,70	16,46	88,25	10,63	4,91	67,45	5,26	77,46	220,40	3576,75	2936,50	640,25	36,84	8,1	
576,68	52,98	79,42	5,12	7,25	47,60	19,43	183,97	234,80	7089,52	6228,69	860,83	45,49	8,1	
4806,24	1290,50	258,03	54,40	16,25	167,71	19,86	683,40	347,19	101542,82	90953,25	10589.57	69,86	5,5	
6771118	86 372	10Mill.	—	—	—	—	10Mill.	170Mill.	57182218	36858220	20823989	1443	—	
288,39	205,38	174,99	65,70	9,45	93,50	6,33	56,57	77,21	2741,23	1671,74	1069,49	61,58	4,1	
1062,38	93,23	124,03	8,39	9,46	95,80	10,38	51,55	118,10	6002,93	4370,93	1632,00	118,78	5,9	
20754 10	204,64	111,82	26,49	7,88	65,45	11,99	—	149,38	73938,46	49024,30	24914.16	55,00	6,2	
16 841 586	—	1	—	—	—	—	1	1	77597423	36632327	40965096	1	—	
365,63	11,72	113,41	32,12	11,80	55,69	8,79	73,77	43,08	3073,71	2004,20	1069,51	50,39	—	
1013,84	324,24	115,33	39,75	20,15	48,40	7,03	82,20	102,30	7240,73	5188,04	2052,69	75,88	—	
8773,81	872,26	—	—	—	—	—	—	—	56366,28	43011,71	13354,57	—	—	
16 938 061	22 702	1	—	—	—	—	1	1	96249905	42991584	53258321	1	—	
175,14	24,65	77,85	8,14	11,09	44,30	14,32	48,01	39,47	1684,59	819,78	864,81	19,71	4,1	
328,74	20,43	199,16	6,88	12,14	140,08	40,06	139,46	119,29	3399,44	2085,02	1314,42	33,07	4,4	
1679,14	95,29	809,35	16,70	8,61	98,72	85,82	155,45	29,40	27879,08	24013,76	13865,26	37,64	2,6	
1426711	—	10	—	—	—	—	10	10	70414913	37788693	32626220	10	10	
0,53	—	14,33	1,55	3,57	3,90	5,31	18,22	1,93	414,64	270,37	144,40	10,35	1,4	
3,09	—	19,32	1,22	2,43	12,17	3,49	11,99	7,58	886,70	628,66	258,04	17,00	0,9	
—	—	27,37	0,82	0,26	24,29	1,99	40,85	14,65	4721,79	3417,95	1303,84	17,00	—	
18 300	12 541	1	—	—	—	—	1	1	8902100	6741580	2160520	1	1	
1388,49	145,44	623,69	210,16	55,93	308,35	29,21	327,38	458,80	14776,89	9702,79	5074,23	226,51	17,8	
8773,23	602,29	661,60	72,05	66,36	415,70	107,46	530,72	741,79	33298,95	24572,53	8726,42	346,88	19,5	
51387,29	13444,38	1042,24	142,72	41,41	612,26	245,81	1418,45	1032,37	395536 55	273276 83	122264 71	219,50	14,3	
61 221 824	2806 191	2579447	—	—	—	—	756658	1096802	458202 184	226300515	231901669	1456	11	
—	—	103,61	54,41		49,20		43,23	16,70	495,85	656,45	131,03	8,75	3,9	
—	—	85,52	14,87		71,14		60,07	27,38	1762,46	—	—	8,75	2,9	
—	—	176.41	—		—		106,66	60,51	13271,17	9036,80	1151,41	8,75	1,8	
—	—	—	—		—		—	591	22869948	8995679	433 935	8,—	—	

den (Spalte 49) enthalten. ****) 257,22 Mill. M. sind in den Avalen (Spalte 49) enthalten. *****) 101,98 Mill. M
ern der Jahre 1920 bis 1921 sind zusammengezogen. g) Siehe auch unter Avale und b. h) darunter 217,5 Mill. m

Digitized by Google

nde

Forderungen a. d. Reich und die Reichsbank für übernom. Verpflichtung.
27
178,28
116,44
—
—
160,11
—
—
—
**
**
****
*****
—
—
—
—
—
—
—
—
—
338,39
116,44
—
—
—
—
—
—
—
—

f. sind in d
icht eingeza

Digitized by Google

nde

Forderungen a. d. Reich und die Reichsbank für übernom. Verpflichtung.
27
178,28
116,44
—
—
160,11
—
—
—
**
**
****
*****
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
338,39
116,44
—
—
—
—
—
—

sind in
ht einge

Digitized by Google

Unkosten (i. 1000 M) 1923 i. Billionen Papiermark			Reingew.	Verteilung des Reingewinnes				
Verwaltgs.-kosten, Steuern	Abschreibungen, Reserv.	sonstige	in 1000 M 1923 i. Bill. Papiermark	Reserven, Abschrbgn. u. Dotation.	Gratifikationen, Tantièmen	Vortrag auf neue Rechn.	Dividende in 1000 M.	in %
Deutsche Bank.								
22888190	1578018	—	—	—	—	—	—	—
16764421	965140	—	5964136	3300000	178237	85899	2400000	800
818799	38707	22391	292107	175665	6021	14421	96000	24
479887	21753	37607	185068	95596	4176	13955	71340	18
142497	8500	—	64465	10000	10138	11826	23000	12
83272	4148	—	49576	—	14638	1938	33000	12
Disconto-Gesellschaft.								
13768722	—	—	—	—	—	—	—	—
8333,6	—	—	4789364	2000000	1256,58	7778	1525000	250
450472	—	—	228523	109000	32298	7224	80000	20
244197	—	—	160133	80620	23397	6516	49600	16
75162	—	—	53503	9215	6182	6406	31000	10
40100	—	—	32016	710	3100	306	27900	9
Dresdner Bank.								
15006269	—	—	9408934	—	—	9408934	—	—
15601374	—	—	2626148	1244767	170761	110620	1100000	200
628571	—	—	206918	131979	5787	4352	64800	16
279269	—	—	144226	69892	38039	3744	32500	12½
85349	—	—	50658	8877	14643	3738	23400	9
39941	—	—	34203	3751	11863	389	18200	7
Darmstädter und Nationalbank.*)								
17102049	—	—	11380954	—	wird als Ausgleichspost. verwend.			
11086,06	—	—	2954342	1546774	117600	89967	1200000	200
629454	46353	—	168966	111200	5543	2933	51800	28
262650	7705	—	305078	55838	13702	2488	33100	20
75041	3725	384	36618	11560	5023	935	13950	15
38815	1101	384	17460	460	2095	806	10450	11
Commerz- u. Privatbank.								
10507634	—	—	6252000	wird z. Ausgleich v. Substanzverlust. verwend.				
7012645	—	—	1452979	—	74784	52875	525000	150
354076	—	—	98707	46500	5852	4356	42000	16
143741	—	—	66798	22400	20061	357	24000	12
26176	577	1977	16341	2670	5513	508	7650	9
12492	430	—	9328	867	2211	300	5950	7
Mitteldeutsche Creditbank.								
2518615	—	29424	2201312	—	—	2201312	—	—
1981941	417	11552	740077	450000	33540	1536	255000	150
115153	307	761	34030	21500	933	347	11250	12½
56774	143	—	16683	6750	730	203	9000	1
18768	287	212	5773	500	324	148	4800	0
8820	311	143	4965	—	641	124	4200	8
Berliner Handelsgesellschaft.								
2177719	—	—	1218860	—	118860	—	1100000 Bill	1 Gld⁰/₀
1974631	—	—	680031	400000	55929	4101	220000	200
68322	—	21269	61968	40000	2200	2167	17600	16
40888	—	—	36961	15500	7251	460	13750	12½
12863	—	335	20128	—	3988	5140	11000	10
5483	—	280	14529	—	1856	3873	8800	8

Digitized by Google

Der Gesamteindruck, den die Bilanzen hinterlassen, läßt sich dahin zusammenfassen: Die Banken haben im vorigen Jahre nach dem höchstmöglichen Grade von Liquidität gestrebt. Alle schwer realisierbaren Anlagen, wie Debitoren, nicht rediskontierbare Wechsel und spekulative Effektenbestände, sind zu Gunsten der flüssigen Werte, insbesondere der Kassenbestände und Valutaguthaben, verringert worden. Aber die Liquidität, die hier angestrebt worden ist, hat wenig mit dem volkswirtschaftlich gesunden Prinzip zu tun, die Zahlungsbereitschaft soweit zu erhöhen, wie es sich mit der Aktionsfähigkeit der Banken irgend in Einklang bringen läßt. Vielmehr hat man, ohne besondere Rücksicht auf die Aktionsfähigkeit, große Teile des verfügbaren Kapitals aus dem Betrieb herausgezogen, um aus ihnen eine jedem Risiko entrückte „Substanz" zu bilden. Etwa die Hälfte aller eigenen und fremden Mittel ist auf diese Weise statt in den Dienst des Geschäfts in den der „Werterhaltung" gestellt worden, so daß es sich mehr um eine partielle Liquidation als um eine Liquidität, mehr um eine Geschäftsverringerung als um eine Geschäftssicherung, handelt. Die Banken haben den Erfolg der komplizierten Währungsreform mit ihren vielen Etappen gewissermaßen Gewehr bei Fuß abwarten und währenddessen einen möglichst großen Teil ihrer Gelder gegen jede Eventualität sichern wollen. Diese Praxis hat sich im neuen Jahre wider alles Erwarten auch als volkswirtschaftlich nutzbringend erwiesen. Denn als in diesem Frühjahr die Reichsbank von einer kopflosen Kreditinflation zu einer kaum minder kopflosen Kreditrestriktion überging und dadurch die Krisis, die jeder Währungsreform folgt, zur Katastrophe verschärfte, haben die Großbanken die Wirtschaft und zugleich sich selbst vor dem schlimmsten bewahren können, indem sie die vorjährige Teil-Liquidation rückgängig machten und die aus Gründen der Werterhaltung bei Seite gesetzten Gelder wieder in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückführten.

2. Die Wandlung.

Als vor nunmehr zehn Jahren der große Krieg ausbrach, waren die deutschen Banken bereits weit auf dem Wege fortgeschritten, der vom Prinzip der kontinentalen Effekten- und Wechselbank fort zum Typus der englischen Depositenbank hinführt. Einzelne Banken, vor allem die Deutsche Bank, hatten sogar schon die nötigen Vorbereitungen getroffen, um sich an einem nicht mehr fernen Stichtage in „reine Banken", d. h. Organe der Depositenverwaltung, umzuwandeln und ihr Effektengeschäft an besondere Spezialinstitute abzutreten. Die Kriegszeit mit ihrer planmäßigen Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs verstärkte diese Tendenz noch. Sie trieb den Banken und insbesondere den hauptstädtischen Zentralbanken die letzten Barreserven der Privat- und Staatswirtschaft zu, so daß die Depositen auf das Zehn- und Zwanzigfache der Aktienkapitalien anschwollen, für die der

Digitized by Google

Zinsnutzen eine beträchtliche Rente bedeutete. Durch diese Entwicklung hat die Mißwirtschaft der Revolutions- und Nachrevolutionszeit einen dicken Strich gemacht. Die Geldentwertung schlug den Spargedanken tot, und mit den Spargeldern verschwanden auch die Kassenreserven, die sich bis dahin als Depositen bei den Banken angesammelt hatten. Ohne ausreichende Depositen ist aber eine Bank im englischen Sinne, ein Institut, das nur von der kreditmäßigen Verwendung seiner Einlagen lebt, undenkbar.

Heute belaufen sich die eigentlichen Depositen der Berliner Großbanken nur noch auf wenig mehr als die Aktienkapitalien, die bei allen 7 Banken zusammen 400 Millionen Goldmark ausmachen, wenn die Umrechnung der Papiermark-Aktien zum Börsenkurse ein zutreffendes Bild gibt. Allerdings ist ein solcher Depositentiefstand anormal, und man darf annehmen, daß er nach Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis — eine endgiltige Neubefestigung der deutschen Währung vorausgesetzt — schnell wieder ansteigen wird. Aber den Vorkriegsstand dürften die Einlagen bei den Banken während der nächsten Jahre nicht entfernt erreichen. Nicht etwa infolge des Vermögensschwundes, den die Inflation herbeigeführt hat. Die Höhe der Depositen hat mit dem Kapitalreichtum eines Landes unmittelbar nichts zu tun, hängt vielmehr ganz und gar von der Energie des Sparprozesses und von der Ueberschußbildung in den Gewerben ab. Für diese beiden Momente aber sind die Auspizien günstig, und zwar gerade infolge der deutschen Verarmung, durch die breitere Volksschichten als je zuvor nolens volens zur Arbeitsamkeit gebracht und in weiterer Folge auch wieder an das Sparen gewöhnt werden dürften; wozu es keiner anderen Voraussetzung bedarf als eines wertfesten Geldes, das dem Sparen in den Augen des Wirtschaftsführers wie des Mannes der Straße seinen Sinn zurückgibt. Es ist also zu erwarten, daß die Depositen in nicht zu ferner Zeit wieder zu respektablen Summen ansteigen werden. Aber diese Summen werden nur zu einem ungleich geringeren Bruchteil als vor dem Kriege den Banken zugute kommen.

Die letzten Jahre haben die deutsche Kreditorganisation nämlich von Grund auf geändert. An die Stelle der früheren weitgehenden Konzentration der Gelder ist eine ganz außerordentliche Zersplitterung getreten. Unzählige neue Kreditinstitute sind in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden, und zwar unorganisch und ohne jeden inneren Zusammenhang. Wo ein wirkliches oder vermeintliches, dauerndes oder Eintagsbedürfnis sich geltend machte, wurden neue Institute ins Leben gerufen, die — jedes in seiner besonderen Weise — um so stärker an der Sparkraft zerrten, je mehr diese zusammenschrumpfte: und die dann das Geringe, was sie zu erraffen im Stande waren, an den verschiedensten Stellen und zu den verschiedensten Zwecken verzettelten, statt es den Banken und damit dem großen Markt zur Verwendung gemäß der im Zinse zum Ausdruck kommenden Stärke der ein-

Digitized by Google

zelnen Bedürfnisse zu überlassen. Während die großen Spar- und Betriebsreserven der Vorkriegszeit durch wenige breite Kanäle in ein einziges Sammelbecken flossen, von dem aus sie sich nach zwingenden Wirtschaftsgesetzen, die von der Willkür zwar hier und da beeinflußt, aber nie ganz ausgeschaltet werden konnten, befruchtend über die Felder der Gewerbe ergossen, versickern jetzt die ohnehin auf ein Minimum eingeschrumpften Reserven durch zahllose kleine Rinnen, vielfach zu fragwürdigen Zwecken, in beliebig ausgewählte und oft unfruchtbare Gebiete. Volkswirtschaftlich bedeutet das eine Vergeudung des überaus kleinen und sorgsamster Pflege bedürftigen nationalen Kapitalzuwachses. Privatwirtschaftlich bedeutet es eine starke Konkurrenzierung des Bankwesens in seinen altbewährten Teilen und eine Schmälerung seines Leistungsvermögens, deren üble Wirkungen wiederum schädigend auf das Allgemeininteresse zurückstrahlen.

In gewissem Umfange haben sich die Banken die Schuld an dieser Entwicklung selbst zuzuschreiben. Sie haben damals, als alle Schichten der Bevölkerung den Verzweiflungskampf gegen die Vermögen-zerstörenden Wirkungen der Geldentwertung begannen und ihr Eigentum mit Hilfe der Banken in eine Inflationsimmune Form zu überführen versuchten, einen Stacheldraht von Abwehrmaßnahmen um sich gezogen, weil die Hochflut der Geschäfte sie sonst zu überwältigen drohte; statt durch weitgehende Vereinfachung und Mechanisierung des Geschäftsganges ihre Aktionskraft auf die Höhe der an sie gestellten Ansprüche zu bringen. Sie haben die törichten Verordnungen der Regierung, die sie zur Verletzung des Bankgeheimnisses, zur Zurückweisung wirtschaftlich notwendiger Devisenaufträge und zu sonstiger Schikanierung der Kundschaft zwangen, nicht energisch genug und vor allem nicht mit der ehrlichen Erklärung bekämpft: Die Moral im Bankwesen ist, genau wie auf allen anderen Erwerbsgebieten, derartig untergraben, daß die den Banken auferlegten Polizeidienste keine andere Folge haben, als eine Flucht des Publikums zu den Schleichhändlern und (trotz Sperrgesetz) eine Ueberfüllung des Bankgewerbes mit solchen Händlern in jeder juristisch möglichen Form. In noch höherem Grade aber haben sie gegen ihr eigenes Interesse gehandelt, als sie ihre Kundschaft mit abschreckend hohen Spesen belasteten, die in der Oeffentlichkeit das Wort vom „Bankenwucher" aufkommen ließen. Durch die hohen Gewinne, die sie am einzelnen Geschäft zu erzielen suchten, haben sie allerdings nur den Vermögensverlust wieder einbringen wollen, den die Geldzerrüttung auch für sie im Gefolge hatte. Aber heute werden sie wohl selbst einsehen, daß der Verzicht auf übermäßige Gewinne und die pflegliche Behandlung eines großen, Treue-haltenden Kundenkreises eine bessere Politik der Substanzerhaltung und — als Werbungskosten eines ausgedehnten Normalgeschäfts betrachtet — ein wertvolleres Aktivum gewesen wären als der aus dem Uebergewinn eines oder zweier Jahr erzielte Vermögenszuwachs.

Digitized by Google

Indes darf man diese in der Bankenpolitik wurzelnden Momente nicht überschätzen. Das Emporwuchern einer unübersehbaren Fülle neuer Kreditinstitute kann nur zum allerkleinsten Teil dem Bankgewerbe selbst zur Last geschrieben werden. In der Hauptsache ist die Eigenart der kranken deutschen Wirtschaftsverfassung daran schuld. In erster Linie die Kreditpolitik der Reichsbank und der preußischen Staatsinstitute, die in dem Wechsel „mit mindestens zwei guten Unterschriften" seit jeher die beste Kreditdeckung erblicken. Schon als Mitte 1922 die Reichsbank die Privatwirtschaft aufforderte, sich in großem Maßstabe des Wechselkredits zu bedienen, tauchten zahlreiche Institute auf, die keinen anderen Zweck hatten, als irgend einem Wirtschaftskreise, der sich von den Banken vernachlässigt fühlte, die zweite Unterschrift zu liefern, die den direkten Zugang zur Reichsbank, zur Preußischen Staatsbank usw. öffnete. Eine wahre Hochflut dieser volkswirtschaftlich überflüssigen Gründungen setzte aber im vorigen Jahre ein, als die Depositen der Banken mehr und mehr zusammenschmolzen und der verbleibende Teil vorzugsweise „wertbeständig", d. h. in Valuten- und Auslandsguthaben, angelegt wurde. Ein Gewerbe nach dem anderen sagte sich von den Banken mit ihrer unzureichenden Leihkraft los und schuf sich Spezialbanken zur Anzapfung der Reichsbank. Es entstanden Institute für den Zuckerkredit, den Getreidekredit, den Kartoffelkredit, den Lederkredit, den Düngerkredit, den Mühlenkredit, Banken für die Holz-, die Hopfen-, die Roheisen-, die Braunkohlen-Finanzierung und viele andere Organe zur Beschaffung einer zweiten, diskontfähigen Unterschrift. Und nicht nur die Gewerbegruppen, sondern sogar einzelne größere Industriegesellschaften errichteten sich solche Banken für ihren besonderen Kreditbedarf oder brachten Privatbankgeschäfte und Kreditgenossenschaften in die diskontfähigere Form der Aktiengesellschaft. Namentlich die Textilindustrie, aber auch das Versicherungsgewerbe und die Kaliindustrie sind in dieser Beziehung sehr regsam gewesen. Und was der Industrie recht, war naturgemäß den politischen Partei- und Berufsorganisationen billig. Es entstanden Landwirtschafts-, Gewerkschafts- und Beamtenbanken ausgesprochen politischen Charakters.

Eine weitere umfangreiche Gruppe von Neugründungen hat ihren Ursprung unmittelbar im Währungsverfall. Da langfristige Kredite im Wege der Begebung von Papiermark-Obligationen nicht mehr erhältlich waren, ging man mit Hilfe des Gesetzgebers dazu über, Obligationen auszugeben, die auf „Goldmark", auf „Festmark" oder auf „Sachwert" lauteten. Es waren aber nicht etwa die bereits bestehenden Institute des Realkredits, die sich auf diese Weise auf ein wertbeständiges Rechnungsgeld umstellten, sondern es entstanden auch hier wieder eine Menge neuer Institute. Der Kurszettel der Berliner Börse, der bei weitem nicht die Gesamtheit umfaßt, zählt allein etwa 60 solcher Banken, darunter einige von allergrößter Bedeutung, auf.

Digitized by Google

Eine weitere stattliche Anzahl von Banken, und zwar der finanzkräftigsten Gattung, verdankt ihre Entstehung dem innerpolitischen Umschwung von 1918 und den veränderten sozialökonomischen Anschauungen, die sich in der Folgezeit durchsetzten. Das Bankwesen war ein Wirtschaftsgebiet, das für den Staatssozialismus besonders reif zu sein schien. Ließ sich auch eine Voll-Sozialisierung oder -Kommunalisierung der bestehenden Banken infolge parlamentarischer und sachlicher Widerstände nicht durchsetzen, so konnten doch jetzt Organisationen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, wie sie in Gestalt von Staats-, Provinzial-, Kreis- und Stadtbanken bis dahin nur als wenig beachtete Ausnahmen von der privatwirtschaftlichen Regel bestanden hatten, in größerer Zahl neu errichtet werden. Kommunalverbände höherer und niederer Ordnung erhielten jetzt ihre besonderen Kreditinstitute mit verschiedenster Zweckbestimmung und mit erwünschter Arbeits- und Einkommens-Gelegenheit für strebsame Staats- und Kommunalbeamte aller politischen Richtungen; denn die Zustimmung in den lokalen Parlamenten mußte natürlich mit Konzessionen an einflußreiche Mitglieder wichtigerer Minderheitsparteien erkauft werden. Sehr beliebt war die Umwandlung städtischer Sparkassen zu Stadtbanken und der Zusammenschluß solcher Kassen und Banken zu Girozentralen. Der Ausbau der letzteren zu großen öffentlichen Depositenbanken war um so leichter, als hier die Interessen aller beteiligten Organe nach derselben Richtung drängten: Die alten Kuratoren, Rendanten und sonstigen Verwaltungsbeamten aus der monarchistischen Zeit sahen den Machtzuwachs, den ihnen die Ausgestaltung ihrer primitiven Kassen zu Vollbanken brachte, nicht ungern. Die neuen sozialistischen Machthaber erblickten darin eine Teilverwirklichung ihres Privatkapital-feindlichen Ideals. Presse und Volkswirtschaftslehre begrüßten die Entwicklung als einen weiteren Schritt auf dem Wege zum „bargeldlosen Zahlungsverkehr", diesem unverstandenen und vielmißbrauchten Schlagwort, das ihnen eine geheimnisvolle Medizin gegen die Inflationskrankheit zu bedeuten schien. Und die Wirtschaftskreise stimmten dem staatssozialistischen Experiment — das als solches von den Wenigsten erkannt wurde, weil seine Anfänge ja in die vorrevolutionäre Zeit zurückreichten, — um so lieber zu, als sich hier neue Geldquellen zu öffnen schienen, bei denen etwaige Zweifel an der Kreditwürdigkeit sich wohl durch persönliche oder politische Einflüsse und einen biederen Händedruck beseitigen lassen würden.

Aber damit noch nicht genug. Die Kriegswirtschaft hatte bekanntlich im Zeichen der Organisation gestanden, und Organisation war gleichbedeutend mit der Errichtung vieler hunderte von halböffentlichen Stellen mit behördlichen Vollmachten gewesen, die zur Störung und Drangsalierung der ehrlichen Wirtschaft und zur Förderung der Schleichwirtschaft gedient hatten. Diese Stellen verloren nach und nach die letzten Reste der Schein-

Digitized by Google

Existenzberechtigung, die sie bis dahin gehabt hatten, und mußten von Rechts wegen sterben. Aber die leitenden Personen blieben am Leben und brauchten, da selbst eine Revolutions-Regierung sie nicht sämtlich in Aemter stecken konnte, ein Feld der privatwirtschaftlichen Betätigung. So lebten denn auch die Kriegs-Organisationen weiter, wenn auch in einer veränderten und immer wieder modifizierten Gestalt, die ihren Ursprung heute kaum noch erkennen läßt. Die „Beziehungen", die sie sich im Lauf ihrer segensreichen Tätigkeit erworben hatten, waren ein zu wertvolles Aktivum, als daß sie nicht im Dienste privater Unternehmungen hätten ausgenutzt werden sollen. Und diese Unternehmungen beackern jetzt in der Mehrzahl das Feld des Kredits. Vielfach berühren sich ihre Kreise mit denen der industriellen Finanzierungsbanken. Soweit das nicht der Fall ist, sind sie bemüht, Spargelder und Betriebsreserven zu irgend welchen sozialen oder wirtschaftsfördernden Zwecken heranzuziehen, wobei die Bedürfnisse maßgebend sind, welche die Inflation durch Zerstörung aller natürlichen Zusammenhänge künstlich geschaffen hat. Besonders beliebt sind die „Siedlung", zumal hier auch öffentliche Mittel erhältlich sind, und die „Handelsgesellschaft," die je nach der politischen Windrichtung die Bezugs- oder Absatzländer wechselt. Wenn diese letzteren Unternehmungen auch nur selten als Banken auftreten, so stören sie deren Kreise doch insofern, als sie Anspruch auf den Kredit aller großen Geldgeber, von der Reichsbank, Seehandlung und Preußenkasse bis zu den Kommunalbanken und Reichsbetrieben (Post und Eisenbahn) erheben; und da es sich hier ausnahmslos um „wirtschaftswichtige" Zwecke handelt — die an die Stelle der vormals „kriegswichtigen" Zwecke getreten sind —, so ist ihr Anspruch naturgemäß besonders dringlich und einer vorzugsweisen Befriedigung sicher.

Dazu kommen die eben erwähnten Reichsbetriebe, die, seitdem sie mit selbständigen Betriebsfonds arbeiten, ihre eigenen Bankiers geworden sind und eine Finanzpolitik treiben, die in letzter Zeit mehrfach den Gegenstand öffentlicher Erörterung gebildet hat. Dazu kommen ferner eine Anzahl von privaten Nutznießern der Kriegs-, Revolutions- und Inflations-Konjunktur, die ihre Gelder gleichfalls selbst verwalten und nicht nur vielumworbene Kreditgeber sind, sondern, da sie im Besitze großer Pfandsicherheiten sind, auch im allergrößten Maßstabe Kredit nehmen — nicht bei den Banken, sondern unmittelbar an den zahlreichen Quellen, die sich neben den Banken und dem Geldmarkt geöffnet haben. Dazu kommen endlich die aus der Vorkriegszeit bestehenden, ehemals so bedeutenden Institute des städtischen und ländlichen Realkredits, die eine Zeitlang dem Untergang geweiht schienen, weil die Geldentwertung ihre Aktiva und Passiva hatte in Rauch aufgehen lassen, die aber infolge der Teilaufwertung durch die dritte Steuernotverordnung wieder einen Daseinszweck erhalten haben. Auch sie betreiben jetzt Geschäfte, die ehemals in das Ar-

Digitized by Google

beitsgebiet der Depositenbanken fielen, indem sie mangels geeigneter Unterlags-Hypotheken ihr Recht der Pfandbriefausgabe in den Dienst des öffentlichen Kredits stellen und Anleihen größten Ausmaßes übernehmen.

So hat sich denn die Stellung der Banken innerhalb der Wirtschaft von Grund auf verändert. Sie sind nicht mehr, wie vor dem Kriege, die Beherscher eines großen, einheitlichen und festgefügten Geldmarkts, dem sie den gesamten nationalen Vermögenszuwachs zuleiten und wieder entnehmen, um ihn bis auf eine kleine Reserve in Kapital umzuwandeln, sondern lediglich noch Verwalter desjenigen Teils der nationalen Ueberschüsse, den andere, in der Treibhausschwüle der Kriegs- und Inflationszeit entstandene Organisationen ihnen übrig gelassen haben. Je schmaler die Basis der deutschen Sparkraft geworden ist, auf der die Banken stehen, um so mehr Wettbewerber machen ihnen diese Basis streitig. Freilich findet eben jetzt auf dem Markt der Kapitalverwaltung eine fürchterliche Auslese statt. Eine große Anzahl der Vielzuvielen verliert auf der immer schmaler gewordenen Basis den Halt und stürzt ab. Aber die Banken haben keinen Vorteil von dieser Reinigungskrisis. Nicht ihnen fließen die Gelder zu, die anderwärts Verlustgefahren ausgesetzt sind, sondern den öffentlichen und halb-öffentlichen Kreditinstituten, hinter denen — wirklich oder vermeintlich — eine staatliche oder kommunale Garantie steht, und deren politischer und wirtschaftlicher Einfluß erheblich größer ist als ihre Fähigkeit, die Reserven der Volksgesamtheit zu verwalten. Erst im Laufe von Jahren dürfte hier ein Wandel stattfinden und ein Konzentrationsprozeß einsetzen, der den Banken diejenige Herrschaft über den Geldmarkt zurückgibt, die die Voraussetzung für eine Banktätigkeit im eigentlichen Sinne, d. h. für die Pflege des ausschließlichen Depositen- und Kreditgeschäfts, bildet.

In der langen Zwischenzeit wird den Banken nichts anderes übrig bleiben als eine Rückkehr zu Geschäftsformen, die bei Ausbruch des Krieges bereits halb und halb überwunden waren. Statt den Weg zur reinen Depositenbank fortzusetzen, werden sie sich zu der Gemischtbank zurückentwickeln, die sie Ende des vorigen Jahrhunderts waren, und das Effektengeschäft für eigene und fremde Rechnung im allergrößten Maßstabe betreiben. Denn wenn auch die Depositen ihnen demnächst wieder in breiterem Strome zufließen werden, so dürfte es doch lange dauern, bis diese Gelder in demjenigen Verhältnis zum Eigenkapital stehen, das den Banken eine hinreichende Rente aus der Differenz wischen Aktiv- und Passivzinsen sichert. Zumal diese Zinsen und insbesondere die Spannung zwischen ihnen, die heute ungesund groß ist und auch aus einem kleinen Einlagenbestand erhebliche Gewinne entstehen läßt, sich dem Weltzinsfuß und der normalen Zinsspannung anpassen werden, sobald die gegenwärtige Krisis überwunden und ein wirklich wertfestes Geld geschaffen sein wird. Das

Digitized by Google

irreguläre Geschäft wird also bei den Banken auf längere Zeit hinaus einen breiten Raum einnehmen und ihnen mehr den Charakter von Finanzierungsbanken als von Depositenbanken aufdrücken. Bis eines späteren Tages eine strenge Auslese auf dem Gebiet des Bankwesens das in zehn Jahren aufgeschossene Unkraut restlos beseitigt und den Banken die ihnen gebührende Stellung im Wirtschaftsleben zurückgegeben haben wird. Ein Prozeß, der sich automatisch vollziehen wird, sobald der Staat seine angemaßte Vormundschaft über die Wirtschaft aufgibt, und das persönlich-politische Moment aus der Wirtschaftsführung ausscheidet. Not measures, not men, but economical reason!

Alfred Lansburgh.

Probleme der Banken-Organisation.

Auf wirtschaftlichem Gebiete steht Deutschland heute vor einer schwierigen Aufgabe. Es gilt eine leistungsfähige Volkswirtschaft auf vergleichsweise kärglicher finanzieller Basis wiederaufzubauen. Das härteste Problem, mit dem wir zur Erreichung dieses Zieles täglich zu ringen haben werden, ist das Prinzip der Rationalität: Mittels des geringsten Aufwandes an Wirtschaftskräften ist der höchstmögliche Ertrag hervorzubringen. Dazu bedarf es aber nicht nur einer hohen Qualität, alle vorhandenen Kräfte müssen vielmehr auch so zweckmäßig aufeinander eingestellt sein, daß ihre Leistungsfähigkeit keine Reibungsverluste erfährt, sondern sich in einem hohen Endeffekt auswirkt. Dieses Ziel zu erreichen, ist Aufgabe der konstruktiven und personellen, Material und Kräfte sparenden Organisation.

Am reifsten für eine Kräfte sparende Organisation sind die kaufmännischen Betriebe, und unter ihnen wiederum die Banken.

Im Gegensatz zu den industriellen Unternehmungen, die eigentlich in zwei Betriebe, einen technischen und einen kaufmännischen, zerfallen, und die wenigstens auf dem technischen Gebiete die höchstmöglichste Rationalität des Arbeitens anstreben, ist das Bankgewerbe zu 95 Prozent ein rein kaufmännischer Betrieb, welcher der Volkswirtschaft nur Vermittlerdienste leistet. Das Entgelt für diese Dienstleistungen wird von der sich ihrer bedienenden Wirtschaft vermittels des Prinzips der Konkurrenz beständig so niedrig wie möglich gehalten, woraus sich für die Banken die Notwendigkeit ergibt, die bei der Ausführung der Vermittlerdienste entstehenden Unkosten auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Sehen wir uns aber diese Unkosten näher an, so erkennen wir, daß sie zu 75 Prozent aus Personalunkosten bestehen. Mit anderen Worten: die menschliche Arbeitskraft ist der wichtigste Betriebsfaktor der Banken.

Während diese Arbeitskraft in kleineren Betrieben noch heute ziemlich planlos ausgenutzt wird, haben die Großbanken von vorn-

Digitized by Google

herein die der Arbeitsgliederung günstige Natur des Großbetriebes erkannt und ausgenutzt, indem sie das Betriebspensum nach dem Prinzip der Arbeitsteilung organisierten. Dabei wurde die Arbeitsteilung nach zwei Richtungen hin ausgebildet. Einmal gliederte man die zu verrichtenden Arbeiten horizontal, indem man die Arbeitsvorgänge gleicher Art von den übrigen trennte und sie einer besonderen Arbeitsgruppe (Abteilung) zuwies, also z. B. den Zahlungs- und Giroverkehr vom Wechselverkehr und Effektenverkehr absonderte. Andererseits schuf man die vertikale Arbeitsteilung, indem man einen und denselben Arbeitsvorgang in seine Einzelheiten auflöste und jeden Teil von einer bestimmten Arbeitsgruppe bewältigen ließ: Der Effektenverkauf z. B. wurde in eine Anzahl Stadien zerlegt, von denen das eine vom Börsenvertreter, das andere vom Börsenkorrespondenten, das dritte von der Buchhaltung, das vierte von der Effektenkasse, vom Tresor usw. bewältigt wurde. Je größer der Betrieb, desto weiter ist die Arbeitsteilung getrieben worden. Sie ließ sich natürlich nur da ermöglichen, wo immer die gleichen Arbeitsvorgänge in größerer Zahl wiederkehrten, wo mithin eine gewisse Kontinuität des Gleichen, des Mechanischen, obwaltete.

Die Mechanisierungsmöglichkeit war also die Voraussetzung für die Arbeitsteilung. Aus dieser Entwicklung zur Mechanisierung und Spezialisierung ergab sich notwendigerweise eine Mechanisierung und Spezialisierung des Bankbeamten, der früher fast ausschließlich den Personalstamm der Banken ausmachte. Es erwies sich aber bald als widersinnig, mechanische Arbeiten von qualifizierten Arbeitskräften, die verhältnismäßig teuer waren, verrichten zu lassen. Man ging also im Bankgewerbe dazu über, die hochqualifizierten gelernten Bankbeamten zu ersetzen durch Bankangestellte, die aus allen möglichen anderen Berufen herkamen, und deren Leistungen gerade hinreichten, um den Anforderungen der ihnen zugewiesenen Spezialarbeit zu genügen. Die „sozialen Strukturveränderungen" im Bankgewerbe begannen.

Hier muß man nun unterscheiden zwischen solcher Arbeitsteilung, die vorgenommen werden m u ß t e, weil die Art oder Menge der Arbeit das an sich verlangte. die also gewissermaßen obligatorisch war, und solcher Arbeitsteilung, die nur geschaffen wurde, weil es zweckmäßig war und Arbeit bezw. Kosten sparte. Bis zum Kriege ist vorzugsweise nach dem ersteren Prinzip organisiert worden. Das Problem der Arbeitsteilung aus Zweckmäßigkeit und Betriebsverbilligung entstand dagegen eigentlich erst, als die Inflation einsetzte, die in betriebstechnischer Beziehung an die Banken Anforderungen stellte, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen waren, und als eine Reihe von Geschäften auftauchten, die für das Bankgewerbe ein Novum darstellten. Die Betriebstechnik auf diese Veränderungen einzustellen, war eine Aufgabe, die den Bankorganisationen harte Arbeit machte, zumal sich in den Zeiten der Hochinflation die Ereignisse überstürzten

Digitized by Google

und organisatorische Maßnahmen oft bereits in dem Augenblick überholt waren, wo sie zur Durchführung kamen. Damals sahen sich die Banken aus betrieblichen, räumlichen und finanziellen Gründen genötigt, Organisationsabteilungen einzurichten, denen die Ausarbeitung aller betriebstechnischen Maßnahmen zufiel.

Die Inflation hat also die betriebstechnische Entwicklung der Banken in ihren Grundprinzipien energisch vorwärts getrieben, und zwar sowohl vom Standpunkt der Personalfrage aus, wie auch unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Betriebsverbesserung.

Die Inflation, die im Bankgewerbe eine beispiellose Hochkonjunktur verursachte und die Bankgeschäfte wie Pilze aus der Erde sprießen ließ, rief eine lebhafte Nachfrage nach Bankbeamten hervor, was sich naturgemäß in den Engagementsbedingungen auswirkte. Die kleinen Banken, namentlich die Neugründungen, die infolge ihrer spekulativen Einstellung ganz andere Gewinnmöglichkeiten hatten als die konservativen Großbanken, engagierten diesen die Bankbeamten unter größten Opfern fort, zumal das Banksperrgesetz die Depositenannahme auf die fachmännisch geleiteten Banken beschränkte und damit eine Prämie auf die gelernten Bankbeamten setzte. So kam es, daß die Berliner Großbanken während der Hochinflation durchschnittlich nur noch 7 Prozent gelerntes Personal hatten, einschließlich sämtlicher Oberbeamten. Der gesamte Rest des Personals stammte aus anderen Berufen. Zum Teil war er ohne jede geeignete Vorbildung, und es war ganz unmöglich, ein derartig zusammengewürfeltes Personal in die trotz Arbeitsteilung noch immer überaus komplizierte Bankmaterie einzuarbeiten, zum mindesten hätte dies eine längere Ausbildungszeit erfordert, als sie bei der Dringlichkeit der Arbeiten und des Personalbedarfs vorhanden war. Die Qualität des Personals stand demnach in keinem Verhältnis zu der Hochwertigkeit der Arbeit.

Ein Ausgleich dieses Mißverhältnisses war nur in der Weise möglich, daß man die zu verrichtenden Arbeiten der Qualität des Personals anpaßte, da man dessen Fähigkeiten ja nicht verändern konnte. Man begann also die bereits vorhandene Tendenz zur Arbeitsteilung fortzubilden, indem man den einzelnen Arbeitsvorgang so lange in seine Details auflöste, bis es möglich war, jede Einzelheit für sich zu erledigen. Diese Einzelheit war dann eine fast mechanische Arbeitsverichtung geworden, die selbst von dem schlechten Personal ausgeübt werden konnte, das die Banken zur Verfügung hatten.

Am kennzeichnendsten für diese Entwicklung ist die Korrespondenz-Abteilung der Großbanken, in der eigentlich alle Fäden des Geschäfts zusammenlaufen sollen. Der Korrespondent muß jedes Geschäft seines Kunden bearbeiten. Hierzu gehört ein fachlich besonders gut ausgebildeter Beamter. Da dieser aber nicht vorhanden war, so zergliederte man die Korrespondenz in eine Börsen-, Effekten-, Devisen-, Uebertrags-, Giro-, Wechsel-Korrespondenz usw. Diese Abteilungen wurden dann noch in sich spe-

Digitized by Google

zialisiert. So zerfiel die Giro-Abteilung in eine Abteilung für Reichsbankgiro-Eingänge, Reichsbankgiro-Ausgänge, Eilavis-Eingänge, Eilavis-Ausgänge usw. Ja, wenn wir die Arbeiten einzelner Abteilungen, wie z. B. derjenigen für Eilavis-Eingänge, näher betrachten, so können wir hier sogar noch eine weitere Arbeitsteilung feststellen.

Die Zwangslage brachte aber neben der Arbeitsteilung noch eine Arbeitsvereinfachung anderer Art mit sich. Die Arbeit wuchs von Tag zu Tag, und Arbeitskräfte bekam man nur in völlig unzureichendem Maße; infolgedessen versuchte man die Arbeit selbst zu verringern, wozu die weitgetriebene Arbeitsteilung die Voraussetzungen schuf. Man ersetzte die mechanisierte menschliche Funktion durch das Formular und die Büromaschine.

Zunächst begann man schüchtern mit einzelnen Formularen, um schließlich bei den kompliziertesten Formularen mit mehrfachen Durchschlägen, die im Karbonisationsverfahren hergestellt wurden, zu endigen. Man schrieb mit Hilfe von rechnenden Schreibmaschinen die Kundenaufgaben, das Memorial und das Kontokorrent in einem Zuge aus; dazu addierten die Maschinen die verschiedenen Spalten des Memorials und zogen nach jedem neuen Umsatz auf der Kontokorrentkarte den veränderten Tagessaldo des Kontos. Die gebundene Form der Bücher und Memoriale verschwand fast völlig. Während man in der Vorkriegszeit in bestimmten Abteilungen der Schreibmaschine noch ablehnend gegenüberstand, besitzen jetzt viele Banken eigene Lichtbild-Abteilungen, in denen die Kontoauszüge auf photographischem Wege hergestellt werden. Einen vollen Begriff von dem Fortschreiten des Mechanisierungs-Prozesses erhält man aber erst, wenn man einmal bei einer Großbank die Hollerit-Maschine hat arbeiten sehen, vermittels derer ein Kontoauszug oder eine Zinsstaffel, nach Verfalltagen geordnet, innerhalb weniger Minuten angefertigt werden kann.

Allerdings wurde die so erzielte sachliche Arbeitsersparnis zum Teil durch personelle Schwierigkeiten, die mit der Qualität des Angestelltenkörpers zusammenhingen, unwirksam gemacht. Die Arbeitsergebnisse wiesen, obwohl sie auf mechanischem Wege erzielt wurden, doch so erschreckend viele Fehler auf, daß man gezwungen war, eine Kontrolle nach der anderen einzuführen, ohne dadurch eine wirklich durchgreifende Abhilfe schaffen zu können. Im Effektengeschäft der Großbanken z. B. kamen im vorigen Jahre ca. 40 Prozent des Personals auf die Kontrollen bezw. auf die Untersuchung und Aufklärung der Differenzen. Es gab kein Buch, keine Unterlage, die nicht zahlreiche Fehler enthielt. Dazu trat die Gefahr der Unterschlagungen, die infolge des wenig ausgesuchten Personals nicht gering war und — ebenfalls durch geeignete Kontrollen — vermindert werden mußte. Die Sicherheit, eines der wichtigsten Erfordernisse des Bankbetriebes, hatte bedenklich nachgelassen und mußte künstlich verstärkt werden. Das Resul-

Digitized by Google

tat war also trotz der arbeitssparenden Organisationsmaßnahmen ein hoher Verbrauch an Arbeitskräften, denen nur ein verhältnismäßig geringer Arbeitseffekt entsprach. Der Bankapparat litt unter einer starken Ueberorganisation und einer entsprechend großen Schwerfälligkeit.

So war die Situation im Bankgewerbe, als bei Beginn der Währungsstabilisierung die übermäßige Geschäftstätigkeit der Inflationszeit zusammenbrach und die Banken gezwungen wurden, einen Abbau auf der ganzen Linie eintreten zu lassen.

Bis zum Winter 1923—24 hatten sich die Banken im Verhältnis zur Vorkriegszeit durchschnittlich um das Fünffache vergrössert. Da der Stand des Geschäfts Anfang 1924 nicht mehr ganz demjenigen der Vorkriegszeit gleichkam, so hätte man eigentlich mindestens im Verhältnis 1:5 abbauen müssen. Oder sinnfällig dargestellt: Von je 5 Kontokorrent-Buchhaltern, Korrespondenten, Depotverwaltern hätten 4 entlassen werden müssen. Als aber der Abbau in Angriff genommen werden sollte, zeigte sich plötzlich die Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens, nicht etwa aus sozialen, sondern aus sachlichen Gründen. Ein näheres Eindringen in die Ursachen ergab die Notwendigkeit, zunächst die während der Inflation gewaltig aufgeblähte Organisation zu verkleinern. Insbesondere mußten die vielfachen Kontrollen beseitigt werden, denn diese banden einen beträchtlichen Teil der Arbeitskräfte. Aber noch andere mißliche Folgen waren aus der organisatorischen Umstellung der Inflationszeit entstanden. So hatten z. B. viele Banken notgedrungen ihre Korrespondenzabteilung, das Hirn des Betriebes, in lauter Spezialkorrespondenzen aufgelöst. Alle diese Abteilungen bearbeiteten gleichzeitig dieselben Kunden, selbstverständlich immer vom Standpunkt der Spezialabteilung aus. Machte nun ein Kunde sehr viele Devisengeschäfte und wenig Börsengeschäfte, so wurde er von der Devisenkorrespondenz bvorzugt, von der Börsenabteilung aber vernachlässigt. Die Folge waren dauernde Reibereien. Die einzelnen Abteilungen arbeiteten sehr oft gegeneinander, und die Einheit der Kundenbehandlung war zerstört. So schritt man denn zu einer Wiederzusammenlegung der Korrespondenzabteilungen, mußte aber dabei und bei ähnlichen Abbau-Maßnahmen die Erfahrung machen, daß es nicht angeht, bei einer Geschäftslage, die dem Vorkriegsstande nahe kommt, die Organisation einfach auf den Stand der Vorkriegszeit zurückzuentwickeln. Vielmehr mußte man sich jetzt zunächst grundsätzlich klar darüber werden, in welchem Maße man fernerhin nach dem Prinzip der Arbeitsteilung verfahren, oder aber nach dem Qualitätsprinzip vorgehen und den gelernten Bankbeamten verwenden sollte. Dazu mußte man aber wiederum wissen, welche Wechselwirkung zwischen Organisation und Personal bestand.

Der bis in die Details gehende Ausbau der Arbeitsteilung, der während der Inflationszeit stattgefunden hatte, war anfangs nur eine Schutzmaßnahme gegen die geringe Qualität der Angestellten

Digitized by Google

gewesen; später diente er der planmäßigen Arbeitsersparnis, da man der Menge der zu bewältigenden Arbeit nicht Herr werden konnte. Je mehr nun die „wilden" Elemente aus der Bankbeamtenschaft ausscheiden und der technisch vorgebildete Fachmann wieder in den Vordergrund tritt, um so mehr wird die Organisation als Schutzmaßnahme entbehrlich und die Arbeitsteilung eine reine Zweckmäßigkeitsmaßnahme mit dem Ziele der Arbeitsersparnis. Dabei wird es sich aber stets herausstellen, daß der Arbeitsteilung gewisse Grenzen gezogen sind, die nicht ohne erhebliche Nachteile überschritten werden dürfen. So wäre in dem früher erwähnten Beispiel der Zusammenlegung der Korrespondenzabteilungen zu erwägen, ob der Vorteil, den Spezialkorrespondenzen hinsichtlich der Arbeitsersparnis bieten, den Nachteil überwiegt, daß die Uebersichtlichkeit und die Einheit der Kundenbehandlung verloren gehen, oder ob das Umgekehrte der Fall ist. Die Frage: zentralisierte Korrespondenz oder Spezialkorrespondenz hängt aber wieder aufs engste mit dem Problem der Personal-Qualität zusammen. Hat man eine zentralisierte Korrespondenz, so bedingt dies hochqualifizierte und alterfahrene Beamte. In Spezialkorrespondenz-Abteilungen dagegen kann man geringwertige, mechanisch veranlagte Angestellte arbeiten und sich nach und nach zu Spezialisten ausbilden lassen. Entscheidend werden hier meist die Unkosten sein. Und da wird sich als das billigere Prinzip die Verwendung ungelernter Bankangestellten herausstellen, die nur mechanisch arbeiten, aber auch nur bei ziemlich weitgehender Arbeitsteilung verwendbar sind.

Man darf die Verwendung „ungelernter Bankangestellten" nicht von vornherein auf Grund der schlechten Erfahrungen ablehnen, die man während der Inflationszeit mit ihnen gemacht hat. Denn die fragwürdigen Leistungen des ungelernten Personals hatten meist noch andere Ursachen als die mangelnde berufliche Ausbildung. Schuld war z. B. auch die Unmöglichkeit, bei der fortwährenden Veränderung der Betriebstechnik und des Personals an einem und demselben Posten immer den gleichen Angestellten zu behalten, ihn langsam und systematisch in seine Arbeiten eindringen zu lassen. Die Angestellten wechselten ihre Posten, und die Posten wechselten ihren Inhalt. Kamen dann Fehler vor, so war es oft gar nicht möglich, den Schuldigen festzustellen, da inzwischen 4 oder 5 Angestellte seine Arbeiten fortgeführt hatten. Dazu kam, daß die ununterbrochene Leistung von Ueberstunden schließlich ein gewisse Erschöpfung der Angestelltenschaft hervorrief, die den Arbeitseffekt herabdrückte. Aus der schlechten Bewährung der „Ungelernten" in der Inflationszeit darf man also nicht schließen, daß die Banken in normaleren Zeiten mit derartigen Kräften nicht arbeiten könnten.

Also: Ohne das Prinzip der Arbeitsteilung läßt sich bei den Banken nicht mehr auskommen. Eine weitgehende Spezialisierung und Mechanisierung ist unvermeidlich. Dann kann aber die Konse-

Digitized by Google

quenz nur der ungelernte, mechanisch tätige und billige Angestellte sein, schon deshalb, weil ein hochwertiger Qualitätsarbeiter auf die Dauer mit mechanischer und niedrig entlohnter Arbeit nicht zufrieden sein wird. Der „gelernte Bankbeamte" steht also zu den Notwendigkeiten der zukünftigen Organisationspolitik in einem gewissen Gegensatz.

Die Masse der Bankangestelltenschaft wird demnach auch in Zukunft aus ungelernten Arbeitskräften bestehen, während nur ein kleiner Teil sich aus gelernten Kräften zusammensetzen wird, der mit besonders hochwertigen Arbeiten zu beschäftigen ist. Dabei wird aber der Fehler der Inflationszeit vermieden werden müssen, die Angestellten so gut wie ohne Prüfung ihrer moralischen Qualitäten einzustellen. Die Tatsache, daß während der Inflationszeit selbst die raffiniertesten Kontrollen versagt haben, zeigt, welche Bedeutung der Charakter der Angestelltenschaft für den Bankbetrieb hat, und in welchem Maße er die Organisation beeinflußt. Die Organisation ihrerseits aber ist maßgebend für die Unkosten der Banken und für die Rationalität des Betriebs nicht nur vom privatwirtschaftlichen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus.

Karl L. Schmitt, Dipl.-Kaufmann.

Der Mai 1924.

In der internationalen **Politik** hielten die Erörterungen über den Dawes-Bericht während des ganzen Monats an, umsomehr, als die Kabinettsbildungen in Frankreich und Deutschland nach den Neuwahlen erst um die Monatswende erfolgen konnten. Die deutschen Wahlen brachten ein starkes Anschwellen der Kommunisten und der Deutsch-Nationalen, ein etwas geringeres der Rechtsradikalen, und eine Schwächung der Mittelparteien; die französischen einen überwältigenden Sieg des sogenannten Linksblocks einschließlich der Sozialisten. Nach langen Verhandlungen blieb in Deutschland zunächst das Kabinett Marx am Ruder, in Frankreich trat zuerst Poincaré und (im Juni) auch Präsident Millerand zurück. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Vorabstimmung in Hannover über die Loslösung von Preußen und die Bildung eines Landes Niedersachsen zu erwähnen, die zu Ungunsten der Welfen ausfiel. — Italien, dessen König in London feierlich empfangen wurde, hat mit der Tschechoslowakei einen Vertrag abgeschlossen, der nach dem bisher bekannt gewordenen Inhalt lediglich Schlußfolgerungen aus den Völkerbundsverträgen bestätigt. — In Oesterreich hat ein Anarchist ein Attentat gegen den Bundeskanzler Dr. Seipel verübt und diesen schwer verwundet. — Die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Türkei über den Bezirk von Mossul haben sich zunächst zerschlagen; diejenigen mit Rußland ziehen sich derartig in die Länge, daß im Oberhaus bereits der Abbruch bean-

Digitized by Google

tragt worden ist, zumal Rußland mit ganz geringfügigen Zugeständnissen eine große Anleihe erkaufen will. Auch die Differenzen zwischen Rußland und Deutschland, die aus einer angeblichen deutschen Verletzung der „Exterritorialität" der russischen Handelsdelegation in Berlin entstanden sind, dauern noch immer an. — In den Vereinigten Staaten nahm der Kongreß — über den Einspruch des Präsidenten hinweg — das neue Einwanderungsgesetz an, das den Ausschluß der Japaner offen ausspricht, was wieder einmal zu einer Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Staaten Anlaß gab. — Die Wahlen in Japan selbst brachten ein Anschwellen der radikalen Strömung und einen Kabinettswechsel. — In Südslawien endete eine Ministerkrise mit einem neuen Kabinett Paschitsch. — In Albanien kam es zu einem Aufstand, dessen Umfang bisher noch nicht zu übersehen ist.

Staatsfinanziell sei erwähnt, daß die letzten Ausweise über die Geldbewegung bei der deutschen Reichshauptkasse wieder einen kleinen Zuschußbedarf bei fortgesetzter Anteiletilgung zeigten. — Oesterreich, das die Finanzkontrolle des Völkerbunds abzuschütteln sucht und mit dem Generalkommissar andauernd in Differenzen wegen der Budget-Ueberschreitungen liegt, hat einen neuen „Berater der Oesterr. Nationalbank" erhalten. — Holland hat seit längerer Zeit zum ersten Mal auf die übliche Schatzwechselausschreibung von diesmal 75 Millionen Gulden eine Ueberzeichnung erzielt. — Südslawien hat eine größere Anleihe an italienische Banken begeben (angeblich 600 Millionen Lire). — Die Tschechoslowakei hat 1,8 Millionen Pfund 8% Anleihe zu 96½% in London und 22 Millionen Dollar in New York zur Zeichnung aufgelegt; beide Serien wurden angeblich überzeichnet, doch kommen aus Amerika auch weniger günstige Meldungen. — Guten Absatz fand eine 4½% Anleihe Neuseelands (5 Millionen Pfund zu pari), während 10 Millionen Pfund 5% australische Anleihe zu pari nur knapp untergebracht worden zu sein scheinen. — Ueber das Ergebnis von 10 Millionen Pfund 5% Anleihe von Neusüdwales, gleichfalls zu pari, fehlen die Nachrichten noch. — Eine Art Darlehnstauschgeschäft hat Bulgarien mit der Tschechoslowakei abgeschlossen. Diese liefert für 270 Millionen Levas Eisenbahnwagen, Schienen usw. und kauft dagegen für 750 Millionen Levas bulgarischen Tabak.

Das ruhigere Tempo der **Weltwirtschaft** hat sich im Mai noch deutlicher ausgeprägt, ganz besonders in den Vereinigten Staaten. Von dort kommen jetzt ausgesprochen ungünstig klingende Berichte, namentlich aus der Eisen-Industrie, die schlechter beschäftigt sein soll als vor dem Kriege. Aber auch aus allen anderen wichtigen Geschäftszweigen der Union liegen Klagen vor, und in den europäischen Ländern hat sich die Lage im Mai zum mindesten nicht gebessert. — Die Zahlen über den deutschen Außenhandel im April zeigen bei den gleichen Fehlerquellen

Digitized by Google

wie in den Vormonaten einen Einfuhr-Ueberschuß von mehr als 400 Millionen Mark, und zwar hauptsächlich durch Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren. Die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen ist weiter zurückgegangen.

In der Lage der **Weltschiffahrt** hat der Mai zumindest keine Besserung gebracht, wenn auch die Liniendampfer in manchen Fahrten, so z. B. in der nach der Westküste von Südamerika, ihre Frachtsätze erhöhten. Die Red-Star-Linie hat den letzten europäischen Anlaufhafen ihrer großen Dampfer von Antwerpen nach Hamburg verlegt, weil der größere Auswandererstrom über diesen Hafen läuft.

Die Unruhe am **Weltarbeitsmarkt** hat auch während des Mai angehalten. In Amerika hält vorläufig die Ungunst der Lage die Arbeiter von weiteren Lohnforderungen zurück, dafür haben aber dort die Entlassungen sich bereits wieder zu häufen begonnen. — In England ist es zu einer Reihe kleinerer Ausstände, besonders im Verkehrsgewerbe, gekommen. Ein drohender Ausstand der Bergleute konnte Ende Mai durch Nachgiebigkeit der Arbeitgeber vermieden werden. — In Deutschland wurde der Monat gekennzeichnet durch eine fast vier Wochen dauernde Arbeitseinstellung im Ruhrbergbau und in Oberschlesien, die von den Arbeitern als Aussperrung, von den Arbeitgebern als Streik bezeichnet wird. Gegen Ende des Monats gelang es, durch einen den Arbeitern günstigen Schiedsspruch eine Einigung zu erzielen, doch begannen jetzt wieder Lohnforderungen der Eisenbahner die Oeffentlichkeit zu beunruhigen. — Ueber den April berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß sich das Angebot offener Stellen zwar nicht mehr im gleichen Maße mehre wie in den letzten Monaten, daß aber der Rückgang in einzelnen Industrien durch Belebung in anderen aufgehoben werde, der Gesamteindruck also noch günstig sei. Bei den Krankenkassen hat der Mitgliederstand um 5,9% (Vormonat 4,9%) zugenommen. Die Gewerkschaften melden nur noch 10,4% (16,4%) erwerbslose Mitglieder, und die Erwerbslosen-Fürsorge unterstützte Mitte Mai rund 243 000 (463 000) Erwerbslose außerhalb des besetzten Gebietes. Die Kurzarbeit ging von 9,9 auf 5,8% der Mitglieder der Fachverbände zurück. Bei den Arbeitsnachweisen wurden 1,9 Millionen (2,24) Arbeitsuchende gezählt, dagegen 0,69 (0,68) Millionen Stellen-Angebote. Auf 100 offene Stellen kamen 321 (419)arbeitsuchende Männer und 144 (169) Frauen. Von je 100 Arbeitsuchenden konnten 31 (25) untergebracht werden. — Aeußerst ungünstig ist die Lage an der Saar, wo die Arbeiter-Entlassungen bereits einen sehr großen Umfang angenommen haben.

Eigentlich zum ersten Mal seit Beginn der Krisis spiegelten im Mai die **Konkurs**ziffern diese wieder, selbstverständlich ohne bisher das Vorkriegsausmaß zu erreichen. Uebrigens sind die „Geschäftsaufsichten", die den Konkurs weitgehend ersetzen, nach den von einzelnen Orten Ende Mai bekanntgegebenen Ziffern (Ber-

Digitized by Google

lin 57, Hamburg 113) weniger zahlreich, als man angenommen hatte; es scheint, daß die Listen sehr unvollständig sind. Die Verhandlungen über Aenderung oder Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht zogen sich bis weit in den Juni hin. An Konkursen wurden eröffnet:

im März	1922	132	Konk.	1923	32	Konk.	1924	62 Konk
„ April	1922	108	„	1923	45	„	1924	135 „
„ Mai	1922	91	„	1923	30	„	1924	304 „

Als die bedeutendsten Insolvenzen des Monats in Deutschland seien genannt: J. u. D. de Neufville - Frankfurt und Hamburger Handelsbank - Hamburg, die beide zur Liquidation führen dürften, ferner Stahlwerk Becker A. G., deren Schicksal noch nicht zu übersehen ist, Mansfelder Bergbau A. G. (vom Reich gestützt), schließlich aus dem Metallhandel Leo Jakobi u. Co., Frankfurt. In Hamburg und Frankfurt haben sich Banken - Syndikate zur Stützung illiquider Firmen gebildet.

Zusammenschlüsse von Bedeutung hat der Mai in Deutschland nicht gebracht. Erwähnung verdienen lediglich die engeren Beziehungen zwischen der Charlottenhütte und der Rhein - Elbe-Union. In England hat das Bankhaus Glynn Mills die Firma Child u. Co. übernommen.

Der deutsche **Kohlenmarkt** wurde durch die erwähnte Arbeitseinstellung an der Ruhr wieder vollkommen zerrüttet, umsomehr, als gleichzeitig in Oberschlesien ein ähnlicher Ausstand lief. Selbstverständlich ist unter diesen Umständen der Versand der Braunkohlenbezirke gestiegen. Im April betrug die deutsche Steinkohlenförderung 10,4 Millionen Tonnen (im Monatsdurchschnitt 1923: 5,18 Mill.), die Braunkohlen-Förderung 10,2 (9,4, die Kokserzeugung 2,2 (1,1) Millionen Tonnen. — In Ost - Oberschlesien sind die Kohlenpreise und die Löhne um durchschnittlich 20% heruntergesetzt worden. — Die westeuropäischen Kohlenmärkte lagen außerordentlich ruhig, der englische schwächer; hier macht sich der Rückgang der Ausfuhr infolge der Steigerung der französischen und belgischen Förderung und des Nachlassens der deutschen Nachfrage besonders unangenehm bemerkbar. Im Unterhaus hat wieder einmal eine Debatte über die Nationalisierung des englischen Bergbaus stattgefunden.

Die Lage der deutschen **Eisen-Industrie** ist im Mai, zum Teil infolge der Verhältnisse im Kohlenbergbau, die zu Feierschichten zwangen, schlechter geworden; für die Ausfuhr sind die Preise zu hoch, im Inland drückt der Geldmangel auf den Absatz. Stabeisen wurde Ende des Monats mit etwa 131 Mark gegen 150—155 Mark zu Beginn des Monats gehandelt, und entsprechend haben auch die meisten anderen Preise nachgegeben. Verhältnismäßig gut soll das Geschäft noch in Feinblechen und Draht gehen. Der Roheisen-Verband hat übrigens trotz der sinkenden Tendenz der Enderzeugnisse seine Preise weiter in die Höhe gesetzt. Jetzt hat sich die Deutsche Stahlgemein-

Digitized by Google

schaft (Rumpf-Syndikat), die im wesentlichen Radreifen, Radsätze usw. vertrieb, aufgelöst. Von deutscher Seite sind wieder größere Mengen Wabana-Erze gekauft worden. — In Frankreich hat die neue Franc-Entwertung den Markt nicht derartig belebt, wie die Werke das erwarteten, zum Teil wohl infolge der ungeklärten politischen Lage; die Ausfuhr hat zwar zugenommen, die Preise haben sich aber nur unwesentlich verändert. — Der englische Eisenmarkt lag während der ersten Hälfte des Monats ziemlich fest, besonders in den weiterverarbeitenden Bezirken; in der zweiten Hälfte wirkte der französisch-belgische Wettbewerb wieder stärker ein. — Ausgesprochen ungünstig lauten, wie erwähnt, die Meldungen aus den Vereinigten Staaten. Dort hat der Mai z. B. dem Stahltrust einen weiteren Rückgang der Aufträge um 600 000 Tonnen gebracht. Es wurden während dieses Monats nicht weniger als 45 Hochöfen gedämpft. Die Erzeugung steht jetzt auf etwa 50% der Kapazität, zum Teil noch darunter. Der Präsident der Bethlehem Steel Corpor., Charles M. Schwab, ist gestorben.

Der Geschäftsgang in der **Kali**-Industrie ist während des Mai wesentlich schlechter geworden, eine Erscheinung, die an sich alljährlich zu beobachten ist, aber dieses Mal besonders scharfe Formen annimmt und von großen Arbeiter-Entlassungen usw. begleitet ist. — Der Mai-Absatz wird auf etwa ein Viertel dessen im April — das wären also nur ca. 150 000 dz K_2O — geschätzt. Die elsässischen Kali-Gruben sind jetzt endgiltig in das Eigentum des französischen Staates übergegangen. — Ueber den Absatz des deutschen Kali-Syndikates im Jahre 1923 liegen jetzt abschließende Ziffern vor; danach betrug er 8,86 Millionen dz K_2O gegen 13 Millionen dz im Vorjahr, und zwar nahm das Inland weniger als die Hälfte des Vorjahrs, das Ausland mit 3,50 Millionen dz dagegen eine Kleinigkeit mehr als 1922 auf. — Die chilenischen Salpeter-Erzeuger haben ihren Wirtschafts-Verband bis 1930 verlängert und gleichzeitig neue, eine Kleinigkeit niedrigere Preise festgesetzt; sie kommen mit diesen angeblich trotzdem gut zurecht, weil der Zwischenhandels-Aufschlag wegfällt.

Der Stand der **Saaten** ist auf der nördlichen Halbkugel zwar nicht so schlecht, wie er es nach dem harten Winter hätte sein können, aber doch weniger günstig als im vorigen Jahr; zum Teil — wie in Nordamerika — sprechen auch Rückgänge der Anbaufläche mit, sodaß man im ganzen wohl mit einer nicht unerheblichen Verkleinerung der Ernte gegenüber 1923 wird rechnen müssen. — Den Weltmarkt hat das aber bemerkenswerterweise im Mai noch kaum beeinflußt; hier machte sich im Gegenteil das sehr bedeutende Angebot Süd-Amerikas und das Aufgehen der kanadischen Häfen preisdrückend bemerkbar. — Ausgesprochen schwach lag der Markt in Deutschland, wo zu allem übrigen noch die aus der Kreditnot zu erklärende mangelhafte Aufnahmefähigkeit des Getreidehandels und die Tatsache hinzu-

Digitized by Google

kam, daß die Bestände bei den Landwirten aus früheren Ernten größer sind, als angenommen worden war. Ueberdies gab die Reichsgetreidestelle größere Mengen her, zum Teil aus Furcht vor dem Verderben.

An den **Weltzuckermärkten** sind die Preise weiter zurückgegangen. Die Schätzungen der kubanischen Ernte wurden wider alles Erwarten auf nahezu 4 Millionen Tonnen erhöht, das sind etwa 10% mehr als im vorigen Jahr. Ferner drückte größeres deutsches und tschechisches Angebot auf den Markt. In Deutschland sind die Bestimmungen über die Zucker-Rücklage aufgehoben worden, womit die Zuckerwirtschaft im Inlande völlig frei ist. Die Anbaufläche hat sich nur um knapp 4½% vermehrt und gerade in den wichtigsten Bezirken Sachsens und Schlesiens weniger als im Durchschnitt. Brasilien hat, wie in der Generalversammlung einer der beteiligten Gesellschaften mitgeteilt wurde, wieder einmal eine Kaffee-Valorisation (die dritte) mit Verdienst abgeschlossen; es ist aber bekanntlich schon wieder eine neue Valorisation im Gange. Die Kaffee-Preise selbst bröckelten ab, auch Kakao und Tee wurden billiger.

An den **Metall**märkten überwogen während des Mai die Abschwächungen, die zum Teil noch mit den Folgen der mehrfach erwähnten Francs-Spekulationen zusammenhängen. Vor allem wirkten diese auf den Bleimarkt ein. Für die Bewegung der Kupferpreise war in weitem Umfange der Rückgang des amerikanischen Bedarfs bestimmend. Zinn sank und streifte die 200 Pfund-Grenze, dann schien aber die Spekulation sich wieder mehr dafür zu interessieren. — Auf den Silbermarkt wirkten die Bestrebungen der amerikanischen Silber-Produzenten, den Staat zu weiteren Käufen zu veranlassen, befestigend ein.

Die mit **Baumwolle** bebaute Fläche in den Vereinigten Staaten hat sich etwas weniger vergrößert, als zunächst angenommen worden war. Auch war das kalte Frühjahr nicht eben günstig für die Entwicklung der Pflanze. Trotzdem lagen die Märkte im allgemeinen eher schwach. Die Rückgänge des Verbrauchs in den Vereinigten Staaten und die kleineren Käufe einzelner europäischer Länder, vor allem Frankreichs, beeinflußten den Markt ungünstig. — Aehnliches gilt auch von Wolle, deren Preise zum ersten Mal seit längerer Zeit leichte Abschwächungen zeigten. — Der Seidenmarkt hat sich noch nicht erholt, dagegen vermochten Hanf und Jute eine Kleinigkeit anzuziehen. — Ausgesprochen schwach lag im Mai der **Gummi**-Markt, zum Teil infolge der Lösung älterer spekulativer Positionen und infolge des Rückganges der amerikanischen Nachfrage.

In Deutschland ist die Preisbewegung wenig einheitlich gewesen. Ausgesprochen abwärts gerichtet war sie eigentlich nur bei Häuten und Leder. Die Index-Ziffern haben sich im Mai (nach weiterer Steigerung in der ersten Woche) etwas gesenkt. Die Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamts be-

Digitized by Google

trug 118,4 (April 124,3), der Lebenshaltungs-Index das 1,13 (1,14) billionenfache. Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. 5. 23	30. 4. 24	12. 5. 24	21. 5. 24	30. 5. 24		
Weizen (Chicago) .	116	—	—	108½	111½	cts.	t. bush.
Weizen (Berlin) .	233 000 M.	173½	163½	155½	156½	M.	ton
Baumwolle (N. Y.)	28.65	29.80	31.60	32.50	32.65	cts.	„ Pfd. engl.
Zucker (N. Y.) . .	8 03	—	—	5.53	5.02	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	11⅞	15	14¾	14¼	14 9/16	„	„ „
Schmalz (Chicago) .	11.02	10.52½	10.45	10.30	10.17½	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1.3⅛	1.0¼	0.11¼	0.10⅜	0.10½	sh	„ Pfd. engl.
Gold (London) . .	89.2	94.1	94.8	94.9	95.4	„	„ Unze fein
Gold (Berlin) . .	44000	2.81½	2.82	2.79	2.79	M.	„ Gramm
Silber (London). .	32	32 13/16	33⅝	34⅜	34⅝	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	66	63⅞	65¼	66⅝	66½	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin) . .	1 380 000	91¼	90	89½	89½	M.	„ kg
Kupfer (London) .	68⅜	63¼	62¼	61½	61⅓	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2] .	—	1.12	1.12	1.05	1.05	M.	„ kg
Zinn (London) . .	200⅛	236½	229¾	206½	211	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin) [3] . .	65525	4.45	4.40	4.05	4.10	M.	„ kg
Zink (London) . .	31½	30¾	30 11/16	30⅜	31⅛	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4] . .	9700	0.58	0.56	0.55½	0.54½	M.	„ kg
Blei (London) . .	25¾	31¾	29½	28¾	30⅜	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin) . . .	8200	0.57	0.55	0.54½	0.54	M.	„ kg

[1]) first crèpe [2]) raff [3]) Banka [4]) frei

An den **Weltbörsen** verlief der Mai im allgemeinen ziemlich schwach, insbesondere wieder in New York; dort wirkt sich die ungünstigere Wirtschaftslage allmählich stärker aus. United States Rubber z. B. sowie Stahltrust sind um je 5 Prozent niedriger. Sonst halten sich die Rückgänge meist zwischen 1 und 3 Prozent. Bahnen-Werte sind meist etwas höher, Staatsanleihen ebenfalls. — In London war das Geschäft ruhig, die Spekulation hielt sich stark zurück. Heimische Anleihen lagen teilweise recht fest, weil die schlechte Wirtschaftslage und der niedrigere Zins ihnen Käufer zuführt; bemerkenswert groß ist die Kurssteigerung von 4% indischer Anleihe (plus 4%); türkische und mexikanische Werte lagen schwächer, ebenso Bahnen. Dagegen hielten sich an den eigentlichen spekulativen Märkten Rückgänge und Steigerungen ungefähr die Wage. — Paris zeigt überwiegend Rückgänge, für 3% Rente z. B. um 1,70 Prozent, nur alle Valuten-Werte wurden im Zusammenhang mit der neuen Abschwächung des Franc erheblich höher. — An den Börsen von Budapest und Wien setzte sich die Krisis zunächst noch weiter fort, schließlich trat jedoch eine gewisse Erholung ein, z. T. infolge des Wirkens der Stützungsgruppen.

An der **Berliner Börse** war das Geschäft im allgemeinen klein, die Kursbewegung nicht einheitlich. In den ersten Wochen des Monats und gegen Schluß überwogen die Steigerungen, dazwischen lagen lagen aber starke Rückgänge; per Saldo zeigen einige Aktien-Gruppen Erhöhungen, die am bedeutendsten bei westlichen Montanwerten und einer Reihe von Spezialitäten sind, bei anderen großen Gruppen aber, wie z. B. Banken und Werften, überwiegen

Digitized by Google

die Rückgänge. Zeitweilig tauchten wieder Gerüchte von Auslandskäufen auf, die sich jedoch fast nie bestätigten. Völlig erloschen ist der Freiverkehr. — Die Börsenumsatzsteuer war bereits im März auf 17,4 (Februar 25,6) Millionen Mark zurückgegangen. April-Ziffern fehlen noch.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Mai	Anfang	Mitte	Ende	Mai	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	80,5	77	70,5	Dt.-Luxemburg	37	47	47,2
4% „	470	430	400	Bln. Karlr. Ind.	59	70¼	83
3½% „	250	219	200	Elberf. Farben	12⅜	14⅜	12,25
3% „	920	895	800	Harpener	50¼	59¾	58,75
Darmst. u. Natbk.	8	8⅝	7,5	Hirsch Kupfer	27¾	24	19,75
Deutsche Bank	9⅛	9⅝	8,25	Höchster	10⅞	12,7	10⅞
Disc.-Komm.	9,3	9,7	8⅛	Hohenlohe	23,5	23	22⅞
Dresdner Bank	5,6	6	5	Laura	9⅜	8,2	6,25
Hambg.-Amerika	21¾	23⅜	23,5	Mannesmann	27	31,5	30
Hamburg-Süd	31	33¾	33	Oberbedarf	14⅜	15,5	14⅜
Hansa	8⅞	10,5	9⅝	Oberschl. Eisen	16	16¾	14,9
Norddtsch. Lloyd	5¼	5,4	5,4	Orenst. & Koppel	12¼	14	11⅛
Schantung	0,75	0,65	0,65	Phönix	24,2	27,9	27,75
Bergmann	11	12	11,4	Rheinstahl	25,5	28,5	26,25
Bochumer Guß	43,5	51¼	52,5	Rombacher	13,2	14,5	13,2
Daimler	3,3	3,2	2,5	Schuckert	27⅞	36	33,75
Deutsche Kali	33¾	37	32,25	A. E. G.	8⅞	9	7,75

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am **Londoner Geldmarkt** war die Lage auch im Mai eine schwankende mit anfangs eher leichter, in der zweiten Monatshälfte eher steifer Tendenz. Der Geldbedarf des Markts war zwar andauernd geringfügig, aber gegen Ende Mai zog das Schatzamt im Hinblick auf die am 1. Juni fällig werdenden Zinsen auf die Kriegsschuld (ca. 50 Mill. £) größere Summen an sich. Das Schatzwechsel-Angebot wuchs bis auf 40 Mill. £ in der Woche und überstieg die Fälligkeiten im Mai um 20 Mill. £. Der Zins zog denn auch in der letzten Maiwoche auf mehr als 3% an. Tägliches Geld schwankte zwischen 1½ und 4%, Wochengeld war meist mit 2½% erhältlich, außer in der letzten Woche, in der bis zu 3½% angelegt werden mußten. Der Privatdiskont notierte:

1. Mai	7. Mai	13. Mai	19. Mai	24. Mai	31. Mai	höchst	niedrigst
31/32	3	31/32	31/32	37/32	31/16	37/32	3

Die Ausweisziffern der Bank von England sind im Mai fast bewegungslos geblieben; so vollkommen haben sich Rückzahlungen und Neuausleihungen ausgeglichen. Das kleine Anwachsen der öffentlichen und die Abnahme der privaten Depositen halten sich gleichfalls ungefähr die Wage. — Der Umlauf an currency notes hat sich nach der vormonatigen Steigerung wieder etwas ermäßigt (auf 286,0 Mill. £).

Auf die April-Besserung des Londoner Wechselkurses ist im Mai ein Rückschlag gefolgt, den man mit den Voranschaffungen des Schatzamts für die im Juni fällige Dollarzinszahlung sowie mit den der Deutschen Golddiskontbank gewährten und noch zu gewährenden Krediten in Zusammenhang bringt. Ende Mai no-

Digitized by Google

tierten: Kabel New York 4,30½ Dollar, Amsterdam 11,51 Fl., Schweiz 24,48 Frcs., Bombay 1 s 4⁷/₈ d, Yokohama 1 s 10½ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten (in Mill. £):

1922			1923			1924		
28.	4.— 4. 5.	803	27.	4.— 3. 5.	816			
5	5.—11. 5.	798	4.	5.—10. 5.	749	1.	5.— 8. 5.	816
12.	5.—18. 5.	742	11.	5.—16. 5.	678	9.	5.—15. 5.	745
19.	5.—25. 5.	700	17.	5.—23. 5.	578	16.	5.—22. 5.	757
			24.	5.—31. 5.	612	23.	5.—29. 5.	752
28.	4.—25. 5.	3 053	27.	4.—31. 5.	3 433	1.	5.—29. 5.	3 070
30	12.—27. 4.	13 157	29.	12.—26. 4.	12 820	1.	1.—30. 4.	13 510
30	12.—25. 5.	16 200	29.	12.—31. 5.	16 253	1.	1.—29. 5.	16 580

Bei der Bank von Frankreich zeigen die Ausweise im Mai die normale Besserung nach dem Apriltermin. Nur der letzte Ausweis steht unter dem Einfluß des Kabinettwechsels und zeigt eine verstärkte Inanspruchnahme der Bank für private Rechnung. Der Staat hat 300 Millionen Francs zurückzahlen können (die er jedoch um die Monatswende von neuem in Anspruch genommen hat). — Der französische Wechselkurs hat sich nach der übertriebenen Besserung im April weiter verschlechtert, wozu auch der Ausfall der Wahlen beigetragen zu haben scheint. Man fürchtet von dem Block der Linken eine weniger konsequente Finanzpolitik und eine neue Erhöhung des Notenkontingents der Bank von Frankreich. Ende Mai notierte der Franc in London 84,55 Francs je Pfund, in New York 5,09 Dollar je 100 Frcs.

Am New Yorker Geldmarkt hat sich die Flüssigkeit im Mai noch stärker ausgeprägt. Es machte sich am Markte geradezu ein Mangel an Diskontmaterial geltend, da die Bundes-Reserve Banken andauernd als Käufer auftraten. Die Zinssätze gaben denn auch bis auf 3⅛% für Bankakzepte und 4¼% für Handelswechsel nach. Tägliches Geld war meist zu 2½ bis 3% erhältlich. Trotz der Diskontermäßigung auf 4% sind die Bundes-Reserve-Banken nur unwesentlich in Anspruch genommen worden. — Der amerikanische Wechselkurs hat sich Europa gegenüber gebessert, dagegen Ostasien gegenüber etwas verschlechtert. Der Goldausgang, den das Bundes-Reserve-System Ende Mai ausweist (ca. 20 Mill. Dollar) hängt jedenfalls mit Versendungen nach China und Japan zusammen. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Millionen Dollar):

	3. 5.	12. 5.	17. 5.	24. 5.	31. 5.
Vorschüsse	4 755.05	4 739.02	4 745.28	4 757.01	4 779.18
Barvorrat, eigener	45.62	47.23	46.77	46 06	45.75
„ b.d.Bund.-Res.-Bk.	542.07	538 11	535.31	540.65	545.87
„ b. anderen Banken	10 92	10.43	8.54	9.92	12.55
Barvorrat, zusammen	*598 61*	*595 77*	*590 52*	*596.63*	*604.17*
Kurzfristige Depositen . . .	3 955.32	3 920 17	3 922.65	3 973.29	3 972,50
Langfristige Depositen . . .	494.56	493.34	494.46	490.49	493.31
Depositen, zusammen	*4 449 88*	*4 413.51*	*4 417.11*	*4 463.78*	*4 465.81*
Notenumlauf	44.26	43.60	38.44	26.62	19.95
Surplusreserve	33.35	32.26	32.33	32.52	—

Digitized by Google

Von den Diskontsätzen der europäischen Notenbanken hat nur der tschechische eine Veränderung, und zwar eine Ermäßigung um ½%, erfahren. Die Sätze lauten:

Dt. Rchsbk. wertbstd.	bis	31. 5.	10%	Bk. v. Norw. . . .	bis	31. 5.	7%
Bk. v. Engl. . . .	„	31. „	4	Niedld. Bk.	„	31. „	5
Bank von Frankreich	„	31. „	6	Nationb. v. Dänemark	„	31. „	7
Oesterr. Nationalbank	„	31. „	9	Rumän. Nationalbank	„	31. „	6
Ung. stl. N.-Inst. . .	„	31. „	18[1]	Nationalb. v. Bulgarien	„	31. „	6
Banca d'Italia . . .	„	31. „	5½	Bk. v. Finnl. .	b. 4. 3.	10	b. 31. 3. 9
Bank von Spanien .	„	31. „	5	Tschecho. Bkmt.	b 26. 5.	6½	b. 31. 5 6
Bk. v. Portugal . . .	„	31. „	9	Belgische Nationalbk.	bis	31. 3.	5½
Schwz. Natbk. . . .	„	31. „	4	Poln. Darl. K. . . .	„	31. „	96[2]
Schwd. Rbk. . . .	„	31. „	5½	Griech Nat. Bk. . .	„	31. „	7½
Russland	„	31. „	10	Jugoslavien	„	31. „	7
				Danzig	„	31. „	12

[1]) wertbeständige Kredite 10% [2]) wertbeständ. Kredite 12%.

Am **Berliner Geldmarkt** trat im Mai zwar eine gewisse Erleichterung ein, doch gingen die Sätze für tägliches Geld kaum unter ½ promille je Tag und für Monatsgeld unter 3 Prozent je Monat zurück. Den Hauptübelstand bilden aber nicht sowohl die Geldsätze, als vielmehr das fast vollständige Fehlen geeigneter Unterlagen für die beanspruchten Kredite, da der Wert der lombardfähigen Wertpapiere enorm zusammengeschmolzen ist. Dazu kam zeitweilig die Zurückhaltung der wenigen Geldgeber, auch der ausländischen, die durch das Spielen mit dem Gedanken an ein Moratorium ängstlich wurden. Die Seehandlung hat, nachdem sie ihre Zinssätze wiederholt geändert hat, per Anfang Juni zahlreiche, meist kleinere Kredite gekündigt.

Am Berliner Devisenmarkt setzte die Reichsbank ihre Zwangspolitik mit aller Kraft und mit dem Erfolge fort, daß die Rentenmark ihre Goldparität, die bis dahin nur auf dem Papier stand, tatsächlich erreichte. Das Steigen der Mark im Ausland im Verein mit der Geldknappheit im Innern brachte immer neue Mengen aufgespeicherter Devisen und Banknoten an den Markt; so daß Ende Mai die Nachfrage nach den meisten Devisen und Anfang Juni auch die Dollar-Kaufgesuche voll befriedigt werden konnten, ohne daß die Auslandskredite, die der Reichsbank für die Golddiskontbank zuflossen, in Anspruch genommen zu werden brauchten. Ueber die Widersprüche, die infolge der künstlichen Regulierung des Markkurses zwischen der inneren und der äußeren Kaufkraft der Mark bestehen, siehe „Umschau" im Juniheft.

Die **Deutsche Reichsbank** hat zwar Ende Mai ihre Restriktionspolitik äußerlich etwas gelockert und in der letzten Maiwoche fast 250 Millionen Mark Banknoten und Rentenmarkscheine hergegeben, auch in die Zurückziehung beträchtlicher Giroguthaben gewilligt (durch Ermäßigung des Pflichtguthabens). Aber diese Gelder sind nur zum Teil der Bankwelt und der Industrie zu Gute gekommen. Vielfach dienten sie zur Ablösung von Notgeld, d. h. zu Krediten

Digitized by Google

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Mai	7. Mai	15. Mai	22. Mai	26. Mai	31. Mai
Amsterdam Guld. .	157,75	158.5	158	158	158	158
Kopenhagen (Kr.) .	71,20	72	1,7	71,5	71,3	70,75
Stockholm(Kronen)	111.5	112	112	112,25	112	111,50
Christiania (Kron.)	58.30	58.75	58,6	58,9	58,6	57,75
Helsingfors (F.-M.)	10,55	10,6	10.6	10,6	10,5	10,5
Schweiz (Francs) .	75	75	74,55	74,75	74,74	74,10
Madrid (Pesetas) .	58	58,6	58,6	58,6	58	57,15
Italien (Lire) . .	18,90	19,1	19	18,80	18.75	18.35
London (Pfund) .	18,45	18,5	18,5	18,45	18,5	18,2
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4,2	4 2	4,2
Paris (Francs) . .	27.3	27,75	25,2	23,9	23,2	21,55
Brüssel (Francs) .	23	22,3	21,40	20 2	19,7	18,65
Wien (1 Kr.). . .	6	6	6	5,95	5.95	5,9
Prag (Kronen) . .	12,5	12,5	12,50	12 6	12,50	12,325
BuenosAires(Pesos)	1,36	1,39	1,39	1,38	1,37	1,36
Rio de Janeiro (Milr.)	0,48	0,48	0,48	0,45	0,43	0,42
Japan (Yen) . . .	1,68	1,68	1,69	1,69	1,69	1.67
Bulgarien (Lewa) .	3,2	3.1	3,1	3,05	3,08	3
Jugoslavien(Dinar)	5,3	5,3	5,275	5,25	5,175	5,15
Budapest (Kronen)	5.25	4,75	4,7	4.6	4,6	4,6
Lissabon (Eskudo)	13.2	13	12,7	12,7	12,7	12,4
Danzig (D. Gulden)	73,8	74	73,8	73,6	73,4	72,9

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

an die Kommunalverbände etc., vielfach auch zur Ansammlung eines großen Devisenvorrats bei der Bank, sowie zum Rückkauf von Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen. Immerhin hat der Wechselbestand des Institutes im Mai um fast 40 Millionen Mark zugenommen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die fällig werdenden Wechsel in außerordenltich großem Umfange zum Protest gehen. Der Goldbestand hat im Mai keine Veränderungen erfahren.

Die Rentenbank hat dem Reiche 100 Millionen Rentenmark, die ursprünglich unverzinslich hergegeben werden sollten, auf zwei Monate als verzinsliches Darlehen überlassen, so daß das Reich jetzt über sein ganzes Kontingent (1200 Mill. Rentenmark) verfügt hat.

Die Golddiskontbank hat ihren Bestand an angekauften Devisen Ende Mai auf 5,4 Millionen £ gesteigert.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Mai folgende Ziffern (in Millionen M., außer 1924):

	1919	1920	1921	1922	1923	1924*)
März	9 745	49 309	74 284	170 356	7 257 658	1 356 673 543
						ferner: 479 382 000 Rentenmark
April	9 874	51 018	75 255	175 977	8 177 378	1 058 451 242
						ferner: 1 906 449 100 Rentenmark
Mai	11 712	50 816	66 453	179 370	12 345 002	1 154 905 005
						ferner: 1 793 318 500 Rentenmark

*) in Billionen Mark

Digitized by Google

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Trillionen Mark):									
7. 5.	441.8 Mill.	—	—	1884.8	134.4[9])	465.7	358.1	786.8	786 8[8])
15. „	441.8 „	—	—	195 .6	121 2[9])	567 0	370 6	763 9	763.9[8])
23. „	441.9 „	—	—	1948.7	117.9[9])	626.9	366.1	749.3	749 3[8])
31. „	441.9 „	—	—	1955.0	128.6[9])	545.2	259.2	926.9	926.9[8])
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
8. 5.	128.2		—	117 6[4])		10.0	112.6	125.2	—
15. „	128.2		—	114 1[4])		17.4	102 4	124.5	—
22. „	128.2		—	114.3[4])		18.4	101.5	124 5	—
29. „	128.2		—	115.6[4])		15.5	104.5	125.7	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
9. 5.	5542.5[3])	298.8	572.8	4234.6	30176.4	19.4	1948.2	39928.8	33514.7
16. „	5542.6[3])	299 0	569 8	4376.8	30001.1	13.2	1916.6	39739.2	33327.8
23. „	5542 7[3])	299.1	565 8	4073.3	30001.0	18 8	1995.0	39402.9	32995.3
30. „	5542.8[3])	299.2	565.7	4494 5	29912.5	15.7	2209.8	39556.3	33148.6
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 5.	3 789 427.3[5])		—	2124816.1	1498.9	878196 6		7145069 6	3355642.3
15. „	3 715 498.5[5])		—	2224698 6	1484 2	1026478.8		7032286.7	3316788.2
23. „	3 552 219 6[5])		—	2390493.8	1523.4	1188816 3		6839821.5	3287601.9
31. „	3 4 1 780.3[5])		—	2658955.9	1492 9	641000.6		7554620.3	4102840.0
Ungarisches staatl. Noteninstitut (Millionen ungar. Kronen):									
7. 5	24 3		—	1210402 3	12947.0	300544.3		2200503.3	2200479.0
15. „	25 6		—	1275089 4	13060.2	327178.7		2257785.8	2257760.2
23. „	26 4		—	4344683.3	13249.5	447570.9		2223666.8	2223640.4
31. „	25.1		—	1400608.9	13436.6	377119 2		2486257.0	2486231.9
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 5.	1044.6		646.1	1251.7	807 1	982 1		7952.1	6261.4
14. „	1014.9		655.8	1221 7	696 7	1074 3		7750.3	6049.6
23. „	1045.2		678.5	1370.5	692.9	1288.2		7550.7	5827.0
31. „	1015.2		659.6	1322 9	765 8	1316 6		8078 4	6373.6
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 4	884.7	85.2	492.3	.11437 9		1874 7		12678.1	11215.9
20. „	884.8	85.2	492 3	11447.6		2 32 3		12515.7	11053.4
31. „	885.0	85.3	492.2	11811.7		1908.1		12636.1	11173.6
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
8. 5.	42.8	0.5	646.1	7 7.8	4.4	142.4	54 0	1350.1	660.7
15. „	42 8	0.5	622.1	718 5	4 3	138.7	41.0	1324 4	659.0
23. „	42.9	0.5	579.4	763.6	4.3	146.5	31 9	1307.5	684.7
Niederländische Bank (Millionen Gulden):									
5. 5.	531.4	9 5	28.8	284 3	150 6	—	28.9	1036 8	467.1
12 „	531.4	9.4	36.5	272 7	142.8	—	33.8	1011.7	434 4
19 „	531.4	9.7	33.3	212.1	140.6	33 9	47 9	986 9	402 5
26. „	541.3	9.9	94.4	174.7	142.2	—	59.6	986.9	341.3

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 5.	531.1	96.7	23.2	271.2	84 1	142 6		833.1	182.1
15. „	531.0	97.3	25.1	265.2	70.4	157.9		842 4	189.0
23. „	530.1	98 1	20 7	269.1	65.9	151.2		832 6	183.7
31. „	530.0	97.8	24.7	263.5	64.0	189 1		877.2	224.7
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
3. 5.	262.7	—	27.8	457.4		214.0		519.9	239.4
10. „	247.6	—	25.9	444.9		207.2		495 4	221.9
17. „	247 6	—	19 1	463 7		208.9		485.9	219 2
24. „	247.6	—	20.9	470.3		220 7		472.1	203.6
31. „	247.5	—	20.1	501.0		254.5		522.7	255.1
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
3. 5.	2530.5	659.6[6])	27 3	870.7	1451.6[7])	465.9	10.3	4361.5	1144.1
10. „	2531 7	655 4[6])	26.6	878.8	1450.4[7])	469 6	10 5	4389.2	1175.5
17. „	2532.2	656.3[6])	27.6	868.2	1408 4[7])	422.9	10.4	4368.9	1152 4
25. „	2532 6	662.7[6])	27.4	839 3	1393 9[7])	432 0	10 6	4338 7	1116.0
31. „	2538.3	663.3[6])	29.1	840 5	1388.4[7])	418.1	10.8	4342 9	1112.2
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 5.	147.3		18.4	424 3		111.1		374 9	209 2
15. „	147.3		19.3	422.1		114 8		369 3	202.7
22. „	147.3		20.4	423.2		120 7		366 3	198.6
31. „	147.3		20.1	424.7		108.6		378.5	211.1
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
31. 5.	209.6	16.1	21.7[2])	254 9	54.6	69.3		481.0	233.6
Polnische Emissionsbank (Millionen Zloty).									
10. 5.	70 4		207.2	116 8	46 5	—	230.0	111.1	—
20. „	70.8		203.5	120 5	48.8	—	205.6	136.6	—
Nationalbank von Rumänien (Mill. Lei)									
5. 4.	6017 2	0.7	—	5946.4	720 7	6080.1		17787 7	11771.2
12. „	6017.2	0.7	—	5921.1	705 9	6094 6		17754.5	11738.0
19. „	6017.2	0.7	—	5958.4	707 2	6115.4		17762 4	11745.9
26. „	6017.2	0.4	—	5981.4	72 .3	6125.7		17716 8	11710.0
3. 5.	6017.2	0.4	—	5889.6	711.7	6125 5		17659.0	11642.2
10. „	6017.2	0.4	—	5891.0	712.4	6150.4		17650.1	11633,3
Nationalbank von Bulgarien (Mill. Lewa)									
29. 2.	56.7		1163.7	155.7	167.7	2354.2		4508.7	3288.3
31. 3.	56 7		690.3	159 7	168 3	1823.8		4747.7	4001.7
Nationalbank von Griechenland (Mill. Drachmen).									
14. 4.	32 5		1334.5	238.0	130.2	1291.4		5327.1	3960 1
30. 4.	32.5		1340.8	237.9	109.7	1946.5		6080.3	4707.0
Bank von Danzig (Mill. Danz. Gulden).									
30. 4.	1.6		12.1	7 1	1.7	7.2	2.2	17.4	3.7
15. 5.	1.9		11.2	10.4	1.9	13.1		16.5	3 4

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Ohne Berücksichtigung der Darlehnskassenscheinbestände und des Notenkontingents. — [9]) Einschließl. lombardierter Wechsel.

Digitized by Google

Zulassungen an den deutschen Börsen im Mai 1924.

I. Börse zu Berlin.

M.	28,8 Millionen	Oberbayrische Ueberlandzentrale, jg. Akt.
„	9,5 „	Porzellanfabrik Königszelt, jg. Akt.
„	40 „	Deutsche Post- u. Eisenbahnverkehrswesen A. G., jg. Akt.
„	39,44 „	Wotanwerke Leipzig, jg. Akt.
„	28,5 „	Bohrisch-Brauerei, jg. Akt.
„	5 „	Geblerwerke Radebeul, jg. Akt.
G.-M.	1 „	Goldobl. der Bank für Goldkredit, Weimar.
M.	15 „	Tonwarenfabrik Schwandorf, Akt.
„	4,95 „	Berl Weißbierbrauerei Landré, jg. Akt.
„	110 „	Sächs. Maschinenfabrik Hartmann, jg. Akt.
„	22 „	Excelsior Fahrradwerke, jg. Akt.
„	10 „	Papierfabrik Reisholz, jg. Akt.
„	44 „	Wandererwerke Chemnitz, jg. Akt.
„	90 „	A. G. für Pappenfabrikation, jg. Akt.
„	45 „	Ludwig Hupfeld A. G., jg. Akt.
„	20 „	Frankonia A. G., jg. Akt.
„	25 „	Mühlenbauanstalt Gebr. Seck, jg. Akt.
„	12 „	Nürnberger Herkuleswerke, jg. Akt.
„	11 „	Carl Kästner A. G., jg. Akt.
„	20 „	Wenderoth pharmazeut. Artikel, jg. Akt.
„	17 „	Dortmunder Ritterbrauerei, jg. Akt.
500 000	Zentner	6% westf. Roggenanl. der Landesbank von 1923.
M.	65 013 000	5% Obl. d. Bad. Landeselektrizitäts-Versorgungs-A.-G.

II. Börse zu Breslau.

M.	17,5 Millionen	Carlshütte, jg. Akt.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

M.	125 Millionen	Brückenbau Flender, Aktien.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M.	10 Millionen	v. Tucher'sche Brauerei, jg. Akt.
„	40 „	Lüdenscheider Metallwerke, jg. Akt.
„	27 „	Dresdner Schnellpressenfabrik, jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.

M.	125 Millionen	Brückenbau Flender, Akt.
„	25,65 „	Colonia Feuer- und Unfallversicherung, Akt.

VIII. Börse zu Königsberg.

M.	22 Millionen	Brauerei Ponarth, jg. Akt.

IX. Börse zu Magdeburg.

5000	Zentner	7% Roggenwertanl. der Stadt Bernburg.

X. Börse zu Stettin.

G.-M.	1 Million	6% wertbeständige Inhaber-Anleihe des Kreises Kolberg-Körlin von 1924.

XI. Börse zu München.

M.	4,8 Millionen	Verlagsanstalt vorm. Manz, Regensburg, jg. Akt.
„	116 „	8% Obl. d. Kraftwerk Thüringen.
„	480 „	Allgemeine Deutsche Creditanstalt, jg. Akt.
„	140 „	4% Pfandbriefe d. Bayerischen Landwirtschaftsbank.
G.-M.	2 „	10% d. do. do. Reihe 2.

Digitized by Google

XII. Börse zu Augsburg.
Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

2 Mill. kg	5%	Goldpfandbriefe d. Landwirtschaftl. Creditvereins Sachsen, Reihe 1.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 600	Millionen	Darmstädter u. Nationalbank, Akt.
„ 13,5	„	Zuckerfabrik Glauzig, jg. Akt.
„ 4	„	Mechanische Weberei Zittau, jg. Akt.
„ 13,65	„	Jute-Spinnerei u. Weberei, Cassel.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 50	Millionen	Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, jg. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

M. 150	Millionen	10% Geestemünder Stadtanleihe von 1923.

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

XX. Börse zu Danzig.

G.-M. 2,1	Millionen	5% Danziger Goldmarkanleihe von 1923, 1. Ausgabe.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaf- in das Handelsregister hat im Mai um ein Geringes zugenommen und macht rund 25 Millionen Goldmark aus. — Es wurden eingetragen:

125	Aktiengesellschaften mit . . .	16 035 609 407 830 720 000	M. Kapital
668	Gesellschaften m. b. H. mit . .	9 066 940 253 330 661 000	„ „
	zusammen	25 102 549 661 166 381 000	M. Kapital

gegen 15 154 156 000 M. Kapital im Mai 1923
„ 497 860 000 „ „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** sind dagegen hinter dem Umfange des Vormonats zurückgeblieben. Die Ziffern lauten:

58	Aktiengesellschaften mit . . .	727 800 205 460 048 000	M. Kapital
31	Gesellschaften m. b. H. mit . .	242 733 520 8 1 583 000	„ „
	zusammen	970 593 573 261 631 000	M. Kapital

gegen 21 564 287 000 M. Kapital im Mai 1923
„ 3 254 997 000 „ „ „ „ 1922

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Mai laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
70	29	0	4	18	190
Dagegen im Mai 1923:					
14	12	1	8	19	137
Dagegen im Mai 1922:					
41	16	1	7	20	312

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Mai 1924.

(Vom 1. bis 31. Mai im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Mai 1923		Mai 1924		Mai 1923		Mai 1924		Mai 1923		Mai 1924		Mai 1923		Mai 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.
Landwirtschaft	15	564	5	250 000	20	156	11	191 200	7	141	1	120	5	18	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	19	324	7	1320000	32	85	29	259 100	18	579	4	871	7	25	—	—
Steine und Erden . . .	7	409	1	—	28	30	20	165 700	25	309	2	26	20	42	—	—
Metalle und Maschinen .	52	1 203	9	500 000	47	235	90	923 800	84	1 938	10	1 091	36	241	2	—
Elektrotechn. Erzeugnisse	11	153	6	210 600	56	75	31	264 201	11	725	—	—	19	37	2	10 000
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	2	60	—	—	—	—	1	100 000	17	1 307	—	—	3	7	—	—
Fette, Oele usw.	2	320	1	—	11	43	16	275 100	2	56	1	250	2	5	—	—
Chem. Indust., Heiz- u. Leuchtst.	25	1 094	6	641 001	55	134	21	241 250	26	748	3	694	17	50	2	—
Textilgewerbe	31	618	12	3905000	61	188	40	499 100	33	393	3	215	11	191	1	—
Papiergewerbe	11	158	1	130 000	19	48	7	62 000	14	447	1	2	1	12	—	—
Ledergewerbe	7	132	2	—	33	102	18	149 000	14	249	1	200000000000	4	13	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	13	506	9	158 000	42	76	24	148 389	13	198	1	220	17	59	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	50	947	12	970 000	109	226	82	1090500	50	716	2	9500000080	29	508	5	13 596
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	6	119	2	—	38	152	11	181 000	1	5	—	—	—	—	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	8	74	2	405 000	19	58	2	65 000	3	14	1	150	3	13	—	—
Graphische Gewerbe . .	13	182	1	200 000	44	96	20	159 200	7	66	—	—	6	31	3	5 000
Baugew. u. Terrain-Ges.	30	136	7	650 000	92	127	35	791 370	17	1 285	1	3	37	93	1	—
Banken u. Versich.-Ges. .	58	2 411	15	2550008	20	206	11	106 000	42	5 572	13	108800057485	4	25	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	11	460	4	200 000	25	61	19	452 500	10	617	—	—	8	29	1	10 000
Handel (ausser Banken)	38	939	4	2105000	194	389	30	314 800	73	1 464	4	60000009785	95	267	4	27 697
Syndik., Verkaufsvereine	—	—	—	—	5	15	1	5 000	2	140	—	—	8	546	—	—
Sonstige Gesellschaften	63	1 395	24	1796000	269	447	149	2622730	85	2 1 8	10	380000001466	55	281	14	276 500
	472	12 204	125	16 085 609	1219	2 949	740	9066940	554	19 090	387	727800. 58460	377	2 437	31	242 793

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Mai 1924: 25 102 549 661 161 381 000 M., 1923: 15154 156 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 970 593 573 261 631 000 „ 1923: 21 564 287 000 „
Gesamtanspruch im Mai 1924: 26 073 143 234 423 012 000 M., 1923: 36 718 443 000 M.

Digitized by Google

Insgesamt sind also gegründet worden:

Mai 1924:	88	Genossenschaften m. unb. H. und	223	Genossenschaften m. b. H
„ 1923:	34	„	157	„	„ „ „
„ 1922:	62	„ „ „ „ „	335	„	„ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Mai zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

In Aachen . . .	12	in Elberfeld . . .	13	in Leipzig	31
„ Ansbach . . .	10	„ Essen (Ruhr) .	22	„ Lübeck	11
„ Barmen . . .	11	„ Frankfurt a. M. .	26	„ Ludwigshafen .	14
„ Berlin	194	„ Fürth	12	„ Magdeburg . .	12
„ Bielefeld . . .	10	„ Gelsenkirchen .	12	„ Mannheim . . .	18
„ Bochum . . .	12	„ Görlitz	13	„ München . . .	40
„ Bremen	16	„ Halle (Saale) .	11	„ „ -Gladbach	13
„ Breslau	37	„ Hagen (Westf.) .	11	„ Nürnberg . . .	14
„ Chemnitz . . .	12	„ Hamburg . . .	55	„ Osnabrück . .	15
„ Crefeld	11	„ Hannover . . .	37	„ Remscheid . .	12
„ Darmstadt . .	10	„ Herne	13	„ Riedlingen . .	10
„ Dortmund . . .	19	„ Hof	11	„ Stettin	11
„ Dresden . . .	23	„ Kirchhundem .	11	„ Stuhm	32
„ Duisburg . . .	14	„ Köln (Rh.) . .	15	„ Stuttgart (Stadt)	18
„ Düsseldorf . .	44	„ Landau (Pfalz) .	10	„ Wiesbaden . .	10

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Mai 1924

2379 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Darlehnskassen. Am 31. Mai standen bei den Reichsdarlehnskassen noch ca. 1 Million Billionen (gleich 1 Trillion) Papier-Mark Darlehen aus.

Rentenbank. Bei der Bank standen Ende Mai bei einem Grundkapital von 2,4 Milliarden Rentenmark und einer Grundrücklage von 0,8 Milliarde dem Notenumlauf von 2,05 Milliarden gegenüber: Darlehen an das Reich 1 199,5 Millionen Rentenmark (davon 196,5 Mill. unverzinslich), Darlehen an die Reichsbank 800 Millionen dauernd, 100 Millionen vorübergehend, Darlehen an die Privatnotenbanken 70,6 Millionen.

Deutsche Golddiskontbank. Bis Ende Mai hat die Bank aus ihren eigenen Mitteln (5 Mill. £ vollbezahltes Kapital, von der Reichsbank mit engl. Kredit übernommen, und ca. 1,4 Mill. £ Einzahlung auf das Restkapital von 5 Millionen £) Wechsel im Betrage von 5,38 Millionen £ diskontiert. Nach dem Ausweise ist der englische und amerikanische Rediskont-Kredit noch nicht in Anspruch genommen worden.

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses soll infolge der vielen Mißstände, die sich bei ihr ergeben haben (böswillige Zahlungsverweigerung, Schädigung eines Teils der Gläubiger zu Gunsten des anderen etc.) durch Reichsgesetz abgeändert werden. Inzwischen sind die Amtsgerichte angewiesen worden, die Geschäftsaufsicht nur nach eingehender Prüfung zu verhängen.

Der Verband deutscher Privatbankiers hält seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung am 28. Juni in Leipzig ab.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im Mai 1924.

Reichsbank. Präsident Dr. Schacht rechtfertigt in der Hauptversammlung des Hansabundes für Handel, Gewerbe und Industrie die in scharfer Kreditrestriktion bestehende Währungspolitik des Instituts. Der eiserne Mindestbestand auf Girokonto wird von 1000 auf 100 Bill. Mark bezw. Rentenmark herabgesetzt; die Folge sind Ende Mai starke Abhebungen der des Diskontkredits beraubten Girokunden, zumal auch die größeren Pflichtsalden vielfach herabgesetzt werden. In der dritten Aprilwoche gehen ca. 18 Mill. Goldmark nach New York zur Abdeckung älterer Verpflichtungen. In Stendal wird eine von der Reichsbankhauptstelle Magdeburg abhängige Nebenstelle errichtet. Angestellte der Reichsbankhauptstelle Hannover haben unbefugterweise Bankiers eine starke Ueberziehung ihres Girokontos gestattet. Es haben Verhaftungen stattgefunden.

Deutsche Golddiskontbank. Hat ihre Ausleihungen bis Ende Mai auf ca. 5,4 Mill. Pfund Sterling erweitert; weitere Kredite sind bewilligt, aber noch nicht abgehoben. Die Reichsbank beleiht vollgezahlte Aktien mit 50%. Dr. Schacht verhandelt wegen Unterbringung eines Teils der Aktien sowie wegen Erhöhung des Rediskontkredits in London. Die ersten Ausweise siehe unter Kleine Chronik.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Oeffnet ihre Kassen statt um 9 Uhr bereits um 8½ Uhr. Ermäßigt ihre Sätze für tägliche Einzahlungen von 11 auf 7 p. a., nachdem sie sie kurz vorher stark erhöht hatte (von 7½ auf 11%). Für Ausleihungen von täglichem Geld berechnet die Bank erst 21, dann 30%, schließlich 20% p. a. Kündigt per Anfang Juni kleinere Kredite, weil die Verwaltung der Lombard-Effekten eine zu große Arbeitslast mit sich bringt. Legt mit der Preuß. Centralgenossenschaftskasse und der Dresdner Bank 8% Goldpfandbriefe der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank zur Zeichnung auf.

Preußische Centralgenossenschaftskasse (Preußenkasse). Begibt mit der Preuß. Staatsbank und der Dresdner Bank 8% Goldpfandbriefe der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank. Im Preußischen Landtag bringt die Demokratische Partei einen Antrag ein, der die Preußenkasse verpflichten will, auch die Genossenschaften landwirtschaftlicher Kleinbetriebe an den von der Rentenbank hergegebenen Krediten zu beteiligen.

Deutsche Bank. Der Bruttogewinn für 1923 beträgt 24,5 Mill. Bill. M. (i. V. 23,7 Mill.), der Reingewinn 1,58 Mill. Bill. (965 Mill.) Mark, die unter die Abschreibungen auf Einrichtungen und Bankgebäude aufgeteilt werden (i. V. 300% Dividende). Näheres siehe im leitenden Aufsatz. Die Filiale München schließt am 30. Juni sämtliche dortigen Depositenkassen mit einer Ausnahme. Die Bank fordert mit der Disconto-Ges. und der Dresdner Bank Submissionsangebote auf 77 140 Lst. Argentinische 5% innere Goldanleihe von 1907 ein. Die Bank bezw. der Alian Prop. Custodian wird in einem in New York schwebenden Prozeß in erster Instanz zur Aufwertung eines Markguthabens verurteilt, das die Firma Zimmermann u. Forshay bei Kriegsausbruch bei ihr unterhielt. Beabsichtigt, die Aktien der Schlottmann u. Co. A. G., Liegnitz-Berlin (Kunstseide-Fabrikate), an der Berliner Börse einzuführen. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Schlegel-Scharpenseel-Brauerei (mit der Disconto-Ges.) und der Neckarsulmer Fahrradwerke (mit Disc.-Ges.); ferner 5% Rentenbriefe der Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin (mit der Dresdner Bank, der Deutschen Raiffeisenbank und der Bank für Landwirtschaft). Direktor Michalowski wird in den Aufsichtsrat der Daimler Motoren Ges. berufen. Direktor Selmar Fehr begeht am 10. Mai sein 25 jähriges Dienstjubiläum bei dem Institut. Staatssekretär a. D. Bergmann (z. Zt. Aufsichtsrat der D. B.) tritt am 1. Juni als Teilhaber in das der Deutschen Bank — via Speyer u. Co., New York — befreundete Bankhaus Lazard Speyer-Elissen, Frankfurt, ein. Siehe Plauener Bank.

Dresdner Bank. Die Gen.-Versammlung genehmigt ohne Erörterung den Abschluß. Neu in den Aufsichtsrat tritt Hans van Gülpen (i. Fa. C. C. Delius, Aachen) ein. Die Bank fordert mit der Deutschen Bank und der Disconto-Ges. Submissionsangebote auf 77 140 Pfd. Stlg. 5% innere argentinische Anleihe von 1907 ein und legt (mit der Preuß. Staatsbank und der Preußenkasse) 8% Goldpfandbriefe der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank zur Zeichnung auf.

Digitized by Google

Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der I. E. Reinecker A. G., Chemnitz, und der Gebr. Großmann A. G. in Brombach (mit der Darmst. und Natbk.), sowie 5% Rentenbriefe Reihe 3 der Getreiderentenbank für die Landwirtschaft, Berlin, (mit der Deutschen Raiffeisenbank, und der Bank für Landwirtschaft). Desgl. in Frankfurt a. M. junge Aktien der Hessischen und Herkulesbrauerei und der Maschinenbau-A. G. vorm. Beck u. Henkel. Direktor Kleemann lehnt wegen Ueberlastung eine Wiederwahl in den Aufsichtsrat der Chemischen Werke Lubszynski, Berlin, ab und legt den Aufsichtsratsvorsitz bei der Theodor Teichgräber A. G. nieder. Direktor W. Ansbacher (Filiale München) ist gestorben. Siehe Treuhand-Vereinigung.

Disconto-Gesellschaft. Der Bruttogewinn für 1923 beläuft sich auf 13,77 Mill. Billionen, ein Reingewinn wird nicht ausgewiesen. Näheres siehe in der leitenden Abhandlung und der dort beigegebenen Tabelle. Die Bank ist mit der Süddeutschen Disconto-Ges. und der Rheinischen Creditbank an der Gründung einer Kunstseidenfabrik in Ungarn beteiligt. Fordert(mit der Deutschen Bank und der Dresdner Bank) Submissionsangebote auf 77140 Lstrl. 5% innere argentinische Anleihe von 1907 ein. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Neckarsulmer Fahrzeugwerke (mit der Deutschen Bank), der Schlegel-Scharpenseel-Brauerei (mit derselben) und der Ungarischen Allgemeinen Creditbank (mit S. Bleichröder und Mendelssohn u. Co.); desgl. in Frankfurt a. M.: Junge Aktien der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Das Aufsichtsratsmitglied Ministerialdirektor a. D. Josef Hoeter ist gestorben.

Commerz- und Privatbank. Der Rohgewinn beträgt 16,8 Millionen Billionen Mark (i. V. 8465,6 Mill.), der Reingewinn 6,2 Mill. Billionen (1 452,9 Mill.), die „zum Ausgleich von Substanzverlusten" dienen. Näheres siehe in der leitenden Abhandlung. Die Bank beantragt die Zulassung junger Aktien und Genußscheine der Zwickauer Maschinenfabrik zur Berliner und jg. Aktien der Ver. Jute-Spinnereien und Webereien zur Frankfurter Börse. Direktor Schultze wird in den Aufsichtsrat der Oberschlesischen Kokswerke gewählt; Direktor Pilster legt wegen Arbeitsüberlastung sein Aufsichtsratsmandat bei den Horch-Werken nieder. Das Aufsichtsratsmitglied Gustav Diederichsen, Hamburg, ist gestorben.

Darmstädter und Nationalbank. Der Rohgewinn beträgt 28 483 Mill. Bill. M. (i. V. 2954 Mill.), der Reingewinn 11 381 Mill. Bill. (2951 Mill.), die als „Ausgleich" vorgetragen werden. Näheres siehe in der einleitenden Abhandlung. Das Institut beantragt die Zulsasung der jungen Aktien der Gebr. Großmann, Brombach, (mit Dresdner Bank) zur Berliner, und solcher der Lüdenscheider Metallwerke und der August Wegelin A. G. zur Frankfurter Böse. Direktor Engel, Hamburg, tritt in den Aufsichtsrat der Harburger Hobelwerke ein.

Mitteldeutsche Creditbank. Der Rohgewinn beziffert sich auf 4,7 Mill .Bill. Mark (i. V. 2733,9 Mill.), der Reingewinn auf 2,2 Mill. Billionen (739,7 Mill.), die als Ausgleich vorgetragen werden. Näheres siehe in der leitenden Abhandlung.

Berliner Handelsgesellschaft. Geschäftsinhaber Karl Fürstenberg scheidet aus dem Aufsichtsrat der A. G. für Verkehrswesen aus. Wegen des Abschlusses für 1923 siehe den leitenden Aufsatz und die beigegebene Tabelle.

Allgemeine Assekuranzbank A. G., Barmen-Hannover. Befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten und beantragt Geschäftsaufsicht.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Leipzig. Die Bilanzsitzung findet am 11. Juni statt.

Allgemeine Mittelstandsbank, Nürnberg. Hat Geschäftsaufsicht beantragt.

Anhalt-Dessauische Landesbank. Der Reingewinn für 1923 von 1 150 038 Bill. Mill. Mark wird auf neue Rechnung übertragen (i. V. 50% Dividende).

Bank A. G. Südekum u. Co., Berlin. Regierungsrat a. D. Röver, Direktor Herm. Röver und Direktor Gammey, Stuttgart, sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Bank des Deutschen Industrie- und Handelsbundes, Frankfurt a. M. Soll „zwecks finanzieller Unabhängigkeit der Deutschen Industrie" gegründet werden.

Digitized by Google

Bank für Bergbau und Industrie, Berlin. Beantragt die Zuführung neuer Mittel durch Zuzahlung bezw. Einbringung.

Bank für Goldkredit, Weimar. Die 8% Goldobligationen Reihe 2 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Bank für Handel und Gewerbe, Leipzig. Der Reingewinn von 6160,4 Bill. Mark des 1. Geschäftsjahres wird vorgetragen.

Bank für Handel und Gewerbe, Chemnitz. Eine Dividende wird nicht verteilt; das 200 Mill. Pm. betragende Aktienkap. soll auf 0,4 Gm. herabgesetzt werden.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Beantragt die Zulassung der 5% Getreiderentenbriefe der Getreiderentenbank für Landwirtschaft (mit der Dresdner Bank und der Deutschen Raiffeisenbank) zur Berliner Börse.

Bank für Mittelsachsen, Mittweida. Trägt den Reingewinn von 308 500 Bill. (i. V. 18,3 Mill.) Mark auf neue Rechnung vor. Das Aktienkap. soll von 1000:1 auf 0,63 Mill. Gm. zusammengelegt werden.

Bank für Ton- und Ziegelindustrie, Berlin. Will das Aktienkapital von 250 Mill. auf 86 180 Gm. umstellen und auf 586 180 Gm. wieder erhöhen.

Bankverein Würzburg, Komm.-Ges. a. Akt. Das im April 1923 gegründete Institut trägt 20 053 Bill. M. Reingewinn vor. Das Kap. wird von 150 Mill. auf 155 000 Gm. zusammengelegt. Da aus Aktionärkreisen die zur Fortführung des Instituts erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden können, tritt das Unternehmen in Liquidation.

Barmer Bank-Verein, Hinsberg, Fischer u. Comp. Der Reingewinn von 6 205 533 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. 150% Dividende). Eine Anzahl von Niederlassungen wird aufgelöst. Die Gen.-Versammlung soll auch über die Verwendung der noch zur Verfügung des Instituts stehenden Aktien beschließen (Ueberlassung an die Stinnes-Gruppe).

Bayerische Getreidekreditbank. Uebernimmt 85 0000 Gm. von dem mit 25% eigezahlten Kapital von 1 Mill. Gm. der Zentrale der Deutschen Getreidekreditbanken, Berlin.

Bayerische Hochhausbank A. G., Berchtesgaden. Das Konkursgericht erläßt gegenüber dem Institut ein allgemeines Veräußerungsverbot, nachdem über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet worden ist.

Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank, München. Die jungen Aktien werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Bayrische Notenbank, München. Beantragt den Gewinn aus 1923 vorzutragen (i. V. 10% Dividende).

Bayerische Staatsbank. Ist mit 0,4 Mill. Gm. Forderung an der Insolvenz des Bankhauses D. u. I. de Neufville (s. d.) beteiligt.

Bayerische Vereinsbank, München. Erhält die Genehmigung, 0,6 Mill. Gm. 5% Pfandbriefe auszugeben. Das stellv. Vorstandsmitglied Berthold Kaufmann wird zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Beamtenbank, Berlin. Erzielt im 1. Geschäftsjahr nach der Umwandlung der Genossenschaft in eine Akt.-Ges. 2523 Bill. M. Reingewinn, der in die Reserven fließt.

Bergische Bank, Elberfeld. Das seit 1869 bestehende Institut beantragt die Geschäftsaufsicht.

Berliner Hypothekenbank. Wird zur Ausgabe von 8% wertbeständigen Pfandbriefen ermächtigt; die im September vor. Jahres beschlossene Kap.-Verdoppelung um 50 Mill. Mark wird aufgehoben.

S. Bleichröder, Berlin. Beantragt mit der Disconto-Ges. und Mendelssohn u. Co. die Zulassung der jungen Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank zur Berliner Börse. Angebliche größere Unterschlagungen betragen nach Mitteilung der Inhaber „im ungünstigten Falle einige tausend Mark."

Bremen-Amerika-Bank, Komm.-Ges. a. Akt. vorm. Bankhaus Otto Schröder u. Co.). Der Reingewinn beträgt 691 960 Bill, (i. V. 31 Mill.) Mark.

Chemnitzer Bank für Grundbesitz. Schlägt eine Dividende von 3 Gm. (i. V. 25% und 250 Mark Bonus) vor und beantragt die Herabsetzung des Kap. von 2 Mill. Pm. auf 0,6 Gm.

Digitized by Google

Crimmitschauer Bank. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten und stellt sich unter Geschäftsaufsicht.

Danziger Girobank. Siehe Girobank, Danzig.

Danziger Privataktienbank. Der Reingewinn von 986 096 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. 100% Dividende). Die Generalversammlung vertagt die Bilanzgenehmigung bis zur Vorlage der Guldenbilanz und wählt Herrn Walter Schönberg neu in den Aufsichtsrat.

Danziger Roggenrentenbank. Das Bankgeschäft F. W. Krause u. Co., Berlin, und die Deutsche Girozentrale beantragen die Zulassung der 5% Rentenbriefe des Instituts zur Berliner Börse.

Delbrück, Schickler u. Co., Berlin. Beantragen die Zulassung der jungen Aktien der Meguin A. G., Butzbach, und der Zuckerfabrik Jülich, Alexander Schoeller u. Co. zur Berliner Börse. Die persönlich haftenden Gesellschafter Carl von der Heydt und Dr. Meindert Schim van der Loeff sind ausgeschieden.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Die Verhandlungen mit China betr. Wiederherstellung der dortigen Tätigkeit schweben noch immer. In Yokohama hat die Bank nach der Zerstörung ihres Bankgebäudes durch das große Erdbeben noch nichts unternommen.

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank. Die Preußische Staatsbank, die Preuß. Centralgenossenschaftskasse und die Dresdner Bank legen 8% Goldpfandbriefe des Instituts zu 90 Prozent zur Zeichnung auf.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin Ist an den Zahlungsschwierigkeiten der Berliner Eisen- und Metallfirma Max Weitzel A. G. hoch beteiligt. Beantragt (mit F. W. Krause) die Zulassung der 5% Rentenbriefe der Danziger Roggenrentenbank zur Berliner Börse. Direktor Wiechert tritt in den Aufsichtsrat der Flacon-Werke Ober-Rannstadt ein. Siehe Deutsche Raiffeisenbank.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt a. M. Die außerordtl. Generalversammlung beschließt, das Kapital von 650 Mill. um 325 Mill. P. M. Stamm- und 25 Mill. Vorzugsaktien zu erhöhen (Bezugsangebot 50 Goldpfennig) und wählt Herrn Ernst August Schulte (Amsterdam) neu in den Aufsichtsrat.

Deutsche Handels- u. Kreditbank, Düsseldorf. Wird wegen Nicht-Vorlage ihres Status von der Düsseldorfer Börse ausgeschlossen; sie will deren Vorstand wegen Geschäftsschädigung verklagen. Eröffnet in Frankfurt a. M. eine Zweigniederlassung.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Der Ueberschuß aus 1923 beträgt 443 847 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Deutsche Kreditanstalt A. G., Berlin. Die Hans Scharlach u. Co. A. G. nimmt diese Firma an, nachdem die Eintragung der Firma „Deutsche Handels-Creditbank" wegen Gleichklangs mit dem Düsseldorfer Institut abgelehnt worden ist.

Deutsche Merkurbank, Berlin. Beantragt wegen Uebergangs der Aktienmehrheit an die Amexima-Gruppe den Ausschluß und die Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Das Kap. soll auf 550 Mill. P. M. erhöht, dann auf 55 000 Goldmark umgestellt und auf bis zu 2 Mill. Gm. wieder erhöht werden.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Beantragt (mit der Dresdner Bank und der Bank für Landwirtschaft) die Zulassung der 5% Getreiderentenbriefe der Getreiderentenbank für Landwirtschaft zur Berliner Börse. Direktor Schwarz tritt in den Aufsichtsrat der Chemischen Werke Lubszynski, Berlin, ein, deren Aktien-Mehrheit das Institut zusammen mit dem Riebe-Konzern erworben hat, ferner in den der Flacon-Werke, Ober-Ramstadt, ein, in den auch Direktor Nolden, Frankfurt a. M. gewählt wird. Siehe Landmannsbank.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Eisenbahndirektionspräsident a. D. von Schaeven wird in den Vorstand berufen.

Deutsch-Nordische Handelsbank, Berlin. Das Kapital von 30 Mill. Pm. soll auf (wie viel?) Goldmark umgestellt und um 200 000 Gm. 5stimmige Namensvorzugsaktien erhöht werden.

Deutsch-Rumänische Bank, Berlin. Diese frühere Erzgebirgische Kreditbank beantragt die Rückverlegung des Sitzes nach Brand-Erbisdorf, um alsdann in Liquidation zu treten.

Digitized by Google

Deutsch-Völkische Bank e. G. m. b. H., Berlin. Der Aufsichtsrat beantragt, dem früheren Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern und die Schadenersatzklage gegen frühere Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder anzustrengen.

Drosdner Privatbank. Der Reingewinn von 46 380 Bill. Mark wird vorgetragen. Das Kapital dürfte von 500 Mill. P. M. auf 100 000 G. M. zusammengelegt werden.

Duisburger Bankverein. Der Reingewinn von 217 000 Bill. Mark wird vorgetragen.

Effekten- und Abrechnungsbank, Hannover. Siehe Stadtbank Elze.

Eichborn u. Co., Breslau. Herr Eckart v. Eichborn tritt in den Aufsichtsrat der Lloyd - Breslau, Vers. Akt.-Ges. ein. Die Firma führt von der Breslauer Börse u. a. die Aktien der David Grove A. G. und eine 10% Anleihe der Stadt Brieg ein.

Eltviller Bank. Gerüchte über große Geschäftsverluste werden in der Gen.-Versammlung vom Aufsichtsrat als unzutreffend bezeichnet.

Essener Creditanstalt. Beantragt, den Reingewinn von 1 032 004 Bill. Mark (i. V. 632 Mill.) vorzutragen (100% Dividende).

Alfred Fester u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Düsseldorf-Berlin. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter Kurzinsky ist in den Aufsichtsrat eingetreten, neuer pers. haft. Gesellschafter ist Walter Fleischhacker.

Frankenbank, Würzburg. Der Reingewinn von 17,2 Md. Mark wird vorgetragen.

Frankfurter Getreidekredit-A. G. Ist mit 130 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, beteiligt.

Frankfurter Hypothekebank. Direktor Dr. Walter Sommerbrodt ist gestorben.

Frankfurter Pfandbriefbank. Der Ueberschuß beträgt 205 484 Bill. Mark; eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Die sieben Institute weisen für 1923 einen gemeinsamen Ueberschuß von 1 559 219 Bill. Mark aus. Dividenden werden nicht verteilt. Durch Rückstellung des freiwillig angesammelten Aufwertungsertrags von 226 000 Bill. soll ein besonderer Aufwertungsfonds geschaffen werden. Die Gruppe tritt für eine volle Aufwertung aller Nachkriegshypotheken ein (siehe Juniheft, Umschau).

Getreidebank, Anhalt. Ist mit 20 000 Gm. an die Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, beteiligt.

Getreide-Kredit A. G., Berlin. Ist mit 330 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, beteiligt.

Getreidekredit - A.-G., Magdeburg. Aendert die Firma in „Getreidekreditbank" und ist mit 130 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken beteiligt. Von 54 903 Bill. Mark Reingewinn werden 47 903 Billionen Mark vorgetragen.

Getreidekredit - A.-G., Mainz. Ist mit 20 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, beteiligt.

Getreidekredit A. G., Mannheim. Ist mit 25 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, beteiligt.

Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Die Dresdner Bank, die Deutsche Raiffeisenbank und die Bank für Landwirtschaft beantragen die Zulassung der 5% Getreiderentenbriefe des Instituts zur Berliner Börse.

Gewerbebank, Plauen (Vogtld.). Der Reingewinn von 165 336 Bill. Mark wird vorgetragen.

Gewerbe- und Handelsbank, Halle (Saale). Die General-Versammlung beschließt eine Kap.-Verdoppelung auf 192 Mill. Pm.

Girobank, Danzig. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten, die nach kurzer Zeit behoben werden.

Hallescher Bankverein, Kulisch, Kaempf u. Co. Der Reingewinn von 551 676 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. 60% Dividende).

Digitized by Google

Hamburger Getreidekredit A. G. Ist an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin, mit 20 000 Gm. beteiligt.

Hamburger Handelsbank, Komm.-Ges. a. A. Verhandelt mit Gläubigern und Kommanditisten (u. a. Allg. Depositenbank, Wien), wegen Stützung, da „ausländische Einzahlungen ausgeblieben seien."

Hamburger Privatbank von 1860. Der Senat leitet eine Stützungsaktion für das in Schwierigkeiten geratene Institut ein.

Handelsbank A. G., Berlin. Direktor Stadtrat Willy Neuendorff scheidet aus dem Vorstand aus.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Die Bankfirma A. E. Wassermann beantragt die Zulassung der 8% Goldpfandbriefe zur Berliner Börse.

Hannoversche Spar- und Leihbank, Rothenburg. Beantragt die Rückgängigmachung der letzten Kap.-Erhöhung, Goldmarkumstellung und Wiedererhöhung um einen ungenannten Betrag.

Hansabank, Danzig. Will das Akt.-Kap. auf 225 000 Gulden umstellen. Aus 20 000 Gulden Gewinn werden 5 Dollarcents Dividende auf jede 1000 M.-Aktie ausgekehrt.

Hansabank, Frankfurt a. M. Der neue Aufsichtsrat glaubt eine ruhige Liquidierung durchführen zu können. Der Status ergibt angeblich ein Kapitalkonto von etwa 115 000 Mark.

Hansabank Oberschlesien, Beuthen. Der Gewinn des 1. Geschäftsjahres wird mit 35 915 Bill. Mark vorgetragen.

Hardy u. Co., G. m. b. H., Berlin. Beteiligen sich an der seit 25 Jahren bestehenden Bankfirma George H. Buro u. Co., New York. Beantragen die Zulassung der jungen Aktien der H. Leutke A. G., Leipzig und der Keramik A. G., Velten (neu) zur Berliner Börse. Bankier Kurt Richter tritt in den Aufsichtsrat der Zündwarenfabrik Johann Hubloher ein, während Bankier Pohl aus dem der Rungewerke, Spandau, ausscheidet.

Hauer, Würzburger u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., München-Berlin. Das Kapital soll um einen „beträchtlichen" Betrag erhöht werden.

Bankhaus Hölzel, Wehnert u. Co. A. G., Leipzig. Ist mit 0,5 Mill. Gm. Kapital eingetragen worden.

Industrielle Bankgesellschaft m. b. H., Düsseldorf. Dieses Bankunternehmen des Stahlwerk Becker-Konzerns ist unter Geschäftsaufsicht gestellt worden.

Industrie- und Baubank, Chemnitz. Der Reingewinn von 96 890 Bill. Mark wird vorgetragen. Das Kapital soll von 1½ Md. Pm. auf 150 000 Gm. zusammengelegt werden.

Industrie- und Handelsbank H. A. Schrader, Komm.-Ges. a. Akt., Elberfeld. Stellt sich wegen Nichteingangs beträchtlicher Außenstände unter Geschäftsaufsicht.

Internationale Bank, Danzig. Beantragt die Umstellung des Kap. von 3 Md. Pm. auf 1,5 Mill. Danziger Gulden. 6904 Gulden Umstellungsgewinn werden der Rücklage überwiesen.

Internationale Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Hans Freiherr von Rheinbaben scheidet aus dem Aufsichtsrat aus.

Kieler Bank. Die beschlossene Kap.-Erhöhung um 20 auf 120 Mill. wird nicht durchgeführt.

Königsberger Bank. Wird durh die Insolvenz der Osteuropäischen Bank für Holzhandel illiquide und stellt sich unter Geschäftsaufsicht.

F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Beantragt mit der Deutschen Girozentrale die Zulassung der 5% Rentenbriefen der Danziger Roggenrentenbank zur Berliner Börse.

Kreditbank Ebersbach (Sachsen). Wird mit 350 000 Gm. Aktienkapital in das Handelsregister eingetragen.

Landesbank der Provinz Westfalen, Münster (Westf.) Weist per 31. 3. 24 einen Reingewinn von 2 Mill. Gm. aus; das Vermögen beläuft sich auf 4,5 Mill. Gm.

Landmannsbank, Berlin. Das zur Deutschen Raiffeisenbank gehörige Institut ist an der in Schwierigkeit geratenen A. G. Max Weitzel, Eisen- und Metallhandel, Berlin, interessiert.

Digitized by Google

Landständische Bank des ehem. Sächsischen Markgrafentums Oberlausitz. Der Reingewinn beträgt 45 486 Bill. (i. V. 5,5 Mill.) Mark.

Lauchaer Bankverein A. G. Stellt das Kapital von 0,4 Mill. Pm. auf 40 000 Gm. um.

Leipziger Handels- u. Verkehrsbank. Der Reingewinn von 165 Billiarden Pm. wird vorgetragen.

Leipziger Hypothekenbank. Der Ueberschuß beträgt 120 000 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Liquidationskasse in Hamburg. Der Reingewinn von 27 908 Billionen (i. V. 2,65 Mill.) Mark wird vorgetragen (20% Dividende.).

Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank, Schwerin. Der Reingewinn von 361 008 Bill. (i. V. 3,03 Mill.) Mark wird vorgetragen.

Mecklenburgische Getreidekredit - A. G. Ist mit 25 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken beteiligt.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Beantragen mit der Disconto-Ges. und S. Bleichröder die Zulassung der jungen Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank zur Berliner Börse. Stehen der neugegründeten Nederlandsche Maatsch. voor Handels- en Bankzaken, Amsterdam, nahe.

Mindener Gewerbebank A. G. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Mittelfränkische Bank, Nürnberg. Kommt unter Geschäftsaufsicht.

D. u. J. de Neufville, Frankfurt a. M. Muß gestützt werden; die Gläubiger, unter denen die Bayerische Staatsbank mit 400 000 Mark erscheint, erhalten 50%; eine Liquidation ohne Geschäftsaufsicht ist gewährleistet.

Nordbayerische Handels- und Gewerbebank, Nürnberg. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten.

Norddeutsche Grund - Creditbank, Weimar. Der Ueberschuß aus 1923 beträgt 90 413 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Nordlandbank, Berlin. Die Gen.-Versig. beschließt die Umstellung des Aktienkapitals von 1½ Md. Pm. auf 25 000 Gm. und Wiedererhöhung auf 100 000 Gm.

Nordostdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. Akt., Königsberg. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Offenbacher Kreditanstalt. Siehe Union Credit A. G., Frankfurt a. M.

Osteuropäische Bank für Holzhandel und Industrie, Königsberg. Begibt sich unter Geschäftsaufsicht. Siehe Königsberger Bank.

Pausaer Bank A. G. Schließt mit der Girokasse Pausa i. Vgtld. einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag.

Plauener Bank. Das zur Gruppe der Deutschen Bank gehörige Institut trägt den Reingewinn von 535 932 Bill. Mark vor (i. V. 50% Dividende). Beantragt den Rückkauf der 50 Mill. im Juni 1923 geschaffenen Vorratsaktien und Umstellung des dadurch auf 100 Mill. Mark ermäßigten Kap. auf Goldmark.

Pommersche Getreidekredit - A.-G. Ist mit 20 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken beteiligt.

Preußische Boden - Credit - Actienbank, Berlin. Der Ueberschuß aus 1923 beträgt 373 982 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Reichskredit-A.-G.; Berlin. Die Reichskredit-G. m. b. H. wird in eine Akt.Ges. mit 30 Mill. Gm. Kap. umgewandelt. Direktor Scheibner wird in den Aufsichtsrat der A. G. für Lithoponefabrikation berufen.

Rheinhandels - Konzern, Düsseldorf. Der Reingewinn von 333 803 Bill. Mark wird vorgetragen.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Siehe Disconto-Gesellsch.

Rheinische Treuhand - Gesellschaft, Mannheim. Der Reingewinn von 7483,2 (i. V. 0,17) Mill. Mark wird vorgetragen.

Rheinisch - Westfälische Getreidekredit - A.-G. Ist mit 30 000 Gm. an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken beteiligt.

Digitized by Google

Rhein- und Ruhrbank, Krefeld. Die Verwertung des Aktienmantels des in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Instituts ist gescheitert.

Rostocker Bank. Die Gen.-Versammlung wählt 7 weitere Rostocker Aktionäre in den Aufsichtsrat.

Sachs, Warschauer u. Co., A. G., Berlin. Das unter Geschäftsaufsicht befindliche Institut zeigt einer Gen.-Verslg. an, daß über die Hälfte des Akt.-Kap. von 750 Mill. Pm. verloren ist.

Sächsische Getreidekreditbank, Dresden. Ist mit 20 000 Goldmark an der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken beteiligt.

Sächsische Staatsbank. Begibt junge Aktien der Stolberger Stadtbank (s. d.).

Schlesische Boden-Credit-Aktienbank, Breslau. Der Ueberschuß beträgt 205 485 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Schlesische Getreidekreditbank, Breslau. Uebernimmt 90 000 Gm. Kap. der Zentrale der Deutschen Getreide-Kreditbanken, Berlin.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Löst ihre Niederlassungen Gehren und Stadt-Ilm auf.

Spar- und Vorschußverein A. G., Bad Schwartau. Stellt das Kap. von 150 Mill. Pm. auf 50 000 Gm. um.

Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M. Staatssekretär a. D. Bergmann (Deutsche Bank) tritt als Teilhaber ein. Auch Ernst Kahn, der bereits längere Zeit bei Sp.-E. tätig ist, wird demnächst Teilhaber werden.

Stadtbank Elze. Will die Firma in „Effekten- und Abrechnungsbank" ändern, den Sitz nach Hannover verlegen, 1,5 Mill. Stamm- in 4% 20 stimmige Vorzugsaktien umwandeln und den Aufsichtsrat neu wählen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Siehe Disconto-Gesellschaft.

Süddeutsche Festwertbank, Stuttgart. Direktor Dr. Walter Sommerbrodt ist gestorben.

Stolberger Stadtbank. Vom Reingewinn werden 100 000 Bill. Mark auf Kapitalkonto übertragen, so daß an die Stelle von 200 Mill. Pm. Stammaktien 100 000 Gm. treten; dieses Kap. wird verdoppelt und die neuen Aktien zu 112% von der Sächsischen Staatsbank begeben.

Treuhand-Vereinigung, Berlin. Das zur Dresdner Bank gehörige Institut trägt 16 Bill. M. Reingewinn vor.

Union Credit A. G., Frankfurt a. M. Das im Februar cr. in die Offenbacher Kreditanstalt umgewandelte Institut beantragt die Liquidation.

Union Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt., Magdeburg. Die im Vorjahr zur Pflege von Handelsbeziehungen mit dem Ausland, namentlich mit Latein-Amerika gegründete Bank beantragt die Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats.

Vereinsbank in Hamburg. Der Reingewinn von 1 489 648 Bill. M. (i. V. 358,7 Mill.) wird vorgetragen. (150% Dividende).

Verkehrsbank für Industrie und Landwirtschaft, Stuttgart-Heidelberg. Beantragt die Abberufung von Aufsichtsrat und Vorstand sowie Sitzverlegung.

Von Wachtmeister-Görisch Bankgeschäft A. G., Berlin. Macht Mitteilung von einem die Hälfte des Kap. übersteigenden Verlust und will die Generalversammlung über Konkurs oder außergerichtliche Befriedigung der Gläubiger beschließen lassen.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. Der Ueberschuß aus 1923 beträgt 120 003 Bill. Mark. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Wirtschaftsbank Bayern, München. Will das bisherige 10fache Stimmrecht der Vorzugsaktien erhöhen lassen und ein Bankgrundstück kaufen. Erhält die Konzession zur Ausnutzung der Lechwasserkraftstufe von Landsberg bis Zittriching.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Direktor Dr. Bausback wird in den Aufsichtsrat der Daimler-Motoren-Gesellschaft sowie, gemeinsam mit Geh.-Rat Fischer, in den der Benz A. G. berufen.

Digitized by Google

Zahlungseinstellungen usw. Das Bankhaus D. u. J. de Neufville, Frankfurt a. M. (s. d.) gerät in Schwierigkeiten und wird liquidiert. — In vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten geraten die Girobank, Danzig, und die Bankfirma Hillers u. Co., Kiel. — Die Duisburger Gewerbebank e. G. m. b. H. stellt ihre Zahlungen ein. — Die Hamburger Privatbank von 1860 wird vom Senat gestützt. — Der Vorbesitzer der falliten Bankfirma Meyer u. Co., Düsseldorf, Dr. Ludolph Poensgen, wird unter dem Verdacht der Depotunterschlagung verhaftet. — Konkurs wird eröffnet über das Vermögen der Bayerischen Hochlandsbank, Berchtesgaden, des Bankgeschäfts M. Gangler u. Co., München sowie des Bankgeschäfts Erwin Berger, Stuttgart. — Unter Geschäftsaufsicht werden gestellt: die Allg. Mittelstandsbank, Nürnberg, die Mittelfränkische Bank, Nürnberg, Walter Goldschmidt u. Co., A. G., Bonn und Köln, die Industrie- und Handelsbank Schrader, Elberfeld, die Königsberger Bank, die Osteuropäische Bank für Holzhandel, Königsberg, die Mindener Gewerbebank A. G., die Bankfirma Lehning, Langrehr u. Bolken, Bremen, die Nordostdeutsche Bank, Königsberg, das Bankhaus William Max Gnauck, Leipzig, die Bankfirmen Emil und Hugo Levy, Hannover, Hamberger u. Co., Hamburg, Paul Büttner u. Co., Düsseldorf, die Allgemeine Assekuranzbank, Barmen-Hannover, die Crimmitschauer Bank, die Bergische Bank in Elberfeld und die Erfurter Gewerbebank e. G. m. b. H. Siehe auch: Hamburger Handelsbank, Nordbayerische Handels- und Gewerbebank, Bankverein Würzburg, Deutsche Handels- und Kreditbank, Deutsch-Rumänische Bank, Deutsch-Völkische Bank, Eltviller Bank, Hansabank, Frankfurt, Industrielle Bankgesellschaft, Rhein- und Ruhrbank, Sachs, Warschauer u. Co. A. G., Von Wachtmeister-Görisch A. G.

Die ausländischen Banken im II. Halbjahr 1923.

XIII. Balkanstaaten.

Bulgarien. Währung. Der Lewa notiert Ende Dezember in Zürich 4,05 frs. für 100 Einheiten gegen 5,25 Frcs. Ende Dezember (Parität 100). In London notiert 1 £ gleich 605 Lewas (Parität 25,22). Ein scharfer Sturz des Lewa im Dezember — in London 645 je £ — veranlaßte die Regierung, die Börse zu schließen und den Devisenhandel (außer durch die Nationalbank) zu verbieten.

Bulgarische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 6½%. Die Hypothekenabteilung der Bank soll in ein selbständiges Institut umgewandelt werden. Im neuen Jahre (1924) soll die Bank das gesetzliche Devisenhandelsmonopol erhalten, nachdem sie schon im Dezember durch Verordnung zur alleinigen Devisenhandelsstelle gemacht worden ist.

Banque Balcanique, Sofia. Das früher dem Wiener Bankverein, jetzt der Société Générale, Paris, nahestehende Institut erhöht das Aktienkapital von 20 auf 50 Mill. Lewa. Bezugsangebot 105%.

Kreditna Banka, Sofia. Das der Disconto-Gesellschaft und dem Bankhaus S. Bleichröder nahestehende Institut weist für 1922 0,71 (i. V. 0,69) Mill. Lewa Reingewinn aus. Die Dividende beträgt wieder 7%. Bei 10 Mill. Lewa Aktienkapital betragen die Kreditoren 237,04 Mill. gegenüber 129,75 Mill. Debitoren, 49,51 Mill. Wechseln und 63,62 Mill. Kasse und Bankguthaben.

Rumänien. Währung. Die Devise Bukarest notiert Ende Dezember in London 842,50 gegen 840 Lei je Pfund Sterling Ende Juni. Der Niedergang der Währung wird durch eine Drosselung der Inflation planmäßig gehemmt. Infolgedessen tritt Ende des Jahres ein akuter Geldmangel (Zins 2% je Tag) ein. Auf den dringenden Protest der Banken soll wieder eine mäßige Zunahme der Notenemission (um 2 Milliarden Lei binnen eines Vierteljahres) stattfinden. Die Sperrung

Digitized by Google

der Lei-Guthaben ausländischer Banken und Exporteure wird aufgehoben. Ab Januar 1924 sollen alle Ausfuhrzölle in Gold oder Pfund Sterling gezahlt werden.

Rumänische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 6%. Die Bank gewährt der Stadt Bukarest ein Darlehen von 25 Millionen Lei zwecks Lebensmittelversorgung. Die Bank verhängt im September eine Kreditsperre, die aber bald gelockert wird (siehe Währung).

Auslandsbanken. Die Regierung beabsichtigt, bei den rumänischen Filialen der Auslandsbanken eine Beschränkung des Depositenannahme-Rechts eintreten zu lassen, um die Filialen zur Umwandlung in rumänische Gesellschaften zu zwingen.

Bankgründungen. Siehe Banca Elvetiana de Deposide di Romania.

Banca de Credit Roman. Siehe Rumänische Kreditbank.

Banca Elvetiana de Deposide di Romania, Bukarest, (Schweizerische Depositenbank). Ist Anfang September 1923 mit 100 Mill. Lei Aktienkapital (30 Mill. einbezahlt) gegründet worden. Dem Verwaltungsrat gehört der ehemalige Minister Dr. Mirenescu an.

Rumänische Kreditbank, Bukarest. Schließt mit der Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien, ein Abkommen betr. des Ausbaus rumänischer Industriegesellschaften, die zum Interessenkreise der O. C. A. gehören. Ein Vertreter der Creditanstalt tritt in den Aufsichtsrat des Instituts.

Griechenland. Währung. Die Drachme notiert Ende Dezember in London 210 gegen 155,00 Drachmen je Pfund Sterling. Siehe Griechische Nationalbank und Schließung von Banken.

Griechische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7½%. Die Bank trifft mit der Regierung ein Abkommen, wonach sie die Regulierung des Wechselkurses bewerkstelligt, zu welchem Zweck sie die Verfügung über den Devisenfonds der Regierung (insgesamt 2 Mill. Pfd. Sterling) erhält. Andererseits gewährt die Bank der Regierung größere Darlehen, so 50 Millionen Drachmen für die Unterstützung der aus Asien geflohenen Griechen.

Aktienstatistik. Die Depositen der Aktienbanken haben (nach den Berichten a. d. neuen Staaten) betragen: 1914: 470, 1920: 2267, 1922: 359,1 Millionen Drachmen.

Schließung von Banken. Die Regierung schließt alle kleinen Banken, die in Devisen spekuliert haben, ohne das vorgeschriebene Depot von ½ Mill. Drachmen geleistet zu haben.

Banque d'Athènes. Der Gewinn des ersten Halbjahrs 1923 beträgt 0,38 Mill. Drachmen mehr als zu gleicher Vorjahrszeit, die Interimsdividende 5%. Die Gen.-Verslg. beschließt eine Kap.-Erhöhung um 48 auf 72 Mill. Drachmen und ermächtigt die Verwaltung zu einer Weitererhöhung auf 100 Mill. Drachmen.

Banque de Salonique. Verteilt auch für 1922 keine Dividende, da der buchmäßige Ueberschuß zur Ausgleichung von Verlusten an Drachmen-Forderungen verwendet werden muß.

Türkei. Währung. Ende Dezember werden in London 820—830 Piaster gleich 1 Pfund Sterling bewertet gegen 700—725 Piaster Ende Juni (Parität 110,69). Die Regierung erklärt, von den im Kriege ausgegebenen 155 Mill. Pfund-Noten jährlich 2 Mill. Pfund einziehen und zur Goldwährung zurückkehren zu wollen (?).

Imperial Ottoman Bank (Banque Impériale Ottomane), Konstantinopel. Die Angora-Regierung will die im Juni 1924 ablaufende Konzession nicht verlängern.

Albanien. Bank von Albanien. Soll als Staatsbank mit 5 Millionen Goldfranken Kapital und dem ausschließlichen Emissionsrecht gegründet werden. Beteiligt sind italienische, französsche, englische, schwedische, holländische und albanische Finanzleute. Das Projekt ist im Völkerbund entworfen.

XIV. Japan.

Währung. Der Yen notiert Ende Dezember in London 2 sh $^{21}/_{32}$ pence gegen 2 sh $^{15}/_{8}$ pence Ende Juni (Parität ca. 2 sh. $^{9}/_{16}$ pence.)

Bank von Japan. Der Diskontsatz beträgt unverändert 8%. Die Bank gewährt im Zusammenhang mit der Erdbeben-Katastrophe den Banken größere

Digitized by Google

Vorschüsse, wofür die Regierung dem Institut gegenüber die Garantie für etwaige Verluste bis zu 100 Millionen Yen übernimmt. Hauptziffern des Ausweises per Ende Juni: Notenumlauf 1371, Golddeckung 1101, Staatsguthaben 829, Privatguthaben 54 Mill. Yen. Das Gebäude der Bank ist durch das Erdbeben zerstört worden.

Moratorium. Infolge der Erdbeben-Katastrophe ordnet die Regierung ein Moratorium an, das am 10. Oktober abläuft. Die meisten Banken zahlen aber kleinere Einlagen bereits Anfang September wieder aus. Siehe Bank von Japan.

Bankwesen. Ende 1922 bestehen in Japan 1678 Aktienbanken mit 1423,5 Mill. Yen und 146 Sparbanken mit 33,25 Mill. Yen eingezahltem Kapital. Unter Hinzurechnung von Korea erreicht die Zahl der Banken 2024 mit 3029 Mill. Kap. Angesichts der krisenhaften Lage drängt das Finanzministerium auf Verschmelzung der kleinen Banken zu größeren Instituten. Ende Mai hatten infolgedessen 24 Banken mit 12,75 Mill. Yen Kap. durch Fusion zu bestehen aufgehört.

Bank von Chosen (Korea). Siehe Industrielle Bank von Japan.

Bank von Taiwan. (Taiwan-Ginko). Siehe Industrielle Bank von Japan.

Industrielle Bank von Japan. Gewährt der Regierung (mit der Bank von Chosen und der Bank von Taiwan) eine Anleihe von 8 Millionen Yen zwecks Deckung der rückständigen Zinsen der früheren mandschurischen- mongolischen und Schantung-Eisenbahn-Anleihe.

Jugo Ginko, Tokio. Verteilt für das 1. Halbjahr 1923 eine Dividende von 11 p. a. Depositen am 30. Juni: 362,4 Mill. Yen bei 49,75 Mill. Yen eingezahltem Aktienkapital.

Taiwan Ginko. Siehe Industrielle Bank von Japan.

Yokohama Specie Bank. Die Gebäude der Bank in Yokohama sind bei der Erdbebenh-Katastrophe ausgebrannt, in Tokio wenig beschädigt.

XV. Verschiedene Staaten.

Argentinien. Währung. Ende Dezember notiert der Goldpeso in London $39^{31}/_{32}$ pence gegen 41¾ pence Ende Juni.

Argentinische Nationalhypothekenbank, Buenos Aires. Siehe Banco Hipotecario Nacional.

Banco Hipotecario Nacional, Buenos Aires. Begibt neue Cedulas (Obligationen) im Betrag von 50 Mill,. Pesos Papier; die neuen Cedulas sind wieder mit 6% Zins und 1% jährlicher Amortisationsquote ausgestattet.

Banco Espanol del Rio de la Plata, Buenos Aires. Bei der Bank stellt sich eine große Mißwirtschaft heraus. Die Depositen werden Ende 1923 in starkem Umfange zurückgezogen. Es findet ein Wechsel in der Verwaltung statt. Die Bank beantragt die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 100 auf 50 Mill. Pesos und Wiedererhöhung um 25 Mill. Pesos Vorzugsaktien. Der Kurs der in Madrid gehandelten Aktien ist im Laufe des Jahres 1923 von 240 auf 120 Pesetas je Aktie zurückgegangen.

Bolivien. Währung. Ende Dezember sind in London 17 (Parität 12,50) Bolivanos gegen 16,06 Ende Juni für 1 Pfund Sterling erhältlich.

Brasilien. Währung. Der Milreis notiert Ende Dezember in London $5^{23}/_{32}$ gegen 5¾ pence Ende Juni und ca. 5 pence Anfang August (Parität 16 pence).

Banco do Brasil. Der Präsident erklärt Ende August, der schlechte Brasil. Wechselkurs sei auf die passive Handelsbilanz (!) zurückzuführen.

Brasilianische Bank für Deutschland. Eröffnet am 2. Januar 1924 eine Niederlassung in Pernambuco.

Chile. Währung. Der Papierpeso notiert Ende Dezember in London 39,80 Pesos je Pfund Sterling gegen 34,60 Pesos Ende Juni (Parität 13,33).

Banco Espanol de Chile. Verteilt für das erste Halbjahr 1923 eine Dividende von 6 Pesos je Aktie.

Digitized by Google

China. Währung. Der Shangei-Tael notiert Ende Dezember in London 3 sh 4¼ pence gegen 3 sh 1¼ pence Ende Juni.

Columbien. Währung. Ende Dezember sind in London 92 col. Dollars für 20 engl. Pfund gegen 98 col. Dollars Ende Juni erhältlich.

Costa Rica. Währung. Ende Dezember gelten in London 19,50 Colones (Parität 10,45) gleich 1 Pfund Sterling, gegen 20,15 Colones Ende Juni.

Cuba. Bankwesen. Der amerikanische Federal Reserve Board ermächtigt die Reservebanken von Boston und Atlanta, zusammen eine Filiale in Cuba einzurichten; erstere führt das Akzeptgeschäft, letztere den Bargeldverkehr. Man hofft dadurch der Bankenkrisis (siehe Januarheft) Herr zu werden.

Banco Nacional de Cuba. Die liquidierende Bank hat außer der ersten Ausschüttung von 10% keine weitere Rückzahlung geleistet.

Ecuador. Währung. Der Sucre notiert Ende Dezember in London 17,57 gegen 14,90 Ende Juni (Parität 10,15) für ein engl. Pfund.

Egypten. Währung. Das engl. Pfund wird Ende Dezember mit 97⅛ Piastern (wie Ende Juni) notiert.

Egyptische Nationalbank. Gewinnt einen Prozeß um Vorkriegsverbindlichkeiten in Höhe von 29 000 Pfund Sterling gegen die Anglo-Oesterreichische Bank, Wien.

Land Bank of Egypt, Cairo. Verteilt für das Jahr 1922—23 eine Dividende von 12½% (i. V. 10%), ferner einen Bonus in Form einer Gratisaktie zu 5 Pfund auf je 2 alte Aktien. Die Bank hat den niedrigen Francs-Kurs dazu benützt, ihre französischen Obligationen (mehr als 70 Millionen Francs) zu tilgen.

Guatemala. Währung. Ende Dezember werden in London 275 Pesos gleich einem engl. Pfund bewertet gegen 276 Pesos Ende Juni. Im September ist eine Regulierungskasse (caja reguladora) errichtet worden, die die Wechselkursschwankungen beseitigen und sich allmählich in eine Konversionskasse umwandeln soll.

Bankwesen. Die Banken, Bankiers und Versicherungsgesellschaften werden einer staatlichen Kontrolle unterworfen. Die Depositenannahme ist genehmigungspflichtig. Sicht-Depositen müssen mit 50% bar gedeckt sein.

Marokko. Banken und Staatsfinanzen. Der Crédit Foncier de France und der Crédit Foncier d'Algérie et de Tunisie gewähren dem Staat als 2. Abschnitt eines 1920 genehmigten Anleihebetrags von 740 Mill. einen Teilbetrag von 150 Mill. Francs.

Banque Française du Maroc. Entsteht aus der Fusion der Société Foncière Maroccaine und des Crédit Franco-Maroccain; gründet eine Tochterbank (Soc. Fonc. du Maroc Occid.).

Mexiko. Währung. Der mex. Peso wird Ende Dezember in London mit 25—27 pence bewertet gegen 24—25 pence Ende Juni. (Parität 24,58).

Bankgründungen. Siehe Bank von Mexiko.

Bank von Mexico. Mit den französischen Interessenten wird ein Einverständnis dahin erzielt, daß der Anteil des Verwaltungsrates am Reingewinn auf 5% (statt vorgeschlagener 10%) begrenzt wird, und daß von den 34 Verwaltungsratsmitgliedern nur je fünf in New York und Paris, die übrigen in Mexiko ihren Wohnsitz haben müssen. Die Bank soll den alten mexikanischen Noten-

Digitized by Google

banken hinreichende Diskontkredite einräumen, so daß die Banken ihre etwa noch umlaufenden Noten einziehen können.

Nicaragua. Währung. 4,80 Cordobas werden Ende Dezember gleich einem engl. Pfund bewertet (wie Ende Juni).

Paraguay. Währung. Der Peso notiert Ende Dezember in London 42 pence gegen 42¾ pence Ende Juni.

Persien. Imperial Bank of Persia. Verteilt nach Erhöhung des Reservefonds um 30 000 Pfd. Sterling auf 0,37 Mill. Pfd. Strlg. eine Schlußdividende von 6 sh, sodaß für das am 30. 9. 23 beendete Geschäftsjahr im Ganzen 9 sh, d. s. etwa 9%, ausgeschüttet worden sind.

Peru. Währung. Das peruanische Pfund wird gegenüber dem engl. Pfung Ende Dezember mit einem Aufgeld von 7% bezahlt (gegen 8½% Ende Juni).

San Salvador. Währung. 8,50 Peso gelten Ende Dezember gleich einem engl. Pfund (gegen 9, 50 Pesos Ende Juni).

Uruguay. Währung. Der Peso notiert Ende Dezember in London $44^3/_{32}$ pence gegen 44 pence Ende Juni. (Parität 51).

Banco de la Republica Oriental del Uruguay. Der Ueberschuß für 1922 beträgt 1,17 Mill. Goldpeso, von denen 0,47 Mill. für Zinsendienst usw. verwendet werden. 0,65 Mill. werden dem Dispositionsfonds überwiesen.

Venezuela. Währung. Ende Dezember werden in London 23,30 Bolivares gleich einem engl. Pfund bewertet gegen 24,15 Bolivares End Juni (Parität 25,25).

Umschau

DISKONTPOLITIK.

Die Deutsche Reichsbank treibt seit dem 7. April, dem Tage der „Kreditsperre", eine ausgesprochene Deflations-Politik. An eigenen Noten und weitergeleiteten Rentenbankscheinen hat sie seit jenem Tage bis Mitte Juni allerdings 90 Millionen Mark neu ausgegeben. Da aber andrerseits mehrere hundert Millionen Mark Notgeld aus dem Verkehr gezogen worden sind — die genaue Ziffer ist nicht bekannt, seit Jahresbeginn aber beläuft sie sich auf nicht ganz 1 Milliarde —, so hat in Wahrheit eine Abnahme des Geldumlaufs stattgefunden, und die Krisis, die Deutschland jetzt durchmacht, ist eine regelrechte Deflationskrisis. Eine Krisis, die erheblich weniger akut wäre, wenn die Reichsbank nicht in dem auf die sogenannte Stillegung der Notenpresse folgenden Winter weit mehr Kredite in die Wirtschaft gepumpt hätte, als jemals in der Inflationszeit. Da Geschehenes nicht ungeschehen gemacht werden kann, so bleibt der Bank jetzt in der Tat nichts anderes übrig, als die Kreditsperre so energisch wie möglich durchzuführen, wenn sie nicht die ohnehin nur technisch, nicht organisch, befestigte Währung aufs neue gefährden will. Für Handel, Industrie und Bankwelt bedeutet diese Politik der Reichsbank aber weit schmerzlicheres als eine Sperre, d. h. eine Beschränkung der gewährten Kredite auf den Umfang vom 7. April. Sie bedeutet hier eine scharfe Restriktion der Kredite. Es haben umfangreiche Diskont- und Lombard-Kredite zurückgezahlt werden müssen, damit innerhalb des Sperr-Rahmens Platz für Darlehne an andere Kreise geschaffen würde; insbesondere für Darlehne an die Landwirtschaft, der man statt des langfristigen Realkredits, den sie braucht, kurzfristigen Diskontkredit gewährt hat, mit dem sie wenig an-

Digitized by Google

fangen kann. Es hat auch Platz geschaffen werden müssen für die großen Bestände an Devisen, die die Reichsbank nach und nach ansammelt (und zum Teil in Gold für die kommende Goldnotenbank umwandelt), und für große Posten Dollarschatzanweisungen, die sie an der Börse zurückgekauft hat. Für die Käufe hat die Bank zwar in erster Linie die Guthaben verwendet, die das Reich und einige Reichsbetriebe, insbesondere die Post, bei ihr unterhalten. Aber diese Gelder, die hauptsächlich aus der Ueberspannung der Steuer- und Gebührenschraube herrühren, und deren Fehlen das gewerbliche Kreditbedürfnis verschärft, sind nicht den kreditbedürftigen, sondern anderen Kreisen zu Gute gekommen. Infolgedessen hat die Krisis sich weit mehr vertieft, als es der eigentlichen Notenpolitik der Bank, d. h. dem Deflationsgrad, entspricht. Das hat in der Presse zu lebhaften Erörterungen geführt, in denen die Zweckmäßigkeit des Reichsbank-Vorgehens stark angezweifelt wurde. An der Krediteinschränkung selbst ist dabei keine ernsthafte Kritik geübt worden. Das Wort „Inflation" verbreitet heute einen so heilsamen Schrecken um sich, daß die Feststellung, jeder Bruch mit der Restriktion müsse unfehlbar zur Inflation führen, alle Einwände verstummen läßt. Man bemängelt also nicht die Absicht, sondern die Methode, nicht das Ziel, sondern den Weg zum Ziel, und fordert, die Reichsbank solle die notwendige Beschränkung der Kredite nicht durch eine glatte Verweigerung der Kredite, sondern durch das altbewährte Mittel der Diskonterhöhung herbeiführen. Auf diese Weise würde sich automatisch eine Auslese der Kreditansprüche vollziehen. Wirklich dringliche Anforderungen, deren Zurückweisung heute zur Zahlungseinstellung des Kreditsuchenden und zur Insolvenz aller durch die Kettenglieder des Kredits mit ihm verbundenen Kreise führt, würden sich alsdann durch Zahlung eines Zinses von 20 oder mehr Prozent (statt des jetzt geltenden Diskontsatzes von 10 Prozent) das Recht auf Befriedigung erkaufen; minder wichtige Ansprüche aber, die heute ohne zwingenden Grund an die Reichsbank herantreten, nur weil die vergleichsweise billige Kreditgelegenheit sie anlockt, würden fallen gelassen werden und der Bank so die Befriedigung wirtschaftlich wichtigerer Darlehnsgesuche ermöglichen. Es ist der alte Streit um die Zweckmäßigkeit der hergebrachten Diskontpolitik, der hier wieder einmal entbrennt, und der neue Nahrung gefunden hat, seitdem die Oesterreichische Nationalbank Anfang Juni ihren Diskontsatz von 9 auf 12 Prozent gesteigert und dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß sie den Zins für ein besseres Restriktionsmittel hält, als die mechanische Kreditverweigerung. Schon unter normalen Verhältnissen, bei denen ein gewisser Zusammenhang zwischen den Zinssätzen des offenen Geldmarkts und denen der Zentralnotenbank als letzter Kreditquelle herrscht, ist die indirekte Abwehr übermäßiger Ansprüche durch den Zins ein fragwürdiges Prinzip. Denn es sind keineswegs immer die nützlichsten oder dringlichsten Kreditansprüche, die eine hohe Zinsmauer übersteigen, sondern sehr oft die spekulativsten, leichtfertigsten und daher schädlichsten Ansprüche. Insbesondere lassen sich durch einen noch so hohen Zins diejenigen Kreise nicht abschrecken, die aus guten Gründen an keiner anderen Stelle des In- und Auslandes mehr Kredit finden. Alle Notenbanken haben in Zeiten starker Anspannung die Erfahrung machen müssen, daß ihr Diskontmaterial sich in dem Maße, wie sie ihren Diskontsatz steigerten, mehr und mehr verschlechterte. Auch die mit der Zinssteigerung verbundene Absicht der absoluten Abwehr — ohne Berücksichtigung des qualitativen Moments — ist häufig genug nicht erreicht worden. Gerade in krisenhaft erregten Zeiten hat vielmehr eine Diskonterhöhung oft die Wirkung gehabt, daß die Kreditgesuche sich steigerten, statt abzunehmen; sei es, weil die Erhöhung im In- und Auslande als „Warnungssignal" aufgefaßt wurde und zu privaten Kreditkündigungen führte, die sonst unterblieben wären; sei es, weil der offene Geldmarkt die Zinssteigerung des Zentralinstituts mitmachte, so daß die beabsichtigte Ablenkung der Kreditansprüche von dem letzteren auf den Geldmarkt illusorisch wurde; sei es endlich, weil man in der Diskonterhöhung den Auftakt zu ferneren Erhöhungen erblickte und daraus folgerte, daß es geraten sei, jeden nur irgend erlangbaren Kredit sofort in Anspruch zu nehmen. Die Annahme, daß ein hoher Zins zur betrieblichen Selbstbeschränkung und zur Anpassung der überreizten Geschäftstätigkeit an die vorhandene Kapitalkraft führen würde, hat noch jedesmal getäuscht, weil gerade in Zeiten einer krankhaft gesteigerten, auf Kredit aufgebauten Konjunktur der Zins eine ganz untergeordnete Rolle spielt, zum mindesten keinen maßgebenden Einfluß auf die Preise ausübt. Als zweckmäßig hat sich die Politik der plan-

Digitized by Google

mäßigen Handhabung der Diskontschraube immer nur in ganz ruhigen Zeiten erwiesen, und auch nur dann, wenn Geldmarkt und Notenbank in intimster Fühlung miteinander standen, so daß minimale Zinsveränderungen eine Umlagerung der Kredite von der Bank auf den Markt (oder umgekehrt) und dadurch vom Inland auf das Ausland (oder umgekehrt) zur Folge hatten. Diese Umlagerung wirkte dann auch auf den Stand der Wechselkurse ein, so daß die Diskontpolitik indirekt zu einem maßgebenden Faktor der Währungsregulierung wurde. Aber dieser Effekt trat, wie gesagt, nur in ganz ruhigen Zeiten ein und war dann ein untrügliches Zeichen, daß die Notenbank bei der Kreditversorgung der Wirtschaft eine mehr überwachende und ordnende als aktive und teilnehmende Rolle spielte; daß ihr Kredit nur ein taktischer Spitzenausgleich war, der zur Not auch hätte entbehrt werden können. Von diesen ruhigen, normalen Zeiten sind wir heute mehr als je entfernt. Die Differenz zwischen einem 10 und 20 prozentigen Reichsbank-Diskontsatz, die den einzelnen Vierteljahreskredit mit 2½% belastet, kann auf die Warenpreise nicht den geringsten Einfluß ausüben. Sie kann auch die Leihbereitschaft des offenen Geldmarkts nicht verstärken und noch viel weniger den Zu- und Abfluß der Auslandsgelder regulieren. Der Effekt einer zehnprozentigen Diskonterhöhung wäre heute nicht, daß irgend welche Kreditnehmer freiwillig auf die Inanspruchnahme der Reichsbank verzichten; denn jede auf Akzept gegründete Kreditmöglichkeit ist zur Zeit weit wertvoller, als es in den Geldmarktsätzen zum Ausdruck kommt, die sich ausnahmslos auf Pfandkredite beziehen, da ein freier Diskontmarkt nicht existiert. Der Effekt wäre vielmehr vermutlich, daß die Banken, deren „Selbstkostenpreis" für entliehenes Geld sich um 10 Prozent erhöhen würde, die ihrerseits gewährten Kredite entsprechend verteuerten, oder aber, wenn sie im Hinblick auf die stets rege Kritik vor solcher Verteuerung zurückschreckten, zur Kündigung gewährter Kundenkredite schritten, um das Geld in Effekten anzulegen — deren kursmäßige Unterwertung vielen von ihnen notorisch scheint —, oder es den ihnen nahestehenden Unternehmungen zuzuwenden, an deren Schicksal sie als Gründer oder Börsenpaten interessiert sind. Es würde sich also eine weitere Verteuerung der Bankkredite und eine Verschärfung der Kreditnot ergeben, die zu nur noch stürmischeren Ansprüchen an die Reichsbank führen müßte. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre also eine Diskonterhöhung zwecklos. Sie wäre nur eine Verschleierung der Tatsache, daß die Bank zusätzliche Kredite unter keinen Umständen und zu keinem Zinssatze hergeben will, und somit lediglich eine Unehrlichkeit. Da die Bank mit Recht jede neue Gefährdung der Währung durch verstärkte Notenausgabe ablehnt, bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Tatsache, offen anzuerkennen, daß sie die Kreditnot von sich aus nicht lindern kann, vielmehr Gewehr bei Fuß den Zusammenbruch großer Teile der Wirtschaft mitansehen muß. Bis sich die infolge des Zusammenbruchs entbehrlich gewordenen Betriebsmittel-Reste am Geldmarkt anbieten und hier eine Erleichterung herbeiführen. Es scheint, daß wir diesem Stadium der Entspannung bereits nahe sind. Kreditnot und Zinsteuerung flauen merklich ab, teils infolge der Geld-freisetzenden Kraft der Krisis selbst, daneben aber auch infolge der Preissenkung, die herbeigeführt wird einmal durch das Ausscheiden eines unproduktiven Zwischenhandels, und zum andern durch den Auslandskredit. (Vgl. „Kapitalmangel II" im Maiheft der „Bank").

AUFWERTUNGSHAUSSE.

Sowjet-Rußland kämpft seit langem mit den kapitalistischen Weststaaten hartnäckig um seine Souveränität auf dem Gebiet der Staatsschulden, insbesondere um sein vermeintliches Recht, seine alten Schulden nach Belieben zu repudiieren. Es will die Anleihen der zaristischen Regierung nicht anerkennen. Die westlichen Gläubiger stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß Rußland wohl die inneren, nicht aber die äußeren Anleihen mit einem Federstrich annullieren könne. Dieser Standpunkt ist begreiflich und logisch. Und so nimmt man denn in Deutschland schon seit Jahren an, daß auch das Deutsche Reich eines Tages vor die Frage gestellt werden wird, wie es sich mit den ausländischen Besitzern gewisser Anleihen auseinanderzusetzen gedenke. Der Kurs der 3% Reichsanleihe, die vor dem Kriege an der Londoner Börse notiert wurde und stark im Auslande verbreitet

Digitized by Google

ist, hat schon zu wiederholten Malen eine plötzliche Steigerung erfahren, weil man einen derartigen diplomatischen Schritt der Westmächte für unmittelbar bevorstehend hielt, und die Kurse anderer Anleihen folgten, weil man annahm, die Revalorisierung der durch den Markverfall entwerteten deutschen Schuld werde sich nicht auf eine einzige Anleihe beschränken. Die Hausse erwies sich aber jedesmal als ein Strohfeuer. Die Reparationen waren den Westmächten wichtiger als die Frage der alten Reichsanleihen, bei denen es sich ja verhältnismäßig nur um Bagatellbeträge handelt, und Deutschland hatte keine Veranlassung, seinerseits die Aufwertungsfrage aufs Tapet zu bringen. Im Gegenteil: Das Interesse des Reichs gebot, die Einstellung des Schuldendienstes als etwas bleibendes und unabänderliches anzusehen. Denn es hätte die Reparations-Verhandlungen nicht erleichtert, vielmehr einen Trumpf in der Hand Frankreichs bedeutet, wenn Deutschland sich für finanzstark genug erklärt hätte, seine Anleihen aufzuwerten. So schien es wenigstens bis zu dem Tage, an dem die Sachverständigen der Reparationskommission ihren Bericht erstatteten. Da aber stellte es sich heraus, daß die deutsche Taktik — wenn es überhaupt Taktik und nicht einfach Scheu war, an ein überaus heikles Problem heranzutreten, — zweischneidig gewesen war. Der Sachverständigen-Bericht sah in der Nichtverzinsung der deutschen Anleihen keinen Beweis finanzieller Schwäche, sondern das gerade Gegenteil, indem er argumentierte: Deutschland hat sich durch die Inflation seiner ganzen gewaltigen Schuld entledigt, spart infolgedessen mehrere Milliarden im Jahre und ist schon aus diesem Grunde imstande, erhebliche Reparationen zu leisten. Gleichviel, ob diese Argumentation stichhaltig ist oder nicht, die Aufwertungsfrage hat durch sie jedenfalls ein ganz anderes Gesicht bekommen. Ein paar Monate lang schien es, als ob die veränderte Anschauungsweise zunächst ohne praktische Folgen bleiben würde. Aber in der zweiten Junihälfte setzte ziemlich unvermittelt in den 5% Kriegsanleihen eine Hausse ein, die den Kurs von etwa 65 Milliarden Prozent (6½ Goldpfennig für je 100 Mark Anleihe) schnell auf 350 Milliarden und darüber trieb. Der Außenminister Stresemann hatte die Aufwertung der Reichsanleihen in einer vielbeachteten Rede als ein ziemlich aktuelles Problem hingestellt, und es war kein Zweifel: An maßgebender Stelle beschäftigte man sich mit der Frage, ob und in welcher Weise die Kriegsanleihe valorisiert werden könne; ob ein bescheidener Zinsendienst einzurichten sei, oder ob man die Anleihe während einer längeren Tilgungsperiode mit einem kleinen Goldbetrage einlösen solle, oder ob es besser sei, die Einlösung nur grundsätzlich zuzusagen, ihren Zeitpunkt aber offen zu lassen, oder ob man endlich die Anleihe auf den Zeichnungspreis einer neuen inneren Reichsanleihe zu reizvollen Bedingungen in Zahlung nehmen solle. Die Börsenmeinung brachte nicht nur den Eifer, mit dem sich einige politische Parteien ostentativ für eine verstärkte Aufwertung alter Papiermarkschulden einsetzten, mit solchen Erwägungen der Reichsämter in Zusammenhang; sie glaubte sogar, daß das Reich selbst einen Teil seiner flüssigen Mittel zum Aufkauf von Kriegsanleihe benutze, weil das die vorteilhafteste Form der Tilgung sei. Das war nun allerdings ein Irrtum. Das Reich hat bisher keine Käufe vorgenommen. Aber wer weiß, was das Reich demnächst unter dem Einflusse einer bestimmten Parteigruppierung zu tun gezwungen werden wird? Jedenfalls haben Leute, die die künftigen Entschließungen der Regierung besser zu kennen glauben als diese selbst, Kriegsanleihe in großen Posten vorgekauft. Wenn sie die richtige Witterung haben, so dürfte bald das große Ringen um ein Aufwertungsgesetz beginnen, von dessen Zustandekommen es abhängt, ob die Vorkauf-Spekulation glückt oder scheitert. Den Ausschlag wird dann die Parteikonstellation geben, also die Macht, und nicht etwa das Recht. Denn eine Aufwertung, deren Zustandekommen vom Kopfnicken oder Kopfschütteln fremder Länder abhängt, eine Aufwertung überdies von Anleihen, die nur zum allerkleinsten Teil noch im Besitz ihrer ersten Erwerber sind, hat mit „Recht" nicht das mindeste zu tun, so sehr man auch allen denen, die einst Gold für Reichspapier gegeben haben, eine kleine Minderung ihres Verlustes gönnt.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSFÜHRER.

Es ist doch wohl so: Um ein ganz Großer im Reiche der Wirtschaft zu werden, muß man eiserne Energie, überlegenen Geist, hervorragende Fachkenntnis, weltumspannenden Blick und ungewöhnliche Charakterstärke besitzen. Wenigstens

Digitized by Google

nimmt man in jungen Jahren diese Anschauung in sich auf, wie das Kind in der Fibelzeit arglos den Glauben einsaugt, daß nur unter dem Banner der Ehrlichkeit und Pflichttreue, des Fleißes und des Wissens der Weg zum Erfolge gefunden werden könne. Das Kind wird an seinem Glauben leider sehr bald irre, noch bevor es in das werktätige Leben eintritt. An die geistige Ueberlegenheit der Wirtschaftskapitäne aber glaubt der Jüngling, der seine Ideale nicht gern opfert und einen Sinn in allem Geschehen erkennen möchte, meist so lange, bis eine Zeit wie die jetzige ihm die Binde von den Augen reißt. Dann allerdings schlägt sein kritikloses Vertrauen in ebenso kritiklose Skepsis um, und er gewöhnt sich die Lektüre jener Bücher ab, in denen Multimilliardäre ihm offenbaren, wie sie durch Arbeit und Intelligenz, Rechtlichkeit und Gottvertrauen zu dem wurden, was sie sind. Allen denen, die solche Bücher mit einem kräftigen Ruck auf den Misthaufen werfen, auf den sie wirklich meist gehören, sei die Lektüre eines Buches empfohlen, das eben jetzt erschienen ist und Felix Pinner zum Verfasser hat, der den Lesern älterer Jahrgänge der „Bank" kein Fremder ist. In diesem Buche*) ist der Werdegang von etwa 40 führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens geschildert, nicht im verlogenen Jugendbücherstil, sondern so, wie er sich dem scharfblickenden, Wahrheit suchenden und — was heute viel sagen will — nicht mit dem politischen Star behafteten Auge des Wirtschaftskenners darstellt. Wir lernen die Umstände kennen, die jene Vierzig zu Führern gemacht, sowie die Gaben, die sie zur Behauptung der Führerschaft befähigt haben, und die man in dem Worte „Tüchtigkeit" zusammenfassen kann, wenn man darin die Begabung einbegreift, sich die Zeitverhältnisse, das Milieu und den Zufall dienstbar zu machen — nötigenfalls ohne viele Skrupel. Da wird der vielumstrittene Walter Rathenau von einem, der seinen Fähigkeiten volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, aus dem Himmel, in den blinde Parteigänger und Bewunderer einer weltmännisch-dekadenten Bildung ihn erhoben haben, auf die Erde der menschlichen Schwächen und Eitelkeiten zurückgeführt; der geniale Organisator ist hier nichts als ein geistreicher Mann, der, „von einer fremden Idee inspiriert", Gebilde ins Leben ruft, die „eine blasse Kunstgeburt, ohne organisches Leben und daher ohne Lebensfähigkeit" sind. Da wird der große Stinnes so dargestellt, wie er in Wirklichkeit war: kein Moloch, der 600 000 Arbeiter fraß, und kein Prophet, der dem Unternehmertum neue Wege voll ungeahnter Möglichkeiten wies, sondern ein klarer Kopf, „der seine Kraft aus den destruktiven Trieben der Zeit zog". Da ist Otto Wolff, der Geschäftsmann in Reinkultur, der seinen Sozius in die Aemter schickt, als diese jedem Erstbesten offenstehen; der dann seine geschäftlichen Interessen mit dem vermeintlichen öffentlichen Besten immer soweit Hand in Hand gehen läßt, daß der beamtete Sozius die gemeinsame Firma auf jede erdenkliche Weise fördern kann, ohne seine Amtspflicht zu verletzen. Da sind die beiden politischen Antipoden: Helfferich, der Mann „mit überreicher Betätigung, aber ohne Taten", und Dernburg, der Mann „mit dem robusten Gewissen", der sich quasi selbst zum Kolonialsekretär ernannte, als die Darmstädter Bank „seiner etwas überdrüssig geworden" war. Selbst ein Alfred Krupp, einer der Tüchtigsten und Sympathischsten in der großen Galerie, muß sich wahrheitsgetreu sagen lassen, daß bei ihm erst das Geschäft und dann das Vaterland kam (was in unserer Zeit der geschwollenen Phrase doppelt häßlich klingt), und daß es eigentlich nur ein Zufall war, wenn nicht die französischen, sondern die deutschen Armeen mit Krupp'schen Geschützen ausgerüstet in den Krieg von 1870 zogen. Dabei tritt aber nirgends die Lust am Nörgeln, nirgends die Arroganz des Besserwissers oder Weltverbesserers hervor. Stets ist es der ehrliche Kenner wirtschaftlicher Zusammenhänge, der spricht, der Verdienste anerkennt, Leistungen würdigt und, wo irgend angängig, menschliche Schwächen entschuldigt. Ueber Vorgänge, aus denen sich mit Leichtigkeit Sensationen herausdestillieren ließen, wird so kurz hinweggegangen, wie es die Referentenpflicht des gewissenhaften Geschichtsschreibers irgend erlaubt. Ueber die eigenartige, für unsere Zeit so überaus charakteristische Karriere eines Minoux, eines Cuno und Stimming wird gerade so viel und nicht mehr gesagt, wie nötig ist, um das Bild einer bestimmten Persönlichkeit zu fixieren. So stehen die vierzig Männer lebenswahr vor uns als ein Ausschnitt aus der zeitgenössischen Wirtschaftsgeschichte und gleichzeitig als ihr Kommentar.

*) Deutsche Wirtschaftsführer von Felix Pinner (Frank Fassland). Charlottenburg Verlag der „Weltbühne".

Digitized by Google

Literatur.

Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Jahrgang 1924 (Jubiläums-Ausgabe). Finanz - Verlag G. m. b. H., Berlin C. (geb. 35,— M.). — Durch die ständig wachsende Bedeutung der Aktiengesellschaft als Rechtsform in Deutschland hat das Werk ein von Grund aus verändertes Aussehen erfahren, da der Kreis der in dem Buch aufzunehmenden Persönlichkeiten sich gewaltig vermehrte. Auch gegenüber dem Vorjahre hat das Werk wieder eine wesentliche Erweiterung seines Inhalts aufzuweisen. Für das gewerbliche Leben, insbesondere für den Kreditverkehr, für kaufmännische Informationen und für die Kapitalsanlagen ist das Buch ein wichtiges Kompendium. Ebenso bietet es für die nationale ökonomische Wissenschaft eine interessante Handhabe.

Die Deutsche Rentenbank und das Privatrecht. Von Dr. jur. Hans Otto de Boor. Berlin 1924. Carl Heymanns Verlag. (2,60 G. M.). — Aus dem Inhalt: Rechtsquellen. — Grundschuld und Rentenschuld. — Die „Grundschuld" als öffentliche Last. — Umwandlung durch Veräußerung. — Die Schuldverschreibung. — Zur Kritik des Rentenbankrechtes.

Zum Neubau des Kredits. Von Prof. Dr. Walter Mahlberg. Leipzig 1924. G. A. Gloeckner. (2,40 G. M.). Aus dem Inhalt: Der strangulierte Kredit. — Der übersteuerte Kredit. — Die Desorganisation auf dem Kreditmarkt. — Vorschläge zur Hebung des Kredits. — Die Deutsche Golddiskontbank.

Revision und Reorganisation industrieller Betriebe. Von Dr. Felix Moral. Zweite Auflage. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (3,60 G. M.). — Aus dem Inhalt: Gang der Revision im allgemeinen. — Revision der Arbeits- und Betriebsorganisation. — Prüfung des Rohmaterials. — Revision der Fabrikation. — Prüfung der Fertigfabrikate. — Prüfung der Inventuraufnahmen und der Inventurwerte. — Revision und Kalkulation der Selbstkosten. — Ueber die Art der Reorganisation.

Die deutsche Währungsfrage. Von Professor Dr. Julius Hirsch. Jena 1924. Kommissionsverlag von Gustav Fischer. (92 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Ursachen der deutschen Währungskatastrophe. — Die deutschen Währungspläne des Herbstes 1923. — Die vorläufige Stabilisierung der deutschen Währung durch Goldanleihe und Rentenmark. — Die Kraft der deutschen Wirtschaft zur Aufrechterhaltung einer neuen Währung.

Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation. Von Prof. Dr. Robert Liefmann. Sechste Auflage. Stuttgart 1924. Verlag von Ernst Heinrich Moritz. — Aus dem Inhalt: Wesen und Entstehung der Kartelle. — Die Wirkungen der Kartelle für die betreffende Industrie selbst. — Die Wirkungen der Kartelle auf die Abnehmer. — Die amerikanischen Trusts. — Die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation neben den Kartellen und Trusts. — Die staatliche Regelung des Kartellwesens. —

Goldbilanzen. Verordnung vom 28. Dezember 1923 mit den Durchführungsbestimmungen vom 28. März 1924. Erläutert von Dr. August Fürnrohr. 2. Auflage. München, Berlin und Leipzig 1924. J. Schweitzer Verlag. (3,20 G. M.). — Aus dem Inhalt: Text der Verordnung. — Text der Durchführungsbestimmungen. — Erläuterungen. — Auszug aus der 3. Steuernotverordnung.

Der Alkoholismus als Problem der Volkswirtschaft. Von Prof. Dr. Robert Wilbrandt. Stuttgart 1924. Ernst Heinrich Moritz. (0,80 G. M.). — Aus dem Inhalt: Zum deutschen Schankstätten-Gesetzentwurf. — Die volkswirtschaftlichen Wurzeln des Alkoholismus. — Alkoholfreie Jugenderziehung.

Der Parademarsch. Eine Studie über amerikanische Erziehung. Von Upton Sinclair. Berlin, Malik-Verlag (253 S.). — Aus dem Inhalt: Die Universität des Hauses Morgan. — Die Tradition von Harvard. — Die Universität des Bauholztrustes. — Der Prozeß der „Fordisierung". — Die Bildung des Proletariats. — Professorengewerkschaft. — Die Erzieher der Erzieher.

Die Bedeutung und Durchführung der Goldbilanz-Verordnung. Von Dr. Max Homburger. Mannheim-Berlin-Leipzig 1924. J. Bensheimer (1,50 G. M.).

Digitized by Google

— Aus dem Inhalt: Schutz der Kleinaktionäre. — Die Goldmark. — Eröffnungsbilanz. Die Ermittlung des Reinvermögens. — Mindestkapital nach der Umstellung.

Les données statistiques du problème des réparations. Von G. Hostelet. Sonderabdruck aus der Revue des études coopératives. 3. Jahrgang, Nr. 10. Verlag F. Riedler u. Co., Paris 6.

Praktische Anleitung zur Umstellung von Aktiengesellschaften und G. m. b. H. nach den Goldbilanz-Verordnungen. Mit Mustern, Beispielen, Anweisungen und Ratschlägen für Vorstand, Geschäftsführer, Aufsichtsrat, Aktionäre und Vorzugsaktionäre. Von Dr. Julius Vache, München-Berlin 1924, H. W. Müller. (1,50 G. M.).

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses nach der neuen Fassung vom 8. Februar 1924. Von Kommerzienrat Berthold Manasse. Berlin 1924. Verlag für Sprach- und Handelswissenschaft S. Simon. (3,— G. M.). — Aus dem Inhalt: Verordnung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Text. — Zweck der Verordnung. — Voraussetzung der Anordnung. — Art des Verfahrens. — Zwangsvergleich. — Dauer der Geschäftsaufsicht. — Schlagwortregister.

Die Deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen. 2. Auflage. Von Georg von Below. München und Berlin 1924. Verlag von R. Oldenbourg. (5,50 G.M.). — Aus dem Inhalt: Das 18. Jahrhundert. — Ursprung der Kulturgeschichte. — Die romantische Bewegung. — Ranke und seine Schule. — Die Stellung der Geschichtswissenschaft zu Hegel. — Opposition gegen die politische Geschichtsschreibung. — Neuer Aufschwung der deutschen Historiographie seit 1878. — Vertiefung und Sieg der politischen Geschichtsschreibung. — Ueberwindung des einseitigen Empirismus. — Beigabe: die deutsche wirtschaftsgeschichtliche Literatur und der Ursprung des Marxismus.

Produktion. Von D. H. Robertson. M. A. (Cambridge). Deutsch herausgegeben von Dr. Melchior Palyi. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (3,90 G. M.). — Aus dem Inhalt: Der Großbetrieb. — Die Organisation des Handels. — Das Finanzkapital in der Industrie. — Die kapitalistische Produktionsordnung. — Die Produktion und die Konsumenten. — Die Arbeiter im Besitz der Produktionsmittel. — Gemeinschaftliche Produktionsleitung.

Reichsabgabenordnung. 1. Nachtrag zur Handausgabe. Von Dr. A. Nieberl. (Stand vom 1. April 1924.) Berlin und Leipzig 1924. Walter de Gruyter u. Co. (0,60 G. M.). — Aus dem Inhalt: Aenderungen der Reichsabgabenordnung. — Ergänzungsbestimmungen. — Abrundungsverordnung. — Steuerzinsverordnung.

Amerika als Staat und Gesellschaft. Von James Bryce. Zwei Bände. Uebersetzt von Prof. D. I. Singer. Leipzig 1924. Der Neue Geist-Verlag. Dr. Peter Reinhold. (18,— G. M.). — Aus dem Inhalt: Der Ursprung der Verfassung. — Der Präsident. — Der Senat. — Das Repräsentantenhaus. — Die Wechselbeziehungen der beiden Häuser. — Die Gerichte und die Verfassung. — Das Bundessystem. — Die staatliche Rechtspflege. — Lokalverwaltung. — Die Verwaltung der Städte. — Verfassung der Vereinigten Staaten. — Das Parteiensystem. — Die öffentliche Meinung. — Rrläuterungen und Erwägungen. — Soziale Institutionen.

Taschenausgabe der neuen Zivilprozeßverordnung mit Einführungsgesetz und Entlastungsverordnung in der vom 1. Juni 1924 ab geltenden Fassung mit erläuternden Einführungen und Anmerkungen nebst Anhang: Gerichtsverfassungsgesetz, Gerichtskostengesetz und Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Von Dr. Adolf Baumbach. Berlin 1924. Verlag von Otto Liebmann. (5,— G. M.)

Warenkunde. Von Dr. Viktor Pöschl. Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage. Zwei Bände. Mit 482 Abbildungen im Text. Stuttgart 1924. Verlag von Ferdinand Enke. (5055 und 633 Seiten). — Aus dem Inhalt: Allgemeine Warenkunde. — Die wichtigsten nach dem Verwendungszweck gebildeten Warengruppen. — Die Beziehungen zwischen Stoff und Verwendungszweck. — Besondere Warenkunde, nach dem stofflichen System dargestellt. — Die wichtigsten nichtmetallischen Stoffe. — Kohlenstoffwaren. — Metalle. — Rohrzucker. — Alkoholische Getränke. — Oele und Fette. — Die Fasern. — Die Gewebe und deren Herstellung in der Weberei. — Häute, Leder, Pelz- und Rauchwaren. — Farbstoffdrogen, Riechstoffe, Balsame, Gummiharze und Harze. — Kautschuk, Guttapercha. —

Digitized by Google

Die deutsche Währungslage. Von Carl L. Sachs. Freising 1924. Verlag Dr. F. P. Datterer u. Cie. (1,50 G. M.). — Stellt den Versuch dar, einen Ueberblick über das zu geben, was in Deutschland auf dem Gebiet des Währungs- und Geldwesens sich ereignete, angefangen etwa vom Höhepunkt der Reichsmarkinflation.

Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf v. Immanuel Kant. Mit Einleitung und erläuternden Anmerkungen herausgegeben von Prof. Dr. August Messer, Giessen. Stuttgart 1924. Verlag Strecker und Schröder. — (1,70 G. M.).

Inhalt und Tragweite der von den Sachverständigen der Reparationskommission erstatteten Gutachten. Referat erstattet dem Vorstand und Ausschuß des Zentralverbands des Douschen Bank- und Bankiergewerbes. Berlin-Leipzig 1924, Verlag Walter de Gruyter u Co. (Preis 2, 50 M.).

Die Morgen Stunden eines Königes an seinen Bruder Sohn (1766). Glaubensbekenntnis Seiner Königl. Majestät von Preußen. Herausgegeben von Eugen Frh. von Massenbach. München 1924, Verlag für Kulturpolitik (70 Seiten). — Der Herausgeber hält dieses interessante Dokument für das „Glaubensbekenntnis" Friedrichs des Großen, andere halten es für ein Pamphlet (Voltaires?).

Lloyd George. Ist wirklich Friede? (Ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Dr. W. Simons.) Leipzig 1924 Paul List (4,50 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Was hat Frankreich vor? — Europa noch am Rüsten. — Der französische Einbruch im Ruhrgebiet. — Französische Pläne. — Die englische Schuld an Amerika. — Das Wirken der Demokratie. — Ist der Völkerbund ein Erfolg? — Der Vertrag von Versailles und seine Kritiker. — Nichtamtliche Veröffentlichungen amtlicher Nachrichten. — Der Vertrag von Lausanne.

Die Sachverständigen-Gutachten (der Dawes- und Mc Kenna-Bericht mit Anlagen). Nach dem französischen Originaltext redigierter Wortlaut. Frankfurt a. M., Frankfurter Sozietäts-Druckerei (1,50 G.-M.). —Enthält in übersichtlicher Aufmachung den Text der Gutachten der beiden Sachverständigen-Komitees samt Anlagen und einer Inhaltsangabe des ersten Teiles, die den Ueberblick erleichtert.

Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte. Von A. Sartorius von Waltershausen. Halberstadt 1924. H. Meyers Buchdruckerei, Abteilung Verlag (geb. 2,80 G.-M.). — Bietet in vorzüglicher systematischer Anordnung und Uebersicht die für die Wirtschaftsgeschichte bedeutsamen Jahreszahlen bis auf die Gegenwart und zwar für alle Länder. Literaturangaben bei jedem einzelnen Abschnitt erhöhen die Verwendungsmöglichkeit des Buches.

Vier Jahrzehnte Reichspolitik. 1879—1918. Von Paul Harms. Leipzig 1924, Verlag von Quelle & Meyer (eleg. geb. 4,80 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Mußten wir —? — (Das Drei-Kanzler-Jahrzehnt. — Das Bülow-Jahrzehnt. — Das Bethmann-Jahrzehnt. — Der Zusammenbruch der Monarchie.

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß vor dem Münchener Volksgericht. Berlin 1924. Verlag für Sozialwissenschaft. (68 Seiten.) — Die Tendenz der Broschüre ergibt sich aus folgendem Satz: „Ist dieser Urteil ein Urteil über Hochverräter? Ist es nicht vielmehr ein Anreiz zu neuem Hochverrat?"

Exchange Rates of the World (Devisenkurse der Welt). Zusammengestellt von Emil Diesen. 3 Bände. Verlag der A. S. Oekonomik-Literatur, Christiania (Preis der 3 Bände geb. 15 Rentenmark. — Enthält die täglichen Devisenkurse aller bedeutenden Länder der Welt von 1914 bis 1922. Es finden sich in dem Buch auch die weniger bekannten Notierungen von Batavia, Kapstadt, Madras, Keykjawik usw.

Die Weimarer Verfassung. Von Axel Freiherr v. Freytagh-Loringhoven. München 1924. I. F. Lehmanns Verlag (7,50 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Entstehungsgeschichte der Verfassung. — Die Staatsgewalt und ihre natürlichen Grundlagen. — Die Organisation der Reichsgewalt. — Die Funktionen der Reichsgewalt. — Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. — Die Einzelperson. — Das Gemeinschaftsleben. — Religion und Religionsgesellschaften. — Bildung und Schule. — Das Wirtschaftsleben. — Der Geist der Weimarer Verfassung. — Deutscher Aufbau.

Prager's Bibliographie der Rechts- und Staatswissenschaften nebst einer Beilage: Der Antiquariatsmarkt. Berlin 1924. Verlag R. L. Prager.

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Mai 1924

(in Millionen Mk. mit Ausnahme des Jahres 1924; vergl. die Anmerkungen.)

		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Kassen- und Darlehnskasch	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Reichs-Schatzanweisung	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserve-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.**	Privatguthaben**	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 5.	24*	385,7 Bd. (441,8)	1 192,0	0,9	1 884 741,4	—	134 437,1	91 961,5	292 226,6	180,0	160,5	786 857,4	465 682,9	858 126,6	—	278 502,8
	23	14428,9 (913,9)	1 639 259,1	603,1	3 088 654 3	6 261 616,0	2 5124,4	1 064,2	536 134,3	180,0	127,3	6 723 102,5	490 645 4	3488984 0	—	863 894,9
	22	1020,1 (1001,7)	3 358 5	4,8	2 583,7	155 077,1	52 2	233,9	11 212.0	180,0	121.4	142 463,6	5 569,0	5 569,(	—	2 897.8
15. 5.	24*	4427 Bd. (441.8)	1 118,0	0,8	1 950 637,7	—	121 216,3	72 426,6	303 188.4	180,0	160,5	763 925,3	567 000,5	870 568,2	—	801 856,9
	23	14654,8 (841,9)	1 725 328,3	915,1	3 274 330,9	6 842 105,5	45 501.2	883,4	556 321,0	180,0	127,3	7 112 782,3	678 985,9	678 985 9	—	893 220,3
	22	1021,2 (1002,4)	3 530,5	6 5	2 614.6	164 204,7	36,7	237 1	11 675,5	18 ,0	121,4	142 9?8 6	18 026,5	18 026 5	—	2 577,8
23. 5.	24*	6865 Bd. (441,9)	1083 ,0	0,1	1 948 693,8	—	117 905.4	79 919,9	407 882,5	180,0	160,5	749 337 8	626 907,6	866 128,9	—	410 507,9
	23	15379,3 (832,9)	1 718 411,3	637,3	3 550 447,5	6 951 430,4	45 879,0	770,4	574 698,4	180.0	127,3	7 586 645 9	454 288,3	454 288,3	—	976 098,1
	22	1022,0 (1002,9)	3 835,8	8,7	2 887,2	156 470,4	41,4	225,7	11 836,9	180,0	121,4	144 138,8	6 054,7	6 054,7	—	2 582.5
31. 5.	24*	6186 Bd. (441,9) a	982,0	0,3	1 954 929,9	—	128 597,0	108 511,3	459 348,1	180,0	160,5	926 873,5	545 251.6	259 203,4	—	420 563,3
	23	15784,1 (757,9)	1 892 215,3	343,6	4 014 693,7	8 021 904,8	61 030,3	597,6	636 007,2	180,(	160,5	8 563 749,5	652 575,4	652 575,4	—	1 035 516,4
	22	1021,6 (1002,9)	4 901,8	4,9	3 367,6	167 793,3	697,6	199,3	11 378,9	180,0	121,4	151 949,2	7 577,9	7 577,9	—	3 347,0

(in Billionen Mk.)

Bayr. Notbank	7.	33 Mill.	668218***	252 060	26 112 930	—	839 060	—	851 985	7,5 Mill.	3,75 Mill.	6 254	810 500	34	1 409 854
	15.	33	470 584***	176 408	25 840 114	—	817 433	—	1 171 466			6 328	677 292	534	1 506 760
	23.	33	693 208***	304 3*6	25 188 595	—	887 610	—	1 107 469			6 851	870 400	534	1 600 349
	31.	33	763 407***	216 583	26 138 406	—	834 200	—	1 067 835			6 130	781 502	534	1 686 606
Sächs Bank	7.	18 Mill.	251 940***	26 101	25 586 280	—	89 573	3 395	26 415	30 Mill.	7 Mill.	3 206	1 256 143	248 401	1 152 075
	15.	18	196 373 ***	10 208	26 942 225	—	89 843	3 395	2 702 703			3 121	1 383 225	298 836	1 259 566
	23.	18	271 996***	32 541	26 862 220	—	89 743	3 395	2 698 626			2 421	1 306 147	346 600	1 303 825
	31.	18	252 310***	48 837	26 873 149	—	80 670	3 395	2 891 909			1 238	1 513 994	302 977	1 332 063
Württemb. Bank	7.	7,9 Mill.	150 112***	56 126	14 880 796	—	—	184 593	4 391	10,5 Mill.	7,22 Mill.	5 243	6 474 614	—	4 186 350
	15.	7,9	321 518***	52 176	15 418 014	—	—	202 555	5 180			6 852	6 852 126	—	5 095 349
	23.	7,9	139 043***	50 589	14 587 139	—	—	204 487	5 249			5 164	6 971 570	—	5 212 150
	31.	7,9	117 371***	34 981	14 985 941	—	—	226 135	2 076 458			4 402	6 652 221	—	2 764 264
Badische Bank	7.	3 Mill.	—	70 728	11 586 498	—	—	778 779	33 727 745	24 Mill.	349 Mill.	8 497	42 510 391	—	3 644 923
	15.	3	32 654 ***	14 739	13 429 491	—	—	783 353	32 480 910			8 065	33 594 994	—	4 144 080
	23.	3	27 172 ***	18207	14 165 136	—	—	854 284	36 393 019			8 022	37 896 644	—	4 553 153
	31.	3	34 088 ***	4 115	13 626 046	—	—	904 058	30 551 367			7 880	31 360 784	—	4 751 010

a) Davon 16,1 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) ferner 321 836,3 Billiarden Mk. Rentenbankscheine. *) in Billiarden (1000 Billionen) Mk. außer bei Metallbestand, Kapital- und Reservefonds. **) 1923: Summe aus Banknoten und Rentenmark, ***) auch Rentenbankscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Mai 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-disk. %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1924 7. 5.	128.2	44.0	73.6	125.2	10.0	112.5	22.7	18 51	4
14. 5.	128.2	41.5	72.6	124.5	17.4	102.4	23.4	19.52	4
21. 5.	128.2	42.1	72.2	124.5	18.4	101.5	23.4	19.53	4
28. 5	128.2	42 3	73.8	125.7	15.5	104.5	22.2	18.49	4
1923 3. 5.	127.5	45 4	70.1	124.2	13.2	107 6	23.1	19.01	3
10. 5.	127 5	42.2	68.6	123.8	14.6	102.0	23 5	20.15	3
16. 5.	127.5	41.1	72.2	123.5	15.7	106.7	23.8	19.40	3
23. 5.	127.5	42.6	69.6	123.3	12.6	105.8	24.0	20 27	3
30. 5.	127.5	42.9	71.3	124.5	20.7	98.4	22.7	19.06	3

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Mai 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold [1]	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestund. Wechs.	Deb. [2]	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in % [3]	Bank-disk. %
								staatl.	priv.		
1924 8. 5.	5542.5	298.8	572.8	4224.9	9.7	30 176.4	39 978.8	19.4	1948.2	13.9	6
10 5.	5542.6	299.0	569.8	4367.1	9.7	30 001.1	39 739.2	13.2	1916.6	13.9	6
22. 5.	5542.7	299.1	565.8	4063.7	9.6	30 001.0	39 402.9	18.8	1995.0	14.0	6
30. 5.	5542.8	299.2	565.7	4484.9	9.6	29 912.5	39 556.3	15.6	2209.8	14.0	6
1923 2. 5.	5536.8	292.1	597.5	3234.7	21.7	29 549.1	36 904.0	18.1	2285.8	15.0	5
11. 5.	5536.8	292.1	597.3	2567.7	20.6	29 425.6	36 994.5	19.1	1986.6	15.0	5
17. 5.	5537.1	292.2	596.8	2402.2	20.6	29 406.4	36 692.1	57.9	2098.8	15.0	5
24. 5.	5537.2	292.3	596.6	2418.3	20.5	29 253.5	36 386.1	33.5	2172.9	15.2	5
31. 5.	5537.3	292.4	595.2	2806.7	20.4	29 590.8	36 740.1	68.6	2331.1	15.1	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 30. Mai 1 864 Mill. Frcs.). [2]) Vorschüsse an den Staat (am 30. Mai 24: 22 700 Mill. Frcs., einschl. des ewigen Vorschusses sowie die Vorschüsse an Verbündete (am 30. Mai 24: 4 702 Mill. Frcs.) [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Niederländische Bank.

Wochenausweise vom Januar bis März 1924. (Millionen holl. Gulden)

Ausweis-Tag	Metall		Inlands-Wechsel-Bestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passiv-Saldo)	Noten-umlauf	Nicht metallged. Noten	Bank-disk. %
	Gold	Silber						
1924 7. 1.	581,8	7,7	254,4	162,0	32,2	1 052,5	463,0	4½
11. 1.	581,8	7,9	240,2	157,3	25,8	1 033,7	444,0	4½
21. 1.	581,7	8,3	229,0	155,7	26,1	1 018,8	428,8	4½
28. 1.	581,7	8,7	235,7	149,1	30,2	1 008,3	417,9	5
4. 2.	581,7	10,1	249,3	155,7	21,9	1 030,4	438.6	5
11. 2.	581,7	10,1	247,6	148,8	21,8	1 010,9	419,1	5
18. 2.	581,7	11,1	240,5	147,1	26,5	996,6	403,8	5
25. 2.	581,7	11,0	229,2	142,2	24,4	984,1	391,4	5
3. 3.	581,7	10,3	254,5	147,4	21,5	1 015,4	423,4	5
10. 3.	581,7	9,9	253.9	131,9	22,1	999,1	407,5	5
17. 3.	581,7	9,7	247,0	131.4	19,2	986,1	394,7	5
24 3.	581,7	9,8	238,4	143,5	17,7	978.1	386,6	5
31. 3.	569,1	9,3	254,2	157,5	17,3	1 018,0	439,6	5

Digitized by Google

National-Bank von Griechenland.

Halbmonatsausweise von Oktober bis Dezember 1923. (Mill. Drachmen)

	Ausweis-Tag	Metall-bestand	Auslands-Guthaben	Wechsel	Dar-lehen	Tägl. fällige Verbindlk.	Notenum-lauf	Nicht metallged. Noten	B.-Disk. %
23	15. 10.	48.6	1384.5	176.1	180.3	1003.0	4769.4	4720.8	7½
	31. 10.	48.6	1364.9	182.6	166.2	1174.3	4827.0	4778.4	7½
	15. 11.	52.5	1353.6	165.7	159.0	1213.5	4847.9	4795.4	7½
	30. 11.	52.6	1330.9	165.4	144.0	1219.7	5174.7	5122.1	7½
	15. 12.	57.5	1340.5	172.7	141.3	1234.9	5160.0	5102.5	7½
	31. 12.	58.1	1350.7	178.6	145.7	1245.8	5173.4	5115.3	7½

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1923. (Mill. Lei).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Dar-lehen	Tägl. fällige Verbindlk.	Noten-umlauf	Nicht metall-ged. Noten	B.-Disk. %
6. 10.	5862.2	0.5	5287.9	594.2	519.3	17 577.5	11 714.8	6
13. 10.	5896.8	0.6	4396.5	615.4	566.7	17 682.0	11 784.6	6
20. 10.	5896.8	0.7	5377.2	596.4	504.4	17 653.5	11 756.8	6
31. 10.	5896.8	0.7	5476.4	598.3	516.2	17 684.3	11 786.8	6
10. 11.	5935.4	0.6	5611.2	623.0	6048.4	17 797.0	11 861.0	6
17. 11.	5970.4	0.6	5690.5	626.9	6052.0	17 911.1	11 930.2	6
24. 11.	5778.5	0.5	5750.8	653.9	6043.4	17 936.6	12 157.6	6
1. 12.	6005.5	0.6	5774.0	648.6	6041.8	18 012.1	12 006.0	6
8. 12.	6005.5	0.7	5759.8	668.4	6096.9	18 006.0	11 999.8	6
15. 12.	6005.5	0.5	5858.3	684.3	6103.2	18 005.8	11 999.8	6
22. 12.	6005.5	0.5	5825.2	688.3	6159.1	17 941.0	11 935.0	6
31. 12.	6011.7	0.7	5677.6	689.4	5954.7	17 799.5	11 787.1	6

Bulgarische Nationalbank.

Monatsausweise von Oktober bis Dezember 1923. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Ausl.-guthab.	Wechsel	Dar-lehen	Tägl fällige Verbindlk.	Notenumlauf	Nicht metall-ged. Noten	B.-Disk. %
1923 31. 10.	71.0	373.0	323.5	308.6	1 217.2	3 975.6	3 904.6	6½
30. 11.	77.3	365.1	337.1	324.4	1 198.1	3 977.6	3 900.3	6½
31. 12.	77.4	859.7	454.7	338.5	1 192.7	4 139.0	4 061.6	6½

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am

Dienstag, dem 1. Juli 1924, mittags 12 Uhr,

im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Brühl 75/77, stattfindenden

achtundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

TAGESORDNUNG:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1923, Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses und Verwendung des Reingewinnes,
2. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft,
3. Wahlen in den Aufsichtsrat.

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, dass die Aktien zu diesem Zwecke spätestens am **28. Juni 1924** bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen oder bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin hinterlegt werden.

Bezüglich der Hinterlegung bei einem Notar wird auf die Vorschrift in § 8 Absatz 4 der Satzung verwiesen.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlasskarten zur Generalversammlung.

Leipzig, den 5. Juni 1924.

ALLGEMEINE DEUTSCHE CREDIT-ANSTALT

Petersen. Mauritz.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Einladung

zu der **am Dienstag, den 8 Juli 1924, vormittags 10 Uhr,**
im Gebäude unserer Abteilung Behrenstraße zu **Berlin**, Behrenstraße 67-69, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1923.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1923 und die Gewinnverwendung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.
5. Feststellung zu § 13 des Gesellschaftsvertrages, daß Herr Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht aus der Zahl der persönlich haftenden Gesellschafter ausgeschieden ist.

Zur Stimmenabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von der Reichsbank oder von dem Giro-Effekten-Depot der Bank des Berliner Kassen-Vereins über dieselben ausgestellten Hinterlegungsschein spätestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar:

1. bei unseren Hauptniederlassungen in **Berlin, Bremen, Darmstadt;**
2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
3. in **Breslau** bei den Herren **Eichborn & Co.,**
   „ **Cassel** bei den Herren **Fiorino & Sichel,**
   „ **Coblenz** bei Herrn **Leopold Seligmann,**
   „ **Danzig** bei der **Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft,**
   „ **Essen a. d. Ruhr** bei den Herren **Gebrüder Hamme stein,** bei Herrn **Simon Hirschland,**
   „ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank** bei den Herren **Otto Hirsch & Co.,** bei Herrn **Jacob S. H. Stern,** bei den Herren **Gebrüder Sulzbach,**
   „ **Göttingen** bei den Herren **H. F. Klettwig & Reibstein,**
   „ **Hamburg** bei den Herren **L. Behrens & Söhne,** bei den Herren **M. M. Warburg & Co.,**
   „ **Köln** bei dem Bankhaus **A. Levy,**
   „ **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,**
   „ **Magdeburg** bei den Herren **Dingel & Co.,**
   „ **München** bei der **Bayerischen Vereinsbank,** bei den Herren **Merck, Finck & Co.,**
   „ **Stuttgart** bei den Herren **Stuber & Co.,**
4. in **Amsterdam** bei der **Amsterdamschen Bank,** bei der **Internationalen Bank te Amsterdam,**
   „ **Wien** bei der **Merkurbank.**

Berlin, den 14. Juni 1924.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Digitized by Google

Um die neue deutsche Währung.

Zwischen Berlin und London schweben, unabhängig vom Kampf um das Sachverständigen-Gutachten der Reparationskommission, seit längerer Zeit Verhandlungen über den Ausbau der Deutschen Reichsbank zu der in jenem Gutachten vorgesehenen neuen Goldnotenbank. Die Richtlinien, die das Gutachten für den Aufbau der Bank aufstellt, sind nicht mehr als ein Rahmen, innerhalb dessen dem freien Willen der Organisatoren ein beträchtlicher Spielraum verbleibt. Und auch der Rahmen selbst ist nicht aus Eisen; einzelne Teile des Sachverständigen-Planes, insbesondere diejenigen, die sich auf die Notendeckung beziehen, werden den Erfordernissen einer halbwegs gesunden Währung so wenig gerecht, daß sie, wie man jetzt bereits erkennt, unbedingt abgeändert werden müssen. Ueber das Ausmaß dieser Aenderungen und den Ausbau der neuen Bank innerhalb des intakt bleibenden Rahmenteils geht der Meinungsaustausch jetzt hin und her. Die deutsche Reichsregierung hat den Entwurf eines neuen Bankgesetzes ausgearbeitet, der zur Zeit (20. Juli) der Prüfung der Reparationskommission unterliegt, zugleich aber die Grundlage der Verhandlungen mit maßgebenden englischen Finanzmännern bildet.

Das Sachverständigen-Gutachten enthält über die Höhe des zukünftigen deutschen Geldumlaufs keine unmittelbaren Bestimmungen bzw. Vorschläge. Aber aus den Angaben über Kapital, Reserven und Notendeckung der Bank, über das Schicksal der heute existierenden Zahlungsmittel und über das neu zu schaffende Hartgeld läßt sich der Umlauf berechnen, den die Sachverständigen für statthaft halten. Danach würde der deutsche Geldumlauf unter der Herrschaft der neuen Bank bzw. umgewandelten Reichsbank sich bei voller Ausnutzung der vorgesehenen Möglichkeiten ungefähr wie folgt zusammensetzen (wobei das unter bestimmten Klauseln statthafte Sinken der Notendeckung unter 33⅓ Prozent unberücksichtigt bleibt, weil diese Lizenz voraussichtlich ausgemerzt werden wird):

1. Etwa 900 Millionen Mark Goldnoten, die ausgegeben werden dürfen auf Grund der 300 Millionen Mark des (400 Millionen betragenden) Grundkapitals, für die Gold oder Devisen eingeliefert werden sollen.

2. Etwa 2400 Millionen Mark Goldnoten, auszugeben auf Grund der 800 Millionen Gold bzw. Goldguthaben, die der Bank bei ihrer Errichtung zur Verfügung gestellt werden sol-

Digitized by Google

len; von diesen 2400 Millionen haben 800 Millionen zur Deckung der Sachlieferungen und Besatzungskosten zu dienen, die das Gutachten Deutschland während des sogenannten „Moratoriums" auferlegt.

3. Im ersten Jahre etwa 1200 Millionen Mark Rentenbankscheine (Reichskredit), die zunächst im Umlauf bleiben und nur allmählich, im Laufe von zehn Jahren, aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Was aus den übrigen etwa 800 Millionen Mark Rentenbankscheinen (Wirtschaftskredit) wird, ist im Gutachten nicht gesagt. Es scheint aber, daß sie, ebenso wie die umlaufenden Reichsbanknoten, im Austausch gegen einen Teil der bereits genannten, neu zu schaffenden Zahlungsmittel eingezogen werden sollen.

4. 1200 Millionen Mark Scheidemünze (20 Mark auf den Kopf der Bevölkerung).

Außerdem könnte die neue Bank auf Grund des freien Goldbestandes und des Devisenvorrats der Reichsbank, die auf sie übergehen sollen, theoretisch noch rund 2 Milliarden Mark Noten in Umlauf setzen. Es ist aber von vornherein anzunehmen, daß diese Emission nicht praktisch wird, einmal, weil ein Teil des Goldbestandes in den unter 1. bezeichneten Goldfonds aufgehen dürfte, und zum andern, weil man eine Reserve halten muß, um an die Stelle der allmählich verschwindenden Rentenbankscheine (siehe Fall 3) ein anderes Zahlungsmittel zu setzen; im Unterlassungsfalle würde das Ausscheiden der Rentenbankscheine eine gefährliche Deflation bedeuten. Da übrigens das Sachverständigen-Gutachten neben der Notendeckung auch eine Spezialdeckung der Depositen bzw. Girogelder vorsieht — um diese Bestimmung scheint in London noch gekämpft zu werden —, so ist der freie Gold- und Devisenbestand der Reichsbank in unbekannter Höhe als Depositendeckung gebunden, als Notendeckung also nicht verwendbar. Im übrigen bildet dieser Punkt eine der vielen Unklarheiten des Gutachtens.

Sonach würde sich der Zahlungsmittel-Umlauf in Deutschland bei voller Ausnutzung des Ausgaberechts auf 900 + 2400 + 1200 + 1200 oder insgesamt 5700 Millionen Mark belaufen, davon 3300 Millionen Mark „Goldnoten", 1200 Millionen Mark Rentenbankscheine (an deren Stelle binnen zehn Jahren stufenweise weitere Goldnoten treten könnten) und 1200 Millionen Mark Scheidemünze. Dem Goldnoten-Betrage liegt das im Gutachten vorgesehene Dritteldeckungs-Verhältnis zugrunde. Wird statt dessen, wie es deutscherseits beabsichtigt ist, eine 40prozentige Deckung zur Norm erhoben, so ermäßigt sich der Betrag der Goldnoten von 3300 auf 2750 Millionen und der Gesamtumlauf auf 5150 Millionen Mark.

Es ist mir nicht bekannt, ob der gegenwärtig zur Beratung stehende Entwurf eines neuen deutschen Bankgesetzes in seinen nicht ausgesprochenen Voraussetzungen den Zahlungsmittel-

Digitized by Google

Umlauf genau in der hier angegebenen Weise auf die einzelnen verfügbaren Deckungsmittel repartiert, oder ob er eine andere Einteilung vornimmt. Bekannt ist aber, daß die deutsche Reichsregierung tatsächlich einen Geldumlauf von 5 bis 5½ Milliarden Mark, wie er sich aus der vorstehenden Berechnung (hier allerdings als Maximum) ergibt, als dem deutschen Zahlungsmittel-„Bedarf" entsprechend und währungspolitisch gesund ansieht. Bekannt ist ferner, daß die Regierung den derzeitigen Umlauf von rund 3 Milliarden Mark für viel zu gering hält, und zwar um genau denjenigen Betrag zu gering, der sich auf Grund des vorgesehenen 800 Millionen-Goldkredits neu schaffen lassen würde. Der deutsche Außenminister hat am 6. Juni im Reichstage erklärt, daß auf der Grundlage jenes Goldkredits 2,4 Milliarden Mark neue Banknoten auszugeben sein würden und daß mit ihrer Hilfe der ausgetrockneten deutschen Wirtschaft der Kredit zugeführt werden solle, den sie brauche. Endlich ist bekannt, daß es auch eine rechnungsmäßige Unterlage für die Ziffer von 5 bis 5½ Milliarden gibt: Berücksichtigt man nämlich die Gebietsverkleinerung, die Deutschland erfahren hat, sowie die verringerte Kopfzahl seiner Bevölkerung, so entspricht ein Umlauf von 5 bis 5½ Milliarden ziemlich genau dem Geldumlauf, den man für die Zeit vor dem Kriege errechnet und den Sachverständigen seinerzeit mit rund 6 Milliarden Mark angegeben hat, mit welcher Ziffer er denn auch im Gutachten erscheint.

Nun leidet aber Deutschland heute, bei einem Zahlungsmittel-Umlauf von nur etwa 3 Milliarden Mark, bereits unter Inflations-Erscheinungen, die zwar durch eine eigentümliche Konstellation auf dem Devisenmarkt nach außen verschleiert, infolge der relativen Geringfügigkeit der Inflation auch im Innern nicht allzu deutlich erkannt werden, aber nichtsdestoweniger vorhanden sind und zu einem erkenntnistheoretisch hochinteressanten Kampfe auf dem Gebiet der Preise geführt haben. (Der von der Kreditnot, der Arbeitslosigkeit und dem Ueberimport erzwungene Preisabbau stößt, noch ehe er sich auswirken kann, unausgesetzt auf ein Hindernis, das bald auf die übermäßigen Steuerlasten, bald auf die Unzahl der umsatzvermittelnden Hände, bald auf die Rückständigkeit der Betriebe, bald auf die erdrückenden Bankzinsen, bald endlich auf nackten Wucher zurückgeführt wird, das aber letzten Endes nichts anderes ist als das Mißverhältnis zwischen der wirklich vorhandenen Kaufkraft und der Menge der Zahlungsmittel, in denen diese Kaufkraft sich auf dem Markt verkörpert). Es entsteht also die Frage, ob die Voraussetzung, auf der sich das ganze Gebäude der neuen deutschen Zentralbank erhebt, wirklich zutrifft, d. h. ob die deutsche Wirtschaft einen Zahlungsmittel-Umlauf von 5 bis 5½ Milliarden Mark „braucht" oder zum mindesten verträgt; genauer gesagt: „brauchen" bzw. vertragen w i r d, sobald ein Währungsgeld vorhanden ist, zu dem die Wirtschaft dasselbe Vertrauen hat wie zu dem goldäquivalenten Gelde der

Digitized by Google

Vorkriegszeit, und das infolgedessen mit seiner natürlichen, durch geldkritische Erwägungen nicht beeinflußten Geschwindigkeit umläuft.

* * *

Die vielverbreitete Ansicht, daß Deutschland vor dem Kriege einen Geldumlauf von rund 6 Milliarden Mark gehabt habe, ist irrig, obwohl sie offiziell ist, sich mit den Angaben des Statistischen Reichsamts deckt und deshalb auch von den Sachverständigen der Reparationskommission als richtig unterstellt wird. Tatsächlich ist der Umlauf, der sich natürlich nur ganz roh, aber innerhalb gewisser Fehlergrenzen immerhin zuverlässig genug abschätzen läßt, auf nicht weniger als 4 Milliarden und nicht mehr als 5 Milliarden Mark zu veranschlagen. In den drei letzten Vorkriegsjahren hat der durchschnittliche Notenumlauf der Reichsbank rund 1800 Millionen Mark betragen. Dazu traten rund 250 Millionen Mark Privatbanknoten und Reichskassenscheine, rund 1500 Millionen Mark Goldmünzen und rund 1000 Millionen Mark Scheidemünzen außerhalb des Bestandes der Reichsbank und der Privatnotenbanken. Das ergibt insgesamt 4550 Millionen Mark oder, da es sich hier teilweise um Schätzungen handelt, die einen gewissen Spielraum bedingen, zwischen 4000 und 5000 Millionen Mark.

Hierbei ist aber ein wichtiger Umstand zu berücksichtigen, der gemeinhin außer Acht gelassen wird: Ein erheblicher Teil des deutschen Vorkriegs-Geldumlaufs unterscheidet sich von dem heutigen Umlauf durch seine außerordentliche Schwerbeweglichkeit. Gold- und Silbermünzen dienten dank ihrer Doppeleigenschaft als „Geld" und als „Sachwert" in großem Umfange als dauernde oder vorübergehende Vermögensanlage, schieden oft jahrelang aus dem Verkehr aus und liefen selbst dann, wenn sie den Sparstrumpf verließen, noch immer erheblich langsamer um als das Zettelgeld gleicher Stückelung. Dieselbe Schwerbeweglichkeit fand sich bei den Banknoten mit höchstem Nennwert wieder, weil Umsätze entsprechender Größe selten waren und meist auf anderem Wege als dem der Barzahlung vermittelt wurden. Die 300 Millionen Mark Tausendmarknoten, die im letzten Vorkriegsjahre in Umlauf waren, sind also zirkulatorisch ganz anders zu bewerten als ein entsprechender Betrag in Hundert- oder gar in Zehnmarknoten. Es ist eine bedauerliche Unterlassungssünde der Geldtheoretiker, daß sie dem verschieden abgestuften Geschwindigkeitsgrade, mit dem die einzelnen Geldsorten gemäß ihrer Wertgröße oder ihrer Substanz umlaufen, keine Beachtung schenken, sondern nur von einer generellen „Zirkulationsgeschwindigkeit" sprechen, als ob das eine Geldzeichen seine Dienste genau so oft verrichte wie das andere. Die Praktiker bei den Münzstätten und Notenbanken werden dadurch in den Irrglauben versetzt, daß die Stückelung der Geldzeichen in keinerlei Beziehung zu ihrer statthaften Gesamt-

Digitized by Google

menge stehe, während in Wirklichkeit ein Quantum Umlaufsmittel mit einem durchschnittlichen Nennwert von 20 Mark ungleich schneller rotiert als ein solches mit einem Durchschnittswert von 50 Mark, und ein papiernes Umlaufsmittel ungleich schneller als ein edelmetallenes.

Schon aus diesem Grunde ist eine mechanische Vergleichung des deutschen Geldumlaufs der Vorkriegszeit — seine absolute Größe sei, welche sie wolle — mit dem vorausgesetzten „Geldbedarf" der nächsten Zukunft nicht angängig. Der Herbst 1923 und sein währungspolitischer Gegenpol, das Frühjahr 1924, haben uns mit äußerster Eindringlichkeit gezeigt, welchen Einfluß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, d. h. der Wechsel zwischen Aktivität und Ruhe der einzelnen Geldzeichen, auf die Geldmenge hat, die die Wirtschaft absorbieren kann, oder — was dasselbe ist — auf den Wert, den die Wirtschaft einer gegebenen Geldmenge beilegt. Und die Rotation des neu zu schaffenden Geldes wird ungleich größer sein als die des Vorkriegsgeldes, weil es bis auf weiteres aus Papier und minderwertigen Metall-Legierungen bestehen und außerdem erheblich kleiner gestückelt sein wird als jenes. Es kommt aber noch ein Moment hinzu, das die Vergleichbarkeit vollends aufhebt. Das ist die starke Zunahme des bargeldlosen Verkehrs in Deutschland, für den während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit teils mit verlogenen, teils mit gutgläubig-irrigen Argumenten Reklame gemacht worden ist. Und zwar nicht sowohl die Zunahme dieses Verkehrs im ganzen, als vielmehr seine Zunahme auf dem Gebiet der Kleinzahlungen. Der Postscheckverkehr hat die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldsorten kleiner und mittlerer Stückelung, die ohnehin recht erheblich ist, noch ganz außerordentlich gesteigert; und indem er Teile dieser Geldsorten entbehrlich machte und auf Zahlungsgebiete drängte, die sonst von den größten Geldsorten bedient worden waren, steigerte er die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes als Ganzen. Hier liegt einer der wichtigsten Gründe, weshalb der am Vorkriegsbestand gemessen kleine — gegenwärtige Geldumlauf bereits über ein gesundes Maß hinausgeht, und zugleich der Hauptgrund, weshalb sich jeder Vergleich des Geldumlaufs von 1913 mit demjenigen von 1925 verbietet.

Worin besteht denn eigentlich das Wesen der Umlaufsbeschleunigung eines gegebenen Quantums Geld durch das Medium des bargeldlosen Verkehrs? Man glaubt gemeinhin, diese Verkehrsart ermögliche dem einzelnen Geldzeichen eine häufigere Ausübung seiner Zahlungsfunktion, als es sonst der Fall sein würde. Das ist keineswegs richtig. Im Postscheckverkehr z. B. mit seiner täglich einmaligen Veränderung des Kontostandes steht eine Mark, die der Postscheckkunde einem anderen Postscheckkunden überweist, erst am folgenden Tage zur Verfügung des Empfängers. Sie macht also in 24 Stunden nur einen Umschlag, während sie, wenn sie an einem Werktage körperlich von Hand zu Hand geht, in dieser Zeit

Digitized by Google

zehnmal und mehr umgeschlagen werden kann. Nur dann, wenn der Abrechnungsverkehr zwischen vielen bargeldlos wirtschaftenden Organisationen zu dem einfachen Uebertragungsverkehr hinzutritt, kann die Mark eine ganze Kette von Zahlungsakten durchlaufen; aber auch dann ist es noch fraglich, ob diese Kette aus mehr Gliedern besteht als die Kette der Effektivzahlungen auf einem lebhaften Verkehrsgebiet. Der Einfluß, den der bargeldlose Verkehr auf die Aktivität der Zahlungsmittel ausübt, ist ganz anders geartet, als man meist voraussetzt. Er vermehrt nicht, zum mindesten nicht immer, die Zahl der Umsätze die das einzelne Geldzeichen bewältigt, sondern er gibt das Geldzeichen, das man ihm zum Zweck der Zahlungsvermittlung zugeführt hat, wieder an den Markt zurück, läßt es hier nach wie vor handgreifliche Zahlungsdienste tun, führt aber nichtsdestoweniger die ihm vorgeschriebenen buchmäßigen Uebertragungen aus, ganz als befände sich das betreffende Geldzeichen noch im Besitz eines bargeldlos arbeitenden Instituts. Nur eine kleine Reserve von Geldzeichen wird zurückbehalten als Sicherung gegen die Eventualität, daß die baren Rückforderungen die baren Einzahlungen übersteigen. Die Girozahlung bedeutet also im Grunde nicht sowohl eine Umlaufsbeschleunigung des Geldes, als vielmehr eine Verdoppelung bzw. Vervielfachung desselben, weniger einen zirkulatorischen als einen quantitativen Antrieb. Dieser quantitative Antrieb, der darin besteht, daß der Giroverkehr ein und dasselbe Geld in unbaren Zahlungsakten bindet und gleichzeitig für bare Zahlungen wieder freigibt, wirkt aber im Effekt dennoch wie eine Umlaufsbeschleunigung; wenn auch der Mechanismus des Giroverkehrs nicht notwendig eine verstärkte Ausnutzung des einzelnen Geldzeichens gewährleistet, so sorgt doch seine auf kleinster Reservehaltung aufgebaute Organisation dafür, daß die Geldzeichen zwischen dem Bar- und Giroverkehr immer wieder hin- und hergejagt werden und nicht zur Ruhe kommen. Der Giroverkehr macht es also — wenn auch auf Kosten der Solidität des Zahlungswesens — der Wirtschaft möglich, mit einem verringerten Geldquantum auszukommen, da er dasselbe Geldzeichen doppelt, einmal in natura und ein zweites Mal in effigie, zu benutzen gestattet, und wenn er zum Abrechnungsverkehr ausgebaut wird, sogar ein drittes Mal, weil alsdann weitere Geldzeichen aus der Reserve entlassen werden können.

Wenn wir uns den wirtschaftlichen Segen und Nutzeffekt dieses Hin- und Herjagens der Geldzeichen zu vergegenwärtigen versuchen, so finden wir, daß die Veränderung der Zahlungssitten durch Einführung des unbaren Verkehrs keineswegs ein rein geldtechnischer Vorgang ist, sondern daß er auch hochbedeutsame Folgen für Produktion und Absatz und somit für die ganze gewerbliche Entwicklung hat. Indem das Geld daran gehindert wird, längere Zeit und in größerem Umfange im Zustand der Ruhe zu verharren, vielmehr immer wieder gezwungen wird, an den Markt

Digitized by Google

zurückzukehren und daselbst seine Kaufkraft auszuüben, wird der durchschnittliche Abstand zwischen Produktion und Konsum entsprechend verringert. Geldbewegung ist kein Lichtspiel, das über die Leinwand huscht, ohne Spuren zu hinterlassen. Geld, das sich — bar oder unbar — betätigt, k a u f t. Veranlaßt man es, sich häufiger zu betätigen, so kauft es häufiger. Einmal in Tätigkeit, ist es kein bloßes Sinnbild des Besitzes oder Zeichen eines Anspruchs mehr, sondern menschliche Kaufkraft. Wechselt ein Geldzeichen den Besitzer, so wird hinter diesem Besitzwechsel ein wirtschaftlicher Vorgang sichtbar, der, vielfach wiederholt, bedeutsame wirtschaftliche Folgen hat; Folgen für den Geber wie für den Nehmer des Geldzeichens. Der „N e h m e r" wechselt ein Arbeitserzeugnis in Kaufkraft um, die er — demselben Antrieb gehorchend wie der Geber — einem zweiten gegenüber ausübt, der sie seinerseits bei einem Dritten geltend macht, und so fort, die ganze Verkehrskette hindurch. Eine neue Käuferschicht ist so plötzlich auf dem Markte erschienen. Der „G e b e r" andererseits wechselt seine Kaufkraft in ein Arbeitserzeugnis um. Ist es ein Erzeugnis, das produktiven Zwecken dient, so regeneriert es sich und erscheint bald als veredeltes, wertvolleres Erzeugnis auf dem Markt. Dient das Erzeugnis reinen Konsumzwecken, so ist der „Geber" gezwungen, den konsumierten Gegenstand durch ein Produkt seiner Arbeit zu ersetzen und das letztere im Austausch gegen Kaufkraft feilzubieten, da er, sofern er dies gewohnheitsmäßig unterläßt, bald ohne Kaufkraft für seinen künftigen Konsum dasteht. Das Produkt seiner Arbeit erscheint dann ganz so auf dem Markte, wie im anderen Falle das veredelte Erzeugnis. Es geht an einen Zweiten über, der wiederum etwas leisten muß, um künftig konsumieren zu können, von diesem — original oder in Form der Zusatzleistung — an einen Dritten und so fort, die ganze Verkehrskette hindurch. Auf demselben Markt, auf dem eine neue Käuferschicht aufgetaucht ist, erscheint mithin jetzt eine neue Schicht von Verkäufern, und der scheinbar rein technische Vorgang, der sich „verstärkte Aktivität eines Geldzeichens" nennt, enthüllt sich als eine Zunahme der gewerblichen Tätigkeit.

Hinter jeder Bewegung eines Geldzeichens steht eben ein Wille, der mit jener Bewegung eine bestimmte wirtschaftliche Absicht verbindet. Läßt der Inhaber des Geldzeichens sich — gegen ein Zinsversprechen oder ein anderes Aequivalent — veranlassen, sein darin verkörpertes Recht an einen Dritten, etwa an eine Bank, abzutreten, so wird die wirtschaftliche Absicht dieses Dritten maßgebend für die Bewegung des Geldzeichens. Jede neue Bewegung aber löst denselben Effekt aus: Eine Zunahme der Nachfrage und des Angebots auf dem Markte, weil jeder Empfänger des Geldzeichens als Gegengabe etwas leistet, jeder Abgeber des Geldzeichens das ihm Geleistete veredelt oder durch Arbeit ersetzt, also ebenfalls etwas leistet; wobei die Leistung des Empfängers in die Vergangenheit oder Gegenwart, die des Abgebers in die

Digitized by Google

Zukunft fällt. Der Geldbesitzwechsel bzw. der hinter ihm stehende Wille hat mithin die zweiseitige Wirkung, daß eine Leistung der Vergangenheit oder Gegenwart früher nutzbar gemacht wird, als es sonst geschehen würde, und daß eine Leistung der Zukunft vorbereitet wird, die sonst unterblieben oder erst später bewirkt werden würde. Die Umlaufsbeschleunigung des Geldes hat nach alledem zur Folge, daß der zeitliche Abstand zwischen zwei Leistungen sich verringert. Mit anderen Worten: Umlaufsbeschleunigung des Geldes ist Produktionsbeschleunigung der Wirtschaft.

Weil das so ist, deshalb hat die Zeit der Hochinflation, die das Geld mit der Peitsche der Entwertungsgefahr zu immer schnellerer Zirkulation antrieb, das äußerliche Bild einer Hochkonjunktur erzeugt. Der Konsumtions- und Reproduktionswille waren bis zur Manie gesteigert. Die gewerbliche Blüte konnte aber nur eine Scheinblüte sein, weil der Effekt der Umlaufsbeschleunigung des Geldes durch die Inflation selbst wieder beseitigt und in sein Gegenteil verkehrt wurde: Das Geld nahm mengenmäßig stärker ab, als es zirkulatorisch zunahm. Der Staat schüttete zwar das Füllhorn der Bankzettel über den Verkehr aus, so daß der Anschein einer auch mengenmäßigen Geldvermehrung erzeugt wurde. Aber der Verkehr annullierte seinerseits mehr Geld, als der Staat ihm zuführte, indem er — mit dem Instrument des Warenpreises — die Kaufkraft des Geldes stärker reduzierte, als es der Summe von quantitativer plus zirkulatorischer Geldzunahme entsprach. Was wiederum nur das Kennzeichen dafür war, daß trotz des gesteigerten Konsumtions- und Reproduktionswillens der Bevölkerung eine fortgesetzte Abnahme des Vorrats an marktfähigen Gütern stattfand. Ohne eine solche Abnahme hätte der Verkehr die Warenpreise nicht stärker steigern können, als nötig war, um das durch die zweifache (quantitative und zirkulatorische) Geldvermehrung gestörte alte Verhältnis zwischen Kaufkraft und Warenangebot wieder herzustellen. Drohten die Preise weiter zu steigen, d. h. die Kaufkraft des Geldes sich weiter zu verringern, so mußte bei gleichbleibender Marktversorgung ein Mißverhältnis zwischen dem unveränderten Güterangebot und der abnehmenden Kaufkraft entstehen, das die Preise zurückdrückte und die Kaufkraft wieder hob. Daß dieser Gegendruck tatsächlich ausblieb, beweist eine der Geldzunahme parallel gehende Güterabnahme, hervorgerufen durch eine einseitig konsumtive Willensrichtung des Verkehrs, die ihrerseits wieder die Folge davon war, daß die zweifache Geldvermehrung ihren Ursprung nicht in der Wirtschaft, sondern außerhalb derselben, nämlich bei der staatlichen Willkür, hatte. Der Verkehr führt eine Geldvermehrung nur herbei, wenn eine Gütervermehrung im Gange ist, weil Leistung und Gegenleistung schneller aufeinander folgen als bisher, und er erzwingt diese Geldvermehrung, indem er das Geld in einen der beschleunigten Aufeinanderfolge der Leistungen entsprechenden schnelle-

Digitized by Google

ren Umlauf versetzt. Eine tatsächliche, durch Preissteigerung und Geldwertminderung nicht korrigierte Geldzunahme ist nur möglich, wenn eine entsprechende Zunahme der Gütererzeugung ihr parallel geht, weil Güterumschlag und Geldumschlag identisch sind.

Es ist also nicht nur ein vergebliches Bemühen, den „Geldbedarf", den eine Wirtschaft in einem bestimmten Stadium hat, auf dem Wege der Vergleichung mit dem Geldumlauf eines früheren Stadiums zu errechnen, sondern es ist überhaupt unmöglich, diesen „Geldbedarf" auf einem anderen als dem experimentellen Wege zu ermitteln. Ueber die Geldquantität, die einer Wirtschaft zugeführt werden muß, entscheidet diese Wirtschaft selbst. Eine ihr willkürlich aufgedrängte Geldmenge korrigiert sie entweder organisch, indem sie die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes auf ihre produktive Energie abstimmt, oder mechanisch, indem sie das Geldquantum durch Abstoßen überschüssiger oder Anziehen zusätzlicher Mengen verkleinert bzw. vergrößert; oder, wenn beides unmöglich, quantitativ, indem sie die Kaufkraft der Geldeinheit ändert. Das erste dieser drei Hilfsmittel, mit denen die Wirtschaft ihre Autonomie über das Geldwesen ausübt, ist nur innerhalb verhältnismäßig enger Grenzen anwendbar, weil die Verkehrsgewohnheit, die ihrerseits zugleich ein Ausfluß und ein Regulator des Produktionsgrades ist, schnelle und starke Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit nicht zuläßt. Das dritte Hilfsmittel ist gefährlich, weil es die Wirtschaft zwingt, mit einem Gelde wechselnden Werts zu arbeiten und sich so des Hauptvorteils zu begeben, den der Geldverkehr vor dem geldlosen Verkehr hat: des festen Vergleichsmaßstabes für Leistung und Gegenleistung. Deshalb ist das beste Geld dasjenige, das der Wirtschaft gestattet, seine Quantität durch das zweite Hilfsmittel — Abstoßen überschüssiger und Anziehen zusätzlicher Mengen — stets auf dem Stande zu erhalten, der ihrem Produktionsgrade und der diesem angepaßten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes entspricht. Und da gegenwärtig das aus Gold bestehende oder eine Goldforderung darstellende Geld das einzige ist, das die Hauptverkehrsländer zu nehmen und — mit bestimmten Einschränkungen — zu geben bereit sind, mithin das einzige, das es der deutschen Wirtschaft gestattet, ihren Geldbestand mechanisch auf der genauen Höhe ihres Bedarfes zu erhalten, so wäre grundsätzlich zu fordern, daß in Deutschland die Goldwährung eingeführt wird, und zwar in einer Form, die den freien Ab- und Zufluß von Gold gewährleistet. Da aber die Gefahr besteht, daß die der Goldwährung entwöhnte deutsche Wirtschaft das Gold einer falschen Verwendung zuführen würde, so muß bis auf weiteres darauf verzichtet werden, den Verkehr mit Gold oder zum Goldbezuge berechtigenden Banknoten zu sättigen; vielmehr muß das Gold an einer Stelle zentralisiert bleiben. Nach Lage der Dinge ist es heute noch nicht möglich, den so zentralisierten Goldbestand auf der Höhe des gesamten deutschen Geld-

Digitized by Google

umlaufs zu halten, also den Verkehr ausschließlich mit goldgedeckten, wenn auch uneinlösbaren Noten zu speisen. Das ist aber auch nicht nötig. Es genügt vollkommen, wenn die Zentralstelle über so viel Gold (effektiv oder in Form von Golddevisen) verfügt, wie erforderlich ist, um den deutschen Geldumlauf, der im übrigen beschaffen sein mag, wie er will, in genauer Uebereinstimmung mit dem Verkehrsbedarf zu erhalten; dieser aber läßt sich, sobald eine solche „Goldrandwährung" (Kern aus Papier, Rand aus Gold) besteht, jederzeit genau von den Wechselkursen ablesen. Die Wechselkurse sind es, nicht aber eine Vergleichsrechnung oder eine sonstwie vorgenommene Bedarfsschätzung, die den Punkt angeben, an dem der Sättigungsgrad der Wirtschaft mit Geld erreicht ist, und jede Mehrversorgung eine Inflation bedeutet. Ein anderes Kriterium für den „Geldbedarf", als den Stand der Wechselkurse, die das Kaufkraft-Verhältnis zwischen Inlandsgeld und Auslandsgeld und zugleich das Wertverhältnis zwischen Inlandsgeld und Gold exakt anzeigen, gibt es nicht. Und somit gibt es für die ziffernmäßige Feststellung der Geldmenge, die der deutsche Verkehr aufnehmen kann, ohne den Wert der Mark aufs neue von der Goldparität (ca. 3,6 Gramm Gold) abzudrängen, kein anderes Verfahren als dasjenige des Wechselkurs-Experiments. (Auf die kleinen Hilfsmittel der Geldregulierung, wie Diskontpolitik, Devisenpolitik usw. gehe ich hier, vom Raummangel abgesehen, schon deshalb nicht ein, weil sie nur scheinbar einen direkten Einfluß auf die Geldmenge ausüben, in Wirklichkeit vielmehr eine Einwirkung auf die Wirtschaft bedeuten, die dann ihrerseits erst Veränderungen in der Zufluß- und Abflußrichtung des Geldes herbeiführt.)

* * *

Die Frage der Goldbeschaffung für die neue Währung hätte, da die offizielle Geldlehre und mit ihr auch das Sachverständigen-Gutachten noch immer an der leidigen Prozentualdeckungs-Theorie festhalten, Schwierigkeiten bereiten können, wenn nicht dasselbe Gutachten die Beschaffung von 800 Millionen Gold bzw. Golddevisen vorsähe. Diese 800 Millionen, zu denen die freien Goldbestände der Reichsbank und die Golddevisen derselben Bank sowie der Golddiskontbank hinzukommen, genügen nicht nur, um den künftigen Notenumlauf, sogar einschließlich der Rentenbankscheine, mit 33⅓ oder 40 Prozent zu decken, sondern sie genügen — worauf es allein ankommt — auch für die Regulierung des deutschen Geldumlaufs durch eine nach den Wechselkursen orientierte Goldbewegung. Für diesen Zweck würde es sogar eines ganz erheblich kleineren Goldbestandes bedürfen, als er tatsächlich in Aussicht steht. Die Goldfrage ist daher für Deutschland von untergeordneter Bedeutung. Um so wichtiger ist sie aber für eine Reihe anderer Länder, insbesondere für die Vereinigten Staaten und England. Für die Vereinigten Staaten, weil

Digitized by Google

die Sorge für die Beschaffung der 800 Millionen in erster Linie ihnen zufallen wird; für England, weil in dem Moment, wo Deutschland wieder eine intakte Goldwährung hat, auch England zur Reform seiner Währung schreiten muß, und weil die Art dieser Reform dann erheblich davon beeinflußt werden wird, wie die Vereinigten Staaten sich zur Beschaffung der 800 Millionen stellen, und für welche Geldpolitik sie sich bei dieser Gelegenheit entscheiden werden. Denn auch Amerika muß demnächst währungspolitische Entschlüsse von großer Tragweite fassen.

Unabhängig hiervon spielt sich gegenwärtig zwischen London und New York eine papierne Fehde ab, die gleichfalls mit der deutschen Währungsreform zusammenhängt, aber eigentlich nur eine Komödie der Irrungen ist. Es handelt sich darum, ob Deutschlands neue Währung „Anschluß" an den Dollar oder das Pfund Sterling nehmen soll. Der Streit ist nur dann zu verstehen, wenn man alle falschen Auffassungen und Voraussetzungen hüben und drüben genau kennt. Das ist aber überflüssig, da Deutschland faktisch weder eine Pfund-, noch eine Dollarwährung schaffen, sondern zur Goldmarkwährung zurückkehren wird. Um keinen Zweifel hieran zu lassen, hat die deutsche Reichsregierung mit einer Eile, die sonst unverständlich wäre, bereits ein Münzgesetz ausgearbeitet und veröffentlicht, das die alte Doppelkrone wieder in ihre Rechte einsetzt. Grundsätzlich ist zu jenem Streite nur zu sagen, daß im Verkehr zwischen Ländern mit einem goldäquivalenten Gelde der Münzfuß der einzelnen Länder von keiner Bedeutung ist, da hier das Gramm Gold den eigentlichen und gemeinsamen Münzfuß bildet. Weicht aber die Währung eines der Länder vom Golde ab, so hat keins der andern Länder einen Vorteil davon, wenn jene abweichende Währung sich nach der seinigen benennt. England zieht keinen Nutzen daraus, daß die Türkei früher einmal Anschluß an seine Währung genommen hat und noch heute nach „Pfund" rechnet, denn dieses Pfund hat einen vom englischen abweichenden Wert. Wo die länderverbindende gemeinsame Einheit „Gramm Gold" verloren gegangen ist, müssen Wertabweichungen unfehlbar eintreten, es sei denn, daß eine Münzunion, wie die ehemalige Union Latine oder der Skandinavische Münzbund, besteht. Zur Münzunion mit einem währungskranken Deutschland dürften aber weder die Vereinigten Staaten noch England bereit sein, und zu einem Deutschland mit intakter Goldwährung ist die Brücke bereits durch das Gramm Gold geschlagen.

Ungleich wichtiger als dieser Bagatellstreit um den monetären „Anschluß" Deutschlands ist die Frage, ob die Vereinigten Staaten die Gelegenheit der 800 Millionen-Anleihe dazu benutzen sollen, sich eines Teils der Goldbestände zu entledigen, die sie ohne unmittelbaren Zweck und Nutzen in den Kellern des Schatzamts für Rechnung der Federal Reserve Banken aufgespeichert haben: Von den 4,4 Milliarden Gold, über die die Vereinigten Staaten heute insgesamt verfügen, gehören 3,12 Milliarden dem

Digitized by Google

Zentralbanksystem. Davon dienen (nach dem Ausweis vom 4. Juli) 1,87 Milliarden zur 100prozentigen Deckung der ausgegebenen Banknoten, so daß rund 1¼ Milliarden Dollar Gold als derzeit ungenutzte Reserve für irgend welche künftigen Zwecke, über die man sich in Amerika selbst nicht klar ist, daliegen. Man könnte dieses Gold dazu benutzen, die amerikanische Währung von den Schlacken zu befreien, die ihr anhaften und aus ihr zur Zeit eine „hinkende" Goldwährung machen. Man könnte die noch umlaufenden ca. 340 Millionen Staatsnoten (Greenbacks) und 770 Millionen alten Privatbank-Noten mit einem Schlage in Gold konvertieren und den größten Teil der ca. 500 Millionen Silber-Zertifikate aus dem Verkehr ziehen. Aber abgesehen davon, daß gewichtige Privatinteressen an jenem alten Gelde hängen und eine politische Frage aus der Reform machen, betrachtet man in Washington die Reinigung der Währung als einen übertriebenen Luxus, da man ja ohnehin über die beste Währung der Welt verfüge. Was zweifellos richtig ist, solange England seine currency notes nicht in Gold zurückverwandelt hat.

Streng genommen ist die Thesaurierung von 1¼ Milliarden Dollar Gold ein Verstoß gegen die Prinzipien der Goldwährung. Der Sinn der Goldwährung ist, die Wirtschaft eines Landes autonom über den Umfang seines Geldumlaufs entscheiden zu lassen, mithin Geld, das aus dem Verkehr in das Ausland strömt, ungehindert auswandern zu lassen, und Gold, das in das Land hineinfließt, in Münz- oder Zertifikatform dem Umlauf beizugesellen. Die Bundes-Reserve-Banken hätten also entweder für das ihnen zufließende Gold den gleichen Betrag Banknoten ausgeben, oder das Gold zur Ausprägung an die Münze und von dort in den Verkehr leiten, oder endlich das Gold dem Schatzamt gegen Goldzertifikate zur Verfügung stellen müssen. Das letztere Verfahren haben die Bundes-Reserve-Banken im Jahre 1923 tatsächlich eingeschlagen, da ihnen vor ihrem eigenen Goldschatz bange wurde, und sie ihn nicht mehr vergrößern wollten. Sie übergaben dem Schatzamt nach und nach mehr als 300 Millionen Dollar neu eingeführtes Gold und ließen die Zertifikate in den Verkehr dringen. Sie konnten sich aber nicht entschließen, auch ihre alten Goldbestände in die Notenform und in den Umlauf zu bringen. In seinem letzten Jahresbericht begründet das Bundes-Reserve-Amt diese Zurückhaltung mit der allzu geringen Nachfrage nach Kredit. Die Konjunktur des vorigen Jahres sei von den Banken mit ihren eigenen, durch Importgold vermehrten Mitteln finanziert worden und habe den Reserve-Banken keine Ausleihungen über den Umfang des Jahres 1922 hinaus gestattet. Bei diesem Punkte verweilt das Amt aber mit solcher Beharrlichkeit, daß man stutzig wird und eine freiwillige Restriktionspolitik vermutet, wo das Amt einem Zwange der Verhältnisse die Schuld gibt. Seitdem die Bundes-Reserve-Banken in den Jahren 1919 und 1920 ausgesprochene Inflationspolitik getrieben haben, suchen sie eine Wiederholung dieses Feh-

Digitized by Google

lers um jeden Preis zu vermeiden. Freilich handelte es sich vor 5 Jahren um eine Papierinflation, um die Ausgabe von rund 1 Milliarde Dollar ungedeckter Noten, die zur Folge hatte, daß in 10 Monaten rund 400 Millionen Dollar Gold aus dem Lande flossen; während es sich diesmal um die Ausgabe von Banknoten auf vollgedeckter Basis handelt. Aber das Bundes-Reserve-Amt glaubt, das es auch eine Goldinflation gibt, und will das Land den Gefahren einer solchen nicht aussetzen. Zugleich aber will es sich ausgesprochenermaßen eine Goldreserve für den Zeitpunkt sichern, wo die großen west- und mitteleuropäischen Länder ihre Währungen wieder herstellen und einen Teil der Goldmengen, die sie im Kriege und in den folgenden Jahren hergegeben haben, zurückzuerlangen suchen. Die Reserve von 1¼ Milliarden Dollar soll also — wenigstens nach der Ansicht maßgebender Reserve-Amt-Leute — die Vereinigten Staaten vor den Störungen sichern, die der kommende Kampf um das Gold etwa im Gefolge haben könnte.

Jetzt klopft Deutschland als erster Großstaat an, um einen Bruchteil des Goldes, das es durch geldwirtschaftlichen Schwachsinn eingebüßt hat, wieder an sich zu bringen; oder richtiger: Fremde Sachverständige, die das deutsche Interesse an einer gesunden Währung besser kennen als Deutschland selbst, klopfen, wenn auch aus Motiven, die allem anderen eher als Wohlwollen entspringen, für uns an. Die Frage ist jetzt, ob die Vereinigten Staaten die angeforderten 800 Millionen Mark oder annähernd 200 Millionen Dollars ganz oder zum größten Teil hergeben werden, und in welcher Form. An der Neigung des offiziellen Amerika, sich hervorragend an der Hergabe der Mittel zu beteiligen, die zur Wiederherstellung der deutschen Währung erforderlich sind, ist nicht zu zweifeln. Aber über die Modalitäten der Hergabe sind die Meinungen geteilt. Als einfachste und nächstliegende Form der amerikanischen Beteiligung erscheint es vom deutschem Standpunkt aus, daß das Bundes-Reserve-Amt einen Teil seines Goldbesitzes in natura hergibt und dafür die entsprechenden Titel einer deutschen, irgendwie gesicherten Anleihe übernimmt, deren Zinsen und Tilgungsraten den Goldfonds nach und nach wieder auffüllen. Aber dieses in seiner naiven Einfachheit sehr ansprechende Verfahren ist nicht anwendbar. Abgesehen davon, daß eine derartige Goldhergabe ein staatspolitischer Akt wäre, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten unter allen Umständen vermeiden will, erlaubt das Gesetz es dem Bundes-Reserve-Amt und seinen Distrikt-Banken nicht, Auslandsanleihen zu übernehmen oder auch nur zu beleihen. Selbst ausländische Wechsel, die von den Bundes-Reserve-Banken diskontiert werden dürfen, wenn es im amerikanischen Interesse liegt, müssen zu diesem Zweck von einem heimischen Bankier indossiert werden. Die amerikanische Bankwelt ist also nicht zu umgehen, wenn das aufgeschatzte Gold des Bundes-Reserve-Amts eine Rolle bei der Wiederaufrichtung der deutschen Währung spielen soll.

Digitized by Google

Der amerikanische Bankier stellt sich nun seine Mitwirkung bei der 800 Millionen Mark-Anleihe und bei allen etwaigen späteren Währungsanleihen etwa folgendermaßen vor: Er übernimmt den für Amerika bestimmten Teil der deutschen Anleihe und legt ihn an den Hauptbörsenplätzen zur öffentlichen Zeichnung auf. Inzwischen streckt ihm die Bundes-Reserve-Bank seines Distrikts im Wege des Wechseldiskonts oder Lombards die erforderlichen Mittel vor, die er je nach den Bedingungen der Anleihe entweder zur Entnahme von Gold oder zum Ankauf von Devisen bzw. Prima Dollar-Accepten verwendet. Gold-Devisen und Accepte gehen nach Deutschland und fließen in den Gold- bzw. Golddevisen-Vorrat der neuen Reichsbank. Die Vorschüsse der Bundes-Reserve-Bank werden in dem Maße abgedeckt, wie die deutsche Anleihe Absatz am offenen Markte findet.

Nun ist aber die Wahrscheinlichkeit, daß eine deutsche (oder sonstige europäische) Anleihe einen schnellen Absatz beim amerikanischen Publikum findet, sehr gering, es sei denn, daß sie mit einem Zinsfuß ausgestattet wird, den zu zahlen Deutschland nicht zugemutet werden darf. Die Erfahrungen, die die großen New-Yorker Häuser mit anderen Anleihen gemacht haben, sind wenig ermutigend. Die übrigen Weltmärkte, insbesondere London, klagen darüber, daß die amerikanische Bankwelt den auf sie entfallenden Teil großer Anleihen, die sie in konsortialer Gemeinschaft mit europäischen Häusern gezeichnet haben, so schnell wie möglich nach Europa zurückverkaufen, da die Absatzbedingungen hier immer noch günstiger sind als drüben. Infolge der unerwartet langen Dauer des Krieges und infolge der darauf folgenden Lähmung des halben Europa durch soziale Erschütterungen hat Amerika zwar eine wirtschaftliche Machtstellung errungen, die vor acht Jahren niemand ahnen konnte. Dennoch hat sich bewahrheitet, was im Januar und Februar 1916 in diesen Heften vorausgesagt worden ist: daß die Vereinigten Staaten nicht imstande sein würden, England aus seiner Stellung als Weltbankier zu verdrängen.*) So viel auch von der Weltherrschaft des Dollar und der Stärke des amerikanischen Kapitalmarktes die Rede sein mag, Tatsache ist, daß New York als Finanzierungsstelle des Weltkapitalbedarfs heute bereits weit hinter London zurückbleibt, obwohl dieser Platz durch das mit den Schwankungen seiner Währung für die Schuldner verbundene Risiko schwer gehandicapped ist. Nicht einmal die Eroberung Südamerikas, aus der das Land eine Prestigefrage gemacht hat, ist der Union gelungen, so große Opfer auch die amerikanischen Banken gerade hier gebracht haben. Im ganzen vorigen Jahre haben die Vereinigten Staaten 427 Millionen Dollar fremde Effekten emittiert und eingeführt; wie viel davon wieder ausgeflossen ist, steht dahin. Dagegen verzeichnet die englische Emissionsstatistik allein an Auslands- und Kolonial-Emissio-

*) „Amerika als Weltbankier und das amerikanische Centralbank-System." Insbesondere der zweite Teil, Februarheft 1916.

Digitized by Google

nen (die Einfuhr nicht öffentlich zur Zeichnung aufgelegter Effekten wird in England nicht registriert) 136,2 Millionen Pfund Sterling, also ganz erheblich mehr. Und dabei liegt die Stärke Londons nicht einmal so sehr in der Kapitalvermittlung wie in der Kreditgewährung auf kurze Frist, nicht so sehr am „Kapitalmarkt" wie am „Geldmarkt". Die Gründe für das Versagen Amerikas liegen tief in der Wirtschaftsstruktur des Landes und sind in dem erwähnten Aufsatz von 1916 ausführlich erörtert worden.

Wenn demnach erwartet werden muß, daß der nach Amerika fließende Teil der deutschen 800 Millionen-Anleihe und aller späteren Konsolidierungs-Anleihen nur langsam Eingang beim amerikanischen Sparkapital finden wird, so besagt dies, daß er verhältnismäßig lange in der ersten, übernehmenden Hand bleibt. Das bedeutet aber angesichts des politischen Charakters, den alle diese Anleihen — trotz ihrer Einkleidung in unpolitische Normen — in Wirklichkeit haben, daß das Bundes-Reserve-Amt die Mittel dafür herzugeben haben wird. Wir haben gesehen, daß das Amt auch grundsätzlich dazu bereit ist, ja das Reserve-Gold, über das es verfügt, geradezu zur Verfügung der währungs-reformierenden Staaten hält. Aber da das Gold nicht unmittelbar aus den Stahlkammern des Schatzamts auf die Goldtransportschiffe verladen wird, sondern teils in der stellvertretenden Form der Devise ins Ausland geht, teils den Umweg über die amerikanische Privatbankwelt einschlägt, so führt die Kreditwilligkeit des Bundes-Reserve-Amts zunächst notwendig zu einer Vermehrung des Notenumlaufs der Reserve-Banken. Das Amt gewährt, da es selbst nicht als Gläubiger der europäischen Anleiheschuldner auftreten kann, seinen Kredit der amerikanischen Bankwelt, die mit Hilfe dieses Kredits die Goldmengen abhebt, um sie nach Europa zu verschiffen. Irgendwann muß die Schuld an das Bundes-Reserve-Amt bzw. die Reserve-Banken aber bezahlt werden. Und es ist sicher, daß die amerikanischen Banken als Sachwalter der Wirtschaft alsdann fordern werden, daß der Notenumlauf der Reserve-Banken hinreichend erhöht wird bzw. erhöht bleibt, um der Wirtschaft die Bezahlung einer Schuld zu ermöglichen, die aus mehr oder weniger politischen Gründen zu einem international wichtigen Zwecke aufgenommen wurde. Der einmalige Kredit verwandelt sich auf diese Weise in einen Dauerkredit, die einmal ausgegebenen Banknoten bleiben im Umlauf, und die Gesamt-Notenemission steigt in dem Maße, wie das Bundes-Reserve-Amt sich zur Hergabe von Gold bereit erklärt. Eine widerspruchsvolle Erscheinung: Vermehrter Notenumlauf bei sinkendem Goldbestand! Tatsächlich ist das aber die natürliche Folge des Umstandes, daß die amerikanische Wirtschaft dem Zentralbank-System sein Gold abkaufen muß und hierzu nur gegen Zusicherung eines entsprechenden Kredits bereit sein wird. Schiebt das Bundes-Reserve-Amt dieser Entwicklung keinen Riegel vor, so steht es eines Tages vor der — auch geldtheoretisch interessanten — Tatsache, daß der Abfluß des aufge-

Digitized by Google

schatzten Goldes die Ausweise der Reserve-Banken doppelt belastet, einmal als Reserve-Minderung und ein zweites Mal als Noten-Zunahme.

Londoner City-Kreise rechnen mit einem solchen inflationistischen Vorgang in Amerika bereits als mit einer feststehenden Tatsache. Man ist in England in weiten Kreisen durchaus davon überzeugt, daß das amerikanische Reserve-Gold — sei es auf die oben angedeutete, sei es auf eine andre Weise — zum Ausgangspunkt einer neuen Inflation, und zwar einer papiernen Inflation werden wird. Und diese Anschauung hat keineswegs nur eine akademische Tragweite, sondern beginnt bereits einen deutlich erkennbaren Einfluß auf die Richtlinien der englischen Währungspolitik zu gewinnen. Selbst streng goldorthodoxe Männer der Wissenschaft und der Hochfinanz, die mit Eifer für die Rückkehr Englands zum alten Goldstandard eintreten, sind der Ansicht, daß die Entwicklung der Dinge in Amerika für die englische Goldwährung arbeite, und daß man nichts anderes zu tun brauche, als ruhig abzuwarten. Die kommende amerikanische Geldvermehrung werde den Wert des Dollar, der heute zugleich bestimmend für den Wert des Goldes sei, hinreichend herabdrücken, um das etwa zehnprozentige Disagio des englischen Pfundes verschwinden zu lassen, ohne daß es zu diesem Zwecke einer deflationistischen Maßnahme in England bedürfe.

Wenn diese Auffassung richtig ist, so würde sich lediglich wiederholen, was sich in der Währungsgeschichte bereits mehrfach abgespielt hat, am ausgeprägtesten in Amerika in den 1860 er Jahren nach dem Bürgerkriege. Damals hat das Sinken des Goldwerts — eine Folge der reichen kalifornischen Ausbeuten — bewirkt, daß die Währung der Vereinigten Staaten allmählich wieder in die Parität mit dem Golde einrückte, obwohl die im Bürgerkriege vorgenommene Geldvermehrung nur zum allerkleinsten Teil wieder rückgängig gemacht wurde. Wie damals das Gold dem Dollar, so würden — wenn jene Auffassung zutrifft — diesmal Dollar und Gold gemeinsam dem Pfund entgegensinken.

Es ist aber fraglich, ob sich die Vorgänge tatsächlich so abspielen werden. Zwar hat das Gold heute einen gewissen Seltenheitswert, weil die Vereinigten Staaten einen Teil des Weltvorrats eingesperrt haben, und eine plötzliche Freigabe dieses Teils würde den Goldwert und damit zugleich den Dollarwert sinken lassen. Aber eine solche plötzliche Freigabe ist nicht zu erwarten; das Gold wird aller Voraussicht nach nicht auf den freien Markt gelangen, um sich hier zu ermäßigten Preisen anzubieten, sondern nur von Fall zu Fall und im Ausmaße des auftretenden Bedarfs — wie voraussichtlich demnächst im deutschen Falle — hergegeben werden. Ebenso wenig ist anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten eine so törichte Währungspolitik treiben werden, daß das Gold gegen ihren Willen in Massen aus dem Lande fließt und sich auf dem Weltmarkt anbietet. Freilich, eine gewisse Inflation

Digitized by Google

dürfte schon aus den hier skizzierten Gründen demnächst zu erwarten sein; dann würde der Goldzufluß nach Amerika stocken und durch Goldausfuhren abgelöst werden. Aber schon relativ kleine Goldverluste dürften die Vereinigten Staaten, die vor fünf Jahren einen einprägsamen Anschauungsunterricht genossen und aus ihm gelernt haben, zur Besinnung bringen. Sollte das indes wider Erwarten nicht der Fall sein, sondern so viel Gold aus Amerika abströmen, daß neben den Greenbacks, national-bank-notes und Silberzertifikaten auch die Bundes-Reserve-Noten nicht mehr oder nur teilweise goldgedeckt wären, so hätte das wohl eine Wertminderung des Dollar, aber noch nicht ohne weiteres eine solche des Goldes zur Folge. Um nicht den Rest ihres Goldes einzubüßen, würden die Vereinigten Staaten die Einlösbarkeit der Bundes-Reserve-Noten suspendieren und damit die Ankerkette zwischen Dollar und Gold lösen. Das Schicksal des Goldes aber würde dann ganz von der Aufnahmewilligkeit der mit ihrer Währungsreform beschäftigten Länder und von der Kaufkraft des Geldes abhängen, das sie für das Gold hingeben, und mit dem sie das Gold verschmelzen würden. Es sind bereits Stimmen laut geworden, die statt des in England erhofften Preissturzes des Goldes im Gegenteil eine Preissteigerung erwarten, weil sie die Nachfrage der vielen zum Golde zurückkehrenden Länder höher einschätzen als das Angebot, das Amerika dieser Nachfrage entgegenzusetzen hat; zu schweigen von dem unberechenbaren Goldbedarf Ostasiens, der unter Umständen eine wertvolle Stütze des Goldpreises werden kann.

Doch wie auch das Schicksal des Goldes sich gestalten mag: Wenn die Entscheidung nicht bald fällt, so kommt sie für England zu spät. Kehrt Deutschland jetzt zu einer Währung zurück, die nicht nur dem Namen nach eine Goldwährung ist, so kann England nicht ohne schweren Schaden bei seiner unbefestigten Währung bleiben. Es muß dann wohl oder übel zum Golde zurück, wenn nicht auf dem ehrenvollen, aber schmerzhaften Wege der Deflation, so auf dem milden, aber unrühmlichen Wege der Denomination.

Alfred Lansburgh.

Der Juni 1924.

In der internationalen **Politik** hat der Juni eine Klärung insofern gebracht, als das neugebildete französische Kabinett unter Herriot sich rasch mit der englischen Regierung in Verbindung setzte und mit ihr für Mitte Juli eine Konferenz in London vereinbarte, in der die Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes im einzelnen beraten werden soll. Es ergaben sich aber dennoch ziemlich schnell wieder erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die bis in den Juli hinein noch nicht beseitigt waren. Der neue Präsident Frankreichs ist Doumergue; seine Wahl stellt die erste Niederlage des sogenannten Linksblocks dar. — In Deutschland

Digitized by Google

mißlang die Bildung eines neuen Kabinetts, und so blieb das alte zunächst am Ruder. Auch in Bayern gelang die Kabinettsbildung erst im Juli; der Führer der größten bayerischen Partei, der Bayerischen Volkspartei, Dr. Held, mußte sich entschließen, die Regierungsbildung selbst zu übernehmen. — Die „Micum"-Verträge sind Ende Juni unter etwas erleichterten Bedingungen kurzfristig erneuert worden. Einen Teil der Lasten übernimmt das Reich. — Die Verhältnisse in Italien haben sich infolge eines politischen Mordes an dem sozialistischen Professor Matteotti, den man fascistischen Kreisen zuschreibt, scharf zugespitzt. Die Umbildung des Kabinetts, die Ende Juni erfolgte, aber Mussolini mit seiner Fascisten-Mehrheit am Ruder ließ, wirkte nur wenig beruhigend. — Die Genfer Verhandlungen des Völkerbundes über Oesterreich sind für das Land nicht sehr günstig verlaufen, woran zum Teil wohl die erzwungene Abwesenheit Seipels schuld sein mag; es ist nur ein kleiner Teil der Wünsche erfüllt worden, die das Land geäußert hatte. Der Antrag auf Aufhebung der Völkerbund-Kontrolle wurde abgelehnt, das Budget stark beschnitten. — In Südafrika brachten die Wahlen den Nationalisten einen vollen Erfolg, so daß Smuts zugunsten von Herzog zurücktreten mußte. — In den Vereinigten Staaten ist das Einwanderungsgesetz in der Nacht zum 1. Juli in Kraft getreten. — Mexiko befindet sich im Konfliktszustande mit England, weil es dessen Gesandten wegen angeblicher politischer Umtriebe brüskiert hat.

Staatsfinanziell sei erwähnt, daß der deutsche Reichshaushalt für 1924 in seiner vorläufigen Form auf beiden Seiten (ohne Reparationen!) mit nicht weniger als 6 Milliarden abschließt. Es sollen aus Steuern etwa 4,1 Milliarden einkommen, aus Zöllen und Verbrauchssteuern 1,1 Md. Dem Beamten-Abbau ist bisher ein Viertel der im Oktober 1923 tätigen Beamten zum Opfer gefallen. — England hat eine weitere Rate seiner Dollarschuld an Amerika bezahlt (Zins und Tilgung ca. 69 Mill. Pfund). — Italien kündigt an, daß es die demnächst fällig werdenden 5 proz. Schatzscheine durch eine 4¾ proz. fünfundzwanzigjährige Anleihe ersetzen und so mit einer Verminderung der schwebenden Schuld beginnen wolle. — Das neue japanische Kabinett will von den vorgesehenen 473 Millionen Yen-Anleihe zunächst nur etwa 300 Mill. auflegen. — Ein Abkommen Deutschlands mit China, das gegen Anfang Juni zum Abschluß kam, sieht die Wiederaufnahme des Zinsendienstes auch für die nach Deutschland begebenen Anleihe-Teile vor; die Reste sollen jedoch nur ganz allmählich ausgekehrt werden. — Die mexikanischen Zinszahlungen nach dem vor etwa einem Jahre geschlossenen Abkommen sind bereits wieder ins Stocken geraten. — Die ungarische Völkerbunds-Anleihe wurde im Juni endgültig auf 50 Millionen Dollar festgesetzt, ist aber erst im Juli zur Ausgabe gekommen. — Die Tschechoslowakische Anleihe soll in Lon-

Digitized by Google

don stark überzeichnet worden sein. — Schweden hat ein nachfüllbares Darlehen von 25 Millionen Dollar für Währungszwecke in Newyork aufgenommen. — Eine Konvertierungs-Anleihe von 10 Millionen Pfund, die Neu-Süd-Wales in London aufgenommen hat, ist nur zu etwa 15 Prozent untergebracht worden.

Für die **Weltwirtschaft** von Wichtigkeit ist die Abstimmung, die im englischen Unterhaus Mitte Juni die noch vom alten Kabinett beantragten Reichs-Vorzugs-Zölle ablehnte. — Der vorgeschlagene Handelsvertrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland ist vor dem Schluß der Kongreß-Session nicht mehr erledigt worden und bleibt somit bis nach den November-Wahlen in der Schwebe. — Die Zahlen für den englischen Außenhandel im 1. Halbjahr 1924 zeigen zwar in der Einfuhr beträchtliche Erhöhungen gegen das letzte Jahr, in der Ausfuhr aber nur recht bescheidene. Dagegen hat sich die Durchfuhr etwas weiter gehoben. Der Vergleich mit dem Vorjahr leidet allerdings darunter, daß gerade in den Vergleichsmonaten 1923 die Kohlenausfuhr infolge der Vorgänge an der Ruhr besonders groß war. Die Textil-Industrie hat Steigerungen der Ausfuhr zu verzeichnen. Im einzelnen betrugen (in Millionen Pfund):

	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	1033,40	571,69	478,18	538,78	598,42
Ausfuhr	637,41	368 47	351,76	382,78	378,46
Durchfuhr	135,89	49,69	55,67	63,86	74,13

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage in Frankreich nach der Stützung des Franc macht sich auch im Außenhandel deutlich bemerkbar. Die Ziffern für die einzelnen Monate des Halbjahrs zeigen fast durchweg Rückgänge, doch ist per Saldo die Ausfuhr noch immer größer als die Einfuhr. Ziffern folgen im nächsten Heft.

Auch in den Vereinigten Staaten wirken sich die verschlechterten Verhältnisse im Außenhandel aus, obgleich die Ausfuhrziffern noch verhältnismäßig günstig aussehen. Hier schlagen vor allem die Rohstoff-Ausfuhren zu Buch. Im einzelnen betrugen) in Millionen Dollar):

	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24
Einfuhr . . .	8019	6550	3771	3966	3557
Ausfuhr . . .	5238	3654	2608	3789	4311

Die Zahlen über den deutschen Außenhandel weisen auch im Mai einen Einfuhr-Ueberschuß aus, der über den vormonatlichen sogar noch etwas hinausgeht. Die Einfuhr wird mit 870,2, die Ausfuhr mit 516,2 Millionen Mark bewertet; besonders stark hat die Einfuhr von Fertigwaren zugenommen.

In der **Weltschiffahrt** brachte der Juni Rückgänge der Frachtsätze in den meisten Richtungen und selbst die verhältnismäßig lange gut behaupteten La Plata-Getreide-Frachten gaben stärker nach. Jetzt hat sich auch eine französische Groß-Rhederei, die Chargeurs Réunis in Le Havre, den Brasil- und La Plata-Fracht-

Digitized by Google

-konferenzen angeschlossen. Zwischen Deutschland und den Niederlanden sind Verhandlungen über die Seehafen-Ausnahmetarife zunächst ergebnislos verlaufen.

Am **Weltarbeitsmarkt** herrschte im Juni verhältnismäßig Ruhe, wie das in den Anfangsstadien von Depressionen meist der Fall ist. Ein wilder Verkehrsstreik in England (Untergrundbahn, zur Ausstellung in Wembley) brach schnell zusammen, war auch bedeutungslos. — In Deutschland konnte die Lohnbewegung der Eisenbahner schließlich durch Vereinbarungen beigelegt werden. Sonstige wichtigere Lohnstreitigkeiten wurden nicht bekannt, wohl aber bereitete sich in mehreren Industrien eine weitgehende Stillegung der Betriebe vor. — Ueber den Mai berichtet das „Reichsarbeitsblatt", daß sich die bisherige Besserung abgeschwächt und vereinzelt die Lage ausgesprochen verschlechtert habe; das Bild sei durchaus uneinheitlich. Statistisch nimmt sich die Lage noch ziemlich günstig aus. Die Beschäftigtenziffer bei den Krankenkassen hat um 3 Prozent zugenommen. Die Zahl der Voll-Arbeitslosen bei den Fachverbänden sank von 10,4 auf 8,6 Prozent, dagegen stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 5,8 auf 8,2 Prozent, und die Erwerbslosenziffer im unbesetzten Deutschland hat von 242 000 auf 311 000 zugenommen. Bei den Arbeitsnachweisen wurden 1,4 (1,9) Millionen Nachfragen gezählt, dagegen 0,58 (0,69) Millionen Stellenangebote. Auf je 100 offene Stellen entfielen 189 (321) arbeitsuchende Männer und 143 (144) Frauen. Von je 100 Arbeitsuchenden konnten 34 (31) untergebracht werden.

Wesentlich deutlicher als in den letzten beiden Monaten hat sich die Verschlechterung der Lage in den **Konkurs**ziffern von Juni ausgeprägt; sie zeigen schon beinahe vorkriegsmäßige Größe, obwohl die Geschäftsaufsicht noch immer außerordentlich häufig an die Stelle des Konkurses tritt. Die Geschäftsaufsicht hat eine völlige Neuordnung erfahren. Sie wird nicht mehr so prüfungslos verhängt wie früher. Trotzdem hat sich bereits in den wenigen bisher verflossenen Wochen gezeigt, daß selbst die unter erschwerenden Bedingungen verhängte Aufsicht oft auf Antrag der Gläubiger aufgehoben werden muß, weil sie ihren Zweck nicht erfüllt. Die noch sehr unvollständigen Veröffentlichungen des Reichsanzeigers gaben am Monatsende 1242 schwebende Aufsichten an. An Konkursen wurden eröffnet:

im April	1922	108	Konk.	1923	45	Konk.	1924	135 Konk.
„ Mai	1922	91	„	1923	30	„	1924	304 „
„ Juni	1922	88	„	1923	35	„	1924	595 „
im 2. Quartal	1922	287	Konk.	1923	110	Konk.	1924	1034 Konk
im 1. Quartal	1922	389	„	1923	70	„	1924	132 „
im 1. Halbjahr	1922	676	Konk.	1923	180	Konk.	1924	1166 Konk

dazu 1242 Geschäftsaufsichten

Von bedeutsamen Zahlungsstockungen im Inland seien die der Jagdfeld A.-G. und der Stahlberg A.-G. genannt. Im Ausland wurde u. a. die Bankfirma W. D. Adler in Kopenhagen in-

Digitized by Google

solvent, ebenso die Wiener Lombard- & Escompte-Bank. Weit gravierender noch ist die Stellung der Allgemeinen Depositenbank in Wien unter Geschäftsaufsicht; sie erfolgte, nachdem vorher die Großbanken des Platzes eine Stützungs-Aktion unternommen hatten, von der sie aber zurücktraten, als sich nachträglich größere vorher nicht erkannte Verpflichtungen des Instituts herausstellten.

Der deutsche **Kohlenmarkt** vermochte sich im Juni von den Streikfolgen noch nicht zu erholen. Es ist aber kennzeichnend für den übrigen Verbrauchsstand der Industrie, daß am letzten Tage des Monats die Ruhrkohle A.-G. (Kohlen-Syndikat) eine etwa 20prozentige Preisermäßigung vornahm. Man sprach sogar bereits wieder von Feierschichten, obgleich noch keineswegs alle Gruben voll arbeiten. Im Mai betrug die deutsche Steinkohlenförderung 2 621 407 Tonnen, die Braunkohlenförderung 10 789 321 Tonnen, die Kokserzeugung 915 952 Tonnen. In Oberschlesien hat sich die Lage des Kohlenmarktes ebenfalls nicht gebessert, wenn auch dort die Preise noch nicht offiziell heruntergesetzt wurden. Dagegen geschah dies Mitte des Monats mit den Notierungen für mitteldeutsche Braunkohle, wie beiläufig bemerkt auch die französische Gruben-Verwaltung im Saargebiet ihre Sätze um etwa 4 Prozent erniedrigt hat. An den westeuropäischen Kohlenmärkten hat sich zum Teil, namentlich wie in Belgien, die Lage weiter verschlechtert. Die englischen vermochten sich eine Kleinigkeit zu beleben. Für einzelne Sorten sind hier bescheidene Preiserhöhungen zu verzeichnen.

In der westlichen Eisen-Industrie Deutschlands vermochten die Hütten Anfang des Monats ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah selbstverständlich nur allmählich, trotzdem genügte das Wachsen des Angebots zusammen mit der Geldknappheit, um die Preise weiter zu drücken. Man sprach gelegentlich von Stabeisenpreisen von 125 Mark, während im Vormonat immerhin noch etwas über 130 Mark gefordert worden waren. Der schlesische Eisenmarkt machte eine ausgesprochene Krisis durch. Es haben starke Betriebsstillegungen stattgefunden. Verhältnismäßig rege gefragt waren Walzwerkerzeugnisse seitens des Auslands, dem man preislich entgegenkam, aber die innerdeutschen Preise gingen — mindestens im Juni — noch nicht auf den Weltmarktstand. Der Roheisenverband hat die Preise für Luxemburger Sorten leicht erhöht, für inländische Sorten unverändert gelassen. Die Schrottpreise haben weiter nachgegeben; einige 100 000 Tonnen Erz sind wiederum in Kanada — auf Kredit — abgeschlossen worden. — Die englischen Märkte neigten weiter zur Schwäche, wobei allerdings darauf hingewiesen wird, daß der Sommer gewöhnlich sehr ruhig ist. Die Preise sind z. T. weiter abgebröckelt. — Auch die übrigen westeuropäischen Märkte standen unter dem Einfluß der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage, und die Preise neigten eher abwärts. Etwas

Digitized by Google

lebhafter war es zeitweise nur am luxemburgischen Markt. — Die Abschwächung im amerikanischen Eisengewerbe hat sich während des Juni ziemlich scharf weiter ausgeprägt, und die Produktion sank noch etwas unter 40 Prozent der Kapazität; dann schien eine leichte Belebung einzutreten, die aber nicht lange vorhielt.

Die Verschlechterung des Geschäftsganges in der **Kali**-Industrie hat sich auch im Juni fortgesetzt. Es wird jetzt auch über stark sinkende Auslandspreise geklagt. Die schwebenden Verhandlungen mit amerikanischen Geldgebern über die Bevorschussung allmählich abzunehmender größerer Kalimengen waren bis Ende des Monats noch nicht abgeschlossen.

Obgleich wir ziemlich weit im **Ernte**jahr sind, waren die Erträge auf der nördlichen Halbkugel Ende Juni noch nicht recht zu übersehen. Gewiß schien nur eine starke Verringerung der kanadischen und eine mäßige der nordamerikanischen Ernte; in der Union hat sich übrigens auch der Mais bemerkenswert ungünstig entwickelt. Ueber die europäischen Länder schwanken die Angaben; die vorjährigen Erträge dürften aber wohl nirgends voll erreicht werden. Der voraussichtliche Rückgang der Versorgung wirkte doch allmählich auf den Weltmarkt ein, zumal die amerikanischen Landwirte und Händler größere Zurückhaltung zeigten. Dagegen hielt die Schwäche des deutschen Marktes zunächst noch an; die Gründe dafür sind in früheren Heften bereits genannt worden. Mit dieser abnormen Lage des deutschen Marktes hing es auch zusammen, daß der Schutzzoll-Gedanke wieder lebendig wurde, und daß die Vertreter der Landwirte im Vorstand der Berliner Getreidebörse der Wiederaufnahme des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts im neuen Erntejahr zustimmten. Die notwendigen Beschlüsse des Bundesrats standen übrigens um die Monatswende noch aus.

An den Welt**zucker**märkten haben sich die Preise im Zusammenhang mit der starken Erwärmung und mit dem dadurch vergrößerten Bedarf etwas gehoben. Zum Teil sprachen auch Erwägungen mit, daß die Entwicklung der europäischen Rübenzucker-Ernten nicht sehr günstig begonnen habe; hier hat aber das warme Sommerwetter bereits viel gebessert. — Der Kaffeemarkt ist wieder in guter Verfassung; die Brasilianer haben ihn fest in der Hand und diktieren die Preise. — Kakao und Tee bröckelten weiter ab.

Die **Metall**märkte lagen während des Monats recht uneinheitlich. Der Wettbewerb der amerikanischen Großerzeuger drückte auf die Kupferpreise, während sich beim Zinn unter Schwankungen eine weitere Erholung durchzusetzen vermochte. Auch Blei lag bei stärkeren Schwankungen fest, obgleich gegen Ende des Monats die Erwartung stärkerer mexikanischer Lieferungen den Markt beeinflußte. — Der Silbermarkt wurde nach

Digitized by Google

Schluß der amerikanischen Kongreß-Session schwächer, weil das vorgeschlagene Gesetz nicht erledigt worden war.

Die Entwicklung der amerikanischen **Baumwoll-Pflanze ist** im Juni erheblich günstiger gewesen als erwartet. **Da sich der** Absatz nicht besserte, blieb die Haltung des Marktes schwach. Auch in Aegypten erwartet man eine große, in Indien eine ziemlich günstige Ernte. — An den Wollmärkten haben sich die Abschwächungen weiter fortgesetzt, bei den Versteigerungen werden aber regelmäßig größere Posten zurückgezogen, weil die Verkäufer sich mit diesen Rückgängen nicht abfinden wollen. — Eine Erholung des Seidenmarktes ist auch im Juni nicht eingetreten; neuerdings erscheint hier die ungünstige amerikanische Wirtschaftslage mit einzuwirken. — Etwas gestiegen sind die Hanf- und die Jute-Preise. — Der Gummi-Markt hat sich im Juni nicht zu erholen vermocht; vielfach wird jetzt auf eine Aufhebung des Abkommens über die Zapf-Einschränkungen gedrängt, weil die holländischen Pflanzer sich nicht angeschlossen haben.

In Deutschland war die Preisbewegung meist abwärts gerichtet, doch kamen die Rückgänge auf vielen Gebieten, besonders bei den Fertig-Erzeugnissen, allmählich wieder zum Stehen. Die Index-Ziffern weisen weitere Rückgänge auf. Die Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 112,6 Prozent (118,4), der Lebenshaltungs-Index das 1,11 (1,13) billionenfache. — Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichziffern:

	30. 6. 23	30. 5. 24	11. 6. 24	20. 6. 24	30. 6. 24		
Weizen (Chicago) .	114 1/4	111 1/2	112 1/2	116 5/8	118	cts.	f. bush.
Weizen (Berlin) .	—	156 1/2	149	142 1/2	140 1/2	M.	ton
Baumwolle (N Y.)	28.55	32.65	29.25	29 65	30.20	cts.	„ Pfd.engl
Zucker (N. Y.) . .	7 03	5 02	5.02	5.28	5.40	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	11 1/2	14 9/16	14 3/8	14 7/8	15 1/8	„	„ „
Schmalz (Chicago) .	10.67 1/2	10.17 1/2	10 32 1/2	10.67 1/2	10.87 1/2	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1 15/8	0.10 1/2	1.10 5/8	0.10 3/8	0.10 1/4	sh	„ Pfd.engl.
Gold (London) . .	89 11	95.4	95 9	95.2	95.5	„	„ Unze fein
Gold (Berlin) . .	—	2.79	2.78 1/2	2.79 1/4	2.79	M.	„ Gramm
Silber (London). .	31 1/4	34 5/8	34 7/8	34 13 16	34 1/4	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	65 5/8	66 1/2	66 3/4	67 1/8	65 3/4	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin) . .	—	89 1/2	89 1/2	89 1/4	88 1/2	M.	„ kg
Kupfer (London) .	64 7/8	61 1/2	61 1/4	61	61 3/4	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2] .	---	1 05	1.03 1/2	1.02 1/2	1.02	M.	„ kg
Zinn (London) . .	182 3/4	211	216 1/2	220 1/4	216 1/4	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin)[3] . .	—	4 10	3.95	4.05	4.15	M.	„ kg
Zink (London) . .	28 3/8	31 1/8	31 5/8	31 1/2	32 3/16	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4] . .	—	0.54 1/2	55 1/2	0.54 1/2	0.54 1/2	M.	„ kg
Blei (London) . .	24 3/8	30 3/8	32 1/8	32 1/4	33 3/8	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin) . . .	—	0 54	0.57 1/2	0.55 1/2	0.56	M.	„ kg

[1]) first crêpe [2]) raff [3]) Banka [4]) frei

An den **Weltbörsen** verlief der Juni nicht einheitlich, in New-York überwiegend recht fest bei allerdings zunächst stark eingeschränktem Geschäft. Die 3½proz. Kriegsanleihe streifte den Pari-Kurs, Bahnenwerte waren fast durchweg fester, und das gleiche gilt von den meisten führenden Industrie-Werten, vor allem von American Can und General Electric. Schwächer lagen vereinzelte

Digitized by Google

Stahlwerke wie Bethlehem, vor allem aber Petroleum-Aktien. — In London war eine laufende, wenn auch nicht besonders große Nachfrage nach guten festverzinslichen Anlagewerten zu verzeichnen, und 5proz. Kriegsanleihe stieg um etwa ½ Prozent auf 101¼ Prozent. Bei den übrigen festverzinslichen Werten gingen Teile der Steigerungen im Zusammenhang mit der Versteifung des Geldmarktes wieder verloren. Industriewerte lagen ruhig und ziemlich fest, abgesehen von Petroleumwerten, vor allem Kgl. Holländischen. Goldminenwerte waren sehr ruhig, nur Eastrand stiegen um rund 50 Prozent. — Die Pariser Börse war völlig geschäftslos, jedoch überwogen die Kurserhöhungen. Die Veränderungen waren im allgemeinen klein. — Die Börsen von Budapest und Wien hatten zunächst neue scharfe Kursrückgänge zu verzeichnen. Gegen Ende des Monats trat jedoch in Wien vom Valutamarkt ausgehend eine scharfe Befestigung ein.

Das Geschäft an der **Berliner Börse** blieb klein, und die Kurse bröckelten zunächst, zeitweilig sogar ziemlich scharf ab, so daß Mitte des Monats die Banken der Stempelvereinigung ihre Bereitschaft zu Interventionen bekanntgaben. Das genügte zunächst, um dem Markt eine gewisse Widerstandsfähigkeit zu verleihen. Ungewöhnlich lebhaftes Geschäft und starke Kurstreibereien entwickelten sich in der zweiten Monatshälfte in verschiedenen Reichsanleihen, namentlich in der 5proz. Kriegsanleihe, für die gewisse Aufwertungshoffnungen (vergl. Umschau im Juliheft) stimulierten. Zeitweilig hatten auch wertbeständige Anleihen und vor allem Reichsbank-Anteile einen besseren Markt.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Juni	Anfang	Mitte	Ende	Juni	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	68,5	70	300	Dt.-Luxemburg	45,5	39,5	43,5
4% „	405	368	575	Bln. Karlr. Ind.	78⅜	66⅝	67⅞
3½% „	199	198	455	Elberf. Farben	11,9	10	9,9
3% „	750	650	1050	Harpener	55	51	52 9
Darmst. u. Natbk.	7⅜	6.25	7⅞	Hirsch Kupfer	18,75	16,75	18.25
Deutsche Bank	7,9	7,3	8,5	Höchster	10,5	9⅜	9,5
Disc.-Komm.	8,6	8	8,75	Hohenlohe	21,75	16.75	16,25
Dresdner Bank	4.75	4 5	5	Laura	6⅛	4⅞	4 6
Hambg.-Amerika	22,5	21⅛	20,9	Mannesmann	27⅝	24,2	26,5
Hamburg-Süd	30,25	30,5	30	Oberbedarf	12,75	9,25	9,9
Hansa	9	8,8	8,25	Oberschl. Eisen	13	9⅝	8,75
Norddtsch. Lloyd	4⅝	4,3	4⅜	Orenst. & Koppel	10,75	9,75	12,5
Schantung	0,6	⅝	0,725	Phönix	26	21⅝	24⅞
Bergmann	11,2	10,3	11,6	Rheinstahl	22,25	19,25	20,6
Bochumer Guß	48,5	41,5	43	Rombacher	12,7	9,5	9,9
Daimler	2,2	2,4	2,1	Schuckert	32,5	26	28
Deutsche Kali	32,75	30	26	A. E. G.	7,8	6,8	6,7

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am **Londoner Geldmarkt** herrschte im Juni, abgesehen von der letzten Woche mit ihrem Semestral-Bedarf, eine Geldflüssigkeit, die den Gedanken an eine Diskontermäßigung der Bank von England aufkommen ließ, zumal Newyork mit dieser Maßregel vorangegangen war. Die Bank ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß sie aus Valutagründen eine Zinsversteifung lieber sehe als eine Ver-

Digitized by Google

billigung. Aber weder die Uebertragung von etwa 69 Mill. Dollar nach Amerika (auf die Kriegsschuld), noch die starke Inanspruchnahme des Markts seitens Anleihe-bedürftiger Länder übten einen erkennbaren Einfluß auf den Zins aus. Ende Juni mußte allerdings die Bank von England für Ultimo-Zwecke stark — angeblich mit 30 Mill. £ — in Anspruch genommen werden. Doch handelte es sich hierbei nur um kurze Darlehen, deren Erlös bis zum Verwendungstage als tägliches Geld im Markte belassen wurde und hier die Sätze bis auf 1 Proz. (nach 1½ bis 2 Prozent) herunterdrückte. Wochengeld notierte 2½ bis 3, in der letzten Juniwoche 3¼ bis 3½ Prozent, und die Regierung mußte für neu ausgegebene Schatzwechsel, deren sie in jeder Woche 35 Mill. £ anbot, $2^{15}/_{16}$ bis annähernd 3¼ Prozent bewilligen. Der Privatdiskont notierte:

2. Juni	8. Juni	13. Juni	20. Juni	25. Juni	30. Juni	höchst	niedrigst
$3^1/_{32}$	3	$2^{15}/_{16}$	$2^7/_8$	$3^1/_{16}$	$3^1/_8$	$3^1/_8$	$2^7/_8$

In den Ausweisen der Bank von England spiegeln sich Anfang des Monats die starken Auszahlungen des Staatsschatzes in einem Rückgang der Regierungs-Depositen, späterhin der stärkere Bedarf des Markts in einem Ansteigen der „anderen Sicherheiten" und einer Abnahme der Privatdepositen. Daraus, daß die Bank den Ansprüchen durch starken Schatzwechsel-Verkauf nachkam, ohne den Notenumlauf im geringsten zu erhöhen, ist zu schließen, daß sie, um das Verlangen nach einer Diskontermäßigung zum Schweigen zu bringen, den Markt gewaltsam verknappen wollte, was ihr dann aber erst im Juli gelungen ist. Allerdings hat der Umlauf an currency notes nicht unerheblich — um 4,3 auf 290,3 Mill. £ — zugenommen.

Trotz eines starken staatlichen Dollar-Bedarfs und eines ebenfalls erheblichen privaten Bedarfs für holländische und schweizerische Devisen hat der Londoner Wechselkurs sich im Juni gut behauptet. Ende des Monats notierten: Kabel Newyork 4,32½ Dollar, Amsterdam 11,51 Fl., Schweiz 24,35 Frcs., Bombay 1 s 5 d, Yokohama 1 s 11½ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten (im Mill. £):

1922			1923			1924		
1.	6.— 8. 7.	643	31.	5.— 6. 6.	797	29.	5.— 5. 6.	812
9.	6.—15. 6.	668	7.	6.—14. 6.	626	6.	6.—12. 6.	614
16.	6.—23. 6.	697	15.	6.—21. 6.	713	13.	6.—29. 6.	787
24.	6.—29. 6	710	22.	6.—28 6.	617	20.	6.—26. 6.	719
1.	6.—29. 6.	2 718	31.	5.—28. 6.	2 753	29.	5.—26. 6.	2 932
30.	12.—31. 5.	16 879	29.	12.—30. 5.	16 253	1.	1.—29. 5.	16 580
30.	12.—29. 6.	19 597	29.	12.—28 6	19 006	1.	1.—26. 6.	19 512

Bei der Bank von Frankreich lassen die Ausweise im Juni eine kleine Besserung erkennen, obwohl der Staat wieder 300 Millionen Francs in Anspruch genommen und damit das gesetzliche Maximum von 23 000 Millionen erreicht hat. Die Bank dämmt sichtlich die privaten Ansprüche zurück und hat ihren Notenumlauf so etwas verringern können. — Der französische Wechselkurs geht nach erheblichen Schwankungen leicht gebessert aus dem Juni

Digitized by Google

hervor. Morgan hat der französischen Regierung 25 Millionen Yen, die Frankreich an Japan zurückzuzahlen hatte, in Dollar zur Verfügung gestellt. Der Franc notierte Ende des Monats in London 81,90 Francs je £, in New York 5,27 Dollar je 100 Francs.

Am New Yorker Geldmarkt hat im Juni ein ganz ungewöhnliches Angebot unbeschäftigten Geldes die Sätze weiter herabgedrückt, tägliches Geld auf 2 Proz., Handelswechsel auf 3¼, Bankakzepte sogar auf ca. 2¾ Prozent. Die Bundes-Reserve-Bank New York hat infolgedessen ihren Diskontsatz neuerdings herabgesetzt (am 12. Juni auf 3½ Proz.), und eine Reihe anderer Reserve-Banken ist ihr gefolgt; Chicago hat den Satz von 4½ auf 4 Prozent ermäßigt. — Der amerikanische Wechselkurs hat sich infolge stärkerer Geldabflüsse nach dem Ausland leicht verschlechtert, insbesondere gegenüber Japan, wohl im Zusammenhang mit der vorstehend erwähnten Transaktion mit der französischen Regierung. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Millionen Dollar):

	7. 6.	14. 6.	21. 6.	28. 6.
Vorschüsse	4 802.45	4 893.90	4 986.59	5 049.98
Barvorrat, eigener	47.34	47.92	45.36	47.03
„ b. d. Bund.-Res.-Bk.	558.15	605.30	606.14	606.44
„ b. anderen Banken	13 72	43.10	33.38	27.85
Barvorrat, zusammen	*619 21*	*696 32*	*684.78*	*681.32*
Kurzfristige Depositen . . .	4 060.57	4 198.68	4 276.99	4 320.00
Langfristige Depositen . . .	483.31	482.57	495.47	504.15
Depositen, zusammen	*4 543 88*	*4 681.25*	*4 772.46*	*4 824.15*
Notenumlauf	18.96	17.58	20.27	21.20
Surplusreserve	32.45	32.29	32.35	32.23

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken sind, mit Ausnahme des österreichischen, der von 9 auf 12 Prozent erhöht wurde, unverändert geblieben; sie lauten:

Dt. Rchsbk. wertbstd.	bis 30. 6.	10%	Bk. v. Norw. . . .	bis 30. 6.	7%
Bk. v. Engl. . . .	„ 30. „	4	Niedld. Bk.	„ 30. „	5
Bank von Frankreich	„ 30. „	6	Nationb. v. Dänemark	„ 30. „	7
Oesterr. Natbk. b. 3. 6. 9	b. 30. 6.	12	Rumän. Nationalbank	„ 30. „	6
Ung. stl. N.-Inst. . .	„ 30. „	18[1]	Nationalb. v. Bulgarien	„ 30. „	6
Banca d'Italia . . .	„ 30. „	5½	Bank v. Finnl. . . .	„ 30. „	9
Bank von Spanien .	„ 30. „	5	Tschecho. Bkmt. . .	„ 30. „	6
Bk. v. Portugal . . .	„ 30. „	9	Belgische Nationalbk.	„ 30. „	5½
Schwz. Natbk. . . .	„ 30. „	4	Poln. Darl. K. . . .	„ 30. „	96[2]
Schwd. Rbk. . . .	„ 30. „	5½	Griech. Nat. Bk. . .	„ 30. „	7½
Russland	„ 30. „	10	Jugoslavien	„ 30. „	7
			Danzig	„ 30. „	12

[1]) wertbeständige Kredite 10% [2]) wertbeständ. Kredite 12%.

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Trillionen Mark):									
7. 6.	441.9 Mill.		—	1962.8	117.6[9])	517 9	327.6	954.2	—[8])
14. „	448.0 „		—	1954.0	110 3[9])	636.3	365.3	923.5	—[8])
23. „	462.2 „		—	1867.9	100.9[9])	724.9	346.7	891.3	—[8])
30. „	462.2 „		—	1897.9	108 7[9])	493.0	280.9	1097.3	—[8])

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
5. 6.	128.2	—		125.0[4])		10.8	127.8	126.6	—
12. „	128.2	—		128.9[4])		10.7	122 3	126.1	—
19. „	128.2	—		119.9[4])		11.3	113.3	125.5	—
26. „	128.2	—		128.7[4])		19.6	112.7	126.5	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
6. 6.	5542.9[3])	299.4	570.2	5000.2	30315.9	13 1	2028.7	39965.8	33553.3
13. „	5543.0[3])	299 5	570.2	3771.8	30448.5	15.4	1920.2	39896.7	33484.0
20. „	5543.0[3])	299.6	570.1	3713.4	30404.0	18 3	2002 9	39742 8	33130.1
27. „	5543.1[3])	299.7	571.0	3706.2	30335.0	13.4	2137.2	39664.6	33250.8
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 6.	3 280 241.7[5])		—	2708768.2	1462.7	682263.7		7390109.8	4109868.1
15. „	3 191 471.0[5])		—	2709049.2	1359.8	766411.8		7218023.7	4026552.7
23. „	3 200 500.1[5])		—	2771392.8	1793.6	1030739.5		7008712.2	3808212.1
30. „	3 226 101.1[5])		—	3080901.3	1568.3	741399.5		7774957.8	4548856.7
Ungarisches staatl. Noteninstitut (Millionen ungar. Kronen):									
7. 6.	24.8		—	1431288.6	15533.6	423859.8		2449993.4	2449968.6
15. „	24.7		—	1429481.1	13435.9	423710.9		2469817.6	2469792.9
23. „	16.1		—	1455490.7	30316.4	1274205.6		2520113.7	2520097.6
Ungarische Nationalbank:									
30. 6.	938037.4		—	1192516.8	17566.0	755340.8	380469.5	2893718.9	1955681.5
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 6.	1046.0		678.2	1330.3	754 4	1069.6		7882.2	6158.0
15. „	1046.7		679.3	1335.5	733.4	1199.3		7708.4	5982.4
23. „	1047.5		662.5	1338.5	740.8	1329.5		7533.6	5828.6
30. „	1047.9		658.4	1405.3	763.6	1093.4		8081.4	6375.1
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 5.	885.1	85.3	492.3	11419.4		1797 2		12480.9	11018.2
20. „	885.3	85.3	492.0	11168.6		1888.9		12203.8	10941.2
31. „	885.4	85.4	491.9	12553.6		2089 8		12413.6	11150.9
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
7. 6.	42.9	0.5	498.8	963.7	4.3	114.9	21.7	1351.3	809.1
14. „	42.9	0.5	469.1	967.8	4.3	94.8	50 0	1317.1	804.6
21. „	42.9	0.5	401.0	971.0	4.4	93.6	2.7	1297.6	853 2
30. „	42.9	0.5	367.4	994.9	4.4	71.4	—	1305.1	894.3
Niederländische Bank (Millionen Gulden):									
2. 6.	531.4	9.6	92.1	156.1	157.0	—	39.2	992.6	359.5
10. „	531.4	9.6	93.7	158 5	139.9	11.7	27 5	974.2	339.5
16. „	531.4	9.9	93.1	156.0	140.2	—	49.9	960.1	325.7
23. „	531.5	10.3	95.1	137.9	142.3	4.8	42.0	946.1	310.3
30. „	531.5	10.3	94.0	144.6	159.9	—	47.3	983.0	347.2
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 6.	518.9	100.5	15.5	248.0	67.6	99.0		848.0	634.9
14. „	518.6	100.6	27.7	210.0	65.7	102.9		823.7	176.8
23. „	513.5	100.5	37.1	195.4	63.8	96.7		814.7	163.6
30. „	518.3	99.2	14.1	241.7	77.6	63.0		823.3	196.7

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
7. 6.	247.4	—	23.2		495.5		247.3	509.1	238.5
14. „	247.3	—	23.9		480.8		244.6	501.7	230.5
21. „	247.2	—	28.4		476 7		228.3	511.7	236.1
28. „	247.3	—	29.4		475.4		217.1	529.5	252.8
30. „	247.3	—	34.8		491.6		223.8	557.5	275.4
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
7. 6.	2533.6	658.6[6])	26.8	875.9	1379.7[7])	417.6	10.4	4376.9	1157.9
14. „	2533.8	659.3[6])	27.5	826.5	1369.8[7])	408.7	10.0	4365.6	1145.0
21. „	2533.9	660.0[6])	31.4	851.1	1369.9[7])	424.6	9.9	4346 0	1120.7
28. „	2534.2	663.1[6])	34.5	828.6	1360.9[7])	359.1	10.0	4342.6	1110.8
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 6.	147.3		19.3		443.6		122.5	376.1	209 5
16. „	147.3		19.2		444 2		123 3	376.9	210.4
23. „	147.3		18.0		435.2		112.0	379 7	214.6
30. „	147.3		17.8		446.2		107.3	395.3	230.2
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
30. 6.	209.5	17.6	3.4	240.0	59.3		78.1	477.4	246.9
Polnische Emissionsbank (Millionen Zloty).									
10. 5.	72.3		223.4	130.3	4 3		112.8	256 9	—
20. „	72.3		245.8	139.7	4.9		128.1	268.5	—
31. „	71.7		214.2	126.5	1.8		109.3	244 9	—
10. 6.	72.3		223.4	130.3	4 3		112.8	256.9	—
20. „	82.8		224.4	136.2	5.2		127.8	267.1	—
30. „	83.4		256.9	138.8	5.8		109.9	334.4	—
Russische Staatsbank, Notenabteilung (in Tscherwonetz).									
1. 5.	8784.1	110.6	9096.4	10471.5	7152.3	—	—	35200.0	17208.9
16. 5.	8784.1	110.6	9096.4	10497.0	7152.0	—	—	35700.0	17708.9
1. 6.	8841.2	110.6	9875.4	12188.3	6094 0	—	—	36700.0	17872.8
Nationalbank von Rumänien (Mill. Lei)									
17. 5.	6017.2	4.3	—	5930.1	717 4		6178.9	17656.9	11635,4
24. „	6017.2	4.2	—	5923.0	713.7		6134.6	17672 8	11651.4
31. „	6017.2	4.1	—	6013.3	736.9		6156.1	17752.7	11731.4
7. 6.	6017.2	4.1	—	6012.4	729.9		6198.7	17740.4	11719.1
14. „	6017.2	4.4	—	6077.7	741.1		6216 2	17826.4	11804.8
21. „	6017.2	4 4	—	6026.6	797.8		6231.8	17798.6	11777 0
Nationalbank von Bulgarien (Mill. Lewa)									
30. 4.	56.7		540.3	165 8	175.4		1544.6	5177.7	4580.7
31. 5.	56.8		498.2	172 4	151.6		1196.0	5054.0	4499 0
Nationalbank von Griechenland (Mill. Drachmen).									
15. 5.	32.5		1327.4	249.9	102.0		1884.7	6435.6	5075.7
31. 5.	32.7		1343.2	256.5	101.8		1716.8	6053.2	4677.3

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Ohne Berücksichtigung der Darlehnskassenscheinbestände und des Notenkontingents. — [9]) Einschließl. lombardierter Wechsel.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich im Juni eine auffallende Veränderung in der Lagerung der Gelder vollzogen. Kredit stand zwar auch in diesem Monat nur ersten Geldnehmern oder gegen doppelte bis dreifache Effektendeckung zur Verfügung. Zu diesen Bedingungen wurde aber Geld auf kurze Frist so reichlich angeboten, daß Tagesgeld auf $^3/_8$ Prozent je Tag und Monatsgeld auf 1½ bis 1¾ Prozent je Monat zurückging. Die Seehandlung, die noch Anfang des Monats Geld zwar nehmen, aber nur zu erschwerten Bedingungen geben wollte, wechselte ihre Stellung zum Markt vollständig und weigerte sich, für tägliches Geld mehr als 5 Proz. pro anno (!) zu gewähren. Diese Flüssigkeit kontrastiert nur scheinbar mit der anhaltenden, ja noch verschärften Kreditnot der Industrie und des Handels. Sie ist vielmehr deren folgerichtige Ergänzung, da die Gelder, die sich aus Furcht vor Risiko und Immobilisierung dem langfristigen Kredit entziehen, kurzfristig Unterkunft am Geldmarkt suchen und sie hier immer schwerer finden.

Am Berliner Devisenmarkt hat die technisch herbeigeführte Stabilität der Mark auch im Juni Bestand gehabt. Die Passivität der Handelsbilanz, die eine natürliche Folge des Mißverhältnisses zwischen der Binnen- und der Außen-Kaufkraft der Mark ist, gewinnt keinen Einfluß auf die Devisenkurse, da die Einfuhr andauernd aus Auslandskrediten bestritten wird. Der Reichsbank fließt aus der Tätigkeit der Golddiskontbank fortgesetzt Interventionsmaterial zu, das sie aber nur selten zu opfern braucht, da die ohnehin kleine Devisennachfrage sich nicht an den Markt, sondern an die genannte Bank wendet.

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	2. Juni	10. Juni	16. Juni	20. Juni	25. Juni	30. Juni
Amsterdam Guld.	157,5	157	157,75	157,50	157,50	158
Kopenhagen (Kr.)	70,75	70.75	71	71	71	68,60
Stockholm(Kronen)	111,50	111	111	111,25	111	111,40
Christiania (Kron.)	57,25	56.75	56,6	56,8	56,6	56,40
Helsingfors (F.-M.)	10,5	10,5	10,5	10,49	10,5	10,48
Schweiz (Francs)	73,9	73,75	74	74,25	74,19	74,35
Madrid (Pesetas)	57	56,25	56,5	56,3	56,35	56,30
Italien (Lire)	18,15	18,5	18,15	18,15	18,15	18.15
London (Pfund)	18,4	18,1	18,15	18,25	18,15	18,17
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4.2	4 2	4,2
Paris (Francs)	20,55	21	23,4	22,725	22,05	22,25
Brüssel (Francs)	17,95	18,25	20,1	19,7	19,2	19,40
Wien (1 Kr.)	5,9	5,9	5,9	5,91	5,92	5,93
Prag (Kronen)	12,3	12,2	12,3	12,4	12,42	12,38
BuenosAires(Pesos)	1,36	1,35	1,35	1,36	1,35	1,35
Rio de Janeiro (Milr.)	0,42	0,48	0,45	0,45	0,45	0,45
Japan (Yen)	1,67	1,67	1,69	1,70	1,72	1,77
Bulgarien (Lewa)	3,0	3,0	3,0	3,025	3,02	3,06
Jugoslavien(Dinar)	5,1	5,0	5,0	5	4,85	4,825
Budapest (Kronen)	4,6	4,6	4,6	4,6	5,2	5,1
Lissabon (Eskudo)	12,0	12,0	11,75	11,75	11,65	11,5
Danzig (D. Gulden)	72,5	72,4	72,6	73	72,6	72,7

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Digitized by Google

Bei der **Deutschen Reichsbank** ist im Juni die Restriktionspolitik wieder in schärfstem Maße fortgesetzt worden. Die kleine Zunahme des Notenumlaufs, die zu konstatieren ist, hat ihren Ursprung in der konsequenten Ansammlung von Devisen, die als eine vorsorgliche Reservebildung für die Zwecke der kommenden Goldnotenbank anzusehen ist. Zum Teil sind die Devisen bereits in Gold umgewandelt worden, so daß der Goldbestand der Bank eine nicht unerhebliche Zunahme erfahren hat (um mehr als 20 Millionen M.). Die eigentlichen Kredite der Bank sind im Juni trotz des Semestral-Bedarfs der Wirtschaft weiter zurückgegangen.

Der Ausweis der Rentenbank zeigt Ende Juni keine Veränderung gegenüber dem Mai-Ausweis, während die Golddiskontbank ihren Bestand an angekauften Devisen auf 6,78 Millionen £ gesteigert und ferner rund 4 Millionen £ Rediskontkredit in Anspruch genommen hat (siehe Kleine Chronik).

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Juni folgende Ziffern (in Mill. M., außer 1924):

	1919	1920	1921	1922	1923	1924*)
April	9 874	51 018	75 255	175 977	8 177 378	1 058 451 242
						ferner: 1 906 449 100 Rentenmark
Mai	11 712	50 816	66 453	179 370	12 345 002	1 154 905 005
						ferner: 1 793 318 500 Rentenmark
Juni	11 682	57 276	68 764	191 413	28 475 345	687 641 800
						ferner: 1 416 675 500 Rentenmark

*) in Billionen Mark

Zulassungen an den deutschen Börsen im Juni 1924.

I. Börse zu Berlin.

M. 50	Millionen	Waggonfabrik Busch, jg. Vorzugsaktien.
G.-M. 10	„	8% Goldpfandbriefe des Berliner Pfandbriefamts.
G.-M. 10	„	10% Goldpfandbriefe des Berliner Pfandbriefamts.
M. 10	„	Neckarsulmer Fahrzeugwerke, jg. Akt.
„ 16	„	Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther, jg. Akt.
„ 20	„	Optische Anstalt C. P. Görz, jg. Akt.
200 000	gr. Feingold	5% Rentenbriefe d. Deutschen Wohnstättenbank.
250 000	Zentner	5% Rentenbriefe A III d. Getreiderentenbank f. Landwirtschaft, Berlin.
M. 44	Millionen	Gebr. Großmann A.-G. Brombach, jg. Akt.
G.-M. 2	„	8% Goldanl. d. Freistaates Mecklenburg.
M. 40	„	Deutsche Eisenbahnsignalwerke, jg. Akt.
„ 8	„	Schlegel-Scharpenseel-Brauerei, jg. Akt.
		10% Roggenpfandbriefe d. Pommerschen Landschaft.
Kr. 3	Milliarden	Wiener Bankverein, jg. Akt.
20 000	Zentner	5% Roggenanl. d. Stadt Landsberg a. d. W.
108 505	Zentner	5% Rentenbriefe d. Danziger Roggenrentenbank.
		10% Goldpfandbriefe d. Landschaft d. Provinz Sachsen.

II. Börse zu Breslau.
Keine Zulassung.

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

M. 45	Millionen	Houbenwerke, Akt.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 60	Millionen	Elektrizitäts-A.-G. Lahmeyer u. Co., jg. Akt.

Digitized by Google

Kr.	3 Milliarden	Wiener Bankverein, jg. Akt.
M.	12 Millionen	G. Wohlmuth u. Co., jg. Akt.
„	150 „	Ver. Jutespinnereien Hamburg, Akt.
„	8 „	Maschinenbau-A.-G. Beck u. Henkel, jg. Akt.
„	42 „	Aug. Wegelin A.-G., jg. Akt.
„	12 „	Hess. u. Herkules-Bierbrauerei, jg. Akt.
„	65 „	5% Obl. d. Badenwerk v. 1922, II. Anl., II. Teil.

VI. Börse zu Hannover.
Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.
Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg.
10% Landschaftl. Central-Roggenpfandbrief.
8—10% Ostpreußische landschaftl. Goldpfandbriefe.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

M.	49,3 Millionen	Bohrisch Brauerei-Conrad Brennerei, jg. Akt.
G.-M.	2 „	6% Goldpfandbriefe d. Preuß. Zentralstadtschaft.
„	1 „	8% Goldpfandbriefe d. Preuß. Zentralstadtschaft.

XI. Börse zu München.

G.-M.	100 000	5% verl. Goldhypothekenpfandbriefe d. Bayr. Handelsbank, Reihe III.
„	1,9 Millionen	5% verl. Goldhypothekenpfandbriefe d. Bayr. Handelsbank, Reihe IV.
„	410 000	5% verl. Goldhypothekenpfandbriefe d. Bayr. Handelsbank, Reihe V.

XII. Börse zu Augsburg.

M.	4,5 Millionen	Ver. Gaswerke Augsburg, jg. Akt.

XIII. Börse zu Dresden.

M.	29,2 Millionen	König Friedrich-August-Mühlenwerke, jg. Akt.
„	40 „	Hillewerke, jg. Akt.
„	19 „	Dux-Automobil-Werke, jg. Akt.
„	120 „	Deutsche Werkstätten-A.-G., jg. Akt.
„	54,5 „	Oberlausitzer Zuckerfabrik, jg. Akt.
„	8,375 „	Neue Deutsch-Böhmische Elbeschiffahrts-A.-G., jg. Akt.
„	10 „	Clemens Müller A.-G., jg. Akt.
„	5 „	Gebler-Werke, jg. Akt.
„	22 498 800	Stettiner Bergschloßbrauerei, jg. Akt.
„	49 Millionen	Wanderer-Werke, jg. Akt.
„	3 „	Valencienne A.-G., jg. Akt.
„	12 „	Nürnberger Herkules-Werke, jg. Akt.
„	48 „	Societätsbrauerei Waldschlößchen, jg. Akt.
G.-M.	5 580 000	5% Pfandbriefe d. Sächs. Bodencreditanstalt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M.	110 Millionen	Sächs. Maschinenfabrik Hartmann, jg. Akt.
„	39 940 000	Wotan-Werke, jg. Akt.
„	50 Millionen	Waggon- u. Maschinenfabrik Busch, jg. Akt.
800 kg		10% Pfandbriefe d. Erbländischen Creditvereins Sachsen, Reihe I b.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.

Digitized by Google

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 40	Millionen	Neckarsulmer Fahrzeugwerke, jg. Akt.
„ 10	„	Ver. Freiburger Ziegelwerke, jg. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

U. S. A. Dollar 5	Mill.	5% Dollaranl. d. Stadt Bremen von 1923-24.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 15	Millionen	Bavaria u. St. Pauli-Brauerei, jg. Akt.
„ 300	„	Allg. Elektrizitäts-Ges., jg. Akt.
„ 480	„	Allg. Deutsche Creditanstalt, Akt.

XX. Börse zu Danzig.

1 500 Ztr.	Rentenbriefe d. Danziger Roggenrentenbank, Reihe A, Buchst. B.
10 000 Ztr.	Rentenbriefe d. Danziger Roggenrentenbank, Reihe A, Buchst. C.
25 000 Ztr.	Rentenbriefe d. Danziger Roggenrentenbank, Reihe A, Buchst. D.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister hat im Juni ca. 21½ Millionen Goldmark abgenommen. Es wurden eingetragen:

78 Aktiengesellschaften mit . . .	15 752 000 605 156 700 000	M. Kapital
441 Gesellschaften m. b. H. mit . .	5 826 533 009 210 970 000	„ „
zusammen	21 578 533 614 367 670 000	M. Kapital

gegen 26 339 002 000 M. Kapital im Juni 1923
„ 1 306 325 000 „ „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** haben dagegen ganz erheblich, auf fast 29 Millionen Goldmark, zugenommen, wovon freilich 28 Millionen allein auf die neuen Aktien der Reichskredit-A. G. entfallen. Die Ziffern lauten:

44 Aktiengesellschaften mit . . .	28 729 000 001 422 615 000	M. Kapital
31 Gesellschaften m. b. H. mit . .	245 700 000 177 691 000	„ „
zusammen	28 974 700 001 600 306 000	M. Kapital

gegen 22 333 350 000 M. Kapital im Juni 1923
„ 3 294 771 000 „ „ „ „ 1922

Im ganzen ersten Halbjahr 1924 vergleichen sich die Gründungen und Kapitalserhöhungen wie folgt mit den entsprechenden Ziffern des Vorjahres:

Gründungen:

Im April 1923 . . .	14 849 710 000	M.	1924 . . 20 639 793 198 324 744 000	M.
„ Mai 1923 . . .	15 154 156 000	„	1924 . . 25 102 549 661 161 381 000	„
„ Juni 1923 . . .	26 339 002 000	„	1924 . . 21 578 533 614 367 670 000	„
Im II. Quartal 1923	56 342 868 000	M.	1924 . 67 320 876 473 953 795 000	M.
„ I. „ 1923	22 671 068 000	„	1924 . . 51 869 718 038 014 801 000	„
Im I. Halbjahr 1923	79 013 936 000	M.	1924 . 119 190 594 511 868 596 000	M.

Kapitalserhöhungen:

Im April 1923 . . .	21 106 500 000	M.	1924 . . 1 028 928 553 660 118 000	M.
„ Mai 1923 . . .	21 564 287 000	„	1924 . . 970 593 573 261 631 000	„
„ Juni 1923 . . .	22 333 350 000	„	1924 . . 28 974 700 001 600 306 000	„
Im II. Quartal 1923	65 004 137 000	M.	1924 . . 30 974 222 128 522 055 000	M.
„ I. „ 1923	44 730 244 000	„	1924 . . 1 046 228 057 721 629 000	„
Im I. Halbjahr 1923	109 734 381 000	M.	1924 . . 32 020 450 186 243 684 000	M.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Juni 1924.

(Vom 1. bis 30. Juni im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Juni 1923		Juni 1924		Juni 1923		Juni 1924		Juni 1923		Juni 1924		Juni 1923		Juni 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.
Landwirtschaft	10	1 152	3	450 000	32	254	7	66 000	8	402	1	26	8	42	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	12	696	2	130 000	27	218	14	205 200	18	634	—	—	9	119	1	—
Steine und Erden . . .	14	1 192	4	—	51	136	11	386 000	22	159	1	16	13	19	2	500
Metalle und Maschinen .	61	1 477	19	2882000	198	484	54	643 000	106	2 545	6	74	28	224	3	12 000
Elektrotechn. Erzeugnisse	15	164	2	210 000	62	136	20	118 800	14	665	2	74	8	13	—	—
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	3	186	3	4350000	2	1	5	115 000	23	1 660	—	—	4	2	1	—
Fette, Oele usw. . . .	12	495	—	—	16	55	12	190 000	6	168	—	—	4	6	2	49 800
Chem. Indust., Heiz- u. Leuchtst.	24	595	3	300 000	43	115	24	207 400	35	1 003	3	215000000092	21	108	1	—
Textilgewerbe	46	1 765	6	2210000	74	342	28	324 000	22	505	1	20	10	181	—	—
Papiergewerbe	9	83	1	—	23	84	5	25 000	9	779	1	3	3	19	—	—
Ledergewerbe	8	88	—	—	34	162	10	48 003	14	203	2	14000000006	2	1	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	27	690	2	5 000	87	565	12	219 100	17	338	—	—	4	9	1	5 000
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	55	2 189	3	3225000	146	485	49	764 080	57	1 758	4	304	31	273	5	5 200
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	12	251	2	105 000	39	97	10	140 500	5	47	—	—	1	30	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	—	—	2	100 000	9	54	5	330 000	5	85	—	—	2	2	—	—
Graphische Gewerbe . .	4	67	—	—	35	161	16	176 150	15	192	1	6	7	9	2	2 000
Baugew. u. Terrain-Ges.	30	529	4	350 000	89	350	30	240 200	30	299	3	20	30	85	1	5 000
Banken u. Versich.-Ges. .	66	6 383	7	660 000	26	111	7	195 100	55	4 070	3	2800000000049	3	37	1	18 000
Bahnen u. Transport-Ges.	12	381	2	75 000	27	83	10	86 700	6	355	3	800000001145	5	49	1	—
Handel (ausser Banken) .	25	777	2	200 000	176	463	16	235 000	61	2 723	1	20	134	527	5	117 200
Syndik., Verkaufsvereine	—	—	—	—	4	205	4	20 200	2	45	—	—	4	121	—	—
Sonstige Gesellschaften .	68	2 002	11	500 000	235	611	92	1071100	114	1 693	12	2000000000567	51	118	5	31 000
	513	21 166	78	15 752 000	435	5 172	441	5826533	642	20 338	44	2272000.001422	382	1 994	31	245 700

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Juni 1924: 21 578 533 614 367 670 000 M., 1923: 26 339 002 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 28 974 700 001 600 306 000 „ 1923: 22 333 350 000 „
Gesamtanspruch im Juni 1924: 50 553 233 615 967 976 000 M., 1923: 48 672 352 000 M.

Digitized by Google

An Genossenschaftsgründungen haben im Juni laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
54	22	0	5	21	161
Dagegen im Juni 1923:					
13	8	0	2	7	115
Dagegen im Juni 1922:					
30	19	0	4	12	220

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juni 1924: 75 Genossenschaften m. unb. H. und 188 Genossenschaften m. b. H.
„ 1923: 20 „ „ „ „ „ „ 125 „ „ „ „
„ 1922: 42 „ „ „ „ „ „ 243 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juni zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

In Allendorf (Werra)	10	in Dresden	19	in Königsberg Pr.	12
„ Ansbach	14	„ Duisburg	14	„ Leipzig	11
„ Bamberg	22	„ Düsseldorf	21	„ Ludwigshafen	10
„ Barmen	14	„ Einbeck	10	„ Magdeburg	15
„ Bayreuth	12	„ Essen (Ruhr)	14	„ Melsungen	10
„ Berlin	136	„ Frankfurt a. M.	19	„ München	48
„ Beuthen O.-S.	13	„ Hagen (Westf.)	14	„ Oberstein	14
„ Bremen	11	„ Hamburg	44	„ Remscheid	11
„ Breslau	25	„ Hannover	14	„ Stuttgart (Stadt)	18
„ Cassel	11	„ Heidelberg	12	„ Wiesbaden	15
„ Chemnitz	28	„ Herne	13	„ Zittau	16
„ Dortmund	12	„ Karlsruhe	17	„ Zwönitz	11

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juni 1924

1293 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften,

im ersten Halbjahr 1924

12469 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Deutsche Golddiskontbank. Der englische und amerikanische Rediskont-Kredit ist im Juni erstmalig mit 3,99 Mill. £ in Anspruch genommen worden. Der letztere wurde von 5 auf 25 Millionen Doll. erhöht.

Münzprägung. Bis Ende Juni sind ausgeprägt worden: M. 31,73 Mill. M. silberne 1 Markstücke und M. 75,59 Mill. Mark silberne 3 Markstücke. Ferner: 1 Million Mark Einpfennigmünzen, 2,02 Mill. M. Zweipfennigmünzen, 7,62 Mill. Mark Fünfpfennig-, 15,01 Mill. Mark Zehnpfennig-, 85,77 Mill. Mark Fünfzigpfennigmünzen.

Aktienwesen. Für die Bescheinigungen, die zur Ausgabe von Zwanzig-Mark-Aktien — statt der gesetzlich vorgesehenen Normalaktien von 100 Mark — berechtigen, hat die Berliner Handelskammer Richtlinien ausgearbeitet. Danach wird die Bescheinigung ohne weiteres erteilt, wenn sich aus den Unterlagen ergibt, daß der Wert einer Aktie weniger als 10 Billionen Prozent beträgt.

Börsenintervention. Die Berliner Großbanken haben beschlossen, Geldbeträge zur Aufnahme besonders dringend angebotener und dadurch übermäßig entwerteter Effekten bereitzustellen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im Juni 1924.

Reichsbank. Der Bruttogewinn für 1923 beläuft sich auf 63,8 Millionen Bill.-M.; davon rühren 44,1 Mill. Bill.-M. aus dem Diskontgeschäft her. Der Reingewinn beträgt 13 Mill Bill.-M. Die Gewinnverteilung — vorgeschlagen ist 1 Prozent in Rentenmark nach Abführung von 5,4 Mill. Bill.-M. Gewinnbeteiligung und 4 Mill. Bill.-M. Entschädigung für fortgefallene Notensteuer an das Reich — erfolgt nach Genehmigung durch den Reichstag. Eine Zusammenlegung der bestehenden 180 Mill. M. Reichsbankanteile ist derart geplant, daß nom. 2000 M. Anteile des alten Instituts in nom. G.-M. 1000 Anteile der neuen Bank umgewandelt werden, deren Kapital auf 400 Mill. G. M. bemessen werden soll. Das günstige Umtauschverhältnis steigert den Kurs der Reichsbank-Anteile im Juni von ca. 16 auf ca. 38 Prozent, da man mit einer Relation 3:1 gerechnet hatte. In den Zentralausschuß werden neu berufen: Graf Eberhard von Kalkreuth (Bund der Landwirte), Direktor Oskar Wassermann (Deutsche Bank), Geh.-Rat Schwarz (Preuß. Centralbodenkreditanstalt) und Senator Böhmers, Bremen. Direktorium und Ausschuß wenden sich gegen „unverständige" Kreditwünsche der Wirtschaft und gegen das Institut der Geschäftsaufsicht in seiner bisherigen Form. Die Bank erhebt ab 1. Juni Gebühren auf Abhebungen vom Girokonto. Erklärt zu der sprunghaften Steigerung der Kriegsanleihe, daß die ihr nahestehende Reichsanleihe A. G. keine Käufe in diesen Werten getätigt habe (vgl. „Umschau" im vorigen Heft). Ermäßigt die Effekten-Provisionen sowie die Gebühren für die Aufbewahrung von verschlossenen Depots. Die Zahl der Wechselproteste nimmt in außerordentlichem Maße zu. In Washington schwebt ein Prozeß gegen den Verwalter für das feindliche Eigentum, für dessen Ausgang entscheidend ist, ob gewisse beschlagnahmte Goldguthaben der Reichsbank als Reichseigentum anzusehen sind, oder nicht. Der Bank wird vorgeworfen, daß sie die von ihr garantierten Dollarschatzanweisungen zu unbillig niedrigen Kursen aufkaufe.

Deutsche Golddiskontbank. Der amerikanische Diskontkredit wird von 5 auf 25 Mill, Dollar erhöht. Die International Acceptance Bank und 33 andere Banken werden deutsche Dollarwechsel indossieren bezw. diskontieren. Siehe auch „Kleine Chronik".

Deutsche Rentenbank. Dementiert Gerüchte, daß sie weitere 100 Millionen Rentenmark ausgeben wolle, stellt aber der Landwirtschaft einen Meliorationskredit von 30 Millionen Rentenmark zur Verfügung. Das Institut erklärt, daß der Juli-Kupon der Rentenbriefe ab 1. 7. mit je G.-M. 12,50 für jeden Rentenbrief von 500 Rentenmark eingelöst wird. Der Umlauf an Rentenbriefen beschränkt sich am 31. 5. auf wenige 196 000 (30. 4.: 233 500) Rentenmark. Die Bank soll in ein Realkreditinstitut umgewandelt werden.

Preußische Staatsbank (Seehandlung), Berlin. Präsident Schröder tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Werke, Berlin, ein. Die Bank übernimmt große Posten Rentenmarkschatzwechsel des Reichs. Berechnet ab 1. Juni Provisionen auf Ein- und Auszahlungen.

Deutsche Bank. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien und Genußscheine der Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken (mit der Berl. Handels-Ges. und der Mitteldeutschen Creditbank) und der jungen Aktien des Wiener Bankverein (mit der Dresdner Bank) zur Berliner Börse. Direktor Blinzig feiert das Jubiläum seiner 25 jährigen Tätigkeit bei dem Institut. Der Börsendirektor Paul Mankiewitz ist gestorben. Direktor Oskar Wassermann wird in den Zentralausschuß der Reichsbank berufen. In den Aufsichtsrat der Deutschen Bank tritt Direktor Geh. Rat Fischer von der Württbg. Vereinsbank ein. Siehe Niederlausitzer Bank.

Dresdner Bank. Erhöht ihre ungefähr 50 prozentige Beteiligung an der Danziger Kreditanstalt auf 85% des Kapitals von 100 Mill. Mark und versucht durch Angebot von je 1000 M. eigenen gegen 4000 M. Danziger Kreditaktien die Erwerbung des Restes. Die Direktoren der Kreditanstalt Dr. Meyer und Hoehl treten in die Leitung der Dresdner Bank in Danzig ein. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Filzfabrik Fulda zur Frankfurter und (mit der Norddeutschen Bank) des Aktienkapitals der Deutschen Erdöl A. G. zur Hamburger Börse.

Digitized by Google

Direktor Herbert M. Gutmann scheidet (wie Dir. Kleemann) aus dem Aufsichtsrat der Theodor Teichgräber A. G. aus. Direktor Geh. Rat Dr. Walter Frisch tritt in den Aufsichtsrat der Speicherei- und Speditions-A. G. Riesa-Dresden ein.

Disconto-Gesellschaft. Löst die am 1. 7. 24 fälligen Obligationen und Zinsscheine der 5% Argentinischen inneren Goldanleihe von 1887, der 4% Argentinischen äußeren Goldanl. von 1888—89 und der 5% äußeren Argentinischen Eisenbahn-Anleihe von 1890 ein. Das amerikanische Bundesgericht entscheidet in Sachen eines Protestes Stahltrust-Certifikate, die im Kriege in England beschlagnahmt wurden, gegen die Bank und die Darmstädter Bank, weil die Aktien in den Büchern des Stahltrusts auf englische Namen eingetragen sind. Direktor Alfred Federer, Stuttgart, tritt in den Aufsichtsrat der Kammgarnspinnerei Bietigheim ein. Die Bank beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Müller Speisefettfabriken und des Riebe-Werk (neu mit Commerz- u. Privatbank) zur Berliner Börse. Geschäftsinhaber Urbig scheidet aus dem Barmer Bankverein aus, dessen Vertreter auch sein Aufsichtsrat-Mandat bei der D. G. niederlegt.

Commerz- und Privatbank. Veräußert die in ihrem Besitz befindliche Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt, Greiz, an die Industrie- und Privatbank und hebt ihre Zweigniederlassung in Roda auf. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Schrauben- und Mutternfabrik S. Riehm u. Söhne und der Aktien des Riebe-Werk (neu mit der Disconto-Ges.) zur Berliner Börse. Direktor Dr. Otto Fischer wird in den Aufsichtsrat des Verein Chemischer Fabriken in Zeitz berufen. Siehe Preußische Hypothekenaktienbank.

Darmstädter- und Nationalbank. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Dippe Maschinenfabrik zur Berliner Börse. Geschäftsinhaber Bodenheimer tritt in den Aufsichtsrat der Byk Guldenwerke ein. Wegen des in Amerika schwebenden Prozesses bezügl. eines Postens Stahltrust-Certifikate siehe Disconto-Geellschaft.

Mitteldeutsche Creditbank. Die Gen.-Versig. genehmigt den Abschluß und wählt Direktor Albert Charlier, Köln-Deutz, in den Aufsichtsrat. Die Bank beantragt die Zulassung der jungen Aktien und Genußscheine der Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken (mit Berl. Handels-Ges. und Deutsche Bank) zur Berliner Börse.

Berliner Handels-Gesellschaft. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien und Genußscheine der Oberschles. Kokswerke u. Chemischen Fabriken (mit der Deutschen Bank und der Mitteldeutschen Creditbank) zur Berliner Börse. Geschäftsinhaber Dr. Otto Jeidels tritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen und der Ludwig Löwe u. Co. A. G. ein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Der Bruttogewinn für 1923 beträgt 6 444 707 Bill. Mark (i. V. 3470 Mill.), der Reingewinn 2 756 524 Bill. M. (1449 Mill. M.); eine Dividende (200%) wird nicht verteilt. Siehe Anhalt-Dessauische Landesbank und Braunschweigische Bank. Direktor Dr. Schön tritt in den Aufsichtsrat der Sächsischen Bank und der Ver. Deutschen Textilwerke A. G. ein, Direktor Weissel in den der Kammgarnspinnerei Stöhr, Komm. Rat Petersen in den der Porzellanfabrik Schönwald. Die Bank führt die Kapitalserhöhung bei der Holzstoff- und Holzpappenfabrik zu Schlema und ist beteiligt bei dem Angebot von Vorzugsaktien an die Stammaktionäre der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann u. Co.

Allgemeine Handelsbank, Altenburg. Direktor Ossip Bernstein wird in den Aufsichtsrat der Deutschen Mercurbank, Berlin, gewählt. Das Institut erwirbt die Aktienmehrheit der Bremer Privatbank vorm. Georg C. Mecke u. Co.

Anhalt-Dessauische Landesbank. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß (siehe Juliheft) und wählt Dr. Cramer (Dessauer Zuckerraffinerie) in den Aufsichtsrat. Die Bank schließt ihre Filiale in Falkenberg.

Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken. Siehe Frankfurter Hypothekenbank, Rheinische Hypothekenbank, Pfälzische Hypothekenbank und Württemberg. Hypothekenbank.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Stadtrat Dr. Krüger wird in den Aufsichtsrat der Sächsischen Bank gewählt.

Digitized by Google

Bank für Bergbau u. Industrie, Berlin. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 6748 Bill. M. (i. V. 1,3 Mill. Verlust) vor und beschließt eine Kap.-Erhöhung um 97 Mill. Papiermark (!).

Bank für Forst- und Landwirtschaft, Stuttgart. Die Gen.-Versig. beschließt die Verschmelzung mit der Süddeutschen Holzwirtschaftsbank, München, 6000 M. Stuttgart- werden in 1000 M. München-Aktien umgetauscht.

Bank für Handel und Gewerbe, Komm.-Ges. a. Akt., Altona. Will das zusammenzulegende (wie?) Kap. um 100 000 G.-M. erhöhen und die Komm.-Ges. in eine Akt.-Ges. umwandeln.

Bank für Handel und Gewerbe, Leipzig. Das Kap. wird von 2,5 Md. auf 250 000 G.-M. herabgesetzt und auf 500 000 G.-M. erhöht.

Bank für Handel und Grundbesitz, Leipzig. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 7379 Bill. M. vor. Das Kap. wird von 201 Mill. P.-M. auf 155 000 G.-M. zusammengelegt.

Bank für Hessen vorm. Rudolf Ballin u. Co.. Die Gen.-Versammlung beschließt die Umstellung des Kap. auf 0,4 Mill. G.-M.

Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin. Infolge Aktienbesitzwechsels tritt der Aufsichtsrat zurück. Die Gen.-Versammlung wählt die Herren Eugen Schiff, Hans Sponholz und Geh. Rat Peters wieder und die Herren Alfred Herrmann, Erich Niemann und Paul Mohn (sämtlich i. F. Gebr. Mannesmann) sowie Francisco P. Gambus (Banca Arnus in Barcelona) neu in den Aufsichtsrat. Der Reingewinn von 22 421 Bill. M. wird vorgetragen.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 632 800 Bill. M. vor und wählt neu in den Aufsichtsrat Geh. Justizrat Dietrich (Deutsche Raiffeisenbank, mit der Aktien ausgetauscht werden), Generaldirektor Forthmann, Rittergutsbesitzer Stubbendorf und das bisherige Vorstandsmitglied Fritz Richter.

Bank für Niedersachsen, Hannover. Will das Kap. von 300 Mill. P.-M. auf 1,025 Mill. G.-M. zusammenlegen und auf 6 Mill. G.-M. erhöhen.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Der für die Zeit vom 1. 7. 22 bis 31. 3. 23 ausgewiesene Reingewinn von 612 307 Bill. (i. V. 9,9 Mill.) wird vorgetragen (i. V. 15 Prozent Dividende).

Bank für Ton- und Ziegelindustrie, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 9765 Mill. M. vorzutragen. Das Stammkapital von 235 Mill. wird auf 11 180 G.-M. umgestellt, das Vorzugskapital von 15 Mill. auf 75 000 G.-M.

Bankverein für Nordwestdeutschland, Bremen. Der Reingewinn von 254 547 Mill. M. (i. V. 29,13 Mill.) wird vorgetragen.

Bank für wertbeständige Finanzierungen, Berlin. Das Aktienkapital wird von 625 Mill. P.-M. auf 170 000 G.-M. umgestellt. Der im ersten, drei Monate umfassenden Geschäftsjahr erzielte Reingewinn von 24 341 G.-M. wird vorgetragen.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Comp. Die Gen.-Versammlung überträgt die Entscheidung über die Verwendung der noch zur Verfügung des Unternehmens stehenden 300 Mill. M. Bankvereins-Aktien dem Präsidium des Aufsichtsrats; auf 200 Mill. M. Aktien soll der Firma Hugo Stinnes in Mülheim eine Option eingeräumt werden. Die Herren Arioni und Komm.-Rat Hinsberg scheiden als Geschäftsinhaber aus; der bisherige Leiter der Stinnesschen Finanzabteilung Georg Rogalski wird Geschäftsinhaber, während die beiden Vorgenannten in den Aufsichtsrat eintreten, in den auch die Herren Heinrich Th. Fleitmann, Iserlohn, und Wilh. Girardet, Essen, berufen werden. Siehe Disconto-Gesellschaft, zu der die Beziehungen gelöst werden.

Barmer Kreditbank. Bleibt für 1923 dividendenlos (i. V. 100 Proz.).

Bauern- und Handelsbank für Oberschlesien, Neustadt O.-S. Ist mit 0,066 Mill. G.-M. Aktienkapital in das Handelsregister eingetragen worden.

Bayerische Bodencredit-Anstalt, Würzburg. Die neuen 10 proz. Goldpfandbriefe werden zu 83% zur Zeichnung aufgelegt.

Bayerische Braubank, München. Die dem Institut nahestehende Società per l'Industria Birraria in Mailand hat in Tripolis eine Brauerei erbaut und errichtet eine solche in Messina.

Digitized by Google

Bayerische Handelsbank, München. Der Reingewinn von 105 419 Bill. M. wird vorgetragen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Die Verhandlungen wegen Uebernahme der Deutschen Bodenbank, Wien, sind gescheitert. Die Mitte vorigen Jahres unter Mitwirkung des Instituts gegründete Esectalit-A.-G., Neumarkt, beantragt die Liquidation.

Bayerische Notenbank, München. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Jahresabschluß und wählt Geh. Oberfinanzrat Moroff, Direktor der Bayerischen Staatsbank, in den Aufsichtsrat.

Bayerische Staatsbank. Siehe Bayerische Notenbank.

Bayerische Vereinsbank, München. Der Ueberschuß von 2 364 788 Bill. M. (i. V. 1244,54 Mill.) wird vorgetragen (200 Prozent Dividende).

Berliner Hypothekenbank. Darf 10% wertbeständige Schuldverschreibungen ausgeben.

S. Bleichröder, Berlin. Generalkonsul Paul von Schwabach scheidet aus dem Aufsichtsrat der Anglo-Continentalen Guanowerke aus.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Geht mit ihrem Betriebskapital zur Milreis-Rechnung über, „weil der Zwang, das Kapital jetzt in Goldmark, also einer hochwertigeren Valuta als den Milreis, zu bemessen, die Bank in die Gefahr bringen würde, bei Schwankungen des Milreis-Kurses bilanzmäßig Kursverluste ausweisen zu müssen". Verlegt ihren Sitz unter Umwandlung in eine brasilianische Gesellschaft (20 Mill. Milreis Kap.) nach Rio de Janeiro. Betrieb und Leitung bleiben unverändert.

Braunschweigische Bank und Kreditanstalt. Das in Interessengemeinschaft mit der Allgem. Deutschen Creditanstalt stehende Institut trägt den Ueberschuß von 520 359 Bill. M. vor. (Im Vorj. aus 73,6 Mill. M. Reingewinn 30 Prozent Dividende.)

Braunschweigische Staatsbank. Der Reingewinn von 410 365 Bill. M. (242 Mill.) wird vorgetragen.

Braunschweigisch-Hannoversche Hypothekenbank. Der Reingewinn von 2327 Bill. M. wird vorgetragen. Siehe Deutsche Zentralbodenkreditvereinigung.

Commerzbank in Lübeck. Der Reingewinn von 370 037 Bill. M. wird vorgetragen.

Deutsch-Asiatische Bank. Die Reichsregierung setzt sich in China dafür ein, daß der Bank ihre Gebäude in Hankau und Peking zurückgegeben werden.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 275 260 Bill. M. vor (i. V. 339,8 Mill. M.; 150 Prozent Dividende). Direktor Albert Hahn wird in den Aufsichtsrat der Baldur Pianofortefabrik gewählt.

Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, Berlin. Die 8 und 10% Gold-Hypothekenpfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Beantragt die Zulassung der 10proz. Anleihe der Stadt Koblenz zur Berliner Börse. Direktor Erich Müller tritt in den Aufsichtsrat des Verein Chemischer Fabriken in Zeitz ein.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt a. M. Die im Mai genehmigten 325 Mill. M. Stamm- und 25 Mill. M. Vorzugsaktien werden zu 50 Goldpfennig begeben.

Deutsche Mercurbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung stellt das Kapital von 490 Mill. P.-M. auf 49 000 G.-M. um und erhöht es auf 2 Mill. G.-M.; davon sind 1,96 Mill. Stamm- und 40 000 G.-M. Namensvorzugsaktien mit 50fachem Stimmrecht. In den Aufsichtsrat treten u. a. ein Direktor Henri Barmat (Allgemeene Handelsbank, Amsterdam) und Dr. Ossip Bernstein, Berlin (Allgemeine Handelsbank Altenburg (s. d.).

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Geh. Justizrat Dietrich wird in den Aufsichsrat der Bank für Landwirtschaft (s. d.) gewählt, mit der Aktien ausgetauscht werden, und deren Aufsichtsratsvorsitzender in den Aufsichtsrat der Raiffeisenbank eintritt. Will das Kapital von 2 Md. auf 20 Mill. G.-M. umstellen.

Digitized by Google

Deutsche Grundkreditbank, Gotha. Der Reingewinn von 9000 Bill. M. wird vorgetragen. Siehe Deutsche Zentralbodenkreditvereinigung.

Deutsche Levantebank, Hamburg. Der Reingewinn von 4104 Bill. M. wird vorgetragen.

Deutsche Handelskreditbank, Düsseldorf. Will den früheren Vorstand regreßpflichtig machen und das Kapital um bis 250 Mill P.-M. erhöhen.

Deutsche Hypotheken-Rentenbank, Mannheim. Der Reingewinn beträgt 173 Md. (i. V. 155 263 Mill.).

Deutsche Merkantilbank, Berlin. Die Aktienmehrheit ist an Generaldirektor Kutisker (Bank E. von Stein, Berlin-Breslau) übergegangen.

Deutsche Mittelländische Bank A.-G., vorm. Felix K. Peril, Berlin. Das im vorigen Jahre aus einer kleinen Bankfirma entstandene Institut beantragt die Liquidation.

Deutsche Schiffsbeleihungsbank, Hamburg. Trägt den Reingewinn von 6291 Bill. M. vor.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Die Gen.-Versammlung genehmigt, den Reingewinn von 711 402 Bill. M. vorzutragen (i. V. 100 Prozent Dividende).

Deutsche Volksbank A.-G., Essen (Gewerkschaftsbank). Aus dem Reingewinn werden 528 961 Bill. M. einem Spargelder-Aufwertungsfonds überwiesen; die wenigen Spargelder werden auf 100 Prozent (!) des Geldeinzahlungsbetrags aufgewertet.

Deutsche Wohnstättenbank, Berlin. Die 6% Goldrentenbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Deutsche Zentralbodenkreditvereinigung, Berlin. Siehe Deutsche Grundkreditbank, Gotha, Braunschweigisch - Hannoversche Hypothekenbank, Preuß. Centralbodenkredit A. G. und Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank.

Deutsche Zuckerbank, Berlin. Löst den auf Zucker lautenden Juli-Zinsschein ihrer 6% Anleihe mit 23,97 Bill. Mark für je 1 Zentner Zucker ein.

Deutsch - Niederländische Bank, Düsseldorf. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt und legt die Mitgliedschaft an der Düsseldorfer Börse nieder.

Deutsch - Osteuropäische Wirtschaftsbank, Elberfeld. Der Gewinn von 99 000 Bill. Mark wird vorgetragen.

Deutsch - Schweizerische Bank, Berlin. Der Verlust von 1236 Bill. Mark wird vorgetragen.

Disconto- u. Effektenbank, Berlin. Der Ueberschuß von 4247 Bill. Mark wird vorgetragen. Die Gen.-Versammlung legt das Kapital von 1,6 Milliarden auf 0,2 Millionen G.-M. zusammen und erhöht es auf 1 Mill. G.-M.

Dresdner Handelsbank. Trägt den Reingewinn von 163 342 Bill. Mark vor (i. V. 2,0 Mill.; 50% Dividende).

Eichhorn u. Co., Breslau. Dr. Eduard v. Eichhorn tritt in den Aufsichtsrat der Leinengarnspinnerei Renner ein.

Elberfelder Privatbank. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 121 532 Bill. Mark vor. Nach Umgruppierung des Majoritätsverhältnisses gehören dem Aufsichtsrat an: Bankier Heimberg, Düsseldorf, W. J. Henrich, Berlin, Exz. Neumann-Hofer, Detmold, und Bankier Rochelmüller, Gotha.

Frankenthaler Volksbank. Das mit der Süddeutschen Disconto-Ges. befreundete Institut trägt den Reingewinn von 37 485 Bill. Mark vor.

Frankfurter Bank. Der Reingewinn von 268 003 Bill. P.-M. (i. V. 46,16 Mill.) wird vorgetragen.

Frankfurter Getreide - Kredit A. G. Der Ueberschuß des nur 8 Monate umfassenden Geschäftsjahres wird mit 64 922 Bill. Mark vorgetragen. Zwecks Erlangung des Depot- u. Depositenrechts soll die Frankfurter Bank-Komm.-Ges. Max Wohl u. Co. übernommen werden, deren Herr Artur Salomon in den Aufsichtsrat eintritt.

Frankfurter Hypothekenbank. Der Reingewinn von 29 112 Billionen Mark wird vorgetragen (i. V. 3,45 Mill.; 10%).

Freitaler Kreditbank. Ist mit 0,3 Mill. G. M. Aktienkap. in das Handelsregister eingetragen worden.

Digitized by Google

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Darf 10% wertbeständige Schuldverschreibungen begeben. Siehe Leipziger Hypothekenbank.

Getreidekreditbank, Lübeck. Das 1 Md. P. M. betragende Akt.-Kapital soll umgestellt und um 0,2 Mill. G. M. erhöht werden.

Getreidekreditbank, Magdeburg (bisher Getreidekredit A. G.). Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 47 903 Bill. Mark vorzutragen und das Stimmrecht der Vorzugsaktien von 30 auf 50 Stimmen zu erhöhen.

Getreide-Kredit-A.-G., Mannheim. Der Ueberschuß des 1. Geschäftsjahres wird mit 103 324 Bill. P. M. vorgetragen. Für die Umstellung wird vorgeschlagen, das Kap. auf 100 000 G. M. zu bemessen, Aktien von nom. 20 M. auszugeben und die alten Aktien so zusammenzulegen, daß auf 12 000 alte zu 1000 P. M. 5000 neue zu 20 G. M. entfallen.

Girozentrale Sachsen, Dresden. Siehe Reichenbacher Bank.

Bank Walther Goldschmidt u. Co., A. G., Bonn. Die nicht bevorrechtigten Gläubiger nehmen einen Zwangsvergleichsvorschlag über 20% an. Die Bank beantragt bei einer Gen.-Versammlung Grundstückserwerb, Firmenänderung, Filialauflösung und Genehmigung der Goldmarkbilanz. Das Kap. soll auf 1 Mill. G. M. gebracht werden.

Hamburger Handelsbank. Nachdem die Stützungsaktion gescheitert ist, wird das Institut unter Geschäftsaufsicht gestellt. Der Aktivsaldo wird auf 1 Mill. Rentenmark beziffert, sodaß die Verwaltung bei ruhiger Abwicklung an einer vollen Befriedigung der Gläubiger „nicht zweifelt".

Handelsbank, Chemnitz. Direktor Kunze wird in den Aufsichtsrat der Homag Holzbearbeitungsmaschinen A. G. Leipzig gewählt.

Handels- und Gewerbebank, Frankfurt a. M. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Vortrag des 18 052 Bill. Mark betragenden Reingewinns. Die Rückwandlung in eine Genossenschaft m. beschr. Haftung ist beabsichtigt.

Handels- u. Gewerbebank Frankfurt a. M. Beantragt Kap., Umstellung von 200 Mill. P. M. auf 50 000 G. M. und Erhöhung um höchstens 200 000 G. M.

Handels- u. Gewerbebank A. G., Meerane. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Handels- u. Verkehrsbank Hamburg. Der Reingewinn von 132 992 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. 100% Dividende).

Hannoversche Spar- und Leihbank, Rothenburg. Die Gen.-Versammlung hebt den Beschluß einer Kap.-Erhöhung um bis zu 200 auf bis zu 300 Mill. Mark auf und trägt den Reingewinn von 7454 Bill. Mark vor. Auf je 2 alte 1000 M.-Aktien wird unter Zuzahlung von 19 G. M. eine Aktie über 20 G. M. gewährt, bei Nichtzuzahlung für 21 alte eine neue über 20 G. M. Das Kapital soll alsdann auf 1 Mill. G. M. erhöht werden. Der Sitz wird nach Hannover verlegt.

Hansabank in Hamburg. Eine Gen.-Versig. soll die Liquidation beschließen.

Hardy u. Co., G. m. b. H., Berlin. Beantragt die Zulassung der Aktien der Bauland Groß-Berlin A. G. zur Berliner Börse. Herr Fritz Andreae wird in den Aufsichtsrat der Hermes Kreditversicherungsbank gewählt.

Industrielle Credit A. G., Wiesbaden. Ist der neue Name der „Verwaltungsbank".

Industrie- u. Privatbank, Berlin. (Michael-Konzern.) Erwirbt von der Commerz- und Privatbank die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt in Greiz.

Internationale Bank, Danzig. Die Gen.-Versammlung beschließt die Umstellung des Kapitals von 3 Milliarden P. M. auf 1,4 Mill. Gulden Stamm- und 0,1 Mill. Gulden Vorzugsaktien.

F. Jordan u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Hamburg. Das kürzlich in westfälische Hände übergegangene Bankhaus will ein Aufsichtsratsmitglied (welches ?) abberufen und die Goldumstellung vornehmen.

Itzehoer Kreditbank. Will liquidieren und sich in die Genossenschaftsform zurückverwandeln.

Digitized by Google

Kieler Bank. Der Reingewinn von 158 697 Bill. Mark wird vorgetragen. (i. V. 17,7 Mill: Gewinn; 30% Dividende.)

Kommunalbank für Schlesien, Breslau. Aus 831 210 Bill. Mark Reingewinn werden 800 000 Bill. der Rücklage zugeführt und 31 912 Bill. Mark vorgetragen.

F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, Komm.-Ges a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 829 210 Bill. Mark vor. Freiherr von Riedesel, Eisenbach, wird in den Aufsichtsrat gewählt.

Kredit- und Handelsbank, Stuttgart. Tritt in Liquidation.

Kreisbank Recklinghausen. Der Reingewinn von 1492 Bill. M. wird vorgetragen.

Richard Landauer Bank A. G., Berlin. Die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben, weil ihr Zweck nicht erreicht wird. Die Bank dürfte in Konkurs gehen.

Landcredit-Bank Sachsen-Anhalt, Halle (Saale). Der Reingewinn beträgt 52 485 Bill. M. (i. V. 102 Mill.),

Landesbank Westsachsen, Auerbach. Beantragt Umstellung und Wiedererhöhung des Kap. auf 175 000 G. M. Stamm- und 75 000 G. M. Namensvorzugsaktien.

Landwirtschaftlicher Kreditverein Sachsen, Dresden. Aus 26 567 Bill. Mark Reingewinn werden 20 000 Bill. der Rücklage zugeführt und der Rest vorgetragen.

Leipziger Creditbank. Die Gen.-Verslg. trägt den Reingewinn von 73 369 Bill. M. vor. Die letzte Kap.-Erhöhung wird aufgehoben.

Leipziger Handels- u. Verkehrsbank. Die jüngste Kap.-Erhöhung soll rückgängig gemacht werden.

Leipziger Hypothekenbank. Von 120 000 Bill. Reingewinn werden 36 000 Bill. zur Deckung von Pensionsverpflichtungen usw. verwendet und 84 000 Bill. M. vorgetragen.

Leipziger Immobiliengesellschaft — Bank für Grundbesitz. Der Reingewinn von 153 923 Bill. (i. V. 8,5 Mill.) wird vorgetragen. (50% Dividende.)

Liquidationskasse in Hamburg. Der dividendenlose Abschluß wird genehmigt. Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Termingeschäftes in Hamburg schweben.

Lübecker Privatbank. Der Reingewinn von 100 810 Bill. (i. V. 22,25 Mill.) wird vorgetragen.

Magdeburger Bau- und Kreditbank. Die Gen.-Verslg. beschließt, den Reingewinn von 19 997 Bill. Mark vorzutragen.

Mecklenburgische Bank, Schwerin. Trägt den Reingewinn von 100 238 Bill. Mark vor (i. V. 30% Dividende).

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Der Ueberschuß von 4236 Bill. wird vorgetragen (i. V. 1,45 Mill. Reingewinn; 12½% Dividende.).

Mittelfränkische Bank, Nürnberg. Das unter Geschäftsaufsicht stehende Institut beantragt die Veräußerung des Gesellschaftsvermögens und Auflösung.

Niederlausitzer Bank, Cottbus. Das der Deutschen Bank nahestehende Institut trägt den Reingewinn von 126 136 Bill. Mark vor.

Nordbayerische Handels- und Gewerbebank, Nürnberg. Die Direktoren Theusing, Rogner und ein Prokurist werden wegen Vergehens gegen das Depotgesetz verhaftet, der Haftbefehl gegen Rogner indessen wieder aufgehoben.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Das Institut, dessen Aktien sämtlich die Disconto-Gesellschaft besitzt, weist 885 119 Bill. Mark Einnahmen aus, denen 605 640 Bill. Mark Verwaltungskosten und 279 478 Bill. M. Steuern gegenüberstehen, sodaß ein Ueberschuß nicht ausgewiesen wird (i. V. 200% Dividende). Die Gen.-Versammlung heißt diesen Abschluß gut und wählt Geh. Oberreg.-Rat Dr. W. Cuno und Ernest Merck in den Aufsichtsrat. Beantragt mit der Dresdner Bank die Zulassung der Aktien der Deutschen Erdöl A. G. zur Hamburger Börse.

Digitized by Google

Nordische Bank für Handel und Industrie, Berlin. Der Ueberschuß von 853 303 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. 80% Dividende aus 35 Mill. Reingewinn).

Nordostdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. Akt., Königsberg. Das unter Geschäftsaufsicht stehende Institut beruft eine Gen.-Versammlung, die über Fortführung oder Auflösung entscheiden sowie die Goldbilanz genehmigen soll.

Ostbank in Danzig. Gerät vorübergehend in Zahlungsstockung.

Ostbayerische Industrie- und Handelsbank, Furth (Wald). Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet.

Osteuropäische Bank für Holzhandel und Industrie, Königsberg. Das in Liquidation getretene Institut gerät in Konkurs.

Pegnitzbank A. G., Lauf. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Der Reingewinn von 28 099 Bill. (i. V. 3,8 Mill.) wird vorgetragen (9% Dividende). Direktor Dr. Tröltsch tritt in den Aufsichtsrat der Bayerischen Rückversicherungsbank ein.

Potsdamer Creditbank. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 65 000 Bill. Mark (i. V. 25 Mill.) vorzutragen. (50% Dividende.)

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 11 958 Bill. Mark vor und wählt den Bankier Gutkind, Braunschweig, in den Verwaltungsrat. Präsident Geh. Rat Schwarz wird in den Zentralausschuß der Reichsbank berufen. Siehe Deutsche Zentralbodenkreditvereinigung.

Preußische Hypothekenaktienbank, Berlin. Das von der Commerz- und Privatbank kontrollierte Institut darf 10% wertbeständige Schuldverschreibungen begeben; bislang waren Sachwertemissionen des Instituts noch nicht im Verkehr.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Das mit der Roggenrentenbank, Berlin, verbundene Institut trägt den Reingewinn von 59 091 Bill. Mark (16,17 Mill.) vor. Begibt 10% Goldpfandbriefe zu 85%.

Preysing-Bank A. G., Deggendorf. Die Gen.-Versammlung des unter Geschäftsaufsicht stehenden Instituts beschließt, bis Ende Juli einen Zwangsvergleich zu betreiben, anderenfalls in Konkurs zu gehen. Es wird mit einer 50%igen Quote gerechnet.

Radevormwalder Volksbank, Komm.-Ges. a. Akt. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Reichenbacher Bank. Das in Arbeitsgemeinschaft mit der Girozentrale Sachsen stehende Institut erzielt im 1. Geschäftsvierteljahr Erträgnisse in Höhe von 39 170 Bill. Mark.

Reichskreditgesellschaft A. G., Berlin. Direktor Ritscher (bisher Allgemeine Depositenbank, Wien, früher Dresdner Bank) tritt in den Vorstand ein.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Der Reingewinn von 1 025 581 Bill. (i. V. 1409 Mill.) wird vorgetragen (200% Div.).

Rheinische Handelsbank, Mannheim. Beantragt Umstellung und Kap.-Erhöhung ohne ziffernmäßige Angaben.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Von 29 962 Billionen Mark Reingewinn werden 24 962 Bill. M. vorgetragen (i. V. 9% Div.).

Rheinisch-Westfälischer Bankverein, Bedburg. Der Sitz soll nach Köln verlegt werden.

Rheinisch-Westfälische Bodenkredit-Bank, Köln. Darf 10% wertbeständige Schuldverschreibungen begeben. Siehe Deutsche Zentralbodenkreditvereinigung.

Rhein- und Ruhrbank, Krefeld. Die Verbindlichkeiten des in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Instituts betragen 0,4 Mill. G. M.

Roggenrentenbank, Berlin. Will Feingoldschuldverschreibungen herausbringen. Siehe Preußische Pfandbriefbank.

Rostocker Bank. Wegen „Meinungsverschiedenheiten" sind 10 Aufsichtsratmitglieder zurückgetreten.

Ruhr- und Hellweg-Bank, Anna (Westfalen). Ist mit 0,1 Mill. G. M. Aktkap. in das Handelsregister eingetragen worden.

Digitized by Google

Sachs, Warschauer u. Co. A. G., Berlin. Die Gen.-Versig. des unter Geschäftsaufsicht stehenden Instituts heißt die nominell mit 14 989 Bill. Mark Reingewinn abschließende Bilanz gut. Die hinterlegten Wertpapiere, bezüglich derer Zweifel aufgetaucht waren, werden vom 5. 7. ab ausgeliefert.

Sächsische Bank, Dresden. Die Gen.-Versig. beschließt, den Reingewinn von 6 165 Bill. M. dem Metallreservefonds zuzuweisen und wählt die Herrn Dr. Schön (Adca), Finanzminister Dr. Reinhold und Stadtrat Dr. Krüger (Gebr. Arnhold) in den Aufsichtsrat.

Sächsische Bodenkreditanstalt, Dresden. Die Gen.-Versammlung beschließt, aus 75 886 Bill. M. Reingewinn (i. V. 2,85 Mill.) 13 950 Bill. Mark der Pfandbrief- und Pensionsrücklage zu überweisen und den Rest vorzutragen.

Sächsische Landwirtschaftsbank, Dresden. Erzielt im 1. Geschäftsjahr 82 881 Bill. Mark Reingewinn.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Der Reingewinn für 9 Monate beträgt 292 205 Bill. Mark. 200 404 Bill. Mark fließen der Landeshauptkasse zu.

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Direktor Dr. Kimmich wird in den Aufsichtsrat der Brückenbau Flender A. G. berufen.

C. Schlesinger - Trier u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versig. beschließt, den Reingewinn von 355 791 Bill. Mark vorzutragen. Die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter Dr. Erwin Brettauer und Martin Schiff werden in den Aufsichtsrat gewählt. Hugo Marcus (Wiener Bankverein) ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden; aus dem Aufsichtsrat treten die Wiener Herrn Popper-Arlberg, Alfred Heinsheimer, Dr. Otto Heinsheimer sowie Henri Lamotte aus.

J. F. Schröder, Komm.-Ges. a. Akt., Bremen. Trägt den Reingewinn von 13,9 Bill. Mark vor (i. V. 10,4 Mill. Mark; 15% Dividende).

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Trägt den Ueberschuß von 35 074 Bill. Mark vor.

Siegener Bank. Der Reingewinn von 179 169 Bill. Mark (i. V. 13,3 Millionen) wird vorgetragen.

Bank E. von Stein, Berlin - Breslau. Direktor Kutisker erwirbt die Mehrheit der Aktien der Deutschen Merkantilbank und der Mechan. Treibriemenweberei, Berlin.

Süddeutsche Bodenkreditbank, München. Von dem Reingewinn von 32 568 Bill (i. V. 3,2 Mill.) werden 18 819 Bill. Mark vorgetragen. (8% Dividende).

Süddeutsche Disconto - Gesellschaft, Mannheim. Aus Wechseln und Zinsen sind im Vorjahre 1 701 572 Bill. Mark (i. V. 1942 Mill.), aus Provisionen 2 166 512 (1243 Mill.) vereinnahmt worden, die einschl. Vortrag mit insgesamt 3 868 084 für Spesen und zu buchmäßigem Ausgleich verwandt werden (i. V. aus 1 174 Mill. M. Reingewinn 200% Dividende). Siehe Frankenthaler Volksbank.

Süddeutsche Holzwirtschaftsbank, München. Siehe Bank für Forst- und Landwirtschaft.

Süddeutsche Kreditbank, München. Die Gen.-Versammlung verwendet den Gewinn des 1. Geschäftsjahres mit 11 554 Bill. Mark zur Deckung von Substanzverlusten.

Vereinsbank für Pommern, Stolp. Der Reingewinn von 107 669 Bill. Mark wird vorgetragen. Das Kapital wird auf 150 000 Goldmark zusammengelegt.

Vereinsbank in Hamburg. Die Gen.-Versammlung wählt Herrn Hans Kirsten in den Aufsichtsrat. Direktor C. J. Thomas wird in den Ausschuß der Lübeck-Büchener Eisenbahn berufen.

Vereinsbank Koburg. Stellt das Aktienkapital von 30 Mill. auf 0,3 Mill. Goldmark um.

Vereinsbank Plauen. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Verwaltungsbank A. G. Wiesbaden. Aendert die Firma in „Industrielle Credit A. G."

Vogtländische Kreditbank, Auerbach. Will den Sitz nach Plauen verlegen.

Digitized by Google

Volksbank Großzimmern A. G. Beantragt Kap.-Umstellung von 210 Mill. auf 105 000 G. M.

von Wachtmeister - Görisch Bankgeschäft A. G., Berlin. Die Gen.-Versammlung des unter Geschäftsaufsicht stehenden Instituts vertagt den Antrag auf Liquidation.

Wernigeroder Bank für Handel und Gewerbe. Trägt den Reingewinn von 60 014 Bill. Mark vor.

Westbank, Frankfurt a. M. Der Ueberschuß von 218 963 Bill. M. wird vorgetragen (i. V. 50,01 Mill. M.; 30% Dividende).

Westdeutsche Handelsbank. Der Gründer Peter Puruker wird verhaftet.

Westfalenbank, Bochum. Der Reingewinn beträgt 143 148 Bill. M.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Der Reingewinn von 12 521 Bill. Mark wird vorgetragen.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Der Reingewinn beträgt 39 920 Bill. (i. V. 79,7 Mill.). Finanzminister a. D. Schall tritt in den Vorstand ein.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 572 407 Bill. M. (i. V. 334,6 Mill. M.) vor und wählt neu in den Aufsichtsrat die Herren Fritz Häuser, Hugo Jacobi, Komm.-Rat Rau (Ver. Seifenfabriken) und Komm.-Rat Wurster (Mech. Baumwollspinnerei Bayreuth). Direktor Geh. Rat Fischer tritt in den Aufsichtsrat über und wird auch in den der Deutschen Bank und der Maschinenfabrik Eßlingen gewählt. Direktor Dr. Bausback tritt in den Aufsichtsrat der Baumwollspinnerei Erlangen und der A. G. für Feinmechanik Zelter u. Scheerer ein.

Zahlungseinstellungen. In Zahlungsschwierigkeiten geraten u. a.: die Kredit- u. Handelsbank A. G., Stuttgart, die dortige Bankkommandite Fritz Becker u. Co., die Bankfirma W. Walbröl u. Co., Köln und die Berliner Firmen Walter F. Zimmermann u. David Homburger. — In Konkurs gehen die Bank-Komm.-Ges. Knorr u. Riccius, Leipzig, die Ostbayerische Industrie- u. Handelsbank, Furth (Wald), die Osteuropäische Bank für Holzhandel u. Industrie, Königsberg, die Bankfirma Karl Katz, Hannover, und die Bank Martin Gaugler, München. — Unter Geschäftsaufsicht werden gestellt: Bankfirma Paul Steinberg u. Co., Berlin, Deutsch-Niederländische Bank A. G., Düsseldorf, Hamburger Handelsbank, Vereinsbank Maulbronn e. G. m. b. H., H. Rudel u. Co., Nürnberg, Moritz Stoermer, Klingenthal (Sa.), Otto Wagner u. Co., Pößneck, Radevormwalder Volksbank, Vereinsbank, Plauen, Paul Schenke u. Co., Erfurt, Neue Berliner Kredit- u. Handels G. m. b. H., Industrie- u. Handelsbank, Elberfeld, Bankkommandite von der Vecht u. Co., Hildesheim, Pegnitzbank A. G., Hildesheim, A. Hoffmann u. Co., Gautsch, Weitzer u. Co., Chemnitz, Erhard Herzer, Berlin, Hermann Wertheim, Bankgeschäft, Berlin, Handels- u. Gewerbebank e. G. m. b. H. (Aktiva 982 417, Verpflichtungenn 788 327 G. M.) und Börsenkommissionsfirma Richard Cohn, Berlin. Siehe von Wachtmeister - Görisch Bankgeschäft A. G., Nordostdeutsche Bank, Ostbank in Danzig, Rhein- u. Ruhrbank, Preysing - Bank, Mittelfränkische Bank, Goldschmidt u. Co., Bonn, und Richard Landauer Bank, Berlin.

Digitized by Google

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1924.

I. England.

Bank von England. Hält den Diskontsatz unverändert auf 4%, obwohl verschiedene Bankleute eine Erhöhung zwecks Hebung des Wechselkurses und Senkung des Preisniveaus empfehlen. Mac Kenna (Midland Bank) fordert Konzentrierung der gesamten Notenausgabe einschließlich currency notes bei der Bank und Abschaffung des Privilegs der schottischen Notenbanken. Auch Felix Schuster (National Prov.) empfiehlt in einer Rede vor der Handelskammer Liverpool die Uebernahme der currency notes durch die Bank, da der Goldschatz hoch genug und sogar höher sei, als das Cunliffe Committee s. Zt. vorgeschlagen habe. Bank und Regierung verhalten sich jedoch ablehnend. — Die Bank verteilt aus einem Halbjahrsreingewinn von 0,678 Mill. £ (i. V. 0,661) am 29. 2. 1924 eine Halbjahrsdividende von 6% = 12% p. a. wie im Vorjahr. Die Bank gibt u. a. der Ungarischen Nationalbank einen Vorschuß von 3 390 Milliarden Kronen auf die Völkerbundanleihe. Dir. Kindersley tritt in das Komittee zur Aufstellung der Statuten für die Deutsche Goldnotenbank und reist mehrmals nach Berlin.

Währung. Das englische Pfund notierte in:

	New York	Amsterdam	Paris	Italien	Madrid	Stockholm	Buenos Aires
Anfang Juli 1914 . . .	4,87⅝	12,11	25,15	25,26	26,26	18,24	47 9/16
Ende Dezbr. 1923 . . .	4,35	11,43½	84,20	100,00	33,37	16,43	39 29/32
Ende Juni 1924 . . .	4,33 1/16	11,50⅛	81,80	100,00	24,88	16,28	41 1/16

Im Unterhause wird Ende Juni ein Antrag eingebracht, die Regierung solle ihre auf Deflation gerichtete Diskont- und Notenpolitik revidieren. Schatzkanzler Snowden lehnt jede Aenderung ab, spricht sich vielmehr für eine Rückkehr zum Goldstandard gemäß den Richtlinien des Cunliffe Committee aus.

Indische Währung. Der indische Wechselkurs, der sich im Laufe des Jahres 1923 von 1 s 4¼ d f. d. Rupie bis auf 1 s 5 7/32 d Ende Dezember 1923 erholt hatte, schwächte sich Mitte Februar bis auf 1 s 4⅞ ab, um bis Ende Juni wieder auf 1s 5 1/32 zu steigen. Die Imperial Bank of India setzt daraufhin den Diskontsatz zunächst am 3. Januar von 7 auf 8% und am 14. Februar auf 9% herauf, dagegen am 10. April auf 8, am 29. Mai auf 7 und am 19. Juni auf 6% herab. Der Notenumlauf der Bank betrug am 22. Juni (bezw. 31. 12. 23) in Lacs Rps.: 17 126 (18 341), der Goldvorrat unverändert 2232, der Silberbestand 7742 (8861), der Bestand an indischen Schatzanleihen 5753 (5748) Rps. und an englischen Staatsanleihen 1399 (900) Rps. Siehe auch „Gold und Silber."

Canadische Währung. Die Disparität zwischen dem amerikanischen und dem canadischen Dollar schwankt im Laufe des 1. Halbjahrs 1924 zwischen 3% und 1%. Anfang Juli 24 zahlt man 99 amerik. Dollar für 100 canad. Dollar. Siehe auch die nächste Notiz.

Gold und Silber. Die Goldproduktion der Welt betrug im Jahre 1923 17,7 Mill. Unzen fein gegen 15,5 Mill. im Vorjahr. Davon betrug die Ausbeute Transvaals im Jahre 1923: 9,133 Mill. Unzen gegen 7,020 Mill. i. V. Indiens Goldimport im Jahre 1923 betrug 26,23 Mill. £ sterlg., die Ausfuhr 0,09 Mill. £ sterlg. Außerdem wurden noch 2 Mill. £ sterlg. Gold, die aus der Noten-Reserve zur Anlage in zinstragenden Reg.-Anleihen verkauft wurden, vom indischen Markt aufgenommen. Der Goldpreis betrug in London Ende Dez. 1923: 95 s 4 d für die Unze fein, Ende Juni 1924: 95 s 6 d. — Die Silberproduktion der Welt betrug im Jahre 1923 234,5 Mill. Unzen gegen 211,7 i. V. Die Silbereinfuhr Groß-Britanniens i. J. 1923 betrug 9,61 Mill. £ sterlg. (i. V. 10,10), die Ausfuhr 11,69 (i. V. 13,24) Mill. £ sterlg. Die Silbereinfuhr Indiens im Jahre 1923 betrug 15,62 Mill. £ sterlg., die Ausfuhr 2,31 Mill. £. China nahm im Jahre 1923 insges. 74,25 Mill. Unzen standard auf gegen 86,70 i. V. (nach Angaben der Hongkong- a. Shanghai Banking Corp.) Der Silberpreis in London stieg von 31½ d p. Unze standard am Anfang des Jahres auf 34⅝ d Ende Juni 1924.

Digitized by Google

Staatsfinanzielles. Die Einnahmen und Ausgaben des Staates haben betragen (in Millionen £):

	Ergebnis 1922/23	Ergebnis 1923/24	Voranschlag 1923/24	Voranschlag 1924/25
Einnahmen	914,0	837,4	818,5	828,1
Ausgaben	812,5	788,8	816,5	790,0

Die englischen Staatsschulden betrugen (in Millionen £):

	Fundierte Schuld	Schwebende Schuld	überhaupt
August 1914	695	16	711
30. Juni 1923	6934	815	7749
31. Dezbr. 1923	7011	860	7871
30. Juni 1924	7003	798	7801

Die englische Regierung bietet die Konvertierung von 200 Mill. £ 5% Kriegsanleihe, die ab 1947 zu 100% rückzahlbar sind, in eine 4½% mit 103 Prozent rückzahlbare Anleihe an. — Am 15. Juni wird auf die Dollar-Kriegsanleihe eine weitere Zins- und Amortisationszahlung von 69 Mill. £ durch I. P. Morgan (in Gold und amerikanischen Schatzscheinen) an Amerika geleitet.

Bankwesen. Ende 1923 betrugen bei den englischen Banken des Vereinigten Königreichs ohne die Bank von England und die Banken im Freistaat Irland lt. „Economist" (in Mill. £): Kapital und Reserven 156,0 (156,2), fremde Gelder 2154,7 (2209,4), Darlehen und Wechsel 1291,3 (1291,9). — Ueber die Abrechnungsstellen liefen im 1. Halbjahr 1924 — bis zum 25. Juni — 19 441,0 Millionen £ (1. Halbj. 1923: 18 540,8), davon im town-clearing 17 270,9 (1923: 16 365,9) Mill. £. — Auf eine (bestellte?) Anfrage im Unterhaus, ob etwa eine Verschmelzung der „big five", der fünf Londoner Großbanken, bevorstehe, antwortet der Schatzkanzler, daß eine derartige Entwicklung der Regierung nicht erwünscht sein würde. Eine Statistik des „Statist", die auch die Bank von England und die irischen Banken umfaßt, liefert folgende Ziffern (in 1000 £):

Jahr	Zahl der Banken	Kapital und Reserv.	Noten-umlauf	Depositen	Akzepte
1913	77	135376	45589	1142038	63458
1918	54	147854	126514	2274729	65079
1920	48	181751	187106	2739155	112453
1922	54	186789	165789	2553147	94677
1923	47	126412	167168	2486153	118688

Bankfusionen: Die National Provincial and Union Bank nimmt die Guernsey Banking Company und Messrs Grindlay u. Co., das Bankhaus Glyn, Mills, Currie and Co. die Firma Child and Co. auf.

Börsenwesen. Die Stock-Exchange Corpor. verteilt am 25. 3. 24 aus einem Reingewinn von 165 507 £ eine Dividende von 8 £ auf eine Aktie von 25 £, d. h. 32% p. a. Die Mitgliederanzahl beträgt 3900; neue Kandidaturen werden dadurch erschwert, daß bei der Empfehlung des Kandidaten eine Erklärung verlangt wird, der Empfehlende sei mit den persönlichen Verhältnissen des Kandidaten bekannt und dieser in finanzieller und jeder anderen Hinsicht für die Zulassung geeignet. Folgende Anleihen werden wegen Nichtzahlung der Zinsen vom Kurszettel gestrichen: 5% chines. von 1896, 4½% chines. von 1898, 5% Chines.-Hukuang Eisenb. von 1911, 4½% Rumänische Goldanleihe von 1913.

Aktienwesen. Nach einer Aufstellung des Stock Exchange Jear Book gab es in England und Schottland an Aktiengesellschaften: am 31. 12. 1922: 84 104 Gesellschaften mit einem Kapital von 4180 Mill. £. 1921: 79 994 Gesellschaften mit 4109 Mill. £. 1913: 60 754 Gesellschaften mit2425 Mill. £.

Emissionen: Die Emissionen im 1. Halbjahr 1924 betrugen lt. Economist insgesamt ohne Schatzwechsel und sonstige kurzfristige Papiere: 105,58 Mill. £ gegen 181,30 im 1. Halbjahr 1923. Davon entfielen auf England: 44,38 (i. V. 92,35) Mill. £, darunter Geldbedarf der Regierung: 10,54 (i. V. 63,73) Mill. £, auf Dominions 37,96 (52,19) Mill. £, und auf fremde Länder 23,25 (36,76) Mill. £.

Alexanders Discount Co., London. Künden, wie im Vorjahr, die Verteilung einer vorläufigenDividende von 15% p. a. für das 1. Halbjahr 1924 an.

Bank of Liverpool and Martins, Liverpool. Am 31. Dezember 1923 betragen: Fremde Gelder 64,9 (i. V. 68,6) Mill. £, Kasse und kurz-

Digitized by Google

fristige Gelder 10,4 (i. V. 11,3) Mill. £, Darlehen und Wechsel 46,8 (47,2) Millionen £.

Barclays' Bank, London. Am 31. 12. 1923 betragen: Fremde Gelder 301,5 (i. V. 303,2) Mill. £, Kasse und Bank von England: 52,8 (i. V. 53,6), Darlehen, Wechsel und kurzfristige Gelder 189,8 (189,9) Mill. £. Eröffnet u. a. während der Saison eine Filiale in Aix les Bains. Verteilt für das 1. Halbjahr 1924 auf die B-Aktien eine vorläufige Dividende von 14% p. a. wie im Vorjahr.

Baring, Brothers u. Co., London. Beteiligen sich führend (mit N. M. Rothschild) an der Uebernahme der 7,90 Mill. £ 7½% ungarischen Völkerbundsanleihe, die mit 88% aufgelegt und derartig überzeichnet wird, daß nur 40% zugeteilt werden können. Sind auch an der japanischen Anleihe (siehe Westminster Bank) beteiligt.

Coutts and Co., London. Weisen per 31. 12. 23 aus: Fremde Gelder 16,7 (i. V. 17,5), Kasse und kurzfristige Gelder: 2,8 (2,8), Darlehen und Wechsel 11,0 (11,3) Mill. £.

District Bank (vorm. Manchester and Liverpool District Banking Co.), Manchester. Am 31. 12. 23 betragen: Fremde Gelder 55,1 ((i. V. 57), Kasse 8,1 (8,4) und Darlehen und Wechsel 32,6 (34,1) Mill. £. Siehe London and Foreign Banking Corp.

Glyn, Mills, Currie, Holt and Co., London. Aendern die Firma in Glyn, Mills and Co. Uebernehmen die aus dem 16. Jahrhundert stammende Bankfirma Messrs Child u. Co., die schon im Vorjahr mit einer Großbank in Fusionsverhandlungen stand, und deren Depositen auf 3,3 Mill. £ geschätzt werden. Die fremden Gelder von Glyn, Mills u. Co. betragen am 31. 12. 1923: 27,77 Mill. £ (i. V. 26,43) Mill. £. Siehe British Overseas Bank.

Hambros Bank, London. Beteiligen sich (mit Lloyds Bank) an der Gründung der Mid-European Corporation.

Lancashire and Yorkshire Bank, Manchester. Am 31. 12. 1923 betragen: Fremde Gelder 26,2, Kasse einschl. kurzfristige Gelder 5,7 (i. Vorjahre 6,31) Mill. £, Darlehen und Wechsel 13,5 (14,5) Mill. £.

Lazard, Brothers and Co., London. Beteiligen sich (mit Lloyds Bank) am internationalen Konsortium zur Gründung der Internationalen Bank in Amsterdam (Kreditgewährung an Deutschland). Führen das englische Konsortium, das 4 Mill. £ für die Stützung des französischen Franc zur Verfügung stellt.

London Merchants Bank. Verteilen für 1923 aus 0,024 (i. V. 0,036) Mill. £ Reingewinn eine Dividende von 7% auf die A-Aktien (i. V. 2½%). Die B-Aktien erhalten keine Dividende.

Lloyds Bank, London. Verteilen für 1923 aus einem Reingewinn von 2,047 (i. V. 2,068) Mill. £ wieder eine Dividende von 16⅔% p. a. Am 31. 12. 1923 betragen: Fremde Gelder 341,6 (331,9) Mill. £, Kasse 50,6 (47,2) Mill. £, Darlehen und Wechsel 211,8 (205,1) Mill. £. Die Bank beteiligt sich (mit Lazard Brothers) an der Gründung der Internationalen Bank in Amsterdam, an der auch die Amstordamsche Bank, die Twentsche Bank, Stockholms Enskilda Bank und die Darmstädter Bank beteiligt sind. Beteiligt sich ferner an der Gründung der Mid-European Corpor. Wird die Bankverbindung der Wembley-Exhibition und errichtet in Wembley eine Filiale. Richtet unter Leitung von Sir Seymon King eine Ost-Abteilung ein, um die Interessen der Filialen in Aegypten, Indien und Burma wahrzunehmen, die durch die Uebernahme von Cox and Co. an die Bank gefallen sind.

Midland Bank, London. Am 31. 12. 1923 betragen: Fremde Gelder 361,8 (i. V. 355,9) Mill. £, Kasse 69,2 (67,8) Mill. £, Darlehen und Wechsel 263,3 (245,6) Mill. £. Der Vorsitzende Mac Kenna hält in der Generalversammlung eine vielbeachtete Rede (s. Bk. von England). Die Bank tritt in Fusionsverhandlungen mit der North of Scotland Bank ein, deren Aktien sie größtenteils besitzt.

National Bank, London. Ende 1923 betragen die fremden Gelder 40,7 Mill. £, Kasse 4,5 Mill. £.

National Provincial and Union Bank of England, London. Aendern ihren Namen in National Provincial Bank um. Weisen Ende 1923 aus: Fremde Gelder 264,7 (i. V. 264,0) Mill. £, Kasse 40,8 (41,6) Mill. £, Darlehen und Wechsel 183,8 (181,3) Mill. £. Nehmen die seit 1827 bestehende

Digitized by Google

Guernsey Banking Co. auf, die über 50 000 £ Kapital, 85 000 £ Reserven und 665 000 £ fremde Gelder verfügt; für jede mit 10 £ eingez. Aktie der Guernsey Bank sollen 2 Aktien derNat. Prov. Bank zu je 5 £ plus 18 £ 5% Kriegsanleihe gegeben werden. Nehmen ferner die Fa. Messrs Grindlay and Co., East Indian Army Agents and Bankers auf. Im Zusammenhang damit soll eine Filiale in Lahore aufgemacht werden. Insgesamt wurden in 1923 28 neue Filialen eröffnet, davon eine in Waterloo Station. Sir Felix Schuster tritt für die Goldparität der englischen Währung, d. h. für eine Deflation, ein.

N. M. Rothschild u. Sons, London. Beteiligen sich u. a. an der japanischen und der ungarischen Anleihe.

John Henry Schröder u. Co., London. Sind an der ungarischen Völkerbundsanleihe und der japanischen Anleihe beteiligt. Vermitteln der Württemberg. Elektr. Akt.-Ges. eine Anleihe von 90 000 £.

Union Bank of Manchester. Verteilt für 1923 aus 0,22 (i. V. 0,25) Mill. £ Reingewinn eine Dividende von 20% p. a. wie i. V. Weist per 31. 12. 1923 aus: Fremde Gelder 19,7 (i. V. 19,6) Mill. £, Kasse einschl. kurzfr. Darlehen 1,6 (2,4) Mill. £, Darlehen und Wechsel 16,4 (15,6) Mill. £.

Union Discount Co., London. Verteilt für 1923 aus 0,25 (i. V. 0,32) Mill. £ Reingewinn wieder eine steuerfreie Dividende von 15% und einen Bonus von 5%; ferner für das 1. Halbjahr 1924 eine vorläufige Dividende von 15% p. a. Fremde Gelder Ende 1923: 36,35 (34,14) Mill. £, rediskontierte Wechsel 16,67 (16,91) Mill. £. Disk. Wechsel 37,36 (35,49) Mill. £. Erhöht das Kapital von 2 auf 2,5 Mill. £. Von den neuen Aktien werden 25 000 Stück à 10 £ nominal und zu 5 £ eingezahlt zum Preis von 12 £ denalten Aktionären angeboten. Das Aufgeld von £ 7 per Stück wird dem Reservekonto, das auf 1,425 Mill. £ anstejgt, überwiesen. Die andere Hälfte der neuen Aktien soll gelegentlich begeben wrden.

Westminster Bank, London. Am 31. 12. 1923 werden ausgewiesen: Fremde Gelder 271,0 (282,3) Mill. £, Kasse 41,6 (42,5) Mill. £, Darlehen nund Wechsel 184,8 (195,4) Mill. £. Die Bank führt das Konsortium für die im Betrage von 25 Mill. £ zu 87½% aufgelegte 6% japanische Wiederaufbau-Anleihe. Der stellvertr. Vorsitzende, Mr. R. H. Tennant, wird Vorsitzender des Comittee of London Claring Bankers.

Williams Deacons Bank, London. Verteilen für das 1. Halbjahr 1924 wieder eine vorläufige Dividende von 13¼% p. a. Weist per 31. 12. 1923 (1922) aus: Fremde Gelder 34,5 (37,8) Mill. £, Kasse 6,3 (7,0) Mill. £, Darlehen und Wechsel 24,3 (25,8) Mill. £. Siehe British Overseas Bank.

Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 29. 2. 1924 abgelaufene Geschäftsjahr aus 0,36 Mill. £ (i. V. 0,35) Reingewinn wieder 16% Dividende. Am 29. 2. 1924 betragen: Fremde Gelder 33,21 (34,7) Mill. £, Kasse 5,7 (6,2) Mill. £, Darlehen und Wechsel 13,3 (14,3) Mill. £, Notenumlauf 3,3 (3,3) Mill. £. Der Vorsitzende tritt in der Gen.-Vers. energisch für das schottische Notenrecht, besonders die schottische 1 £-Note ein, deren Verschwinden von Mac Kenna verlangt wurde.

North of Scotland and Town and County Bank, Aberdeen. Verhandelt mit der Midland Bank wegen Vollfusion.

Royal Bank of Scotland. Beschließt eine Kapitalserhöhung von 2 auf 2,50 Mill. £. 60 000 £ gehen an das unter der Firma „Drummonds Branch of the Royal Bank of Scotland" weitergeführte Bankhaus Drummond u. Co. Der Rest wird den Aktionären angeboten, und zwar auf 100 £ alte 22 £ neue vollgezahlte Aktien mit Dividendenanspruch ab 1. 1. 1924.

Union Bank of Scotland. Das Kapital, das bisher aus 100 000 Aktien zu 50 £, die mit 10 £ eingezahlt sind, besteht, wird neu zerlegt in 1 000 000 Aktien zu 5 £, die mit 1 £ eingezahlt sind. Die Bank verteilt für das am 2. 4. 1924 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 18% p. a. wie i. V. aus 0,33 (0,33) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder: 29,3 (31,7) Mill. £. Siehe British Overseas Bank.

Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für 1923 aus 0,55 (i. V. 0,53) Mill. £ Reingewinn eine Dividende von 16% (i. V. 13%) p. a. Fremde Gelder:

Digitized by Google

Ende 1923: 43,8 (41,0) Mill. £, davon Regierungsguthaben 10,5 Mill. £. Der Notenumlauf geht weiter auf 7,4 (i. V. 7,6) Mill. £ zurück.

Hibernian Bank, Dublin. Verteilt für das 2. Halbjahr 1923 aus 0,056 Mill. £ Reingewinn eine Halbjahrsdividende von 11% p. a., so daß die Jahresdividende für 1923 10½% beträgt. Am 31. 12. 23 betrugen: Fremde Gelder 14,2 (15,9) Mill. £.

Munster and Leinster Bank. Verteilt für 1923 aus 0,14 (0,18) Mill. £ Reingewinn eine Dividende von 20%. Fremde Gelder am 31. 12. 1923: 27,2 (30,3) Mill. £.

National Bank of Ireland, Dublin. Der Reingewinn für 1923 beträgt 0,21 Mill. £ (i. V. 0,29). Verteilt eine steuerfreie Dividende von 10% p. a., d. h. etwa 1% mehr als die der Steuer unterworfene Vorjahrsdividende von 12%. Am 31. 12. 12 betrugen: Fremde Gelder 40,5 (43,5) Mill. £, Notenumlauf 2,5 (2,7) Mill. £.

Provinzial Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für 1923 eine Dividende von 11 (13½) Prozent aus 0,07 (0,12) Mill. £ Reingewinn. Am 31. 12. 1923 betrugen: Fremde Gelder 16,4 (17,6), Notenumlauf 1,8 (1,9) Mill. £.

Royal Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für 1923 eine Dividende von 8% gegen 10% im Vorjahr. Fremde Gelder Ende 1923: 7,6 (i. V. 4,8)

Anglo - South American Bank, London. Am 30. 6. 1924 werden ausgewiesen: Fremde Gelder 47,8 Mill. £, Darlehen 22,0, Wechsel 11,9 Mill. £. Legt die Filialen in Rosario de Santa Fe und in Montevideo mit denen der British Bank of South America zusammen. Siehe British Overseas Bank.

Bank of Adelaide. Verteilt für das am 31. 3. 1924 abgelaufene Geschäftsjahr aus 0,12 (i. V. 0,09) Mill. £ Reingewinn wieder 10% Dividende.

Bank of Australasia, London. Verteilt für das am 15. 10. 1923 abgelaufene Geschäftsjahr aus 0,62 (i. V. 0,62) Mill. £ Reingewinn wieder 13% Dividende. Eröffnet Filialen in Melbourne, Sidney und London-West End. Viscount Chelmsford, der zum 1. Lord der Admiralität ernannt wird, tritt aus der Verwaltung aus.

Bank of Nova Scotia, Halifax. Verteilt für 1923 aus 2,10 (2,20) Mill. Dollar Reingewinn wieder 16% Dividende. Ende 1923 betragen: Fremde Gelder 140,23 (137,25) Mill. Dollar, Notenumlauf 15,02 (15,70) Mill. Dollar.

British Bank of South America, London. Verteilt aus 0,50 (i. V. 0,52) Mill. £ Reingewinn für 1923 wieder 10% Dividende. Siehe auch Anglo-South American Bank.

British Overseas Bank, London. Die B-Aktien, die sich im Besitz von: Anglo-South American Bank, Dominion Bank, Glyn, Mills u. Co., Charles Hoare and Co., Imperial Ottoman Bank und Northern Banking Co. befanden, gehen in den Besitz der Union Bank of Scotland, Williams Deacons Bank und Prudential Assurance Co., die ebenfalls seit Gründung der Bank Aktionäre waren, über. Die A-Aktien erhalten 6% kum. Vorzugsdividende und partizipieren darüber hinaus am Gewinn, wenn die B-Aktien ebenfalls 6% erhalten haben. Die Bank führt ein Konsortium, das der polnischen Zuckerindustrie größere Kredite gewährt.

Canadian Bank of Commerce, Toronto. Verteilt für 1923 aus 0,59 Mill. £ Reingewinn wieder 13 %Dividende. In der Bilanz per 30. 11. 1923 (1922) erscheinen: Fremde Gelder: 68,12 (67,22) Mill. £, Notenumlauf 5,12 (4,6) Mill. £.

Chartered Bank of India, Australia and China, London. Verteilt aus 0,78 (i. V. 0,79) Mill. £ Reingewinn für 1923 wieder 20¼% Dividende. Ende 1923 betragen die fremden Gelder 41,59 (42,40) Mill. £. Eröffnet Filialen in Samarang (Java), auf den Philippinen und in Tokio. Die Filiale in Yokohama muß vorübergehend nach Kobe verlegt werden.

Commonwealth Bank of Australia, Sydney. Fremde Gelder am 31. 12. 1923: 29,56 (i. V, 27,54) Mill. £, Notenumlauf 52,18 (51,97) Mill. £. Die Bank führt das Konsortium für die Uebernahme von £ 1 165 000 5% South-Australian reg. Stock zu 98% (zur Konvertierung der fälligen 4% Südaustral. Anleihe). Die Anleihe hat einen Mißerfolg; es müssen 85% von den Garanten übernommen werden.

Digitized by Google

Dominion Bank, Toronto. Verteilt für 1923 aus 1,13 (i. V. 1,18) Millionen Dollar Reingewinn 13% Dividende wie i. V. Am 31. 12. 23 betragen: Fremde Gelder 88,91 (98,35) Mill. Dollar, Notenumlauf 7,37 (7,57) Millionen Dollar. Siehe British Overseas Bank.

Hambros Bank, London. Verteilt für das letzte Geschäftsjahr aus 0,30 (i. V. 0,36) Mill. £ Reingewinn wieder 18% p. a. Dividende. Es werden ausgewiesen: Kasse 4,03 (3,14) Mill. £, Wechsel 2,77 (1,68) Mill. £, Britische Anleihen 1,64 (4,19) Mill. £.

Hongkong and Shanghei Banking Corporation. Verteilt aus 3,35 Mill. Dollar Reingewinn wieder 8 £ p. share Dividende. 1 Mill. Dollar werden der Silberreserve überwiesen, die dadurch auf 25,50 Mill. Dollar steigt. Stellt bei der Regierung von Hongkong den Antrag, das Notenkontingent von 20 auf 30 Mill. Dollar zu erhöhen und die Deckungsbestimmungen entsprechend zu ändern. Beteiligt sich an der Auflegung der japanischen Wiederaufbau-Anleihe.

Imperial Bank of India, Calcutta - Bombay - Madras. Verteilt für das 2. Halbjahr 1923 aus 49,13 (i. V. 69,16) Crore Rupien Reingewinn wieder 16% p. a. steuerfreie Dividende. Siehe auch Indische Währung.

London and Foreign Banking Corporation, London. Wird mit 500 000 £ Kapital unter Mitwirkung der Manchester and Liverpool D. B. Co. (jetzt District Bank) gegründet.

Mercantile Bank of India, London. Verteilt aus einem Reingewinn von 0,26 (i. V. 0,27) Mill. £ wieder 16% Dividende. Eröffnet Filialen in Batavia und Soerabaja.

Mid - European Corporation, London. Wird mit 500 000 £ Kapital für mitteleuropäische, insbesondere deutsche, Finanzierungen gegründet.

National Bank of Australasia, Melbourne. Eine a. o. Gen.-Versammlung beschließt eine Kapitalserhöhung auf 10 Mill. £ durch Schaffung von 150 000 Aktien zu je 10 £ und 437 500 Aktien zu 8 £, die aber nur mit 5 £ einzuzahlen sein sollen.

National Bank of Egypt., Cairo. Verteilt aus 0,90 (i. V. 0,91) Mill. £ Reingewinn für 1923 wieder 15% Dividende. Am 31. 12. betragen: Fremde Gelder 13,12, Notenumlauf 36,40 Mill. £.

National Bank of New Zealand, Wellington. Verteilt aus 0,39 (i. V. 0,22) Mill. £ Reingewinn für das am 31. 3. 1924 abgelaufene Geschäftsjahr wieder 12% Dividende und 2% Bonus.

National Bank of South Africa, Pretoria. Die Bank, die durch Kapitalreduktion saniert werden mußte, schreibt den am 31. 12. 1924 ausgewiesenen Reingewinn von 202 991 £ vollständig ab. Fremde Gelder am 31. 3. 1924: 33,97 Mill. £.

P. and O. (Peninsular and Oriental) Banking Corporation. Verteilt für das am 31. 3. abgelaufene Geschäftsjahr wieder 5½% Dividende aus 0,136 ((i. V. 0,139) Mill. £ Reingewinn.

Royal Bank of Canada, Toronto. Verteilt aus 3,91 (i. V. 3,96) Millionen Dollar Reingewinn wieder 12% Dividende und 2% Bonus.

Standard Bank of South Africa, London. Am 30. 9. 1923 werden ausgewiesen: Kasse 7,14 (i. V. 6,89) Mill. £, kurzfristige Gelder 2,58 (3,15) Mill. £, diskontierte Wechsel 30,73 (36,33) Mill. £, fremde Gelder 4710 (50,45) Mill. £. Der Notenumlauf ist bis auf einen Rest von 0,66 Mill. £ aus dem Verkehr gezogen.

Umschau

DAS RECHT AUF KREDIT.

Seitdem die Deutsche Reichsbank das Steuer ihrer Politik mit heftigem Ruck von der äußersten Freigebigkeit zur schärfsten Restriktion hinübergeworfen hat, ist sie dem konzentrischen Angriff der dadurch in Bedrängnis geratenen Industrie ausgesetzt. Der Reichsbank-Präsident hat es wohl nur seiner Eigenschaft als tätiges und im Auslande wohlakkreditiertes Mitglied der engeren Kommission zur Errichtung der neuen Goldnotenbank zu danken, wenn sein Rücktritt nicht in aller

Digitized by Google

Oeffentlichkeit, sondern nur in der Heimlichkeit gewisser wirtschaftlicher und politischer Konventikel gefordert wird. Die Reichsbank setzt sich gegen diese Angriffe mit dem besten Verteidigungsmittel, dem Gegenhieb, zur Wehr, indem sie die stürmischen Kreditforderungen der Industrie als eine rücksichtslose Attacke gegen die eben erst mit Not und Mühe stabilisierte deutsche Währung brandmarkt. Die Industriellen wüßten sehr wohl, daß eine Erweiterung der Kreditgewährung nur im Wege der Inflation möglich sei. Wenn sie trotzdem mit solcher Zähigkeit an ihrer Forderung festhielten, so bewiesen sie damit, daß ihnen ihr persönliches Interesse mehr am Herzen liege als die nationale Wohlfahrt. Mit dieser Insinuation tut die Bank den Kreditfordernden aber bitteres Unrecht. Die Lage der deutschen Industrie ist heute eine derartige, daß der Kredit als Brücke zwischen dem Stadium der Produktion und demjenigen der Marktfähigkeit der Waren schlechterdings nicht entbehrt werden kann. Warum das so ist, liegt auf der Hand. Die Industrie hat ihre Mittel so weitgehend immobilisiert, daß ihre Betriebsreserve, insbesondere ihr Lohnfonds, zusammengeschrumpft ist und in keinem Verhältnis mehr zu der Größe der Anlagen und der an diese Anlagen gebundenen Belegschaften steht. Was aber weniger ihr eigenes Verschulden, als die natürliche Wirkung einer jahrelang fortgesetzten Währungspolitik ist, die jeden flüssigen Vermögensteil mit Wertvernichtung bedrohte und so eine Politik der Substanz e r h a l t u n g durch Substanz- v e r m e h r u n g geradezu erzwang. Was aber an Reserven (in Form von Effekten und Vorräten) etwa noch verhanden ist, das ist durch die jetzt an allen Punkten der Wirtschaft zu gleicher Zeit auftretende Notwendigkeit, die Reserven zu liquidieren, teils entwertet, teils glattweg unverkäuflich geworden. Eine Zeitlang hat die Industrie sich genommen, indem sie ihre Devisenbestände, die eigentlich als eiserne Reserve gedacht waren, in Bargeld umwandelte. Aber auch diese letzte Rücklage ist jetzt in den meisten Fällen erschöpft. Es bleibt also der Industrie, der die Beschaffung neuen Eigenkapitals — durch Aktienemission oder Aufnahme von Beteiligungen — im Inlande überhaupt nicht und im Auslande nur noch ausnahmsweise möglich ist, gar keine andere Wahl, als an den Kredit derjenigen Instanz zu appellieren, die das letzte Reservebecken der Wirtschaft darstellt und eigentlich nur als solches eine Existenzberechtigung hat. Wie die Reichsbank es anstellt, um den Kredit flüssig zu machen, der heute infolge ihrer eigenen Politik nötig geworden ist, das zu erwägen ist nicht Sache der Kreditbedürftigen. Und wenn die Bank erklärt, der Kredit lasse sich auf andere Weise als durch neue Falschmünzerei nicht beschaffen, so fällt der Vorwurf, den sie damit gegen die Erwerbskreise zu schleudern glaubt, auf sie selbst zurück, denn ihre Aufgabe war es, zu rechter Zeit Reserven anzusammeln, mit deren Hilfe eine etwaige Krisis ohne Zuhilfenahme inflationistischer Maßnahmen überbrückt werden konnte; namentlich aber eine Krisis wie die gegenwärtige, deren Eintritt für den Zeitpunkt einer planmäßigen Währungsbefestigung mit Sicherheit zu erwarten war. Da nun mangels hinreichender Krisenbereitschaft der Reichsbank die Kredite fehlen, deren die Wirtschaft bedarf, so wendet diese jetzt Gewaltmittel an, um die Kredithergabe zu erzwingen, sie stamme aus welchen Quellen sie wolle. Große Werke drohen, ihren Betrieb stillzulegen und ihre Arbeiter zu entlassen, wenn man ihnen nicht die erforderlichen Lohngelder zur Verfügung stelle. Die bezeichnendsten Beispiele sind die der Mansfelder Kupferwerke und der Firma Heinrich Lanz in Mannheim. Die ersteren haben denn auch erreicht, daß das Reich — dessen eigene und mittelbare Einkunft durch Erdrosselungssteuern so gesteigert worden sind, daß die Ansammlung allzu großer Bestände z. Zt. nur durch planmäßige Ausgabensteigerung verhindert werden kann — der Gesellschaft die geforderten Kredite zugewendet hat, nachdem es zu einer sozial zugespitzten Interpellation gekommen war. Bei Heinrich Lanz hat die Betriebsverwaltung es den Arbeitern überlassen, ihren politischen Einfluß an die Beschaffung der nötigen Lohngelder zu setzen. Die Arbeiterschaft hat, um der drohenden Stillegung zu entgehen, sich an den ihr politisch nahestehenden Arbeitsminister in Baden gewendet und gleichfalls durchgesetzt, daß der Werkleitung die erforderlichen Kredite bewilligt wurden. So ist denn die Kreditfrage glücklich in ein rein politisches Fahrwasser geraten, was übrigens vorauszusehen war. Denn schon die Gewährung von 800 bis 900 Millionen Mark Rentenmarkkrediten an die Landwirtschaft, die neben den währungstaktischen Gründen die Hauptursache der Krediteinschränkung gegenüber der Industrie- und Bankwelt war, trug einen ausgesprochen politischen Charakter. Unter solchen Umständen ist es denn auch nicht zu verwundern, daß weite Kreise bei jeder Hand-

Digitized by Google

lung und Unterlassung der Reichsbank politische Motive wittern. So geht z. B. eine Anfrage, die unlängst der Abgeordnete Graefe im Reichstag an die Regierung gerichtet hat, kurzerhand von der Annahme aus, daß die Reichsbank gewisse Kredite nur im Hinblick auf die Stellungnahme der Kreditanwärter zur Reparationsfrage und zum Sachverständigenplan verweigert habe; der Reichsbank-Präsident habe sich der Bank von England gegenüber verpflichtet, „nationalistische" Kredite nicht zu gewähren. Natürlich trifft diese Annahme nicht zu. Die Reichsbank hat nach England lediglich erklärt, daß sie sich stark genug fühle, ihre Restriktionspolitik allen politisch maskierten Kreditforderungen zum Trotz durchzusetzen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß das Recht auf Kredit, das die Wirtschaft, wenn jemals, dann in Zeiten wie den gegenwärtigen hat, sich ganz offen hinter die politischen Machtfaktoren stellt, weil es nur dann Aussicht hat, befriedigt zu werden. Das sind dieselben Verhältnisse, die in der Geschichte der Vereinigten Staaten zweimal zur Abschaffung der Zentralnotenbank geführt und später bewirkt haben, daß das neue Notenbanksystem mit den größtmöglichen Sicherungen umkleidet worden ist, damit die rein wirtschaftliche Frage der Kreditgewährung nicht zu einer politischen Machtfrage würde. Es sind dieselben Verhältnisse, die in Ländern ohne allzu lange Tradition immer wieder zu der Frage führen, ob es nicht besser sei, die Sorge für die Bildung einer Devisenreserve den politisch unabhängigen Privatbanken zu überlassen, und die Sorge für die Währung statt an eine Zentralbank an eine mechanisch arbeitende, reine Umwechslungsdienste verrichtende Konversationskasse ohne Kredit- bzw. Diskont-Abteilung zu übertragen.

DER ZERSTÖRTE GELDMARKT.

Die Preußische Staatsbank (Seehandlung), die als Kassenhalterin zahlreicher Behörden bald Groß-Geldgeber, bald Groß-Geldnehmer, meist aber beides zu gleicher Zeit ist, hat Mitte Juli den Berliner Banken und Bankiers mitgeteilt, daß sie täglich fällige Einlagen von ihnen nicht mehr annehmen könne, weil die Weiterbegebung in gleicher Form mit Nutzen nicht möglich sei; denn tägliches Geld sei am Geldmarkt so gut wie unanbringlich. In der Tat ist der Zins für Tagesgeld hier in wenigen Wochen von 1 Promille je Tag (etwa 36 Prozent p. a.) auf ¼ Promille (etwa 9 Prozent p. a.) gesunken; und zu diesem Satze, der mit den sonstigen Kreditbedingungen in Deutschland aufs schärfste kontrastiert, kommt es oft nicht einmal zum Abschluß, weil die Zahl der Geldnehmer begrenzt ist. Dieser scheinbar abnorme Zustand hat seinen Grund nicht etwa in einem absoluten Geldüberfluß der Banken: Für Einlagen auf 14 Tage bewilligen die Banken gern 15 Prozent und darüber, für mehrmonatliche Gelder 20 Prozent. Aber die Banken sind heute genötigt, ungleich höhere Reserven zu halten als sonst, weil eine exakte Gelddisposition ihnen durch die herrschende Krisis ganz unmöglich gemacht wird. Während sie in normalen Zeiten mit einem gewissen Turnus im Rückfluß der ausgeliehenen Gelder rechnen, insbesondere aber ihre Kassenhaltung den Fälligkeitstagen der diskontierten Wechsel anpassen konnten, fehlt ihnen heute jeder Ueberblick über die zu erwartenden Eingänge, da die Kundschaft die vereinbarten Kredittermine nicht innehält und sogar den Verfalltag der Wechsel einfach ignoriert. Daraus ergibt sich aber nicht nur eine vollkommene Unkenntnis darüber, inwieweit die Auszahlungen der nächsten Tage aus Eingängen gedeckt werden können, sondern zugleich eine zunehmende Ungewißheit über die Höhe der eigenen Zahlungsverpflichtungen. Denn für alle bei der Reichsbank rediskontierten Wechsel, die von den Acceptanten nicht honoriert werden, müssen die Banken mit ihren eigenen Mitteln einspringen, und es handelt sich dabei nicht nur um unbekannte, sondern häufig auch recht erhebliche Summen: Ist doch in letzter Zeit ein erschreckend hoher Prozentsatz der von der Reichsbank zur Einlösung präsentierten Wechsel mangels Zahlung protestiert worden. Die Zahlungsbereitschaft der Banken muß also heute eine ungewöhnlich große sein. In früheren Jahren bot der sogenannte „Geldmarkt", d. h. der Markt für solche Kapitalien, die auf kurze Frist ausgeliehen werden, den Banken eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich flüssig zu halten und ihr Geld dennoch zinstragend zu verwerten. Da war zunächst die Spielart des sog. „Ultimogeldes", die es den Banken gestattete, Geld auf einen Monat festzugeben, indem sie entweder Effektenposten en bloc bevorschußten oder bestimmte Effek-

Digitized by Google

ten mit Rücklieferungsklausel hereinnahmen (Reportgeschäft). Aber diese Geschäftsart hatte einen lebhaften Börsenterminhandel zur Voraussetzung, und der fehlt heute. Für einen anderen Teil der Gelder, der die Festlegung auf einem vollen Monat nicht vertrug, weil er zu unbekannter Zeit in bar disponibel sein mußte, existierte der „Privatdiskontmarkt". Die Banken kauften erstklassige Wechsel mit sechs- bis zwölfwöchiger Lauffrift an und verkauften die Wechsel am gleichen Markte wieder, wenn ein unerwarteter Geldbedarf eintrat. Dieser Markt hatte aber zur Voraussetzung, daß stets und unbedingt Käufer vorhanden waren; und in der Tat gab es eine Reihe von geldkräftigen Häusern, die am Berliner Markt ungefähr die Rolle spielten, wie die Diskont-Gesellschaften in London, und die notfalls als letzte Rediskonteure einsprangen; genauer gesagt, als vorletzte, denn hinter ihnen stand als allerletzte Stelle noch die Reichsbank. Seitdem aber die Krisis hinter die Bonität der allermeisten Unterschriften, selbst solche großer Banken, ein Fragezeichen gemacht hat, und überdies die Mittel der Diskontfirmen knapp geworden sind, fehlt die Gewißheit der Rediskontierbarkeit. Und da auch die Reichsbank sich aus währungspolitischen Gründen ablehnend verhält, existiert ein Diskontmarkt überhaupt nicht mehr. Lange Zeit hat die dritte Spielart des Geldhandels, diejenige des „täglichen Geldes", die anderen beiden notdürftig ersetzt. Aber jetzt versagt auch diese. Dem drängenden Ueberangebot von Tagesgeld aus den angewachsenen Bankreserven steht keine entsprechende Nachfrage mehr gegenüber. Der „Bedarf" ist zwar groß wie nur je; aber die Reflektanten können die strengen Bedingungen nicht erfüllen, welche die Banken angesichts der Wertminderung aller Börsenpapiere, der einzigen Deckung, die eine wirkliche Liquidität der Tagesgelder garantiert, heute notwendig stellen müssen. Und die Seehandlung, die das Angebot bisher absorbiert hat, ist nunmehr auch aus dem Markte geschieden. Wo also früher drei lebhafte Märkte pulsierten, die unter einander in engster Verbindung standen und sich weitgehend ersetzten — der Zins stellte immer ein gewisses Gleichgewicht zwischen ihnen her — besteht heute kein einziger wirklich leistungsfähiger Markt mehr. Der „Geldmarkt" hat zu funktionieren aufgehört, nachdem er übrigens schon seit längerer Zeit durch das Entstehen von Nebenmärkten, auf denen öffentliche Banken, Sparkassen, Neureiche usw. Geldpolitik auf eigene Faust trieben, in seiner ausgleichenden Wirksamkeit behindert worden war. Die Folge ist, daß immer größere Teile der Bankreserven sich entweder auf jene unkontrollierbaren Nebenmärkte verlieren, wo sie erheblicheren Gefahren ausgesetzt sind, oder die Form baren Geldes annehmen. Möglicherweise ist es diese Ueberhandnahme der Kassenbestände, die auch außerhalb des Bankwesens zu beobachten ist, was die Wirkungen der kleinen Inflation, die z. Zt. in Deutschland herrscht, teilweise wieder aufhebt; die Umlaufsgeschwindigkeit der Banknoten und Rentenbankscheine wird dadurch verlangsamt und ihre Ueberzahl so weniger schädlich gemacht. Ob diese Annahme zutrifft, wird sich herausstellen, sobald ein halbwegs leistungsfähiger Geldmarkt wieder existiert. Der Versuch, ihn neu zu beleben, wird bereits gemacht, und zwar von derselben Preußischen Staatsbank, die das Marktgebiet des täglichen Geldes durch ihr Ausscheiden lahmgelegt hat. Die Bank hat den Mitgliedern der Berliner „Stempelvereinigung", d. h. der zwölf größten Banken und Bankhäusern Berlins, mitgeteilt, daß sie bereit sei, mit ihrer Unterschrift versehene Wechsel zu rediskontieren. Damit würde das Institut gewissermaßen in die Stellung der Reichsbank einrücken und einen neuen Privatdiskontmarkt schaffen; freilich nur einen äußerst engen Markt, es sei denn, daß ihre Rediskontierungs-Bereitschaft einige der zwölf Banken veranlaßt, den Markt durch Wiederbelebung des eigenen Diskontgeschäfts zu erweitern.

SUMMUM JUS — SUMMA INJURIA.

In den Ländern mit zerstörter und auf abgrundtiefem Stande neubefestigter Währung — Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Polen — kommt die Frage der „Aufwertung", d. h. der Anpassung der Vertragsrechte an ihren ursprünglichen dinglichen Wert, nicht zur Ruhe. Man hat allmählich eingesehen, daß dieses Gebiet dem meist sehr kurzsichtigen Billigkeits-Fanatismus des Richters entzogen und dem Gesetzgeber vorbehalten werden muß. Dadurch ist die Frage aber zum Spielball der Partei-Demagogie geworden. Sobald sich ein Wechsel in der Zusammensetzung des Parlaments vollzieht, kommt die Aufwertungsfrage von

Digitized by Google

neuem in Fluß, weil Recht und Billigkeit sich von jedem parteipolitischen Standpunkt aus anders ausnehmen. Man erkennt heute zwar ziemlich allgemein, daß eine mechanische Wiederherstellung des ursprünglichen Vertragswillens ein Ding der Unmöglichkeit ist, weil zwei Zahlen, die rechnungsmäßig dieselbe Größe darstellen, angesichts der veränderten Verhältnisse dennoch eine völlig verschiedene Bedeutung haben. Nicht nur beim Einzelnen, sondern auch beim nationalen Ganzen hat sich der Deckungsfonds, aus dem verbriefte Geldansprüche befriedigt sein wollen, erheblich reduziert. Woraus man folgert, der Gläubiger habe einen Teil seines rechnungsmäßigen Anspruchs zu opfern, weil er zum mindesten ebenso wie der Schuldner die Folgen der Währungs- und Wirtschaftskatastrophe gegen sich gelten lassen müsse. In Deutschland hat die dritte Steuernotverordnung diesem Gedanken so weitgehend Rechnung getragen, daß der Hypothekengläubiger auf 85 Prozent — unter Berücksichtigung des Zinsverlustes auf einen noch größeren Teil — seiner Forderung verzichten muß. Ist der Schuldner wirtschaftlich schwach, so wird dem Gläubiger ein noch weitergehender Verzicht zugemutet. Läßt man die Angemessenheit des normalen Prozentsatzes aus dem Spiel, so hat es hier äußerlich den Anschein, als ob der Gesetzgeber nach den Grundsätzen der gewissenhaftesten Rechtsfindung vorgegangen sei. In Wirklichkeit aber ist das Gegenteil der Fall. Der Gesetzgeber hat sich eine Verletzung des kodifizierten Rechts und zugleich eine Verletzung des Vertragsinhalts zu Schulden kommen lassen, den er schützen wollte. Denn eine Hypothekenforderung richtet sich in erster Linie nicht gegen die Person des Schuldners, sondern haftet am Grundstück und darf daher, wenn dieses die Forderung deckt, nicht in Beziehung zu der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Schuldners gebracht werden. Eine noch krassere Verletzung des Vertragsinhalts bedeutet aber die Tatsache, daß bei der prozentualen Aufwertung die Rangordnung der Hypotheken im Grundbuch außer Acht gelassen wird. Hier ergibt sich die geradezu unsittliche Konsequenz, daß eine Scheinhypothek oder eine zu siebenter Stelle eingetragene sog. „Schornsteinhypothek", die vor dem Kriege absolut wertlos war, genau so wertvoll wird wie eine pupillarisch sichere erste Eintragung. (Und ungleich wertvoller als eine vormals gleichfalls mündelsichere Forderung an Reich und Staat, die auf absehbare Zeit, wenn nicht dauernd, von der Aufwertung ausgenommen bleibt.) Es zeigt sich so immer von neuem, daß eine befriedigende Wiederherstellung des durch die Geldentwertung einmal zerstörten Rechts auf die Quadratur des Zirkels hinausläuft. Und, selbst wenn es möglich wäre, den Rechtsinhalt privater Geldverträge in einer der Billigkeit voll entsprechenden Weise wiederherzustellen, würden doch gerade die krassesten und verhängnisvollsten Verletzungen öffentlich-rechtlicher Abmachungen ungeheilt bleiben. So vor allem die Verletzung des heiligen contrat social zwischen Staat und Staatsbürger, in dem jener diesem zusichert, daß ein in staatlichen Geldzeichen ausgedrückter und durch sie garantierter Besitz dauernden Bestand und gleichbleibenden Wert haben solle. Durch keinen Vertragsbruch sind so viel Existenzen ruiniert worden, wie durch die einseitige Suspendierung dieses contrat sozial, der die Wurzel aller anderen Vertragsverletzungen ist, und neben dem auch substanziell die Ausbeutung der wichtigsten Privatverträge verblaßt. Jeder Versuch, nur die letzteren wieder in Kraft zu setzen, die Folgen des staatlichen Rechtsbruchs aber auf sich beruhen zu lassen, ist demagogische Halbheit.

Literatur.

Stinnes und seine Konzerne. Von Paul Ufermann und Carl Hüglin. Berlin 1924. Verlag für Sozialwissenschaft (206 S.). — Aus dem Inhalt: Die Dynastie Stinnes. — Hugo Stinnes in der Vorkriegszeit. — Stinnes im Weltkriege. — Die Konsolidierung der Stinnesmacht in der Nachkriegszeit. — Die Privatkonzerne des Herrn Stinnes. — Der Stinneskonzern im Ausland. — Der Stinneskonzern als volkswirtschaftlicher Faktor.

Die Arbitrage in Wertpapieren, Wechseln, Münzen und Edelmetallen. Handbuch des Börsen-, Münz- und Geldwesens sämtlicher Handelsplätze der Welt. Von Otto Swoboda. Sechzehnte Auflage, vollständig umgearbeitet und vermehrt von Max Fürst. Erster Teil (Deutschland). Berlin und Leipzig 1924. Ver-

Digitized by Google

lag der Haude und Spenerschen Buchhandlung Max Paschke (geb. 12 M.). — Aus dem Inhalt: Das Wesen der Arbitrage. — Die Edelmetall- und Münzenarbitrage. — Goldpunkte. — Passiergewicht. — Prägerecht. — Legierung. — Münzfuß. — Remedium. — Wertverhältnis zwischen Gold und Silber. — Die Devisenarbitrage. — Devisenparitätskurve. — Handelsbilanz. — Zahlungsbilanz. — Die Wertpapierarbitrage. — Beispiele für Paritätsermittlung von Kursen an Auslandsbörsen.

Könige der Inflation. Von Paul Ufermann. Berlin 1924. Verlag für Sozialwissenschaft (geb. 2,50 M.). — Aus dem Inhalt: Hugo Stinnes. — Otto Wolff. — Alfred Ganz. — Friedrich Minoux. — Jakob Michael. — Camillo Castiglioni. — Siegmund Bosel.

Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Deutschen Nationalistischen Geheimbünde seit 1918. Von E. I. Gumbel. Berlin 1924. Malik-Verlag (224 S.). — Aus dem Inhalt: Dokumente zum Kapp-Putsch. — Die großen politischen Attentate. — Kapitän Ehrhardt und die Organisation C. — Roßbach. — Die schwarze Reichswehr. — Prinzipielles zu den Geheimbünden.

Reichs-Steuer-Gesetze und Verordnungen. Herausgegeben von Dr. Kurt Ball und Alfred Dresel. 3. Band. (Gesetzgebung vom Oktober 1923 bis Mai 1924) Mannheim, Berlin, Leipzig 1924. J. Bensheimer. (Geb. 12.—). — Aus dem Inhalt: Reichsverfassung und Finanzausgleichsgesetz. — Friedensvertragsrecht. — Reichsabgabenordnung. — Steuern- und Kapitalflucht. — Einkommensteuer. — Körperschaftssteuer. — Kapitalertragsteuer. — Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. — Vermögensteuer. — Zwangsanleihe. — Umsatzsteuer. — Erbschaftssteuer. — Zuwachssteuer. — Kapitalverkehrsteuern. — Kraftfahrzeugsteuer. — Wechselsteuer. — Börsensteuer. — Letzte Nachträge.

Die Politik der Reichsbank und die Reichsschatzanweisungen nach dem Kriege. Von Alfred Lansburgh. Verlag von Duncker u. Humblot. München und Leipzig 1924. (54 Seiten.) — Inhalt: Grundsätzliches zur Frage der Deckung des außerordentlichen Reichsbedarfes. — Die Reichsbank zur Zeit des Waffenstillstandel. — Die Reichsfinanzpolitik nach dem Kriege. — Reichsbank, Reichsschatzanweisungen und Kapitalmarkt. — Die Reichsbank und die Währung.

Der Bankbeamte. Herausgegeben von Dr. Otto Knörk und Dr. Karl Jänicke. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth & Linde (geb. 6.—). — Aus dem Inhalt: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bankangestellten. — Das Bankwesen und die Berufsaufgaben des Bankbeamten. — Die handelstechnischen Grundlagen der bankgeschäftlichen Tätigkeit. — Die rechtliche Stellung des Bankbeamten. — Literaturverzeichnis.

Die schweizerischen Effektenbörsen während und nach dem Weltkrieg 1914 bis 1921. Von Dr. Walter Stucki. Zürich 1924. Rascher & Cie. A.-G. (165 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Börsenkonjunktur. — Kritische Betrachtung der Preisbildung. — Die Beeinflussung der Preisbildung durch politische Faktoren. — Die Beeinflussung der Preisbildung durch die Gestaltung der Devisenkurse. — Börse und Wirtschaftsbilanz. — Grundsätzliches zur Börsenorganisation. — Die Bedingtheit des Kapitalexportes durch die Struktur unserer Volkswirtschaft. — Die staatliche Börsenpolitik. — Die administrativen Maßnahmen gegen den Kapitalexport.

Goldmark-Eröffnungsbilanz und Technik der Goldmarkbuchführung. Von Dr. Gustav Müller. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (2 Goldm.). — Aus dem Inhalt: Folgen der bilanzmäßigen Umstellung auf Goldmark. — Goldmarkbuchführung. — Verordnung über Buchführung auf wertbeständiger Grundlage.

Abschluß und Abwicklung der Effektengeschäfte im Wiener Börsenverkehr. Von Karl Meithner. Wien 1924. Höler-Pichler-Tempsky A.-G. (G.-M. 4.—). — Aus dem Inhalt: Die Effektengeschäfte und ihr Abschluß an der Börse. — Kauf- und Verkaufsgeschäfte. — Prolongations-, Kost- und Reportgeschäfte. — Das Taggeldgeschäft. — Prämiengeschäfte. — Abwicklung der Effektengeschäfte nach den Einrichtungen der Wiener Börse.

Goldbilanzen-Verordnung und Vorzugsaktien. Zur Frage der Rechtsgültigkeit der über sogenannte schuldverschreibungsähnliche Aktien in den Durchführungsbestimmungen zur Goldbilanzen-Verordnung enthaltenen Vorschriften. Ein Rechtsgutachten von Dr. Heinrich Triepel, Geh. Justizrat. Berlin und Leipzig

Digitized by Google

1924. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter De Gruyter & Co. (G.-M. 1,80.)

Die Absetzungen für Abnutzung nach dem Einkommensteuergesetz. Von Senatspräsident Dr. jur. Georg Strutz. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth & Linde (65 Seiten). — Aus dem Inhalt: Der Vorgang des preußischen Einkommensteuergesetzes im Landtag. — Das Urteil des Reichsfinanzhofs vom 19. Oktober 1922. — Fiskalische Erwägungen.

Die Arbeitsverteilung in der deutschen Industrie Ende 1921. Kartenwerk der Reichsarbeitsverwaltung mit einleitenden und erläuternden Bemerkungen von Präsident Dr. Friedrich Syrup. Hierzu: Zahlenwerk über die Arbeiterverteilung in der deutschen Industrie. Bearbeitet in der Reichsarbeitsverwaltung. Berlin 1924. Verlag des Reichsarbeitsblattes (Reimar Hobbing). Preis in Sammelmappe 36 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Der Einfluß der neuen Grenzen des Deutschen Reiches auf die deutsche Industrie. — Geschlecht und Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft. — Die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland nach dem Kriege. — Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen. — Die Zahl der Arbeitslosen. — Auswanderung aus Deutschland. — Ausländische Arbeiter in Deutschland. — Die Arbeiterverbände in Deutschland. — Die Arbeitskämpfe in Deutschland. — Der Umfang der Tarifverträge in Deutschland.

Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung. Nach den Methoden und unter Mitwirkung von Ernst Kahn. Frankfurt a. M., Mai 1924. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. (G.-M. 2,—). — Aus dem Inhalt: Die Wirtschaftslage Anfang Mai 1924. — Die Preise. — Der Arbeitsmarkt. — Die Valutabewegung. — Die Börse. — Die Zunahme unproduktiver Arbeitskräfte. — Notenbankwesen.

Tabellarische Uebersicht über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer 1924. Von Dr. W. Beuck und W. Erfurth. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth & Linde. (G.-M. 1,80.)

Erbschaftssteuergesetz in der Fassung des Artikel III der Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 mit Erläuterungen zu den neuen Vorschriften von Josef Marcus. Zugleich Ergänzungsheft zu des Verfassers vierter Auflage des Erbschaftssteuergesetzes 1922. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth & Linde. (G.-M. 3,80.)

Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember 1923 mit Durchführungsverordnungen vom 28. März 1924. Erläutert von L. Quassowski, Ministerialrat im Reichsjustizministerium und W. Susat, Direktor im Statistischen Reichsamt. Mannheim, Berlin, Leipzig 1924. J. Bensheimer (geb. G.-M. 6,—) .

Gibt es eine exakte Nationalökonomie? Vortrag, gehalten in der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung vaterländischer Sprache und Altertümer zu Leipzig am 18. Februar 1924 von Dr. phil. Bruno Moll. Leipzig 1924. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H. (G.-M. 1,20).

Deutsches Handelsrecht. Von Prof. Dr. Karl Lehmann. Neu bearbeitet von Prof. Dr. Heinrich Hoeniger. II. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, eingetragene Genossenschaften, Handelsgeschäfte. (Sammlung Göschen) Berlin und Leipzig 1924. Walter de Gruyter & Co. (Goldmark 1,25 geb.).

* * *

Schmollers Jahrbuch (Spiethoff). 48. Jahrgg. 1. u. 2. Heft. — Aus dem Inhalt: Zur Lehre vom Produktionsfaktor Arbeit (Albrecht). — Die Progression in der Geldentwertung (Möller).

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Lederer). 52. Band, 1. Heft. — Aus dem Inhalt: Historismus (Mannheim). — Der Sozialismus als sittliche Idee etc. (Heimann).

Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Manes). 1. Juli 24. — Aus dem Inhalt: Rückversicherung und Valutaproblem (Ehrenberg). — Die Goldmarkeröffnungsbilanz der Vers.-Ges. (Lion).

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis (Nicklisch-Obst). Juli 1924. — Aus dem Inhalt: Der Rhythmus in der Unternehmung (Berliner). — Die Stimmrechtsaktien (Lorentz).

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Juni 1924

(in Millionen Mk. mit Ausnahme des Jahres 1924; vergl. die Anmerkungen.)

		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Kassen- und Darlehnskassch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Reichs-Schatzanweisung	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.**	Privatguthaben**	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
6. 6.	24*	13,1 (441,9 Mil.)	864,0	0,4	1 952 925,2	—	117 655,0	80 016,3	525 285,5	180,0	160,5	954 249,1	517 897,4	627 662,8	—	424 057,3
	23	16819,2 (756,9)	2 194 992,9	484,6	4 619 167,5	8 448 396,6	72 164,0	515,6	672 879,2	180,0	160,5	9 309 565,6	895 246,2	4747814,0	—	1 072 453,4
	22	1022,4 (1002,9)	5 981,4	4,6	3 319,5	164 041,6	80,0	210,5	11 582,6	180,0	127,3	154 914,9	5 454,5	22 556,7	—	3 010,2
15. 6.	24*	12,8 (448,0 Mil.)	849,0	0,6	1 954 048,1	—	110 349,2	76 614,8	539 618,3	180,0	160,5	923 582,9	336 294,9	365 525,7	—	382 476,3
	23	17581,1 (756,9)	2 159 674,7	731,1	5 034 102,6	10426602,8	82 747,1	463,4	742 954,7	180,0	160,5	10905091,9	728 482,4	5413299,6	—	1 417 643,1
	22	1022,6 (1003,9)	9 163,2	6,9	3 754,9	171 903,5	90,2	223,2	9 194,1	180,0	127,3	155 345,8	10 864,6	25 967,1	—	2 874,5
23. 6.	24*	23,4 (462,2 Mil.)	752,0	0,2	1 867 952,4	—	100 935,4	76 557,1	625 782,5	180,0	160,5	891 345,7	724 982,4	346 716,9	—	406 658,7
	23	19543,1 (756,9)	2 385 872,4	936,4	5 913 782,7	12898148,8	101 742,1	236,2	803 851,9	180,0	160,5	13091738,6	1521968,3	5892469,7	—	1 617 600,9
	22	1023,2 (1003,9)	1 1150,7	8,9	4 161,3	167 624,7	269,6	233,2	5 980,4	180,0	127,3	157 935,8	9 446,4	20 043,8	—	2 719,4
30. 6.	24*	23,5 (462,2 Mil.) a	698,0b	0,4	1 897 959,7	—	108 789,3	76 377,6	702 307,4	180,0	160,5	1 097 308,6	493 043,0	280 884,1	—	416 582,4
	23	19902,7 (716,9)	2 866 836,8	472,6	6 914 198,6	18388177,3	188 548,6	344,8	1060 699,7	180,0	160,5	17291061,3	1648114,8	8304602,3	—	2 145 062,5
	22	1023,6 (1003,9)	14 605,1	4,3	4 751,7	186 125,7	59,0	307,6	3 609,1	180,0	127,3	169 211,8	10 125,8	27 047,9	—	3 793,3

(in Billionen Mk.)

Bayr. Notenbank	6.	33 Mill.	642 139***	339 441	25 827 120	—	820 200	—	1 158 287	15 Mill.	3,75 Mill.	6 104	725 187	10 534	1 752 191
	15.	33	681 076***	176 543	25 329 114	—	919 100	—	1 235 110			6 108	681 206	10 534	1 801 541
	23.	33	847 606***	387 300	23 653 860	—	940 090	—	1 306 368			6 097	847 820	10 534	1 995 009
	30.	33	1142 514***	227 624	25 437 300	—	929 590	—	1 263 158			5 936	944 466	10 534	2 089 075
Sächs. Bank	6.	18 Mill.	601 316***	52 574	26 500 745	—	72 160	3 395	3 002 947	30 Mill.	7 Mill.	1 235	1 494 199	335 552	1 402 152
	15.	18	400 961 ***	59 617	26 559 597	—	8 050	3 395	2 978 659			1 184	1 296 943	371 762	1 407 627
	23.	18	419 654 ***	56 739	26 314 693	—	82 250	3 396	3 340 263			1 112	1 405 822	341 922	1 468 189
	30.	18	285 605 ***	111 334	26 859 643	—	81 390	3 396	2 792 003			1 055	1 254 792	357 496	1 520 029
Württemb. Bank	6.	7,9 Mill.	183 958***	30 084	15 248 975	—	—	242 410	4 806 688	10,5 Mill.	7,2 Mill.	4 311	2 706 655	5 907 000	2 894 149
	15.	7,9	119 174***	24 110	14 836 906	—	—	261 637	3 663 341			4 273	1 234 723	5 300 000	2 866 167
	23.	7,9	110 159***	28 015	14 610 596	—	—	266 194	4 277 061			4 151	1 598 185	5 550 000	3 139 691
	30.	7,9	66 647***	28 041	13 492 627	—	—	204 288	6 207 795			4 132	2 442 635	5 590 000	2 960 638
Badische Bank	6.	3 Mill.	115 238***	10 129	13 351 701	—	—	567 405	30 381 930	24,9 Mill.	364,9 Mill.	7 554	30 350 913	—	5 067 938
	15.	3	56 062 ***	31 935	15 082 683	—	—	868 218	31 473 338			7 481	32 708 270	—	5 796 482
	23.	3	45 038 ***	20 219	16 319 119	—	—	874 381	32 971 900			7 366	35 320 091	—	5 903 201
	30.	3	40 155 ***	38 359	15 745 166	—	—	876 949	29 632 112			7 179	31 405 261	—	5 920 308

a) Davon 30,3 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) ferner 278 188,1 Billiarden Mk. Rentenbankscheine. *) in Billiarden (1000 Billionen) Mk. außer bei Metallbestand, Kapital- und Reservefonds. **) 1923: Summe aus Banknoten und Rentenmark. ***) auch Rentenbankscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Juni 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bankdisk. %
					staatl.	priv.	absolut	1.% d. tägl. fäll. Verb.	
1924 5. 6.	128.2	65.1	69.9	126.6	10.8	127.8	21.4	15.41	4
12. 6.	128.2	58.9	70.1	126.1	10.7	122.3	21.8	16.41	4
19. 6.	128.2	48.7	71.2	125.5	11.3	113.3	22.5	18.06	4
26. 6	128.2	47.6	81.1	126.5	19.6	112.7	21.5	16.25	4
1923 6. 6.	127.5	50.6	68.0	124.4	11.5	112.2	22.9	18.5	3
14. 6.	127 5	46.3	68.1	124.1	11.0	108 8	23 2	19.3	3
21. 6.	127.5	45.4	71.2	123.7	17.0	105.3	23.5	19.3	3
28. 6.	127.6	42.9	80.7	125.1	13.9	114.1	22 3	17.4	3

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Juni 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold [1]	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestund. Wechs.	Deb. [2]	Umlauf. Noten	Depositen		Notendeck. in % [3]	Bankdisk. %
								staatl.	priv.		
1924 6. 6	5542.9	299.4	570.2	4990.7	9.5	30 315.9	39 965.8	13.1	2028.7	14.0	6
13. 6.	5543.0	299.5	570.2	3726.5	9.3	30 448.5	39 896.7	15.4	1920.2	14.0	6
20. 6.	5543.0	299.6	570.1	3704.2	9.2	30 404.0	39 742.8	18.3	2002.9	14.0	6
27. 6.	5543.1	299.7	571.0	3697.0	9.2	30 335.0	39 664.6	13.4	2137.2	13.9	6
1923 7. 6.	5537.4	292.6	596.1	2343.1	20.0	29 582.5	36 945.1	14.8	2088.6	15.0	5
15. 6.	5537.7	292.7	595.8	2262.9	19.9	29 705.0	36 701.9	20.9	2113.9	15.0	5
22. 6.	5537.7	292.8	569.9	2159.1	19.9	29 693.0	36 621.8	21.0	2085.7	15.1	5
29. 6.	5537.7	293.1	566.6	2485 5	19.9	29 619.7	36 689.3	20.1	2141.9	15.1	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 27. Juni 1 864 Mill. Frcs.). [2]) Vorschüsse an den Staat (am 27. Juni 24: 23 000 Mill. Frcs). einschl. des ewigen Vorschusses sowie die Vorschüsse an Verbündete. [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Niederländische Bank.

Wochenausweise vom Januar bis März 1924. (Millionen holl. Gulden)

Ausweis-Tag	Metall		Inlands-Wechsel-Bestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passiv-Saldo)	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	Bankdisk. %
	Gold	Silber						
1924 7. 1.	581,8	7,7	254,4	162,0	32,2	1 052,5	463,0	4 1/2
14. 1.	581,8	7,9	240,2	157,3	25,8	1 033,7	440,0	4 1/2
21. 1.	581,8	8,3	229,0	155,7	26,1	1 018,8	428,7	4 1/2
28. 1.	581,7	8,8	235,8	149,1	30,1	1 008,3	417,8	5
4. 2.	581,7	10,1	249,3	155,7	21,9	1 030,4	438.6	5
11. 2.	581,7	10,1	247,4	143,8	21,8	1 010,9	419,1	5
18. 2.	581,7	11,1	210,5	147,1	26,5	996,6	404,8	5
25. 2.	581,7	11,0	229,4	142,2	24,4	984,1	391,4	5
6. 3.	581,7	11,0	230,0	143,4	25,0	988,2	395,5	5
14. 3.	581,7	11,1	231,4	144,0	26,1	989,7	396,9	5
23. 3.	581,7	11,0	236,5	145,7	25,8	990,6	397,9	5
31 3.	581,7	11,2	237,3	143,2	25,6	993,4	400,5	5

Digitized by Google

Oesterreichische Nationalbank.

Wochenausweise vom Januar bis März 1924 (Millionen ö. Kronen)

Ausweis-Tag	Metallbestand	Devisen und Valuten	Wechsel, Warrants u. Effekten	Darlehen gegen Handpfand	Banknotenumlauf	Giroguth. u. sonst. tägl. fällige Verbindlichkeit.	Bankkonto
1924 7. 1.	93 050.0	4274661.2	1248 491.1	1 946.1	6 839 629.5	864 191.7	9
15. 1.	93 097.9	4055290.2	1156 842.1	1 772.2	6 491 574.2	906 714.1	9
23. 1.	92 406.7	3892240.3	1174 988.0	1 914.9	6 349 206.7	920 755.8	9
31. 1.	91 273.9	3811147.9	1251 100.8	2 009.5	6 375 108.8	536 982.4	9
7. 2.	105 301.2	3806010.4	1360 715.5	1 953.5	6 656 311.5	734 228.7	9
15. 2.	105 409 6	3790112.6	1470 618.3	1 962.4	6 715 214.7	819 503.6	9
23. 2.	105 670.4	3760304.9	1590 415.8	1 968.5	6 800 390.4	711 104.9	9
29. 2.	105 603.8	3803411.7	1674 529.1	1 969.1	7 803 134.7	693 889.5	9
7. 3.	105 612.4	3746774.7	1702 016.7	1 970.0	7 946 169.6	612 041.1	9
15. 3.	105 612.4	4085167.6	1621 975.9	1 893.4	6 864 020.2	1275 679.4	9
23. 3.	106 543.7	4014217.7	1626 053.3	1 845.9	6 648 983.4	1435 094.5	9
31. 3.	106 662.8	3953871.5	1731 509.9	1 889.9	7 144 900.7	752 813.9	9

Ungarisches staatliches Noteninstitut.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. ungar. Kronen).

Ausweis-Tag	Metallbestand	Noten d. öst.-ung. Bank	Wechsel, Warrants etc.	Darlehen	Staatsnotenumlauf	Giroguth. etc.	Diskont %
1924 7. 1.	23.3	18 395.2	562 342,2	920.3	939 489.1	107 658.7	18
15. 1.	23.6	18 396.2	587 870,6	913.2	957 676.7	118 439.3	18
23. 1.	23.6	18 396.2	604 706,6	876.4	985 022.3	143 158.4	18
31. 1.	24.0	18 396.2	634 517,9	9 346.3	1084 677.3	105 481.4	18
7. 2.	23.9	18 396.2	660 414,8	19 781.2	1118 437.1	129 946.6	18
15. 2.	23.3	18 396 2	727 370,4	11 280 3	1158 303.6	157 719.1	18
23. 2.	23.7	18 396.2	727 177,7	843.3	1145 234.7	227 572.0	18
29. 2.	24.0	18 396.2	726 694,5	34 023.4	1278 436.7	164 838.4	18
7. 3.	24.0	18 396.2	702 194,2	45 641.9	1414 286.7	222 853.1	18
15. 3.	24.1	18 396.2	714 001,0	860.9	1320 761.9	330 861.8	18
23. 3.	24.1	18 396.2	741 404,0	919.9	1366 023.6	346 439.9	18
31. 3.	24.1	18 396 2	782 979.4	4 597.6	1606 874.7	253 934.7	18

Bankamt beim Tschecho-Slowakischen Finanzministerium.

Wochenausweise von Januar bis März 1924 (Mill. tschechosl. Kronen)

Ausweis-Tag	Metall	Auslandsguthaben	Forderungen a. d. Oest.-Ung. Bank	Wechsel	Lombard-Darlehen	Bei Abstempelung zurückbeh. Banknoten	Notenumlauf	Girogutbaben	Bankdiskont %
1924 7. 1.	1038.1	1236.0	10 096.3	772.1	948.3	124.3	9067.1	1004.2	5½
15. 1.	1038.1	1243.8	10 096.9	776.9	842.7	124.3	8648.1	1015.4	5½
24. 1.	1038.2	1224.4	10 097.0	730.0	782.8	120.5	8341.5	1148.7	5½
31. 1.	1038.2	1221.2	10 118.5	719.1	654.9	119.4	8211.3	1215.8	5½
7. 2.	1038.6	1051.7	10 097.0	706.0	895.4	107.6	8545.4	810.9	5
15. 2.	1039.5	983.0	10 097.0	702.3	770.1	105.7	8219.3	876.5	5
23. 2.	1039.3	892.0	10 097.0	680.8	751.7	103.8	8047.8	940.2	5
29. 2.	1039.4	826.5	10 097.0	694.3	728.9	102.8	8011.4	899.2	5
7. 3.	1039.9	682.8	10 097.0	868.6	855.7	94.5	8310.5	634.9	5
15. 3.	1040.0	640.8	10 097.0	909.6	733.3	94.5	8051.2	679.8	6½
23. 3.	1042.6	655.7	10 097.0	954 8	725.0	91.6	7877.7	862.2	6½
31. 3.	1042.6	661.7	10 097.0	1039.9	746.9	86.9	8280.4	650.2	6½

Digitized by Google

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. schweiz. Frcs.)

Ausweis-Tag	Metallbestand Gold	Silber	Darlehnskassenscheine	Wechsel	Darlehen	Korrespondent *)	Kurzfäll. Verbindl.	Notenumlauf	Nicht metallitgedeckte Noten	Bankdiskont
1924 7. 1.	537.1	85.6	15.1	331.3	70.4	13.8	111.3	921.5	298.8	4
15. 1.	537.1	86.9	12.1	264.1	54.1	22.2	88.9	870.1	246.1	4
23. 1.	536.9	88.6	11.9	242.2	52.0	21.5	91.6	843.6	218.1	4
31. 1.	536.8	89.1	11.9	259.4	50.9	23.4	74.2	884.1	253.2	4
7. 2.	536.8	89.8	11.9	243.5	52.4	17.9	79.8	860.0	233.4	4
15. 2.	536.4	90.8	11.9	230.9	62 1	21.3	87.4	837.0	209 8	4
23. 2.	536.3	91.7	11.9	216.6	54.6	14.3	67 5	827.5	199.5	4
29. 2.	536.3	92.4	11.9	224.4	57.5	20.7	49.7	878.2	249.5	4
7. 3.	536.2	92.5	11.9	210.7	61.0	17.1	61.2	869.6	240.9	4
15. 3.	536.2	93.8	11.9	203.5	54.1	20.3	78.5	849.1	219.1	4
23. 3.	536.3	94.9	11.9	217.5	54.7	22.7	67.1	888.8	257.6	4
31. 3.	536.2	94.5	11.7	223.2	59.4	24.3	51.3	900.9	270.2	4

*) Einschließlich Devisen.

Bank von Italien.

Dekadenausweise von Januar bis März 1924. (Millionen Lire)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausl.-Guth.	Wechsel und Vorsch.	Debitor.	Deposit.	Umlaufende Noten	Nicht metallged. Noten	Diskont
1924 10. 1.	876.4	85.3	505.1	12 704.7	707.1	857.1	12 627.8	11 161.0	5½
20. 1.	877.5	85.3	497.8	12 769.4	678.2	924.4	12 354.3	10 893.7	5½
31. 1.	878.2	85.3	492.5	12 603.0	913.4	860.4	12 473.8	11 017.8	5½
10. 2.	879.1	85.3	498.9	12 701.5	923.2	876.5	12 518.3	11 055.0	5½
20. 2.	879.5	85.4	494.0	12 124.0	706.4	1065.6	12 151.4	10 692.5	5½
28. 2.	879.9	85.6	494.5	12 826.1	884.9	871.3	12 360.6	10 902.6	5½
10. 3.	882.5	85.6	493.5	12 157.1	608.5	1007.3	12 350.2	10 888.6	5½
20. 3.	883.1	85.6	492.4	12 031.5	708.0	995.0	12 212.5	10 751.4	5½
31. 3.	884.2	85.6	492.7	12 917.9	912.2	976 9	12 583.1	11 120.6	5½

Bank von Finnland.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. finn. Mark).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Staatsobligat. in ausl. Valuta	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1924									
8. 1.	42.7	0.5	652.2	515.4	675.6	445.1	1290.1	—	10
15. 1.	42.7	0.5	706.3	514.3	632.3	519.0	1247.3	—	10
23. 1.	42.7	0.5	703 2	516.7	626.5	467. 5	1261.4	—	10
31. 1.	42.7	0.5	679.7	512.3	624.4	428.1	1279.5	—	10
8. 2.	42.7	0.5	961.3	514.4	624.7	424.4	1295.7	—	10
15. 2.	42.7	0.5	766.3	515.1	632.3	470.1	1247.3	—	10
23. 2.	42.7	0.5	946.9	518.7	614.9	445.6	1314.3	—	10
29. 2.	42.7	0.5	931.9	517.4	630.7	366.3	1376.3	—	10
7. 3.	42.7	0.5	934.7	516.2	631.4	377.4	1378.4	—	9
15. 3.	42.7	0.5	986.0	518.4	632.3	378.2	1380.0	—	9
23. 3.	42.7	0.5	967.4	519.1	634.7	380.4	1381.4	—	9
31. 3.	42.7	0.5	989.5	520.0	638.5	381.6	1382.9	—	9

Digitized by Google

Polnische Landes-Darlehnskasse.

Dekadenausweise von Oktober bis Dezember 1923. (Mill. poln. Mark).

Ausweis-Tag	Metall	Guth. bei ausländ. Banken	Wechsel	Lombard-Darleh.	Giro-guthab.	Noten-umlauf	Nicht metallged. Noten	Diskont %
23 10. 10.	74.0	833 663.1	2 367 097.7	742155.3	2 901 538.4	13 002 295.7	13002221.7	12
20. 10.	73.0	1 834 972.4	2 709 275.3	827510.5	4 109 695.8	15 764 064.0	15763991.0	12
31. 10.	73.5	4 512 304.6	2 815 304.6	932107.4	9 517 886.7	24 518 604·9	24518231.4	24
10. 11.	73.5	4 858 437.7	3 209 711.4	944711.5	9291 219.9	28 053 421.3	28053347.8	24
20. 11.	73.5	5 980 187.0	3 517 416.3	957068.7	11783 987.2	36 948 274.6	36948201.1	24
30. 11.	57 1	6 499 791.5	8 467 003.6	3941781.9	11711 619.1	53 217 494.7	53217437.6	48
10. 12.	57.2	9 004 148.4	11 723 398.8	6048242.2	19461 207.1	61 485 871.2	61485814.0	48
20. 12.	57.8	10 101 004.8	17 931 624.3	6407100.0	22248 532.7	82 189 343.2	82189285.4	48
31. 12.	58.0	10 415 704.3	18 316 715.4	6715324.4	23517 833.6	9 111 605.6	9111547.6	48

Bank von Japan.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1923. (Taus. Yen).

Ausweis-Tag	Kasse	Wechsel	Darlehen	Darleh. auf Devisen	Staatsanleihen	Staatsguthab.	Privatguthab.	Notenumlauf	Bankdisk. %
1923 6. 10.	1 116 098	511 942	146 999	69 350	293 868	893 245	163 411	1 413 831	6
13. 10.	1 118 953	462 573	145 248	65 092	252 862	911 185	139 337	1 359 976	6
20. 10.	1 121 566	448 270	144 214	61 915	248 646	912 737	114 993	1 351 658	6
27. 10.	1 122 144	451 012	144 722	79 186	248 343	922 869	85 595	1 386 364	6
3. 11.	1 123 748	453 954	144 687	100 566	234 289	912 084	74 622	1 370 080	6
10. 11.	1 124 435	407 385	146 218	80 909	233 499	971 152	64 837	1 277 900	6
17. 11.	1 126 446	396 410	147 340	82 695	233 039	966 318	62 708	1 269 450	6
24. 11.	1 126 461	403 808	163 060	103 603	233 554	969 006	62 114	1 306 159	6
1. 12.	1 126 522	470 398	166 461	132 847	233 478	938 310	60 246	1 419 872	6
8. 12.	1 125 454	428 915	205 842	144 666	233 824	971 062	115 606	1 307 907	6
15. 12.	1 122 301	411 268	208 355	141 236	230 237	974 644	114 282	1 320 124	6
23. 12.	1 215 703	419 504	202 509	142 989	233 415	980 304	116 304	1 419 305	6
31. 12.	1 308 409	422 667	201 813	143 714	234 645	987 561	118 543	1 482 611	6

Bank von Spanien.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. Pes.).

Ausweis-Tag	Gold	Silber*)	Auslds.-Guthaben	Wechsel und Vorsch.**)	Staats und Privat.***) Guthaben	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	Liquot
1924 5. 1.	2 527.6	649.0	29.8	2 249.3	370.9	4 387.4	1 209 8	5
12. 1.	2 527.6	649.6	30.0	2 268.9	357.2	4 382.7	1 205.5	5
19. 1.	2 527.6	654.3	30.4	2 274.9	343.7	4 367.1	1 185.2	5
26. 1.	2 527.7	656.4	30.8	2 263.1	331.9	4 336.2	1 152.1	5
2. 2.	2 527.6	658.0	28.6	2 238.1	311.6	4 358.2	1 172.6	5
9. 2.	2 527.6	652.9	28.5	2 265.1	299.7	4 387.2	1 206.7	5
16. 2.	2 527.6	655.1	31.3	2 158.5	248.8	4 358.1	1 175.4	5
23. 2.	2 528.1	658.4	31.4	2 203.5	290.1	4 321.8	1 135.3	5
1. 3.	2 528.1	660.6	29.8	2 127.3	256.2	4 323.1	1 134.4	5
8. 3.	2 528.1	654.9	28.6	2 155.7	278.9	4 353.7	1 170.7	5
15. 3.	2 528.3	656.6	28.2	2 110.2	295.6	4 342.6	1 157.7	5
22. 3.	2 528.3	658.6	27.7	2 108.5	277.2	4 322.6	1 135.7	5
29. 3.	2 528.3	661 3	29.5	2 058.5	254.4	4 322.3	1 132.7	5

*) Einschließlich geringer Kupferbestände. **) Darunter 150 Mill. Pes; Vorschuß an den Staat. ***) Einschließlich Devisen.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

C. Lorenz Aktiengesellschaft zu Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1923.

AKTIVA.	Million Mark
Kassa-Konto	74 557,870000
Konto-Korrent-Konto	1 012 560,750000
Kaut.-Aval-Kto. M M 664	
Effekten-Konto	1 602,267600
Beteiligungs-Konto	1
Konsortialbeteiligung-Konto	208,900801
Fabrikations-Konto	2 207 660,210008
Rohmaterial-Konto	552 969,920800
Grundstück-Konto	1
Gebäude-Konto	1
Maschinen-Konto	1
Werkzeug-Konto	1
Werkstatt Utensilien-Konto	1
Kontor-Mobilien-Konto	1
Patente-Konto	
Modelle-Konto	
Radio-Versuchsstat.-Konto	1
	3 849 554,917620

PASSIVA	Million Mark
Aktien-Kapital-Kto. St.-A.	100
„ „ „ V.-A.	5
Reservefonds-Konto	531
Obligationsanleihe-Konto	6
Konto-Korrent-Konto	2 845 953,930
Kaut.-Aval-Kto. M M 664	
Dividende-Konto	8
Werkerhaltungs-Konto	100
Ausgleichs-Konto	1 003 600,987370
	3 849 554,917620

Der Vorstand.

Darmstädter u. Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bilanz per 31. Dezember 1923.

Aktiva	Million Mark
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs- (Clearing-) Banken	20333304,420000
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	5691129,340000
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	77577236,090000
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	4861131,580000
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	16995699,940000
Eigene Wertpapiere	1,000000
Konsortialbeteiligungen	1,000000
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1,000000
Debitoren in laufender Rechnung	96249906,110000
Bankgebäude	1,000000
Summa der Aktiva	221708411,430000

Passiva	Million Mark
Aktien-Kapital	600
Reserven	2080
Kreditoren	207515480,[illegible]
Akzepte	255002,010000
Sonstige Passiva	2556974,977400
Saldo des Gewinn- und Verlust-Kontos	11380954,[illegible]
Summa der Passiva	221708411,430000

Digitized by Google

Devisen-Reserven.

Anfang August hatte die Deutsche Golddiskontbank der deutschen Industrie insgesamt Valutakredite in Höhe von 13¾ Millionen Pfund Sterling gewährt, davon etwas mehr als die Hälfte unter Inanspruchnahme englischen und amerikanischen Rediskont-Kredits. Um dieselbe Zeit hatte die Deutsche Reichsbank einen Bestand an Devisen und Auslandsguthaben angesammelt, den die Ausweise der Bank nicht angeben, sondern in dem Sammelposten „Sonstige Aktiva" verstecken, der aber auf mehr als 500 Millionen Goldmark, mithin auf das Doppelte dessen veranschlagt werden muß, was die Golddiskontbank insgesamt ausgeliehen hat. Während also die letztere Bank, die verwaltungstechnisch nur eine Abteilung der Reichsbank bildet, der deutschen Wirtschaft Devisen zur Verfügung stellt, zieht die Reichsbank selbst ein Mehrfaches dieser Devisen wieder aus der Wirtschaft zurück. Oder anders gesehen: Während die eine Abteilung im Auslande Kredite in Anspruch nimmt, die hoch verzinst und mit politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen erkauft werden müssen, vergütet die andere Abteilung dem Auslande nicht nur die teuer erkauften Kredite gegen einen Bagatellzins zurück, sondern gewährt ihm darüber hinaus noch außerordentlich große Zusatzkredite. Denn jede Devise, die im Portefeuille der Reichsbank ruht, und jedes Guthaben, das die Bank im Auslande unterhält, bedeutet einen Kredit, den sie der akzeptierenden oder über das Guthaben verfügenden Auslandsbank einräumt, und nationalwirtschaftlich angesehen ein Darlehen, das das kreditarme Deutschland Ländern gewährt, die erheblich kreditkräftiger sind als es selbst.

Man kann nicht annehmen, daß diese Politik, mit der linken Hand das Doppelte dessen zurückzugeben, was man mit der rechten Hand mühevoll erlangt hat, keinen anderen Zweck haben solle, als den Nachweis, wie überflüssig im Grunde die Golddiskontbank ist. (Daß diese Bank ursprünglich als dritte deutsche Hauptnotenbank gedacht war, die dem Verkehr neben den Reichsbanknoten und den Rentenbankscheinen noch Goldnoten in Sterlingwährung zuführen sollte, ist heute über so manchem anderen Aberwitz beinahe in Vergessenheit geraten.) Wenn die Reichsbank in ihrer Devisen-Abteilung Valuten ansammelt bzw. im Auslande ausleiht und in ihrer Golddiskont-Abteilung Valuten aus dem Auslande zurückleiht, statt beide Abteilungen in ein Kompensationsverhältnis zu einander treten zu lassen, so muß man annehmen, daß die ge-

Digitized by Google

gebenen und die genommenen Valuten nach Art und Zweck zu verschieden sind, als daß sie unter einander austauschbar wären. Und in der Tat: Die Kredite, welche die Golddiskontbank im Auslande beansprucht, sind langfristig bzw. mehrmals erneuerungsfähig („revolving"), die Kredite dagegen, welche die Reichsbank dem Auslande gewährt, sind kurzfristig bzw. jederzeit flüssig zu machen (durch Verkauf oder Diskontierung). Denn da es sich bei dem Devisenvorrat der Reichsbank um einen Ersatz für Gold handelt, will die Bank sich nicht der Möglichkeit berauben, diese Ersatzdeckung ihrer Noten zu beliebiger Zeit in eine Original-Golddeckung umzuwandeln, oder sie währungstechnisch in genau derselben Weise und mit gleicher Promptheit zu verwenden, wie sie einen zugriffsbereiten Goldbestand verwenden würde.

Ich will die Frage, ob die Einordnung des Aktiv- und Passiv-Valutengeschäfts in eine einheitliche, kompensierende, Zins und Opfer sparende Politik nicht dennoch möglich wäre, auf sich beruhen lassen. Nicht nur deshalb, weil nach dem Dawes-Plan die Golddiskontbank ohnehin verschwinden soll, sondern vor allem deshalb, weil eine andere Frage mir grundsätzlich wie praktisch von ungleich größerer Bedeutung zu sein scheint. Das ist die Frage, welche wirtschaftlichen und valutarischen Wirkungen es für das einzelne Land hat, wenn seine Zentralbank, die im Begriff steht, die Landeswährung neu zu befestigen, den zu diesem Zwecke wünschenswerten Anschluß an das Gold nicht direkt, durch Ansammlung größerer Goldvorräte, nimmt, sondern indirekt, durch Beschaffung eines entsprechenden Vorrats von Golddevisen. Denn wenn auch beide Arten der Reservehaltung in fast völlig gleicher Weise geeignet sind, Schwankungen im Außenwert der Währung auszugleichen, und wenn — solange die Bareinlösung der Banknoten suspendiert ist — beide Methoden auch für die planmäßige Beeinflussung des Binnenwerts der Währung gleich brauchbar sind, so springt doch ein Unterschied in die Augen: Eine Bank, die Gold an sich zieht, verringert den außerhalb der Landesgrenzen vorhandenen Weltvorrat an demjenigen Metall, das in einzelnen Ländern bestimmend, in anderen Ländern mitbestimmend für den Geldumlauf ist; sie bewirkt also durch ihre Politik der Goldansammlung Veränderungen in der Geldzirkulation des Auslands, dieses als Einheit betrachtet, und dadurch auch in dessen Wirtschaft. Eine Bank dagegen, die Devisen, d. h. Auslandsguthaben und ausländische Zahlungsversprechen, ansammelt und dauernd aufbewahrt, verzichtet bewußt darauf, jene Veränderungen im Geldwesen und in der Wirtschaft des Auslands hervorzurufen, (um unbewußt Veränderungen anderer Art herbeizuführen, mit denen wir uns noch zu beschäftigen haben werden.) Im ersten Fall gelangen Forderungen, die das Währung-stabilisierende Land in anderen Ländern hat, in der sinnfälligen Form der Goldübertragung zur baren Einziehung. Im zweiten Fall unterbleibt diese Einziehung, und solange sie unter-

Digitized by Google

bleibt, gewährt das Währung-stabilisierende Land den anderen Ländern einen entsprechenden Kredit.

Wenn man bedenkt, daß nicht nur in den Ländern, die ihre Währung bereits mehr oder weniger befestigt haben (Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Polen), sondern auch in den meisten anderen Ländern, und zwar gleicherweise in solchen mit wertbeständiger und mit unbeständiger Währung, die Devise neuerdings einen außerordentlich breiten Raum neben dem Golde einnimmt, und daß allein im Portefeuille europäischer Zentralnotenbanken mehrere Milliarden Goldmark Pfund- und Dollar-Devisen, d. h. Forderungen an England und die Vereinigten Staaten, liegen, so erkennt man, daß es sich hier um ein Problem handelt, das keineswegs nur eine akademische, sondern auch eine eminent praktische Bedeutung hat. Eine Anzahl von Ländern hat, geleitet von bestimmten Doktrinen, einigen anderen Ländern Kredite in Höhe von mehreren Milliarden bewilligt, ohne daß eine solche Kreditgewährung in ihrer Absicht läge. Und jene anderen Länder erfreuen sich der ihnen bewilligten Kredite, ohne daß sie sich dieser Tatsache irgendwie bewußt wären. Beide Teile sind wider Wissen in ein Kreditverhältnis zu einander getreten und ahnen nicht, daß dieses Kreditverhältnis von ganz erheblichem Einfluß auf den Stand ihrer gesamten Wirtschaft ist.

Wenn ein Land — sagen wir Deutschland — neben den Devisen- und Sortenbeständen, die sich im freien Verkehr befinden und hier nach Maßgabe der internationalen Handels- und Kredit-Beziehungen fluktuieren, an zentraler Stelle einen „eisernen" Bestand von 500 Millionen Goldmark Devisen und Auslandsguthaben für den besonderen Zweck der Notendeckung unterhält, so hat die Ansammlung und Unterhaltung dieses Bestandes sowohl eine bestimmte Voraussetzung wie eine bestimmte Bedeutung und eine bestimmte Wirkung. Die Voraussetzung ist, daß Deutschland für 500 Millionen Mark Güter exportiert oder Dienste zu Gunsten des Auslandes geleistet, dafür aber nichts anderes erhalten hat, als das Versprechen einer künftigen Zahlung. Denn jene Devisen und Guthaben, die sich im Besitz der Zentralbank befinden, wären nicht zur Existenz gelangt, wenn nicht deutsche Forderungsposten in gleicher Höhe unbeglichen geblieben wären; sie sind selbst nichts anderes als die wechsel- oder buchmäßige Zusicherung, daß die Forderungsposten später einmal, sei es auf Verlangen (a vista), sei es nach einigen Monaten, beglichen werden würden. Die Bedeutung ist, daß Deutschland Güter und Dienstleistungen, über die es auf Grund seiner eigenen Exporte und Dienste im Auslande verfügen könnte, in Höhe von 500 Millionen Mark nicht in Anspruch nimmt, sondern sich die Verfügung für einen späteren Zeitpunkt vorbehält; für den Zeitpunkt nämlich, an dem die Devisenreserve, in der sich sein Anspruch an das Ausland verkörpert, zur Auflösung gelangt. Unterbleibt eine solche Auflösung, wird vielmehr die Devisenre-

Digitized by Google

serve dauernd — durch fortgesetzte Wiederauffüllung — auf 500 Millionen erhalten, so bedeutet das einen dauernden Verzicht auf eine entsprechende Einfuhr aus dem Auslande. Die Wirkung ist, daß der Druck, den die deutschen Exporteure im Auslande — dieses als Einheit genommen — auf die Warenpreise ausgeübt haben, durch keinen entsprechenden Einkauf und mithin durch keiren entsprechenden Gegendruck ausgeglichen wird, sondern fortbesteht, daß also im Auslande zum mindesten der Tendenz nach ein Sinken des Preisniveaus unter seinen natürlichen Stand stattfindet. Während umgekehrt in Deutschland, wo die ausgeführten Güter durch keine Einfuhr ersetzt werden, der Markt eine gewisse Verengung und das Preisniveau eine Steigerung erfährt. Mit anderen Worten: Der Binnenwert bestimmter ausländischer Währungen bessert sich, da jede Geldeinheit in den betreffenden Ländern in dem Maße kaufkräftiger wird, wie die Preise daselbst sinken, während der Binnenwrt der deutschen Währung sich verschlechtert, weil die Preissteigerung in Deutschland der Mark einen Bruchteil ihrer Kaufkraft nimmt. Diesen Veränderungen des Binnenwerts der einzelnen Landeswährungen gehen entsprechende Veränderungen ihres Außenwerts parallel: Der Wechselkurs derjenigen Länder, deren Devisen Deutschland aufspeichert, statt sie marktmäßig zu verkaufen, bessert sich infolge des verringerten Angebots, während der deutsche Wechselkurs sich verschlechtert, weil auf dem Weltmarkt die Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln, mit denen das Devisenmaterial im Falle seines marktmäßigen Verkaufs (oder seiner Diskontierung im Auslande) bezahlt werden müßte, in Fortfall kommt.

Der zeitweilige Verzicht eines Landes auf ein bestimmtes Quantum der Auslandsware, die ihm auf Grund des Tauschcharakters seines Außenhandels zusteht, führt also Geldwert-Veränderungen in allen aktiv und passiv beteiligten Ländern herbei. Das könnte Verwunderung erregen, da sich ja am Gelde der betreffenden Länder weder quantitativ noch qualitativ etwas geändert zu haben scheint. Einem derartigen Einwande pflegen Volkswirte gern mit dem Argument auszuweichen, eine organische Veränderung im Geldwesen sei auch durchaus keine unerläßliche Vorbedingung für auf- oder absteigende Bewegungen des Geldwerts; da der Geldwert ja nichts anderes sei als eine Beziehung zwischen Geld und Ware, so könne sein Steigen oder Sinken auch durch Veränderungen auf der „Warenseite" hervorgerufen werden. Tatsächlich sehen wir ja, daß in dem hier zur Erörterung stehenden Fall der Anstoß zur Veränderung des Geldwerts in den verschiedenen Ländern von der Ware ausgegangen ist: Deutschland hat auf den Bezug eines Warenquantums im Auslande verzichtet und dadurch das Verhältnis zwischen Ware und Geld sowohl im Auslande wie im Inlande verändert. Indes bedeutet ein solcher Hinweis auf die „Warenseite" oft nichts anderes als das Eingeständnis des Hinweisenden, den Vorgang, der zur

Digitized by Google

Erörterung steht, von der Geldseite nicht erklären zu können. Denn da jeder Warenbewegung normalerweise eine Geldbewegung entspricht, und die Zirkulation von Ware und Geld sich decken — im Lande des Geldverkehrs ist sogar ein Waren t a u s c h nichts anderes als eine zweiseitige, durch Kompensation aufgehobene Geldzahlung —, so bedingt jede Umsatz-Vermehrung oder Verminderung auf der Seite der Ware auch ein funktionelles Mehr oder Minder auf der Seite des Geldes. Hier ist aber jede Funktionsveränderung gleichbedeutend mit einer physischen Veränderung: Zu- oder Abnahme der Leistungshäufigkeit (Zirkulationsgeschwindigkeit) ist im Effekt gleich einer Zu- oder Abnahme der Menge. So muß denn jede nachweisbare Veränderung der Warenbewegung in einer entsprechenden Veränderung der Geldbewegung zum Ausdruck kommen, und valutarische Verschiebungen müssen sich aus diesen letzteren Veränderungen heraus, also von der Geldseite her, erklären lassen.

Und in der Tat: Dadurch, daß Deutschland auf den Bezug von Auslandsware im Preise von 500 Millionen Mark verzichtet hat, ist in denjenigen Ländern, die dieser Verzicht angeht, d. h. deren Wechsel in Deutschland als Notendeckung dienen, nicht nur eine Handelsbewegung nicht erfolgt, sondern es hat sich hier auch eine monetäre Aenderung vollzogen: Es ist eine Anzahl Kaufakte unterblieben, und infolgedessen haben eine Anzahl Geldzeichen eine Bewegung nicht vollführt, die sie vollführt haben würden, wenn jene Kaufakte vorgenommen worden wären. Die Geldmaschinerie hat in jenen Ländern sozusagen eine Umdrehung weniger gemacht, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das Geld hat dort um die Zeit, als Wechsel anstatt der Ware ausflossen, seine Umlaufsgeschwindigkeit verlangsamt. Da aber abnehmende Umlaufsgeschwindigkeit einer gleichbleibenden Geldmenge an Wirksamkeit identisch ist mit gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit einer abnehmenden Geldmenge, und da wiederum eine Abnahme der Geldmenge eine entsprechende Zunahme der Kaufkraft der einzelnen Geldeinheit, also eine Steigerung des Geld w e r t s, zur Folge hat: so bewirkt das Unterbleiben einer Anzahl von Kaufakten — als Folge des deutschen Verzichts auf einen gewissen Warenbezug aus bestimmten Ländern — in diesen Ländern eine Verbesserung des Geldwerts, die naturgemäß nicht anders zum sinnfälligen Ausdruck gelangen kann, als in Gestalt eines Sinkens der Warenpreise. Ist diese Preissenkung von der W a r e n s e i t e her gesehen die Folge des Umstandes, daß eine Nachfrage unterblieben ist, obwohl ein vorhergegangenes Angebot — die deutsche Ausfuhr — diese Nachfrage normalerweise nach sich ziehen mußte, so ist die Preissenkung von der G e l d s e i t e her gesehen die Folge des Umstandes, daß Deutschland in den ihm durch seine Ausfuhr verschuldeten Ländern es unterlassen hat, Landesgeld entgegenzunehmen und die darin verkörperte Kaufkraft geltend zu machen; so daß dieses Geld

Digitized by Google

einen Umlauf weniger vollzogen hat, als es normalerweise hätte der Fall sein müssen .Das Umgekehrte gilt für Deutschland: Hier ergibt sich als Wirkung der Devisenansammlung eine Warenpreissteigerung, die von der Warenseite her gesehen die natürliche Folge einer Verminderung des Angebots an Auslandsware ist, von der Geldseite her gesehen die Folge einer Zunahme der Umlaufsmittel; einer relativen Zunahme, wenn es sein Bewenden dabei hat, daß der verringerten Warenmenge eine unveränderte Schnelligkeit der Geldbewegung und somit eine unverminderte Kaufkraft gegenübersteht; einer absoluten Zunahme, wenn die angesammelten Devisen gemäß ihres Deckungscharakters zur Ausgabe zusätzlicher Notenmengen führen, und wenn auf diese Weise versucht wird, die Kaufkraft, die im Ausland nicht geltend gemacht worden ist, in inländische Kaufkraft umzuwandeln.

Das Ansammeln eines größeren Devisenvorrats hat somit merkantile wie monetäre Veränderungen im Gefolge, die zum Nachteil des ansammelnden Landes und zum Vorteil der ihm wechselmäßig verpflichteten Länder ausschlagen. Da der Akt auf eine Kreditgewährung zu Gunsten der letzteren Länder hinausläuft, hat er die Folge, die jeder Aktiv-Auslandskredit notwendig hat, weil er sich in eine Warenausfuhr (oder unterbleibende Wareneinfuhr) auflöst: Stärkung des flüssigen Auslandskapitals durch Preisdruck*) und Schwächung des flüssigen Inlandskapitals durch Preissteigerung. Vom einseitigen Produzentenstandpunkt aus mag diese Wirkung nicht unerwünscht scheinen; von ihm aus gesehen sind ja hohe Preise ein Vorteil und niedrige Preise ein Nachteil. Aber der Schein trügt in diesem Fall. Denn „hoher Preis" und „niedriger Preis" sind hier nicht der Ausdruck für eine absolut günstige oder ungünstige Verkaufsgelegenheit, sondern nur der Ausdruck für einen guten oder schlechten Stand der Währung. Abgesehen davon, daß der „Vorteil" eines hohen Preises durch den Nachteil der geringeren Kaufkraft des Landesgeldes, deren Merkmal er hier ist, zum großen Teil wieder beseitigt wird, trifft der Nachteil einer schlechten Währung das nationale Interesse, während der „Vorteil" eines hohen Preisniveaus nur für ein Klassen-Interesse gilt.

Jede gesunde Volkswirtschaft birgt in sich selbst Palliative, die automatisch in Wirksamkeit treten, wenn die schädlichen Folgen ungeeigneter wirtschaftlicher Maßnahmen die „ökonomische Harmonie" zu stören drohen. So können in einem Lande mit wertfester Währung — und als solche Währung kann aus Gründen, die in diesen Heften oft erörtert sind und mit doktrinärem „Metallismus" nichts zu tun haben, für die Dauer nur die Goldwährung mit intakter Bareinlösung gelten — die nachteiligen Wirkungen einer starken Devisenansammlung sich nicht mehr als andeutungsweise äußern, weil einer solchen Währung die Kraft der Selbstheilung innewohnt.

*) Vergl. „Kapitalmangel" im April- und Maiheft d. J., insbesondere Maiheft S. 252 f.

Digitized by Google

Nehmen wir an, das Land, das im konkreten Fall Devisen zu Deckungszwecken anhäuft, sei Deutschland, das Land dagegen, dessen Devisen hier vorzugsweise Verwendung finden, sei England, und in beiden Ländern herrsche die Goldwährung wie zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Alsdann kann sich in Deutschland die Tendenz der Währungsverschlechterung (mit steigenden Preisen) und in England die Tendenz der Währungsverbesserung (mit sinkenden Preisen) nur innerhalb ganz enger Grenzen äußern, nämlich innerhalb der sogenannten „Goldpunkte". Schon bei einem Sinken der Mark um ½ Prozent ihres Goldwertes müßte die Bewegung zum Stehen kommen, weil Gold aus Deutschland nach England abfließen würde, d. h. aus dem Lande, das seinen Warenbestand durch Einfuhrdrosselung unter das natürliche Maß drückt, in das Land, dessen Warenbestand dadurch eine Zunahme über seinen natürlichen Umfang erfährt. Die Wirkung der Devisenansammlung korrigiert sich also automatisch: Es fließt Geldfunktionen verrichtendes Gold aus Deutschland, das seine Geldmenge über deren natürliches Verhältnis zur Warenmenge hinaus gesteigert hat, nach England, wo die Geldmenge — zirkulatorisch — unter ihr natürliches Verhältnis zur Warenmenge gesunken ist, mit dem Ergebnis, daß die Geldmenge beiderseits wieder in ihr normales Mengen- bzw. Umlaufverhältnis zur Ware zurückkehrt. Sobald das der Fall ist und die Preise in beiden Ländern dadurch von der Aberrations-Tendenz befreit sind, kommt die Goldbewegung zum Stehen. Der ökonomische Sinn dieses Vorganges ist der Sieg eines Wirtschaftsgesetzes, des Gesetzes nämlich, daß der internationale Handel ein Tauschvorgang ist, über die Bestrebungen, sich der Herrschaft dieses Gesetzes zu entziehen: Deutschland, das sich weigert, englische Ware zu kaufen, und es vorzieht, englische Zahlungsversprechen anzusammeln, wird durch die Preisbewegung, die diese Politik auf beiden Seiten auslöst, gezwungen, gegen seinen ursprünglichen Willen dennoch in England oder einem mit England verrechnenden Lande Ware zu kaufen, (die als Gegenwert des einfließenden Goldes das Land verläßt), und so gleichzeitig von der Geld- und von der Warenseite her die Preise ihrem natürlichen Stande anzunähern. Die Doppeleigenschaft des Goldes als Ware und Geld stellt sich jeder Störung der Warenbewegung und des Preisausgleichs von Land zu Land siegreich entgegen.

In Ländern mit labiler, vom Golde losgelöster Währung können sich die nachteiligen Folgen der Devisenansammlung grundsätzlich ohne jede Hemmung auswirken: Die Wechselkurse, die hier des natürlichen Ankers der „Goldpunkte" entbehren, können sich beliebig verschlechtern (bzw. verbessern), und die Preise können beliebig steigen (bzw. sinken). Der Ausgleich, den die Goldbewegung in den Ländern der Goldwährung erzwingt, findet freilich auch hier irgend einmal statt, denn die Gesetze des Tausch-

Digitized by Google

verkehrs behalten ihre Geltung selbst unter den schlechtesten Geldsystemen. Nur der Punkt, an dem der Ausgleich sich vollzieht, und die Bedingungen, zu denen er vor sich geht, sind andere. Der Gegensatz zwischen der Geldverschlechterung bzw. Preissteigerung auf der einen und der Geldbesserung bzw. Preisverbilligung auf der anderen Seite treibt, wenn er hinreichend kraß geworden ist, die Ware aus dem Lande des relativen Ueberflusses direkt oder auf Umwegen in das Land des relativen Mangels hinüber. Meist wird das Devisen ansammelnde Land verhindern wollen, daß die Verschlechterung des Binnen- und Außenwerts seiner Währung, d. h. die Preis- und Wechselkurssteigerung, sich allzusehr verschärft. Es wird vielmehr durchzusetzen versuchen, daß die Geltung der Landeswährung sich nicht allzu weit von der Parität mit anderen, wertfesten Währungen entfernt. In diesem Falle bleibt ihm die Wahl zwischen mehreren Mitteln, die alle darauf hinauslaufen, die Uebereinstimmung zwischen Geldumlauf und Warenmenge, die sich im Goldwährungslande automatisch und exakt einstellt, künstlich und durch experimentelles Abtasten herbeizuführen: sei es von außen her mittels Senkung der Devisenkurse durch Hergabe etwa zur Verfügung stehenden Goldes, sei es von innen durch Einschränkung des Geldumlaufs im Wege der Noteneinziehung, sei es endlich — und das wird in praxi die Regel sein — durch Wiederhergabe eines Teils der angesammelten Devisen, d. h. durch teilweisen Verzicht auf das Programm der systematischen Kreditgewährung an das Ausland.

Man könnte vermuten, daß die nachteiligen Folgen der Devisen-Ansammlung sich nur so lange äußern, wie die Ansammlung im Gange ist, und daß sie sich verflüchtigen, wenn die Aktion beendet ist und der vorstehend geschilderte Ausgleich sich — gleichviel auf welcher Preis- und Wechselkurs-Basis — vollzogen hat. Das ist indessen nicht der Fall. Wenn auch das Gesetz des Tauschverkehrs sich der Einfuhr-feindlichen Devisenaufspeicherung zum Trotz irgendwann und irgendwie durchsetzt, so vollzieht sich doch die nachträgliche, durch die Devisenpolitik hinausgezögerte Wareneinfuhr unter ungünstigeren Bedingungen, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Ware von vornherein anstelle der Devisen in das Land geflossen wäre. Ein Devisenbestand von 500 Millionen Mark an zentraler Stelle Deutschlands bedeutet — ungeachtet der Korrekturen, denen die unmittelbare Wirkung seiner Ansammlung nachträglich unterliegt, — daß ein Kapital gleicher Höhe im Auslande statt im Inlande tätig ist und in Form von Gütern höherer Ordnung dort und nicht hier an der Stärkung der Produktivität und Verbilligung des Arbeitsprozesses mitwirkt. Und wenn auch der durch die Devisenansammlung zunächst unterbundene Warenaustausch sich späterhin trotzdem durchsetzt, so geschieht das doch erst dann, wenn zwei für Deutschland ungünstige Faktoren in Erscheinung getreten sind: Einmal die Preis- bzw. Wäh-

Digitized by Google

rungsverschlechterung, die aus der ursprünglichen Fernhaltung von 500 Millionen Mark Auslandsware resultieren, und zum anderen die relative Ungunst der Produktionsverhältnisse, hervorgerufen durch die Transferierung eines entsprechenden Kapitalbetrages nach anderen, industriell konkurrierenden Ländern. Daraus, daß diese Länder dem devisenhaltenden Deutschland einen Zins entrichten müssen und können, geht ja einwandfrei hervor, daß die Waren und Dienste, auf deren Benutzung Deutschland zu Gunsten der betreffenden Länder verzichtet hat, keine Konsumgüter sind, sondern Güter höherer Ordnung; Produktionsgüter, die außer dem einmaligen Druck, den sie auf dem Markt erzeugen, auf dem sie selbst zum Angebot kommen, auch noch einen permanenten Druck auf das Preisniveau ausüben, indem sie den Markt mit den Erzeugnissen des mit ihrer Hilfe ermöglichten Arbeitsganges beschicken.

Diesen Nachteilen steht theoretisch der Vorteil gegenüber, daß das devisenbesitzende Land, also das Gläubigerland, einen gewissen, der Höhe seines Devisenfonds entsprechenden Einfluß auf die Wirtschaft der Ursprungländer der Devisen, also der Schuldnerländer, auszuüben imstande ist, wenn sein eigenes Interesse dies wünschenswert erscheinen läßt. Durch Abgabe größerer Devisenposten können die Wirkungen, die durch ihre Ansammlung und Konservierung hervorgerufen worden sind, teilweise rückgängig gemacht werden: Der künstlich verbesserte Außenwert der Währungen in den Schuldnerländern wird durch den Druck der Devisenverkäufe verschlechtert, und zugleich wird ihr Binnenwert dadurch herabgedrückt, daß der Verkaufserlös in Warenform aus den Schuldnerländern fließt und dort das Verhältnis zwischen dem Gelde, das eine zirkulatorische Vermehrung erfährt (eine „Umdrehung mehr macht„), zu der durch den Ausfluß verringerten Marktware zu Ungunsten des Geldes bzw. seiner Kaufkraft korrigiert. Und zwar findet der Warenausfluß und die dadurch verursachte Kaufkraft-Minderung des Geldes unmittelbar und sofort statt, wenn die zum Verkauf gelangenden Devisen vom Ursprungslande angekauft oder diskontiert werden; dagegen geht der Vorgang mittelbar und allmählich vor sich, wenn die Devisen zunächst in anderen Ländern Unterkunft finden, um erst von hier aus durch die treibende Kraft des Zinses und der Wechselkursarbitrage nach und nach in das Ursprungsland zurückzufließen. Indes handelt es sich hierbei, wie gesagt, lediglich um eine theoretische Möglichkeit, die nur in ganz beschränktem Umfange praktisch verwirklicht werden kann. Denn die Devisenvorräte haben ja im Gläubigerland nicht den Charakter einer freien Kapitalsanlage, die nach Belieben unterhalten oder aufgelöst werden kann, sondern den einer Notenreserve. Ihre Verringerung bedingt also zugleich eine Verringerung des Notenumlaufs, meist sogar um das Mehrfache des eigenen Umfangs, da jede Deviseneinheit

Digitized by Google

gemäß der angewandten Prozentualdeckungs-Theorie die Unterlage für mehrere Noteneinheiten bildet. Der Vorteil, die Wirtschaft der Schuldnerländer beeinflussen zu können, findet also seine Grenze an dem Ausmaß, in dem das Gläubigerland seinen eigenen Geldumlauf verringern, d. h. Deflationspolitik treiben kann, was ihm nur in ganz beschränktem Umfange möglich ist, wenn es die Stabilität seiner Währung nicht gefährden will. Ein einmal angesammelter Devisenfonds läßt sich daher da, wo die Währung intakt und nicht stützungsbedürftig ist, schwer auch nur zum kleinsten Teil wieder auflösen (von einer einzigen Ausnahme abgesehen, auf die ich sofort zu sprechen komme). Nichtsdestoweniger haben die Länder, die durch die Devisensammlungspolitik eines anderen Landes unfreiwillig zu dessen Schuldnern geworden sind, hinreichende Veranlassung, eine etwaige partielle Auflösung des Devisenfonds zu fürchten. Und auf eine solche Befürchtung ist es wohl zurückzuführen, daß man auf der jüngsten Londoner Konferenz beschlossen hat, die neue Deutsche Reichsbank zu verpflichten, drei Viertel ihres Notendeckungsfonds in Gold, demnach nicht mehr als höchstens ein Viertel in Devizen zu unterhalten, während man in Deutschland ursprünglich etwa das umgekehrte Verhältnis in Aussicht genommen hatte.

Die einzige Möglichkeit, einen zu Deckungszwecken angesammelten Devisenfonds ohne währungswirtschaftliche Störungen im Inlande wieder aufzulösen, ist seine Umwandlung in Gold. Der heimische Zahlungsmittelumlauf und sein Verhältnis zum Güter-Umlauf erleiden keinerlei Veränderungen, wenn die Devisen an Plätzen, an denen sich ein Goldmarkt befindet — praktisch also in London —, zum Verkauf gebracht und die Erlöse zu Ankäufen von Goldbarren verwendet werden, die dann im Deckungsfonds an die Stelle der Devisen treten. Das leitet uns zu der Frage über, wodurch sich solche Goldkäufe von der Ansammlung von Devisen unterscheiden, und welche Wirkungen es im Inlande und Auslande gehabt haben würde, wenn man von vornherein das Gold selbst zur Substanz der Notendeckung gemacht hätte, statt ihm auf Gold lautende Forderungen zu substituieren.

Zunächt im Inlande: Hier (sagen wir in Deutschland) würde die Einfuhr von Auslandsgold sich sachlich in nichts von einer anders gearteten Wareneinfuhr unterschieden haben. Denn daß ein Quantum Importgold nicht dem Zweck der industriellen Verarbeitung, sondern einem währungspolitischen Zweck zu dienen bestimmt ist, übt auf die Beziehungen von Inland zu Ausland nicht den mindesten Einfluß aus. Die vorangegangene deutsche Warenausfuhr wäre also statt durch Zahlungsversprechen durch eine entsprechende Wareneinfuhr und somit durch eine Effektivzahlung ausgeglichen worden, wie es das Normale ist und dem Satze entspricht: Außenhandel ist Warentausch. Auf der Seite der Ware wäre also jene Veränderung, die wir im Falle der Devi-

Digitized by Google

seneinfuhr konstatiert haben, zunächst nicht eingetreten. Aber auf der Geldseite? Hier heißt es sorgfältig auf die tatsächlichen Vorgänge achten, wenn man nicht falsche Schlüsse aus dem Umstande ziehen will, daß die Goldeinfuhr dazu bestimmt ist, gewisse Aenderungen im Geldwesen herbeizuführen. Bei seinem Eintreffen in Deutschland löst das Importgold keine anderen Wirkungen auf der Geldseite aus als jede beliebige andere Ware. Wie diese muß es dem Importeur bezahlt werden, wie diese geht es zunächst durch vermittelnde Hände (hier Banken), ehe es seiner Bestimmung zugeführt wird. Das ist auch dann der Fall, wenn die Währungsbank, also die Reichsbank, alle mit dem Ankauf, der Einfuhr, der Weiterleitung, der Punzierung usw. verbundenen Funktionen selbst ausübt; sie ist dann ein „gemischter Betrieb", dessen einzelne Abteilungen im Verhältnis selbständiger Organe stehen, nicht nur untereinander, sondern auch gegenüber dem letzten Glied in der Kette, dem „issue department" der Bank. Auch auf der Geldseite treten also die Veränderungen, die von einer Deviseneinfuhr bedingt werden, nicht ein, vielmehr vollzieht sich alles genau wie bei der Einfuhr anderer Waren. Ist das Gold in den Tresoren der Reichsbank angelangt und verstaut, so hat es auf dem bis dahin zurückgelegten Wege alle diejenigen Geldbewegungen hervorgerufen, die ein Posten Baumwolle oder Kupfer auf seinem Wege vom Einfuhrhafen bis zum Lager des Fabrikanten hervorgerufen haben würde. Eine Abweichung tritt erst in dem Moment ein, wo die Reichsbank das Gold seinem eigentlichen Zwecke zuführt, indem sie es — durch Surrogate vertreten — Zahlungsmittel-Dienste verrichten läßt. Jetzt stellt sich zwischen Ware und Gold ein Unterschied heraus: Die Ware Gold verändert, zu Geld transformiert, das Verhältnis zwischen dem Warenmarkt und dem Zahlungsmittelumlauf, und zwar in genau derselben Weise, wie es im früher betrachteten Fall die angesammelten Devisen getan haben, die ja ebenfalls — durch Ausgabe devisengedeckter Banknoten — zu Geld transformiert worden sind. Und da das Gold als Ware vom Markte verschwindet, sobald es zu Geld umgewandelt in Form vertretender Noten auf demselben erscheint, so gleicht der Vorgang jetzt, nachträglich, auch auf der Warenseite den Vorgängen bei der Devisenansammlung, die ja ebenfalls Importgüter, die ohne sie vorhanden sein würden, durch Geld ersetzt. Eine Goldeinfuhr, die ausschließlich zu währungspolitischen Zwecken erfolgt, übt also, trotz anfänglicher Abweichungen, schließlich doch dieselben Wirkungen aus wie eine Deviseneinfuhr, aber nur unter einer wohl zu beachtenden Voraussetzung: daß nämlich das Importgold nicht in natura, sondern nur in effigie, durch Surrogate vertreten, auf dem Markte Zahlungsmitteldienste leistet. Wird es selbst, zu Münzen ausgeprägt, an den Markt gebracht, so behält es neben der Eigenschaft des Geldes auch noch die der Ware; es ist dann nicht, wie im Fall der Deviseneinfuhr, eine Ware vom Markt verschwun-

Digitized by Google

den bzw. gar nicht erst existent geworden. Es hängt jetzt vielmehr völlig vom Verkehr ab, ob er das ihm zugeführte Gold in der einen oder in der anderen Eigenschaft verwenden will. Erfolgt die Verwendung überwiegend in der Eigenschaft als Geld, was meist der Fall sein wird, dann hat die so entstehende Geldvermehrung mit der ihr folgenden Preissteigerung, in der sich eine Verminderung des Geldwertes äußert, die Wirkung, daß ein Teil des Münzgoldes sich wieder in Warengold verwandelt. Denn als „Geld" hat das Gold nur den — gesunkenen — Wert aller übrigen Zahlungsmittel, als „Ware" dagegen den — gestiegenen — Wert aller anderen Waren. Und da Gold diejenige Ware ist, die dank ihres internationalen Einheitspreises am schnellsten auf Preisverschiebungen in den einzelnen Ländern reagiert, so fließen Teile des in Verkehr gesetzten Münzgoldes als Ware wieder in das Ausland zurück, aus dem sie soeben erst gekommen sind; mit dem Effekt, daß die Wertminderung des Geldes nunmehr, wo die Geldmenge wieder eine Verringerung erfährt, durch eine neue Wertbesserung abgelöst wird. Die Einfuhr von Gold, das originaliter Gelddienste verrichten soll, unterscheidet sich also von der Ansammlung von Devisen dadurch, daß das Einfuhrgold die Veränderungen, die es im Geldwesen hervorruft, selbsttätig korrigiert, während die Devisen — und ebenso das bei der Bank zentralisierte, lediglich in effigie umlaufende Gold — die Veränderungen, die sie herbeiführen, nicht berichtigen. Hier bedarf es vielmehr einer „Organisation", genannt Gold- oder Devisenpolitik, die jenen Selbstschutz des Verkehrs — den dieser überall da übt, wo ihm das Währungsmetall in natura überlassen ist, und wo ihm infolgedessen von Fall zu Fall die Wahl zwischen der Verwendung als Geld oder als Ware freisteht, — durch planmäßige Goldabgaben oder Devisenverkäufe ersetzt, zu denen die Wirtschaft das Signal durch den Wechselkurs gibt.

Alfred Lansburgh.

(Schluß folgt im nächsten Heft.)

Die Bedeutung der Transaktionen in fremden Währungen.

I. Die Rechtslage.

Im deutschen Bankverkehr haben sich in den Inflationsjahren gewisse neuartige Gebräuche in der Abwickelung von Geschäften in fremden Währungen herausgebildet, die dem normalen Geschäftsgang der Vorkriegs- und Kriegsjahre fremd waren. Nur in Ausnahmefällen kam es früher wohl einmal vor, daß ein Inländer bei einer deutschen Bank ein Konto in Pfund Sterling oder in Dollars führte; Zahlungsaufträge, die bei den deutschen Banken von deren ausländischen Bankverbindungen einliefen und im

Digitized by Google

Inlande auszuführen waren, lauteten selbstredend über „Mark", und von den auf deutsche Firmen gezogenen Wechseln, die im Auslande ausgestellt waren, lautete die überwiegende Mehrzahl ebenfalls über „Mark". Nur verhältnismäßig selten zirkulierten Wechsel über Pfund Sterling oder Francs „effektiv", und von diesen wurden noch die meisten bei Fälligkeit zum Tageskurse in Mark bezahlt. Mit dem Fortschreiten der Markentwertung und dem daraus resultierenden Bestreben aller derjenigen, die an festen Rechnungseinheiten ein Interesse hatten, sich von der Mark loszulösen, haben sich dann die Gepflogenheiten umgestaltet: Inländer ließen sich bei ihren heimischen Banken Valutenkonten errichten, Ausländer ließen Zahlungsaufträge nach Deutschland nur noch in fremden Währungen weitergeben, und diejenigen, die auf deutsche Firmen Wechsel ausstellten, wählten dafür ausschließlich stabile Währungen und waren dabei ängstlich bemüht, sich derart zu sichern, daß die Einlösung solcher Wechsel auch wirklich in der betreffenden Währung erfolgen mußte.

Nun haben wir zwar seit dreiviertel Jahren eine Währung, die als relativ stabil angesehen wird, aber die in der Inflationszeit entstandenen Gebräuche bestehen fort. Einesteils hängt dies damit zusammen, daß durch eine besondere Verordnung die neue Mark dem Ausländer schwer zugänglich bleibt, andererseits fehlt es noch an dem unbedingten Vertrauen in die Stabilität der deutschen Währung. Es wäre verfehlt, wollte man annehmen, daß mit einer Rückkehr Deutschlands zur Goldwährung diese Voraussetzungen und damit die neuen Gebräuche wieder wegfallen würden. Abgesehen davon, daß Gepflogenheiten, die sich infolge massenpsychologischer Einstellung herausgebildet haben, nicht unmittelbar mit den Vorbedingungen ihrer Entstehung wieder verschwinden, ist zu bedenken, daß das Gleichgewicht zwischen den Währungen aller am internationalen Handel interessierten Länder noch nicht hergestellt wäre, wenn wirklich Deutschland zur reinen Goldwährung zurückgefunden hätte. Es werden zweifellos noch Jahre vergehen, bis ein Zustand relativer Währungsstabilität zwischen den Hauptländern wieder hergestellt ist, wie er vor dem Kriege bestand. Bei nüchterner Betrachtung ergibt sich jedenfalls, daß die kommenden Jahre notwendigerweise im Zeichen dauernder Schwankungen einmal der Warenindexzahlen der verschiedenen Länder, andererseits der verschiedenen Währungen in ihrem Verhältnis zu einander, stehen werden, wenn auch diese Schwankungen weder in ihrem Ursprung noch in ihren Ausmaßen denen der Inflationszeit gleichkommen werden. Aber auch Kursschwankungen, die für unsere, durch Inflationserfahrungen abgestumpften Begriffe geringfügig erscheinen, spielen für kaufmännische Kalkulationen eine große Rolle, und so werden die fremden Exporteure wenig geneigt sein, anders als in der eigenen Landeswährung zu fakturieren, selbst wenn das Empfängerland zur

Digitized by Google

Goldwährung und damit zu sogenannten stabilen Währungsverhältnissen zurückgekehrt sein sollte.

In den südamerikanischen Staaten waren in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege Schwankungen der Wechselkurse gang und gäbe; diese Schwankungen waren nach unseren — abgehärteten — Begriffen nicht sehr erheblich, bis auf einige Ausnahmen, und dem einen oder dem anderen Staate ist es sogar gelungen, seine Währungsverhältnisse so zu ordnen, daß sie auf Jahre hinaus stabil blieben. Im Verkehr mit jenen Ländern war es Brauch, alles auf fremde Währungen abzustellen; englische Kaufleute verkauften ihre Waren in Pfund Sterling, deutsche in Mark, französische in Francs, und die auf die Käufer gezogenen Wechsel wurden demgemäß in Pfund, Mark oder Francs ausgestellt; Wechsel in argentinischen Pesos, peruanischen Pfund usw. waren kaum im Verkehr. Wer umgekehrt aus irgendeinem Anlaß Ueberweisungen nach Argentinien, Peru usw. auszuführen oder dort Zahlungen zu leisten hätte, der gab Auftrag zur Zahlung bezw. Ueberweisung von so und soviel Pfund Sterling, Mark oder Francs, „oder Gegenwert", d. h. zahlbar in der Landeswährung zum Kurse des Ausführungstages (bezw. des Vortages); so wenigstens war es üblich, denn auch a u s jenen Ländern wurden wohl die meisten Güter nur gegen Bezahlung in Dollars oder europäischen Devisen exportiert.

Seit der Inflation befinden wir uns in Bezug auf unseren Außenhandel in ähnlicher Position wie jene südamerikanischen Staaten, und auch die Technik der Geschäfte ist den Gepflogenheiten jener Länder hinsichtlich der Abwickelung der Zahlungen fast nachgebildet. Da, wie gesagt, verschiedene Umstände dafür sprechen, daß diese Gebräuche noch auf Jahre hinaus Geltung behalten werden, verlohnt sich eine Betrachtung derselben unter Berücksichtigung des deutschen Rechtes und des Einflusses auf die Neugestaltung der Bankkonditionen in Deutschland.

*

Die zu dem Thema notwendigen rein juristischen Betrachtungen bleiben nach Lage der Dinge beschränkt auf das Interessengebiet der B a n k e n, soweit diese im Rahmen ihres Aufgabenkreises berufen sind, an dem internationalen Zahlungsausgleich vermittelnd mitzuwirken. Es wird sich also darum handeln, einerseits diejenigen Geschäfte zu untersuchen, bei denen die Bank als Beauftragte eines Ausländers bei einem Inländer Beträge in fremden Währungen einzieht, also fremde Währungen von Inländern zu Gunsten von Ausländern vereinnahmt, andererseits solche Transaktionen, bei denen eine inländische Bank im Auftrage eines Ausländers Beträge in fremden Währungen an einen Inländer auszuzahlen hat. Dabei sollen die Vorschriften der Kapitalflucht- und Devisengesetzgebung, soweit sie nicht aus besonderem Anlaß unbedingt herangezogen werden müssen, unberücksichtigt bleiben. Es kommt vielmehr darauf an, festzustellen, wann solche Zahlungen

Digitized by Google

in effektiver ausländischer Währung geleistet werden müssen, und wie eine solche Leistung erfolgen muß. Denn gesetzliches Zahlungsmittel ist die Mark, und soll die Erfüllung einer Leistung in effektiver fremder Währung erfolgen, so bedarf es besonderer im deutschen Recht vorgesehener Regelungen.

Bei den zu vereinnahmenden Beträgen handelt es sich im wesentlichen um Schecks auf deutsche Banken oder um Wechsel und Dokumente, die an bestimmte Personen oder Firmen herauszugeben sind, sofern diese der Bank dagegen die vom Auftraggeber angegebene Summe bezahlen; also um Inländer, die eine in fremder Währung ausgedrückte Schuld zu bezahlen haben, und zwar an eine von dem Gläubiger mit der Empfangnahme beauftragte inländische Bank.

Die gesetzliche Regelung der hier interessierenden Frage findet sich einerseits in § 244 BGB., welcher lautet:

„Ist eine in ausländischer Währung ausgedrückte Geldschuld im Inlande zu zahlen, so kann die Zahlung in Reichswährung erfolgen, es sei denn, daß Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist. Die Umrechnung erfolgt nach dem Kurswerte, der zur Zeit der Zahlung für den Zahlungsort maßgebend ist."

Andererseits in Artikel 37 der Deutschen Wechselordnung, wo es heißt:

„Lautet ein Wechsel auf eine Münzsorte, welche am Zahlungsorte keinen Umlauf hat, oder auf eine Rechnungswährung, so kann die Wechselsumme nach ihrem Werte zur Verfallzeit in der Landesmünze gezahlt werden, sofern nicht der Aussteller durch den Gebrauch des Wortes „effektiv" oder eines ähnlichen Zusatzes die Zahlung in der im Wechsel benannten Münzsorte ausdrücklich bestimmt hat."

Stellt der Nebensatz des § 244 BGB: „es sei denn, daß Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist", den allgemeinen Hinweis auf eine sogenannte Effektiv- oder in natura-Klausel dar, so ist in Artikel 37 der Wechselordnung darüber hinaus auch die Form solcher Klausel angegeben. In beiden Fällen ist aber lediglich gesagt, daß, wenn durch durch die Effektivklausel Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist, diese Zahlung auch in „ausländischer Währung" zu erfolgen hat. Damit ist dem Schuldner bezw. Wechselbezogenen einzig und allein das Recht genommen, die Zahlung in Mark zum entsprechenden Umrechnungskurse zu leisten. Was nun aber unter Zahlung in ausländischer Währung zu verstehen ist, richtet sich nach dem jeweiligen Münzgesetz des in Betracht kommenden Staates. Nach den auf das Wort „Reichswährung" bezüglichen Vorbemerkungen Staudingers zu § 244 BGB ist in diesem Paragraphen von Geld in strengem Sinne die Rede, und man muß daraus folgern, daß, was für eine deutsche Geldschuld bezüglich der Reichswährung gilt, auch für eine ausländische Geldschuld bezüglich der Währung dieses Landes gelten muß. Entsprechendes ergibt sich aus Staub-Stranz, Anmerkung 3 zu Artikel 37 der Wechselordnung, wo es heißt:

Digitized by Google

„Zur rechtlichen Tragweite des Wortes effektiv muß noch eine, streng genommen nicht hierher gehörige Bemerkung hinzugefügt werden: Trotz des Wortes effektiv muß sich der Gläubiger dann, wenn der Zwangskurs für Papiergeld gilt, Zahlung in Papiergeld gefallen lassen, weil solche Zwangskursvorschriften öffentlichen Rechtes und gegen jede Privatvereinbarung wirksam sind (vgl. die österreichische Judikatur bei Borchardt, Zus. 459). Der vorliegende Artikel steht dieser zutreffenden Judikatur nicht entgegen, da er von diesem Fall garnicht handelt. Er behandelt nur den Fall, daß der Wechsel auf eine Münzsorte lautet, die am Zahlungsorte keine Währung hat. Er behandelt nicht den Fall, wo am Zahlungsorte außer der im Wechsel angegebenen noch eine andere Münzsorte im Umlauf ist."

Wenn nach alledem daran festzuhalten ist, daß auf Grund der Effektivklausel der Gläubiger das Recht hat, Zahlung in der staatlich anerkannten Währung des Landes zu fordern, in dessen Geld die Schuld ausgedrückt ist, so findet dieser strenge Grundsatz doch seine Modifizierug durch die Bestimmung des § 346 HGB, wonach unter Kaufleuten auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche Rücksicht zu nehmen ist. Es wäre demnach zu prüfen, inwieweit etwa handelsgebräuchlich als Geld auch Zahlungsmittel anzusehen sind, die keinen staatlichen Zwangskurs haben. Hierzu bemerkt Staub in Anmerkung 5 zu § 361 HGB:

„Im übrigen ist es Auslegungssache, was im einzelnen Falle unter Geld zu verstehen ist, d h. ob auch andere als die gesetzlichen Zahlungsmittel, z. B. Noten der Privatbanken, wenn sie vom Verkehr einmal angenommen sind, als Zahlungsmittel zu gelten haben. Insbesondere bezieht sich dies auf Zahlungsmittel des Auslandes, auch auf Noten ausländischer Privatbanken. Es kommt also, wenn sie als Geld tatsächlich sich im Umlauf befinden, auf die Umstände an, ob sie wie Geld zu behandeln sind."

Man kann danach wohl zu der Annahme neigen, daß durch ausländische Noten handelsüblicher Weise eine ausländische Geldschuld auch dann beglichen werden kann, wenn der Währungsstaat die reine Goldwährung hat; unzweifelhaft erscheint dies aber dennoch nicht.

Ergibt sich schon aus diesen Darlegungen, auf wie schwankendem Boden hier die Rechtsbegriffe stehen, zo zeigt sich bei Betrachtung gewisser Handelsbräuche, daß in der Praxis die Materie noch erheblich verwickelter ist. In der Tat wurden in dem Stadium der schärfsten Wechselkursschwankungen und werden auch heute noch die meisten in effektiver fremder Währung ausgedrückten Geldschulden durchaus nicht wirklich in dem betreffenden fremden Gelde bezahlt, vielmehr erfolgt fast ausschließlich die Begleichung durch sogenannte Gegenschecks, zumeist Schecks, die von den ersten deutschen Banken auf deren ausländische Korrespondenten ausgestellt sind. Auch hier haben wir es mit einem Handelsbrauch zu tun, der den seit langem im Verkehr mit den südamerikanischen Ländern üblichen Formen entspricht, nur daß dort vielfach statt mit Schecks und Sichttratten auf New York oder Europa mit Wechseln auf 90 Tage Sicht operiert wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine in effektiver fremder Währung kontrahierte Geldschuld nicht ohne weiteres durch Hingabe eines Bankschecks in der gleichen Währung und über die

Digitized by Google

gleiche Summe getilgt werden kann. Wenn dies auch in der Praxis tatsächlich oft so gehandhabt wird, so ergibt sich doch aus dem Vorhergesagten, daß dabei die rechtliche Seite außer Acht gelassen wird. Zumeist wird der Gläubiger sein Einverständnis mit dieser Handhabung erteilen oder sie stillschweigend dulden, solange er damit de facto nicht benachteiligt wird. Der Gläubiger, der auf der Effektivklausel besteht, legt ja letzten Endes lediglich Wert darauf, den Kursrisiken in Bezug auf die Währung in dem Lande seines Schuldners zu entgehen; und dieser Effekt wird normalerweise auch bei Bezahlung mittels des sogenannten Gegenschecks erreicht.

Das Interesse der Banken an der Klärung dieser Rechtsfrage ist besonders groß bei den Wechseln. Von der speziellen Erörterung der Rechtsverhältnisse beim Inkasso von Quittungen, die über fremde Währungen lauten, von Dokumenten, denen kein Wechsel anhaftet und die lediglich gegen Zahlung eines vom Auftraggeber angegebenen Betrages in fremder Währung auszuliefern sind, und bei ähnlichen Inkasso-Aufträgen kann hier abgesehen werden. In allen diesen Fällen wird gewöhnlich durch Rückfrage beim Auftraggeber leicht festzustellen sein, ob er mit dem vom Schuldner vorgeschlagenen Zahlungsmodus einverstanden ist. Anders liegen die Dinge beim Wechsel. Einmal ist hier auf die Protestfristen Bedacht zu nehmen, dann aber darf ja die beauftragte Bank den Wechsel erst dann quittiert herausgeben, wenn er im strengen Sinne des Rechtes bezahlt ist; die Entscheidung hierüber ist aber, wie wir gesehen haben, von den gesetzlichen Bestimmungen des Landes der betreffenden fremden Währung abhängig und schon darum nicht ganz leicht. Will der Bezogene eines in fremder Währung ausgestellten, mit Effektivklausel versehenen Wechsels mittels Gegenschecks regulieren, so erfolgt die Zahlung de facto erst mit der Einlösung des Gegenschecks an seinem Zahlungsorte, und dann ist gewöhnlich die Protestfrist für den Wechsel bereits verstrichen.

Bei den in der Praxis vorkommenden Inkasso-Wechseln wird im allgemeinen zwischen folgenden Formen zu unterscheiden sein:

a) Wechsel ohne jede Zahlungsklausel. Sie können bei Fälligkeit in Mark zum Tageskurse bezahlt werden; die beauftragte Bank wird also die Markzahlung annehmen müssen. Der Bezogene kann natürlich auch in effektiver fremder Währung zahlen, d. h. in den staatlich anerkannten Zahlungsmitteln des Landes der betreffenden Währung; einen Gegenscheck an Zahlungsstatt entgegenzunehmen, ist die beauftragte Bank aber nicht befugt.

b) Wechsel mit der Klausel „Zahlbar zum Tageskurse" oder ähnlicher Klausel, die auf den Umrechnungsmodus Bezug hat. Solche Wechsel werden oft in effektiver Währung oder durch Gegenscheck eingelöst, was aber tatsächlich nicht der Klausel selbst entspricht, wenn es wohl auch häufig im Sinne der Kontrahenten

Digitized by Google

(Wechsel-Aussteller und Wechsel-Bezogener) liegen mag. Nach der Fassung der Klausel sind solche Wechsel eigentlich in Mark zu bezahlen, nur soll die gezahlte Marksumme gewöhnlich genau so groß sein, daß die beauftragte Bank dafür den Währungsbetrag kaufen und dem Auftraggeber anschaffen kann. Gehen bei einer Bank Wechsel mit solchen Klauseln ein, so wird sich gewöhnlich aus den Umständen (Instruktionen des Begleitbriefes u. dergl.) entnehmen lassen, was der Auftraggeber will. Ob dies dann aber wieder mit der Auffassung und dem Interesse des Bezogenen übereinstimmt, ist natürlich nicht immer sicher. Die Annahme eines Gegenschecks erscheint, wie bei a), ausgeschlossen.

c) Wechsel mit der Effektivklausel. Sie müssen in den anerkannten Zahlungsmitteln des Landes bezahlt werden, über dessen Währung sie lauten. Bezahlung mittels Gegenschecks erscheint nicht zulässig.

d) Wechsel mit der Klausel: „Zahlbar durch Bankscheck auf . . . . . " oder „Zahlbar in prima Bankscheck auf . . . . .". Bei solchen Wechseln ist die mit dem Inkasso beauftragte Bank kraft besonderer Ermächtigung des Auftraggebers zwar befugt, Bankschecks entgegenzunehmen und den Wechsel dagegen quittiert auszuliefern. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich Meinungsverschiedenheiten über den Begriff „Bank" oder „prima Bank" ergeben. Angenommen, die beauftragte Bank bestreitet, daß der Aussteller des ihr angebotenen Schecks als „Bank" im Sinne der allgemeinen Verkehrsanschauung anzusehen sei, während der Bezogene das Gegenteil behauptet, oder es entstehen Auslegungsstreitigkeiten über den Begriff „prima Bank", so bleibt die Frage offen, wie sich hier die Formalitäten der Protesterhebung erfüllen lassen. Solche Wechsel sind jedenfalls nicht protestfähig, wenn man nicht gerade dahin gelangt, die Gegenscheck-Klausel als fakultativ anzusehen und dann für die Feststellung der zu zahlenden „Geldsumme" eine andere einwandfreie Interpretation zu finden. Vom rein formalen Standpunkt betrachtet, wäre der Bezogene eines solchen Wechsels nicht zur Leistung in effektiver Währung verpflichtet, sofern man nicht gerade die obige Klausel als einen dem Worte „effektiv" ähnlichen Zusatz ansehen zu dürfen glaubt. Betrachtet man den in der Klausel liegenden Sinn und den wirtschaftlichen Zweck als ausschlaggebend für die Interpretation, dann müßte man solche Wechsel allerdings den mit Effektivklausel versehenen gleichstellen. Beim Versagen der Gegenscheck-Klausel bliebe also als ultima ratio entweder die Forderung der Bezahlung in effektiver Währung oder in Mark zum Tageskurse, je nachdem die Klausel dann ausgelegt wird.

e) Wechsel mit erweiterter Effektivklausel, etwa wie folgt: „ . . . effektiv (oder nach Uebereinkunft mit dem Vorzeiger zahlungshalber in prima Bankscheck auf . . .)". Wie bei d), ist hier natürlich davon auszugehen, daß wechselrechtliche Formen

Digitized by Google

durch die Anwendung der Gegenscheckklausel nicht verletzt werden. Während es im Falle d) Auslegungssache bleibt, ob es sich um einen Wechsel handelt, der zum Tageskurse in Mark bezahlt werden kann, oder um einen solchen, der in effektiver fremder Währung eingelöst werden muß, ist die Rechtslage in dieser Beziehung bei e) nicht zweifelhaft; hier handelt es sich fraglos um einen Wechsel mit Effektivklausel. Die zu zahlende Geldsumme steht zweifelsfrei fest; der Bezogene muß, wenn er mit dem Vorzeiger nicht wegen der Erfüllung durch Bankscheck übereinkommen kann, in Noten der betreffenden Währung zahlen, und der Wechsel kann, wenn eine Verständigung nicht erfolgt und Zahlung in Noten nicht geleistet wird, mangels Zahlung protestiert werden. Ja, Protest mangels Zahlung kann (innerhalb der gegebenen Frist) sogar noch erhoben werden, wenn etwa der Vorzeiger einen Bankscheck bereits entgegengenommen hat; Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß diese Hinnahme nicht an Zahlungs s t a t t, sondern zahlungs- bezw. erfüllungs h a l b e r erfolgt ist. (Im Zweifel würde die Entgegennahme eines solchen Gegenschecks als zahlungshalber erfolgt angesehen werden gemäß § 364 Abs. 2 BGB.). Es wäre aber zweckmäßig, darauf zu achten, daß hierüber Zweifel nicht auftauchen können. Der Wechselvorzeiger brauchte den Wechsel in einem solchen Falle erst dann quittiert herauszugeben, wenn der Gegenscheck bezahlt worden ist; oder er könnte auf dem Wechsel über den Scheck und nicht über die Wechselsumme unter Einfügung des Wortes „zahlungshalber" bezw. „erfüllungshalber" quittieren, z. B.: „Inhalt in Scheck über . . . auf . . . zahlungshalber empfangen."

Es steht fest, daß die meisten Wechsel in fremden Währungen durch Gegenschecks eingelöst werden. Die Erfahrung zeigt sogar, daß die meisten Währungswechsel, bei denen die Effektivklausel fehlt, auf diese Weise Einlösung finden, wohl auf Grund des stillschweigenden Uebereinkommens zwischen Aussteller und Bezogenen, daß eben in der betreffenden Fremdwährung, nicht aber in Mark zum Tageskurse, zu erfüllen ist. Es besteht zweifellos ein weit verbreiteter Handelsbrauch in dieser Beziehung. Dennoch ist dieses Verfahren in rechtlicher Hinsicht außerordentlich unsicher, und es fehlt offenbar an jeglicher Judikatur hierzu.

Die Banken lehnen ganz allgemein jegliche Verantwortung bezüglich der so in Zahlung erhaltenen Gegenschecks ab. Es ist schon nicht leicht, die Grenze für die Anwendung des Begriffes „prima Bank" zu ziehen, und wenn auch hierfür bestimmte Richtlinien bestehen, die im allgemeinen respektiert werden, (in Berlin wird man neben den Mitgliedern der Stempelvereinigung nur wenige Banken und Bankiers in diesen Begriff einbeziehen), so wird gewöhnlich auch für die Auslegung dieses Teiles der Klausel jegliche Haftung ausgeschlossen. Oft fehlt aber auch das Wörtchen „prima". Dann ist allerdings die mit dem Inkasso beauftragte Bank

Digitized by Google

der hierdurch erforderten besonderen Prüfung enthoben. Umso nachteiliger gestaltet sich aber das Rechtsverhältnis für den Aussteller oder die anderen Wechselverpflichteten. Selbst wenn — was in der Praxis kaum vorkommt — die mit dem Inkasso beauftragte Bank bei der Bezahlung eines Wechsels durch Gegenscheck die äußerste Zurückhaltung übt, über den erhaltenen Scheck in besonderer Quittung nur „zahlungshalber" quittiert und den Wechsel selbst erst nach Kenntnis der Bezahlung des Gegenschecks an den Bezogenen ausliefert, bleibt gewöhnlich noch das Risiko der Ueberschreitung der Protestfrist bestehen. Meist werden aber wohl die Wechsel sofort ausgeliefert. Und in der Tat würde ein Wechselbezogener, der mit einem Scheck einer deutschen Großbank bezahlt, ein anderes, zurückhaltenderes Verfahren kaum billigen. Es kommt sogar vor, daß Gegenschecks direkt an die Order der mit dem Wechselinkasso beauftragten Bank ausgestellt an diese übermittelt werden; dann besteht gegen den Wechselbezogenen, wenn der Gegenscheck nicht bezahlt wird, nicht einmal die Möglichkeit des Scheckregresses. So ist es denkbar, daß sämtliche Regreßansprüche aus dem Wechsel verloren gehen und als einzige Regreßmöglichkeit aus dem Scheck die gegen die ausstellende Bank verbleibt.

Es verlohnt sich, diesen ungünstigsten Fall an einem Beispiel darzustellen: Die sehr solvente Londoner Firma A zieht auf die Berliner Firma B., die ebenfalls durchaus gut für ihre Engagements ist. Die Firma A gibt den Wechsel an C, dieser giriert an D, dieser an E; der letztere diskontiert den Wechsel bei der Midland Bank, London, die ihrerseits den Wechsel vor Verfall zum Inkasso an die Deutsche Bank, Berlin, sendet. Die Deutsche Bank lehnt gegenüber der Midland Bank, wie üblich, alle Verantwortung für die Klassifizierung und den richtigen Eingang des zu erwartenden Gegenschecks ab. Am Fälligkeitstage wird der Wechsel bei der Firma B vorgelegt, die daraufhin der Deutschen Bank mitteilt, am folgenden Tage mittels Bankschecks regulieren zu wollen. Am folgenden Tage erhält denn auch die Deutsche Bank einen gleich an ihre Order ausgestellten, von der Hamburger Handelsbank auf die Lloyds Bank in London gezogenen Scheck über den Wechselbetrag, und sie liefert dagegen den Wechsel selbst quittiert an die Firma B aus. Für das Beispiel sei angenommen, daß die Deutsche Bank vorbehaltlos quittiert habe. Der erhaltene Gegenscheck wird von der Deutschen Bank noch am gleichen Tage an die Midland Bank weitergesandt. Sieht man von besonderen Glücksumständen ab, so würden normale Post- und Telegrammverbindungen es nicht mehr ermöglichen, daß die Deutsche Bank noch vor Ablauf der Protestfrist die Nachricht von der verweigerten Einlösung des Gegenschecks erhält. Die Nachricht könnte ihr bei dem hier gewählten Beispiel auch nichts mehr nützen, denn der Wechsel befindet sich ja bereits mit Quittung in den Händen des Bezogenen. Die

Digitized by Google

Midland Bank hätte auf diese Weise weder Ansprüche gegen die Deutsche Bank, die ja die Verantwortung von vornherein abgelehnt hatte, noch gegen den Wechselbezogenen, denn dieser hat ja vereinbarungsgemäß und pünktlich bezahlt, noch gegen Aussteller und Indossanten des Wechsels. Ihr bliebe einzig und allein der Regress gegen den Aussteller des Gegenschecks.

Durchdenkt man dieses Beispiel unter Voraussetzung günstigerer Umstände, so bleibt es noch immer zweifelhaft, ob innerhalb der Protestfrist die Nachricht von der Nichteinlösung des Gegenschecks der mit dem Inkasso beauftragten Bank zugehen kann. Nicht einmal bei den postalisch am günstigsten liegenden Plätzen Amsterdam, Basel, Prag oder Kopenhagen wäre damit zu rechnen, selbst wenn der Wechsel am Fälligkeitstage selbst eingelöst worden wäre (was gewöhnlich nicht der Fall ist), und wenn die Nachricht von der Nichteinlösung telephonisch oder telegraphisch übermittelt würde; denn schließlich wird auch das Inkasso des Schecks an dem betreffenden ausländischen Platze einen Tag erfordern.

An diesen Beispielen zeigt es sich, daß auch die äußerste Vorsicht nicht ausreichen würde, die Regreßansprüche aus dem Wechsel voll zu wahren. Dennoch dürfte es sich empfehlen, in solchen Fällen die Wechsel zurückzubehalten, bis die Gegenschecks ihrerseits bezahlt sind, und bis dahin den Bezogenen nur Quittungen über „zahlungshalber" empfangene Schecks auszuliefern.

Ohne gesetzliche Regelung — durch Verlängerung der Protestfrist — läßt sich das Risiko am besten dadurch herabmindern, daß von den Bezogenen verlangt wird, die Wechsel bei ihren Banken zu domizilieren. Die Banken ihrerseits haben stets darauf gehalten, daß ihnen die Deckung für bei ihnen zahlbar gestellte Wechsel schon einen Werktag vor Verfall, manchmal sogar zwei Werktage vor Verfall, überwiesen wird. Auf diese Weise würden solche Wechsel schon am Vormittage des Verfalltages eingezogen werden können. Die erhaltenen Deckungsschecks könnten dann noch am gleichen Tage an die ausländischen Auftraggeber weitergesandt werden, eventuell sogar frühpostlich. Bei Dollarschecks auf New York wäre das natürlich ausgeschlossen; die Dollarwechsel, bei denen Zahlung durch Gegenscheck erfolgt, sind aber wohl nicht sehr häufig.

Rechtsanwalt Ernst Sachs und W. Boes.

(In einem der nächsten Hefte wird eine Besprechung der einzelnen Banktransaktionen — Zahlungen, Akkreditive, Scheckziehungen, Incassi und der dafür in Betracht kommenden Bankkonditionen folgen.)

Digitized by Google

Der Juli 1924.

Der größte Teil des Monats gehörte politisch der **Londoner Konferenz,** während deren es sich bald herausstellte, daß die Franzosen und Belgier auf der einen, die übrigen Teilnehmer der Konferenz auf der anderen Seite ganz verschiedene Vorstellungen mit dem Begriff der Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes verbanden. Um die Monatswende war die Sachlage die, daß man zwar über die Grundlinien dessen einig war, was im Dawes-Bericht geregelt ist, höchst uneinig dagegen über die unlöslich damit zusammenhängenden Vorgänge der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, der Räumungsfristen des Versailler Vertrages usw. Obgleich man schließlich eine „Formel" fand, die die Gegensätze verdeckte, blieben sie nichtsdestoweniger vorhanden, zumal die Londoner Verhandlungen zeigten, in welchem Maße Herriot noch immer von der früheren Mehrheit und ihrem stärksten Vertreter Poincaré abhängig ist. — In Deutschland droht die Zolltarif-Vorlage der Regierung mit ihrem Kernstück der Getreidezölle neue innerpolitische Kämpfe heraufzubeschwören, doch werden die Gegensätze vorläufig noch von der Reparationsfrage überschattet und gebändigt. Die Micum-Verträge wurden Anfang August unter weiter erleichterten Bedingungen verlängert; ein immer größerer Teil der Micum-Lasten geht von den Schultern der Industrie auf die des Reichs über. — Die englisch-russischen Verhandlungen waren bereits im wesentlichen als gescheitert anzusehen, bis es sich im August herausstellte, daß es sich russischerseits nur um die üblichen taktischen Manöver gehandelt hatte und daß man dem Abschluß eines Handelsvertrags zusteuerte. Der deutsch-russische Konflikt ist nach mehrmonatiger Dauer durch auffälliges Entgegenkommen von deutscher Seite beigelegt worden. — Eine der verschiedenen Teilministerkrisen in Polen führte zu dem Ergebnis, daß das Land zeitweilig zwei Außenminister hatte; geblieben ist als solcher schließlich der bisherige Gesandte beim Völkerbund Skrzynsky. — In Südslawien ist Paschitch wieder einmal zurückgetreten, diesmal aber nicht erneut berufen, sondern durch den Demokraten Davidovitch ersetzt worden. — In den Vereinigten Staaten brachte der demokratische Konvent die Nominierung von John W. Davis, während einige Wochen vorher die Republikaner Coolidge neu nominiert hatten, Man hält die Kandidatur Lafollettes, der große Teile der Landwirte, der Arbeiter und der Deutschen hinter sich hat, für nicht ganz bedeutungslos, obgleich die Preissteigerung der letzten Wochen ihm manche Farmer-Stimme rauben wird. — In Sao Paolo, dem wirtschaftlich wichtigsten Staate Brasiliens, brach Anfang Juli ein Aufstand aus, der nach harten Kämpfen und Gefangensetzung tausender von Aufständischen Anfang August angeblich unterdrückt war.

Digitized by Google

Staatsfinanziell ist zu erwähnen, daß die nachträgliche Zusammenstellung der Einnahmen des Deutschen Reiches aus 1923 u. a. aus Einkommenssteuer nur etwa 500 Millionen Bill.-Mark (zur Hälfte aus Lohnabzügen) und rund 181 Millionen Bill.-Mark Rhein-Ruhr-Abgabe ergeben haben. — Die ungarische Völkerbundsanleihe ist mit durchschnittlich 7½% Verzinsung und 88% Ausgabekurs in den verschiedenen Ländern recht ungleich abgesetzt worden; sie wurde in London gut und in Amerika leidlich gezeichnet, in der Schweiz dagegen schlecht. Die Anleihe sank übrigens nach der Zeichnung auch in London unter den Zeichnungskurs. — Italien, das vor einigen Monaten bereits an Polen eine politische Anleihe gegeben hat, will — durch die Banca Commerciale — 600 Millionen Lire auch an Südslawien geben. — Argentinien begab mehrere Reihen Schatzwechsel mit 5 bis 5¼% Verzinsung in New York. — Indien bringt eine innere Anleihe von 100 Millionen Rupien heraus, die mit 5% verzinslich ist und deren Serien 10 bis 22 Jahre laufen. Die Kurse bewegen sich zwischen 99 und 98%. Die Zeichnung läuft bis in den August.

Für die **Weltwirtschaft** ist die bereits erwähnte Tatsache von Bedeutung, daß die deutsche Regierung wider Erwarten schon jetzt mit ihrem Plan der Wiedereinführung von Getreidezöllen herausgekommen ist. Begründet wird das mit der Notwendigkeit, einen geschlossenen Zolltarif für die kommenden Handelsvertrags-Verhandlungen zur Verfügung zu haben; auf der anderen Seite aber betonen beamtete und nicht beamtete Vertreter der Landwirtschaft, daß diese hohe Getreidezölle brauche. — In Großbritannien sind die sogenannten Mac Kenna-Zölle (Dumping-Zölle im wesentlichen auf deutsche Waren) mit Wirkung ab 1. August aufgehoben worden. — In den Vereinigten Staaten sind die Bundes-Reserve-Banken ermächtigt worden, deutsche Handelswechsel mit dem Giro der Golddiskontbank und einer amerikanischen Bank anzukaufen; das geschieht lediglich zur Förderung des amerikanischen Außenhandels. — Der französische Außenhandel zeigt für das erste Halbjahr infolge der Francbaisse der ersten Monate noch einen recht erheblichen Ausfuhr-Ueberschuß, bei dem allerdings die bekannten Fehlerquellen zu berücksichtigen sind. In den letzten Monaten hat die Franc-Stabilisierung ein scharfes Ansteigen der Einfuhr mit sich gebracht, das das Bild gegenüber den Anfangsmonaten verschlechtert, die aktive Handelsbilanz des ganzen Semesters aber nicht beseitigt hat. Im einzelnen betrugen:

	1920	1921	1922	1923 (vorl.)	1923 endg.)	1924
Einfuhr	12256	10800	10107	14161	14659	19873
Ausfuhr	26191	10407	10636	14690	14149	11282

Die Zahlen über den deutschen Außenhandel zeigen im Juni eine etwas bessere Entwicklung, nämlich ein Fallen der Einfuhr-Werte von 870,2 auf 753,1 Millionen Goldmark. Die Ausfuhr

Digitized by Google

ist allerdings ebenfalls von 516,2 auf 475,2 Millionen Goldmark zurückgegangen, sodaß die Bilanz noch immer durchaus passiv bleibt; das erste Halbjahr weist einen rechnungsmäßigen Ueberschuß der Einfuhr um nicht weniger als 1½ Milliarden Goldmark aus. Zurückgegangen ist im Juni die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln, nicht dagegen diejenige von Fertigwaren, insbesondere der Eisen-Industrie; diese weist sogar starke Steigerungen auf. Die Ausfuhr zeigt Rückgänge z. B. bei Düngemitteln, besonders Kalisalzen, und Fertigfabrikaten aller Art, eine beträchtliche Steigerung dagegen bei Zucker. Eine vom Statistischen Reichsamt aufgemachte Statistik des Außenhandels nach Ländern für das erste Vierteljahr zeigt in der Verteilung einige wesentliche Unterschiede gegenüber 1913. So ist Großbritannien bei der deutschen Ausfuhr von der ersten Stelle auf die zweite gesunken (was seine politischen Wirkungen bereits auf der Londoner Konferenz gezeigt hat), und bei der Einfuhr ist die Union (anstelle Rußlands) an die Spitze getreten. Die größte deutsche Ausfuhrziffer zeigen jetzt die Niederlande, die zum Teil das Erbe Großbritanniens als Durchfuhrland für deutsche Waren angetreten haben. — Von den schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen Deutschlands sind Mitte Juli die mit Deutsch-Oesterreich zum Abschluß gelangt.

In der **Weltschiffahrt** sind die Frachten auch im Juli meist weiter zurückgegangen. Gegen Ende des Monats deckten die europäischen Sätze in ausgehender Richtung kaum die Selbstkosten, und auch die wichtigsten Heimfrachtenmärkte (La Plata, Nordamerika, ferner Osten) litten unter dem Ueberangebot ladebereiter Dampfer. — Von den drei großen Nordsee-Häfen hatte Hamburg im ersten Halbjahr einen Verkehr von rund 7½ Millionen Tonnen (i. V. gleichfalls 7½) in 5900 (6600) Schiffen), Rotterdam einen solchen von 7 (5½) Millionen Tonnen, Antwerpen von 7,8 (7,2) Millionen Tonnen, die letzteren beiden bei gestiegenen Schiffszahlen. Bei der Beurteilung des Hamburger Verkehrs ist der Hafenarbeiter-Ausstand vom Frühjahr zu berücksichtigen. Die Zusammenstellung der Welthandelsflotte durch Lloyds Register zeigt im Jahre 1924 zum ersten Male seit dem Kriege einen Rückgang des Verdranges infolge des starken Abwrackens von Schiffen. Es sind insgesamt aufgeführt 61,5 (gegen 62,3) Millionen Register-Tonnen Dampfschiffe. — Zwischen deutschen und amerikanischen Stellen schweben angeblich Verhandlungen über den Ausbau der Rhein-Main-Donau-Wasserstraßen.

Die Ruhe des **Weltarbeitsmarktes** hat auch im Juli angehalten, jedoch haben sich um die Monatswende die Verhältnisse in großen Gewerben Englands erneut zugespitzt; das gilt besonders von den Bau- und Transport-Gewerben. — In Polen streikten fast 100 000 oberschlesische Gruben- und Hüttenarbeiter aus Protest gegen die beabsichtigte Einführung des Zehnstundentages und gegen einen 20 prozentigen Preisabbau. — In Deutschland hat

Digitized by Google

die Arbeitslosigkeit während des ersten Teils des Monats weiter zugenommen; besonders im westlichen Industrie-Bezirk hielt der Rückgang der Beschäftigung bis zum Monatsende an. In anderen Bezirken machte sich bereits der landwirtschaftliche Bedarf an Erntearbeitern bemerkbar. — Ueber den Juni berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß die Lage fast überall — mit Ausnahme der Landwirtschaft und eines Teils des Baugewerbes — eine Verschlechterung zeige, und das in einem Monat, der in der Regel eine Erleichterung des Arbeitsmarktes aufweise. In der Statistik der Krankenkassen ist die bisherige Zunahme (Vormonat 3%) in eine Abnahme der Beschäftigten um 1% umgeschlagen, die Fachverbände zählen 10,4 (8,6) Prozent Arbeitslose und 19,4 (8,2) Prozent Kurzarbeiter. An Vollarbeitslosen wurden Mitte Juli 276 000 (213 900) unterstützt. Bei den Arbeitsnachweisen ist die Zahl der offenen Stellen wie die Zahl der Stellenbesetzungen um ein Viertel zurückgegangen; es konnten trotz einer Abnahme auch der Arbeitsuchenden von je 100 derselben nur 27 (gegen 34) untergebracht werden. Auf 100 offene Stellen entfielen an Arbeitsgesuchen von Männern 359 (289), von Frauen 171 (143).

Im Zusammenhang mit der veränderten Form der Geschäftsaufsicht und der Nähe der Gerichtsferien ist die Ziffer der **Konkurs**-Eröffnungen im Juli in einer Weise in die Höhe geschnellt, die jeden Vergleich mit früheren Monaten und Jahren seit Kriegsbeginn verbietet. Sogar der schlimmste Monat der Krise von 1907—1908, der März 1908, hat nur 921 neue Konkurse, also 264 weniger als der Juli 1924, aufgewiesen. An Konkursen wurden eröffnet:

im Mai	1921	284	Konk.	1922	91	Konk.	1923	30	Konk.	1924	304 Konk.
„ Juni	1921	320	„	1922	88	„	1923	35	„	1924	595*) „
„ Juli	1921	291	„	1922	78	„	1923	17	„	1924	1185**) „

*) dazu 1044 Geschäftsaufsichten. **) dazu 928 Geschäftsaufsichten.

Von bedeutsamen Zahlungsstockungen im Inland seien erwähnt: Akt.-Ges. Stahlwerk Becker, die um die Monatswende noch zwischen Geschäftsaufsicht, Sanierung und Konkurs hin und her schwankte, sowie die Akt.-Ges. Martins u. Bloch, Hamburg, die unter Geschäftsaufsicht ging. In Dänemark stellte die Discontoog Revisionsbank in Kopenhagen ihre Zahlungen ein, und auch in Oesterreich ging eine ziemlich bedeutende Bank, die Oesterr. Kaufmännische Bank, Wien, ins Ausgleichsverfahren.

Zum ersten Male seit Monaten brachte der Juli wieder Nachrichten über **Zusammenschlüsse** oder zusammenschlußähnliche Verbindungen. Die Mehrheit der Preußischen Hypotheken-Aktienbank ist von der Commerz- und Privatbank an die Barmat-Gruppe verkauft worden, und die Mehrheit der Berlin-Burger Eisenwerk A. G. ging an die gleiche Gruppe; Berlin-Burg war ziemlich festgefahren. Die Heinrich Lanz A. G. in Mannheim verhandelte mit R. Wolf, Magdeburg, wegen einer fabrikatorischen Interessengemeinschaft, die die juristische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Firma angeblich unangetastet läßt.

Digitized by Google

Die Lage des deutschen **Kohlenmarktes** hat sich im Juli weiter verschlechtert, und die im vorigen Heft erwähnte Steinkohlenpreis-Ermäßigung (der übrigens die Braunkohlen-Syndikate bald folgten) vermochte den Verbrauch nicht anzuregen. Die Feierschichten besonders im Ruhr-Bezirk nahmen zu, und einzelne Randzechen berieten über völlige Stillegung. Innerhalb der Ruhrkohle A.-G. (Kohlensyndikat) scheinen die Meinungsverschiedenheiten sich beträchtlich verschärft zu haben, und der Syndikats-Vertrag wird sicherlich für Ende September gekündigt werden. Ob ohne Zwang ein neues Syndikat zustande kommt, ist mehr als fraglich. Anstelle der ursprünglich geplanten weiteren Preisermäßigung hat die Gesellschaft in ihrer letzten Mitglieder-Versammlung „die Verkaufs-Bedingungen bis auf weiteres in Kohle auf 75%, in Koks auf 60% und in Briketts auf 70% verringert". Ueber die deutsche Kohlen-Produktion im ersten Halbjahr werden folgende Ziffern mitgeteilt (in Millionen Tonnen):

Jan.-Juni	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Briketts aus Steink.	Briketts a. Braunk.
1924	51,5	58,3	10,2	1,4	13,6
1923	38,8	65,3	8,9	1,2	14,9
1913	69,8	41,9	14,6	2,7	10,3

Die englischen Kohlenmärkte lagen recht still, und die Preise gingen während des größten Teils des Monats eine Kleinigkeit weiter zurück. Man ist übrigens dort zur Berechnung der Kohlen nach dem Kalorien-Gehalt übergegangen.

Die Lage des deutschen **Eisenmarktes** ist während des Juli ebenfalls meist ungünstig gewesen. Gegen Ende des Monats wurde in Fachberichten behauptet, daß Stabeisen aus zweiter und dritter Hand vorübergehend zu um 100 Mark liegenden Preisen verkauft worden sei. Die offiziellen Forderungen der Werke bewegten sich Ende Juli um etwa 120 Mark, doch waren die Käufer sehr zurückhaltend. Aehnlich sah es an den Märkten der anderen Eisen-Erzeugnisse aus. Der Siegerländer Eisenstein-Verein hat seine Verkaufspreise Mitte des Monats nochmals um 2 Mark pro Tonne herabgesetzt; für August ließ er sie zunächst unverändert. Als Schrott-Preise wurden gegen Ende des Monats etwa 40 bis 42 Mark für Kernschrott, 46—48 Mark für Maschinengußbruch genannt. — Der Absatz von Roheisen hat gegenüber den Vormonaten einen wesentlichen Rückgang erfahren, und die Nachfrage ist weiterhin recht schwach. Die Preise hat der Verband trotzdem unverändert gelassen. — Von einer ganzen Reihe von Märkten: Grobblech, Röhren und anderes mehr, lagen Berichte über Verbands-Verhandlungen vor, die jedoch bisher in keinem Falle zu irgendeinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Auch belgische Meldungen, daß nach erfolgter Einigung über einen belgischen Stahlwerks-Verband Verhandlungen wegen eines allgemeinen europäischen Eisen-Syndikats eingeleitet werden sollten, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Uebrigens hat

Digitized by Google

Krupp bei einer Submission von Bandeisen für die belgischen Staatsbahnen die niedrigsten Angebote gemacht. — In England stagniert der Eisenmarkt völlig, doch wurden Mitte des Monats die angeblich zu stark ermäßigten Preise für einige Marken von Stabeisen um 10 sh. heraufgesetzt. Einigermaßen befriedigend war die Lage nur in der schottischen Schiffbauindustrie. — Die übrigen europäischen Märkte lagen sehr ruhig. Der amerikanische zeigte in der zweiten Hälfte des Monats eine gewisse Belebung und der Stahltrust arbeitete in der letzten Woche mit 47% seiner Leistungsfähigkeit. Im zweiten Vierteljahr hat er 41,4 Millionen Dollar eingenommen gegen 50,1 im ersten Vierteljahr. Die Dividende wurde in bisheriger Höhe aufrecht erhalten, während einer der großen Unabhängigen, Bethlehem Steel Works, die seinige herabgesetzt hat.

Der Absatz des **Kali**-Syndikats im ersten Halbjahr wird mit 3,27 Millionen dz Reinkali (Vorjahr 5,59) angegeben. Er war in der ersten Monatshälfte noch sehr schlecht, dagegen schien er sich in der zweiten, insbesondere infolge holländischer und sonstiger Auslands-Aufträge etwas zu beleben. — Auch der Stickstoff-Absatz zeigte gegen Schluß des Monats ein leichtes Ansteigen.

Die **Ernte**-Lage auf der nördlichen Halbkugel ist etwas durchsichtiger geworden. Die Vereinigten Staaten werden etwa die gleiche Ernte einbringen wie im vorigen Jahr, Kanada nach den derzeitigen, ziemlich zuverlässigen Schätzungen mindestens ein Drittel weniger. Da auch die europäischen Ernten schlechter ausfallen, so hat sich die bereits im Juni bemerkbare Preissteigerung während des Juli in verschärftem Maße weiter fortgesetzt. Daß sie zum Teil stark spekulativ ist, zeigt am besten der Hausseesprung, den die Weizen- und Roggenpreise in Amerika in der zweiten Monatshälfte machten. — Auch am deutschen Markte trat bereits gegen Anfang Juli ein Stimmungs-Umschwung ein, der durch die Freigabe der Getreide-Ausfuhr und die mehrfach erwähnte Zollvorlage noch gefördert wurde. An einem einzigen Tage stieg Mitte Juli der Weizenpreis in Berlin um nicht weniger als 20 Mark je Tonne. Die neuen Bestimmungen über das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft waren auch bis Anfang des neuen Erntejahres vom Reichsrat noch nicht genehmigt. Eine erste preussische Ernte-Vorschätzung nimmt einen Gesamt-Rückgang der Brotgetreide-Ernte um 20% gegenüber dem bekanntlich ausnehmend guten Vorjahre an.

An den Weltzuckermärkten drückten die neuen Ausfuhr-Freigaben in Deutschland und Polen sowie die günstige Entwicklung der Zuckerrüben in allen europäischen Staaten auf die Preise. Auch für Zucker will man im Herbst in Hamburg den Zeithandel wieder einführen. Magdeburg ging Mitte des Monats zur laufenden Notierung aller Abschlüsse über. — Dagegen zogen die Notierungen für Kaffee zum Teil infolge der Revolution in Sao Paolo, zum Teil

Digitized by Google

im Zusammenhang mit unkontrollierbaren Gerüchten über Krankheiten der Kaffee-Bäume, stärker an. — Kakao zeigte leicht weichende, Tee leicht anziehende Preise.

Eine sichtliche Anregung infolge der gebesserten politischen Stimmung erfuhren im Laufe des Juli die **Metall**märkte, die während des ersten Monatsdrittels fast sämtlich noch schwach gelegen hatten. Die offiziellen Forderungen der Amerikaner für Elektro-Kupfer stiegen etwa wieder auf den Stand von Mitte März; es sind allerdings gelegentlich noch starke Unterbietungen zu verzeichnen. Die bisherige monatliche Veröffentlichung der amerikanischen Kupferstatistik ist jetzt eingestellt worden, angeblich, um spekulativen Mißbräuchen vorzubeugen. — Auch Zinn vermochte sich von der Schwäche der letzten Monate so gut wie völlig zu erholen, ohne jedoch die übersteigerten Preise des Spätwinters wieder zu erreichen. Auf dem Zinkmarkt wirkten stärkerer Bedarf des Baugewerbes, vor allem aber der Galvaniseure, auf Blei das zu langsame Ingangkommen der mexikanischen Zufuhren festigend ein. — Die erneute leichte Steigerung der Silberpreise hängt wohl mit Hoffnungen auf deutsche Käufe sowie auf eine bessere Kaufkraft Indiens zusammen; bis jetzt ist der Monsun allerdings nicht sehr befriedigend verlaufen.

Die **Baumwoll**märkte zeigten während des Monats ganz ungewöhnlich starke spekulative Schwankungen. Der Stand hat sich in Amerika zweifellos wesentlich gebessert, und die Vorschätzungen der amerikanischen Ernte, die allerdings erst Ende August richtig in Gang kommt, gehen bis zu 12 Millionen Ballen und darüber. Auch Aegypten schickt weiter günstige Saatenstandsberichte, während aus Indien eher Klagen kommen. — Die Abschwächungen an den Wollmärkten haben sich während des Juli zwar nicht fortgesetzt, eine Erholung ist aber auch nicht eingetreten; man kann es nicht gut als eine Besserung bezeichnen, wenn die letzte große Londoner Versteigerung etwas höhere Preise brachte, nachdem mehr als ein Drittel der zum Verkauf gestellten Mengen zurückgezogen war. — Die Seidenmärkte lagen recht ruhig, Hanf ausgesprochen fest, Jute leicht anziehend. — Die Gummipreise haben im Juli die Shilling-Grenze wieder einmal überschritten, einmal, weil nach den alten Abmachungen das Zapfen weiter eingeschränkt werden mußte, zum andern weil die Nachfrage einzelner Verbrauchsgebiete etwas zunahm.

In Deutschland ist die Abwärtsbewegung der Preise infolge der gestiegenen Notierung für Getreide ins Gegenteil umgeschlagen, und der Großhandels-Index des Statistischen Reichsamts wurde Ende des Monats mit 118,5 (gegen 112,6) angegeben, der Lebenshaltungs-Index mit dem 1,14 (1,11) Billionenfachen. Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

Digitized by Google

	31. 7. 23	30. 6. 24	11. 7. 24	21. 7. 24	31. 7. 24	
Weizen (Chicago) .	97 7/8	118	121 3/8	127 3/4	136 1/4	cts. f. bush.
Weizen (Berlin) .	4,15 1/2	140 1/2	146	175	187 1/2	M. „ 100 kg
Mais (Chicago) .	89 3/4	—	106	108 1/2	112 1/2	cts. „ bush.
Mais (Berlin) . .	—	—	—	—	—	M. „ 100 kg
Baumwolle (N. Y.)	22.45	30.20	30.65	33.40	32 40	cts. „ Pfd.engl
Baumwolle (Brem.)	—	—	41 1/2	42	41 1/2	cts. „ Pfd engl.
Zucker (N. Y.) . .	6 40	5.40	5.09	5.02	5.02	cts. „ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	10 5/8	15 1/8	15 5/16	17 5/8	16 3/4	„ „ „
Schmalz (Chicago) .	10.30	10.87 1/2	11.70	12.75	13 40	Doll. „ 100 Pfd,
Gummi (London) [1]	1 3	0.10 1/4	0.11 1/4	1.00	1.01/2	sh „ Pfd.engl.
Gold (London) . .	90.20	95.5	94.11	94 1	93 9	„ „ Unze fein
Gold (Berlin) . .	925 T	2.79	2.79	2.80	2.80	M. „ Gramm
Silber (London). .	30 7/8	34 1/4	34 9/16	34 3/8	34 1/2	d. „ Unze stand
Silber (New York)	61 5/8	65 3/4	67	67 1/4	67 3/4	cts. „ Unze fein
Silber (Berlin) . .	—	88 1/2	89 1/2	91 1/2	91	M. „ kg
Kupfer (London) .	65 1/4	61 3/4	60 3/4	61 1/4	62 7/8	Pfd. „ ton
Kupfer (Berlin) [2] .	–	1.02	118 1/4	119 1/2	126	M. „ 100 kg
Zinn (London) . .	184 3/4	216 1/4	222 1/8	241 1/4	247 3/4	Pfd. „ ton
Zinn (Berlin)[3] . .	975 T	4.15	4.15	4.50	4.72 1/2	M. „ kg
Zink (London) . .	31 1/2	32 3/16	32 1/16	32 1/8	32 1/4	Pfd. „ ton
Zink (Berlin) [4] . .	170 T	0.54 1/2	0.55 1/2	0 57	0.59	M. „ kg
Blei (London) . .	24 3/8	33 3/8	32 3/4	32 1/2	33 1/2	Pfd. „ ton
Blei (Berlin) . . .	130 T	0.56	0.57 1/2	0.57 1/2	0.61	M. „ kg

[1] first crêpe [2] raff [3] Banka [4] frei

An den **Weltbörsen** verlief auch der Juli nicht einheitlich. Am stärksten wirkten sich die politischen Hoffnungen in New-York aus, wo die gesamte Liste der Aktienwerte, vor allem der Industriewerte, Kurssteigerungen zum Teil recht beträchtlichen Umfanges aufwies. (General Electric z. B. plus 17%, American Can plus 10%, Utah Copper plus 12%); heimische Anleihen unterlagen trotz des leichten Geldstandes einem gewissen Drucke. — In London drückten die Geldverteuerung und die hier wesentlich größere politische Zurückhaltung auf den Markt, besonders der festverzinslichen Papiere, während Dividendenwerte eine bescheidene Steigerung aufwiesen. Die Indexziffer von Bankers Magazin weist aber noch einen weiteren Rückgang von 0,2% und den niedrigsten Stand seit März auf. — Der Pariser Markt lag ausgesprochen leblos und verstimmt. Auch der in der letzten Monatswoche wieder etwas stärkere Rückgang des Franc regte das Geschäft nicht an, wenn auch die Kurse einzelner französischer Aktienwerte günstig beeinflußt wurden. — Auf dem Wiener Markt drückten die ungeklärten Verhältnisse des Platzes, und die Kurse gingen fast durchweg weiter zurück; die Umsätze waren klein.

Das Geschäft an der **Berliner Börse** blieb während der ersten Monatshälfte geringfügig, um sich dann an einzelnen Märkten, besonders wieder dem der alten heimischen Anleihen, etwas stärker zu beleben. Die Kurse der Aktienwerte sind Ende Juli gegen den Schluß des Juni nicht wesentlich verändert, hatten aber Mitte des Monats vorübergehend erheblich niedriger gelegen. Als bemerkenswert sei die Steigerung der Brauerei- und Bankwerte, vor allem aber der Eisenbahn-Aktien, hervorgehoben.

Digitized by Google

An Kapitalverkehrssteuer kamen im ersten Viertel des Rechnungsjahres 40,21 Millionen Goldmark ein; davon entfielen auf die Börsen-Umsatzsteuer 20,94, auf die Devisen-Umsatzsteuer 9,55, auf die sogenannte Gesellschaftssteuer (ehemals Aktienstempel usw.) 6,8, auf die Aufsichtsrats-Steuer 1,7 Millionen Goldmark.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Juli	Anfang	Mitte	Ende	Juli	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	330	265	325	Dt.-Luxemburg	45,5	41	48
4% „	575	525	740	Bln. Karlr. Ind.	70	59,5	75 5/8
3 1/2% „	450	400	680	Elberf. Farben	10,1	8,1	13,5
3% „	1050	960	1200	Harpener	54	46,1	56
Darmst. u. Natbk.	7,75	6,25	7,75	Hirsch Kupfer	18,25	14,9	18,4
Deutsche Bank	8,5	7,25	9	Höchster	9,75	8	12,5
Disc.-Komm.	8,7	7,9	10,3	Hohenlohe	17,25	13	21,5
Dresdner Bank	5 1/8	4 1/8	5 7/8	Laura	4,75	3,8	5 5/8
Hambg.-Amerika	20	18	23,2	Mannesmann	27 1/8	20,5	25,75
Hamburg-Süd	29,5	27	33,5	Oberbedarf	9,7	6,25	8 7/8
Hansa	8,25	7,1	10,25	Oberschl. Eisen	9,25	7,7	11 1/8
Norddtsch. Lloyd	4 3/8	3,8	5	Orenst. & Koppel	12 3/8	9,5	14
Schantung	0,725	0,6	0,975	Phönix	26,9	22,5	26,6
Bergmann	12	9,6	13,2	Rheinstahl	23,2	16 5/8	21 5/8
Bochumer Guß	46	38	45,75	Rombacher	10 3/8	8,75	12,7
Daimler	2 1/8	1,75	2,7	Schuckert	30	27	34,2
Deutsche Kali	27	20,5	33,8	A. E. G.	6,75	6,6	8,3

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am **Londoner Geldmarkt** trat nach leichtem Beginn im Laufe des Monats eine merkliche Versteifung ein, die Anlaß zu den verschiedensten Vermutungen gab: Vorbereitung auf die deutsche Reparationsanleihe, fortgesetzte Kreditgesuche des Auslands, die vielfach auf dem Umwege über Holland und namentlich die Schweiz befriedigt werden, wohin man starke Geldabflüsse beobachtet hat, künstliche Marktverknappung durch die Bank von England usw. Der Hauptgrund scheint indes psychologischer Art zu sein: Der Markt fürchtet, daß die Bank von England im Interesse der Währung, die dem Goldpari angenähert werden soll, den Zins gewaltsam steigern werde, und nimmt die verringerte Steigerung durch verstärkte Kreditnachfrage und verringertes Angebot voraus. Daneben wirkten wohl auch die Juli-Steuereinhebungen, die dem Staatshaushalt nach und nach 14 Millionen Pfund über die Ausgaben hinaus zuführten, leicht verknappend. Die Zinssteigerung ist um so auffallender, als amerikanische Gelder Anlage in England suchten und der Steigerung entgegenwirkten. Tägliches Geld stieg von 1 bis 2% auf ca. 3%, an einzelnen Tagen sogar auf 4%, Wochengeld von 2¼ auf 2¾%. Das Schatzamt mußte für Schatzwechsel zuletzt mehr als 3 3/8% bezahlen, und der Privatdiskont notierte:

1. Juli	7. Juli	14. Juli	19. Juli	25. Juli	31. Juli	höchst	niedrigs
3 1/4	3 5/16	3 1/2	3 5/8	3 3/4	3 13/16	3 13/16	3 1/4

Die Ausweise der Bank von England zeigen — außer in der letzten Juliwoche — einen Rückgang der „Regierungssicherheiten", der um so mehr auffällt, als die Bank dem Schatz-

Digitized by Google

amt, dessen Guthaben stark zusammengeschmolzen ist (vgl. namentlich den Ausweis vom 9. Juli), mehrfach mit Vorschüssen ausgeholfen haben dürfte. Der Staatskassenausweis zeigt zwar nur einmal, am 12. Juli, eine überdies ganz kleine Inanspruchnahme der Bank, aber es scheint, daß außerdem Schatzwechsel direkt zur Bank geflossen sind. Ob man es hier mit einer bewußten Verknappung des Markts zu tun hat, läßt sich nicht erkennen. Das Unterlassen einer Diskonterhöhung trotz Steigerung der Marktsätze, die den offiziellen Satz Ende des Monats dicht streiften, besagt nichts gegen eine solche Annahme; die Unterlassung ist vielleicht nur auf die scharfen Proteste der Wirtschaft zurückzuführen, also eine unfreiwillige. — Die currency notes haben auch im Juli — um 5,25 Mill. £ — zugenommen, doch handelt es sich hierbei wohl nur um eine vorübergehende Erscheinung.

Der Londoner Wechselkurs hat im Juli eine erhebliche Besserung gegenüber dem Dollar und den meisten europäischen Devisen erfahren, was zum Teil eine Wirkung der starken Zinsspannung zwischen London und New York ist, aber wohl in noch höherem Grade auf die spekulative Vorwegnahme der für 1925 erwarteten Rückkehr des Pfundes zum Goldpari zurückgeführt werden muß. Daß spätestens im September die großen Herbstzahlungen für Getreide und Baumwolle an Amerika zu leisten sind, blieb ohne jeden erkennbaren Einfluß auf die Kurse. Ende Juli notierten: Kabel New York 4,40 Dollar, Amsterdam 11,52 Fl., Schweiz (international gebessert!) 23,65 Frcs., Bombay 1 s 5¼ d, Yokohama 1 s 10⅜ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten (in Mill. £):

1922			1923			1924		
1.	7.— 7. 7.	849	29.	6.— 5. 7.	820	26.	6.— 3. 7.	908
8.	7.—13. 7.	693	6.	7.—11. 7.	706	4.	7.—10. 7.	776
14.	7.—20. 7.	731	12.	7.—18. 7.	708	11.	7.—17. 7.	737
21.	7.—27. 7.	727	19.	7.—25. 7.	626	18.	7.—24. 7.	694
28.	7.— 3. 8.	750	26.	7.— 1. 8.	688	25.	7.—31. 7.	700
1.	7.— 3. 8.	3 750	29.	6.— 1. 8.	3 548	26.	6.—31. 7.	3 815
30.	12.—29. 6.	19 597	29.	12.—28. 6.	19 006	1.	1.—26. 6.	19 512
30.	12.—29. 8.	23 347	29.	12.— 1. 8.	22 554	1.	1.—31. 7.	23 327

Bei der Bank von Frankreich erreichen die Vorschüsse an den Staat trotz gelegentlicher kleiner Rückzahlungen immer wieder das gesetzliche Maximum von 23 Milliarden Francs. Auch die Inanspruchnahme von privater Seite ist gestiegen, was jedoch weniger zu einer Steigerung des Notenumlaufs als zu einer Abnahme des undurchsichtigen Postens „Verschiedene Aktiva" geführt hat. Der Goldbestand der Bank hat keine Verringerung erfahren und wird nach einer Auskunft des Finanzministers eine solche nur dann erfahren, wenn die Dollar-Stützungskredite bei Fälligkeit nicht in Devisen zurückgezahlt werden können. Zur Zeit liegt aber ein genügender Dollarvorrat bereit. Der französ-

Digitized by Google

sische Wechselkurs hat sich im Juli nicht nur gegenüber dem schwächer liegenden Dollar verschlechtert. Ende des Monats notierte der Franc in London 88,30 Franc sie £, in New York 4,98 Dollar je 100 Francs. Indes setzte sofort nach dem Ultimo eine starke Intervention zu Gunsten des Franckurses ein.

Am New Yorker Geldmarkt haben sich die Zinssätze im Juli weiter ermäßigt, und zwar tägliches Geld auf 2% Brief, verschiedentlich 1½% bez. Dreimonats-Darlehen brachten 2½ bis 2¾%, Warenwechsel 3%, Bankaccepte 2¼ bis 2½%. Die infolge dieser Flüssigkeit erwartete weitere Diskontermäßigung der Bundes-Reserve-Banken blieb im Juli noch aus, obwohl Anlagen und Notenumlauf sich weiter verringerten. Der Wechselbestand beträgt jetzt wenig mehr als ein Viertel der Ziffer von Anfang Verschlechterung erfahren, die direkt mit dem leichten Geldstande zusammenhängt, weil fortgesetzt Gelder nach dem Auslande, insbesondere nach London, abfließen. Ende Juli notierte Kabel London 4,40 Dollars, Check Amsterdam 38,20 Doll., Scheck Stockholm 26,60 Doll., Buenos-Ayres 33 cents, Rio de Janeiro 9,70 cents. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Millionen Dollar):

	5. 7.	12. 7.	19. 7.	26. 7.
Vorschüsse	5 098 35	5 052 64	5 095.44	4 419.95
Barvorrat, eigener	46.15	51.14	47.21	46 04
„ b.d.Bund.-Res.-Bk.	585 66	586 73	615.90	628.61
„ b. anderen Banken	4 89	8.47	29 04	36.40
Barvorrat, zusammen	*636 70*	*646 34*	*692.14*	*711.05*
Kurzfristige Depositen . . .	4 339.01	4 319.47	4 381.74	4 419.95
Langfristige Depositen . . .	493.70	494.01	510.90	326.46
Depositen, zusammen	*4 832.71*	*4 813.48*	*4 892.64*	*4 746.41*
Notenumlauf	21.20	18.27	14 94	24.90
Surplusreserve	32.12	30.04	32 20	32.24

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben im Juli keine Veränderung erfahren.

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Trillionen Mark):									
7. 7.	466.4 Mill.		—	1870.1	91.6[8])	491 0	320 3	1105.5	1105.5
15. „	469.4 „		—	1826.4	74 0[8])	598.3	331 7	1061 9	1051.9
23. „	478.0 „		—	1797.8	68.6[8])	677.1	383.7	1009.5	1009.5
31. „	484.3 „		—	1798.0	62 5[8])	452.6	290.4	1211.0	1211.0
Deutsche Rentenbank (Mill. Rentenmark):									
30. 6.	—	—	—	—	2169,7	—	—	2049,8	—
31. 7.	—	—	—	—	2071,6	—	—	2071,4	—
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
2. 7.	128.2		—		149.5[4])	11.7	140.1	127.8	—
9. „	128.3		—		118.0[4])	9.9	110 9	127.3	—
16. „	128.3		—		115 4[4])	11.7	107.4	126.2	—
23. „	128.3		—		113.2[4])	11.3	105.6	126.3	—
30. „	128.3		—		128 7[4])	12.2	112.0	127.1	—

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
3. 6.	5543.2[3])	299.8	573.2	3735.9	30433.5	14.8	2205.7	40115.6	33699.4
10. „	5543.2[3])	299 8	573 4	4873.2	30609.9	15.2	2200.2	40224.9	33808.5
17. „	5543.3[3])	299.9	573 6	4724.5	30348.9	14 3	2181.7	40155.9	33739.1
24. „	5543.4[3])	300.1	573.9	4707 4	30136.6	15.3	2174 0	40087.7	33664.3
31. „	5543.5[3])	300.2	571.1	5143.0	30593.4	15.5	2142.7	40324.6	33909.8
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 7.	3 351 522.7[5])	—		3190914.4	1399 5	944314.8		7764047.4	4412524.7
15. „	3 267 502.6[5])	—		3173491 7	1318.9	1067439 6		7533740.5	4266237.9
23. „	3 274 235 4[5])	—		3196915.6	1365.2	1360462.4		7336128.4	4061893.0
31. „	3 362 819.3[5])	—		3303489.8	1386.0	896031.8		7995647.3	4632828.0
Ungarische Nationalbank (Mill. ungar. Kronen):									
7. 7.	1 027 931 2[5])	—		1144682.9	—	797405.8	297869.1	2891015.9	1863084.7
15. „	1 057 888 8[5])	—		1105491.7	—	835332.2	277700.9	2858187.4	1796298.6
23. „	1 572 (32 5[5])	—		1154894.9	—	1010459.7	429452.7	2872195.9	160.163.4
31. „	1 566 302.5[5])	—		1257596.7	—	1095473.0	329104.8	3277943.0	1711640.5
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 7.	1048.7		681.6	1301.8	891 9	1071.5		7934.7	6204.4
14. „	1049 2		645.1	1223.2	855.0	1107 7		7728.7	6034.4
23. „	1050.1		625.3	1192 6	846.3	1195.0		7562.7	5887.3
31. „	1050.2		619.6	1002.2	850.5	629.1		8090.0	6420.2
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 6.	885.5	85.4	491.7	11178.7		1957.8		12441.4	10978.8
20. „	886.1	85.4	491.8	12689.5		2079.9		12699.0	11235.7
30. „	886.2	85.4	491.3	13105.6		2304 2		13355.4	11892.5
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
8. 7.	43.0	0.5	334.5	1041.5	4.3	55.6	35.1	1279.0	901.1
15. „	43.0	0.5	279 3	1031.6	4.3	26.7	23.4	1257.0	934.0
23. „	43.0	0.5	588.1	660 6	4.3	50.4	39.6	1233.1	601 2
31. „	43.0	0.5	578.8	669.2	4.3	30.1	21.2	1261.4	639.5
Niederländische Bank (Millionen Gulden):									
7. 7.	531.5	10 0	93.1	145.3	194 8	—	65.4	992.3	337.7
14. „	531.5	10.0	92.7	143 4	198.0	5.5	64.6	978.6	343.9
21. „	531.5	10.5	92 4	142.2	199.0	12.0	68.5	946.1	328.6
28. „	531.5	10.9	95 3	137.7	198.7	11.2	62.9	963.5	425.8
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 7.	505.6	99.2	23 9	225 8	80.6	74.1		850.9	222.2
15. „	505.7	99.3	32.8	208.0	69.8	96.0		827.7	189.9
23. „	505.7	99.4	40.6	211.3	66.5	102.5		816.2	160.5
31. „	506.9	98.2	30 1	250.9	74.4	93.0		866.2	231.0
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
5. 7.	249.3	—	32.8	469.5		217.1		522.4	240.3
12. „	249.3	—	23 5	439.0		195.8		498.6	225.8
19. „	249 2	—	33.1	413 1		191 0		487.0	204.7
26. „	249 2	—	41.1	390.0		185.5		477.1	186.8
31. „	249.2	—	52.7	389.2		168.8		515.4	213.5

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
5. 7.	2524.3	659.5[6])	31.5	872.2	1361.8[7])	308.8	11.4	4408.0	1182.7
12. „	2534.5	659.0[6])	31.8	851.9	1350.2[7])	299.6	9.1	4394.2	1168.9
19. „	2534.5	660.7[6])	31.6	756 9	1330.6[7])	280.9	9.9	4378.2	1151.4
26. „	2534.5	662.4[6])	33.7	807.1	1320.6[7])	318.8	9.1	4364.0	1133.4
31. „	2534.6	662.6[6])	31.4	806.5	1317.6[7])	289.3	12.1	4396.3	1167.7
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 7.	147.3		17.4	445.9		100.5		394.2	229.5
15. „	147.3		13.0	443.8		88.1		392.3	232.0
23. „	147.3		9.9	440.8		79.2		387.8	230.6
31. „	147.3		10.1	442.4		79.1		389.8	232.4
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
31. 7.	209.6	18.5	16.0[2])	260.8	56,3	84.0		470.3	226.2
Polnische Emissionsbank (Millionen Zloty).									
10. 7.	83.8	—	259.0	147.6	6.9	118.0		351.8	9.0
Nationalbank von Rumänien (Mill. Lei)									
30. 6.	6017.2	4.3	—	6034.5	801.5	6438.2		17811.4	11789.9
5. 7.	6017.2	5.3	—	6090.1	769.8	6381.7		17792.6	11770.1
12. „	6017.2	4.8	—	6171.1	780.9	6364.6		17894.6	11872.6
Nationalbank von Bulgarien (Mill. Lewa)									
30. 6.	57.0		450.4	194.9	178.4	1025.7		4793 4	4286.0
Nationalbank von Griechenland (Mill. Drachmen).									
14. 6.	32.8		1340.4	260.3	104.7	1670.5		6040.3	4667.1

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Einschließl. lombardierter Wechsel.

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich die Erleichterung im Juli weiter fortgesetzt, und zwar aus denselben Gründen, die im Vormonat zu dem schroffen Umschwung geführt hatten: Furcht vor Kreditgewährung seitens der Banken, die ihr Geld in der liquiden Form des Börsengeldes auszuleihen wünschen, und Unvermögen der Kreditnehmer, die scharfen Bedingungen zu erfüllen, die für die Hergabe von täglichem und monatlichem Börsengeld gestellt werden. Ein Versuch der Seehandlung, einen Privatdiskontmarkt durch ihre eigene Rediskontbereitschaft zu bilden, blieb ohne Erfolg, weil Banken und Industrie keine wechselmäßige Verpflichtung einzugehen wünschen. Der Geldmarkt zeigt jetzt mit unübertrefflicher Deutlichkeit, daß selbst bei ausgesprochener Geldknappheit relativ niedrige Zinssätze herrschen, sobald eine scharfe Auslese unter den Kreditnehmern getroffen wird und nur allererste Namen und Unterlagen Berücksichtigung finden. Tägliches Geld notierte Ende Juli ¼ bis ⅜ promille je Tag, Monatsgeld 1⅜% (= ca. 16½% p. a.), Darlehen auf Devisen ca. 8½% p. a.

Digitized by Google

Der Berliner Wechselkurs ist auch im Juli von der Reichsbank reguliert worden, ließ sich aber nicht mehr ganz so leicht auf den willkürlich gewählten Paritäten halten wie im Juni. Die meisten Kurse, insbesondere aber London und Schweiz, mußten nicht unerheblich heraufgesetzt werden, obwohl der Reichsbank wiederum ziemlich viel Material aus den noch nicht ganz erschöpften Reserven der geldbedürftigen Industrie zufloß.

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Juli	7. Juli	14. Juli	21. Juli	28. Juli	31. Juli
Amsterdam Guld. .	158	158.5	159	160,20	160,40	160,5
Kopenhagen (Kr.) .	66,25	66.50	67,5	67,5	68	67,75
Stockholm(Kronen)	111,25	111.25	112	111,75	112	111,5
Christiania (Kron.)	56	56	56,25	56,20	56,5	56,75
Helsingfors (F.-M.)	10,48	10,5	10,5	10,53	10,5	10,5
Schweiz (Francs) .	74,6	75	77	76,5	77,25	77
Madrid (Pesetas) .	56.20	55	56	55,5	55,75	55,75
Italien (Lire) . .	18,1	17,9	18,05	18,15	18,15	18.15
London (Pfund) .	18.14	18,18	18,4	18,42	18,47	18,5
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4 2	4.2	4,2
Paris (Francs) . .	21,9	21,34	21,75	21,75	21,45	21
Brüssel (Francs) .	19,2	18.8	19,2	19,4	19,25	19
Wien (1 Kr.). . .	5,92	5,92	5,93	5,93	5.92	5,91
Prag (Kronen) . .	12,32	12,27	12,44	12.5	12,5	12,43
Buenos Aires(Pesos)	1,35	1,34	1,35	1,35	1,35	1,37
Rio de Janeiro (Milr.)	0,45	0,44	0,38	0,40	0,39	0,39
Japan (Yen) . . .	1,77	1,76	1,74	1,72	1,71	1,72
Bulgarien (Lewa) .	3,06	3,02	3,06	3,02	3,05	3,06
Jugoslavien(Dinar)	4,84	4,99	4,95	4,96	4,95	5,02
Budapest (Kronen)	5,1	5,1	5,05	5,17	5,3	5,32
Lissabon (Eskudo)	11.5	11,5	11,3	11,10	11,3	11,3
Danzig (D. Gulden)	72 56	72,75	73,5	73.75	74	73,65

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** hat auch im Juli die Politik fortgesetzt, ihre Diskonttätigkeit der Industrie gegenüber scharf einzuschränken, einen Teil der so verfügbar gewordenen Gelder an die politisch jetzt wieder einflußreichere Landwirtschaft auszuleihen und ihren Notenumlauf in dem Maße zu erhöhen, wie das Deckungsmaterial zunahm. Für einen Teil der angesammelten Devisen bezog die Bank wiederum Gold aus London, so daß ihr Goldbestand sich auch in diesem Monat um mehr als 20 Millionen Mark erhöht hat. Bei einer Steigerung des Notenumlaufs um ca. 150 Millionen Mark (Papier- und Rentenmark) haben die Wechsel- und Lombard-Darlehen um ungefähr ebenso viel abgenommen.

Der Ausweis der Rentenbank zeigt Ende Juli eine kleine Zunahme der ausgegebenen Rentenbankscheine, deren Verbleib infolge der Lückenhaftigkeit der Ausweise (Aktiva und Passiva balanzieren nicht) kaum erkennbar ist. Ebenso wenig ist zu ersehen, wohin der größere Teil der 100 Millionen Rentenmark gewandert ist, der bis Ende Juni außerhalb des 800 Millionen-Kontingents der

Digitized by Google

Reichsbank überlassen war, im Juli aber von dieser zurückgegeben worden ist. — Die Ziffern der Golddiskontbank siehe unter Kleine Chronik.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Juli und den Vergleichsmonaten folgendes Bild (in Millionen Mark, nur 1924 in Mark):

	1919	1920	1921	1922	1923	1924*)
Mai	11 712	50 816	66 453	179 370	12 345 002	1 154 905 005
					ferner: 1 793 318 500	Rentenmark
Juni	11 682	57 276	68 764	191 413	28 475 345	687 641 800
					ferner: 1 416 675 500	Rentenmark
Juli	12 916	58 564	78 337	243 490	76 624 491	695 309 600
					ferner: 1 460 399 800	Rentenmark

Zulassungen an den deutschen Börsen im Juli 1924.

I. Börse zu Berlin.

Kr. 130	Millionen	Ungar. Allg. Kreditbank, jg. Akt.
M. 19	„	Zwickauer Maschinenfabrik, jg. Akt.
„ 30	„	do. do. Genußscheine.
„ 27	„	Meißener Ofenfabrik Teichert, jg. Akt.
„ 30	„	do. do. Genußscheine.
22 000	Zentner	5% Roggenwertanl. d. Stadt Dresden.
G.-M. 2	Millionen	5% Pfandbriefe d. Preuß. Zentralstadtschaft.
„ 1	„	8% do. do.
„ 5	„	10% do. do.
M. 15	„	Bast A.-G. Nürnberg, jg. Akt.
„ 5,35	„	Mimosa A.-G., jg. Akt.
„ 35	„	Hildebrandtsche Mühlenwerke, jg. Akt.
G.-M. 2	„	10% Kommobl. d. Preußischen Zentralbodenkredit-A.-G.
„ 1	„	10% Pfandbriefe d. Deutschen Genossenschafts-Hyp.-Bk.
M. 7,2	„	Zuckerfabrik Jülich-Schoeller u. Co., jg. Akt.
„ 20	„	Deutsche Fensterglas-A.-G., jg. Akt.
„ 82	„	Gebr. Schöndorff, jg. Akt.
G.-M. 1	„	5% Rentenbriefe d. Roggenrentenbank Berl., Reihe 10 u. 11.
700 000	Gr. Feingold	5% Pfandbriefe Reihe 14 d. Preuß. Landpfandbriefanstalt.
1 Mill.	Gr. Feingold	8% Pfandbriefe Reihe 15 d. Preuß. Landpfandbriefanstalt.
1 Mill.	Gr. Feingold	10% Pfandbriefe Reihe 1 d. Preuß. Landpfandbriefanstalt.
1 Mill.	Gr. Feingold	10% Kommobl. Reihe 1 d. Preuß. Landpfandbriefanstalt.
801 000	Zentner	5% Roggenpfandbriefe d. Landschaftl. Kreditverbandes für Schleswig-Holstein.
M. 9,8	Millionen	Brauhaus Nürnberg, jg. Akt.
„ 2,45	„	Bauland Groß-Berlin, jg. Akt.
„ 10	„	F. Dippe Maschinenfabrik, jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 100	Millionen	Oberschl. Kokswerke, jg. Akt.
„ 20	„	Genußscheine d. do. do.

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.
Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 6	Millionen	Bronzefarbenwerk Schlenk, jg. Akt.
„ 9	„	Filzfabrik Fulda, jg. Akt.
50 000	Festmeter	6% Holzwertanl. d. Stadt Heidelberg.

*) in Billionen Mark

Digitized by Google

VI. Börse zu Hannover.
Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.
Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg.

G.-M.	5	Millionen	10% landwirtschaftl. Zentralroggenpfandbriefe Reihe 4.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

M.	22 498 800		Stett. Bergschloßbrauerei, jg. Akt.

XI. Börse zu München.

G.-M.	0,3	Millionen	5% Pfandbriefe d. Bayr. Vereinsbank, Reihe 11 und 12.
M.	300	„	Ostbayr. Stromversorgungs-A.-G., Akt.
„	150	„	8% Obl. d. do. do.
„	18,4	„	Sinalco A.-G., jg. Akt.
„	2,5	„	Bierbrauerei-Ges. Gebr. Lederer, jg. Akt.

XII. Börse zu Augsburg.
Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

100 000	Zentner		5% Roggenrentenscheine d. Landeskulturrentenbank, Reihe II A—D.

XIV. Börse zu Leipzig.
Keine Zulassung.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

M.	40	Millionen	Neckarsulmer Fahrzeugwerke, gj. Akt.

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.
Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister hat im Juli wiederum ganz erheblich abgenommen. Es wurden eingetragen:

71 Aktiengesellschaften mit . . .	6 852 200 703 409 600 000	M. Kapital
433 Gesellschaften m. b. H. mit . .	6 268 890 406 667 100 000	„ „
zusammen	13 121 091 110 076 700 000	M. Kapital

gegen 42 186 178 000 M. Kapital im Juli 1923
„ 882 031 000 „ „ „ „ 1922

Noch viel stärker haben die **Kapitalserhöhungen** im Juli abgenommen, weil nur eine einzige Eintragung mit mehr als 1 Million Goldmark erfolgt ist. Die Ziffern lauten:

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Juli 1924.

(Vom 1. bis 31. Juli im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Juli 1923		Juli 1924		Juli 1923		Juli 1924		Juli 1923		Juli 1924		Juli 1923		Juli 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.
Landwirtschaft	9	777	3	775 000	40	1 288	6	49 000	6	120	—	—	8	335	2	63 000
Bergbau, Hütten u. Salinen	14	949	2	203 000	31	295	21	199 000	28	1 791	1	—	7	8	1	1 000
Steine und Erden . . .	15	380	4	100 000	31	126	10	77 000	24	418	2	—	16	54	3	20 300
Metalle und Maschinen .	54	750	19	414 000	189	1 032	38	556 400	66	1 374	5	244000	24	62	3	72 210
Elektrotechn. Erzeugnisse	17	362	2	100 000	51	314	24	186 410	14	213	3	—	13	27	2	50 500
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	3	210	3	—	3	12	—	—	16	5 284	1	—	5	93	—	—
Fette, Oele usw. . . .	7	413	—	—	12	66	5	45 000	5	179	—	—	7	105	1	8 000
Chem. Indust., Holz- u. Leuchtst.	33	1 603	3	150 000	50	392	27	439 900	33	1 156	2	1125000	7	5	—	—
Textilgewerbe	32	1 162	6	165 000	155	439	21	236 000	23	973	1	—	5	3	—	—
Papiergewerbe	9	251	1	—	9	29	2	15 000	9	512	1	—	4	7	—	—
Ledergewerbe	16	408	—	200 000	35	159	14	157 000	9	173	1	—	3	16	1	4 500
Holz- u. Schnitzstoffgew.	21	342	2	75 000	53	643	17	218 050	15	325	2	6 400	10	32	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	56	8 829	3	950 000	157	599	61	1150450	49	1 340	3	120000	22	331	—	—
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	12	305	2	—	32	169	8	53 500	1	38	—	—	1	6	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	—	—	2	—	9	28	2	20 000	5	23	—	—	7	10	—	—
Graphische Gewerbe . .	10	249	—	—	19	94	17	100 600	12	248	2	—	12	39	3	9 500
Baugew. u. Terrain-Ges.	33	803	4	155 000	17	294	29	871 000	15	323	—	—	17	250	3	75 000
Banken u. Versich.-Ges. .	36	7 492	7	1880000	16	276	15	100 700	52	5 947	10	697500	4	19	1	64 000
Bahnen u. Transport-Ges.	10	480	2	345 000	22	66	10	80 600	16	432	—	—	8	9	—	—
Handel (ausser Banken)	31	2 227	2	50 000	123	530	19	301 500	51	2 351	—	—	100	455	2	65 000
Syndik., Verkaufsvereine	1	500	—	—	1	—	1	—	2	86	1	—	7	137	1	4 750
Sonstige Gesellschaften .	73	4 174	11	1290200	268	2 669	86	1411790	95	2 663	10	302500	54	218	8	69 165
	492	32 666	71	6852200	1377	9 520	433	6268890	546	25 969	45	2495400	341	2 226	31	506 925

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Juli 1924: 13 121 091 110 076 700 000 M., 1923: 42 187 178 000 M.

Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 3 002 325 002 052 234 000 „ 1923: 28 196 484 000 „

Gesamtanspruch im Juli 1924: 16 123 416 112 128 934 000 M., 1923: 70 383 662 000 M.

Digitized by Google

45 Aktiengesellschaften mit . . .	2 495 400 001 965 764 000	M. Kapital
31 Gesellschaften m. b. H. mit . .	506 925 000 086 470 000	„ „
zusammen	3 002 325 002 052 234 000	M. Kapital
gegen	28 196 484 000 M. Kapital im Juli 1923	
„	1 839 268 000 „ „ „ „ 1922	

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Juli laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
48	15	0	2	5	134
Dagegen im Juli 1923:					
19	8	0	3	23	96
Dagegen im Juli 1922:					
28	22	1	0	13	207

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juli 1924: 53 Genossenschaften m. unb. H. und 151 Genossenschaften m. b. H.
„ 1923: 23 „ „ „ „ „ 107 „ „ „ „ „
„ 1922: 42 „ „ „ „ „ 229 „ „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juli zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

In Altona (Elbe)	10	in Frankfurt a. M.	23	in Mannheim	16
„ Bamberg	11	„ Hamburg	55	„ München	27
„ Berlin	107	„ Hannover	15	„ Pforzheim	12
„ Bernburg	10	„ Heidelberg	10	„ Remscheid	15
„ Bonn	10	„ Köln (Rhein)	32	„ Rudolstadt	14
„ Breslau	15	„ Lehe	12	„ Solingen	13
„ Dortmund	12	„ Leipzig	24	„ Stuttgart (Stadt)	12
„ Dresden	22	„ Ludwigshafen	10	„ Tilsit	11
„ Duisburg	13	„ Magdeburg	11	„ Wiesbaden	17
„ Düsseldorf	12	„ Mainz	14	„ Zwingenberg Hess.	12

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juli 1924

1110 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Deutsche Golddiskontbank. Der Eigenbestand der Bank an diskontierten Valuta-Wechseln und Schecks hat Ende Juli 6,47 Mill. M. betragen; in London und New York rediskontiert wurden 7,33 Mill. M.

Münzgesetz. Das Reichskabinett hat den Entwurf eines Münzgesetzes genehmigt, das die Prägung von Goldmünzen zu 10 und 20 Reichsmark und von Scheidemünzen von 1 Pfennig bis 5 Mark vorsieht. Die Münzen von 1 Mark aufwärts sollen aus einer Silberlegierung (50% Silber) bestehen.

Die Postscheckeinlagen sind nach einer Angabe des Berl. Tagebl. Ende Juli ein wenig höher als in Friedenszeiten gewesen, aber um etwa 80 Mill. Mark niedriger als Mitte Mai d. Js.

Die Spareinlagen bei der Berliner Sparkasse sind von 0,08 Mill. G. M. Ende November 1923 auf 5,7 Mill. G. M. Ende Juni 1924 gestiegen, die Giroeinlagen von 1,2 Mill. G. M. auf 29,3 Mill. G. M.

Bankzinsen. Die Berliner Stempelvereinigung hat die Habenzinsen für Monatsgelder von 15 auf 12% p. a. herabgesetzt, die Sollzinsen von 14 auf 12% p. a., wozu jedoch die Provision tritt; diese soll von ca. 2½% p. Monat (gleich 30% p. a.) auf 1% p. Monat (gleich 12% p. a.) ermäßigt werden. Die Erhebung einer Umsatzprovision auf Scheckkonten bleibt dem Ermessen der einzelnen Banken überlassen. Die Provinzvereinigungen haben ihre Bedingungen ebenfalls ermäßigt.

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923.

Deutsche Reichsbank.

Der offizielle Diskontsatz war im Jahre 1923 bei Markkrediten ohne Entwertungszuschlag vom 1. 1. bis 17. 1. 10%, vom 18. 1. bis 22. 4. 12%, vom 23. 4. bis 1. 8. 18%, vom 28. bis 14. 9. 30% und vom 15. 9. bis 31. 12. 90%. Der Diskontsatz für wertbeständige Kredite wurde am 20. Dez. mit 10% eingeführt und blieb bis 31. Dez. 10%. Nach dem Verwaltungsbericht für 1923 ist die gesamte Kapitalsanlage des Instituts von 1608 Milliarden auf 591,1 Trillionen, der Betrag der umlaufenden Noten von 1280 auf 496,5 Trillionen M. gestiegen. Der Gesamtgewinn stellt sich auf 63,8 Trill. M. (i. V. 64 471,6 Mill. M.). Infolge der außergewöhnlichen Mark-Entwertung beanspruchte die Abdeckung der von dem Institut zugunsten des Reichs übernommenen Auslandskredite wiederum einen weit höheren Betrag als denjenigen, den die Verwertung der aus den Krediten erhaltenen ausländischen Zahlungsmittel in Mark ergeben hatte. Für 1923 ist dieser Verlustposten mit 7,0 Trill. (9881,7 Mill.) M. eingesetzt. Im Jahre 1923 erbrachten im Einzelnen: Wechsel 44,1 Trill. (63 580,2 Mill.), Lombards 0,3 Trill. (52,) Mill.), Gebühren 4,0 Trill. (929,0 Mill.), Buchforderunegn und diskontierte Wertpapiere 2 191,0 Bill. (23,8 Mill.) und Grundstücke 6063,7 Bill. (0,8 Mill.). Der Gewinn an Edelmetallen betrug 809,4 Bill. (0,05 Mill.). Eigene Effekten erbrachten 10,1 Trill. (197,2 Mill.), wieder eingezogene Unkosten 132,8 Bill. und Sonstiges 5301,9 Bill. Von dem Bruttogewinn kommen außer den bereits erwähnten Gerantieverlusten u. a. noch in Abgang: Verwaltungskosten 10,9 Trill. (4265,9 Mill.), Banknoten-Anfertigung 32,8 Trill (6779,5 Mill.), Abgabe an das Reich 4,0 Trill. (17 200,0 Mill.). Der Reingewinn beträgt 9,0 Trill. (338,7 Mill.). An den Reservefonds gehen davon 900 381,0 Bill. (33,2 Mill.), an das Reich weitere 6 302 667,4 Bill. (232,7 Mill.) und an die Anteilseigner 1 800 762,1 Bill. Die Dividende der Anteilseigner beträgt 1% in Rentenmark (i. V. 40%), während dem Reich insgesamt 10,3 Trill. zufließen. Die Reserve erhöht sich, nachdem nunmehr der Reichstag den Verteilungsplan gutgeheißen hat, auf 900 381,0 Bill. (160,5 Mill. M.). Die Reserve für zweifelhafte Verordnungen ist aufgelöst, ebenso die Reserve für Kriegsverluste verschwunden. Die Gesamtumsätze haben 61 677,9 Trillionen (i. V. 95 540,8 Mill.) M. betragen.

Gewinn*)	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
aus Wechseln	107,8a)	241,2a)	301,7a)	337,0a)	786,3a)	1998,8a)	1512,9a)	8280,2a)	63580,8a)	44137,2a)
„ Lombards	4,7	1,3	0,8	0,6	0,5	0,7	1,0	1,7	6,5	5347,9
„ Gebühren	4,3	6,3	10,0	12,3	20,6	20,6	65,4	119,8	529,0	4020,4
„ Kontokorrent	13,8b)	0,3	1,0	0,3	0,2	0,2	0,2	4,1	23,8	2,3
„Verschiedenes	2,7c)	24,0d)	12,1e)	14,3f)	6,7g)	427,0h)	427,0i)	1371,9k)	275,4l)	10272,4m)
Bruttogewinn	133,3	273,1	325,6	364,5	814,3	4263,2	2006,5	9777,7	64471,5	63780,2
Ausgaben										
für Verwaltung	24,8	26,5	28,9	34,1	47,7	93,2	266,1	339,1	4264,9	10953,0
„ Notenanfertg.	2,9	3,1	2,6	2,3	13,6	26,2	37,0	262,1	6779,5	32776,9
„ Notenausst.	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„Verschiedenes	35,7[2])	135,2[3])	195,9[4])	228,9[5])	640,3[6])	4026,4[7])	1709,3[8])	9109,4[9])	53085,6[10])	11046,5[11]
„ Abg.a.d.Staat	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9	1,1	1,9	1,9	1,9	—
Reingewinn	67,0	106,5	96,3	67,3	110,8	115,5	53,1	64,8	338,7	9003,8
davon										
KriegsanleiheSt.	—	51,0	43,3	44,1	57,9	61,6	—	—	—	—
an das Reich	42,5	34,4	32,7	32,8	42,7	33,3	32,8	40,9	232,7	6302,7
a. d. Anteilseign.	18,4	16,1	15,7	15,7	15,7	15,8	15,7	18,0	72,8	1800,8
an d. Reserven	6,1	4,9	4,7	4,7	4,7	4,8	4,7	5,8	33,2	900,4
Div. %	10.24	8,97	8,68	8,72	8,68	8,79	8,70	10,0	40,0	1%Rmk
a.Kap. v. Mill. M	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180 Mill

*) in Mill. M; 1923 in Billiarden (1000 Billionen) Mark.

a) Einschl. d. disk. Schuldverschreibungen des Reichs. — b) Einschl. d. bis 3. Aug. disk. Schuldverschr. des Reichs. — c) Davon 1,7 Mill. M. Gewinne auf Gold. — d) Davon 22,1 Mill. M. Gewinne auf Reichsanleihe, 0,2 Mill. M. Gewinne auf Gold. — e) Davon 8,6 Mill. M. Gewinne auf 3. Kriegsanleihe. — f) Davon 6 Mill. M. Gewinne auf 4. u. 3,7 Mill. M. Gewinne auf 5. Kriegsanleihe. — g) Davon 2,6 Mill. M.Gewinne auf Silber, 3,4 Mill. M. Gewinne auf 6. Kriegsanleihe. — h) Davon 2230,7 Mill. M. Gewinne auf Gold, 0,8 Mill. M. Gewinne auf Silber, 0,6 Mill. M. Gewinne auf 8. Kriegsanleihe. — i) Davon 406,7 Mill. M. auf Edelmetalle, insbesondere Silberbarren und Sorten. — k) Davon 1351,8 Mill. M. Gewinne auf

Digitized by Google

Gold. — l) Davon 197,2 Mill. M. Gewinne auf eigene Effekten und 52,2 Mill. M. auf Gold. — m) Davon u. a. 6,1 Bd. Grundstückserträgnisse, 0,8 Bd. Gewinne auf Edelmetall, 132 769,4 Bd. wiedereingezogene Unkosten und 10 127,5 Bd. Gewinne auf eigene Wertpapiere.

1. Ohne Berücksichtigung von wieder eingezogenen 2,69 Mill. M. Unkosten. — 2. Davon 35,3 Mill. M. dubiose Forderungen, 0,2 Mill. M. Kursverlust, 73 000 M. durchgefälschte Noten und 73 765 M. Kassenfehlbeträge nach Kriegsausbruch. — 3. Davon 20,9 Mill. M. dubiose Forderungen, 114,3 Mill. M. Kriegsabgabe an das Reich, 0,03 Mill. M. Verlust durch gefälschte Noten. — 4. Davon 114,3 Mill. M. Kriegsabgabe an das Reich, 80 Mill. M. für Kriegsverluste reserviert, 1,6 Mill M. Verlust auf Gold. — 5. Davon 130 Mill. M. Kriegsabgabe an das Reich, 95 Mill. M. für Kriegsverluste reserviert, 3,9 Mill. M. Verlust auf Gold. — 5. Davon 300 Mill. M. Kriegsabgabe an das Reich, 330 Mill. M. für Kriegsverluste reserviert, 3,5 Mill. M. Verlust auf Gold, 4,8 ill. M. Verlust auf eigene Wertpapiere und 2,0 Mill. M. Verlust auf 7. Kriegsanleihe. — 7. Davon 335 Mill. M. Kriegsabgabe an das Reich, 2145 Mill. M. für Kriegverluste reserviert, 0,4 Mill. M. Zinsen auf Buchschulden, 2,7 Mill. M. Verlust auf eigene Wertpapiere und 152 Mill. M. Verlust auf Auslandskredite. — 8. Davon 68 Mill. M. an das Reich, 1638,3 Mill. M. Garantieverlust aus Auslandskrediten. — 9. Davon 500 Mill. M. an das Reich, 8115,4 Mill. M. Garantieverlust aus Auslandskrediten. — 10. Davon 17 200,0 Mill. M. an das Reich. 10 000,0 Mill. M. Baurücklage, 16 000,0 Mill. M. an die Rücklage für zweifelhafte Forderungen und 9881,7 Mill. M. Garantieverlust aus Auslandskrediten. — 11. Davon 4000,0 Bd. an das Reich, 5,7 Bd. Zinsen auf Buchschulden und 7040,8 Bd. M. Garantieverlust aus Auslandskrediten.

Deutsche Privatnotenbanken.

Bayerische Notenbank. Das Institut vereinnahmte 1923 aus Wechseln 79 393,9 Mill. M. (i. V. 29,9 Mill. M.), an Lombarderträgnissen 12 371,0 Bill. (0,43 Mill.) und an Effekten 16 585,4 Bill. (17,84 Mill.). Diverse Einnahmen erbrachten 6914,9 Bill. (0,8 Mill.). Dagegen erforderten u. a. Verwaltungskosten, Steuern usw. 64 123,7 Bill. (41,9 Mill.), Passiv-Provisionen und Zinsen 1419,8 Bill. (3,8 Mill.), Girozinsen 33,2 Bill. (1,0 Mill.). An Notensteuer waren 270,3 Bill. M. zu entrichten. Der Reingewinn beträgt 49 415,6 Bill. (2,2 Mill.). Nach vertragsmäßiger Leistung an den Staat von 6000 Bill. und Rücklage von 30 000 Bill. zum Invaliden- usw. Fonds der Angestellten werden 13 415,6 Bill. M. auf neue Rechnung übertragen (i. V. 10% Dividende). Am 31. 12. 1923 beträgt das Notenkontingent 31 125 Bill. M.

Sächsische Bank. Im Jahre 1923 wurden u. a. auf Wechselkonto 12 408,7 Bill. (i. V. 43,1 Mill.), auf Provisionskonto 16 056,2 Bill. (19,2 Mill.) und auf Zinsenkonto 50 199,4 Bill. M. vereinnahmt. Besondere Erträgnisse brachten 49 893,6 Bill. (0). Andererseits erforderten u. a. Gehälter usw. 112 068,4 Bill. (51,4 Mill.), allgemeine Unkosten 9883,5 Bill. (13,4 Mill.) und Steuern 9102,6 Bill. (2,2 Mill.). Der Reingewinn von 6165,7 (6,1 Mill.) wird dem Metall-Reservefonds zugeführt (i. V. 8% Dividende). Das Notenausgaberecht, das am 1. Januar 1912 600 Mill. M. betrug, stieg auf 31 125 Bill. M.

Württembergische Notenbank. Das Geschäftsjahr 1923 erbrachte an Wechselzinsen 129 315,8 Bill. (7,14 Mill.), an Effektenprovisionen 5587,8 Bill. (i. V. Lombardzinsen 0,5 Mill.) und an Devisenprovisionen 32 727,5 Bill. (2,0 Mill.). Dagegen erforderten u. a. Steuern 3987,1 Bill., Gehälter 77 348,1 Bill. und Banknotenanfertigung 46 376,0 Bill. Der Reingewinn beträgt 39 919,6 Bill (0,016 Mill.) und wird nach Dotierung des Reservefonds mit 1996 Bill. mit den restlichen 37 923,6 Bill. auf neue Rechnung übertragen i. V. 4% Dividende). Das Notenausgaberecht stieg (von 210 Mill. am 1. Jan. 1923) auf 10 631 Bill. M.

Badische Bank. Das Notenausgaberecht ist (von 210 Mill. am 1. Jan. 1923) auf 10 631 Bill. erhöht worden. An Zinsen von diskontierten Wechseln wurden 194 991,9 Bill. (35,0 Mill.), an Zinsen beliehener Wertpapiere und Wechsel 0,07 Bill. (0,4 Mill.), sowie an Zinsen von Guthaben, an Depotgebühren und sonstigen Erträgnissen 524 739,0 Bill. (80,0 Mill.) vereinnahmt. Der Ertrag aus eigenen Effekten bezifferte sich auf 27 161,9 Bill. (1,3 Mill.). Andererseits erforderten

Digitized by Google

Passiv-Zinsen im Scheckverkehr 392 501,6 Bill. (34,9 Mill.), Banknotenanfertigung 1744,6 Bill. (16,9 Mill.), Banknotensteuer 5,7 Bill (2,6 Bill.), Steuern 28 461,8 Bill. (0) und Unkosten 92 382,4 Bill. M. Der Reingewinn beziffert sich auf 230 686,8 Bill. (21.97 Mill.) und wird zur Minderung der Kapitalsverluste verwendet. Im Vorjahre erhielten die Vorzugsaktien 10% und die Stammaktien 44% Dividende.

Die deutschen Banken im Juli 1924.

Reichsbank. Die ausführlichen Abschlußziffern für 1923 finden sich unter „Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923" an anderer Stelle. Die Bank eröffnet der Bayerischen Staatsbank einen Wechselkredit von zunächst 10½ Mill. Rm. zur Linderung der landwirtschaftlichen Kreditnot. Lehnt erweiterte Diskontwünsche der Hamburger Getreide-Importeure ab. Ein älterer Kassierer schädigt die Reichsbankhauptstelle in Frankfurt a. M. durch Unterschlagungen um erhebliche Beträge. Die Reichsbankanteile werden ab 1. 8. cr. zur laufenden Notiz an der Berliner Börse zugelassen. In der Generalversammlung der Bank sucht der Präsident in einer längeren Erklärung die für die Anteilseigner unerwartet günstige Umstellung der Reichsbank-Anteile (2000 P. M.-Anteile gleich 1000 G. M.-Anteil der neuen Bank) zu motivieren. In der Zentralausschußsitzung vom 25. Juli erklärt der Präsident, die Bank werde zwar „grundsätzlich" an der Politik der Kreditbeschränkung festhalten, trotzdem aber Kredite gewähren, wo sie angebracht und für die Währung ungefährlich seien. (Tatsächlich sind die Kredite an Banken und Industrie seit Monaten erheblich verringert worden). Der Seehandlung wird ein Rediskont bis zu 200 Millionen Mark für landwirtschaftliche Kredite und bis zu ca. 40 Millionen Mark für industrielle Kredite zugesagt. Eine Anzahl Sachwert-Anleihen wird als lombardfähig erklärt. Die Reichsregierung verneint im Reichstag eine Anfrage des Abgeordneten von Gräfe, ob industrielle Kredite der Reichsbank nach politischen Gesichtspunkten gewährt und versagt worden seien. Die Bank kauft in Amerika größere Posten Silber zu Prägungszwecken.

Deutsche Rentenbank. Durch eine am 7. Juli statutengemäß stattgehabte Revision wird festgestellt, daß die vorgeschriebene Deckung der Rentenbriefe und Rentenbankscheine vorhanden ist. Geh. Rat Kißler tritt in den Aufsichtsrat der Neuland A. G. ein. Die Bank gewährt neuerdings in Kollaboration mit der Reichsbank auch Markkredite, die bei Fälligkeit in Pfund oder Dollar abzudecken sind.

Deutsche Golddiskontbank. Gewährt der Kaliindustrie einen Kredit von ca. 1 Mill. Dollar. Der Federal Reserve Board ordnet an, daß die Federal Reserve-Banken Wechsel auf das Institut, sofern sie auf Dollar lauten, ankaufen können.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Sagt den Banken der Berliner Stempelvereinigung einen Diskontkredit zu 13% zu (siehe Augusthefft, Umschau). Nimmt außerdem die Diskontierung von Wechseln der Landwirtschaft auf, sofern sie durch die Preußenkasse, die Deutsche Girozentrale oder die Landschaften eingereicht werden. Für 200 Millionen Mark landwirtschaftlicher und ca. 40 Millionen Mark industrielle Kredite ist die Bank bei der Reichsbank (s. d.) rückgedeckt. Der Reingewinn für 1923 von 2 879 975 Bill. Mark wird nicht ausgeschüttet, sondern zur Stärkung des Kapitals einbehalten. Die Bank legt als erstes deutsches Kreditinstitut ihre Goldmark-Eröffnungsbilanz vor. Das Goldmarkkapital beträgt danach 10 Mill., die Rücklage 3 Mill. Gm. Die Bank verwaltet treuhänderisch die Vorzugsaktien der Deutschen Holzwirtschaftsbank, Berlin (s. d.). Ermäßigt ab 21. Juli die Kredit- und Debetzinsen, die letzteren auf 20% p. a. Präsident Staatssekretär a. D. Schröder tritt in den Aufsichtsrat der Neuland A. G. ein.

Preußische Centralgenossenschaftskasse (Preußenkasse). Siehe Preußische Staatsbank.

Deutsche Bank. Dementiert das Gerücht, daß sie mit der Deutschen Girozentrale eine Stützung der Allgemeinen Depositenbank in Wien mit 600 000 engl. Pfund beabsichtigt habe. Die Bank wirkt bei der Sanierung der ihr bisher nahestehenden Deutschen Vereinsbank, Frankfurt a. M. (s. d.) nicht mit. Beantragt die Zulassung von jungen Aktien der Klöckner-Werke zur Berliner Börse (mit Dis-

Digitized by Google

conto-Ges., Commerz- u. Privatbank u. Darmst. u. Natbk.) sowe von solchen der Eisenbahnsignalbauanstalt Jüdel u. Co. (mit Commerz- und Privatbank); desgl. in Frankfurt a. M. von jungen Aktien der Neckarsulmer Fahrzeugwerke (mit Disconto-Ges.) Direktor Komm.-Rat Paul Millington-Herrmann tritt in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd, Direktor Dr. Otto Bonn in den der Kaukasischen Handels- und Industrie A. G., Berlin, Direktor Schlitter in den der Köln-Rottweil-A.-G. ein. Der Direktor der Breslauer Filiale, Georg Cohn, ist gestorben. Siehe Osnabrücker Bank.

Dresdner Bank. Ist am Konkurs der Gewerbebank Tübingen mit 80 000 Gm. beteiligt. Die Moll-Werke, Chemnitz, in deren Aufsichtsrat das Institut und die Commerz- und Privatbank vertreten sind, begeben sich unter Geschäftsaufsicht. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Union-Bank in Wien, der Deutschen Fensterglas A. G., Berlin, der Nationalen Automobil-Ges. (mit Hardy u. Co., Delbrück, Schickler u. Co. und Darmst. u. Natbk.), der Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann (mit Disconto-Ges.) und von Rentenbriefen der Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin, (mit Bank für Landwirtschaft und der Deutschen Raiffeisenbank). Direktor Nathan tritt in den Aufsichtsrat der Phönix A.-G. für Bergbau und Dirtetkttottr Böttger, Plauen, in den der Pilotwagen A. G., Bannewitz, ein. Die Direktoren Kleemann und Schmidt-Branden scheiden aus dem Aufsichtsratt des Berlin-Burgert Eisenwerk aus. Siehe Hardy u. Co. G. m. b. H.

Disconto-Gesellschaft. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß und wählt Reichskanzler a. D. Dr. Cuno und Alexander Weiner (Ephrussi u. Co., Wien) neu in den Aufsichtsrat. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Kirchner u. Co. A. G. (mit Darmst. u. Natbk.), der Leipziger Pianofortefabrik (mit Dresdner Bank) und der Klöckner-Werke (mit Disconto-Ges., Commerz- u. Privatbk., Deutsche Bank und Darmst. u. Natbk.), desgl. in Stuttgart junge Akt. der Neckarsulmer Fahrzeugwerke (mit Württbg. Vereinsbank). Direktor Friedrich Dettmer wird in den Aufsichtsrat der Union Gießerei Contienen delegiert. Siehe Geestemünder Bank.

Commerz- und Privatbank. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß und wählt Konsul Dr. Heinrich Diederichsen, Kiel, und Direktor Korn, Hamburg, neu in den Aufsichtsrat. Direktor Neuerburg schließt Kreditabkommen mit mehreren amerikanischen Banken. Das Institut veräußert seinen Aktienbesitz an der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt und der Preußischen Hypothekenaktienbank; ihre Vertreter scheiden aus deren Aufsichtsräten aus. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Eisenbahnsignal-Bauanstalt Jüdel (mit der Deutschen Bank), der Held und Francke A. G. und der Klöckner-Werke (mit Disconto-Ges., Darmst u. Natbk. u. Deutsche Bank) zur Berliner Börse. Generalkonsul Weißenberger (Chemnitzer Bankverein) scheidet aus dem Aufsichtsrat der Eschweiler-Ratinger Metallwerke aus. Siehe Dresdner Bank.

Darmstädter und Nationalbank. Die Gen.-Versig. genehmigt den Abschluß und wählt den früheren Seehandlungspräsidenten Exz. von Dombois u. Hans von Passavant (i. Fa. Gebr. Passavant, Frankfurt a. M.) in den Aufsichtsrat. Die Bank schließt ihre Zweigniederlassungen in Limburg und Weilburg. Einzelne Angestellte haben durch Kredit-Einräumung ihre Befugnisse überschritten. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Iuhag Industrie- u. Handels- A. G. Berlin (mit der Berliner Handels-Ges.), der Klöcknerwerke (mit Disconto-Ges., Commerz- u. Privatbank u. Deutsche Bank), der Nationalen Automobil-Ges. (mit Dresdner Bank, Hardy u. Co. und Delbrück, Schickler u. Co.) und der Kirchner u. Co. A. G. (mit Disconto-Ges.). Das Aufsichtsratsmitglied Theodor Bartram, Neumünster, ist gestorben. Geschäftsinhaber Jacob Goldschmidt wird in den Aufsichtsrat der Phönix A. G. für Bergbau, Generalkonsul Hinkel und Direktor Schwarz in den der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank (s. d.), Direktor Freund in den der Deutschen Evaporator A. G., Direktor Beheim-Schwarzbach in den der Ravené-Stahlvertrieb A. G., Direktor Nollstadt in den der Württembergischen Hypothekenbank, Direktor Kästner in den der Popella Maschinen A.-G., Dresden und Direktor Semmelhack in den der Stettiner Dampfer-Comp. berufen.

Mitteldeutsche Creditbank. Aktionär I. Michael vom Berliner Michaelkonzern klagt auf die Nichtigkeitserklärung der Schutzaktien.

Digitized by Google

Berliner Handels-Gesellschaft. Beantragt mit der Darmstädter u. Nationalbank die Zulassung der jungen Aktien der Juhag Industrie- u. Handels-Akt.-Ges. zur Berliner Börse.

Allgemeine Beamtenkreditbank für Süddeutschland, München. Die Gen.-Verslg. trägt den Reingewinn des ersten, drei Monate umfassenden Geschäftsjahrs in Höhe von 191 236 Bill. Mark vor.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Die Gen.-Verslg. trägt den Reingewinn von 2,7 Mill. Bill. Mark vor. Direktor Dr. Petersen wird in den Aufsichtsrat der Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Direktor Wunderlich in den der Reudener Ziegelwerke und Direktor Grimm in den der Thüringer Wollgarnspinnerei berufen.

Allgemeine Garantiebank, Berlin. Siehe Bremer Privatbank.

Allgemeine Handelsbank, Altenburg. Ist die Mitbegründerin des Bankhauses Richard Sannemann u. Co. A. G. (s. d.)

Badische Bank, Mannheim. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Ueberschuß von 230 686 Bill. Mark zur Minderung der Kapitalsverluste zu verwenden. Siehe unter „Reichsbank u. Deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923" an anderer Stelle dieses Heftes.

Badische Girozentrale, Mannheim. Nach Abschreibungen von 234 512 Bill. Mark wird der Reingewinn von 523 765 Bill. Mark vorgetragen. Siehe Rheinische Handelsbank.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin. Wird von den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit 750 000 G. M. Akt.-Kapital (Namensaktien) gegründet.

Bank für auswärtigen Handel, Berlin. Diese Gründung der Oesterreichischen Creditanstalt, der Böhmischen Escomptebank und der Amstelbank trägt den Reingewinn von 355 138 Bill. Mark vor. Das Kapital soll von 1,2 Milliarden P. M. auf 3,3 Mill. G. M. erhöht werden.

Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden. Der Reingewinn von 18 166 Bill. Mark wird vorgetragen. Verkauft die in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Pommerschen Getreidehandels-A. G. vorm. Borchardt, Rügenwalde.

Bank für Handel und Gewerbe, Komm.-Ges. a. Akt., Altona. Das Institut, das sein Kap. auf 100 000 G. M. umstellen wollte, beruft eine Gen.-Versammlung zwecks Beschlußfassung über Fortführung der Bank sowie Umstellung und Wiedererhöhung des Kap. um bis zu 150 000 G. M. und Umwandlung in eine Akt.-Ges.

Bank für Handel u. Gewerbe, Lübeck. Der Ueberschuß von 145 427 Bill. Mark wird vorgetragen.

Bank für Landesproduktenhandel, Berlin. Das der Bank für Landwirtschaft nahestehende Institut trägt den Reingewinn von 4843 Billionen Mark vor.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Der Reingewinn von 632 800 Bill. Mark wird vorgetragen. Eine Fusion mit der Deutschen Raiffeisenbank, deren Präsident Dietrich in den Aufsichtsrat der Bank für Landwirtschaft eintritt, unterbleibt. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Instituts, Graf v. Kalkreuth, wird in den Aufsichtsrat der dem Institut nahestehenden Landmannsbank berufen. Die Bank beantragt (mit der Dresdner Bank und der Deutschen Raiffeisenbank) die Berliner Zulassung der 5% Rentenbriefe, Reihe 4 der Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Siehe Bank für Landesproduktenhandel, Bank für wertbeständige Anlagen und Deutsche Holzwirtschaftsbank.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Die Gen.-Verslg. genehmigt den Abschluß und wählt Direktor Komm.-Rat Ernst Petersen (Allgemeine Deutsche Creditanstalt) neu in den Aufsichtsrat.

Bank für wertbeständige Anlagen, Berlin. Das von der Bank für Landwirtschaft, der Deutschen Girozentrale u. a. im September errichtete Institut trägt den Reingewinn von 171 950 Bill. Mark vor.

Bankverein für Schleswig-Holstein, Neumünster. Der Reingewinn von 250 238 Bill. Mark wird vorgetragen.

Digitized by Google

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Co. Schließt etwa 20 unrentable Provinz-Zweigniederlassungen sowie die Filialen Rotterdam und Haag der ihr nahestehenden Diskonto- und Effektenbank in Amsterdam, deren Reingewinn von 69 136 (i. V. 140 015) holl. Gulden teils vorgetragen, teils abgeschrieben wird.

Barmer Kreditbank. Der Reingewinn von 262 533,4 Bill. P. M. wird vorgetragen.

Bauernbank A. G., Koblenz. Ueberweist den Reingewinn von 3480 Billionen Mark den Rücklagen und läßt den Geschäftsbetrieb an die Mittelrheinisch-Nassauische Bauernbank e. G. m. b. H. übergehen.

Bayerische Handelsbank, München. Trägt den Reingewinn von 105 150 Bill. Mark auf neue Rechnung vor.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Trägt den Reingewinn von 3053 Bill. Mark (i. V. 902,83 Mill. und 150% Dividende) auf neue Rechnung vor und wählt Geh. Komm.-Rat Ernst Sachs, Schweinfurt, neu in den Aufsichtsrat. Das Institut bestreitet, sich in größere Abhängigkeit zur Disconto-Ges. begeben zu haben, die ja nicht einmal in ihrem Aufsichtsrat vertreten sei. Die dem Institut nahestehende Salzburger Kredit- u. Wechselbank schüttet für 1923 eine Dividende von 50% (20%) aus. Das von Hardy u. Co. und dem Institut kommanditierte Wiener Bankhaus Ullmann u. Co. dementiert ungünstige Gerüchte.

Bayerische Landesproduktenbank, München. Das erste, nur 5 Monate umfassende Geschäftsjahr schließt mit 45 664,8 Bill. Mark vorzutragendem Gewinn.

Bayerische Notenbank, München. Siehe „Reichsbank u. Deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923" an anderer Stelle.

Bayerische Staatsbank, München. Der Verlust des Instituts durch seine Beziehungen zu der in Liquidation getretenen Frankfurter Bankfirma Neufville u. Co. soll 100 000 G. M. keinesfalls überschreiten. Die Bank nimmt den Kredit der Reichsbank in Anspruch (s. d.)

Bayerische Treuhand A. G., München. Trägt 3 273 Bill. M. Reingewinn vor. Das Kapital wird von 1,5 Mill. P. M. auf 30 000 G. M. umgestellt.

Bayerische Vereinsbank, München. Widerspricht Gerüchten, nach denen sie sich in eine absolute Abhängigkeit vom Berliner Bankhaus Mendelssohn u. Co. begeben habe, das einen Teil der Aktien besitzt und Kredite gewährt hat. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 2 374 788 M. vorzutragen.

Bayerische Warenkreditbank, München. Die Gen.-Versig. genehmigt das mit 2632 Bill. Mark Verlust abschließende Rechnungswerk und beschließt die Liquidation. In den Aufsichtsrat werden gewählt Direktor von Berchem, Oberstleutnant a. D. Timmermann und Karl Grünert.

Berliner Bank. Das 1923 aus dem Vorschußverein zu Deutschenbora hervorgegangene, mit 1 Md. Aktkap. arbeitende Institut begibt sich unter Geschäftsaufsicht.

S. Bielschowsky A. G., Breslau. Die Bankfirma gleichen Namens ist in eine Akx.-Ges. mit 0,4 Mill. G. M. Kapital umgewandelt worden.

S. Bleichröder, Berlin. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bremer Linoleumwerke Delmenhorst zur Berliner Börse.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Verlegt den Sitz nach Rio de Janeiro und wird in eine brasilianische Gesellschaft umgewandelt; für jede 1000 M. Aktie soll eine neue von 800 Milreis gewährt werden.

Braunschweigische Staatsbank. Siehe Deutsche Standardbank.

Bremer Privatbank. Die Bremer Privatbank vorm. Georg C. Mecke u. Co., Komm.-Ges. a. Akt. wird in eine Akt.-Ges. umgewandelt, das Kapital von 800 Mill. P. M. auf 80 000 Gm. umgestellt und auf 0,5 Mill. Gm. erhöht. Infolge Uebergangs der Aktienmehrheit an den Amexima-Konzern treten in den Aufsichtsrat ein: Reichstagsabg. Lange-Hegermann, Dr. O. Bernstein, Berin, Henry Barmat, Amsterdam, Oberreg.-Rat Guerard, Koblenz, und Dr. Eberle (Allgemeine Garantiebank).

Digitized by Google

Centralcreditbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 231 299 Bill. Mark vor und wählt den Leinenindustriellen Müller-Oerlinghausen neu in den Aufsichtsrat.

Danziger Creditanstalt. Die Gen.-Verslg. beschließt, die Geschäftstätigkeit einzustellen und die Kunden-Konten auf die Dresdner Bank in Danzig zu übertragen.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Beantragen die Zulassung der jungen Aktien der Nationalen Automobil-Ges. zur Berliner Börse (mit Dresdner Bank, Darmst. u. Natbk. und Hardy u. Co.). Der persönlich haftende Gesellschafter Adalbert Delbrück nimmt vom 1. Juli cr. an der Geschäftsführung teil.

Depositen- und Handelsbank, Berlin. Erzielt im 1. Geschäftsjahr nach der Umstellung der früheren Landwirtschaftlichen Hypothekenbank in ein normales Bankgeschäft 809 731 Bill. Mark Reingewinn.

Deutsch-Amerikanische Finanz A. G., Hamburg. Der in 1923 erzielte „geringe" Reingewinn wird vorgetragen, das Akt.-Kapital von 1 Md. Papiermark auf 0,02 Mill. Gm. umgestellt und Direktor Kromer (Hamburg-Hessische Bank) neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Deutsche Auslandsbank Komm.-Ges. P. A. Merkel u. Co., Berlin. Wird von der Diskonto- und Effektenbank, Hamburg-Berlin (s. d.) übernommen.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Ein Kredit von 600 000 Dollar, den die Girozentrale der Allg. Depositenbank, Wien, einräumen will, wird von Wien aus abgelehnt. Direktor Erich Müller tritt in den Aufsichtsrat der Terraingesellschaft am Neuen Botanischen Garten, Berlin, ein. Siehe Preußische Staatsbank, Deutsche Bank und Bank für wertbeständige Anlagen.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt a. M. Das aus dem Besitz der in Schwierigkeiten befindlichen Frankfurter Firma Landauer u. Stern zur Exekution gelangte Akienpaket des Instituts (140 Mill. M. Aktien) wird von einem Aufsichtsratsmitglied im Auftrage eines amerikanischen Interessenten erworben.

Deutsche Handels- u. Kreditbank, Düsseldorf. Die Gen.-Versammlung des Instituts, das in Beziehungen zum Becker-Konzern bezw. zur Industriellen Bankgesellschaft, Düsseldorf, stand, lehnt etwaige Regreßansprüche an den früheren Vorstand Purucker, die Beschaffung neuer Mittel und die Liquidation ab. Der neu gewählte Aufsichtsrat steht dem Purucker-Konzern nahe, der die Aktienmehrheit des Instituts besitzt.

Deutsche Holzwirtschaftsbank, Berlin. Trägt den Ueberschuß von 69 091 Bill. Mark vor. Das Aktienkap. wird von 10 Md. Pm. auf 2,25 Millionen Goldmark Stamm-, 230 000 Gm. Vorratsstamm- und 20 000 Gm. Vorzugsaktien mit 110 fachem Stimmrecht, die von der Preußischen Staatsbank übernommen werden, umgestellt. In den Aufsichtsrat wird u. a. Adolf Mohr (Süddeutsche Holzwirtschaftsbank) berufen; Direktor Rolf tritt wegen seines Ausscheidens aus der Direktion der Bank für Landwirtschaft zurück.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Der Einnahme-Ueberschuß von 11 025 Bill. M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Deutsche Länderbank, Berlin. In der Gläubigerversammlung der Grade Automobilwerke, Bork, wird die Eintragung einer Sicherheitshypothek zugunsten der Bank von 0,8 Mill. M. beanstandet, da sich die Werke bei Bewilligung der Hypothek und „erst recht bei ihrer Eintragung in Schwierigkeiten befanden, welcher Umstand der Länderbank bekannt war."

Deutsche Merkantilbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung des aus der Oberhausener Volksbank hervorgegangenen Instituts wählt infolge Aktienmehrheitswechsels Herrn Iwan Kutisker (Bank E. von Stein A.-G.) neu in den Aufsichtsrat. Die Bank soll neuerdings von einer anderen Majoritätsgruppe Kredite erhalten haben.

Deutsche Mittellandbank A.-G., vorm. Felix K. Peril, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Der Reingewinn beträgt 449 150 Bill. M. Beantragt die Zulassung der 5% Rentenbriefe Reihe 4 der Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin (mit Dresdner Bank und Bank für Landwirtschaft) zur Berliner Börse.

Digitized by Google

Deutsche Schiffsbeleihungsbank, Hamburg. Trägt den Ueberschuß von 6291 Bill. M. vor (i. V. 7% Dividende).

Deutsche Standard-Bank, Komm.-Ges. a. Akt., Hamburg. Das im Vorjahr untre Beteiligung der Braunschweigischen und der Sächsischen Staatsbank zur Vermittlung von Auslandskredit gegründete Institut schüttet für das erste Geschäftshalbjahr keine Dividende aus. Präsident Dr. Stübben und Herr Degenhardt von den beiden vorgenannten Staatsinstituten sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin. Der Reingewinn für 1923 beträgt 105 586 P. M.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Das bisher der Deutschen Bank nahestehende, ziemlich festgefahrene Institut trifft zwecks Zufuhr neuen Kapitals ein Abkommen mit der Gruppe J. Michael u. Co., Berlin. Direktor Johann Kopf tritt nach 54jähriger Tätigkeit in den Ruhestand.

Deutsche Wirtschaftsbank, Berlin-Zehlendorf. Das von Gewerkschaftskreisen im Jahre 1923 begründete Institut beantragt die Umstellung von 200 Mill. Pm. auf 24 000 Gm. und Wiedererhöhung auf 250 000 Gm.

Diskonto- u. Effektenbank, Hamburg-Berlin. Zwischen dem Mannesmann-Konzern in Remscheid-Berlin und dem Institut wird ein Abkommen getroffen, wonach dieses die dem Mannesmann-Konzern ebenfalls nahestehende Deutsche Auslandsbank Komm.-Ges. P. A. Merkel u. Co., Berlin, am 1. Juli cr. übernimmt. Alfred Mannesmann sowie die Direktoren Mohn und Niemann vom Mannesmann-Konzern treten in den Aufsichtrat und der bisherige pers. haft. Geschäftsinhaber der Auslandsbank in den Vorstand der Disc. und Effektenbank ein.

Discont- u. Handelsbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 11 961 Bill. M. vorzutragen.

Dürener Bank. Infolge der Geldentwertung kommt für 1923 die Verteilung der Dividende (i. V. 100%) nicht in Frage.

Eichborn u. Co., Breslau. Bankier Dr. Kurt von Eichborn tritt in den Aufsichtsrat der Berliner Wäschefabrik vorm. Gebr. Ritter ein.

Elbebank, Hamburg. Die Berliner Bankfirma Mertz u. Co. (mit Filiale in Hamburg) verhandelt wegen Uebernahme der Aktienmehrheit des unter Geschäftsaufsicht stehenden Instituts. Die Gläubiger sollen mit 33⅓% abgefunden, das Kap. von 500 Mill. Pm. auf 50 000 Gm. umgestellt und auf 0,4 Mill. Gm. erhöht werden.

Ermländische Bank Schumacher u. Dittrich, Wormditt. Die Gen.-Versammlung führt den Reingewinn von 15 157 Bill. M. dem Reservefonds zu.

Frankfurter Getreide-Kredit-A.-G., Frankfurt a. M. Die Gen.-Versammlung trägt den Ueberschuß von 64 923 Bill. M. für das 1. Geschäftsjahr vor und genehmigt die Fusion mit der Bank Komm.-Ges. Max Wohl u. Co., Frankfurt a. M., zwecks Erwerbes des Depot- und Depositenrechts.

Frankfurter Handelsbank vorm. Frankfurter Viehmarktsbank. 11 119 Bill. M. Reingewinn werden vorgetragen.

Garantie- u. Kreditbank für den Osten, Berlin. Der Ueberschuß, dessen Verwendung nicht ersichtlich ist, beträgt 2,46 Mill. Gm.

Geestemünder Bank. Das der Disconto-Ges. nahestehende Institut trägt 533 399 Bill. Mark Reingewinn vor. Das Kap. wird von 120 Mill. Pm. auf 0,8 Mill. Gm. umgestellt.

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Die Gen.-Versammlung ändert den Gesellschaftsvertrag dahin, daß die Dividende künftig bei allen Mitgliedern der Gruppe gleich sein soll; Direktor Dr. Bausback (Württbg. Vereinsbank) wird neu in den Aufsichtsrat berufen, ebenso der derzeitige Botschafter in Washington Dr. Otto Wiedfeldt mit Gültigkeit vom Tage seines Ausscheidens aus dem Reichsdienst.

Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Die Dresdner Bank, die Deutsche Raiffeisenbank und die Bank für Landwirtschaft beantragen die Zulassung der 5% Rentenbriefe Reihe 4 des Instituts zur Berliner Börse.

Digitized by Google

Getreide- und Futtermittelbank, Komm.-Ges. a. Akt, Bremen. Beantragt Umwandlung in eine Akt.-Ges. u. Fusion mit einer ungenannten Bank.

Gewerbebank Tübingen. Ueber das Institut wird der Konkurs verhängt.

Girozentrale-Kommunalbank für die Provinz Sachsen, Thüringen u. Anhalt, Magdeburg. Der Reingewinn von 547 518 Bill. M. wird vorgetragen.

Goldgirobank Schleswig-Holstein, Kiel. Für knappe zwei Monate ergibt sich ein Verlust von 28 486 Gm.

Grund- und Hypothekenbank, Plauen. Die Gen.-Versammlung stellt das Aktkap. von 10 Mill. Pm. auf 200 000 Gm. um.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Direktor Flakowski wird in den Aufsichtsrat der Zuckerraffinerie Halle gewählt.

Hamburger Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt. Als erste Rate werden 25% an die Gläubiger ausgeschüttet; weitere 25% sollen im Laufe des Jahres folgen. 80% sind in der Masse vorhanden, doch glauben die pers. haft. Gesellschafter bei ruhiger Abwicklung an eine volle Befriedigung der Gläubiger. Bei einem eventuellen Ausfall stellen sie 0,5 Mill. Gm. zur Verfügung.

Hamburger Privatbank. Die Gäubiger sollen binnen zehn Monaten voll ausgezahlt werden.

Hamburg-Hessische Bank. Siehe Deutsch-Amerikanische Finanz-AG.

Handelsbank, Berlin. Das aus der Berliner Viehkommissions- u. Wechselbank hervorgegangene Institut trägt den Reingewinn von 451 743 Bill. M. vor. (I. V. auf 27 Mill. M. 30% Dividende.)

Handels- u. Gewerbebank, Godesberg. Beantragt Auflösung in eine Genossenschaft m. unbeschr. Haftung.

Handels- und Gewerbebank, Heilbronn. Der Ueberschuß von 104 642 Bill. M. wird zum teilweisen Ausgleich der Kapitalentwertung verwendet.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. 1350 Bill. M. Reingewinn werden vorgetragen. Darf bis zu 10% wertbeständige Schuldverschreibungen begeben.

Hansabank, Hamburg. Die Gen.-Versammlung des unter Geschäftsaufsicht stehenden Instituts lehnt die Einsetzung einer Revisionskommission ab. Falls zurzeit schwebende Vergleichsverhandlungen scheitern, ist die Konkurseröffnung unvermeidlich.

Hanseatische Verkehrskreditbank, Hamburg. Der Reingewinn beträgt 10 374 Bill. M.

Hardy u. Co., G. m. b. H., Berlin. Verzeichnet einen Gewinn von 607 989 Bill. (i. V. 414 Mill. M. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Nationalen Automobil-Ges. zur Berliner Börse (mit Dresdner Bank, Darmst. u. Natbk. u. Delbrück, Schickler u. Co.). Bankier Richard Pohl wird zum stellv. Vorsitzenden der Berliner Wertpapierbörse und Bankier Andreae in den Aufsichtsrat der Max Kray u. Co. A.-G., Berlin, gewählt. Siehe Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

Internationale Industrie- u. Handelsbank, Berlin. Der Ueberschuß von 12 290 Bill. M. wird vorgetragen. Gen.-Dir. Wolff-Zitelmann, Berlin, und Konsul Zimmermann, Wien, scheiden aus dem Aufsichtsrat aus.

Kölner Bankverein. Infolge freundschaftlicher Vereinbarungen tritt der bisherige Vorstand zurück. Den neuen Vorstand bilden die Herren Heinrich Peters und Peter Sieber.

Königsberger Bank. Die von einem früheren Direktor der in Konkurs befindlichen Osteuropäischen Bank für Holzhandel und Industrie geführte Opposition verweigert in der Gen.-Vers. dem Vorstand die Entlastung.

Kredit- u. Handelsbank i. Liqu., Stuttgart. Veräußert die in ihrem Besitz befindliche Aktienmehrheit der Continentalen Holzverwertungsges. in Stuttgart.

Kreisbank, Düsseldorf. Gerät in Schwierigkeiten und wird in eine neu zu errichtende Bankabteilung der Kreissparkasse übergeführt.

Digitized by Google

Richard Landauer Bank A.-G., Berlin. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs verhängt.

Landgräflich-Hessische concess. Landesbank, Homburg v. d. Höhe. Der Reingewinn von 28 411 Bill. Mark wird vorgetragen (i. V. aus 3,8 Mill. 40% Div.).

Landmannsbank, Berlin. Der Aufsichtsratsvorsitzende Graf von Kalkreuth der Bank für Landwirtschaft tritt in den Aufsichtsrat des der Deutschen Raiffeisenbank nahestehenden Instituts ein.

Land- u. Forstbank, Nürnberg. Die Gen.-Vers. dieser früheren Vereinsbank Mutzschen trägt den Reingewinn von 17 070 Bill. M. vor, stellt das Aktkap. von 100 Mill. Pm. auf 50 000 Gm. um und erhöht es wieder auf 300 009 Gm.

Leipziger Bankverein. Die Gen.-Versammlung trägt den Ueberschuß von 89 580 Bill. M. vor.

Leipziger Handels- und Verkehrsbank. Der Ueberschuß von 105 000 Bill. M. soll nicht verteilt, sondern zur Aufbesserung der Goldmarkbilanz verwendet werden.

Bankhaus Franz Josef Marx, Komm.-Ges. a. Akt., Köln. Das Kap. wird auf 0,2 Mill. Gm. umgestellt.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Neustrelitz. Das der Darmstädter u. Nationalbank nahestehende Institut trägt den Reingewinn von 112 035 Bill. M. vor.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Siehe Bayerische Vereinsbank.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Aus dem Reingewinn von 5460 Bill. M. werden 3700 Bill. M. vorgetragen. Die Commerz- u. Privatbank veräußert ihren Besitz an Aktien der M. B. A.

Mittelrheinisch-Nassauische Bauernbank. Siehe Bauern-Bank Koblenz.

Münchener Bankverein. Die Aktienmehrheit geht in den Besitz des Generaldirektor Brückmann (Erdöl- und Kohleverwertungs-A.-G.) über.

Niddaer Bank. Verteilt 3% Dividende und stellt das Aktienkapital von 191,35 Mill. Pm. auf 16 500 Gm. um.

Niedersächsische Landesbank, Bodenwerder. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet.

Nordostdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. Akt, Königsberg. Die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben, nachdem die Liquidation vermieden werden konnte. Ein neuer Kommanditist wird in die Firma eintreten.

Oldenburgische Spar- und Leihbank. Trägt den Reingewinn von 378 000 Bill. M. (i. V. 40% Div.) vor und stellt das Kap. von 4 Mill. Pm. auf 1,5 Mill. Mm. um. Reichsminister a. D. Koch, Berlin, wird in den Aufsichtsrat berufen. Die Bank errichtet in Norden eine Niederlassung.

Osnabrücker Bank. Schreibt den Ueberschuß von 13 670 Bill. M. auf Immobilien und Mobilien ab (i. V. 100% Div. aus 66,6 Mill. M. Reingewinn).

Ostbank für Handel und Gewerbe, Königsberg i. Pr. Stellt das Aktkap. auf 2 Mill. Gm. um (100 Pm. = 1 Gm.) und erhöht es auf 4 Mill. Gm. Der Reingewinn von rund 260 000 Bill. M. wird vorgetragen (i. V. 50% Div. auf 88,54 Mill. M.). Direktor Schlitter wird in den Aufsichtsrat der Köln-Rottweil A.-G. Berlin, gewählt.

Ostdeutsche Bank. Das zum Schultheiß-Patzenhofer-Konzern gehörige Institut übernimmt ab 1. Juli cr. die Geschäfte der Darlehnskasse Ost und ihrer Filialen.

Pausaer Bank. Gegen den Liquidationsbeschluß ist die Anfechtungsklage erhoben worden.

Pforzheimer Bankverein. Der Reingewinn von 49 500 Bill. M. wird vorgetragen.

Pommersche Bank für Landwirtschaft und Gewerbe, Stettin. Der Reingewinn von 92 340 Bill. M.. wird vorgetragen.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Der Reingewinn des Instituts, dessen Aktienmehrheit von der Commerz- und Privatbank (s. d.) an die Barmatgruppe übergegangen ist, wird mit 1389 Bill. M. vorgetragen (i. V. 10% Div. aus 8,18 Mill. M.).

Digitized by Google

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung wählt den früheren Präsidenten der Preuß. Staatsbank, Staatssekretär a. D. Schröder, neu in den Aufsichtsrat.

Preysingbank, Komm.-Ges. a. Akt., Deggenforf. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs verhängt.

Provinzialbank für Landwirtschaft und Industrie, Großsalza. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet.

Rathenower Bankverein. Der Reingewinn von 113 485 Bill. M. wird zum Ausgleich von Substanzverlusten verwendet.

Reichskredit-Gesellschaft A.-G., Berlin. Ministerialdirektor Emil Kautz u. Geh. Rat Felix Heimann werden in den Aufsichtsrat der Schlesischen Dampfer-Co.-Berliner Lloyd gewählt.

Rhein-Bayern-Bank, München. Trägt den Ueberschuß von 656 Bill. M. vor.

Rheinische Handelsbank, Mannheim. Die Gen.-Versammlung trägt den Ueberschuß von 42 631 Bill. M. vor, stellt das Kap. von 205 Mill. Pm. auf 205 000 Gm. um und erhöht es um bis zu 0,3 auf 0,5 Mill. Gm. Direktor Dr. Meltzer (Badische Girozentrale) wird in den Aufsichtsrat berufen.

Rheinisch-Westfälische Boden-Kredit-Bank, Köln. Beantragt die Zulassung ihrer 10% Goldpfandbriefe Reihe 2 zur Berliner Bröse.

Roggenrentenbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt, den vom 1. Juli bis 31. Dez. 1923 erzielten Reingewinn von 395 832 Bill. M. (i. V. 1903 Mill. und 300% Div.) vorzutragen und wählt Exzellenz von Dombois und Ministerialrat Cromberg, Schwerin, neu in den Aufsichtsrat. Darf weitere 1 Mill. Zentner 5% Landeskulturroggenbriefe und 3 Mill. Zentner 5% Roggen-Rentenbriefe begeben. Am 30. Juni cr. sind 7,3 Mill. Ztr. im Umlauf.

Ronneburger Bank. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 3629 Bill. M. vor.

Rümelinbank, Heilbronn a. N. Der Reingewinn von 91 783 Bill. Mark wird vorgetragen.

Sächsische Bank. Siehe „Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923" an anderer Stelle.

Sächsische Getreidekreditbank, Dresden. Beantragt die Umstellung des Stammkap. von 2 Md. Pm. auf 50 000 Gm. und des Vorzugsaktienkapitals von 20 Mill. Pm. auf 5000 Gm. sowie eine Erhöhung um 50 000 Gm. Stammaktien auf 105 000 Gm.

Sächsische Revisions- u. Treuhand-A.-G., Leipzig. Die Gen.-Versammlung stellt das Kap. auf 0,1 Mill. Gm. um. Bankier Heintsch (i. Fa. Th. Elimeyer, Dresden) wird in den Aufsichtsrat gewählt.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Ministerialrat Dr. Julius Dehne wird zum Direktor ernannt. Siehe Braunschweigische Staatsbank und Deutsche Standardbank.

Bankhaus Richard Sannemann u. Co. A.-G., Magdeburg. Ist mit 0,1 Mill. Gm. Aktkap. in das Handelsregister eingetragen worden. Mitgründerin ist die Allgemeine Handelsbank, Altenburg (Amexima-Barmat-Konzern).

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Direktor Pferdmenges tritt in den Aufsichtsrat der Phönix Bergbau A.-G., Direktor Kimmich in den der Westdeutschen Eisenbahn-Ges., Direktor Götz in den der Portlandzement- u. Kalkwerke Elsa und Direktor Hölke in den der Kaliwerke Salzdetfurth ein.

Schnetzer u. Co., Bankgeschäft, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Umwandlung der 7501 Namens- in Inhaber-Aktien; davon sind 2000 mit 7fachem Stimmrecht ausgestattet.

Serbska Ludowa Banka, Bautzen. Siehe Wendische Volksbank.

Spar- und Vorschußbank, Benneckenstein (Harz). Beschließt, den Betrieb bis zur Wiederkehr besserer Verhältnisse ruhen zu lassen.

Stuttgarter Gewerbekasse (Handels- und Gewerbebank). Der buchmäßige Ueberschuß von 40 157 Bill. M. wird vorgetragen (i. V. 150% Div.).

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß und wählt Herrn Dr. Erich Mayer, Mannheim, neu in den Aufsichtsrat.

Digitized by Google

Süddeutsche Holzwirtschaftsbank, Stuttgart. Siehe Deutsche Holzwirtschaftsbank.

Thüringer Getreideindustrie-Kreditbank, Weimar u. Erfurt. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs verhängt.

Treuhandbank für Sachsen, Dresden. Die Gen.-Versammlung stellt das Kap. von 10 Mill. Pm. auf 0,6 Mill. Gm. um, die bei Eintritt besserer Geldverhältnisse um 0,4 auf 1 Mill. Gm. erhöht werden sollen. Bezugsrecht 110%. Generaldirektor Beeg, Dresden, wird in den Aufsichtsrat gewählt.

Vereinsbank in Nürnberg. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Verlust von 13 387 Bill. M. vorzutragen.

Vogtländische Kreditbank, Auerbach. Die Gen.-Versammlung stellt das Aktkap. von 1 Md. Pm. auf 0,2 Mill. Gm. um und verlegt den Sitz nach Plauen.

Warenkreditbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung stellt das Kap. im Verhältnis von 40 000 : 1 auf 25 000 Gm. um.

Wendische Volksbank (Serbska Ludowa-Banka), Bautzen. Das Aktienkap. wird von 100 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. umgestellt.

Wirtschaftsbank Bayern, München. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 618 Bill. M. vor. Der Ankauf eines Bankgebäudes in München wird abgelehnt.

Wirtschaftsbank für Niederdeutschland, Hannover. Erzielt 1923 in vier Monaten einen (vorzutragenden) Ueberschuß von 272 266 Bill. M.

Württembergisch-Badische Verkehrskreditbank, Stuttgart. Der Reingewinn von 73 Bill. M. wird vorgetragen.

Württembergische Hypothekenbank. Geh. Rat Remshard (Württbg. Vereinsbank), Geh. Rat Julemann (desgl.) und Direktor Nollstadt (Darmst. u. Natbk.) treten in den Aufsichtsrat ein.

Württembergische Notenbank. Erleidet größere Verluste aus Diskontgeschäften mit der insolventen Chemischen Fabrik Gammay. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß und wählt Finanzminister Dr. Dehlinger in den Aufsichtsrat, dessen Vorsitz er übernimmt. Siehe „Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Jahre 1923" an anderer Stelle.

Württembergische Privatbank vorm. G. Beißwenger, Stuttgart. Der Ueberschuß von 468 500 Bill. M. wird von der Gen.-Versammlung vorgetragen. In den Aufsichtsrat treten u. a. ein: Graf v. Brandenstein-Zeppelin, Bankier Martin Schiff, Rechtsanwalt Dr. Lenkner, Oberregierungsrat Dr. Michelmann, Dr. Karl Vollmöller-Berlin, Fabrikant Roth-Reutlingen.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Löst ihr Kommanditverhältnis zu der Bankkommandite Kirchheim, Dorfner u. Co. Direktor Dr. Bausback tritt in den Aufsichtsrat der Andreas Koch A.-G., Trossingen, Direktor Dr. Kramer in den der Gebr. Spann A.-G., Blaubeuren, ein. Siehe Diskonto-Ges. u. Württbg. Hypothekenbank.

Zentralbank, Hamburg. Der Ueberschuß von 8278,94 Bill. M. wird vorgetragen.

Zahlungseinstellungen usw. Die Düsseldorfer Kreditbank, die Oberhofer Bank (Bayern) und die junge Bankfirma G. Bernstorff u. Co., Frankfurt a. M. geraten in Zahlungsschwierigkeiten. — An der Berliner Börse werden als Aufgabe gestrichen Bussmann u. Co., Back u. Co. und das kürzlich in eine Komm.-Ges. a. Akt. umgewandelte Bankgeschäft Fritz Löwi. — Geschäftsaufsicht wird angeordnet über das Bankgeschäft Kurt Wagner, Elberfeld, die Bankkomm.-Ges. Herbert Schultz in Koblenz, Berliner Bank-A.-G. (s. d.) u. das Bankhaus Heinrich Schaumann in Siegen. Aufgehoben wird die Geschäftsaufsicht über die Bankfirma Albert Schappach u. Co., Berlin, die Nordostdeutsche Bank Königsberg (s. d.), die Bankfirma Kulper u. Co., Regensburg, u. d. Bankgeschäft Amandus Ott in Stuttgart. — Die Bankfirma Gries u. Co., Düsseldorf, hat ihre Gläubiger durch Sicherheitsleistungen bzw. Vollauszahlung befriedigt. — In Konkurs

Digitized by Google

gehen die Niedersächsische Landesbank, Bodenwerder, Bankfirma Max Fröhlich, Hamburg, Bankier Moritz Stoermer, Chemnitz, Bankhaus Adler, Wesputat u. Co., Leipzig, Roggen-Kredit-Bank e. G. m. b. H., Berlin, Bankhaus Georg Nuber, Passau, Schwarzmann u. Co., München, Richard Landauer Bank A.-G., Berlin, Gewerbebank Kehlheim e. G. m. b. H., Bankier Josef Haller, Murnau, Gewerbebank Tübingen, Saarländische Effekten- u. Wechselbank von Gajewski u. Co., Zweibrücken, Provinzialbank für Landwirtschaft u. Industrie, Großsalza, Viehhandelsbank Königsberg, Thüringer Getreideindustrie-Kreditbank, Weimar, Preysingbank, Deggendorf, Kontinentalbank A.-G., Danzig, Osteuropäische Bank für Holzhandel, Königsberg und Bankier Curt Lötzsch, Leutersdorf bei Chemnitz. Die unter Geschäftsaufsicht stehende Duisburger Gewerbebank will 25% der Forderungen sofort, den Rest binnen Jahresfrist begleichen. Siehe Kreisbank in Düsseldorf, Deutsche Mittellandbank vorm. Peril, Berlin, Gewerbebank Tübingen, Hamburger Handelsbank und Spar- und Vorschußbank, Benneckendorf.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1924.

II. Frankreich.

Bank von Frankreich. Der seit 11. März 1923 auf 5% belassene Diskontsatz wird am 11. Januar auf 5½ und am 17. Januar auf 6% heraufgesetzt. Aus dem Reingewinn des Jahres 1923 von 243 Mill. Frcs. werden nach Abzug von Steuern und Staatsanteil mit 93 Mill. Frcs. und 2,4 Mill. Frcs. Vortrag 290 (i. V. 280) Frcs. Dividende verteilt. Für das 1. Halbjahr 1924 sollen 145 Frcs. netto Dividende wie i. V. ausgeschüttet werden. Das Institut stellt die von englischen und und amerikanischen Banken zur Stützung des Franc gewährten 4 Mill. Pfund Sterling und 100 Mill. Dollar durch Gold sicher, das jedoch in seinen Tresors verbleibt. Da die Bank bezw. das Interventions-Konsortium die zur Zeit der Franc-Baisse an den Markt gebrachten Dollar später zu billigeren Kursen zurückgekauft hat, die Kredite also abgedeckt sind, so ist der Goldbestand Ende Juni unbelastet. Die Bank beabsichtigt, dem Saargebiet Kredite zugängig zu machen bzw. saarländische Wechsel zu diskontieren.

Währung. Ende Juni notieren in Paris: London 81,94 Frcs. gegen 85,03½ Francs Ende Dezember, New York 18,91 gegen 19,61½ Frcs., Schweiz 335,75 gegen 342,50 Frcs. und Holland 7,13 gegen 7,44 Frcs. Kurz nach Jahresbeginn setzt eine starke Baisse des Franc ein. Die sprunghafte Bewegung erhellt aus den folgenden Veränderungen der Pfund-Notierung: 11. Januar: 89,32; 25. Januar 93,54; 22. Februar 100,25; 7. März 113,05; 25. April 69,55; 2. Mai 67,72; 6. Juni 85,95 und 27. Juni 81,94 Frcs. für ein engl. Pfund (Parität 25,22). Die Besserung im April ist die Folge einer englisch-amerikanischen Intervention (vgl. B. von Frankreich). Siehe Banque Nationale du Commerce Extérieur.

Emissionen. Nach einer Aufstellung der Assoc. Nat. des porteurs français d. v. m. (Schutzverband) sind 1923 insgesamt 1,91 Milliarden Frcs. neue Aktien ausgegeben worden, davon 230 Mill. Frcs. Bankaktien. An Anleihen wurden 9,50 Milliarden Frcs. emittiert, davon 5 Milliarden Bons des Crédit National. Außerdem hat der Staat 7,8 Milliarden Frcs. Schatzanweisungen plaziert.

Bankgründungen. Siehe Banque Générale pour le Commerce Etranger.

Banque de Liège et de Huy. Schüttet für 1923 aus 5,6 (i. V. 4,7) Mill. Frcs. Reingewinn 55,25 Frcs. je Aktie gegen 54 Frcs. i. V. aus.

Banque de l'Union Parisienne, Paris. Kehrt aus 15,25 (i. V. 12,47) Mill. Frcs. Reingewinn 8% (7%) Dividende aus.

Banque de Mulhouse. Die Gen.-Versammlung beschließt, aus 8,3 (i. V. 7,4) Mill. Frcs. Reingewinn wieder 9% Dividende zu verteilen.

Digitized by Google

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Schlägt wieder 65 Frcs. je Aktie Dividende für 1923 vor. Der Bruttogewinn beträgt 64,9 (i. V. 56,9) Mill. Frcs.

Banque des Pays du Nord, Paris. Der 2,5 Mill. Frcs. betragende Reingewinn für 1923 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Banque du Rhin, Straßburg. Schüttet für 1923 aus 3,55 Mill. Frcs. Reingewinn wieder 9% Dividende aus. Siehe Soc. Gén. Alsac.

Banque Générale pour le Commerce Etranger, Paris. Ist mit zunächst 15 Mill. Frcs. Aktenkapital gegründet worden, das auf 30 Mill. Francs erhöht werden kann; außerdem wurden 1000 Gründeranteile geschaffen.

Banque Nationale de Crédit, Paris. Aus 31,2 (i. V. 31,1) Mill. Francs Reingewinn werden wieder 42,50 Frcs. Dividende ausgeschüttet. Siehe Soc. Gén. Alsac. de Banques.

Banque Nationale du Commerce Extérieur, Paris. Erhält von der Regierung die Genehmigung zur Gründung einer Kompensations- und Liquidationszentrale für den Terminhandel in Devisen; es handelt sich dabei nicht um eine staatliche Reglementierung des Devisenverkehrs.

Banque Privée, Lyon. Die Gen.-Versammlung stimmt einer Flottmachung der Bank durch Kap.-Erhöhung um 76,5 auf 100 Mill. Frcs. zu; außerdem werden 187 500 Gewinnanteile geschaffen.

Banque Renault, Nancy. Aus 3,07 Mill. Reingewinn werden 7,77% Dividende ausgekehrt.

Banque Transatlantique, Paris. Verteilt wieder 20 Frcs. Dividende.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Die Dividende aus 5,1 (i. V. 4,4) Mill. Frcs. Reingewinn beträgt 8% wie i. V.

Comptoir National d'Escompte de Paris. Ende Januar wird eine Abschlagsdividende von 15 Frcs. wie i. V. ausgeschüttet. Die Dividende für 1923 beträgt 11% (i. V. 10%).

Crédit Commercial de France, Paris. Aus 14,0 (i. V. 12,7) Mill. Francs Reingewinn werden wieder 40 Frcs. gleich 8% Dividende ausgeschüttet.

Crédit du Nord, Paris. Aus 12,4 (i. V. 11,0) Mill. Frcs. Reingewinn werden 45 (40) Frcs. Dividende ausgekehrt.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Die Dividende für 1923 beträgt 25 Frcs. für die mit 125 Frcs. eingezahlte Aktie und 43,75 Frcs. für die mit 500 Frcs. liberierte Aktie (i. V. 21 bezw. 36 Frcs.).

Crédit Lyonnais, Paris. Die Dividende beträgt 15 (i. V. 14) Proz. aus 42,0 (40,5) Mill. Frcs. Reingewinn. Die fremden Gelder betragen Ende 1923: 5,29 Milliarden Frcs. (i. V. 4,98), die Reserven 90% des Kapitals von 250 Mill. Frs.

Société Générale, Paris. Aus 28,5 (25,5) Mill. Frcs. Reingewinn werden 25 (i. V. 22,50) Frcs. Dividende gleich 10% verteilt.

Société Générale Alsacienne de Banques, Straßburg. Direktor Müller wird wegen unstatthafter Devisengeschäfte mit der Ludwig Ganz A. G., Mainz, entlassen. Die Dividende für 1923 beträgt wieder 9% aus einem Reingewinn von 10,7 (i. V. 9,9) Mill. Frcs. Die Errichtung einer Filiale in Düsseldorf wird geplant. Gründet mit der Banque Nationale de Crédit, der Banque du Rhin und verschiedenen Eisenwerken die Saarländische Immobilien-Kredit-Zentralkasse, Saarbrücken, mit 4 Mill. Frcs. Aktienkapital.

Société Lyonnaise de Dépots et de Comptes Courants. Die Dividende für 1923 beträgt 24 Francs.

Société Marseillaise de Credit. Die Dividende für 1923 wird aus 7,3 (i. V. 4,4) Mill. Frcs. Reingewinn auf 7% (6%) bemessen.

Société Nancéienne de Crédit Industriel, Nancy. Erhöht das Kapital von 75 auf 100 Mill. Francs.

Union Européenne Industrielle et Financière, Paris, (Konzern Schneider-Creuzot, Niederösterr. Escompteges.) Verteilt für 1923 50 Francs Dividende (i. V. 36).

———

Digitized by Google

Banque de l'Indochine, Paris. Die Dividende für 1923 beträgt 155 (i. V. 135) Francs.

Banque Française de l'Afrique, Paris. Beantragt für 1923 eine Dividende von wieder 50 Frcs.

Banque Française et Espagnole, Paris.. Verteilt wieder 8% Dividende.

Bank Française du Chili. Das in Liquidation befindliche Institut erzielte 1923 einen Reingewinn von 370 884 Pesos, durch den sich der Verlustsaldo auf 1,7 Mill. Pesos ermäßigt.

Banque Française pour le Brésil, Paris. Das Handelsgericht hat das Abkommen mit den Gläubigern verweigert; das Institut hat dagegen Einspruch erhoben.

Banque Hypothécaire Franco-Argentine, Paris. Der Reingewinn beträgt 18,33 gegen 7,84 Mill. Frcs. i. V., die Dividende 100%.

Crédit Foncier Mexicain, Paris. Der Nennwert der Obligationen ist von 100 auf 40 Piaster herabgesetzt worden und der Zinsfuß variabel gestaltet (von 3 bis 6%). Jede Obligation erhält eine Prioritätsaktie von nom. 2 Piaster.

III. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Bundes-Reserve-Amt. Die B.-R.-B. New York setzt den Diskont am 1. Mai von 4½% auf 4%, am 12. Juni auf 3½% herab. Die übrigen Banken folgen zögernd, als erste Cleveland am 1. Juni mit einer Ermäßigung von 4½ auf 4%. Ende Juni beträgt der Diskont in Boston und Chicago gleichfalls 3½%, in Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis und San Francisco 4%, bei den übrigen B.-R.-Banken noch 4½%. Die New Yorker Clearing-Banken beschließen, ihre bisher automatisch der Diskontveränderung der B. R. B. New York folgenden Depositenzinsen davon unabhängig zu machen, da ihnen der offizielle Diskontsatz gegenüber dem Privatdiskont zeitweilig zu hoch ist. — D. R. Crissinger, der frühere Comptroller of the currency, wird von Präsident Coolidge auch für das laufende Jahr als Governor des Bundes-Reserve-Amtes bestätigt. — Die B. R. B. erhalten die Erlaubnis, die von der Golddiskontbank diskontierten, in Amerika girierten deutschen Wechsel zu rediskontieren (siehe Internat. Acc. Bk.) Im Bankausweis tritt eine wichtige Aenderung ein: Von Anfang 1924 an wird der Goldbestand bei den Agents der Reservebanken und beim Schatzamt, d. h. die Notendeckung, in einem Posten (z. Zt. 100%) ausgewiesen, also getrennt von den Goldguthaben beim B.-R.-Amt und den eigenen Goldbeständen der 12 Banken, die den Deckungsfonds für die Depositen bilden (z. Zt. ca. 50%). Senator Johnson stellt im Senat den Antrag, den Rediskontsatz für Mitgliederbanken auf 2% herabzusetzen und den Banken die auf das Bundes-Reserve-Kapital eingezahlten Beträge zurückzuerstatten, sobald der Surplus der B. R. B. 200% des Kapitals erreicht habe. — S. a. Bankwesen.

Währung. Es notierten in New York:

	London	Paris	Berlin	Amsterdam	Stockholm	Schweiz	Yokohama	Buenos Aires	Rio de Janeiro
Ende Juni 1923	4.58	6.05	0.00006	39.17	26.47	17 63	48 89	79.99	10.97
Dez. 1923	4 347	5.14	24.1*	38.02	26.43	17.51	46.51	72.40	9.79
Juni 1924	4 3284	5.29	23.8*	37.64	26.57	17.74	41.79	74.01	10.89

Silber: Der Senat nimmt im Juni den von Senator Pittman im März eingebrachten Zusatzantrag zur Pitman-act an, nach dem noch weitere 14,6 Mill. Doll. Silber zum Preis von 1 Dollar je Unze fein angekauft werden sollen. Das Repräsentantenhaus hat bis Ende Juni noch nicht darüber entschieden.

Ausweise von Mitgliederbanken des Bundes-Reserve-Systems. Die Hauptziffern der wichtigsten Mitgliederbanken und die Ziffern für den New Yorker Bezirk lauten in dem Wochenausweis per 2. Juli 1924 wie folgt (in Mill. Doll.):

---

*) Cents für 1 Billion Mark.

Digitized by Google

	Insgesamt	Davon New Yorker Bezirk
Zahl der berichtenden Banken	749	108
Eigene Staatsanleihen	4 112,9	1 889,4
Durch Staatsanl. gedeckte Darlehen	215,9	43,1
Sonstige Darlehen und Wertpapiere	7 821,4	2 496,2
Reserve bei Bundes-Reserve-Banken	1 520,9	702,5
Eigene Barbestände	292,0	87,9
Unbefristete Einlagen	11 994,3	5 387,5
Befristete Einlagen	4 418,4	972,2
Regierungs-Einlagen	129,4	27,5
Bei den B.-R.-Banken rediskontierte Wechsel	130,0	32.2

Bundes-Land-Banken und Aktien-Land-Banken. Die Bundes-Land-Banken geben im 1. Halbjahr 1924 mit Hilfe des bisherigen, hauptsächlich aus Privatbankfirmen zusammengesetzten Konsortiums 2 Anleihen aus: 60 Mill. Dollar zu 4¾% zum Emissionskurs von 100½% und 35 Mill. Dollar zu 4¾% zum Kurs von 101%. Am 30. 4. betragen bei den 12 Banken: Hypothekendarlehen 861,0 Mill. Doll., eigene Regierungsanleihen 44,6 Mill. Doll., Kasse 16,1 Mill. Dollar, umlaufende Farm loan-bonds 866,2 Mill. Doll., Kapital 46,2 Mill. Dollar. — Die Intermedite-Credit-Departments erhalten im Interesse der Förderung der Viehzucht die Erlaubnis, auch solche live-stock-bonds zu diskontieren, deren Zinssatz ihre eigene Zinsrate um 2% (bisher 1½%) übersteigt. — An Aktien-Land-Banken gab es am 30. 4. 24: 69. Die Hyp.-Darlehen betrugen 411,98 Mill. Dollar, die umlaufenden Bonds 378,2 und das Kapital der Banken 34,6 Mill. Dollar. Seit Bestehen der Institute wurden bis zum 30. 4. 24 folgende Hyp.-Darlehen gegeben:

	Zahl der Darl.	Betrag der Darl.
bei den Bundes-Land-Banken	312 157	951,36 Mill. $
bei den Aktien-Land-Banken	56 301	445 02 Mill. $

Arbeiterbanken. Die unter den Auspizien der International Ladies' Garment Workers Union gegründete International Union Bank in New York eröffnete am 2. 1. 24 mit 250 000 Mill. Dollar Kapital das Geschäft; sie soll gleich am ersten Tage über 600 000 Dollar Depositen erhalten haben.

War Finance Corporation. Die Geschäftstätigkeit der Ges., die am 31. März aufhören sollte, wird auf Antrag des Präsidenten Coolidge wieder einmal — bis zum 31. 12. 24 — verlängert. Das Institut soll den zusammengebrochenen Banken in den Nord-West-Distrikten (s. a. Konkurse) bzw. der zu ihrer Sanierung gegründeten „Agricultural Finance Corporation" Kredite bis zur Höhe von 100 Mill. Dollar geben. Eröffnet in Sioux Fall (South Dakota) im Zusammenhang damit eine Filiale.

Bankwesen. Am 31. 3. 24 gab es nach einer Aufstellung des Comptroller of the currency 8115 national banks mit einem Kapital von 1 335,6 Mill. (plus 16,43 Millionen Dollar gegenüber dem Stand vom 31. 3. 1923). Die fremden Gelder betrugen 17 598,70 Mill. Doll. (plus 562,42 Mill. Doll.); Darlehen und Wechsel betrugen 11 952,29 (plus 284,33) Mill. Dollar. — Schatzsekretär Mellon beabsichtigt im Zusammenhang mit seinem Konvertierungsprogramm für die Staatsanleihen, die national-bank-notes beschleunigt einzuziehen. Ende Juni 1924 befanden sich noch im Umlauf ca. 738 Mill. Dollar; dafür waren als Deckung vorhanden: 600 Mill. Dollar 4% Anl., fällig 1930, 118 Mill. Dollar 4% Anl. 1925; 49 Mill. Dollar 2% Bonde 1916/1936 und 36 Mill. Dollar 2% Bonds 1918/1936. Die am 1. 2. 25 fällig werdenden 118 Mll. Dollar 4% Anl. sollen in eine 2% oder 3% Anl. konvertiert werden, gegen die keine Noten mehr ausgegeben werden dürfen. — Die Frage der Filialbanken ist zu einem gewissen Abschluß gelangt, da der Oberste Gerichtshof im Prozeß der First National Bank of St. Louis entschieden hat, jeder Staat habe das Recht, national-banks die Errichtung von Filialen zu verbieten. Das Bundes-Reserve-Amt bestimmt, daß state Banks, die Mitglieder des B. R.-Systems werden wollen, sich vorher verpflichten müssen, ohne Zustimmung des Amtes keine Filialen zu errichten. — Ein im Senat mit großem Beifall aufgenommener Antrag Mc. Fadden zur Modernisierung des Nationalbanksystems (hauptsächlich Filialfrage) wird bis zum Dezember vertagt.

Digitized by Google

Abrechnungsverkehr. Ueber die Abrechnungsstellen der Stadt New York liefen im 1. Halbjahr 1924 (endend mit dem 5. Juli) 119,47 (i. V. 112,23) Milliarden Dollar; außerhalb New York wurden 95,16 (i. V. 95,41) Milliarden Dollar abgerechnet.

Börse. Die Umsätze an der New York Stock-Exchange betrugen:

	1. Halbj 1924	1. Halbj. 1923
Aktien (Mill. Stück)	114,52	131,86 (berichtigte Ziffer)
Festverzinsliche Papiere	1 793,04	1 578,46 „ „

Attorney General Shermann beantragt, eine besondere Konzession für die Börsenmakler einzuführen; er geht weiter energisch gegen bucket-shops und betrügerische Emissionen vor. Der Börsenvorstand ordnet an, daß ein Makler, der mit einem anderen in Geschäftsverbindung steht, gegen den ein Untersuchungsverfahren schwebt, ebenfalls seine Bücher einsehen lassen muß. Die Verordnung gilt auch für den Curb-Market. — Der Preis eines Börsensitzes schwankt zwischen 87 000 und 76 000 Dollar, an der Curb-Börse zwischen 5700 und 8500 Dollar.

Emissionen. Im Jahre 1923 sind Effekten im Nominalwert von 4303,3 Mill. Dollar (i. V. 4313,3) emittiert worden, davon 186,8 Mill. Doll. (416,3) ausländische Staatsanleihen.

Schulden der Verbündeten. Die Schuldenfundierungskommission ist am 18. Februar zusammengerufen worden; sie beschloß, die Schuldner an die Consolidierung ihrer Schulden zu erinnern. Polen allein regelt seine amerikanischen Schulden in Höhe von etwa 135 Mill. Dollar in ähnlicher Weise wie England.

Fusionen: Die Bank of the Manhattan (s. d.) nimmt die Foreign Banking Association auf. — Die Peoples Savings u. Trust Co. of Pittsfield erwirbt die Metropolitan National Bank of Pittsfield und führt diese unter der Firma Metropolitan Savings Bank u. Trust Co. weiter. Die Mittel beider Banken übersteigen 125 Mill. Dollar. — Die Commercial Trust Co. of New York nimmt nach Umwandlung in eine national bank die East River National Bank auf, die kürzlich ihr Kapital von 1 auf 1,5 Mill. Dollar erhöht hat. — Die Citigens Bank u. Trust Co. nimmt die Naval-Commercial Trust u. Savings Bank (beide in New Orleans) auf. Fremde Gelder nach dem Zusammenschluß: 65 Mill. Dollar. — Die Atlanta National Bk. schließt sich mit der Lowry National Bank u. Trust Co. of Georgia in Atlanta unter der neuen Firma Atlanta u. Lowry National Bank and Trust Co. of Georgia zusammen. Die Mittel betragen mehr als 60 Mill. Doll. Siehe auch Bank of Italy, Empire Trust Co., International Banking Corp.

Konkurse: Die Konkurse mehren sich im Zusammenhang mit der Farmer-Krise im Nordwesten. U. a. geraten in Schwierigkeiten: Die Sioux Falls Nat. Bank (Depositen 2,5 Mill. Doll.), Sioux Falls Trust u. Savings Bank (Depositen 5 Mill. Dollar), Holland Banking Co. of Springfield (Dep. 4,0 Mill. Doll.). Die Regierung entsendet Henry M. Dawes, den Comptroller of the currency, den Leiter der War Finance Corporation (s. d.) und einen Bundes-Res.-Amtsvertreter zum Studium der Lage nach Chicago und beschließt einzugreifen, indem sie die Bildung einer „Agricultural Finance Corporation" mit 10 Mill. Dollar Kapital, das von Großbanken unter Führung von I. P. Morgan zusammengebracht wird, anregt. Diese hat lt. Ausweis v. 21. Juni 4,36 Mill. Dollar Darlehen an 273 Banken des Nord-Westens (hauptsächlich in Nord- und Süd-Dakota) gegeben. Außerdem wird eine Agricultural Security Co. zur Emission von Bonds gebildet. Die Regierung stellt ferner in 18 Staaten den Verkauf der Schatz-Spar-Scheine (Treasury Savings Certificates) ein, um den Geldmarkt für die Bedürfnisse der Farmer freizumachen. — Auf Betreiben des Attorney General wird wieder eine ganze Anzahl Börsenfirmen zum Konkurs gedrängt, so die Fa. G. F. Redmond u. Co., Boston, mit Filialen in mehreren Städten, die sich als bucket shop entpuppt, (nicht zu verwechseln mit dem alten Bankhaus Redmond u. Co., New York). — Die am 31. 5. 1923 in Konkurs geratene curb-broker Firma James u. Baker verteilt an die Gläubiger eine vorläufige Quote von 50% und hofft, daß sich die Rate auf ca. 83% erhöhen wird. — Da bei Zimmermann u. Forshay, New York, die liquide Masse zur Zahlung der anfangs in Aussicht gestellten Quote von 40% nicht ausreicht, werden zunächst 25% gezahlt, der Rest soll in Raten getilgt werden. Der frühere Geschäftsinhaber Zimmermann nimmt im Alter von 71 Jahren das Geschäft unter der alten Firma wieder auf und erklärt, nicht ruhen zu wollen, bis

Digitized by Google

die Gläubiger voll ausgezahlt seien. Die Mitinhaber Rees und Skully eröffnen ein neues Bankgeschäft. — Da bei Knaudt, Nachod und Kühne, New York, das Leipziger Stammhaus gegen eine Abfindung von 300 000 Dollar auf seine Forderung von 2,8 Mill. Dollar verzichtet, darf mit einer Konkursquote von 30% gerechnet werden. Den ca. 12 Mill. Dollar Kreditoren stehen ca. 4,5 Mill. Dollar Konkursmasse gegenüber, davon 1,6 Mill. illiquide.

American Exchange National Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 161,78 (i. V. 114,96) Mill. Dollar. Verteilt im 1. Halbjahr 1924 Vierteljahrsdividenden von je 4%.

Bank of America, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 156,95 (am 30. 12. 23: 156,05) Mill. Dollar. Verteilt Vierteljahrsdividenden von je 3 Prozent.

Bank of Italy, San Francisco. Nimmt die Long Beach National Bank (2 Filialen, ges. Mittel ca. 7 Mill. Doll.) durch Aktientausch auf. Fremde Gelder am 30. 6.: 296 Mill. Dollar (i. V. 247 Mill. Doll).

Bank of the Manhattan Co. Nimmt im Februar die Foreign Bankers Association, die fast an allen bedeutenden ausländischen Plätzen Filialen hat, auf. Unter den Hauptaktionären der F. B. A. befanden sich außer der Manhattan-Bank die New York Trust Co. und 12 andere amerikan. Banken, ferner die Canadian Bank of Commerce, Toronto.

Bankers Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 1924: 344,37 (i. V. 288,59) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 5%. Legt u. a. cons. auf: 67,4 Mill. 4¼% New Yorker Stadtanl., 30 Mill. 5% Schweizer Goldanleihe. Der Präsident John W. Staley der Peoples State Bank of Detroit tritt in das Direktorium der Bank ein.

Blair u. Co., New York. Sind an zahlreichen Emissionen beteiligt. Legen u. a. cons. auf: 40 Mill. Dollar 6% Argent. Anl. zus. mit Kuhn, Loeb u. Co., führen das Emissionskonsortium für weitere 10 Mill. Dollar 5¼% argent. Gold-Schatz-Anweisungen mit 1jähriger Laufzeit. Nehmen die vor 2 Jahren gescheiterten Anleiheverhandlungen mit Jugoslawien in Verbindung mit der Firma Armstrong, Withworth u. Co., London, wieder auf.

Central Union Trust Co., New York. Depositen am 30. 6.: 205,31 (am 31. 12. 23: 202,32) Mill. Dollar. Die Vierteljahrsdividenden des 1. Halbjahres 1924 betragen je 6%.

Chase National Bank, New York. Fremde Gelder am 31. 3. 24: 424,61 (am 30. 6. 23: 399,16) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von je 4%. — Die Chase Security Co. ist an mehreren Emissionen, u. a. der ungar. Völkerbundsanleihe, beteiligt, ferner an der 40 Mill. 6% argentinischen Anleihe.

Chatam u. Phenix National Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 171,99 (am 31. 12. 23: 174,67) Mill. Dollar. Die Vierteljahrsdividenden betrugen je 4%.

Chemical National Bank, New York. Eröffnet im 1. Halbjahr 1924 2 neue Filialen und gründet eine „Chemical Safe Deposite Co." zum Betriebe des Safe-Geschäfts in den Filialen. Verteilt 2 mal 4% Vierteljahrsdividenden.

Citizens' National Bank of Los Angeles. Erhöht ihr eigenes Kapital von 2 auf 4 Mill. Dollar, dasjenige der Citizens Trust u. Savings Bank von 1 auf 2 Mill. Dollar. Die gemeinsamen Kapitalien incl. Surplus betragen danach 9 Mill. Doll., die gesamten Mittel 95 Mill. Doll.

Corn Exchange National Bank, Chicago. Depositen am 30. 6. 24: 128,80 (i. V. 122,38) Mill. Doll. Verteilt Verteljahrsdividenden von je 5 Prozent.

Dillon, Read u. Co., New York. Legen u. a. auf: 8,49 Mill. Doll. 6½% Buenos Aires Stadtanl., 15 Mill. Doll. Pure Oil Co. 5½% Anl. Uebernehmen zus. mit der Intern. Acceptance Bank 10 Mill. Doll. 5% schwed. Schatzanw. mit halbj. Laufzeit, die nicht öffentl. aufgelegt werden. Dillon reist Ende Juni nach Hamburg, um mit M. M. Warburg u. Co. die Möglichkeit amerikanischer Kapitalinvestierungen in der deutschen Industrie zu besprechen.

Empire Trust Co. of New York. Erhöht das Kapital von 2 auf 4 Mill. Dollar. Die neuen Aktien werden zu 200% begeben. Beschließt die Fusion

Digitized by Google

mit der Hudson Trust Co. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 3% plus 2% Bonus. Tritt in das Syndikat für die ungar. Völkerbundsanleihe ein.

Equitable Trust Co., New York. Fremde Gelder Ende März 24: 336,88 (Ende 1923: 325,92) Mill. Dollar. Beteiligt sich an der ungar. Völkerbundsanleihe, bietet 3 Mill. Dollar 8% Goldanl. der Stadt Medellin (Republ. Columbia) an. Uebernimmt 2,7 Mill. Doll. der Bolivianischen Goldbonds v. 1923, die nicht weitergegeben werden sollen. Vierteljahrsdividenden: 3%.

First National Bank, Chigago. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 220,89 (i. V. 201,6) Mill. Dollar.

First National Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 314,42 (i. V. 268,90) Mill. Dollar. Legt u. a. cons. auf: 67,4 Mill. Doll. 4¼% New Yorker Stadtanl., 50 Mill. Doll. 5% South-Western Bell Telephone Oblig., 150 Mill. Dollar 6½% japan. Anl.

First National Bank, Los Angeles. Der Präsident Henry M. Robinson tritt in den Dawes-Ausschuß ein.

Guaranty Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 531,50 (i. V. 479,8) Mill. Dollar. Legt u. a. auf: 26,5 Mill. Doll. 5% New York und St. Louis Rr. Hyp.-Obl., 11,5 Mill. Dollar 5% Columbia Gas u. Electr. Power Co., Obl.; ferner u. a. cons. 67,4 Mill. Dollar 4¼% New Yorker Stadtanl. Dementiert das Gerücht der Gründung einer Filiale in Berlin. Kauft große Posten Aktien der Rotterdamsche Bankvereeniging, die zeitweise in schwieriger Lage war.

Hallgarten u. Co., New York. Gewinnen einen Prozeß gegen die Dänische Landmannsbank auf Entschädigung dafür, daß sie auf Grund einer falschen Bilanz des Instituts (für 1921) Aktienkäufe vorgenommen haben.

Hanover National Bank, New York. Depositen am 30. 6. 24: 161,65 (i. V. 141,29) Mill. Doll. Verteilen Vierteljahrsdividenden von je 6%.

Illinois Merchants Bank, Chicago. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 272,83 (i. V. 241,38) Mill. Doll.

Industrial Finance Corporation, New York. Verteilt aus dem Reingewinn von 0,60 Mill. Dollar für 1923 eine Dividende von 18% auf die 3,25 Mill. Dollar Vorzugsaktien. Das Kapital der ca. 100 angeschlossenen „Morris Plan Banks" beträgt 14 Mill. Dollar. Im Jahre 1923 wurden 104,63 Mill. Dollar (i. V. 80,79) Darlehen gemäß dem „Morris Plan" gewährt.

International Acceptance Bank, New York. Führt das Syndikat, das der Deutschen Golddiskontbank einen Rediskontkredit von 5 Mill. Dollar, der später auf 25 Mill. Dollar erhöht wird, zur Verfügung stellt, und sichert sich bei dem Bundes-Reserve-Amt das Recht auf passive Rediskontierung. Uebernimmt zusammen mit Dillon Read u. Co. 10 Mill. Doll. 5% schwed. Schatzscheine mit halbj. Laufzeit, die ohne öffentl. Auflegung privat plaziert werden.

International Banking Corporation, New York. Uebernimmt die Asia Banking Corporation, deren Aktienmehrheit sie in aller Stille aufgekauft hat. Dese Bank, 1919 mit 4 Mill. Doll. in Shanghai gegründet, hat Filialen in China, Japan, und auf den Philippinen.

Kuhn, Loeb u. Co., New York. Legen u. a. cons. auf 150 Mill. Dollar 6½% Japan. Anl., 40 Mill. Dollar 6% Argentinische Goldbonds (eigentlich sollten 60 Mill. Doll. zur Konsolidierung eines der argentin. Regierung am 1. 9. 1923 gegebenen Bankdarlehens hergegeben werden, doch bleiben auch die 40 Mill. Dollar zur Hälfte in den Händen des Uebernahmesyndikats) 9,25 Mill. Doll. Serie „B" der 8% Tschechoslowakischen Goldanl. v. 1923 zu 96½%. Geben ferner aus: 20,1 Mill. Doll. 5% Pennsylvania Rr. Bonds, 12 Mill. Dollar 5% Missouri Pacific Rr. Goldbonds. Otto H. Kahn begibt sich nach Europa, um die Grundlagen für eine deutsche Anleihe zu prüfen, und erklärt sie nach Rücksprache mit Coolidge für durchführbar, wenn das Dawesgutachten angenommen ist.

I. P. Morgan u. Co., New York. Zahlt am 16. Juni im Auftrage der englischen Regierung rund 40 Mill. Doll. (Kriegsschuld-Zinsen) an das Schatzamt. Gewährt Frankreich einen Währungskredit bis zu 100 Mill. Doll. zu 5½% zunächst auf 6 Monate (später auf 9) verlängert) gegen Verpfändung von Gold aus dem Bestande der Banque de France. Der Kredit wird jedoch nur vorübergehend in Anspruch genommen. Legt cons. auf: 30 Mill. Doll. 5½% Schweizer Anl. (innerhalb einer Stunde überzeichnet) und 150 Mill. 6½% Japan Anl. Bietet

Digitized by Google

zus. mit der Nat. City Bank im Juni der dänischen Regierung eine Anleihe an. Beteiligt sich als erster an der Subskription des Kapitals der „Agricultural Finance Corporation" zur Sanierung der illiquiden Farmer-Banken im Nordwesten. I. P. Morgan jr. unternimmt eine längere Europareise und konferiert u. a. in Paris mit Barthou und Sir John Bradbury über Reparationsfragen, insbesondere die Emission einer deutschen Anleihe.

National Bank of Commerce, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 502,22 (Ende Dez. 1923: 448,90, Ende Juni 1923: 345,85) Mill. Doll. Verteilt im 1. Halbj. 1924 zwei Vierteljahrsdividenden von je 4%.

National City Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 24: 841,61 (i. V. 662,20) Mill. Dollar. Die gesamten Aktiven betragen am 30. 6. 24 1,024 Milliarden Dollar. Die Vierteljahrsdividenden betragen im 1. Halbj. d. Js. je 4%. — Kauft 7 Filialen des liquidierenden Banco Nacional in Cuba, wo die N. C. B. selbst bereits 17 Filialen hat. Beteiligt sich an der „Agricultural Finance Corp.", ferner mit 2 Mill. Dollar an der 6,32 Mill. Dollar-Anleihe für Finnland. Gewährt der schwed. Reichsbank einen 25 Mill. Dollar-Kontokorrentkredit zum Zweck der Währungsstützung. — Wegen der dänischen Anl. vergl. I. P. Morgan. — Bildet ein Syndikat mit 40 Mill. Dollar für Operationen am Baumwollmarkt und bietet darüber hinaus den Baumwollproduzenten in 12 Staaten Kredite bis zur Höhe von 100 Mill. Dollar an. Die Bank tritt für einen teilweisen Erlaß der alliierten Kriegsschulden nach Annahme des Dawes-Gutachtens ein. Die angebliche Absicht, mehrere Filialen in Deutschland zu errichten, wird in Abrede gestellt. Die Bank wird in erster Instanz verurteilt, ein Guthaben, das der alte Centrosojus (russischer Konsumverein-Verband) vor Jahren bei ihr eingelegt hat, an den neuen Sowjet-Centrosojus als dessen Rechtsnachfolger auszuzahlen.

National City Co., New York. Beteiligt sich an der 6½% Japan. Anl. von 150 Mill. Dollar, bietet 6 Mill. Dollar 6% Rotterdamer Stadtanl. zu 98% zur Zeichnung an; führt das Konsortium für 67,4 Mill. Doll. 4¼% New Yorker Stadtanl. (Em. Kurs 102⅛%). Legt ferner cons. auf: 9,35 Mill. Dollar der 8% Tschechoslow. Goldanl. v. 1922, 30 Mill. Dollar 5½% Schweiz. Anl. Verteilt im 1. Halbj. 1924 zwei Vierteljahrsdividenden von je 4%.

James Speyer u. Co., New York. Bilden zus. mit der Equitable Trust Co. und Chase Security Co. ein Syndikat für die Auflegung der amerikanischen Tranche der Ungarischen Völkerbundsanleihe.

Trust Company of North America, New York. Unter dieser Firma wird eine neue Auslandsbank mit 750 000 Dollar Kapital gegründet, die die New Yorker Filiale des Banco Nacional Ultramarino übernimmt. Die Leitung der Bank, die den amerikanischen Außenhandel fördern will, übernimmt Thomas H. Birch, der 9 Jahre Gesandter in Portugal war.

Umschau

DIE STEUERSCHRAUBE.

Ueber der Finanzgebahrung der öffentlichen Verbände Deutschlands und dem Gesamt-Lastenaufwand des deutschen Steuerzahlers schwebt ein undurchdringliches Dunkel — undurchdringlich wenigstens für den Deutschen selbst. Das Ausland, soweit es an Deutschlands Finanzen interessiert ist, weiß da besser Bescheid. Es kann durch seine Regierungen und durch autorisierte Sachverständige Fragen an die deutschen Reichsbehörden richten, und diese müssen in Anbetracht des Versailler Friedensvertrages darauf wohl oder übel antworten; ein Schuldner muß dem Gläubiger eben Rede stehen. Veröffentlicht dann die betreffende ausländische Regierung oder die betreffende Sachverständigen-Kommission den Bescheid, den sie von den deutschen Behörden erhalten hat, so erfährt auch der deutsche Staatsbürger etwas über den Stand der Finanzen in seinem weiteren und engeren Vaterlande. So hat vor einigen Wochen das Dawes-Comité in seinem Gutachten, dem für Deutschland wichtigsten Dokument der letzten Jahre, den Bescheid bekanntgegeben, den es von der Deutschen Reichsregierung auf seine Anfrage über die Haushaltsrechnungen von Reich, Ländern und Gemeinden erhalten hat. Der Bescheid ist, da eine Statistik nicht vorhanden bezw. nicht aufbereitet ist — was

Digitized by Google

das Comité rügt, was aber besser von deutscher als von ausländischer Seite gerügt werden sollte —, natürlich nur ein ganz ungefährer. Er beschränkt sich auf die Angabe, daß der Reichshaushalt nach Abzug der Ueberweisungen an die Länder „wenig mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben enthält, während je ein weiteres Drittel von den Ländern und Gemeinden aufgebracht wird". Das ist nicht viel, aber dennoch genug, um ein Bild von dem Gesamtaufwand der deutschen Steuerzahler zu ermöglichen. Man braucht nur die Endziffer der Netto-Haushaltsrechnung des Deutschen Reiches mit 3 zu multiplizieren und von der Summe ein Geringes abzuziehen — weil die Reichsziffer ja „wenig mehr" als ein Drittel ausmacht —, um auf die Gesamtziffer des Haushalts von Reich, Staaten und Gemeinden zu kommen. Der Reichshaushaltsplan für 1924 schließt nun in Einnahmen und Ausgaben (ohne das Extraordinarium für die Reparation) mit 5,07 Milliarden Mark ab. Kürzt man davon die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden, so bleiben 3,27 Milliarden Mark. Das wäre also die Ziffer, die nach Angabe der Reichsregierung „wenig mehr" als ein Drittel aller öffentlichen Ausgaben in Deutschland ausmacht. Der Gesamtaufwand würde sich danach auf 9 bis 9½ Milliarden beziffern. Wie verhält sich nun dieser Betrag zu den Haushaltsrechnungen vor dem Kriege? Die Vergleichung wird naturgemäß durch den Abgang vieler Ausgabeposten (mehr als der Hälfte von „Heer und Marine", der „Kolonien", der jetzt selbständig gewordenen Verkehrsinstitute Post und Eisenbahn, des Anleihedienstes usw.), sowie andererseits durch den Zugang des Postens „Kriegsfürsorge" sehr erschwert. Sie wird ferner erschwert durch den Umstand, daß exakte Zusammenstellungen aller öffentlichen Ausgaben für die letzten Jahre vor dem Kriege nicht vorhanden — oder uns z. Zt. wenigstens nicht zur Hand — sind, so daß man sich die Ziffern aus dem statistischen Material für verschiedene Haushaltsjahre zusammensuchen muß. Immerhin kommt man, da es sich ja nur um eine ganz rohe Vergleichung handelt, zu einem hinreichend aufklärenden Ergebnis. Das Reich hat 1913 brutto 3,7 Milliarden, netto (nach Abzug der Ausgaben für Post, Eisenbahn und Schuldenverwaltung, sowie der Hälfte der Ausgaben für Heer und Marine) 2,2 Milliarden Mark ausgegeben. Preußens Haushalt hat im Durchschnitt der Jahre 1909/13 nach Abzug der Ausgaben für die Erwerbsinstitute und für die Schuld 1,2 Milliarden erfordert, der Haushalt der andern Länder netto etwa ebenfalls 1,2 Milliarden Mark. Die Rechnungen der Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern — für die übrigen fehlen die Ziffern, die aber kaum zu Buch schlagen —, haben 1911 in Preußen mit 2,6 Milliarden, im sonstigen Deutschland mit 0,7 Milliarden balanziert; nach Abzug des Anleihedienstes verbleiben für alle deutschen Gemeinden etwa 2,4 Milliarden Mark. Das Resultat ist somit folgendes: Es steht ein öffentlicher Nachkriegsbedarf von 9 bis 9½ Milliarden Mark (ohne Reparationen!) einem Vorkriegsbedarf von 7 Milliarden Mark gegenüber. Selbst wenn man die neu hinzugetretenen Ausgaben für Kriegsbeschädigtenfürsorge berücksichtigt, die der Reichshaushalt auf 0,8 Milliarden Mark beziffert, sowie einen Teil der 208 Millionen, die für die Polizei neu aufgewendet werden, klafft noch immer ein arges Mißverhältnis zwischen den absoluten Vor- und Nachkriegsziffern, ein noch ärgeres aber zwischen den in Beziehung zur Volkszahl und zur Steuerkraft gebrachten r e l a t i v e n Ziffern. Wenn man berücksichtigt, daß vor dem Kriege ein nicht unerheblicher Teil der Haushaltsrechnungen — die exakte Ziffer haben wir nicht festgestellt — aus Krediten bestritten worden ist, während heute fast die gesamte Last aus dem Steueraufkommen gedeckt werden muß, wenn man ferner den Verlust an Gebiet und Volkszahl mit einem Siebentel und die Einkommens-Minderung der übrigen Bevölkerung mit einem Drittel in Ansatz bringt, so ergibt sich, daß jeder Deutsche heute reichlich das Doppelte an Steuern aufzubringen hat wie vor dem Kriege, wohlgemerkt ohne jede Berücksichtigung der Reparationslast. Das ist eine Besteuerung, wie sie ein Volk wohl unmittelbar nach den Keulenschlägen einer Inflation duldet, die es an so radikale Veränderungen seines Vermögens gewohnt hat, daß eine noch so starke Schmälerung des Einkommens daneben kaum empfunden wird. Sobald das Volk aber wieder zu rechnen beginnt und sich der Unverletzlichkeit des Eigentums erinnert, die den Rechtsstaat vom pseudo-sozialen Staat unterscheidet, wird es eine derartige Abgabenhöhe nicht mehr als Besteuerung, sondern als Konfiskation empfinden. Reich, Länder und

Digitized by Google

Gemeinden werden sich also demnächst daran gewöhnen müssen, wieder mit einem bescheideneren Apparat zu arbeiten. Vor allem aber werden sie unverzüglich eine vergleichende Einkommens- und Steuerstatistik anzufertigen haben, aus der klar ersichtlich ist, welchen Teil seiner Einkünfte das deutsche Volk für Verwaltungszwecke in die öffentliche Hand legt; damit nicht etwa ein naheliegender Mißbrauch mit dem Besteuerungsverlangen der Alliierten getrieben, sondern diesen ziffernmäßig nachgewiesen wird, daß der Deutsche auch ohne Versailles der relativ höchstbesteuerte Staatsbürger in Europa ist, trotz des ledigen Umstandes, daß auch in den meisten anderen Ländern mit dem Steuerzahler Schindluder getrieben wird.

DIE NEUE REICHSBANK.

Das neue Bankgesetz, dessen Grundlinien vom Dawes-Gutachten bestimmt und von der Londoner Konferenz mit kleinen Abweichungen festgesetzt worden sind, unterscheidet sich in einer ganzen Reihe von Punkten von dem alten Bankgesetz von 1875. Doch kommt nur wenigen Aenderungen eine größere Bedeutung zu. Daß die Deckungsvorschriften, die gegenüber dem Dawes-Plan gewisse Korrekturen aufweisen, 40% Deckung in Gold oder Devisen vorschreiben; daß diese Deckung „ausnahmsweise" gegen Entrichtung einer Notensteuer bis unter 33⅓% sinken darf; daß jede von der Deckung unabhängige Kontingentierung des Notenumlaufs fehlt; daß die täglich fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 40% durch kurzfristige Forderungen mit höchstens 30 Tagen Laufzeit gedeckt sein müssen; daß die Goldeinlösung der Noten auf unbestimmte Zeit suspendiert bleibt: Alle diese Bestimmungen stellen einen Rahmen dar, innerhalb dessen sehr gute und sehr schlechte Währungspolitik getrieben werden kann, und der daher über die künftige Gebahrung der Bank nichts aussagt. Die als Zwang zur Innehaltung einer prozentual hohen Deckung gedachte Bestimmung, daß die Notensteuer mit sinkender Deckung steigt und beispielsweise bei weniger als 35% und mehr als 33⅓% Deckung volle 8% p. a. beträgt, wird in praxi zwar zu einer Vorsorge für hinreichende Deckung führen, bietet aber keine Garantie gegen einen absolut übermäßigen Notenumlauf. Diese Gerantie liegt vielmehr nach wie vor ausschließlich in der Gewissenhaftigkeit und Fähigkeit der Bankleitung. Das Kapital der neuen Reichsbank soll „mindestens 300 und höchstens 400 Millionen Reichsmark" betragen, wobei das Grundkapital der alten Bank mit höchstens 100 Millionen in Ansatz gebracht werden darf. Die Verwaltung wird künftig aus drei Organen bestehen, dem Generalrat, von dessen 14 Mitgliedern die Hälfte aus Ausländern, darunter 5 Alliierten, bestehen soll, dem Direktorium mit dem Präsidenten als Vorsitzenden und dem aus dem alten Bankgesetz übernommenen Zentralausschuß, der aber hinfort eine noch betontere Scheinexistenz führen wird, als es bisher der Fall war. Eine Majorisierung der Bank durch die ausländischen Verwaltungsmitglieder ist praktisch nicht möglich, da der Generalrat der Regel nach seine Beschlüsse mit einer Mehrheit von 10 Stimmen fassen muß, so daß mindestens drei deutsche Mitglieder mit den Ausländern stimmen müssen, um deren Anträgen zur Annahme zu verhelfen. Einfache Stimmenmehrheit genügt nur dann, wenn außer dem Währungskommissar, der Mitglied des Generalrats ist, auch der Präsident darin einbegriffen ist. Der Geschäftskreis der Bank ist im wesentlichen der alte geblieben, Diskont, Lombard, Gold- und Devisenhandel, Kommissionsgeschäft, Kassenführung für das Reich), jedoch mit einer wesentlichen Aenderung: Die diskontierten Wechsel sollen nicht mehr, wie bisher, „mindestens zwei" Unterschriften tragen, sondern drei, wodurch man die Finanzwechsel ausschalten will. Fehlt die dritte Unterschrift, so ist eine Nebensicherheit zu beschaffen. Dagegen kommt der vielerörterten Beschränkung der Darlehnsgewährung an das Reich nicht die Bedeutung zu, die man ihr beigemessen hat, als der Wortlaut des Gesetzes noch nicht bekannt war. Zwar enthält das Gesetz die Bestimmung, daß dem Reich Betriebskredite nur bis zum Betrage von 100 Millionen Mark gewährt werden dürfen. Aber diese Beschränkung wird mehrfach durchlöchert. Die Reichsbank darf Schuldverschreibungen des Reichs mit höchstens einjähriger Laufzeit mit drei Vierteln des Kurswertes lombardieren und zwar jeder Bank, also

Digitized by Google

auch einem vom Reich beauftragten Institut. Ferner kann die Bank langfristige Reichsobligationen als Pfandsicherheit für Darlehen annehmen, wenn zwei Verpflichtete für sie haften, und zwar bis zur Höhe des Reichsbankkapitals einschließlich der Reserven. Hier ist allerdings die Ermächtigung des Generalrats erforderlich. Aber um diese herbeizuführen, genügt ja die Zustimmung von dreien der sieben ausländischen Mitglieder. Die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Reichsbank können also auch künftig — direkt und indirekt — ziemlich umfassende sein. Immerhin ist ein Mißbrauch, der die Währung ernstlich gefährden könnte, von dieser Seite allein nicht mehr möglich.

GOLDKAPITAL.

Im September oder, wenn eine Fristverlängerung stattfindet, spätestens im Oktober haben alle deutschen Aktiengesellschaften eine Goldmark-Bilanz zu veröffentlichen. Es ist dies eine Zwangsbestimmung, die aus steuerlichen und Reparationsgründen getroffen worden ist, die aber nichts an der Tatsache ändert, daß das Gesetz etwas Unmögliches verlangt. Fast alle Werte, die den Vermögensstand eines Unternehmens ausmachen — Grundbesitz, Gebäude, Maschinen, Warenbestände, Effekten — unterliegen, seitdem die Mark äußerlich befestigt worden ist, den allerheftigsten Bewertungs-Schwankungen, und einigermaßen zuverlässig bestimmbar sind heute nur diejenigen Aktiva, die noch vor drei Viertel Jahren nicht anders als mit einem Achselzucken beziffert wurden: Kassenbestand und Forderungen. Das Geld und die Sachwerte haben ihre Rollen vollkommen vertauscht. In welchem Maße die Aufstellung einer Goldmarkbilanz auf ein Rätselraten hinausläuft, dessen Lösung ganz vom zufälligen Zeitpunkt der Vornahme und vom subjektiven Ermessen des Bilanzierenden abhängt, das zeigt die Geschichte der Goldbilanz der Berliner Handels-Gesellschaft, der ersten großen Privatbank, die den schleier lüftet. Im vorigen Jahre hat die Börse den Kurs der Handels-Anteile bis nahe an den Paristand herangetrieben, weil man annahm, die Bank habe sich als einzige der Berliner Großbanken ihre Substanz voll zu erhalten verstanden und werde ihre Anteile daher nicht zusammenzulegen brauchen. Unmittelbar nach Einführung der Rentenmark korrigierte man diese Ansicht dahin, daß die Bank je zwei Aktien in eine zusammenlegen werde. Vor einigen Wochen nahm man wiederum eine Neuschätzung vor mit dem Ergebnis, daß man eine Zusammenlegung von 3 zu 1 prognostizierte. Tatsächlich hat jetzt aber die Bank ihr Kapital auf ein Fünftel des Vorkriegskapitals zusammengelegt. Wenn man nun fragt, welche der vier verschiedenen Vermögensschätzungen der Börse und der Verwaltung die objektiv richtige ist, so kann die Antwort nur lauten: alle vier. Je nach dem Wert, den man dem Posten „Effekten", „Konsortialbestände", „Bankgebäude" und „beschlagnahmte Werte im Auslande" beimißt, hat die Bank vier Fünftel oder die Hälfte oder überhaupt nichts von ihrem Kapital eingebüßt. Es können Umstände eintreten, die die ungünstigste, aber auch solche, die die günstigste Schätzung rechtfertigen. Wie die Behörden es anstellen werden, um eine objektio richtige Steuergrundlage zu ermitteln, steht dahin. Wenn ihnen die Ermittelung mißlingt, so ist das kein großes Unglück, denn es wird in kommenden Jahren Gelegenheit genug zu Berichtigungen geben, die dem Fiskus zu seinem Recht verhelfen. Unerfindlich ist es aber, warum das Gesetz die Gesellschaften zwingt, auch ihren Aktionären eine Goldbilanz bekanntzugeben, die notwendig ein Hohn auf alle Grundsätze der Buchführung und Bewertung ist, niemand aufklärt, alle irreführt und lediglich Gelegenheit zu Umstellungsgewinnen gut informierter Verwaltungsmitglieder gibt. Für die Darstellung eines Gesellschaftsvermögens, das sich genauen Wertansätzen entzieht, kennt der deutsche Bergbau die Einrichtung der „Gewerkschaft" mit ihren ideellen Vermögensanteilen, den Kuxen, und die Schiffahrt den Eigentumstitel der „Parte". Hier kann die öffentliche Bekanntgabe eines Goldkapitals unterbleiben; der Besitzer eines Anteils braucht nicht zu wissen, welchen Nominalwert sein Anteil bilanzmäßig hat, da er weiß, daß ihm ein Tausendstel oder Zehntausendstel des Gesellschaftsvermögens gehört. Es wäre zweckmäßig gewesen, den Aktiengesellschaften für die Dauer der auf die Geldbefestigung folgenden Jahre von Gesetzes wegen ein ähnliches Rechtsverhältnis gegenüber ihren Anteilinhabern zu verleihen, wie es die Gewerkschaften haben.

Digitized by Google

und die Rechtskonstruktion der Aktiengesellschaften erst dann wieder aufleben zu lassen, wenn eine einigermaßen zuverlässige Feststellung des Gesellschaftsvermögens wieder möglich geworden sein wird. Keine Angaben sind immer besser als Angaben, die notwendig falsch sind. Vielleicht ist es auch jetzt noch angängig, Aktiengesellschaften, die sich außer Stande erklären, ein Goldkapital zu errechnen, die zeitweilige Anwendung der für die Gewerkschaft geltenden Rechtsnormen freizustellen.

Literatur.

Probleme der deutschen Zahlungsbilanz. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker und Humblot. (G. M. 2,20). — Inhalt: Ueber die deutsche Zahlungsbilanz. (Professor Dr. Rudolf Meerwarth). — Privatversicherung und deutsche Zahlungsbilanz. (Wilhelm Kisskalt). — Der Einfluß der Seeschiffahrt auf Deutschlands Zahlungsbilanz seit Beendigung des Krieges. (Dr. B. Karlsberg).

Gewerkschaftslehre. Von Siegfried Nestriepke. 2. Auflage. Stuttgart 1924, Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach). (G. M. 2,50). — Inhalt: Grundsätzliches. — Gewerkschaftliche Zielsetzungen. — Wege zum Ziel. — Organisations- und Verfassungsfragen.

Die Verwaltung der Stadt Königsberg i. Pr. nach dem Kriege. Festschrift. Mit 10 Original-Radierungen und einer Heliogravüre. Königsberg i. Pr. 1924. Verlag Gräfe u. Unzer. (204 Seiten Quart). — Aus dem Inhalt: Organisation der Verwaltung. — Die Finanzverwaltung. — Boden- und Siedlungspolitik. — Die Wirtschaftspolitik. — Die Verkehrspolitik. — Kunst und Wissenschaft. — Wohlfahrtspflege.

Das Devisentermingeschäft. Von Dr. Joachim Vogel. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (G. M. 2,—). — Aus dem Inhalt: Das private Devisentermingeschäft. — Die Theorie des DTG. — Der Einfluß des DTG auf Wechselkurs und Geldmarkt. — Die Bedeutung des DTG für den Bankkunden.

Steuerrecht. Von Dr. Albert Hensel. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (Goldm. 9,60). — Aus dem Inhalt: Geschichtliche Grundlagen des heutigen Steuersystems. — Die Lehre vom Steuertatbestand. — Der Steuermaßstab, insbesondere die Bewertung. — Die einzelnen Steuern. — Das Steuerverwaltungsrecht. — Die Verfahrensgegner. — Das Steuerverfahren. — Ansprüche gegen den Steuergläubiger. — Sicherung des Steueranspruchs. — Steuerstrafrecht und Steuerstrafverfahren. — Steuerrechtliche Aufgaben der nächsten Zeit.

Die wertbeständigen Anleihen in finanzwirtschaftlicher Betrachtung. Von Dr. Rudolf Stucken. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (G. M. 2,50). — Aus dem Inhalt: Begriff und Wesen der wertbeständigen Anleihen. — Verwirklichung der Anleihen. — Die Umstellung des öffentlichen Haushalts in Deutschland auf Goldmark und die Folgerungen für die Aufnahme wertbeständiger Anleihen.

Die neue Währung nach dem Dawes-Plan.. Von Dr. Dalberg. Berlin 1924, Carl Heymanns Verlag (G. M. 2,—). — Aus dem Inhalt: Die neue Währung. — Reparationsorganisation und Währung. — Transfer und Währung.

Goldurteil und Goldvorurteil. Von Dr. Albert Hahn. Frankfurt a. M. 1924, Frankfurter Societäts-Druckerei. (1 G. M.). — Tritt für eine neue deutsche Währung nach „modernen wissenschaftlichen Grundsätzen", d. h. ohne Golddeckung, ein.

Volksvermögen und Zahlungsbilanz der Schweiz. Von Paul Jaberg. Zürich 1924, Schweiz. Bankgesellschaft (27 Seiten). — Aus dem Inhalt: Das Volksvermögen der Schweiz seit 1914. — Industriestatistik. — Kapitalsanlagen im Ausland. — Zahlungsbilanz.

Handbuch der Effekten 1924. Mit Kurstabelle Berliner Börsenwerte. Herausgegeben von Hans Kretschmer. Görlitz 1924. Wirtschafts-Verlag Hans Kretschmer. (G. M. 9,60). — Die Eigenart des Handbuchs liegt in der Kombination von Kurstabellen mit gesellschaftsstatistischen Angaben sowie der Beigabe von „rechnerischen Vergleichskursen", die allerdings schematisch, ohne Be-

Digitized by Google

rücksichtigung des Goldwerts der Aktienemissionen und der Zugänge an Substanz errechnet sind.

Das Bankgesetz und das Statut der Reichsbank in neuester Fassung. Herausgegeben von Joh. Notzke. 2. Auflage. Berlin 1924. Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. (203 Seiten). — Aus dem Inhalt: Bankgesetz. — Statut der Reichsbank. — Darlehnskassen. — Deutsche Rentenbank. — Deutsche Golddiskontbank.

Bevölkerung. Von Harald Wright, Cambridge. Deutsch von Dr. M. Palyi. Mit einem Vorwort von I. M. Keynes. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (G. M. 3,90). — Aus dem Inhalt: Malthus. — Nahrungsmittel und Rohstoffe. — Das Bevölkerungs-Wachstum. — Internationale Bevölkerungsfragen. — Das qualitative Bevölkerungsproblem.

Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Von Ludwig Mises. 2. Auflage. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (G. M. 9,50). — Aus dem Inhalt: Die Funktion des Geldes. — Das Geld und der Staat. — Das Wesen des Geldwerts. — Die vermeintlichen örtlichen Verschiedenheiten des objektiven Tauschwertes des Geldes. — Geldwertpolitik. — Zur Klassifikation der Geldtheorien. — Die Umlaufsmittel und ihr Verhältnis zum Gelde. — Geld, Umlaufsmittel und Zins.

La Réforme monétaire dans la Russie des Soviets. Von Ezekiel Gordon. Vorwort von Prof. Charles Gide. Paris, Verlag von I. Povolozky u. Cie. (5 Francs). — Aus dem Inhalt: La Création de la Banque d'Etat. — Couverture bancaire des tchervontzy. — Question de la stabilité du tchervonetz. — Inflation du tchervonetz.

Revenue Act of 1924. Complete text, reference notes, tables and index. National Bank of Commerce, New York, Juli 1924. (236 Seiten). — Aus dem Inhalt: Income tax. — Excise taxes. — Stamp taxes. — Reduction of income tax payable 1924. — Corporation tax tables: net income from Investments. — Index.

Die Verschmelzung (Fusion) von Aktiengesellschaften nach schweizerischem Recht. Von Dr. F. Fick. Zürich 1924. Verlag: Art. Institut Orell Füssli. (Goldmark 2,80). — Aus dem Inhalt: Der Begriff der Fusion. — Die anzuwendenden Gesetzesnormen. — Der Fusionsvertrag. — Die Rechtsnachfolge in Aktiven und Passiven. — Befriedigung der Gläubiger.

Die Wiederherstellung der Währungen. Von Dr. R. A. Lehfeldt. Aus dem Englischen übersetzt von B. L. Frank-Wien. Stuttgart 1924. Verlag W. Kohlhammer. (Goldm. 3,60) — Inhalt: Allgemeine Grundlagen. — Methoden der Wiederherstellung. — Wertniveau. — Maßnahmen. — Dauerwirkungen. — Vorschläge der Konferenz von Genua.

Steuerbelastung und Wiedergutmachung. Ein Beitrag zur Reparationsfrage. Von Wilhelm Gerloff. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (G. M. 2,50). — Aus dem Inhalt: Steuerverpflichtung und Reparationsleistung — Zur Methodik der Berechnung des Steueraufkommens und der Steuerbelastung. — Deutschlands Steuerleistungen. — Deutschlands Steuerfähigkeit.

Kartell- und Konzernrecht. Von Dr. G. A. Delbanco. Bonn 1924. Verlag von Alexander Schmidt. (G. M. 2,—). — Aus dem Inhalt: Das Recht der Organisationen. — Kartell, Konzern und Monopol. — Der Begriff des Gemeinwohls. — Bisherige Rechtsprechung des Kartellgerichts.

Grundlagen und Kritik des Reparations-Gutachtens. (1. Sachverständigen-Bericht). Von Konsul Dr. E. Respondeck. Berlin 1924. Carl Heymanns Verlag. (77 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die für die Lösbarkeit der Reparationsfrage bezeichneten Grundgedanken im Gutachten. — Das Ausmaß der Reparationsleistungen. — Die fehlende Endsumme. — Die Reparations-Leistungsquellen.

Währungsreform in der Tschechoslowakei und in Sowjet-Rußland. Mit Beiträgen von Alfred Amonn, Prag, und M. v. Bernatzky, Moskau. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (G. M. 2,20). — Inhalt: Die tschechoslowakische Währung und Währungspolitik. — Der Zusammenbruch der russischen Währung und die Aussichten auf ihre Wiederherstellung.

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Juli 1924

(in Millionen Mk. mit Ausnahme des Jahres 1924; vergl. die Anmerkungen.)

		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Kassen- und Darlehnskasch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Reichs-Schatzanweisung	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.**	Privatguthaben**	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 7.	24*	24427,8 (446,6 Mll.)	659,0	0,3	1 871 050,9	—	91 587,7	76 230,4	767 153,8	180,0	160,5	1 105 518,4	491 009,6	320 278,7	—	416 909,8
	23	20949,2 (706,9)	3 284 092,0	556,9	8 600 861,4	21846206,5	275 466,2	255,7	850 040,0	180,0	150,5	20251783,2	1483837,4	10 608 210,3	—	2 544 250,1
	22	1024,5 (1004,9)	14 281,9	5,5	4 946,8	185 002,8	91,3	322,9	2 491,0	180,0	127,3	179 736,7	6 802,2	24 728,8	—	3 591,5
15. 7.	24*	28731,4 (469,4 Mll.)	618,0	0,2	1 826 362,4	—	74 067,7	76 323,2	842 387,9	180,0	160,5	1 061 860,1	598 335,8	331 685,5	—	433 461,4
	23	22071,1 (656,9)	3 160 988,5	833,5	11061137,3	29910149,7	261 920,3	729,1	977 436,9	180,0	160,5	25491738,7	2414429,7	14 512 648,1	—	2 976 110,3
	22	1024,3 (1004,9)	10 789,9	6,5	5 997,5	195 129,1	85,8	301,4	2 919,7	180,0	127,3	175 437,4	8 373,9	27 901,7	—	4 234,0
23. 7.	24*	31318,7 (478,0 Mll.)	573,0	0,2	1 797 769,5	—	68 643,6	76 533,9	905 692,4	180,0	160,5	1 009 529,9	677 082,3	383 695,9	—	452 539,6
	23	24530,5 (616,4)	3 444 804,0	1 501,8	13930412,2	39036762,8	265 437,4	1 270,6	1167701,5	180,0	160,5	31824820,9	3211249,8	17 190 911,4	—	5 705 098,2
	22	1025,3 (1004,9)	9 351,2	8,5	7 008,5	196 017,7	50,5	311,5	3 944,0	180,0	127,3	177 027,0	8 968,6	26 634,8	—	4 779,4
31. 7.	24*	26 107,3 (484,3 Mll.) a	473,0b	0,1	1 798 096,8	—	62 488,8	76 509,1	973 010,4	180,0	900,4 Bd	1 211 083,5	452 596,7	290 390,4	—	449 956,5
	23	24412,3 (596,4)	3 987 474,5	627,6	18314291,4	53752029,7	2553117,5	1 422,3	2576 088,7	180,0	160,5	43591737,9	3779235,3	24 077 841,6	—	9 758 101,4
	22	1024,9 (1004,9)	13 083,0	4,9	8 122,1	207 852,2	141,3	313,5	4 233,3	180,0	127,3	189 794,7	9 197,7	30 077,5	—	4 693,0

(in Billionen Mk.)

Bayr. Notenbank	7.	33 Mill.	618 548***	129 430	25 816 388		967 690	—	1 338 978	15 Mill.	3,75 Mill.	6 104	780 711	11 534	2 233 753
	15.	33	350 407***	215 384	25 987 452		915 840	—	1 417 925			6 031	865 191	11 534	2 158 967
	23.	33	604 480***	192 974	23 968 174		904 340	—	1 368 214			6 101	931 304	12 034	2 271 111
	31.	33	283 138***	178 795	25 329 288		927 224	—	1 485 041			6 033	626 535	12 034	2 282 943
Sächs. Bank	7.	18 Mill.	328 608***	89 659	26 882 983		93 760	3 395	3 038 176	30 Mill.	7 Mill.	1 052	1 432 409	406 201	1 596 930
	15.	18	299 971***	77 923	27 054 738		94 000	3 395	3 029 336			1 023	1 444 672	427 932	1 685 736
	23.	18	340 204***	110 848	27 324 532		94 210	3 395	2 476 309			1 046	1 172 631	414 210	1 761 614
	31.	18	237 223***	42 599	27 665 323		96 300	3 395	2 527 189			931	1 314 604	447 267	1 809 178
Württemb. Bank	7.	7,9 Mill.	367 435***	32 187	13 201 574		—	212 674	3 503 772	10,5 Mill.	1,99 Bill.	4 124	2 149 132	2 980 555	3 181 839
	15.	7,9	296 655***	49 573	13 274 965		—	225 385	2 527 161			3 970	2 716 902	3 050 000	3 400 872
	23.	7,9	245 112***	48 707	13 379 937		—	217 131	2 581 737			3 914	2 178 501	3 060 000	3 546 213
	31.	7,9	99 797***	43 685	12 967 641		—	192 172	2 971 180			3 905	1 496 816	3 090 000	3 381 761
Badische Bank	7.	3,0 Mill.	27 003***	21 054	16 104 965		—	978 173	22 021 792	24,9 Mill.	364,9 Mill.	6 940	25 203 815	—	4 942 233
	15.	3,0	127 867***	61 118	17 344 252		—	937 652	24 346 654			6 861	28 909 169	—	4 901 426
	23.	3,0	53 735***	15 678	16 888 919		—	932 498	25 519 762			6 841	29 355 584	—	5 048 162
	31.	3,0	84 504***	29 059	18 110 929		—	1 660 020	22 244 859			6 760	27 943 783	—	5 123 823

a) Davon 44,9 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) ferner 267 996,8 Billiarden Mk. Rentenbankscheine. *) in Billiarden (1000 Billionen) Mk. außer bei Metallbestand, Kapital- und Reservefonds. **) 1924: Summe aus Banknoten und Rentenmark. ***) Rentenbankscheine.

Digitized by Google

Deutsche Rentenbank.

Monatsausweise von April bis Juni 1924 (Mill. Rentenmark).

Tag	Darlehen an das Reich verzinsl.	Darlehen an das Reich unverzinsl.	Darlehen an die Wirtschaft	Kasse, Giro usw.	Ausgegebene Rentenbankscheine	Umlaufende Rentenbriefe
30. 4.	900	200	871,4	63,5	1 951,6	0,2
31. 5.	1 003	196,5	870,6	71,6	2 050,4	0,2
30. 6.	1 003	196,5	870,3	75,0	2 049,8	0,2

Bank von England.

Wochenausweise im Juli 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve 1% d. tägl. fäll. Verb.	Bankdisk. %
1924 2. 7.	128.2	54.2	95.3	127.8	11.7	140.1	20.2	13 30	4
9. 7.	128.3	48.1	69.9	127.3	9.9	110.9	20.7	17.17	4
16. 7.	128.3	45.2	70.2	126.2	11.7	107.4	21 8	18.30	4
23. 7.	128.3	39.7	73.5	126.3	11.3	105.6	21.7	18.60	4
30. 7.	128.3	45.8	75.5	127.1	12 2	112.0	21.0	16.88	4
1923 4. 7.	127.6	44.3	96.4	127.0	19.5	123.8	20.4	14.24	3
11. 7.	127.6	46.8	69.7	126.4	11.6	108 0	20.9	17.60	4
18. 7.	127.6	47.5	71.6	125.8	11.1	111.6	21.6	17.52	4
25. 7.	127.6	45.6	70.6	125.7	10.5	109.4	21.7	18.08	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Juli 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold[1]	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestund. Wechs.	Deb.[2]	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Notendeck. in %[3]	Bankdisk. %
1924 8. 6	5543.2	299.8	573.2	3726.7	9.5	30 433 5	40 115.6	14.8	2205.7	14.0	6
10. 6.	5543.2	299.8	573.4	4864.0	9.3	30 609.9	40 224.9	15.2	2200.2	13.9	6
17. 6.	5543.3	299.8	573.6	4715.3	9.2	30 348.9	40 155.9	14.3	2181.7	14.0	6
24. 6.	5543.4	300.1	573.9	4698.2	9.2	30 136.6	40 081.7	15.3	2174.0	14.0	6
31. 7.	5543.5	300.2	571.1	5133.8	9.2	30 593.4	40 324.6	15.5	2142.7	14.0	6
1923 5. 6.	5537.7	293.4	566.1	3036.2	19.4	30 454.3	37 661.9	18.6	2553.7	14.7	5
12. 6.	5537.7	293.5	566.2	2811.8	19.4	30 240.3	37 400.1	25.7	2049.6	14.8	5
19. 6.	5537.8	293.7	565.6	2451.9	19.4	29 573.4	37 232.7	12.4	2074 1	14.9	5
26. 6.	5537.8	293.7	565.3	2471.7	19.3	29 581.1	36 929.3	32 8	2039.4	15.0	5
2. 8.	5537.8	293.9	565.0	3035.6	18.9	30 269.8	30 339.2	16.6	2262.5	15.0	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 31. Juli 1864 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Kriegsvorschüsse an die Regierung (am 31. Juli 24: 23000 Mill. Frcs.) einschl. des ewigen Vorschusses und die Vorschüsse an Verbündete (am 31. Juli 4740 Mill. Frcs.). [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Digitized by Google

Amerikanisches Bundes-Reserve-Amt

Wochenausweise vom Januar bis Juni 1924. (in Millionen Dollar.)

Ausweistag	Gold [1]	Sonst. Barbestand	Wechsel	Staatswerte	Eingez. Kptl.	Regierungs Einlag.	Einlag. der Mitgld.-Banken	Giro-Guthab.	B. R. Noten-Umlauf [2]	B. R. B. Noten-Umlauf	[3] Bank-diskont %
2. 1.	3083.9	87.98	1145.0	126.6	110.5	56.7	1963.6	620.2	2245.2	0.5	4½
9. 1.	3130.5	106.96	926.1	100.4	110.5	19.3	1941.0	532.2	2147.1	0.5	4½
16. 1.	3157.1	113.3	826.9	116.6	110.3	39.4	1936.3	595.7	2084 3	0.4	4½
23. 1.	3151.7	119.9	816.7	120.9	110.0	61.2	1934.9	523.5	2049.8	0.4	4½
30. 1.	3142.7	120.2	794.1	120.8	110.0	40.9	1927.7	484.3	2022.5	0.4	4½
6. 2.	3139.3	119.6	770.6	124.7	110.0	38.3	1893.99	469 4	2017.4	0.4	4½
13. 2.	3128.3	117.2	824.4	127.3	110.4	36 96	1915 2	529.7	2039.2	0.4	4½
20. 2.	3125.5	111.9	749.6	141.7	110.9	39.5	1891.3	561.7	2023.8	0.4	4½
27. 2.	3122.7	106.99	794.9	155.8	110.9	38.4	1926.5	535.8	2022.3	0.4	4½
5. 3.	3116.8	106.1	748.0	182.1	110.8	59.5	1906.7	532.99	2019.8	0.4	4½
12. 3.	3130.1	105.8	726.0	212.4	110.8	54.2	1944.7	566.0	2010.6	0.4	4½
19. 3.	3131.8	101.4	625.5	296.7	110.8	8 9	1981.0	616.7	1989.8	0.4	4½
26. 3.	3122.9	100.1	684.8	257.3	110.8	75.2	1912.4	513.8	1982.7	0.4	4½
2. 4.	3091.8	99.6	743.4	264.9	110.9	109.8	1933.1	513.5	1987.3	0.4	4½
9. 4.	3103.4	97.97	727.2	268.9	110.8	98.8	1934.99	519.3	1981.6	0.4	4½
16. 4.	3104.9	100.4	646.3	266.7	110.9	49.7	1940.8	634.3	1966.3	0.4	4½
23. 4.	3113.9	100.9	613.3	274.3	110.9	44 6	1935.1	556.0	1940.8	0.4	4½
30. 4.	3120.4	102.2	571.7	301.7	110.9	32.5	1944.95	533 5	1926.0	0.3	4½
7. 5.	3129 6	102.5	527.6	310.9	111.2	18.4	1953.5	500.2	1927.0	0.3	4½
14. 5.	3138.5	102.8	486.5	323.2	111.4	30.4	1939.6	604.3	1911.9	0.3	4½
21. 5.	3138.2	101.8	470 3	324.6	111.4	19.1	1941.3	547.3	1886.4	0.3	4½
28. 5.	3117.8	96.5	516.4	333.3	111.5	40.4	1936.1	488.7	1891.1	0.3	4½
4. 6.	3125.1	99.8	457.1	397.9	111.5	31.9	1988.0	516.2	1884.0	—	4½
11. 6.	3154.5	105.1	420 3	422.9	111.4	35.2	2031.9	513.6	1870.5	—	4½
18. 6.	3157.6	114.5	408 7	425.9	111.5	9.6	2103.8	597.7	1851.8	—	3½
25. 6.	3155.6	115.8	395.2	429.8	111.4	52.11	2035.3	490.8	1843.9	—	3½

[1]) Einschliesslich des Goldes beim „agent". Die dagegen ausgegebenen Noten sind im angegebenen Umlauf mit enthalten. [2]) Vgl. Anm. 1. [3]) In New York für Handels-Wechsel mit 90 Tagen Laufzeit.

Polnische Landes-Darlehnskasse.

Dekadenausweise von Januar bis März 1924. (Md. poln. Mark).

Ausweis-Tag	Metall	Guth. bei ausländ. Banken	Wechsel	Lombard-Darleh.	Giro-guthab.	Noten-umlauf	Nicht metallged. Noten	Diskont %
24 10. 1.	76.1	63 207.4	26 480 5	24127 9	81987.1	135 851.4	135775.3	48
20. 1.	76.2	68 363.5	37 488.4	30373.8	99650.5	177 965.4	177889.2	48
31. 1.	87.3	91 533.1	43 916.8	54181.4	137887.8	313 669.8	313582.5	96*
10. 2.	87.5	114 623.6	42 705.9	65415 3	164475.3	387 386.9	387299.4	96*
20. 2.	87.1	115 698 2	45 911.4	68517.2	178504.1	396 599.2	396512 3	96*
29. 2.	86 6	172 625.1	67 216.9	83829 4	135249.1	578 913.4	578826.8	96*
10. 3.	86.9	185 007.4	83 699.4	84698.3	151062.0	540 832.4	540745.5	96**
20. 3.	88.8	191 401.1	109 498.2	82081.1	188722.9	522 030.1	521941.3	96**
31. 3.	90.0	220 658.2	10 335.8	81231.9	185900.6	595 244.2	595154.2	96**

*) wertbeständige Kredite 9%. **) desgl. 12%.

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochenausweise vom Januar bis März 1924. (Mill. schwed. Kronen)

Datum		Gold	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Schwed. u. ausländ. Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Täglich fällige Verbindlichkeit	Umlauf. Noten	Notenreserve	Bankdiskont. %
1924	5. 1.	271.8	37.9	118.0	475.4	304.5	528.1	140.6	5½
	12. 1.	271.8	30.1	117 9	427.8	281.5	496.2	172.3	5½
	19. 1.	271.7	35.3	116.4	406.9	275.1	483.9	189.9	5½
	26. 1.	271.7	33.9	98.6	384.1	252.8	468.2	200.2	5½
	31. 1.	271.7	38.0	90.7	396.9	232.1	509.3	185.6	5½
	2. 2.	271.7	36.6	90.7	400.4	218.6	517.7	150.6	5½
	9. 2.	271.7	37.2	86.7	379.1	213.6	494.5	173.8	5½
	16. 2.	271.6	25.1	96.8	380.8	210.8	493.4	174.8	5½
	23. 2.	271.6	29.9	87.0	396.6	207.9	474.1	194.0	5½
	29. 2.	271.5	27.2	85 4	391.0	197.6	522.7	137.0	5½
	1. 3.	271.5	26.0	90.4	402.3	190.3	537.0	143.9	5½
	8. 3.	271.4	27.9	84.5	391.7	190.9	508.7	159.1	5½
	15. 3.	271.4	26.7	81.2	401.8	188.1	514.8	152.9	5½
	22. 3.	271.3	18.0	92.2	383.5	194.9	494.8	172 8	5½
	29. 3.	271.3	23.1	91.5	392.0	180.9	528.8	149.2	5½
	31. 3.	271.2	21.6	91.2	423.1	201.3	557.2	138.7	5½

Bank von Norwegen.

Wochenausweise vom Januar bis März 1924. (Mill. norw. Kronen).

Datum		Goldbest. inkl. des im Ausl. befindl.	Guthaben im Auslande	Norweg. u. fremde Staatsobligationen	Wechsel und Vorschüsse	Depositen	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1924	7. 1.	147.3	16.5	9.2	460.6	109.8	379.3	55.8	6
	15. 1.	147.3	16.8	9.0	444.9	106.4	367.3	54.9	6
	22. 1.	147.3	15.1	8.8	441.7	106.1	361.7	60.6	7
	31. 1.	147.3	15.2	8 8	447.1	109.7	364 7	57.6	7
	7. 2.	147.3	14.8	8.8	447.8	114.5	359.3	62.9	7
	15. 2.	147.3	16 0	8.8	442.1	110.4	357.1	65.1	7
	22. 2.	147.3	16.1	8.8	414.3	110.4	359.4	62.8	7
	29. 2.	147.3	16.0	8.8	423.8	110.9	368.9	53.4	7
	7. 3.	147.3	18.3	9.0	421.3	112.3	365.9	56.4	7
	15. 3.	147.3	20.2	9.0	417.2	112.1	364.8	56.1	7
	23. 3.	147.3	23 4	9.0	416.6	112.7	366.4	55.8	7
	31. 3.	147.3	22.8	9.0	412.9	96.3	380.2	42.1	7

Nationalbank von Dänemark.

Monatsausweise von Januar bis März 1924. (Mill. dän. Kronen).

Ultimo	Wechsel u. Vorschüsse	Effekt.-Bestand	Ausländ. Guthaben	Tägl. fäll. Verbindlichkeit.	Metallbestand	Notenumlauf	Nicht metallgedeckte Noten	Bankdiskont
Januar	288.3	19.0	15.8	79.4	218.0	446.1	228.1	7
Februar	304.1	19.5	16.4	81.9	210.5	450.1	239.6	7
März	406.3	19.8	24.6	73.2	222 9	462.6	239.7	7

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Devisen-Reserven.

(Schluß.)

Wenn ein Land, das seine Währung durch Ansammlung eines größeren Deckungsfonds wertfest zu machen versucht, zu diesem Zwecke einen Teil seiner Auslandsguthaben in der Form von effektivem Gold an sich zieht — statt in der Form wechselmäßiger Goldversprechen (Devisen) —, so hat dieses Verfahren keineswegs eine ganz bestimmte, ein für alle Mal feststehende Wirkung. Vielmehr sind die Wirkungen je nach den Umständen verschieden. Im Inlande kommt, wie wir im vorigen Hefte gesehen haben, alles darauf an, ob das eingeführte Gold zu Münzen ausgeprägt bezw. durch einlösbare Noten vertreten in den Geldumlauf eindringt und mit ihm zu einer Einheit verschmilzt, oder ob es ohne Austauschbeziehung zum Landesgelde als feste Reserve an zentraler Stelle hinterliegt. Im ersten Falle korrigiert das Gold selbsttätig alle Veränderungen, die sein Eindringen an dem Verhältnis zwischen Geld und Ware und somit am Geldwert hervorruft; im zweiten Falle unterbleibt diese Korrektur, und jene Veränderungen wirken sich in genau derselben Weise aus, als ob nicht Gold, sondern Devisen angesammelt worden wären. Und im Ausland ist es nicht anders. Auch hier löst der Goldbezug des währungreformierenden Landes ganz verschiedene Wirkungen aus, je nach der Verwendung, die das Gold ohne jenen Bezug im Auslande gefunden haben würde.

An und für sich wirkt jede Nachfrage nach Gold auf dem Weltmarkt naturgemäß Vorrat-mindernd und Preis-steigernd auf dieses Metall ein. Vorrat-Minderung und Preis-Steigerung des Goldes laufen aber, so sollte man meinen, auf eine Wertverbesserung derjenigen Währungen hinaus, die entweder identisch mit dem Golde sind oder in unbeschränktem Austauschverhältnis mit ihm stehen. Die Kaufkraft des Goldgeldes wie des Gold-äquivalenten Geldes wächst ja im Maße der Preissteigerung, welche die Ware Gold am Weltmarkt erfährt. In den Ländern der Goldwährung kann diese Preissteigerung niemals als solche zum Ausdruck kommen, weil der Goldpreis hier ein feststehender ist; sie kann sich hier immer nur in der umgewandelten Form einer Verstärkung der Kaufkraft des Landesgeldes äußern. Steigt beispielsweise der Preis des Goldes in England, das z. Zt. keine Goldwährung hat, infolge zunehmender kontinentaler Nachfrage von 92 Shilling auf 93 Shilling je Unze (= 31,103 Gramm), so steigt der Goldpreis in New York trotzdem nicht über ca. 1,5 Dol-

Digitized by Google

lar je Gramm, weil aus einem Gramm Feingold, ungeachtet seines höheren Weltmarktpreises, nicht mehr als 1½ Golddollar geprägt und nicht mehr als 1½ Dollar in Landesgeld hergegeben werden; dagegen erhöht sich die Kaufkraft des Dollars in genau dem Maße, das der Preissteigerung des Goldes entspricht, so daß ein englisches Pfund Sterling in New York jetzt nicht mehr 4,494 Dollar kostet, sondern nur noch 4,446 Dollar, mithin rund ½ Cent weniger. Die verstärkte Nachfrage nach Gold seitens der Länder, die ihre Währung „vergolden" wollen, scheint also in allen Ländern, deren Geldwesen sich seine Goldäquivalenz erhalten hat, währungsverbessernd zu wirken.

Ist das aber wirklich der Fall? Wenn es so wäre, so würde das in krassem Widerspruch zu den Ergebnissen unserer Untersuchung im vorigen Hefte stehen. Denn wir haben dort gesehen, daß es in England und Amerika währungsverbessernd wirkt, wenn die ihre Notendeckung verstärkenden mitteleuropäischen Länder D e v i s e n an sich ziehen, d. h. auf einen unmittelbaren Goldbezug verzichten. Eine der beiden Feststellungen muß also notwendig falsch sein. Denn es ist unmöglich, daß der B e z u g von Gold genau dieselbe Wirkung haben sollte, wie der V e r z i c h t auf Gold. Bedeutet die Devisenansammlung Mitteleuropas der Tendenz nach eine Wertverbesserung der Dollar- und Sterling-Währung, so muß die Goldansammlung die entgegengesetzte Folge haben; sie kann ihrerseits den Weltwert des Dollar unmöglich ebenfalls verbessern. Haben wir aber nicht soeben gesehen, daß dies dennoch der Fall ist? Einer Goldpreissteigerung in London von 92 auf 93 korrespondiert eine entsprechende Wertsteigerung des Dollar, der ja ebenfalls Gold ist, sich von den Preisbewegungen des Metalls nicht emanzipiert und in allen Ländern, in denen der Goldpreis steigt, seine Kaufkraft entsprechend erhöht. Ist dem aber so, dann muß doch eine mitteleuropäische Währungspolitik, die den Effekt hat, eine Goldpreissteigerung zu verhindern, — weil sie auf Goldbezüge verzichtet und sich statt ihrer mit wechselmäßigen Zahlungsversprechen (Devisen) begnügt — den Geldwert zum mindesten in den Goldwährungsländern nicht verbessern, sondern ihn entweder unverändert lassen oder verschlechtern.

Bei genauem Zusehen zeigt es sich jedoch, daß der Widerspruch, der hier zu bestehen scheint, tatsächlich gar nicht vorhanden ist, sondern daß ein Sehfehler uns irregeleitet hat. Die durch die Goldnachfrage in London herbeigeführte vermeintliche Wertsteigerung des Dollar, die sich in einer Verbilligung des Pfund Sterling um ½ Cent zu äußern scheint, ist nämlich in Wirklichkeit gar keine Wertsteigerung, sondern nur eine Verschiebung des Wertverhältnisses zwischen dem Dollar und dem Pfund. Das Sinken des englischen Wechselkurses in New York von 4,494 auf 4,446 bedeutet nichts anderes, als der Dollar dem Pfund

Digitized by Google

gegenüber, also relativ, nicht etwa absolut, wertvoller geworden ist. Der Dollar hat seinen Wert dem Pfunde gegenüber verbessert, das Pfund hat den seinigen dem Dollar gegenüber verschlechtert. Allgemeiner gesagt: Die mitteleuropäische Goldnachfrage hat, indem sie den Goldpreis steigen ließ, die Kaufkraft der Goldwährungen erhöht, die der übrigen Währungen verringert. Daß es nicht anders sein kann, ergibt sich aus einer ganz einfachen Ueberlegung: Würde die Kaufkraft der Goldwährungsländer sich durch jenen Vorgang erhöht und die aller übrigen Länder sich nicht verringert haben, so würde sich als Resultat ergeben, daß einer unveränderten Gütermenge eine erheblich vergrößerte Weltkaufkraft gegenüberstände, zusammengesetzt aus der unverändert gebliebenen Kaufkraft der Silber-, Papier- etc. Währungsländer und der erheblich vergrößerten Kaufkraft der Goldwährungsländer; „erheblich" vergrößert deshalb, weil jede kleine Preissteigerung des Goldes sich in jedem einzelnen Goldwährungslande mit der Gesamtmenge des dort umlaufenden goldäquivalenten Geldes (in Amerika z. B. auch der Greenbacks, der Silber-Zertifikate, der Nationalbanken-Noten usw.) multipliziert. Vergrößerte Weltkaufkraft bei unveränderter Gütermenge bedeutet steigende Warenpreise. In den Goldwährungsländern kann sich diese Tendenz der Warenpreissteigerung nun aber nicht durchsetzen; da jede Geldeinheit eine der Goldpreissteigerung entsprechend vergrößerte Kaufkraft erlangt hat, kompensiert sich hier der höhere Warenwert mit dem höheren Geldwert. In den übrigen Ländern fehlt dagegen dieses kompensierende Element. Hier wird die Warenpreissteigerung effektiv: für Waren und Dienste muß im Durchschnitt ein höherer Geldbetrag in Landeswährung hingegeben werden als bisher. Das bedeutet aber, daß unsere Voraussetzung, der Geldwert in den vom Golde losgelösten Ländern sei unverändert geblieben, irrtümlich war. In Wirklichkeit hat sich der Geldwert hier verringert, weil die Geldeinheit nicht mehr so viel Ware zu kaufen vermag wie früher. Der Gesamtanteil der Papier-, Silber- etc. Währungsländer am Weltwarenbezug schrumpft also zusammen, während der Gesamtanteil der Goldwährungsländer sich entsprechend erhöht. Das Ergebnis ist mithin, daß ein starker Goldbezug Mitteleuropas eine Entwertung aller Währungen mit Ausnahme der echten Goldwährungen bedeutet; was nicht im Widerspruch zu der früheren Feststellung steht, ein Devisenbezug (= zeitweiliger Goldverzicht) habe eine Wertverbesserung derjenigen Währungen zur Folge, auf welche die bezogenen Devisen lauten, sondern diese Feststellung im Gegenteil bestätigt. Zunächst gilt diese Bestätigung freilich nur für die N i c h t - Goldwährungen, denen durch den Devisenbezug die Steigerung der Goldnotierung, der Gold-Devisenkurse und der Warenpreise erspart bleibt. Sie gilt aber auch für die Goldwährungen, deren r e l a t i v e Wertbesserung (auf Kosten der ande-

Digitized by Google

ren Währungen) der Devisenbezug allerdings verhindert, aber nur um sie durch eine absolute Wertbesserung zu ersetzen, weil der Bezug von Golddevisen einen Kredit bedeutet, den die beziehenden Länder den Goldwährungsländern einräumen, und der zur Folge hat, daß die letzteren Länder eine Warenversendung, die sonst erforderlich werden würde, unterlassen, daß die Ware sich mithin in diesen Ländern selbst zu billigerem Preise anbietet (Kaufkraft-Verstärkung des Geldes „von der Warenseite her"). Ob diese absolute Geldwertbesserung größer, geringer oder ebenso groß ist wie die, die ein Goldbezug ausgelöst hätte, würde eine schwierige Detail-Untersuchung erfordern, von der es überdies fraglich ist, ob sie zu einem allgemeingültigen Resultat führen würde. Denn es hängt hier sehr viel davon ab, welchen Weg das Gold nimmt, das die mitteleuropäischen Länder nicht bezogen haben, und das deshalb anderwärts Unterkunft sucht; ob es im konkreten Fall als Ware, als Münzmetall oder als Notendeckung Verwendung findet, zu welcher Geldvermehrung es im letzteren Falle führt, und in Ländern welchen Währungssystems diese Geldvermehrung vor sich geht. Findet sie in einem Goldwährungslande statt, so kann die daraus entspringende absolute Verschlechterung der Währung die absolute Besserung, die der Bezugsverzicht der mitteleuropäischen Länder für das betreffende Land etwa bedeutet, ganz oder zum Teil wieder aufheben.

Wir stehen also bisher vor folgenden Ergebnissen: Die Ansammlung einer Devisen-Reserve ist grundsätzlich nachteilig für das ansammelnde Land, dagegen vorteilhaft für die Länder, die sich ihm in den Devisen wechselmäßig verpflichtet haben. Hat das ansammelnde Land die Goldwährung, so haben die Nachteile die Tendenz, sich selbsttätig zu heilen; doch verliert das Land alsdann einen Teil seines Goldvorrats. Hat das Land eine vom Golde losgelöste Währung, so tritt die Heilung nicht selbsttätig ein, sondern es bedarf dann einer Politik der Experimente seitens des für die Währung verantwortlichen Instituts mit dauernder Beunruhigung der Wirtschaft und mit der Gefahr etwaiger Fehlgriffe. Das Interesse des Reserve-bildenden Landes spricht also gegen die Devisen- und für die Goldreserve. Die Ansammlung einer Goldreserve benachteiligt wiederum das Ausland, dieses als Ganzes genommen, wobei jedoch die Goldwährungsländer im Vorteil gegenüber den Ländern anderer Währung sind. Für die letzteren bedeutet die Goldansammlung dritter Länder eine entsprechende Schwächung der Kaufkraft ihres nationalen Geldes. Schreiten also, wie es jetzt in Mitteleuropa der Fall ist, mehrere Währung-reformierende Länder gleichzeitig zur Ansammlung einer Goldreserve, so daß jedes der aktiv dabei beteiligten Länder von der Politik der konkurrierenden Länder mitbetroffen und somit zugleich auch passiv beteiligt wird, so ist dasjenige Land im Vorteil, das die Währungsreform bis zur Einführung der Voll-Goldwährung fortführt,

Digitized by Google

während die Länder, die auf halbem Wege stehen bleiben, benachteiligt sind; die Kaufkraft ihres Geldes erfährt eine durch die eigene Goldreservebildung zwar gemilderte, aber nicht beseitigte Schwächung.

Um die Nachteile, die eine Devisen-Reserve gegenüber einer Goldreserve für das Reserve-bildende Land hat, besonders deutlich zu erkennen, erscheint es angebracht, sich einmal zu vergegenwärtigen, welche Folgen es für die Vereinigten Staaten gehabt hätte, wenn sie in den letzten Jahren die Ansammlung mehrer Milliarden effektiven Goldes unterlassen und statt dessen Devisen angehäuft, d. h. aus dem Saldo ihrer Zahlungsbilanz dem Auslande systematisch immer erneuerungsfähige Wechselkredite eingeräumt hätten; wenn sie also im großen das Verfahren eingeschlagen hätten, das jetzt in kleinerem Maßstabe von Mitteleuropa angewendet wird. Für das Ausland wäre eine solche Politik sicherlich von Vorteil gewesen, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kapitalhilfe, sondern auch unter dem der Währung. Der Weltgoldmarkt, an dem in diesem Falle die amerikanische Nachfrage gefehlt hätte, würde unter dem Drucke des Angebots außerordentlich schwach gelegen haben. Es ist zwar anzunehmen, daß das Goldangebot sich allmählich nicht unerheblich verringert haben würde, weil der sinkende Goldpreis die ungünstiger produzierenden Goldminen zur Einstellung ihrer Tätigkeit veranlaßt hätte. Immerhin würde der Markt mit mehr Gold beschickt worden sein, als er beim Ausscheiden des Großkäufers Amerika hätte verdauen können; während des Krieges ist das längere Zeit hindurch tatsächlich der Fall gewesen. Der Weltgoldwert wäre also empfindlich gesunken, und mit ihm die Kaufkraft der Goldwährungsländer, zum Vorteil der meisten anderen Länder, deren Währungen sich zwar nicht absolut verbessert hätten — weil der Vorgang ohne Einfluß auf die Menge ihrer eigenen Zahlungsmittel bleiben mußte*) —, um so mehr aber relativ, d. h. gegenüber dem sinkenden Wert der Goldwährungen. Freilich hätte der Weltgoldpreis seinerseits wiederum eine Stütze an dem ihm korrespondierenden Geldwert in den Goldwährungsländern haben müssen, der auch von quantitativen und zirkulatorischen Momenten bestimmt wird. Unter diesen Geldwert kann der Goldpreis der Regel nach nicht fallen. Das gilt aber nur so lange, wie die Goldwährungsländer das Gold unbeschränkt annehmen und zur vollen Parität bezahlen. Wehren sie die Goldeinfuhr dagegen ab, wie wir es hier voraus-

*) Es würde sich allerdings auch eine gewisse absolute Wertverbesserung der Nichtgoldwährungen (von der „Warenseite" her) eingestellt haben, weil der amerikanische Kredit eine vermehrte Warenzufuhr für die Nutznießer des Kredits bedeutet hätte, die zwar nicht von Amerika selbst ausging — das ja nur auf einen Goldbezug verzichtete —, wohl aber von denjenigen Ländern, die das Gold schließlich aufgenommen und mit Ware bezahlt hätten. Diese absolute Währungsverbesserung wäre aber gegenüber der erheblich größeren relativen kaum ins Gewicht gefallen.

Digitized by Google

setzen, so verliert der Goldpreis seine Stütze und sinkt. Und mit ihm sinkt der Geldwert in den Goldwährungsländern, solange sie Goldwährungsländer bleiben und nicht — wie s. Zt. Schweden — zu einer qualifizierten Papierwährung übergehen. Amerika hätte also durch Ansammlung eines Devisenfonds anstelle eines Goldfonds seine eigene Währung im Verhältnis zu den Nichtgoldwährungen verschlechtert. Es hätte sich dadurch in die üble Lage versetzt, jede Einfuhr teurer bezahlen und jede Ausfuhr billiger hergeben zu müssen, so daß die Aktivität seiner Zahlungsbilanz sich zum mindesten verringert hätte. Es würde bald keine erhebliche Goldzufuhr mehr abzuwehren bzw. durch Devisenzufuhr zu ersetzen gehabt haben, weil die Voraussetzung, nämlich das Forderungsplus im Auslande, zusammengeschmolzen wäre. Aber auch wenn wir annehmen, daß die durch die amerikanische Goldabstinenz hervorgerufene sinkende Tendenz des Weltgoldpreises ein Gegengewicht an der Aufnahmefähigkeit anderer Länder gefunden hätte, der Preisrückgang des Goldes also nur klein gewesen wäre, würde sich Amerika nichtsdestoweniger selbst geschädigt haben, und zwar zu Gunsten der Länder, denen es Devisen-Kredite gewährt hätte. Denn der Kredit hätte hier die Form von Produktivgütern angenommen — geliefert von den Gold-absorbierenden Ländern —, die in merkantiler Beziehung eine verschärfte Weltkonkurrenz für Amerika, in monetärer Beziehung eine Besserung des Verhältnisses von Ware zu Geld und somit eine Währungsbesserung in den Herkunftsländern der Devisen bedeutet hätten. Amerika hat also in seinem eigenen richtig verstandenen Interesse gehandelt, als es sich aus seinem Forderungs-Ueberschuß an das Ausland eine Goldreserve und keine Devisenreserve gebildet hat.

(Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Es handelt sich hier lediglich um die Feststellung, daß die Goldreserve gegenüber der Devisenreserve ein melius darstellt. Damit ist aber nicht gesagt, daß eine Goldreserve beliebig großen Umfangs unter allen Umständen ein optimum ist. Auch das Prinzip der Goldreserve kann überspannt werden, und es tritt in einer ordnungsmäßig funktionierenden Weltwirtschaft für jedes Goldwährungsland der Moment ein, wo es geraten ist, die weitere Reservebildung durch eine geeignete Handelspolitik — nicht Devisen-Politik — zu verhindern. Ob dieser Moment für Amerika schon vor längerer Zeit eingetreten ist, ob ferner die Verfassung der Weltwirtschaft es etwa gerechtfertigt hat, das Prinzip der Goldreservebildung weiter zu treiben, als es sonst ratsam gewesen wäre, und ob endlich heute der Zeitpunkt gekommen ist, wo das etwaige Reserveplus aufzulösen wäre, das alles sind Fragen, die hier nicht zur Behandlung stehen, zum Teil aber im Augustheft dieser Zeitschrift — S. 432 ff. — ausführlich erörtert worden sind.)

Rein funktionell kann eine Devisenreserve die meisten Zwecke, denen eine Goldreserve dient, ebenfalls erfüllen. Der

Digitized by Google

Geldumlauf im Lande läßt sich da, wo die Barzahlung aufgehoben ist, also keine echte Goldwährung besteht, mit Hilfe eines Devisenfonds ebenso gut regeln wie mit Hilfe eines Goldfonds. Auf Grund einfließender Devisen können Noten in derselben Weise und in gleichem Umfange ausgegeben werden wie auf Grund einfließenden Barrengoldes, und auch die entgegengesetzte Maßnahme, die Restriktion des Umlaufs, läßt sich bei beiden Deckungsarten in gleich zweckmäßiger Weise durchführen. Ob man umlaufendes Zettelgeld gegen Hergabe von Gold oder von Devisen erwirbt, macht keinen Unterschied aus. Die Identität der beiden Deckungsarten in funktioneller Beziehung endet aber, sobald im Lande die Barzahlung aufgenommen und damit die Voll-Goldwährung eingeführt wird. Sobald dies der Fall ist, hört die Regelung des Geldumlaufs auf, eine reine Verwaltungsmaßnahme zu sein. Die Wirtschaft wird dann — und das macht das Wesen einer gesunden Währung aus — zum Herrn über den Geldumlauf, den sie ihrem Bedarf anpaßt, indem sie bald Deckungswerte (Gold und Devisen) zum Umtausch in Noten, bald Noten zum Umtausch in Deckungswerte präsentiert. Die Wirtschaft erhält dann den Geldumlauf auf genau dem Stande, der die Wertbeständigkeit des Landesgeldes sichert, was sich Index-mäßig in der Weise äußert, daß die Wechselkurse der anderen Goldwährungsländer auf pari stehen, d. h. in dem der Goldäquivalenz der einzelnen Währungen entsprechenden Verhältnis bewertet werden. Weichen die Wechselkurse von dieser Parität ab, so ist das ein Zeichen, daß die Kaufkraft des Landesgeldes nicht mehr genau mit der Kaufkraft des in den Geldzeichen verkörperten Goldquantums übereinstimmt, und der Verkehr stellt die Uebereinstimmung wieder her, indem er durch Einreichung oder Rückforderung von Deckungswerten bei dem Zentralnoteninstitut die umlaufenden Geldzeichen vermehrt oder vermindert und so ihre Kaufkraft korrigiert. Dieser Korrektur parallel geht die Wiederherstellung der Wechselkurs-Parität, die dadurch erzielt wird, daß die einzureichenden Dekkungswerte aus dem Auslande eingeführt, bezw. die rückgeforderten Deckungswerte in das Ausland ausgeführt, also Auslandszahlungen empfangen oder geleistet werden. Für den Zweck dieser Auslandszahlungen ist es theoretisch gleichgültig, ob die Dekkungswerte sich überwiegend aus Gold oder Devisen zusammensetzen. Praktisch besteht aber zwischen diesen beiden Kategorien der wichtige Unterschied, daß das Gold auf dem schnellsten Wege hinüber- und herüberwandert und die Wechselkurs-Korrektur a tempo bewirkt, während die Devisen, an denen ein Zinsgenuß haftet, ihre Funktion weit weniger schnell verrichten, weil sie unter Umständen längere Zeit zu Anlagezwecken zurückgehalten werden. Der Verkehr reguliert also den Geldumlauf, der durch eine Goldreserve gedeckt ist, prompter und zuverlässiger als einen Devisen-gedeckten Geldumlauf. Das Gleiche gilt übrigens, wenn auch

Digitized by Google

mit Einschränkungen, in den Ländern der Pseudo-Goldwährung, bei der die Noteneinlösung suspendiert ist und nicht der Verkehr, sondern das Zentralinstitut über Ausgabe und Einziehung der Noten befindet. Hier kann das Zentralinstitut stets damit rechnen, daß zur Ausfuhr freigegebenes Gold tatsächlich ausfließt und den Wechselkurs korrigiert, aber nicht, daß auch die hergegebenen Devisen sofort den Weg ins Ausland nehmen und die Zahlungsbilanz bereinigen.

Ein weiterer, recht erheblicher Nachteil der Devisen-Reserve gegenüber der Goldreserve besteht in der Abhängigkeit der Devise von der Währungs- und Wirtschaftspolitik ihres Ursprungslandes. Jede hier mit Absicht oder durch Unvorsichtigkeit herbeigeführte Wertminderung der Umlaufsmittel nimmt den Devisen, die bei Fälligkeit in diesen Umlaufsmitteln zur Einlösung kommen, einen entsprechenden Teil ihres Werts und damit die wichtigste Eigenschaft jeder Notendeckung, die der Wertbeständigkeit. Um diesen Nachteil auf das denkbar kleinste Maß einzuschränken, pflegt man die Zentralnotenbanken — soweit ihnen eine Devisen-Deckung überhaupt gestattet ist — gesetzlich und statutarisch zu verpflichten, nur solche Devisen als Notendeckung zu verwenden, die auf eine anerkannt wertfeste Währung lauten. Vor dem Kriege sah man alle Goldwährungen als hinreichend wertfest und daher alle Golddevisen als reservefähig an. Aber eine absolute Garantie boten auch diese Währungen nicht. Man erinnere sich, daß ein auf deutsche Währung lautender Wechsel über 204 295 Mark, der nach deutschem und englischem Münzgesetz genau 10 000 Pfund Sterling wert sein sollte, auf dem Weltmarkt häufig genug nur mit etwa 9920 Pfund Sterling zu verwerten war, weil die Devisenkurse in Berlin — aus Gründen, die in den ersten Jahrgängen der „Bank" wiederholt erörtert worden sind, — den sog. oberen Goldpunkt streiften oder sogar über ihn hinausgingen, und der Kurs für „Scheck London" häufig um 20,60 herum notierte. Auch die Goldwährung bietet also keine unbedingte Gewähr für die Wertbeständigkeit einer Devise, und noch weniger bietet sie die Gewähr, daß das in ihr verpflichtete Land die Goldwährung in ihrer reinen Form bis zur Fälligkeit der Devise aufrecht erhält, also die Goldeinlösung nicht suspendiert, die Goldausfuhr nicht sperrt und dergl. mehr. Heute ist überdies die Auswahl unter den Goldwährungen so beschränkt, daß es kaum möglich ist, ein Devisenportefeuille lediglich aus Wechseln auf Goldwährungsländer zu bilden; ein solches Portefeuille dürfte zur Zeit streng genommen nur Dollar-Wechsel und allenfalls Wechsel auf schwedische Kronen enthalten. Die wichtigste Devise, die englische, wäre also ausgeschlossen. Tatsächlich befinden sich aber in den Devisenreserven aller Notenbanken große Mengen Pfundwechsel, weil die Devise London trotz ihrer Loslösung vom Golde noch immer den Weltmarkt beherrscht und das bevorzugte inter-

Digitized by Google

nationale Kompensationsmittel bildet. Die Notenbanken müssen dabei aber Wertveränderungen von mehreren Prozent in Kauf nehmen und wissen niemals, welchen faktischen Wert ihre Pfundwechsel am Tage der Fälligkeit (oder ihre Pfund-Guthaben am Tage der Verwertung) haben werden, und wie hoch sich der entsprechende Teil der Notenreserve exakt beläuft.

Allerdings bietet auch das Gold keine absolute Gewähr für dauernde Wertbeständigkeit, seine Kaufkraft schwankt, wie wir gesehen haben, mit dem wechselndem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt und ist von der Währungspolitik jedes einzelnen Landes abhängig, das sich am Goldmarkt betätigt. Aber die Wertschwankungen des Goldes sind nur klein, weit kleiner als die Wertschwankungen der besten entgoldeten Landeswährung, weil das Gold die breite Basis des Weltmarkts hat, die Landeswährung aber nur die schmale Basis ihres Geltungsbezirks. Große Wertveränderungen des Goldes vollziehen sich nur sehr langsam, im Laufe von Jahren und Jahrzehnten; während der Laufzeit eines Dreimonatswechsels ist man vor ihnen sicher. Vor allem aber: Die Wertveränderungen des Goldes sind das Selbstverständliche und Unvermeidliche.*) Obwohl gewissen Schwankungen ausgesetzt, ist der Goldwert dennoch der relativ beständigste aller Werte. Als solcher ist er nach dem Silber (und vor dem Platin? Die Russische Staatsbank beginnt eine Platin-Dekkung bereits anzusammeln!) der Anker geworden, an dem die Länder ihre Währungen immer wieder zu befestigen sich gezwungen sehen. Die Wertschwankungen der Devisen-Reserven sind nicht nur größer und höher, sondern sie sind vor allem zusätzliche Schwankungen, die zu den Veränderungen des Goldwerts noch hinzutreten und sich zu diesem verhalten wie die kurzen, hohen Wellen an der Oberfläche des Weltmeers zu dessen großen, kaum sichtbaren Gezeiten. Die Golddevisen machen nicht nur dieselben Oszillationen durch wie das Gold, sondern außer ihnen noch die besonderen Schwankungen, die im Charakter der einzelnen Währungen begründet sind. Die Devisen-Reserven sind sonach zwei Wertveränderungen ausgesetzt, einer schrofferen und einer milderen, die Goldreserven dagegen nur der letzteren. Dabei ist es unbeachtlich, daß der Wert einer Devise sich gelegentlich auch einmal über ihren gesetzlichen Goldwert erheben kann, wie es während einiger Kriegsjahre bei der schwedischen Devise der Fall war. Schwankungen oberhalb der Goldgrenze sind der Zweckbestimmung des Geldes und der seine Wertkonstanz sichernden Reserven genau so zuwider, wie solche unterhalb der Goldgrenze.

*) Gewisse neuere Geldtheorien glauben dieses Unvermeidliche dennoch vermeiden und ein absolut wertbeständiges Geld („Indexgeld") schaffen zu können. Mit diesen Theorien setze ich mich kurz in der „Umschau" dieses Heftes auseinander.

Digitized by Google

Nur in aller Kürze sei noch einer Hauptgefahr gedacht, die mit einem großen Devisenbesitz verbunden ist: der völligen Entwertung oder zeitweiligen Unverwertbarkeit der Devisen infolge eines gegen das besitzende Land gerichteten Zahlungsverbots des Schuldnerlandes. Deutschland hat bei Ausbruch des großen Krieges die Bedeutung eines solchen feindlichen Zahlungsverbotes kennen gelernt; es wußte damals den Vorteil zu schätzen, daß die nationale Währungsreserve sich zum weitaus größten Teil aus Gold und nur zu einem unbedeutenden Teil aus Devisen zusammensetzte. Aber nicht nur der Kriegsfall bringt die Devisenreserve in die Gefahr der Entwertung oder Immobilisierung. Der Erlaß eines Moratoriums oder die Diskriminierung bestimmter Devisen sind auch in anderen als Kriegszeiten zu fürchten. Und die Abhängigkeit von der Diskontpolitik fremder Notenbanken, die oft genug aus angeblich währungstechnischen Gründen eine bestimmte Wechselgattung als „Finanzwechsel" von der Diskontierung ausschließen, schwebt eigentlich ständig als Damoklesschwert über den Devisenreserven, deren Hauptbestandteil jene Wechsel bilden.

Die Devisenreserve macht die Landeswährung abhängig von der Politik des Auslands, die Goldreserve macht sie davon frei.

Alfred Lansburgh.

Ueberfremdung und Ueberfremdungsabwehr.

Nach der Beendigung des Krieges stand man in Deutschland unter dem Eindruck, daß sich das ausländische Kapital in weitestem Umfange der deutschen Produktionsmittel bemächtigen werde. Es ist damals aber nur in verhältnismäßig wenigen Fällen zu einer Ueberfremdung deutscher Aktienunternehmungen gekommen, wenn man von dem Schicksal der deutschen Werke in den Grenzgebieten absieht, für das weniger wirtschaftliche als politische Gründe ausschlaggebend waren. Dabei ist insbesondere an Oberschlesien und das Saargebiet zu denken. Daß das ausländische Kapital nicht in größerem Umfange auch in die übrige deutsche Wirtschaft eindrang, ist auf die unsicheren innerpolitischen Verhältnisse in dem revolutionierten Deutschland der Nachkriegszeit, insbesondere auf die damaligen Sozialisierungsprojekte, zurückzuführen. Zu jener Zeit, als praktisch eine Ueberfremdungsgefahr durch das Ausland nicht bestand, waren sich Banken und Industrie in der Abwehr etwaiger Versuche des Auslandes, in die deutsche Wirtschaft einzudringen, einig, und auch die Generalversammlungen und die Oeffentlichkeit gingen bereitwillig auf die von den Verwaltungen vorgeschlagenen Maßnahmen ein.

Digitized by Google

Als sich jedoch immer mehr zeigte, daß sich diese Maßnahmen nicht nur gegen die Gefahr einer „echten" Ueberfremdung, nämlich einer Ueberfremdung durch das Ausland, sondern ebenso gegen eine unerwünschte Einflußnahme inländischer Außenseiter richteten, stießen sie bald auf heftigen Widerstand sowohl in den Generalversammlungen als auch in der Presse. In der letzten Generalversammlung der Ilse Bergbau Akt.-Ges. ist es, ebenso wie in den Generalversammlungen anderer Gesellschaften, zwischen der Verwaltungsgruppe und der Opposition zu lebhaften Auseinandersetzungen um die sogenannten „Schutzaktien" gekommen, die von allen Abwehrmaßregeln am stärksten angefeindet werden. Es handelt sich hier um ein Problem, das über dem Einzelfall hinaus für die ganze weitere Entwicklung der in Form von Aktiengesellschaften betriebenen Wirtschaftsunternehmungen von Bedeutung ist und eine eingehendere Darstellung angebracht erscheinen läßt.

Legt man die in den Generalversammlungen von Verwaltungsseite erfolgten Erklärungen und gelegentliche Aeußerungen in der Presse zugrunde, so ist „Ueberfremdung" als eine durch Aktienaufkäufe ermöglichte, gegen den Willen der bisherigen Verwaltung erfolgende und zumeist gegen die Interessen der betroffenen Gesellschaft gerichtete Einflußnahme von Inländern oder Ausländern auf ein in Aktienform betriebenes Wirtschaftsunternehmen zu definieren. Eine solche Einflußnahme kann zu verschiedenen Zwecken erfolgen. Im wesentlichen lassen sich fünf Fälle unterscheiden:

1. Ueberfremdung durch Börsenspekulanten,
2. Ueberfremdung durch Banken,
3. Ueberfremdung durch Händlerfirmen,
4. Ueberfremdung durch Konkurrenzunternehmungen oder Industriekonzerne,
5. Ueberfremdung durch Verbände oder Syndikate.

Das Problem der Ueberfremdung in diesem Sinne ist nicht neu. Schon viele Jahre vor dem Kriege sind einzelne Wirtschaftsunternehmungen, mitunter auch ganze Wirtschaftszweige, durch Aktienaufkäufe unter fremden (einheimischen oder ausländischen) Einfluß gebracht worden.*) Erschwert wurde das Eindringen damals dadurch, daß es keine Aktiengesellschaften gab, deren Aktien weit unter ihrem wirklichen Wert erworben werden konnten, weil der Aktienmarkt im allgemeinen richtig funktionierte und der Kurs den jeweiligen inneren Wert der Aktien ziemlich genau zum Ausdruck brachte. Andererseits war die Schaffung von Schutzaktien gegen Ueberfremdung vor dem Kriege sehr selten, was das überraschende Eindringen fremden Einflusses in eine Aktiengesellschaft erleichterte.

*) Vergl. E. Haase, Das Eindringen ausländischen Kapitals in das deutsche Wirtschaftsleben, „Die Bank", Jahrg. 1920, Heft 2.

Digitized by Google

Der Ueberfremdung durch Börsenspekulanten zum Zwecke von Aktienmanipulationen sind naturgemäß in erster Reihe kleinere Gesellschaften ausgesetzt, weil bei ihnen am wenigsten Kapital investiert zu werden braucht. Doch hat sich die Spekulation auch schon an die größten Unternehmungen herangewagt. Nach Erwerb des Mehrheitspaketes oder der qualifizierten Minderheit veräußerte man die Aktien zu dem heraufgetriebenen Börsenkurs weiter, oder mißbrauchte den durch den Aktienaufkauf erworbenen Einfluß zur Verwässerung des Aktienkapitals. Es braucht in dieser Hinsicht nur an das Schicksal des Bochumer Vereins erinnert zu werden, dessen Aktienmehrheit an der Börse aufgekauft und von dem Aufkäufer mit großem Gewinn an die Rhein-Elbe-Union weiter veräußert wurde. Bei der Mansfeld Akt.-Ges. führte die Ueberfremdung zu einer starken Kapitalverwässerung. Eine andere Methode der Ausbeutung eines zu spekulativen Zwecken überfremdeten Unternehmens besteht in der Mobilisierung der stillen Reserven. So setzte bei der Akt.-Ges. für Verkehrswesen der Aufkäufer des maßgebenden Aktienkapitals die Ausschüttung des dieser Gesellschaft gehörenden wertvollen Besitzes an Diamond-Shares an die Aktionäre durch.

Eine Ueberfremdung (mittels Aktienkaufs) durch Banken ist in Deutschland immer seltener geworden, da die deutschen Banken, je mehr sie den Crédit mobilier-Charakter abgestreift und sich dem englischen Typus der Depositenbanken genähert haben (eine Entwicklung, die durch den Krieg einstweilen unterbrochen ist), das Bestreben zeigen, Dividendenpapiere nicht zu längerem Besitz zu erwerben. Freilich braucht die Einflußnahme einer Bank auf eine Aktiengesellschaft, nicht immer oder nicht ausschließlich durch Aktienkäufe zu erfolgen; die Banken üben bekanntlich in sehr vielen Fällen das Stimmrecht für Aktien aus, die ihnen nicht gehören, sondern die sie nur in Depot haben, wobei es sich zumeist um eine hohe Stimmenzahl handelt. Das Eindringen in eine Aktiengesellschaft auf diese Art ermöglicht der Bank, den einträglichen Geschäftsverkehr mit dem betreffenden Unternehmen, insbesondere die Durchführung der Kapitalserhöhungen, an sich zu reißen, oder sich wenigstens Aufsichtsrats-Mandate zu sichern. Vor dem Kriege ist auf diese Weise zum Beispiel die Verbindung der Dresdner Bank mit der Laurahütte zustandegekommen. Die Bank verschaffte sich zur Generalversammlung die Aktienmehrheit und erzwang die Zuwahl ihrer Vertreter in den Aufsichtsrat sowie ihren Eintritt in das Bankenkonsortium dieses oberschlesischen Werkes. Dann wurden die aufgekauften Aktien der Laurahütte wieder veräußert. In der Inflationszeit sind hauptsächlich neuere Bankfirmen, die sich Industriebeziehungen erst schaffen mußten, so vorgegangen.

Digitized by Google

Die Ueberfremdung durch Händlerfirmen übt namentlich auf die Entwicklung von Rohstoff und Halbzeug produzierendem Unternehmungen eine weitgehende Wirkung aus und ist daher für die gesamte weiterverarbeitende Industrie von großer Bedeutung. Der durch Aktienaufkäufe erlangte Einfluß wird von den Händlerfirmen meist zum Abschluß von Lieferungsverträgen ausgenutzt, bei denen zum Schaden des Werkes (und damit der Minderheitsaktionäre) die Preise so festgesetzt werden können, daß der Nutzen überwiegend der Händlerfirma zufällt. Zuweilen führt die Ueberfremdung durch eine Händlerfirma auch zu einer „Aushöhlung" des Werkes, indem wertvolle Teile des Unternehmens abgetrennt werden, ohne daß ihm ein entsprechender Gegenwert zufließt. Schon vor dem Kriege haben Händlerfirmen (hauptsächlich ausländische) durch Aktienaufkäufe beherrschenden Einfluß auf große Teile der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie gewonnen. Die böhmische Kohlenhandelsfirma Petschek in Außig war an der Eintracht Braunkohlen- und Brikettfabrik und den Niederlausitzer Kohlenwerken maßgebend beteiligt; die Prager Firma gleichen Namens, die vor dem Kriege bereits bei den Anhaltischen Kohlenwerken dominierte, gewann später durch Aktienaufkäufe auch auf die Werschen-Weißenfelser Braunkohlenwerke Einfluß. Bei den Aufkäufen von Braunkohlenaktien suchten diese Firmen nicht eine Kapitalanlage, sondern ihr Hauptinteresse lag bei den Nebengewinnen aus dem Kohlenvertrieb. Die westdeutsche Eisenindustrie ist besonders während des Krieges und der Inflationszeit in weitgehendem Maße unter die Herrschaft inländischer und ausländischer Händlerfirmen geraten, die mit ihr Lieferungsverträge abschlossen. Es handelt sich dabei zum Teil um Industrieunternehmungen von sehr großer Bedeutung, wie z. B. Phoenix, Rheinische Stahlwerke und Zypen-Wissen.

Am häufigsten ist die Ueberfremdung durch Konkurrenzunternehmungen und Industriekonzerne; die Selbständigkeit der betreffenden Werke wird dann ein Opfer der horizontalen oder der vertikalen Konzentration. Die Ueberfremdung durch ein inländisches Konkurrenzunternehmen hat vielfach den Abschluß einer Interessengemeinschaft oder eine Verschmelzung zum Ziel, wobei aber oft ein billiger Ausgleich der Interessen der beiden Kontrahenten erreicht wird. In der deutschen Wirtschaft gibt es sowohl aus der Vorkriegszeit als auch aus der Zeit nach dem Kriege zahlreiche Beispiele einer solchen Ueberfremdung, die sich in ihren Folgen von einem freiwilligen Zusammengehen zweier Werke nicht zu unterscheiden braucht; Beispiel: die vor einigen Monaten bekannt gewordene Ueberfremdung der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Akt.-Ges. durch die Méguin Akt.-Ges. Volkswirtschaftlich sehr bedenklich ist in der Regel die Ueberfremdung durch ein aus-

Digitized by Google

ländisches Konkurrenzunternehmen. Dieses kann das seinem Einfluß unterworfene deutsche Werk zur Bekanntgabe bisher geheim gehaltener Arbeitsmethoden und Betriebsverfahren sowie zur Ueberlassung von Patenten und Lizenzen nötigen. Ferner besteht die Gefahr, daß die in Deutschland belegenen Werke zur Ausschaltung der Konkurrenz stillgelegt und ihre Anlagen veräußert werden. Selbst ein hoher Preis des ausschlaggebenden Aktienpaketes macht sich für den Eindringling bezahlt, wenn er durch den Erwerb eine Monopolstellung in einem bestimmten Wirtschaftszweig erlangen kann. Die Ueberfremdung durch einen vertikal aufgebauten Industriekonzern verfolgt den Zweck, dem Konzern die Lieferung oder den Absatz von Rohstoffen und Halbzeug zu sichern. Ist das überfremdete Unternehmen Rohstoff- oder Halbzeugproduzent, so kann es durch den eingedrungenen Konzern zum Abschluß eines Lieferungsvertrages gezwungen werden, der ihm keinen oder nur geringen Nutzen läßt, wie dies bei den Schlesischen Kohlen- und Kokswerken durch die Prager Eisen-Industriegesellschaft geschah. Gehört das überfremdete Unternehmen dagegen zur weiterverarbeitenden oder Verfeinerungsindustrie, so wird das Interesse des zur Herrschaft gelangten Konzerns darauf gerichtet sein, sich durch vertragliche Bindungen zu vorteilhaften Preisen einen Abnehmer für seine Rohstoffe und Halbfabrikate zu schaffen. Oft haben große Gruppen ihr Machtbereich nach beiden Seiten gleichzeitig erweitert, indem sie sich auf der einen Seite Kohlen- und Erzbergwerke, auf der anderen Seite Werften, Maschinenfabriken, Wagenbauanstalten usw. angliederten.

Die Ueberfremdung von Industrieunternehmungen durch Verbände und Syndikate erfolgt zu industriepolitischen Zwecken und gibt der Entwicklung auf manchen Wirtschaftsgebieten oft eine völlig neue Richtung. Hat sich die Mehrzahl der an einem Industriezweig beteiligten Unternehmer zu gemeinsamen Maßnahmen hinsichtlich der Produktion und des Absatzes zusammengefunden, so geht ihr Bestreben dahin, die übrigen, noch abseits stehenden Betriebe möglichst lückenlos zum Anschluß zu bewegen. Wenn das Zustandekommen oder der Fortbestand eines Verbandes für die Beteiligten infolge der herrschenden Konjunktur zur Lebensfrage wird, und der Widerstand von einem als Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen ausgeht, so liegt der Gedanke an eine Ueberfremdung des widerstrebenden Werkes nahe. Verbände und Syndikate haben denn auch wiederholt zu dem Mittel gegriffen, auf ein außenstehendes Werk durch Aktienaufkäufe Einfluß zu gewinnen. Dieses Verfahren gelangte besonders in der Schwerindustrie zur Anwendung, wie in dem klassischen Fall des Phoenix. An die Stelle des Halbzeugverbandes wollte man damals als umfassende Organisation aller Zweige der Stahlproduktion den Stahlwerksverband setzen, dem sich aber der Phoe-

Digitized by Google

nix beizutreten weigerte, weil er durch den Beitritt nichts gewinnen, sondern nur verlieren konnte. Das Werk begann nämlich um diese Zeit gerade seine Halbzeugproduktion der außerordentlich ausgedehnten Fabrikation von Fertigprodukten anzupassen, wodurch es, das bis dahin der größte Halbzeugkäufer gewesen war, schließlich seinen Halbzeugbedarf selbst hätte decken können. Dazu kam noch, daß der Phoenix eine starke Stellung auf den ausländischen Absatzmärkten einnahm, die bei einer Ausfuhrregulierung durch den Stahlwerksverband gefährdet wurde. Die übrigen Werke konnten aber den Phoenix nicht außerhalb des Verbandes lassen, zumal sie ihn dann auch mit der Zeit als Halbzeugabnehmer verloren hätten. Deshalb wurde durch Vermittlung der dem Halbzeugverband nahestehenden Banken die Aktienmehrheit des Phoenix an der Börse aufgekauft. In einer dann einberufenen Generalversammlung beschlossen die Vertreter der Aktienmehrheit gegen den Willen der Direktoren den Beitritt zum Stahlwerksverband. So geschehen, wurden die von den Banken aufgekauften Phoenix-Aktien wieder verkauft. Es ist dies der typische Fall der gegen die Interessen einer Gesellschaft gerichteten, durch Aktienaufkäufe ermöglichten Einflußnahme.

Schließlich kann eine Ueberfremdung noch zu Zwecken erfolgen, die sich in keine der oben geschilderten fünf Hauptgruppen einreihen lassen. So greift zuweilen der Staat, wenn er aus irgend einem Grunde zur Ueberführung eines privaten Wirtschaftsunternehmens in den Staatsbesitz nicht die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzen will oder kann, ebenfalls zu Aktienaufkäufen, wie dies z. B. bei der Bergwerksgesellschaft H i b e r n i a auf dem Wege über die Dresdner Bank erfolglos versucht worden ist. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um Fälle, die als typisch gelten können, sondern um Ausnahmefälle. Ebenso ist das Eindringen in Aktienunternehmungen durch seriöse, einer Spekulation abgeneigte Besitzer großer Vermögen, die im Kriege oder in der Inflationszeit entstanden sind und noch keine dauernde Anlage gefunden haben, nicht als Ueberfremdung in unserem Sinne anzusehen, zumal es zwar durch Aktienaufkäufe, aber meist im Einverständnis mit den Verwaltungen und auch nicht gegen die Interessen der Gesellschaften geschieht.

In welchem Umfange bei den verschiedenen Unternehmungen Aktien erworben werden müssen, um einen Einfluß ausüben zu können, richtet sich nach den besonderen Verhältnissen bei der einzelnen Gesellschaft. Ist der Aktienbesitz sehr zerstreut, so genügt mitunter schon der Aufkauf von etwas mehr als 10 Prozent des Aktienkapitals, um in der Generalversammlung Beschlüsse durchzusetzen oder zu verhindern. Dem Unternehmen schädliche Forderungen werden sich aber bei einem Aktienbesitz von wenig mehr als 10 Prozent des Gesamtkapitals gegen den Willen der Verwaltung niemals durchsetzen lassen. Dazu bedarf es schon des Er-

Digitized by Google

werbes von mehr als einem Viertel des Gesamtkapitals, denn wichtige Beschlüsse, namentlich auf Kapitalserhöhung und Aenderung der Satzungen gerichtete, können bei vielen Gesellschaften nur mit Dreiviertelmehrheit gefaßt werden. Ein absolut beherrschender Einfluß läßt sich aber bei den meisten Unternehmungen nur durch Erwerb der Aktienmehrheit erlangen.

Ebenso wie für die Ueberfremdung haben sich in den verschiedenen Stadien der Entwicklung für die Abwehr bestimmte Formen ausgebildet. Vor dem Kriege geschah es oft, daß die Mitglieder der Verwaltung und die Großaktionäre ein Konsortium bildeten, das den Aktienbesitz der Mitglieder verwaltete und in den Generalversammlungen nach einer vorher getroffenen Vereinbarung einheitlich abstimmte. Bei großen Aktienunternehmungen von einer über die nationalen Grenzen hinausreichenden wirtschaftlichen Bedeutung erfolgte mitunter eine weitere Schutzmaßnahme. Das Stammaktienkapital wurde um einen Betrag erhöht, der zur dauernden Beherrschung des Unternehmens ausreichte, wobei die neuen Aktien aber nur mit 25 Prozent des Nennwerts eingezahlt wurden. Die Verwaltungsgruppe übernahm diese Aktien, die alle Rechte der voll eingezahlten alten Stammaktien genossen, und behielt sie zur Abwehr gegen einen Ueberfremdungsversuch im Portefeuille. Wenn bei der Gesellschaft später zum Zweck der Geldbeschaffung eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen werden mußte, so wurden die Schutzstammaktien voll eingezahlt und weiter begeben. Die Verwaltungsgruppe aber erhielt an Stelle dieser Aktien einen entsprechend höheren Betrag neuer Aktien, die wiederum nur mit 25 Prozent des Nennwerts eingezahlt wurden. Dieses Verfahren gelangte z. B. bei der von der Deutschen Bank beherrschten Deutschen Petroleum Akt.-Ges. zur Anwendung, die angesichts der bekannten Verhältnisse in der internationalen Petroleumindustrie gegen eine Ueberfremdung geschützt werden mußte. Immerhin blieb ein solches Vorgehen vor dem Kriege vereinzelt, weil auch bei einer Einzahlung von nur 25 Prozent durch die Uebernahme von Schutzstammaktien große Mittel dauernd gebunden wurden.

Der oben erwähnte Fall des Ueberfremdungsversuches bei der Hibernia durch den preußischen Staat gab Veranlassung zur Ausbildung einer anderen Methode zum Schutze gegen das unerwünschte Eindringen einer fremden Macht in eine Aktiengesellschaft. Der preußische Staat hatte bereits durch die Dresdner Bank einen erheblichen Teil des Aktienkapitals der Hibernia an der Börse aufkaufen lassen, als die Verwaltung aufmerksam wurde und mit Hilfe der ihr nahestehenden Banken Gegenkäufe vornahm. In der Generalversammlung, die über den Antrag auf Uebergang des großen Unternehmens an den Staat Beschluß zu fassen hatte, wurde die Annahme der staatlichen Offerte abgelehnt. Bei dem großen Aktienbesitz, den sich der Staat bereits gesichert

Digitized by Google

hatte, bestand aber die Gefahr, daß er durch weitere Käufe genügend Aktien erlangen würde, um in einer späteren Generalversammlung den Uebergang des Unternehmens an den Staat doch noch durchsetzen zu können. Um dies zu verhindern, übereignete die Verwaltungsgruppe die von ihr zusammengebrachten Hibernia-Aktien einer zu diesem Zweck besonders gebildeten Holding-Gesellschaft, der Herne-Vereinigung G. m. b. H. Die zur Uebernahme der Hibernia-Aktien notwendigen Mittel verschaffte sich die Holding-Gesellschaft, deren Eigenkapital nur klein war, größtenteils durch Ausgabe von Obligationen. Dadurch gelang es der dem Staat opponierenden Gruppe, die Mehrheit der Hibernia-Aktien dauernd zu binden, ohne selbst ein größeres Kapital festlegen zu müssen. Man hat diese Methode der Beschaffung des zu Abwehrmaßnahmen gegen Ueberfremdungsgefahr benötigten Kapitals durch eine besonders geschaffene juristische Person, die für ein gewisses Stadium der effektenkapitalistischen Wirtschaft typisch ist, später noch mehrfach angewandt.

Nachdem es mit der fortschreitenden Inflation immer leichter geworden war, durch Aktienaufkäufe auf ein Wirtschaftsunternehmen Einfluß zu gewinnen, hielten die Verwaltungen der sich bedroht fühlenden Gesellschaften weitere Abwehrmaßnahmen für notwendig und schritten zur Ausgabe von Vorzugsaktien. Während früher Vorzugsaktien nur zu Kapitalbeschaffungszwecken und in gewissen Fällen bei der Durchführung von Sanierungen ausgegeben wurden, ging man jetzt dazu über, Vorzugsaktien als Schutzaktien gegen Ueberfremdung zu verwenden. Begünstigt wurde dies durch die Geldentwertung, die es gestattete, Vorzugsaktien selbst in einer dem gesamten Nennwert der Stammaktien entsprechenden Höhe mit verhältnismäßig geringem (Gold-) Kapitalaufwand zu übernehmen. Den Anfang machten Ende 1919 die chemische Großindustrie und die Großschiffahrt. Die von dem Anilin-Konzern ausgegebenen Vorzugsaktien wurden von den Mitgliedern der Interessengemeinschaft untereinander ausgetauscht. Die Hamburg-Amerika-Linie überließ ihre Vorzugsaktien der eng mit ihr verbundenen Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Als die Ausgabe von Vorzugsaktien zu Schutzzwecken immer häufiger wurde, entstand das Bedürfnis nach einer für die Uebernahme dieser Aktien geeigneten Stelle. Hierzu wählte man die Bank für Industriewerte. Dieses Institut war Anfang 1919 von den in der Stempelvereinigung zusammengeschlossenen Berliner Banken und Großbankiers errichtet worden, um das durch den Kriegsausgang und die Revolution stark ins Wanken geratene Kursgebäude zu stützen. Nachdem es seinen Zweck erfüllt und sämtliche aufgenommenen Wertpapiere wieder abgestoßen hatte, wurde der „Aktienmantel" auf Vorschlag der Berliner Handels-Gesellschaft von dieser gemeinsam mit der Deut-

Digitized by Google

schen Bank, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft erworben und die Bank in eine Holding-Gesellschaft für Vorzugsaktien der den genannten Berliner Großbanken nahestehenden Industrieunternehmungen umgewandelt. (Bemerkenswert ist, daß die übrigen Mitglieder der Stempelvereinigung nicht beteiligt sind.) Das zur Uebernahme der Vorzugsaktien erforderliche Kapital beschaffte sich die Bank für Industriewerte nach dem Vorbild der Herne-Vereinigung überwiegend durch Teilschuldverschreibungen, die auf den Namen einer der beteiligten Banken lauten. Bei den von der Bank für Industriewerte übernommenen Schutzaktien handelt es sich ausschließlich um Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht, das von den Vertretern der Bank im Einvernehmen mit den Verwaltungen und den bei der Schaffung der Vorzugsaktien beteiligten Banken ausgeübt wird.

Die mittleren und kleineren Gesellschaften, die sich nicht der Bank für Industriewerte bedienen wollten, gingen bald einen Schritt weiter, indem sie Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht schufen, bei denen eine noch geringere Kapitalsfestlegung erforderlich ist. Da die Zahl der Stimmen, die den Vorzugsaktien eingeräumt werden können, gesetzlich nicht begrenzt ist, stattete man diese bald nicht nur mit doppeltem, fünffachem oder zehnfachem Stimmrecht aus, sondern ging in einzelnen Fällen sogar bis zum fünfzigfachen Stimmrecht, so daß die Vorzugsaktien bei manchen Gesellschaften jetzt ein höheres Stimmrecht besitzen als alle Stammaktien zusammen. Die Verwaltungen einiger Gesellschaften ließen schließlich das Stimmrecht der Vorzugsaktien überhaupt nicht begrenzen, sondern von der Generalversammlung einen Beschluß fassen, daß die Stimmenzahl der Vorzugsaktien stets in einem bestimmten Verhältnis zur Stimmenzahl des jeweiligen Stammaktienkapitals stehen müsse (gleitendes Stimmrecht).

Allein auch diese Maßnahmen erschienen bald unzureichend, da mit Hilfe von Vorzugsaktien zwar der Verwaltung unerwünschte Generalversammlungsbeschlüsse verhindert, aber nicht Anträge durchgesetzt werden können, wenn die Mehrheit oder die qualifizierte Minderheit der Stammaktien geschlossen in fremde Hände gelangt ist. Dies ist eine Folge der gesetzlichen Vorschrift, daß in bestimmten wichtigen Fällen, vor allem, wenn ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals auf der Tagesordnung steht, eine getrennte Abstimmung der verschiedenen Aktiengattungen stattfinden muß. Infolge der Aufrechterhaltung der Fiktion Goldmark = Papiermark noch zu einer Zeit, als die Papiermark auf weniger als ein Zehntausendstel der Goldmark entwertet war, genügten bei einer Erhöhung des Stammaktienkapitals einer Gesellschaft auch um nominell hunderte von Millionen (Papier-) Mark meist wenige hundert Goldmark zur Uebernahme der neuen Aktien zum Nennwert. Diese Situation wurde bei vielen Unternehmungen dazu ausgenutzt, der Verwaltungsgruppe auf dem Wege der Kapitals-

Digitized by Google

erhöhung auch die Kontrolle über die Mehrheit der Stammaktien zu verschaffen. Bei vielen Gesellschaften bestehen nunmehr Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht, Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht und Schutzstammaktien nebeneinander, womit der Schutzring gegen Ueberfremdung um diese Gesellschaften lückenlos geschlossen ist.

Gesellschaften, die sich besonders der Gefahr einer Ueberfremdung durch ausländisches Kapital ausgesetzt glaubten, wie namentlich die großen Schiffahrts-Unternehmungen, suchten sich zuweilen durch Aufnahme einer Bestimmung in die Satzung zu schützen, wonach zu Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats nur deutsche Reichsangehörige bestellt werden können, die ihren dauernden Wohnsitz in Deutschland haben. Einen wirksamen Schutz vermag eine derartige Bestimmung aber nicht zu bieten, da das ausländische Kapital, wie das schweizerische Beispiel beweist, sich auch durch Inländer (meistens Rechtsanwälte) in den überfremdeten Unternehmungen vertreten lassen kann. Auch das gesetzliche Verbot des Verkaufs deutscher Schiffahrtsaktien an das Ausland, das jetzt wieder aufgehoben werden soll, konnte leicht umgangen werden.

Wie fast allen menschlichen Institutionen haftet auch der Einrichtung der Schutzaktien der Mangel an, daß mit ihnen Mißbrauch getrieben werden kann. Ihre Beibehaltung oder Abschaffung ist daher heftig umstritten. Der Haupteinwand, der von Anfang an gegen die Schutzaktien, die sämtlich die Beherrschung eines als Aktiengesellschaft betriebenen Wirtschaftsunternehmens mit geringem eigenen Kapitalaufwand ermöglichen, erhoben worden ist, richtet sich gegen die Verletzung des Prinzips, daß den Trägern des finanziellen Risikos auch ein ihrer Beteiligung entsprechender Einfluß auf das Unternehmen zustehen muß. Gegen die Schutzaktien wird weiter angeführt, daß sie zur Verewigung der Herrschaft der gerade an der Spitze des Unternehmens stehenden Kreise führt. Diesem Einwand kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, doch ist zu berücksichtigen, daß der Kreis der Männer, die an der Spitze der Wirtschaft stehen, stets sehr eng war und sich auch früher vorwiegend aus seiner nächsten Umgebung selbst zu ergänzen pflegte. Andere Erwägungen gehen davon aus, ob die zur Abwehr gegen die Gefahr einer Ueberfremdung getroffenen Maßnahmen im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. In öffentlichen Körperschaften und in der Presse wird in zunehmendem Maße auf die Notwendigkeit der Befruchtung der deutschen Wirtschaft durch den ausländischen Kapitalstrom hingewiesen, wobei das Vorhandensein von Schutzaktien ein unüberwindliches Hindernis sei. Das Ausland werde sich, so argumentiert man, nicht an Unternehmungen beteiligen, auf die es, obwohl Träger des Risikos, keinen ausreichenden Einfluß ausüben könne. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, daß es volkswirtschaft-

Digitized by Google

lich auch in der jetzigen Situation Deutschlands durchaus nicht erwünscht ist, wenn ausländisches Kapital sich wahllos über alle möglichen Unternehmungen ergießt und die Herrschaft über sie an sich reißt. Bei jedem Zusammenwirken mit dem Auslande muß die deutsche Wirtschaft nach Möglichkeit dagegen gesichert sein, daß die deutschen Produktionsmittel unter fremder Herrschaft geraten. Vielleicht läßt sich die fremde Kapitalzufuhr auf einen Weg lenken, der nicht die Uebertragung großer Aktienpakete an das Ausland erfordert. Die Ausgabe von Obligationen ist freilich durch das gegen diese Wertpapiere gerichtete Mißtrauen nach dem Schicksal, das ihnen durch die Geldentwertung bereitet wurde, für längere Zeit unterbunden. Daß übrigens das Bestehen von Vorzugsaktien bei einem Unternehmen die Beteiligung des Auslandes an den Stammaktien nicht zu hindern braucht, zeigt das Beispiel der amerikanischen Wertpapiere, die vor Jahrzehnten in großen Mengen nach Europa geströmt sind, obwohl sie hinsichtlich des Stimmrechts benachteiligt waren. Das Kapital sucht letzten Endes doch nur eine gute Verzinsung und eine Gewinnchance.

In vielen Fällen ist die Ausgabe von Schutzaktien auf dem Rechtswege angefochten worden. Nach den bisher ergangenen Urteilen des Reichsgerichts ist aber eine Machtverschiebung durch Ausgabe von Schutzaktien innerhalb einer Aktiengesellschaft zulässig, so lange die Generalversammlung mit einem dahingehenden Beschluß das Wohl der Gesellschaft nicht aus eigensüchtigen Beweggründen gefährdet. Wenn die Mehrheit der Aktionäre in der Generalversammlung von dem Rechte der Schaffung von Vorzugsaktien Gebrauch macht, um eine Ueberfremdung zu verhüten, so sei dies, heißt es in einer kürzlich ergangenen Entscheidung, weder dem Geiste des Aktienrechts zuwiderlaufend, noch sittenwidrig.

Es ließe sich denken, daß im Laufe der Zeit für die Beteiligung des nationalen Kapitals an einer fremden Wirtschaft neue Formen geschaffen werden, wenn die Entwicklung aus den bisherigen Formen hinausdrängt. Die deutsche Wirtschaft ist in dieser Beziehung seit längerer Zeit steril. Im Bank- und Finanzwesen klebt man, ebenso wie in der Industrie, offensichtlich noch recht stark an dem Hergebrachten. Während sich am Horizont bereits klar und scharf die Linien der künftigen Entwicklung abzuzeichnen beginnen, lebt in den Wirtschaftsführern noch vielfach der Geist der Inflationsgewinne, der Geist der Markstützungsversuche, der Geist der Schutzaktien, der Geist der kleinen Mittelchen. Die Weiterbildung der Wirtschaftsformen scheint ganz zum Stillstand gelangt zu sein. Eine gesunde Wirtschaft muß sich aber die gesunden Formen schaffen können, die ihr jeweils angemessen sind.

Rafael Bernfeld.

Digitized by Google

Der August 1924.

Die **Londoner Konferenz** ist nach mehrwöchiger Dauer mit einem Uebereinkommen zwischen den Ententestaaten auf der einen und Deutschland auf der andern Seite zu Ende gegangen. Das Uebereinkommen stimmt zwar in manchen Punkten nicht völlig mit dem Dawesbericht überein, ändert aber nichts an den von diesem vorgesehenen deutschen Reparationslasten. Die notwendigen deutschen Gesetze wurden noch im August durchgebracht (das einzige verfassungändernde, das Reichsbahngesetz, sogar mit der Hälfte der deutschnationalen Stimmen), so daß die Unterzeichnung am 31. August erfolgen konnte und die in dem Abkommen vorgesehenen Fristen am 1. September zu laufen beginnen. Zum endgültigen Reparationsagenten ist der amerikanische Jurist Gilbert ernannt worden, während der Amerikaner Owen Young nur vorübergehend dieses Amt bekleiden wird. Das Ruhrgebiet soll „längstens" in einem Jahre völlig evakuiert sein; die ersten Räumungen erfolgten noch im August. Die wirtschaftlichen Fesseln fallen ebenfalls sofort. — Von sonstigen politischen Ereignissen von Bedeutung ist vor allem der englisch-russische Vertrag hervorzuheben, der inhaltlich kaum Bedeutung hat, da er lediglich einen Rahmen darstellt, insofern aber wichtig ist, als er nur einen Tag nach dem scheinbar endgültigen Abbruch der Verhandlungen auf Drängen der englischen Arbeiterpartei dennoch zustandekam. Da der Artikel 11, der eine englische Staatsgarantie für eine russische Anleihe vorsieht, auf scharfe Opposition stößt, so ist die Annahme durch das Parlament noch zweifelhaft. — Spanien steht im marokkanischen Rif neuen schweren Aufständen gegenüber, Rumänien hat Anfang August den Belagerungszustand über Bukarest und die bessarabischen Grenzbezirke verhängt, Bulgarien hat mit kommunistischen Umtrieben zu kämpfen, und in Afghanistan und China haben Aufstände begonnen, deren Bedeutung noch nicht recht zu übersehen ist. In China hat auch eine Ueberschwemmung große Landesteile im Norden verheert.

Staatsfinanziell ist vor allen Dingen die Tatsache zu wiederholen, daß auch die Londoner Abmachungen die Aufnahme einer deutschen Anleihe im Betrage von 800 Millionen Goldmark vorsehen, über die aber die Einzelverhandlungen erst im September begonnen haben. — Belgien hat eine 6½%ige 30 Millionen Dollar-Anleihe zu 94 Prozent in New York aufgelegt, Frankreich verhandelte in New York wegen einer 150 Mill. Dollar-Anleihe und einer Verlängerung des Morganschen Valuta-Kredits, die angeblich siebenfach überzeichnet worden ist. — Die Niederlande kündigten für den September die Ausgabe von 75 Millionen Gulden 6% niederländisch-indische Anleihe zu 97¼ Prozent an. — Norwegen nahm eine Valutaanleihe von 25 Millionen Dollar in den

Digitized by Google

Vereinigten Staaten auf; Dänemark unterhandelt wegen einer solchen von 40 Millionen Kronen.

Weltwirtschaftlich scheint das Londoner Abkommen tatsächlich eine gewisse Anregung ausgeübt zu haben, insbesondere in Amerika, denn die Berichte aus diesem Lande stimmen darin überein, daß die Depression des Frühjahrs und Frühsommers weiche und sich eine allgemeine Belebung des Geschäfts bemerkbar mache. — Erst England und dann Frankreich kündigten an, daß sie von der deutschen Einfuhr eine 26%ige Reparationsabgabe erheben wollten (nachdem England die Abgabe s. Zt. von 26 auf 5 Prozent ermäßigt hatte). Da der Ertrag auf die deutschen Zahlungen nach dem Londoner Abkommen verrechnet werden muß, kann es sich dabei nur um den Versuch handeln, innerhalb dieser Beträge den Verteilungsschlüssel für das betreffende Land günstiger zu gestalten. — Die Ziffern über den deutschen Außenhandel im Juli zeigen zum ersten Male seit längerer Zeit wieder einen mäßigen Ueberschuß der Ausfuhr, der auf die absolute Steigerung der Ausfuhrziffern und auf den Rückgang der Rohstoffeinfuhr zurückgeführt wird, im übrigen aber nicht als symptomatisch angesehen werden kann, da zufällige Ziffern-Verschiebungen nicht ausgeschlossen sind. Die Einfuhr wird mit rund 556 Millionen (Juni 753) angegeben, die Ausfuhr mit 573 (475) Millionen Goldmark. Zurückgegangen ist die Einfuhr von Brotgetreide, von Textilrohstoffen und Eisenerzen. In der Ausfuhr macht sich vor allem die zeitweilige Erlaubnis der Getreideausfuhr bemerkbar — sie ist inzwischen aufgehoben worden —, daneben zeigen Steinkohlen und Wollgewebe stärkere Steigerungen.

In der **Weltschiffahrt** brachte der August, insbesondere seine zweite Hälfte, zum ersten Male seit langer Zeit stärkere Nachfrage nach Schiffsraum, die sich aber in den Frachten nur in sehr bescheidenem Maße bemerkbar machte. Es handelte sich vor allen Dingen um die Nordamerikafahrt und in dieser um die im neuen Erntejahr besonders scharf einsetzende Einfuhr von Getreide nach Europa. Durch den Suez-Kanal gingen im ersten Halbjahr 12,2 Millionen Brutto-Reg.-Tonnen, die höchste bisher erreichte Ziffer. — Die deutsche Ostafrika-Linie und die Holland-Südafrika-Linie sind in die süd- und ostafrikanische Schiffahrtskonferenz eingetreten, an der sonst hauptsächlich englische Linien beteiligt sind; ferner haben sich alle deutschen nach der Levante fahrenden Linien unter dem Namen „Deutscher Levante- und Orientdienst" zu gemeinsamen Fahrten zusammengeschlossen. Die deutschen Reichsbahnen, die jetzt rechtlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden sind, kündigen eine Ermäßigung der Gütertarife an. Sie haben ferner ein großes Aktienpaket der (das Geschäft der Frachtstundung betreibenden) Deutschen Verkehrs-Kreditbank A.-G. erworben.

Digitized by Google

Am **Weltarbeitsmarkt** gingen eine Reihe größerer Arbeitskämpfe zu Ende, vor allem jener im englischen Baugewerbe; er hat den Arbeitern eine sehr bescheidene Aufbesserung gebracht, die erst in Jahren die Streikverluste decken wird. Im englischen Kohlenbergbau sind die Löhne nach der gleichen Skala um ca. 7 Prozent ermäßigt worden. — Der Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien ging für die Arbeiter verloren. — Ueber den deutschen Arbeitsmarkt (Juli) berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß die ungünstige Entwickelung sich fortgesetzt habe; lediglich die Landwirtschaft und in ganz bescheidenem Umfange das Baugewerbe hätten noch Neueinstellungen vorgenommen. Sonst wurde fast durchweg von Einschränkungen berichtet. Nach den Mitgliedsziffern der Krankenkassen hat sich die Zahl der Versicherten um 1,7 Prozent (1 Prozent im Vormonat) verringert; die Zahl der Arbeitslosen bei den Fachverbänden ist auf 12,5 Prozent (10,5 Prozent) gestiegen, die der Kurzarbeiter auf 28,2 Prozent (19,4 Prozent). An Erwerbslosen wurden Mitte August 356 (277) unterstützt. Es entfielen an Arbeitsgesuchen auf 100 offene Stellen 425 (359) Arbeitsgesuche von Männern, 207 (171) Arbeitsgesuche von Frauen.

Nach der Verdoppelung der **Konkursziffer** im Juli brachte der August einen bescheidenen Rückgang, der zum Teil wohl damit zu erklären ist, daß der Monat ganz in die Gerichtsferien fiel. Auch die Zahl der neu verhängten Geschäftsaufsichten hat sich verringert; gegen Ende des Monats lief die Frist der neuen Geschäftsaufsicht-Verordnung ab, die sich auf die bestehenden Geschäftsaufsichten bezieht; im Zusammenhang damit begannen die Konkursziffern aufs neue zu steigen. Insgesamt wurden eröffnet:

im Juni	1922	88	Konk.	1923	35	Konk.	1924	595*) Konk.
„ Juli	1922	78	„	1923	17	„	1924	1185**) „
„ August	1922	53	„	1923	9	„	1924	792***) „

*) dazu 1044 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. **) dazu 928 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. ***) Dazu 420 neue Geschäftsaufsichten.

Von größeren deutschen Zahlungsschwierigkeiten schwebt die des Stahlwerks Becker noch immer; bei dem Bankhaus Gebrüder Stern in Dortmund ist es gelungen, eine Einigung mit allen Gläubigern zustande zu bringen, so daß die Geschäftsaufsicht aufgehoben werden konnte. — In Norwegen geriet die Frederikstad Privatbank in Zahlungsschwierigkeiten, in den Vereinigten Staaten kam eine der größten Packerfirmen, Wilson u. Co., in die Hände des receivers; die Firma behauptet allerdings, zahlungsfähig zu sein.

Von den **Zusammenschlüssen,** die während des August bekannt wurden, ist der wichtigste der Erwerb der Mehrheit von Oelwerke Stern-Sonneborn durch die Royal-Dutch-Gruppe, wodurch diese zum ersten Male festen Fuß in Deutschland faßt. — Der Mutzenbecher-Konzern in Hamburg zieht die Europäische Lloyd-Versiche-

Digitized by Google

rungs-A.-G. stärker an sich heran, ebenso verzeichnen die Barmat- und die Michael-Gruppe einige kleinere Neuerwerbungen.

Im deutschen **Kohlenbergbau** macht sich die Uneinigkeit der Bergherren immer stärker bemerkbar, und die Preise werden von Außenseitern bereits um 10 bis 15 Prozent unterboten. Eine Erneuerung des Kohlensyndikats war auch im August nicht gelungen, der Handelsvertrag ist vielmehr tatsächlich von einer großen Anzahl von Mitgliedern zum 1. Oktober gekündigt worden. Der Absatz ist schlecht geblieben, und es mußten im August nahezu ¾ Millionen Feierschichten eingelegt werden. In Deutsch-Oberschlesien ging die Förderung glatt vor sich, der Absatz dagegen blieb unbefriedigend. Etwas besser war es bei Braunkohle, obgleich auch hier in Mitteldeutschland noch immer Feierschichten zu verzeichnen sind; im Rheinlande arbeiten die Braunkohlenwerke wieder voll. — Der belgische Kohlenbergbau klagt immer stärker über den Wettbewerb der Reparationskohle. — In England war das Geschäft verhältnismäßig lebhaft, insbesondere für beste Schmiede- und Schiffskohlen, deren Preise um ½ bis 1 sh anziehen konnten. Die Bergherren und Bergarbeiter begannen eine Agitation gegen die deutsche Anleihe mit der Begründung, daß sie den Absatz des englischen Bergbaues zu schädigen geeignet sei.

Der deutsche **Eisenmarkt** zeigte während der ersten Hälfte des Monats keine Besserung gegenüber dem schlechten Stande des Juli, dann aber begann sich die psychologische Wirkung der Londoner Vereinbarungen bemerkbar zu machen; das Geschäft wurde lebhafter, und auch die Preise vermochten anzuziehen. Während Stabeisen zeitweilig bis zu etwa 100 Mark herunter auch von den Werken angeboten gewesen sein soll, sind Ende des Monats 120 bis 125 Mark gefordert und erreicht worden. Die westlichen Werke waren um die Monatswende bereits wieder für ein bis zwei Monate besetzt, und die Spezifikationen gingen besser ein. Verhältnismäßig ungünstig bleibt noch die Lage des Erzbergbaues, in dem die Siegerländer Preise weder für August noch für September geändert wurden; auch der Roheisenmarkt zeigte keine wesentlichen Veränderungen. — Die Nachfrage nach Fertigerzeugnissen hat sich im letzten Monatsdrittel meist gebessert; das gilt in stärkerem Maße von Feinblechen und Baueisen. Geklagt wird eigentlich nur noch über das Röhrengeschäft; die letzten bisher noch zwischen Rheinstahl, Mannesmann und Thyssen bestehenden Preisvereinbarungen über Muffenrohre wurden Ende August aufgehoben. Zum Teil ist die Belebung auf Aufträge aus dem Auslande zurückzuführen, das wieder etwas stärker an den Markt kam. So hat z. B. die Standard Oil 10 Tankschiffe in Deutschland bestellt. — Recht schlecht sieht die Lage noch immer in Oberschlesien aus, wo die Werke zum Teil Stillegungen vorgenommen haben, zum Teil mit zwei bis drei Feierschichten

Digitized by Google

wöchentlich arbeiten. — An den außerdeutschen Eisenmärkten Europas einschließlich des englischen sind größere Veränderungen des Geschäftsganges und der Preise nicht zu verzeichnen; um die Monatswende begann aber die Roheisenerzeugung in England unter dem Einfluß gestiegener Nachfrage etwas zuzunehmen. — Während der ersten Wochen lauteten die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten noch schlecht, und die Preise wurden zum Teil weiter gesenkt, dann aber begann auch dort das Geschäft sich zu beleben und zwar ausgehend von den Roheisenmärkten. Die Roheisenerzeugung ist im August zum ersten Male seit etwa einem halben Jahre höher als im Vormonat, und die Walzwerke arbeiten bereits wieder mit etwa 75 Prozent ihrer Kapazität. Die Interstate Commerce Commission hat die Grundlage der Preisberechnung, die sog. Pittsburg Plus-Klausel (Frachtgrundlage Pittsburg), für ungültig erklärt. Der Beschluß ist vom Stahltrust angefochten worden und dürfte, wenn überhaupt, so erst in einigen Jahren in Kraft treten. Die amerikanische Eisenindustrie drängt übrigens auf die Gewährung billiger Ausfuhrtarife.

Für die Zukunft des **Kali**marktes ist das Uebereinkommen von großer Bedeutung, das Mitte August zwischen deutschen und französischen Werken zustandekam; es gesteht den Werken im Elsaß am amerikanischen Absatz etwa die Quote von 1923 zu, nämlich 37½ Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Elsässer im Vorjahre den amerikanischen Absatz sehr stark forciert haben. Ueber die Dauer des Abkommens ist bisher nichts bekannt geworden. Das deutsche Kalisyndikat konnte größere, besonders amerikanische Aufträge hereinnehmen und hat auch von amerikanischen Kreisen unter Führung der Chase National Bank einen größeren, erneuerbaren Kredit bekommen. Das amerikanische Handelsamt will durch eine Untersuchung feststellen, ob das erwähnte deutsch-französische Abkommen der amerikanischen Trustgesetzgebung widerspricht und innerhalb der Union anfechtbar ist. Gleichzeitig soll der Abbau der in Texas befindlichen, augenblicklich rentablen Kalilläger beschleunigt werden. — Der deutsche Kali-Absatz ist im August weiter gestiegen und erreichte 80 Prozent der normalen Verladung.

Die **Ernte**lage auf der nördlichen Halbkugel hat sich während des August in ganz unvorhergesehener Weise verschlechtert. Das gilt vor allem von Europa, wo infolge regnerischen Wetters in vielen Gegenden das Getreide in der Beschaffenheit stark gelitten hat, hier und da sogar zur menschlichen Ernährung nicht mehr verwendbar sein soll. Infolgedessen hat Polen bereits ein Roggenausfuhrverbot erlassen, und die Regierung der Tschechoslowakei schlug um die Monatswende ein Gesetz vor, das eine einheitliche Ausmahlung von 75 Prozent vorsieht. In Deutschland ist die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen zunächst für Gerste, dann allgemein, eingestellt worden. — Gebessert sollen sich dage-

Digitized by Google

gen die Ernteaussichten in Canada haben, wo man wieder von Erträgen spricht, die nur um etwa 10 bis 15 Prozent hinter den ungewöhnlich großen des Vorjahres zurückbleiben; dort haben die europäischen Einfuhrkäufe bereits einen bemerkenswerten Umfang angenommen. — Die Weltgetreidemärkte zeigten trotz der erwähnten ungünstigen europäischen Ernten keine einheitlich feste Stimmung; im Gegenteil, an den amerikanischen und englischen Märkten gaben die Notierungen in der zweiten Monatshälfte nach. Anders war die Lage in Deutschland, wo die kleine Zufuhr und der übrigens nicht besonders große Abzug nach dem Auslande den Markt aufs stärkste beeinflußten und zu derartigen weiteren Preissteigerungen führten, daß Ende des Monats die Weltmarktparität bereits wieder überholt war.

Obgleich die in Deutschland befindlichen **Zuckerbestände** für den Rest des Erntejahres ausreichen, und die Ernteaussichten nicht schlecht sind, zeigten die deutschen Zuckerpreise bis in den August hinein starke Neigung zu steigen; infolgedessen gab die Regierung die Einfuhr frei, was auf die deutschen Zuckermärkte senkend, auf den Weltmarkt aber befestigend wirkte. — Die Kaffeepreise gaben zunächst infolge der Versandung des Aufstandes im brasilianischen Kaffeestaat Sao Paolo nach, zogen aber später wegen der ungünstigen Beurteilung der kommenden Ernte wieder stärker an. Kakao und Tee dagegen blieben ziemlich unverändert.

Die im vorigen Heft erwähnte Anregung an den **Metallmärkten** hielt während des August nicht lange an. Zwar sind die Preise meist, so z. B. bei Kupfer, Zinn und Zink, etwas höher, aber die Umsätze blieben klein und zeigten in der zweiten Monatshälfte Neigung, noch mehr zusammenzuschrumpfen. Etwa zu dieser Zeit begannen auch wieder Unterbietungen der großen amerikanischen Kupferförderer durch die kleineren. — Der Silbermarkt liegt fest unter dem Einfluß europäischer Münzkäufe. Auch der Monsum in Indien, der für die dortige Ernte und den dort abhängigen Silberimport maßgebend ist, hat sich gebessert.

Die Nervosität der **Baumwollmärkte** hat während des August nicht nachgelassen und wird durch die neue Einführung vierzehntägiger amerikanischer Ernteberichte noch gefördert. Die Ernten in diesem Lande dürften infolge verhältnismäßig nur sehr geringer Schäden durch den Rüsselkäfer höher ausfallen als erwartet. Da außerdem die Nachrichten aus den Käuferländern nicht eben günstig lauten, so sind die Preise per Saldo ziemlich erheblich gesunken. Die Lage in Indien hat sich im Zusammenhang mit dem günstigeren Wetter gebessert. — Große Wollversteigerungen hat der August nicht gebracht, dagegen vermochte sich infolge größerer Käufe des Festlandes, besonders Frankreichs, an den englischen Märkten eine ziemlich beträchtliche Erhöhung der Wollpreise durchzusetzen. Die ersten kolonialen Ver-

Digitized by Google

steigerungen gegen Ende des Monats zeigten Preiserhöhungen um 5 bis 12 Prozent gegenüber der Juliparität. — Hanf und Jute liegen beträchtlich fester, Flachs unverändert. — Häute und Leder sind am Weltmarkt entgegen der Lage in Deutschland kaum verändert. Hier sind die Preise bei den Auktionen erneut sehr stark getrieben worden. — Die Gummipreise sind auch während des August leicht weiter gestiegen, obwohl angeblich Holländisch-Ostindien starke Abgaben vornimmt.

Die Abwärtsbewegung der Preise in Deutschland ist während des August zum Stehen gekommen, was in erster Reihe mit den starken Preissteigerungen in Getreide zusammenhängt. Die Großhandelsindexziffer für den 2. September lautet 121,6 (118,5 Anfang August), der Lebenshaltungsindex für den 3. September zeigt das 1,15 billionenfache (1,14). Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. 8. 23	31. 7. 24	11. 8. 24	21. 8. 24	1. 9. 24		
Weizen (Chicago) .	105 1/8	136 1/4	128 3/4	127 1/2	125 3/4	cts.	f. bush.
Weizen (Berlin) .	—	187 1/2	191 1/2	207	210 1/2	M.	„ 100 kg
Mais (Chicago) .	88 3/4	112 1/2	115 1/8	117 1/2	119 1/4	cts.	„ bush.
Roggen (Berlin) .	—	140	143	152 1/2	173	M.	„ 100 kg
Baumwolle (N. Y.)	25 60	32 40	30.45	27.80	25.65	cts.	„ Pfd. engl
Baumwolle (Brem.)	16,52	33.42	33.09	31.83	30 32	cts.	„ Pfd engl.
Zucker (N. Y.) . .	6.28	5.02	5.17	6.53	5.65	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	10 1/2	16 3/4	16 3/4	16 1/2	17 3/16	„	„ „
Schmalz (Chicago) .	11.82 1/2	13.40	13.50	13.55	13.85	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1.35/8	1.01/2	1.17/8	1.15/8	1.2	sh	„ Pfd. engl.
Gold (London) . .	90.8	93 9	90.7	92.1	92 2	„	„ Unze fein
Gold (Berlin) . .	8300 M	2.80	2.87 1/2	2,78 1/2	2,78 1/2	M.	„ Gramm
Silber (London). .	30 13/16	34 1/2	34 1/16	34 1/4	34 7/16	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	62 3/4	67 3/4	69	68 5/8	68 3/4	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin) . .	230 000	91	93	95	95 1/2	M.	„ kg
Kupfer (London) .	62 3/4	62 7/8	63 7/8	63 1/4	63 7/8	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2] .	--	126	129.25	129.50	129	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	192	247 3/4	253 3/4	259 3/4	258 1/4	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin)[3] . .	—	4.72 1/2	5.00	5.00	4.95	M.	„ kg
Zink (London) . .	33 1/2	32 1/4	31 5/8	33 1/16	33 3/16	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4] . .	—	0.59	0.60	0.62	0 63	M.	„ kg
Blei (London) . .	24 3/4	33 1/2	32	33 1/16	33 1/4	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin) . . .	—	0.61	0.61	0 63	0.63	M.	„ kg

[1] first crèpe [2] raff [3] Banka [4] frei

Die **Weltbörsen** antworteten auf die Einigung in London fast durchweg mit lebhaftem Geschäft und starken Kurssteigerungen. Das gilt besonders von New York, wo die Wochenumsätze wieder über 5 Millionen Stück Aktien hinausgegangen sind, und wo die Kurssteigerungen während des Monats in einzelnen Fällen 10 bis 15 Prozent erreichten (General Electric z. B. plus 18½ Prozent, United States Steel plus 6½ Prozent). — Auch London hatte zeitweilig recht lebhaftes Geschäft, besonders am Markte der langfristigen Staatsanleihen. Die Statistik von Bankers Magazine zeigt von Mitte Juli bis Mitte August eine Kurserhöhung um 0,6 Prozent, die sich später noch weiter fortgesetzt hat. Ziemlich

Digitized by Google

lebhaft waren Goldminen-Aktien, besonders kanadische, und Teewerte. Gummiaktien und Petroleumaktien dagegen lagen ruhig und zum Teil etwas schwächer. — Auch Paris meldete höhere Kurse bei zum Teil recht lebhaftem Geschäft. Die kleine Besserung des Franc-Kurses, die sonst meist kursdrückend wirkt, hat diesmal nicht gestört. — Die Wiener Börse verlief verhältnismäßig ruhiger als in den Monaten vorher. Die Kurse zeigen zum Teil leichte Besserungen.

Am **Berliner Markt** belebte sich das Geschäft im Laufe des Monats etwas stärker; in Anleihen war es meist ganz ungewöhnlich lebhaft. Hier ist es zu Umsätzen und Kurssteigerungen gekommen, die in der Geschichte des Berliner Marktes ihresgleichen suchen. Während ursprünglich nur Vorkriegsrenten und Kriegsanleihen von der Bewegung ergriffen waren, sprang sie schließlich auch auf Zwangsanleihe, „K-Schätze" und Vorkriegs-Stadtanleihen über. Sie erhielt sich trotz oder vielmehr wegen der Dementis der Regierung, die eine Aufwertung der Anleihen so verklausuliert in Abrede stellte, daß die Spekulation das Gegenteil heraushörte. Eigentümlich berührt es, daß Börsenleute die Anregung zur Anleihehausse als von parlamentarischen und sogar der Regierung nahestehenden Kreisen ausgehend bezeichnen. Auch die Kurssteigerung der Aktien ist recht beträchtlich, nach dem Index des „Berliner Tageblattes" z. B. von 56,7 am Ende Juli auf 65,7 Prozent am Ende August. Holländisches, amerikanisches und englisches Kapital soll sich vielfach kaufend betätigt haben; in den meisten Fällen aber scheint es sich nur um disloziertes deutsches Kapital zu handeln. — In Frankfurt verhandelt man zur Zeit wegen einer Wiedereinführung der Abendbörse, ohne jedoch bis jetzt zu einem Resultat gekommen zu sein. — Berlin hat Anfang September den Schwankungsverkehr in preußischen Schatzanweisungen und Reichsschatzanweisungen wieder aufgenommen.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

August	Anfang	Mitte	Ende	August	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	358	740	830	Dt.-Luxemburg	48,75	50,25	49,5
4% „	800	1200	1230	Bln. Karlr. Ind.	77⅝	79⅝	68,5
3½% „	755	1175	1210	Elberf. Farben	14,25	15⅞	16,7
3% „	1300	1600	1650	Harpener	59	62,1	67,25
Darmst. u. Natbk.	7,9	16	9,75	Hirsch Kupfer	20,75	22,9	24,75
Deutsche Bank	9,2	11	11,4	Höchster	13⅝	14,9	16
Disc.-Komm.	10⅜	13⅛	12,7	Hohenlohe	21,5	23,5	22
Dresdner Bank	5⅞	7,5	7,5	Laura	6⅛	7⅝	7,75
Hambg.-Amerika	24,3	29	29	Mannesmann	30,4	35⅝	33,5
Hamburg-Süd	34⅝	38⅛	37,75	Oberbedarf	9⅜	13	13
Hansa	11	12⅝	12,75	Oberschl. Eisen	12	13,7	13,6
Norddtsch. Lloyd	5,2	7,2	7,25	Orenst. & Koppel	14,5	19	18⅜
Schantung	1	1,8	1,7	Phönix	28,75	31,5	37,9
Bergmann	13,5	16	15⅜	Rheinstahl	23	26,5	32
Bochumer Guß	46	49,75	50,75	Rombacher	13⅝	15⅛	17,7
Daimler	2,7	3	2,9	Schuckert	34,5	35,75	37,5
Deutsche Kali	34	42	48	A. E. G.	8,7	9⅞	9,9

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Der **Londoner Geldmarkt** behielt im August die feste Grundstimmung des Vormonats bei, ja betonte sie sogar von der zweiten

Digitized by Google

Augustwoche an noch etwas mehr. Die Vorbereitungen auf die kommenden großen Auslandsanleihen, unter denen sich auch die deutsche 800 Millionen-Anleihe befindet, bindet anscheinend bereits jetzt größere Summen, die dem Markte nur als Tagesgeld zur Verfügung gestellt werden. Diese Kreditart ist denn auch die einzige, die im Durchschnitt des Monats keine Zinsversteifung erfahren hat; tägliches Geld war meist zu Sätzen von 2½ bis 2¾% erhältlich. Alle anderen Fristen zogen an, Wochengeld auf 2¾ bis 3%, Vierzehntage-Geld mit Fälligkeit im September auf 3¼ bis 3½%. Das Schatzamt mußte für seine Wechsel, die es wöchentlich in Beträgen von 30 bis 40 Millionen Pfund anbot, meist etwa 3¾% bewilligen. Der Privatdiskont notierte:

1. Aug	6. Aug.	12. Aug.	19. Aug.	25. Aug.	30. Aug.	höchst	niedrigs
3 11/16	3 3/4	3 7/8	3 3/4	3 11/16	3 3/4	3 7/8	3 11/16

Bei der Bank von England haben sich die Ziffern im August nur ganz unwesentlich verschoben. Die Inanspruchnahme seitens des Marktes sank in der zweiten Woche infolge der Rückzahlung der Ultimo Juli-Darlehen, stieg aber in der folgenden Woche wieder an, was indes auf den Notenumlauf keinen Einfluß hatte, weil die Regierungsdepositen sich infolge der die Ausgaben übersteigenden Einnahmen ständig erhöhten. Anzeichen einer bewußten Verknappung des Marktes durch die Bank fehlten in dieser Berichtsperiode. — Der Umlauf der currency notes, der am 7. August das gesetzliche Maximum von 248,2 Mill. £ ungedeckten notes dicht streifte, ging im ferneren Verlauf des Monats stark zurück. Ende August standen insgesamt 288,7 Mill. £ aus, denen an Deckung gegenüberstanden: 7 Mill. £ Silber, 27 Mill. £ Gold, 22,45 Mill. £ B. v. E.-Noten.

Der Londoner Wechselkurs hat im August eine weitere Besserung gegenüber dem Dollar erfahren, die aber nicht ganz aufrecht erhalten werden konnte, weil gegen Ende des Monats die Herbstnachfrage nach amerikanischen Devisen, insbesondere für Getreideimport-Zwecke, einsetzte. Der Kapitalübertragung von New York nach London, die von der wachsenden Zinsspannung zwischen beiden Märkten begünstigt wurde, entstand dadurch ein starkes Gegengewicht, das zu Ungunsten Londons wirkte. Ende August notierten: Kabel New York 4,50⅛ Dollar, Amsterdam 11,62 Fl., Schweiz 23,88 Frs., Bombay 1 s 5¼ d, Yokohama 1 s 10 d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten wie folgt (in Millionen £):

1922			1923			1924		
4. 8.—10. 8.		601	3. 8.— 8. 8.		560	1. 8.— 7. 8.		687
11. 8.—17. 8.		673	9. 8.—16. 8.		614	8. 8.—14. 8.		685
18. 8.—24. 8.		600	17. 8.—23. 8.		587	15. 8.—21. 8.		710
25. 8.—31. 8		589	24. 8.—30. 8.		570	22. 8.—28. 8.		657
4. 8.—31. 8.		2 463	3. 8.—30. 8.		2 331	1. 8.—28. 8.		2 739
30. 12.— 3. 8.		28 347	29. 12.— 1. 8.		22 554	1. 1.—31. 7.		23 327
30. 12.—31. 8.		25 810	29. 12.—30. 8.		24 885	1. 1.—28. 8.		26 066

Digitized by Google

Der Status der Bank von Frankreich hat im August eine kleine Besserung gezeigt. Sowohl die Darlehen an Private wie diejenigen an den Staat haben einen Rückgang erfahren (die letzteren um 200 Mill. Frcs.). Trotz einer Verminderung der Depositen erfuhr daher der Notenumlauf eine Einschränkung um rund 300 Millionen Frcs. Der Goldbestand ist fast unverändert geblieben. — Der französische Wechselkurs erfuhr infolge des günstigen Standes der Londoner Konferenz, die für Frankreich deutsche Reparationsleistungen und den Abbau der kostspieligen Ruhrbesetzung in Aussicht stellt, eine Besserung, die gegen Ende des Monats zwar zum Teil wieder verloren ging, aber immerhin per Saldo eine Wertsteigerung des Franc gegenüber Ende Juli zur Folge hatte. Es scheint, daß Interventionen mit Hilfe des verlängerten Morgan-Kredits dabei eine gewisse Rolle gespielt haben. Ende August notierte der Franc in London 82,50 Frs., in New York 5,39 Doll.

Am New Yorker Geldmarkt hat die Flüssigkeit angehalten und am 8. August zur längst erwarteten Herabsetzung des Diskontsatzes der New Yorker Bundes-Reserve-Bank auf 3% geführt. In der Tat wissen die Bundes-Reserve-Banken kaum noch, wie sie ihre Gelder anlegen sollen. Diskontmaterial fließt ihnen nicht zu, da es, soweit es aus Bankakzepten besteht, am offenen Markt zu 2% untergebracht werden kann, und auch gute Handelswechsel mit nicht mehr als 2¼% diskontiert werden. Die B. R.-Banken kaufen daher Diskonten im freien Verkehr auf, was die Geldflüssigkeit hier nur noch verstärkt, und nehmen im übrigen dem Schatzamt so viel Schuldscheine und Schatzwechsel ab, wie dieses nur hergeben will. Von der Erlaubnis, Dollarwechsel der Deutschen Golddiskontbank bei den B. R.-Banken zu rediskontieren, wird anscheinend nur unbeträchtlich Gebrauch gemacht. Tägliches Geld war meist zu 1½% dringend angeboten — obwohl der offizielle Satz andauernd mit 2% angegeben wurde —, Dreimonatsgeld mit 2½ bis 2¾%. — Die Nebenabsicht der B. R.-Banken, durch die Diskontherabsetzung den Goldzufluß nach Amerika einzudämmen, hat im August bereits Erfolg gehabt. Die Einfuhr von Gold hat erheblich nachgelassen, während die Ausfuhr, speziell nach Indien, steigt. Der letzte Ausweis der B. R.-Banken (vom 27. August) zeigt erstmalig eine Abnahme des Goldbestandes, und zwar um 11,4 Millionen Dollar. Der amerikanische Wechselkurs liefert für diese Entwickelung die deutliche Erklärung, denn er zeigt Ende August gegenüber allen Ländern eine Verschlechterung. Es notierten in New York: Kabel London 4,49 Doll., Scheck Amsterdam 38,64 Doll., Scheck Stockholm 26,60 Doll. (unverändert, weil Stockholm die Dollarparität aufrecht erhält), Buenos Ayres 34¾ cents, Rio de Janeiro 10 cents. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Millionen Dollar):

Digitized by Google

	2. 8.	9. 8.	16. 8.	23. 8.	30. 8.
Vorschüsse	5 199 93	5 241.40	5 244.60	5 287.38	5 272.86
Barvorrat, eigener	45.14	45.93	46.76	45 86	46.41
„ b.d. Bund.-Res.-Bk.	625 64	618 73	635.70	613.81	618.70
„ b. anderen Banken	27.96	17.25	33.58	9.19	15.37
Barvorrat, zusammen	*699 01*	*681.91*	*716.04*	*699.86*	*680.48*
Kurzfristige Depositen . . .	4 460.21	4 489 60	4 491.12	4 519.95	4 504.01
Langfristige Depositen . . .	534.04	534.25	548.53	541.19	532 52
Depositen, zusammen	*4 994 25*	*5 023.85*	*5 039.65*	*5 061.14*	*5 036.53*
Notenumlauf	14.88	14.90	14.89	14.89	15.17
Surplusreserve	32.46	33.06	32.90	32.45	32.41

Die Oesterreichische Nationalbank hat am 12. August ihren Diskontsatz von 12 auf 15 Prozent erhöht, um die steigenden Diskontansprüche, die zu einem entsprechend vergrösserten Notenumlauf geführt und die Abgabe erheblicher Devisenmengen erforderlich gemacht haben, abzuwehren. Da außerdem noch die Griechische Nationalbank eine Diskonterhöhung vorgenommen hat (von 15 auf 18 Prozent), so stellten sich die europäischen Diskontsätze im August wie folgt:

Dt. Rchsbk. wertbstd.	bis 31. 8.	10	Danzig	„ 31. 8.	12
Bk. v. Engl. . . .	„ 31. „	4	Bk. v. Norw. . . .	bis 31. „	7
Bank von Frankreich	„ 31. „	6	Niedld. Bk.	„ 31. „	5
Oesterr. Natbk. b. 11. 8.	12 b. 31. 8.	15	Nationb. v. Dänemark	„ 31. „	7
Ung. stl. N.-Inst. . .	„ 31. „	18	Rumän. Nationalbank	„ 31. „	6
Banca d'Italia . . .	„ 31. „	5½	Nationalb. v. Bulgarien	„ 31. „	9
Bank von Spanien .	„ 31. „	5	Bank v. Finnl. . . .	„ 31. „	9
Bk. v. Portugal . . .	„ 31. „	9	Tschech. Bkmt. . .	„ 31. „	6
Schwz. Natbk. . . .	„ 31. „	4	Belgische Nationalbk.	„ 31. „	5½
Schwd Rbk. . . .	„ 31. „	5½	Poln. Darl. K. . . .	„ 31. „	12
Russland	„ 31. „	10	Griech. Nat. Bk. b. 19. 8.	15 b. 31. 8.	18

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Trillionen P. Mark):									
7. 8	490.7 Mill.		—	1799.7	55 2[8])	442 9	355.7	1201.4	1201.4
15. „	498 1 „		—	1826.1	56.3[8])	534.2	335 1	1171.7	1171.7
23 „	507 0 „		—	1736 0	35.4[8])	452 9	371.2	1129.2	1129.2
30. „	516.5 „		—	1860.8	60 0[8])	264.1	297.8	1391.9	1391.9
Deutsche Rentenbank (Mill. Rentenmark):									
31. 8.	—		—	—	2070,1	—	—	2069,9	—
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
6. 8	128.3		—	121.8[4])		13 3	110 9	127.1	—
13. „	128 3		—	118.3[4])		13.4	108 8	126.0	—
20 „	128.3		—	1128.4[4])		15.6	110.0	125.1	—
27. „	128.3		—	117.9[4])		17.0	105 4	125.4	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
7. 8	5543.6[3])	300.3	567 8	4572.1	30554 8	12.5	2158 7	40571.7	34160.0
14. „	5543.7[3])	300.4	567.5	4519.4	30403.4	12 1	2037.1	40399.9	33988.3
21. „	5543.7[3])	300.5	567 6	4402.2	30399.0	13.0	1916.8	40250.9	33839.1
28. „	5543.8[3])	300.7	567.1	4415 1	30271.6	16 1	1983.6	40034.5	33622.9

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 8.	3 350 946.1[5])		—	3328564.3	1532.6	1180360.8		7723735.3	4372789.2
15. „	3 289 634.0[5])		—	3278670 7	1652.0	1171595 0		7615569.2	4325935.2
23. „	3 262 629.0[5])		—	3209955.0	1486.2	1406378.1		7289900.1	4027270.7
31. „	3 561 433.5[5])		—	3225260.6	1700.9	997677.1		8002142.2	4440708.7
Ungarische Nationalbank (Mill. ungar. Kronen):									
7. 8.	1737959.4[5])	13557.8	—	1286495.5	1978982.5	948375.0	526719 9	3456017.7	1704700.5
15. „	1802711 7[5])	13557.8	—	1305320.1	1978982.5	775347.1	736139.3	2953318.3	1137548.8
23. „	1843949.2[5])	13557.8	—	1339790.4	1978130.3	1208435.1	396069.7	3427451.4	1569944.4
31. „	1832829.6[5])	13557.8	—	1438453.8	1978132.4	1092080.2	381200.3	3659756.5	1813369.2
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 8.	1050.5		623.2	1069.1	848.2	808.8		7862.4	6188.7
15. „	1050.8		631.9	1073.5	807.4	951 6		7701.1	6018.4
23. „	1051.0		654.6	1105.2	803.8	1134.7		7533.4	5827.8
31. „	1051.0		657.6	1137.6	803.2	586.3		8139.8	6431.2
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 7.	886.4	85.1	489.7	12672.3		1590.2		12997.1	11535.9
20. „	886.8	85.3	491.5	12854.9		1821.6		13114.3	11650.7
31. „	887.6	85.5	491.6	12932.2		1959.5		13321.6	11856.9
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
8. 8.	43.0	0.5	554.9	705.6	4.3	25.8	39 3	1259.9	661.5
15. „	43.0	0.5	479.8	734.2	4.3	13.2	4.5	1249.8	726.5
23. „	43.0	0.5	475.3	751.1	4.3	29.2	23 3	1236.2	717 4
30. „	43 0	0.5	471.9	805.6	4 3	21.1	32.6	1273.3	857.9
Niederländische Bank (Mill. Gulden):									
4. 8.	531.5	10.9	93.7	138.8	193.9	3.1	41.2	982.4	346.3
11. „	531.5	11.2	76.0	137.1	186.8	5.8	48.3	964.0	345.3
18. „	531.5	11.5	69.1	132.4	180.7	11.1	43.5	952.9	340.8
25. „	531.5	11.8	67 4	129.9	177.3	11.0	40.7	945.7	335.0
2. 9.	531.5	11.7	58.3	166.6	183.9	—	44 3	999.2	397.7
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 8.	505.7	98.4	37.9	245 0	77.1	102.6		845.6	203.6
15. „	505.6	95.0	34.8	248.8	100.2	114.6		830.9	195.5
23. „	505.2	94.9	20.3	260.6	64.9	113.2		817.8	217.7
31. „	509.3	90.0	23.9	274.1	66.2	86.7		868.9	270.6
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
2. 8.	249.2	—	54.1		398.7	166.4		521.2	218.6
9. „	248.2	—	55.7		383.7	168.4		500.9	197.0
16. „	247.1	—	54.4		382 8	174.1		494.9	193.4
23 „	251.9	—	50.0		379.0	177.1		481.5	179.6
30. „	250.9	—	52.0		393.7	166.9		528.2	225.3
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
2. 8.	2534.6	662.6	31.4	806.5	1317.6[7])	289.3	12.1	4396 3	1167.7
9. „	2534.6	657.9[6])	31.3	837.2	1321.6[7])	301.4	10.0	4430.2	1236.4
16. „	2534.6	657.2[6])	31.2	833 3	1301.9[7])	305.7	9 4	4422.4	1199.4
23. „	2534.6	660.5[6])	31.9	816.7	1299.6[7])	297.5	9.4	4393.9	1166.9

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 8.	147.3		9.7	432.3		72.7		385.8	228.8
15. „	147.3		12.7	430.6		75.3		383.2	223.2
22. „	147.3		10.1	440.6		79.5		381.0	223.6
30. „	147.3		38.8	434.0		133.2		389.6	203.5
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
31. 8.	209.5	20.1	25.2[2])	277.2	52,1	83.7		471.1	216.3
Bank von Polen (Millionen Zloty).									
10. 7.	93.3		266.4	153.1	7.9	7.3	104.2	388.7	29.0
21. 7.	93.7		272.1	166.7	8.2	7.6	112.3	394.3	28.5
30. 8.	95.9		280.5	176 8	6.9	6.9	147.1	390.3	13.9
Russische Staatsbank, Notenabteilung (in 1000 Tscherwonetz).									
16. 6.	8841.2	110.6	9875.3	12243.6	6094.0	—	—	38000.0	19172.9
1. 7.	9269.3	110.6	10007.2	13782.7	5994.9	—	—	38750.0	19362.9
16. 7.	10314.4	110.6	9962.1	14545.7	5933 2	—	—	40650.0	20262.9
1. 8.	11429.0	—	10003 4	15890 5	5891.2	—	—	41750.0	21317.6
16. 8.	12479.2	—	9953.9	16690 5	5890.5	—	—	43950.0	21516.9
1. 9.	12679.8	—	9968.6	19340.0	6875.2	—	—	46155.5	23507.1
Nationalbank von Rumänien (Mill. Lei)									
18. 7.	6017.2	4.4	—	6189.3	775.8	6287.6		17963.5	11941.9
26. 7.	6019.8	4.0	—	6233.6	773.0	6279.0		18050.6	12026.8
2. 8	6049.8	3.8	—	6260.4	759.0	6285.8		18147.4	12093.8

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Einschließl. lombardierter Wechsel.

Am **Berliner Geldmarkt** ist eine weitere Erleichterung im August nicht eingetreten. Für tägliches Geld sind noch immer durchschnittlich 0,3 Promille pro Tag, für Monatsgeld 1⅓ Prozent je Monat gezahlt worden, und ein Privatdiskontmarkt hat sich wieder nicht herausbilden können, weil der Diskontsatz der Seehandlung (13 Prozent p. a.) durch die hinzutretenden Akzeptprovisionen der Banken so verteuert wurde, daß andere Kreditarten billiger zu stehen kamen. Auch die kleine Ermäßigung des Seehandlungssatzes (Mitte des Monats auf 11 Prozent) hat nicht genügt, um einen Diskontmarkt zu schaffen.

Der Berliner Wechselkurs ist im August der steigenden Nachfrage nach Devisen angepaßt, im übrigen aber nach wie vor von der Reichsbank künstlich reguliert worden. Die Ablieferung von Devisen blieb meist hinter dem Bedarf zurück, so daß die Reichsbank die Differenz aus ihren Beständen hergeben mußte, die zeit-

Digitized by Google

weilig eine größere Abnahme erfahren haben, als die Umwandlung von Devisen in Gold rechtfertigte.

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Aug.	7. Aug.	14. Aug.	21. Aug.	28. Aug.	31. Aug.
Amsterdam Guld. .	160,45	163,45	164,30	162,85	162,70	162,75
Kopenhagen (Kr.) .	67,60	68,20	68,30	67,85	68,20	68,50
Stockholm(Kronen)	111,70	112	111,7	111,50	111,50	111,60
Christiania (Kron.)	56,80	58,50	58,50	58	58	57,85
Helsingfors (F.-M.)	10,50	10,50	10,52	10,50	10,50	10,50
Schweiz (Francs) .	78	79,85	79,50	79,15	78,75	79,05
Madrid (Pesetas) .	55,80	56,50	56,40	55,75	55,70	55,50
Italien (Lire) . .	18,15	18,85	19,0	18,70	18,60	18,6
London (Pfund) .	18,5	18,99	19,065	18,86	18,85	18,86
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris (Francs) . .	21,225	23,60	23,545	22 675	22,65	22,75
Brüssel (Francs) .	19,25	21,4	21,75	21,10	20,95	21,05
Wien (1 Kr.). . .	5,91	5,92	5,94	5,92	5,935	5,92
Prag (Kronen) . .	12,41	12,40	12,62	12,62	12,65	12,615
Buenos Aires(Pesos)	1,37	1,38	1,40	1,41	1,41	1,42
Rio de Janeiro (Milr.)	0,39	0,41	0,41	0,41	0,41	0,42
Japan (Yen) . . .	1,72	1,73	1,73	1,72	1,72	1,71
Bulgarien (Lewa) .	3,04	3,09	3,08	3,05	3,055	3,08
Jugoslavien(Dinar)	5	5,23	5,25	5,20	5,2	5,35
Budapest (Kronen)	5,37	5,46	5,53	5,53	5,5	5,49
Lissabon (Eskudo)	11,30	11,4	11,55	11,55	12	12
Danzig (D. Gulden)	73,80	75,65	75,90	75,00	75,40	75,35

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** hat Ende August ihre strenge Restriktionspolitik gegenüber Industrie und Handel gemildert und einige neue Kredite gewährt, sowohl aus ihren Rentenmark-Beständen wie aus ihrem Notenregal. Ihr Notenumlauf erhöhte sich infolgedessen um etwas über 200 Millionen Mark. Außerdem hat die Bank ca. 120 Millionen Mark Diskonten bei der Reichspost unterbringen können, die jetzt neben der Seehandlung der größte Rediskonteur ist. An fremden Geldern wurden ihr in der letzten Augustwoche mehr als ¼ Milliarde Goldmark entzogen, in der Hauptsache von den Betriebsverwaltungen (Post und Eisenbahn). Der Goldbestand hat sich (durch Umwandlung von Devisen) um weitere 32 Millionen G. M. erhöht, während der Devisenvorrat sich darüber hinaus etwas vermindert hat (siehe den vorhergehenden Absatz.)

Der Ausweis der Rentenbank zeigt im August nur ganz unbedeutende Veränderungen. Die nach dem Gesetz betr. die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen erforderliche Kapitalreduktion ist noch nicht in Angriff genommen. — Die Deutsche Golddiskontbank hat im August kaum einige Tätigkeit entwickelt (vgl. „Kleine Chronik".)

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im August und den Vergleichsmonaten folgendes Bild (in Millionen Mark, 1924 in Billionen bezw. Rentenmark):

Digitized by Google

	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Juni	11 682	57 272	68 764	191 413	28 375 345	687 641 800
					ferner: 1 416 675 500	Rentenmark
Juli	12 916	58 564	78 337	243 493	76 624 491	695 3[illegible]9 600
					ferner: 1 460 399 800	Rentenmark
August	12 775	52 693	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900
					ferner: 1 490 529 300	Rentenmark

Zulassungen an den deutschen Börsen im August 1924.

M. 179	Millionen	Held u. Franke A. G., jg. Akt.
„ 12	„	Bamberger Mälzerei, Akt.
„ 14	„	Leipz. Pianofortefabrik Zimmermann, jg. Akt.
„ 25	„	Juhag Berlin, jg. Akt.
„ 15,51	„	A. G. Spinn u. Sohn, Berlin, jg. Akt.
„ 40	„	Eisenbahnsignalbauanstalt Jüdel u. Co., jg. Akt.
G.-M. 2	„	10% Pfandbfe. d. Rhein.-Westf. Bodenkreditbank.
G.-M. 1,2	„	10% Kommobl. d. Deutschen Grundkreditbank Gotha.
M. 133,2	„	Schles. Elektriz.- u. Gas A. G. Breslau, jg. Akt. Bit. B.
20 000	M.	6% Kohlenwertanl. d. Stadt Mannheim.
M. 15	Millionen	C. Großmann A. G. Coburg, jg. Akt.
G.-M. 1,2	„	10% Kommobl. d. Braunschweig-Hannoverschen Hyp.-Bank.
G.-M. 0,11	„	5% do. d. do. do.
M. 59,1	„	Allgemeine Häuserbau A. G., jg. Akt.
16 Md. Kr.		Unionbank in Wien, jg. Akt.
G.-M. 2	Millionen	10% Pfandbriefe der Deutschen Grundkreditbank Gotha.

II. Börse zu Breslau.

M. 8	Millionen	Fehr u. Wolff A. G. Habelschwerdt, Aktien.

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.
Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

Kr. 130	Millionen	Ungarische Allgemeine Creditbank, jg. Akt.
20 000 M.		6% Kohlenwertanleihe der Hauptsadt Mannheim.
M. 40	Millionen	Neckarsulmer Fahrzeugwerke, jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

M. 5	Millionen	Norddeutsche Portlandzementfabrik Misburg, jg. Akt.
G.-M. 5	„	10% Pfandbriefe d. Preuß. Zentralstadtschaft Berlin.
M. 2,4	Milliarden	5% Rentenbriefe d. Deutschen Rentenbank Berlin.*)

VII. Börse zu Köln a. Rh.

G.-M. 2	Millionen	10% Pfandbriefe d. Rheinisch-Westf. Bodencreditbank.

VIII. Börse zu Königsberg.

G.-M. 5	Millionen	10% Pfandbriefe d. Preuß. Zentralstadtschaft Reihe 4.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

G.-M. 5	Millionen	10% Pfandbriefe der Preuß. Zentralstadtschaft Reihe 4.

XI. Börse zu München.

M. 15	Millionen	Joh. Haag Msachinenfabrik, Akt.
„ 500	„	Darmstädter u. Nationalbank, Aktien.

XII. Börse zu Augsburg.
Keine Zulassung.

*) Bereits im März zugelassen.

Digitized by Google

XIII. Börse zu Dresden.

M. 110	Millionen	Sächs. Maschinenfabrik Hartmann, jg. Akt.
„ 85	„	Mühlenbauanstalt Seck, jg. Akt.
„ 44	„	Chemnitzer Aktienspinnerei, jg. Akt.
„ 16	„	Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther, jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 110	Millionen	Sächs. Maschinenfabrik Hartmann, jg. Akt.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.
Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.

Kr. 20	Milliarden	Oesterreichische Creditanstalt, jg. Akt.
G.-M. 420 000		6% Anl. d. Elektrizitätswerk Unterelbe.

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister hat im August nach dem starken Rückgang der letzten Monate etwas zugenommen. Die kapitalstärkste Gründung ist die der Waren A. G. vorm. von Bary u. Co. mit 2 Millionen Goldmark. Es wurden eingetragen:

52 Aktiengesellschaften mit . . .	11 701 000 001 953 000 000	M. Kapital
378 Gesellschaften m. b. H. mit . .	4 884 450 001 808 000 000	„ „
zusammen	16 585 450 003 761 000 000	M. Kapital

gegen 80 826 288 000 M. Kapital im August 1923
„ 1 445 790 000 „ „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** haben in noch ungleich stärkerem Maße zugenommen. Allerdings entfällt mehr als die Hälfte des gesamten Kapitalzuganges auf eine einzige Gesellschaft (Metallbank und Metallurgische Gesellschaft mit 8 Mill. G. M. neuen Aktien). Die Ziffern lauten:

41 Aktiengesellschaften mit . . .	12 645 800 002 735 100 000	M. Kapital
20 Gesellschaften m. b. H. mit . .	1 931 150 000 066 190 000	„ „
zusammen	14 576 950 002 801 290 000	M. Kapital

gegen 29 190 605 000 M. Kapital im August 1923
„ 3 449 450 000 „ „ „ „ 1922

An **Genossenschaftsgründungen** haben im August laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
41	32	0	1	15	113
Dagegen im August 1923:					
25	17	0	0	1	127
Dagegen im August 1922:					
35	17	2	2	20	259

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im August 1924.

(Vom 1. bis 31. August im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	August 1923		August 1924		August 1923		August 1924		August 1923		August 1924		August 1923		August 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.
Landwirtschaft	12	2585	1	50 000	24	466	8	110 000	8	99	—	—	—	—	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	4	350	2	50 000	14	391	18	390 000	9	847	—	—	2	14	1	15 000
Steine und Erden . . .	8	1407	2	36 000	20	258	9	72 500	15	452	—	—	2	5	2	40 000
Metalle und Maschinen .	55	2502	5	860 000	195	2 527	29	368 000	46	2 190	2	—	58	1969	1	—
Elektrotechn. Erzeugnisse	8	185	—	—	14	171	12	144 550	10	496	1	—	6	37	—	—
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	1	1000	1	1000000	—	—	2	255 000	11	912	1	—	1	75	—	—
Fette, Oele usw. . . .	2	150	—	—	4	96	3	20 000	8	123	2	—	—	—	—	—
Chem. Indust., Heis- u. Leuchtst.	15	508	2	450 000	30	311	12	71 000	12	249	2	150000	6	11	2	10 250
Textilgewerbe	9	189	5	1762000	46	338	22	190 000	8	74	1	—	8	78	—	—
Papiergewerbe	7	231	—	—	8	142	6	73 100	5	168	—	—	—	—	—	—
Ledergewerbe	16	429	—	—	19	61	11	56 100	21	125	—	—	12	1116	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	15	857	2	50 000	28	1 227	13	108 800	43	2 842	2	—	1	—	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	43	9 341	6	502 000	110	1 948	58	830 900	2	2 011	6	576000	53	941	1	1800000
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	1	24	1	50 000	8	101	8	112 500	1	14	—	—	1	3	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	3	25	—	—	2	3	2	11 000	4	7	—	—	1	8	—	—
Graphische Gewerbe . .	7	135	1	200 000	8	89	8	44 000	18	34	1	—	4	7	1	4 000
Baugew. u. Terrain-Ges.	39	2 418	2	350 000	89	1 409	24	236 300	27	1 570	4	275000	8	21	—	—
Banken u. Versich.-Ges. .	31	28 993	7	2015000	7	54	14	76 600	10	5 221	8	11017300	1	217	1	22 000
Bahnen u. Transport-Ges.	7	392	4	710 000	16	28	16	354 100	27	483	2	—	2	19	—	—
Handel (ausser Banken)	32	2 482	5	2150000	144	1 950	28	519 500	1	1 396	5	570000	144	1292	5	30 600
Syndik., Verkaufsvereine	3	171	—	—	—	—	—	—	167	15	—	—	3	19	2	—
Sonstige Gesellschaften .	193	4478	7	1456000	212	2 406	75	840 500	447	2 861	4	57 500	27	1174	4	9 300
	516	58 851	52	11 701 000	998	21 975	378	4884450	447	22 189	41	12645800	440	7 000	20	1931150

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im August 1924: 16 585 450 003 761 000 000 M., 1923: 80 826 228 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 14 576 950 002 801 290 000 „ 1923: 29 190 605 000 „
Gesamtanspruch im August 1924: 31 162 400 006 562 290 000 M., 1923: 110 016 833 000 M.

Digitized by Google

Insgesamt sind also gegründet worden:

Aug. 1924:	56	Genossenschaften m. unb. H. und	146	Genossenschaften m. b. H.	
„ 1923:	26	„ „ „ „ „	144	„ „ „ „	
„ 1922:	57	„ „ „ „ „	278	„ „ „ „	

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im August zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

In Apolda	10	in Essen (Ruhr)	13	in Leipzig	13
„ Augsburg	12	„ Eutin	15	„ Lübeck	12
„ Bautzen	14	„ Flensburg	16	„ Lüdenscheid	10
„ Berlin	94	„ Frankfurt a. M.	19	„ München	30
„ Bielefeld	11	„ Freiburg i. Br.	16	„ Nürnberg	10
„ Bocholt	10	„ Görlitz	10	„ Plauen i. V.	11
„ Bremen	15	„ Hagen (Westf.)	10	„ Regensburg	10
„ Breslau	22	„ Hamburg	50	„ Stettin	18
„ Chemnitz	10	„ Hannover	21	„ Stuttgart (Stadt)	12
„ Coburg	12	„ Heilbronn	10	„ Traunstein	16
„ Coepenick	13	„ Höchst a. M.	12	„ Weimar	14
„ Crefeld	12	„ Kaiserslautern	11	„ Worms	12
„ Dresden	16	„ Karlsruhe	15	„ Zerbst	11
„ Düsseldorf	10	„ Königsberg i. Pr.	11	„ Zwickau	11

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im August 1924

975 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Deutsche Golddiskontbank. Der Eigenbestand der Bank an diskontierten Valuta-Wechseln und Schecks hat Ende August 6,22 Mill. Pfund Sterling betragen; in der Schweiz (nicht London), New York und vor allem bei der Reichsbank rediskontiert wurden 7,43 Mill. Pfund Sterling.

Den Privatnotenbanken ist im Bankgesetz ein Gesamtkontingent von 194 Millionen M. Banknoten zugebilligt worden. Davon entfallen laut Privatnotenbankgesetz auf die Bayerische Notenbank und Sächsische Bank je 70 Mill. M., auf die Württembergische Notenbank und Badische Bank je 27 Mill. M. Bis zur Beendigung der Liquidation der Rentenbank darf das Gesamtkontingent 8,5% des durchschnittlichen Notenumlaufs der Reichsbank nicht übersteigen.

Münzwesen. Bis Ende Juli d. J. sind insgesamt ausgeprägt worden: 51,1 Mill. M. Einmarkstücke und 93,4 Mill. M. Dreimarkstücke. An Kleingeld zu 1, 2, 5 und 10 Pfennig wurden ausgeprägt 31,75 Mill. M., an Fünfzigpfennigstücken 91,33 Mill. M.

Sparkassen. Der Einlagenbestand der deutschen Sparkassen hat laut deren Organ „Die Sparkasse" Mitte August 1 Milliarde Goldmark erreicht. Im August haben 3000 Sparkassen bzw. deren Girozentralen einen einheitlichen Sparkassenscheck eingeführt.

Bank-Kartelle. Das Kartellgericht hat auf Befragen durch den Reichswirtschaftsminister gutachtlich erklärt, daß die Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierhandel ebenso wie die „Allgemeinen Abmachungen" als Kartelle anzusehen seien.

Bankbeamte. Der Schiedsspruch vom 28. Juli, der den Bankbeamten eine tarifliche Gehaltserhöhung von 10% zubilligte, ist gegen den Widerspruch der Bankleitungen vom Reichsarbeitsminister und vom Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung für verbindlich erklärt worden.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im August 1924.

Reichsbank. Eine weitere Anzahl von Sachwert-Anleihen wird als lombardfähig erklärt. Das Institut kauft jetzt auch kurze Wechsel und Schecks auf Konstantinopel an; auf andere Plätze in der Türkei übernimmt sie solche nur zum Einzug. Löst Ende 1924 die vor acht Jahren in Zürich errichtete Vertretung auf, der in der Hauptsache die Stützung des Markkurses oblag. Stellt der Braunschweigischen Staatsbank Kredite zur Weitergabe an die Landwirtschaft zur Verfügung. Nimmt größere Silberkäufe zu Münzzwecken in Amerika vor. Die Abrechnungsstelle Crefeld wird Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes. In Salzwedel wird eine Nebenstelle errichtet und die Nebenstelle in Gandersheim nach Seesen verlegt. Präsident Schacht verhandelt in Zürich wegen größerer Rediskont-Kredite für die Deutsche Golddiskontbank, sowie wegen des Eintritts eines Mitgliedes der Schweiz. Nationalbank in die neue Reichsbank (statt eines ursprünglich in Aussicht genommenen schweizerischen Bankiers). Die Reichsbank lehnt den Vergleich mit der in Konkurs geratenen Bankfirma Karl Katz, Hannover, ab. Ueber die Umstellung der Reichsbank gemäß dem neuen Bankgesetz siehe „Die neue Reichsbank", Sept.-Heft S. 545. Reichsbankdirektor Wever, Hannover tritt in den Ruhestand. Bei der Reichsbanknebenstelle Opladen sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Siehe Deutsche Rentenbank.

Deutsche Rentenbank. Muß infolge des neuen Bankgesetzes liquidiert werden, sobald alle Rentenbank-Kredite abgewickelt sind (längstens 10 Jahre). Die Belastung der Industrie-, Handel- und Gewerbebetriebe wird aufgehoben (weil an ihre Stelle nach dem Londoner Abkommen eine solche zu Reparationszwecken tritt), während die der landwirtschaftlichen Grundstücke bestehen bleibt. Das Kapital wird von 3,2 auf 2 Md. Rentenmark herabgesetzt. Die Reichsbank hat den Gesamtbetrag der Rentenbankscheine innerhalb zehn Jahren zu liquidieren. Die Tilgung der Kredite an die Wirtschaft muß binnen drei Jahren beendet sein. Das Reich hat jährlich 60 Mill. Rentenmark abzuführen, erstmals am 1. Januar 1925. Die Tätigkeit des Instituts ist auf die Abwicklung der Rentenmarkkredite beschränkt, jedoch darf es aus dem 60 Mill. Rentenmark übersteigenden Betrag der Hypothekenzinsen jährlich 25 Mill. aussondern und einer neuzugründenden landwirtschaftlichen Kreditanstalt zur Verfügung stellen. Tritt energisch den Gerüchten über eine angeblich in Aussicht stehende Entwertung der Rentenmark entgegen. Siehe Preuß. Centralgenossenschaftskasse.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Beantragt mit den Banken der Stempelvereinigung die Zulassung der 5% Rentenbriefe der Roggenrentenbank Reihe 12 und 13 zur Berliner Börse. Ermäßigt ihren Zinsanspruch bei Rediskontkrediten zugunsten der Großbanken von 13 auf 11 Prozent.

Preußische Centralgenossenschaftskasse (Preußenkasse). Gegen die Bildung einer privaten landwirtschaftlichen Kreditanstalt aus dem Vermögen der Deutschen Rentenbank (s. d.) wird im Reichsrat von dem Vertreter Preußens vorgeschlagen, diese Mittel und Funktionen der Preußenkasse zu übertragen.

Deutsche Bank. Fordert (mit der Disconto-Ges. und der Dresdner Bank) Submissionsangebote auf 511 600 Goldpesos 5% innere Argentinische Goldanleihe von 1919 sowie (mit der Disc.-Ges.) auf 21 900 Papierpesos der 5% Stadt Buenos Aires-Anleihe von 1908 ein. Beantragt mit der Darmstädter und Nationalbank, der Berl. Handels-Ges., der Dresdner Bank, Delbrück Schickler u. Co. und Hardy u. Co. die Zulassung der Schles. Elektrizitäts- und Gas A. G. zur Berliner Börse. Direktor Komm.-Rat Paul Millington-Hermann wird in den Aufsichtsrat der Accumulatorenfabrik Berlin-Hagen gewählt. Siehe Preuß. Staatsbank.

Dresdner Bank. Fordert (mit der Deutschen Bank und der Disconto-Ges.) Submissionsangebote auf 511 600 Goldpesos 5% innere Argentinische Goldanleihe von 1909 ein. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bast A. G., Nürnberg, zur Frankfurter Börse. Verhandelt mit dem amerikanischen Staatssekretär Hughes wegen der Finanzen einzelner russischer Randstaaten, insbesondere Estland. Siehe Preuß. Staatsbank u. Deutsche Verkehrskreditbank.

Digitized by Google

Disconto-Gesellschaft. Fordert (mit der Deutschen Bank und der Dresdner Bank) Submissionsangebote auf 511 600 Goldpesos 5% innere Argentinische Goldanleihe von 1909 und (mit der Deutschen Bank) auf 21 900 Peso Papier der 5% Stadt Buenos Aires-Anleihe von 1908 ein. Die dem Institut und S. Bleichröder nahestehende Kreditna Banka, Sofia, schüttet für 1923 wieder 5% Dividende aus. Die Bank beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank, Budapest, zur Frankfurter Börse. Gründet gemeinsam mit dieser Bank und der Ungar. Discontobank eine Kunstseidenfabrik in Magga (Ungarn). Geschäftsinhaber Schlieper tritt in den Aufsichtsrat der Waren-A.-G. vorm. von Bary u. Co., Berlin (2 Mill. Gm. Kap.), Dr. Mosler in den der Oberschlesichen Eisenindustrie A. G. ein. Das Aufsichtsratsmitglied Oberbürgermeister a. D. Wilh. Marx ist gestorben. Siehe Preuß. Staatsbank.

Commerz- und Privatbank. Direktor Curt Sobernheim wird in den Aufsichtsrat der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G. berufen. Siehe Preuß. Staatsbank.

Darmstädter und Nationalbank. Löst ihre Filiale in Lindau auf. Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt tritt in den Aufsichtsrat der Schweitzer u. Oppler Komm.-Ges. a. Akt., Berlin, und Dr. Caspar, Hannover, in den der Carl Lindström A. G. ein. Geschäftsinhaber Wittenberg scheidet aus dem Aufsichtsrat der R. Heinatz A. G., Potsdam, aus. Die Bank vermittelt den Uebergang von Aktien der Adlerwerke Kleyer aus dem Stinnesschen Besitz in andere Hände. Siehe Preuß. Staatsbank und Deutsche Bank.

Mitteldeutsche Creditbank. Siehe Preuß. Staatsbank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Veröffentlicht als erste Großbank ihre Goldbilanz, die eine Umstellung des 110 Mill. M. betragenden Kommanditkapitals im Verhältnis von 5 alten Papier- zu 1 neuen Gm.-Aktie vorsieht. Das Kap. beträgt jetzt 22 Mill. Gm., der Reservefonds 5 Mill. Gm. Im einzelnen erscheinen in der Goldbilanz per 1. Januar 1924 Kasse mit 1,14 Mill. Gm. gegen 1,14 Mill. Bill. Pm. Ende 1923 und 20,22 Mill. Ende 1913, Bankguthaben und Debitoren mit 35,41 (23,05 bzw. 243,44), Wechsel mit 2,59 (1,59 bzw. 103,91), Effekten mit 4,08 (0,000 591 Bill. M. bzw. 52,85), Konsortien mit 9,36 (0 bzw. 52,44), Grundstücke mit 2,37 (0 bzw. 3,25), Bankgebäude mit 5,0 (0,000 008 Bill. M. bzw. 8,75), Gläubiger mit 31,73 (24,56 bzw. 296,82). Siehe Preußische Staatsbank und Deutsche Bank.

Aachener Bank für Handel und Gewerbe. Der Reingewinn für 1923 in Höhe von 44 548 Bill. M. (i. V. 30,2 Mill.) wird auf neue Rechnung übertragen (i. V. 40% Dividende und 50% Bonus).

Aktienbank der Jadestädte, Wilhelmshaven. Das im August 1923 gegründete Institut, das den Betrieb noch nicht aufgenommen hatte, stellt das Kap. von 1,2 Md. Pm. auf 6000 Gm. (200 000 : 1) um.

Allgäuer Bankgeschäft Hotz u. Co., Buchloe. Die Gen.-Versammlung dieser Tochterges. des Oberpfälzischen Bankvereins genehmigt das mit 6004 Bill. M. Ueberschuß abschließende Rechnungswerk für 1923 und beschließt die Fortführung des Unternehmens.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca), Leipzig. Direktor Dr. Schoen tritt in den Aufsichtsrat der Leipziger Feuerversicherungsanstalt und der Leipziger Rückversicherungsanstalt, Direktor Wilh. J. Weißel in den der Textilose- und Kunstweberei Claviez ein.

Badische Bank, Mannheim. Nach dem neuen Privatnotenbanken-Gesetz beträgt das Maximum der Notenausgabe 25 Mill. neue Reichsmark.

Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg. Weist für die Monate April bis Dezember einen Reingewinn von 367 341 Bill. M. aus bei einem Kapital von 12 Mill.

Bank für Grundbesitz, Handel und Gewerbe, Würzburg. Will nach der Umstellung des Kap. wieder erhöhen, das Stimmrecht der bisherigen Vorzugsaktien ändern und sie verpflichten, die restlichen 75% in Goldmark einzuzahlen.

Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin. Beantragt bei Vorlage der Goldbilanz eine Kap.-Erhöhung ohne Angabe des Betrages.

Digitized by Google

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Ist Mitgründerin der Rheinischen Bank für Landwirtschaft (s. d.).

Bank für Textilindustrie, Berlin. Der Reingewinn für 1923 von 133 112 Bill. M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Direktor Horschig wird in den Aufsichtsrat der Lößnitztal Textil-A.-G. gewählt.

Bank für wertbeständige Finanzierungen, Berlin. Beantragt die Zulassung der 10% Stadtschaftsbriefe des Berliner Hypothekenbankvereins zur Berliner Börse.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Comp. Die Herren Ludwig Arioni (als Geschäftsinhaber ausgeschieden) und Eugen Bandel treten aus dem Aufsichtsrat der Continentalen Bank- und Handels-A.-G. aus. Der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister a. D. Wilh. Marx ist gestorben.

Bayerische Bodenkreditanstalt, Würzburg. Die 5% Goldpfandbriefe werden zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Bayerische Handelsbank, München. Am 30. Juni sind 2251,58 kg-Feingold-Pfandbriefe (i. V. 6,28 Mill. Gm.) ausgegeben; davon sind noch 12,5 kg im eigenen Bestand. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts werden zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Am 30. Juni sind Pfandbriefe über 3 145 650 Gm. und über 121 680 Zentner Roggen im Umlauf. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind Reichsbank-lombardfähig. Der Reingewinn im Jahre 1923 hat 3,05 (nicht 3053) Billionen M. betragen.

Bayerische Landwirtschaftsbank, München. Der Reingewinn von 19 883 Bill. M. wird vorgetragen.

Bayerische Notenbank, München. Nach dem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze des Notenausgaberechts 70 Mill. neue Reichsmark betragen.

Bayerische Vereinsbank, München. Am 30. Juni sind 2,1 Mill. Gm. Pfandbriefe und 2,3 Mill. Gm. Hypotheken eingetragen. Das Institut darf 0,9 Mill. Gm. neue 5% Pfandbriefe begeben. Die wertbeständigen Anleihen werden von der Reichsbank beliehen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held wird wegen seiner Stellung als Aufsichtsrat der Bank in der völkischen Presse angegriffen.

Beamtenbank, Hagen (Westf.). Die Geschäftsaufsicht über diese eingetragene Genossenschaft m. b. H. ist durch Zwangsvergleich beendet.

Bergische Bank, Elberfeld. Das unter Geschäftsaufsicht stehende Institut weist für 1923 einen Reingewinn von 114 630 Bill. M. aus, der zur Hälfte zu Abschreibungen auf Debitoren verwandt und zur Hälfte bis zur Goldbilanz zurückgestellt werden soll.

Bergisch-Märkische Industrie-Gesellschaft, Barmen. Der Ueberschuß von 25 830 Bill. M. wird vorgetragen (i. V. 50% Dividende aus 20,2 Mill. Reingewinn).

Berliner Bank. Die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben. Zur Abwendung des drohenden Konkurses wird ein Vergleich angestrebt, bei dem kleine Gläubiger bis 200 M. voll und größere Gläubiger mit 25% befriedigt werden sollen; weitere Ausschüttungen erfolgen nach Verwertung der Masse.

Berliner Effektenbank. Das Kap. von 100 Mill. Pm. wird auf 0, 1 Mill. Gm. umgestellt; eine Erhöhung in nicht genanntem Ausmaß ist geplant.

Berliner Hypothekenbank. Am 30. Juni laufen 256,8 Mill. Pm. Pfandbriefe um; 179,8 Mill. Pm. sind gekündigt; ferner laufen 220 500 Gr. Feingold-Pfandbriefe, 1500 Zentner Roggen-Pfandbriefe und 441,0 Mill. Pm. Kommunalobligationen um. Eingetragen sind 504,5 Mill. Pm.-Hypotheken, 455,6 Mill. Pm. Komm.-Darlehen, 2 421 000 Gramm Feingold-Hypotheken und 1500 Zentner Roggen-Hypotheken.

Berliner Kredit- und Handelsgesellschaft, Berlin-Lichterfelde. Die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben und der Konkurs eröffnet.

S. Bleichröder, Berlin. Die dem Bankhaus und der Diskonto-Ges. nahestehende Kreditna Banka, Sofia, schüttet für 1923 wieder 7% Dividende aus.

Digitized by Google

Das Bankhaus beantragt als Mitglied der Stempelvereinigung die Zulassung der 5% Rentenbriefe der Roggenrentenbank zur Berliner Börse. Siehe Deutsche Verkehrskredit-Bank.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Das Bankgebäude ist bei den revolutionären Unruhen in Sao Paolo unversehrt geblieben.

Braunschweigische Staatsbank. Siehe Reichsbank.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts werden von der Reichsbank lombardiert.

Bremen-Amerika-Bank, Komm.-Ges. auf Aktien. Beantragt die Umwandlung in eine Akt.-Ges. unter Erhöhung des kürzlich auf 2 Mill. Gm. umgestellten Kapitals auf mindestens 3, höchstens 4 Mill. Gm.

Bremer Privatbank. Wird Treuhänderin für die Refundierungsanleihe der J. Roth A. G. Berlin-Burg. Reg.-Rat Hugo Staub wird in den Aufsichtsrat der Dolberg Maschinen- und Feldbahnfabrik gewählt.

Continentale Bank und Handels-A.-G., Mainz. Der Ueberschuß von 9074 Bill. M. wird als Ausgleichsposten vorgetragen. Die Herren Arioni und Bandel (Barmer Bankverein) sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Crimmitschauer Bank. Auf Antrag der Schuldner wird die Geschäftsaufsicht aufgehoben.

Danziger Bank und Handels-A.-G. Das 1920 gegründete Institut ist in Konkurs geraten.

Danziger Landwirtschaftsbank. Der Ueberschuß von 40 722 Bill. Pm. wird vorgetragen. Das Kap. beträgt 1 050 000 Danziger Gulden Stamm- und 42 000 Gulden Vorzugsaktien.

Danziger Raiffeisenbank. Der Reingewinn von 36 178 Bill. Pm. wird vorgetragen; das Kap. beträgt 4,8 Mill. Danziger Gulden.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Beantragen mit anderen die Zulassung der Schles. Elektrizitäts- und Gas A. G. und der 5% Rentenbriefe der Roggenrentenbank Berlin zur Berliner Börse.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Das Kommandit-Verhältnis zu der Bank-Kommandite H. Kahnheimer u. Co., Ludwigshafen, wird freundschaftlich gelöst.

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank, Berlin. Am 30. Juni sind 6000 Gm. 8% Pfandbriefe im Umlauf und 145 500 Gm. Hypotheken eingetragen. Die wertbeständigen Anleihen sind Reichsbank-lombardfähig.

Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank, Berlin. Direktor Müller tritt in den Aufsichtsrat der Preuß. Hypotheken-Aktien-Bank ein.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Am 30. Juni laufen 1,1 Md. Pm. Pfandbriefe, 3,5 Md. Pm. Komm.-Obligationen und 5,1 Mill. Gm. Pfandbriefe um. Eingetragen sind 1,7 Md. Hypotheken und 3,5 Md. Komm.-Darlehen. Die 10% Gold-Komm.-Obligationen werden zur Berliner Börse und zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Deutsche Hansabank, München. Beantragt nach ihrem Ausscheiden aus der Deutschen Hansabanken-Gruppe Abberufung und Neuwahl des Aufsichtsrats.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Darf 10% wertbeständige Schuldverschreibungen begeben. Siehe Deutsche Schiffspfandbriefbank.

Deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin. Die Gen.-Versammlung genehmigt den Abschluß, der einen Gewinn nicht ausweist. Das Akt.-Kap. wird von 3 Mill. Pm. auf 0,06 Mill. Gm. umgestellt.

Deutsche Länderbank, Berlin. Direktor Hellmann scheidet aus dem Aufsichtsrat der Elektro-Osmose-A.-G. aus.

Deutsche Landmannsbank, Berlin. Das von der Deutschen Raiffeisenbank im Vorjahr gegründete Institut will das 500 Mill Pm. betragende Kapital „in noch nicht festgestelltem Verhältnis" umstellen und es auf 2 Mill. Gm. erhöhen. Sie übernimmt die Bankfirma Karl Rudorff, dessen gleichnamiger Inhaber mit Direktor Dr. Seelmann (Raiffeisenbank) und Dr. Lange (desgl.) den neuen

Digitized by Google

Vorstand bildet. In den Aufsichtsrat treten Geh. Rat Dietrich und Direktor Schwarz (von demselben Institut) ein.

Deutsche Merkurbank, Berlin. Dieses Institut der Barmat-Gruppe übernimmt zur Weitergabe neue Aktien der Greifwerke, Mannheim.

Deutsche Mittelstandsbank, Berlin. Mit 1 Md. Pm. Kapital wird die Charlottenburger Mittelstandsbank e. G. m. b. H. in eine Akt.-Ges. umgewandelt.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Siehe Deutsche Landmannsbank.

Deutsche Schiffspfandbriefbank, Berlin. Das der Deutschen Hypothekenbank Berlin nahestehende Institut beschließt, das Kapital von 10 Mill. Pm. auf 0,05 Mill. Gm. umzustellen und auf 0,25 bzw. 0,30 Mill. Gm. zu erhöhen.

Deutsche Verkehrskredit-Bank, Berlin. Die Deutsche Reichsbahn übernimmt ein größeres Aktienpaket. Die Mitgründer, Dresdner Bank und S. Bleichröder, bleiben unverändert beteiligt.

Deutsche Wirtschaftsbank, Berlin. Diese Bankorganisation des Gewerkschaftsbundes der Angestellten beschließt die Kap.-Umstellung von 240 Mill. Pm. auf 24 000 Gm. und Wiedererhöhung um 226 000 auf 250 000 Gm.

Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf. Die Geschäftsaufsicht soll zum 1. September aufgehoben werden; falls sämtliche Großgläubiger einem Moratorium zustimmen, kann angeblich mit einer 100proz. Quote gerechnet werden.

Donauländische Kreditgesellschaft, München. Trägt den Ueberschuß von 171 800 Bill. M. vor und stellt das Kapital von 25 Mill. Pm. auf 0,25 Mill. Gm. um.

Elbebank, Hamburg. Geht nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht an eine neue Gruppe über und setzt ihren Betrieb fort.

Effektenbank, München. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet. (Kap. 51 Mill. M.)

Frankfurter Handelsbank (vormals Frankf. Viehmarktsbank). Die Gen.-Versammlung genehmigt den dividendenlosen Abschluß Das Goldkap. wird etwa die Hälfte des letzten Friedenskap. (0,5 Mill.) betragen.

Frankfurter Hypothekenbank. Ende Juni 1924 beträgt der Pfandbriefumlauf (in Mill. M.) 516,6 gegen 516,7 Ende Dezember 1923, die Hypotheken 459,1 (465,9), die Ersatzdeckung 10 500 (unverändert), der Umlauf an Komm.-Obligationen 355,44 (355,39) und der Bestand an Komm.-Darlehen 15 104 (15 215).

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken, Berlin. Bis 30. 6. 1924 haben sich die Umlaufziffern gegen 31. Dezember 1923 wie folgt erhöht: Goldpfandbriefe auf 8160 kg (7261), Goldkomm.-Obligationen 15 931 kg (11 345), Papiermark-Pfandbriefe auf 924 Md., Pm.-Komm.-Obligationen 7,49 Md.

Getreidefuttermittel-Bank, Komm.-Ges. a. Akt., Bremen. Bei 65 680 Bill. M. Reingewinn für 1923 betragen die Kreditoren 108 319 Bill. M.

Getreidekredit-A.-G., Magdeburg. Beantragt Kap.-Umstellung von 2,5 Md. Pm. auf 0,4 Mill. Gm. und Wiedererhöhung auf 1 Mill. Gm.

Getreidekreditbank, Mainz. Gibt bezüglich der Kap.-Umstellung keine Ziffern bekannt.

Gewerbebank Böblingen. Stellt das Kap. von 0,6 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. um.

Gewerbebank Köln. Das 1923 mit 50 Mill. Pm. Kap. errichtete Institut will das Kap. zusammenlegen und kein Kapitalentwertungskonto in die Goldbilanz einstellen.

Gebr. Haldy A. G., Bank; Saarbrücken. Erleidet durch eigenmächtige Dispositionen eines Prokuristen einen größeren Verlust.

Hamburger Handelsbank. Ein Vergleichsvorschlag wird angenommen, nach dem 25% sofort und weitere 25% noch im Laufe dieses Jahres bezahlt werden. Aus dem Vermögen des Instituts wird die G. m. b. H. Ostseebad Heiligendamm verkauft.

Digitized by Google

Hamburger Privatbank von 1860. Die Geschäftsaufsicht ist am 21. August d. J. aufgehoben worden.

Handelsbank, Berlin (früher Berliner Viehkommissions- u. Wechselbank). Die Gen.-Versammlung beschließt, den Ueberschuß von 451 742 (i. V. 29 Mill.) zur Auffüllung der Substanz zu verwenden (30% Dividende). Die Entwicklung bei der Berliner Viehverkehrsbank (Tochtergesellschaft) wird als zufriedenstellend bezeichnet.

Handels- u. Gewerbebank Godesberg. Wird aus einer Akt.-Ges. in eine Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung umgewandelt.

Hannoversche Bodenkredit-Bank, Hildesheim. Per 30. Juni d. J. laufen um bzw. sind eingetragen: 19,8 Mill. Pm. Pfandbriefe, 19,96 Mill. Pm. Hypotheken, je 25 Mill. Goldpfandbriefe und Goldhypotheken, 1,05 Mill. Pm. Komm.-Oblig. und 1,35 Mill. Pm. Komm.-Darlehen.

Hansa- und Gewerbebank, Magdeburg. Nimmt eine Neuwahl des Aufsichtsrats vor.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Beantragen mit anderen die Zulassung der jungen Aktien der Schles. Elektriz. u. Gas-A.-G. zur Berliner Börse.

Hessische Landes-Hypothekenbank, Darmstadt. Am 30. 6. d. J. laufen um bzw. sind eingetragen (in Mill. Pm.): 107,5 Pfandbriefe, 178,9 Komm.-Obl., 39,6 Hyp.-Forderungen, 100,5 Wertpapiere, 78,6 Komm.-Darlehnsforderungen und 150 Wertpapiere.

Hohenlohebank Oehringen. Weist 36 353 Bill. M. „buchmäßigen Ausgleich" aus, von dem 30 000 Bill. M. als Aufwertungsfonds dienen und der Rest vorgetragen wird.

Hypothekenbank in Hamburg. Am 30. Juni cr. betragen Registerhypotheken 1,5 Md. Pm., Register-Wertpapiere 13,5 Md. Pm.; es laufen 1,5 Md. Pm. Pfandbriefe um, ferner 0,99 Mill. Goldpfandbriefe, denen 1,1 Mill. Register-Goldhypotheken gegenüberstehen.

Bankhaus E. Jordan u. Co., Komm.-Ges. a. A., Hamburg. Soll in eine Akt.-Ges. umgewandelt werden.

Kölner Bankverein. Die Gen.-Versammlung soll „über die künftige Entwicklung" der Ges. beschließen.

Kredit- und Handelsbank, Berlin. Der Reingewinn von 10 858 Bill. M. wird vorgetragen.

Kriegskreditbank, Kassel. Beantragt die Liquidation.

Richard Landauer Bank A. G. in Konkurs, Berlin. Der vorläufigen Aktivmasse von 83 000 Gm. stehen 800 000 Gm. Passiva gegenüber; die Gläubiger haben zur Zeit mit etwa 6¾% zu rechnen.

Landbank, Berlin. Der Reingewinn von 46 540 Bill. M. wird zum Ausgleich der Substanzverluste verwendet.

Landesbank bayerischer Grund- u. Hausbesitzervereine, München. Das Kap. wird von 1 Mill. Pm. auf 0,02 Mill. Gm. umgestellt.

Landwirtschaftliche Bank, Danzig. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 126 727 Bill. M. zur Auffüllung des Akt.-Kap. zu verwenden und dieses von 150 Mill. Pm. auf 1,5 Mill. Danziger Gulden umzustellen.

Lewinsky, Retzlaff u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Weist für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 31. Dezember 1923 einen auf neue Rechnung zu übertragenden Reingewinn von 151 028 Bill. Mark aus.

Lloydbank, Neuenkirchen. Ist — mit Zweigniederlassung in Berlin — mit 234,09 Mill. Pm. Aktienkapital aus dem Spar- und Vorschußverein in Neuenkirchen hervorgegangen.

Mecklenburgische Hypotheken- u. Wechselbank, Schwerin. Am 30. Juni cr. sind 2,3 Mill. Gm. Goldpfandbriefe im Umlauf.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Neustrelitz. Am 30. Juni 1924 sind 8,7 Mill. Mark Pfandbriefe im Umlauf und 8,9 Mill. Mark Hypotheken eingetragen.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Beantragen mit Anderen die Zulassung weiterer 5% Rentenbriefe der Roggenrentenbank Berlin (s. d.) zur Berliner Börse.

Digitized by Google

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Am 30. Juni cr. laufen um bezw. sind eingetragen (in Mill. Pm.): 42,2 Pfandbriefe, 21,0 Grundrentenbriefe, 5,9 Mill. Komm.-Oblig., 30,0 Hypotheken und 5,8 Komm.-Darlehen.

Mittelfränkische Bank A. G. in Liqu., Nürnberg. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet.

Muldentalbank, Kolditz. Das 1923 von lokalen Kreisen gegründete Institut soll wieder liquidiert werden.

Münchener Effektenbank. Siehe Effektenbank.

Niedersächsische Landesbank, Bodenwerder. Ueber das Vermögen des Instituts ist der Konkurs eröffnet worden.

Nordbayerische Handels- und Gewerbebank, Nürnberg. Das bisher unter Geschäftsaufsicht stehende Institut geht in Konkurs.

Norddeutscher Bankverein, Berlin. Das Unternehmen, dessen Aktienmehrheit sich in den Händen mehrerer bekannter Provinzbankiers befindet, soll liquidiert werden.

Oberfränkischer Bankverein Holtz u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Weiden. Die Gen.-Versammlung genehmigt die mit 12 508 Bill. Mark abschließende Bilanz für 1923 und beschließt die Liquidation. Siehe Allgäuer Bankgesellschaft.

Oberrheinische Bankanstalt, Koblenz. Das 1919 mit 1 Mill. Mark Aktienkapital errichtete Institut beantragt die Umstellung des Aktienkapitals von 80 Mill. Mark auf 0,4 Mill. Gm. und Wiedererhöhung auf 1 Mill. Gm. Errichtet in Lindau i. B. und Waldshut a. Rhein Filialen.

Ostbank für Handel u. Gewerbe, Königsberg i. Pr. Stellt das Kapital auf 2 Mill. Goldmark um und verdoppelt es auf 4 Mill. Gm.; der Erwerb der Ostdeutschen Privatbank, Berlin, wird gutgeheißen.

Ostdeutsche Privatbank, Berlin. Wird von der Ostbank für Handel und Gewerbe übernommen.

Pfälzische Bankgesellschaft, Bruchmühlenbach. Das mit 10 Md. Aktienkapital arbeitende Institut geht in Konkurs.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Preußische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin. Am 30. Juni cr. sind eingetragen bezw. im Umlauf: 316,3 Mill. Pm. Pfandbriefe, 235,6 Millionen Pm. Hypotheken, 101,2 Mill. Wertpapiere und Banknoten, 105,9 Mill. Kommunal-Oblig. und 108,6 Mill. Komm.-Darlehen. Infolge des Uebergangs der Aktienmehrheit an die Barmat-Gruppe treten in den Aufsichtsrat u. a. ein: Generaldirektor Julius Barmat, Berlin, Mitglied des Reichstages Lange-Hegermann, Bottrop, Geheimer Oberfinanzrat Thieme (Kurmark) Berlin, Direktor Erich Müller, Berlin (Deutsche Girozentrale), Mitglied des Landtages Freiherr v. Paen-Dülmen, Regierungsrat Hugo Staub (Bremer Privatbank) Berlin, Direktor Henry Barmat, Berlin, Mitglied des Landtages Ernst Heilmann, Berlin. Aus dem alten Aufsichtsrat wurde nur Geheimrat Frenkel (Jacquier u. Securius) Berlin und Dr. Wallich (J. Dreyfus u. Co.) übernommen. Die Gen.-Verslg. trägt den Reingewinn von 1 389 Bill. Mark vor.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Am 30. Juni waren im Umlauf bezw. eingetragen: 330,4 Mill. Pm. Pfandbriefe, 254,3 Mill. Komm.-Oblig., 286 377 kg Feingold Pfandbriefe, 322,9 Mill. Hypotheken, 3,8 Md. Staatspapiere, 252,3 Mill. Komm.-Darlehen, 15,2 Bill. Staatspapiere und 286 377 kg Feingold Hypotheken.

Preußische Zentralbodenkredit A. G., Berlin. Am 30. Juni cr. sind neben 746 Mill. P. M. alten Papiermarkpfandbriefen und 8 733 Mill. P. M. Kommunal-Oblig. im Umlauf: 1 158 550 Ztr. Roggenpfandbriefe (31. Juli 1923: 804 597 Zentner) und 269 324 Ztr. Roggenkomm.-Oblig. (218 250). Die Emission von Goldpfandbriefen hat sich erhöht auf 5 480 080 G. M. (4 795 400) und die von Goldkomm.-Obligationen auf 1 878 610 (1 445 500).

Preysing-Bank, Komm.-Ges. a. Akt., Deggendorf. Die Gläubigerquote wird auf 20 bis 25 Prozent geschätzt.

Rheinische Bank für Landwirtschaft, Düsseldorf. Ist mit 0,5 Mill. Gm. Aktienkap. in das Handelsregister eingetragen worden. Mitgründer

Digitized by Google

ist die Bank für Landwirtschaft, Berlin. Das Institut hat die alte Düsseldorfer Bankfirma Daniel Bockamp übernommen.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Der Vizepräsident Geh. Rat Exz. Dr. Albert Bürklin ist gestorben.

Rheinische Handelsbank, Mannheim. Bei der Kap.-Umstellung von 205 Mill. Pm. auf 205 000 Gm. entfallen auf 20 000 Mark alte M. 20 neue Aktien.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind Reichsbank-lombardfähig.

Rheinische Kreditanstalt, Komm.-Ges. a. Akt., Köln. Beantragt Kap.-Umstellung von 325 Mill. Pm. auf 273 000 Gm.

Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank, Köln. 2 Mill. Goldmark 10% Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Roggenrentenbank, Berlin. Die Pfandbriefe unterliegen nur der ermäßigten Wertpapiersteuer. Die unter Führung der Preußischen Staatsbank (s. d.) stehende Stempelvereinigung beantragt die Zulassung der 5% Rentenbriefe Reihe 12 und 13 zur Berliner Börse.

Sächsische Bank, Dresden. Nach dem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze des Notenausgaberechts 70 Mill. neue Reichsmark betragen.

Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden. Am 30. Juni d. J. sind im Umlauf bezw. eingetragen: Pfandbriefe 284,4 Mill. P. M., Hypotheken 260,2 Mill. P. M., Wertpapiere 70 Mill. P. M., Kommunal-Obligationen 2,1 Md. P. M., Kommunaldarlehen 2,2 Md. P. M., Pfandbriefe 8,7 Mill. G. M. und Hypotheken 8,7 Mill. Goldmark. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind Reichsbank-lombardfähig.

Sächsische Getreidekreditbank, Dresden. Der Reingewinn für 1923 von 50 596 Bill. Mark geht in der Goldbilanz auf. Die Gen.-Versammlung stellt das Kapital von 2,02 Md. P. M. auf 35 000 Gm. um und erhöht es um 100 000 Goldmark.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Beteiligt sich kommanditistisch an der Leipziger Bankfirma Bruhn u. Schmidt. Direktor Schaumburg tritt in den Aufsichtsrat der Wezel u. Naumann A. G. in Leipzig ein.

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Das Aufsichtsratsmitglied Oberbürgermeister a. D. Wilh. Marx ist gestorben.

Bank E. von Stein u. Co., Berlin. Eine „I. B. Kutisker-Verwaltungs-G. m. b. H." in Berlin ist mit 5000 Goldmark Kapital für die Verwaltung der von Direktor K. übernommenen Aktien errichtet worden.

Gebr. Stern, Dortmund. Die Geschäftsaufsicht ist auf Antrag der Bankfirma aufgehoben worden.

Süddeutsche Bodenkreditbank, München. Die wertbeständigen Anleihen des Instituts sind zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Der Rohgewinn für 1923 beträgt 1 872 800 Gm., wovon 1 476 923 Gm. zur Verstärkung des Eigenkapitals auf 1,5 Mill. Gm. verwandt werden. Die Rücklage erhält 105 620 Gm., die Thüringische Landeshauptkasse 211 240 Goldmark.

Treuhandbank für elektrische Industrie, Berlin. Wird aufgelöst. Liquidatoren sind Generaldirektor Karl v. d. Herberg, Köln-Müllheim, u. Komm.-Rat Dr. Paul Mamroth, Berlin.

Waldeckische Bank, Bad Pyrmont. Der Gewinnsaldo von 1923 mit 26,7 Bill. Mark ist bei der Kap.-Umstellung mitverrechnet und das Kapital von 0,3 auf 0,15 Mill. Goldmark herabgesetzt worden.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Vermittelt der Kali-Industrie Kredite in Amerika (Gruppe Chase Nat. Bank) und verhandelt mit der New Yorker Firma Dillon und Read wegen weiterer industrieller Kredite.

Warenkreditbank, Berlin. Es soll ein Schutzverband der Aktionäre gegründet werden.

Westdeutsche Landbank, Osnabrück. Die Gen.-Versammlung des vor Jahresfrist mit 1 Md. Pm. Aktienkap. gegründeten Instituts soll über die „weitere Gestaltung" der Gesellschaft beschließen.

Digitized by Google

Wirtschaftsbank für Niederdeutschland, Bielefeld. Errichtet in Bielefeld eine Zweiganstalt.

Württembergische Notenbank. Nach dem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze des Notenausgaberechts 25 Mill. neue Reichsmark betragen.

Württembergischer Creditverein A. G. Die Pfandbriefe des Instituts unterliegen nur der ermäßigten Wertpapiersteuer.

Bank Zeitz-Zeuge, Saarbrücken. Der Reingewinn für 1923 beträgt 3683 Frcs.; eine Dividende wird nicht verteilt.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Geh. Hofrat Intelmann wird in den Bezirksausschuß der Reichsbankhauptstelle Stuttgart berufen. Direktor Dr. Bausback tritt in den Aufsichtsrat der Baumwollspinnerei Unterhausen ein. — Im September-Heft muß es heißen: Direktor Dr. Kramm (nicht Kramer) tritt in den Aufsichtsrat der Gebr. Spohn A. G. (nicht Spann) ein.

Zahlungseinstellungen usw. Die Berliner Bankfirmen Willi Bruss u. Weidemann u. Co. schließen die Schalter; Inhaber und Geschäftsführer sind flüchtig. In Konkurs geraten die Berliner Kredit- und Handels-G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, die Danziger Bank u. Handelsgesellschaft A. G., die Effektenbank München, die Mittelfränkische Bank A. G. in Liqu., Nürnberg, die Nordbayerische Handels- u. Gewerbebank, Nürnberg, die Niedersächsische Landesbank, Bodenwerder, die Pfälzische Bankgesellschaft A. G., Bruchmühlenbach, die Volksbank e. G. m. b. H., Nürnberg, und der Bankier Kurt Wagner, Elberfeld. Unter Geschäftsaufsicht tritt die Gewerbebank Ingolstadt e. G. m. b. H. Beendete Geschäftsaufsichten: Schwab, Noelle u. Co., Essen (durch Zwangsvergleich; Kosten 147 000 Gm.! Die Gläubiger erhalten nur 21,5% ihrer Forderungen.), Berliner Bank A. G., Elbebank, Hamburg, Hamburger Privatbank von 1860, Crimmitschauer Bank, Bankfirma David Homburger, Berlin, deren Gläubiger voll befriedigt werden, Bankgeschäft Hermann Wertheim, Berlin (Zwangsvergleich), Bankfirma Heinrich Schaumann, Siegen, Hamburger u. Co., Hamburg, Beamtenbank e. G. m. b. H., Hagen i. W. (Zwangsvergleich), Vereinsbank Maulbronn e. G. m. b. H. und Weitzer u. Co., Bankges., Chemnitz. Siehe auch Bergische Bank, Elberfeld, Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf, Muldenthalbank, Kolditz, Richard Landauer Bank, Berlin, Effektenbank, München, Gebr. Stern, Dortmund.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1924.

IV. Nachfolgestaaten der Oesterr.-Ungar. Monarchie.

Deutsch-Oesterreich. Oesterreichische Nationalbank. Der Bankdiskontsatz wird ab 4. Juni von 9 auf 12 Prozent heraufgesetzt. Die Dividende für das 1. Geschäftsjahr beträgt 8½% aus 3,9 Mill. Goldkronen Reingewinn. Der Barschatz beträgt am Jahresende 56½% des Gesamtnotenumlaufs, das Wechselportefeuille hat sich im ersten Halbjahr 1924 mehr als verdoppelt, da das Institut die Bankenkrisis (siehe weiter unten) durch große Kredite zu mildern versucht hat. Sie hat dem Bankenverband für Stützungszwecke 300 Milliarden Kr. zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung überweist Anfang April 5,5 Mill. Kr. Gold aus dem Erlös der Völkerbundsanleihe, wodurch sich die Darlehnsschuld des Bundes auf 2295 Md. Kr. ermäßigt. Die der Wertpapierarbitrage entstammende legale Budapester Inlandsauszahlung darf zum Effektenkauf verwendet und übertragen werden. Die Bank wird durch Präsentation falscher Schecks um etwa 1 Milliarde Kr. geschädigt. Präsident Dr. Reisch erklärt gegenüber gewissen Gerüchten, daß die österreichische Währung absolut gesichert sei, und daß die Bank auch die stärksten Devisenanforderungen glatt befriedige. Da der Bank übermäßige Kreditgewährung,

Digitized by Google

insbesondere das Diskontieren von Finanzwechseln, vorgeworfen wird, tritt ein Wechsel in der Person des „Beraters" der Bank ein; der neue Berater ist Prof. Jan Gyn aus Leyden.

Oesterreich-Ungarische Bank in Liqu. Die in England befindlichen Vermögensteile und Forderungen des Instituts bleiben weiter sequestiert. Die Nachfolgestaaten kompensieren die Hypothekarforderungen des Instituts, die durch die in ihren Territorien gelegenen Immobilien sichergestellt sind, mit ihren Ansprüchen an die Liquidationsmasse. Die Bank liefert als letzte Rate 5 255 000 Gkr. an die Nationalbank von Rumänien ab.

Währung. Ende Juni notieren in Wien (in Kronen): Amsterdam 26 700 (Ende Dezember 26 970), Zürich 12 605 (12 395), London 306 700 (307 700). — Ende Juni erfolgt die Ausgabe von Silber-Schillingen (Nennwert 1 Goldkrone, Silbergehalt etwa 50 Prozent), die sofort thesauriert und vielfach mit Agio aufgekauft werden.

Finanzkontrolle. Der vom Völkerbund ernannte Kommissar Dr. Zimmermann legt Protest gegen die beabsichtigte Steigerung der Haushaltsausgaben von 350 auf 520 Mill. Goldkronen ein, da die österreichische Steuerkraft geschont werden müsse.

Bankenkrisis. Infolge großer Verluste an Francs-Spekulationen und infolge von Kreditkündigungen, die sich daran anschließen, geraten zahlreiche österreichische Banken in Zahlungsschwierigkeiten (siehe Zahlungseinstellungen und Oest. Nationalbank). Bei der Prüfung der Bücher stellt es sich heraus, daß die Banken vielfach von Aufsichtsräten und Großaktionären mißbraucht worden sind. Eine Bankenkommission berät über Maßnahmen zum Schutze des Publikums gegen fraudulöse und leichtfertige Depositen-Verwaltung durch die Banken. Geplant ist die Errichtung eines Instituts nach dem Muster der ungarischen Geldinstitutszentrale. Ferner sollen die notleidenden Klein- und Mittelbanken an große Banken angegliedert oder unter einander verschmolzen werden. Die Bankverwaltungen sollen einer strengen Haftung für die Bankgelder unterworfen und zur Aufstellung von Zweimonatsbilanzen veranlaßt werden.

Bankzinsen. Infolge der Heraufsetzung des offiziellen Bankdiskonts erhöhen die Wiener den Einlagezins um 2%, mithin den Zins für Scheckeinlagen auf 9%, und den für befristete Gelder auf 10 bis 12%, je nach Dauer. Der Debetzins wird um 1½% für Handelskredite und um 3% für Spekulationskredite (mit Effektenunterlage) erhöht.

Die Börsenbesuchssteuer wird am 1. Juni von 100 auf 50 Goldkronen herabgesetzt.

Zahlungseinstellungen. Die Oberösterreichische Handels- u. Gewerbebank, Linz, (Kreditgenossenschaft) schließt infolge eines Runs ihre Schalter. — Die alte Bankfirma Theodor Kantor u. Co. wird vom Bankenverband gestützt. — Mit 1 Md. Kr. Passiven wird das Wiener Bankhaus Max Großmann insolvent; ein Ausgleich auf der Grundlage von 20—25% soll versucht werden. — Siehe Adriatische Bank, Allgemeine Depositenbank, Allgemeine Handels- und Gewerbebank, Allgemeine Industriebank, Austro-Orientbank, Deutsche Bodenbank, Oesterreichische Holzbank, Wiener Lombard- und Escomptebank und Salzburger Handels- und Gewerbebank.

Adriatische Bank, Wien. Gerät infolge großer Verluste an Francs-Spekulationen in Zahlungsschwierigkeiten; Großaktionär ist, ebenso wie bei der gleichfalls insolventen Deutschen Bodenbank (s. d.), Samuel Bronner.

Agrarbank für die Alpenländer, Innsbruck. Erhöht das Kapital von 1,2 auf 3 Md. Kr. Bezugsangebot 250%.

Agrar-Bank, Graz. Schüttet für das erste Geschäftsjahr 20% Dividende aus und verdoppelt das Kapital auf 1 Md.; Bezugspreis 2:1 zu 250%. Die Hälfte der neuen Aktien wird von der Allgemeinen Oesterreichischen Bodencreditanstalt übernommen.

Allgemeine Depositenbank, Wien. Gerät infolge erheblicher Verluste an Geschäften von aktiven oder ehemaligen Verwaltungsmitgliedern, die zugleich Großaktionäre und Debitoren sind (Castiglioni), in Zahlungsschwierigkeiten. Die Oesterr. Creditanstalt, die Bodenkreditbank, die Niederösterr. Eskompte-

Digitized by Google

Ges., der Wiener Bankverein und die Unionbank vereinbaren mit Castiglioni die Uebernahme von 3 Millionen Stück Depositen-Bank-Aktien zum halben Börsenkurse aus seinem Besitz. Die Erben des früheren Präsidenten der Prager Handelskammer, Bondy, erstatten gegen Castiglioni Strafanzeige. Ein Angebot der Deutschen Girozentrale, 600 000 Dollar vorzuschießen, wird abgelehnt. Der größere Teil des Verwaltungsrats, darunter Präsident Goldstein, die Vizepräsidenten Drucker, Sachsel u. Baron Kohorn, sind zurückgetreten. Als Vertreter der vorgenannten Banken wird Hofrat von Barta, der auch in den Vorstand eintritt, Präsident des Verwaltungsrats; Vizepräsident bleibt Oberdirektor Tuma von der Prager Kreditbank. Die Interventionsbanken treten jedoch zurück, da die Mittel des Instituts zu stark immobilisiert seien. Die Verwaltung beantragt daher die Liquidation; sie will die kleinen Einleger schleunigst befriedigen und die während der Garantiefrist der Großbanken geleisteten Einlagen zurückerstatten. Zu diesem Zwecke wird mit einer englischen Gruppe wegen Beteiligung unterhandelt; jedoch ohne Erfolg. Die Bank hat vor der Zahlungsstockung noch bei einer Reihe von Gründungen mitgewirkt, so bei derjenigen der Alpia Alpenländische Glasindustrie A. G., der Fett- und Kraftfutter-Fabriken A. G. und der Schmidt, Trojan u. Co. A. G. für Exporthandel.

Allgemeine Handels- u. Gewerbebank, Graz. Das mit 500 Mill. Kr. arbeitende Institut, das bereits seit längerer Zeit in Schwierigkeiten ist, beantragt Geschäftsaufsicht und Ausgleichsverfahren.

Allgemeine Industriebank, Wien. Das aus der Wiener Filiale der Böhmischen Industrialbank hervorgegangene Institut ist durch verschiedene Beteiligungen festgelegt und in Schwierigkeiten geraten. Eine Stützungsgruppe von Banken gibt ihm ein Darlehen von 15 Md. Die Bank sucht später um Eröffnung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens zwecks Liquidation nach und bietet eine Quote von 50%. Die Amsterdamer Bankfirma Einhorns Söhne, die ca. 2 Mill. Stück Aktien des Instituts besitzt, tritt Gerüchten entgegen, daß sie das Institut durch Francs-Spekulationen geschädigt habe, und erklärt sich zur eventuellen leihweisen Hergabe von 8 Md. Kr. bereit.

Allgemeine Oesterreichische Bodencreditanstalt, Wien. Erzielt i. J. 1923 einen Reingewinn von 76,2 (plus 61,5) Md. Kr., woraus eine Dividende von 12 000 Kr. (3600) je Aktie verteilt wird. Das Institut nimmt an der Agrarbank in Graz durch Uebernahme der Hälfte von deren jungen Aktien Interesse. Die Einführung der Aktien des Instituts an der Pariser Börse wird genehmigt. Die Schweizerische Bankgesellschaft führt die Aktien an den Schweizer Börsen ein. Siehe Allgemeine Depositenbank.

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Der Reingewinn beträgt 30 117 (7 835) Mill. Kr., die Dividende 5000 gegen 2000 Kr. je Aktie. Ueber die Bank kursieren im Juni ungünstige Gerüchte, da größere Auslandskredite gekündigt worden sind; die Bank kommt jedoch ihren Verpflichtungen prompt nach.

Alpenländische Vereinsbank, Innsbruck. Verteilt wieder 250 Kr. Dividende.

Anglo-Austrian Bank Ltd. Will für 1923 auf die Stammaktien 1 sh = 5% (gegen 6 sh = 2½% i. V.) Dividende verteilen. Gründet mit der Firma Bosel die Joseph Kutscher u. Co. Ver. Chemische Industrie- u. Handels-A. G. (1,5 Md. Aktienkap.) Ist zur Ausgabe von 2 Mill. Pfd. Stlg. Aktien autorisiert, von denen bisher nur 1 406 370 Lstr. ausgegeben sind. Die Begebung des Restes soll demnächst erfolgen.

Austro-Orientbank, Wien. Ueber das Vermögen des seit einiger Zeit infolge Direktions-Spekulationen in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Instituts, das 1921 aus der Ersten Oesterreichischen Beamtenkreditanstalt hervorgegangen ist, wird das Ausgleichsverfahren verhängt. Die Passiven stellen sich auf 4 Md. Kr.

Austro-Polnische Bank, Wien. Das junge Institut wird bei voller Befriedigung aller Gläubiger liquidiert. Siehe Internationale Handelsbank.

Bank- u. Wechselstuben A. G. Merkur. Siehe Merkurbank.

M. L. Biedermann u. Co., Bank-A. G., Wien. Die dem Institut nahestehende Handels-A. G. erhöht das Kap. von 100 auf 120 Mill. Kr.

Braubank, Wien. Verteilt je 50 000 Kr. (i. V. 14 000 Kr.) Dividende für 1923.

Digitized by Google

Britisch-Oesterreichische Bank- u. Handels-A.-G., Wien. Der Reingewinn des Jahres 1923 beträgt 2569,4 (i. V. 1935,4) Mill. Kr., die Dividende 6000 (500) Kronen. Gründet die Astra Naphtha-A.-G. (2,4 Md. Kap.). Die von dem Institut in eine Akt.-Ges. umgewandelte Schrauben- und Metallwarenfabrik Bartelmus sucht um das gerichtliche Ausgleichsverfahren nach. Das Comité Commercial des Potasses d'Alsace eröffnet in Wien bei der Firma E. Hock, Kunstdüngerabteilung des Instituts, ein Verkehrsbüro. Siehe auch Britisch-Ungarische Bank unter Ungarn.

Centralbank der deutschen Sparkassen. Siehe Zentralbank.

Centraleuropäische Länderbank, Wien. Schüttet für 1923 eine Dividende von 6% (i. V. 3%) auf die Stammaktien aus; auf die Vorzugsaktien entfallen 7,53 gegen 6,60%. Die Nettodividende nach Abzug der französischen Steuer beträgt 4,73 Frcs. für die Stamm- und 6 Frcs. für die Vorzugsaktien.

Deutsche Bodenbank, Wien. Schließt Mitte Mai ihre Schalter und sucht ein gerichtliches Ausgleichsverfahren nach. Die Uebernahme eines Aktienpaketes durch die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sowie die Zentralbank der deutschen Sparkassen scheitert. Den Passiven von 30 Md. stehen Aktiven von 8 bis 10 Md. Kr. gegenüber. Der geschäftsführende Verwaltungsrat Dr. Hedenigg, dessen Spekulationen mitschuldig an den Verlusten sind, wird in Haft genommen. Weitere Verluste werden auf die Spekulationen des Grossaktionärs Samuel Bronner zurückgeführt.

Wiener Merkantilbank. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 600 auf 2000 Mill. Kr. zwecks Uebernahme der Transitverband A. G. und ändert die Firma in Wiener Transit-Handelsbank.

Deutsche Creditanstalt, Wien. Erhöht das Kap. von 1918 auf 600 Mill. Kr. und bietet den Aktionären 660 000 Namensaktien von je 400 Kr. und 320 000 Inhaberaktien an.

Erste Oesterreichische Sparkasse, Wien. Will zur Instandsetzung der Wiener Häuser langfristige, amortisierbare Reparaturkredite zu sehr mäßigem Zins gewähren.

Export- und Industriebank, Wien. Beantragt eine Kap.-Erhöhung um einen ungenannten Betrag und verteilt für 1923 eine Dividende von 140 (i. V. 100) Kronen.

Internationale Handelsbank, Wien. Plant eine engere Verbindung mit der Austro-Polnischen Bank (s. d.)

Kärtner Bank, Klagenfurt. Beantragt eine Kap.-Verdopplung auf 600 Mill. Kr.

Kaufmännische Kreditanstalt, Graz. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 15 auf 1500 Mill. Kr.

Kompaß, Allgemeine Kredit- und Garantiebank, Wien. Will die Wiener Kaufmannsbank (s. d.) übernehmen.

Mercurbank, Wien. Aus dem Reingewinn von 34 804,2 (i. V. 8 250,1) Mill. Kr. wird für 1923 eine Dividende von 70 000 (2 500) Kronen, d. i. 233⅓% (88⅓%) ausgekehrt. Das Institut, an dem die Darmstädter- u. Nationalbank maßgebend beteiligt ist, gründet u. a. die Wiener Bleistiftwerke A. G.

Nationale Bank- u. Wechselstuben-A.-G., Wien. Die Generalversammlung beschließt die Ausschüttung einer Dividende von 1000 (i. V. 200) Kronen je Aktie.

Neue Wiener Bankgesellschaft. Der Reingewinn beträgt 2013,6 (i. V. 366,1) Mill. Kr., die Dividende 120 (80) Kr.

Niederösterreichische Bauernbank, Wien. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 1 auf 3 Md.

Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, Wien. Aus 65 741 (i. V. 13 907) Mill. Kr. Reingewinn für 1923 verteilt die Gen.-Versammlung 15 000 (3000) Kr. Dividende. Gründet die Schrems-Gros-Siegharter Strickwarenfabriken A. G. Siehe Allgemeine Depositenbank.

Niederösterreichische Gewerbe- u. Handelsbank, Wien. Schüttet 200 (i. V. 40) Kronen Dividende für 1923 aus.

Nordisch-Oesterreichische Bank, Wien. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 300 auf 800 und weiter auf 2000 Mill. Kr.

Digitized by Google

Oesterreichische Central-Bodencreditbank, Wien. Die Gen.-Versammlung heißt eine Kap.-Verdopplung auf 6 Md. Kr. gut. Bezugspreis 70 000 Kr. je Aktie (3333⅓%). Gründet die Mollner Holzwarenfabriken u. Segelwerke.

Oesterreichische Creditanstalt für Handel u. Gewerbe, Wien. Der Reingewinn für 1923 beträgt 75 850,5 (i. V. 21 708,5) Mill. Kronen; die Dividende 9300 (3200) Kr., d. s. 284¼ (100) Prozent. Die jungen Aktien werden zur Berliner u. Frankfurter Börse zugelassen. Gründet die Wollwäscherei A. G. und das Exportsyndikat der Wiener Papierfabriken „Ibul". Die dem Institut nahestehende Automobilfabrik Perl erhöht das Kap. von 300 auf 350 Mill. Kr.

Oesterreichische Holzbank, Wien. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten.

Oesterreichische Industrie- und Handelsbank, Wien. Schüttet aus 4440 Mill. Kr. Reingewinn für 1923 eine Dividende von 600 (i. V. 120) Kronen aus. Als vorbereitender Schritt für die Verschmelzung mit der Zentralbank der Deutschen Sparkassen, die durch Aktienumtausch etappenweise durchgeführt wird, tritt Generaldirektor Rakus zurück; er wird Präsident des Verwaltungsrats, während Dr. Marquet Generaldirektor wird.

Oesterreichische Kaufmännische Bank, Wien. Verteilt für 1923 aus 108 015 Mill. Kr. Reingewinn 24% Dividende und beantragt eine Kap.-Erhöhung von 3½ auf 5 Md. Kr.

Oesterreichisches Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen u. Arbeiten. Der Reingewinn für 1923 stellt sich auf 4810 Md., die Dividende auf 7000 (i. V. 1500) Kr. Gründet die Planer A. G. für technische und elektrotechnische Vertriebe (1,5 Mill. Kr. Kap.).

Salzburger Handels- u. Gewerbebank. Schließt infolge eines Runs ihre Schalter. Eine Stützungsaktion wird eingeleitet.

Salzburger Kredit- u. Wechselbank. Dieses Tochterinstitut der Bayr. Hypotheken- u. Wechselbank schüttet aus 558 (i. V. 38,2) Mill. Kr. Reingewinn 50% (20%) Dividende für 1923 aus.

Steiermärkische Escomptebank. Verteilt für 1923 aus 5743 (i. V. 790) Mill. Kr. Reingewinn 375% Dividende.

Steirer Bank, Graz. Kehrt für 1923 eine Dividende von 1000 (i. V. 300) Kronen aus.

Treuga-Bank. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 500 auf 2000 Mill. Kr.

Unionbank, Wien. Der Reingewinn des Jahres 1923 beläuft sich auf 33 617,6 (i. V. 3406,4) Mill. Kr., die Dividende auf 8000 (2500) Kr. Präsident Bosel und Direktor Wolfgang David scheiden aus dem Aufsichtsrat des Bankhauses Alfred Fester, Düsseldorf-Berlin, aus. Siehe Allgemeine Depositenbank.

Wiener Bankverein. Die Gen.-Versammlung beschließt für 1923 die Verteilung einer Dividende von 8000 (i. V. 3000 Kr. aus 63 440,8 (16 128,0) Mill. Kr. Reingewinn. Die Verwaltung beantragt eine Kap.-Erhöhung von 18 auf 21 Md. Kr. Die jungen Aktien werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Allgemeine Depositenbank.

Wiener Giro- u. Kassenverein. Aus 136,35 (9,27) Mill. Kr. Reingewinn werden 4000 (400) Kr. Dividende ausgekehrt.

Wiener Kaufmannsbank. Verdoppelt das Kap. auf 1,2 Md. Kr.; Bezugspreis 2500%. Gerät durch große Kreditentnahmen des Spekulanten Dr. Braun-Stammfest zeitweilig in einige Bedrängnis. Die Kompaß-Bank will sämtliche Aktien des Instituts übernehmen.

Wiener Lombard- und Escompte-Bank. Sucht „wegen Kündigung auswärtiger Devisenguthaben" und bedeutender Inlands-Einlagen (tatsächlich liegen große Verluste an Francs-Spekulationen vor) um die Einleitung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens nach und schließt vorläufig ihre Schalter. Glaubt, die Gläubiger nach und nach voll befriedigen zu können, und will 60% binnen kurzer Frist zahlen; mit der Ausfolgung der unbelasteten Effektendepots wird begonnen. Die Wirtschaftspolizei untersucht mit der Staatsanwaltschaft die Gründe der Zahlungsstockung. Die Banque d'Outremer, Brüssel, welche die Aktienmehrheit besitzt und dem Institut namhafte Kredite gewährt hat, lehnt eine Stützung zunächst ab, ebenso die österreichische Konzernfirma der Berliner Michael-Gruppe,

Digitized by Google

Goltein, Michael u. Co., die 2 Mill. Stück Aktien besitzt. Gegen den Großaktionär Heinrich Bronner und Direktor Teichner wird ein Strafverfahren wegen Verdachtes des betrügerischen Bankrotts und Betrugs (angeblich doppelte Ausfertigung von Ponath-Aktien) angestrengt; Jacques Bronner, Berlin, sagt für die Verpflichtungen des ersteren, seines Bruders, gut. Die Wiederaufrichtung des Instituts wird von Brüssel aus betrieben.

Wiener Transit-Handelsbank. Ist die neue Firma der Wiener Merkantilbank.

Zentralbank der Deutschen Sparkassen, Wien. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 2 auf 3 Md. Kr. für den Zweck der Verschmelzung mit der Oesterreichischen Industrie- und Handelsbank (s. d.) und schüttet für 1923 eine Dividende von 2000 (i. V. 600) Kronen aus. Gründet die Steierischen Zementwerke A. G. und die Levorth u. Co. Petroleum-A.-G. (Kap. 600 Mill. Kr.)

Zentraleuropäische Länderbank. Siehe Central.

Ungarn. Währung. Im Februar wird eine wertbeständige Rechnungseinheit, die „Sparkrone", geschaffen, deren Wert dadurch aufrecht erhalten wird, daß wöchentlich die Festsetzung einer Relation zur Papierkrone erfolgt, die sich für die Sparkrone um so mehr erhöht, je mehr der Wert der Papierkrone sinkt. Ende Juni, als die neue Nationalbank ihre Tätigkeit aufnimmt, hört die Notierung dieses rein fiktiven Geldes auf; die letzte Relation zur Papierkrone betrug 100 : 125. — Mitte Juni gelingt die Stabilisierung der Papierkrone auf dem Niveau von 350 000 bis 360 000 Kronen je Pfund Sterling. Einige der schwersten Devisenhandelsbeschränkungen werden aufgehoben. Dollar, Schweizer Francs und tschech. Kronen werden in Befürchtung einer erheblichen Valutabesserung in großen Mengen der Devisenzentrale zum Kauf angeboten. Das Pfund Sterling notiert in Budapest Ende Juni 360 000 Kr. gegen 80—90 000 Kr. Ende Dezember. Siehe Devisenzentrale und Ungarische Nationalbank.

Ungarisches Staatliches Noteninstitut. Der Diskontsatz für Papierkronen-Kredite beträgt unverändert 18%. Vom 20. Februar d. J. ab werden nur noch wertbeständige Kredite zu 10% gewährt. Das Institut stellt am 23. Juni seine Tätigkeit ein. Die Bilanz per 31. 12. 1923 weist einen Reingewinn von 13,3 Md. Kr. aus, von dem 807,5 Mill. Kr. der ordentlichen Rücklage und 12,2 Milliarden Kr. einer besonderen Rücklage zugeführt werden. Siehe Ungarische Nationalbank.

Ungarische Nationalbank. Nimmt am 24. Juni ihre Wirksamkeit auf. Das als Akt.-Ges. errichtete Institut ist vollständig unabhängig von der Regierung. Das Kap. beträgt 30 Mill. Goldkronen, die hauptsächlich von den ungarischen Banken mit Hilfe englischer Kredite gezeichnet worden sind; davon ist bei Beginn der Tätigkeit etwa die Hälfte eingezahlt. Die Eskomptierung von Dreimonats-Wechseln ist die Regel, doch können Agrarwechsel auch für sechs Monate eskomptiert werden. Das Notenausgaberecht ist dem Institut bis 1943 als Monopol übertragen. Bei Tätigkeitsbeginn geht die Devisenzentrale in das Institut auf, dessen Präsident Alexander Popovicz ist. Der erste Ausweis (per 30. Juni) zeigt einen Metall- und Valutenvorrat von 938 Milliarden, Wechsel 1192 Md., Notenumlauf 2893 Md., Staatsschulden 1980 Md. Die Bank trifft ein Abkommen mit der Bank von England, die ihr Korrespondent ist. Ein Delegierter des Völkerbundes, der Ungarn eine Anleihe zugesagt hat, fungiert als Finanzberater.

Devisen-Zentrale. Wird eine Unterabteilung der Ungarischen Nationalbank (s. d.). Siehe Oesterreichische Nationalbank.

Postsparkasse. Wandelt die bei ihr eingezahlten „Sparkronen" (siehe Währung) in Kronen um; Verhältnis 100:125. — Richtet einen Ueberweisungsverkehr nach Amerika ein.

Bankenkrisis. Infolge der starken Verluste an Francs-Spekulationen und der mit der Währungsstabilisierung zusammenhängenden Wirtschaftskrisis schließen vom Mai bis Juli ungefähr 400 meist kleine Bankfirmen ihre Schalter. Der Finanzminister droht eine Prüfung der Bankdepots an, die vielfach zu Eigenspekulationen der Bankiers gedient haben.

Digitized by Google

Auslandsbanken. Die Banca Romanesca u. Marmarosch, Blank u. Co., Bukarest, wollen in Budapest Niederlassungen errichten, wogegen Budapester Banken Filialen in Rumänien eröffnen wollen.

Zahlungseinstellungen. Neben hunderten von Bankfirmen stellt u. a. die Firma Singer u. Fraenkel, Budapest, mit 600 Mill. Kr. Passiven die Zahlungen ein. Ihre Insolvenz erklären ferner: Emil Weiß u. Sohn, Budapest (über 10 Md. Kronen Verpflichtungen), Groß u. Eisner, Stefan Bay, Dr. Alexander Mozes, Berthold Herzmann und das Bankhaus Roth u. Co. mit Filialen und Geschäftsverbindungen in Berlin, Wien, Paris und Prag. Gegen die Budapester Bankkommissionsfirma Halpar u. Helar wird wegen Depot-Veruntreuung in Höhe von mehreren hundert Millionen das Strafverfahren eingeleitet. Die Inhaber der Budapester Börsenkommissionsfirma Julius Leipnick u. Karl Lasler werden wegen Schwindeleien mit Kostgeld und Effekten verhaftet. Siehe Ungarische Bauindustrie-Bank und Lehrerbank.

Allgemeine Kautionsbank, Budapest. Nimmt neben den bisher betriebenen Waren-Transaktionen sämtliche Zweige des Bankgeschäftes auf, und ändert die Firma in „Allgemeine Kautionsbank u. Kreditinstituts A. G."

Banca Ungaro - Italiana, Budapest. Schüttet aus 3,0 Md. Kr. Reingewinn (i. V. 94,8 Mill.) eine Dividende von 300 (17½) Prozent aus. Erleidet an ihrem Besitz von Aktien der Allg. Depositenbank, Wien, nur geringe Verluste, da der größere Teil der Aktien rechtzeitig verkauft worden war.

Britisch - Ungarische Bank, Budapest. Aus 3,5 Md. Kr. Reingewinn werden 1800 Kr. (i. V. 120 Kr.) Dividende je Aktie verteilt. Graf Emmerich Karoly wird Präsident der Bank. Der bisherige Generaldirektor Alexander Fleißig ist zur Innerstädtischen Sparkasse übergetreten, bleibt jedoch als einer der Vizepräsidenten im Verband des Instituts. In der ordentl. Generalversammlung erklärt der Vizepräsident v. Krausz, daß weder die Britisch-Ungarische, noch die Britisch-Oesterreich. Bank Verluste an Francs-Spekulationen erlitten haben.

Budapester Leopoldstädter Sparkasse. Kehrt aus 551,2 Mill. Kronen Reingewinn eine Dividende von 250 Kr. (i. V. 30 Kr.) aus.

Debrecziner Gewerbe- und Handelsbank. Wird von der Ver. Budapester Hauptstädtischen Sparkasse übernommen.

Geldinstitutszentrale, Budapest. Uebernimmt einen Teil des Wechselportefeuilles des Staatl. Noteninstituts, da die neue Ungar. Nationalbank die Uebernahme ablehnt. Sie bewilligt grundsätzlich nur noch Kapitalserhöhungen solcher Banken, denen ausländisches Geld zur Verfügung steht. Nimmt auf Veranlassung des Finanzministers bei mehreren kleinen Banken und Maklern Depotkontrollen vor. Erneuert ihr im vorigen Dezember erlassenes Angebot auf Uebernahme der ungarischen nostrifizierten Kriegs- und Vorkriegsanleihen.

Innerstädtische Sparkasse, Budapest. Schüttet aus 806,2 Mill. Kronen Reingewinn 600 (i. V. 80) Kr. Dividende je Aktie aus. Die Gen.-Versammlung heißt eine Kap.-Erhöhung von 800 auf 1200 Mill. Kr. gut. Zunächst werden 200 000 Stück (4:1 zu 15 000 Kr.) angeboten. Das Institut hat seine Auslandsschulden teils in Bargeld, teils durch Ueberlassung von eigenen Aktien völlig getilgt. Franz Szekely wird Präsident, Karl von Bachruch und Alexander Fleißig Vizepräsidenten.

Lehrerbank und Handels A. G., Budapest. Der Zusammenbruch des Instituts vernichtet zahlreiche kleine Existenzen. Der durch Börsenspekulationen herbeigeführte Verlust von 4 Md. Kr. verteilt sich auf über 2000 Schadenanmeldungen kleiner und kleinster Leute. Deckung ist absolut nicht vorhanden. Fünf Direktoren sind verhaftet.

Lloyd - Bank, Budapest. Weist nach Abzug der Spesen und der Abschreibung des Kaufpreises für das Instituts-Gebäude von zusammen rund 4 Md. Kronen einen Reingewinn von 3,9 Md. aus; die Dividende beträgt 100%.

Nationale Sparkassa u. Bank, Budapest. Aus einem Reingewinn von 533,0 Mill. Kr. kehrt die Bank eine Dividende von 600 (i. V. 80) Kronen je Aktie aus. Beschließt die Erhöhung des Aktienkap. von 200 auf 800 Mill. Kr.

Digitized by Google

durch Aufwertung des Nennwertes von 500 auf 1000 Kr. aus dem Reservefonds und durch Ausgabe von 400 000 neuen Aktien zu je 1000 Kronen.

Pester Ungarische Commerzialbank. Der Reingewinn für 1923 beträgt 4,8 Md. Kr., die Dividende 8000 Kr. je Aktie; das ist der valorisierte Betrag der vorjährigen Dividende von 400 Kr. Aus dem Interessenkreis des Instituts verteilen die Erste Budapester Dampfmühlen A. G. 5000 Kr., die Dr. Dorogi u. Co. Gummifabrik 400 Kr. und die Nationale Volksindustrie 20 kc. Dividende. Präsident Philipp Weiß verhandelt mit der Schweiz wegen einer Anleihe von 50 Mill. Goldkronen, die der Regierung zur Durchführung der Inlandsanleihe als Vorschuß gewährt und aus der Völkerbundsanleihe zurückgezahlt werden sollen. Die Ungar. Erdgas-Gesellschaft, der früher die P. U. C. und die Deutsche Bank nahegestanden haben, geht an die rumänischen Konzernbanken des Crédit Lyonnais, Paris, über.

Pester Vaterländische Sparkassa. Aus 4,02 Md. Kr. Reingewinn wird eine Dividende von 20 000 (i. V. 1500) Kr. verteilt. In die Direktion werden gewählt Abgeordneter Dr. Julius Fay, der Gen.-Direktor der Vaterländischen Bank Paul Szezhsy und der Gen.-Direktor-Stellv. desselben Instituts Hugo Konyi.

Ungarisch-Amerikanische Bank, Budapest. Das Institut, das jüngst zur Bodenkreditbank in enge Beziehungen getreten ist, verteilt für 1923 aus 661,2 Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von 500 Kr.

Ungarisch-Böhmische Industrialbank, Budapest. Schüttet aus 1,1 Md. Reingewinn für 1923 eine Dividende von 100 (i. V. 25) Prozent aus. Gen.-Direktor Johann Engel tritt in den Verwaltungsrat über; zum Vizepräsidenten wird Dr. Friedrich Forbath und zum geschäftsführenden Direktor Otto Zimmerle ernannt. Die Gen.-Versammlung heißt die Gratis-Aufstempelung der Aktien auf 1000 Kr. zu Lasten des Reservefonds gut, wodurch das Kap. auf 5 Md. Kronen wächst.

Ungarisch-Deutsche Bank, Budapest. Aus 445 Mill. Kr. Reingewinn wird eine Dividende von 100 (20) Prozent verteilt. Laut Gen.-Versammlungs-Beschluß wird das Kap. von 500 Mill. auf 1,2 Md. Kr. erhöht; Bezugsangebot 2:1 zu 11 000 Kr. Ausländisches Kap. ist erheblich beteiligt. In die Direktion wurden gewählt: Alfred Daetwyler, Mitglied der Züricher Firma Daetwyler, Leo Frey, Generaldirektor der Zentrallandwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände der Schweiz, Fritz Eberle, Großindustrieller in Aarau und Generaldirektor Ando Pazar.

Ungarische Agrar- und Rentenbank, Budapest. Kehrt aus 103,4 Mill. Kronen eine Dividende von 400 Kr. aus.

Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest. Schüttet für 1923 aus 9,7 Md. (i. VV. 233,0 Mill.) Kronen Reingewinn eine Dividende von 5000 (200) Kr. je Aktie aus. Die jungen Aktien werden auf Antrag der Disconto-Ges., Mendelssohn u. Co. und S. Bleichröder zur Berliner Börse zugelassen. Die Bank erwirbt die gesamten Aktien der Hartmann-Papier-Handels-A. G. für eine ihr nahestehende ungarische Export- und Importfirma. Aus dem Interessenkreis des Instituts verteilt die Levante Seeschiffahrts-A. G. 5000 Kr. Dividende. Kap.-Erhöhungen nehmen vor die Ungarische Braunkohlenindustrie A. G. (von 33 auf 53 Mill.), die Ungar. Zuckerindustrie A. G. (von 90 auf 3600 Mill. Kr.) und die Flora Erste Ungar. Stearinkerzen- und Seifenfabrik (auf 33 Mill. Kr.)

Ungarische Allgemeine Realitätenbank, Budapest. Verteilt aus 336,2 Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von 3000 Kr. und erhöht das Kap. um 100 Mill. Kr.; Bezugsangebot 3:1 zu 100 000 Kr. Siehe Ungarische Allgemeine Sparkassen A. G.

Ungarische Allgemeine Sparkassen A. G., Budapest. Verteilt aus dem Reingewinn von 2,1 Md. Kr. eine Dividende von 250% (i. V. 25%). Zu neuen Mitgliedern der Direktion werden mehrere Vertreter der Banque d'Outremer in Brüssel gewählt, die ein größeres Aktienpaket des ungar. Instituts übernommen hat und mit ihr Gesellschaften zwecks Vertriebs ungarischer Agrarprodukte in den Weststaaten gründen will; ferner u. a. Dr. Halom, Vizepräsident und Generaldirektor der Ungarischen Allgemeinen Realitätenbank. Generaldirektor Dr. Leopold Horvath wird zum Präsidenten der Ungarländischen A. G. für Urproduktion sowie zum Direktor der Ungar. Allg. Sparkassa gewählt.

Digitized by Google

Ungarische Allgemeine Verkehrsbank, Budapest. Der Reingewinn für 1923 stellt sich auf 611,8 Mill. Kr., die Dividende auf 400 Prozent.

Ungarische Bauindustrie-Bank, Budapest. Das schon seit längerer Zeit mit Schwierigkeiten kämpfende Institut wird mit 400 Mill. Kr. Verbindlichkeiten insolvent.

Ungarische Escompte- u. Wechslerbank, Budapest. Die Gen.-Versammlung beschließt, aus 4966,4 Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von 200 Kr. je Aktie zu verteilen. Die Geschäftsstellen der Preßburger und Kaschauer Filialen werden von der Preßburger Wirtschaftsbank (s. d. unter Tschechoslowakei) übernommen. Beschließt die Erhöhung des Kap. von 800 Mill. Kr. auf 1 Md.; ein großer Teil der neuen Aktien wird von englischem und schweizerischem Kapital übernommen. Gründet die Stuhlmüller Lebensmittelhandel und Kühlhaus A. G. (700 Mill. Kr. Kap.), ebenfalls mit englischem und schweizerischem Kapital sowie die Residencia Holzhandel- u. Holzindustrie A. G. (200 Mill. Kr. Kap.).

Ungarische Hypothekenbank, Budapest. Der Reingewinn für 1923 beträgt 2,9 Mg.; hiervon gehen 2,8 Md. in den Reservefonds für Kursverluste. Eine Dividende wird nicht ausgeschüttet. Ueberläßt zur Begleichung ihrer ausländischen Vorkriegsverpflichtungen den Gläubigern 550 000 Stück neue Gratisaktien; die Regierung wird 35 Jahre lang Zuschüsse zur Verzinsung der ausländischen Obligationen der Bank leisten, deren Zinsfuß herabgesetzt wird. Der Nennwert der Aktien wird auf 10 000 Kr. aufgestempelt. In die Direktion treten ein Graf Tascher de la Pagerie, Vizepräsident Gustave Rendu und der Vizegouverneur des Crédit Foncier de France René Gérard.

Ungarische Landeszentralsparkasse, Budapest. Schüttet aus 2,5 Md. Kronen Reingewinn eine Dividende von 3000 Kr. je Aktie aus. In die Direktion werden Dr. Eugen Kunz, Ignatz Schanzer u. Dr. Alexander Wekerle gewählt.

Ungarisch-Italienische Bank. Siehe Banca Ungaro-Italiana.

Vaterländische Bank, Budapest. Die Gen.-Versammlung genehmigt aus 4,3 Md. Kr. (i. V. 73 Mill.) eine Dividende von 4000 Kr. In die Direktion treten ein: Hofrat Julius von Daranyi, Frederic Dominic und Paul Jaberg, leitender Direktor der Schweizerischen Bank, Zürich. Vizepräsident wird Gen.-Direktor Paul Szezhsy. Siehe Pester Vaterländische Sparkasse.

Vereinigte Budapester Hauptstädtische Sparkasse. Schüttet aus 1,4 Md. Reingewinn eine Dividende von 2000 (i. V. 180) Kr. aus. Die Debrecziner Gewerbe- und Handelsbank wird übernommen.

Zentralhypothekenbank ungarischer Sparkassen, Budapest. Erhöht das Kap. auf 900 Mill. Kr. Bietet ihren ausländischen, insbesondere schweizerischen Obligationsgläubigern als Aequivalent ihrer Ansprüche je 6 eigene Gratisaktien à 10 000 Kr. an.

Tschechoslowakei. Währung. Ende Juni notiert in Prag die Devise London 148,25 gegen 149,00 c. Kr. Ende Dezember, New York 34,15 gegen 34,30, Amsterdam 1281,50 gegen 1305,00.

Bankamt beim Tschechoslowakischen Finanzministerium. Der Diskontsatz wird am 28. Januar von 5½ auf 5% ermäßigt, am 10. März auf 6½% heraufgesetzt. Der Reingewinn im Jahre 1923 beziffert sich auf 131,6 Mill. (plus 84,6 Mill.) c. K. Davon fließen 84,1 Mill. kc. der Staatskasse und 43 Mill. kc. der Rücklage für Wechselkursdifferenzen zu. Lombardiert den Banken 6% Kassenscheine der Ungar. Regierung.

Spareinlagen. Im Dezember 1923 betrugen die Einlagen gegen Bücher und Kassenscheine bei 39 Banken 6394 Mill. kc. (Januar 1923 bei 41 Banken: 6163 Mill.), bei 373 Sparkassen 10 421 Mill. kc., bei 456 Vorschußkassen 3011 Mill. kc.

Konkurse und Ausgleiche. Die Zahl der eröffneten Konkurse betrug im 1. Vierteljahr d. J. 148 gegen 241 zur gleichen Vorjahrszeit; die Aktiva werden auf kc. 17,5 Mill. und die Passiva auf kc. 45,5 Mill. geschätzt. In den ersten drei Monaten d. J. gelangten 565 (1211) Ausgleiche zur Anmeldung mit sicher-

Digitized by Google

gestellten Aktiven von kc. 180 Mill. (260 Mill.), denen Passiva von kc. 352 (538) Millionen gegenüberstanden.

Zahlungseinstellungen usw. Siehe Bohemia-Bank und Ceska Banka.

Allgemeine Genossenschaftsbank, Prag. Aus 0,57 (i. V. 0,58) Mill. kc. Reingewinn werden wieder 6% Dividende ausgekehrt.

Allgemeiner Böhmischer Bankverein, Prag. Die Gen.-Versammlung beschließt, aus dem Reingewinn von 9,7 Mill. kc. wieder eine Dividende von 8% zur Ausschüttung zu bringen.

Amerikanisch-Slowakische Bank, Preßburg. Aus dem Reingewinn von 1,5 Mill. kc. werden 5 gegen 6% Dividende im Vorjahre verteilt.

Banka Ceskoslovenskych legii. Siehe Bank der Tschechoslowakischen Legionen.

Bank der Tschechoslowakischen Legionen, Prag. Schüttet aus 5,3 Mill. kc. Reingewinn wieder eine Dividende von 6% aus. Dr. Rudolf Rase wird Präsident des Verwaltungsrates.

Bank für Handel und Industrie (ehemals Länderbank), Prag. Die Dividende für 1923 beträgt 10% (i. V. 8%). Die Gen.-Versammlung beschließt eine Kap.-Erhöhung um 40 auf 120 Mill. kc. und beruft den Großindustriellen Richard Moravetz in den Verwaltungsrat. Siehe Centraleuropäische Länderbank.

Bohemia-Bank, Prag. Die Einleger dieses insolventen Instituts, die zunächst am 1. Februar d. J. 20% in bar erhalten haben, sollen nach und nach voll befriedigt werden. Präsident Dr. Kubicek wird im Prozeß wegen Unterschlagung freigesprochen.

Böhmische Escomptebank und Kreditanstalt, Prag. Verteilt aus 33,7 (i. V. 31,7) Mill. kc. Reingewinn wieder 14% Dividende. Schließt mit der Mährischen Escomptebank eine Interessengemeinschaft. Direktor Dr. Otto Feilchenfeld tritt in den Verwaltungsrat der Mähr. Escbk. ein, deren Vizepräsident Julius Drucker in die Verwaltung d. Böhm. Escbk. berufen wird.

Böhmische Hypothekenbank, Prag. Der Reingewinn für 1923 beläuft sich auf 1,78 Mill. kc., die Einlagen auf 392 Mill. kc.

Böhmische Industrial- und Landwirtschaftliche Bank, Prag. Weist für 1923 nach 4,4 (i. V. 3,9) Mill. kc. Abschreibungen einschl. 2,86 (2,81) Mill. Vortrag einen Reingewinn von 25,2 (29,5) Mill. kc. aus; die Dividende beträgt wieder 8%. Das Institut ist an den Zahlungsschwierigkeiten der Allgemeinen Industriebank, Wien (s. d.) beteiligt, von der sie einen größeren Posten Aktien besitzt.

Böhmische Kommerzialbank, Prag. Die Gen.-Versammlung beschließt, für 1923 aus 13,9 Mill. kc. Reingewinn (ohne Vortrag) 7% Dividende zu verteilen.

Böhmische Unionbank, Prag. Der Reingewinn des Jahres 1923 beträgt 33,5 (i. V. 33,1) Mill. kc., die Dividende 14%. Das von dem Wiener Bankhaus S. Bosel kontrollierte Institut erhöht das Aktienkap. von 160 auf 200 Mill. kc. Die neuen Aktien werden zu je 360 kc. angeboten.

Brünner Bank. Aus 1,1 (i. V. 1,0) Mill. kc. Reingewinn wird eine Dividende von 4% wie im Vorjahre ausgeschüttet.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakischen Republik, Prag. Die Gen.-Versammlung setzt die Dividende auf wieder 6% fest.

Ceska Banka, Prag. Die Gen.-Versammlung beschließt, den Reingewinn von 11,9 Mill. kc. und den größeren Teil des Reservefonds, und zwar in Höhe von 14,5 Mill. kc., zu Abschreibungen auf Kreditverluste an den von der Bank finanzierten Industriebetrieben zu verwenden.

Deutsche Agrar- und Industriebank, Prag. Die Generalversammlung beschließt eine Dividende von 5% aus dem 2,4 Mill. kc. betragenden Reingewinn.

Digitized by Google

Deutsche Spar- und Vorschußkasse, Prag. Die auf Grund des Friedensvertrags in Deutschland beschlagnahmten Anteile werden den Besitzern zurückgegeben.

Donaubank, Preßburg. Ist die neue Firma der Preßburger Wirtschaftsbank (s. d.).

Kreditanstalt der Deutschen in Prag. Unter kommanditistischer Beteiligung des Instituts und der Girozentrale Hannover wird in Berlin die Schimmelpfeng Bankkomm.-Ges. gegründet.

Mährische Agrar- und Industriebank, Brünn. Die Gen.-Versammlung beschließt, aus 14,1 Mill. kc. Reingewinn 8% Dividende zu verteilen.

Mährische Escomptebank, Brünn. Der Reingewinn beträgt 5,04 (i. V. 5,07 Mill. kc., die Dividende 9½% wie im Vorjahre. Siehe Böhmische Escomptebank.

Mährische Volksbank, Brünn. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn von 0,58 Mill. kc. vor (i. V. 4% Dividende).

Nordböhmische Bank (Severoceska Banka). Fusioniert mit der Prager Kreditbank, die eine eigene Aktie für je drei Nordböhmen-Aktien gewährt.

Prager Kreditbank. Uebernimmt die Nordböhmische Bank (s. d.). Schüttet für 1923 aus 25,7 (i. V. 21,7) Mill. kc. Reingewinn 14% Dividende wie i. V. aus. Ernst Sachsel (Allgemeine Depositenbank, Wien) tritt in den Verwaltungsrat ein. Die auf Grund des Friedensvertrags in Deutschland beschlagnahmten Aktien des Instituts werden den Besitzern zurückgegeben.

Preßburger Gewerbebank. Der Reingewinn d. J. 1923 beträgt bei 4 Mill. kc. Aktienkap. 0,33 Mill. kc.

Preßburger Wirtschaftsbank. Uebernimmt die Preßburger und Kaschauer Filiale der Ungarischen Escompte- u. Wechslerbank und ändert die Firma in Escompte- u. Wirtschaftsbank.

Severoceska Banka. Siehe Nordböhmische Bank und Prager Kreditbank.

Slovenska Banka, Preßburg. Der Reingewinn des Jahres 1923 beläuft sich auf 4,6 Mill. kc., die Dividende auf wieder 16%.

Tschechoslowakische Agrarbank, Prag. Aus 6,09 Mill. kc. Reingewinn (ohne Vortrag) werden 40% Dividende ausgekehrt.

Zemska Banka (früher Landesbank des Königreichs Böhmen), Prag. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1923 betragen 127,2 Mill. kc., der Ueberschuß 0,70 Mill. kc., aus dem 0,63 Mill. kc. in den allgemeinen Reservefonds fließen.

Zentralbank der tschechischen Sparkassen, Prag. Der Reingewinn für 1923 stellt sich auf 3,6 (plus 0,7) Mill. kc., die Dividende auf wieder 6%.

Zivnostenska Banka, Prag. Die Gen.-Versammlung stimmt der Ausschüttung einer Dividende von wieder 14% aus 56,5 (i. V. 52,2) Mill. kc. Reingewinn zu.

Jugoslavien. Nationalbank des Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen (Serbische Nationalbank). Vermittelt mit Hilfe des Schweizerischen Bankvereins der Jugoslav. Staatshypothekenbank eine 7% Pfandbriefanleihe von 15 Mill. Schweizer Francs zu 94%. Der Staat hat nach einem Bericht des Instituts im Jahre 1923 nicht nur keinen Kredit bei der Bank beantragt, sondern aus einer alten Schuld 5,5 Mill. Dinar zurückerstattet.

Währung. Ende Juni notiert die Devise Belgrad in London 375 Dinar je Pfund Sterling gegen 413,50 Ende Dezember, in Zürich unverändert 6,45 Frcs. je 100 Dinar. Ein Gesetz vom 1. April ermächtigt den Finanzminister, 20 Mill. Dinar in Gold (à 20 Dinar) aus dem Bestande der Nationalbank ausprägen zu lassen.

Bankwesen. Die Spareinlagen bei 11 Belgrader Banken betrugen Ende 1923 insgesamt 60,9 Mill. Dinar (i. V. 53,2 Mill.), bei 16 Provinzbanken 27,5 Mill. (i. V. 24,0 Mill.).

Digitized by Google

Jugoslavische Staatshypothekenbank. Verhandlungen mit einem holländischen Konsortium wegen Unterbringung einer größeren Hypothekaranleihe für Jugoslavien verlaufen ergebnislos. Die Anleihe kommt dann in der Schweiz zustande (vgl. Nationalbank).

Adriatische Bank, Zagreb. Vereinigt sich mit der Donauländischen Bank. Das eingezahlte Aktienkap. des fusionierten Instituts beträgt 120 Mill. Dinar. Siehe Adriatische Bank, Wien.

Donauländische Bank. Siehe Adriatische Bank.

Erste Kroatische Sparkasse, Zagreb. Der Reingewinn des Jahres 1923 beträgt 20,6 Mill. Dinar; die Dividende 20%. Führt die Kapitalsverdopplung (auf 100 Mill. Dinar) durch; Bezugsangebot 120%.

Jadranska Banca (Adriatische Bank), Zagreb. Siehe Adriatische Bank.

Jugoslavische Bank, Zagreb. Verteilt aus 9,6 Mill. Dinar Reingewinn eine Dividende von 12% (i. V. 11%).

Kroatische Allgemeine Kreditbank. Verteilt für 1923 eine Dividende von 16%.

Kroatische Escomptebank, Zagreb. Verteilt für 1923 aus 20,6 Mill. Dinar Reingewinn 15% (i. V. 12½%) Dividende. Gibt wertvolle Monatsberichte über den Stand der jugoslav. Finanzen, des Handels, des Bergbaus usw. heraus.

Kroatisch-Slavonische Landeshypothekenbank, Belgrad. Verteilt für 1923 eine Dividende von 15%.

Laibacher Kreditbank. Schüttet aus 8,2 Mill. Dinar Reingewinn 18 (i. V. 17) Dinar Dividende je Aktie aus.

Slowakische Allgemeine Kreditbank, Zagreb. Die Gen.-Versammlung heißt eine Dividende von 12 Dinar gut.

Umschau

INDEX-WÄHRUNG.

Seit einem Jahrzehnt macht das Gold stärkere Wertschwankungen durch, als jemals vor dem großen Kriege. Dadurch, daß fast alle Länder der Erde, die ihr Geldwesen grundsätzlich auf den Goldnenner eingestellt hatten, sich zeitweilig von der Goldwährung lossagten, verlor das Gold seinen festen Weltwert. Seine Kaufkraft deckte sich nicht mehr mit der Kaufkraft der so veränderten Währungen, die eine einzige Währung, eine Weltwährung, gebildet hatten, solange sie im Golde verankert gewesen waren. Der Wert des Goldes wurde vielmehr identisch mit der Kaufkraft derjenigen Währung, mit der das Metall nach wie vor in einem bestimmten Verhältnis ausgetauscht werden konnte, nämlich der amerikanischen, und machte nunmehr alle Schwankungen dieser Währung durch. Als die Vereinigten Staaten ihren Geldumlauf 1919/20 aufblähten und zugleich das Gold daran hinderten, diese Aufblähung durch sein Ausfließen automatisch zu korrigieren — wozu es trotz der Entgoldung Europas auch jetzt noch fähig war, weil Ostasien und Indien es aufzunehmen bereit waren —, da sank die Kaufkraft des Dollars, und zugleich sank auch der Weltwert des mit ihm identisch gewordenen Goldes. Und als die Vereinigten Staaten im folgenden Jahre zur Deflation schritten und die Kaufkraft des Dollars dadurch wieder verbesserten, da erfuhr auch der Weltmarkt des Goldes eine entsprechende Verbesserung. Es mag dahingestellt bleiben, ob das Gold seinen Weltwert jetzt, wo ein europäischer Staat nach dem anderen zur Goldwährung zurückstrebt, auf den Vorkriegswert oder gar über den Vorkriegswert hinaus steigern wird, oder nicht. Denn das wird ganz von dem Verhältnis abhängen, in dem die Goldnachfrage jener Staaten zum vereinten Angebot Amerikas (Reservegold), Ost- und Südasiens (Hort-Gold) und der Produktionsstätten (Neugold) stehen wird. Tatsache ist, daß der Goldwert nicht

Digitized by Google

unerhebliche Schwankungen durchgemacht hat und fernerhin durchmachen wird. Und wenn diese Schwankungen auch nicht größer sind als diejenigen des Dollars und bedeutend geringfügiger als diejenigen aller anderen Währungen der Welt, so hat doch der Umstand, daß das Gold sich nicht als absolut wertfest erwiesen hat, eine ganze Anzahl von Volkswirten zum Nachdenken darüber veranlaßt, ob es nicht geraten sei, das Schicksal der Währungen von dem des Goldes zu trennen. Man hat zwar reichlich spät, dafür aber um so deutlicher erkannt, welche Quelle von Unglück ein nicht-wertbeständiges Geld für die Völker bedeutet, und setzt sich jetzt mit dem ganzen Eifer, der die Spät-Erkennenden auszeichnet, für ein Ideal-Geld ein, das noch besser sein soll als das beste Geld der Vorkriegszeit. Denn auch vor dem Kriege war das Gold nicht absolut wertkonstant. Der Gläubiger, der dem Schuldner ein zehnjähriges Golddarlehen gewährte, lief auch damals schon Gefahr, bei Rückempfang der Schuldsumme nicht in den Besitz genau derselben Kaufkraft zu gelangen, die er hingegeben hatte, sondern einer zwar nur unwesentlich verminderten, aber doch immerhin verminderten Kaufkraft. Außerdem schwankte der Realwert einer bestimmten Summe Goldgeld auch im Laufe eines und desselben Jahres, ja sogar Monats, oft nicht unerheblich. Allerdings aus Gründen, die nichts mit der Wertbeständigkeit des messenden Geldes, sondern mit derjenigen der gemessenen Güter zu tun hatte. Aber da solche Schwankungen für große Volksteile, insbesondere für die Festbesoldeten, recht nachteilig sind, so gehen die Bemühungen der erwähnten Volkswirte jetzt dahin, ein Geld ausfindig zu machen, daß nicht nur den Wertschwankungen des Goldes entzogen ist, sondern sich zugleich auch den Wertschwankungen der Güter so genau anpaßt, daß es immer auf dem gleichen Niveau mit diesen bleibt, also seine Realkaufkraft, ausgedrückt in lebensnotwendigen Gütern, nicht verändert. Wenn man, so argumentieren diese Volkswirte, die Landeswährung nicht mehr in Uebereinstimmung mit dem Golde bzw. dem Gelde der Goldwährungsländer, sondern in Uebereinstimmung mit den Güterpreisen erhält, also nicht mehr auf die äußere Kaufkraft des Geldes achtet (Valuta-Politik), sondern auf die innere (Binnenpreis-Politik), so erhält man ein Geld, das nicht mehr relativ, sondern absolut wertbeständig ist, weil man mit ihm zu jeder Zeit dasselbe Güterquantum zu kaufen vermag. Im Vordergrunde des Kampfes für ein solches Idealgeld stehen zwei Männer: der Amerikaner Irving Fisher und der Engländer J. M. Keynes. Der erstere tri. seit langem für ein Geld ein, das er bald als „Index-Geld", bald als „Warengeld", bald als „ausgeglichenes Geld" („compensates Dollar") bezeichnet, und das er unlängst in einer kleinen, populär gehaltenen Schrift dem Verständnis breiterer Schichten näher zu bringen versucht hat.*) Der Grundgedanke ist außerordentlich einfach. Fisher geht vom Gelde aus, wie es bei Einführung der von ihm vorgeschlagenen Reform ist, nimmt also zunächst keine Aenderungen an ihm vor, sondern beläßt es bei der bank- und münzgesetzlichen Formel: 1 Papierdollar gleich 1 Golddollar, 1 Golddollar gleich 1,5046 Gramm Gold. Eins der bestehenden Statistischen Aemter wird nun damit beauftragt, allmonatlich festzustellen, ob und in welchem Ausmaße sich die Kaufkraft dieses Golddollars verändert hat. Stellt es sich nach einem Monat heraus, daß die Preise eines bestimmten für die Lebenshaltung wichtigen Waren-Komplexes sich um 1 Prozent erhöht haben, d. h. daß die Kaufkraft des Dollar um 1 Prozent gesunken ist, so wird seine ursprüngliche Kaufkraft wieder hergestellt, indem man den Dollar um 1 Prozent wertvoller macht. Das geschieht in der Weise, daß die Regierung öffentlich bekannt macht: Von dem und dem Tage ab wird das Gewicht des Golddollars um 1 Prozent erhöht. Der Dollar enthält also nicht mehr 1,5046 Gramm, sondern 1,5196 Gramm Feingold, und jede im Umlauf befindliche Dollarnote wird auf Verlangen mit dieser vergrößerten Menge Gold eingelöst. (Voraussetzung ist natürlich, daß die Golddollar vorher aus dem Verkehr gezogen, eingeschmolzen und in der Schatzkammer der Vereinigten Staaten zentralisiert, im Umlauf also durch Goldnoten — Zertifikate — ersetzt sind.) So erhält jeder Dollar eine einprozentige Aufbesserung seines inneren oder Sachwertes („intriesic value"), die seine verminderte Kaufkraft ausgleicht und die

*) „Stabilizing the Dollar." Die deutsche Ausgabe ist unter dem Titel „Der schwankende Geldwert" kürzlich bei Walter de Gruyter u. Co., Berlin, erschienen.

Digitized by Google

Warenindexziffer wieder auf 100 heruntergedrückt. Stellt es sich einen Monat später heraus, daß trotz der Werterhöhung des Dollar die Indexziffer wiederum über 100 steht, so ist dies das Signal für eine nochmalige Wertaufbesserung; ist dagegen die Indexziffer gesunken, etwa auf 98, so wird der Goldwert des Dollar entsprechend, also von 1,5046 Gramm auf 1,4745 Gramm Gold, heruntergesetzt. Auf diese Weise wird, meint Fisher, erreicht, daß es innere Wertschwankungen des Dollars nicht mehr gibt, der Dollar vielmehr dauernd auf der Kaufkraft „100" festgenagelt bleibt. Es ist schmerzlich, diesen Versuch eines Gelehrten, ein wertbeständiges Geld im Wege der dauernden Manipulierung seines Substanzwerts zu erzeugen, nicht anders als naiv bezeichnen zu können. Die Gesetze der Preisbewegung lassen sich auf so kindliche Weise denn doch nicht aus der Welt schaffen. Wenn der Preis aller Waren, in Geld ausgedrückt, eine Steigerung erfährt, so bedeutet das nichts anderes, als daß das Verhältnis des Marktvorrats an Waren zu den vorhandenen Kaufberechtigungen (Geld) eine Aenderung zu Ungunsten der letzteren erfahren hat, und daß die Kaufberechtigungen rationiert werden müssen, weil der Warenvorrat nicht ausreicht, sie voll zu befriedigen. Die Preissteigerung ist das Signal zu dieser Rationierung und zugleich das Werkzeug, das sie erzwingt. Sie teilt jedem Bezugsberechtigten, der sich durch Geldbesitz als solcher ausweist, eine dem verminderten Waren-Angebot entsprechende verminderte Warenmenge zu. Wenn Fisher glaubt, diese selbsttätige Anpassung der Bezugsansprüche an das zu ihrer Befriedigung vorhandene Güterquantum aus der Wirtschaft ausmerzen zu können, wenn er glaubt, jedem Geldinhaber die Warenmenge, auf die er an einem bestimmten Stichtage auf Grund des damaligen Geldwerts Anspruch gehabt hat, als eisernes Bezugsminimum d a u e r n d sichern zu können, und zwar auch dann, wenn der Warenvorrat (infolge verminderten Arbeitseffekts, Störungen in der Zufuhr, Mißernte usw.) zusammengeschrumpft ist, so ist das ein Irrtum, wie er einem Mann der Wissenschaft nicht unterlaufen dürfte, gleichviel zu welcher Preislehre er sich bekennt. Der Irrtum ist um so unverständlicher, als Fisher sich nur die praktischen Folgen seines Vorschlags zu vergegenwärtigen braucht, um dessen absolute Zweckwidrigkeit einzusehen. Machen wir einmal die Probe auf das Exempel: Der Warenindex, der für den Dollarwert maßgebend sein soll, steigt von 100 auf 110. Folge: Die Kaufkraft des Dollar wird um 10 Prozent erhöht. Es steht also jetzt der Warenmenge, deren Knappheit die Preissteigerung ausgelöst hat, eine um 10 Prozent vergrößerte Kaufmöglichkeit gegenüber. Natürliche Folge : Der Index steigt auf 130. Der Dollar folgt, indem er gleichfalls auf 130 Prozent aufgebessert wird, und die Nachfrage steigt dementsprechend. Der Index steigt auf 150, auf 200, auf 300. Je mehr der Preis die Nachfrage durch seine Steigerung abzuwehren sucht, um so mehr Kaufkraft drängt auf die immer knapper werdende Ware ein. Das Ende ist eine Katastrophe — oder vielmehr es w ä r e eine Katastrophe, wenn nicht das Gold in der Schatzkammer wäre. Dieses Gold mildert den Hexensabbath der Preissteigerung und der ihr folgenden Dollaraufbesserung, indem es aus dem Lande fließt. Je mehr nämlich der Dollar aufgebessert wird, d. h. je mehr der Goldanspruch jeder Note erhöht wird, um so mehr Noten werden dem Schatzamt zur Einlösung in Gold präsentiert. Denn wenn auch im I n l a n d e die Gleichstellung jeder Dollarnote mit 3 Gramm Gold (statt mit 1,5 Gramm) durch die vorhergegangene Preissteigerung um ihren Effekt gebracht wird, im A u s l a n d e ermöglicht sie einen Mehrbezug, weil dort 3 Gramm Gold mehr kaufen können als 1½ Gramm. Noch bevor also das Fisher'sche Index-Geld sich voll hat auswirken können, ist die Schatzkammer leer und die Dollarwährung zusammengebrochen. Wird, um dies zu verhindern, die Goldeinlösung suspendiert, so strömen gewaltige Warenmengen aus dem Auslande nach Amerika, wo sie statt mit einem 1½ Gramm-Dollar mit einem 3 Gramm-Dollar bezahlt werden. Die Steigerung des Index verlangsamt sich dann allerdings; aber es entsteht eine derartige Verschuldung Amerikas an das Ausland, daß die Wechselkurse in New York in die Höhe schnellen, d. h. der — nicht mehr einlösbare — Dollar sich entwertet. Der Dollar büßt also von außen her die zusätzliche Kaufkraft wieder ein, die man ihm im Innern auf dem Wege der Manipulation verliehen hat. Es erübrigt sich wohl, alle Möglichkeiten zu erörtern, die sich an diesen Vorgang knüpfen, weil das Gesagte genügen dürfte, um das Vernunftwidrige des Index-Geldes darzutun. Wenn ein solches Geld überhaupt einen Sinn haben

Digitized by Google

soll, so muß es nicht, wie Fisher will, mit steigendem Warenpreise gleichfalls steigen, d. h. im Substanzwerte aufgebessert werden, sondern gerade umgekehrt mit steigendem Preise eine Wertminderung erfahren. Denn nur so findet die Bedeutung der Preissteigerung — daß im Verhältnis zum Angebot zu viel kaufkräftige Nachfrage vorhanden ist —, ihren adäquaten Ausdruck in der Währungspolitik. Der Dollar müßte also, sobald die Statistik einen erhöhten Index meldet, in seinem Goldwerte entsprechend herabgesetzt werden. Die dadurch herbeigeführte Verminderung der Kaufmöglichkeit würde dann auch die Warenpreise wieder vermindern. Aber ein solches Verfahren dürfte sich kaum großer Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreuen. Es würde das Verständnis der großen Menge übersteigen, wenn man dem Dollar, für den man laut Index ohnehin weniger kaufen kann als früher, nun auch noch einen Teil seines Goldwertes nehmen wollte. Man würde dem für eine solche Geldreform Verantwortlichen vermutlich die Fenster einwerfen, was zwar nicht als streng wissenschaftliches Argument zu bewerten sein würde, was aber dennoch für das Schicksal auch dieses Index-Geldes entscheidend wäre; denn der gesunde Instinkt des Volkes pflegt, wenn auch leider meist erst spät, über alle am Schreibtisch ausgeklügelte Wirtschaftssystematik zu siegen. Nicht ganz so hart wie über das Fisher'sche Geldprojekt kann das Urteil über das ihm nahe verwandte Index-Geld von Keynes lauten. Aber nur aus dem Grunde, weil Keynes' Geldsystem*) sich molluskenhaft in sich zusammenzieht, sobald man es irgendwo anpacken will. Jede Konkretisierung der Vorschläge fehlt, und man hat das Gefühl, als ob der Autor mit gutem Bedacht vermieden habe, sich irgendwie festzulegen. Aber die abstrakten Gedankengänge, die er entwickelt, genügen dennoch, um erkennen zu lassen, daß es sich auch hier um eine Utopie handelt. Das geht vor allem schon daraus hervor, daß er an Fisher's „compensated dollar" nichts anderes auszusetzen hat, als daß dessen Korrektur der Preisbewegung immer um einen Monat zu spät komme. Nicht der vorausgegangenen, sondern der bevorstehenden Preissteigerung habe man durch die Manipulierung des Geldes entgegenzuwirken. Das ist alles, was Keynes einwendet. Mit dem Grundprinzip ist er einverstanden. Sein eigenes Index-Geld unterscheidet sich denn auch von dem Fisher'schen, soweit erkennbar, nur dadurch, daß er es nicht auf das Signal der Warenpreise, sondern auf ein anderes Signal einstellen will, das die Preisbewegung der Zukunft so widerspiegelt, wie der Warenindex die der Vergangenheit. Er will den Geldwert also aprioristisch, nicht, wie Fisher, a posteriori manipuliert wissen. Wie das aber geschehen soll, läßt er offen. Er nimmt zwar mehrere Male einen Anlauf und sagt (S. 197 der deutschen Uebersetzung): „Es bleibt noch die Frage, wie die Notenausgabe zu regulieren ist"; und (S. 200): „Wir kehren nun zur Regulierung der Notenausgabe zurück." Aber der Leser, der nun endlich die Quintessenz des Keynes'schen Gedankenganges zu erfahren hofft, sieht sich immer wieder dem Nichts gegenüber, oder stößt auf Redefloskeln wie: „Die Lenker des Systems wären der Diskontsatz und die Schatzwechsel-Politik, die zu erreichenden Ziele: die Stabilität von Wirtschaftsleben, Preisen und Arbeitsmarkt; die Höhe des Papiergeldumlaufs wäre eine Folgeerscheinung des ersteren . . . und ein Mittel zur Erreichung der letzteren, deren genaues zahlenmäßiges Niveau vorher weder angegeben werden kann noch braucht." Dazwischen Verbeugungen vor den Leitern der Bank von England, denen immer wieder versichert wird, das neue System unterscheide sich eigentlich in nichts von der Geldpolitik, wie die Bank von England sie jetzt treibe; nur die Rückkehr zum Goldstandard, die der Cunliffe-Report verlangt, müsse unterbleiben, und der Goldbestand der Bank sei zum Kriegsschatz zu machen, gelegentlich auch zur Ausgleichung eines Passivsaldos der Zahlungsbilanz zu verwenden. Die ganze positive Ausbeute ist sonach, daß die Preisschwankungen im Inland durch eine irgendwie geartete Manipulierung des Notenumlaufs, die Geldwertschwankungen im Auslande durch eine geeignete Goldpolitik verhindert werden sollen. Schon dieses wenige läßt aber die ganze Verworrenheit des Keynes'schen Geldsystems erkennen. Denn wenn das englische Geld die Preisschwankungen am Inlandsmarkt beseitigen soll, indem es sich ihnen an-

*) Dargestellt in „Ein Traktat über Währungsreform", deutsch erschienen bei Duncker & Humblot, München, 1924.

Digitized by Google

paßt, muß es notwendig in eine differentielle Bewegung zu den Auslandswährungen geraten, die teils nach dem Golde, teils anders, jedenfalls aber nicht nach den Preisen des inner-englischen Marktes und nach den englischen Arbeitslöhnen orientiert sind. Eine „manipulierte" englische Währung muß also entweder auf das feste Wertverhältnis zum Dollar und anderen Goldwährungen, oder auf die Preiskonstanz im Lande selbst verzichten. Im übrigen gilt für die Festnagelung der Preise und Löhne, gleichviel auf welche Weise sie erzielt werden soll, dasselbe wie für den analogen Versuch Fisher's: Ehe nicht die ganze Weltproduktion planwirtschaftlich-sozialistisch geregelt und aufgeteilt ist, kann die Aussage der Ware, daß sie in diesem oder jenem Verhältnis zur vorhandenen Kaufkraft stehe, nicht beseitigt, die Preisschwankung also nicht eliminiert werden. Das mögen sich auch die zahlreichen deutschen Volkswirte gesagt sein lassen, die der Gedanke an eine Teillösung der sozialen Frage von der Geldseite her seit Fisher und Keynes nicht mehr schlafen läßt, und die ein Geld befürworten, das sich elastisch bald den Preisen, bald den Devisen, bald einer „rechnerischen Goldmark" anpassen soll. Man bemühe sich lieber, zu erkennen, was „Geld" und was „Preis" ist; denn diese Erkenntnis schließt die weitere Erkenntnis in sich ein, daß ein „Index-Geld" genau so unmöglich ist wie ein Gewicht, das sich der Schwere des Gegenstandes anpaßt, den es wägen soll. Bei weiterem Nachdenken würde sich aber auch noch etwas anderes herausstellen: daß nämlich ein Index-Geld, das dem Arbeiter seinen wertbeständigen Lohn und dem kleinen Sparer sein wertbeständiges Sparkapital sichern soll, nicht etwa, wie man heute glaubt, ein s o z i a l e s Geld wäre, wenn es sich verwirklichen ließe, sondern genau das Gegenteil davon. Denn es würde jene beiden Klassen, die man schützen will, mit einem Schlage von dem Segen des F o r t s c h r i t t s ausschließen. Fortschritt ist Verbilligung, Verbilligung heißt Vergrößerung der im Gelde verkörperten Realkaufkraft. Macht man diese Verbilligung unwirksam, indem man den Geldwert systematisch um so viel einschrumpfen läßt, wie die Preise sich unter dem Druck des Fortschritts senken, — man denke an Adam Smith's berühmtes Beispiel von der Stecknadel-Fabrikation oder, um auf die Gegenwart zu exemplifizieren, an das Beispiel des Ford-Wagens —, so nimmt man dem Arbeiter und kleinen Sparer jede Möglichkeit, an den Errungenschaften der Technik und Wissenschaft teilzunehmen. Der amerikanische Arbeiter würde, wenn das System verwirklicht und seit hundert Jahren in Kraft wäre, heute noch so primitiv leben wie zur Zeit des Präsidenten Monroe. Dagegen würden die großen Gesellschaften, die vor Jahrzehnten Obligationen ausgegeben haben, ihre Schulden in einem entsprechend der Warenverbilligung verschlechterten Gelde zurückzahlen und damit den Vorteil aller Erfindungen und technischen Fortschritte für sich in Anspruch nehmen. Das alte, brave Goldgeld hat zwar ebenfalls die Neigung, sich im Laufe längerer Perioden etwas zu entwerten und dadurch die verbilligende Wirkung des menschlichen Fortschritts zum Teil wieder aufzuheben. Aber es ist nicht halb so radikal und unsozial wie das „soziale" Index-Geld.

DAS LONDONER PROTOKOLL.

Zahlreiche Freunde und Leser der „Bank" haben in Zuschriften an mich ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß das Dawes-Gutachten und das darauf aufgebaute Londoner Protokoll in dieser Zeitschrift bisher nicht zusammenfassend auf ihre voraussichtlichen wirtschaftlichen Wirkungen hin untersucht worden sind, und knüpfen daran die Erwartung, daß ich eine solche Untersuchung demnächst vornehmen werde. Ich muß die Erwartung leider enttäuschen. Was zu den wirklich großen Fragen des Reparationsproblems grundsätzlich zu sagen ist, das ist hier bereits vor Jahren gesagt worden. Und was damals für die Momente der Zahlungsfähigkeit, der Zahlungs-Zweckmäßigkeit, der Sachleistungen usw. galt, das gilt auch heute noch. Neu hinzugekommen sind infolge des Dawes-Gutachtens eigentlich nur zwei Fragen von Bedeutung, die der Währungsreform mit Hilfe der 800 Millionen-Auslandsanleihe und die des „Transfer". Sie sind im Juni- und Augustheft ausführlich erörtert worden. Ueber eine Reihe von Spezialbestimmungen zweiter Ordnung, wie die 5 Milliarden-Belastung der Industrie, die Uebereignung der Reichsbahn an eine Zweck-Gesellschaft und die Inanspruchnahme be-

Digitized by Google

stimmter Reichseinkünfte für die Jahresquoten der Reparation, halte ich es für überflüssig etwas zu sagen, solange Reich, Staaten und Städte die gegenwärtige Finanzpolitik weiterbetreiben. Es hat keinen Sinn, über „Tragbarkeit" oder „Untragbarkeit" einer im Londoner Protokoll vorgesehenen Last zu orakeln, wenn gleichzeitig Reich, Staaten und Städte die deutsche Wirtschaft für die Zwecke eines halb im Leerlauf arbeitenden und vielfach geradezu schädlichen Verwaltungsapparats mindestens ebenso stark belasten, wie die rücksichtsloseste Ausnutzung der den Reparationsgläubigern überlassenen Pfänder es tun würde. Im übrigen scheidet der Begriff „Untragbarkeit" bei einem Volk aus, das eben erst gezeigt hat, daß es ein Drittel des Nationalvermögens (oder den doppelten Betrag der Gesamtreparation) in den Abgrund der aberwitzigsten Inflation der Weltgeschichte zu werfen im Stande ist, ohne die Urheber und Mitschuldigen dieses Kapitalverbrechens zu bestrafen, oder sie auch nur von der politischen Bühne herunterzufegen. Aber selbst hiervon abgesehen halte ich alle Einzelbestimmungen des Londoner Protokolls für unwesentlich gegenüber dem immer und immer wieder betonten „humanen" Grundgedanken der ganzen Reparationspolitik, die Jahrestribute auf die deutsche „Zahlungsfähigkeit" abzustimmen. Denn es läßt sich auf Grund fünfjähriger Erfahrung unschwer voraussehen, was daraus entstehen wird. Erstens: Dauernd kranke Finanzen; denn nur bei passivem Budget glaubt man trotz des Londoner Plans auf eine spätere Milderung der Reparationslast hoffen zu dürfen. Zweitens: Dauerndes Fortbestehen des grotesken Verwaltungsapparats, der die Wirtschaft auf Schritt und Tritt nutzlos behindert; denn ohne ihn ist angesichts der Versailler Steuermaxime („mindestens so schwere Steuerlast wie im meistbelasteten der alliierten Länder") an ein passives Budget nicht zu denken. Drittens: Dauernd unsichere Währungsverhältnisse; denn eine Rückkehr zur Goldwährung würde die Transfer-Bestimmungen des Londoner Protokolls gegenstandslos machen (vgl. „Kauri-Währung" im Juniheft), also die Ueberweisung der vollen Reparationsquoten an die Alliierten zur Folge haben, was natürlich nicht sein darf. Viertens: Dauernde Belastung der Wirtschaft mit Gewichten, die ihre volle Entwickelung hemmen, weil sonst der „Wohlfahrts-Index" nach oben weist und die Reparations-Leistungen verschärft werden. Fünftens: Weitere Belastung der Wirtschaft mit Frachttarifen und Zollabgaben, die vorgeblich nur den Zweck haben, die Jahreszahlungen zu garantieren, in Wirklichkeit aber die deutsche Konkurrenzfähigkeit erschweren sollen. Sechstens: Ueberführung der wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands auf ein falsches Gleis durch das verhängnisvolle System der „Sachleistungen" (vgl. „Wiesbaden" im Novemberheft 1921). Zum Glück gibt es ein Moment, das früher oder später — auf einem mit immer neuen Konferenzen und Zahlungsplänen gepflasterten Wege — zur Erleichterung und schließlich zur Aufhebung der ganzen Reparation führen dürfte: den gesunden Egoismus der verschiedenen handeltreibenden Länder, der die künstliche Steigerung des deutschen Exports durch den über Deutschland verhängten Zahlungszwang nicht allzu lange dulden wird. Schon heute macht der englische Kaufmann gegen die „exportfördernde" 800 Millionen-Anleihe mobil, indem er dieser Anleihe die Wirkungen zuschreibt, die in Wirklichkeit nur Wirkungen des Zahlungszwanges sind. Schon heute ertönt der Ruf: „Deutschland in den Völkerbund!", der ein deutliches Symptom dafür ist, daß man irgendwo bemüht ist, zu handelspolitischen Zwecken Deutschlands Wohlwollen zu erkaufen. Schon heute ist eine Atmosphäre geschaffen, die Deutschland den Mut gibt, sich mit der Frage einer Wiedererlangung seiner Kolonien zu beschäftigen. Und schon heute läßt der Kongreß der deutschen Auslandshandelskammern erkennen, daß Deutschland die Trümpfe kennt, die es gegenüber den Ländern in der Hand hat, welche gleichzeitig seine Rivalen und seine Gläubiger sind. Man sieht also deutlich, daß der wirtschaftliche Egoismus der Alliierten bereits im Kampfe mit ihrem staatsfinanziellen Egoismus liegt, und es ist kaum zweifelhaft, nach welcher Seite in diesem Kampfe schließlich der Sieg neigen wird. Nur mit Wehmut kann man daran denken, daß Deutschland selbst den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft über die politische Gewalt um Jahre hinausgezögert hat, indem es unterließ, den Alliierten zur rechten Zeit zu zeigen, daß z a h l e n im Weltverkehr nichts anderes heißt als n i e d e r k o n k u r r i e r e n.

Digitized by Google

Literatur.

Fordismus? Paragraphen über das Verhältnis von Wirtschaft und technischer Vernunft bei Henry Ford und Frederick W. Taylor. Von Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld. (Kieler Vorträge, herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Harms.) Jena 1924. Kommissionsverlag von Gustav Fischer (57 Seiten).

Das Geld ist Kapital. Von Prof Dr. S. Berliner. Stuttgart 1924. Verlag C. E. Poeschel (36 Seiten). — Aus dem Inhalt: Was bedeutet Bezählen? — Was bedeutet Investieren? — Kapital-Inflation und Einkommens-Inflation. — Kapital als abstrakte Rechnungseinheit.

Grundriß zu meinen Vorlesungen über die gesamte Wirtschafts- und Finanzwissenschaft, einschließlich der Sozialpolitik (mit Arbeitsrecht), des Geld-, Bank- und Börsenwesens, der Genossenschafts-, Versicherungs-, Unternehmungs- und Betriebslehre, sowie der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft und Tabellen von Karl Eugen Nickel. 3. Auflage. Greifswald 1924. Buchvertrieb von Nickel-Neudorff. (G.-M. 14,—.)

Das Valorisationsproblem in der Gesetzgebung und Rechtsprechung Mitteleuropas. Von Dr. Karl Wahle. Wien 1924. Nikola-Verlag (4,50 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Steuerprobleme. — Bilanzfragen. — Geldentwertung und bürgerliches Recht. — Geldentwertung und Preistreibereirecht.

Probleme der Finanzwissenschaft. Von Dr. Bruno Moll. Leipzig 1924, Akademische Verlagsgesellschaft (7,— G.-M.). — Aus dem Inhalt: Wieweit ist vorurteilslose Finanzwissenschaft möglich? — Die Frage der Einbeziehung der öffentlichen Ausgaben in das System der Finanzwissenschaft. — Zur Theorie der Staatsbankerotte. — Zur Theorie der Erwerbseinkünfte. — Theorie der Vermögens- und Einkommensteuer.

Die Entwicklung der Reparationsfrage. Chronik des wirtschaftlichen Niederganges Deutschlands. Zeitausgabe (abgeschlossen 31. 3. 24). Berlin 1924, Zentral-Verlag G. m. b. H. (72 S. Quart).

Aufwertung. Die dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 mit besonders ausführlicher Berücksichtigung der Vorschriften über die Aufwertung und die öffentlichen Anleihen. Erläutert von Reichsgerichtsrat Richard Michaelis. Berlin und Leipzig 1924. Verlag Walter de Gruyter & Co. 388 S. (geb. 7,— G.-M.).

Die Umstellung auf Gold in der Selbstkosten- und Preisberechnung und in der Bilanzierung. Von Otto Schulz-Mehrin. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer (2,40 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Kostenermittlung bei veränderlichem Geldwert. — Preisberechnung und Kaufpreiszahlung bei veränderlichem Geldwert. — Zusammenstellung der Preisberechnungsformen. — Was ist eine Goldbilanz? — Die neue offizielle oder Handels-Goldbilanz.

Deutschland und Frankreich. Ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923/1924. Mit Beiträgen von F. Aereboe, E. Baptiste, L. Brentano, A. Cohen, F. Delaisi, Ch. Gide, F. Gouttenoire de Toury, P. Hertz, J. Jastrow, E. Kahn, S. Kutner, O. Landsberg, C. Lemercier, H. Mann, R. Meerwarth, H. Muthesius, R. Perdon, M. Prager, M. Quarck, P. Renaudel, P. Reynaud, R. Picard, P. Stegemann, M. Wagner, R. Wissell. Herausgegeben von R. Kuczynski. Berlin 1924. Verlag von R. L. Prager. (411 Seiten.)

Die Gesetzgebung über die Rentenmark mit ausführlichen Erläuterungen. Von H. Frommer und Dr. H. Schlag. Mannheim, Berlin, Leipzig 1924. J. Bensheimer (6 G.-M.). — Aus dem Inhalt: Gesetzestexte. — Kommentar. — Gesetzentwurf Helfferichs. — Satzung der Deutschen Rentenbank. — Vorschriften über Rentenpfennige. — Verordnung über die Umstellung des Postscheckverkehrs auf Rentenmark vom 23. November 1923.

Die Urfehler des Hannoverschen Erdölbergbaues und Vorschläge zu deren Beseitigung. Von Edmund Laske. Hannover 1924, Helwing'sche Verlagsbuchhandlung (1,20 G.-M.). — Will die durch zügellose Spekulation vernichteten deutschen Oellager in einen rationellen Oelbergbau überführen.

Deutschlands Schicksalswende. Land- und Siedlungsfrage von Dr. Georg Hartmann, Rathstock. Berlin 1924. Verlag von Karl Curtius (24 Seiten).

Digitized by Google

Ewiger Tageskalender. Von F. W. Dietz, Rheinsheim 1924 (1,60 G. M.). — Eine Tabelle, die für 56 Jahre anzeigt, auf welchen Wochentag jedes Datum fällt.

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Von Dr. jur. A. Wieruszowski. Leipzig 1924. G. A. Gloeckner. (M. 1.20). Aus dem Inhalt: Der Zweck der Geschäftsaufsicht. — Aufsichtsperson und Schuldner. — Rechtsstellung der Gläubiger. — Der Zwangsvergleich in der Geschäftsaufsicht. — Wirkungen des Zwangsvergleichs.

Fünf Jahre Reparationspolitik. Von Dr. Oscar Wingen. Berlin 1924, Zentral-Verlag G. m. b. H. (78 Seiten). — Aus dem Inhalt: Bis zum Londoner Ultimatum. — Entspannung. — Die „Politik der starken Faust". — Der Ruhrkampf. — Die Sachverständigengutachten.

Das Recht der Syndikate unter besonderer Berücksichtigung des Quotenhandels. Von Dr. Edgar Spiero, Berlin 1924. Carl Heymanns Verlag. (M. 3,50). — Aus dem Inhalt: Die Rechtsform der Syndikate. — Das Syndikat als G. m. b. H. — Das Syndikat als A. G. — Die Rechtsverhältnisse des als Genossenschaft begründeten Syndikats. — Das sogenannte Submissionskartell. — Die Zwangssyndikate. — Die Aufsichtsstellen und ihre rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung. — Die Quote und der Quotenhandel.

Die neuen Gesetze und das Londoner Protokoll. Frankfurt a. M. 1924, Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. (M. 3,50). — Aus dem Inhalt: Das Londoner Protokoll. — Bankgesetz. — Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs von Rentenbankscheinen. — Privatnotenbankgesetz. — Münzgesetz. — Gesetz über die Industriebelastung. — Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

Vom Geist der Gegenwart in Kunst und Leben. Von Wilhelm Vollrath. Leipzig und Erlangen 1924. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung. Dr. Werner Scholl. (M. 4,—). — Aus dem Inhalt: Die Wendung im Geistesleben und ihre Symptome. — Vom Ethos in moderner Kunst. — Vom Wesen des Lebens und dem Problem der Gegenwart. — Die Soziologie als Wissenschaft vom Leben und der Gegenwart.

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Von Dr. Fritz Weinberg. Zweite Auflage, Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde (geb. M. 3,50). — Aus dem Inhalt: Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. — Voraussetzungen und Wirkungen der Geschäftsaufsicht. — Verfahren. — Uebergangsvorschriften gemäß der Verordnung vom 14. Juni 1924. — Musterbeispiele.

Die Beschlagnahme, Liquidation und Freigabe deutschen Vermögens im Auslande unter Benutzung amtlichen Materials bearbeitet von Hans Krüger, Dr. Erwin Loewenfeld, Dr. Eduard Schalfejew und Kurt Sperling. Berlin 1924. Carl Heymanns Verlag. (186 Seiten). — 1. Teil: Das Freigaberecht in Großbritannien, Schottland und Irland nebst Dominions, Protektorate und Kolonien. — Vereinigte Staaten von Amerika. — Italien. — Ostasien. — Freigabemöglichkeit in anderen Ländern (Frankreich, Belgien, Griechenland, Mittel- und Südamerikanische Staaten und Haiti). — Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit im Hinblick auf das Liquidations- und Ausgleichsverfahren. — Behandlung der Personen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit.

Die Abwicklung des Devisengeschäftes im Bankbetrieb. Von Dr. Max Krawinkel. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (G. M. 3,60). — Aus dem Inhalt: Die Sonderheiten des Devisengeschäftes. — Die Beziehungen zwischen Marktlage und Geschäftstätigkeit. — Die Abwicklung des Devisengeschäftes. — Geschäftsabrechnung und Kontenführung. — Zusammenfassung, Arbeitsgliederung in der Devisenabteilung. — Kritische Würdigung der Organisation. — Volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gesichtspunkte.

Die Wirtschaftskrise und ihre Ueberwindung. Von Dr. Ludwig Goldwasser. Berlin 1924, Franz Vahlen. (G. M. 0,60). — Der Verfasser führt die Krisis auf die „Annullierung des Kreditkapitals" auf die 3. Steuernotverordnung zurück und tritt daher für eine generelle Aufwertung der alten Forderungen ein.

Robespierre. Von Hans von Hentig, Stuttgart 1924. Verlag von Julius Hoffmann. (Gm. 5,—). — Aus dem Inhalt: Abstammung, Jugend. — Psyche. — Frauen, Freunde, Feinde. — Aufstieg. — Abstieg. — Ende. — 12 Abbildungen.

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im August 1924

(in Millionen Mk. mit Ausnahme des Jahres 1924; vergl. die Anmerkungen.)

		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Kassen- und Darlehnskassch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks**)	Diskont. Reichs-Schatzanweisung	Lomb. **)	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.**	Privat-guthaben**	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 8.	24*	25262,8 (490,7 Mll.)	455,0	0,24	1 799 684,7	—	55 168,9	76 138,9	932 647,0	180,0	900,4	1 201 445,7	442 947,3	355 677,4	—	452 189,4
	23	25050,1 (596,4)	12 563 525	803,9	25 340 240	79646887,8	8 624 141	34 074	5 602 106	180,0	160,5	62 326 692	9 807 869	28 235 654	—	21 471 275
	22	1025,9 (1004,9)	13 339,6	4,3	9 980,4	210 395,1	89,2	288,0	5 677,6	180,0	127,3	198 463,7	8 173,6	28 585,1	—	5 270,7
15. 8.	24*	23686,6 (498,1 Mll.)	435,0	0,22	1 826 094,8	—	56 385,8	76 309,6	940 423,3	180,0	900,4	1 171 748,9	534 187,1	335 067,5	—	425 406,1
	23	22629,4 (516,4)	12 640 623	887,0	49 531 983	177663572	6 683 452	25 020	9 065 184	180,0	160,5	116 402 548	21 317 263	91 850 227	—	26 032 974
	22	1026,6 (1004,9)	16 598,7	6,0	12 265,1	218 439,0	209,4	293,1	6 810,7	180,0	127,3	205 275,3	10 600,0	33 457,1	—	6 009,9
23. 8.	24*	26065,7 (507,0 Mll.)	428,0	0,17	1 736 982,6	—	35 387,0	76 384,9	913 778,9	180,0	900,4	1 129 222,8	452 917,6	371 240,9	—	425 002,0
	23	22548,7 (512,1)	13 018 188	985,8	89 696 262	506880060	18739437	147 269	51 032 912	180,0	160,5	273 906 406	121 656 333	204 850 904	—	67 934 848
	22	1025,9 (1004,9)	20 503,2	8,5	16 727,8	224 482,7	149,5	241,5	7 736,1	180,0	127,3	215 168,3	11 598,6	36 206,4	—	7 594,8
31. 8.	24*	19 543,9 (516,5 Mll.) a	420,0b	0,15	1 860 843,6	—	59 983,2	76 331,3	921 328,0	180,0	900,4	1 391 895,2	254 063,8	297 791,2	—	421 264,5
	23	21446,1 (515,5)	14 175 724	3 219,5	154 644 249	987218783	25261395	15 533	163 159 441	180,0	160,5	653 200 050	206 168 133	384 911 700	—	100 248 548
	22	1027,5 (1004,9)	23 239,9	3,8	21 704,3	249 765,8	173,0	241,2	7 502,1	180,0	127,3	238 147,2	13 708,2	42 416,2	—	9 078,7

(in Billionen Mk.)

Bayr. Notenbank	7.	33 Mill.	373 057***	184 499	26 146 950		940 090	—	1 487 982	15 Mill.	3,75 Mill.	5 799	635 925	12 284		2 476 938
	15.	33	246 016***	228 498	26 957 277		935 140	—	1 512 833			5 899	710 810	12 284		2 580 108
	23.	33	363 113***	262 372	25 944 795		898 640	—	1 575 635			5 856	741 828	12 284		2 745 846
	31.	33	331 464***	289 347	26 999 189		900 130	—	1 557 444			5 754	700 118	12 284		2 820 886
Sächs. Bank	7.	18 Mill.	293 338***	124 079	27 583 822		96 800	3 395	3 052 813	30 Mill.	7 Mill.	931	1 815 044	506 142		1 832 130
	15.	18	306 172***	89 650	28 473 515		97 750	3 395	2 505 531			920	1 902 981	634 945		1 937 169
	23.	18	286 852***	134 638	28 380 324		97 910	3 395	2 468 345			996	1 703 792	639 359		2 027 314
	31.	18	261 571***	106 054	28 507 078		118 210	3 395	2 150 878			959	1 471 486	629 045		2 045 950
Württemb. Bank	7.	7,9 Mill.	117 762***	41 767	13 124 224		—	163 897	4 086 045	10,5 Mill.	1,99 Bill.	3 896	2 478 207	3 910 000		3 339 604
	15.	7,9	345 023***	31 079	12 369 742		—	130 796	2 850 302			3 891	2 517 679	2 920 000		2 783 376
	23.	7,9	185 881***	14 783	12 281 995		—	140 399	3 350 101			3 885	3 262 831	3 990 000		2 595 899
	31.	7,9	269 910***	10 506	12 877 931		—	122 803				3 720	1 922 631	1 860 000		2 773 536
Badische Bank	7.	3,0 Mill.	86 492 ***	49 100	19 450 852		—	1 672 748	23 307 340	24,9 Mill.	339,9 Mill.	6 693	30 363 968	—		5 195 871
	15.	3,0	118 031 ***	85 106	19 076 243		—	1 697 884	18 432 813			6 661	25 251 521	—		5 151 897
	23.	3,0	66 216 ***	49 608	19 604 090		—	1 703 689	21 210 840			6 561	28 265 768	—		5 362 116
	31.	3,0	38 244 ***	39 552	19 722 383		—	1 706 118	15 788 768			6 480	22 873 675	—		5 414 911

a) Davon 77,1 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) ferner 237 469,8 Billiarden Mk. Rentenbankscheine. *) in Billiarden (1000 Billionen) Mk. außer bei Metallbestand, Kapital- und Reservefonds. **) 1924: Summe aus Banknoten und Rentenmark. ***) Rentenbankscheine

Digitized by Google

Deutsche Golddiskontbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1924. (In Pfd. Stlg.)

Ausweistag	Gold*)	Auslandsguthaben	Wechsel und Schecks: im eigenen Bestand	Wechsel und Schecks: im Ausland rediskontiert	eingez. Grundkapit.	Giro und sonstige Passiva
31. 4.**)	14.5	5644.3	582.2	—	6470.2	50.0
7. 5.	14.5	5354 0	998.7	—	6250.0	119.3
15. 5.	14.5	4223.7	2280.4	—	6250.0	270.8
23. 5.	14.6	3076.1	3611.3	—	6351.3	352.9
31. 5.	14.1	1478.5	5384.9	—	6368.4	512.3
6. 6.	14.1	347.3	6511.8	—	6425.5	451.3
14. 6.	15.1	274.8	6524.2	1316.4	6428.0	396.6
23. 6	14.8	666 8	6244.7	3109.8	6433.5	501.8
30. 6.	14 8	666.8	6244.8	3578.8	6433.5	551.2

*) einschl. ausländ. Banknoten. **) Erster Ausweis.

Bank von England.

Wochenausweise im August 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen: staatl.	Depositen: priv.	Reserve: absolut	Reserve: 1% d. tägl. fäll. Verb.	Bankdisk. %
1924 6. 8.	128.3	43.2	78.1	127.1	13.3	110.9	20.9	16.86	4
13. 8.	128.3	42.9	75.4	126.0	13.4	108.8	22.0	18.08	4
20. 8.	128.3	42.5	78.3	125.1	15.6	110.0	22.9	18.26	4
27. 8.	128.3	41.0	76.9	125.4	17.0	105.4	22.7	18.53	4
1923 8. 8.	127.6	46.8	68.7	126.1	10.4	108.3	21.3	17.94	4
16. 8.	127.6	45.8	69.1	124.8	10.4	109.0	22.6	18.89	4
23. 8.	127.6	46.5	70.1	124.3	15 3	106.2	23.1	15.02	4
30. 8.	127.6	46.3	67.2	124.6	16.6	102.5	22.8	18.97	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im August 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestund. Wechs.	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen: staatl.	Depositen: priv.	Notendeck. in %[3])	Bankdisk. %
1924 7. 8	5543.6	300.3	567.8	4562.9	9.2	30 554.8	40 571.7	12.5	2158.7	13.4	6
14. 8.	5543.7	300.4	567.5	4510.1	9.2	30 403.4	40 399.9	12.1	2037.1	13.7	6
21. 8.	5543.7	300.5	567.6	4393.0	9.2	30 399.0	40 250.9	13.0	1916.8	13.7	6
28. 8.	5543.8	300.7	567.1	4406.0	9.1	30 271.6	40 034.5	16.1	1983.6	13.8	6
1923 9. 8.	5537.8	293.1	564.8	2470.3	18.8	30 011.2	37 428.1	17.0	2011.1	14.8	5
17. 8.	5537.8	294.2	565.0	2404.5	18.8	24 880.3	37 265.4	14.8	1952.0	15.0	5
24. 8.	5537.9	294.3	569.7	2311.5	18.8	29 985.5	37 111.2	12.4	2104.3	15.0	5
31. 8.	5537.9	294.4	568.8	2634 1	18.8	29 944.9	37364.0	19.5	1909.4	15.0	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 28. Aug. 1 864 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Kriegsvorschüsse an die Regierung (am 28. Aug. 24: 22 800 Mill. Frcs.) einschl. des ewigen Vorschusses und die Vorschüsse an Verbündete. [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. Lei).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen	Tägl. fällige Verbindlk.	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	B.-Disk. %
5. 1.	6011.7	0.7	5677 6	689.4	5954.7	17 799.5	11 787.1	6
12. 1.	6011.7	0 7	5779 6	643.4	5999.6	17 760.9	11 748.5	6
19. 1.	6011.7	0.6	5765.9	647.4	6042 0	17 679 8	11 667.5	6
26. 1.	6011.7	0.6	5736.4	664.6	6047.3	17 646 8	11 634.5	6
2. 2.	6013.4	0.7	5744.5	688.6	6042.1	17 717.0	11 702.9	6
9. 2.	6015.1	0 6	5792.7	674.3	6033.6	17 783.2	11 767.5	6
16. 2.	6016.8	0.6	5775.4	679.4	6061.1	17 808.5	11 791.9	6
23 2.	6016.4	0.6	5781.1	663.0	6071.9	17 844.2	11 827.2	6
1. 3.	6015.9	0.7	5730.5	650.2	6055.9	17 837.3	11 820.7	6
8. 3.	6018.4	0.6	5824.1	659 8	6048.6	17 838.0	11 819.0	6
15. 3.	6018.1	0.7	5838.7	662 0	6108.9	17 839.4	11 820.6	6
22. 3.	6017.2	0.7	5858.3	692.6	6073.9	17 852.5	11 834.6	6
29. 3.	6017.2	0.7	5935.6	680.4	6065.3	17 832.2	11 814 3	6

National-Bank von Griechenland.

Halbmonatsausweise von Januar bis März 1924. (Mill. Drachmen).

Ausweis-Tag	Metallbestand	Auslands-Guthaben	Wechsel	Darlehen	Tägl. fällige Verbindlk.	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	B.-Disk. %
24 14. 1.	32.5	1348.4	174.0	133.2	1355.2	5453.5	5421.0	7½
31. 1.	32 5	1324.7	177.3	128.3	1430.2	5485.6	5453.1	7½
14. 2.	32.5	1323.4	185.3	127.0	1275.3	5312.7	5280.2	7½
29. 2.	32 5	1324.9	202.7	134.5	1267.1	5187.9	5155.4	7½
14. 3.	32.5	1324 7	206 7	126.7	1194.8	5188.0	5155.5	7½
31. 3.	32.5	1337.9	225.0	117.9	1208.2	5308.2	5275.7	7½

Bulgarische Nationalbank.

Monatsausweise von Januar bis März 1924. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag	Metallbestand	Ausl.-guthab.	Wechsel	Darlehen	Tägl fällige Verbindlk.	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	B.-Disk. %
1924 31. 1.	56.6	976.5	152 7	150 6	2 228.9	4 302.7	4 246.1	6
29. 2.	56 7	1163.7	155.7	167.7	2 354.2	4 508.7	4 452.0	6
31. 3.	56.7	690.3	159.7	168.3	1 823.8	4 747.7	4 691.0	6

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Der landwirtschaftliche Zoll.

Am 10. Januar 1925 fallen von Deutschland die Fesseln ab, die der Versailler Friedensvertrag seinem handelspolitischen Selbstbestimmungsrecht angelegt hat. Von diesem Tage ab kann das Reich dem Auslande wieder wirtschaftsautonom gegenübertreten und eine seinen Bedürfnissen entsprechende Zollpolitik betreiben. Es steht denn auch bereits mitten in den Vorbereitungen zu einer solchen. Dabei stellt es sich aber heraus, daß keine Brücke von der Vorkriegszeit zur Jetztzeit hinüberführt, daß jede historische Verknüpfung fehlt. Der verlorene Krieg, die innere Umwälzung und die Inflation haben das Band zwischen Vergangenheit und Gegenwart zerrissen. Man kann nicht einfach da fortfahren, wo man vor zehn Jahren aufgehört hat, kann die theoretischen und praktischen Leitsätze von damals nicht ohne weiteres übernehmen. Es entsteht die Pflicht, für neue Wirtschaftsbedingungen eine neue Formel zu finden, praktische Bedürfnisse wissenschaftlich zu fundamentieren, um sie handelspolitisch befriedigen zu können. Dieser Pflicht ist bisher ganz und gar nicht genügt worden. Man kann der Regierung freilich nicht verübeln, daß sie an den alten Dogmenstreit „Freihandel oder Schutzzoll?" heute nicht rühren, daß sie nicht prüfen will, ob der Regenerationsprozeß der deutschen Wirtschaft grundsätzlich nach einer Politik wie vor oder wie nach 1879 verlangt. Es steht ihr kein Cobden oder List zur Seite, der mit dem geistigen Rüstzeug der Logik angetan, ihr eine bestimmte Politik als notwendig und allein statthaft nachzuweisen im Stande wäre. Ueberdies ist die Freiheit der Entschließung, die Deutschland am 10. Januar zurückgewinnt, keine uneingeschränkte. Hindert doch das Protokoll von London die Reichsregierung daran, auf Zolleinnahmen auch nur mäßigen Umfangs zu verzichten. Die Linie des Zollschutzes kann also schon aus finanziellen Gründen nicht grundsätzlich verlassen werden. Aber auf der so eingeengten Bahn sollte die Regierung sich doch mit einiger Sicherheit bewegen, sollte sie irgend einem Ziel nachgehen, irgend eine Ueberzeugung zum Ausdruck bringen. Tatsächlich fehlen ihr aber Ziel und Ueberzeugung selbst auf dem wichtigsten und umstrittensten Gebiet der Zollpolitik, demjenigen der Agrarzölle. Sie überläßt hier die Entscheidung völlig dem Kampf der Parteien, also der Macht statt der Vernunft. Das könnte eine Verbeugung vor dem Parlamentarismus sein, wenn man dem Volke und seinen Führern die Tragweite einer Entschließung für oder wider objektiv, von großen Gesichtspunk-

Digitized by Google

ten aus, dargelegt hätte. Da das aber nicht geschehen ist, so muß man annehmen, daß ein festumrissenes Programm nur deshalb nicht kundgetan worden ist, weil es nicht vorhanden ist. Der Weisheit letzter Schluß wäre dann ein willenloses Sich-treiben-lassen, das seine Rechtfertigung von der unklaren Vorstellung ableitet: Deutschland muß künftig große Jahreszahlungen leisten, also viel exportieren; deshalb darf es im Auslande auf keine hohen Zollschranken stoßen; um den Abbau der ausländischen Zollschranken durchzusetzen, muß es seinerseits entsprechende Zollkonzessionen machen; ohne die im Londoner Protokoll vorgesehenen und verpfändeten Zolleinnahmen zu gefährden, kann es jene Konzessionen aber nur machen, wenn es zuvor überhohe, von vornherein auf Nachlaß zugeschnittene Zölle eingeführt hat; ergo ist ein autonomer Zolltarif mit möglichst lückenlosen Hochschutzzöllen das Erfordernis der Stunde.

Das ist ein vollkommener Verzicht auf jede höhere, von ökonomischem Fernblick getragene Wirtschaftspolitik und eine Selbstbeschränkung auf die — man kann es kaum anders nennen — Taktik des Schacherns. Aber selbst eine solche Taktik auf kurze Sicht bedarf, wenn sie nicht mehr Schaden als Nutzen stiften soll, des Unterbaus einer volkswirtschaftlichen Grundanschauung. Man muß wissen, welche Interessen man gegebenenfalls zugunsten anderer, als höherstehend erkannter Interessen zu opfern berechtigt ist. In dieser Hinsicht herrscht aber nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den Volkswirten und den gewerblichen Verbänden die denkbar größte Unsicherheit. Nirgends wird auch nur der Versuch eines Bekenntnisses zu irgend einem handelspolitischen Prinzip gemacht. Alles, was an Aeußerungen bisher bekannt geworden ist, steht im Zeichen der Dogmenfurcht und eines Opportunismus, der nur der nächsten Stunde Rechnung trägt. So fordert der Industrie- und Handelstag eine Handelsvertragspolitik mit dem Ziel der allgemeinen gegenseitigen unbeschränkten Meistbegünstigung; die Grundlage soll ein „maßvolles Schutzzollsystem" bilden, das aber nur den Zweck hat, „den übrigen Handelsstaaten Anreiz zur beiderseitigen Herabsetzung der Zollsätze zu bieten". Die Zölle sind also lediglich als Kampfmittel zu einem freihändlerischen Endziel gedacht, nach dem Grundsatz, daß, wer den Frieden will, für den Krieg rüsten muß. Dem liegt aber nicht etwa eine wirklich freihändlerische Weltanschauung zugrunde, der man auf Umwegen zum Siege verhelfen möchte, sondern ausschließlich die Furcht, daß die deutsche Ausfuhr während der nächsten Jahre leiden könnte. Für die Landwirtschaft wird gleichzeitig die Wiederherstellung eines wirklichen Zollschutzes verlangt, der kein Kompensationsobjekt bilden, sondern effektiv werden soll. Womit der Handelstag seiner gemäßigten Industriezollpolitik wieder ihren Sinn nimmt. Denn wenn die deutsche Ausfuhr mit der Lohn- und Preissteigerung fertig werden kann, die sich aus der Verteuerung der Lebensmittel

Digitized by Google

ergibt, so kann sie umgekehrt auch mit höheren Auslandszöllen fertig werden, sobald diesen Zöllen ein niedrigeres Lohn- und Preisniveau im Inlande gegenübersteht. Das Programm des Handelstages läßt also nicht nur jede feste Grundanschauung vermissen, sondern es ist auch ein Widerspruch in sich selbst. Da ist die Resolution, die der Verein für Sozialpolitik Ende September in Stuttgart gefaßt hat, entschieden konsequenter. Auch dieser tritt für „möglichst freiheitliche Gestaltung des internationalen Güteraustausches" ein und billigt Zölle nur insoweit, wie sie als Waffe zur Herbeiführung des anzustrebenden Freihandels verwendbar sind. Auch ihm kommt es dabei mehr auf den unmittelbaren Effekt der Ausfuhrsteigerung als auf die Durchsetzung eines wirtschaftspolitischen Grundsatzes an. Aber er geht wenigstens logisch zu Werke und läßt nicht zu, daß die Hindernisse, die von außen her — durch Niederlegung der Zölle — beseitigt werden sollen, von innen her — durch Lohn- und Preisverteuerung — wieder aufgerichtet werden. Mögen die rein taktischen Erwägungen, von denen auch er, unter Verzicht auf wissenschaftlichere Argumente, ausgeht, zutreffend sein oder nicht: Es liegt jedenfalls Folgerichtigkeit darin, wenn jemand, dem die Erziehung der Industrie zu höchstgesteigerter Exportfähigkeit als Ziel vorschwebt, den Zollschutz, den er der Industrie verweigert, auch der Landwirtschaft nicht zubilligt.

Die Stellungnahme des Vereins für Sozialpolitik gegen den Zollschutz der Landwirtschaft hat erhebliches Aufsehen gemacht, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie von einem Manne begründet wurde, den man früher in der vordersten Reihe der Kämpfer für die Agrarzölle zu sehen gewohnt war, nämlich von Professor Sering. Das Gutachten, das diese Autorität in landwirtschaftlichen Fragen erstattet hat, verdient in der Tat besondere Beachtung, weil es sich nicht lediglich auf die opportunistischen und taktischen Erwägungen stützt, die heute für die offizielle deutsche Handelspolitik maßgebend sind, sondern den Versuch macht, die Frage des Agrarzolles in die reinere Sphäre der wissenschaftlichen Forschung zu heben. Sering lehnt es ab, die Landwirtschaft den jeweiligen Interessen des Landes, heute also dem Exportindustrialismus, unterzuordnen und gegebenenfalls zu opfern. Er tritt vielmehr an die Zollfrage unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft selbst heran. Er untersucht, ob die Notlage der Landwirtschaft so beschaffen sei, daß man sie grundsätzlich nur aus dem einen Punkte des Zollschutzes kurieren könne. Das verneint er. Da die Ursachen, denen die Agrarnot entspringt, nicht immer dieselben seien, könne man auch nicht immer dasselbe Mittel zu ihrer Milderung anwenden. Vor fünfzig Jahren sei die deutsche Agrarkrisis eine Krisis der „Ueberproduktion" gewesen, hervorgerufen durch das Angebot von Cerealien aus neuerschlossenen Gebieten; damals waren Abwehrzölle das gebotene Gegenmittel. Die heutige Krisis dagegen sei eine solche der „Unterkon-

Digitized by Google

sumtion", verursacht durch die Schwächung der Verbrauchskraft; die Preise würden nicht von dem — durch Zölle abzuwehrenden — Angebot, sondern von der Nachfrage bestimmt. Diese sei derartig gesunken, daß für die Einheit Getreide oder Vieh eine weit geringere Menge industrieller Produkte zu kaufen sei als früher. Eine Besserung könne nicht von der Seite der Landwirtschaft her und nicht durch Zölle erfolgen, denn jeder Agrarzoll schwäche die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten nur noch mehr und verteuere durch die dem Agrarzoll notwendig folgenden Industriezölle alle Gegenstände des landwirtschaftlichen Bedarfs. Die Besserung könne vielmehr nur von der Seite der Industrie her kommen, deren Produktionskosten gesenkt werden müßten. Der verlorene Krieg habe Deutschland dazu verurteilt, sich immer mehr in der Richtung des Industriestaates zu entwickeln, und so brauche die deutsche Produktion heute die zollfreie Einfuhr von Rohstoffen wie von Nahrungsmitteln. Was die Landwirtschaft infolge dieser Einfuhr an den Preisen ihrer Produkte einbüße, das gewänne sie durch die Verbilligung der Artikel ihres Verbrauches reichlich zurück.

Wie man sieht, ist hier immerhin der Versuch gemacht, die Frage des Agrarzolles mit den Argumenten eines mehr wissenschaftlichen Gedankenganges zu klären. Das Resultat, zu dem Sering gelangt, steht aber in so schroffem Gegensatze sowohl zu der bisherigen wirtschaftspolitischen Auffassung (Stärkung des inneren Marktes durch eine kaufkräftigere Landwirtschaft) als auch zu der bisherigen nationalpolitischen Auffassung (Erziehung zur Autarkie), daß es nötig ist, die Frage des landwirtschaftlichen Zolles einmal völlig von den mehr oder weniger zufälligen und vorübergehenden, vollkommen normwidrigen Wirtschaftsverhältnissen der Gegenwart loszulösen, um sie in ihrer spezifischen Eigenart und unter dem Gesichtspunkt einer höheren wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit zu untersuchen.

* * *

Die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der nationalen Gemeinschaft läßt sich auf dreierlei Weise bestimmen: Nach dem wirtschaftlichen Orientierungsmerkmal der ökonomischen Zweckmäßigkeit, nach dem moralischen der Billigkeit (aequitas) und endlich nach dem physikalischen der Regeneration der Stoffe. Jede dieser drei Bestimmungsmethoden wirft ein anderes Licht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft und auf ihr Anrecht, diese Bedürfnisse befriedigt zu sehen. Wir wollen mit der „ökonomischen Zweckmäßigkeit" beginnen.

Das Grundprinzip der Wirtschaftlichkeit und die Hauptquelle des Fortschrittes ist die Arbeitsteilung. Die menschliche Gemeinschaft steht sich niemals besser, als wenn jedes ihrer Mitglieder sich darauf beschränkt, das zu leisten, wozu seine geistigen und physischen Eigenschaften ihn am meisten befähigen, und im

Digitized by Google

Tausch gegen diese seine eigene Leistung alles das zu erwerben, zu dessen Herstellung andere eine größere Befähigung mitbringen. Das Prinzip der Arbeitsteilung bedingt also unbeschränkte Tauschmöglichkeit. Auf die Nationen angewandt bedingt es Zollfreiheit.

Nun sind aber nicht alle Völker — und innerhalb der Völker nicht alle Erwerbsgebiete — wirtschaftlich richtig erzogen. Oft ist die geistige oder physische Leistungsfähigkeit nicht zutreffend erkannt worden, so daß die Völker oder einzelne nationale Berufskreise sich der Erzeugung von Dingen zugewendet haben, für die sie weniger geeignet sind als andere, denen sie wiederum die Erzeugung solcher Dinge überlassen haben, für die sie selbst die größeren Fähigkeiten mitbringen. Aber auch bei grundsätzlich richtiger Einstellung der Völker kommt es häufig vor, daß die Fähigkeiten sich im Laufe der Zeit erheblich verschieben. Eine Erfindung oder Entdeckung kann die Leistungs-Kapazität von Grund aus umwälzen. Man denke an das deutsche Kali, das bis vor wenigen Jahrzehnten als Abraum behandelt wurde, heute aber die Grundlage für eine mächtige Industrie abgibt. Man denke an das früher fast wertlose lothringische Erz, das seit Einführung der Entphosphorung andere Erze verdrängt hat. Wenn ein Gebiet auf solche Weise in den Besitz von Elementen kommt, die ihm bisher unbekannte Möglichkeiten erschließen, so ist es anderen Gebieten mit geringeren Möglichkeiten dadurch noch keineswegs überlegen geworden. Es muß zur Ueberlegenheit erst erzogen werden. Die Erziehung bedingt aber eine Schonungsperiode, während derer das zu erziehende Wirtschaftsgebiet vor dem Wettbewerb der zur Zeit noch immer überlegenen (oder traditionell als überlegen anerkannten) Konkurrenzgebiete geschützt wird. Und dieser Schutz macht einen Zoll notwendig.

Die menschliche Wirtschaft steht sich somit zwar am besten unter der Herrschaft des Prinzips der Arbeitsteilung und der Zollfreiheit, bedarf aber trotzdem überall da, wo die Arbeitsteilung noch nicht endgiltig feststeht, sondern sich infolge veränderter Arbeitsbedingungen neu orientiert, des Zollschutzes. Und da die Entwicklung in keinem Land absolut feststeht, vielmehr überall eine bald langsame, bald schnelle Verschiebung der nationalen „Ueberlegenheiten" stattfindet, so braucht eigentlich jedes Land zu gleicher Zeit Zollfreiheit und Zollschutz. Die Volkswirte glauben im allgemeinen, daß dieses zweifache und gegensätzliche Bedürfnis der einzelnen Wirtschaftsgebiete sich nicht befriedigen lasse. Jede Wirtschaft müsse sich vielmehr für eines der beiden Prinzipien entscheiden, also entweder für Arbeitsteilung oder für gewerbliche Erziehung, für Freihandel oder für Schutzzoll, für Ricardo oder für List. Das ist aber in Wirklichkeit durchaus nicht unbedingt nötig. Das Dogma der freihändlerischen Arbeitsteilung und des Erziehungs-Schutzzolls schließen sich in keiner Weise aus, sondern ergänzen sich, ja bedingen sich sogar, solange die Völker sich

Digitized by Google

ihren natürlichen Fähigkeiten gemäß entwickeln. Beschränkt sich jedes Land darauf, an der Weltversorgung auf denjenigen Arbeitsgebieten mitzuwirken, auf denen es den übrigen Ländern überlegen ist oder durch einen Glücksfall überlegen wird, so bedeutet die Erziehung und Stärkung dieser Arbeitsgebiete durch den Schutzzoll nicht nur keinen Widerspruch gegen das Prinzip der Arbeitsteilung, sondern im Gegenteil dessen notwendige Voraussetzung. Die Völker werden um so mehr zu einer Tauschgemeinschaft, je mehr jedes einzelne von ihnen seine spezielle Leistungsfähigkeit pflegt und schützt, das heißt andere, auf diesem Gebiet minder befähigte Länder daran hindert, weltwirtschaftliche Verschwendung zu treiben, indem sie unter ungünstigen Bedingungen mit ihm konkurrieren. Ein Erziehungs-Schutzzoll, der in diesem Sinne wirkt, ist ein Erziehungsmittel nicht nur für das Land, das ihn anwendet, sondern gleichzeitig auch für die Länder, gegen die er angewendet wird, weil er sie von Gebieten geringerer Eignung zu solchen höherer Eignung hinüberführt. Ein System solcher richtig angewandten Zölle zwingt die Länder zu der ökonomischsten Ausnutzung ihres stofflichen Inventars und ihrer menschlichen Kräfte, indem es sie auf die ihrer Eigenart am meisten entsprechenden Arbeitsgebiete drängt. Es führt so nicht nur zu einer Arbeitsteilung schlechthin, sondern zu einer qualifizierten, überaus rationellen Arbeitsteilung.

Erziehungszölle der geschilderten Art, d. h. Erziehungszölle, die in jedem Lande die Gebiete seiner speziellen Eignung stärken und dadurch den denkbar vorteilhaftesten Tauschverkehr zwischen den Ländern herbeiführen, können nicht, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheint, eine Einfuhr hemmende Wirkung ausüben. Sie halten die Einfuhr aus dem Auslande nicht fern, sondern korrigieren sie. Ein Industriestaat, der seine in der Entfaltung begriffene, einer durch organische oder technische Vorteile verbürgten Ueberlegenheit zustrebende Industrie durch hohe Zölle schützt, hindert lediglich die ausländischen Parallel-Industrien am Eindringen, nicht aber die ausländische Einfuhr als Ganzes. Diese fördert er im Gegenteil. Indem er seine eigene Leistungsfähigkeit und damit zugleich seine Exportfähigkeit stärkt, verstärkt er auch seine Aufnahmefähigkeit für die Produkte des Auslandes, denn er verschenkt seine Mehrausfuhr nicht, sondern läßt sie sich durch eine entsprechende Mehreinfuhr bezahlen. Ein zweckmäßig angeordnetes System von Schutzzöllen ist also in hohem Grade geeignet, den Außenhandel eines Landes zu vergrößern.

Ganz anders, wenn ein Land sich seiner natürlichen Eignung entgegen entwickelt, indem es Zölle verhängt, die nicht leistungsstarke Gewerbe erziehen, sondern leistungsschwache Gewerbe aufpäppeln sollen. Dann drückt es seine Gesamtkapazität, seine Ausfuhr und damit auch seine Einfuhr herab, seine Zölle wirken also prohibitiv, nicht nur in einem bestimmten Segment, sondern im ganzen Umkreise seines Außenhandels. Und zwar auch dann, wenn es nicht zu Gegenmaßregeln (Strafzöllen) des Auslandes

Digitized by Google

kommt. Etwaige Gegenzölle bestimmen nur die Richtung, in der die nachteiligen Folgen der falschen Zollpraxis sich auswirken, nicht diese Wirkung selbst, die niemals vom Ausland, sondern immer nur vom zollautonomen Inland ausgeht. Allerdings kann ein Abwehrzoll, den das gesamte Ausland gegen ein bestimmtes Landeserzeugnis verhängt, diesem Erzeugnis bis zu einem gewissen Grade die Eigenschaft als höchstqualifiziertes Landesprodukt nehmen, indem er dessen Absatz so schmälert, daß seine nur bei Massenbetrieb lohnende Erzeugung nunmehr unvorteilhaft wird. Solch Vorgang bildet dann ein Gegenstück zu der Entstehung neuer „Ueberlegenheiten" durch Erfindungen oder Entdeckungen. Wie hier eine Ueberlegenheit gewonnen wird, so wird dort eine solche verloren. Und es zeigt sich bei derartigen Gelegenheiten, daß es unvorsichtig ist, ein bestimmtes Gewerbe zu einer Leistungsfähigkeit zu erziehen, für die das Land selbst keine Verwendung hat, also ein ausgesprochenes Exportgewerbe aus ihr zu machen.

Ein lückenloses System von Erziehungszöllen, das ein Land zwingen könnte, sich dauernd in der Richtung der höchsterreichbaren wirtschaftlichen Ueberlegenheit zu entwickeln, ist nun aber ein Ideal, dem kein Staat je völlig gerecht werden kann. Jedes Staatswesen steht unter dem Zwange, gewisse Teile der nationalen Produktion auch dann zu fördern und zu schützen, wenn sie nicht auf der Entwickelungslinie der höchstmöglichen nationalen Leistungsfähigkeit liegen und daher unter dem Gesichtspunkt der internationalen Arbeitsteilung eigentlich aufgegeben werden müßten. Und zwar ist dieser Zwang überall da mächtig, wo in den betreffenden Produktionsgebieten große materielle und ideelle Kapitalien gebunden sind, die nicht aus ihnen herausgezogen werden können. In einer derartigen Zwangslage befindet sich der Staat in vielen industriell hochentwickelten Ländern gegenüber der Landwirtschaft. Seit der Erschließung jungfräulicher Getreidekammern in anderen Erdteilen haben sich die Produktionsbedingungen der Agrarwirtschaft in den meisten Gebieten Europas relativ derartig verschlechtert, daß diese Wirtschaft nach dem Prinzip der Arbeitsteilung aufgegeben werden müßte, und zwar zu Gunsten anderer, auf der Eignungs-Skala höherstehender Gewerbe, deren Produkte dann gegen die überseeischen Bodenfrüchte auszutauschen wären. Aber allenthalben ist ein erheblicher Teil des Nationalvermögens, in Deutschland etwa ein Drittel desselben, in der Agrarwirtschaft verkörpert, ganz abgesehen von dem ideellen Kapital (Volksgesundheit, Bodenständigkeit, Heimatstreue u. s. w.). Selbst wenn der Staat berechtigt wäre, das wichtige politisch-militärische Moment der nationalen Selbstversorgung außer Betracht zu lassen, was er nach den jüngsten deutschen Erfahrungen sicherlich nicht ist, würde er doch das in der Landwirtschaft gebundene Kapital nicht vernichten lassen dürfen, indem er die landwirtschaftliche Rente irgend einer als höher vorausgesetzten industriellen Rente opferte. Und wenn der Staat dennoch so han-

Digitized by Google

deln wollte, würde er nicht so handeln können. Denn es fehlt dem Lande das zum schnellen Uebergang auf eine höhere Stufe der Wirtschaftlichkeit erforderliche gewaltige Neukapital. Nur ganz langsam, entsprechend der Entstehung eines nationalen Vermögenszuwachses aus dem Produktionsprozeß, könnte der Uebergang vor sich gehen. Aber in den Jahrzehnten, die der Umbildungsprozeß beanspruchen würde, können sich die relativen „Ueberlegenheiten" der einzelnen Länder erheblich verschieben, und es kann sich am Ende der Umbildungsperiode herausstellen, daß man zu keiner höheren, sondern zu einer tieferen Stufe der Wirtschaftlichkeit übergegangen ist und den nationalen Vermögenszuwachs von Jahrzehnten falsch investiert hat, weil die agrarökonomische Ueberlegenheit der Ueberseegebiete, vor der man zurückgewichen ist, inzwischen verloren gegangen ist.

Diese Möglichkeit wird aber in dem Maße zur Wahrscheinlichkeit, wie die derzeit ungünstiger produzierenden europäischen Länder ihre Agrarwirtschaft einschränken. Denn die größere Wirtschaftlichkeit der überseeischen Agrarproduktion hat das Vorhandensein einer konkurrierenden europäischen Produktion zur unbedingten Voraussetzung. Der niedrige Preis der auf jungfräulichem Boden gewonnenen Erzeugnisse ist das Ergebnis eines unausgesetzten Wettbewerbes jener Erzeugnisse mit denen des alten europäischen Kulturbodens. Läßt der Wettbewerb in fühlbarem Maße nach, und treten die Länder, die sich bis dahin zu drei Vierteln oder neun Zehnteln selbst versorgt haben, nicht mehr für ein Viertel oder ein Zehntel, sondern für größere Teile ihres Lebensmittel-Bedarfs als Käufer am Weltmarkt auf, so werden die Preise notwendig nach oben gedrängt; und zwar sowohl absolut wie relativ, gemessen an dem Quantum der dafür hinzugebenden Industrieprodukte. Je mehr also Europa seine Landwirtschaft als ein Produktionsgebiet minderer Wirtschaftlichkeit preisgibt, um so mehr hebt sich die Wirtschaftlichkeit dieses Produktionsgebiets wieder, bis es sich herausstellt, daß das Prinzip der Arbeitsteilung keine Abkehr von der Agrarwirtschaft, sondern im Gegenteil eine Rückkehr zu ihr fordert.

Nun findet allerdings die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Ueberwindung eines gewissen Zeitraums ihre Grenze an dem Eintritt neuer Urgebiete in die landwirtschaftliche Produktion. Der Kreis der Markt-Versorger und der Umfang der Versorgung erweitern sich in dem Grade, wie die Preissteigerung den Transportweg von dem am ungünstigsten gelegenen Produktionsgebiet nach den großen Verkaufszentren (den sog. Thünen'schen Weg) zu verlängern und so neuen Boden zu erschließen gestattet. Diese Erschließung erfordert aber Kapital, und zwar nach den Gesetzen, welche die Kapitalkumulierung regieren, in der Regel das Kapital der Industrieländer, d. h. derselben Länder, die durch die Umstellung ihrer Wirtschaft den Anstoß zur Preissteigerung der Agrarprodukte gegeben haben. Soll also der

Digitized by Google

Zweck der Umstellung — die Herbeiführung des tauschwirtschaftlichen Optimums — nicht durch die Verteuerung der einzuführenden und mit eigenen Industrieprodukten zu bezahlenden Lebensmittel illusorisch gemacht, soll vielmehr eine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel verhindert werden, so müssen die in der Umstellung begriffenen Länder folgende Aufwendungen machen:

Sie müssen erstens das Kapital für die eigentliche Umstellung, für den Ausbau derjenigen Gewerbe bereit stellen, die bestimmt sind, die auf der Skala der nationalen Eignungen verhältnismäßig tief stehende Landwirtschaft zu ersetzen, weil sie zur Zeit des Umstellungsentschlusses einen höheren Platz auf der Skala einnehmen.

Sie müssen ferner das Kapital für die Erschließung neuer Agrargebiete bereitstellen, damit das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Lebensmitteln nicht durch die Zunahme ihrer eigenen Nachfrage zu ihren Ungunsten verschoben wird, ihr Umstellungsentschluß sich also nicht nachträglich als ein Fehler erweist.

Sie müssen drittens auf die Rente aus dem im eigenen preisgegebenen Boden verkörperten Kapital verzichten, weil der Boden durch die Umstellung aus einem Produktionsfaktor zu einem Faktor des Luxuskonsums (Park, Jagdgelände oder dergl.) wird.

Das Land, das seine Stellung innerhalb der internationalen Tauschgemeinschaft nach neuen Gesichtspunkten regeln will, steht also nicht etwa vor der Frage, ob die Wettbewerbsfähigkeit seines ländlichen Bodens hinter derjenigen anderer Erwerbsgebiete zurückbleibt. (Diese Frage ist ja bereits durch den Entschluß zur Neuregelung mit „ja" beantwortet.) Die Frage lautet vielmehr, ob die Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Bodens hinter derjenigen anderer Erwerbsgebiete so stark zurückbleibt, und ob sie so unkorrigierbar ist, daß der Uebergang zu einer anderen Wirtschaftsweise mit dem eben erwähnten dreifachen Aufwand bezahlt werden kann, ohne daß die Entwickelung der Gesamtwirtschaft darunter leidet. Oder anders gefaßt: Ob der erwähnte dreifache Aufwand, an die heimische Landwirtschaft selbst gewendet, dieser nicht die Wettbewerbsfähigkeit zurückgeben würde, die ihr im Laufe der Zeit verloren gegangen ist, so daß es gar keiner Umstellung und keiner Preisgabe der Landwirtschaft bedarf, sondern im Gegenteil einer Förderung der letzteren.

Die Antwort auf diese Frage wird verschieden lauten, je nachdem ein Land seine Agrarwirtschaft in der Vergangenheit bereits preisgegeben hat oder nicht, und je nachdem es im Besitz besonders günstiger Bedingungen für ihre Förderung durch Düngerzufuhr, Berieselung, Entwässerung u. dgl. ist oder nicht, was für die Ueberwindung des Abstandes zwischen der vorhandenen und der angestrebten Leistungsfähigkeit entscheidend ins Gewicht

Digitized by Google

fällt. Daneben verdient aber noch ein anderer Umstand grundsätzliche Beachtung. Es ist dies der Umstand, daß die fortschreitende Entwickelung der Kulturmenschheit die Tendenz hat, das Verhältnis, in dem Agrarprodukte und industrielle Erzeugnisse sich gegenseitig kaufen, fortgesetzt zu Gunsten der Landwirtschaft zu verschieben. Die industriellen Erzeugnisse werden durch die Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik fortgesetzt verbilligt, so daß heute für den Durchschnittsbürger Selbstverständlichkeit ist, was früher für den Edelmann Luxus war. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dagegen haben ihren Preis seit Jahrhunderten nicht wesentlich verändert, obwohl ihr Markt durch Erfindungen, die sie der Konkurrenz immer neuer Agrargebiete ausgesetzt haben, revolutioniert worden ist. Mit anderen Worten: Der Fortschritt bewirkt, daß die Agrarprodukte immer mehr industrielle Produkte kaufen, daß ihre Tauschrelation zu diesen Produkten immer günstiger wird.

Endlich kommt für Deutschland noch die Tatsache in Betracht, daß hier bereits in kleinem Maßstabe die Probe auf das Exempel gemacht worden ist: In gewissen Teilen Oldenburgs hat sich die Landwirtschaft, befruchtet durch zweckmäßig zugeleitetes Kapital, auf dem Spezialgebiete der Viehzucht zu einer derartigen Leistungsfähigkeit entwickelt, daß sie — was in Deutschland selbst viel zu wenig bekannt ist — zu einer Exportwirtschaft geworden ist. Deutschland führt aus Oldenburg jährlich ganz erhebliche Mengen Qualitätsfleisch nach Amerika aus. Deutschland nach Amerika! Obwohl man nicht etwa sagen darf, daß deutsches Brotkorn in der umgewandelten Form von Fleisch und Fett in das Ausland geht, die deutsche Ernährungsgrundlage also verschlechtert wird, (denn aus dem Erlös des Fleisches werden drüben Futtermittel angekauft), ist der Vorgang dennoch keineswegs unbedenklich. Und es wäre sicherlich keine zweckmäßige Arbeitsteilung, wenn die deutsche Landwirtschaft sich in größerem Maßstabe auf den Mastviehexport nach argentinischem Muster einstellen würde. Aber das Beispiel deutet allerlei Möglichkeiten an, die durchaus im Widerspruch zu der weitverbreiteten Annahme stehen, die Landwirtschaft eines Industriestaats arbeite notwendigerweise unter ungünstigeren Produktionsbedingungen als ihre klimatisch bevorzugte Konkurrenz im Agrarstaat. Bei ausreichender Kapitalzufuhr und unter Beobachtung gewisser Naturgesetze, auf die ich später — bei Erörterung des physikalischen Gesichtspunkts — zu sprechen komme, mag die deutsche Körnerwirtschaft sehr wohl auf einen Stand gehoben werden können, der ihren Ertrag vervielfacht und die Kosten der Ertragseinheit so weit herunterdrückt, daß die höhere Wirtschaftlichkeit beim Anbau im Inlande statt beim Bezuge aus dem Auslande liegt. Sofern dem aber so ist, hat man der Landwirtschaft denselben „Erziehungszoll" zuzubilligen, auf den aussichtsreiche Industrien Anspruch erheben dürfen.

* * *

Digitized by Google

So viel zum Prinzip der Oekonomie. Wie sieht die Agrarzollfrage nun unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Billigkeit (aequitas) aus?

Die Ausfuhr eines Landes wird normalerweise mit seiner Einfuhr bezahlt, eine Drosselung der Einfuhr durch Schutzzölle hat daher notwendig auch einen Rückgang der Ausfuhr zur Folge. Die merkantilistische Anschauung, die da glaubt, viel exportieren und gleichzeitig wenig importieren zu können, ist irrig. Lediglich die internationalen Schuldverhältnisse bringen eine Dissonanz in die Harmonie zwischen Einfuhr und Ausfuhr, indem sie die Schuldnerländer — auf dem Wege über die Preisgestaltung — zwingen, einen Teil ihrer Ausfuhr gegen Entlastungs-Anerkenntnisse statt gegen Waren herzugeben. Ein Land, dessen Industrie sich auf starken Export eingestellt hat, ist daher, wenn es sein Interesse richtig versteht, notwendig freihändlerisch. (Die eingangs erwähnte Resolution des Vereins für Sozialpolitik trägt dem rückhaltlos Rechnung, diejenige des Industrie- und Handelstages tut es mit einer gewissen Reserve.)

Wenn nun auch die Länder, die sich der wechselseitigen Bedingtheit von Ausfuhr und Einfuhr bewußt sind, der fremden Einfuhr grundsätzlich keine Schwierigkeiten bereiten, um ihre eigene Ausfuhr nicht zu behindern, so sehen sie sich dennoch der Notwendigkeit gegenüber, das als richtig erkannte Prinzip in bestimmten Fällen zu verletzen. Es gibt Einfuhrwaren, die zum Schutze wichtiger nationaler Interessen abzuwehren ihre Pflicht ist, und die sie daher wohl oder übel mit Zöllen, unter Umständen sogar mit Prohibitivzöllen belegen müssen. Da infolge einer so herbeigeführten Verminderung der Einfuhr auch die eigene Ausfuhr unter den Stand sinken müßte, den sie sonst einehmen würde, so muß die Einwirkung der Zölle auf den Umfang der Einfuhr nach Möglichkeit abgeschwächt werden. Und das läßt sich leicht dadurch erreichen, daß man die Einfuhr bestimmter Warengruppen, die nationalwirtschaftlich als unschädlich oder gar als nützlich empfunden wird, begünstigt. Bleibt als Resultat trotzdem eine Einfuhrminderung bestehen, so lassen sich auch diesem Uebel gute Seiten abgewinnen. Denn ebenso wie es Waren gibt, deren Einfuhr unerwünscht ist, gibt es andere Waren, deren Ausfuhr schädlich wirkt. Und die handelspolitische Geschicklichkeit einer Regierung besteht darin, durch geeignete Mittel zu erreichen, daß von der Ausfuhrbehinderung, die im Gefolge der Abwehr eines Teils der fremden Waren auftritt, vorzugsweise solche Inlandsgüter betroffen werden, die man ohnehin nicht gern auf der Exportliste sieht.

In Deutschland hat sich diese Politik, deren Ziel eine bestimmte Qualifizierung der Einfuhr und Ausfuhr ist, zu dem Grundsatze zugespitzt, daß bei der Einfuhr industrielle Rohstoffe und notwendige Lebensmittel zu begünstigen, Fabrikate dagegen abzuwehren seien; und daß umgekehrt bei der Ausfuhr die der Roh-

Digitized by Google

stoffe und Lebensmittel zu erschweren, die der Fabrikate dagegen zu erleichtern sei. Gute Dienste leisten bei allen diesen Bestrebungen neben den Zöllen die Tarifpolitik der Eisenbahnen und die unterschiedliche Steuerbehandlung der verschiedenen Waren.

Die merkantilistische Politik der einseitigen Begünstigung der Industrie durch die Erleichterung der Rohstoff-Einfuhr und Erschwerung der Rohstoff-Ausfuhr hat zu Zeiten in Deutschland die gewaltsamsten Formen angenommen. So lesen wir bei Conrad (Grundriß zum Studium der politischen Oekonomie), daß Friedrich Wilhelm I. von Preußen, wie schon vorher der Große Kurfürst, die Ausfuhr von Rohwolle untersagte, und daß Friedrich der Große diese Maßregel nicht nur durch hohe Strafen verschärfte, sondern auch Gutsbesitzern, die infolge des Ausfuhrverbots ihre Schafherden verringerten, eine Buße von 1000 Dukaten androhte. Andrerseits wurde von Friedrich dem Großen für 28 Warengruppen und für 490 Einzelartikel die Einfuhr verboten oder bestimmten privilegierten Gesellschaften vorbehalten. Andere Fertigfabrikate wurden mit Zöllen von vielfach prohibitiver Höhe belegt. Dem Verbot der Rohstoff-Ausfuhr parallel ging die Begünstigung der industriellen Ausfuhr durch Exportprämien und sonstige materielle Unterstützung der exportierenden Gewerbe. Die Handelspolitik der neuesten Zeit ist zwar nicht so roh und so drakonisch wie die des 18. Jahrhunderts. Sie ist aber in ihrer verfeinerten Ausgestaltung von genau derselben Tendenz diktiert.

Der ökonomische Gesichtspunkt, unter dem diese Handelspolitik zu werten ist, scheidet hier, wo wir uns lediglich mit dem moralischen Prinzip der Billigkeit zu beschäftigen haben, aus. Unter dem Gesichtswinkel der Billigkeit betrachtet läuft aber eine Politik, die den Rohstoff- und Lebensmittel-Import begünstigt, den entsprechenden Export dagegen erschwert und so von zwei Seiten einen Druck auf die Preise der Rohstoffe und Lebensmittel ausübt, auf eine systematische Benachteiligung der Erzeuger dieser Güter, d. h. der Landwirtschaft, hinaus. Ob die Benachteiligung noch dadurch verschärft wird, daß die industriellen Erzeugnisse, die der Landwirt braucht, bei der Einfuhr abgewehrt und bei der Ausfuhr begünstigt, also künstlich verteuert werden, das hängt davon ab, inwieweit der Zweck, den der Staat mit dieser „Erziehung" der Industrie verfolgt, erreicht wird. Wird der Zweck voll erreicht, d. h. wird die Industrie zu größerer Leistungsfähigkeit heraufgezüchtet, so daß die künstliche Verteuerung durch die technischen Fortschritte, die sie auslöst, kompensiert oder sogar in ihr Gegenteil verwandelt wird — und das dürfte in Deutschland der Fall sein —, so geschieht von dieser Seite dem Landwirt kein Unrecht. Die Unbilligkeit aber, daß die Preise seiner eigenen Erzeugnisse zu Gunsten eines Programmes der Industrieförderung unter ihr natürliches Niveau gedrückt werden, bleibt bestehen, die Gründe, die zu dieser Politik geführt haben, mögen so beachtlich sein, wie sie wollen.

Digitized by Google

Das moralische Prinzip der „aequitas" steht also der Landwirtschaft zur Seite, wenn sie vom Staate verlangt, daß er ihr, deren natürliche Existenzbedingungen durch eine besonders geartete Wirtschaftspolitik herabgedrückt worden sind, im Rahmen des Möglichen, d. h. des nationalwirtschaftlich nur irgend zu Rechtfertigenden, zu Hilfe kommt.

* * *

Die dritte Betrachtungsweise, von der aus man an die Frage des landwirtschaftlichen Schutzes herantreten kann, ist die physikalische. Ihr Ausgangspunkt ist die Prüfung der natürlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft, ihr Ziel die Steigerung der Leistungsfähigkeit durch eine Verbesserung der natürlichen Voraussetzungen.

Nach Carey führt jede Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere aber jede Ausfuhr von Lebensmitteln, im Laufe der Zeit zur Verarmung des Bodens im ausführenden Lande und zur Anreicherung des Bodens in den einführenden Ländern. Wo die dem Boden abgewonnenen Produkte nicht an Ort und Stelle verzehrt (biochemisch verarbeitet), die dem Boden entzogenen Nährstoffe ihm also nicht in umgewandelter Form ersetzt werden, tritt eine allmähliche Aussaugung der Ackerkrume ein, während sich da, wo die Produkte fremder Länder verzehrt werden, sich mit der Zeit eine Ackerkrume bildet, weil dem Boden hier düngende Bestandteile zugeführt werden, die ihm vorher fehlten. Wenn das richtig ist — und es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln —, so tritt der Mensch dem Boden nicht nur nehmend, sondern auch gebend gegenüber. Der Boden nährt den Menschen, aber der Mensch nährt seinerseits auch den Boden, indem er ihm die Stoffe zuführt, die ein Wachstum auf ihm möglich machen. Das natürliche ist daher eine enge Verbindung von Mensch und Scholle, die sich gegenseitig befruchten.

Es offenbart sich hier das Bestehen einer ökonomischen Harmonie in der Natur: Der Mensch findet (über gewisse Zeiträume gesehen) die Mittel zu seiner Ernährung da, wo er sie braucht, weil er selbst zweifach an ihrer Erzeugung mitwirkt, durch seine Arbeit und durch seine physische Eigenart. Und zugleich offenbart sich eine lex parsimoniae, ein Sparsamkeits-Prinzip, in der Natur: Der Boden verliert allmählich seine erzeugende Kraft in dem Maße, wie ihm die Geschöpfe fehlen, die auf seine Erzeugung angewiesen sind. Die sogenannten „Ueberschuß-Gebiete" verlieren ihren Ueberschuß, wenn sie nicht eine Bevölkerung an sich ziehen, die ihnen die dem Boden entnommenen Stoffe zurückliefert. So hat das alte, mit legendärer Fruchtbarkeit gesegnete Mesopotamien den größeren Teil seiner einstigen Ergiebigkeit eingebüßt, seit es aus einem dicht besiedelten Lande zu einer Einöde geworden ist.

Die natürliche Verbindung von Mensch und Scholle läßt sich allerdings ohne Schaden für die letztere lösen, wenn man dem Bo-

Digitized by Google

den die Stoffe, die er vom Menschen nicht oder nur ungenügend zurückerhält, künstlich zuführt. Man kann dünn besiedelte Gebiete durch chemisch-technische Düngung auf dem alten Stande der Ergiebigkeit erhalten, man kann sogar die Ergiebigkeit ärmerer Böden auf diese Weise erheblich steigern. Aber das künstliche Verfahren ist unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung weniger rationell als das natürliche. Die für die chemische Anreicherung des Bodens erforderlichen Kräfte würden sich mit größerem Nutzeffekt für andere Zwecke verwenden lassen, wenn der Mensch die Anreicherung „in Person", einfach durch sein Dasein, vornehmen würde. Dem steht zwar das Prinzip der städtischen Massensiedlung, das die Arbeitsteilung durch Arbeitsvereinigung höchst zweckmäßig ergänzt und nicht ganz zu entbehren ist, im Wege, indem es das flache Land entvölkert. Aber wenn man auch die Menschen nicht restlos der Scholle zurückgeben kann, die sie nährt, — in gewissem Umfange läßt sich die wünschenswerte Verbindung durch eine dezentralisierte Siedlung auch in den Industriestaaten herstellen —, so besteht doch kein Hindernis, der Scholle die menschlichen Nährstoffe zuzuführen, deren sie zur Erzeugung der ihr abgeforderten Nahrungsmittelmengen bedarf; so daß im Wege der chemisch-technischen Düngung nur die relativ geringen Verluste ausgeglichen zu werden brauchen, die bei der Ueberführung jener Nährstoffe von der Stadt auf das Land entstehen.

Bisher geschieht in den Industriestaaten so gut wie nichts, um die gestörte Verbindung zwischen Mensch und Scholle wiederherzustellen und dem Acker die entnommenen Kräfte in der von der Natur selbst vorgeschriebenen Form zu ersetzen. Vielmehr glaubt man genug getan zu haben, wenn man einem kleinen Areal in der Nähe der Großstädte die Stoffe zuführt, die dem ganzen Lande zugute kommen sollten. Das ist Raubbau im wahrsten Sinne des Worts. Man treibt ihn, weil ein anderes, vernunftgemäßeres Verfahren kostspielig sein würde. Und man scheut sich, die Kosten aufzubringen, weil man von der Landwirtschaft nicht die Rente erwarten zu können glaubt, die erforderlich ist, um das aufzuwendende Kapital zu verzinsen. Aber auch das Ersatzverfahren der künstlichen Düngung, dessen Voraussetzungen bei dem heutigen Stande der chemischen Industrie die allerbesten sind, wird nicht annähernd in dem Maße angewendet, das nötig ist, um die Bodenergiebigkeit in Uebereinstimmung mit den an sie gestellten Ansprüchen zu bringen. Ebenfalls aus dem Grunde, weil dem aufzuwendenden Kapital die Gewißheit einer angemessenen Rente fehlt, das eißt derjenigen Rente, die es erhält, wenn es sich der Herstellung von Fabrikaten zuwendet, mit denen die Agrarprodukte des Auslands bezahlt werden.

Die physikalische Betrachtungsweise führt also zu dem Ergebnis, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erst dann im richtigen Verhältnis zu den Preisen der gewerblichen Erzeugnisse stehen, wenn sie eine auskömmliche Rente für das Kapital

Digitized by Google

enthalten, mit dessen Hilfe die Ergiebigkeit des vaterländischen Bodens auf die Höhe des an ihn gestellten Anspruchs gesteigert werden kann. Ob dem physikalischen Gesichtspunkt ein entscheidender Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik eingeräumt werden darf, das hängt freilich — wenn der politische Gesichtspunkt der nationalen Selbstversorgung ausscheidet —, davon ab, ob die Ueberführung von Kapital aus anderen Verwendungsgebieten auf das Gebiet der Landwirtschaft wirtschaftlich ist, d. h. eine mindestens ebenso rationelle Kapitalverwendung bedeutet, wie diejenige, die auf die Beschaffung ausländischer Agrarprodukte mit Hilfe des industriellen Exports gerichtet ist. Damit fällt die letzte, ausschlaggebende Entscheidung wieder an die Erwägungen der ökonomischen Zweckmäßigkeit zurück, die aber, wie wir im ersten Teil dieser Untersuchung gesehen haben, die unter physikalischem Gesichtswinkel sich erhebenden Forderungen durchaus unterstützen.

Alfred Lansburgh.

Die Bankkonditionen.

Die Bedeutung der Transaktionen in fremden Währungen. II*)

Bis zur Beendigung des Krieges waren die Bedingungen für alle im normalen Bankverkehr vorkommenden Geschäfte ziemlich einheitlich; auf einzelnen Gebieten war sogar die geringe Verschiedenheit der Sätze, wie sie ein Konkurrenzkampf notwendig herbeiführt, durch Vereinbarungen und Beschlüsse der Bankier-Vereinigungen beseitigt worden. An diesem Zustand hat man versucht auch während der Inflationsperiode und trotz der Konkurrenz neuentstandener Banken festzuhalten, und man kann annehmen, daß die alte Einheitlichkeit der Konditionen jetzt tatsächlich wieder hergestellt werden kann, soweit es sich um genau denselben Aufgabenkreis handelt wie ehedem; nämlich um solche Geschäfte, die über Mark-Konten laufen. Bei den Geschäften aber, die sich in fremden Währungen abwickeln, handelt es sich um ein Arbeitsgebiet, das früher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, und auf dem sich bestimmte Gebräuche und Uebungen erst nach und nach auf Grund der Erfahrungen herausbilden können. Wie bereits ausgeführt,*) sind bei der Durchführung der Transaktionen in fremden Währungen auch mancherlei Erwägungen rein rechtlicher Art anzustellen, hinsichtlich deren es noch der Klärung bedarf. Die Konditionen selbst hängen letzten Endes ab vom Ergebnis der Abwägung der Verdienstmöglichkeiten gegen die ver-

*) Vergl. Septemberheft d. J.

Digitized by Google

ursachte Arbeit, die Unkosten und die mit dem einzelnen Geschäft verbundenen Risiken.

Es mag dahingestellt bleiben, ob das Interesse der Banken an den Einnahmen aus den Geschäften des reinen Zahlungs-Vermittlungs-Verkehrs und der Besorgung von Inkasso-Aufträgen überhaupt sehr erheblich ist; jedenfalls gehören diese Geschäfte dem Aufgabenkreis der Banken seit altersher an, wenn sie auch in neuester Zeit mehr und mehr die Bestimmung haben, eine besondere Annehmlichkeit des Verkehrs mit der Bank zu bilden und so im wesentlichen der Kundenwerbung zu dienen. Bei den Transaktionen in Mark spielen gewöhnlich auch allgemeine volkswirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle: Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und dergl. Diese Momente fallen aber bei den Transaktionen in fremden Währungen, soweit sie sich nicht in Mark auflösen, vollkommen weg, und volkswirtschaftlich betrachtet könnte man dazu neigen, durch eine besondere Konditionenpolitik den Gebrauch der Fremdwährungen im Laufe der Zeit abzubauen, sobald die Währungsverhältnisse in Deutschland dies überhaupt ermöglichen. Vorderhand wird man aber wohl oder übel mit dem Fortbestehen dieser Art von Transaktionen rechnen und sich mit dem Gedanken der Vereinheitlichung der Konditionen beschäftigen müssen.

Gehen einer Bank Schecks oder Wechsel zu, die über Mark lauten — oder über Fremdwährungen zahlbar zum Tageskurse in Mark —, so unterscheidet sich die Durchführung des Inkasso-Geschäftes in nichts von der bereits früher üblichen Handhabung. Soweit solche Rimessen aus dem Auslande eintreffen, ist im Hinblick auf das Verbot der Markausfuhr mit dem Inkasso allerdings eine besondere Arbeit verbunden; das nach der Ansicht der maßgebenden Instanzen seitens der mit dem Inkasso beauftragten Bank anzuwendende Verfahren stellt sich in praxi sogar oft als unmöglich dar. Es erübrigt sich, hierauf näher einzugehen, weil die betreffende Interpretation der Verordnung sich mittlerweile als unbrauchbar erwiesen hat, der Verordnung auch nur noch ein kurzes Dasein vorbehalten ist, da sie mit den Devisengesetzen abgebaut werden soll. Das Inkasso solcher Rimessen findet seine glatte Erledigung, indem der Erlös dem Markkonto des Einsenders gutgebracht wird. Für derartige Inkassi werden oft überhaupt keinerlei Provisionen berechnet oder doch nur Sätze, die im allgemeinen verhältnismäßig niedrig sind; man kann als Höchstsatz ein Achtel Prozent annehmen. Dagegen lassen die Inkassi, die in großen Städten teilweise durch besondere Clearingstellen erledigt werden (für Schecks auf Berlin durch eine Abrechnungsstelle, der die führenden Banken und Bankiers angehören, im übrigen durch die Bank des Berliner Kassen-Vereins) den Banken einen Zinsnutzen von einem oder mehreren Tagen, und darüber hinaus bleibt oft genug das Guthaben noch einige Zeit auf dem Konto des Kunden stehen. Man kann darüber streiten, ob der Nutzen aus diesen Ge-

Digitized by Google

schäften die damit verbundene Arbeit, die Unkosten und die Risiken aufwiegt; immerhin ergibt sich ein feststellbarer Nutzeffekt.

Ganz anders liegen die Dinge aber bei den Inkasso-Geschäften, die sich in fremden Währungen abwickeln. Angenommen, die A-Bank in Berlin erhält von einer mit ihr in Verbindung stehenden Pariser Bank einen auf die B-Bank gezogenen Scheck über 1000 Dollar, zahlbar in Dollar, nicht in Mark, zum Inkasso. Durch die Bank des Berliner Kassen-Vereins ist ein solcher Scheck nicht einziehbar; man muß ihn also durch Kassenboten bei der B-Bank vorlegen lassen. Während der Bote bei einem in Mark zahlbaren Scheck den Betrag gleich mitnehmen könnte, muß er beim Inkasso dieses Dollarschecks den Weg zweimal machen, da ja erst der sogenannte Gegenscheck ausgestellt werden muß. Die A-Bank kann den erhaltenen Scheck auf New York dann entweder direkt an die Pariser Bank senden und damit das Geschäft auf einfachste Weise ausgleichen, oder ihn an die ihr bekannte New Yorker Bankverbindung ihres Pariser Auftraggebers schicken, zwecks Gutschrift auf dessen Konto. Sie kann auch einen dritten Weg wählen, der ihr unter Umständen einen kleinen Zinsnutzen läßt, indem sie den erhaltenen Gegenscheck an ihre eigene New Yorker Bankverbindung zur Gutschrift auf ihr eigenes Konto sendet, der Pariser Bank aber einen von ihr selbst ausgestellten Scheck auf New York übermittelt, oder aber ihre New Yorker Bankverbindung anweist, den entsprechenden Betrag zu Lasten ihres Kontos und zugunsten der Pariser Bank an das Bankhaus X in New York zu zahlen. Man vergleiche nun einmal den geschilderten Arbeitsvorgang mit demjenigen beim Inkasso eines Mark-Schecks. Der Mehraufwand an Arbeit und Unkosten ist unverkennbar, und diesem Mehraufwand steht als einzige Gegenleistung gegenüber der eventuelle kleine Zinsnutzen bei Wahl des letzterwähnten Weges zur Anschaffung der Deckung. Unter diesen Umständen dürfte kaum irgendwo Neigung bestehen, derartige Inkassi provisionsfrei auszuführen.

Nun ist aber zu berücksichtigen, daß nicht nur die Berliner Banken, sondern auch die Banken in einer Anzahl von Provinzstädten für die Bezahlung solcher auf sie gezogenen Valutenschecks mittels sogenannter Gegenschecks ihrerseits eine Provision in Abzug bringen; in Berlin haben sich die Banken dahin geeinigt, in solchen Fällen die Differenz zwischen dem Geld- und Mittelkurs der betr. Valuta, zurzeit meist ¼ Prozent, in Abzug zu bringen. In dem obigen Beispiel würde also die B-Bank den auf sie gezogenen Scheck über 1000 Dollar durch einen Gegenscheck über 997,50 Dollar auf New York bezahlen. An manchen Plätzen beträgt der Satz nur ein Achtel Prozent, und mancherorts wird in solchen Fällen überhaupt keine Provision berechnet. Im Ausland wird diese Art der Provisionsberechnung vielfach als unbillig, und sogar als eine ganz besondere Härte empfunden, wenn der Satz von ¼ Prozent berechnet wird; die Klagen werden aber erfahrungsge-

Digitized by Google

mäß an die mit dem Inkasso beauftragte Bank gerichtet, die ihrerseits von dieser Provision in keiner Weise profitiert hat, die vielmehr, wenn sie nicht gerade eine Provision für ihre eigene Tätigkeit berechnet hat, bei dem Geschäft leer ausgegangen ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Zahlungsprovision der bezogenen Bank ihre Berechtigung hat, aber es wäre vielleicht zweckmäßiger, sie mit dem Scheck-Aussteller zu verrechnen. Dies wird möglich sein, sobald allgemein die erforderliche Klarheit über die einzelnen im Verkehr üblichen Kursklauseln gewonnen ist. Wenn man beobachtet, wie viele Valutenschecks umlaufen mit der Klausel „Zahlbar zum Tageskurse" oder einer ähnlichen auf den Umrechnungsmodus bezüglichen Bemerkung, und wie oft die Inhaber solcher Schecks deren Einlösung in effektiver Valuta bzw. durch Gegenscheck als selbstverständlich ansehen, dann erscheint eine aktive Stellungnahme zu dieser Frage dringend geboten. Die in Betracht kommenden Ausschnitte aus einer neuen Konditionen-Liste hätten unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen etwa folgendermaßen auszusehen:

Inkasso von Schecks auf Berlin:

a) Schecks über Mark und solche über Fremdwährungen ohne Kursklausel bzw. mit der Klausel „zahlbar zum Tageskurse" oder einer Klausel in ähnlicher Fassung, die zur Einlösung in Mark führt:
Gutschrift auf Markkonto franko Kommission, Wert einen Werktag nach Eingang.

b) Schecks in fremden Währungen, die auf Grund der Effektiv-Klausel oder einer ähnlichen Formulierung durch Gegenschecks bezahlt werden:
Kommission: ½ Promille, mindestens 1 M., plus Porto und Botenlohn bei größeren Entfernungen.

c) Scheks in fremden Währungen, die seitens der bezogenen Bank in Noten der betr. Währung bezahlt werden:
bei Uebersendung der Noten an den Einreicher des Schecks: ½ Promille, mindestens 1 M., plus Porto und Versicherungsspesen und eventuellen Botenlohn;
bei Umwandlung der Noten in Devise und Anschaffung des erlösten Devisenbetrages: Abrechnung der Noten zum Geldkurs, der Devise zum Briefkurs, franko Kommission, aber plus Courtage und Steuer. (Die Steuer fällt weg, wenn die Bank den Tausch der Noten in Devisen stillschweigend in sich macht, d. h. ohne dabei mit dem Scheck-Einsender oder dem Scheck-Bezogenen zu kontrahieren.)

Seitdem die Reichsbank die Devisen an der Börse wieder voll zuteilt und in gewissen Grenzen sogar die Kaufaufträge für aus-

Digitized by Google

ländische Rechnung wieder berücksichtigt, kann seitens der mit dem Inkasso beauftragten Bank auch dann die Deckung in der betreffenden Fremdwährung angeschafft werden, wenn der zum Inkasso erhaltene Scheck zum Tageskurse in Mark bezahlt worden ist. Es ist sehr wohl denkbar, daß in einem solchen Falle die ganze Inkasso-Transaktion provisionsfrei durchgeführt werden kann, wenn die Einlösung des Schecks zum (höheren) Briefkurse erfolgt ist; denn dann wiegt der Nutzen an dem Devisenkauf alle anderen mit dem Inkassoauftrag zusammenhängenden Kosten auf. Die Banken pflegen aber solche Schecks zum (niedrigeren) Geldkurse einzulösen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei Anwendung der einfachen Formel „zahlbar zum Tageskurse" in keiner Weise die Anwendung des Briefkurses festgelegt ist; der Bezogene würde an sich ohne weiteres zum Mittelkurse einlösen können. Dann aber bliebe für die mit dem Inkasso beauftragte Bank bei Umwandlung des Markerlöses in die betreffende Devise zum Zwecke der Anschaffung der Deckung nicht nur kein Kursnutzen mehr, sondern sie hätte überdies noch die Auslagen für Courtage und Steuer. Will man bei Formulierung der Inkasso-Bedingungen auch den Fall mit berücksichtigen, daß eine Inkasso-Rimesse in fremder Währung zwar in Mark eingeht, dem Einsender aber doch die Deckung — durch Ausführung des entsprechenden Devisenkaufs — in der betreffenden Valuta übermittelt werden soll, so wird dabei mit den oben dargelegten Möglichkeiten zu rechnen sein. Setzt man dann für den Fall der Einlösung zum Mittelkurse eine Provision fest, so hat diese nichts mit den Inkasso-Gebühren zu tun; es handelt sich lediglich um eine Provisions-Berechnung, wie sie üblicherweise bei jedem Devisenkauf erfolgt; nur daß hier im Zusammenhange mit dem Inkassoauftrage der Arbeitsvorgang erheblich komplizierter ist. Es würde sich also empfehlen, sich für den gedachten Fall bei den Inkasso-Bedingungen nur eines Hinweises auf die Sätze für Devisen-Ankäufe und -Verkäufe zu bedienen, um die Uebersicht nicht durch Nennung von Sätzen zu erschweren, die eigentlich gar nicht auf das Inkasso selbst Bezug haben.

Werden einer Bank Schecks in Fremdwährungen zum Inkasso eingereicht, die zwar in Noten bzw. durch Gegenscheck zahlbar sind, deren Erlös aber trotzdem zugunsten eines Markkontos verwandt werden soll, so verändern sich dadurch die Inkasso-Bedingungen selbst nicht. Es kämen in solchem Falle die Bedingungen für Devisen-Verkäufe in Anwendung; wenn der daraus für die beauftragte Bank resultierende Nutzen groß genug erscheint, so kann natürlich davon Abstand genommen werden, nebenher noch Inkasso-Provisionen zu berechnen. Dann wäre es aber ebenfalls angebracht, bei Festsetzung der Inkasso-Bedingungen zum Ausdruck zu bringen, daß in solchen Fällen die Bedingungen für Devisen-Verkäufe maßgebend sind, d. h. es wäre zu vermeiden, die in Betracht kommenden Provisionssätze als „Inkassogebühren" zu bezeichnen.

Digitized by Google

Vielleicht wird auch Veranlassung bestehen, die ausländischen Kunden, bei denen der Erlös aus Rimessen in fremder Währung sofort wieder in das Ausland abzuführen ist, anders zu behandeln als die inländischen Einreicher von Inkasso-Rimessen, die neben einem Markkonto noch Valutenkonten bei der beauftragten Bank unterhalten.

Scheck-Entnahmen:

a) Schecks über Mark und solche über Fremdwährungen ohne Kursklausel bzw. mit der Klausel „zahlbar zum Tageskurse" oder einer Klausel in ähnlicher Fassung:
Einlösung zu Lasten des Markkontos franko Kommission. Wertstellung per Tag des Eintreffens des Avises.
(NB. Alle auf uns gezogenen Schecks in fremden Währungen, die keine Kursklausel tragen, oder die mit einer Klausel versehen sind, welche das Umrechnungsverhältnis in Mark regelt, werden von uns ausnahmslos in Mark zum Tageskurse honoriert!)

b) Schecks in fremden Währungen, die auf Grund der Effektiv-Klausel oder einer ähnlichen Formulierung durch Gegenscheck bezahlt werden:
Kommission: ½ Promille, mindestens 1 M., für die Ausschreibung des Gegenschecks; Belastung des bei uns bestehenden Valutenkontos Wert per Tag des Eintreffens des Avises. Bei Entnahmen seitens ausländischer Bankverbindungen ist uns der Scheckbetrag zuzüglich Kommission sofort bei Ausschreibung des Schecks gutzuschreiben oder an unsere in Betracht kommenden Korrespondenten zu remittieren.
(NB. Soll der Vorzeiger eines in fremder Währung auf uns gezogenen Schecks berechtigt sein, Barzahlung in Gegenscheck zu fordern, so ist die Scheckentnahme mit der Klausel: „zahlbar in . . . . . effektiv (Devise) mittels Gegenschecks auf . . . ." zu versehen.)

c) Schecks in fremden Währungen, die in Noten der betr. Währung bezahlt werden sollen:
Kommission: ½ Promille, bei Entnahme der Noten aus einem bei uns bestehenden Depot.
(NB. Wir können Schecks auf uns nur dann in Noten einlösen, wenn uns der erforderliche Notenbetrag vor Präsentation des Schecks vom Aussteller angeschafft worden ist. Die Schecks sind in solchem Falle mit der Klausel: „zahlbar in . . . . . effektiv" zu versehen.)

In den unter b) und c) genannten Fällen steht es den Einreichern selbstredend frei, die in ihren Händen befindlichen

Digitized by Google

Schecks ganz oder teilweise durch Umwandlung in Mark zu verwerten. Wird ein diesbezügliches Ansinnen an die bezogene Bank gerichtet, so tritt damit der Scheckinhaber in eigene Beziehungen zu der bezogenen Bank; die für den Devisen- oder Notenverkauf in Betracht kommenden Konditionen berühren das Verhältnis zwischen Bank und Scheckaussteller in keiner Weise, und etwaige Provisionen und Kosten fallen naturgemäß dem Scheckeinreicher zur Last.

Bei dem Inkasso von Wechseln wird man mehr als früher zu unterscheiden haben zwischen denjenigen Abschnitten, die auf Banken gezogen oder bei Banken zahlbar gestellt sind, und solchen, die bei Privatleuten oder Industrie- und Handels-Unternehmungen an deren Domizil einzuziehen sind. Bei den letztgenannten Wechseln gestaltet sich das Inkasso im Falle der Bezahlung mittels Gegenschecks oder fremden Noten erfahrungsgemäß oft sehr schwierig; es ist meist auch sehr riskant, weil von den einkassierenden Boten kaum erwartet werden kann, daß sie die Güte der ihnen zur Zahlung übergebenen Bankschecks sowie deren Echtheit und Vollgültigkeit zuverlässig zu überprüfen in der Lage sind, oder bei Zahlung in Sorten zu unterscheiden wissen zwischen echten Stücken und Falsifikaten sowie zwischen Stücken, die bereits außer Kurs, und denen, die noch umlaufsfähig sind. Telephonische Rückfragen seitens der Boten und doppelte Gänge sind vielfach unvermeidlich. Handelt es sich dagegen um Inkassi bei Banken und Bankiers, so sind gewöhnlich die Komplikationen und Risiken wesentlich geringer, wenn auch Wechsel in fremden Währungen, soweit sie nicht gerade in Mark zahlbar sind, nicht durch den Kassen-Verein eingezogen werden können. Wenn man heute wieder dazu zurückkehrt, das Inkasso einfacher (d. h. nicht von Dokumenten begleiteter) Wechsel, die in Mark zahlbar sind, franko Kommission zu besorgen und als einzigen Nutzen eine kleine Zinsdifferenz in der Wertstellung zu betrachten, so ist dies nach Lage der Dinge bei den Wechseln in fremden Währungen, die durch Schecks oder Noten bezahlt werden, kaum angängig. Die damit verbundene Arbeit und die trotz aller Vorbehalte (die, wie die Erfahrung lehrt, durchaus nicht immer von den Banken formuliert werden!) verbleibenden Risiken würden eine Provisionsberechnung durchaus rechtfertigen, bei den bei Banken zahlbaren Abschnitten etwa in der Höhe der Inkassogebühren für Schecks, bei den anderen entsprechend mehr.

Bei den aus dem Ausland eingehenden Inkasso-Rimessen jeglicher Art, also sowohl bei denen in Mark wie bei den in fremden Währungen zahlbaren, sind überdies noch die „Kapitalflucht"-Formalitäten zu erfüllen, die neben der Arbeit und den Unkosten oft auch unliebsame Auseinandersetzungen mit den Wechselbezogenen verursachen; hatte z. B. ein inländischer Wechselaussteller oder der Girant eines im Inlande auf einen inländischen Bezogenen ausgestellten Wechsels den Abschnitt ins Ausland begeben, lag also

Digitized by Google

ein Vorgang vor, mit dem der Bezogene seinerseits nicht das Geringste zu tun hatte, so wird den Formalitäten, die nach dem Buchstaben des Gesetzes nun einmal seitens der mit dem Inkasso beauftragten Bank zu erfüllen sind, ein durchaus begreiflicher Widerstand bereitet; denn der Bezogene verweigert jede Mitwirkung an dieser Formalität mit dem Hinweis, daß er ja in keiner Weise Kapital in das Ausland überträgt, wenn er lediglich die gegenüber einem Inländer eingegangene Wechselverpflichtung erfüllt. Berücksichtigt man weiter die Neigung mancher Finanzämter, auch die kleinsten Versehen der Banken bei Durchführung der Vorschriften der Kapitalflucht- und Devisen-Gesetzgebung mit erheblichen Geldstrafen zu ahnden, so muß man den Banken eine Provisions-Berechnung für solche Geschäfte ohne weiteres zubilligen.

Auf der anderen Seite ist die Konditionenfrage bei Ausführung von Zahlungsaufträgen, die über fremde Währungen lauten, nicht minder verworren. Auch hier hängen die Sätze im wesentlichen von der Art ab, in der die Zahlung tatsächlich zur Ausführung kommt; bei diesen Geschäften wird man ebenfalls die Aufträge, die zwar in fremder Währung erteilt, aber in Mark zum Tageskurse abgewickelt werden, auf gleicher Stufe behandeln können wie die Aufträge, die über Mark lauten. Unter Anlehnung an die früher angewandten Sätze würde das Schema für diese Transaktionen in einer neuen Konditionsliste etwa folgendermaßen aussehen:

Barzahlungen auf briefl. oder telegr. Auftrag (für die ausländische Bankierkundschaft.)

1. Aufträge, die über Mark lauten, und solche in fremden Währungen, die unter Umrechnung zum Tageskurse in Mark ausgeführt werden
   a) an Banken und Bankiers . . . . . franko Kommission,
   b) an Firmen und Private
      am Schalter . . . . . ein Achtel Prozent, mindestens 2 M.,
      am Domizil . . . . . 2 Promille, mindestens 3 M., eventuell Botenlohn
2. Bei Zahlung mittels eines Schecks in der betreffenden Währung (Pfund Sterling auf London, hfl. auf Amsterdam, schw. Frs. auf Zürich usw.)
   a) an Banken und Bankiers . . . . . ½ Prozent, mind. 1 M.,
   b) an Firmen und Private
      am Schalter . . . . . 2 Promille, mindestens 2 M.,
      am Domizil . . . . . ¼ Prozent, mindestens 3 M.

   (NB. Aufträge in fremden Währungen, für deren Ausführung nicht vorher Vereinbarungen hinsichtlich der evtl. Kursklausel getroffen sind, und bei denen auch bei Erteilung des Auftrages über die Art der Ausführung nichts gesagt wird, werden durch Umrechnung in Mark erledigt; soll Zahlung in einem Scheck der betr. Währung erfolgen, so ist dies ausdrücklich zu bemerken.)

Digitized by Google

3. Bei Zahlungen, die in fremden Noten erfolgen sollen:

unterschiedslos b. Bank., Firmen und Privaten	am Schalter . .	⅛ Proz., mind. 2 Mk.,
	am Domizil . .	2 Promille, mind. 3 Mk.

(NB. In fremden Noten kann nur gezahlt werden, wenn dies im Auftrage ausdrücklich bestimmt ist und der Auftraggeber ein entsprechendes Notendepot bereits unterhält bzw. die zur Zahlung erforderliche Menge gleichzeitig mit dem Auftrage einsendet.)

Bar - Akkreditive gleiche Bedingungen.

Was die Dokumentar-Akkreditive anbelangt, so wären die Bedingungen ebenfalls den Umständen anzupassen. Die im Verkehr mit ausländischen Banken für die Dokumentar-Akkreditive gewöhnlich vorgesehenen Sätze: ein Achtel Prozent für die Dokumenten-Aufnahme, 1 Promille Bestätigungs-Provision für je angefangene 30 Tage, entschädigen in keiner Weise für die Mehrarbeit, die entsteht, wenn die Bezahlung z. B. in einem Scheck in fremder Währung erfolgt. Es wäre auch hier, wie bei den gewöhnlichen Zahlungen und den Bar-Akkreditiven, eine erhöhte Provision durchaus am Platze.

Sehen wir ganz ab von den Formalitäten, welche die deutsche Devisen- und Kapitalflucht-Gesetzgebung den Banken auferlegt hat, sowie ferner von der Mehrarbeit durch Ausschreibung entsprechender Valutenschecks und die anderen bereits dargelegten Umstände, so ergibt sich als gemeinsames Merkmal für alle derartigen Transaktionen in vielen Fällen noch folgendes:

In einer ganzen Reihe von Ländern mit unstabiler Währung oder solchen Ländern, deren Währung keinerlei Weltgeltung hat, werden erfahrungsgemäß Geschäfte mit Deutschland nicht nur nicht in Mark, sondern ebensowenig in der Währung des Landes abgeschlossen, in dem der Auftraggeber bzw. Scheck- oder Wechsel-Aussteller domiziliert. So lassen Konstantinopeler Firmen an deutsche Häuser Zahlungen in Pfund Sterling leisten, in Syrien werden Schecks auf Deutschland in Dollars gezogen usw. In solchen Fällen pflegen die betreffenden Auslandsbanken ihren deutschen Korrespondenten die entsprechenden Summen in London bzw. New York anzuschaffen, oder ihnen dort bei ihren Bankverbindungen sogenannte „Remburskredite" zu eröffnen. Eröffnet beispielsweise die Banque de Syrie einer deutschen Firma bei der Deutschen Bank ein Pfund-Akkreditiv, so ersucht sie die beauftragte Bank gewöhnlich gleichzeitig, „sich für Zahlungen auf Grund des Akkreditivs auf die Midland Bank in London zu erholen"; sie eröffnet also gleichzeitig mit dem eigentlichen Dokumentar-Akkreditiv gewissermaßen ein zweites (Bar-) Akkreditiv in London zugunsten der beauftragten deutschen Bank. Oder schreibt etwa die Banque de Salonique in Konstantinopel auf die Dresdner Bank in Berlin einen Dollarscheck aus, so weist sie ihre New Yorker Bankverbindung, angenommen National City Bank, an, dem

Digitized by Google

Korrespondenten der Dresdner Bank, angenommen Guaranty Trust Company, den entsprechenden Betrag zu zahlen. Diese Verfahren sind außerordentlich weit verbreitet und führen — von der damit verbundenen normalen Arbeit nicht zu sprechen — häufig zu Buchungs- und sonstigen Differenzen.

Besondere Erwähnung verdienen auch diejenigen Zahlungsaufträge und Bar-Akkreditive, die bei Berliner Banken zugunsten von Firmen oder Personen einlaufen, welche in der Provinz ansässig sind. Nicht nur, daß durch das Hinzutreten einer weiteren Bank das Geschäft noch komplizierter wird, es ergeben sich oft auch Zweifel darüber, ob die etwa in Betracht kommende Umrechnung in Mark hier in Berlin vor Weiterleitung des Auftrages an den Provinzplatz oder erst dort im Momente der Ausführung zu erfolgen hat.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Geschäfte in fremden Währungen den Banken häufig Verdienstmöglichkeiten bieten, die groß genug sind, um die damit verbundenen Mehrarbeiten und Risiken aufzuwiegen, namentlich solange an der derzeitigen Spannung von je ¼ Prozent zwischen Geld- und Mittelkurs einerseits, Brief- und Mittelkurs andererseits festgehalten wird. Diese Chancen bestehen aber gewöhnlich nur bei solchen Transaktionen, bei denen eine Umrechnung in Mark in Betracht kommt, also immerhin nur bei einem Bruchteil der Geschäfte. Wird aber jede Kauf- oder Verkaufs-Order für Devisen, die nicht mit irgend welchen Nebenleistungen überhaupt verknüpft ist, unter den gleichen Bedingungen ausgeführt, dann ist nicht einzusehen, warum für die eigentliche Inkasso-Besorgung bzw. den eigentlichen Zahlungs- oder Akkreditiv-Auftrag nicht außer diesem Nutzen noch die sonst üblichen Gebühren erhoben werden sollen. Es erscheint aber nicht zweckmäßig, bei der Festsetzung der Konditionen, wie es an manchen Provinzplätzen geschieht, die Geschäfte in Mark und diejenigen in fremden Währungen vollkommen gleichmäßig zu behandeln, denn die Chance, aus einigen dieser Geschäftsvorfälle den erwähnten Kursnutzen zu ziehen, ist erfahrungsgemäß nur sehr gering zu veranschlagen und dürfte bei Würdigung aller in Betracht zu ziehenden Umstände gegenüber den Mehrlasten an Arbeit, Kosten und Risiken nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen.

Noch eines weiteren Umstandes sei zum Schlusse gedacht, der es berechtigt erscheinen läßt, die Geschäfte in fremden Währungen mit höheren Provisionssätzen zu belegen als die gleichen Transaktionen in Mark: der Durchführung der Vorschriften des Kapitalverkehrssteuer-Gesetzes. Wenn auch die in Ansatz kommende Devisenumsatz-Steuer durchaus nicht den Banken selbst zur Last fällt, so sind damit doch komplizierte Arbeitsvorgänge verknüpft. Aber selbst wenn man hiervon absieht, muß den Banken wohl oder übel gestattet werden, die Risiken, die sich aus einer geradezu ungeheuerlichen Rechtsunsicherheit ergeben, bei der Provisionsfestsetzung gebührend zu berücksichtigen. So hat z. B. im Juni

Digitized by Google

d. J. ein Rechtsstreit vor dem Reichsfinanzhof seine Erledigung gefunden, der gezeigt hat, daß Jahre hindurch die zuständigen Stellen offenbar nicht gewußt haben, wie sich die in den Bereich der Steuer fallenden Geschäfte in der Praxis überhaupt abwickeln, daß die Bearbeitung des Gesetzes ohne Kenntnis und Berücksichtigung der einfachsten im Bankverkehr vorkommenden Geschäftsvorfälle erfolgt war, und weiter, daß ein solcher Rechtsstreit bis zur höchsten Instanz durchgeführt worden ist, ohne daß bis dahin den maßgebenden Stellen zum Bewußtsein gekommen war, daß dabei offensichtlich die elementarsten wirtschaftlichen Interessen einer raffinierten juristischen Tüftelei geopfert würden; man wollte unter allen Umständen die Devisenkredite der Besteuerung unterwerfen. Ganz abgesehen von der Verteuerung, kann es natürlich niemandem zugemutet werden, unter solchen Umständen Geschäfte zu machen, zu denen ihn die Verhältnisse nicht unbedingt zwingen, denn man weiß ja niemals, ob nicht eines Tages bei einem vielleicht alltäglichen und keinem Bank-Syndikus irgendwie zweifelhaften Geschäftsvorfall unter Aufbietung der feinsten juristischen Gedankengänge eine Steuerverfehlung entdeckt wird.

Wir haben eine Periode hinter uns, die alles, was an Traditionen und Gepflogenheiten im Geldverkehr sich im Laufe von Jahrzehnten oder gar von Jahrhunderten entwickelt hatte, in das Chaos gestoßen hat. Noch viele Jahre werden vergehen, bis wir wieder in das alte Gleis gekommen sind, soweit daran überhaupt gedacht werden kann, denn schließlich werden manche der eingeführten Aenderungen von Dauer sein und die Struktur des Bankwesens ebensogut nachhaltig beeinflussen, wie andere Einrichtungen der Wirtschaft und des Verkehrs. Immerhin erscheint es an der Zeit, nach Möglichkeit wieder Ordnung zu schaffen, und es wird eine der ersten Aufgaben sein müssen, wieder Uebersicht und einigermaßen Einheitlichkeit in die Bankkonditionen zu bringen.

W. Boe.

Der September 1924.

Das **Londoner Uebereinkommen** ist im September insofern einer Durchführung näher gekommen, als in Deutschland die hierzu erforderlichen Gesetze erlassen worden sind. Die Verhandlungen über die Dawes-Anleihe gingen während des ganzen Monats fort, ohne zu Ende kommen zu können, doch hat es sich dabei weniger um Fragen gehandelt, die mit der Anleihe selbst, als um solche, die mit der Unterverteilung auf die verschiedenen in Betracht kommenden Staaten zusammenhingen. (Anfang Oktober wurde dann bekannt, daß die Anleihe mit 7 Prozent verzinslich und zu 92 Prozent aufgelegt werden solle). Die für Reichsbahn (Generaldirektor: Oeser) und Reichsbank in Betracht kom-

Digitized by Google

menden internationalen Beiräte wurden größtenteils ernannt, auch die Bank für Industrie-Obligationen, in der sich die der Industrie auferlegte Reparationslast juristisch verkörpert, ist Ende September der Form nach gebildet worden. — In Großbritannien begann sich die Lage gegen Ende des Monats aus Gründen der äußeren Politik (Rußland-Vertrag bezw. russische Anleihe) scharf zuzuspitzen, und Anfang Oktober löste Mac Donald das Unterhaus auf, nachdem er in einer Bagatellfrage eine eklatante Niederlage erlitten hatte, da die Liberalen sich mit den Konservativen gegen ihn vereinten. — Etwa gleichzeitig begann auch in Deutschland eine neue Kabinettskrise, da die Rechtsparteien den ihnen für ihre Haltung gegenüber dem Londoner Uebereinkommen zugesagten Einfluß in der Regierung nunmehr beanspruchten. — Der etwas operettenhafte Bürgerkrieg in China hat weiter um sich gegriffen. — In Georgien ist ein Aufstand gegen die russische Regierung ausgebrochen, aber rasch erstickt worden. — Aus Chile meldete man Militär-Unruhen. — In Brasilien gab es Unruhen im Staate Parana. — Die 5. Tagung des Völkerbundes zog sich fast durch den ganzen Berichtsmonat. Zu dem erwarteten Eintritt Deutschlands ist es noch nicht gekommen. In die Saargebiets-Regierung wurde vom Rat anstelle des ausgeschiedenen Spaniers ein Tscheche entsandt.

Staatsfinanziell ist zunächst auf die erwähnte deutsche Anleihe hinzuweisen. An Bar-Reparationen hat Deutschland im September rund 40 Millionen Goldmark bezahlt. — Wie gegen Ende des Monats bekannt wurde, verhandelt auch Frankreich in den Vereinigten Staaten wegen einer Anleihe für die Tabak-Regie und wegen Konsolidation der Dollar-Kriegsschuld. — Die Türkei hat den Vertrag mit der Tabak-Monopolgesellschaft gekündigt, um das Monopol in eigene Regie zu nehmen. — Die Schweiz hat eine 5 proz. Anleihe von 80 Millionen Frcs. zu 96 Prozent herausgebracht. — In Genf ist u. a. auch die Frage der österreichischen Finanz-Kontrolle — sehr wohlwollend — erörtert, diese selbst aber, entgegen den Erwartungen in Oesterreich, nicht aufgehoben worden. Sie wird jedoch kaum noch länger als ein Jahr in ihrer jetzigen Schärfe fortdauern. — Canada hat 90 Millionen Dollar einjährige 4 proz. Goldnoten in New York zu pari herausgebracht, die erheblich überzeichnet wurden. — Die Regierung Mexikos, die wieder einmal erklärt, den Zinsendienst bald aufnehmen zu wollen, hat durch eine ziemlich unbekannte Bank eine 50 Millionen Dollar-Anleihe mit 9 Prozent Realverzinsung in den Vereinigten Staaten untergebracht.

Weltwirtschaftlich hat die Anregung durch das Londoner Abkommen nur kurze Zeit gedauert; die Lebhaftigkeit einzelner Märkte hat bereits im September wieder stark nachgelassen, und die Preise, von Lebensmitteln abgesehen, zeigten Neigung zur Schwäche. — Der Verein für Sozialpolitik hat in seiner letzten Tagung nach mehreren Referaten eine Entschließung für freihänd-

Digitized by Google

lerische Handelspolitik und insbesondere gegen Getreidezölle angenommen. Die Ziffern für den deutschen Außenhandel im August geben eine Einfuhr von 358,03 (Juli 442,3) Millionen Goldmark an, eine Ausfuhr von 453 6 (441,0). Der Menge nach ist die Einfuhr von Lebensmitteln stark gesunken, dem Werte nach auch die von Rohstoffen, besonders der Textilindustrie. Die Schwankungen in der Ausfuhr sind klein, im allgemeinen (außer bei Zucker) sind leichte Steigerungen eingetreten.

In der **Weltschiffahrt** hat sich die bereits gegen Ende August bemerkbare Belebung im September weiter fortgesetzt, und die Frachten sind im Durchschnitt dem Stande vom Frühjahr d. J. wieder einigermaßen nahe gekommen. Es handelt sich noch immer fast durchweg um Fracht-Ansprüche für die Getreidefahrt aus den verschiedenen Ueberschuß-Gebieten. — Die tschecho-slowakische Regierung ist an die deutsche herangetreten, um die ihr zustehenden Freihafenzonen in Hamburg und Stettin jetzt einrichten zu lassen.

Am **Weltarbeitsmarkt** sind große Arbeitskämpfe während des September nicht bekannt geworden; zu erwähnen sind nur ein kurz dauernder allgemeiner Ausstand in der ostgalizischen Erdöl-Industrie und ein Bergarbeiter-Ausstand im belgischen Borinage. Die Frage des Achtstundentages wird jetzt international sehr lebhaft erörtert, und der sozialpolitische Kongreß in Prag hat eine Resolution angenommen, die sämtliche Regierungen dazu auffordert, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Bei der Tagung hat Lujo Brentano auf den Widersinn hingewiesen, der in dem gleichzeitigen Verlangen nach dem Achtstundentage und hohen Reparationen läge. — Ueber den deutschen Arbeitsmarkt im August berichtet das Reichsarbeitsblatt, es sei vor allem durch die vermehrte Beschäftigung in der Landwirtschaft ein gewisser Stillstand in der ungünstigen Entwicklung eingetreten. Auch andere Anzeichen einer Belebung zeigten sich seit Anfang September in vermehrter Zahl. Die Mitgliedsziffer der Krankenkassen hat sich (im August) nur mehr um 0.1 Proz. (Vormonat um 1,7 Proz.) weiter verringert, die Arbeitslosenziffer bei den Fachverbänden ist auf 12,4 (12,5) Prozent gesunken, die der Kurzarbeiter auf 27,5 (28,2) Prozent. Immerhin entfielen an Arbeitsgesuchen auf 100 offene Stellen 435 (425) Männer und 220 (207) Frauen. — Am englischen Arbeitsmarkt bleibt die Lage schlecht; die Zahl der Arbeitslosen (am 1. Oktober rund 1 200 000) bewegt sich in steigender Richtung.

Die Zahl der **Konkurse** ist im September im Zusammenhang mit der Beendigung der Gerichtsferien um eine Kleinigkeit auf eine Rekordziffer gestiegen, die der Geschäftsaufsichten dagegen gesunken; von diesen dürften zur Zeit in Deutschland etwa 2000 bestehen. An Konkursen wurden eröffnet:

Digitized by Google

im Juli	1922	78	Konk.	1923	17	Konk.	1924	1185*) Konk.
„ August	1922	53	„	1923	9	„	1924	792**) „
„ September	1922	44	„	1923	6	„	1924	809***) „
im 3. Quartal	1922	175	Konk.	1923	32	Konk.	1924	2786 Konk.
im 2. Quartal	1922	287	„	1923	110	„	1924	1034 „
im 1. Quartal	1922	389	„	1923	70	„	1924	132 „
v. 1. 1. — 30. 9	1922	851	Konk.	1923	212	Konk.	1924	3952 Konk.

*) dazu 928 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. **) dazu 420 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. *** Dazu 263 neue Geschäftsaufsichten.

Die Zahlungsschwierigkeit des Stahlwerks Becker schwebt noch immer; Anfang Oktober schien eine Einigung ziemlich nahe gerückt. — Aus dem Ausland ist vor allem die Zahlungsstockung von Camillo Castiglioni in Wien und der alten New Yorker Börsenfirma Day u. Heaton zu erwähnen.

Von den **Zusammenschlüssen**, die während des September bekannt wurden, ist der wichtigste der Eintritt der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in die Rheinstahl-Gruppe zwecks Erwerb der Eigenschaft einer Hütten-Zeche. — Die Orenstein u. Koppel A. G. hat mit der holländischem Einfluß unterstehenden Ferrostaal eine Absatz-Gemeinschaft, die Bank für Landwirtschaft mit der Potsdamer Creditbank eine Interessen-Gemeinschaft geschlossen. — An dieser Stelle sei auch das Abkommen zwischen der Raiffeisen-Bank und der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypotheken-Banken erwähnt, wonach die Raiffeisen-Bank für ihre Mitglieder die Vermittlung langfristiger Hypotheken-Kredite bei der genannten Gruppe übernimmt. — Auch die bisher unbestätigten Meldungen über eine Verständigung der Standard Oil Cy. mit der Königlich Niederländischen Petroleum-Gesellschaft seien hier registriert.

Am deutschen **Kohlenmarkt** setzten sich die Unterbietungen der Außenseiter im Ruhrbergbau zunächst weiter fort, und die Syndikats-Verhandlungen stießen auf immer größere Schwierigkeiten. Schließlich zwang der Reichswirtschaftsminister die Außenseiter auf weitere 5 Jahre in das Kohlen-Syndikat hinein, womit den Unterbietungen ein Ende gemacht war; es verlautet jedoch, daß die Außenseiter sich gegen diese Zwangs-Syndizierung, die sie als ungesetzlich ansehen, zu wehren beabsichtigen. Die Preise für Ruhrkohle wurden Anfang Oktober um weitere 10 Prozent heruntergesetzt; die deutsche Kohle beginnt allmählich in England konkurrenzfähig zu werden, Uebrigens ist im neuen Syndikat die Händlerfrage noch nicht völlig geklärt, insbesondere soweit es sich um den Verkauf nach Holland handelt. Das Syndikat hat in Amerika (Equitable Trust Co.) einen größeren Kredit auf zunächst 6 Monate erhalten. — Im Absatz ist während des September eine leichte Besserung eingetreten. Die Förderleistung stieg um rund 18 000 auf 303 400 Tonnen täglich. Die Zahl der Feierschichten ist auf etwa die Hälfte gesunken. Die nominellen Fördereinschränkungen betragen z. Zt. für Kohlen 25 Prozent, für Koks 60 Prozent und für Briketts 70 Prozent. — In Oberschlesien wur-

Digitized by Google

den im September etwa 1 Million Tonnen gefördert. Die Nachfrage nach Grobkohle nahm etwas zu. Die Preise wurden etwa im gleichen Maße wie im Westen ermäßigt. Stärker gebessert hat sich der Absatz von Braunkohle, zum Teil im Zusammenhang mit dem Beginn der Zucker-Kampagne und dem lebhafteren Arbeiten der Kali-Industrie. — Am englischen Kohlenmarkt ist die Lage ruhiger geworden; die meisten Kohlensorten zeigen gegenüber dem vorigen Monat um 10 Prozent oder darüber gesunkene Preise. Am schwächsten war die Lage zu Beginn des Monats, wo auch die Läger beträchtlich zunahmen.

Der deutsche **Eisenmarkt** zeigte den bereits erwähnten Stimmungsumschwung zum schlechteren besonders deutlich. In der ersten Hälfte des Monats war noch die im vorigen Heft erwähnte größere Lebhaftigkeit bei gut behaupteten Preisen zu bemerken, dann aber stagnierte das Geschäft und die Forderungen bröckelten ab. Man sprach Ende des Monats bereits von Forderungen für Stabeisen, die unter 120 Mark heruntergingen, nach dem Ausland soll es gelegentlich zu 5 £ verkauft worden sein. Der Feinblechpreis bewegte sich um 160, der für Grobblech um etwa 130 Mark. Auch der Schrottmarkt zeigte wieder schwächere Haltung, der von Roheisen keine wesentlichen Veränderungen. Anfang Oktober wurden jedoch auch die Roheisen-Preise um 6 bis 8 Mark je Tonne heruntergesetzt. — An den außerdeutschen Eisenmärkten hat die Lage ebenfalls wieder eine Wendung zum schlechteren genommen und besonders der englische Markt liegt sehr still bei gedrückten Preisen. — Der französische Markt ist sehr unsicher und steht bereits unter dem Einfluß der kommenden Zolltarif-Verhandlungen; Luxemburg und Belgien haben, zum Teil auf Grund des billigen deutschen Kokses, gelegentlich einige deutsche Aufträge an sich ziehen können. — In Amerika ist das Geschäft zwar ruhig, und ausgehend vom Roheisenmarkt sind auch wieder Preisabschwächungen eingetreten. Aber zu den niedrigeren Preisen sind doch genügend Aufträge eingegangen, um den Werken eine Beschäftigung von durchschnittlich 60 Prozent zu sichern. Die großen Stahlwerke haben sich doch entschlossen, die Entscheidung in der Pittsburg-Plus-Frage (s. voriges Heft) nicht anzufechten. Der Auftragsbestand des Stahltrustes zeigte Anfang September zum ersten Mal wieder eine kleine Zunahme auf 3,3 Millionen Tonnen.

In der **Kali**-Industrie haben sich Inlands- und Auslands-Absatz gehoben. Man schätzt den Gesamt-Absatz des Syndikats im September auf rund 1,4 Millionen dz Reinkali. Die Betriebs-Einschränkungen konnten zum großen Teil aufgehoben werden. Im Revier regen sich jetzt Stimmen, die angesichts der veränderten Verhältnisse eine Aufhebung des Syndikat-Schutzes, der nur den Leistungs-Schwachen nutzt, und des Kali-Gesetzes empfehlen. Der in Sachen des deutsch-französischen Kali-Uebereinkommens (siehe voriges Heft) befürchtete Einspruch des amerikanischen Handelsamts ist bis-

Digitized by Google

her nicht erhoben worden. — Auch der Stickstoff-Absatz ist recht lebhaft geworden, worauf die stark ermäßigten Sommerpreise wohl nicht ohne Einfluß waren. Für den 1. Oktober ist ein Teil der Sonder-Rabatte aufgehoben und die meisten Stickstoff-Sorten sind um 2 Pfennig im Preise heraufgesetzt worden; schwefelsaures Amoniak kostet jetzt 1,08 (bisher 1,06) Mark je kg Stickstoff.

Die Verschlechterung der Erntelage der nördlichen Halbkugel hat sich auch während des September weiter fortgesetzt, auch in Canada, wo die ursprüngliche Wettergunst während des letzten Teiles der Erntezeit in ihr Gegenteil umschlug. Im Zusammenhang damit und mit den großen deutschen Ansprüchen an die an sich kleinen Roggen-Ueberschüsse des Weltmarktes sind die Weltpreise stark gestiegen, wobei Roggen am Weltmarkt dem Weizen erheblich näher kam als sonst, in Deutschland dessen Preis sogar überholte. — Ueber die deutsche Ernte sieht man noch nicht völlig klar; sie dürfte hinter der vorjährigen etwa um 20 Prozent zurückbleiben.

Die europäische Rübenzucker-Ernte wird von Licht auf nicht weniger als 6,8 Millionen Tonnen gegen 5 Millionen im Vorjahre geschätzt. Derartig hohe Erwartungen beeinflußten den Weltmarkt ziemlich erheblich, sodaß die Preise im Verlauf des Monats nach einer anfänglichen Steigerung vorübergehend schärfer nachgaben. — Dagegen ist Kaffee fast ununterbrochen weiter gestiegen, wobei zur Begründung auf die schlechten Ernte-Aussichten Brasiliens verwiesen wurde. Kakao gab weiter nach, dagegen lag Tee ungewöhnlich fest; die letzte Ernte soll recht klein ausgefallen sein.

An den Metallmärkten ist der September wieder sehr ruhig und anregungslos verlaufen; die amerikanischen Notierungen für Kupfer sind am Ende des Monats wieder unter 13 cents gesunken. Verhältnismäßig fest lag Zinn, in dem sich die Spekulation etwas stärker betätigte, und Aluminium, das am Weltmarkt noch immer knapp ist. Die Steigerung des Silberpreises hat sich aus den mehrfach erwähnten Gründen weiter fortgesetzt. Der Preis lag Anfang Oktober höher als seit langer Zeit.

Auf die Baumwollmärkte übten die häufigen Bureauberichte auch weiter einen höchst ungünstigen Einfluß aus, umsomehr, als die Unsicherheit über die tatsächliche Ernte trotz dieser Berichte anhält. Die überwiegende Mehrzahl der Schätzungen bewegte sich am Ende September um etwa 12½ Millionen Ballen. Die Preise gaben zunächst noch ziemlich scharf weiter nach, wie es scheint nicht ohne beträchtliche spekulative Nachhilfe; ein etwas ungünstig aufgefaßter Saatenstandsbericht mit überstürzten Deckungen drückte den Preis dann stark nach oben, und es folgte eine neue Periode der Schwankungen. — Die Woll-Versteigerungen des September bestätigten die ungewöhnlich feste Grundstimmung des Marktes und brachten weitere Preiserhöhungen. Dabei ist die australische Schur erheblich größer als im vorigen Jahr, und in der Lage der weiterverarbeitenden Bezirke ist keine so starke Besse-

Digitized by Google

rung eingetreten, daß man an einen ungedeckten Bedarf glauben könnte. Man erwartet denn auch vielfach einen baldigen Rückschlag. — Hanf und Jute setzten ihre Aufwärtsbewegung weiter fort. — Die Preissteigerungen für Häute und Leder haben in Deutschland während des September gleichfalls angehalten.

Der Preis-Durchschnitt hat sich in Deutschland — wie übrigens in allen Ländern — während des September infolge des scharfen weiteren Anziehens des Getreides, der Steigerung von Baumwolle u. s. w. erhöht, und zwar stellte sich der Großhandels-Index Ende September auf 131,5 (Anfang September 121,6), der Lebenshaltungs-Index auf das 1,19 (1,15) billionenfache. — An den deutschen Getreide- wie auch an den deutschen Metall-Märkten erwägt man sehr eifrig die Frage der Wiedereinführung des Zeithandels, ohne jedoch bisher zu einem Ergebnis gekommen zu sein. Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	28. 9. 23	1. 9. 24	11. 9. 24	22. 9. 24	30. 9. 24		
Weizen (Chicago)	109 3/4	125 3/4	126 5/8	130 3/4	140 3/4	cts.	f. bush.
Weizen (Berlin)	—	210 1/2	220 1/2	230	236	M.	„ 100 kg
Mais (Chicago)	93 3/8	119 1/4	127	113 1/8	113 1/4	cts.	„ bush.
Roggen (Berlin)	—	173	187 1/2	212	230 1/2	M.	„ 100 kg
Baumwolle (N. Y.)	29 55	25 65	24.10	22.40	25 75	cts.	„ Pfd.engl
Baumwolle (Brem.)	118,12 Mil.	30 32	27.90	26.70	29 23	cts.	„ Pfd.engl.
Zucker (N. Y.)	7 78	5.65	6.03	5.78	6.03	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.)	10 5/8	17 3/16	17 1/2	17 3/4	18 1/16	„	„ „
Schmalz (Chicago)	12.12 1/2	13 85	13 45	13.22 1/2	13 95	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1 33/4	1.2	1 21/8	1 25/8	1.25/8	sh	„ Pfd.engl.
Gold (London)	93 10	92 2	92.10	92.7	92 10	„	„ Unze fein
Gold (Berlin)	1062 1/2	2.781/2	2 811/2	2.81	2.81	M.	„ Gramm
Silber (London)	35 5/16	34 7/16	34 15/16	35	35 3/16	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	6 1/2	68 3/4	69 3/8	69 3/4	70 1/8	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin)	5300	95 1/2	95 1/2	95 3/4	96 3/4	M.	„ kg
Kupfer (London)	62 1/8	63 7/8	63	62	62 1/4	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2]	---	115	114 1/2	111 1/2	111	M.	„ 100 kg
Zinn (London)	199	258 1/4	252 3/8	227 3/4	239 1/4	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin) [3]	—	495	475	445	460	M.	„ kg
Zink (London)	33	33 3/16	33 1/8	32 5/8	32 5/8	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4]	—	63 25	64.50	62.50	61 50	M.	„ kg
Blei (London)	26 1/4	33 1/4	33 5/16	33	33 1/8	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin)	—	63	63	62 50	63	M.	„ kg

[1]) first crêpe [2]) raff [3]) Banka [4]) frei

Die Stimmung der Weltbörsen ist im September bei weitem nicht so fest gewesen wie im August. Das zeigt sich vor allem in New York, wo die Umsätze wieder zurückgegangen und die Kurse überwiegend etwas gesunken sind. Das gilt von Bahnen- wie von Industriewerten, von welchen z. B. Anaconda Copper 5 Prozent, General Electric etwa 18 Prozent im Kurse verloren haben. — In London hat die Festigkeit ebenfalls erheblich nachgelassen, wenn auch dort die Statistik der British Foreign and Colonial Corporation noch ein Steigen des Durchschnittsstandes um 0,54 Prozent während des September nachweist; die Statistik des Bankers Magazine dagegen, die kurz nach der Monatsmitte abschließt, zeigt Rückgänge der Dividenden-Werte um rund 0,8 Prozent, des Gesamt-

Digitized by Google

Durchschnitts um 0,1 Prozent. Sehr fest lagen nur Tee-Werte. — Auch in Paris überwiegen die Kurs-Rückgänge; das Geschäft war im allgemeinen sehr ruhig. — Die Wiener Börse geriet besonders in der zweiten Hälfte des Monats völlig unter dem unheilvollen Einfluß der Vorgänge in der Castiglioni-Gruppe bezw. bei der Allg. Depositenbank.

An der **Berliner Börse** hielt die Lebhaftigkeit des Anleihe-Geschäftes auch während des größten Teils des September an, und die Kurse der deutschen Anleihen stiegen zunächst noch erheblich höher; dann trat jedoch ein scharfer Umschwung ein, der die Anleihe-Kurse zunächst auf etwa ein Viertel des Höchststandes sinken ließ; sie erholten sich zwar bald wieder, pendelten dann aber doch noch immer erheblich unter dem Schlußstande des vorigen Monats. Die Verhandlungen im Aufwertungs-Ausschuß, die vorerst zu keinem Resultat führen dürften, verlaufen nicht nach Wunsch der Anleihe-Spekulation, so energisch sich auch mehrere Abgeordnete um eine Verzinsung der Anleihen (mit dementsprechender Kurssteigerung) bemühen. Einige Makler sind infolge des Anleihesturzes „schwach" geworden. — In Frankfurt ist die Abend-Börse seit dem 1. Oktober wieder eingeführt, in Berlin die Frage der Sonnabend-Börse bis auf weiteres vertagt worden. — Die Vorstände und Zulassungsstellen der deutschen Börsen haben sich auf gemeinsame Richtlinien für die Goldumstellung geeinigt, nach denen z. B. das Mindestgrundkapital bei schon zugelassenen Aktien in Berlin, Frankfurt und Hamburg je 200 000 Goldmark betragen soll. Der Kurs-Notierung sollen ohne Rücksicht auf die Aktien-Stückelung nur 100 Mark oder das Vielfache davon zugrundegelegt werden.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

September	Anfang	Mitte	Ende	September	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	680	954	680	Dt.-Luxemburg	55.4	49,25	51,75
4% „	1345	1450	1050	Bln. Karlr. Ind.	71	67	68.75
3½% „	1325	1425	1000	Elberf. Farben	18 5	14,4	15⅞
3% „	1725	2040	1500	Harpener	75,9	66,5	79 9
Darmst. u. Natbk.	10,9	8⅝	9,4	Hirsch Kupfer	27,5	20,75	19.2
Deutsche Bank	12⅞	10,4	10⅝	Höchster	18	13,75	15,5
Disc.-Komm.	14,25	11⅜	12,6	Hohenlohe	27	20,25	19,1
Dresdner Bank	8	6,75	7	Laura	6,5	6,3	6⅛
Hambg.-Amerika	31,9	25,5	27,75	Mannesmann	43,7	38,6	40.5
Hamburg-Süd	39.5	35 5	3?,6	Oberbedarf	15⅝	10⅞	10,75
Hansa	14.6	10⅞	12⅜	Oberschl. Eisen	16⅝	12,25	11,5
Norddtsch. Lloyd	8,1	5⅜	4,9	Orenst. & Koppel	20⅝	16⅝	17
Schantung	2.25	1.5	2,1	Phönix	41	40,2	41,5
Bergmann	16,75	12,75	12,5	Rheinstahl	36	34,75	34.75
Bochumer Guß	55 25	47,50	50	Rombacher	22⅜	17	17.8
Daimler	3,7	3	3	Schuckert	40	35 1	40,25
Deutsche Kali	50	43⅞	47	A. E. G.	10⅞	8.75	8,25

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am **Londoner Geldmarkt** hat die verhältnismäßig angespannte Lage auch im September angehalten. Eine Aenderung ist nur insoweit eingetreten, als tägliches Geld seine Vorzugsstellung eingebüßt und sich verteuert hat, während längere Fristen eher etwas billiger erhältlich waren. Die Banken scheinen ihre Politik ge-

Digitized by Google

wechselt zu haben und jetzt längeren Anlagen den Vorzug zu geben, wohl weil sie Ueberraschungen von der Seite des ausländischen Kapitalanspruchs nicht mehr fürchten zu müssen glauben. In der Tat erstrecken sich z. B. die Einzahlungsfristen der deutschen Reparationsanleihe bis in das nächste Jahr hinein. Die Versteifung der Tagesgeldsätze auf 2½ bis 3½ Prozent und Ende des Monats noch erheblich darüber ist um so bemerkenswerter, als einzelne Verwaltungen, wie z. B. der India Council, durch größere Käufe von Schatzwechseln auf deren Zins und mittelbar auch auf den des täglichen Geldes drückten. Der Schatzwechsel-Zins ging im Tender-Verfahren von 2¾ auf ca. 2⅜ Prozent zurück, und gleichzeitig gab auch Wochengeld — abgesehen von den Tagen um Ultimo — von 3 auf 2¾ Prozent nach. Der Privatdiskont notierte:

1. Sept.	6. Sept.	13. Sept.	20. Sept.	25. Sept.	30. Sept.	höchst	niedrigst
3 13/16	3 3/4	3 3/4	3 5/8	3 5/8	3 11/16	3 13/16	3 5/8

Die Bank von England zeigt in ihren Ausweisen ein auffälliges Gleichmaß der Entwickelung und gegen Ende des Monats keine wesentliche Inanspruchnahme. Auch der Ausweis, der die eigentlichen Quartalsansprüche widerspiegelt, aber erst in den Oktober fällt, ist nicht sonderlich angespannt; da die Regierung ihr Guthaben ansehnlich erhöhte, genügte eine kleine Verminderung der Consols- und Schatzwechsel - Bestände, um den Diskontansprüchen — bei sogar noch eingeschränktem Notenumlauf — nachzukommen. Die Befürchtung einer Diskonterhöhung wurde daher völlig gegenstandslos. — Auch der Umlauf der currency notes ging im September zurück, und zwar auf 285,6 Mill. £, sodaß er sich Ende des Monats etwa 13½ Mill. £ unter der statthaften Höchstausgabe hielt.

Der Londoner Wechselkurs hat sich im September unter Schwankungen etwas verschlechtert, teils infolge des gewohnten Herbstbedarfs an Dollars und östlichen Devisen, teils im Zusammenhang mit den starken Ansprüchen, die Mitteleuropa in New York stellte, und die der Uebertragung von Bank-Disponibilitäten nach London im Wege standen. Ende September notierten: Kabel New York 4,45¾ Dollar, Amsterdam 11,54 Fl., Schweiz 23,36 Fr., Bombay 1 s 5¾ d, Yokohama 1 s 9⅝ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten wie folgt (in Mill. £):

1922		1923		1924	
1. 9 — 6. 9.	700	1. 9.— 5. 9.	678	29. 8.— 3. 9.	754
7. 9.—13. 9.	603	6. 9.—13. 9.	599	4. 9.—10. 9.	641
14. 9.—20. 9.	597	14. 9.—20. 9.	615	11. 9.—17. 9.	675
21. 9 —28. 9	610	21. 9.—27. 9.	604	18. 9.—25 9.	652
1. 9.—28. 9.	2 510	1. 9.—27. 9.	2 496	29. 8.—25. 9.	2 722
30. 12.—31. 8.	25 810	29. 12.—30 8	24 885	1. 1.—28. 8.	26 066
30. 12.—31. 9.	28 320	29. 12.—27. 9.	27 381	1. 1.—25. 9.	28 788

Die Bank von Frankreich hat sich im September genötigt gesehen, ihren Lombardsatz von 7 auf 8 Prozent zu er-

Digitized by Google

höhen, um einen Teil der zum Quartalswechsel zu erwartenden Ansprüche abzuwehren. Das Ergebnis war eigentümlicherweise, daß weniger die Lombards als die Wechselbestände abnahmen. Man muß daraus schließen, daß die Bank der Finanzwelt zu verstehen gegeben hat, sie werde auch eine Erhöhung des Diskontsatzes vornehmen, wenn die Ausnutzung ihrer vergleichsweise niedrigen Zinssätze zu spekulativen Zwecken, insbesondere zum Kauf von Devisen, aber auch von französischer Rente, die z. Zt. ca. 7½ Prozent Zins abwirft, nicht aufhöre. Da die Depositen in etwa demselben Maße abnahmen wie die Anlage in Wechseln, zeigt der Status der Bank keine merkliche Verbesserung. Die Regierung hat ihren Kredit bei der Bank wieder voll mit 23 Milliarden ausgenutzt. — Der französische Wechselkurs neigte im September zur Schwäche, und der — unlängst verlängerte — Morgan-Kredit mußte zu Interventionen in Anspruch genommen werden. (Ein englischer Parallel-Kredit von 3 Millionen Pfund ist nicht erneuert worden.) Ender September notierte der Franc in London 84,50 Frcs., in New York 5,28 Dollar.

Der New Yorker Geldmarkt hat sich im September etwas versteift, da die großen Finanzhäuser merklich zurückhaltend in der kurzfristigen Anlage ihrer Gelder wurden und es vorzogen, ihre Bardepositen bei den Bundes-Reserve-Banken zu verstärken, soweit sie Mitglieder des Reserve-Systems sind. Tägliches Geld stieg auf 2 bis 2½ Prozent, gute Warenwechsel auf 3¼ bis 3½ Prozent, Bankakzepte auf 2¼ Prozent. — Der Goldbestand der Bundes-Reserve-Banken hat wiederum recht erheblich, nämlich um ca. 45 Millionen Dollar, abgenomen und beträgt Ende September 3069 Mill. Doll. (bei 1730 Mill. Doll. Notenumlauf). — Der amerikanische Wechselkurs weist im September zwar eine kleine Besserung gegenüber London auf, aber eine nicht unerhebliche Verschlechterung gegenüber Südamerika und dem fernen Osten. Ende September notierten in New York: Kabel London 4,45½ Dollar, Scheck Amsterdam 38,69 Doll., Scheck Stockholm 26,62 Dollar, Buenos Ayres 121,70 Goldpesos je 100 Doll. (Ende August 129 Goldpesos), 1 Papierpeso 36 cts. (34¾), Rio de Janeiro 10,90 Doll. (10,—), Calcutta 33,22 Doll. (32,28). — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Millionen Doll.):

	6. 9.	13. 9.	20. 9.	27. 9.
Vorschüsse	5 273.20	5 252 63	5 321 23	5 542 95
Barvorrat, eigener	47.18	49 67	47.48	47.97
„ b.d. Bund.-Res.-Bk.	655 52	623 53	995.78	634.32
„ b. anderen Banken	2 52	19 39	1 05	14.21
Barvorrat, zusammen	*608 04*	*692 59*	*1044.31*	*696.50*
Kurzfristige Depositen . . .	4 502.08	4 510.75	4 616 16	4 622.31
Langfristige Depositen . . .	531.27	531.28	551.66	5 0.85
Depositen, zusammen	*5 033 35*	*5 041 03*	*5 167.82*	*5 203.16*
Notenumlauf	13.10	99 97	29.50	35.26
Surplusreserve	32.39	32.39	32.42	32.30

Digitized by Google

Diskont-Aenderungen haben im September nur in Ungarn (Erhöhung) und in Danzig (Ermäßigung) stattgefunden. Polen hat den Diskontsatz für Devisen von 10 auf 8 Prozent herabgesetzt. Die Sätze lauten:

Dt. Rchsbk.	bis 30. 9. 10	Danzig	bis 10. 9. 12; bis 30. 9. 10
Bk. v. Engl.	„ 30. „ 4	Bk. v. Norw.	bis 30. „ 7
Bank von Frankreich	„ 30. „ 6*)	Niedld. Bk.	„ 30. „ 5
Oesterr. Natbk.	„ 30. „ 15	Nationb. v. Dänemark	„ 30. „ 7
Ungarn	b. 17. 9. 10; b. 30. „ $12^1/_2$	Rumän. Nationalbank	„ 30. „ 6
Banca d'Italia	„ 30. „ $5^1/_2$	Nationalb. v. Bulgarien	„ 30. „ 9
Bank von Spanien	„ 30. „ 5	Bank v. Finnl.	„ 30. „ 9
Bk. v. Portugal	„ 30. „ 9	Tschech. Bkmt.	„ 30. „ 6
Schwz. Natbk.	„ 30. „ 4	Belgische Nationalbk.	„ 30. „ $5^1/_2$
Schwd. Rbk.	„ 30. „ $5^1/_2$	Poln. Darl. K.	„ 30. „ 12
Russland	„ 30. „ 10	Griech. Nat. Bk.	„ 30. „ 18

*) Seit 12. September 8% Lombardsatz.

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Trillionen P. Mark):									
6. 9.	528	Mill.	—	1897.8	43.3[8])	296.6	359.2	1375.6	1375.6
15. „	543	„	—	1925.2	22 4[8])	439.2	310 5	13(5 7	1305.7
23. „	560	„	—	1962.5	21.8[8])	461.0	434.3	1252.0	1252.0
30. „	577	„	—	2169.6	54.3[8])	307.5	362.6	1520.5	1520.5
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
3. 9.	128.4		—		121.0[4])	10.4	114 9	125.7	—
10. „	128.4		—		117.0[4])	10.8	111.4	124.7	—
17. „	128.4		—		116.2[4])	10.3	111.7	124.1	—
25. „	128.4		—		118.3[4])	13.5	110.8	123.9	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
4. 9.	5543.8[3])	300.7	567.6	5132.9	30567.3	15.7	1907.2	40399 1	33987.0
11. „	5543.9[3])	300.9	567.8	4001.0	30623.5	13.0	1775.3	40314.5	33901.9
18. „	5544.0[3])	301.1	567 9	3896.7	30565.8	14.2	1746.1	40244.5	33831.5
26. „	5544.0[3])	301.3	568.1	3994 3	30556.1	1.46	1727.2	40338.7	33925.3
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 9.	3 660 546.2[5])		—	3129783.7	1732.9	1203968.3		7798594.0	4158047.8
15. „	3 639 850.8[5])		—	3052902.6	2308.1	1301825.8		7603734.8	3963884.0
23. „	3 666 864.0[5])		—	2904292.8	1802.3	1490620.2		7292837.5	3625973.5
30. „	3 833 866.0[5])		—	2851001.7	1686.7	890536.9		7998509.3	4164643.3
Ungarische Nationalbank (Mill. ungar. Kronen):									
7. 9.	1887046.1[5])		—	1515744.8	1977306.2	1201407.3	320771 9	3694637.9	1808591.8
15. „	1862752.6[5])		—	1584853.1	1977306.2	1312670.3	339699.3	3634126.5	1771873.9
23. „	1873231.3[5])		—	1692906.9	1977306.2	1352692.4	420192.1	3620856.2	1747624.9
30. „	1939864 7[5])		—	1756639.1	1977306.2	1054114.0	362 286.2	4115924.9	2176060.2
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 9.	1051.2		657.3	1059.8	801 6	644.9		8002.2	6298.7
15. „	1051.3		657.4	1067.4	751.9	791 9		7852.8	6144.1
23. „	1051.4		648.6	1077.5	735.2	817.5		7730.6	6030.6
30. „	1050.6		657.1	1173.7	752.8	438.1		8222.6	6514.9

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 8.	889.3	84.9	488 3	12314 3		2006.1		13003.2	11540.7
20 „	889.1	85.5	491 6	12769.8		2123.2		13079.7	116135
31. „	889.4	85.5	491.1	12912.7		1908.3		13196.4	11780.4
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
7. 9.	43.0	0.5	429.1	820.4	4.3	34.1	10 3	1288.9	816.3
15. „	43 0	0 5	432 6	739.2	4 3	25 2	4 8	1265.3	789.2
23. „	43.0	0.5	4 0.7	857 6	4.3	46 9	33 4	1241.6	767 4
30. „	43 0	0.5	479.2	805 6	4 3	30.2	22.3	1273.3	750.6
Niederländische Bank (Mill. Gulden):									
2. 9.	531.5	11.7	58.3	166 6	183.9	—	44 3	999.2	397.7
6. „	531 5	11.6	56.3	170 2	157.6	—	38.3	977.4	378.0
15. „	531.5	11 8	47 6	173.4	157 3	—	30 7	967 4	376.5
22. „	531.5	11 8	45 3	132 7	182.8	—	21 7	948 5	359.9
29. „	529.1	11.8	40.3	135.9	194.0	—	22.2	971.7	390.5
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
6 9	504 2	93 5	25.1	262 4	72.0	91.4		854.1	231.3
15. „	505.1	93.6	43.3	24 .9	70.4	109 5		837.8	199.8
23 „	504 9	93 8	35.6	252.2	71.6	114 8		832 5	198.2
30. „	504.8	93.0	25 5	285.1	75.8	90.9		891.3	268.0
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
6. 9	249.8	—	50.8	395.3		159.7		518.3	217.7
13. „	248.5	—	43 0	392.0		159 3		513.7	222 2
20 „	246 5	—	46 9	373.7		145.9		502 2	208.8
27. „	246 8	—	48.8	373.8		132 8		512.1	216.5
30. „	246.7	—	51.7	395.3		129.2		564.2	265.8
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
6 9.	2534.8	656.8[6])	31 9	858.9	1332.6[7])	311.8	9.9	4448.7	1225.2
12. „	2534.8	657.4[6])	31 8	852.3	1339.6[7])	313.4	9 4	4552.6	1348.6
20. „	2534.8	655.7[6])	31.7	851 3	1338 1[7])	316.5	9 3	4588.4	1366.2
27. „	2534.8	657.1[6])	31.3	855.4	1335.6[7])	323.9	9.0	4614.2	1391.0
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
8. 9.	147.3		35.2	429.9		132.6		385.0	202 5
15. „	147.3		34.0	427.3		128 8		382 9	201.6
22. „	147.2		34.9	428.6		125.8		389.1	207.0
30. „	147.2		31.0	430.3		128.5		381.0	202.8
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
30. 9.	209.5	21.7	35.1[2])	265.5	60,5	70.4		472.7	206.4

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen Wechsel	Darlehen	c Verbindlichkeit. Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Polen (Millionen Zloty).									
10. 9.	99.4		256 4	112.8	8.8	138.4		419.5	63.7
20. 9.	99 5		237 9	222.9	9.2	121.1		403.0	65.6
30. 9	99.9		233.6	233.8	9.2	64.8		460.4	126.9
Nationalbank von Rumänien (Mill. Lei)									
9. 8.	6115 8	3.4	—	6304.6	763.9	6330.5		18313.2	12194.0
16. 8.	6135.8	3.1	—	6333.4	784.8	6416 6		18396 0	12257.1
23. 8	6168 9	3.0	—	6398.5	836 9	6582.9		18492 8	12320.9
30. 8.	6228.8	2.9	—	6512 9	816.3	6507.1		18682.2	12450.5
6. 9.	6253 8	2.5	—	6392.4	829 4	6495.5		18757.1	11500.8
13. 9.	6281.8	2.5	—	6490.2	871.1	6525.3		18841.9	12557.6
Bulgarische Nationalbank (Mill Lewa).									
31. 7.	57.0		402.3	216.0	402.1	843.6		4115.1	3655.8

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Dev.sen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Einschließl. lombardierter Wechsel.

Der **Berliner Geldmarkt** zeigte im September ein ziemlich flüssiges Aussehen, so daß man verschiedentlich schon mit einer Herabsetzung des offiziellen Diskontsatzes rechnete. Immerhin lagen die Zinssätze, mit Ausnahme derjenigen für private Valuta-Kredite, noch immer über dem Diskontsatz der Reichsbank, so daß markttechnisch eine Ermäßigung des letzteren nicht gerechtfertigt gewesen wäre. Tägliches Geld war meist mit ¼ Promille täglich zu haben, Monatsgeld mit 1 bis 1⅛ Prozent je Monat. Die Rentenbank hat ihren Satz für direkt begebene Kredite von 13 auf 10 Prozent p. a. ermäßigt, die Golddiskontbank (die kaum noch funktioniert) den ihrigen von 10 auf 8 Prozent, entsprechend den Devisen-Krediten am offenen Markt, die sich ebenfalls um 8 Prozent (für Pfundkredite um 9 Prozent) herum bewegten. Die Berliner Großbanken haben ihren Einlagezins für die vierzehntägigen Gelder von 12 auf 9 Prozent herabgesetzt. Ein Privatdiskontsatz ist jedoch immer noch nicht zu hören gewesen. Nach holländischer Schätzung sind Deutschland bis Mitte September etwa 150 Millionen Dollar amerikanische Privatkredite zugeflossen; die englischen Kredite werden noch etwas höher, die holländischen auf rund 500 Millionen Mark geschätzt.

Der Berliner **Wechselkurs** hat im September zur Schwäche geneigt, weil die im Frühjahr und Sommer aufgenommenen Importkredite jetzt zum Teil fällig werden, und die Reichsbank hat stark intervenieren müssen, um die Parität aufrecht zu erhalten.

Digitized by Google

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Sept.	5. Sept.	12. Sept.	19. Sept.	26. Sept.	30. Sept.
Amsterdam Guld. .	162,75	161,60	160,20	161,50	162,50	162,20
Kopenhagen (Kr.) .	69,10	69,70	71,15	71,20	72,35	73,25
Stockholm(Kronen)	111,70	111,49	111,75	111,70	111,65	111,65
Christiania (Kron.)	57,85	57,50	57,60	57,80	58,40	59,65
Helsingfors (F.-M.)	10,50	10,52	10,52	10,52	10,52	10,52
Schweiz (Francs) .	79,05	79	79	79,40	80,10	80,25
Madrid (Pesetas) .	55,75	55	55	55,40	55,90	55,90
Italien (Lire) . .	18,50	18,35	18,40	18,40	18,40	18,39
London (Pfund) .	18,855	18,730	18,760	18,730	18,790	18,700
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris (Francs) . .	22,72	22	22,67	22 20	22,18	22
Brüssel (Francs) .	21,05	20,95	20,95	20,75	20,25	20,10
Wien (1 Kr.). . .	5,925	5,92	5,925	5,92	5,93	5,925
Prag (Kronen) . .	12,615	12,58	12,615	12,60	12,58	12,515
BuenosAires(Pesos)	1,43	1,43	1,45	1,45	1,48	1,49
Rio de Janeiro (Milr.)	0,42	0,41	0,40	0,40	0,40	0,40
Japan (Yen) . . .	1,71	1,71	1,71	1,7	1,68	1,68
Bulgarien (Lewa) .	3,08	3,08	3,06	3,06	3,085	3,07
Jugoslavien(Dinar)	5,36	5,52	5,59	5,82	5,2	5,88
Budapest (Kronen)	5,49	5,45	5 45	5,45	5,90	5,45
Lissabon (Escudo)	12	12	12,25	—	12,25	—
Danzig (D. Gulden)	75,30	74,85	75,05	74,89	75,10	74,80

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** hat im September ihre Kredite weiter ausgedehnt; sie mußte daher den Notenumlauf um etwa 145 Millionen Mark (Rentenbank- und Reichsbank-Noten) steigern; ihre eigenen Rediskonteure, Reichspost und Seehandlung, haben ihr diesmal für etwa 35 Millionen Mark Wechsel weniger abgenommen als im August. Der Devisenbestand der Bank ist durch stärkere Abgaben etwas geschwächt worden, auch sind etwa 60 Millionen Devisen in Gold umgewandelt worden, was die Goldabnahme bei den amerikanischen Bundes-Reserve-Banken zum Teil erklärt. — Rentenbank und Golddiskontbank siehe „Kleine Chronik".

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im September und den Vergleichsmonaten das folgende Bild (in Millionen Mark, 1924 in Billionen bezw. Rentenmark):

	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Juli	12 916	58 564	78 337	248 493	76 624 491	695 309 600
						ferner: 1 460 399 800 Rentenmark
August	12 775	52 593	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900
						ferner: 1 490 529 300 Rentenmark
September	18 577	63 213	98 004	473 715	22 627 672 721	886 588 300
						ferner: 1 652 485 500 Rentenmark

Zulassungen an den deutschen Börsen im September 1924.

I. Börse zu Berlin.

G.-M. 3 Millionen Pfandbriefe d. Rheinisch-Westfäl. Bodenkreditbank.

II. Börse zu Breslau.

2 Mill. Ztr. 6% Zuckerwertanl. d. Deutschen Zuckerbank, Berlin.

Digitized by Google

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

M.	15	Millionen	Düsseldorfer Maschinenbau A.-G. Losenhausen, jg. Akt.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M.	48	Millionen	Meguin A.-G. Butzbach, jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.
Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln a. Rh.

M.	6,2	Millionen	August Wegelin A.-G., jg. Akt.
G.-M.	3	„	10% Pfandbriefe der Rheinisch-Westfäl. Boden-Credit-Bank.
G.-M.	1,	„	10 Kommoblig. d. do. do.

VIII. Börse zu Königsberg.
Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.
Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

G.-M.	200 000		5% Pfandbriefe d. Bayer. Bodencreditanstalt, Reihe 1.
G.-M.	500 000		10% do. do. do. do. Reihe 1.
G.-M.	900 000		5% Pfandbriefe d. Bayer. Vereinsbank, München.

XII. Börse zu Augsburg.

M.	23	Millionen	Aktienbrauerei zum Hasen, jg. Akt.

XIII. Börse zu Dresden.

M.	53,5	Millionen	Thür. Elektr.- u. Gaswerke, jg. Akt.
„	30	„	8% Obl. d. do. do.
G.-M.	5	„	8% Pfandbriefe d. Mitteldeutschen Bodencredit-Anstalt.
M.	86	„	Industrie-Werke Plauen, jg. Akt.
„	17	„	Dortmunder Ritterbrauerei, jg. Akt.
„	5 350 000		Mimosa A.-G., jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

G.-M.	600	Millionen	6% Schatzanweisungen d. Deutschen Reichs von 1923.

XV. Börse zu Zwickau.

G.-M.	600	Millionen	6% Schatzanweisungen d. Deutschen Reichs von 1923.

XVI. Börse zu Stuttgart.

G.-M.	600	Millionen	6% Schatzanweisungen d. Deutschen Reichs von 1923.

XVII. Börse zu Mannheim.
20 000 To. Steinkohlen 6% Wertanl. d. Hauptstadt Mannheim.

XVIII. Börse zu Bremen.
Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

Digitized by Google

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister hat im September abgenommen, soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen, dagegen bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zugenommen. Es wurden eingetragen:

32 Aktiengesellschaften mit . . .	7 389 000 100 350 000 000	M. Kapital
383 Gesellschaften m. b. H. mit . .	6 771 350 000 00 000 000	„ „
zusammen	14 160 350 100 350 000 000	M. Kapital

gegen 334 452 621 000 M. Kapital im Septemb. 1923
„ 1 609 295 000 „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** sind recht erheblich zurückgegangen. Die Ziffern lauten:

26 Aktiengesellschaften mit . . .	6 485 500 012 016 600 000	M. Kapital
24 Gesellschaften m. b. H. mit . .	973 420 000 000 000 000	„ „
zusammen	7 458 920 012 016 600 000	M. Kapital

gegen 57 726 564 000 M. Kapital im Septemb. 1923
„ 1 854 654 000 „ „ „ „ 1922

Eine Zusammenstellung des Kapitalsanspruchs im dritten Vierteljahr 1924 zeigt im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt 1923 folgendes Bild:

Gründungen:

Im Juli 1923 . . .	42 187 178 000 M.	1924 . .	13 121 091 110 076 700 000 M.
„ Aug. 1923 . . .	80 826 228 000 „	1924 . .	16 585 450 003 761 000 000 „
„ Sept. 1923 . . .	334 452 621 000 „	1924 . .	14 160 350 100 350 000 000 „
Im III. Quartal 1923	457 466 027 000 M.	1924 .	43 866 891 214 187 700 000 M.
„ I. u. II. „ 1923	79 013 936 000 „	1924 . .	119 190 594 511 868 596 000 „
v. 1. I b. 30. IX. 1923	536 479 963 000 M.	1924 .	163 057 485 726 056 296 000 M.

Kapitalserhöhungen:

Im Juli 1923 . . .	28 196 484 000 M.	1924 . .	3 002 325 002 052 234 000 M.
„ Aug. 1923 . . .	29 190 605 000 „	1924 . .	14 576 950 002 801 290 000 „
„ Sept. 1923 . . .	57 826 564 000 „	1924 . .	7 458 920 012 016 60 000 „
Im III. Quartal 1923	115 213 654 000 M.	1924 . .	25 038 195 016 870 124 000 M.
„ I. u. II. „ 1923	109 734 381 000 „	1924 . .	32 020 450 186 243 684 000 „
v. 1. I. b. 30. IX. 1923	224 948 035 000 M.	1924 . .	57 058 645 203 113 808 000 M.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im September laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
45	15	0	0	10	150
Dagegen im September 1923:					
18	24	0	3	7	132
Dagegen im September 1922:					
21	7	0	2	10	214

Insgesamt sind also gegründet worden:

Sept. 1924:	55	Genossenschaften	m. unb. H.	und	165	Genossenschaften	m. b. H.				
„ 1923:	25	„	„	„	„	159	„	„	„	„	
„ 1922:	31	„	„	„	„	223	„	„	„	„	

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im September 1924.

(Vom 1. bis 30. September im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Septbr. 1923		Septbr. 1924		Septbr. 1923		Septbr. 1924		Septbr. 1923		Septbr. 1924		Septbr. 1923		Septbr. 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M	Zahl	Bill. M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Bill. M.
Landwirtschaft	27	47 654	—	-	23	2 443	7	106 500	11	756	—	—	4	2 597	1	24 400
Bergbau, Hütten u. Salinen	20	3 528	1	300 000	15	2 795	19	1725 00	22	2 220	1	3000000	10	74	1	21 000
Steine und Erden . . .	16	2 195	—	—	23	1 592	3	145 500	18	1 434	1	–	7	187	—	—
Metalle und Maschinen .	64	5 598	4	200 000	115	6 031	44	472 600	74	5 996	3	80 000	28	298	4	224 500
Elektrotechn. Erzeugnisse	22	3 081	—	—	39	1 306	12	104 000	10	284	—	—	7	18	—	—
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	29	10 2 189	—	—	5	608	—	—	11	2 297	—	—	4	22	1	900
Fette, Oele usw. . . .	8	1 657	—	—	8	424	6	72 500	4	—	—	—	2	127	—	—
Chem. Indust., Heiz- u. Leuchtst.	35	6 892	1	—	57	5 3 9	7	42 500	18	234	3	200 000	3	53	—	—
Textilgewerbe	29	3 422	1	70 000	70	2 846	19	411 000	20	895	1	110 000	5	95	—	—
Papiergewerbe	7	918	—	—	8	9 2	3	20 000	11	341	—	—	—	—	—	—
Ledergewerbe	13	926	—	—	23	395	12	111 900	6	–	—	—	3	26	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	23	1 190	—	—	33	3 947	5	14 000	26	1 173	1	84 000	7	985	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	65	5 614	—	—	118	9 005	63	1022800	47	2 365	3	520 000	22	314	3	50 220
Bekleid.- u. Reinig.-Gew	16	1 133	1	—	33	1 652	11	27. 600	6	82	—	—	5	102	1	3 000
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	4	171	—	—	10	210	3	41 000	2	70	—	—	1	7	—	—
Graphische Gewerbe . .	12	343	1	50 000	17	298	15	92 400	15	478	1	60 000	1	1	1	480 000
Baugew. u. Terrain-Ges.	34	3 022	3	164 000	44	517	32	384 300	25	2 470	—	—	15	136	3	130 050
Banken u. Versich.-Ges. .	62	27 929	12	6200000	28	2 664	5	76 600	90	17 672	5	2216000	8	1209	1	4 500
Bahnen u. Transport-Ges.	9	582	3	250 000	25	1 742	15	455 100	15	—	2	36 000	10	159	1	4 000
Handel (ausser Banken)	41	5 669	1	5 000	112	51 912	24	221 550	41	3 765	2	29 500	61	1111	2	10 500
Syndik., Verkaufsvereine	2	506	—	—	1	—	2	10 000	2	—	—	—	1	1	—	—
Sonstige Gesellschaften	81	11 458	4	150 000	149	2 437	76	840 000	86	4 879	3	150 000	47	755	5	20 350
	599	236 377	32	7389000	956	98 075	383	6771350	570	49 449	26	6485500	261	8 277	24	973 420

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Septbr. 1924: 14 160 350 100 350 000 000 M., 1923: 334 452 621 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 7 458 920 012 016 600 000 „ 1923: 57 826 564 000 „
Gesamtanspruch im Septbr. 1924: 21 619 270 112 366 600 000 M., 1923: 392 279 185 000 M.

Digitized by Google

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im September zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

In Altona (Elbe). .	11	in Dresden . . .	20	in Lübeck	12
„ Augsburg . . .	10	„ Duisburg . . .	15	„ Mannheim . . .	14
„ Barmen. . . .	10	„ Elberfeld. . . .	10	„ München . . .	39
„ Bayreuth . . .	12	„ Erfurt	10	„ Ratibor	15
„ Berlin	108	„ Essen (Ruhr). .	12	„ Regensburg . .	13
„ Beuthen O.-S. .	12	„ Flensburg . . .	14	„ Reutlingen. . .	12
„ Bonn.	10	„ Frankfurt a. M. .	13	„ Riesa (Elbe) . .	12
„ Braunschweig .	11	„ Halle (Saale). .	14	„ Spandau . . .	16
„ Bremen. . . .	17	„ Hamburg . . .	74	„ Stettin	14
„ Breslau. . . .	29	„ Hannover . . .	13	„ Stuttgart . . .	11
„ Chemnitz . . .	11	„ Heidelberg. . .	11	„ Wiesbaden . .	14
„ Cottbus. . . .	10	„ Karlsruhe . . .	13	„ Zerbst	12
„ Dortmund. . .	13	„ Leipzig	27	„ Zwickau . . .	14

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im September 1924

1120 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Deutsche Rentenbank. Der Ausweis per 30. September weist gegenüber dem 31. August keine wesentliche Veränderung aus. Das verzinsliche Darlehen an das Reich hat sich von 1 Milliarde auf 1003,5 Millionen erhöht, der Umlauf an Rentenbankscheinen (einschließlich des bei der Reichsbank ruhenden Betrages) von 2069,9 auf 2075,6 Millionen. — Die Bank hat ihren Zinssatz für direkt begebene Kredite von 13 auf 10 Prozent ermäßigt.

Deutsche Golddiskontbank. Der Eigenbestand der Bank an diskontierten Valuta-Wechseln und -Schecks hat Ende September 6,39 Millionen Pfund Sterling betragen. Der Betrag an rediskontierten Wechseln ist auf 6,22 Mill. Pfund zurückgegangen, die fast sämtlich bei der Reichsbank liegen. Die Bank hat ihren Diskontsatz von 10 auf 8 Prozent ermäßigt.

Münzwesen. Bis Ende September sind 198,09 Mill. M. Silbermünzen und 140,4 andere Scheidemünzen („Rentenpfennige") ausgeprägt worden.

Postscheckverkehr. Die Umsätze betragen gegenwärtig 6 bis 7 Milliarden Goldmark im Monat, d. h. doppelt so viel wie 1913. Der Einlagenbestand wird nicht bekanntgegeben.

Die Devisengesetze, die infolge der Stabilität der Mark auch äußerlich überflüssig geworden sind, sollen bis auf gewisse Einzelbestimmungen aufgehoben werden. Die Regierung trägt noch Bedenken, auch das Verbot des Markverkaufs nach dem Auslande aufzuheben.

Börsensteuer. Eine Reihe von Verbänden, darunter der Bankenverband, fordern eine starke Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

Die Frankfurter Abendbörse wird am 1. Oktober wieder eröffnet. In Hamburg findet ein Abendverkehr noch nicht statt.

Bankgeheimnis. Der Deutsche Genossenschaftstag in Hannover fordert die Aufhebung der das Bankgeheimnis verletzenden Steuerbestimmungen.

Bankbedingungen. Die Seehandlung ermäßigt ihren Debetzins auf 15 Prozent p. a., die Banken der Stempelvereinigung in Berlin setzen den ihrigen auf 18 Prozent herab (einschließlich aller Provisionen). Im Kredit werden für Monatsgeld 9 Prozent vergütet. — Auf eine „Kleine Anfrage" im Preußischen Landtag erwidert der Handelsminister, das Staatsministerium erörtere, ob ein zinsverteuernder Kettenhandel in Geld bestraft werden könne.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im September 1924.

Reichsbank. Beruft zum 4. Oktober eine Generalversammlung ihrer Anteilseigner zur Beschlußfassung über die aus dem neuen Bankgesetz sich ergebende Neuordnung. Die Umstellung der Bank und die Erhöhung des Kapitals auf 300 Mill. Mark sollen erst im Frühjahr 1925 erfolgen, nachdem vorher so viel Gold angesammelt worden ist, wie den neuen gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Präsident Dr. Schacht verhandelt in London wegen der deutschen 800 Mill. Goldmark-Anleihe. Erklärt das seit dem 7. April d. J. bestehende Diskontierungs-Gesamtkontingent für Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10% erhöhen zu wollen; auf eine Diskontermäßigung sei aber in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Für reine Warenwechsel wird die diskontfähige Laufzeit (bisher ca. 7 Wochen) wieder auf drei Monate ausgedehnt. Auch werden fortan wieder Bankakzepte diskontiert. Doch wird fortan bei allen diskontierten Wechseln auf 3 Unterschriften (bisher 2) oder Ersatz der dritten Unterschrift durch Pfandsicherheit gesehen. Ab 1. Okt. cr. soll der Ankauf von Termindevisen eingestellt werden. Das Institut setzt sich für eine Zins- und Spesenreduktion bei den Privatbanken ein. Beim Kauf von Auslandswechseln und -Schecks wird künftig nicht mehr ein Satz von 2% über dem jeweiligen Bankdiskont des Landes, in dem die Wechsel zahlbar sind, in Abzug gebracht, sondern nur der reine ausländische Banksatz, sofern er 5% und höher ist; 5% werden als Mindestsatz berechnet. Eine Ausnahme bilden Domizilwechsel, deren Bezogene nicht in dem Zahlungslande ihren Wohnsitz haben; sie werden zu einem um 1% erhöhten Diskontsatz, mindestens 6%, abgerechnet. Das Institut verzichtet bei den diskontierten Wechseln auf die Mark-Entwertungsklausel. Die Abrechnungsstelle Bochum ist Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes. Die Nebenstelle Rostock ist in eine Hauptstelle umgewandelt worden. Bei der Reichsbankhauptstelle Dortmund sind Betrügereien aufgedeckt worden, die 300 000 Mark Schaden verursacht haben; 10 jüngere Angestellte sind verhaftet worden. Siehe auch Golddiskontbank.

Deutsche Golddiskontbank. Setzt ihren Diskontsatz von 10 auf 8% herab, „um die in ihr enthaltene Reserve noch für die deutsche Wirtschaft nutzbar zu machen." Die Bank hat das Ausland (Amerika) bisher nur in ganz geringem Maße in Anspruch genommen, da die Reichsbank es vorzieht, die wenigen beanspruchten Kredite selbst zu gewähren (zum Teil in Mark).

Deutsche Rentenbank in Liqu. Die Handelskreise protestieren dagegen, daß die von Handel und Industrie aufgebrachten Zinsen nicht, wie das Rentenbankgesetz es vorsieht, aus den Ueberschüssen an diese Kreise zurückfließen, sondern für die neu zu errichtende landwirtsch. Kreditanstalt einbehalten werden sollen. Nach der neuen Satzung der Bank soll die Vertretung der Anteilseigner bezw. die General-Versammlung künftig aus 110 Treuhändern der Anteilseigner bestehen. Diese werden bestellt durch den deutschen Landwirtschaftsrat (30 Mitglieder), den Reichslandbund, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften (je 20 Mitglieder). Geheimrat Dietrich wird zum 1. stellvertr. Vorsitzenden gewählt, Freiherr Prätorius von Richthofen als Mitglied des Verwaltungsrats bestätigt. Der Zinssatz für „langfristige Kredite" wird allgemein auf 10 Prozent herabgesetzt, die Zinsen aus der Rentenbankbelastung werden zur Hälfte bis zum 15. Januar 1925 gestundet. Siehe Bank für Industrieobligationen.

Bank für Industrie-Obligationen. Soll infolge des Dawes-Gutachtens und des Londoner Abkommens mit 10 Mill. Goldmark Kapital gegründet werden, um die Belastung der deutschen Industrie auf breitere Kreise zu verteilen. Ein Viertel des mit 25% einzuzahlenden Kapitals ist von den Banken der Berliner Stempelvereinigung in Gemeinschaft mit den Bankhäusern Oppenheimer, Köln, Warburg, Hamburg, und Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M., bereits gezeichnet; die restlichen drei Viertel hat die deutsche Industrie aufzubringen. Die Deutsche Rentenbank i. L. (s. d.) stellt aus ihren Ueberschüssen, auf die auch die gewerblich Belasteten Anspruch haben, die Einzahlung von 2,5 Mill. Goldmark interimistisch leihweise zur Verfügung (3jährige Rückzahlung und 5% Verzinsung).

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Siehe Preußische Zentralgenossenschaftskasse.

Digitized by Google

Preußische Zentralgenossenschaftskasse. (Preußenkasse). Setzt ihren Normaldiskont um ½ auf 11½% herab. Beantragt mit der Preuß. Staatsbank und der Deutschen Girozentrale die Zulassung der 5% Landeskultur-Anleihe der „Deutschen Akt.-Ges. für Landeskultur" zur Berliner Börse.

Deutsche Bank. Direktor Komm.-Rat Paul Millington-Herrmann, der zwecks Kreditbeschaffung nach Nordamerika reiste, tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank ein. Direktor Oskar Schlitter wird in den Aufsichtsrat der Howaldtswerke, Kiel, berufen. Siehe Essener Creditanstalt.

Dresdner Bank. Wird auf dem Genossenschaftstag in Hannover (Schulze-Delitzsch) wegen der unzureichenden Kreditgewährung ihrer Genossenschaftsabteilung scharf angegriffen. Die Bank beantragt als Führerin eines Konsortiums die Zulassung der 6% Goldanleihe von 6,3 Mill. Gm. der Fried. Krupp A. G, zur Berliner Börse. Direktor Geh. Rat Frisch tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank, Direktor Wilh. Vogt, Essen, in den des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein. Der bisherige Direktor der Filiale Wiesbaden, Hans Jüdell, tritt in die Leitung der Frankfurter Niederlassung des Instituts ein. Siehe Bank für das Nahetal, Getreiderentenbank für die Landwirtschaft und Tschechoslowakischer Bankverein.

Disconto-Gesellschaft. Eröffnet am 1. Oktober d. J. eine Filiale in Nürnberg. Direktor Max Stern, Essen, tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein. Geschäftsinhaber Dr. Solmssen hat in Lissabon den Konzessionsvertrag für ein deutsch-amerikanisches Kabel über die Azoren vermittelt und die Finanzierung des Kabels durch amerikanische Interessenten gesichert. Die Bank führt 5,6 Mill. Mark neue Aktien der Müller Speisefett-Fabrik in Berlin ein.

Commerz- und Privatbank. Direktor Dr. Otto Fischer tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Verkehrskredit-Bank, Berlin, Direktor Zimmermann, Gelsenkirchen, in den des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein.

Darmstädter und Nationalbank. Uebernimmt zur Weitergabe junge Aktien der Lindener Eisen- und Stahlwerke. Die Geschäftsinhaber Emil Wittenberg, Paul Bernhard und Jean Andreae scheiden aus und treten in den Aufsichtsrat ein, sodaß die Zahl der Geschäftsinhaber auf 7 sinkt. Die Filiale Oberhausen wird am 1. Oktober d. Js. aufgelöst. Geschäftsinhaber Generalkonsul Hincke tritt in den Aufsichtsrat der Flöther Maschinenbau A. G. und der Miag Mühlenbau- u. Industrie-A. G., Direktor Siegmund Bodenheimer in den der Deutschen Verkehrskredit-Bank, Direktor Ernst Sander in den der Bank für Brauindustrie, Direktor Römer in den der Kupfer- und Messingwerke Elberfeld und Direktor van Meeteren, Mülheim-Ruhr, in den des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein. Siehe Zuckerkredit-Bank.

Mitteldeutsche Creditbank. Der Termin in der Anfechtungsklage der Industrie- und Privatbank, Berlin, gegen die Beschlüsse der Generalversammlung vom 30. 6. dieses Jahres findet am 9. Oktober statt. Direktor Kammeier, Essen, tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kasservereins ein.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die Gen.-Versammlung genehmigt ohne Widerspruch die Goldbilanz. (Siehe vor. Heft, S. 592). Geschäftsinhaber Carl Fürstenberg, der in den Aufsichtsrat der Howaldtswerke, Kiel, berufen wird, bemerkt, die Bilanz sei darauf zugeschnitten, daß noch in diesem Jahre ein Ergebnis für die Anteilseigner herausgewirtschaftet werde. „Man hoffe, daß das letzte Vierteljahr keinen Strich durch die Rechnung mache."

Allgemeiner Bankverein, Düsseldorf. Die Gen.-Versammlg. genehmigt die Papiermark-Bilanz. Das Kapital soll wesentlich erhöht werden.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Die zur Gruppe des Bankhauses gehörige Allgemeine Treuhand A. G., Dresden, stellt das Kap. von 5 Mill. Pm. auf 25 000 Gm. um und verdoppelt es alsdann.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin. Ist mit 0,75 Mill. Gm. Aktienkap. in das Handelsregister eingetragen worden.

Bank für Brauindustrie, Berlin. Direktor Sander (Darmstädter u. Natbk.) und Fritz Hirsch, Frankfurt a. M., treten in den Aufsichtsrat ein.

Bank für das Nahetal (Birkenfelder Landesbank), Birkenfeld. Die Gen.-Versammlung des von der Dresdner Bank und der Ol-

Digitized by Google

denburgischen Landesbank im Jahre 1921 gegründeten Instituts genehmigt bei 8261 Bill. Mark Ueberschuß für 1923 die Goldmark-Eröffnungsbilanz, die eine Herabsetzung des 75 Mill. Pm. betragenden Aktienkapitals auf 75 000 Gm. vorsieht.

Bank für Goldkredit, Weimar. Gibt weitere 4 Mill. 8% Goldschuldverschreibungen aus.

Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin. Das Aktienkapital wird von 500 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. zusamengelegt.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Erwirbt ein maßgebendes Paket Aktien der Potsdamer Creditbank.

Bank für Kommunal- und Grundkredit. Siehe Deutsche Raiffeisenbank.

Bank von Danzig. Setzt am 11. September den Diskontsatz von 12 auf 10% und den Lombardsatz von 14 auf 12% herab.

Barmer Bankverein, vorm. Hinsberg, Fischer u. Comp. Veröffentlicht die Goldmark-Bilanz. Das Komm.-Kapital beträgt 21 Mill. Gm., die Reserve 10 Mill. Gm. Das Institut gründet die Düsseldorfer Treuhandges. Altenburg u. Tewes mit 150 000 Gm. Aktienkapital. Verkauft sein Bankgebäude in Soest (Westf.). Bankier Blecher tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein.

Bayerische Girozentrale, München. Nach Abschreibungen von 455 370 Bill. Pm. wird der Reingewinn für 1923 von 2,1 Mill. Bill. Pm. auf neue Rechnung übertragen.

Bayerische Kohlenhandelsbank, München. Will 200 Mill. Mark (von jetzt 1 Md.) Stammaktien wieder einziehen und dann das Kapital (wie?) umstellen.

Bayerische Malzbank, München. Der Reingewinn für 1923 von 2847 Bill. Pm. wird vorgetragen und das Kapital von 2,6 Md. Pm. auf 13 000 Gm. umgestellt.

Bayerische Vereinsbank, München. Darf weitere 1,6 Mill. 5% Goldpfandbriefe begeben.

Bayerische Zentraldarlehnskasse, München. Trägt den Reingewinn für 1923 von 81 238 Bill. Pm. vor.

Berlinische Immobilien-Kreditanstalt, Berlin. Ist mit 0,2 Mill. Gm. Aktienkapital in das Handelsregister eingetragen worden. Neben Versicherungsgesellschaften ist die Nordische Bank für Handel und Industrie, Berlin (s. d.), beteiligt.

S. Bleichröder, Berlin. Uebernimmt zur Weitergabe die jungen Aktien der Deutschen Verkehrskreditbank, Berlin (s. d.) und beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bremer Linoleum-Werke Delmenhorst zur Berliner Börse.

Brasilianische Bank für Deutschland. Geht in den neugegründeten Banco Brasileiro Allemao (20 Mill. Milreis Kapital), Sitz in Rio de Janeiro, auf.

Braunschweigische Bank u. Kreditanstalt. Hebt ihre Filiale in Salzwedel auf.

Bremen-Amerika-Bank. Diese Komm.-Ges. auf Aktien wird in eine Akt.-Ges. umgewandelt und das Aktien-Kapital um 2 auf 4 Mill. Gm. erhöht. Direktor Otto Schroeder scheidet aus dem Vorstand aus und tritt in den Aufsichtsrat ein.

Central-Kreditbank, Berlin. Das Institut, das von dem Stahlwerk Becker ca. 320 000 Gm. zu fordern hat, tritt für die Konkurseröffnung über das Werk ein. (Es kommt im Oktober zu einer Einigung.)

Chemnitzer Kreditbank. Will das Aktienkapital von 100 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. umstellen.

Commerzbank in Lübeck. Ist an der Gründung der Lübeck-Linien beteiligt.

Continentale Bank und Handels A. G., Mainz. Das mit der Ludwig Ganz A. G. in enger Verbindung stehende Institut beantragt die Auflösung.

Credit- u. Commerzialbank, Berlin. Bankpräsident a. D. Ernst Grube ist ausgeschieden; alleiniger Direktor ist Joh. Heinrich Wätjen jun., Bremen.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Gründet eine Heim-Bank A. G., Berlin, mit 0,2 Mill. Gm. Kap. Ist mit der Einlösung der fälligen Abschnitte der auf Goldmark lautenden Reichsschatzanwei-

Digitized by Google

sungen E beauftragt. Beantragt die Zulassung der 5% Landeskulturanleihe der Deutschen Akt.-Ges. für Landeskultur, Berlin, zur Berliner Börse (mit der Preuß. Centralgenossenschaftskasse und der Preuß. Staatsbank). Präsident Dr. Kleiner und Gen.-Direktor Schöne (Giro-Zentrale Hannover) reisen zwecks Kreditbeschaffung nach Amerika. Direktor Müller tritt in den Aufsichtsrat der Injekta A. G. für Fabrikation chirurgischer Instrumente, Berlin, ein.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt a. M. Beabsichtigt, das Aktienkapital von 1 Md. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. umzustellen und 0,4 Mill. Gm. neue Aktien zu begeben.

Deutsche Länderbank, Berlin. Uebernimmt den Oskar von Körner, Wien, gehörenden Anteil an der Christoph u. Unmack A. G. in Niesky.

Deutsche Orientbank, Berlin. Siehe Tschechoslowakischer Bankverein.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Schließt mit der Bank für Kommunal- u. Grundkredit und der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken ein Abkommen, nach dem Mitgliedern des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisengenossenschaften „ohne verteuernde Zwischeninstanzen" langfristige Hypothekenkredite zur Verfügung gestellt werden. Dr. Lange tritt in den Aufsichtsrat der Getreiderentenbank für Landwirtschaft ein.

Deutsche Unionbank, Berlin. Gibt die ihr gehörige Bankfirma Veit, Selberg und Cie. an deren früheren Besitzer Eduard Veit zurück. Das Kap. wird von 20 Mill. Pm. auf 40 000 Gm. umgestellt; eine Erhöhung auf 1 Mill. Gm. ist geplant. In den Aufsichtsrat treten Reichsminister a. D. Dr. Rosen und Graf H. A. Harrach (Schweiz) ein. Es soll nur noch das Finanzierungs- und internationale Kreditgeschäft betrieben werden.

Deutsche Verkehrsbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung stellt das Kapital von 100 Mill. Pm. auf 1 Mill. Gm. um.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Das Aktien-Kapital von 1,5 Md. Pm. soll auf 1,5 Mill. Gm. zusammengelegt und um 0,5 Mill. Gm. erhöht werden.

Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf. Die Gläubiger des Instituts sind voll befriedigt, und die Geschäftsaufsicht ist aufgehoben worden. Das 500 Mill. Pm. betragende Aktienkapital wird umgestellt (wie?) und um 0,5 Millionen Goldmark erhöht.

Deutsch-Ueberseeische Wirtschaftsbank, Berlin. Ist Gläubigerin der Heinemann Büstenfabrik, Berlin, deren Konkurs mangels Masse abgelehnt wurde.

Düsseldorfer Kreditbank. Der Hauptgläubiger, dessen Forderung sich auf 230 000 Gm. aus nicht eingelösten Wechseln beläuft, hat die Konkurseröffnung beantragt.

Eichborn u. Co., Breslau. Dr. Kurt v. Eichborn tritt in den Aufsichtsrat der Berliner Wäschefabrik A. G. vorm. Ritter ein.

Eisenacher Bank, Komm.-Ges. a. Akt. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Elberfelder Privatbank. Die Aktienmehrheit der Kupfer- u. Messingwerke Elberfeld geht an das Institut über. Direktor Langhoff, Duisburg, tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein.

Eschweiler Bank. Weist für 1923 bei 26 990 Bill. Zins- und 17 619 Bill. Gebühreneinnahmen weder Gewinn noch Verlust aus. Den 751 767 Bill. Kreditoren stehen 278 465 Bill. Bankguthaben und 344 262 Bill. Debitoren gegenüber.

Essener Creditanstalt. Das erste Halbjahr 1924 erbringt einen „wenn auch nicht erheblichen, so doch befriedigenden Ueberschuß". Eine Belebung der Geschäfte hat eingesetzt. Das bestimmt auftretende Gerücht, die Bank solle in die ihr nahestehende Deutsche Bank aufgehen, wird dementiert.

Alfred Fester u. Co., Komm.-Ges. a. A., Düsseldorf-Berlin. Das der Wiener Bosel-Gruppe nahestehende Institut bildet aus 630 Mill. Papiermark Stamm-, 70 Mill. Pm. Vorzugsaktien und 310 Mill. Pm. Reserven ein Kapital von 0,7 Mill. Gm. Stamm-, 40 000 Gm. Vorzugsaktien und 160 000 Gm. Reserven.

Gebser u. Co. Bankgeschäft, A. G., Naumburg. Ruft den Aufsichtsrat ab und nimmt Neuwahlen vor.

Digitized by Google

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank tritt der Gruppe bei. Siehe Deutsche Raiffeisenbank.

Getreide-Kreditbank, Magdeburg. Die Gen.-Versammlung stellt das Aktienkapital von 2,5 Md. Pm. auf 0,4 Mill. Gm. um und erhöht es auf 1 Mill. Goldmark. Ausgabekurs 105%.

Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Die Gen.-Versammlung stellt das Kap. von 400 Mill. Pm. auf 40 000 Gm. um und erhöht es auf 1 Mill. Goldmark. Die neuen Aktien gehen zum Nennwert an ein Konsortium unter Führung der Dresdner Bank. Dr. Lange (Deutsche Raiffeisenbank) tritt in den Aufsichtsrat ein.

Gewerbebank, Trier. Die Gen.-Versammlung setzt das Goldmarkkapital auf 150 000 Mark fest und genehmigt dessen Verdopplung.

Gewerbe- und Handelsbank, Halle a. S. Die Gen.-Versammlung setzt das Kapital (bisher 192 Mill. Pm.) auf 0,48 Mill. Gm. fest.

Walter Goldschmidt u. Co. A. G., Bonn. Eine Sanierung ist nicht mehr durchführbar.

Hamburger Handelsbank. Die Geschäftsaufsicht ist aufgehoben worden. Die Bank veräußert die in ihrem Besitz befindlichen 23 Mill. Aktien der Hermann C. Starck Komm.-Ges. a. Akt., Berlin, an deren pers. haft. Ges. Starck.

Handels- u. Gewerbebank, Karlsruhe. Die Gen.-Versig. setzt das Goldkapital auf 0,21 Mill. fest.

Heilbronner Privatbank. Hat am 15. September den Geschäftsbetrieb eingestellt und wird liquidiert.

Heimbank, Berlin. Ist unter Mitwirkung der Deutschen Girozentrale mit 0,2 Mill. Gm. Aktienkap. gegründet worden.

Hypothekenbank in Hamburg. Gibt weitere 2,1 Mill. Gm. Pfandbriefe aus. Direktor Gelbke tritt in den Aufsichtsrat des Aktienbauvereins Passage ein.

Immobilien- u. Baubank, München. Die Gen.-Versammlung stellt das Kap. von 1 Md. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. um und erhöht es um 0,1 Mill. Gm.

Industrie- und Handelsbank, Berlin. Reduziert das Aktkap. im Verhältnis von 20 000 : 1 auf 50 000 Goldmark.

Industrie- u. Privatbank, Berlin. Siehe Mitteldeutsche Creditbk.

Industrielle Bankgesellschaft, Düsseldorf (Stahlwerk Becker-Konzern). Die Geschäftsaufsicht ist verlängert worden.

Kieler Handelsbank. Löst ihre Berliner Niederlassungen auf.

Kolberger Bank für Handel und Landwirtschaft. Ueber das Vermögen des Instituts wird der Konkurs eröffnet.

Kölner Bankverein. Beabsichtigt in Liquidation zu treten. Die Gen.-Versammlung trägt den Reingewinn für 1923 mit 10 378 Bill. Mark vor.

Kölner Gewerbebank. Will das 500 Mill. Pm. betragende Aktienkap. auf 0,45 Mill. Goldmark umstellen.

Kolonistenbank, Berlin. Diese e. G, m. b. H. ist in eine Akt.-Ges. mit 0,1 Mill. Gm. Kapital umgewandelt worden

Königsberger Bank für Handel und Landwirtschaft. Gerät in Konkurs.

Kreditbank für Industrie u. Landwirtschaft, Berlin. Das mit der Bank des Reichsbundes der höheren Beamten (Reichsbundbank) in Interessengemeinschaft stehende Institut stellt das Aktienkap. von 300 Mill. Pm. auf 1,2 Mill. Gm. um.

Kredit- u. Handelsbank, Stuttgart. Die Gen.-Versammlung trägt den Ueberschuß für 1923 mit 47 471 Bill. Pm. vor.

Kreditverein Stuttgart. Die Gen.-Versammlung stellt das Aktkap. von 60 Mill. Pm. auf 0,6 Mill. Gm. um.

Kreisbank Jüterbog-Luckenwalde, Kommunale Bank A. G. Ist mit 0,25 Mill. Gm. Kapital in das Handelsregister eingetragen worden.

A. C. Kröger A. G., Berlin. Ist mit 0,2 Mill. Gm. gegründet worden.

Landbank, Berlin. Die von dem Institut kontrollierte Saarow-Pieskow Landhaus Ansiedlung hat das Kap. von 4 Mill. Pm. auf 1,6 Mill. Gm. herabgesetzt.

Digitized by Google

Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf. Gen.-Direktor Bernegau tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein.

Landeskulturbank für Deutschland, Berlin. Wird mit 5 Mill. Gm. Aktienkap. zur Pflege des Meliorationskredits gegründet. Das Kapital ist zu 115% bereits von Kommunalorganisationen voll gezeichnet.

Leipziger Gewerbebank. Das im September 1923 errichtete Institut tritt in Liquidation.

Lloyd Bank, Neuenkirchen bei Melle. Der Reingewinn für 1923 beträgt 15 598 Bill. Pm. Das jetzt in Berlin als Untervertretung von größeren Unternehmungen des Reiseverkehrs arbeitende Institut, dessen Aktien sich im Besitz einiger Berliner Kaufleute befinden, plant eine Namensänderung in „Verkehrsbank A. G."

Mecklenburgische Hypotheken- u. Wechselbank, Schwerin. Tritt der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken bei.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Bankier Rudolf Loeb reist zwecks Kreditbeschaffung nach den Ver. Staaten von Nordamerika.

Münsterische Bank. Direktor Heck tritt in den Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kassenvereins ein.

Mittelfränkische Bank, Nürnberg. Die Konkursmasse wird höchstens 3—5% für die Gläubiger bringen. Die Reichspostverwaltung hat das Anwesen des Instituts für 85 000 Gm. erworben.

Nassauische Landesbank, Wiesbaden. Der Reingewinn für 1923 von 20 675 Bill. Pm. wird hauptsächlich zur Bildung einer Sonderrücklage B verwendet.

Norddeutscher Bankverein, Berlin. Die Gen.-Versammlung des Instituts, dessen Aktien-Mehrheit 1923 von einem aus mehreren bekannten Provinzbankiers bestehenden Konsortium übernommen wurde, beschließt die Liquidation. Der nominelle Reingewinn für 1923 beträgt 51 101 Bill. Pm. Die Aktionäre dürften nichts mehr zu erwarten haben. Die auf das Institut überführten Berliner Geschäfte der Provinzbankiers sind seit einiger Zeit wieder deren früheren Großbankverbindungen zugeleitet worden.

Nordische Bank für Handel und Industrie, Berlin. Geh. Rat Demuth tritt in den Aufsichtsrat der Berlinischen Immobilien-Kreditanstalt ein.

Oberpfälzischer Bankverein, Komm.-Ges. a. Akt., Weiden. Ist aufgelöst worden.

Oberrheinische Bankanstalt, Konstanz. Die Gen.-Versammlung setzt das Aktienkapital von 80 Mill. Pm. auf 0,4 Mill. Gm. herab unter Einstellung von 35 752 Gm. Reserven; das Kapital wird auf 1 Mill. Gm. erhöht. Ausgabekurs 110%.

Oldenburgische Landesbank. Siehe Bank für das Nahetal.

Preußische Boden-Credit-Actien-Bank, Berlin. Beantragt die Zulassung ihrer 8% Goldpfandbriefe Reihe III und ihrer 8% Gold-Kommunalobligationen (je 10 Mill. Gm.) zur Berliner Börse.

Preußische Central-Bodenkredit A. G., Berlin. Beantragt die Zulassung ihrer 2 Mill. Gm. 10% Goldpfandbriefe zur Berliner Börse. Stellt gleich anderen Pfandbrief-Banken beim Berliner Börsenvorstand den Antrag, die Notierung ihrer gekündigten 3½ und 4% Pfandbriefe in einheitlicher Notiz wieder aufzunehmen.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Beantragt die Zulassung von 96 Mill. Mark neuen Aktien, 1 Mill. Gm. 6% Pfandbriefen und 8 Mill. Gm. 10% Pfandbriefen zur Berliner Börse.

Reichenbacher Bank A. G., Reichenbach i. Vogtl. Will ihr Kapital nach dessen Umstellung auf Goldmark (wie?) um 567 000 Gm. Stamm- und 63 000 Gm. Vorzugsaktien erhöhen.

Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin. Direktor S. Ritscher tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank ein.

Rheinische Kreditanstalt, Komm.-Ges. a. Akt., Köln. Die Gen.-Versammlung trägt den Ueberschuß für 1923 von 219 109 Bill. Pm. vor. Das Kapital wird von 110 Mill. Pm. auf 273 000 Gm. zusammengelegt. Die gesetzliche Rücklage beträgt 27 300 Gm. In den Aufsichtsrat treten ein Staatssekretär a. D.

Digitized by Google

Brugger, Berlin, Reichstagsabgeordneter Esser, Euskirchen, und Bankier Seligmann (i. Fa. Bankhaus Seligmann), Köln.

Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank, Köln. Die neuen 3 Mill. Gm. Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Rheinland-Bank A. G., Biebrich-Worms. Der Aufsichtsrat hat den in Biebrich tätigen Gen.-Dir. Sommer „wegen Unkorrektheiten in der Geschäftsführung" fristlos entlassen und Strafanzeige erstattet. Das Strafverfahren gegen S. der die Beschuldigungen bestreitet, schwebt. Die einzelnen Geschäftsstellen arbeiten günstig und „Rückgriffsmöglichkeiten" sind vorhanden.

Roggenrentenbank, Berlin. Die Reihen 12 und 13 der Rentenbriefe sind zur Berliner Börse zugelassen worden.

Sachs, Warschauer u. Co. A. G., Berlin. Bei der unter Geschäftsaufsicht stehenden Bankfirma ist ein Zwangsvergleich auf der Basis von 20% zustandegekommen.

A. Schaafhausenscher Bankverein, Köln. Die Zweigniederlassung in Eschweiler ist aufgehoben.

Schlesische Getreide-Kreditbank, Breslau. Will bei der noch nicht bekanntgegebenen Umstellung auf Gm. das Kapital auf 1 Mill. Gm. erhöhen (jetzt 1780 Mill. Pm.).

Max Schloß u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Zeigt den Verlust von mehr als der Hälfte des Kap. (zuletzt 1,5 Md. Pm.) an. Die Gen.-Versig. beschließt die Liquidation.

Thüringische Staatsbank. Präsident Loeb wird aus politischen Gründen zum Rücktritt genötigt.

Tschechoslowakischer Bankverein, Berlin. Das Kapital soll auf 1 Mill. Gm. erhöht werden. Die Durchführung und Bereitstellung weiterer erheblicher Mittel seitens der dem Institut nahestehender Kreise (Dresdner Bank und Deutsche Orientbank sind im Aufsichtsrat vertreten) ist gesichert.

Vorschuß- u. Creditverein A. G. Gedern (Oberhessen). Das Kapital wird von 5,14 Mill. Pm. auf 10 000 Gm. herabgesetzt; die Firma soll geändert werden. Ein Kapital-Entwertungskonto von 4210 Gm. wird geschaffen.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Bankier Max Warburg tritt in den Aufsichtsrat der A. G. für Anilinfabrikation, Berlin, ein, die von der International Acceptance Bank einen größeren Kredit erhält. Siehe Bank für Industrieobligationen.

Zeitz-Zeuge A. G., Saarbrücken. Die 1923 gegründete Bankfirma, welche die Konkurseröffnung beantragt hatte, wird auf Antrag der Hauptgläubiger außergerichtlich liquidiert.

Zentralbank, Hamburg. Stellt die Zahlungen ein. Die Aktiven stellen sich auf ca. 20 000, die Passiven auf 57 000 Gm.

Zentralbank für Eisenbahnwerte, Berlin-Dahlem. Da der jetzige Inhaber der Aktien-Mehrheit (Bankier Aufhäuser-München) seine Aktien zur Gen.-Versammlung nicht angemeldet hatte, muß eine neue Gen.-Versammlung über die s. Zt. beantragte Liquidation beschließen. Das Institut ist ein Opfer des Liquidationsschäden-Gesetzes, da es für beschlagnahmte Wertpapiere nur eine minimale Entschädigung erhalten hat.

Zuckerkredit-Bank, Berlin. Das im August vor. Jahres von der Darmst. und Natbk. in dem Halle-Rositz-Konzern gegründete Institut erzielte in dem vom Oktober 1923 bis 31. Juli 1924 laufenden Geschäftsjahr einen Reingewinn von 291500 Gm. Die Dividende beträgt 10%.

Zahlungseinstellungen. Die Zentralbank in Hamburg stellt die Zahlungen ein. Unter Geschäftsaufsicht wird die Eisenacher Bank, Komm.-Ges. a. Akt., gestellt. Die Geschäftsaufsichten werden aufgehoben bei der Bankfirma Rateischak, Gauß u. Co., Berlin, Emil u. Hugo Levy, Hannover (Zwangsvergleich), Weitzer u. Co. Bankgeschäft, Chemnitz (volle Befriedigung der Gläubiger innerhalb der festgelegten Fristen und Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs). Gegen den Inhaber der Bankfirma Meyer u. Co., Düsseldorf, wird wegen Depotunterschlagungen ein Steckbrief erlassen. In Konkurs geraten die Kolberger Bank für Handel und Landwirtschaft und die Königsberger Bank für Handel und Landwirtschaft, die 1923 aus dem Mantel eines kleinen Vorschußvereins

Digitized by Google

mit 0,2 Mill. Pm. Kapital hervorging. Siehe auch Goldschmidt u. Co., Bonn, Mittelfränkische Bank, Nürnberg, Norddeutscher Bankverein, Berlin, Oberpfälzischer Bankverein, Weiden, Leipziger Gewerbebank, Sachs, Warschauer u. Co., A. G., Berlin, Max Schloß u. Co., Berlin, und Bank Zeitz-Zeuge A. G., Saarbrücken.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1924.

V. Italien.

Banca d'Italia. Der Diskontsatz bleibt unverändert 5½%. Die Dividende für 1923 beträgt 60 Lire wie im Vorjahre.

Währung. Die Lire notieren Ende Juni in London 100,06 gegen 100,12 Ende Juni (Parität 25,22). Die Regierung will den Lire auf Parität 100 Lire gleich 1 Pfund Sterling stabilisieren.

Bankwesen. Ende 1923 bestehen in Italien 356 Aktienbanken, 492 Genossenschaftsbanken und 266 Privatbanken. In 3416 Städten befinden sich 8059 Banken bezw. Filialen, im Auslande 118 Filialen.

Bankgründungen. Siehe Banca Nast-Kolb A. G.

Zahlungseinstellungen. Siehe Banca Italiana di Sconto und Banca Ital. de Credito Valori. — Im 1. Halbjahr 1924 sind in Italien 3767 Konkurse (i. V. 2558, erstes Halbjahr 1922: 1571) eröffnet worden.

Banco Ambrosiano, Mailand. Das mit 40 Mill. Lire Aktienkap. arbeitende Institut zahlt für 1923 wieder 9% Dividende.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Schüttet aus 64,92 (i. V. 50,30) Mill. Lire Reingewinn wieder 12% Dividende aus und erhöht das Kap. von 400 auf 600 Mill. Lire. Bezugsangebot 2:1 zu 150% gleich 750 Lire. Legt mit dem Credito Italiano die 7% Polnische Lire-Anleihe zu 89% auf und verkauft einen Posten Tabak aus Sofia nach Polen. Will die New Yorker Filiale in eine amerikanische Bank umwandeln und gründet Filialbanken in Jugoslawien und Aegypten. Gründet ferner die Gefia S. A. Italiana, Mailand, (1 Mill. Lire Kap.).

Banca Commerciale Triestina, Triest. Die Gen.-Versammlung verteilt aus 6,2 Mill Lire Reingewinn 8% Dividende. Das Kapital wird um 25 auf 75 und weiter auf 100 Mill. Lire erhöht. Bezugspreis (3:1) 550 Lire. Das Institut wird eine Niederlassung in Mailand errichten.

Banca d'Americana e d'Italia. Die Gen.-Versammlung setzt die Dividende für 1923 auf 6% fest, nachdem die Reserven von 3 auf 8 Mill. Lire erhöht worden sind.

Banca Italiana de Credito Valori, Rom. Stellt die Zahlungen ein. Das Kapital beträgt 25 Mill. Lire.

Banca Italiana di Sconto. Der Staatsgerichtshof hat eine binnen vier Wochen abzuschließende Prüfung der Geschäftsführung angeordnet; bis dahin wird der Prozeß gegen die Verwaltung vertagt.

Banca Nast-Kolb A. G., Rom. Ist mit 5 Mill. Lire Kap. gegründet worden. Die sämtlich auf Namen lautenden Aktien sind auf längere Zeit gesperrt.

Banca Nazionale di Credito, Rom. Der Reingewinn des 1. Geschäftsjahres von 13,04 Mill. Lire wird größtenteils für Reserven und mit restlichen 2,42 Mill. zum Vortrag verwendet. In Paris und Erythräa sind Filialen mit eigenem Kap. errichtet. Das Kapital ist von 250 auf 300 Mill. Lire erhöht worden. Der Sitz ist nach Mailand verlegt.

Banca Vonwiller, Mailand. Aus 1,8 (i. V. 1,6) Mill. Lire Reingewinn wird für 1923 eine Dividende von wieder 9% verteilt.

Banco di Roma. Der Reingewinn von 51,1 Mill. Lire für 1923 wird teils den Reserven zugeführt, teils vorgetragen. Eine Dividende wird sonach wieder nicht gezahlt.

Credito Italiano, Mailand. Schüttet für 1923 aus 38,9 (i. V. 38,8) Mill. Lire Reingewinn wieder 9% Dividende aus; 10 Mill. Lire werden den Reserven überwiesen und ca. 4 Mill. Lire vorgetragen. Das Kaptal wird von 300 auf

Digitized by Google

400 Mill. Lire erhöht. Die Regierung vereitelt den Versuch einer Turiner Kapitalistengruppe, die Aktien des Instituts aufzukaufen, der diese Anfang April von 880 auf ca. 1050 Lire hochgetrieben hat. Siehe Banca Commerciale Italiana.

VI. Schweiz.

Schweizerische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 4%. Die Höchstsumme der Kredite, die der Bund und die Bundesbahnen bei der Bank in Anspruch nehmen dürfen, wird auf 100 Millionen Frcs. festgesetzt. — Die Darlehnskasse der schweiz. Eidgenossenschaft ist aufgehoben worden; Ende Mai befinden sich noch ca. 0,6 Mill. Frcs. Darlehnskasssenscheine im Umlauf.

Währung. Ende Juni notierten in Zürich die Devisen London 24,36½ gegen 24,82 Ende Dezember, Paris 29,77½ gegen 29,30, Italien 24,30 gegen 24,86, Brüssel 26 gegen 25,90 und New York 5,63 gegen 5,72¾.

Bankstatisiik. Nach einer Zusammenstellung der Schweiz. Bankgesellschaft hat sich die Zahl der Geschäftsstellen der acht schweizerischen Großbanken von 63 im Jahre 1913 auf 126 Ende 1923 erhöht. (Kapital und Reserven (734 Mill. Francs) machen 24,4% der Verbindlichkeiten aus.

Bankenkartell. Im Nationalrat und den Kantonalräten wird das Bankenkartell (dem auch der Verband schweizerischer Kantonalbanken angeschlossen ist) heftig bekämpft, insbesondere deshalb, weil es den Uebergang vom 5% zum 5½% Anleihetypus fordert.

Zahlungseinstellungen usw. Siehe Banque d'Escompte et de Change und Disconto- und Lombardbank.

Allgemeine Aargauische Ersparniskasse. Die Dividende für 1923 beträgt wieder 6%.

Allgemeine Verkehrsbank, Zürich. Der Reingewinn beträgt 0,09 (i. V. 0,08) Mill. Frcs. Die Dividende wieder 7%. Dem von Wien abhängigen Institut wird die Konzession zum Gewerbe eines Börsenagenten entzogen.

Aargauische Hypothekenbank, Brugg. Die Dividende beträgt 7% wie im Vorj.

Banca della Svizzera Italiana, Lugano. Aus 0,75 (i. V. 0,66) Mill. Frcs. Reingewinn werden für 1923 8 (7) Prozent Dividende ausgekehrt.

Banca Populare di Lugano. Schüttet für 1923 eine Dividende von 8% aus.

Banca Unione di Credito, Lugano. Kehrt aus 0,2 Mill. Frcs. Reingewinn 6% Dividende aus.

Bank A. G. Guyerzeller, Zürich. Der Reingewinn für 1923 stellt sich auf 0,86 (i. V. 0,72) Mill. Frcs., die Dividende auf wieder 8%. Der Name wird in Bank Guyerzeller A. G. geändert. Dr. Ehrensperger und Gerhard Guyer treten in den Aufsichtsrat der Steinkohlenbergwerke Becker, Bochum, ein und versuchen, die Gesellschaft zu sanieren. Die Bank verkauft ihre Beteiligung an der Westbank, Frankfurt a. M.

Bank Guyerzeller A. G. Ist der geänderte Name der Bank A. G. Z.

Bank in Brig. Die Dividende für 1923 beträgt wieder 5%.

Bank in Wädenswil. Die Dividende beläuft sich wieder auf 6%.

Bank in Burgdorf. Die Dividende wird auf 7% wie i. V. bemessen.

Bank in Langnau. Aus 0,2 (i. V. 0,18) Mill. Frcs. Reingewinn wird eine Dividende von 7% wie i. V. ausgeschüttet.

Bank in Ragaz. Es werden wieder 5% Dividende verteilt.

Bank in Zofingen. Kehrt aus 0,50 (i. V. 0,57) Mill. Frcs. Reingewinn wieder 7% Dividende aus.

Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne. Die Dividende beträgt wieder 7%.

Banque de Dépots et de Crédit, Genf. Verteilt wieder 5% Dividende.

Banque de Genève. Schüttet aus 0,97 (i. V. 0,52) Mill. Frcs. Reingewinn 6½% (7%) Dividende aus.

Banque de Montreux. Verteilt wie in den Vorjahren 5% Dividende.

Banque d'Escompte et de Change, Lausanne. Gerät in

Digitized by Google

Konkurs. Der Verlust beziffert sich auf 0,93 Mill. Frcs. bei 2 Mill. Frcs. Aktienkap. I. V. wurde aus 0,12 Mill. Frcs. Ueberschuß eine Dividende von 6% gezahlt.

Banque Foncière du Jura, Basel. Die Jahresrechnung für 1923 schließt mit einem Passivsaldo von 1,0 Mill. Frcs.

Banque Française de Crédit, Genf. Aus 0,20 (i. V. 0,19) Mill. Frcs. Reingewinn werden 6% Dividende vorgeschlagen.

Banque Populaire Genevoise. Die Genossenschafter erhalten wie i. V. 6½%.

Basler Handelsbank. Der Reingewinn beträgt 3,69 (i. V. 3,67) Mill. Frcs., die Dividende wieder 6%.

Basler Kantonalbank. Der Reingewinn beläuft sich auf 3,0 (i. V. 3,1) Mill. Frcs.

Berner Handelsbank. Der Reingewinn beziffert sich auf 0,17 (i. V. 0,16) Mill. Frcs., die Dividende auf wieder 4%.

Comptoir d'Escompte de Genève. Aus 4,1 (i. V. 3,4) Mill. Frcs. Reingewinn wird eine Dividende von 6% (5%) verteilt.

Creditanstalt, Luzern. Die Dividende wird von 7 auf 5% herabgesetzt.

Crédit du Leman, Vevey. Es werden 7% Dividende wie i. V. gezahlt

Disconto- u. Lombardbank Bern. Das vor Jahresfrist sanierte Institut beschließt die Liquidation.

Eidgenössische Bank. Aus 4,55 (i. V. 4,52) Mill. Frcs. ergibt sich wieder eine Dividende von 8%.

Ersparnisanstalt Toggenburg. Die Dividende beträgt 6% wie i. V.

Ersparniskasse Laufenberg. Wie seit Jahren beläuft sich die Dividende auf 7%.

St. Gallische Creditanstalt. Die Dividende macht wieder 8% aus.

St. Gallische Hypothekarkässe. Es gelangen wieder 5½% Dividende zur Verteilung.

Gewerbebank Zürich. Kehrt wieder 5% Dividende aus.

Gewerbekasse in Bern. Zahlt 8% Dividende wie i. V.

Handwerkerbank in Basel. Der Reingewinn beziffert sich auf 0,8 (i. V. 0,7) Mill. Frcs, die Dividende auf die Vorzugsaktien auf 6% und diejenige auf die Stammaktien auf 5% p. r. t.

Hypothekar- und Sparkasse Aarau. Zahlt wieder 5% Div.

Hypothekenbank Basel. Die Kursgarantie der Deutschen Bank (siehe Aprilheft S. 242) wird mit 22 Mill. Frcs. abgelöst; bisher waren nur 16 Mill. geboten. Die Hyp. Bank soll nunmehr reorganisiert werden.

Hypothekenbank Winterthur. Die Dividende macht wieder 6½% aus.

A. G. Leu u. Co., Zürich. Aus 2,21 (i. V. 2,17) Mill. Frcs. Reingewinn werden wieder 6% Dividende auf den eingezahlten Betrag der Vorzugsaktien ausgeschüttet.

Lombard-Bank, Zürich. Verteilt 5% Dividende.

Schweizerische Bank für Kapitalanlagen, Zürich. Die Dividende beläuft sich auf 32,50 (i. V. 30) Frcs. für die B- und auf 20 (17,50) Francs für die A-Aktien.

Schweizerische Bankgesellschaft, Basel. Führt die Aktien der Oesterreich. Bodencreditanstalt an den Schweizer Börsen ein. Siehe Bankstatistik.

Schweizerische Bodenkredit-Anstalt, Zürich. Schließt mit einem Aktivsaldo von 45 264 Frcs. ab (i. V. 1,89) Mill. Frcs. Passivsaldo).

Schweizerische Eisenbahnbank, Basel. Der Passivsaldo beträgt Ende 1923 1,1 Mill. Frcs.; dazu treten 6,8 Mill. Frcs. noch zu amortisierende Währungsverluste. Das 10 Mill. Frcs. betragende Aktienkapital wird auf 2 Millionen Frcs. herabgesetzt. Die Obligationen werden mit einem Teil ihres Betrages in Prioritätsaktien umgewandelt.

Schweizerische Genossenschaftsbank, St. Gallen. Aus einem Reingewinn von 0.39 (i. V. 0,37) Mill. Frcs. werden wieder 5½% Dividende ausgekehrt.

Digitized by Google

Schweizerische Kreditanstalt, Zürich. Verteilt aus 9,8 (i. V. 9,6) Mill. Frcs. Reingewinn 8% Dividende wie i. V. Tritt den Vorwürfen entgegen, die im Nationalrat usw. gegen das Bankenkartell erhoben werden.

Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich. Die Dividende beträgt 7%.

Schweizerische Treuhand-Gesellschaft, Zürich. Verteilt wieder 9% Dividende.

Schweizerische Volksbank, Bern. Aus 5,4 (i. V. 5,8) Mill. Frcs. Reingewinn werden wieder 5% Dividende verteilt. Die Bank vermittelt den Uebergang des Grand Hotel Victoria in Wengen an eine neue, ihr nahestehende Aktiengesellschaft.

Schweizerischer Bankverein. Der Reingewinn beläuft sich auf 10,7 (i. V. 10,5) Mill. Frcs., die Dividende auf wieder 8%.

Société Financière pour l'Industrie au Mexique, Genf. Aus 1,46 (i. V. 1,48) Mill. Frcs. Reingewinn werden wieder 15% Dividende verteilt.

Solothurner Handelsbank. Aus 0,28 (i. V. 0,50) Mill. Frcs. Reindewinn werden 4 (0) % Dividende verteilt.

Spar- und Leihkasse, Bern. Zahlt wieder 7% Dividende.

Union Financière de Genève. Aus 0,62 (i. V. 0,63) Mill. Frcs. Reingewinn kommt eine Dividende von 5 (4) % zur Verteilung.

Volksbank in Interlaken. Schüttet auch für 1923 keine Dividende aus.

Volksbank in Luzern. Die Dividende beziffert sich auf 5% wie i. V.

Johann Wehrli u. Co. A.-G., Zürich. Freiherr M. von Bethmann und Carl Spaeth (i. Fa. Bankhaus Gebr. Bethmann, Frankfurt a. M.) sind aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

Züricher Kantonalbank. Der Reingewinn beträgt 4,43 (i. V. 4,39) Mill. Frcs.

VII. Russland.

Russische Staatsbank. Am 1. Juli sind 38,70 Mill. Tscherwontzen (à 10 Rbl.) im Umlauf, denen 20,12 Mill. Tscherw. Gold- und Devisendeckung gegenüberstehen. Mehrfach auftauchende Gerüchte von einem Rücktritt des Direktors Scheinmann wegen zunehmender Unzufriedenheit der höchsten Regierungskrise mit seiner Kreditpolitik bewahrheiten sich nicht.

Währung. Die Rubel Emission 1923 werden aus dem Verkehr gezogen, indem je 50 000 Rbl. (= 50 Millionen alte Rubel) in 1 Rbl.-Staatskassenschein eingetauscht werden. Zu diesem Zwecke werden 15 Millionen, zur DefizitDeckung etc. weitere 35 Millionen Staatskassenscheine ausgegeben. Ferner sollen 20 Mill. Rbl. Silbermünzen und 10 Mill. Rbl. Kupfermünzen ausgeprägt werden, die ersteren bei der Britischen Münze. Der offizielle Kurs des Tscherwonetz ist stabil geblieben (Ende Juni 837 Tscherwontzen = 1000 Pfund Sterling). Um die Anwendung der Notenpresse und der Ausprägung minderwertiger Scheidemünzen zu beschränken, sind zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt zwei Zwangsanleihen von zusammen 150 Millionen Rbl. ausgegeben worden.

Sparkassen. Ende April bestehen in Rußland 3374 Sparkassen, darunter 1721 Postsparkassen. Die Einlagen machen rund 10 Millionen Rbl. aus.

Bankwesen. Die Tätigkeit der Moskauer Banken ist im Steigen begriffen. Siehe Allrussische Genossenschaftsbank, Industrie- und Handelsbank und Russische Handelsbank.

Allrussische Genossenschaftsbank (Wsekobank). Die Bilanz schließt am 1. Jan. auf beiden Seiten mit 3 246 000 Tscherw. ab gegenüber 2 635 000 am 1. 12. 1923. Die erteilten Kredite bezifferten sich im Dezember auf 394 000 Tscherw. gegenüber 213 000 im November. Der Vizedirektor der Bank, Gawrilo, geht als Direktor zur Moskauer Volksbank in London, die aus den Händen der Antibolschewisten in die der Sowjets übergegangen ist.

Banque Internationale de Commerce de Petrograd. Siehe Petersburger Internationale Handelsbank.

Digitized by Google

Petersburger Internationale Handelsbank. Der Aufsichtsratsvorsitzende der aus der Pariser Filiale des Instituts hervorgegangenen Banque Internationale de Commerce de Petrograd weist darauf hin, daß das französische Institut eine neu gegründete französische Société Anonyme sei, in die die ehemalige Pariser Filiale aufgegangen ist. In dem französ. Inst. sind die russischen Interessen mit 40%, die franz. mit 60% vertreten. Die Kurssteigerung der Aktien der P. J. H. soll mit der Entwicklung des franz. Unternehmens nicht in Zusammenhang zu bringen sein.

Prombank. Siehe Russ. Handels- und Industriebank.

Russische Commerzbank, Moskau. Der Reingewinn für das am 1. Oktober 1923 beendete Betriebsjahr beträgt 139,6 Tausend Tscherw., woraus 8 Tscherw. Dividende verteilt werden. Von den Krediten, die das Institut gewährt hat, entfielen am 1. Juni 70,8 Prozent auf den Staat und seine Organe.

Russische Handels- und Industriebank, (Prombank) Moskau. Die fremden Gelder betragen am 1. Juni 78,3 Mill Rubel, die gewährten Diskontkredite 72,7, die Vorschüsse 49,2 Mill. Rubel. Das Kapital ist von 15 auf 25 Mill. Rubel erhöht worden. Der Direktor Krassnotschekow ist zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Wsekobank. Siehe Allrussiche Genossenschaftsbank.

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Belgische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 5½%. Die Nettodividende für das 2. Halbjahr 1923 beträgt 110 Frcs. gegen 105 Frcs. im 1. Semester.

Währung. Der belgische Franc notiert Ende Juni in London 94 gegen 96,30 Ende Dezember (Parität 25,22). Die Bemühungen, mit Hilfe einer Valuta-Anleihe den Franc zu stabilisieren, sind zunächst resultatlos und werden offiziell dementiert.

Antwerpener Zentralbank (Banque Centrale Anversoise). Erhöht das Aktkap. um 20 auf 50 Mill. Frcs. Der Bezug der jungen Aktien wird im Verhältnis 3 : 1 zu 795 angeboten. Der Reingewinn für 1923 beträgt 3,96 Mill. Frcs., die Dividende 7%.

Banque Centrale Anversoise. Siehe Antwerpener Zentralbank.

Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel. Errichtet eine Niederlassung in Konstantinopel.

Banque d'Anvers. Uebernimmt den Crédit Mobilier de Belgique unter Erhöhung des Kap. von 35 auf 80 Mill. Frcs. aus 8,64 (i. V. 7,08) Mill. Frcs. Reingewinn werden 72,25 (72) Frcs. Dividende verteilt.

Banque de Bruxelles. Verteilt aus 16,66 (i. V. (12,01) Mill. Frcs. Reingewinn 10(9)% Dividende und beschließt eine Kap.-Erhöhung von 150 auf 200 Mill. Frcs. Hat in Köln eine Zweigniederlassung errichtet.

Banque d'Outremer, Brüssel. Schüttet 55 (i. V. 47,50) Frcs., Brutto-Dividende aus 18,7 (14,1) Mill. Frcs. Reingewinn aus. Uebernimmt die Aktienmehrheit der Wiener Lombard- und Eskomptebank, der sie namhafte Kredite zur Verfügung stellt, lehnt jedoch später eine Stützung des in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Instituts ab. Erwirbt einen größeren Posten Aktien der Ungarischen Allgemeinen Sparkasse A.-G. und entsendet ihren Gen.-Dir Cattier und den Verwaltungsrats-Delegierten Charles Fabrie in den Aufsichtsrat des ungar. Instituts, mit dem es Gesellschaften zwecks Vertriebs ungarischer Agrarprodukte in den Weststaaten gründen will.

Banque Générale Belge Brüssel. Der Reingewinn beziffert sich auf 12,2 Mill. Frcs., die Divdiende auf 51 Frcs. netto je Aktie.

Banque Privée Franco-Belge, Brüssel. Der Reingewinn beträgt 1,36 (i. V. 0,47) Mill. Frcs., die Dividende 75 (60) Frcs. auf die Aktien und 75 (43) Frcs. auf die Gründeranteile.

Caisse Générale de Reports et de Dépots. Aus 6,4 Mill. Frcs. Reingewinn wird eine Dividende von 53,50 Frcs. ausgekehrt.

Digitized by Google

Comptoir National d'Escompte, Brüssel. Aus 31,3 (i. V. 31,6 Mill. Frcs. werden 55 (50) Frcs. Dividende ausgeschüttet und 13,3 Mill. Frcs. vorgetragen.

Crédit Anversois, Antwerpen. Verteilt 8½ (i. V. 8) % Dividende.

Crédit Générale de Belgique, Brüssel. Kehrt aus 3,65 (i. V. 2,91) Mill. Frcs. Reingewinn 7½ (7) % Dividende aus.

Crédit Mobilier de Belgique. Wird mit der Banque d'Anvers verschmolzen; auf je 3 Crédit-Aktien entfallen 2 Aktien der Banque d'Anvers.

Société Générale de Belgique, Brüssel. Aus einem Reingewinn von 35,22 (i. V. 21,09) Mill. Frcs. werden 250 (240) Frcs. Dividende je Anteil und wieder 5% Zinsen auf die Kap.-Aktien ausgeschüttet. Die französische Filiale des Instituts, die Banque Centrale de la Sambre, zahlt aus 2,82 (2,80) Mill. Frcs. Reingewinn 85 (90) Frcs. Dividende.

Luxemburg. Banque Internationale, Luxemburg. Der Reingewinn beträgt 1,6 (i. V. (1,4) Mill. Frcs., die Dividende wieder 5% auf die Vorzugsaktien. Die Stammaktien bleiben dividendenlos. Die Entwertung der Mark-Aktiva ist durch die Wertverbesserung anderer Aktiva ausgeglichen worden. Die früheren, auf Mark lautenden Banknoten sind durch Francs-Noten (z. Z. ca. 6¼ Mill. Frcs.) ersetzt worden.

Caisse d'Epargne et du Crédit Foncier, Luxemburg. Die Anstalt hat während der Franc-Krisis (Januar bis März) starke Rückzahlungen leisten müssen.

Société Luxembourgeoise de Crédit et de Dépots (vorm. Werling, Lambert u. Co.), Luxemburg. Verteilt 6% Dividende.

IX. Holland.

Niederländische Bank. Der Diskontsatz wird am 24. Januar von 4½ auf 5% heraufgesetzt. Die Bank gibt — entgegen ihrer Politik in früheren Jahren — größere Geldmengen zwecks Stabilisierung des Wechselkurses Amsterdam-Newyork ab. Der Rohgewinn für 1923 beträgt 20,62 (i. V. (18,24) Mill. hfl. Die Dividende 8,6 (7,2) %; der Staat erhält 5,48 (2,61 Mill. fl. Siehe Rotterdamsche Bankvereeniging.

Währung. Der holländische Gulden notiert Ende Juni in London 11,50½ gegen 11,39¾ Ende Dezember (Parität 12,10 fl.) und in New York 37,57 gegen 37,89 (Parität ca. 40,19)

Der Postscheckverkehr bleibt während des 1. Halbjahres 1924 suspendiert (siehe Maiheft S. 291), da die Teilnehmer, obwohl voll befriedigt, mißtrauisch geworden sind, anscheinend auch kein Bedürfnis besteht.

Bankgründungen. Siehe Allgemeene Handelsbank und Internationale Bank, N. V. Bank von L. Behrens u. Löhne, Internationale Crediet-Compagnie.

Deutsches Kapital in Holland. Auf die Anfrage eines kommunistischen Kammermitgliedes erwidert der Finanzminister, daß er keinen Anlaß sehe, ein Gesetz zu fordern, das die Ermittlung der in Holland untergebrachten deutschen Kapitalien ermögliche.

Zahlungseinstellungen. Siehe Allgemeine Groninger Schiffshyypothekenbank, Hanzebank in Utrecht, Maes en Waalsche Bank, Mittelstands Creditbank, Mittelstands Sparbank u. Slavenburg u. Co.'s Bank.

Allgemeene Handelsbank, Amsterdam. Wird von der Barmatgruppe und der Allgemeinen Handelsbank, Altenburg, gegründet. Direktor Henri Barmat tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Mercurbank, Berlin, ein.

Allgemeine Groninger Schiffshypothekenbank, Groningen. Stellt ihre Zahlungen ein und wird fallit erklärt.

Amstelbank, Amsterdam. Der Reingewinn für 1923 beläuft sich auf 1,0 (i. V. (,49) Mill. fl., woraus 10 (7) % Dividende auf die Aktien und 1492,73 (279,94) fl. auf die Gründerscheine gezahlt werden.

Amsterdamsche Bank. Verteilt aus 5,79 (i. V. 5,02 Mill. fl. für 1923 eine Dividende von 7 (6) %. Ist Mitgründerin der Internationalen Bank in Amsterdam (s. d).

Digitized by Google

Amsterdamsche Crediet Maatschappij. Ist die neue Firma der von der Heydt-Kerstensbank. Die Namensänderung tritt ein infolge des Ausscheidens des Barmer Bankvereins sowie mit Rücksicht auf den Eintritt anderer, auch ausländischer Bankinteressen. Dem neuen Aufsichtsrat gehören u. a. an: A. Campbell (Lnodon), Geh. Kommerzienrat Hagen (A. Levy-Köln), Jacques Keller (Direktion des Comptoir d'Escompte de Genève), Staatsminister a. D. v. Kühlmann-Berlin, Baron v. Oppenheim (Sal. Oppenheim junior u. Co.-Köln), Ministerialdirektor Dr. Karl v. Schubert (Berlin), Generalkonsul Dr. Schoen (Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt-Leipzig) und Konsul Weißel (Allg. Deutsche Credit-Anstalt-Leipzig). Der letztere ist Vorsitzender.

Handels-Mij H. Albert de Bary u. Co., Amsterdam. Das die holländische Interessen der Disconto-Gesellschaft vertretende Institut schüttet für 1922/23 aus 1,01 (i. V. 0,75) Mill. Reingewinn wieder 7% Dividende aus.

N. V. Bankierskantoor E. v. d. Heydt u. Co. Aendert seine Firma in von der Heydt-Bank.

N. V. Bank van L. Behrens u. Söhne, Amsterdam. Wird von dem Bankhaus von Behrens Söhne, Hamburg, und der Reichskredit-A.-G., Berlin, gegründet.

Buitenlandsche Handelsbank. Das Institut, das 8% Dividende verteilt, löst seine Niederlassungen in Deutschland auf.

Continentale Handelsbank, Amsterdam. Kehrt aus 0,66 (i. V. 0,42) Mill. fl. Reingewinn 6 (0) % Dividende aus.

Disconto en Effektenbank, Amsterdam. Das Institut, an dem der Barmer Bankverein beteiligt ist, schüttet aus 0,069 (i. V. 0,14) Mill. fl. Nettogewinn keine Dividende aus. Baron E. von der Heydt wird in den Aufsichtsrat berufen.

Disconto Maatschappy, Rotterdam. Aus 0,27 Mill. fl. Reingewinn wird eine Dividende von 5% gezahlt.

Hanzebank, Utrecht i. Konk. Weist 2,15 Mill. Aktiven und 4,69 Mill. Passiven aus, wozu noch bedingungsweise zugestandene Forderungen von 0,22 Mill. fl. treten. An die Gläubiger dürften 44% bezahlt werden, und zwar 35% wahrscheinlich im Oktober cr.

Von der Heydts Bank, Zandevoort-Amsterdam. So firmiert jetzt das N. V. Bankiescantoor E. von der Heydt.

Von der Heydt-Kersten-Bank, Amsterdam. Firmiert jetzt die Amsterdamsche Crediet Mij. (s.).).

Hollandsche Bank voor de Middellandsche Zee, Amsterdam. Verteilt aus 1,55 (i. V. 1,18) Mill. fl. Roh- und 0,95 (0,75) Mill. Reingewinn eine unveränderte Dividende von 5%. Siehe Rotterdamsche Bankvereeniging.

Hollandsche Bank voor Zuid-Amerika. Schließt ihre Hamburger Filiale. Siehe Rotterdamsche Bankvereeniging.

Javasche Bank. Dieses Noteninstitut für den ostindischen Teil des Reiches schüttet 20,8 (i. V. (19) % Dividende aus.

Incasso-Bank, Amsterdam. Der Bruttogewinn beträgt 6,4 (i. V. 6,8 Mill. fl., der Reingewinn 3,2 (3,1) Mill. fl., die Dividende 6½ (6) %.

Internationale Bank in Amsterdam. Ist zwecks Durchführung internationaler, speziell deutscher Geschäfte von der Amsterdamsche Bank und der Twentschen Bank mit 10 Mill. fl. Kap. gegründet worden. Die Darmstädter- und Nationalbank und die Stockholms Enskilda Bank haben bei der Gründung mitgewirkt; die Londoner Vertreter sind die Herren Lazard Brothers u. Co. Ltd. u. die Lloydbank Ltd., die sich zusammen mit der Whitehall Trust Ltd. ebenfalls an der neuen Bank beteiligt haben.

Internationale Crediet-Compagnie, Amsterdam. Ist mit 20 Mill. fl. vorgesehenen bzw. 11 Mill. fl. eingezahlten Kap. gegründet worden. Beteiligt haben sich außer der Nederlandschen Handels-Mij.: Mendelssohn u. Co., Kleinwort Sons u. Co., Westminster Bank, Rotterdamsche Bankvereeniging, Deutsche Bank, Disconto-Ges., Dresdner Bank, Schweizerischer Bankverein u. Skandinaviska Kredit-A.-B. Die Bank schließt ein Abkommen mit dem Bankhaus A. Levy, Köln, nur vorzugsweise durch dessen Vermittlung die Industrie in Rheinland und Westfalen zu finanzieren.

Digitized by Google

Bank Hugo Kaufmann u. Co., Amsterdam. Diese holländische Vertretung der Commerz- und Privatbank, die i. V. in eine Akt.-Ges. umgewandelt ist, schüttet aus 0,16 Mill. fl. Reingewinn wieder 7% Dividende aus.

Koloniale Bank, Amsterdam. Die Dividende steigt von 11 auf 20%. Das Kap. soll um 2,75 Mill. fl. erhöht werden; der Bezugspreis (5 : 1) stellt sich auf 100%.

Maes en Waalsche Bank Kneppers u. Co. Diese kleine Lokalbank stellt die Zahlungen ein; glaubt aber bei vorsichtiger Liquidation ihre Gläubiger voll befriedigen zu können.

Mittenstands Creditbank. Stellt die Zahlungen ein.

Mittenstands Sparbank. Stellt die Zahlungen ein.

Nationale Bankvereeniging, Utrecht. Diese Provinzialorganisation der Rotterdamschen Bankvereeniging zahlt aus 1,48 (i. V. 1,45) Mill. fl. Reingewinn wieder 4% Dividende.

Nederlandsche Accept-Mij, Amsterdam. Wird von Mendelssohn u. Co., Berlin, und einer Reihe holländischer Banken mit 5 Mill. fl. Kapital gegründet.

Nederlandsche Handels Maatschappij, Amsterdam. Ist Mitgründerin der Internationalen Crediet Cie. (s. d.). Die Gesellschaft begeht ihr hundertjähriges Bestehen.

Nederlandsch-Indische Escompto Maatschappij. Verteilt wieder 5% Dividende.

Rotterdamsche Bankvereeniging. Gründet mit der Nederlandschen Handels Mij. u. anderen die Internationale Crediet Cie (s. d.) sowie die Nederlandsche Accept Mij. und die Woll-Financierung Mij. Uebernimmt einen großen Posten Aktiva der Laurahütte aus dem Besitz von Bosel, Wien. (Siehe Maiheft S. 292.) Der Reingewinn beträgt 10,71 (i. V. 10,47) Mill. fl., die Dividende 6% wie i. V., der Vortrag 0,41 (0,63) Mill. Erklärt gegenüber den am Halbjahrs-Ende auftauchenden Gerüchten, daß ihre Lage vollkommen gesund und der Geschäftsgang gut sei. Die Niederländische Bank sagt zur Aufrechterhaltung der Liquidität, falls nötig, vollste Unterstützung zu. Direktor Dr. J. P. van Tienhoven tritt aus der Direktion in den Aufsichtsrat über, um sich intensiver der Leitung der Hollandischen Bank voor de Middellandsche Zee u. der Hollandschen Bank voor Zuid-Amerika widmen zu können. Siehe Nationale Bankvereenigung.

Slavenburg u. Co.'s Bank, Schiedam. Eine Revisionskommission soll die Geschäftsvorgänge nachprüfen, nachdem das Institut infolge von Frankenspekulationen, welche die Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf, durch seine Vermittlung vorgenommen hat, liquidieren muß.

Transvaalsche Handelsbank, Amsterdam. Das Institut, das im Hamburg eine Filiale unterhält, schüttet aus 0,21 (i. V. 0,17) Mill. fl. Reingewinn 32,50 (30) fl. je Aktie = 6½% Dividende aus.

Twentsche Bank, Amsterdam. Gründet mit der Amsterdamschen Bank die Internationale Bank in Amsterdam (s. d.). Aus 2,92 (i. V. 3,52) Mill. fl. Reingewinn werden wieder 6% Dividende verteilt und. 0,18 Mill. fl vorgetragen.

Woll-Financierung Mij, Amsterdam. Wird mit 12 Mill. fl. Kapital (davon 4 Mill. fl. eingezahlt) zur Unterstützung des deutschen Wollhandels gegründet. Hauptbeteiligte sind die Rotterdamsche Bankvereeniging und J. Henry Schroeder u. Co., London.

Umschau

DIE ANLEIHE UND DIE REICHSBANKPOLITIK.

Durch die mit starkem äußeren Erfolg im Auslande begebene deutsche Reparations-Anleihe ist die Reichsbank in die Lage gekommen, rund 800 Millionen bares Gold in ihre Kassen leiten zu können. Der Anleihe-Erlös hat die Form von Auslandsguthaben angenommen; die Auslandsguthaben lassen sich, soweit sie nicht ohnehin auf Dollar lauten, mit Hilfe der Devisenarbitrage in Dollarforderungen umwandeln; diese können in effektiven Dollarnoten abgehoben werden, gegen die dann die amerikanischen Bundes-Reserve-Banken auf Verlangen Gold hergeben

Digitized by Google

müssen. Das Bundes-Reserve-Amt hat im übrigen schon vor längerer Zeit erklärt, daß es durchaus bereit sei, Mitteleuropa das nach Amerika geflossene und hier als tote Reserve aufgespeicherte Gold zurückzuerstatten, sobald man es dort zum Zweck der Wiederherstellung der Währungen brauchen werde. Ist dieser Fall, soweit Deutschland in Frage kommt, jetzt eingetreten? Braucht die Deutsche Reichsbank das Gold, und muß man ihr daher empfehlen, ihren Rechtsanspruch auf dasselbe geltend zu machen? Professor Anton van Gyn, der neue „Berater" der Oesterreichischen Nationalbank, von dem man sagen kann, daß hier wirklich einmal der richtige Mann an der richtigen Stelle steht, hat sich vor einigen Wochen in der Neuen Freien Presse mit der Frage beschäftigt, welche Bedeutung der Barschatz einer Notenbank für die Währung hat, und ob ein hoher Barschatz ein wesentliches Erfordernis für die Wertbeständigkeit des Landesgeldes ist. Er verneint diese Frage. Er weist die Auffassung zurück, daß der Goldbestand die Aufgabe habe, eine passive Zahlungsbilanz zu korrigieren und dadurch die Valutaparität zu sichern, daß er also hinreichend groß sein müsse, um sich bei solcher Korrektur nicht zu erschöpfen. Vielmehr sieht er im Barschatz der Notenbank nur eine „erste Verteidigungslinie", hinter der dann die eigentliche Hauptverteidigung der Währung in Gestalt der Regulierung der inneren Kaufkraft durch die Notenpolitik kommt. Der Barschatz ist zwar dem ersten Angriff ausgesetzt, hat aber nicht die Bestimmung und auch nicht die Fähigkeit, den Angriff aus eigener Kraft abzuschlagen. Beginnt er sich zu verringern, so ist das für die Notenbank das charakteristische Zeichen, daß die Hauptverteidigung organisiert werden muß, d. h. daß Kreditgewährung und Notenumlauf einzuschränken sind. Um diesen seinen Zweck als Warnungssignal zu erfüllen, braucht der Barschatz durchaus nicht *groß* zu sein, obwohl es natürlich erfreulich ist, wenn schon die erste Verteidigungslinie eine gewisse Stärke hat. Diese Auffassung ist für alle Länder zutreffend, die nicht im Besitz einer sich automatisch schützenden Vollgoldwährung sind, also auch für Deutschland, das leider erst im Verlauf einer Reihe von Jahren die nötige Reife für die Vollgoldwährung zurückgewinnen wird. Mithin ist der Bezug der 800 Millionen baren Goldes, auf die Deutschland einen Anspruch aus der Anleihe hat, überflüssig. Denn die Reichsbank verfügt heute bereits über einen Barschatz von 1 bis 1¼ Milliarden, der sich nach dem Ausweis vom 15. Oktober zusammensetzt aus 614 Millionen Gold, 204 Millionen deckungsfähigen, d. h. binnen 14 Tagen fälligen Golddevisen, sowie einem nicht bezifferten, lebhaft schwankenden und im Durchschnitt auf 300 Millionen zu veranschlagenden Devisenbestand, der zunächst nicht deckungsfähig ist, aber im Bedarfsfalle jederzeit (durch Rediskontierung oder Verkauf) in eine Effektivdeckung verwandelt werden kann. Das ist ein erheblich größerer Barschatz, als ihn die Funktion der „ersten Verteidigung" nötig macht. Nun fordert allerdings das neue Bankgesetz, daß der Notenumlauf der Reichsbank in der Regel zu 40% durch Gold und Golddevisen gedeckt sei, zu einem geringeren Prozentsatz nur ausnahmsweise und unter Bedingungen, die der Bewegungsfreiheit der Bank nicht unwesentlich Abbruch tun. Das Gesetz schreibt also einen höheren Barschatz vor, als die neue deutsche Währung, die zunächst nur eine goldgeränderte Papierwährung mit Goldäquivalenz ist, ihn zu ihrer Aufrechterhaltung braucht, weil es in diesem Punkte nicht auf der Theorie der ersten Verteidigung, sondern auf der alten Prozentualdeckungs-Theorie aufgebaut ist. (Was zwar währungswissenschaftlich ein Schönheitsfehler, im praktischen Effekt jedoch ein Vorzug ist, weil suggestive, das öffentliche Vertrauen stärkende Zugeständnisse an die Tradition immerhin nützlich sind, so lange keine Vollgoldwährung da ist, die sich auf die eigene Kraft und nicht auf das Vertrauen verläßt.) Aber auch den gesetzlichen Anforderungen genügt der heutige Barbestand durchaus, da ja nur die Reichsbanknoten deckungspflichtig sind, der Umlauf an Rentenbankscheinen und Scheidemünzen dagegen einer Deckung nicht bedarf. Und sobald der Vorrat an langen Devisen in Gold oder kurze Deckungs-Devisen umgewandelt worden sein wird, was jeden Tag geschehen kann, wird der Barvorrat sogar zur Deckung eines größeren Umlaufs von Reichsbanknoten genügen, als mit Rücksicht auf die Kaufkraft-Konstanz der Mark in absehbarer Zeit zulässig ist. Jetzt tritt aber ein Moment hinzu, das die Sachlage kompliziert. Nach dem Dawes-Plan soll der Golderlös der 800 Millionen-Anleihe nicht nur den Barschatz der Reichsbank aufbessern, sondern gleichzeitig auch die Mittel zur Bezahlung eines entsprechenden Teiles der im

Digitized by Google

ersten Jahre zu leistenden Reparationen bereitstellen. Diese Bestimmung würde, wenn genau befolgt, bedeuten, daß die Reichsbank 800 Millionen Mark neue Noten für Reparationszwecke auszugeben hätte. Das würde zwar an und für sich noch nicht besagen, daß nun auch die Notendeckung verstärkt und zu diesem Zweck der Erlös der Anleihe in barem Golde nach Deutschland überführt werden müßte. Denn der alte Barbestand der Reichsbank genügt vollständig, um auch weitere 800 Millionen Mark Banknoten vorschriftsmäßig zu decken. Aber es ist mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Ausgabe der neuen Banknoten die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft übersteigt und die eben befestigte Währung wieder in Gefahr bringt. Um dieser Gefahr und einer neuen Erschütterung der Wechselkurse zu begegnen, hat die Reichsbank die Wahl zwischen den beiden Mitteln der Devisenpolitik und der Notenpolitik. Arbeitet sie mit der Devisenpolitik, gibt sie also fortgesetzt so viel Devisen ab, wie erforderlich sind, um die Wechselkurse auf der Parität zu erhalten, so droht ihre Notendeckung unter die vom Bankgesetz vorgeschriebenen Sätze zu sinken; die Bank ist dann gezwungen, einen Teil des Anleihe-Erlöses in Gold an sich zu ziehen, nicht, um ihren Barschatz zu erhöhen, sondern nur um seine Abnahme zu hindern. Sie nimmt dann das Gold mit der rechten Hand, um es mit der linken wieder fortzugeben, was keine sonderlich imponierende Bankpolitik sein würde. Entscheidet sich die Reichsbank aber dafür, das Abwehrmittel der Notenpolitik anzuwenden, d. h. so lange Noten aus dem Umlauf zu ziehen, bis jede Gefahr für die Konstanz der inneren Kaufkraft beseitigt ist, so läuft auch dieses Verfahren auf einen bankpolitischen Widerspruch hinaus: Sie nimmt dann dieselben Noten zurück die sie eben erst zu Reparationszwecken ausgegeben hat. Es scheint, daß die Reichsbank sich dieses Dilemmas bereits bewußt zu werden beginnt und bestrebt ist, ihm aus dem Wege zu gehen. Der Reichsbank-Präsident hat einem Schriftleiter des „Berl. Tageblatt" erklärt, daß es nicht unbedingt nötig sei, zur Bezahlung der 800 Millionen Reparations-Sachleistungen ebensoviel neue Noten auszugeben. Ein Teil des Erfordernisses könne vielmehr in der Weise aufgebracht werden, daß die mit Sachlieferungen beauftragten Industriellen ihren Zahlungsanspruch mit Krediten kompensierten, die sie bis dahin bei der Reichsbank in Anspruch genommen hätten. Die Reichsbank bereitet also die Oeffentlichkeit heute schon darauf vor, daß die Mittel für die Reparationszahlungen nicht, wie es der Dawes-Plan will, aus einer entsprechenden Erweiterung des Notenumlaufs, sondern mindestens teilweise aus Kredit-Restriktionen beschafft werden sollen. Das ist nun *grundsätzlich* zu billigen, insoweit es zeigt, daß die Reichsbank sich immer mehr auf ihre Hauptaufgabe des Währungsschutzes besinnt und ihre Tätigkeit als Kreditinstitut diesem Schutze unterordnet. Bedenklich könnte aber der *Zeitpunkt* erscheinen, in dem sie ihren Aufgabenkreis wechselt. Bereits einmal hat sie eine Kreditkrisis ausgelöst, indem sie im ungeeignetsten Moment zu Krediteinschränkungen schritt, nachdem sie noch kurz zuvor die Wirtschaft mit Krediten überfüttert hatte. Sie muß sich vor einer Wiederholung hüten, solange die Banken und der Geldmarkt noch nicht hinreichend aktionsfähig geworden sind, um den fehlenden Reichsbank-Kredit durch entsprechende Privatkredite zu ersetzen. Nun hat aber zum Glück die Reichsbank die Möglichkeit, die Banken an dem Tage, an dem währungspolitische Gründe sie selbst etwa zu einer neuen Kreditrestriktion zwingen, derartig zu stärken, daß sie in der Lage sind, die Wirtschaft mit den erforderlichen Ersatzkrediten zu versorgen. Und zwar ist es die 800 Millionen-Anleihe, die ihr diese Möglichkeit verschafft. Wir haben gesehen, daß die Reichsbank den Erlös der Anleihe nicht an sich zu ziehen braucht, weil ihr gegenwärtiger Goldbestand zuzüglich des — zum Teil in Gold umzuwandelnden — Devisenbestandes völlig ausreichend ist, so lange sie keine inflatorische Politik treibt; und eine solche Politik zu treiben, ist nicht ihre Absicht. Sie kann also den ganzen Anleihe-Erlös bei ausländischen Banken stehen lassen. Darin liegt für das Ausland ein doppelter Vorteil. Die Störungen, die mit einem plötzlichen Inkasso von 800 Millionen (in Gold!) immerhin verbunden sind, bleiben der Volkswirtschaft erspart. Und den Auslandsbanken erwächst daneben noch der privatwirtschaftliche Nutzen, für einen geringen Zins in den Besitz von Geldern zu kommen, die das Deutsche Reich seinerseits mit rund 8 Prozent verzinsen muß. Das sind Vorteile, für die Deutschland ein Aequivalent fordern darf und sogar

Digitized by Google

fordern muß, wenn die Anleihe nicht jeden Sinn verlieren soll. Es ist zwar zu hoffen, daß die Belassung deutscher Gelder im Ausland gewisse politische Früchte tragen wird. Aber das ist nur eine Hoffnung. Darüber hinaus muß Deutschland fordern, daß das Ausland ihm bei der Bewältigung derjenigen Schwierigkeiten hilft, die sich etwa daraus ergeben, daß das Deutsche Reich die ihm im Dawes-Plan — zu seinem Heil — aufgezwungene Währungsreform nicht gefährden will; was ja die Voraussetzung für den zeitweiligen Verzicht auf die Anleihe-Valuta bildet. Die Reichsbank hätte also die Banken, bei denen der Erlös der Anleihe deponiert ist, zu verpflichten, in dem Moment mit Hilfskrediten einzuspringen, wo die Reichsbank selbst aus Gründen des Währungsschutzes zur Einschränkung ihrer Kredite schreiten muß. Die Auslandsbanken würden eine solche Verpflichtung um so lieber eingehen, als die Reichsbank ja die Möglichkeit hat, die deutschen Guthaben jederzeit zurückzuziehen, auf die Banken also einen Zwang auszuüben; unseres Wissens bestehen vertragliche Bindungen in dieser Hinsicht nur für kurze Zeit und nur für einen Teil der Anleihe-Valuta. Politische Rücksichten lassen es aber auch für die deutsche Seite ratsam erscheinen, den Weg der freundschaftlichen Uebereinkunft einzuschlagen und sich nicht auf das formale Recht einer plötzlichen Zurückziehung der deutschen Guthaben zu verlassen.

KRIEGSGEWINNER UND INFLATIONSGEWINNER.

Der Kriegsgewinner ist ein alter Typ in der Geschichte; er taucht gelegentlich sogar schon bei den römischen Satirikern auf. Das Inflationsgewinnertum im größten Stil ist dagegen ein Produkt des letzten Jahrzehnts. Trotzdem steht im Bewußtsein des Volkes — und mit Recht — der Inflationsgewinner auf der gleichen Stufe wie der Kriegsgewinner. Das Volk gönnt beiden Schichten den, wie es instinktiv fühlt, gegen die immanenten Grundsätze geschäftlicher Moral erworbenen Reichtum nicht. Nun zeigt sich aber das eigentümliche Bild, daß die Geschichte aller Länder Kriegsgewinner-Dynastien — gewaltige und bescheidenere — in großer Menge aufweist, während von den Namen, die in den Inflationszeiten Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands am häufigsten genannt wurden, ein großer Teil von der vorübergehend erreichten Höhe bereits wieder ins Nichts oder fast ins Nichts herabgesunken ist. Besonders nachdenklich stimmt nach dieser Richtung der Fall Castiglioni, den man gern den österreichischen Stinnes nannte, eine Bezeichnung, die aber nur mit den allergrößten Einschränkungen zutrifft. Denn wenn auch Castiglioni aus der fallenden Krone, wie Stinnes aus der fallenden Mark, gewaltige reale Werte an sich zu ziehen verstanden hat, so war doch die Wesensart des Triestiners eine ganz andere als die des nüchternen, fast nur als Arbeitsmaschine anzusehenden Westfalen. Die Unterschiede zwischen beiden beschränken sich aber nicht auf ihr Wesen, sie gehen vielmehr ins Grundsätzliche insofern, als Hugo Stinnes schon vor Einsetzen der Hochinflation in starkem Maße Kriegsgewinner war. Und der Kriegsgewinner hat vor dem Inflationsgewinner eines voraus, was für seine Zukunft schlechthin entscheidend werden kann: angesichts der verhältnismäßigen Stetigkeit der Währung, mit der er rechnen darf, weiß er, was er verdient, und ist er vor allen Dingen in der Lage, große Teile seines wachsenden Vermögens so liquide zu erhalten, wie es im Hinblick auf kommende Krisen nötig sein mag. Hier liegt der Grund, warum der Kriegsgewinner im allgemeinen, ein Durchschnittsmaß geschäftlicher Weitsicht vorausgesetzt, in der Lage sein wird, mit seinem Besitze zu Jahren zu kommen. Die Prognose, die man dem Inflationsgewinner stellen muß, ist bei weitem nicht so günstig. Selbst wenn er im Anfang seiner Kometenbahn das nötige Augenmaß besitzt, um abwägen zu können, welche Teile seines Gewinnes er zu Neuanlagen in „Sachwerten" verwenden und welche er flüssig halten soll — das kann er, da er gegen seine eigene Währung spekuliert, stets nur in Fremdwährungen —, so zeigen doch alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, daß ihm dieses Augenmaß im Tanze der Millionen früher oder später abhanden kommt, und daß er vor allen Dingen fast immer den Augenblick versäumt, in dem die Inflation zum Stehen kommt. Welche Folgen das für Geldmarkt, Börse und Gesamtwirtschaft hat, ist bekannt. Für den Inflationsgewinner aber bedeutet es fast immer eine zu weitgehende Immobilisierung, daher den Zwang, große Kredite aufzunehmen und, da diese in solchen Zeiten ungeheure Zinsen kosten, eine scharfe, sich rasch steigernde Verringe-

Digitized by Google

rung mindestens des sofort liquidierbaren Vermögens. So ist Castiglioni von der Höhe gestürzt, und wer weiß, ob die Krankheit und der Tod von Hugo Stinnes, so bedauerlich sie unter anderen Gesichtspunkten sein mögen, für den Besitz der Familie nicht gerade im rechten Augenblick kamen. Als er erkrankte, noch mehr aber, als er starb und sich die Erben in den verwickelten Bau des Konzerns hineinarbeiten mußten, war es unangebracht, um nicht zu sagen ausgeschlossen, neue große Geschäfte zu beginnen. Man hielt sich zurück, wickelte hie und da sogar Geschäfte ab, — mit dem Erfolg, daß der Konzern im Augenblick des Inflations-Endes bei weitem liquider dastand, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Vom typischen Inflationsgewinner gilt das aber nicht; sein Ende wird im allgemeinen das entgegengesetzte sein, wie das des Kriegsgewinners. Auch das ist eine Arabeske zu dem großen Kapitel „Währung und Volkswirtschaft", und nicht die uninteressanteste. Hans Hirschstein.

SILBERNE SCHEIDEMÜNZE.

Die Bemühungen der mitteleuropäischen Staaten, ihre Währungen zu sanieren, beschränken sich nicht auf die Reform des eigentlichen Währungsgeldes und die Wiedereinführung einer wertbeständigen Rechnungseinheit. Sie erstrecken sich gleichzeitig auch auf die Herstellung einer neuen Scheidemünze. Eigentlich bildet die Sättigung des Verkehrs mit dem für den Bagatellumsatz erforderlichen Kleingelde nur einen untergeordneten Punkt der Reform, weil dieses Geld seinen Verkehrswert nicht in sich selbst hat, sondern ihn von seiner Austauschfähigkeit in Währungsgeld erhält. Ist dieses letztere wertbeständig, so ist es auch die Scheidemünze, ohne Rücksicht auf ihre eigene Beschaffenheit. Da sich die Währungstabilisierenden Länder zur Zeit ausnahmslos mit einem papiernen Hauptzahlungsmittel begnügen, dessen Wertbeständigkeit sie lediglich durch eine bestimmte Quantitäts- und Devisen-Politik sichern, so müßten sie folgerichtig auch bei der Scheidemünze das chartale Prinzip befolgen, also darauf verzichten, die Münzen aus einem wertvollen Metall zu prägen. Die Wertfestigkeit des eigentlichen Währungsgeldes sichert diejenige der Scheidemünze in jedem Falle, auch wenn die letzteren aus Zink oder Eisen bestehen, und eine Verwendung höherwertiger Metalle ist Verschwendung. Trotzdem begehen fast alle Länder diese Verschwendung, indem sie die höheren Einheiten der Scheidemünzen aus Silber herstellen. Sie lassen sich dabei teils bewußt, teils mehr instinktiv von der praktischen Erwägung leiten, ein Umlauf von Münzen mit hohem Eigenwert stärke das Vertrauen der Bevölkerung nicht nur zu den betreffenden Münzen selbst, sondern zur Landeswährung überhaupt. Einige Länder, in erster Linie Deutschland, schlagen einen Mittelweg zwischen dem hier durchaus vernunftgemäßen Chartal-Prinzip und dem verschwenderischen Eigenwert-Prinzip ein, indem sie zwar das Silber als Münzmetall wählen, die einzelnen Münzen aber nur mit geringen Silbermengen ausstatten, so daß ihr Metallwert hinter dem Nominalwert erheblich zurückbleibt. Die neue deutsche Reichsmark enthält nur für etwa 25 Pfennige Silber. Dagegen bestehen die neuen Münzen Polens und des Freistaats Danzig zu 75 Prozent, diejenigen Oesterreichs zu 80 Prozent, die lettischen zu etwa 83 Prozent und die russischen sogar zu 90 Prozent aus Silber. Die natürliche Folge ist, daß die Münzen überwertig werden, sobald der Weltsilberpreis erheblich steigt. Die Münzen wandern dann entweder in den Schmelztigel, oder sie werden „gehamstert", weil sie gegenüber dem Währungsgelde ein besseres Geld darstellen. In dieser Gefahr befindet sich gegenwärtig die Scheidemünze mehrerer der letztgenannten Länder. Der New Yorker Silberpreis, der im Januar ca. 63 cents je Unze betrug, ist bis zum Oktober unter dem Einfluß europäischer, insbesondere deutscher Silberkäufe auf etwa 71½ cents, also um 14 Prozent gestiegen. Und es scheint, daß das Silber bisher nur deshalb den Preis von 71½ cents nicht überschritten hat, weil aus einigen Ländern bereits Münzsilber an den Weltmarkt zurückzuströmen beginnt und den Preis unter Druck hält. Damit ergibt sich nun für diejenigen Länder, in denen der Realwert der silbernen Scheidemünze den Nominalwert erreicht oder überschritten hat, die eigentümliche Sachlage, daß das als Scheidemünze gedachte und gesetzlich so bezeichnete Geld in Wirklichkeit Währungsgeld geworden ist. Es fließt aus dem Lande, sobald der Silberpreis steigt, es fließt zurück, sobald der Preis fällt, genau wie zur Zeit der Vorkriegs-Goldwährungen die Goldmünzen aus-

Digitized by Google

und einflossen, je nachdem ihre Kaufkraft im Inlande niedriger oder höher war als ihr Metallwert am Weltmarkt. Durch diese Fluktuationen korrigieren sie die im Lande umlaufende Geldmenge und beeinflussen so den Wert des Landesgeldes in seiner Gesamtheit. Das heißt, sie erfüllen die natürlichen Funktionen eines Währungsgeldes und erfüllen diese Funktionen sogar besser als das gesetzliche (papierne) Währungsgeld, dem die Fähigkeit, den Geldumlauf und den Geldwert automatisch zu korrigieren, abgeht. Man sieht, daß der Argwohn der alliierten Länder, Oesterreich habe, als es sich zur Einführung einer 80prozentigen Silber-Scheidemünze entschloß, in Wirklichkeit den Uebergang zur Silberwährung angestrebt, gar nicht so töricht war, wie man damals in Wien meinte. Oesterreich braucht seine Scheidemünze nur in größeren Mengen auszuprägen, und es hat, vorausgesetzt, daß der Weltsilberpreis noch etwas steigt, in der Tat eine Art Silberwährung. Die Kronennote bestimmt dann nicht mehr den Wert der silbernen Scheidemünze, sondern diese letztere bestimmt durch ihr Ein- und Ausfließen die Menge und den Realwert des österreichischen Geldes. Der Vorgang ist deshalb so interessant, weil er zeigt, wie ein Land ohne jede Systematik und sogar gegen seinen Willen zu einer Metallwährung kommen kann. Nicht lange mehr, und England wird auf einem ganz ähnlichen Wege wieder im Besitz einer Goldwährung sein, wenn es nicht vorzieht, den Uebergang zu einer solchen bewußt vorzunehmen.

Literatur.

Kommentar zur Dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924. Drittes Heft: Geldentwertungsausgleich zugunsten des Reichs (Obligationssteuer) und die Bewertung von Reichsmarkforderungen und -Schulden bei der Aufwertung von Vermögen-, Erbschafts- und anderen Steuern. Von Dr. Ernst Pape, Berlin 1924.

Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung. Unter Mitwirkung von Ernst Kahn. August 1924. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. (Gm. 2,—). — Aus dem Inhalt: Die Preise. — Der Arbeitsmarkt. — Wohnungen und Grundstücke. — Die Valutabewegung. — Die Börse. — Der Kapitalmarkt. — Die Konzentrations- und Ausdehnungsbewegung deutscher Unternehmungen. — Die deutsche Elektrizitätswirtschaft.

Der schwankende Geldwert. Seine Ursachen und Folgen und Vorschläge zu seiner Beseitigung. Von Irving Fisher. (Deutsche Ausgabe der Abhandlung „Stabilizing the Dollar"). Uebersetzt von Dr. G. Hilger. Berlin 1924, Verlag Walter de Gruyter u. Co. (2,— G. M.).
Verlag von Otto Liebmann. (Gm. 2,30).

Kommentar zu den Durchführungsbestimmungen zur Goldbilanzen-Verordnung vom 28. März 1924. Von Dr. Rudolf Byk. Berlin 1924. Verlag von Otto Liebmann. (Gm. 7,50). — Aus dem Inhalt: Der Goldmarkkurs und der Stichtag der Eröffnungsbilanz. — Bewertungsvorschriften. — Ausweis des Wertunterschiedes. — Die Heraufsetzung des Eigenkapitals durch Ausgabe neuer Aktien. — Der Ausgleich des Kapitalentwertungskontos als Umstellungsmaßnahme. — Die Aktien mit verschiedenen Rechten. — Obligationsähnliche Aktien. — Mehrstimmrechtsaktien. — Schutz- und Verwertungsaktien. — Das Recht der Genußscheine. — Ueberschuldung, Verlust des Eigenkapitals.

Das Steuerwesen des Deutschen Reiches. Von Dr. Julius Fischer. Stuttgart 1924. W. Kohlhammer, Verlag. (M. 6,—). — Aus dem Inhalt: Vom Steuerwesen überhaupt. — Allgemeines vom deutschen Steuerwesen. — Steuerverfahren und Steuerschutz. — Die direkten Steuern (Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögensteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenzuwachssteuer, Außerordentliche Reichssteuern, Sachsteuern). — Die Verbrauchssteuern. — Die Verkehrssteuern. — Verzeichnis der Reichssteuergesetze. —

Steuerbilanz und Goldbilanz. Von Dr. Walter le Coutre und Richard Altenloh. Leipzig 1924. G. A. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung. (G. M. 1,50). —

Digitized by Google

Aus dem Inhalt: Die steuerrechtlichen Vorschriften allgemeinen Inhaltes, insbesondere der Reichsabgabenordnung. — Die Vermögensbesteuerung. — Die Einkommenbesteuerung. — Die Goldbilanzen. — Technik der Goldmarkbilanzierung.

Die Körperschaftssteuer nach der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 und den Durchführungsbestimmungen dazu. Von Robert Evers. Berlin 1924. Verlag von Otto Liebmann. (Gm. 8,—). — Aus dem Inhalt: Texte der Verordnungen und Ausführungsbestimmungen. — Zahlungen im Kalenderjahre 1924. — Vorauszahlungen. — Steuerabzug vom Arbeitslohne. — Steuerabzug vom Kapitalertrage. — Vorbereitung der Veranlagung für 1924. — Rechtsmittel. — Steuergeldstrafen. — Besteuerungsverfahren und Steuerstrafverfahren. — Zuschläge für Steuerrückstände, Steuerzinsen.

Die Zeilerschen Umwertungszahlen. Zu einer Ausgleichung zwischen Gläubigern und Schuldnern nach Treu und Glauben für Durchschnittsverhältnisse. Bearbeitet von Reichsgerichtsrat A. Zeiler. Stuttgart 1924, Muth'sche Verlagsbuchhandlung. (32 Seiten).

Fünf Jahre Kommunistische Internationale. Von G. Sinowjew. Hamburg 1924. Verlag Carl Hoym Nachf. Cahnbley. (75 Seiten.)

Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Taschenausgabe der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 in Verbindung mit den Gesetzen bzw. Verordnungen vom 8. Febr. 24, 12. Juni 24 und 14. Juni 24. Mit Anmerkungen und Sachregister. Von Max Schönwandt. Berlin 1924, Deutscher Genossenschafts-Verlag e. G. m. b. H. (M. 0,80).

Das Kredit- und Bankwesen. Von Prof. Wilh. Lexis. 2. Auflage, besorgt von Prof. K. Muhs (Sammlung Göschen). Berlin-Leipzig 1924, Walter de Gruyter u. Co. (1,25 Gm.). — Aus dem Inhalt: Formen, Bedingungen und Hilfsmittel des Kredits. — Die Geschäfte der modernen Depositen- und Effektenbanken. — Die Notenbanken. — Bodenkreditanstalten. —

Das Bank-Akkreditiv nach deutschem Recht. Von Dr. Heinrich Stummer. München 1924. Dr. Franz A. Pfeiffer u. Co., Verlagsges. m. b. H. (G.-M. 3,—.) — Aus dem Inhalt: Arten und typische Formen des Akkreditivs. — Die rechtliche Konstruktion des Akkreditivs. — Rechtsbeziehungen zwischen Akkreditivbank, Akkreditivsteller und Akkreditiertem. — Regulativ der Berliner Stempelvereinigung über das Akkreditivgeschäft.

Die deutschen Banken im Ausland. Von Karl Strasser. München 1924. Verlag von Ernst Reinhardt. (G.-M. 6.—.) — Aus dem Inhalt: Die deutsche Wirtschaft und das Ausland. — Merkmale der Auslandsexpansion. — Deutsche Banken im europäischen Ausland. — Deutsche Banken im Orient. — Deutsche Banken in Asien. — Deutsche Banken in Südamerika. — Deutsche Banken in Nord- und Mittelamerika. — Deutsche Banken in den afrikanischen Kolonien.

Der Handel in amtlich nicht notierten Werten. Von Dr. Georg Scholler. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (G.-M. 4,50.) — Aus dem Inhalt: Spekulation und Geldentwertung. — Der Kreis der amtlich nicht notierten Werte. — Börsengesetz, Börsenanordnungen und Zentralverbandsusancen. — Die Preisveröffentlichung der amtlich nicht notierten Werte. — Die Emission unter der Hnd. — Die Tätigkeit der Banken.

Das Papiergeld der französischen Revolution 1789—1797. Von S. A. Falkner. Aus dem Russischen übertragen von Friedrich Schlömer. München und Leipzig 1924. Verlag Duncker u. Humblot (121 S.) — Aus dem Inhalt: Das Wesen der Emissionswirtschaft. — Die Entstehung der Assignation und ihre Verwandlung aus Schuldverschreibungen in Papiergeld. — Die Entwertung der Assignaten, ihr Verlauf und ihre Ursachen. — Das Ende des Papiergeldes.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen. 20. Band. Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamt. Berlin 1924. Verlag des Preußischen Statistischen Landesamtes. (265 Seiten.) — Aus dem Inhalt: Staatsgebiet. — Bevölkerung. — Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — Gütergewinnung. — Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — Arbeiterverhältnisse. — Handel und Preise. — Geld- und Kreditwesen. — Wohlfahrtspflege. — Finanzen. — Alphabetisches Sachverzeichnis.

Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. Von Friedrich Freiherrn v. Wieser. (Abt. I, Teil II des Grundrisses der Sozialökonomik.) 2. Auflage 1924, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. (12 G.-M.) — Aus dem

Digitized by Google

Inhalt: Zweck und Kraft in der Wirtschaft. — Der Aufbau der einfachen Wirtschaft. — Das Produktionskostengesetz der einfachen Wirtschaft. — Der wirtschaftliche Wert. — Der Tausch. — Die Preisbildung auf dem ungeordneten Markte. — Der volkswirtschaftliche (objektive) Tauschwert. — Der Kredit. — Die entwickelte Geldform. — Die Messung des Geldwerts. — Die Geldform des Kapitals. — Die Arbeitsteilung. — Theorien des Arbeitslohnes. — Theorie der Staatswirtschaft.

Goldnotenbank und Goldnote. Von Dr. jur. Justus Schöntal. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde (176 S.). — Aus dem Inhalt: Grundlagen der neuen Notenbank. — Das neue Geld. — Schicksal der Rentenmark. — Geld- und Kreditpolitik. — Reparationsdienst und Transfer. — Die Vorschläge des Dawes-Plans zur Goldnotenbank.

Die Konsumvereinsbewegung in Deutschland. Von Theodor O. Cassau. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (Mk. 3,60.) — Aus dem Inhalt: Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften. — Genossenschaftliche Organisation der Konsumvereine. — Die Geschäftszweige. — Finanzen. — Die Verbände. — Der Großeinkauf. — Gewerkschaften und Konsumvereine. — Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaften. — Konsumvereine und öffentliche Meinung. — Stellung der Behörden zur Konsumvereinsbewegung.

Die Buchungsfehler. Von Hugo Meyerheim. Stuttgart 1924. Muth'sche Verlagsbuchhandlung. (Mk. 2,10.) — Aus dem Inhalt: Die Arten der Buchungsfehler. — Die Fehler-Verhütung. — Die Mittel zur Feststellung von Buchungsfehlern. — Das Fehler-Finden. — Die Fehler-Tabellen.

Entscheidungen des Reichswirtschaftsgerichtes und des Kartellgerichts. Herausgegeben von Mitgliedern des Gerichtshofes. Zweiter Band. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (249 Seiten.) — Aus dem Inhalt: Entscheidungen des Großen Senats. — Entscheidungen der Spruchsenate. — Abgeltungssachen. — Ein- und Ausfuhrkontrolle. — Ausgleichssachen. — Kriegsschäden. — Besatzungsschäden. — Unruheschäden. — Elektrizitätswirtschaft. — Devisenerfassung. — Entscheidungen des Kartellgerichts.

Goldmark-Bilanzen. Von Prof. Dr. Heinrich Rheinstrom. München 1924. Richard Pflaum Verlag A.-G. (G.-M. 2,—.) — Aus dem Inhalt: Inhalt der Verordnung über Goldbilanzen und ihre Durchführung. — Die Kapitalkonten der offenen Handelsgesellschafter und Kommanditisten. — Behandlung der Sonderaktien bei der Umstellung. — Anhang (Rechtsquellen).

Das Reichsgesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892/20. Mai 1898 in der seit dem 28. März 1924 geltenden Fassung. Gemeinverständlich, unter besonderer Berücksichtigung der Goldbilanz-, Steuerrechts- und Aufwertungsfragen erläutert von D. Otto Warneyer und Dr. jur. Fritz Koppe. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (Mk. 5,40.)

Besteuerung und Geldentwertung. Von Arthur Cohen. München-Leipzig 1924, Verlag von Duncker u. Humblot. (2,— G.-M.) — Aus dem Inhalt: Anpassung der Steuern an die Geldentwertung. — Umstellung des Steuerwesens auf die Goldmarkrechnung. — Dritte Steuernotverordnung. — Der Realwert der Steuern und ihr Leidensweg. — Steuerwesen und Wirtschaftsverfassung. —

Die Aufwertung der Pfandbriefe. Dritte Durchführungsverordnung zur Dritten Steuernotverordnung vom 15. August 1924. Erläutert von Dr. Franz Schlegelberger. Berlin 1924, Verlag von Franz Vahlen. (2,20 G.-M.)

Hinweis.

Der „Neue Brockhaus", das erste größere Konversationslexikon nach Kriegsschluß, liegt durch den kürzlich erschienenen 4. Band komplett vor. Dieses Werk antwortet auf jede Frage und gibt erschöpfende Auskunft. Es ist ein Werk, welches auf allen Gebieten nur das neuste enthält und daher für jeden, sei er Beamter, Kaufmann oder Handwerker, unentbehrlich ist. Das Werk ersetzt vollkommen eine große Bibliothek und kann sozusagen als tägliches Rüstzeug benutzt werden.

Wir machen unsere Leser bei dieser Gelegenheit auf das Inserat in der heutigen Nummer der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstr. 9, aufmerksam, welche die Anschaffung dieses äußerst wichtigen Werkes durch Gewährung bequemer Teilzahlungen jedermann ermöglicht.

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im September 1924

			Metallbestand (in Klammern: Gold)	Kassen- und Darlehnskssch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks**)	Diskont. Reichs-Schatzanweisung	Lomb. **)	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.**	Privat-gut-haben**	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
1922 in Millionen Mark 1923 in Milliarden Mark 1924 in Billiarden Mark	7. 9.	24*	20883,2 (528,0 Mil.)	388,0	0,2	1 89 7803,1	—	44 286,0	76 126,0	937 950,4	180,0	900,4	1 375 640,8	296 568,6	359 201,2	—	420 386,7
		23	20,2 (0,489)	107 037,6	36,7	278 439,9	1 571 462,7	8 885,1	182,0	370 023,5	180,0	160,5	1 182 038,6	308 941,8	571 707,8	—	273 410,5
		22	1027,9 (1004,9)	23 875,6	4,0	27 261,8	251 765,1	308,5	208,2	7 815,0	180,0	127,3	252 373,7	8 696,1	41 880,8	—	9 009,6
	15. 9.	24*	28470,0 (543,0 Mil.)	385,0	0,3	1 935 192,6	—	22 477,6	76 704,7	887 980,6	180,0	900,4	1 305 717,1	459 205,1	310 498,9	—	423 236,9
		23	20,8 (0,489)	299 147,4	53,7	703 028,7	3 808 443,6	39 775,7	92,9	681 457,6	180,0	160,5	3 283 681,2	549 250,5	1405146,4	—	393 891,8
		22	1031,7 (1004,9)	27 801,7	4,0	35 442,0	274 689,3	301,4	279,8	9 862,5	180,0	127,3	271 597,8	15 657,5	51 752,2	—	10 106,7
	23. 9.	24*	28033,7 (560,0 Mil.)	363,0	0,3	1 952 552,0	—	21 790,1	77 559,3	864 367,1	180,0	900,4	1 252 014,4	461 035,0	434 351,0	—	403 047,4
		23	20,8 (0,489)	292 231,1	107,4	2 200 636,3	12 229418,2	536 667,8	805,4	1211 501,9	180,0	160,5	8 627 729,8	2695912,7	3156801,0	—	1 717 965,0
		22	1032,8 (1004,9)	27 294,0	4,6	48 107,2	288 654,7	41,4	346 3	13 469,5	180,0	127,3	290 678,1	16 909,7	54 783,2	—	111 271,9
	30. 9.	24*	21728,8 (577 Mil.) a	340,0b	0,2	2 169 684,8	—	64 424,2	78 304,8	842 086,4	180,0	900,4	1 520 510 6	307 515,0	362 581,1	—	397 531,1
		23	20,9 (0,443)	941 004,3	133,2	3 660 094,3	45 216224,4	98 521,9	1 801 6	2643 397,0	180,0	160,5	28228815,5	8185466,9	8781 150,0	—	7 365 824,7
		22	1033,8 (1004,9)	21 829,3	1,5	50 234,4	349 769,6	61,5	416,2	17 682,3	180,0	127,3	316 869,8	30 034,3	79 978,1	—	18 838,9
(in Billionen Mk.)	Bayr. Notbank	7.	33 Mill.	495 010***	273 917	26 961 084		845 406	—	1 596 584	15 Mill.	3,75 Mill.	5 770	785 722	12 284	2 923 010	
		15.	33	394 401***	204 076	26 325 205		830 380	—	1 721 455			5 764	589 925	22 284	2 972 599	
		23.	33	416 231***	229 191	26 518 721		812 830	—	1 834 413			5 761	712 999	22 284	3 161 543	
		30.	33	704 487***	233 410	26 736 150		810 730	—	1 571 465			5 766	773 904	23 284	3 219 591	
	Sächs. Bank	7.	18 Mill.	277 119***	141 962	28 383 815		129 610	3 395	2 412 184	30 Mill.	7 Mill.	937	1 532 473	699 521	2 115 154	
		15.	18	297 093***	118 908	28 463 523		138 380	3 395	2 559 126			933	1 534 239	841 008	2 204 247	
		23.	18	422 344***	93 839	28 879 377		146 120	3 395	2 422 900			932	1 811 503	841 046	2 274 494	
		30.	18	211 197***	125 148	28 816 532		148 335	3 395	2 879 235			929	1 878 722	790 066	2 314 125	
	Württemb. Bank	7.	7,9 Mill.	309 901***	31 996	12 499 211		—	116 912	4 209 963	10,5 Mill.	1,995 Bill.	3 719	2 208 194	3 220 000	2 834 175	
		15.	7,9	194 631***	44 452	18 207 873		—	93 753	1 952 979			3 709	2 238 749	3 520 000	2 829 235	
		23.	7,9	186 324***	16 331	14 807 627		—	34 331	2 450 223			3 708	2 577 720	4 190 000	2 821 413	
		30.	7,9	125 772***	15 066	14 286 172		—	8 466	1 883 621			3 648	1 274 640	2 872 200	3 166 615	
	Badische Bank	7.	3,0 Mill.	47 815***	53 521	21 062 647		—	1 713 170	16 529 381	24,9 Mill.	339,9 Mill.	6 463	24 901 402	—	5 561 670	
		15.	3,0	48 902***	40 960	21 240 689		—	1 703 878	18 183 663			6 431	26 610 730	—	5 600 881	
		23.	3,0	50 510***	37 070	21 912 220		—	1 706 537	19 108 189			6 425	28 017 183	—	5 770 919	
		30.	3,0	12 118***	26 438	20 789 078		—	1 711 617	16 612 911			6 390	24 376 843	—	5 769 490	

a) Davon 136,5 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) ferner 222 468,9 Billiarden Mk. Rentenbankscheine. *) in Billiarden (1000 Billionen) Mk. außer bei Kapital. **) 1924: Summe aus Banknoten und Rentenmark. ***) Rentenbankscheine.

Digitized by Google

Deutsche Rentenbank.

Monatsausweise von Juli bis September 1924 (Mill. Rentenmark).

Tag	Darlehen an das Reich verzinsl.	Darlehen an das Reich unverzinsl.	Darlehen an die Wirtschaft	Kasse, Giro usw.	Ausgegebene Rentenbankscheine	Umlaufende Rentenbriefe
31. 7.	1 006,0	196,5	869,2	105,0	2 071,4	0,19
31. 8.	1 006,0	196,5	867,6	106,3	2 069,9	0,18
30. 9.	1 009,5	196,5	869,7	110,2	2 075,6	0,16

Bank von England.

Wochenausweise im September 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve i. % d. tägl. fäll. Verb.	Bankdisk. %
1924 3. 9.	128 4	43.6	77.5	125.7	10.4	114.9	22.4	17.90	4
10 9.	128.4	40 8	76.3	124.7	10.8	111.4	23.4	19.17	4
27. 9.	128.4	41.9	74.2	124.1	10.3	111.7	24.1	19.72	4
24. 9.	128.4	41.7	76.6	123.9	13 5	110 8	24.6	19.52	4
1. 10.	128.3	39 7	80.7	122.3	17 4	110.7	25 9	20 25	4
1923 5. 9.	127.6	49.8	70.3	124.9	14.1	110.0	22.5	18.14	4
13. 9.	127 6	47.0	70 2	124.1	15.8	106 5	23.3	19 00	4
20. 9.	127.6	45.1	71.8	123.4	18.1	104.5	24.0	19 50	4
27. 9.	127.7	41.8	71.2	124.0	13.5	104.6	23.4	19.82	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im September 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold[1]	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestrund. Wechs.	Deb.[2]	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Notendeck. in %[3]	Bankdisk. %
1924 4. 9.	5543.8	300.7	567.6	5123.9	9.1	30 567.3	40 399.1	15.7	1907.2	13.7	6
11. 9.	554 .9	300.9	567.8	39 2.1	9.0	30 623.5	40 314.5	13.0	1755.3	13.7	6
18. 9.	5544.0	301.1	567.9	3887.7	9 0	30 565.8	40 244 5	14.2	1746.1	13.7	6
25. 9.	5544.0	301.3	568.1	3985.3	9.0	30 556.1	40 338.7	14.6	1727.2	13.7	6
1923 6. 9.	5538.1	294.5	581.4	2199.1	18.4	30 534.9	37 998.8	35.9	1935.1	18.1	5
14. 9.	5538.1	294.6	581.1	2259.6	18.3	30 452.6	37 703.7	26.4	1927.5	18.1	5
21. 9.	5538.2	294.8	579.6	2371.5	18.3	30 324 9	37 607.1	18.2	1877 5	14.7	5
28. 9.	5538.3	294.8	577.8	2510 6	18.3	30 328.5	37 625.5	17.9	1974.3	14.8	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 26. Sept. 1 864 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Kriegsvorschüsse an die Regierung (am 26. Sept. 24: 28 000 Mill. Frcs.) einschl. des ewigen Vorschusses und die Vorschüsse an Verbündete. [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Digitized by Google

Bank von Japan.

Wochenausweise von Januar bis März 1924. (Mill. Yen).

Ausweis-Tag	Kasse	Wechsel	Darlehen	Darleh. auf Devisen	Staatsanleihen	Staatsguthab.	Privatguthab.	Notenumlauf	Bankdisk. %
1924 5. 1.	1114.4	562 7	164.6	203.2	244.6	866.1	87.1	1594.4	8
12. 1.	1115 1	390.6	163.4	121.2	229 6	887.0	79 2	1341.0	8
19. 1.	1112 4	384.3	162.9	164 1	229 5	880.1	69.9	1331.7	8
26. 1.	1109 8	457.2	152.7	178.5	228 7	877.9	86.4	1400.9	8
2. 2.	1110 5	553.1	162.8	175.4	228.7	860.2	82 9	1492.9	8
9. 2.	1110 8	412 7	165 4	169.5	222.9	890.2	86 8	1320.5	8
16. 2.	1108 9	348.5	180.4	161.2	271.5	982.1	100.7	1244.3	8
23. 2.	1106.9	334 1	194.6	169.3	264.5	942.7	109.9	1239.7	8
1. 3.	1108.8	440.5	175 0	185 5	263.1	957.2	88.4	1337.1	8
8. 3.	1108,5	351.8	161.7	178 1	262 9	985.8	79 6	1209 5	8
15. 3.	1106.6	332 9	160.0	185.3	262 0	1122.2	74 2	1185.2	8
22. 3.	1105 6	344.1	160 2	183.3	262.4	1115.2	76 8	1203 2	8
29. 3.	1108.6	454 1	160.6	203.3	271.7	1094.6	74.1	1319.3	8

Niederländische Bank.

Wochenausweise vom April bis Juni 1924. (Millionen holl. Gulden)

Ausweis-Tag	Metall: Gold	Metall: Silber	Inlands-Wechsel-Bestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passiv-Saldo)	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	Bankdisk. %
1924 7. 4.	556,6	8,8	259,9	145,2	20,6	1 007,7	442,3	4½
14. 4.	556,6	8,9	252,1	143,3	20,3	1 000,3	434,8	4½
22. 4.	544,0	9,6	255,8	146,7	28,0	1 000,0	446,4	4½
28. 4.	543,9	9,8	253,0	146,7	22,4	1 001,1	447,4	4½
5. 5.	531,4	9,5	284,3	150,6	28,9	1 036,8	495.9	4½
12. 5.	531,4	9.5	272,7	142,8	33,8	1 011,3	460,4	4½
19. 5.	531,4	9,7	212,1	140,6	47.8	986,9	445,8	4½
26. 5.	541,3	9,9	174,7	142,2	59,6	968,9	417,7	4½
2. 6.	531,4	9,6	156,1	157,0	39,2	992,6	451,6	4½
10. 6.	531,4	9.6	158.5	139,9	39,2	974,2	433,2	4½
16. 6.	531,4	9,9	156.0	140,2	49,9	960.1	418,8	4½
23 6.	531,4	10,0	148,9	147,8	48,2	974 7	433,3	4½
30. 6.	531.5	10.3	144,6	159,9	47,3	983,0	441,2	4½

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1924. (Mill. schweiz. Frcs.)

Ausweis-Tag	Metallbestand: Gold	Metallbestand: Silber	Darlehnskassenscheine	Wechsel	Darlehen	Korrespondent *)	Kurzfäll. Verbindl.	Notenumlauf	Nicht metallgedeckte Noten	Bank-%
1924 7. 4.	536.3	95.4	11.6	247.8	69.0	13.5	97.0	870.7	239.0	4
15. 4.	536.3	96.4	11.6	230.7	61.0	21.3	103.1	844 2	211.5	4
28. 4.			11.0			21.7		836.5		4
30. 4.	536.3	96.6	10.9	261.6	82.2	22.8	111.7	885 5	252.6	4
7. 5.	531.1	96.7	11.0	271.2	84.1	19.2	142.6	853.1	225.3	4
15. 5.	531.0	97.3	11.0	265.2	70 4	29.3	157.9	842.5	214 2	4
23. 5.	530.1	98.1	10.5	269.1	65 9	18.6	151 2	832.6	204.4	4
31. 5.	530.0	97.8	10.5	263.5	64.0	24.6	89.1	877.2	249.4	4
7. 6.	518.9	100.5	10.5	248.0	67.5	15.4	99.0	848.4	228.6	4
14. 6.	518.6	100.6	10.5	210.0	65.7	21.8	102.9	823.7	204.5	4
23. 6.	513.5	100.5	10.4	195.4	63.8	18.6	96.7	814.6	200.6	4
30. 6.	512.9	99.6	—	241.7	77.5	23.1	62.9	877.1	264.6	4

*) Einschließlich Devisen.

Digitized by Google

Oesterreichische Nationalbank.

Wochenausweise vom April bis Juni 1924 (Millionen ö. Kronen).

Ausweis-Tag	Metallbestand	Devisen und Valuten	Wechsel, Warrants u. Effekten	Darlehen gegen Handpfand	Banknotenumlauf	Giroguth. u. sonst. tägl fällige Verbindlichkeit.	Bankkonto
1924 7. 4.	106 750.1	3938339.4	1722 419.4	1 915.0	7 031 494.4	840 522.8	9
15. 4.	106 959,9	3832261.1	1758 702.7	1 969.8	6 868 986.5	934 238.9	9
23. 4.	106 998.2	3708028 2	1876 405.9	1 918.7	6 663 877.9	1128 851.8	9
30. 4.	107 058.7	3669333.0	2130 797.4	1 186.5	7 319 470.8	696 141.4	9
7. 5.	107 183.4	3672243.9	2124 816.1	1 498.9	7 145 069.1	878 196.6	9
15. 5.	107 254 6	3608243.9	2224 698.6	1 484.1	7 032 286.7	1026 478.8	9
23. 5.	107 338.0	3415581.6	2390 496.8	1 523.4	6 839 821.5	1188 816.0	9
31. 5.	107 443.3	3344337.0	2658 955.8	1 492.9	7 554 620.3	641 000.6	9
7. 6.	107 550.9	3172690.7	2708 268.2	1 462.7	7 39 109.7	682 263 7	9
15. 6.	107 606.2	3083 64.9	2709 049.2	1 359.8	7 218 023.7	766 411.8	9
23. 6.	107 817.5	3243705 3	3190 914.4	1 399.4	7 764 047.4	944 314.8	9
30. 6.	107 761.8	3178339.3	3080 901.3	1 568.3	7 774 957.9	741 399.6	9

Ungarisches staatliches Noteninstitut.

Wochenausweise von April bis Juni 1924. (Mill. ungar. Kronen).

Ausweis-Tag	Metallbestand	Noten d. öst.-ung. Bank	Wechsel, Warrants etc.	Darlehen	Staatsnotenumlauf	Giroguth. etc.	Diskont *)
1924 7. 4.	24.1	18 396.2	863 643,1	5 923.7	1685 309.7	322 124.4	18
15. 4.	24.1	18 396.2	954 358,6	6 004.1	1771 340.1	318 204.3	18
23. 4.	24 5	18 396.2	10 10575,1	6 211.2	1821 101.7	389 074.2	18
30. 4.	24.7	18 396.2	1106 121,4	12 456.1	2098 090.6	308 120.6	18
7. 5.	24.3	18 396.2	1210 402,3	12 947.0	2200 503.1	300 544.3	18
15. 5.	25.6	18 396 2	1275 089,4	13 060.2	2257 785.8	327 178.3	18
23. 5.	26.4	18 396.2	1344 683,3	13 249.5	2263 666.8	447 570.9	18
31. 5.	25.1	18 396.2	1400 608,9	13 436.6	2486 237.0	377 119.2	18
7. 6.	24.8	18 396.2	1431 288,6	13 533.6	2449 993.4	423 859.8	18
15. 6.	24.7	18 396.2	1429 481,1	13 435.9	2469 817.6	423 710.9	18
23. 6.	16.1	18 396.2	1455 490,7	30 816.4	2520 113.7	1274205.6	18

*) wertbeständig 10%.

Bankamt beim Tschecho-Slowakischen Finanzministerium.

Wochenausweise von April bis Juni 1924 (Mill. tschechosl. Kronen)

Ausweis-Tag	Metall	Auslandsguthaben	Forderungen a. d. Oest.-Ung. Bank	Wechsel	Lombard-Darlehen	Bei Abstempelung zurückbeh. Banknoten	Notenumlauf	Giroguthaben	Bankdiskont %
1924 7. 4.	1043.2	652.8	10 096 9	1085.9	787.2	85.1	8113.1	760.4	6½
15. 4.	1043.4	615.6	10 096.9	1078.0	713.7	83.7	7812.1	858.7	6½
23. 4.	1044.2	634.6	10 097.0	1178 1	711.0	81.8	7654.8	1007.9	6½
30. 4.	1044.9	625.7	10 097.0	1171.1	721.0	79.6	8198.6	749.3	6½
7. 5.	1044.6	646.1	10 097.0	1251.7	807.1	77.9	7962.1	982.1	6½
15. 5.	1044.8	655.8	10 097.0	1221.7	696.7	77.6	7750.3	1074.3	6½
23. 5.	1045.2	678.4	10 097.0	1291.3	692.9	77.5	7550 6	1285.2	6½
31. 5.	1045.2	659.6	10 097.0	1322.9	766.8	71.9	8078.4	961.5	6
7. 6.	1046.0	678.2	10 097 0	1350 3	754 3	69.5	7882.1	1069.9	6
15. 6.	1046.7	679.3	10 097.0	1335.5	733.3	69 0	7708.4	1199.2	6
23. 6.	1047 5	662.5	10 097.0	1338.5	740.8	66.1	7538 6	1329.5	6
30. 6	1047 9	674.3	10 097.0	1405.3	763.6	63.9	8081.1	1093.4	6

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Kreditpolitik.

Das Direktorium der Reichsbank hat unlängst an die wichtigsten deutschen Wirtschaftsverbände und Handelskammern ein Rundschreiben versandt, in dem die Geschäftswelt aufgefordert wird, den offenen Warenkredit im Handelsverkehr durch den Wechselkredit zu ersetzen. Dem Sinne nach besagt das Rundschreiben etwa folgendes: Das neue Bankgesetz verpflichte die Reichsbank, grundsätzlich nur noch Wechsel mit drei Unterschriften zu diskontieren; lediglich in bestimmt umgrenzten Ausnahmefällen dürfe die Bank auf die dritte Unterschrift verzichten. Außer dem Wechselaussteller und dem Bezogenen müsse also noch ein Girant vorhanden sein, d. h. ein Dritter, der den Wechsel zunächst einmal in Zahlung nehme und ihn erst später bei der Reichsbank rediskontiere. Daraus ergebe sich, daß der Wechsel in Zukunft nicht nur als Kreditmittel, sondern auch als Zahlungsmittel verwendet werden müsse. Je mehr dies der Fall sei, je mehr also der Wechsel innerhalb der Wirtschaft Zahlungsfunktion übernehme, um so später gelange er zur Reichsbank, und um so weniger belaste er die Notenpresse.

Bevor wir uns mit dem Sinn und der Tragweite der im Rundschreiben der Reichsbank niedergelegten neuen Richtlinien ihrer Kreditpolitik beschäftigen, müssen drei Sätze des Rundschreibens einer kurzen Betrachtung unterzogen werden, weil sie Auffassungen widerspiegeln, die von Bedeutung für die künftige Bankpolitik werden können und daher, insoweit sie irrtümlich sind, nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Der erste dieser drei Sätze ist derjenige, der von der Verwendung des Wechsels als „Zahlungsmittel" spricht. Wenn mit der Aufforderung, den Wechsel künftig in vergrößertem Umfange „Zahlungsfunktion" verrichten zu lassen, lediglich gesagt sein soll, der Wechsel solle länger im Verkehr bleiben und häufiger von Hand zu Hand gehen als bisher, so kann man, obwohl man die Meinung gern in einer klareren Fassung lesen würde, doch die Meinung selbst nur billigen. Der Verdacht liegt aber nahe, daß es sich bei der Gleichstellung des Wechsels mit den Zahlungsmitteln nicht nur um eine redaktionelle Entgleisung handelt, sondern daß das Wort tatsächlich die Auffassung deckt; denn das Wort „Zahlungsmittel" wird ausdrücklich als Gegensatz zu dem Worte „Kreditmittel" verwendet. In diesem Falle müßte mit aller Schärfe festgestellt werden, daß der Wechsel niemals ein Zahlungsmittel,

Digitized by Google

sondern stets und ausschließlich ein Kreditmittel ist. Sein Ursprung zeigt das deutlich genug. Er kommt immer dann zur Entstehung, wenn Zahlungsmittel in Höhe der Schuldsumme nicht vorhanden sind, sondern durch einen Aushilfskredit entbehrlich gemacht und ersetzt werden sollen. Und seine Diskontierbarkeit beweist ebenso deutlich, daß man ihn im Verkehr nirgends als Zahlungsmittel, auch nicht als Surrogat eines solchen, betrachtet, sondern immer nur als Kreditmittel, das man um deswillen höher schätzt als den Buchkredit, weil es übertragbar ist, so daß man es an einen Kreditgeber weiterleiten kann, der im Stande und gewillt ist, für dieses Kreditmittel etwas anderes, nämlich Zahlungsmittel, herzugeben. Ueber die begriffliche Confundierung von Geld und Kredit kann, als über eine geldtheoretische Ungenauigkeit, hinweggesehen werden, so lange sie an anderer Stelle als bei der Zentralnotenbank unterläuft. Bei dieser aber, wo die Geldtheorie ihre praktische Anwendung findet, muß man auf begriffliche und sprachliche Reinlichkeit dringen, weil ein Mißverständnis hier im voraus nicht abzusehende Konsequenzen nach sich ziehen kann.

In dem Rundschreiben findet sich ferner der Satz, die Reichsbank müsse „nicht nur Garantieunterschriften, sondern die Unterschriften an dem Geschäfte beteiligter Firmen verlangen." Dazu ist zunächst zu sagen, daß ein Wechsel mit drei Unterschriften, die sämtlich aus dem Geschäft herrühren, dem der Wechsel seine Entstehung verdankt, notwendigerweise ein Wechsel ist, wie er nicht sein soll. Denn an einem und demselben geschäftlichen Vorgang sind immer nur zwei Personen oder Firmen beteiligt, der Verkäufer, der den Wechsel ausstellt, und der Käufer, der ihn akzeptiert. Ist eine dritte Unterschrift nur deshalb vorhanden, weil die sie vollziehende Person ebenfalls ein Interesse an dem betreffenden Geschäft hat, wie die Reichsbank es verlangt, so ist der Wechsel verdächtig. Die dritte Person hat dann entweder eine Gefälligkeits-Unterschrift gegeben, oder sie ist mit einem der beiden Beteiligten wirtschaftlich verbunden (Konzern-Wechsel). Die Reichsbank hat denn auch jedenfalls etwas ganz anderes sagen wollen, als sie gesagt hat. Nicht an „demselben" Geschäft sollen die drei aus dem Wechsel Verpflichteten beteiligt sein, sondern nur überhaupt an irgendwelchen Warengeschäften. Die dritte Unterschrift soll das Giro einer Firma sein, die den Wechsel, der aus einem anderen, ihr gänzlich fremden Geschäft entstanden ist, an Erfüllungsstatt angenommen, und die auf diese Weise dem Kreditgeber des im Wechsel dargestellten ersten Geschäfts ihrerseits Kredit in einem zweiten Geschäft gewährt hat. Das Giro soll von einem Kaufmann und nicht von einer Bank herrühren. Die Reichsbank stellt dieses Verlangen, weil sie glaubt, die Geschäftswelt so zum Wechselverkehr erziehen zu können. Sie gerät dadurch aber in Widerspruch zum Sinne des Bankgesetzes, das die dritte Unterschrift gerade deshalb fordert, weil es zwischen Reichsbank und Erwerbs-

Digitized by Google

leben die Garantie einer Bank einschalten will. Der Dawes-Bericht sagt ausdrücklich, daß die Reichsbank eine „Bank der Banken" sein soll, und ein normal funktionierender Geldmarkt hat das in der Tat zur Voraussetzung. Ueberdies ist die wirtschaftliche und politische Neutralität der Reichsbank nur dann gewährleistet, wenn das deutsche Bankwesen als Ganzes ihr die Verantwortung für eine nach rein ökonomischen Gesichtspunkten erfolgende Kreditverteilung abnimmt.

Der dritte Satz, der Bedenken auslöst, besagt, daß in dem Maße, wie der Wechsel innerhalb der Wirtschaft „Zahlungsfunktion" übernimmt, die Inanspruchnahme der Reichsmark und der Notenpresse sich verringere. Der Satz macht den Umfang der Notenausgabe wieder einmal abhängig von dem sogenannten „Kreditbedarf" der Wirtschaft, obwohl man annehmen sollte, daß diese verhängnisvolle Anschauung, die in allen Ländern zur Inflation geführt hat, endlich überwunden sei. Ein gesunder Geldumlauf wird von der Fähigkeit des Verkehrs bestimmt, Geldzeichen aufzunehmen, ohne deren Kaufkraft zu verändern; nicht von dem unbefriedigten Kreditbedarf der Wirtschaft, der immer unendlich ist und nur durch vielfache Siebung auf das ungefähre Normalmaß des Möglichen reduziert werden kann, an welchem Punkte dann der Zins in Funktion tritt, um die genauere Anpassung an die verfügbare Kaufkraft herbeizuführen. Als die Reichsbank im April d. J. die von ihr selbst hochgezüchteten Kreditansprüche der Wirtschaft plötzlich zurückwies, weil ihr Notenumlauf jene Aufnahmefähigkeit des Verkehrs zu überschreiten drohte, hatte es den Anschein, als ob sie fortan den Kreditumfang vom Geldumlauf bestimmen lassen würde, statt umgekehrt. Der obige Satz besagt aber das Gegenteil. Er darf daher nicht unwidersprochen bleiben, obwohl das in ihm ausgesprochene Prinzip in den letzten Monaten zum mindesten keinen erheblichen Einfluß auf die Reichsbankpolitik mehr ausgeübt hat.

Wenn man nun von der Phraseologie des Reichsbank-Rundschreibens und von seinen dogmatischen Motivierungen absieht, um sich mit dem praktischen Endzweck zu beschäftigen, so ergibt sich dem Sinne nach folgendes: Die Reichsbank verweist die Wirtschaft mit einem Teil ihrer Kreditansprüche auf den Weg der Selbsthilfe. Geldbedarf und Geldüberschuß sollen sich, soweit irgend möglich, innerhalb des freien Geldverkehrs ausgleichen. Gelingt es der Wirtschaft, sich auf diese Weise selbst zu helfen, d. h. praktisch gesprochen von dem Dreimonatskredit, den die Käuferschicht im allgemeinen von den Verkäufern fordert, nicht wie jetzt etwa ein Drittel, sondern zwei Drittel bis drei Viertel selbst zu decken, so kann die Reichsbank mit Leichtigkeit und zu günstigen Bedingungen weiter helfen. Befriedigt der freie Verkehr den beanspruchten Dreimonatskredit während der ersten acht oder neun Wochen, so ist die Reichsbank in der Lage, während

Digitized by Google

der letzten drei oder vier Wochen ganz erheblich größere Wechselmengen aufzunehmen als jetzt. Denn die Bank kann naturgemäß doppelt so viel Wechsel mit vierwöchiger Laufzeit diskontieren, als solche mit einer durchschnittlichen Laufzeit von acht Wochen. Die Leihkraft der Reichsbank wird auf diese Weise zwar nicht vergrößert oder vertieft, wohl aber erheblich verbreitert, sozusagen ausgewalzt. Die Folge ist dann, daß die Wirtschaft erhebliche Kreditansprüche, die sie bisher nur im Wege des teuren und unbeweglichen Kontokorrent-Vorschusses befriedigen konnte, fortan in der Form des billigeren und übertragbaren Wechsels befriedigen kann, weil die Reichsbank imstande und bereit ist, die doppelte Wechselmenge — wenn auch nur für die Dauer von drei bis 4 Wochen — zu diskontieren wie heute, und das zu einem wesentlich ermäßigten Diskontsatz; denn die Bank braucht angesichts ihres vergrößerten Aktionsradius das ohnehin fragwürdige Abwehrmittel des hohen Diskonts dann nicht mehr so rigoros zu handhaben. Der Endeffekt ist also eine allgemeine Kreditverbilligung.

Im ersten Moment ist man geneigt, diesen Gedankengang für gekünstelt und sein Ergebnis für einen Trugschluß zu halten. Denn die ganze Ueberlegung, die der hier dem Sinne nach skizzierte Reformvorschlag der Reichsbank zur Unterlage hat, steht und fällt mit der Voraussetzung, daß in der deutschen Wirtschaft heute noch freie Mittel vorhanden sind, die sich ihrer Erfassung zu Kreditzwecken entziehen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so kann die Reichsbank nicht entlastet bzw. zu vermehrter Ausleihung auf kurze Frist befähigt, und der Zins nicht gesenkt werden. Die Umwandlung offener Handelskredite in Wechselkredite fügt ja dem Vorrat leihbereiten Geldes nichts hinzu. Und wenn auch die Reichsbank die so ungewandelten Kredite im letzten Drittel oder Viertel ihrer Laufzeit auf die eigenen Schultern übernehmmen will, so hat doch auch das wieder zur Voraussetzung, daß zunächst einmal die Bank von ihrem langfristigen Diskontmaterial befreit wird. Die Reichsbank kann also der Wirtschaft helfen, wenn diese ihr zuvor geholfen hat. So kehrt die Kette der logischen Folgerungen immer wieder an ihren Ausgangspunkt zurück: Die vorgeschlagene Neuorganisation des Kreditverkehrs ist wertlos, solange nicht der Nachweis erbracht ist, daß sich irgendwo in der Wirtschaft noch versteckte Mengen flüssigen Geldes befinden, die durch die Umorganisierung veranlaßt werden, sich in den Dienst des Kredits zu stellen, dem sie sich bisher entzogen haben. An das Vorhandensein solchen Geldes glaubt man aber heute nicht. Die Zeiten, da der Bauer bares Geld im Sparstrumpf ansammelte, sind längst vorbei. Eine Anhäufung unnötig großer Barreserven, die zugunsten eines erweiterten Kreditgeschäfts reduziert werden könnten, ist an keiner Stelle der Wirtschaft zu beobachten. Und freie Devisenvorräte bzw. Auslandsguthaben, die in deutsche Währung umgewandelt und in dieser Form ausgeliehen werden könnten, finden sich nur noch bei der Reichsbank. Die bei den

Digitized by Google

Privatbanken vorhandenen Bestände reichen nur eben hin, um die Institute für den Fall eines etwaigen plötzlichen Abrufs in Anspruch genommener Valutakredite zu sichern. Ueberdies würde eine Umwandlung von Dollars und Pfunden in Mark, die über die Bedürfnisse des Imports hinausginge, keine andere Wirkung haben, als Markbeträge, die in irgendwelchen Krediten gebunden sind, aus diesen herauszubrechen; sie würde also mehr Schaden als Nutzen stiften. Die einzige Möglichkeit der Konvertierung von Valuten in freie, dem Kreditverkehr neu zuzuführende Markbeträge bestände darin, daß die Reichsbank auf Grund ihres großen Vorrats an Deckungs-Devisen ihren Notenumlauf steigert, was infolge der Zweckbestimmung des ihr kürzlich zugeflossenen Erlöses der Dawes-Anleihe ohnehin in einem gewissen Umfange der Fall sein wird. Aber eben hiergegen wehrt sich die Reichsbank. Ihr Rundschreiben verdankt seine Entstehung ja gerade der Absicht, den Notenumlauf vor jeder Steigerung über das durch Reparationserfordernisse u. dgl. bedingte Maß hinaus zu bewahren, ohne daß die Diskontschraube zu diesem Zwecke angezogen werden müßte.

Es sieht also wirklich ganz so aus, als ob sich in der deutschen Wirtschaft keinerlei Barreserven befinden und auf absehbare Zeit hinaus befinden werden, mit deren Hilfe die Voraussetzungen für die von der Reichsbank angestrebte Kreditreform erfüllt werden könnten. In diesem Falle wäre naturgemäß das Rundschreiben der Reichsbank ein Schlag ins Wasser. Wir wollen in aller Kürze untersuchen, ob das tatsächlich der Fall ist.

Die übereinstimmende Meinung in Inland und Ausland geht heute dahin, daß die Klemme am deutschen Geldmarkt, die in Zinssätzen von 10 bis 15 Prozent zum Ausdruck kommt — ohne daß eine Risiko-Prämie für Geldentwertung in ihnen steckt —, auf den Kapitalschwund zurückzuführen sei, den die Inflation verursacht hat. Und man belegt diese Meinung mit Ziffern, von denen man annimmt, daß sie für sich selbst sprechen. Die Einlagen der deutschen Großbanken betragen heute, obwohl in ihnen ausnehmend hohe Auslandskredite stecken, nur ein Viertel, in besonders günstigen Fällen die Hälfte der Vorkriegseinlagen. Bei den Sparkassen ist der Einlagebestand sogar auf weniger als ein Zehntel, bei den Genossenschaften schätzungsweise auf ein Fünftel zusammengeschrumpft. „Kein Wunder, daß Angebot von und Nachfrage nach Leihkapital ein krasses Mißverhältnis aufweisen." Diese landläufige Anschauung ist grundfalsch. Die Verhältnisse am Geldmarkt haben mit der absoluten Höhe der Gelder, die unsere Kreditinstitute auf der Passivseite ihrer Bilanz ausweisen, nicht das mindeste zu tun. Die 40 Milliarden, die sich (in runder Summe) vor dem Kriege in der Verwaltung unserer Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften befanden, haben in keinerlei Beziehung zur Versorgung des Geldmarkts gestanden. Sie waren

Digitized by Google

bis auf einen ganz geringen Bruchteil, der als Barreserve flüssig erhalten wurde, in Anlagen festgelegt, über die näheres auf der Aktivseite der Bilanzen nachzulesen ist. Die Gelder haben in den Jahrzehnten, während derer sie zu der zuletzt ausgewiesenen Höhe angestiegen sind, zum erheblichen Teil sicherlich einmal den Geldmarkt passiert. An einem gegebenen Tage oder in einem gegebenen Jahre hat aber immer nur der Zuwachs der Gelder, und auch dieser nicht in seiner ganzen Höhe, zur Verfügung des Geldmarkts gestanden. Es kommt also hinsichtlich der laufenden Geldversorgung niemals auf den absoluten Stand der öffentlich ausgewiesenen Geldeinlagen an, sondern lediglich auf die Bewegung, die diese Einlagen durchmachen. Verfolgt man aber die Veränderungen, die der Einlagenbestand der erwähnten Institute im laufenden Jahre durchgemacht hat, an Hand der gelegentlichen offiziellen oder privaten Angaben — genaue Statistiken fehlen noch auf sämtlichen Gebieten des Kredit- und Sparverkehrs —, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Zunahme ziffernmäßig kaum hinter derjenigen der Vorkriegsjahre zurückgeblieben ist. Eine ganz rohe, notwendigerweise nach oben wie unten korrekturfähige Schätzung läßt den Zuwachs der Einlagen bei all den Instituten, bei denen er periodisch sichtbar zu werden pflegt, während des bisherigen Verlaufs des Jahres 1924 auf rund 5 Milliarden Mark annehmen.

Angesichts der geringen Zuverlässigkeit dieser Ziffer ist es äußerst wünschenswert, eine Gegenprobe zu machen, und eine solche ist auch, natürlich ebenfalls nur ganz roh, sehr wohl möglich. Man schätzte das deutsche Volkseinkommen vor dem Kriege auf 40 bis 50 Milliarden Mark, den für Anlagen aller Art verfügbaren Teil — den Vermögenszuwachs — auf 6 bis 8 Milliarden. (Dieser Vermögenszuwachs zersplitterte sich vor dem Kriege außerordentlich und mußte, wenn man ihn in concreto nachweisen wollte, aus zahlreichen Statistiken über die Kapitalsanlage herausgesucht werden: Aus der Emissionsstatistik, der Statistik der Lebensversicherungen, der Bau- und Hypothekenstatistik, der Bank- und Sparkassenstatistik usw., wobei Doppelzählungen zu berücksichtigen waren. Gegenwärtig, aber wohl nicht lange mehr, sammelt sich fast die Gesamtheit der Volksersparnisse bei den Kredit- und Sparinstituten.) Das Volkseinkommen kann heute, seinem Realwert nach, wohl nur auf etwa drei Fünftel des Vorkriegs-Einkommens geschätzt werden; in deutschem Gelde ausgedrückt, dessen Kaufkraft wie die aller Währungen wesentlich geringer ist als vor dem Kriege, dürfte es nicht erheblich hinter der Vergleichszahl von 1914 zurückbleiben, was Stichproben bestätigen. Dagegen ist der Koeffizient der Vermögens-Neubildung nicht nur effektiv, sondern auch in Mark beziffert, sicherlich ganz außerordentlich gesunken. Man wird ihn effektiv höchstens auf ein Drittel, nominal bestenfalls auf die Hälfte der Vergleichszahl von 1914,

Digitized by Google

also auf etwa 3 bis 4 Milliarden im ganzen Jahre, veranschlagen dürfen. Wohlgemerkt handelt es sich hierbei um keinen Netto-Vermögenszuwachs. Von einem solchen kann angesichts der Substanzverluste, die erst jetzt, im Stadium der Neubilanzierung der ganzen deutschen Volkswirtschaft, sichtbar werden, überhaupt keine Rede sein. Vielmehr handelt es sich um denjenigen Teil des Einkommens, der von den erfolgreich arbeitenden Schichten der Bevölkerung nicht konsumiert, sondern gespart worden ist; (und der den Grundstock der Ersparnisse bildet, die dazu bestimmt sind, im Laufe der Jahre die jetzt sichtbar gewordene Lücke im Nationalvermögen wieder aufzufüllen.) Man kann sonach annehmen, daß während der ersten zehn oder elf Monate des laufenden Jahres etwa 3 Milliarden Mark Volkseinkommen dem Konsum entzogen und zu Sparzwecken an die verschiedenen Gattungen von Kreditinstituten geflossen sind. Berücksichtigt man nun, daß von diesen Instituten auf der Passivseite gewaltige Summen ausgewiesen werden, die in Anspruch genommene Valutakredite darstellen, und daß diese Kredite mit 2 Milliarden Mark sicherlich nicht zu hoch, wahrscheinlich sogar zu niedrig angenommen sind, so erklärt sich ohne weiteres die Differenz zwischen den 3 Milliarden, die in Deutschland etwa gespart, und den 5 Milliarden, die den Kredit- und Sparinstituten zugeflossen sind. Es spricht also zum mindesten nichts dagegen, daß jene Ziffer von 5 Milliarden richtig ist.

Berücksichtigt man nun einerseits die verringerte Kaufkraft dieser 5 Milliarden, andererseits aber auch die Tatsache, daß Reich, Länder und Städte, diese großen Geldnehmer, die sonst mit ihrem Schöpflöffel aus dem Geldmarkte zu schöpfen pflegten, ihm in diesem Jahre ferngeblieben sind — weil sie ihren Bedarf im Steuerwege aus dem „Brutto-Einkommen" der Bevölkerung statt im Anleihewege aus dem „Reingewinn" entnommen haben —, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der deutsche Geldmarkt heute nicht viel schlechter wenn nicht gar ebensogut versorgt ist, wie in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Somit dürfte von einer Geldknappheit eigentlich nicht mehr die Rede sein, und die Hilfskredite der Reichsbank dürften keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen. Wenn dem tatsächlich nicht so ist, vielmehr noch immer ein deutlich fühlbares Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt herrscht, so ist die Ursache nicht etwa in einem sachlich begründeten exzeptionellen Bedarf der Wirtschaft zu suchen. Man spricht zwar heute sehr gern von einem „Wiederaufbau-Bedarf", der mit „Ankurbelungs-Krediten" über das Normalmaß hinaus befriedigt werden müsse, vergißt dabei aber, daß die meisten deutschen Gewerbe während der letzten Stadien der Inflationsepoche ein großzügiges Investitionsprogramm aufgestellt und in einem Grade verwirklicht haben, der die Produktionsfähigkeit weit über den Umfang

Digitized by Google

des unmittelbaren Bedarfs hinaus gesteigert hat. Der „Substanzverlust", über den die deutsche Wirtschaft klagt, rührt ja zum erheblichen Teil gerade daher, daß die Jagd nach Realwerten die Anlagen über das durch den Konsum gerechtfertigte Maß hinaus vergrößert und vervielfacht hat. Bei der Neu-Inventarisierung, die jetzt überall stattfindet, stellt es sich ziffernmäßig heraus, daß der Nutzen der Betriebe in einem ungenügenden Verhältnis zum investierten Kapital steht, und daß daher ein erheblicher Teil des letzteren einstweilen als brachliegend abzuschreiben ist; wobei die Hoffnung, daß der Bedarf allmählich in die vergrößerte Produktionsmöglichkeit hineinwachsen werde, zwar vorhanden ist, bilanzmäßig aber nicht zum Ausdruck kommt. Das Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage auf dem Geldmarkt rührt also weder von einem unzureichenden Angebot, noch von einem abnorm starken natürlichen Bedarf her, sondern ist im wesentlichen auf zwei Momente zurückzuführen, die für die gegenwärtigen Markt- und Geldverhältnisse charakteristisch sind.

Das erste dieser beiden Momente ist der notorische Ueberkonsum der innerdeutschen Wirtschaft. Dieser Ueberkonsum steht nur scheinbar im Widerspruch zu dem eben konstatierten Zurückbleiben der Nachfrage hinter der Erzeugungsfähigkeit, weil er sich nur auf ganz bestimmten Gebieten, insbesondere auf denen der Lebensmittel und bestimmter Artikel des billigen Luxus äußert, das heißt auf Gebieten, auf die das Investitionsprogramm der Inflationszeit nicht zugeschnitten ist. Der Ueberkonsum alimentiert die vergrößerten Anlagen nicht, weil er nicht mit ihrer Produktion zusammenfällt, sondern sich mit ihr kreuzt. An sich ist der starke Konsum, der sich auf den meisten Gebieten der unmittelbaren Bedarfsdeckung äußert, die selbstverständliche Kehrseite des niedrigen Standes der Vermögensbildung durch den Sparprozeß. Wir haben gesehen, daß das Einkommen der Bevölkerung, das ziffernmäßig — nicht effektiv — kaum noch weit hinter dem Einkommen der Vorkriegszeit zurückbleibt, in einem weit geringeren Ausmaße gespart wird wie früher, mit dem Effekt, daß nur etwa drei Milliarden (statt 6 bis 8 Milliarden) an den Geldmarkt gelangen. Wenn auch diese Minderversorgung den Geldmarkt von der Zuflußseite her nicht sonderlich schädigt, weil das Minus durch das Einströmen ausländischer Gelder ausgeglichen wird, so schädigt sie ihn doch von der Abflußseite her. Denn da die dem Sparprozeß entzogenen Gelder sich konsumtiv betätigen, also einen Verbrauch über das durch die Einkommenshöhe gerechtfertigte Maß hinaus herbeiführen, so veranlassen sie die Produkion, diesem Mehrbedarf durch Schaffung und Erweiterung von Anlagen, durch Organisierung von Handelswegen u. dgl. nachzukommen, d. h. Kapitalien neu zu investieren, zur selben Zeit, wo früher angelegte Kapitalien, insbesondere solche, die auf den Massenabsatz nach dem Auslande zugeschnitten sind, in erheblichem Umfange brach liegen. Es geht von dem Ein-

Digitized by Google

dringen abnorm großer Einkommensteile in den Tageskonsum eine Tendenz der Preissteigerung aus, die dazu reizt, den Geldmarkt zur Ausnutzung dieser eigentümlichen Konjunktur in Anspruch zu nehmen, obwohl gleichzeitig auf anderen Gebieten, z. B. in der Schwerindustrie, die Preise unter scharfem Druck stehen und zu Stillegungen oder zu eingeschränkter Ausnutzung der Anlagen führen. Während also da, wo während der Inflationszeit gewaltige Kapitalien festgelegt worden sind, mit kleinstem Gewinn oder gar mit Verlust gearbeitet wird, bieten sich anderwärts ungewöhnliche Gewinnmöglichkeiten, die zur Absorption neuen Kapitals führen, und zwar gerade deshalb führen, weil sich neues Kapital nur in ungenügendem Maße bildet. Denn würde ein höherer Prozentsatz der Einkommen zu den Kredit- und Sparinstituten fließen statt in die Läden, die der Befriedigung des kleinen Luxus dienen, so würde in einer ganzen Reihe von Gewerben der Anreiz des hohen Nutzens fehlen, und die Nachfrage nach Leihkapital zusammenschrumpfen.

Das zweite Moment, das schuld an dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Geldmarkt ist, muß in der übermäßigen Zersplitterung des Bank- und Kreditwesens erblickt werden. Es existiert heute streng genommen überhaupt kein Geldmarkt, dem nach den Gesetzen der Reservehaltung und Zinsbildung die Gelder zufließen, welche die Banken in den Zentralstädten, als Verwalter der Reserven zahlreicher Provinzialbanken, ihrerseits in Reserve zu halten wünschen, und die der organisierten Nachfrage nach Aushilfskredit ein entsprechend organisiertes Angebot entgegenstellen. Vielmehr zerflattert der Geldverkehr zur Zeit vollkommen, nicht nur, weil die Zahl der Kreditinstitute sich — selbst nach Abzug der neuerdings zusammengebrochenen Banken — mindestens verdreifacht hat, sondern vor allem deshalb, weil bei den neuen, zu Spezialzwecken gegründeten und von Nichtfachleuten verwalteten Instituten nicht etwa, wie es normal und gesund ist, der Einlagen-Zufluß den Umfang der Kredite, sondern umgekehrt der Umfang der in Aussicht genommenen Kredite die Einlagen bestimmt, die man mit aller Gewalt heranziehen und durch Passivkredite ergänzen muß. In dem Moment, wo die Gelder sich bei einem Institut der neuen Art sammeln, ist längst über sie verfügt, und zwar in einer Weise verfügt, die nicht von den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit, sondern von dem besonderen Zweck dikiert wird, zu dem irgend eine Person oder irgend eine Kommune das neue Institut errichtet hat. Es bleibt kein nennenswerter Rest, der dem offenen Geldmarkt zufließen könnte. Das Wenige, was an flüssig zu erhaltenden Geldern an den Markt sickert, genügt kaum für die kleinen Aushilfskredite, die heute diese, morgen jene Bank als „tägliches Geld" oder „Monatsgeld" oder „Devisenleihgeld" aufzunehmen wünscht. Die früher so respektable Reserve, die Anlage in erstklassigen Wechseln suchte,

Digitized by Google

fehlt vollständig, so daß ein Privatdiskontmarkt sich nicht bilden kann und die Banken ihren Akzeptkredit nicht auszunutzen imstande sind. Es ist bezeichnend, daß ein Institut vom Range der Deutschen Bank heute nur etwa ein Prozent seines Vorkriegs-Akzeptumlaufs unterhält, weil es an Reserven für diese früher so begehrte Interims-Anlage mangelt.

Soll das Gleichgewicht zwischen Geldangebot und Nachfrage wiederhergestellt und der Leihzins verbilligt werden, so kann es nur durch Ausmerzung der beiden genannten störenden Momente geschehen. Der Ueberkonsum muß durch vermehrte Sparsamkeit abgelöst, der desorganisierte Kreditverkehr muß um einen starken Geldmarkt herumgruppiert und so zu einer Einheit verschmolzen werden. Die erstere Forderung läßt sich auf taktisch-erzieherischem Wege nicht durchsetzen. Der durch die Inflation zu Boden geschlagene Spargedanke kann sich nur aus sich selbst heraus beleben, und wird es in dem Maße tun, wie die Erinnerung an den öffentlichen Diebstahl, den man am nationalen Spargut begangen hat, schwindet, und die Zuversicht sich befestigt, daß die Geldforderung, die aus dem Sparvorgange entspringt, keiner neuen Entwertung ausgesetzt ist. Hier heißt es, gesunde Währungspolitik treiben und das andere der Zeit überlassen. Dagegen läßt sich die zweite Forderung, die Wiederbelebung eines starken Geldmarkts, sehr wohl durch geeignete Zweckmaßnahmen erfüllen. Und unter diesem Gesichtswinkel gewinnt die im Rundschreiben der Reichsbank propagierte Kreditpolitik eine besondere Bedeutung.

Wir haben gesehen, daß die Voraussetzung, von der das Rundschreiben ausgeht, nämlich daß in der deutschen Wirtschaft freie Mittel vorhanden seien, die sich ihrer Erfassung zu Kreditzwecken entziehen, tatsächlich zutrifft. Die absolute Menge des verfügbaren, aus neugebildetem Vermögen und Auslandskrediten zusammengesetzten Geldes ist erheblich größer, als es den Anschein hat, weil sie sich allzu sehr zersplittert und zu einem großen Teil von ungeeigneten Händen in unwirtschaftlicher Weise verwendet wird. Macht die Reichsbank gegen alle diejenigen Institute Front, die einen Fremdkörper im Bankwesen bilden — eine neuere Auslassung des Reichsbankpräsidenten gegen die Auswüchse der Girozentralen, Kommunalbanken und Zweckbanken deutet derartiges an —, und weigert sie sich grundsätzlich, solchen Instituten Wechsel mit längerer als drei- bis vierwöchiger Laufzeit zu diskontieren, zo zwingt sie diese Banken zweiter Ordnung, in einem immerhin beachtlichen Umfange von der Weitergewährung unkaufmännischer Kredite Abstand zu nehmen. In zahlreichen Fällen wird die Folge sein, daß neu entstandene Kriegs- und Inflationsbanken Anschluß bei älteren, legitimen Banken suchen. Daraus würde sich eine allmähliche Zentralisierung des allzu zersplitterten Bankwesens ergeben, und es würde wieder zu einer gesunden Reservepolitik mit einem kräftigen Geldmarkt als Mit-

Digitized by Google

telpunkt kommen. Von diesem neu belebten Geldmarkt würde dann eine Nachfrage nach Diskontmaterial ausgehen, die es den Banken möglich macht, dem Wunsche der Reichsbank gemäß den Kontokorrentkredit weitgehend durch den Wechselkredit zu ersetzen. Ueberdies würde sich hier ein Reservoir für die Akzepte der Großbanken öffnen, die während der ersten zwei Drittel ihrer Laufzeit als Mittel der Reservehaltung vom freien Verkehr aufgenommen werden und erst im letzten Drittel zur Reichsbank fließen würden, die ihre Diskontierung bereits ausdrücklich zugesagt hat. Auf dieser Grundlage würde sich dann die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines dauernden und verhältnismäßig gesunden Auslandskredits durch die Banken eröffnen. Vor dem Kriege bildeten die Akzepte und Giros der Großbanken eine im Auslande überaus beliebte Deckung für Monats- und Quartalskredite. In Paris allein waren zuweilen deutsche Wechsel im Betrage von 1 Milliarde Mark „in Pension". Alle diese Möglichkeiten werden Tatsache werden, sobald der Rückhalt eines starken Geldmarkts gegeben ist, der seinerseits Rückendeckung bei der Diskontbereitschaft der Reichsbank findet. So angesehen, ist das Rundschreiben der Reichsbank trotz stilistischer Mängel und dogmatischer Irrtümer ein beachtenswertes Dokument und eine Hoffnung.

Alfred Lansburgh.

Der gegenwärtige Stand des chinesischen Geldwesens.

Dem Herkommen nach beginnt die Schilderung des Geldwesens eines Landes mit der Feststellung, es habe Silberwährung, oder Goldwährung, oder Papierwährung — jedenfalls aber irgendeine „Währung".

Wollten wir an die Spitze dieser kleinen Schilderung des chinesischen Geldwesens eine derartige Feststellung setzen, so würde es uns einigermaßen schwer werden, den rechten Begriff zu finden. Die allgemeine Auffassung geht wohl dahin, China habe eine Silberwährung; und sicherlich spricht manches für diese Auffassung. Aber auf der andern Seite gäbe es solcher Behauptung gegenüber nicht minder stichhaltige Einwände von beträchtlicher Beweiskraft.

Bei näherer Untersuchung zeigt sich, daß auf das Geldwesen Chinas der Begriff der Währung im europäisch wissenschaftlichen Sinne überhaupt nicht ohne weiteres anzuwenden ist. Seit dem Kriege haben wir auch in Europa lernen müssen, daß die alten Auffassungen vom Geldwesen im Fluß der modernen Wirtschaft nicht mehr sämtlich stichhalten. So darf es uns schließlich auch nicht Wunder nehmen, wenn wir auf dem Boden einer so

Digitized by Google

andersartigen Kultur und innerhalb eines so fremdartigen Organismus nicht ohne weiteres unseren heimischen Maßstab anlegen können.

Im strengen juristischen Sinne Knapps, für den Geld das ist, was staatlich anerkannte Geltung besitzt, gibt es in China überhaupt kein Geld und keine Währung, entgegen dem gemeinen Sprachgebrauch, dem es nicht einfallen wird, China Geld und Geldwesen abzusprechen.

Um den prinzipiellen Unterschied zwischen chinesischem und europäischem Geldwesen zu begreifen, bedarf es eines kurzen Blickes auf die ganz andersartigen Bedingungen des gesellschaftlichen Aufbaues in China und Europa. In Europa, und vor allen Dingen im Europa der neueren Zeit, sind wir gewohnt, den Staat eine beträchtliche Rolle im Wirtschaftsleben spielen zu sehen. Gerade im Geldwesen ist er seit langen Zeiten der eigentliche Regulator, und da es sich hier um eine öffentliche Angelegenheit ersten Ranges handelt, die nur innerhalb des Gesamtstaates zur Zufriedenheit Aller geregelt werden kann, so können wir uns eine andere Lösung kaum vorstellen. Es geht dies in unsern Tagen so weit, daß die Existenz mehrerer örtlicher Währungen innerhalb desselben Staates als unvereinbar mit der Idee des Staates überhaupt angesehen wird. Ist ein Staat soweit gekommen, daß ihm eine zentrale Regelung des Geldwesens nicht mehr möglich ist, so ist das schon gleichbedeutend mit dem völligen Zusammenbruch seiner inneren Einheit als Staat. Und wenn wir in den letzten Jahren im wirtschaftlich zerrütteten Deutschland Versuche zu dezentralisierter, privat-eigenmächtiger Regelung des Geldwesens gesehen haben, so waren dies für unser Gefühl bereits deutliche Zeichen des Zusammenbruchs unserer ganzen staatlichen Organisation, die sich denn auch mit ihrer letzten Kraft zur Bekämpfung dieser Zersetzungserscheinungen aufraffte, um sich selbst zu erhalten.

In China hat es eine machtvolle Währungspolitik des Staates niemals gegeben. Und es ist im Grunde für das heutige China ein Glück, daß die europäischen Währungsreformer, die in neuerer Zeit auch auf diesem Gebiete dem europäischen Vorbild in China Geltung verschaffen wollten, nicht durchgedrungen sind. Denn bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage würde ein Geldwesen in Händen der Zentralmacht für diese zwar eine höchst wirksame Waffe, für das Land und seine Wirtschaft aber die völlige Zerrüttung aller Ordnung bedeuten.

Die chinesische politische Verfassung ist von jeher ausgesprochen auf Dezentralisation aufgebaut. Wird die soziale Einheit bei uns letzten Endes durch die Zentralmacht von oben her mit Gewalt aufrechterhalten, so ist es in China umgekehrt: die soziale Organisation ist stufenweise von unten her geordnet, durch Aufeinanderschichtung von Familienorganisationen, Dorforganisationen, Provinzorganisationen, durch die sich als vermit-

Digitized by Google

telndes Band — aber nicht wie verderblicherweise bei uns als einziges — die Berufsorganisation schlingt. Familien- und landsmannschaftliche Organisationen stehen in Wechselwirkung mit der beruflichen, und dadurch wird ein Gleichgewicht erzeugt, in dem ebensowohl eine allzu große Dezentralisierung, die der kulturellen und politischen Einheit des Gesamten schaden könnte, wie eine allzu große Absonderung der Klassen von- und gegeneinander, wie es der typische Ausdruck unserer „sozialen Frage" ist, vermieden werden.

Dadurch, daß jeder der unteren Verbände in sich geschlossen seine Aufgaben selbständig erledigt, kann er bestehen auch ohne Existenz der höheren Organisation, kann absolute Ordnung herrschen, auch wenn die höhere politische Macht völlig zerrüttet ist. Natürlich hängt, wenn dieser Fall tatsächlich eintritt — wie beispielsweise heute, wo die Zentralmacht faktisch in dem weitaus größten Teile des Reiches kaum noch einen direkten Einfluß besitzt —, hier wie überall alles von den Führern dieser kleineren Verbände ab; und in Zeiten der Militärherrschaft, wie in der Gegenwart, gibt es genug der Mißstände, die uns unfaßbar und mittelalterlich dünken. Nichtsdestoweniger aber wird die soziale und wirtschaftliche Ordnung aufrechterhalten, was bei uns sicher unter solchen Bedingungen nicht der Fall wäre, und dies einfach darum, weil der innere Zusammenhalt der alten, überkommenen chinesischen Organisation in Einzelverbänden so stark ist, daß er für lange Zeit aus sich heraus die Aufrechterhaltung der Ordnung gewährleistet, ohne daß eine eigentliche politische Macht vorhanden ist.

Eine derartige Organisation bedingt aber, daß auch die finanzielle Leitung der Gemeinschaft völlig dezentralisiert ist, und eben diese Tatsache muß ausschlaggebend für jede gegenwärtige und künftige Geldverfassung des Landes sein. Nicht das Reich als solches, sondern die lokalen Verbände erheben Steuern; das erstere ist dadurch völlig von den letzteren abhängig. Verliert, wie heute, die Zentralmacht sowohl Vertrauen wie Macht, so ist es von allen Einkünften entblößt, und es tritt der Zustand der Gegenwart ein, wo die Zentralgewalt eines Landes von 400 Millionen Einwohnern einfach nicht die Mittel besitzt, um ihre Minister und Beamten in der Hauptstadt zu besolden. Es gilt eben in ganz China der Grundsatz, daß jeder Unterverband durch den Ueberschuß seiner Einkünfte den höheren erhält. Hat dieser weder Macht noch Vertrauen genug, um diese Abführung durchzusetzen, so ist er kaltgestellt und kann nicht weiter funktionieren, ohne daß deshalb die Unterverbände in ihrem selbständigen Dasein irgendwie beeinflußt würden.

Es ist hier nicht der Ort, diese Landesverfassung auf ihre Licht- und Schattenseiten zu untersuchen. Es genügt der kurze Hinweis auf den fundamentalen Unterschied gegenüber unserem sozialen Leben, um zu erklären, warum sich auch das Geldwesen

Digitized by Google

so ganz anders gestalten mußte, und warum an eine wirklich wirksame Zentralisierung des Geldwesens in China in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Die Schaffung des Geldes ist im wesentlichen immer Sache der Einzelorganisationen oder der Privaten gewesen. Wohl gibt es mehr als eine Ausnahme in der chinesischen Geschichte, besonders in Zeiten starker zentraler Macht. Bekannt ist das Papiergeld der Mongolendynastie, das ein Beispiel moderner Inflationswirtschaft schon vorwegnahm. Aber eine genauere Untersuchung dieser geschichtlichen Entwicklung ist vorläufig kaum möglich infolge der noch zu geringen europäischen Kenntnis chinesischer Geschichtsquellen. Fest steht nur, daß es in China seit der Chou-Dynastie, also seit etwa der griechischen Zeit, Bronzemünzen gab, sowie zu manchen späteren Epochen Silbermünzen, bis seit etwa dem Jahre 1000 der Sycee oder Silberschuh — mit dem Tael als Einheit — zur Silbermünze und Rechnungseinheit des Großhandelsverkehrs wird.

Im Geldwesen des vorigen Jahrhunderts spielt noch der Bronzekaesch — aus Kupfer mit etwa 50 Prozent Blei bestehend — die ausschlaggebende Rolle für den ganzen Binnenverkehr. Die Münzen sind lokal, meist von den Provinzialregierungen hergestellt, und es gibt die zahlreichsten Prägungen und Gehalt-Zusammensetzungen; aber im Kleinverkehr wird doch dies Geld allgemein der Zahl nach gewertet, stellt also eine echte Münze dar. Wir können wohl sagen, China habe damals eine Bronzewährung gehabt. Da Kupfer im eigenen Lande nicht in genügendem Maße vorhanden war, so war es immerhin wertvoll genug, um für den Kleinverkehr einigermaßen zu genügen. Freilich nur einigermaßen und auch nur für den Kleinverkehr. Bei größeren Summen mußte dieses Geld natürlich höchst unbequem für den Transport werden. Hier besaß der Großverkehr im Tael eine wertvollere Einheit. Der Tael war keine Münze, sondern lediglich eine Gewichtseinheit, eine Unze Silber. Für den Handelsverkehr waren Barren üblich von abgestempeltem Gewicht und Feingehalt. Da aber auch diese Kontrolle lediglich Sache der Ortsbehörden war, so entwickelten sich überall lokale Zahlungsgebräuche, mit dem Erfolg, daß im wesentlichen jeder wichtigere Handelsort einen eigenen Tael besaß, der nur für seinen wirtschaftlichen Bezirk maßgebend die Geldeinheit des Großverkehrs bildete, während bereits der Nachbarhandelsort eine andere Einheit hatte. Soweit man Ueberweisungen von einem zum andern Ort machen wollte, mußten die Standardbarren des einen Bezirks in solche des andern umgewandelt werden. Das gab einen Schmelzverlust und führte zur selbständigen Kursbildung des einen zum andern Tael. Die verschiedenen Taels differierten voneinander bis zu 10 Prozent und mehr im Wert.

In dieses Geldwesen brachten die Europäer einen Fremdkörper in Gestalt bestimmter Silbermünzen — spanischer und mexi-

Digitized by Google

kanischer Dollars usw. —, die der Bequemlichkeit halber in den offenen Seehandelsplätzen bald allgemeinen Umlauf fanden. Es handelte sich selbstverständlich auch hier um reine Handelsmünzen, die letzten Endes nach dem Silbergehalt gewertet wurden. Immerhin wurden sie teilweise die Basis neuer abstrakter Rechnungseinheiten.

In der weiteren Entwicklung gingen verschiedene chinesische Provinzen dazu über, ebenfalls Dollarstücke zu prägen, die nun neben den fremden Münzen zirkulierten. Da ein einheitlicher Plan diesem Vorgehen, das Anfang der 1890er Jahre einsetzte, nicht zugrundelag, so war eine weitere Verwirrung durch Münzen der verschiedensten Gehalte und Gewichte die Folge.

Seit 1911 wurde unter der Republik eine chinesische Dollarprägung versucht, doch da auch ihre Träger die Provinzen sind, so sind nach wie vor die Münzen der verschiedenen Prägungsstätten nicht völlig gleichwertig; ja infolge mangelhafter Prägungstechnik weichen selbst die Stücke derselben Münze bis zu ¼ Prozent voneinander ab, ein Fehler, der genügt, um eine rein nominelle Geltung im Großhandel völlig auszuschließen.

Mittlerweile hat, ebenfalls unter europäischem Einfluß, auch die Volkswährung des Kaesch eine völlige Umgestaltung erfahren. Man versuchte, einheitliche Kupfermünzen einzuführen und diese nach europäischem Vorbild in ein festes Verhältnis zum Dollar zu setzen. Da ein Tael früher etwa 1400 Kaesch wertete, und ein Dollar etwa 0,71 Tael entsprach, so wählte man die Relation: 1 Dollar gleich 100 cents a 10 Kaesch und prägte Centmünzen, insbesondere Stücke zu 1 und 2 cents. De facto ließ sich diese Relation aber niemals aufrechterhalten. Auch der Kupfercent war eben keine Scheidemünze, kein Zeichengeld, sondern eine Ware. Es war ein Geschäft für die Münzen, Centstücke zu prägen, solange sie im Verhältnis zum Dollar mehr werteten als die Kosten von Kupfer und Silber, wobei man sich obenein Münzverschlechterungen erlaubte. Bereits 1918 waren tatsächlich 130 cents gleich einem Dollar, 1920: 140, 1924 sind es schon reichlich 200 geworden. Da das Volk größtenteils in dieser Währung rechnet, so bedeutet das für den Arbeiter eine empfindliche Lohnentwertung und alle Uebel der Inflation.

Das starke Hereinströmen von Kupfer mußte ohnehin mit dessen Entwertung Hand in Hand gehen. Das bedingte wiederum, daß der Kaesch als Münze allmählich an Bedeutung immer mehr verlor, da er als Einheit einfach zu klein war. Lange Zeit hat trotz der weiteren Verbreitung des Cent sich der alte Bronzekaesch daneben erhalten, aber selbstverständlich als selbständige Einheit; er stand tatsächlich niemals im Wertverhältnis 1 : 10 zum Cent, wie es eigentlich gedacht war. Allmählich hat ihn dann das Hinaufschnellen des Kupferpreises auf dem Weltmarkt infolge des Krieges zum Verschwinden gebracht: Ueberall wurden die alten Kaeschmünzen eingeschmolzen und exportiert und dann durch

Digitized by Google

Prägung neuer Kupfercentmünzen ersetzt. So ist innerhalb weniger Jahre die alte Landesmünze Chinas so völlig verschwunden, daß man ihr heute kaum noch irgendwie einmal im Verkehr begegnet. Selbst in Innerchina gehört sie bereits zu den Seltenheiten.

Gleichzeitig drang in dem Maße, wie der fremde Handel sich tiefer in das Inland hinein erstreckte, der Dollar immer weiter vor. Er wurde Zahlungsmittel des Großverkehrs nicht so sehr an den Großhandelsplätzen — dort hielt man an der Taeleinheit und dem hierauf basierenden Bankverkehr fest —, als des Binnenhandels außerhalb der großen Zentren der Provinz. Dort spielt er heute eine beträchtliche und immer wachsende Rolle, während er in den Seehandelsplätzen eigentlich nur die Münze des mittleren Verkehrs ist. Denn hier, wo ein ausgedehnter europäischer Bankverkehr sich an den bereits vorhandenen hochorganisierten chinesischen anschloß, erwies sich die Rechnungseinheit des Tael, da nicht von Prägungsdifferenzen beeinflußt, als die weitaus günstigere. Für den internationalen Wechselverkehr ist denn auch der Tael die eigentlich maßgebende Währung Chinas. Man wechselt sein Gold gegen Taels um, und nur in diesen wird es notiert. Will man Dollars haben, so bedarf es einer zweiten Umwechslung aus Taels in Dollars, für Zwecke des Kleinverkehrs von Taels in Kupfercents. Dem Kupfercent ist übrigens allgemein im Volksmunde die Bezeichnung des alten Kaesch verblieben, der selbst spurlos verschwunden ist: man redet selten von 1 Cent, sondern meist von 10 Kaesch.

Der Tael ist auch das Zahlungsmittel des inneren Bankverkehrs. Störend wirkt hierbei natürlich die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Taels. Neben dem staatlichen Kuping Tael und dem Haikwan Tael des Seezolls sind hier die Taels von Shanghai, Tientsin, Canton und Hankow als der Haupthandelsplätze für den fremden Handel am wichtigsten, des weiteren aber hat nach wie vor jeder wichtige Binnenplatz seinen eigenen Tael.

Der Tael also, nicht der Dollar, ist allgemein die Einheit des Bankverkehrs. Der Dollar, obgleich einigermaßen einheitlich überall in den Provinzen geprägt, gilt dennoch rein als lokale Münze. Das drückt sich darin aus, daß ich zum Beispiel nicht eine Dollarüberweisung von Shanghai nach Hankow machen kann, obwohl ich denselben Silberdollar, den ich in Shanghai erhalte, auch in Hankow wieder als Silberdollar ausgeben könnte. Vielmehr muß ich für die Ueberweisung erst in Shanghai eine Umwechslung von Dollars in Shanghai Taels vornehmen, für diese Shanghai-Taels eine Tratte in Hankow-Taels kaufen, und gegen diese Hankow-Taels wieder Dollars in Hankow kaufen: also eine dreimalige Umwechslung, natürlich mit jedesmaligem Kursverlust.

Diese Handhabung des Ueberweisungsverkehrs erscheint zunächst eigenartig und fast nur dazu gemacht, um den Banken Gelegenheit zu Kursgewinnen zu geben. Die Gründe leuchten je-

Digitized by Google

doch bei näherem Nachdenken ein. Wenn auch der in Shanghai umlaufende Dollar für den kleineren Verkehr praktisch dem in Hankow umlaufenden gleichwertig ist, so doch nicht ohne weiteres für den Großverkehr. Was ein Dollar wert ist, entscheiden ja doch nur die Usancen des lokalen Bezirks. Außerdem haben die Unterschiede der einzelnen Dollarsorten, die bis zu ½ Prozent und mehr gehen, für den Großverkehr sehr wohl eine Bedeutung. Schließlich aber, und das dürfte ausschlaggebend sein, spielt die Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle. Die Transportkosten können besonders zwischen Inlandsplätzen wegen der allgemeinen Unsicherheit oft sehr groß sein. Die Uebertragung der vorhandenen Barvorräte nach anderen Landesteilen wird bei uns durch die Zentralbanken bewerkstelligt, und bei unseren Verkehrsverhältnissen finden wir diese ihre Aufgabe kaum erwähnenswert. Wenn aber, wie in China, weder eine Zentralbank existiert, noch Verkehrsverhältnisse, die man als einfach bezeichnen könnte, so kann diese Frage eine erhebliche Bedeutung erlangen.

Der Dollar wird eben in seinem Verhältnis zum Tael durchaus mitbestimmt durch den jeweiligen Bedarf an Barmitteln, den der Verkehr hat. In dem Maße, wie der Dollar zu einem wichtigen binnenländischen Zahlungsmittel wird, hängt auch sein Kurs zum Tael, also zum ungemünzten Silber, wesentlich von der jeweiligen Nachfrage des Inlands nach Silbermünzen ab. Diese Nachfrage aber ist in China sehr verschieden. Es besteht nämlich im chinesischen Wirtschaftsverkehr die Sitte, daß zwar im Laufe des Jahres ein ausgedehntes Kreditsystem allseitig wirksam ist, daß aber sämtliche kurzfristigen Verbindlichkeiten zu Ende des Jahres, zu Chinesisch-Neujahr, zu lösen sind. An sich ist das eine sehr gesunde Praxis bei der herrschenden Verkehrsunsicherheit; aber andererseits legt die allgemeine Liquidation das ganze Wirtschaftsleben auf mindestens einen Monat gänzlich lahm. Vor allen Dingen wächst zu dieser Zeit natürlich der Geldbedarf ganz gewaltig, der zur Bewerkstelligung aller Zahlungen sich einstellt. So geht auch der Dollarkurs meist in dieser Epoche erheblich herauf, um im chinesischen neuen Jahr, nach Rückströmen der Gelder zu den Banken, wieder auf ein wesentlich niedrigeres Niveau zurückzugehen. Diese Schwankungen des Dollarkurses sind nicht unerhebliche.

Da nach dem vorstehend Ausgeführten alles Geld in China trotz der gleichklingenden Bezeichnungen tatsächlich lokales Geld bzw. Geld von beschränktem Geltungskreis ist, so ist es natürlich, daß es auch nur lokale Banknoten gibt. Es gibt Banknoten und provinziale Noten, die über Dollars wie über Taels lauten. Bei letzteren ist es ohne weiteres klar, daß sie nur da Geltung haben können, wo der betreffende Tael gültig ist. Aber auch bei ersteren handelt es sich nur um ein lokales Geld, aus denselben Gründen, wie sie oben bei der Dollarüberweisung darge-

Digitized by Google

legt wurden. Das geht so weit, daß z. B. eine Bank in Tientsin die Noten ihrer eigenen Filiale in Hankow nur unter Berechnung des üblichen Abschlages, also nicht einfach zum Nennwert, in Zahlung nimmt. Neben den Noten der Provinzen und der europäischen Banken zirkulieren zahlreiche chinesische Noten, da irgendwelche Ausgabebeschränkungen nicht existieren. Ob und in welchem Umkreis solche Noten genommen werden, ist rein eine Frage des Kredits der betreffenden Bank. Im übrigen spielen gerade im chinesischen Bankverkehr Schecks und kurzfristige Wechsel eine größere Rolle als Banknoten. Den Zwecken des Großverkehrs entsprechen sie besser, der Kleinverkehr aber hat sich nur in den großen fremden Handelsniederlassungen an Noten gewöhnt und bevorzugt im Landesinnern das Hartgeld. Innerhalb der Handelsplätze ist als eine besondere Abart des Schecks noch die sog. Kompradore-Order zu erwähnen. Der chinesische Komprador, dessen Stellung im allgemeinen die eines selbständigen Kaufmann ist, der nur in einem besonders engen Verhältnis zu der fremden Firma steht, für die er arbeitet, ist im allgemeinen zugleich deren Kassenhalter und, wie fast jeder größere chinesische Kaufmann, eine Art kleiner Bankier. Es ist seitens der Firma wie auch ihrer Angestellten im weitgehendsten Maße üblich, Zahlungen durch Anweisungen auf den Kompradore auszuführen, die völlig wie Schecks umlaufen.

Neben den Silbernoten sind auch im lokalen Verkehr Noten über Kupfer im Umlauf, und zwar neben den sogenannten Cash Notes der Provinzen etc. insbesondere die Cash Shop Notes, von großen Geldwechslern in Umlauf gesetzt. Ihre Sicherheit ist natürlich eine begrenzte; trotzdem erzielen sie vielfach ein Aufgeld gegenüber ihrem Nennwert, da die Kosten des Transports von Kupfergeld sehr erheblich sind und es eine wesentliche Vereinfachung darstellt, wenn man größere Umsätze mit Hilfe von Anweisungen bewerkstelligen kann.

Schließlich erfährt das Münzwesen noch eine weitere Komplizierung durch die Existenz des Silber-Scheidegeldes. Begünstigt durch das Verlangen der Europäer nach einem handlicheren kleinen Gelde, als es die Kupfermünzen darstellen, fand allmählich eine wachsende Prägung von kleinem Silber statt. Eine wirklich bedeutende Rolle spielt es allerdings nur in wenigen großen Plätzen, wie in Shanghai, wo es allgemein im Kleinverkehr verwandt wird, während schon an einem Platze wie Hankow das kleine Silber durchaus nebengeordnet ist und eigentlich nur eine bequemere Zwischenmünze für den Gebrauch des Europäers darstellt. Dieser bezahlt z. B. den Rickshaw-Kuli nach Möglichkeit in kleinem Silber, um nicht dauernd die Taschen voll Kupfer herumschleppen zu müssen. Der Kuli nimmt das kleine Silber, aber nicht um es für seine Bedürfnisse direkt zu verwenden, sondern um es vorerst in Kupfer zu wechseln, in dem er zu rechnen gewöhnt ist.

Digitized by Google

Da auch das kleine Silber Lokalgeld ist und keinerlei Annahmezwang besitzt, so hat es seinen eigenen Wert entsprechend seiner Ausprägung. An die Stelle der vollwertigen Prägung ist rasch die Münzverschlechterung getreten, so daß heute in den mittelchinesischen Provinzen meist 12 Zehncentstücke und einige Kupfermünzen erst den Wert eines Dollars repräsentieren. In Nordchina hat man unter Yuanschikai versucht, zu vollwertigem kleinen Silber zurückzukehren; die kleinen Münzen mit seinem Bilde entsprachen infolgedessen eine Zeitlang tatsächlich ihrem Nennwert, d. h. 10 Cents galten ein Zehntel Dollar. Doch ist in den letzten Jahren auch hier bereits wieder eine Verschlechterung eingetreten, so daß man von diesem Kleingeld jetzt etwa 10½ auf einen Dollar rechnet.

Aus dem Ganzen ergibt sich ein außerordentlich verworrenes Bild des chinesischen Geldwesens. Grundlegend ist, daß im Gegensatz zum abstrakten Geldbegriff des modernen Europas hier ganz allgemein noch reines Substanzgeld vorherrschend ist, eng an ein Metall als Ware geknüpft. Dies Metall ist für den Kleinverkehr das Kupfer, für den Großverkehr das Silber. Falls man überhaupt in unserem Sinne von Währung sprechen will, herrscht also Parallelwährung, wobei das Verhältnis zwischen Kupfer- und Silbergeld letzthin abhängig von dem Wertverhältnis beider Metalle zueinander ist. Dieser Zustand wird verschleiert durch die Tatsache, daß es Münzen gibt. Da diese aber weder irgendeinen Annahmezwang haben, noch wirklich gleichwertig sind, so stellen sie tatsächlich nur ein Stück Metall von annähernd bekanntem Wert dar. Der Großverkehr rechnet somit mit reinen Metallgewichtseinheiten: der Tael ist eine Art Mark Banko. Nur auf dieser reinen Metallgewichtseinheit hat sich an den Haupt-Küstenplätzen ein größerer abstrakter Geld- und Bankverkehr entwickeln können, während der Dollar hierfür nicht die Grundlage bietet, solange nicht eine wirklich einheitliche Prägung gewährleistet ist. Der Dollar setzt sich dagegen im Großverkehr des Binnenlandes mehr und mehr durch. Dort fallen die Unregelmäßigkeiten weniger ins Gewicht gegenüber dem Vorteil eines einheitlichen Zahlungsmittels. Bei den allgemeinen Schwankungen, denen dort unter den heutigen Verhältnissen jeder Verkehr ausgesetzt ist, spielen die kleinen Wertdifferenzen im Binnenlande keine so wesentliche Rolle, wie sie es im geordneten und scharf kalkulierenden Bankverkehr der Seeplätze tun.

Vorläufig wird eine wesentliche Aenderung der bestehenden Geldverfassung wohl kaum in Frage kommen. Eine durchgreifende Neuordnung des Geldwesens könnte nur von einer straffen Zentralgewalt ausgehen. Aber auch bei einer Wiedereinigung des Reiches wird aus geschichtlichen Gründen die Selbständigkeit der Provinzen immer eine derartige sein, daß an eine straffe Regelung kaum zu denken ist. Die konservative Beharrungskraft der chinesischen Provinz ist noch auf lange Zeit viel zu stark, als

Digitized by Google

daß eine rein vernunftmäßige zentrale Neuordnung möglich wäre. Aus dem gleichen Grunde wird auch von der Kupferwährung im Binnenlande nicht so leicht abgegangen werden. Es ist vielmehr mit der Tatsache zu rechnen, daß auf absehbare Zeit ein dem gegenwärtigen ähnlicher Zustand bestehen bleiben wird: Kupferwährung des Binnenkleinverkehrs, Dollarrechnung des Binnengroßverkehrs, reine Silbergewichtswährung (Tael) in den großen Haupthandelsplätzen. Was sich vielleicht in absehbarer Zeit erreichen ließe, wäre lediglich eine Vereinheitlichung der verschiedenen Taelrechnungen. Aber auch hier wird der chinesische Konservativismus und der Eigennutz der an den Kursdifferenzen profitierenden Banken noch auf lange hinaus jeder Neuregelung einen starken Widerstand entgegensetzen.

Ein Beispiel möge kurz noch einmal die Schwierigkeiten beleuchten, die sich aus diesem Zustande des Geldwesens für den Handel ergeben. Verfolgen wir den Weg einer Ware aus dem Innern bis zur Verschiffung, so ergibt sich das folgende Bild:

Der Käufer im Inland beschafft sich für lokale Taels (etwa Chungking-Taels, wenn er in Szechwan einkauft) durch Umwechslung Dollars und Kaesch. Mit ersteren bezahlt er die Ware, ferner evtl. die Flußfracht, mit letzteren alle entstehenden Arbeitslöhne sowie die Beträge, die er der Verschiffung mitgeben muß zur Bezahlung der lokalen Abgaben und Zölle. Er zieht darauf eine Tratte in Hankow-Taels auf Hankow, verkauft diese Tratte in Chungking gegen Chungking-Taels und deckt mit dem Erlös die zur Einwechslung der Dollar und Kaesch aufgenommenen Chungking-Taels ab. In Hankow muß nunmehr die Tratte in Hankow-Taels abgedeckt, es müssen ferner weitere Beträge in Hankow-Taels vorgeschossen werden, aus denen einmal in Taels Flußfracht nach Shanghai und Seefracht zu bezahlen sind, sodann wiederum Dollars und Kaesch eingewechselt werden müssen, erstere, um Angestelltenlöhne und mancherlei andere größere Kosten zu bestreiten, letztere, um die für die Fertigmachung der Ware zum Export notwendigen Löhne zu begleichen. Bei der Verschiffung wird nunmehr eine Tratte in Pfund oder Golddollars auf das betreffende Bestimmungsland der Ware gezogen. Diese Tratte wird wiederum gegen Hankow-Taels verkauft und so schließlich ein endgültiger Ausgleich für die ganzen verauslagten Silberbeträge geschaffen, so daß die Ware nunmehr in Gold einsteht und am Bestimmungshafen abgerechnet werden kann.

Eine Vereinfachung ist nur teilweise möglich durch Umgehung des Chungking-Taels. Doch zu diesem Zwecke bedarf es einer Verbringung von Dollars ins Inland, und es fragt sich, ob die Kosten solchen Geldtransports ins Innere unter den gegebenen Umständen nicht zu teuer sind. Außerdem müssen natürlich auch in diesem Falle gegen die Dollars teilweise Kaesch eingewechselt werden.

Digitized by Google

Oder beim Importgeschäft: die Ware wird im Inland gegen Dollars verkauft. Die Dollars müssen in lokale Taels umgewandelt werden. Für diese wiederum wird eine Shanghai-Tratte gekauft; in Shanghai endlich für die Shanghai-Taels Golddollars oder Pfunde zur Ueberweisung ins Herkunftsland. Also auch hier bereits eine dreimalige Umwechslung. Man sieht, daß China für das Bankgeschäft ein gesegnetes Land ist. Und tatsächlich spielt für dieses Land mit seinem an sich so primitiven Geldwesen gerade wegen dessen Kompliziertheit das Bankwesen eine mindestens ebensogroße Rolle wie in der ausgedehnten Kreditwirtschaft der europäisch-amerikanischen Handelswelt mit ihrem viel entwickelteren abstrakten Geldbegriff.

Dr. O. Garrels, z. Zt. Hankow.

Der deutsche Geldmarkt während der Stabilisierungsperiode.

Der Regenerationsprozeß der deutschen Wirtschaft ist heute glücklicherweise schon recht weit gediehen. Die Wege, die aus dem Dunkel des Währungszerfalls herausführen, sind zum Teil mit Erfolg beschritten worden, zum andern Teil zeichnen sie sich in der Richtung des weiteren Abbaues von notgeborenen Maßnahmen, Verordnungen und Gesetzen deutlich ab. Wenn auch noch vieles zu tun und noch mehr zu unterlassen sein wird, so verlohnt es sich doch, einen Rückblick auf die Uebergangsperiode zu werfen, die zeitlich mit der Existenz der Rentenbank zusammenfällt. Dabei soll im folgenden nur die geld- und kreditwirtschaftliche Seite des Sanierungsprozesses rekapituliert werden. Während dieser Uebergangszeit lassen sich deutlich zwei Abschnitte unterscheiden. Und zwar beginnt der erste Abschnitt mit dem Zeitpunkt, an dem das Sinken der Mark zum Stehen gebracht wurde, d. h. mit der Einführung der Rentenmark am 15. November v. J. Er endet etwa mit dem Restriktionsbeschlusse der Reichsbank vom 7. April d. J. Hier beginnt der zweite Abschnitt, dessen Hauptinhalt die Vorbereitung und teilweise auch die Durchführung der im Dawes-Plan vorgesehenen Maßnahmen bilden.

Die Scheinblüte der Inflation hatte zu einer Erweiterung der Produktionsstätten und zu einer Unzahl neuer, vielfach eines finanziellen Rückgrats entbehrender Unternehmungen geführt, deren Existenz bald durch die infolge der Markstabilisierung einsetzende beispiellose Kreditnot in Frage gestellt wurde. Die Reichsbank stellte zwar aus den ihr von der Rentenbank überlassenen Geldern den einzelnen Gewerben ungeheure Arbeitskredite, davon die Hauptquote von ca. 2 Milliarden zu dem relativ billigen Banksatze, zur Verfügung. Aber selbst dieser Zufluß blieb hinter den An-

Digitized by Google

forderungen weit zurück. Das Mißverhältnis zwischen Geldnachfrage und Geldangebot mußte naturgemäß das Ausmaß der Zinssätze wesentlich beeinflussen. Gemildert wurden die Sätze aber in außerordentlichem Maße dadurch, daß das Risiko der Geldentwertung in ihnen immer weniger und schließlich gar nicht mehr zum Ausdruck kam. Die Sätze weisen demnach in der ersten Periode eine stark fallende Tendenz auf, wie dies aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich ist:

Tagesgeld an der Frankfurter Börse
(ohne Wertbeständigkeitsklausel)

		Höchster Satz	Niedrigster Satz
November	1923	50 Prozent je Tag	1½ Prozent je Tag
Dezember	„	2½ „ „ „	½ „ „ „
Januar	1924	¼ „ „ „	¼ Promille „ „
Februar	„	¾ Promille je Tag	⅜ „ „ „
März	„	1 „ „ „	⅛ „ „ „
April	„	2 „ „ „	⅛ „ „ „
Mai	„	¼ „ „ „	5/16 „ „ „
Juni	„	7/16 „ „ „	¼ „ „ „
Juli	„	7/16 „ „ „	¼ „ „ „
August	„	⅜ „ „ „	¼ „ „ „
September	„	⅝ „ „ „	¼ „ „ „
Oktober	„	½ „ „ „	¼ „ „ „

Die Ursache der enormen Höhe des Tageszinssatzes in den ersten Monaten ist darauf zurückzuführen, daß sich die Stabilisierung der Mark damals noch im vorbereitenden Stadium befand, und daß man nicht wissen konnte, ob sie gelingen würde. Man mußte nach den schlimmen Erfahrungen der voraufgegangenen letzten Monate immerhin mit der Möglichkeit einer weiteren Entwertung rechnen. Wurde doch zu jener Zeit aus dem besetzten Gebiet ein weiteres Umsichgreifen der Markentwertung bis auf mehr als das Dreifache des faktischen Maximums gemeldet; der Dollar wurde zeitweilig mit 15 bis 16 Bill. Mark genannt. Die Zinssätze für Tagesgeld gelten aber bekanntlich nur für die Banken untereinander. Die Darlehnsgelder an Nichtbanken unterliegen den jeweiligen Festsetzungen der örtlichen Bankiervereinigungen. Die Frankfurter Bankiervereinigung berechnete z. B. in den ersten Monaten folgende Mindestsätze:

Der Bankierkundschaft:	der Nichtbankierkundschaft:
ab 12. 12. 23 ½% über Satz für tägl. Geld an der Frankf. Börse mind. 1½% pro Tag (Habenzinsen: ½% pro Tag)	1% über Satz für tägl. Geld an der Frankf. Börse mind. 2½% pro Tag (Habenzinsen: ¼% pro Tag)
ab 20. 12. 23 ½% über Tagessatz (Habenzinsen: ¼% pro Tag)	1% über Tagessatz (Habenzinsen ⅛% pro Tag)
ab 2. 1. 24 ½% über Tagessatz (Habenzinsen ⅛% pro Tag)	¼% über Tagessatz (Habenzinsen ¼% pro Tag)
ab 21. 1. 24 ⅛% über Tagessatz (Habenzinsen: 1‰ pro Tag	¼% über Tagessatz (Habenzinsen ½‰ pro Tag)
ab I. 2. 24 1/16% über Tagessatz (Habenzinsen ½‰ pro Tag)	⅛% über Tagessatz (Habenzinsen ¼ ‰ pro Tag)

Naturgemäß handelte es sich hier um Mindestsätze, so daß die Risikoprämie je nach der Bonität des Darlehnsnehmers vielfach

Digitized by Google

nicht unerheblich höher war. Die Höhe dieser Zinssätze wie auch die Tatsache der täglichen und später zehntägigen Berechnungsweise hat vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt, die sich in zahllosen Anzeigen wegen Zinswuchers Luft machten.

Demgegenüber machte der niedrige offizielle Diskontsatz für valorisierte Kredite von 10 Prozent p. a. aus der Reichsbank eine billige Geldbeschaffungsquelle, die der Spekulation, der Devisenansammlung usw. in gewaltigem Maßstabe Vorschub leistete. Der Wechselbestand der Reichsbank, der am 7. Dezember 1923 rund 394 Millionen Mark (Goldmark) betrug, schnellte bis zum 7. April 1924 auf 1867 Mill. Mark in die Höhe. Diese ungezügelte Kreditpolitik der Reichsbank gab den Diskonteuren Gelegenheit, durch Ausleihung des billigen Bankgeldes als „Tagesgeld" Zinsgewinne von außerordentlicher Höhe zu erzielen. Sie war auch in erheblichem Grade Schuld an der verlustreichen Spekulation in französischen Francs.

Durch ihren bekannten Kredit-Restriktionsbeschluß vom 7. April d. J. hat sich dann die Reichsbank ganz plötzlich zur Bekämpfung aller dieser Mißbräuche entschlossen. Jetzt erst trat die allgemeine Kapitalarmut, die der ungehemmte Zufluß von Rentenmarkkrediten bis dahin verschleiert hatte, mit erschreckender Deutlichkeit zutage.*) Die Kreditnot äußerte sich zunächst in einem Wiederanziehen der Zinssätze für Tagesgeld, die in Frankfurt Ende April mit 2 Promille oder 72 Prozent p. a. ihren höchsten Stand erreichten. Monatsgeld kostete in dieser Zeit 6 Prozent oder ebenfalls 72 Prozent p a., Kontokorrentkredit ca. 30—50 Prozent p. a. je nach Bonität. Die unglückselige Francs-Spekulation hatte den Bedarf an Devisen und damit auch die Zinssätze für Leihdevisen stark beeinflußt, die von 11 Prozent p. a. Anfang April auf 18 Prozent p. a. ult. April stiegen. Ueberhaupt trat als verschärfendes Moment in der Zinsgestaltung der Umstand hinzu, daß von provinziellen Bankstellen und Bankiers aufgenommenes Bankgeld an Handels- und Fabrikfirmen weiter ausgeliehen wurde, um ihnen die Durchhaltung der Leihdevisen zu ermöglichen. Anfang Mai begannen sich die Verheerungen der mißglückten Spekulation auszuwirken. Dem großen Reinigungsprozeß fielen u. a. die Bankfirmen Schwab, Nölle u. Co., Essen, die Hamburger Privatbank, die Hansabank im Hamburg, die Hamburger Handelsbank und in Frankfurt eines der ältesten Häuser Deutschlands, D. u. J. de Neufville u. Co., zum Opfer. Andere Bankhäuser konnten nur durch lokale Stützungskonsortien vor dem Zusammenbruch bewahrt werden.

Diese Verwüstungen haben zu einer Vertrauenskrise im Bankgewerbe geführt, die sich dahin auswirkte, daß langfristige Darlehen kaum noch gewährt wurden und der Kreis der für Tages-

*) Vergl. hierzu jedoch das in der leitenden Abhandlung dieses Hefts Gesagte. D. Red.

Digitized by Google

geld in Frage Kommenden auf „erste Adressen" eingeengt wurde. Die Entwicklung, die noch durch Kreditkündigungen seitens der Seehandlung verschärft wurde, rückte die Gefahr der völligen Unterbindung des Kredits in verhängnisvolle Nähe. Dieser Gefahr konnte man nur durch Hergabe von Devisen, Veräußerung von Effekten und Warenvorräten etc. entgehen. Der Rückfluß gehamsterter Devisen, sei es durch freiwillige Hergabe oder durch Exekutionen, wurde immer größer, so daß die Reichsbank die Nachfrage am 3. Juni zum ersten Mal voll befriedigen konnte. Zur Bereinigung auf dem Devisenmarkt sollte auch die Errichtung der Golddiskontbank beigetragen, deren Aufgabe in der Gewährung von Valutakrediten zum Zwecke der Förderung der Ausfuhr besteht. Ihre Rediskontmöglichkeiten (in Amerika 25 Mill. Dollar, in England 5 Mill. Pfund) sind jedoch nur in ganz geringfügigem Maße ausgenutzt worden.

Der Sturz am Effektenmarkt führte am 16. Juni zur Gründung eines Stützungskonsortiums der Berliner Großbanken, von dem mehr psychologische als reale Wirkungen ausgingen. Die Folge des Liquidationsprozesses war natürlich ein merkliches Nachlassen der Nachfrage am Geldmarkt. Die Sätze gingen in Frankfurt am 10. Juni auf ¼ Promille für Tagesgeld und 2¾ Prozent für Monatsgeld zurück. Das Geld strömte jetzt bei der Seehandlung zusammen, die infolge des großen Angebots ihre Zinssätze für täglich kündbare Einlagen von 8 Prozent auf 5 Prozent p. a. herabsetzte. So kam es zum Paradox eines flüssigen Geldmarktes bei unvermindertem Kreditmangel. Dieser Widerspruch findet seine Erklärung in dem engen Kreise der Kreditwürdigen. Die Zahl der für den Geldmarkt überhaupt in Frage kommenden Firmen war derartig zusammengeschmolzen, daß ihr Bedarf noch hinter dem geringfügigen Geldangebot zurückblieb, mithin billig befriedigt werden konnte. Auslandskredite und fortschreitende Liquidation trugen dann allmählich auch dazu bei, die verfügbaren Gelder der Banken ansteigen zu lassen. Die Habenzinssätze der Banken konnten Anfang Juli für täglich verfügbares Geld von 8 auf 6 Prozent p. a., für Monatsgeld von 15 auf 12 Prozent p. a. ermäßigt werden. Einmonatige Kontokorrentkredite stellten sich auf ca. 25 Prozent p. a. einschließlich aller Provisionen, Wechselkredite mit 6wöchiger Laufzeit auf ca. 19 Prozent p. a. In der zweiten Julihälfte griffen gewisse Erleichterungen Platz, die auf eine Milderung der Kreditpolitik der Reichsbank hindeuteten. Am 16. Juli erklärte sich die Seehandlung bereit, Mitgliedern der Stempelvereinigung 45 Tage-Wechsel im Höchstbetrage von 50 Mill. Goldmark zum Satze von 13 Prozent p. a. zu diskontieren, ferner stellte sie der Landwirtschaft einen Diskontkredit in Höhe von 100 Millionen Goldmark, dem Getreidehandel einen solchen von 40 bis 50 Millionen Goldmark zur Verfügung, wobei sie Rückendeckung durch die Reichsbank in Form eines Rediskonts zu 10 Prozent bzw. eines Rücklombards zu 12 Prozent erhielt.

Digitized by Google

Das große Ereignis der Reparationsanleihe beginnt nunmehr seine Schatten vorauszuwerfen. Es kommen im Reiche große Kredite zustande, die das Ausland deutschen Unternehmungen gewährt, so z. B. an die Kaliindustrie, an die Badische Anilin- und Sodafabrik, an die Ruhrzechen, an den Norddeutschen Lloyd u. a.; ihre Gesamthöhe wird schon im September auf ca. 150 Millionen Dollar geschätzt. Auch in Deutschland selbst sind Reichsregierung und Reichsbank bereit, die Auswirkungen der Reparationsanleihe zu eskomptieren. Mitte September entschließt sich die Regierung zu einer Preissenkungsaktion, die sich auf die Herabsetzung der Frachten, Kohlenpreise und der Umsatzsteuer bezieht. Die Reichsbank erhöht das Diskontierungskontingent vom 7. April um 10 Prozent und gesteht die Diskontierung von Wechseln mit 90tägiger Laufzeit zu (bisher nur etwa 6 Wochen), ferner diskontiert die Reichsbank nunmehr auch Bankakzepte vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall. Die Golddiskontbank setzt die Diskontrate von 10 auf 8 Prozent herab. Auch die Banken entschließen sich angesichts dieser Tatsachen, ihre Zins- und Provisionssätze weiter zu reduzieren. Die Stempelvereinigung setzt am 23. September den Habenzinssatz für Monatsgeld auf 9 Prozent fest. Kredite kosten 12 Prozent p. a. zuzüglich ½ Prozent Kreditprovision, also 18 Prozent p. a., Tagesgeld an der Börse ist seit geraumer Zeit ¼ Promille.

Die zweite Hälfte des Oktober stand im Zeichen der deutschen Reparationsanleihe, deren Erfolg alle Erwartungen weit übertraf. Die Auswirkung der Anleihe auf dem Geldmarkt besteht einmal darin, daß sie die Reichsbank zu verstärkter Kreditgewährung ermutigt hat, dann aber auch darin, daß amerikanische Kapitalisten von neuem bewogen wurden, flüssige Gelder des amerikanischen Geldmarktes in Deutschland zu plazieren. Zahlreiche Gründungen potenter New Yorker und auch englischer Finanzkreise sind inzwischen erfolgt zu dem Zweck, der deutschen Industrie mit Krediten zu helfen. Die bedeutendste Gründung dieser Art ist die American and Continental Corporation, die Kredite, zunächst in Höhe von 100 Millionen Goldmark, an die deutsche Industrie durch Vermittlung führender Bankhäuser und Banken geben will. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit des Auslandes zur Kreditgewährung an Deutschland hat freilich zu einem systemlosen Hinterherlaufen unberufener Vermittler, aber auch öffentlicher Körperschaften, hinter dem ausländischen Kapital geführt.

Als ein weiteres günstiges Zeichen für die Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland ist auch der Beginn der Liquidation der Deutschen Golddiskontbank in der letzten Oktoberdekade anzusehen. Seit Beginn der Restriktionspolitik ist das Devisenpolster der Reichsbank derart angewachsen, daß heute selbst bei einer verstärkten Devisennachfrage der Wirtschaft keine unmittelbare Gefahr für die Währung mehr droht. Die Reichsbank hat sogar Teile ihres Devisenbestandes durch Ankauf von Wechseln der

Digitized by Google

Golddiskontbank der Wirtschaft leihweise zur Verfügung stellen können. Die Golddiskontbank ist also schneller, als man es seiner Zeit geglaubt hatte, entbehrlich geworden. Der am 15. Dezember 1923 auf die Dauer eines Jahres mit der International Acceptance Bank in New York als Führerin eines großen Bankenkonsortiums abgeschlossene Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar ist zum 15. Dezember 1924 gekündigt worden.

Die am 8. November in Kraft getretene Verordnung über den Abbau der Devisengesetzgebung hat endlich die Grundlage für den Wiederanschluß der deutschen Wirtschaft an die großen internationalen Geldmärkte geschaffen. Die Steuermilderungen, insbesondere die Herabsetzung der Umsatzsteuer, sowie die weitere Ermäßigung der Bankprovisionen, die Anfang November angekündet worden sind, bilden ein weiteres Glied in der Kette der Maßnahmen, die zur Entspannung der Lage auf dem Geldmarkt beitragen. Ein ferneres erfreuliches Zeichen ist, daß trotz wesentlich verstärkter Kreditgewährung und entsprechend zunehmenden Notenumlaufs der Reichsbank die Deckung des Umlaufs durch Gold Anfang November 40,3 Proz. und durch Gold und Devisen 53,8 Proz. betrug. Wenn auch die Geldsätze immer noch hoch sind, so ist doch eine Stetigkeit der Entwicklung in der Richtung zum Normalen unverkennbar. Tagesgeld kostet Mitte November an der Frankfurter Börse $^{7}/_{32}$ Promille, was einem Satz von etwas unter 8 Prozent pro Jahr entspricht. Monatsgeld ist auf ca. 1 Prozent heruntergegangen und der Satz für Leihdevisen beträgt 7½ Prozent. Diese Entwicklung ist nicht nur dem Zufluß ausländischen Kapitals zu danken, sondern auch von der inländischen Kapitalbildung kräftig gefördert worden, was besonders in dem Anwachsen der Sparkasseneinlagen und in der Steigerung der Bankkreditoren zum Ausdruck kommt. Die Angabe der Dresdner Bank, daß sich bei ihr die Kreditoren im ersten Halbjahr 1924 verdoppelt haben, ist in dieser Hinsicht bemerkenswert.

Ueberblickt man so die kurze Zeitspanne seit Gründung der Rentenbank bis heute, so wird man zugeben, daß für den deutschen Geldmarkt ein Abschnitt von entscheidendster Bedeutung hinter uns liegt.

Bernhard Mahrholz, Frankfurt a. M.

Der Oktober 1924.

Mit der Durchführung des **Londoner Abkommens** ist im Oktober tatsächlich begonnen worden. Die an erster Stelle stehende deutsche Reparations-Anleihe (siehe an anderer Stelle) wurde aufgelegt, der Amerikaner, der als Reparations-Agent in Berlin seinen Sitz haben soll, ernannt — es ist Parker Gilbert — und, ebenso der Transfer-Ausschuß. Ferner erfolgten die wichtigsten „Feststellungen" der Reparations-Kommission, die aussagen, daß

Digitized by Google

die Goldanleihe aufgelegt und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands erfolgt sei. Innerhalb der Reparations-Kommission selbst haben die Beratungen über die Aufteilung der späteren deutschen Zahlungen begonnen, wobei die Kosten der Ruhrbesetzung besondere Schwierigkeiten zu machen scheinen. — In Deutschland kam es über die Fragen des „Bürgerblocks" und des Eintritts von Parlamentariern der Rechten in die Reichsregierung nach langen Verhandlungen hinter den Kulissen zur Auflösung des Reichstages. Am 7. Dezember finden die Wahlen zum Reichstag und gleichzeitig zum preußischen Landtag statt. — In England haben die Wahlen mit dem erwarteten Siege der Konservativen geendet; dieser geht sogar über alle Erwartungen hinaus, denn die Konservativen verfügen über mehr als zwei Drittel des Unterhauses. Das neue, von Baldwin gebildete Kabinett ist als gemäßigt konservativ zu bezeichnen. — In den Vereinigten Staaten wurde Coolidge (Anfang November) mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In Südslawien hat die eigentlich mit mehr als einem halben Jahr dauernde Verfassungskrise mit der Neuberufung von Paschitch vorläufig geendet. — In Schweden brachten die Wahlen eine Linksmehrheit und die erneute Betrauung Brantings mit der Kabinettsbildung, in Norwegen eine Niederlage der Linken. — Rußland ist nunmehr auch von Frankreich anerkannt worden, wobei sich Frankreich als Gegenleistung für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen in erster Linie die Anerkennung der alten russischen Schulden ausdrücklich ausbedungen hat. — In Spanien sieht Primo de Rivera sich gezwungen, den Marokko-Feldzug zu liquidieren. — Der chinesische Bürgerkrieg scheint zu einem neuen Umsturz im Reiche zu führen; der Präsident ist aus Peking geflohen, wenig später wurde der abgesetzte Kaiser, der noch in Peking wohnte, an anderer Stelle sozusagen interniert. — In Brasilien wiederholten sich die Aufstände — diesmal von Rio Grande do Sul ausgehend; gegen Ende des Monats schienen sie sogar schärfere Formen anzunehmen. — In der englisch-türkischen Mossulfrage hat der Völkerbund jetzt vorläufig die als „status quo" zu bezeichnende Grenze mit Zustimmung beider Teile festgelegt.

Staatsfinanziell ist zunächst die „Deutsche äußere Anleihe von 1924", wie sie der englische Prospekt nennt, zu erwähnen, die 800 Millionen Mark erbringen soll, zu etwa 88 Prozent netto an die Banken begeben und zu 92 Prozent aufgelegt worden ist; sie wurde überall sehr erheblich überzeichnet. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres (April-September) erbrachten die Reichseinnahmen 3,30 Milliarden (Voranschlag für das Jahr 5,24 Md.), die Einkommensteuer allein 1002 Millionen (1344), die allgemeine Umsatzsteuer 863 (1260). Das sind insgesamt rund 61 Prozent der geschätzten Jahres-Einnahmen, und da die Erträge im Oktober weiter stiegen, so ließ das Drängen auf Ermäßigung

Digitized by Google

der überhöhten Steuern nicht nach. Anfang November kam ihm eine Verordnung, die sich wiederum auf den oft mißbrauchten § 48 der Verfassung stützte, in etwas nach. Eine Steuer-Reform im neuen Reichstag wurde gleichzeitig angekündigt. Der Stand der Reichsschulden war infolge fortgesetzter Tilgungen Ende November um 500 Millionen geringer als im September 1923; er wurde mit 2340 Millionen Mark ausgewiesen. Trotz dieser Tilgungen haben die ersten 7 Monate des Finanzjahres rund 170 Millionen Ueberschuß ergeben. — Frankreich plant eine innere Anleihe, die 5prozentig werden, 10 Jahre laufen und mit 50 Prozent Prämie zurückgezahlt werden soll. Die Regierung will durch ein Gesetz die Anlage von Reserven in Staatsanleihen für die Aktiengesellschaften obligatorisch machen. Mit Amerika wird wegen einer äußeren Anleihe verhandelt, zustande gekommen ist aber bisher lediglich eine Erneuerung der Franc-Stützungs-Anleihe vom Frühjahr. Auch die Verhandlungen Belgiens, das 50 Millionen Dollar zu 6 Prozent aufnehmen will, haben im Oktober noch zu keinem Resultat geführt. — Süd-Afrika hat eine 5proz. Anleihe von 8 Millionen Pfund zu 99½ Prozent in London, Schweden eine solche von 30 Millionen Dollar mit 5½ Prozent verzinslich zu 98 in New York aufgenommen. — Bei dieser Gelegenheit sei auch die Dreimillionen Dollar-Anleihe der Stadt Berlin erwähnt.

Weltwirtschaftlich muß wiederum des konservativen Wahlsieges in England, des republikanischen in den Vereinigten Staaten gedacht werden. Damit sind Vorzugszölle im englischen Empire und die Wiederherstellung der Mac Kenna-Zölle wahrscheinlich, andererseits eine Ermäßigung der amerikanischen Schutzzölle sehr unwahrscheinlich geworden. — Die deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen sind jetzt in Fluß gekommen. Gegen Ende des Monats stand man u. a. vor der Aufnahme oder Wiederaufnahme von solchen mit Frankreich, Italien und England. — Eine eigenartige Bestimmung, die hier erwähnt sein möge, befindet sich im letzten französisch-polnischen Abkommen. Die an Polen abgetretenen deutschen und österreichischen Gebiete werden so behandelt wie die Länder ihrer früheren Staatszugehörigkeit, wenn diese Behandlung für sie günstiger ist als diejenige Polens. — Der deutsche Außenhandel ist im September nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes wieder mit etwa 80 Millionen Mark passiv geworden. Die Einfuhr betrug 623,42 (August 448,22), die Ausfuhr 544 (569,36) Millionen Mark. Am stärksten gestiegen ist die Rohstoff-Einfuhr; auch die Lebensmittel-Einfuhr zeigt deutlich die Wirkung der gestiegenen Getreidepreise und der schlechten und verspäteten heimischen Ernte. In der Ausfuhr sind die Verschlechterungen beim Zucker und bei einigen Fertigwaren bemerkenswert. — Auch der englische Außenhandel hat sich im September schlechter ent-

Digitized by Google

wickelt als in den Vormonaten; vor allem sind auch hier die Einfuhr-Werte gestiegen. In der Ausfuhr zeigen Kohle, Baumwollgarn, Jute-Gewebe und Wollengarne bessere, dagegen Baumwollgewebe, Leinenwaren und Zucker beträchtliche schlechtere Ziffern. Im einzelnen betragen in den ersten 9 Monaten d. J. in Millionen Pfund Sterling):

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	969,3	1 166,6	1 501,4	827,6	728,2	787,5	909,3
Ausfuhr	374,1	541,3	1 007,3	518,7	534,7	566,1	589,3
Durchfuhr	22,9	98,3	180,4	77,6	77,9	86,9	102,8

Der französische Außenhandel ist im September wieder leicht aktiv geworden, nachdem er einige Monate lang passiv gewesen war. Im einzelnen betragen in den ersten 9 Monaten 1924 in Millionen Francs:

	1919	1920	1921	1922	1922 (endg.)	1923	1924
Einfuhr	24 567	38 015	15 834	16 520	16 487	22 552	29 201
Ausfuhr	6 704	19 847	10 863	15 219	15 304	21 563	30 447

Die Vereinigten Staaten weisen im neuen Rechnungsjahr laufend stark steigende Ausfuhr-Ziffern auf, die fast ausschließlich aus dem Getreidehandel herrühren dürften. Im einzelnen betragen in Millionen Dollar:

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	2 328,5	2 697,0	4 357,8	1 802,1	2 184,6	2 904,1	2 667,9
Ausfuhr	4 599,5	5 867,4	6 081,7	3 747,7	2 740,6	2 949,1	3 124,1
Ausfuhr-Ueberschuß	2 237,0	3 170,4	1 724,0	1 745 6	556,0	36,0	456,2

In der **Weltschiffahrt** wirkten die großen Getreide-Verschiffungen während des größten Teiles des Oktobers belebend auf die Frachten ein; um die Monatswende dagegen zeigten sich die Anzeichen eines Rückschlages. — Der Suez-Kanal soll gegen Ende des Jahres soweit vertieft sein, daß Schiffe mit 35 Fuß Tiefgang (bisher 33) ihn benutzen können. — Jetzt hat die erste japanische Schiffahrtslinie nach Europa ihren regelmäßigen Dienst eröffnet. — Zwischen den deutschen und holländischen Schiffahrtsgesellschaften ist ein Abkommen über die Verschiffung von Kaffee von Südamerika zustande gekommen, zwischen der Western Union und der Deutsch-Atlantischen Telegraphen Gesellschaft ein ähnliches Abkommen, wie es zwischen der Commercial Cable und der Deutsch-Atlantischen bereits besteht. — An dieser Stelle sei auch der Fahrt des für Amerika gebauten Zeppelins nach dort gedacht, der dem deutschen Reparations-Konto mit 2,2 Millionen Mark gutgeschrieben wurde, sowie der ersten Probefahrt mit dem Flettnerschen „Walzensegel", das, wenn die Reklame nicht lügt, eine Revolution in der Segelschiffahrt vorbereitet.

Der **Weltarbeitsmarkt** zeigt deutliche Spuren der gestiegenen Lebenshaltungskosten, die überall eine neue Unruhe in die Arbeiterschaft getragen haben. Zu großen Arbeitskämpfen ist es trotz-

Digitized by Google

dem im Oktober noch nirgends gekommen; der Ausstand im belgischen Borinage (siehe voriges Heft) ging nach siebenwöchiger Dauer ohne Erfolg für die Arbeiter zu Ende. — Ein internationaler Kongreß für Sozialpolitik in Prag brachte die Annahme einer Resolution zugunsten des Achtstundentages und die Mitteilung, daß einige weitere Staaten das (Washingtoner) Abkommen über diesen ratifiziert haben. — Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes zeigte der deutsche Arbeitsmarkt im September eine weitere leichte Besserung. Unterstützte Voll-Erwerbslose wurden Mitte Oktober rund 473 000 gezählt (Mitte September 574 000). Auf je 100 offene Stellen entfielen 349 (435) männliche und 191 (220) weibliche Arbeitsuchende.

Die Zahl der **Konkurse** ist im Oktober ziemlich stark gesunken, die der Geschäftsaufsichten hat sich kaum verändert. Es wird allerdings behauptet, daß die Ziffern nichts bewiesen, weil in einer großen Zahl von Fällen fruchtlose Pfändung und Mangel an Masse gar nicht erst bis zum Konkurse führten. Im einzelnen wurden eröffnet:

im August	1922	53	Konk.	1923	9	Konk.	1924	792*) Konk.
„ September	1922	44	„	1923	6	„	1924	809**) „
„ Oktober	1922	46	„	1923	12	„	1924	732***) „

*) dazu 420 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. **) dazu 268 neue Geschäftsaufsichten. ***) Dazu 267 neue Geschäftsaufsichten.

In der Zahlungsschwierigkeit beim Stahlwerk Becker sind die Versuche einer Einigung bis in den November hinein an den Forderungen der Familie gescheitert. — In dem mit unsoliden Gründungen während der Inflationszeit besonders stark durchsetzten Versicherungs-Gewerbe ist jetzt der Ritzau-Konzern in Konkurs gegangen. — Von großen Zahlungsschwierigkeiten im Auslande seien die der Bankfirma Brevillier u. Co. in Wien und der Norske Handelsbanken in Christiania erwähnt.

Von wichtigen **Zusammenschlüssen** brachte der Oktober in Deutschland nur einen auf dem Gebiet der Textilindustrie, die „Arbeitsgemeinschaft" zwischen der F. H. Hammersen A.-G. und der Ch. Dierig G. m. b. H., in der diese der bei weitem stärkere Teil zu sein scheint. — Aus dem Ausland seien erwähnt der Uebergang der Mährischen Eskomptebank an die Böhmische Eskomptebank (Tschechoslowakei), der Londoner Accept-Firma Arthur M. Brandt u. Co. an die London and Foreign Banking Corporation (England) und der Molsons Bank an die Bank von Montreal (Canada).

Am **deutschen Kohlenmarkt** hat sich die Besserung der Absatz-Verhältnisse, die man gegen Ende September zu beobachten glaubte, nicht fortgesetzt, so daß eine Reihe der südlichen Ruhrzechen stillgelegt werden mußte. Große Posten Magerkohle gingen auf die Halde, und es wurden erhebliche Arbeitermengen entlassen, die nur zum Teil in anderen Betrieben unterkamen. Die Ruhrkohle A.-G., das neue Syndikat, rechnet bei den Beteiligungen

Digitized by Google

zunächst mit den alten Ziffern. Die durch das Ministerium in das Syndikat hineingezwungene Minderheitsgruppe hat sich ein Rechtsgutachten über die Ungültigkeit der Zwangsverordnung erstatten lassen. Die Kohlenpreise sind zwar unverändert geblieben, doch werden dem Handel neuerdings Rabatte von rund 6 Prozent eingeräumt. Die Reparationskohlen-Lieferungen sind infolge des Londoner Abkommens von 1,8 auf 1,1 Millionen Tonnen monatlich, besonders scharf für Koks, herabgesetzt worden. Die deutsche Kohlenförderung im Oktober bzw. in den ersten neun Monaten betrug (in Tonnen):

1924	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Presskohlen a. Braunk.
September . . .	11 388 250	10 840 485	2 190 592	2 694 698
Januar—September	84 963 642	88 621 637	16 772 385	20 930 287

Die Lage am englischen Kohlenmarkt ist ruhig, zum Teil schwächer geblieben, und die meisten führenden Kohlenarten gaben ½ bis 1 sh weiter im Preise nach. Es ist zwar den englischen Zechen gelungen, einige größere Aufträge für das nächste Jahr hereinzunehmen, die erhoffte große Abschlußbewegung ist aber noch nicht eingetreten. — Die französiche Kohlenförderung hat jetzt die volle Vorkriegshöhe erreicht.

Der deutsche **Eisenmarkt** lag während der ersten Hälfte des Monats noch ziemlich schwach, geriet dann aber unter den Einfluß der Verhandlungen über die Bildung eines Rohstahl-Verbandes und wurde gegen Ende des Monats, als dieser gesichert schien, ausgesprochen lebhaft und fest. Für Stabeisen nannte man Ende des Monats einen Preis von 115 Mark, während es vorübergehend bis zu 107½ Mark herunter angeboten gewesen war. Besonders fest gestaltete sich der Schrottmarkt, auf dem für Stahlschrott etwa 62 Mark gezahlt wurden. Ausgesprochen ruhig blieb das Geschäft am Roheisenmarkt, wo die Preisermäßigung vom Anfang Oktober (siehe voriges Heft) nur wenig angeregt hat. Immerhin vermochten die Werke im Siegerlande einige Hochöfen wieder anzublasen. In der Ausfuhr wurde Stabeisen mit etwa 6 Pfund notiert. — Der deutsche Rohstahl-Verband, der wiederum als Vorläufer einer Syndizierung aller Hütten-Erzeugnisse gedacht ist, und aus dem manche Kreise einen europäischen Stahlwerksverband zu entwickeln hoffen, ist zunächst kein Preis- und Verkaufs-, sondern nur ein Produktionsregelungs-Kartell; angeblich haben sich ihm bereits 95 Prozent aller in Betracht kommenden Werke angeschlossen. — Die ausländischen Eisenmärkte lagen meist sehr ruhig, was beim englischen zum Teil eine Folge des Wahlkampfes war. Gegen Ende des Monats belebte sich aber auch dort der Markt etwas, und zwar ausgehend von der stärkeren Nachfrage nach Roheisen. — In den Vereinigten Staaten geriet der Markt immer stärker unter den Einfluß der Wahlkampagne, und etwa Mitte des Monats

Digitized by Google

gaben die Preise leicht nach; es wurde wieder über den großen europäischen Wettbewerb geklagt. Um die Monatswende schien sich aber auch hier eine kleine Belebung geltend zu machen, die in einzelnen Bezirken in einer Heraufsetzung der Roheisenpreise ihren Ausdruck fand. Der Stahltrust weist für das 3. Vierteljahr 30,8 (2. Vierteljahr 41,4; Vorjahr 47,1) Millionen Dollar Roh-Einnahmen auf und verteilt wieder ½% Sonder-Dividende auf die Stamm-Aktien; damit ist aber die Einnahme diesmal voll aufgezehrt.

In der Kali-Industrie hat der Absatz im Oktober wie immer etwas nachgelassen; er wird aber immer noch auf 800 000 dz Reinkali geschätzt. Das Kali-Syndikat hat Mitte des Monats seinen Abnehmern einen neuen dreimonatioen Wechsel-Kredit gewährt. — Auch der Stickstoff - Absatz blieb ziemlich lebhaft, wie übrigens auch vom Weltmarkt berichtet wird, daß Salpeter in großen Posten gekauft wurde.

Die Ernte-Nachrichten verschlechterten sich während des Oktober weiter, und die kanadische Ernte wurde gegen Ende des Monats mit nur etwa 55 Prozent der vorigen allerdings außerordentlich großen angenommen. Die Nachrichten aus Argentinien lauten auch nicht mehr ganz so günstig, wie in den Monaten vorher. Die Weltpreise der Halmfrüchte stiegen bis ins zweite Monatsdrittel scharf weiter, um dann vorübergehend einen Rückschlag zu erfahren. — In Deutschland trat dieser Rückschlag bereits etwas früher ein als am Weltmarkt, hauptsächlich deshalb, weil für die großen, auf Spekulation gekauften Mengen die neue Abnehmerschicht fehlte. Ueber die Ernte der nördlichen Halbkugel macht das Intern. Landw. Inst. in Rom folgende Angaben:

Mill. dz	1924	1923	Mittel 1918—1922
Weizen	716,8	793,0	699,1
Roggen	185,9	227,8	198,5
Gerste	200,4	218,4	193,1
Hafer	456,5	454,8	406,4
Mais	701,0	843,1	776,6

Die Vorarbeiten für den Getreideterminhandel (handelsrechtliches Lieferungsgeschäft in Berlin) kamen während des Oktober insofern zum Abschluß, als der Reichsrat den neuen Schlußschein genehmigte. Mit dem Handel selbst hofft man Anfang Dezember (per April-Termin) beginnen zu können.

Die günstigen Aussichten der europäischen Rübenzucker-Ernte blieben auch während des Oktober bestehen, und da gleichzeitig die Aussichten in Cuba sich als nicht schlecht herausstellten, so gaben die Preise eine Kleinigkeit weiter nach. Die Verbrauchszucker-Ausfuhr ist in Deutschland vorübergehend allgemein freigegeben worden, was zu Angeboten auch nach Amerika führte. — Kaffee hat infolge der unsicheren politischen Verhältnisse in

Digitized by Google

Brasilien und angeblich schlechterer Ernte-Aussichten seine Preissteigerung weiter fortgesetzt. Sao Paolo, das jetzt vom Bunde die gesamten Maßnahmen in der „Kaffee-Verteidigung" übernommen hat, beabsichtigt angeblich eine Erhöhung der Ausfuhr-Abgabe. — Die Steigerung der Tee-Preise setzte sich bis in die zweite Monatshälfte fort, um dann allerdings einem Rückschlag Platz zu machen.

Eine langsame, aber stetig fortschreitende Bewegung zeigten im Oktober die **Metall**märkte. Hier vermochten die Amerikaner ihre Forderungen für Kupfer wieder um rund ½ cent auf 13½ cents heraufzusetzen, obgleich die Bestände im Lande während des letzten Vierteljahres um etwa 20 000 Tonnen gestiegen sind. — Auch Zinn holte den September-Rückschlag völlig wieder ein. Besonders fest aber lag Blei, bei dem die Welt-Erzeugung hinter dem Verbrauch zur Zeit nicht unerheblich zurückzubleiben scheint. Es ist jetzt seit fast einem halben Jahre teuerer als Zink, ein früher völlig unbekanntes Verhältnis. — Der Silberpreis hat nach anfänglicher weiterer Steigerung einen Rückschlag erfahren, weil sich China nicht so aufnahmefähig erwies, wie erwartet, und die europäischen Münzkäufe infolge der hohen Preise nachließen.

Die **Baumwoll**märkte neigten zur Schwäche, weil die Ernte-Aussichten in Amerika wieder günstiger beurteilt wurden, und der Absatz sich wenigstens im Lande selbst nicht so belebt hat, wie gehofft worden war. Auf die ägyptischen Märkte wirkten Regierungskäufe steigernd ein. Bremen will Anfang Dezember das Zeitgeschäft in Baumwolle aufnehmen, das bereits vor dem Kriege bis in alle Einzelheiten vorbereitet war. — Jute ist weiter auf einen selten erreichten Preisstand gestiegen. — Hanf hat etwas nachgegeben; auch Seide, abgesehen von chinesischer, lag etwas schwächer. — Die Wollpreise stiegen zunächst noch weiter, gaben aber dann etwas nach, weil der Waren-Abzug nicht die erwartete Stärke hatte. — Die Gummi-Preise gingen sprunghaft in die Höhe und über 1 s 6 d hinaus (Anfang November), weil die Zapf-Einschränkung nach den alten Bestimmungen um 50 Prozent erhöht wurde und die Weltbestände angeblich scharf zusammengeschrumpft sind. — Die deutschen Spiritus-Preise sind etwas in die Höhe gesetzt worden, und zwar beträgt der Uebernahme-Preis bei den Brennereien 48 Mark, der Verkaufspreis 480 Mark je Hektoliter.

Der **Preis**durchschnitt hat sich in Deutschland, im Gegensatz z. B. zu England, während des Oktober infolge des Rückganges einer Reihe wichtiger Preise um eine Kleinigkeit ermäßigt, und zwar stellt sich der Großhandels-Index Ende Oktober auf 128,5 (Ende September 131,5); der Lebenshaltungs-Index, jetzt auf Reichsmark lautend, ist im Gegensatz dazu noch gestiegen und stellt sich auf das 1,23 (1,11)-fache. Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichs-Ziffern:

Digitized by Google

	31. 10. 23	30. 9. 24	10. 10. 24	21. 10. 24	31. 10. 24		
Weizen (Chicago) .	109	140 3/4	148 1/2	148 1/2	139 1/2	cts.	f. bush.
Weizen (Berlin) .	—	236	236	221	203 1/2	M.	„ 100 kg
Mais (Chicago) .	93	113 1/4	112 1/4	112 3/4	104 3/4	cts.	„ bush.
Roggen (Berlin) .	—	230 1/2	127 1/2	215	199	M.	„ 100 kg
Baumwolle (N. Y.)	31 50	25.75	24 80	24	23.65	cts.	„ Pfd.engl
Baumwolle (Brem.)	33,95	29.23	27.35	26 12	26.71	cts.	„ Pfd engl.
Zucker (N. Y.) . .	7 09	6.03	6.08	6.03	5.96	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	11 3/8	18 1/16	19 3/4	20 3/8	22 3/4	„	„ „
Schmalz (Chicago) .	12.70	13.95	15.47 1/2	16.95	15.50	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1 2 1/8	1.25/8	1.31/4	1.47/8	1.55/8	sh	„ Pfd.engl.
Gold (London) . .	92 6	92.10	92.3	92.4	91.9	„	„ Unze fein
Gold (Berlin) . .	2975	2.81	2.817	2.815	2.815	M.	„ Gramm
Silber (London). .	33 15/16	35 3/16	35 7/8	35 7/16	34 3/4	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	67	70 1/8	72	71	69 3/4	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin) . .	10.15 Mil.	96 3/4	90 3/4	99 1/4	98 1/2	M.	„ kg
Kupfer (London) .	60 1/2	62 1/4	62	62 3/4	63 1/2	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2] .		111	113	116 1/2	117 1/2	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	208 5/8	239 1/4	244 1/4	250 1/2	258 3/4	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin)[3] . .	—	450	455	475	495	M.	„ kg
Zink (London) . .	33 1/4	32 5/8	33	33 11/16	34 5/16	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4] . .	—	61 50	62	63 1/8	65 1/2	M.	„ kg
Blei (London) . .	26	33 1/8	34 1/2	36 7/8	37 3/4	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin) . . .	—	63	65 3/4	68	70	M.	„ kg

[1]) first crêpe [2]) raff [3]) Banka [4]) frei

Die Haltung der **Weltbörsen** war während des Oktober weitgehend bestimmt durch die im Gange befindlichen Wahlkämpfe und infolgedessen meist schwächer. Das gilt vor allem von New York, wo die Rückgänge wieder überwogen und in einzelnen Fällen nicht unbeträchtlich waren (General Electric 10 Proz., American Sugar 8 Proz., Studebaker 3 Proz., Bethlehem Steel 4 Proz.) — In London trat nach gleichfalls schwachem Verlauf sofort nach der Wahl ein scharfer Stimmungs-Umschwung ein, der sich besonders auf den Aktienmärkten in einer großen Belebung des Geschäftes und in starken Kurserhöhungen äußerte. — In Paris sind besonders Renten weiter gesunken; 3 Proz. Rente steht jetzt unter 50. Die Aktien haben ebenfalls fast durchweg weiter nachgegeben. Aber auch hier war gegen Ende des Monats ein Stimmungs-Umschwung deutlich erkennbar. — An der Wiener Börse löste die Gewißheit, daß der Fall Castiglioni nicht zu neuen Belastungen der Börse mit Angebot führen würde, eine Belebung des Geschäfts aus, die zu Steigerungen der meisten Kurse führte. Besonders gilt das natürlich von Alpine Montan. — In Budapest hat die Bankwelt wieder einmal intervenieren müssen, um den Kursrückgang nicht zur Katastrophe werden zu lassen.

An der **Berliner Börse** war das Geschäft während des größten Teiles des Monats sehr still, abgesehen von Rentenwerten und gelegentlich Stadtanleihen, wo die wechselnden Aufwertungs-Chancen die Spekulation reizen. Der Kampf um die Börsen-Umsatzsteuer stand häufig im Mittelpunkt der Erörterungen. Seine — vorläufige — Entscheidung dahin, daß die Sätze um 50 bis 60 Prozent heruntergesetzt wurden, fällt erst in den November. Die schwebenden Ver-

Digitized by Google

handlungen über das Zeitgeschäft haben sachliche Ergebnisse noch nicht gehabt. Aktienwerte sind unter Schwankungen etwas gestiegen, ebenso inländische Anleihen (wertbeständig und Papiermark), sämtliche Auslandswerte dagegen gefallen. Gegen Ende des Monats fand die erste Notierung in Goldprozenten statt (Ges. für elektr. Unternehmungen). — Die Börsen-Umsatzsteuer erbrachte in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres insgesamt 60,6 Millionen Mark, davon für Aktien 42,6 Millionen Mark.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Oktober	Anfang	Mitte	Ende	Oktober	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	690	535	500	Dt.-Luxemburg	54,25	52,1	53,5
4% „	1050	1000	910	Bln. Karlr. Ind.	69	65,25	59
3½% „	1000	950	910	Elberf. Farben	16,2	17,1	16,2
3% „	1575	1450	1340	Harpener	84,25	81,5	81,5
Darmst. u. Natbk.	9,5	9⅛	8,3	Hirsch Kupfer	19,1	18	16,25
Deutsche Bank	10,75	10,25	10,2	Höchster	15⅝	16⅞	16,25
Disc.-Komm.	12⅝	12,2	11,7	Hohenlohe	20,75	18,5	17
Dresdner Bank	7⅛	6⅞	7	Laura	6	5,4	5⅝
Hambg.-Amerika	29	26,5	25	Mannesmann	43⅛	41⅔	38,5
Hamburg-Süd	41,5	39,3	34,5	Oberbedarf	11,5	10,1	8,8
Hansa	12⅜	11,75	10⅛	Oberschl. Eisen	12,6	11,25	9,3
Norddtsch. Lloyd	5	4,75	4,4	Orenst. & Koppel	18	16	14,4
Schantung	1.9	1,7	1⅝	Phönix	42,2	40	37,5
Bergmann	12,7	12	10,9	Rheinstahl	35,5	33,6	33,1
Bochumer Guß	51,25	—	48,75	Rombacher	18	16,2	15,75
Daimler	3	3⅛	2,8	Schuckert	40,75	39,25	37
Deutsche Kali	47,5	41,5	42	A. E. G.	8,6	8,2	8

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am **Londoner Geldmarkt** unterschied sich die Lage im Oktober kaum von der des Vormonats. Wiederum war es tägliches Geld, das — mit einem Durchschnittssatz von 3¼ bis 3½ Prozent — relativ lebhafter und teurer war als befristetes Geld. Der Grund lag diesmal auf der Hand: Die Emission der deutschen Anleihe verursachte um die Mitte des Monats eine Geldnachfrage, von der jedermann wußte, daß sie nur emissionstechnischer Natur war — auch auf die umfangreichen „Konzertzeichnungen" mußten 5 Prozent der Zeichnungssumme bar eingezahlt werden — und schnell vorübergehen würde. Infolgedessen suchte sich der Markt mit Tagesgeld über die kurze Zeit der Anspannung hinwegzuhelfen. Wochengeld blieb unverändert 2¾ Prozent, und auch der Schatzwechselzins pendelte um die Sätze des Vormonats herum, blieb also ca. 3⅜ Prozent (nicht 2⅜ Prozent, wie es im vorigen Heft irrtümlich hieß.) Der Privatdiskont notierte:

1. Oktbr.	7. Oktbr.	14. Oktbr.	20. Oktbr.	25. Oktbr.	31. Oktbr.	höchst	niedrigst
3¹¹/₁₆	3¾	3¹¹/₁₆	3¾	3¹³/₁₆	3¾	3¹³/₁₆	3¹¹/₁₆

Auch die Bank von England spürte Mitte Oktober deutlich den Einfluß der Dawes-Anleihe. Nachdem die höheren Quartals-Ansprüche normalen Ziffern Platz gemacht hatten, stiel die Inanspruchnahme der Bank beinahe wieder auf Terminhöhe. Da indes ein erheblicher Teil der Gelder als Deposit zur Bank zurückfloß, so kam es zu keiner besonderen Anspannung des Status insbesondere zu keiner bemerkenswerten Zunahme des Notenumlaufs. —

Digitized by Google

Der Umlauf an currency notes blieb mit 285,0 Mill. £ fast unverändert.

Der Londoner Wechselkurs hat die Ablösung der Labour-Regierung durch ein konservatives Regiment mit einer entschiedenen Besserung quittiert. Doch trug auch die Dawes-Anleihe zur Befestigung des Pfund-Kurses bei, weil die an der Uebernahme beteiligten europäischen Festlandstaaten sich entsprechende Guthaben in London schaffen mußten. Der Herbstbedarf an Dollar-Devisen vermochte die Besserung nicht zu verhindern, sondern nur zu verlangsamen. Ende Oktober notierten in London: Kabel New York 4,52¼ Dollar, Amsterdam (stark gebessert) 11,48 Fl., Schweiz 23,48 Frcs., Bombay 1 s 6 d, Yokohama 1 s 8½ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten wie folgt (in Mill. £):

1922		1923		1924	
1. 10 — 6. 10.	746	28. 9.— 4. 10.	752	26. 9. — 2. 10.	804
7. 10.—12. 10.	716	5. 10.—11. 10.	702	3. 10.— 8. 10.	719
13. 10.—20. 10.	715	12. 10.—18. 10.	672	9. 10.—16. 10.	753
21. 10.—27. 10.	684	19. 10.—25. 10.	697	17. 10.—23 10.	715
				24. 10.—30. 10.	708
1. 10.—27. 10.	2 861	28. 9.—25. 10.	2 853	26. 9.—30. 10.	3 299
1. 1.—30. 9.	28 320	29. 12.—27 9.	27 381	1. 1.—25. 9.	28 788
1. 1.—27. 10	31 181	29. 12.—25. 10.	30 234	1. 1.—30 10.	32 087

Bei der Bank von Frankreich streiften sowohl der Notenumlauf wie die Vorschüsse an den Staat andauernd ziemlich dicht die gesetzliche Grenze. Die verstärkte private Inanspruchnahme wurde durch eine entsprechende Zunahme der Privatdepositen ausgeglichen. — Der französische Wechselkurs hat sich im November leicht weiter verschlechtert, obwohl kein Zweifel daran bestand, daß die Regierung das Budget-Defizit mit Anleihen und nicht mit der Notenpresse finanzieren werde. Es scheint, daß die übliche Regulierung der Herbst-Zufuhren auf den Wechselkurs drückt. Ende Oktober notierte der Franc in London 86,40 Frs. (wobei die Wertsteigerung des Pfundes berücksichtigt werden muß), in New York 5,24 Dollar.

Am New Yorker Geldmarkt hat die leichte Versteifung im Oktober angehalten, sich aber nicht nennenswert verschärft. Die Banken, bei denen sich die Einzahlungen auf den amerikanischen Abschnitt der Dawes-Anleihe und anderer Anleihen sammeln, stellen das Geld nach wie vor in großen Mengen zur Verfügung des Geldmarkts, so daß die Sätze für tägliches Geld nur selten über 2½ Prozent ansteigen können. Auch die Flüssigkeit der Bundes-Reserve-Banken, die diese zu Käufern von Staatsanleihen und von Diskontmaterial (letzteres am offenen Markt) macht, hält die Geldsätze unter Druck, obwohl die geschäftliche Tätigkeit wächst und sich in steigendem Kreditbedarf äußert. Zeitgeld und gute Warenwechsel notierten 3 bis 3½ Prozent, Bankakzepte unverändert 2¼ Prozent. — Der Goldbestand der Bundes-Reserve-Banken hat im Oktober weiter (um ca. 25 Mill. Dollar) abgenom-

Digitized by Google

men, hauptsächlich infolge Abflusses nach Indien und Minderzuflusses aus Europa. — Der amerikanische Wechselkurs neigte gegenüber den meisten Ländern zur Schwäche, worin naturgemäß kein Minderwert der amerikanischen, sondern eine Besserung der anderen, insbesondere europäischen, Währungen zum Ausdruck kommt. Ende Oktober notierten in New York: Kabel London 4.52 Dollar, Scheck Amsterdam 39,40 Doll., Stockholm 26,62 Doll., Buenos Ayres 119,50 Goldpesos je 100 Doll., Rio de Janeiro 11,25 Doll., Calcutta 34,10 Doll. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Mill. Doll.):

	4. 10.	11. 10.	18. 10.	25. 10.
Vorschüsse	5 548.46	5 486.35	5 542.95	5 500.59
Barvorrat, eigener	48.12	51.86	47.97	49.80
„ b. d. Bund.-Res.-Bk.	631 69	630 09	634.32	637.43
„ b. anderen Banken	2 83	8 43	14 21	9.11
Barvorrat, zusammen	*682 64*	*690 38*	*696.50*	*696.34*
Kurzfristige Depositen . . .	4 687.22	4 632 52	4 622 31	4 680.45
Langfristige Depositen . . .	587.10	585.44	580.85	596.34
Depositen, zusammen	*5 274 32*	*5 217.96*	*5 203.16*	*5 276.79*
Notenumlauf	35.26	35.40	35.26	32.85
Surplusreserve	32.31	32.30	32.30	32.33

Diskont-Aenderungen haben im Oktober in Europa nicht stattgefunden. In Indien hat die Bank von Indien ihren Satz von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Millionen R. Mark):									
7. 10 *)	594 6	Mill. —	—	2176.1	14.8[8])	321 8	371.4	1519.0	1519.0
15. „	613.6	„ —	204.5	2153.9	15.9[8])	—	828 5	1396 7	578.6
23. „	630.5	„ —	210.2	2173 7	16.7[8])	—	986.4	1313.1	472.4
31. „	694.2	„ —	231.4	2339.6	33.4[8])	—	708.7	1780.9	855.3
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
1. 10.	128.4		—	120.4[4])		17.4	110 7	122.3	—
8. „	128.5		—	118.6[4])		10.9	113.9	124.5	—
15. „	128.5		—	120.8[4])		12.0	115.9	123.4	—
22. „	128.5		—	119.6[4])		14.8	112.5	122.9	—
29. „	128.5		—	117.0[4])		14.0	111.0	123.6	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
2. 10.	5544.1[3])	301.5	568.2	4891.4	30617.4	13.0	1959.4	40533.9	34120.1
9. „	5544.2[3])	301.7	572.7	5006.0	30551.0	15.4	1876.5	40648.5	34229.9
16. „	5544.2[3])	302.1	570.9	4880.6	30486.0	12.6	1772.9	40570.0	34152.8
23. „	5544.3[3])	302.4	571.6	4981.4	30266.1	18.8	1737 3	40459.5	34041.2
30. „	5544,4[3])	302.9	571.5	4469.8	30204 5	15.1	1952 8	40523.5	34104.7
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 10.	3 981 136.0[5])		—	2709950.8	1520.5	1032068.1		7862109.4	3880873.4
15. „	3 941 328.0[5])		—	2652386.1	1326.1	1129982 3		7666578.0	3725250.0
23. „	3 910 673.3[5])		—	2554704·7	1096.6	1326107.0		7341938.2	3431264.9
31. „	4 141 812.0[5])		—	2378654.0	1045.3	502579.1		8218003.2	4071191.2

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Ungarische Nationalbank (Mill. ungar. Kronen):									
7. 10	1970097.8[5])		—	1818257.0	1976454.9	1190280.0	408282.9	4096745.4	2126647.6
15. "	2065716.7[5])		—	1800211.4	1976454.9	1269613.8	388267.7	4131336.4	2065619.7
23. "	2112705.1[5])		—	1844669.1	1976454.9	1354029.1	453115.2	4074487.0	1961781.9
31. "	2176352.1[5])		—	1872385.1	1976454.9	1179651.2	285705.2	4635090·1	2459738.0
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 10.	1050.6		661.1	1317.2	734.9	667.4		8103.3	6392.6
15. „	1050.7		656.5	1307.8	720.7	821 5		78[5]8.9	6191.7
23. „	1050.7		673.2	1320.6	712.0	908.8		7822.6	6077.7
31. „	1050.2		653.6	1649.4	709.6	589.4		8585.8	6882.0
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 9.	889.4	85.6	491.0	11363.2		1722.1		13180.6	11714.6
20. „	889.4	85.3	490.9	11291.0		1733.6		13148.8	11713 2
30. „	889.6	85.4	491.1	11598.1		1809.3		13603.2	12136.3
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
8. 10.	43.3	0.5	428.4	898.8	4.3	22.4	48.9	1281.3	809.1
15. „	43.3	0.5	565.4	816.7	4.3	88.2	97 6	1256.4	647.2
23. „	43.3	0.5	549.7	788.4	4.3	80.7	126.2	1227.0	633.5
31. „	43.3	0.5	510.4	780.5	4.3	80.3	124.0	1257.5	703.3
Niederländische Bank (Mill. Gulden):									
6. 10.	512.7	10.4	38.4	156.4	172.5	—	20.9	981.2	419.7
13. „	510.1	10.3	36.1	153.7	163.7	—	18.0	970.7	414.2
20. „	497.7	10.6	45 2	150.4	159.5	—	22.1	961.3	407.8
27. „	489.3	10.8	53.7	138.1	164.6	—	23.3	956.7	402.9
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 10.	504.9	92.6	36.1	267.7	32.4	110.9		861.7	228.1
15. „	505.1	92.9	39.0	282.8	72.7	157.6		833.8	166.8
23 „	506.4	92.7	57.1	266.3	73.9	158.0		826.1	169.9
31. „	505.2	93.2	41.6	284.6	76.2	116.7		882.1	242.1
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
4 10.	245.9	—	54.4	405.1		138.6		547.0	246.7
11. „	245.2	—	60.9	369.7		145.9		515.0	208.9
18 „	243.7	—	61.8	361.9		150.8		498.4	192.9
25. „	242.6	—	62.3	353 2		138.0		469.8	184.9
31 „	240.1	—	61.2	359.2		123.2		536.4	235.1
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
4. 10.	2534.8	652.2[6])	30.5	842.0	1355.8[7])	244.8	9.1	4534.7	1317.2
11. „	2534.8	652.1[6])	30.4	839.6	1341.0[7])	243.7	8 9	4521.6	1304.3
17. „	2534.8	651.7[6])	30.2	834 2	1339.5[7])	241.9	9.0	4512.4	1295.3
25. „	2534.9	651.8[6])	30.1	830.8	1332.6[7])	242.0	8.7	4508.1	1291.3
31. „	2534 9	652.5[6])	30.0	882.7	1355.4[7])	203.7	9.1	4529.1	1311.7

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen Wechsel	Darlehen	c Verbindlichkeit. Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 10.	147.2		36 2	419.4		120.9		387.4	209 0
15. „	147.2		36.8	428.1		156 4		381.5	202.5
22. „	147.2		36.7	418.8		126.7		380 6	201.7
30. „	147.2		36.7	410.5		112.9		386.4	207.5
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
31. 10	209.5	22.4	25.6[2])	249.7	59,3	75.6		495.1	237.3
Bank von Polen (Millionen Zloty).									
10. 10.	100.0		240.5	236 4	9.5	90.8		451.5	111.0
20. 10.	100.3		237.5	234.7	9.7	106.0		438.4	100.6
31. 10.	100.7		241.4	245 8	13.4	60 0		503.7	161.6
Russische Staatsbank, Notenabteilung (in 1000 Tscherwonetz).									
1. 10.	13139.9	—	10017.4	21540.0	8506.9	—	—	51886.6	28729.3
15. 10.	13139.9	—	10317.4	22487.0	8707.3	—	—	54357.6	30900.3
Bulgarische Nationalbank (Mill Lewa).									
31. 8.	56.9		404.2	252.1	428.1	1064.3		4277.6	3816.8
30. 9.	56.9		580.0	270.1	445.2	1354.4		4361.7	3724.5

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Einschließl. lombardierter Wechsel. — [9]) In Trill. P. M.

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich im Oktober der Satz für tägliches Geld etwas versteift (Ende des Monats ⅜ bis ½ Promille), weil den Banken neuerdings Wechselmaterial zuzufließen beginnt, das eine bessere Anlage darstellt, da es etwa 12 Prozent Zinsen p. a. abwirft. Die Rediskontierbarkeit bei der Reichsbank, deren Fehlen den Wechselverkehr fast ein halbes Jahr lang unterbunden hat, ist jetzt innerhalb gewisser Grenzen wiederhergestellt. Auch der Seehandlung sind Bankeinlagen entzogen worden, um Anlage in Wechseln zu finden. Ein normal funktionierender Privatdiskontmarkt fehlt indes noch immer, da sich für das Hauptmaterial eines solchen, nämlich für die Bankakzepte, noch kein Vorzugszins vor guten Industriewechseln herausgebildet hat und die Rediskontierbarkeit bei der Reichsbank hier zum mindesten keine generelle ist. (Vergl. hierzu im übrigen den leitenden Aufsatz dieses Heftes.) Monatsgeld wurde mit 12 bis 13 Prozent, Devisengeld mit 7¼ bis 8 Prozent gehandelt.

Der Berliner Wechselkurs hat sich den meisten europäischen Währungen gegenüber etwas verschlechtert, da diese sich absolut, d. h. dem Dollar gegenüber, gebessert haben. Die Goldpari-

Digitized by Google

tät wurde wiederum durch Interventionen der Reichsbank aufrechterhalten.

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Okt.	8. Okt.	13. Okt.	20. Okt.	27. Okt.	31. Okt.
Amsterdam Guld. .	162,50	163,60	164,70	164,40	165,40	165,60
Kopenhagen (Kr.) .	73,15	73,60	74,—	72,40	72,10	73,—
Stockholm(Kronen)	111,65	111,65	111,90	111,75	111,70	111,75
Christiania (Kron.)	59,70	60,20	60,50	59,90	59,70	60,05
Helsingfors (F.-M.)	10,52	10,52	10,60	10,56	10,54	10,55
Schweiz (Francs) .	80.—	80,40	80,60	80,625	80,825	80,80
Madrid (Pesetas) .	55,90	55,75	56,35	56,30	56,20	56,50
Italien (Lire) . .	18,42	18,225	18,45	18,34	18,10	18,26
London (Pfund) .	18,745	18,735	18,58	18,865	18,875	18,995
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris (Francs) . .	22,25	21,94	22,22	22,03	21,87	22,—
Brüssel (Francs) .	20,36	20,05	20,35	20,23	20,13	20,18
Wien (1 Kr.) . . .	5,925	5,92	5,94	5,93	5,925	5,925
Prag (Kronen) . .	12,54	12,50	12,545	12,52	12,525	12,525
BuenosAires(Pesos)	1,50	1,56	1,525	1,545	1,525	1,53
Rio de Janeiro (Milr.)	0,40	0,48	0,47	0,47	0,465	0,47
Japan (Yen) . . .	1,68	1,63	1,63	1,51	1,615	1,615
Bulgarien (Lewa) .	3,07	3,07	3,10	3,06	3,06	3,05
Jugoslavien(Dinar)	5,78	6,10	6,10	6,11	6,08	6,08
Budapest (Kronen)	5.45	5,43	5,50	5,47	5,495	5,51
Lissabon (Eskudo)	—	—	—	—	16,50	16,50
Danzig (D. Gulden)	74,85	74,80	75,54	75,40	75,45	75,95

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Die Ausweise der **Deutschen Reichsbank** erscheinen seit dem 15. Oktober in neuer Gestalt, da am 11. Okober das neue Bankgesetz in Kraft getreten ist. An Gold waren Ende des Monats 694 Mill. M., an „deckungsfähigen Devisen" (mit 14tägiger Laufzeit) 231,4 Mill. Mark vorhanden. Ein weiterer erheblicher Bestand an längeren Devisen, zu dem noch der Erlös aus der Dawes-Anleihe kommen wird, steckt unter den „sonstigen Aktiven." Dem standen Ende Oktober gegenüber 1781 Mill. Mark umlaufende Reichsbanknoten und ca. 1750 Mill. Mark (nicht deckungspflichtige und daher nicht ausgewiesene) Rentenbankscheine. Daß der Status der Reichsbank keine Angaben über die Rentenbankscheine und auf der Passivseite keine Trennung der privaten und der öffentlichen Einlagen enthält, ist ein Mangel, der beseitigt werden sollte. Die Reichsbank hat im Oktober rund 170 Mill. Mark Wechsel über den Umfang am Quartalstermin hinaus diskontiert, anscheinend ohne erheblichen Schaden für die Währung, da der Verkehr das Plus von gleichfalls ca. 170 Mill. Mark Zahlungsmitteln verdaut zu haben scheint. Trotzdem sollte die andauernde Notwendigkeit, am Devisenmarkt zu intervenieren, die Reichsbank veranlassen, den Umlauf nur nach vorsichtigem Abtasten weiter zu erhöhen.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigte im Oktober und den Vergleichsmonaten das folgende Bild (in Millionen Mark, 1924 in Billionen bezw. Rentenmark):

Digitized by Google

	1921	1922	1923	1924
August	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900
			ferner: 1 490 529 300 Rentenmark	
September	98 004	473 715	22 627 672 721	886 588 300
			ferner: 1 652 485 500 Rentenmark	
Oktober	119 496	789 341	3 150 056 367 651	1 884 658 100
			ferner: 1 589 427 800 Rentenmark	

Zulassungen an den deutschen Börsen im Oktober 1924.

I. Börse zu Berlin.

P.-M.	96	Millionen	Preuß. Pfandbriefbank, jg. Akt.
G.-M.	10	„	10% Pfandbriefe III. der Rhein.-Westfäl. Bodenkreditbank.
„	10	„	8% do. IV. d. do. do.
„	9,87	„	8% do. IVa. d. do. do.
„	2,1	„	7% Pfandbriefe d. Hypothekenbank in Hamburg.
„	3	„	10% do. 3a d. Deutschen Grundkreditbank Gotha.
„	10,5	„	8% Pfandbriefe d. Preuß. Centralbodenkredit-A. G.
„	2	„	10% Komm.-Obl. d. do. do.

II. Börse zu Breslau.

Keine Zulassung.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M

Unbestimmter		Betrag	Hessische Dollaranleihe Reihe A.
„		„	do. do. Reihe C.
„		„	5% do. do. Reihe B.
„		„	5% Hessische Roggenanleihe.
P.-M.	15	Millionen	Bast A. G. Nürnberg, jg. Akt.
„	9	„	Allg. Deutsche Eisenbahn A. G., jg. Akt
„	17,8	„	Brauhaus Nürnberg, jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln a. Rh

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

2	Mill. Zentner	6% Zucker-Wertanl. d. Deutschen Zuckerbank Berlin

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

G.-M.	1,6	Millionen	5% Pfandbriefe d. Bayerisch. Vereinsbk., Reihe 16, 17, 18.
„	10	„	8% Pfandbriefe d. Bayer. Landeskultur-Rentensuld.

XII. Börse zu Augsburg.

Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

P.-M.	8,5	Millionen	Porzellanfabrik Kloster Veilsdorf, jg. Akt.
„	2	„	Porzellanfabrik Rauenstein, jg. Akt.
„	25	„	Porzellanfabrik Kahla, jg. Akt.
G.-M.	20	„	8% Landeskultur-Rentenscheine, Reihe 1.
„	1	„	5% Creditbriefe d. Landwirtschaftl. Creditvereins Sachsen.

XIV. Börse zu Leipzig.

P.-M.	9,48	Millionen	Steingutfabrik Colditz, jg. Akt.
G.-M.	1	„	5% Creditbriefe d. Landwirtschaftl. Creditvereins Sachsen.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

Digitized by Google

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.

P.-M. 100 Millionen $^{8}/_{18}$%ige Anl. d. Elektrizitätsverbandes Stade, IV. Ausg.

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister ist im Oktober erheblich lebhafter gewesen als im September. Allerdings erscheint die zur Durchführung der Industriebelastung gegründete „Bank für deutsche Industrie-Obligationen" allein mit 10 Millionen Mark Kapital in der Statistik. Es wurden eingetragen:

41	Aktiengesellschaften mit	16 804 400	Gold-M. Kapital
536	Gesellschaften m. b. H. mit	8 458 100	„ „
	zusammen	25 262 500	Gold-M. Kapital
	gegen	1 084 975 448	M. Kapital im Oktober 1923
	„	1 421 616 000	„ „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** haben gleichfalls erheblich zugenommen. Die Oktober-Ziffern lauten:

48	Aktiengesellschaften mit	18 818 900	Gold-M. Kapital
28	Gesellschaften m. b. H. mit	735 600	„ „
	zusammen	19 554 500	Gold-M. Kapital
	gegen	100 800 154 000	M. Kapital im Oktober 1923
	„	2 977 226 000	„ „ „ „ 1922

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Oktober laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
67	9	1	2	10	167
Dagegen im Oktober 1923:					
32	22	0	3	19	156
Dagegen im Oktober 1922:					
11	8	0	3	5	203

Insgesamt sind also gegründet worden:

Okt.	1924:	78	Genossenschaften	m. unb. H.	und	178	Genossenschaften	m. b. H.
„	1923:	51	„	„	„	„	181	„	„	„	„
„	1922:	16	„	„	„	„	214	„	„	„	„

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Oktober zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Oktober 1924.

(Vom 1. bis 31. Oktober im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.
Landwirtschaft	48	908 295	1	120 000	37	90	11	88 400	16	9	—	—	10	1	1	10 000
Bergbau, Hütten u. Salinen	33	7	2	100 000	36	143	36	575 200	29	2	3	—	8	—	3	24 750
Steine und Erden . . .	23	8	1	150 000	32	25	14	595 600	22	—	—	—	6	—	2	5 900
Metalle und Maschinen .	84	138	4	200 000	130	139	60	697 900	97	5	7	1100000	30	—	1	6 000
Elektrotechn. Erzeugnisse	25	2	2	100 000	49	136	11	95 000	14	—	—	—	5	—	1	20 000
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	8	2	2	2 400 000	4	-	3	314 000	11	—	3	10 360 000	5	1	1	3 500
Fette, Oele usw. . . .	10	51	1	100 000	17	23	5	301 000	4	—	2	—	2	2	—	—
Chem. Indust., Heiz- u. Leuchtst.	39	106	2	50 000	53	74	22	340 200	45	2	1	—	13	—	—	—
Textilgewerbe	48	104	2	100 000	59	143	35	434 900	23	—	3	85 000	4	—	2	125 000
Papiergewerbe	17	121	1	50 000	10	2	7	115 100	7	—	1	—	4	—	—	—
Ledergewerbe	16	3	1	—	21	67	12	78 500	10	—	2	400 000	3	—	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	32	9	—	—	55	61	10	188 400	16	4	—	—	10	—	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	74	167	2	50 000	98	362	76	968 300	78	5	7	464 000	16	2	2	16 000
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	17	12	—	—	26	255	14	430 000	4	—	—	—	5	—	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	7	2	—	—	4	2	3	50 000	5	—	—	—	—	—	1	4 500
Graphische Gewerbe . .	15	1	1	66 000	19	.	20	661 600	11	—	1	40 000	13	—	—	—
Baugew. u. Terrain-Ges.	42	20	—	—	54	87	23	281 800	17	1	—	—	16	2	3	38 750
Banken u. Versich.-Ges. .	111	244	5	11 875 000	16	120	7	39 000	62	25	5	4500000	2	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	7	1	4	601 000	32	212	21	209 000	10	1	—	—	7	1	—	—
Handel (ausser Banken)	47	173 641	2	500 000	121	1 046	25	267 100	62	5	3	195 000	64	15	5	36 700
Syndik., Verkaufsvereine	2	1	1	53 000	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Sonstige Gesellschaften .	106	40	7	290 400	182	173	121	1427100	84	8	10	1674900	29	—	6	444 500
	811	10828[illegible]6	41	16 804 400	1184	2 168	536	8458100	627	76	48	18 818 900	253	24	28	735 600

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Oktbr. 1924: 25 262 500 Gold-Mark, 1923: 1 084 975 443 475 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 19 554 500 „ „ 1923: 100 800 154 000 „
Gesamtanspruch im Oktbr. 1924: 44 817 000 Gold-Mark, 1923: 1 085 075 243 629 000 M.

Digitized by Google

In Aurich	14	in Eichstätt	11	in Ludwigsburg	11
„ Bamberg	12	„ Elberfeld	14	„ Lübeck	12
„ Berlin	131	„ Essen (Ruhr)	12	„ Mannheim	18
„ Bielefeld	12	„ Eutin	13	„ München	64
„ Bremen	20	„ Frankfurt a. M.	38	„ Nürnberg	10
„ Breslau	40	„ Freiburg i. Br.	13	„ Plauen i. V.	10
„ Cassel	10	„ Hamburg	91	„ Potsdam	12
„ Chemnitz	10	„ Hannover	21	„ Regensburg	15
„ Coburg	11	„ Köln	12	„ Rüstringen	11
„ Dresden	32	„ Königsberg	10	„ Stuttgart	11
„ Düsseldorf	24	„ Leipzig	35	„ Zeitz	12

In ganz Deutschland sind nach den Veröffentlichungen im Oktober 1924

1432 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen worden.

* * *

Kleine Chronik. Die Deutsche Rentenbank veröffentlicht mit Rücksicht auf ihre Umstellung keinen Oktober-Ausweis. (Siehe auch unter „Deutsche Banken".)

Deutsche Golddiskontbank. Leitet ihre Liquidation ein, indem sie den (fast gar nicht in Anspruch genommenen) Kredit der International Acceptance Bank von 25 Mill. Doll. kündigt. (Siehe auch unter „Deutsche Banken".)

Die neue deutsche Währung ist am 11. Oktober zur Entstehung gekommen, da an diesem Tage das Bankgesetz und das Münzgesetz in Kraft getreten sind. Die neue „Reichsmark" steht zur alten Mark, die nur noch 3 Monate nach Aufruf durch die Reichsbank im Umlauf bleibt, im Verhältnis von 1 : 1 Billion, zur Rentenmark, die zunächst bestehen bleibt, aber nicht „gesetzliches Zahlungsmittel" ist, im Verhältnis von 1 zu 1.

Münzwesen. Der Reichsrat genehmigt die weitere Ausprägung von weiteren 30 Millionen Mark Rentenpfennig-Münzen zu 1 bis 10 Pf. (insgesamt also 210 Millionen), die in Zukunft „Reichspfennige" heißen.

Privatnotenbanken. Das (vierteljährlich zu revidierende) Kontingent der vier Privatnotenbanken beträgt im laufenden Quartal: Bei der Bayerischen und Sächsischen Bank je 37,66 Mill. M., bei der Württemb. und Badischen je 14,53 Mill. M.

Die deutschen Banken im Oktober 1924.

Reichsbank. Am 11. Oktober tritt das neue Bankgesetz in Kraft. Da die Kapitalserhöhung auf 300 Mill. M. noch nicht durchgeführt ist, beträgt das Kapital bis auf weiteres 90 Mill. M. (180 Mill. von 2 : 1 zusammengelegt). Die jetzt im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten sollen ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel noch bis zum Ablauf von drei Monaten nach ihrem demnächstigen Aufruf behalten. Die Abkürzung der neuen Reichswährung lautet „R. M.". Die von Deutschland selbst zu übernehmende Spitze der deutschen 800 Mill. auswärtigen Anleihe von 1924 soll nicht zur Zeichnung auferlegt, sondern von einem Konsortium unter Führung der Reichsbank übernommen werden. Außerdem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gehören dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank u. a. an: Geh. Rat Louis Hagen, Köln, Franz von Mendelssohn, Hofrat Remshard (Bayr. Hyp.- u. Wechselbk.), Franz Urbig (Disconto-Ges.), Oskar Wassermann (Deutsche Bank) und Max M. Warburg; ferner Prof. Bruins (Rotterdam) und Direktor Jansen (Belg. Nat. Bk.). Vizepräsident wird anstelle des infolge Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen langjährigen Vizepräs. von Glasenapp Geh.-Rat Kauffmann. Präsident Schacht schreibt im Amerik. Bankers Magazine, die Dawes-Anleihe ermöglicht es der Reichsbank, den deutschen Geldumlauf auf „4½ bis 5½ Milliarden Goldmark" zu steigern. Vom 15. Oktober ab erscheinen die Bankausweise in neuer Fassung. Vielbemerkt wird, daß die öffent-

Digitized by Google

lichen Depositen nicht mehr getrennt ausgewiesen werden. In Dessau, wo Präs. Schacht eine politische Rede (demokratisch) hält, ist eine Reichsbankstelle errichtet worden, in Cuxhaven und in Plettenberg (Westf.) Nebenstellen. Geh. Rat Kauffmann tritt in den Aufsichtsrat der Reichskredit-A.-G. ein. Direktor Friedrich Dreyse wird zum Mitglied des Direktoriums ernannt.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Räumt der Mühlenindustrie-Bank, Berlin, einen Diskontkredit von 10 Millionen G.-Mark ein.

Deutsche Golddiskontbank. Die Aktien der Bank werden in Höhe der darauf geleisteten Einzahlung zu pari in neue Reichsbank-Aktien umgetauscht. Das Institut wird langsam abgebaut und gewährt keine neuen Kredite mehr.

Deutsche Rentenbank. Die Ueberführung des Instituts in eine „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt" bleibt infolge der Auflösung des Reichstages in der Schwebe. Die Frage der Rückvergütung der Rentenbank-Zinsen wird von einem Ausschuß bearbeitet, dem Geh. Rat Dietrich, Hillger-Spiegelberg (von agrarischer Seite) sowie Geh. Rat Bücher (Industrie) und Franz Urbig (Disconto-Ges.) angehören. Am 11. Okt., dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen, sind Noten über 2,1 Md. Rentenmark und Rentenbriefe über 155 000 Rt. M. ausgegeben. Siehe Preußische Centralgenossenschaftskasse.

Preußische Centralgenossenschaftskasse. Das Institut befindet sich im Umbau von einem reinen Staats- zu einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, indem die Spitzenverbände der 52 000 deutschen Genossenschaften größere Beteiligungen übernehmen. Das gesamte deutsche Genossenschaftswesen ist nunmehr mit dem Institut als Spitze zentralisiert. Das Grundkapital beträgt 63,4 Mill. Gm.; eingezahlt sind 17,6 Mill. Gm. Der Ausschuß des Instituts spricht sich gegen die Errichtung einer Rentenbank-Kreditanstalt (siehe Deutsche Rentenbank) aus. Es schweben Verhandlungen, die den Uebergang der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank an das Institut bezwecken, weil die letztere die Interessen der Genossenschaften des Allg. Verbandes (Schulze-Delitzsche Richtung) während der Inflationskrise und später nicht hinreichend wahrnehmen konnte. Das Institut wird am 1. Nov. eine Zweigstelle in Frankfurt a. M. zur Erleichterung des norddeutschen Kredit- u. Effektengeschäfts errichten. Geh. Finanzrat Jost wird zum Präsidenten der Thüringischen Staatsbank ernannt.

Bank für deutsche Industrieobligationen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wird Herr Krupp von Bohlen-Halbach gewählt. Zu den an der Uebernahme von Aktien des Instituts beteiligten Banken gehören u. a.: Berliner Handels-Ges., Bleichröder, Commerz- u. Privatbank, Darst.- u. Natbk., Delbrück Schickler u. Co., Deutsche Bank, Deutsche Girozentrale, Disconto-Ges., Dresdner Bank, Hardy u. Co., Mendelssohn u. Co., Mitteldeutsche Creditbank, Reichskreditges., Gebr. Arnhold, Barmer Bankverein, Essen. Creditanstalt, Norddeutsche Bank, Vereinsbank in Hamburg, Schaaffhausenscher Bankverein, Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Rheinische Creditbank, Süddeutsche Disconto-Ges., Bank für Thüringen, Bayr. Hyp.- u. Wechselbank, Bayerische Vereinsbank u. Württemb. Vereinsbank.

Deutsche Bank. Löst behufs weiterer Betriebs-Konzentration ihre Zweigstellen in Bad Homburg und Biebrich sowie zwei Depositenkassen in Frankfurt a. M. auf. Unterstützt mit M. M. Warburg u. Co. Die American and Continental Corporation, die von amerikanischen Bankhäusern mit 10 Mill. Doll. Kap. errichtet worden ist, bei der Beratung und Durchführung der Geschäfte. Direktor Wassermann gehört dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank an. Direktor Blinzig wird in den Aufsichtsrat des Deutschen Lloyd, des Internationalen Lloyd der Union Allg. Versicherungs-A. G. berufen. Die Bank löst ihre der Schweiz. Bodenkreditanstalt gegenüber i. J. 1917 eingegangene Valutagarantie zum größeren Teile ab, indem sie Deutsche Dawes-Anleihe zeichnet und einem schweiz. Bankensyndikat verpfändet. Im Jahre 1927 wird das Pfand durch Zahlung in engl. Pfund frei. Uebernimmt zum 1. Januar n. J. die Bankfirma Hermann Paderstein in Bielefeld.

Dresdner Bank. Die Genossenschaftsabteilung, die in den letzten Jahren versagt hat, wird voraussichtlich auf die Preußenkasse (s. d.) übergehen. Siehe ferner Bank für deutsche Industrieobligationen.

Digitized by Google

Disconto-Gesellschaft. Vermittelt die Annahme einer Offerte der Western Union Telegraph Cy auf Kabelgemeinschaft durch die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank (mit Hardy u. Co.) und von 4 Mill. Gm. Akt des Riebe-Werk, Berlin-Weißensee (mit Commerz u. Privatbank) zur Berliner Börse. Dr. Solmssen scheidet aus dem Vorstand des A. Schaaffhausenschen Bankvereins aus, um intensiver für die Disc.-Ges. wirken zu können. Geschäftsinhaber Urbig gehört dem Generalrat der neuen Deutschen Reichsbank an. Siehe Deutsche Rentenbank, Bank für deutsche Industrieobligationen u. Bank für Chile u. Deutschland.

Commerz- und Privatbank. Beantragt (mit Disconto-Ges.) die Zulassung der 4 Mill. Gm. Aktien des Riebe-Werk, Berlin-Weißensee, ferner die der jungen Aktien der Chemischen Werke Brockhues u. der C. W. Kemp A. G. zur Berliner Börse. Direktor Sobernheim tritt in den Aufsichtsrat der A. G. für Montanindustrie, Berlin, u. Direktor Kühne, Dresden, in den der Heidenauer Papierfabrik ein. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Darmstädter und Nationalbank. Die unter Beteiligung des Instituts im März 1923 gegründete Eisenkredit-A. G., Berlin, stellt ihr Aktkap. von 500 Mill. Pm. auf 0.3 Mill. Gm. um. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Mitteldeutsche Creditbank. Hat ihr Bankgebäude in Fürth an die dortige Bankfirma Georg Brückner verkauft. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Berliner Handels-Gesellschaft. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Leipzig. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Allgemeine Mittelstandsbank A. G. (unter Geschäftsaufsicht), Nürnberg. Die Gen.-Versammlung soll über die Beschaffung neuer Betriebsmittel oder die Liquidation beschließen. Die Bayerische Staatsbank ist mit 0,2 Mill. Gm. Kredit interessiert.

Allgemeine Wirtschaftsbank, Berlin. Das im Jahre 1922 aus der „Ersten Berliner Kautionsges. A. G." hervorgegangene Institut weist in der Goldbilanz 125 838 Gm. Effekten bei 0.1 Mill. Kap. aus.

Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken. Siehe Süddeutsche Festwertbank.

Gebr. Arnhold, Berlin-Dresden. Besteht seit 60 Jahren. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Badische Bank, Mannheim. Im IV. Quartal cr. beträgt das Notenausgaberecht nach dem neuen Bankgesetz 14,53 Mill R. M. (1 Reichsmark gleich 1 Bill. Pm.).

Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden. Direktor Alfred Behrendt, Dresden, tritt in den Aufsichtsrat der Enzinger-Union-Werke, Mannheim, ein.

Bank für Chile u. Deutschland. Die Norddeutsche Bank in Hamburg u. die Disconto-Ges. wandeln dieses Institut aus formalen Gründen in die Banco de Chile y Alemania um. Das voll eingezahlte Kap. beträgt 10 Mill. Währungspesos, der Reservefonds 1 Mill. Goldpeso.

Bank für Thüringen, vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Barmer Bank-Verein, Hinsberg, Fischer und Comp. Die Gen.-Versammlung genehmigt nach stundenlanger Debatte die Zusammenlegung des Kap. im Verhältnis von 60: 1, d. h. von einer 1200 M.- auf eine 20 Gm.-Aktie; das Kap. beträgt alsdann 21 Mill. Gm. (1250 Mill. Pm.). Die Zweigniederlassungen Herzogenrath, Würselen u. Kohlscheid sind geschlossen worden. Das laufende Geschäftsjahr hat sich angeblich günstig angelassen; auf eine zufriedenstellende Dividende für das Gm.-Kap. soll gerechnet werden dürfen. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Bayerische Bodencreditanstalt, Würzburg. Darf weitere 5 Mill. Gm. Pfandbriefe begeben.

Bayerische Handelsbank, München. Stellt 7½% Goldpfandbriefe zu 80% freihändig zum Verkauf.

Digitized by Google

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Die Disconto-Ges. u. Hardy u. Co. beantragen die Zulassung der jungen Aktien zur Berliner Börse. Die Bank begibt 0,6 Mill. 6% Pfandbriefe. Direktor Hofrat Remshard gehört dem Generalrat der neuen Deutschen Reichsbank an. Der Sohn des bayer. Sozialministers Oswald wird wegen Diebstahls, den er als Angestellter der Bank begangen hat, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Bayerische Notenbank. Das Notenausgaberecht stellt sich nach dem neuen Bankgesetz für das IV. Vierteljahr cr. auf 37,66 Mill. Rm.

Bayerische Staatsbank, München. Siehe Allgemeine Mittelstandsbank.

Bayerische Vereinsbank, München. Begibt weitere 3 Mill. 10% Goldpfandbriefe. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Beamten-Zentralbank, Berlin. Stellt das Aktkap. von 5 Mill. Pm. auf 10 000 Gm. und schafft dabei ein Kapitalentwertungskonto von 2153 Gm. Das Kap. wird auf 0,6 Mill. Gm. erhöht; die neue Firma lautet Deutsche Beamten-Zentralbank.

Bergische Bank, Elberfeld. Sämtliche Gläubiger stimmen einem Vergleich zu; die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben und die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Berliner Bank. Ein Vergleich kommt zustande; die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben.

S. Bleichröder, Berlin. Generalkonsul Dr. Paul von Schwabach tritt als Vertreter der Banken in den Aufsichtsrat der Bank für deutsche Industrie-Obligationen (s. d.) ein.

Brandenburgische Girozentrale, Berlin. Wird durch Bevorschussung gefälschter Aktien (Magdeb. Bergwerks A. G. und Bremer Wollkämmerei) geschädigt. Die Fälscher werden steckbrieflich verfolgt.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Die Nachfolgerin des Instituts, die Banco Brasileiro Allemao, hat nach erfolgter Genehmigung durch die brasilianische Regierung ihre Tätigkeit mit einem voll eingezahlten Kapital von 20 Mill. Milreis Kap. aufgenommen.

Bremer Privatbank. Siehe Märkische Industrie- und Landbank.

Centralbank für Eisenbahnwerte, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Continentale Bank und Handels-Ges., Berlin. Die Gen.-Versammlung stimmt der Liquidation zu. Direktor Dr. Hermann Ganz ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Curabank, Berlin. Will die Vorzugsaktien-Ausgabe (2 Mill. Pm.) vom Mai v. J. rückgängig machen und nach Umstellung des dann noch 0,1 Mill. betragenden Kap. dieses um 125 000 Gm. erhöhen.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Depositen- und Handelsbank, Berlin. Ein von der Mannesmann-Gruppe gestellter Konkursantrag wird zurückgezogen, nachdem deren Kreditsicherungs-Verlangen entsprochen ist. Die Bank erwirbt ca. 90% des Komm.-Kap. des Bankhauses E. Jordan u. Co., Hamburg.

Deutsche Beamten-Zentralbank A. G., Berlin. Siehe Beamten-Zentralbank.

Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, Berlin. Siehe Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Deutsche Girozentrale—Deutsche Kommunalbank. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Beantragt die Zulassung ihrer 8% Goldpfandbriefe Reihe 4 zur Berliner Börse.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt-Berlin. Will das Stammaktienkapital von 925 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. umstellen und um 392 000 Gm. erhöhen. 75 Mill. Pm. Vorzugsaktien werden unter Zuzahlung auf 7500 M. gebracht.

Deutsche Orientbank, Berlin. Uebernimmt die beiden Niederlassungen der Banque de la Seine in Konstantinopel (Galata und Stambul), die dem

Digitized by Google

Berliner Institut bereits vor dem Kriege gehörten. Siehe Tschechoslowakischer Bankverein.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Will ihr Kap. von 2 Md. Pm. auf 25,25 Mill. Gm. herabsetzen.

Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg. Will das Kap. von 7 Mill. Pm. auf 70 000 Gm. umstellen.

Deutsche Unionbank, Berlin. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 200 Mill. Pm. auf 40 000 Gm. u. Wiedererhöhung auf 1 Mill. Gm.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Schließt ihre Filiale Gießen nebst deren Depositenkasse Lauterbach (in Hessen). Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Chemisch-pharmaz. Werke Mayer-Alapin zur Frankfurter Börse.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Errichtet außer ihren Zweigstellen in Köln und Elberfeld solche in Essen, Mainz, Ludwigshafen und Trier. Setzt im Frachtstundungsverfahren die Gebühren von 6 auf 5 Promille herab.

Deutsche Volksbank, Essen. Das Kap. von 1 Md. Pm. soll derart zusammengelegt werden, daß jede 10 000 Pm.-Aktie in eine Gm.-Aktie über 20 M. umgewandelt wird.

Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf. Das vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geratene und unter Geschäftsaufsicht gestellte Institut, aus dem die holländischen Aufsichtsratsmitglieder ausgeschieden sind, beschließt in der Gen.-Versammlung eine Kap.-Herabsetzung von 500 Mill. Pm. auf 0,2 Mill. Gm., das bis zu 0,5 Mill. Gm. erhöht werden soll.

Dresdner Handelsbank. Beantragt, das Aktkap. von 300 Mill. Pm. auf 1 Mill. Gm. umzustellen.

Düsseldorfer Creditbank. Zwecks Vermeidung des Konkurses wird ein öffentliches Eingreifen zugunsten einer Sanierung angestrebt.

Düsseldorfer Gewerbebank. Die zehn Monate währende Geschäftsaufsicht ist trotz eines Konkursantrages wieder verlängert worden. Gegen das Geschäftsgebahren des Vorstands werden schwere Anschuldigungen erhoben.

Essener Creditanstalt. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 700 Mill. Pm. auf 14 Mill. Gm. bei Ausstattung der Rücklagen mit 2 Mill. Gm. und Wiedererhöhung des Kapitals um 7 auf 21 Mill. Gm. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Frankenbank, Ellingen. Das 1913 gegründete Institut beantragt Namensänderung und Sitzverlegung.

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Verhandelt mit der Deutschen Genossenschaftshypothekenbank wegen eines Abkommens zwecks Gewährung von Krediten an die Landwirtschaft.

Getreidekredit-A. G., Berlin. Will das Kap. von 3000 Mill. Pm. auf 0,75 Mill. Gm. umstellen.

Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Stellt das Kap. auf 40 000 Gm. um und erhöht es auf 1 Mill. Gm. Am 1. Juli d. J. beträgt der Rentenbriefumlauf 8,21 Mill. Gm.

Bank Walther Goldschmidt u. Co. A. G., Bonn. Die Unterbilanz wird auf 0,72 Mill. Gm. geschätzt, zu denen event. noch 0,6 Mill. Gm. treten können. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Goslaer Bank. Will das Aktkap. im Verhältnis von 20 : 1 zusammenlegen und die Aktien auf 20 Gm. abstempeln. Das Kap. soll auf bis zu 0,25 Mill. Gm. heraufgesetzt werden.

Hamburger Handelsbank. Will in Liquidation treten.

Handels- und Diskont-A. G., Berlin. Zwei Vertreter der Bank werden in den Aufsichtsrat der Elektro-Werkzeugbau A. G. gewählt.

Handels- und Gewerbebank, Frankfurt a. M.. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Die Zulassung der 8% Goldpfandbriefe zur Berliner Börse wird beantragt.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank in München zur Berliner

Digitized by Google

Börse (mit der Disconto-Ges.). Herr Andree reist zwecks Kreditbeschaffung nach Amerika. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Industriebank, Chemnitz. Der Sitz wird nach Crimmitschau verlegt und die Firma in Vereinsbank Crimmitschau A. G. umgeändert. Das umgestellte Kap. beträgt 0,3 Mill. Gm. Die Vorzugsaktien übernimmt die Sächsische Staatsbank.

Industrie- und Wirtschaftsbank, Hamburg. Die Gen. Versammlung stellt das Kap. von 634,4 Mill. Pm. auf 126 880 Gm. um.

Jordan u. Co., Komm.-Ges., Hamburg. Siehe Depositen- u. Handelsbank, Berlin.

Kölner Bankverein. Das zusammengebrochene Institut tritt in Liquidation.

Kölner Gewerbebank. Das Aktkap. wird im Verhältnis von 1000 : 1 zusammengelegt.

Kommunalbank Bochum. Wird mit 1 Mill. Gm. Kap. gegründet.

Kommunalbank für Schlesien. Die unter Mitwirkung des Instituts gegründete Glogauer Mühlen-A. G. tritt in Liquidation.

Kreditanstalt für Verkehrsmittel A. G., Berlin. Direktor Leipziger (Berlin-Burger Eisenwerke) tritt in den Vorstand ein.

Kredit- u. Handelsbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Kap.-Umstellung von 50 Mill. Pm. auf 50 000 Gm. u. Erhöhung um 3 Mill. Gm. Die Aktienmehrheit ist an Berliner Terraininteressenten übergegangen.

Landesbank der Rheinprovinz. Bei dem Institut werden Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, die in der Inflationszeit Ende 1923 begangen wurden.

Lewinsky, Retzlaff u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt, das Kap. von 100 Mill. Pm. auf 0.5 Mill. Gm. bei 0,1 Mill. Gm. Reservefonds umzustellen.

Magdeburger Bank. Beantragt die Umstellung des Aktkap. auf 1.25 Mill. Gm.

Märkische Industrie- und Landbank, Bernau. Das Institut, dem die Bremer Privatbank nahesteht, beantragt als Umstellungskoeffizient 75 Milliarden : 1 (!).

Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank, Schwerin. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 150 Mill. Pm. auf 3 Mill. Gm.

Mecklenburgische Getreide-Kredit-A. G., Schwerin. Das Kap. wird von 5 Md. Papier- auf 12 000 Gm. umgestellt, wobei 2,6 Md. Pm. noch nicht begebene Aktien eingezogen werden. Eine Wiedererhöhung auf bis 0,1 Mill. Gm. wird beantragt.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Franz von Mendelssohn gehört dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank an. Dr. Mannheimer ist zwecks Kreditbeschaffung nach Amerika gereist. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Bringt eine neue Reihe 10% Pfandbriefe zum Kurse von 92% heraus.

Mittelfränkische Bank, Nürnberg. Entgegen der bisherigen Schätzung von 3—5% wird mit einer Konkursquote von 15—20% gerechnet.

Niederlausitzer Bank, Kottbus. Beantragt die Umstellung von 1700 Mill. Pm. auf 1,3 Mill. Gm. Direktor Jungnickel tritt in den Aufsichtsrat der Niederlausitzer Kohlenwerke ein.

Nordbayerische Handels- u. Gewerbebank (in Konkurs), Nürnberg. Der Gläubiger-Ausschuß, der die Verwaltung für die „trostlose und unverantwortliche Mißwirtschaft" haftbar machen will, hofft auf eine in zwei Quoten auszuschüttende Dividende von 20%.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Geschäftsinhaber a. D. Max v. Schinkel wird 75 Jahre alt. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen und Bank für Chile und Deutschland.

Oberfränkische Diskonto-Bank, Hof. Tritt in Liquidation.

Ostbank für Handel u. Gewerbe, Berlin. Siehe Ostdeutsche Privatbank.

Ostdeutsche Privatbank, Berlin. Die außerordentl. Gen.-Versammlung übereignet sämtliche Aktien den Großaktionären gegen ein Umtausch-

Digitized by Google

andersartigen Kultur und innerhalb eines so fremdartigen Organismus nicht ohne weiteres unseren heimischen Maßstab anlegen können.

Im strengen juristischen Sinne Knapps, für den Geld das ist, was staatlich anerkannte Geltung besitzt, gibt es in China überhaupt kein Geld und keine Währung, entgegen dem gemeinen Sprachgebrauch, dem es nicht einfallen wird, China Geld und Geldwesen abzusprechen.

Um den prinzipiellen Unterschied zwischen chinesischem und europäischem Geldwesen zu begreifen, bedarf es eines kurzen Blickes auf die ganz andersartigen Bedingungen des gesellschaftlichen Aufbaues in China und Europa. In Europa, und vor allen Dingen im Europa der neueren Zeit, sind wir gewohnt, den Staat eine beträchtliche Rolle im Wirtschaftsleben spielen zu sehen. Gerade im Geldwesen ist er seit langen Zeiten der eigentliche Regulator, und da es sich hier um eine öffentliche Angelegenheit ersten Ranges handelt, die nur innerhalb des Gesamtstaates zur Zufriedenheit Aller geregelt werden kann, so können wir uns eine andere Lösung kaum vorstellen. Es geht dies in unsern Tagen so weit, daß die Existenz mehrerer örtlicher Währungen innerhalb desselben Staates als unvereinbar mit der Idee des Staates überhaupt angesehen wird. Ist ein Staat soweit gekommen, daß ihm eine zentrale Regelung des Geldwesens nicht mehr möglich ist, so ist das schon gleichbedeutend mit dem völligen Zusammenbruch seiner inneren Einheit als Staat. Und wenn wir in den letzten Jahren im wirtschaftlich zerrütteten Deutschland Versuche zu dezentralisierter, privat-eigenmächtiger Regelung des Geldwesens gesehen haben, so waren dies für unser Gefühl bereits deutliche Zeichen des Zusammenbruchs unserer ganzen staatlichen Organisation, die sich denn auch mit ihrer letzten Kraft zur Bekämpfung dieser Zersetzungserscheinungen aufraffte, um sich selbst zu erhalten.

In China hat es eine machtvolle Währungspolitik des Staates niemals gegeben. Und es ist im Grunde für das heutige China ein Glück, daß die europäischen Währungsreformer, die in neuerer Zeit auch auf diesem Gebiete dem europäischen Vorbild in China Geltung verschaffen wollten, nicht durchgedrungen sind. Denn bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage würde ein Geldwesen in Händen der Zentralmacht für diese zwar eine höchst wirksame Waffe, für das Land und seine Wirtschaft aber die völlige Zerrüttung aller Ordnung bedeuten.

Die chinesische politische Verfassung ist von jeher ausgesprochen auf Dezentralisation aufgebaut. Wird die soziale Einheit bei uns letzten Endes durch die Zentralmacht von oben her mit Gewalt aufrechterhalten, so ist es in China umgekehrt: die soziale Organisation ist stufenweise von unten her geordnet, durch Aufeinanderschichtung von Familienorganisationen, Dorforganisationen, Provinzorganisationen, durch die sich als vermit-

Digitized by Google

telndes Band — aber nicht wie verderblicherweise bei uns als einziges — die Berufsorganisation schlingt. Familien- und landsmannschaftliche Organisationen stehen in Wechselwirkung mit der beruflichen, und dadurch wird ein Gleichgewicht erzeugt, in dem ebensowohl eine allzu große Dezentralisierung, die der kulturellen und politischen Einheit des Gesamten schaden könnte, wie eine allzu große Absonderung der Klassen von- und gegeneinander, wie es der typische Ausdruck unserer „sozialen Frage" ist, vermieden werden.

Dadurch, daß jeder der unteren Verbände in sich geschlossen seine Aufgaben selbständig erledigt, kann er bestehen auch ohne Existenz der höheren Organisation, kann absolute Ordnung herrschen, auch wenn die höhere politische Macht völlig zerrüttet ist. Natürlich hängt, wenn dieser Fall tatsächlich eintritt — wie beispielsweise heute, wo die Zentralmacht faktisch in dem weitaus größten Teile des Reiches kaum noch einen direkten Einfluß besitzt —, hier wie überall alles von den Führern dieser kleineren Verbände ab; und in Zeiten der Militärherrschaft, wie in der Gegenwart, gibt es genug der Mißstände, die uns unfaßbar und mittelalterlich dünken. Nichtsdestoweniger aber wird die soziale und wirtschaftliche Ordnung aufrechterhalten, was bei uns sicher unter solchen Bedingungen nicht der Fall wäre, und dies einfach darum, weil der innere Zusammenhalt der alten, überkommenen chinesischen Organisation in Einzelverbänden so stark ist, daß er für lange Zeit aus sich heraus die Aufrechterhaltung der Ordnung gewährleistet, ohne daß eine eigentliche politische Macht vorhanden ist.

Eine derartige Organisation bedingt aber, daß auch die finanzielle Leitung der Gemeinschaft völlig dezentralisiert ist, und eben diese Tatsache muß ausschlaggebend für jede gegenwärtige und künftige Geldverfassung des Landes sein. Nicht das Reich als solches, sondern die lokalen Verbände erheben Steuern; das erstere ist dadurch völlig von den letzteren abhängig. Verliert, wie heute, die Zentralmacht sowohl Vertrauen wie Macht, so ist es von allen Einkünften entblößt, und es tritt der Zustand der Gegenwart ein, wo die Zentralgewalt eines Landes von 400 Millionen Einwohnern einfach nicht die Mittel besitzt, um ihre Minister und Beamten in der Hauptstadt zu besolden. Es gilt eben in ganz China der Grundsatz, daß jeder Unterverband durch den Ueberschuß seiner Einkünfte den höheren erhält. Hat dieser weder Macht noch Vertrauen genug, um diese Abführung durchzusetzen, so ist er kaltgestellt und kann nicht weiter funktionieren, ohne daß deshalb die Unterverbände in ihrem selbständigen Dasein irgendwie beeinflußt würden.

Es ist hier nicht der Ort, diese Landesverfassung auf ihre Licht- und Schattenseiten zu untersuchen. Es genügt der kurze Hinweis auf den fundamentalen Unterschied gegenüber unserem sozialen Leben, um zu erklären, warum sich auch das Geldwesen

Digitized by Google

so ganz anders gestalten mußte, und warum an eine wirklich wirksame Zentralisierung des Geldwesens in China in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Die Schaffung des Geldes ist im wesentlichen immer Sache der Einzelorganisationen oder der Privaten gewesen. Wohl gibt es mehr als eine Ausnahme in der chinesischen Geschichte, besonders in Zeiten starker zentraler Macht. Bekannt ist das Papiergeld der Mongolendynastie, das ein Beispiel moderner Inflationswirtschaft schon vorwegnahm. Aber eine genauere Untersuchung dieser geschichtlichen Entwicklung ist vorläufig kaum möglich infolge der noch zu geringen europäischen Kenntnis chinesischer Geschichtsquellen. Fest steht nur, daß es in China seit der Chou-Dynastie, also seit etwa der griechischen Zeit, Bronzemünzen gab, sowie zu manchen späteren Epochen Silbermünzen, bis seit etwa dem Jahre 1000 der Sycee oder Silberschuh — mit dem Tael als Einheit — zur Silbermünze und Rechnungseinheit des Großhandelsverkehrs wird.

Im Geldwesen des vorigen Jahrhunderts spielt noch der Bronzekaesch — aus Kupfer mit etwa 50 Prozent Blei bestehend — die ausschlaggebende Rolle für den ganzen Binnenverkehr. Die Münzen sind lokal, meist von den Provinzialregierungen hergestellt, und es gibt die zahlreichsten Prägungen und Gehalt-Zusammensetzungen; aber im Kleinverkehr wird doch dies Geld allgemein der Zahl nach gewertet, stellt also eine echte Münze dar. Wir können wohl sagen, China habe damals eine Bronzewährung gehabt. Da Kupfer im eigenen Lande nicht in genügendem Maße vorhanden war, so war es immerhin wertvoll genug, um für den Kleinverkehr einigermaßen zu genügen. Freilich nur einigermaßen und auch nur für den Kleinverkehr. Bei größeren Summen mußte dieses Geld natürlich höchst unbequem für den Transport werden. Hier besaß der Großverkehr im Tael eine wertvollere Einheit. Der Tael war keine Münze, sondern lediglich eine Gewichtseinheit, eine Unze Silber. Für den Handelsverkehr waren Barren üblich von abgestempeltem Gewicht und Feingehalt. Da aber auch diese Kontrolle lediglich Sache der Ortsbehörden war, so entwickelten sich überall lokale Zahlungsgebräuche, mit dem Erfolg, daß im wesentlichen jeder wichtigere Handelsort einen eigenen Tael besaß, der nur für seinen wirtschaftlichen Bezirk maßgebend die Geldeinheit des Großverkehrs bildete, während bereits der Nachbarhandelsort eine andere Einheit hatte. Soweit man Ueberweisungen von einem zum andern Ort machen wollte, mußten die Standardbarren des einen Bezirks in solche des andern umgewandelt werden. Das gab einen Schmelzverlust und führte zur selbständigen Kursbildung des einen zum andern Tael. Die verschiedenen Taels differierten voneinander bis zu 10 Prozent und mehr im Wert.

In dieses Geldwesen brachten die Europäer einen Fremdkörper in Gestalt bestimmter Silbermünzen — spanischer und mexi-

Digitized by Google

kanischer Dollars usw. —, die der Bequemlichkeit halber in den offenen Seehandelsplätzen bald allgemeinen Umlauf fanden. Es handelte sich selbstverständlich auch hier um reine Handelsmünzen, die letzten Endes nach dem Silbergehalt gewertet wurden. Immerhin wurden sie teilweise die Basis neuer abstrakter Rechnungseinheiten.

In der weiteren Entwicklung gingen verschiedene chinesische Provinzen dazu über, ebenfalls Dollarstücke zu prägen, die nun neben den fremden Münzen zirkulierten. Da ein einheitlicher Plan diesem Vorgehen, das Anfang der 1890er Jahre einsetzte, nicht zugrundelag, so war eine weitere Verwirrung durch Münzen der verschiedensten Gehalte und Gewichte die Folge.

Seit 1911 wurde unter der Republik eine chinesische Dollarprägung versucht, doch da auch ihre Träger die Provinzen sind, so sind nach wie vor die Münzen der verschiedenen Prägungsstätten nicht völlig gleichwertig; ja infolge mangelhafter Prägungstechnik weichen selbst die Stücke derselben Münze bis zu ¼ Prozent voneinander ab, ein Fehler, der genügt, um eine rein nominelle Geltung im Großhandel völlig auszuschließen.

Mittlerweile hat, ebenfalls unter europäischem Einfluß, auch die Volkswährung des Kaesch eine völlige Umgestaltung erfahren. Man versuchte, einheitliche Kupfermünzen einzuführen und diese nach europäischem Vorbild in ein festes Verhältnis zum Dollar zu setzen. Da ein Tael früher etwa 1400 Kaesch wertete, und ein Dollar etwa 0,71 Tael entsprach, so wählte man die Relation: 1 Dollar gleich 100 cents a 10 Kaesch und prägte Centmünzen, insbesondere Stücke zu 1 und 2 cents. De facto ließ sich diese Relation aber niemals aufrechterhalten. Auch der Kupfercent war eben keine Scheidemünze, kein Zeichengeld, sondern eine Ware. Es war ein Geschäft für die Münzen, Centstücke zu prägen, solange sie im Verhältnis zum Dollar mehr werteten als die Kosten von Kupfer und Silber, wobei man sich obenein Münzverschlechterungen erlaubte. Bereits 1918 waren tatsächlich 130 cents gleich einem Dollar, 1920: 140, 1924 sind es schon reichlich 200 geworden. Da das Volk größtenteils in dieser Währung rechnet, so bedeutet das für den Arbeiter eine empfindliche Lohnentwertung und alle Uebel der Inflation.

Das starke Hereinströmen von Kupfer mußte ohnehin mit dessen Entwertung Hand in Hand gehen. Das bedingte wiederum, daß der Kaesch als Münze allmählich an Bedeutung immer mehr verlor, da er als Einheit einfach zu klein war. Lange Zeit hat trotz der weiteren Verbreitung des Cent sich der alte Bronzekaesch daneben erhalten, aber selbstverständlich als selbständige Einheit; er stand tatsächlich niemals im Wertverhältnis 1 : 10 zum Cent, wie es eigentlich gedacht war. Allmählich hat ihn dann das Hinaufschnellen des Kupferpreises auf dem Weltmarkt infolge des Krieges zum Verschwinden gebracht: Ueberall wurden die alten Kaeschmünzen eingeschmolzen und exportiert und dann durch

Digitized by Google

Prägung neuer Kupfercentmünzen ersetzt. So ist innerhalb weniger Jahre die alte Landesmünze Chinas so völlig verschwunden, daß man ihr heute kaum noch irgendwie einmal im Verkehr begegnet. Selbst in Innerchina gehört sie bereits zu den Seltenheiten.

Gleichzeitig drang in dem Maße, wie der fremde Handel sich tiefer in das Inland hinein erstreckte, der Dollar immer weiter vor. Er wurde Zahlungsmittel des Großverkehrs nicht so sehr an den Großhandelsplätzen — dort hielt man an der Taeleinheit und dem hierauf basierenden Bankverkehr fest —, als des Binnenhandels außerhalb der großen Zentren der Provinz. Dort spielt er heute eine beträchtliche und immer wachsende Rolle, während er in den Seehandelsplätzen eigentlich nur die Münze des mittleren Verkehrs ist. Denn hier, wo ein ausgedehnter europäischer Bankverkehr sich an den bereits vorhandenen hochorganisierten chinesischen anschloß, erwies sich die Rechnungseinheit des Tael, da nicht von Prägungsdifferenzen beeinflußt, als die weitaus günstigere. Für den internationalen Wechselverkehr ist denn auch der Tael die eigentlich maßgebende Währung Chinas. Man wechselt sein Gold gegen Taels um, und nur in diesen wird es notiert. Will man Dollars haben, so bedarf es einer zweiten Umwechslung aus Taels in Dollars, für Zwecke des Kleinverkehrs von Taels in Kupfercents. Dem Kupfercent ist übrigens allgemein im Volksmunde die Bezeichnung des alten Kaesch verblieben, der selbst spurlos verschwunden ist: man redet selten von 1 Cent, sondern meist von 10 Kaesch.

Der Tael ist auch das Zahlungsmittel des inneren Bankverkehrs. Störend wirkt hierbei natürlich die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Taels. Neben dem staatlichen Kuping Tael und dem Haikwan Tael des Seezolls sind hier die Taels von Shanghai, Tientsin, Canton und Hankow als der Haupthandelsplätze für den fremden Handel am wichtigsten, des weiteren aber hat nach wie vor jeder wichtige Binnenplatz seinen eigenen Tael.

Der Tael also, nicht der Dollar, ist allgemein die Einheit des Bankverkehrs. Der Dollar, obgleich einigermaßen einheitlich überall in den Provinzen geprägt, gilt dennoch rein als lokale Münze. Das drückt sich darin aus, daß ich zum Beispiel nicht eine Dollarüberweisung von Shanghai nach Hankow machen kann, obwohl ich denselben Silberdollar, den ich in Shanghai erhalte, auch in Hankow wieder als Silberdollar ausgeben könnte. Vielmehr muß ich für die Ueberweisung erst in Shanghai eine Umwechslung von Dollars in Shanghai Taels vornehmen, für diese Shanghai-Taels eine Tratte in Hankow-Taels kaufen, und gegen diese Hankow-Taels wieder Dollars in Hankow kaufen: also eine dreimalige Umwechslung, natürlich mit jedesmaligem Kursverlust.

Diese Handhabung des Ueberweisungsverkehrs erscheint zunächst eigenartig und fast nur dazu gemacht, um den Banken Gelegenheit zu Kursgewinnen zu geben. Die Gründe leuchten je-

Digitized by Google

doch bei näherem Nachdenken ein. Wenn auch der in Shanghai umlaufende Dollar für den kleineren Verkehr praktisch dem in Hankow umlaufenden gleichwertig ist, so doch nicht ohne weiteres für den Großverkehr. Was ein Dollar wert ist, entscheiden ja doch nur die Usancen des lokalen Bezirks. Außerdem haben die Unterschiede der einzelnen Dollarsorten, die bis zu ½ Prozent und mehr gehen, für den Großverkehr sehr wohl eine Bedeutung. Schließlich aber, und das dürfte ausschlaggebend sein, spielt die Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle. Die Transportkosten können besonders zwischen Inlandsplätzen wegen der allgemeinen Unsicherheit oft sehr groß sein. Die Uebertragung der vorhandenen Barvorräte nach anderen Landesteilen wird bei uns durch die Zentralbanken bewerkstelligt, und bei unseren Verkehrsverhältnissen finden wir diese ihre Aufgabe kaum erwähnenswert. Wenn aber, wie in China, weder eine Zentralbank existiert, noch Verkehrsverhältnisse, die man als einfach bezeichnen könnte, so kann diese Frage eine erhebliche Bedeutung erlangen.

Der Dollar wird eben in seinem Verhältnis zum Tael durchaus mitbestimmt durch den jeweiligen Bedarf an Barmitteln, den der Verkehr hat. In dem Maße, wie der Dollar zu einem wichtigen binnenländischen Zahlungsmittel wird, hängt auch sein Kurs zum Tael, also zum ungemünzten Silber, wesentlich von der jeweiligen Nachfrage des Inlands nach Silbermünzen ab. Diese Nachfrage aber ist in China sehr verschieden. Es besteht nämlich im chinesischen Wirtschaftsverkehr die Sitte, daß zwar im Laufe des Jahres ein ausgedehntes Kreditsystem allseitig wirksam ist, daß aber sämtliche kurzfristigen Verbindlichkeiten zu Ende des Jahres, zu Chinesisch-Neujahr, zu lösen sind. An sich ist das eine sehr gesunde Praxis bei der herrschenden Verkehrsunsicherheit; aber andererseits legt die allgemeine Liquidation das ganze Wirtschaftsleben auf mindestens einen Monat gänzlich lahm. Vor allen Dingen wächst zu dieser Zeit natürlich der Geldbedarf ganz gewaltig, der zur Bewerkstelligung aller Zahlungen sich einstellt. So geht auch der Dollarkurs meist in dieser Epoche erheblich herauf, um im chinesischen neuen Jahr, nach Rückströmen der Gelder zu den Banken, wieder auf ein wesentlich niedrigeres Niveau zurückzugehen. Diese Schwankungen des Dollarkurses sind nicht unerhebliche.

Da nach dem vorstehend Ausgeführten alles Geld in China trotz der gleichklingenden Bezeichnungen tatsächlich lokales Geld bzw. Geld von beschränktem Geltungskreis ist, so ist es natürlich, daß es auch nur lokale Banknoten gibt. Es gibt Banknoten und provinziale Noten, die über Dollars wie über Taels lauten. Bei letzteren ist es ohne weiteres klar, daß sie nur da Geltung haben können, wo der betreffende Tael gültig ist. Aber auch bei ersteren handelt es sich nur um ein lokales Geld, aus denselben Gründen, wie sie oben bei der Dollarüberweisung darge-

Digitized by Google

legt wurden. Das geht so weit, daß z. B. eine Bank in Tientsin die Noten ihrer eigenen Filiale in Hankow nur unter Berechnung des üblichen Abschlages, also nicht einfach zum Nennwert, in Zahlung nimmt. Neben den Noten der Provinzen und der europäischen Banken zirkulieren zahlreiche chinesische Noten, da irgendwelche Ausgabebeschränkungen nicht existieren. Ob und in welchem Umkreis solche Noten genommen werden, ist rein eine Frage des Kredits der betreffenden Bank. Im übrigen spielen gerade im chinesischen Bankverkehr Schecks und kurzfristige Wechsel eine größere Rolle als Banknoten. Den Zwecken des Großverkehrs entsprechen sie besser, der Kleinverkehr aber hat sich nur in den großen fremden Handelsniederlassungen an Noten gewöhnt und bevorzugt im Landesinnern das Hartgeld. Innerhalb der Handelsplätze ist als eine besondere Abart des Schecks noch die sog. Kompradore-Order zu erwähnen. Der chinesische Komprador, dessen Stellung im allgemeinen die eines selbständigen Kaufmann ist, der nur in einem besonders engen Verhältnis zu der fremden Firma steht, für die er arbeitet, ist im allgemeinen zugleich deren Kassenhalter und, wie fast jeder größere chinesische Kaufmann, eine Art kleiner Bankier. Es ist seitens der Firma wie auch ihrer Angestellten im weitgehendsten Maße üblich, Zahlungen durch Anweisungen auf den Kompradore auszuführen, die völlig wie Schecks umlaufen.

Neben den Silbernoten sind auch im lokalen Verkehr Noten über Kupfer im Umlauf, und zwar neben den sogenannten Cash Notes der Provinzen etc. insbesondere die Cash Shop Notes, von großen Geldwechslern in Umlauf gesetzt. Ihre Sicherheit ist natürlich eine begrenzte; trotzdem erzielen sie vielfach ein Aufgeld gegenüber ihrem Nennwert, da die Kosten des Transports von Kupfergeld sehr erheblich sind und es eine wesentliche Vereinfachung darstellt, wenn man größere Umsätze mit Hilfe von Anweisungen bewerkstelligen kann.

Schließlich erfährt das Münzwesen noch eine weitere Komplizierung durch die Existenz des Silber-Scheidegeldes. Begünstigt durch das Verlangen der Europäer nach einem handlicheren kleinen Gelde, als es die Kupfermünzen darstellen, fand allmählich eine wachsende Prägung von kleinem Silber statt. Eine wirklich bedeutende Rolle spielt es allerdings nur in wenigen großen Plätzen, wie in Shanghai, wo es allgemein im Kleinverkehr verwandt wird, während schon an einem Platze wie Hankow das kleine Silber durchaus nebengeordnet ist und eigentlich nur eine bequemere Zwischenmünze für den Gebrauch des Europäers darstellt. Dieser bezahlt z. B. den Rickshaw-Kuli nach Möglichkeit in kleinem Silber, um nicht dauernd die Taschen voll Kupfer herumschleppen zu müssen. Der Kuli nimmt das kleine Silber, aber nicht um es für seine Bedürfnisse direkt zu verwenden, sondern um es vorerst in Kupfer zu wechseln, in dem er zu rechnen gewöhnt ist.

Digitized by Google

Da auch das kleine Silber Lokalgeld ist und keinerlei Annahmezwang besitzt, so hat es seinen eigenen Wert entsprechend seiner Ausprägung. An die Stelle der vollwertigen Prägung ist rasch die Münzverschlechterung getreten, so daß heute in den mittelchinesischen Provinzen meist 12 Zehncentstücke und einige Kupfermünzen erst den Wert eines Dollars repräsentieren. In Nordchina hat man unter Yuanschikai versucht, zu vollwertigem kleinen Silber zurückzukehren; die kleinen Münzen mit seinem Bilde entsprachen infolgedessen eine Zeitlang tatsächlich ihrem Nennwert, d. h. 10 Cents galten ein Zehntel Dollar. Doch ist in den letzten Jahren auch hier bereits wieder eine Verschlechterung eingetreten, so daß man von diesem Kleingeld jetzt etwa 10½ auf einen Dollar rechnet.

Aus dem Ganzen ergibt sich ein außerordentlich verworrenes Bild des chinesischen Geldwesens. Grundlegend ist, daß im Gegensatz zum abstrakten Geldbegriff des modernen Europas hier ganz allgemein noch reines Substanzgeld vorherrschend ist, eng an ein Metall als Ware geknüpft. Dies Metall ist für den Kleinverkehr das Kupfer, für den Großverkehr das Silber. Falls man überhaupt in unserem Sinne von Währung sprechen will, herrscht also Parallelwährung, wobei das Verhältnis zwischen Kupfer- und Silbergeld letzthin abhängig von dem Wertverhältnis beider Metalle zueinander ist. Dieser Zustand wird verschleiert durch die Tatsache, daß es Münzen gibt. Da diese aber weder irgendeinen Annahmezwang haben, noch wirklich gleichwertig sind, so stellen sie tatsächlich nur ein Stück Metall von annähernd bekanntem Wert dar. Der Großverkehr rechnet somit mit reinen Metallgewichtseinheiten: der Tael ist eine Art Mark Banko. Nur auf dieser reinen Metallgewichtseinheit hat sich an den Haupt-Küstenplätzen ein größerer abstrakter Geld- und Bankverkehr entwickeln können, während der Dollar hierfür nicht die Grundlage bietet, solange nicht eine wirklich einheitliche Prägung gewährleistet ist. Der Dollar setzt sich dagegen im Großverkehr des Binnenlandes mehr und mehr durch. Dort fallen die Unregelmäßigkeiten weniger ins Gewicht gegenüber dem Vorteil eines einheitlichen Zahlungsmittels. Bei den allgemeinen Schwankungen, denen dort unter den heutigen Verhältnissen jeder Verkehr ausgesetzt ist, spielen die kleinen Wertdifferenzen im Binnenlande keine so wesentliche Rolle, wie sie es im geordneten und scharf kalkulierenden Bankverkehr der Seeplätze tun.

Vorläufig wird eine wesentliche Aenderung der bestehenden Geldverfassung wohl kaum in Frage kommen. Eine durchgreifende Neuordnung des Geldwesens könnte nur von einer straffen Zentralgewalt ausgehen. Aber auch bei einer Wiedereinigung des Reiches wird aus geschichtlichen Gründen die Selbständigkeit der Provinzen immer eine derartige sein, daß an eine straffe Regelung kaum zu denken ist. Die konservative Beharrungskraft der chinesischen Provinz ist noch auf lange Zeit viel zu stark, als

Digitized by Google

daß eine rein vernunftmäßige zentrale Neuordnung möglich wäre. Aus dem gleichen Grunde wird auch von der Kupferwährung im Binnenlande nicht so leicht abgegangen werden. Es ist vielmehr mit der Tatsache zu rechnen, daß auf absehbare Zeit ein dem gegenwärtigen ähnlicher Zustand bestehen bleiben wird: Kupferwährung des Binnenkleinverkehrs, Dollarrechnung des Binnengroßverkehrs, reine Silbergewichtswährung (Tael) in den großen Haupthandelsplätzen. Was sich vielleicht in absehbarer Zeit erreichen ließe, wäre lediglich eine Vereinheitlichung der verschiedenen Taelrechnungen. Aber auch hier wird der chinesische Konservativismus und der Eigennutz der an den Kursdifferenzen profitierenden Banken noch auf lange hinaus jeder Neuregelung einen starken Widerstand entgegensetzen.

Ein Beispiel möge kurz noch einmal die Schwierigkeiten beleuchten, die sich aus diesem Zustande des Geldwesens für den Handel ergeben. Verfolgen wir den Weg einer Ware aus dem Innern bis zur Verschiffung, so ergibt sich das folgende Bild:

Der Käufer im Inland beschafft sich für lokale Taels (etwa Chungking-Taels, wenn er in Szechwan einkauft) durch Umwechslung Dollars und Kaesch. Mit ersteren bezahlt er die Ware, ferner evtl. die Flußfracht, mit letzteren alle entstehenden Arbeitslöhne sowie die Beträge, die er der Verschiffung mitgeben muß zur Bezahlung der lokalen Abgaben und Zölle. Er zieht darauf eine Tratte in Hankow-Taels auf Hankow, verkauft diese Tratte in Chungking gegen Chungking-Taels und deckt mit dem Erlös die zur Einwechslung der Dollar und Kaesch aufgenommenen Chungking-Taels ab. In Hankow muß nunmehr die Tratte in Hankow-Taels abgedeckt, es müssen ferner weitere Beträge in Hankow-Taels vorgeschossen werden, aus denen einmal in Taels Flußfracht nach Shanghai und Seefracht zu bezahlen sind, sodann wiederum Dollars und Kaesch eingewechselt werden müssen, erstere, um Angestelltenlöhne und mancherlei andere größere Kosten zu bestreiten, letztere, um die für die Fertigmachung der Ware zum Export notwendigen Löhne zu begleichen. Bei der Verschiffung wird nunmehr eine Tratte in Pfund oder Golddollars auf das betreffende Bestimmungsland der Ware gezogen. Diese Tratte wird wiederum gegen Hankow-Taels verkauft und so schließlich ein endgültiger Ausgleich für die ganzen verauslagten Silberbeträge geschaffen, so daß die Ware nunmehr in Gold einsteht und am Bestimmungshafen abgerechnet werden kann.

Eine Vereinfachung ist nur teilweise möglich durch Umgehung des Chungking-Taels. Doch zu diesem Zwecke bedarf es einer Verbringung von Dollars ins Inland, und es fragt sich, ob die Kosten solchen Geldtransports ins Innere unter den gegebenen Umständen nicht zu teuer sind. Außerdem müssen natürlich auch in diesem Falle gegen die Dollars teilweise Kaesch eingewechselt werden.

Digitized by Google

Oder beim Importgeschäft: die Ware wird im Inland gegen Dollars verkauft. Die Dollars müssen in lokale Taels umgewandelt werden. Für diese wiederum wird eine Shanghai-Tratte gekauft; in Shanghai endlich für die Shanghai-Taels Golddollars oder Pfunde zur Ueberweisung ins Herkunftsland. Also auch hier bereits eine dreimalige Umwechslung. Man sieht, daß China für das Bankgeschäft ein gesegnetes Land ist. Und tatsächlich spielt für dieses Land mit seinem an sich so primitiven Geldwesen gerade wegen dessen Kompliziertheit das Bankwesen eine mindestens ebensogroße Rolle wie in der ausgedehnten Kreditwirtschaft der europäisch-amerikanischen Handelswelt mit ihrem viel entwickelteren abstrakten Geldbegriff.

Dr. O. Garrels, z. Zt. Hankow.

Der deutsche Geldmarkt während der Stabilisierungsperiode.

Der Regenerationsprozeß der deutschen Wirtschaft ist heute glücklicherweise schon recht weit gediehen. Die Wege, die aus dem Dunkel des Währungszerfalls herausführen, sind zum Teil mit Erfolg beschritten worden, zum andern Teil zeichnen sie sich in der Richtung des weiteren Abbaues von notgeborenen Maßnahmen, Verordnungen und Gesetzen deutlich ab. Wenn auch noch vieles zu tun und noch mehr zu unterlassen sein wird, so verlohnt es sich doch, einen Rückblick auf die Uebergangsperiode zu werfen, die zeitlich mit der Existenz der Rentenbank zusammenfällt. Dabei soll im folgenden nur die geld- und kreditwirtschaftliche Seite des Sanierungsprozesses rekapituliert werden. Während dieser Uebergangszeit lassen sich deutlich zwei Abschnitte unterscheiden. Und zwar beginnt der erste Abschnitt mit dem Zeitpunkt, an dem das Sinken der Mark zum Stehen gebracht wurde, d. h. mit der Einführung der Rentenmark am 15. November v. J. Er endet etwa mit dem Restriktionsbeschlusse der Reichsbank vom 7. April d. J. Hier beginnt der zweite Abschnitt, dessen Hauptinhalt die Vorbereitung und teilweise auch die Durchführung der im Dawes-Plan vorgesehenen Maßnahmen bilden.

Die Scheinblüte der Inflation hatte zu einer Erweiterung der Produktionsstätten und zu einer Unzahl neuer, vielfach eines finanziellen Rückgrats entbehrender Unternehmungen geführt, deren Existenz bald durch die infolge der Markstabilisierung einsetzende beispiellose Kreditnot in Frage gestellt wurde. Die Reichsbank stellte zwar aus den ihr von der Rentenbank überlassenen Geldern den einzelnen Gewerben ungeheure Arbeitskredite, davon die Hauptquote von ca. 2 Milliarden zu dem relativ billigen Banksatze, zur Verfügung. Aber selbst dieser Zufluß blieb hinter den An-

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Oktober 1924

			Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfähigen Devisen.	Kassen- und Darlehnskassch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserve-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.	Privatguthaben	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
1922 in Millionen Mark 1923 in Milliarden Mark 1924 in Millionen Reichs-Mark	7. 10.	24d	1989,9 (594 Mll.)	—	324,0	0,3	2 176,2	14,7	77,8	863,6	180,0	900,4	1 519,0	321,8	371,4	—	385,8c
		23	18,2 (0,443)	—	875 471,8	447,2	76833 392,3	292 328,9	814 582,3	5 234 797,3	180,0	160,5	46 933001,4	9595026,5	17 548 342,8	—	9 974 667,0
		22	1044,4 (1004,9)	—	22 848,4	2,2	399 616,1	143,6	376,3	22 380,7	180,0	127,3	344 171,6	20 364,8	67 025,4	—	14 542,7
	15. 10.	24d	673,0 (613,6Mll.)	204,5	—	—	2 153,9	15,9	77,5	929,9	90,0	0,9	1 396,7	828,5		—	938,7c
		23	14,6 (0,443)	—	5 663 032,8	570,8	197 321 201,8	5 616 762,5	824 020,6	23 482770,5	180,0	160,5	121 349 786,7	29 100 630,8	55 241 851,6	—	25216 116,7
		22	1051,4 (1004,9)	—	31 420,1	3,6	453 370,3	239,5	387,3	19 556,2	180,0	127,3	374 506 3	30 642,7	85 488,0	—	15 102,1
	23. 10.	24d	692,1 (630,5 Mll.)	210,2	—	—	2 178,7	16,7	77,5	947,4	90,0	0,9	1 313,1	986,4		—	927,2c
		23	14,3 (0,467)	—	79620 267,4	1 217,5	891 005 788,9	4 529 951,8	1 157 249,5	195 709 651,8	180,0	160,5	524 330 557,1	266 004 613,4	124 086 116,5	—	197 601 688,7
		22	1059,9 (1004,9)	—	39 388,1	5,6	482 302,0	457,4	392 9	17 939,7	180,0	127,3	409 973,3	28 270,2	83 891,9	—	19 053,9
	31. 10.	24d	749,0(604,2Mll.)a	231,4	—	—	2 339,6	33,4	77,7	951,8	90,0	0,9	1 780,0	708.7		—	1 003,1c
		23	10,9 (0,467)	—	114 874 016,2	40 698,2	7 636 780 794,1	41 767 581,3	9 536 953,4	970 866 314,9	180,0	160,5	2 496 822 909,0	606 680 672,9	3261 434 030,9	—	2 408 978 741,4
		22	1066,0 (1004,9)	—	41 026,3	3,6	578 356,8	624,4	502,3	13 089,6	180,0	127,3	469 456,8	34 275,9	106 508,3	—	24 127,7
(in Millionen Reichs-Mk.)	Bayr. Not-bank	7.	28,6	—	0,488 b	0,247	26,9	0,626	0,157	1,8	15 Mill. P. M.	3,75 Mill. P. M.	0,005	0,720		0,022	3,3
		15.	28.6	—	1,293 b	0,243	26,2	0,638	0,157	1,9			0,005	0,826		0,008	3,3
		23.	28,6	—	—	0,349	26,5	0,650	0,157	2,9			0,005	0,734		0,016	3,5
		31.	28.6	—	—	0,948	28,6	0 556	—	2,7			2,6	0.631		0,016	3,5
	Sächs. Bank	7.	17,0	—	0,247 b	0,149	29,1	0,151	—	2,4	30 Mill. P. M.	7,5 Mill. P. M.	0,0009	1,9		0,858	2,4
		15.	17,0	—	0,193 b	0,150	28,6	0,152	—	3,0			0,0009	1,7		0,913	2,5
		23.	17,0	—	—	0,341	29,0	0,101	—	2,9			0,0009	1,7		0,999	19.6
		31.	17,0	—	—	0,197	29,6	0,153	—	2,4			0,0009	1,7		1,0	19,5
	Württemb. Bank	7.	7,9	—	0,186 b	—	16.1	—	0,016	1,9	10,5 Mill. P. M.	7,2 Mill. P. M.	0,003	2,6		3,7	2,6
		15.	7,9	—	0,239 b	—	16,0	—	0,025	1,8			0,003	2,5		3,7	2,7
		23.	7,9	—	—	0,297	15,3	—	0,018	7,5			0,003	6,3		4,7	3,0
		31.	7,9	—	—	0,197	16,1	—	0,014	4,6			0,003	3,9		4,6	3,2
	Badische Bank	7.	3.0	—	0,036 b	0,022	22,1	—	1,5	16,8	24,9 Mill. P. M.	339,9 Mill. P. M.	0.006	25,8		—	5,8
		15.	3,0	—	0,021 b	0,018	25,0	—	1,5	14,2			0,006	26,0		—	5,9
		23.	3.0	—	0,017 b	0,016	30,3	—	1,6	14,1			0.006	31,0		—	6,1
		31.	3,0	—	—	0,010	32,2	—	1,9	7,9			0,006	26,8		—	6,2

a) Davon 240,0 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) Rentenbankscheine. c) ferner (außerhalb der Bilanz) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Inlandswechseln, am 31. 10. 255,7 Mill. M. d) in Billiarden (1000 Billionen) Papiermk. außer bei Kapital.

Digitized by Google

nicht unerheblich höher war. Die Höhe dieser Zinssätze wie auch die Tatsache der täglichen und später zehntägigen Berechnungsweise hat vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt, die sich in zahllosen Anzeigen wegen Zinswuchers Luft machten.

Demgegenüber machte der niedrige offizielle Diskontsatz für valorisierte Kredite von 10 Prozent p. a. aus der Reichsbank eine billige Geldbeschaffungsquelle, die der Spekulation, der Devisenansammlung usw. in gewaltigem Maßstabe Vorschub leistete. Der Wechselbestand der Reichsbank, der am 7. Dezember 1923 rund 394 Millionen Mark (Goldmark) betrug, schnellte bis zum 7. April 1924 auf 1867 Mill. Mark in die Höhe. Diese ungezügelte Kreditpolitik der Reichsbank gab den Diskonteuren Gelegenheit, durch Ausleihung des billigen Bankgeldes als „Tagesgeld" Zinsgewinne von außerordentlicher Höhe zu erzielen. Sie war auch in erheblichem Grade Schuld an der verlustreichen Spekulation in französischen Francs.

Durch ihren bekannten Kredit-Restriktionsbeschluß vom 7. April d. J. hat sich dann die Reichsbank ganz plötzlich zur Bekämpfung aller dieser Mißbräuche entschlossen. Jetzt erst trat die allgemeine Kapitalarmut, die der ungehemmte Zufluß von Rentenmarkkrediten bis dahin verschleiert hatte, mit erschreckender Deutlichkeit zutage.*) Die Kreditnot äußerte sich zunächst in einem Wiederanziehen der Zinssätze für Tagesgeld, die in Frankfurt Ende April mit 2 Promille oder 72 Prozent p. a. ihren höchsten Stand erreichten. Monatsgeld kostete in dieser Zeit 6 Prozent oder ebenfalls 72 Prozent p a., Kontokorrentkredit ca. 30—50 Prozent p. a. je nach Bonität. Die unglückselige Francs-Spekulation hatte den Bedarf an Devisen und damit auch die Zinssätze für Leihdevisen stark beeinflußt, die von 11 Prozent p. a. Anfang April auf 18 Prozent p. a. ult. April stiegen. Ueberhaupt trat als verschärfendes Moment in der Zinsgestaltung der Umstand hinzu, daß von provinziellen Bankstellen und Bankiers aufgenommenes Bankgeld an Handels- und Fabrikfirmen weiter ausgeliehen wurde, um ihnen die Durchhaltung der Leihdevisen zu ermöglichen. Anfang Mai begannen sich die Verheerungen der mißglückten Spekulation auszuwirken. Dem großen Reinigungsprozeß fielen u. a. die Bankfirmen Schwab, Nölle u. Co., Essen, die Hamburger Privatbank, die Hansabank im Hamburg, die Hamburger Handelsbank und in Frankfurt eines der ältesten Häuser Deutschlands, D. u. J. de Neufville u. Co., zum Opfer. Andere Bankhäuser konnten nur durch lokale Stützungskonsortien vor dem Zusammenbruch bewahrt werden.

Diese Verwüstungen haben zu einer Vertrauenskrise im Bankgewerbe geführt, die sich dahin auswirkte, daß langfristige Darlehen kaum noch gewährt wurden und der Kreis der für Tages-

*) Vergl. hierzu jedoch das in der leitenden Abhandlung dieses Hefts Gesagte. D. Red.

Digitized by Google

geld in Frage Kommenden auf „erste Adressen" eingeengt wurde. Die Entwicklung, die noch durch Kreditkündigungen seitens der Seehandlung verschärft wurde, rückte die Gefahr der völligen Unterbindung des Kredits in verhängnisvolle Nähe. Dieser Gefahr konnte man nur durch Hergabe von Devisen, Veräußerung von Effekten und Warenvorräten etc. entgehen. Der Rückfluß gehamsterter Devisen, sei es durch freiwillige Hergabe oder durch Exekutionen, wurde immer größer, so daß die Reichsbank die Nachfrage am 3. Juni zum ersten Mal voll befriedigen konnte. Zur Bereinigung auf dem Devisenmarkt sollte auch die Errichtung der Golddiskontbank beigetragen, deren Aufgabe in der Gewährung von Valutakrediten zum Zwecke der Förderung der Ausfuhr besteht. Ihre Rediskontmöglichkeiten (in Amerika 25 Mill. Dollar, in England 5 Mill. Pfund) sind jedoch nur in ganz geringfügigem Maße ausgenutzt worden.

Der Sturz am Effektenmarkt führte am 16. Juni zur Gründung eines Stützungskonsortiums der Berliner Großbanken, von dem mehr psychologische als reale Wirkungen ausgingen. Die Folge des Liquidationsprozesses war natürlich ein merkliches Nachlassen der Nachfrage am Geldmarkt. Die Sätze gingen in Frankfurt am 10. Juni auf ¼ Promille für Tagesgeld und 2¾ Prozent für Monatsgeld zurück. Das Geld strömte jetzt bei der Seehandlung zusammen, die infolge des großen Angebots ihre Zinssätze für täglich kündbare Einlagen von 8 Prozent auf 5 Prozent p. a. herabsetzte. So kam es zum Paradox eines flüssigen Geldmarktes bei unvermindertem Kreditmangel. Dieser Widerspruch findet seine Erklärung in dem engen Kreise der Kreditwürdigen. Die Zahl der für den Geldmarkt überhaupt in Frage kommenden Firmen war derartig zusammengeschmolzen, daß ihr Bedarf noch hinter dem geringfügigen Geldangebot zurückblieb, mithin billig befriedigt werden konnte. Auslandskredite und fortschreitende Liquidation trugen dann allmählich auch dazu bei, die verfügbaren Gelder der Banken ansteigen zu lassen. Die Habenzinssätze der Banken konnten Anfang Juli für täglich verfügbares Geld von 8 auf 6 Prozent p. a., für Monatsgeld von 15 auf 12 Prozent p. a. ermäßigt werden. Einmonatige Kontokorrentkredite stellten sich auf ca. 25 Prozent p. a. einschließlich aller Provisionen, Wechselkredite mit 6wöchiger Laufzeit auf ca. 19 Prozent p. a. In der zweiten Julihälfte griffen gewisse Erleichterungen Platz, die auf eine Milderung der Kreditpolitik der Reichsbank hindeuteten. Am 16. Juli erklärte sich die Seehandlung bereit, Mitgliedern der Stempelvereinigung 45 Tage-Wechsel im Höchstbetrage von 50 Mill. Goldmark zum Satze von 13 Prozent p. a. zu diskontieren, ferner stellte sie der Landwirtschaft einen Diskontkredit in Höhe von 100 Millionen Goldmark, dem Getreidehandel einen solchen von 40 bis 50 Millionen Goldmark zur Verfügung, wobei sie Rückendeckung durch die Reichsbank in Form eines Rediskonts zu 10 Prozent bzw. eines Rücklombards zu 12 Prozent erhielt.

Digitized by Google

Das große Ereignis der Reparationsanleihe beginnt nunmehr seine Schatten vorauszuwerfen. Es kommen im Reiche große Kredite zustande, die das Ausland deutschen Unternehmungen gewährt, so z. B. an die Kaliindustrie, an die Badische Anilin- und Sodafabrik, an die Ruhrzechen, an den Norddeutschen Lloyd u. a.; ihre Gesamthöhe wird schon im September auf ca. 150 Millionen Dollar geschätzt. Auch in Deutschland selbst sind Reichsregierung und Reichsbank bereit, die Auswirkungen der Reparationsanleihe zu eskomptieren. Mitte September entschließt sich die Regierung zu einer Preissenkungsaktion, die sich auf die Herabsetzung der Frachten, Kohlenpreise und der Umsatzsteuer bezieht. Die Reichsbank erhöht das Diskontierungskontingent vom 7. April um 10 Prozent und gesteht die Diskontierung von Wechseln mit 90tägiger Laufzeit zu (bisher nur etwa 6 Wochen), ferner diskontiert die Reichsbank nunmehr auch Bankakzepte vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall. Die Golddiskontbank setzt die Diskontrate von 10 auf 8 Prozent herab. Auch die Banken entschließen sich angesichts dieser Tatsachen, ihre Zins- und Provisionssätze weiter zu reduzieren. Die Stempelvereinigung setzt am 23. September den Habenzinssatz für Monatsgeld auf 9 Prozent fest. Kredite kosten 12 Prozent p. a. zuzüglich ½ Prozent Kreditprovision, also 18 Prozent p. a., Tagesgeld an der Börse ist seit geraumer Zeit ¼ Promille.

Die zweite Hälfte des Oktober stand im Zeichen der deutschen Reparationsanleihe, deren Erfolg alle Erwartungen weit übertraf. Die Auswirkung der Anleihe auf dem Geldmarkt besteht einmal darin, daß sie die Reichsbank zu verstärkter Kreditgewährung ermutigt hat, dann aber auch darin, daß amerikanische Kapitalisten von neuem bewogen wurden, flüssige Gelder des amerikanischen Geldmarktes in Deutschland zu plazieren. Zahlreiche Gründungen potenter New Yorker und auch englischer Finanzkreise sind inzwischen erfolgt zu dem Zweck, der deutschen Industrie mit Krediten zu helfen. Die bedeutendste Gründung dieser Art ist die American and Continental Corporation, die Kredite, zunächst in Höhe von 100 Millionen Goldmark, an die deutsche Industrie durch Vermittlung führender Bankhäuser und Banken geben will. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit des Auslandes zur Kreditgewährung an Deutschland hat freilich zu einem systemlosen Hinterherlaufen unberufener Vermittler, aber auch öffentlicher Körperschaften, hinter dem ausländischen Kapital geführt.

Als ein weiteres günstiges Zeichen für die Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland ist auch der Beginn der Liquidation der Deutschen Golddiskontbank in der letzten Oktoberdekade anzusehen. Seit Beginn der Restriktionspolitik ist das Devisenpolster der Reichsbank derart angewachsen, daß heute selbst bei einer verstärkten Devisennachfrage der Wirtschaft keine unmittelbare Gefahr für die Währung mehr droht. Die Reichsbank hat sogar Teile ihres Devisenbestandes durch Ankauf von Wechseln der

Digitized by Google

Golddiskontbank der Wirtschaft leihweise zur Verfügung stellen können. Die Golddiskontbank ist also schneller, als man es seiner Zeit geglaubt hatte, entbehrlich geworden. Der am 15. Dezember 1923 auf die Dauer eines Jahres mit der International Acceptance Bank in New York als Führerin eines großen Bankenkonsortiums abgeschlossene Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar ist zum 15. Dezember 1924 gekündigt worden.

Die am 8. November in Kraft getretene Verordnung über den Abbau der Devisengesetzgebung hat endlich die Grundlage für den Wiederanschluß der deutschen Wirtschaft an die großen internationalen Geldmärkte geschaffen. Die Steuermilderungen, insbesondere die Herabsetzung der Umsatzsteuer, sowie die weitere Ermäßigung der Bankprovisionen, die Anfang November angekündet worden sind, bilden ein weiteres Glied in der Kette der Maßnahmen, die zur Entspannung der Lage auf dem Geldmarkt beitragen. Ein ferneres erfreuliches Zeichen ist, daß trotz wesentlich verstärkter Kreditgewährung und entsprechend zunehmenden Notenumlaufs der Reichsbank die Deckung des Umlaufs durch Gold Anfang November 40,3 Proz. und durch Gold und Devisen 53,8 Proz. betrug. Wenn auch die Geldsätze immer noch hoch sind, so ist doch eine Stetigkeit der Entwicklung in der Richtung zum Normalen unverkennbar. Tagesgeld kostet Mitte November an der Frankfurter Börse $^{7}/_{32}$ Promille, was einem Satz von etwas unter 8 Prozent pro Jahr entspricht. Monatsgeld ist auf ca. 1 Prozent heruntergegangen und der Satz für Leihdevisen beträgt 7½ Prozent. Diese Entwicklung ist nicht nur dem Zufluß ausländischen Kapitals zu danken, sondern auch von der inländischen Kapitalbildung kräftig gefördert worden, was besonders in dem Anwachsen der Sparkasseneinlagen und in der Steigerung der Bankkreditoren zum Ausdruck kommt. Die Angabe der Dresdner Bank, daß sich bei ihr die Kreditoren im ersten Halbjahr 1924 verdoppelt haben, ist in dieser Hinsicht bemerkenswert.

Ueberblickt man so die kurze Zeitspanne seit Gründung der Rentenbank bis heute, so wird man zugeben, daß für den deutschen Geldmarkt ein Abschnitt von entscheidendster Bedeutung hinter uns liegt.

Bernhard Mahrholz, Frankfurt a. M.

Der Oktober 1924.

Mit der Durchführung des **Londoner Abkommens** ist im Oktober tatsächlich begonnen worden. Die an erster Stelle stehende deutsche Reparations-Anleihe (siehe an anderer Stelle) wurde aufgelegt, der Amerikaner, der als Reparations-Agent in Berlin seinen Sitz haben soll, ernannt — es ist Parker Gilbert — und, ebenso der Transfer-Ausschuß. Ferner erfolgten die wichtigsten „Feststellungen" der Reparations-Kommission, die aussagen, daß

Digitized by Google

die Goldanleihe aufgelegt und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands erfolgt sei. Innerhalb der Reparations-Kommission selbst haben die Beratungen über die Aufteilung der späteren deutschen Zahlungen begonnen, wobei die Kosten der Ruhrbesetzung besondere Schwierigkeiten zu machen scheinen. — In Deutschland kam es über die Fragen des „Bürgerblocks" und des Eintritts von Parlamentariern der Rechten in die Reichsregierung nach langen Verhandlungen hinter den Kulissen zur Auflösung des Reichstages. Am 7. Dezember finden die Wahlen zum Reichstag und gleichzeitig zum preußischen Landtag statt. — In England haben die Wahlen mit dem erwarteten Siege der Konservativen geendet; dieser geht sogar über alle Erwartungen hinaus, denn die Konservativen verfügen über mehr als zwei Drittel des Unterhauses. Das neue, von Baldwin gebildete Kabinett ist als gemäßigt konservativ zu bezeichnen. — In den Vereinigten Staaten wurde Coolidge (Anfang November) mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In Südslawien hat die eigentlich mit mehr als einem halben Jahr dauernde Verfassungskrise mit der Neuberufung von Paschitch vorläufig geendet. — In Schweden brachten die Wahlen eine Linksmehrheit und die erneute Betrauung Brantings mit der Kabinettsbildung, in Norwegen eine Niederlage der Linken. — Rußland ist nunmehr auch von Frankreich anerkannt worden, wobei sich Frankreich als Gegenleistung für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen in erster Linie die Anerkennung der alten russischen Schulden ausdrücklich ausbedungen hat. — In Spanien sieht Primo de Rivera sich gezwungen, den Marokko-Feldzug zu liquidieren. — Der chinesische Bürgerkrieg scheint zu einem neuen Umsturz im Reiche zu führen; der Präsident ist aus Peking geflohen, wenig später wurde der abgesetzte Kaiser, der noch in Peking wohnte, an anderer Stelle sozusagen interniert. — In Brasilien wiederholten sich die Aufstände — diesmal von Rio Grande do Sul ausgehend; gegen Ende des Monats schienen sie sogar schärfere Formen anzunehmen. — In der englisch-türkischen Mossulfrage hat der Völkerbund jetzt vorläufig die als „status quo" zu bezeichnende Grenze mit Zustimmung beider Teile festgelegt.

Staatsfinanziell ist zunächst die „Deutsche äußere Anleihe von 1924", wie sie der englische Prospekt nennt, zu erwähnen, die 800 Millionen Mark erbringen soll, zu etwa 88 Prozent netto an die Banken begeben und zu 92 Prozent aufgelegt worden ist; sie wurde überall sehr erheblich überzeichnet. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres (April-September) erbrachten die Reichseinnahmen 3,30 Milliarden (Voranschlag für das Jahr 5,24 Md.), die Einkommensteuer allein 1002 Millionen (1344), die allgemeine Umsatzsteuer 863 (1260). Das sind insgesamt rund 61 Prozent der geschätzten Jahres-Einnahmen, und da die Erträge im Oktober weiter stiegen, so ließ das Drängen auf Ermäßigung

Digitized by Google

der überhöhten Steuern nicht nach. Anfang November kam ihm eine Verordnung, die sich wiederum auf den oft mißbrauchten § 48 der Verfassung stützte, in etwas nach. Eine Steuer-Reform im neuen Reichstag wurde gleichzeitig angekündigt. Der Stand der Reichsschulden war infolge fortgesetzter Tilgungen Ende November um 500 Millionen geringer als im September 1923; er wurde mit 2340 Millionen Mark ausgewiesen. Trotz dieser Tilgungen haben die ersten 7 Monate des Finanzjahres rund 170 Millionen Ueberschuß ergeben. — Frankreich plant eine innereAnleihe, die 5prozentig werden, 10 Jahre laufen und mit 50 Prozent Prämie zurückgezahlt werden soll. Die Regierung will durch ein Gesetz die Anlage von Reserven in Staatsanleihen für die Aktiengesellschaften obligatorisch machen. Mit Amerika wird wegen einer äußeren Anleihe verhandelt, zustande gekommen ist aber bisher lediglich eine Erneuerung der Franc-Stützungs-Anleihe vom Frühjahr. Auch die Verhandlungen Belgiens, das 50 Millionen Dollar zu 6 Prozent aufnehmen will, haben im Oktober noch zu keinem Resultat geführt. — Süd-Afrika hat eine 5proz. Anleihe von 8 Millionen Pfund zu 99½ Prozent in London, Schweden eine solche von 30 Millionen Dollar mit 5½ Prozent verzinslich zu 98 in New York aufgenommen. — Bei dieser Gelegenheit sei auch die Dreimillionen Dollar-Anleihe der Stadt Berlin erwähnt.

Weltwirtschaftlich muß wiederum des konservativen Wahlsieges in England, des republikanischen in den Vereinigten Staaten gedacht werden. Damit sind Vorzugszölle im englischen Empire und die Wiederherstellung der Mac Kenna-Zölle wahrscheinlich, andererseits eine Ermäßigung der amerikanischen Schutzzölle sehr unwahrscheinlich geworden. — Die deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen sind jetzt in Fluß gekommen. Gegen Ende des Monats stand man u. a. vor der Aufnahme oder Wiederaufnahme von solchen mit Frankreich, Italien und England. — Eine eigenartige Bestimmung, die hier erwähnt sein möge, befindet sich im letzten französisch-polnischen Abkommen. Die an Polen abgetretenen deutschen und österreichischen Gebiete werden so behandelt wie die Länder ihrer früheren Staatszugehörigkeit, wenn diese Behandlung für sie günstiger ist als diejenige Polens. — Der deutsche Außenhandel ist im September nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes wieder mit etwa 80 Millionen Mark passiv geworden. Die Einfuhr betrug 623,42 (August 448,22), die Ausfuhr 544 (569,36) Millionen Mark. Am stärksten gestiegen ist die Rohstoff-Einfuhr; auch die Lebensmittel-Einfuhr zeigt deutlich die Wirkung der gestiegenen Getreidepreise und der schlechten und verspäteten heimischen Ernte. In der Ausfuhr sind die Verschlechterungen beim Zucker und bei einigen Fertigwaren bemerkenswert. — Auch der englische Außenhandel hat sich im September schlechter ent-

Digitized by Google

wickelt als in den Vormonaten; vor allem sind auch hier die Einfuhr-Werte gestiegen. In der Ausfuhr zeigen Kohle, Baumwollgarn, Jute-Gewebe und Wollengarne bessere, dagegen Baumwollgewebe, Leinenwaren und Zucker beträchtliche schlechtere Ziffern. Im einzelnen betragen in den ersten 9 Monaten d. J. in Millionen Pfund Sterling):

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	969,3	1 166,6	1 501,4	827,6	728,2	787,5	909,3
Ausfuhr	374,1	541,3	1 007,3	518,7	534,7	566,1	589,3
Durchfuhr	22.9	98,3	180,4	77,6	77,9	86,9	102,8

Der französische Außenhandel ist im September wieder leicht aktiv geworden, nachdem er einige Monate lang passiv gewesen war. Im einzelnen betragen in den ersten 9 Monaten 1924 in Millionen Francs:

	1919	1920	1921	1922	1922 (endg.)	1923	1924
Einfuhr	24 567	38 015	15 834	16 520	16 487	22 552	29 201
Ausfuhr	6 704	19 847	10 863	15 219	15 304	21 563	30 447

Die Vereinigten Staaten weisen im neuen Rechnungsjahr laufend stark steigende Ausfuhr-Ziffern auf, die fast ausschließlich aus dem Getreidehandel herrühren dürften. Im einzelnen betragen in Millionen Dollar:

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	2 328,5	2 697,0	4 357,8	1 802,1	2 184,6	2 904,1	2 667,9
Ausfuhr	4 599,5	5 867,4	6 081,7	3 747,7	2 740,6	2 949,1	3 124,1
Ausfuhr-Ueberschuß	2 237,0	3 170,4	1 724,0	1 745 6	556,0	36,0	456,2

In der **Weltschiffahrt** wirkten die großen Getreide-Verschiffungen während des größten Teiles des Oktobers belebend auf die Frachten ein; um die Monatswende dagegen zeigten sich die Anzeichen eines Rückschlages. — Der Suez-Kanal soll gegen Ende des Jahres soweit vertieft sein, daß Schiffe mit 35 Fuß Tiefgang (bisher 33) ihn benutzen können. — Jetzt hat die erste japanische Schiffahrtslinie nach Europa ihren regelmäßigen Dienst eröffnet. — Zwischen den deutschen und holländischen Schiffahrtsgesellschaften ist ein Abkommen über die Verschiffung von Kaffee von Südamerika zustande gekommen, zwischen der Western Union und der Deutsch-Atlantischen Telegraphen Gesellschaft ein ähnliches Abkommen, wie es zwischen der Commercial Cable und der Deutsch-Atlantischen bereits besteht. — An dieser Stelle sei auch der Fahrt des für Amerika gebauten Zeppelins nach dort gedacht, der dem deutschen Reparations-Konto mit 2,2 Millionen Mark gutgeschrieben wurde, sowie der ersten Probefahrt mit dem Flettnerschen „Walzensegel", das, wenn die Reklame nicht lügt, eine Revolution in der Segelschiffahrt vorbereitet.

Der **Weltarbeitsmarkt** zeigt deutliche Spuren der gestiegenen Lebenshaltungskosten, die überall eine neue Unruhe in die Arbeiterschaft getragen haben. Zu großen Arbeitskämpfen ist es trotz-

Digitized by Google

dem im Oktober noch nirgends gekommen; der Ausstand im belgischen Borinage (siehe voriges Heft) ging nach siebenwöchiger Dauer ohne Erfolg für die Arbeiter zu Ende. — Ein internationaler Kongreß für Sozialpolitik in Prag brachte die Annahme einer Resolution zugunsten des Achtstundentages und die Mitteilung, daß einige weitere Staaten das (Washingtoner) Abkommen über diesen ratifiziert haben. — Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes zeigte der deutsche Arbeitsmarkt im September eine weitere leichte Besserung. Unterstützte Voll-Erwerbslose wurden Mitte Oktober rund 473 000 gezählt (Mitte September 574 000). Auf je 100 offene Stellen entfielen 349 (435) männliche und 191 (220) weibliche Arbeitsuchende.

Die Zahl der **Konkurse** ist im Oktober ziemlich stark gesunken, die der Geschäftsaufsichten hat sich kaum verändert. Es wird allerdings behauptet, daß die Ziffern nichts bewiesen, weil in einer großen Zahl von Fällen fruchtlose Pfändung und Mangel an Masse gar nicht erst bis zum Konkurse führten. Im einzelnen wurden eröffnet:

im August	1922	53	Konk.	1923	9	Konk.	1924	792*) Konk.
„ September	1922	44	„	1923	6	„	1924	809**) „
„ Oktober	1922	46	„	1923	12	„	1924	732***) „

*) dazu 420 nachträgl. veröffentl. Geschäftsaufsichten. **) dazu 263 neue Geschäftsaufsichten. ***) Dazu 267 neue Geschäftsaufsichten.

In der Zahlungsschwierigkeit beim Stahlwerk Becker sind die Versuche einer Einigung bis in den November hinein an den Forderungen der Familie gescheitert. — In dem mit unsoliden Gründungen während der Inflationszeit besonders stark durchsetzten Versicherungs-Gewerbe ist jetzt der Ritzau-Konzern in Konkurs gegangen. — Von großen Zahlungsschwierigkeiten im Auslande seien die der Bankfirma Brevillier u. Co. in Wien und der Norske Handelsbanken in Christiania erwähnt.

Von wichtigen **Zusammenschlüssen** brachte der Oktober in Deutschland nur einen auf dem Gebiet der Textilindustrie, die „Arbeitsgemeinschaft" zwischen der F. H. Hammersen A.-G. und der Ch. Dierig G. m. b. H., in der diese der bei weitem stärkere Teil zu sein scheint. — Aus dem Ausland seien erwähnt der Uebergang der Mährischen Eskomptebank an die Böhmische Eskomptebank (Tschechoslowakei), der Londoner Accept-Firma Arthur M. Brandt u. Co. an die London and Foreign Banking Corporation (England) und der Molsons Bank an die Bank von Montreal (Canada).

Am **deutschen Kohlenmarkt** hat sich die Besserung der Absatz-Verhältnisse, die man gegen Ende September zu beobachten glaubte, nicht fortgesetzt, so daß eine Reihe der südlichen Ruhrzechen stillgelegt werden mußte. Große Posten Magerkohle gingen auf die Halde, und es wurden erhebliche Arbeitermengen entlassen, die nur zum Teil in anderen Betrieben unterkamen. Die Ruhrkohle A.-G., das neue Syndikat, rechnet bei den Beteiligungen

Digitized by Google

zunächst mit den alten Ziffern. Die durch das Ministerium in das Syndikat hineingezwungene Minderheitsgruppe hat sich ein Rechtsgutachten über die Ungültigkeit der Zwangsverordnung erstatten lassen. Die Kohlenpreise sind zwar unverändert geblieben, doch werden dem Handel neuerdings Rabatte von rund 6 Prozent eingeräumt. Die Reparationskohlen-Lieferungen sind infolge des Londoner Abkommens von 1,8 auf 1,1 Millionen Tonnen monatlich, besonders scharf für Koks, herabgesetzt worden. Die deutsche Kohlenförderung im Oktober bzw. in den ersten neun Monaten betrug (in Tonnen):

1924	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Presskohlen a. Braunk.
September . . .	11 388 250	10 840 485	2 190 592	2 694 698
Januar—September	84 963 642	88 621 637	16 772 385	20 930 287

Die Lage am englischen Kohlenmarkt ist ruhig, zum Teil schwächer geblieben, und die meisten führenden Kohlenarten gaben ½ bis 1 sh weiter im Preise nach. Es ist zwar den englischen Zechen gelungen, einige größere Aufträge für das nächste Jahr hereinzunehmen, die erhoffte große Abschlußbewegung ist aber noch nicht eingetreten. — Die französiche Kohlenförderung hat jetzt die volle Vorkriegshöhe erreicht.

Der deutsche **Eisenmarkt** lag während der ersten Hälfte des Monats noch ziemlich schwach, geriet dann aber unter den Einfluß der Verhandlungen über die Bildung eines Rohstahl-Verbandes und wurde gegen Ende des Monats, als dieser gesichert schien, ausgesprochen lebhaft und fest. Für Stabeisen nannte man Ende des Monats einen Preis von 115 Mark, während es vorübergehend bis zu 107½ Mark herunter angeboten gewesen war. Besonders fest gestaltete sich der Schrottmarkt, auf dem für Stahlschrott etwa 62 Mark gezahlt wurden. Ausgesprochen ruhig blieb das Geschäft am Roheisenmarkt, wo die Preisermäßigung vom Anfang Oktober (siehe voriges Heft) nur wenig angeregt hat. Immerhin vermochten die Werke im Siegerlande einige Hochöfen wieder anzublasen. In der Ausfuhr wurde Stabeisen mit etwa 6 Pfund notiert. — Der deutsche Rohstahl-Verband, der wiederum als Vorläufer einer Syndizierung aller Hütten-Erzeugnisse gedacht ist, und aus dem manche Kreise einen europäischen Stahlwerksverband zu entwickeln hoffen, ist zunächst kein Preis- und Verkaufs-, sondern nur ein Produktionsregelungs-Kartell; angeblich haben sich ihm bereits 95 Prozent aller in Betracht kommenden Werke angeschlossen. — Die ausländischen Eisenmärkte lagen meist sehr ruhig, was beim englischen zum Teil eine Folge des Wahlkampfes war. Gegen Ende des Monats belebte sich aber auch dort der Markt etwas, und zwar ausgehend von der stärkeren Nachfrage nach Roheisen. — In den Vereinigten Staaten geriet der Markt immer stärker unter den Einfluß der Wahlkampagne, und etwa Mitte des Monats

Digitized by Google

gaben die Preise leicht nach; es wurde wieder über den großen europäischen Wettbewerb geklagt. Um die Monatswende schien sich aber auch hier eine kleine Belebung geltend zu machen, die in einzelnen Bezirken in einer Heraufsetzung der Roheisenpreise ihren Ausdruck fand. Der Stahltrust weist für das 3. Vierteljahr 30,8 (2. Vierteljahr 41,4; Vorjahr 47,1) Millionen Dollar Roh-Einnahmen auf und verteilt wieder ½% Sonder-Dividende auf die Stamm-Aktien; damit ist aber die Einnahme diesmal voll aufgezehrt.

In der Kali-Industrie hat der Absatz im Oktober wie immer etwas nachgelassen; er wird aber immer noch auf 800 000 dz Reinkali geschätzt. Das Kali-Syndikat hat Mitte des Monats seinen Abnehmern einen neuen dreimonatioen Wechsel-Kredit gewährt. — Auch der Stickstoff-Absatz blieb ziemlich lebhaft, wie übrigens auch vom Weltmarkt berichtet wird, daß Salpeter in großen Posten gekauft wurde.

Die Ernte-Nachrichten verschlechterten sich während des Oktober weiter, und die kanadische Ernte wurde gegen Ende des Monats mit nur etwa 55 Prozent der vorigen allerdings außerordentlich großen angenommen. Die Nachrichten aus Argentinien lauten auch nicht mehr ganz so günstig, wie in den Monaten vorher. Die Weltpreise der Halmfrüchte stiegen bis ins zweite Monatsdrittel scharf weiter, um dann vorübergehend einen Rückschlag zu erfahren. — In Deutschland trat dieser Rückschlag bereits etwas früher ein als am Weltmarkt, hauptsächlich deshalb, weil für die großen, auf Spekulation gekauften Mengen die neue Abnehmerschicht fehlte. Ueber die Ernte der nördlichen Halbkugel macht das Intern. Landw. Inst. in Rom folgende Angaben:

Mill. dz	1924	1923	Mittel 1918—1922
Weizen	716,8	793,0	699,1
Roggen	185,9	227,8	198,5
Gerste	200,4	218,4	193,1
Hafer	456,5	454,8	406,4
Mais	701,0	843,1	776,6

Die Vorarbeiten für den Getreideterminhandel (handelsrechtliches Lieferungsgeschäft in Berlin) kamen während des Oktober insofern zum Abschluß, als der Reichsrat den neuen Schlußschein genehmigte. Mit dem Handel selbst hofft man Anfang Dezember (per April-Termin) beginnen zu können.

Die günstigen Aussichten der europäischen Rübenzucker-Ernte blieben auch während des Oktober bestehen, und da gleichzeitig die Aussichten in Cuba sich als nicht schlecht herausstellten, so gaben die Preise eine Kleinigkeit weiter nach. Die Verbrauchszucker-Ausfuhr ist in Deutschland vorübergehend allgemein freigegeben worden, was zu Angeboten auch nach Amerika führte. — Kaffee hat infolge der unsicheren politischen Verhältnisse in

Digitized by Google

Brasilien und angeblich schlechterer Ernte-Aussichten seine Preissteigerung weiter fortgesetzt. Sao Paolo, das jetzt vom Bunde die gesamten Maßnahmen in der „Kaffee-Verteidigung" übernommen hat, beabsichtigt angeblich eine Erhöhung der Ausfuhr-Abgabe. — Die Steigerung der Tee-Preise setzte sich bis in die zweite Monatshälfte fort, um dann allerdings einem Rückschlag Platz zu machen.

Eine langsame, aber stetig fortschreitende Bewegung zeigten im Oktober die **Metall**märkte. Hier vermochten die Amerikaner ihre Forderungen für Kupfer wieder um rund ½ cent auf 13½ cents heraufzusetzen, obgleich die Bestände im Lande während des letzten Vierteljahres um etwa 20 000 Tonnen gestiegen sind. — Auch Zinn holte den September-Rückschlag völlig wieder ein. Besonders fest aber lag Blei, bei dem die Welt-Erzeugung hinter dem Verbrauch zur Zeit nicht unerheblich zurückzubleiben scheint. Es ist jetzt seit fast einem halben Jahre teuerer als Zink, ein früher völlig unbekanntes Verhältnis. — Der Silberpreis hat nach anfänglicher weiterer Steigerung einen Rückschlag erfahren, weil sich China nicht so aufnahmefähig erwies, wie erwartet, und die europäischen Münzkäufe infolge der hohen Preise nachließen.

Die **Baumwoll**märkte neigten zur Schwäche, weil die Ernte-Aussichten in Amerika wieder günstiger beurteilt wurden, und der Absatz sich wenigstens im Lande selbst nicht so belebt hat, wie gehofft worden war. Auf die ägyptischen Märkte wirkten Regierungskäufe steigernd ein. Bremen will Anfang Dezember das Zeitgeschäft in Baumwolle aufnehmen, das bereits vor dem Kriege bis in alle Einzelheiten vorbereitet war. — Jute ist weiter auf einen selten erreichten Preisstand gestiegen. — Hanf hat etwas nachgegeben; auch Seide, abgesehen von chinesischer, lag etwas schwächer. — Die Wollpreise stiegen zunächst noch weiter, gaben aber dann etwas nach, weil der Waren-Abzug nicht die erwartete Stärke hatte. — Die Gummi-Preise gingen sprunghaft in die Höhe und über 1 s 6 d hinaus (Anfang November), weil die Zapf-Einschränkung nach den alten Bestimmungen um 50 Prozent erhöht wurde und die Weltbestände angeblich scharf zusammengeschrumpft sind. — Die deutschen Spiritus-Preise sind etwas in die Höhe gesetzt worden, und zwar beträgt der Uebernahme-Preis bei den Brennereien 48 Mark, der Verkaufspreis 480 Mark je Hektoliter.

Der **Preis**durchschnitt hat sich in Deutschland, im Gegensatz z. B. zu England, während des Oktober infolge des Rückganges einer Reihe wichtiger Preise um eine Kleinigkeit ermäßigt, und zwar stellt sich der Großhandels-Index Ende Oktober auf 128,5 (Ende September 131,5); der Lebenshaltungs-Index, jetzt auf Reichsmark lautend, ist im Gegensatz dazu noch gestiegen und stellt sich auf das 1,23 (1,11)-fache. Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichs-Ziffern:

Digitized by Google

	31. 10. 23	30. 9. 24	10. 10. 24	21. 10. 24	31. 10. 24		
Weizen (Chicago) .	109	140 3/4	148 1/2	148 1/2	139 1/2	cts.	f. bush.
Weizen (Berlin) .	—	236	236	221	203 1/2	M.	„ 100 kg
Mais (Chicago) .	93	113 1/4	112 1/4	112 3/4	104 3/4	cts.	„ bush.
Roggen (Berlin) .	—	230 1/2	127 1/2	215	199	M.	„ 100 kg
Baumwolle (N. Y.)	31 50	25.75	24 80	24	23.65	cts.	„ Pfd.,engl
Baumwolle (Brem.)	33,95	29.23	27.36	26 12	26.71	cts.	„ Pfd engl.
Zucker (N. Y.) . .	7 09	6.03	6.08	6.03	5.96	cts.	„ Pfd.
Kaffee (N. Y.) . .	11 3/8	18 1/16	19 3/4	20 3/8	22 3/4	„	„ „
Schmalz (Chicago) .	12.70	13.95	15.47 1/2	16.95	15.50	Doll.	„ 100 Pfd.
Gummi (London) [1]	1 21/8	1.25/8	1.31/4	1.47/8	1.55/8	sh	„ Pfd.engl.
Gold (London) . .	92 6	92.10	92.3	92.4	91.9	„	„ Unze fein
Gold (Berlin) . .	2975	2.81	2.817	2.815	2.815	M.	„ Gramm
Silber (London). .	33 15/16	35 3/16	35 7/8	35 7/16	34 3/4	d.	„ Unze stand
Silber (New York)	67	70 1/8	72	71	69 3/4	cts.	„ Unze fein
Silber (Berlin) . .	10,15 Mil.	96 3/4	90 3/4	99 1/4	98 1/2	M.	„ kg
Kupfer (London) .	60 1/2	62 1/4	62	62 3/4	63 1/2	Pfd.	„ ton
Kupfer (Berlin) [2] .	·	111	113	116 1/2	117 1/2	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	208 5/8	239 1/4	244 1/4	250 1/2	258 3/4	Pfd.	„ ton
Zinn (Berlin)[3] . .	—	450	455	475	495	M.	„ kg
Zink (London) . .	33 1/4	32 5/8	33	33 11/16	34 5/16	Pfd.	„ ton
Zink (Berlin) [4] . .	—	61 50	62	63 1/2	65 1/2	M.	„ kg
Blei (London) . .	26	33 1/8	34 1/2	36 7/8	37 3/4	Pfd.	„ ton
Blei (Berlin) . . .	—	63	65 3/4	68	70	M.	„ kg

[1]) first crèpe [2]) raff [3]) Banka [4]) frei

Die Haltung der **Weltbörsen** war während des Oktober weitgehend bestimmt durch die im Gange befindlichen Wahlkämpfe und infolgedessen meist schwächer. Das gilt vor allem von New York, wo die Rückgänge wieder überwogen und in einzelnen Fällen nicht unbeträchtlich waren (General Electric 10 Proz., American Sugar 8 Proz., Studebaker 3 Proz., Bethlehem Steel 4 Proz.) — In London trat nach gleichfalls schwachem Verlauf sofort nach der Wahl ein scharfer Stimmungs-Umschwung ein, der sich besonders auf den Aktienmärkten in einer großen Belebung des Geschäftes und in starken Kurserhöhungen äußerte. — In Paris sind besonders Renten weiter gesunken; 3 Proz. Rente steht jetzt unter 50. Die Aktien haben ebenfalls fast durchweg weiter nachgegeben. Aber auch hier war gegen Ende des Monats ein Stimmungs-Umschwung deutlich erkennbar. — An der Wiener Börse löste die Gewißheit, daß der Fall Castiglioni nicht zu neuen Belastungen der Börse mit Angebot führen würde, eine Belebung des Geschäfts aus, die zu Steigerungen der meisten Kurse führte. Besonders gilt das natürlich von Alpine Montan. — In Budapest hat die Bankwelt wieder einmal intervenieren müssen, um den Kursrückgang nicht zur Katastrophe werden zu lassen.

An der **Berliner Börse** war das Geschäft während des größten Teiles des Monats sehr still, abgesehen von Rentenwerten und gelegentlich Stadtanleihen, wo die wechselnden Aufwertungs-Chancen die Spekulation reizen. Der Kampf um die Börsen-Umsatzsteuer stand häufig im Mittelpunkt der Erörterungen. Seine — vorläufige — Entscheidung dahin, daß die Sätze um 50 bis 60 Prozent heruntergesetzt wurden, fällt erst in den November. Die schwebenden Ver-

Digitized by Google

handlungen über das Zeitgeschäft haben sachliche Ergebnisse noch nicht gehabt. Aktienwerte sind unter Schwankungen etwas gestiegen, ebenso inländische Anleihen (wertbeständig und Papiermark), sämtliche Auslandswerte dagegen gefallen. Gegen Ende des Monats fand die erste Notierung in Goldprozenten statt (Ges. für elektr. Unternehmungen). — Die Börsen-Umsatzsteuer erbrachte in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres insgesamt 60,6 Millionen Mark, davon für Aktien 42,6 Millionen Mark.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Oktober	Anfang	Mitte	Ende	Oktober	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	690	535	500	Dt.-Luxemburg	54,25	52,1	53,5
4% „	1050	1000	910	Bln. Karlr. Ind.	69	65,25	59
3½% „	1000	950	910	Elberf. Farben	16,2	17,1	16,2
3% „	1575	1450	1340	Harpener	84,25	81,5	81,5
Darmst. u. Natbk.	9,5	9⅛	8,3	Hirsch Kupfer	19,1	18	16,25
Deutsche Bank	10,75	10,25	10,2	Höchster	15⅝	16⅞	16,25
Disc.-Komm.	12⅝	12,2	11,7	Hohenlohe	20,75	18,5	17
Dresdner Bank	7⅛	6⅞	7	Laura	6	5,4	5⅝
Hambg.-Amerika	29	26,5	25	Mannesmann	43⅛	41⅛	38,5
Hamburg-Süd	41.5	39,3	34,5	Oberbedarf	11,5	10,1	8,8
Hansa	12⅜	11,75	10⅛	Oberschl. Eisen	12,6	11,25	9,3
Norddtsch. Lloyd	5	4,75	4,4	Orenst. & Koppel	18	16	14,4
Schantung	1.9	1,7	1⅝	Phönix	42,2	40	37,5
Bergmann	12,7	12	10,9	Rheinstahl	35,5	33,6	33,1
Bochumer Guß	51,25	—	48,75	Rombacher	18	16,2	15,75
Daimler	3	3⅛	2,8	Schuckert	40,75	39,25	37
Deutsche Kali	47,5	41,5	42	A. E. G.	8,6	8,3	8

*) in Billionen % (Staatsanleihen in Milliarden %).

Am Londoner Geldmarkt unterschied sich die Lage im Oktober kaum von der des Vormonats. Wiederum war es tägliches Geld, das — mit einem Durchschnittssatz von 3¼ bis 3½ Prozent — relativ lebhafter und teurer war als befristetes Geld. Der Grund lag diesmal auf der Hand: Die Emission der deutschen Anleihe verursachte um die Mitte des Monats eine Geldnachfrage, von der jedermann wußte, daß sie nur emissionstechnischer Natur war — auch auf die umfangreichen „Konzertzeichnungen" mußten 5 Prozent der Zeichnungssumme bar eingezahlt werden — und schnell vorübergehen würde. Infolgedessen suchte sich der Markt mit Tagesgeld über die kurze Zeit der Anspannung hinwegzuhelfen. Wochengeld blieb unverändert 2¾ Prozent, und auch der Schatzwechselzins pendelte um die Sätze des Vormonats herum, blieb also ca. 3⅜ Prozent (nicht 2⅜ Prozent, wie es im vorigen Heft irrtümlich hieß.) Der Privatdiskont notierte:

1. Oktbr.	7. Oktbr.	14. Oktbr.	20. Oktbr.	25. Oktbr.	31. Oktbr.	höchst	niedrigst
3¹¹/₁₆	3¾	3¹¹/₁₆	3⅜	3¹³/₁₆	3¾	3¹³/₁₆	3¹¹/₁₆

Auch die Bank von England spürte Mitte Oktober deutlich den Einfluß der Dawes-Anleihe. Nachdem die höheren Quartals-Ansprüche normalen Ziffern Platz gemacht hatten, stiel die Inanspruchnahme der Bank beinahe wieder auf Terminhöhe. Da indes ein erheblicher Teil der Gelder als Deposit zur Bank zurückfloß, so kam es zu keiner besonderen Anspannung des Status insbesondere zu keiner bemerkenswerten Zunahme des Notenumlaufs. —

Digitized by Google

Der Umlauf an currency notes blieb mit 285,0 Mill. £ fast unverändert.

Der Londoner Wechselkurs hat die Ablösung der Labour-Regierung durch ein konservatives Regiment mit einer entschiedenen Besserung quittiert. Doch trug auch die Dawes-Anleihe zur Befestigung des Pfund-Kurses bei, weil die an der Uebernahme beteiligten europäischen Festlandstaaten sich entsprechende Guthaben in London schaffen mußten. Der Herbstbedarf an Dollar-Devisen vermochte die Besserung nicht zu verhindern, sondern nur zu verlangsamen. Ende Oktober notierten in London: Kabel New York 4,52¼ Dollar, Amsterdam (stark gebessert) 11,48 Fl., Schweiz 23,48 Frcs., Bombay 1 s 6 d, Yokohama 1 s 8½ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten wie folgt (in Mill. £):

1922		1923		1924	
1. 10 — 6. 10.	746	28. 9.— 4. 10.	782	26. 9. — 2. 10.	804
7. 10.—12. 10.	716	5. 10.—11. 10.	702	3. 10.— 8. 10.	719
13. 10.—20. 10.	715	12. 10.—18. 10.	672	9. 10.—16. 10.	753
21. 10.—27. 10.	684	19. 10.—25. 10.	697	17. 10.—23 10.	715
				24. 10.—30. 10.	708
1. 10.—27. 10.	2 861	28. 9.—25. 10.	2 853	26. 9.—30. 10.	3 299
1. 1.—30. 9.	28 320	29. 12.—27 9.	27 381	1. 1.—25. 9.	28 788
1. 1.—27. 10	31 181	29. 12.—25. 10.	30 234	1. 1.—30 10.	32 087

Bei der Bank von Frankreich streiften sowohl der Notenumlauf wie die Vorschüsse an den Staat andauernd ziemlich dicht die gesetzliche Grenze. Die verstärkte private Inanspruchnahme wurde durch eine entsprechende Zunahme der Privatdepositen ausgeglichen. — Der französische Wechselkurs hat sich im November leicht weiter verschlechtert, obwohl kein Zweifel daran bestand, daß die Regierung das Budget-Defizit mit Anleihen und nicht mit der Notenpresse finanzieren werde. Es scheint, daß die übliche Regulierung der Herbst-Zufuhren auf den Wechselkurs drückt. Ende Oktober notierte der Franc in London 86,40 Frs. (wobei die Wertsteigerung des Pfundes berücksichtigt werden muß), in New York 5,24 Dollar.

Am New Yorker Geldmarkt hat die leichte Versteifung im Oktober angehalten, sich aber nicht nennenswert verschärft. Die Banken, bei denen sich die Einzahlungen auf den amerikanischen Abschnitt der Dawes-Anleihe und anderer Anleihen sammeln, stellen das Geld nach wie vor in großen Mengen zur Verfügung des Geldmarkts, so daß die Sätze für tägliches Geld nur selten über 2½ Prozent ansteigen können. Auch die Flüssigkeit der Bundes-Reserve-Banken, die diese zu Käufern von Staatsanleihen und von Diskontmaterial (letzteres am offenen Markt) macht, hält die Geldsätze unter Druck, obwohl die geschäftliche Tätigkeit wächst und sich in steigendem Kreditbedarf äußert. Zeitgeld und gute Warenwechsel notierten 3 bis 3½ Prozent, Bankakzepte unverändert 2¼ Prozent. — Der Goldbestand der Bundes-Reserve-Banken hat im Oktober weiter (um ca. 25 Mill. Dollar) abgenom-

Digitized by Google

men, hauptsächlich infolge Abflusses nach Indien und Minderzuflusses aus Europa. — Der amerikanische Wechselkurs neigte gegenüber den meisten Ländern zur Schwäche, worin naturgemäß kein Minderwert der amerikanischen, sondern eine Besserung der anderen, insbesondere europäischen, Währungen zum Ausdruck kommt. Ende Oktober notierten in New York: Kabel London 4.52 Dollar, Scheck Amsterdam 39,40 Doll., Stockholm 26,62 Doll., Buenos Ayres 119,50 Goldpesos je 100 Doll., Rio de Janeiro 11,25 Doll., Calcutta 34,10 Doll. — Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen folgendes Bild (in Mill. Doll.):

	4. 10.	11. 10.	18. 10.	25. 10.
Vorschüsse	5 548.46	5 486.35	5 542.95	5 500.59
Barvorrat, eigener	48.12	51.86	47.97	49.80
„ b.d.Bund.-Res.-Bk.	631 69	630 09	634.32	637.43
„ b. anderen Banken	2 83	8.43	14 21	9.11
Barvorrat, zusammen	*632 64*	*690 38*	*696.50*	*696.34*
Kurzfristige Depositen . . .	4 687.22	4 632 52	4 622 31	4 680.45
Langfristige Depositen . . .	587.10	585.44	580.85	596.34
Depositen, zusammen	*5 274 32*	*5 217.96*	*5 203.16*	*5 276.79*
Notenumlauf	35.26	35.40	35.26	32.85
Surplusreserve	32.31	32.30	32.30	32.33

Diskont-Aenderungen haben im Oktober in Europa nicht stattgefunden. In Indien hat die Bank von Indien ihren Satz von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank (Millionen R. Mark):									
7. 10 *)	594 6 Mill.	—	—	2176.1	14.8[8])	321 8	371.4	1519.0	1519.0
15. „	613.6 „	—	204.5	2153.9	15.9[8])	—	828 5	1396 7	578.6
23. „	630.5 „	—	210.2	2173 7	16.7[8])	—	986.4	1313.1	472.4
31. „	694.2 „	—	231.4	2339.6	33.4[8])	—	708.7	1780.9	855.3
Bank von England (Millionen Pfund Sterling):									
1. 10.	128.4	—		120.4[4])		17.4	110 7	122.3	—
8. „	128.5	—		118.6[4])		10.9	113.9	124.5	—
15. „	128.5	—		120.8[4])		12.0	115.9	123.4	—
22. „	128.5	—		119.6[4])		14.8	112.5	122.9	—
29. „	128.5	—		117.0[4])		14.0	111.0	123.6	—
Bank von Frankreich (Millionen Francs):									
2. 10.	5544.1[3])	301.5	568.2	4891.4	30617.4	13.0	1959.4	40533.9	34120.1
9. „	5544.2[3])	301.7	572.7	5006.0	30551.0	15.4	1876.5	40648.5	34229.9
16. „	5544.2[3])	302.1	570.9	4880.6	30486.0	12.6	1772.9	40570.0	34152.8
23. „	5544.3[3])	302.4	571.6	4981.4	30266.1	18.8	1737.3	40459.5	34041.2
30. „	5544,4[3])	302.9	571.5	4469.8	30204 5	15.1	1952 8	40523.5	34104.7
Oesterreichische Nationalbank (Millionen österr. Kronen):									
7. 10.	3 981 136.0[5])	—		2709950.8	1520.5	1032068.1		7862109.4	3880873.4
15. „	3 941 328.0[5])	—		2652386.1	1326.1	1129982 3		7666578.0	3725250.0
23. „	3 910 673.3[5])	—		2554704·7	1096.6	1326107.0		7341938.2	3431264.9
31. „	4 141 812.0[5])	—		2378654.0	1045.3	502579.1		8213003.2	4071191.2

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit.: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Ungarische Nationalbank (Mill. ungar. Kronen):									
7. 10	1970097.8[5])		—	1818257.0	1976454.9	1190280.0	408282.9	4096745.4	2126647.6
15. "	2065716.7[5])		—	1800211.4	1976454.9	1269613.8	388267.7	4131336.4	2065619.7
23. "	2112705.1[5])		—	1844669.1	1976454.9	1354029.1	453115.2	4074487.0	1961781.9
31. "	2175352.1[5])		—	1872385.1	1976454.9	1179651.2	285705.2	4635090·1	2459738.0
Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium (Millionen tschechoslowakische Kronen):									
7. 10.	1050.6		661.1	1317.2	734.9	667.4		8103.3	6392.6
15. „	1050.7		656.5	1307.8	720.7	821 5		78[ ]8.9	6191.7
23. „	1050.7		673.2	1320.6	712.0	908.8		7822.6	6077.7
31. „	1050.2		653.6	1649.4	709.6	589.4		8585.8	6882.0
Bank von Italien (Millionen Lire):									
10. 9.	889.4	85.6	491.0	11363.2		1722.1		13180.6	11714.6
20. „	889.4	85.3	490.9	11291.0		1733.6		13148.8	11713 2
30. „	889.6	85.4	491.1	11598.1		1809.3		13603.2	12136.3
Bank von Finnland (Millionen finnische Mark):									
8. 10.	43.3	0.5	428.4	898.8	4.3	22.4	48.9	1281.3	809.1
15. „	43.3	0.5	565.4	816.7	4.3	88.2	97 6	1256.4	647.2
23. „	43.3	0.5	549.7	788.4	4.3	80.7	126.2	1227.0	633.5
31. „	43.3	0.5	510.4	780.5	4.3	80.3	124.0	1257.5	703.3
Niederländische Bank (Mill. Gulden):									
6. 10.	512.7	10.4	38.4	156.4	172.5	—	20.9	981.2	419.7
13. „	510.1	10.3	36.1	153.7	163.7	—	18.0	970.7	414.2
20. „	497.7	10.6	45 2	150.4	159.5	—	22.1	961.3	407.8
27. „	489.3	10.8	53.7	138.1	164.6	—	23.3	956.7	402.9
Schweizerische Nationalbank (Millionen schw. Francs):									
7. 10.	504.9	92.6	36.1	267.7	82.4	110.9		861.7	228.1
15. „	505.1	92.9	39.0	282.8	72.7	157.6		833.8	166.8
23 „	506.4	92.7	57.1	266.3	73.9	158.0		826.1	169.9
31. „	505.2	93.2	41.6	284.6	76.2	116.7		882.1	242.1
Schwedische Reichsbank (Millionen schwed. Kronen):									
4 10.	245.9	—	54.4	405.1		138.6		547.0	246.7
11. „	245.2	—	60.9	369.7		145.9		515.0	208.9
18 „	243.7	—	61.8	361.9		150.8		498.4	192.9
25. „	242.6	—	62.3	353 2		138.0		469.8	184.9
31 „	240.1	—	61.2	359.2		123.2		536.4	235.1
Bank von Spanien (Millionen Peseten):									
4. 10.	2534.8	652.2[6])	30.5	842.0	1355.8[7])	244.8	9.1	4584.7	1317.2
11. „	2534.8	652.1[6])	30.4	839.6	1341.0[7])	243.7	8 9	4521.6	1304.3
17. „	2534.8	651.7[6])	30.2	834 2	1339.5[7])	241.9	9.0	4512.4	1295.3
25. „	2534.9	651.8[6])	30.1	830.8	1332.6[7])	242.0	8.7	4508.1	1291.3
31. „	2534 9	652.5[6])	30.0	882.7	1355.4[7])	203.7	9.1	4529.1	1311.7

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl. Guthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeit: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf: Insgesamt	durch a) nicht gedeckt
Bank von Norwegen (Millionen Kronen):									
7. 10.	147.2		36.2	419.4		120.9		387.4	209.0
15. „	147.2		36.8	428.1		136.4		381.5	202.5
22. „	147.2		36.7	418.8		126.7		380.6	201.7
30. „	147.2		36.7	410.5		112.9		386.4	207.5
Nationalbank von Dänemark (Millionen Kronen).									
31. 10	209.5	22.4	25.6[2])	249.7	59,3	75.6		495.1	237.3
Bank von Polen (Millionen Zloty).									
10. 10.	100.0		240.5	236.4	9.5	90.8		451.5	111.0
20. 10.	100.3		237.5	234.7	9.7	106.0		438.4	100.6
31. 10.	100.7		241.4	245.8	13.4	60.0		503.7	161.6
Russische Staatsbank, Notenabteilung (in 1000 Tscherwonetz).									
1. 10.	13139.9	—	10017.4	21540.0	8506.9	--	—	51886.6	28729.3
15. 10.	13139.9	—	10317.4	22487.0	8707.3	—	--	54357.6	30900.3
Bulgarische Nationalbank (Mill Lewa).									
31. 8.	56.9		404.2	252.1	428.1	1064.3		4277.6	3816.8
30. 9.	56.9		580.0	270.1	445.2	1354.4		4361.7	3724.5

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Goldwechsel und Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter Auslandsguthaben. — [3]) Einschl. Gold im Ausland. — [4]) Einschl. „Regierungssicherheiten". — [5]) Einschl. Devisen u. Valuten. — [6]) Einschl. geringer Kupferbestände. — [7]) Einschließl. 150 Mill. Peseten Vorschuß an den Staat. — [8]) Einschließl. lombardierter Wechsel. — [9]) In Trill. P. M.

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich im Oktober der Satz für tägliches Geld etwas versteift (Ende des Monats 3/8 bis ½ Promille), weil den Banken neuerdings Wechselmaterial zuzufließen beginnt, das eine bessere Anlage darstellt, da es etwa 12 Prozent Zinsen p. a. abwirft. Die Rediskontierbarkeit bei der Reichsbank, deren Fehlen den Wechselverkehr fast ein halbes Jahr lang unterbunden hat, ist jetzt innerhalb gewisser Grenzen wiederhergestellt. Auch der Seehandlung sind Bankeinlagen entzogen worden, um Anlage in Wechseln zu finden. Ein normal funktionierender Privatdiskontmarkt fehlt indes noch immer, da sich für das Hauptmaterial eines solchen, nämlich für die Bankakzepte, noch kein Vorzugszins vor guten Industriewechseln herausgebildet hat und die Rediskontierbarkeit bei der Reichsbank hier zum mindesten keine generelle ist. (Vergl. hierzu im übrigen den leitenden Aufsatz dieses Heftes.) Monatsgeld wurde mit 12 bis 13 Prozent, Devisengeld mit 7¼ bis 8 Prozent gehandelt.

Der Berliner Wechselkurs hat sich den meisten europäischen Währungen gegenüber etwas verschlechtert, da diese sich absolut, d. h. dem Dollar gegenüber, gebessert haben. Die Goldpari-

Digitized by Google

tät wurde wiederum durch Interventionen der Reichsbank aufrechterhalten.

Devisenkurse (in Billionen Mark).*)

	1. Okt.	8. Okt.	13. Okt.	20. Okt.	27. Okt.	31. Okt.
Amsterdam Guld. .	162,50	163,60	164,70	164,40	165,40	165,60
Kopenhagen (Kr.) .	73,15	73.60	74,—	72,40	72,10	73,—
Stockholm(Kronen)	111,65	111,65	111,90	111,75	111,70	111,75
Christiania (Kron.)	59,70	60,20	60,50	59,90	59,70	60,05
Helsingfors (F.-M.)	10,52	10,52	10,60	10,56	10.54	10,55
Schweiz (Francs) .	80.—	80,40	80,60	80,625	80,825	80,80
Madrid (Pesetas) .	55,90	55,75	56,35	56,30	56,20	56,50
Italien (Lire) . .	18,42	18,225	18,45	18.34	18,10	18.26
London (Pfund) .	18,745	18,735	18,58	18,865	18,875	18,995
New York (Dollar)	4,2	4,2	4,2	4.2	4 2	4,2
Paris (Francs) . .	22,25	21,94	22,22	22,03	21,87	22,—
Brüssel (Francs) .	20,36	20,05	20,35	20.23	2 ,13	20,18
Wien (1 Kr.). . .	5,925	5,92	5,94	5,93	5,925	5,925
Prag (Kronen) . .	12,54	12,50	12,545	12,52	12,525	12.525
BuenosAires(Pesos)	1,50	1,56	1,525	1,545	1,525	1,53
Rio de Janeiro (Milr.)	0,40	0,48	0,47	0,47	0,465	0,47
Japan (Yen) . . .	1,68	1,63	1,63	1,51	1,615	1,615
Bulgarien (Lewa) .	3,07	3,07	3,10	3,06	3,06	3,05
Jugoslavien(Dinar)	5,78	6,10	6,10	6,11	6,08	6,08
Budapest (Kronen)	5.45	5,43	5,50	5,47	5,495	5,51
Lissabon (Eskudo)	—	—	—	—	16,50	16,50
Danzig (D. Gulden)	74,85	74,80	75,54	75.40	75,45	75,95

*) Pfund, Dollar, Peso, Yen, Milreis für je 1 Einheit, österr. u. ungar. Kr. für je 100000, alle übrigen für je 100 Einheiten.

Die Ausweise der **Deutschen Reichsbank** erscheinen seit dem 15. Oktober in neuer Gestalt, da am 11. Okober das neue Bankgesetz in Kraft getreten ist. An Gold waren Ende des Monats 694 Mill. M., an „deckungsfähigen Devisen" (mit 14 tägiger Laufzeit) 231,4 Mill. Mark vorhanden. Ein weiterer erheblicher Bestand an längeren Devisen, zu dem noch der Erlös aus der Dawes-Anleihe kommen wird, steckt unter den „sonstigen Aktiven." Dem standen Ende Oktober gegenüber 1781 Mill. Mark umlaufende Reichsbanknoten und ca. 1750 Mill. Mark (nicht deckungspflichtige und daher nicht ausgewiesene) Rentenbankscheine. Daß der Status der Reichsbank keine Angaben über die Rentenbankscheine und auf der Passivseite keine Trennung der privaten und der öffentlichen Einlagen enthält, ist ein Mangel, der beseitigt werden sollte. Die Reichsbank hat im Oktober rund 170 Mill. Mark Wechsel über den Umfang am Quartalstermin hinaus diskontiert, anscheinend ohne erheblichen Schaden für die Währung, da der Verkehr das Plus von gleichfalls ca. 170 Mill. Mark Zahlungsmitteln verdaut zu haben scheint. Trotzdem sollte die andauernde Notwendigkeit, am Devisenmarkt zu intervenieren, die Reichsbank veranlassen, den Umlauf nur nach vorsichtigem Abtasten weiter zu erhöhen.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigte im Oktober und den Vergleichsmonaten das folgende Bild (in Millionen Mark, 1924 in Billionen bezw. Rentenmark):

Digitized by Google

	1921	1922	1923	1924
August	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900
			ferner: 1 490 529 300 Rentenmark	
September	98 004	473 715	22 627 672 721	886 588 300
			ferner: 1 652 485 500 Rentenmark	
Oktober	119 496	769 341	3 150 056 367 651	1 384 658 100
			ferner: 1 589 427 800 Rentenmark	

Zulassungen an den deutschen Börsen im Oktober 1924.

I. Börse zu Berlin.

P.-M.	96	Millionen	Preuß. Pfandbriefbank, jg. Akt.
G.-M.	10	„	10% Pfandbriefe III. der Rhein.-Westfäl. Bodenkreditbank.
„	10	„	8% do. IV. d. do. do.
„	9,87	„	8% do. IVa. d. do. do.
„	2,1	„	7% Pfandbriefe d. Hypothekenbank in Hamburg.
„	3	„	10% do. 3a d. Deutschen Grundkreditbank Gotha.
„	10,5	„	8% Pfandbriefe d. Preuß. Centralbodenkredit-A. G.
„	2	„	10% Komm.-Obl. d. do. do.

II. Börse zu Breslau.

Keine Zulassung.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M

Unbestimmter		Betrag	Hessische Dollaranleihe Reihe A.
„		„	do. do. Reihe C.
„		„	5% do. do. Reihe B.
„		„	5% Hessische Roggenanleihe.
P.-M.	15	Millionen	Bast A. G. Nürnberg, jg. Akt.
„	9	„	Allg. Deutsche Eisenbahn A. G., jg. Akt
„	17,8	„	Brauhaus Nürnberg, jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln a. Rh

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

2	Mill. Zentner	6% Zucker-Wertanl. d. Deutschen Zuckerbank Berlin

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

G.-M.	1,6	Millionen	5% Pfandbriefe d. Bayerisch. Vereinsbk., Reihe 16, 17, 18.
„	10	„	8% Pfandbriefe d. Bayer. Landeskultur-Rentensuld.

XII. Börse zu Augsburg.

Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

P.-M.	8,5	Millionen	Porzellanfabrik Kloster Veilsdorf, jg. Akt.
„	2	„	Porzellanfabrik Rauenstein, jg. Akt.
„	25	„	Porzellanfabrik Kahla, jg. Akt.
G.-M.	20	„	8% Landeskultur-Rentenscheine, Reihe 1.
„	1	„	5% Creditbriefe d. Landwirtschaftl. Creditvereins Sachsen.

XIV. Börse zu Leipzig.

P.-M.	9,48	Millionen	Steingutfabrik Colditz, jg. Akt.
G.-M.	1	„	5% Creditbriefe d. Landwirtschaftl. Creditvereins Sachsen.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

Digitized by Google

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.

P.-M. 100 Millionen $^{8}/_{18}$%ige Anl. d. Elektrizitätsverbandes Stade, IV. Ausg.

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Gesellschaften in das Handelsregister ist im Oktober erheblich lebhafter gewesen als im September. Allerdings erscheint die zur Durchführung der Industriebelastung gegründete „Bank für deutsche Industrie-Obligationen" allein mit 10 Millionen Mark Kapital in der Statistik. Es wurden eingetragen:

41	Aktiengesellschaften mit	16 804 400 Gold-M. Kapital
536	Gesellschaften m. b. H. mit	8 458 100 „ „
	zusammen	25 262 500 Gold-M. Kapital

gegen 1 084 975 443 475 000 M. Kapital im Oktober 1923
„ 1 421 616 000 „ „ „ „ 1922

Die **Kapitalserhöhungen** haben gleichfalls erheblich zugenommen. Die Oktober-Ziffern lauten:

48	Aktiengesellschaften mit	18 818 900 Gold-M. Kapital
28	Gesellschaften m. b. H. mit	735 600 „ „
	zusammen	19 554 500 Gold-M. Kapital

gegen 100 800 154 000 M. Kapital im Oktober 1923
„ 2 977 226 000 „ „ „ „ 1922

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Oktober laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
67	9	1	2	10	167
Dagegen im Oktober 1923:					
32	22	0	3	19	156
Dagegen im Oktober 1922:					
11	8	0	3	5	203

Insgesamt sind also gegründet worden:

Okt. 1924: 78 Genossenschaften m. unb. H. und 178 Genossenschaften m. b. H
„ 1923: 51 „ „ „ „ „ 181 „ „ „ „ „
„ 1922: 16 „ „ „ „ „ 214 „ „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Oktober zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Oktober 1924.

(Vom 1. bis 31. Oktober im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924		Oktbr. 1923		Oktbr. 1924	
	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.	Zahl	Mill. M.	Zahl	Gold-M.
Landwirtschaft	48	908 295	1	120 000	37	90	11	88 400	16	9	—	—	10	1	1	10 000
Bergbau, Hütten u. Salinen	33	7	2	100 000	36	143	36	875 200	29	2	3	—	8	—	3	24 750
Steine und Erden . . .	23	8	1	150 000	32	25	14	595 600	22	—	—	—	6	—	2	5 900
Metalle und Maschinen .	84	138	4	200 000	130	139	60	697 900	97	5	7	1100000	30	—	1	6 000
Elektrotechn. Erzeugnisse	25	2	2	100 000	49	136	11	95 000	14	—	—	—	5	—	1	20 000
Elektr.- u. Gasgesellschaft.	8	2	2	2 400 000	4	--	3	314 000	11	—	3	10 360 000	5	1	1	3 500
Fette, Oele usw. . . .	10	51	1	100 000	17	23	5	301 000	4	—	2	—	2	2	—	—
Chem. Indust., Heiz- u. Leuchtst.	39	106	2	50 000	53	74	22	340 200	45	2	1	—	13	—	—	--
Textilgewerbe	48	104	2	100 000	59	143	35	434 900	23	—	3	85 000	4	—	2	125 000
Papiergewerbe	17	121	1	50 000	10	2	7	115 100	7	—	1	—	4	—	—	—
Ledergewerbe	16	3	1	--	21	67	12	78 500	10	—	2	400 000	3	—	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgew.	32	9	—	—	55	61	10	188 400	16	4	—	—	10	—	—	—
Nahr.- u. Genussm.-Gew.	74	167	2	50 000	98	362	76	968 300	78	5	7	464 000	16	2	2	16 000
Bekleid.- u. Reinig.-Gew.	17	12	—	—	26	255	14	430 000	4	—	—	—	5	—	—	—
Beherb.- u. Erquick.-Gew.	7	2	—	—	4	2	3	50 000	5	—	—	—	—	—	1	4 500
Graphische Gewerbe . .	15	1	1	66 000	19		20	661 600	11	—	1	40 000	13	—	—	—
Baugew. u. Terrain-Ges.	42	20	—	—	54	87	23	281 800	17	1	—	—	16	2	3	38 750
Banken u. Versich.-Ges. .	111	244	5	11 875 000	16	120	7	39 000	62	25	5	4500000	2	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	7	1	4	601 000	32	212	21	209 000	10	1	—	—	7	1	—	—
Handel (ausser Banken)	47	173 641	2	500 000	121	1 046	25	267 100	62	5	3	195 000	64	15	5	36 700
Syndik., Verkaufsvereine	2	1	1	53 000	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Sonstige Gesellschaften .	106	40	7	290 400	182	173	121	1427100	84	8	10	1674900	29	—	6	444 500
	811	10828[illegible]6	41	16 804 400	1184	2 168	536	8458100	627	76	48	18 818 900	253	24	28	735 600

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Oktbr. 1924: 25 262 500 Gold-Mark, 1923: 1 084 975 443 475 000 M.
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1924: 19 554 500 „ „ 1923: 100 800 154 000 „
Gesamtanspruch im Oktbr. 1924: 44 817 000 Gold-Mark. 1923: 1 085 075 243 629 000 M.

Digitized by Google

In Aurich	14	in Eichstätt	11	in Ludwigsburg	11
„ Bamberg	12	„ Elberfeld	14	„ Lübeck	12
„ Berlin	131	„ Essen (Ruhr)	12	„ Mannheim	18
„ Bielefeld	12	„ Eutin	13	„ München	64
„ Bremen	20	„ Frankfurt a. M.	38	„ Nürnberg	10
„ Breslau	40	„ Freiburg i. Br.	13	„ Plauen i. V.	10
„ Cassel	10	„ Hamburg	91	„ Potsdam	12
„ Chemnitz	10	„ Hannover	21	„ Regensburg	15
„ Coburg	11	„ Köln	12	„ Rüstringen	11
„ Dresden	32	„ Königsberg	10	„ Stuttgart	11
„ Düsseldorf	24	„ Leipzig	35	„ Zeitz	12

In ganz Deutschland sind nach den Veröffentlichungen im Oktober 1924

1432 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen worden.

* * *

Kleine Chronik. Die Deutsche Rentenbank veröffentlicht mit Rücksicht auf ihre Umstellung keinen Oktober-Ausweis. (Siehe auch unter „Deutsche Banken".)

Deutsche Golddiskontbank. Leitet ihre Liquidation ein, indem sie den (fast gar nicht in Anspruch genommenen) Kredit der International Acceptance Bank von 25 Mill. Doll. kündigt. (Siehe auch unter „Deutsche Banken".)

Die neue deutsche Währung ist am 11. Oktober zur Entstehung gekommen, da an diesem Tage das Bankgesetz und das Münzgesetz in Kraft getreten sind. Die neue „Reichsmark" steht zur alten Mark, die nur noch 3 Monate nach Aufruf durch die Reichsbank im Umlauf bleibt, im Verhältnis von 1 : 1 Billion, zur Rentenmark, die zunächst bestehen bleibt, aber nicht „gesetzliches Zahlungsmittel" ist, im Verhältnis von 1 zu 1.

Münzwesen. Der Reichsrat genehmigt die weitere Ausprägung von weiteren 30 Millionen Mark Rentenpfennig-Münzen zu 1 bis 10 Pf. (insgesamt also 210 Millionen), die in Zukunft „Reichspfennige" heißen.

Privatnotenbanken. Das (vierteljährlich zu revidierende) Kontingent der vier Privatnotenbanken beträgt im laufenden Quartal: Bei der Bayerischen und Sächsischen Bank je 37,66 Mill. M., bei der Württemb. und Badischen je 14,53 Mill. M.

Die deutschen Banken im Oktober 1924.

Reichsbank. Am 11. Oktober tritt das neue Bankgesetz in Kraft. Da die Kapitalserhöhung auf 300 Mill. M. noch nicht durchgeführt ist, beträgt das Kapital bis auf weiteres 90 Mill. M. (180 Mill. von 2 : 1 zusammengelegt). Die jetzt im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten sollen ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel noch bis zum Ablauf von drei Monaten nach ihrem demnächstigen Aufruf behalten. Die Abkürzung der neuen Reichswährung lautet „R. M.". Die von Deutschland selbst zu übernehmende Spitze der deutschen 800 Mill. auswärtigen Anleihe von 1924 soll nicht zur Zeichnung aufgelegt, sondern von einem Konsortium unter Führung der Reichsbank übernommen werden. Außerdem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gehören dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank u. a. an: Geh. Rat Louis Hagen, Köln, Franz von Mendelssohn, Hofrat Remshard (Bayr. Hyp.- u. Wechselbk.), Franz Urbig (Disconto-Ges.), Oskar Wassermann (Deutsche Bank) und Max M. Warburg; ferner Prof. Bruins (Rotterdam) und Direktor Jansen (Belg. Nat. Bk.). Vizepräsident wird anstelle des infolge Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen langjährigen Vizepräs. von Glasenapp Geh.-Rat Kauffmann. Präsident Schacht schreibt im Amerik. Bankers Magazine, die Dawes-Anleihe ermöglicht es der Reichsbank, den deutschen Geldumlauf auf „4½ bis 5½ Milliarden Goldmark" zu steigern. Vom 15. Oktober ab erscheinen die Bankausweise in neuer Fassung. Vielbemerkt wird, daß die öffent-

Digitized by Google

lichen Depositen nicht mehr getrennt ausgewiesen werden. In Dessau, wo Präs. Schacht eine politische Rede (demokratisch) hält, ist eine Reichsbankstelle errichtet worden, in Cuxhaven und in Plettenberg (Westf.) Nebenstellen. Geh. Rat Kauffmann tritt in den Aufsichtsrat der Reichskredit-A.-G. ein. Direktor Friedrich Dreyse wird zum Mitglied des Direktoriums ernannt.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Räumt der Mühlenindustrie-Bank, Berlin, einen Diskontkredit von 10 Millionen G.-Mark ein.

Deutsche Golddiskontbank. Die Aktien der Bank werden in Höhe der darauf geleisteten Einzahlung zu pari in neue Reichsbank-Aktien umgetauscht. Das Institut wird langsam abgebaut und gewährt keine neuen Kredite mehr.

Deutsche Rentenbank. Die Ueberführung des Instituts in eine „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt" bleibt infolge der Auflösung des Reichstages in der Schwebe. Die Frage der Rückvergütung der Rentenbank-Zinsen wird von einem Ausschuß bearbeitet, dem Geh. Rat Dietrich, Hillger-Spiegelberg (von agrarischer Seite) sowie Geh. Rat Bücher (Industrie) und Franz Urbig (Disconto-Ges.) angehören. Am 11. Okt., dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen, sind Noten über 2,1 Md. Rentenmark und Rentenbriefe über 155 000 Rt. M. ausgegeben. Siehe Preußische Centralgenossenschaftskasse.

Preußische Centralgenossenschaftskasse. Das Institut befindet sich im Umbau von einem reinen Staats- zu einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, indem die Spitzenverbände der 52 000 deutschen Genossenschaften größere Beteiligungen übernehmen. Das gesamte deutsche Genossenschaftswesen ist nunmehr mit dem Institut als Spitze zentralisiert. Das Grundkapital beträgt 63,4 Mill. Gm.; eingezahlt sind 17,6 Mill. Gm. Der Ausschuß des Instituts spricht sich gegen die Errichtung einer Rentenbank-Kreditanstalt (siehe Deutsche Rentenbank) aus. Es schweben Verhandlungen, die den Uebergang der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank an das Institut bezwecken, weil die letztere die Interessen der Genossenschaften des Allg. Verbandes (Schulze-Delitzsche Richtung) während der Inflationskrise und später nicht hinreichend wahrnehmen konnte. Das Institut wird am 1. Nov. eine Zweigstelle in Frankfurt a. M. zur Erleichterung des norddeutschen Kredit- u. Effektengeschäfts errichten. Geh. Finanzrat Jost wird zum Präsidenten der Thüringischen Staatsbank ernannt.

Bank für deutsche Industrieobligationen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wird Herr Krupp von Bohlen-Halbach gewählt. Zu den an der Uebernahme von Aktien des Instituts beteiligten Banken gehören u. a.: Berliner Handels-Ges., Bleichröder, Commerz- u. Privatbank, Darst.- u. Natbk., Dolbrück Schickler u. Co., Deutsche Bank, Deutsche Girozentrale, Disconto-Ges., Dresdner Bank, Hardy u. Co., Mendelssohn u. Co., Mitteldeutsche Creditbank, Reichskreditges., Gebr. Arnhold, Barmer Bankverein, Essen. Creditanstalt, Norddeutsche Bank, Vereinsbank in Hamburg, Schaaffhausenscher Bankverein, Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Rheinische Creditbank, Süddeutsche Disconto-Ges., Bank für Thüringen, Bayr. Hyp.- u. Wechselbank, Bayerische Vereinsbank u. Württemb. Vereinsbank.

Deutsche Bank. Löst behufs weiterer Betriebs-Konzentration ihre Zweigstellen in Bad Homburg und Biebrich sowie zwei Depositenkassen in Frankfurt a. M. auf. Unterstützt mit M. M. Warburg u. Co. Die American and Continental Corporation, die von amerikanischen Bankhäusern mit 10 Mill. Doll. Kap. errichtet worden ist, bei der Beratung und Durchführung der Geschäfte. Direktor Wassermann gehört dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank an. Direktor Blänzig wird in den Aufsichtsrat des Deutschen Lloyd, des Internationalen Lloyd der Union Allg. Versicherungs-A. G. berufen. Die Bank löst ihre der Schweiz. Bodenkreditanstalt gegenüber i. J. 1917 eingegangene Valutagarantie zum größeren Teile ab, indem sie Deutsche Dawes-Anleihe zeichnet und einem schweiz. Bankensyndikat verpfändet. Im Jahre 1927 wird das Pfand durch Zahlung in engl. Pfund frei. Uebernimmt zum 1. Januar n. J. die Bankfirma Hermann Paderstein in Bielefeld.

Dresdner Bank. Die Genossenschaftsabteilung, die in den letzten Jahren versagt hat, wird voraussichtlich auf die Preußenkasse (s. d.) übergehen. Siehe ferner Bank für deutsche Industrieobligationen.

Digitized by Google

Disconto-Gesellschaft. Vermittelt die Annahme einer Offerte der Western Union Telegraph Cy auf Kabelgemeinschaft durch die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank (mit Hardy u. Co.) und von 4 Mill. Gm. Akt des Riebe-Werk, Berlin-Weißensee (mit Commerz u. Privatbank) zur Berliner Börse. Dr. Solmssen scheidet aus dem Vorstand des A. Schaaffhausenschen Bankvereins aus, um intensiver für die Disc.-Ges. wirken zu können. Geschäftsinhaber Urbig gehört dem Generalrat der neuen Deutschen Reichsbank an. Siehe Deutsche Rentenbank, Bank für deutsche Industrieobligationen u. Bank für Chile u. Deutschland.

Commerz- und Privatbank. Beantragt (mit Disconto-Ges.) die Zulassung der 4 Mill. Gm. Aktien des Riebe-Werk, Berlin-Weißensee, ferner die der jungen Aktien der Chemischen Werke Brockhues u. der C. W. Kemp A. G. zur Berliner Börse. Direktor Sobernheim tritt in den Aufsichtsrat der A. G. für Montanindustrie, Berlin, u. Direktor Kühne, Dresden, in den der Heidenauer Papierfabrik ein. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Darmstädter und Nationalbank. Die unter Beteiligung des Instituts im März 1923 gegründete Eisenkredit-A. G., Berlin, stellt ihr Aktkap. von 500 Mill. Pm. auf 0,3 Mill. Gm. um. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Mitteldeutsche Creditbank. Hat ihr Bankgebäude in Fürth an die dortige Bankfirma Georg Brückner verkauft. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Berliner Handels-Gesellschaft. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Leipzig. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Allgemeine Mittelstandsbank A. G. (unter Geschäftsaufsicht), Nürnberg. Die Gen.-Versammlung soll über die Beschaffung neuer Betriebsmittel oder die Liquidation beschließen. Die Bayerische Staatsbank ist mit 0,2 Mill. Gm. Kredit interessiert.

Allgemeine Wirtschaftsbank, Berlin. Das im Jahre 1922 aus der „Ersten Berliner Kautionsges. A. G." hervorgegangene Institut weist in der Goldbilanz 125 838 Gm. Effekten bei 0,1 Mill. Kap. aus.

Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken. Siehe Süddeutsche Festwertbank.

Gebr. Arnhold, Berlin-Dresden. Besteht seit 60 Jahren. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Badische Bank, Mannheim. Im IV. Quartal cr. beträgt das Notenausgaberecht nach dem neuen Bankgesetz 14,53 Mill R. M. (1 Reichsmark gleich 1 Bill. Pm.).

Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden. Direktor Alfred Behrendt, Dresden, tritt in den Aufsichtsrat der Enzinger-Union-Werke, Mannheim, ein.

Bank für Chile u. Deutschland. Die Norddeutsche Bank in Hamburg u. die Disconto-Ges. wandeln dieses Institut aus formalen Gründen in die Banco de Chile y Alemania um. Das voll eingezahlte Kap. beträgt 10 Mill. Währungspesos, der Reservefonds 1 Mill. Goldpeso.

Bank für Thüringen, vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Barmer Bank-Verein, Hinsberg, Fischer und Comp. Die Gen.-Versammlung genehmigt nach stundenlanger Debatte die Zusammenlegung des Kap. im Verhältnis von 60 : 1, d. h. von einer 1200 M.- auf eine 20 Gm.-Aktie; das Kap. beträgt alsdann 21 Mill. Gm. (1250 Mill. Pm.). Die Zweigniederlassungen Herzogenrath, Würselen u. Kohlscheid sind geschlossen worden. Das laufende Geschäftsjahr hat sich angeblich günstig angelassen; auf eine zufriedenstellende Dividende für das Gm.-Kap. soll gerechnet werden dürfen. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Bayerische Bodencreditanstalt, Würzburg. Darf weitere 5 Mill. Gm. Pfandbriefe begeben.

Bayerische Handelsbank, München. Stellt 7½% Goldpfandbriefe zu 80% freihändig zum Verkauf.

Digitized by Google

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Die Disconto-Ges. u. Hardy u. Co. beantragen die Zulassung der jungen Aktien zur Berliner Börse. Die Bank begibt 0,6 Mill. 6% Pfandbriefe. Direktor Hofrat Remshard gehört dem Generalrat der neuen Deutschen Reichsbank an. Der Sohn des bayer. Sozialministers Oswald wird wegen Diebstahls, den er als Angestellter der Bank begangen hat, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Bayerische Notenbank. Das Notenausgaberecht stellt sich nach dem neuen Bankgesetz für das IV. Vierteljahr cr. auf 37,66 Mill. Rm.

Bayerische Staatsbank, München. Siehe Allgemeine Mittelstandsbank.

Bayerische Vereinsbank, München. Begibt weitere 3 Mill. 10% Goldpfandbriefe. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Beamten-Zentralbank, Berlin. Stellt das Aktkap. von 5 Mill. Pm. auf 10 000 Gm. und schafft dabei ein Kapitalentwertungskonto von 2153 Gm. Das Kap. wird auf 0,6 Mill. Gm. erhöht; die neue Firma lautet Deutsche Beamten-Zentralbank.

Bergische Bank, Elberfeld. Sämtliche Gläubiger stimmen einem Vergleich zu; die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben und die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Berliner Bank. Ein Vergleich kommt zustande; die Geschäftsaufsicht wird aufgehoben.

S. Bleichröder, Berlin. Generalkonsul Dr. Paul von Schwabach tritt als Vertreter der Banken in den Aufsichtsrat der Bank für deutsche Industrie-Obligationen (s. d.) ein.

Brandenburgische Girozentrale, Berlin. Wird durch Bevorschussung gefälschter Aktien (Magdeb. Bergwerks A. G. und Bremer Wollkämmerei) geschädigt. Die Fälscher werden steckbrieflich verfolgt.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Die Nachfolgerin des Instituts, die Banco Brasileiro Allemao, hat nach erfolgter Genehmigung durch die brasilianische Regierung ihre Tätigkeit mit einem voll eingezahlten Kapital von 20 Mill. Milreis Kap. aufgenommen.

Bremer Privatbank. Siehe Märkische Industrie- und Landbank.

Centralbank für Eisenbahnwerte, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Continentale Bank und Handels-Ges., Berlin. Die Gen.-Versammlung stimmt der Liquidation zu. Direktor Dr. Hermann Ganz ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Curabank, Berlin. Will die Vorzugsaktien-Ausgabe (2 Mill. Pm.) vom Mai v. J. rückgängig machen und nach Umstellung des dann noch 0,1 Mill. betragenden Kap. dieses um 125 000 Gm. erhöhen.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Depositen- und Handelsbank, Berlin. Ein von der Mannesmann-Gruppe gestellter Konkursantrag wird zurückgezogen, nachdem deren Kreditsicherungs-Verlangen entsprochen ist. Die Bank erwirbt ca. 90% des Komm.-Kap. des Bankhauses E. Jordan u. Co., Hamburg.

Deutsche Beamten-Zentralbank A. G., Berlin. Siehe Beamten-Zentralbank.

Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, Berlin. Siehe Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Deutsche Girozentrale—Deutsche Kommunalbank. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Beantragt die Zulassung ihrer 8% Goldpfandbriefe Reihe 4 zur Berliner Börse.

Deutsche Handelsbank, Frankfurt-Berlin. Will das Stammaktienkapital von 925 Mill. Pm. auf 0,1 Mill. Gm. umstellen und um 392 000 Gm. erhöhen. 75 Mill. Pm. Vorzugsaktien werden unter Zuzahlung auf 7500 M. gebracht.

Deutsche Orientbank, Berlin. Uebernimmt die beiden Niederlassungen der Banque de la Seine in Konstantinopel (Galata und Stambul), die dem

Digitized by Google

Berliner Institut bereits vor dem Kriege gehörten. Siehe Tschechoslowakischer Bankverein.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Will ihr Kap. von 2 Md. Pm. auf 25,25 Mill. Gm. herabsetzen.

Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg. Will das Kap. von 7 Mill. Pm. auf 70 000 Gm. umstellen.

Deutsche Unionbank, Berlin. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 200 Mill. Pm. auf 40 000 Gm. u. Wiedererhöhung auf 1 Mill. Gm.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Schließt ihre Filiale Gießen nebst deren Depositenkasse Lauterbach (in Hessen). Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Chemisch-pharmaz. Werke Mayer-Alapin zur Frankfurter Börse.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Errichtet außer ihren Zweigstellen in Köln und Elberfeld solche in Essen, Mainz, Ludwigshafen und Trier. Setzt im Frachtstundungsverfahren die Gebühren von 6 auf 5 Promille herab.

Deutsche Volksbank, Essen. Das Kap. von 1 Md. Pm. soll derart zusammengelegt werden, daß jede 10 000 Pm.-Aktie in eine Gm.-Aktie über 20 M. umgewandelt wird.

Deutsch-Niederländische Bank, Düsseldorf. Das vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geratene und unter Geschäftsaufsicht gestellte Institut, aus dem die holländischen Aufsichtsratsmitglieder ausgeschieden sind, beschließt in der Gen.-Versammlung eine Kap.-Herabsetzung von 500 Mill. Pm. auf 0,2 Mill. Gm., das bis zu 0,5 Mill. Gm. erhöht werden soll.

Dresdner Handelsbank. Beantragt, das Aktkap. von 300 Mill. Pm. auf 1 Mill. Gm. umzustellen.

Düsseldorfer Creditbank. Zwecks Vermeidung des Konkurses wird ein öffentliches Eingreifen zugunsten einer Sanierung angestrebt.

Düsseldorfer Gewerbebank. Die zehn Monate währende Geschäftsaufsicht ist trotz eines Konkursantrages wieder verlängert worden. Gegen das Geschäftsgebahren des Vorstands werden schwere Anschuldigungen erhoben.

Essener Creditanstalt. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 700 Mill. Pm. auf 14 Mill. Gm. bei Ausstattung der Rücklagen mit 2 Mill. Gm. und Wiedererhöhung des Kapitals um 7 auf 21 Mill. Gm. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Frankenbank, Ellingen. Das 1913 gegründete Institut beantragt Namensänderung und Sitzverlegung.

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Verhandelt mit der Deutschen Genossenschaftshypothekenbank wegen eines Abkommens zwecks Gewährung von Krediten an die Landwirtschaft.

Getreidekredit-A. G., Berlin. Will das Kap. von 3000 Mill. Pm. auf 0,75 Mill. Gm. umstellen.

Getreiderentenbank für Landwirtschaft, Berlin. Stellt das Kap. auf 40 000 Gm. um und erhöht es auf 1 Mill. Gm. Am 1. Juli d. J. beträgt der Rentenbriefumlauf 8,21 Mill. Gm.

Bank Walther Goldschmidt u. Co. A. G., Bonn. Die Unterbilanz wird auf 0,72 Mill. Gm. geschätzt, zu denen event. noch 0,6 Mill. Gm. treten können. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Goslaer Bank. Will das Aktkap. im Verhältnis von 20 : 1 zusammenlegen und die Aktien auf 20 Gm. abstempeln. Das Kap. soll auf bis zu 0,25 Mill. Gm. heraufgesetzt werden.

Hamburger Handelsbank. Will in Liquidation treten.

Handels- und Diskont-A. G., Berlin. Zwei Vertreter der Bank werden in den Aufsichtsrat der Elektro-Werkzeugbau A. G. gewählt.

Handels- und Gewerbebank, Frankfurt a. M.. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Die Zulassung der 8% Goldpfandbriefe zur Berliner Börse wird beantragt.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank in München zur Berliner

Digitized by Google

Börse (mit der Disconto-Ges.). Herr Andree reist zwecks Kreditbeschaffung nach Amerika. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Industriebank, Chemnitz. Der Sitz wird nach Crimmitschau verlegt und die Firma in Vereinsbank Crimmitschau A. G. umgeändert. Das umgestellte Kap. beträgt 0,3 Mill. Gm. Die Vorzugsaktien übernimmt die Sächsische Staatsbank.

Industrie- und Wirtschaftsbank, Hamburg. Die Gen. Versammlung stellt das Kap. von 634,4 Mill. Pm. auf 126 880 Gm. um.

Jordan u. Co., Komm.-Ges., Hamburg. Siehe Depositen- u. Handelsbank, Berlin.

Kölner Bankverein. Das zusammengebrochene Institut tritt in Liquidation.

Kölner Gewerbebank. Das Aktkap. wird im Verhältnis von 1000 : 1 zusammengelegt.

Kommunalbank Bochum. Wird mit 1 Mill. Gm. Kap. gegründet.

Kommunalbank für Schlesien. Die unter Mitwirkung des Instituts gegründete Glogauer Mühlen-A. G. tritt in Liquidation.

Kreditanstalt für Verkehrsmittel A. G., Berlin. Direktor Leipziger (Berlin-Burger Eisenwerke) tritt in den Vorstand ein.

Kredit- u. Handelsbank, Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt die Kap.-Umstellung von 50 Mill. Pm. auf 50 000 Gm. u. Erhöhung um 3 Mill. Gm. Die Aktienmehrheit ist an Berliner Terraininteressenten übergegangen.

Landesbank der Rheinprovinz. Bei dem Institut werden Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, die in der Inflationszeit Ende 1923 begangen wurden.

Lewinsky, Retzlaff u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versammlung beschließt, das Kap. von 100 Mill. Pm. auf 0.5 Mill. Gm. bei 0,1 Mill. Gm. Reservefonds umzustellen.

Magdeburger Bank. Beantragt die Umstellung des Aktkap. auf 1,25 Mill. Gm.

Märkische Industrie- und Landbank, Bernau. Das Institut, dem die Bremer Privatbank nahesteht, beantragt als Umstellungskoeffizient 75 Milliarden : 1 (!).

Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank, Schwerin. Beantragt eine Kap.-Umstellung von 150 Mill. Pm. auf 3 Mill. Gm.

Mecklenburgische Getreide-Kredit-A. G., Schwerin. Das Kap. wird von 5 Md. Papier- auf 12 000 Gm. umgestellt, wobei 2,6 Md. Pm. noch nicht begebene Aktien eingezogen werden. Eine Wiedererhöhung auf bis 0,1 Mill. Gm. wird beantragt.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Franz von Mendelssohn gehört dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank an. Dr. Mannheimer ist zwecks Kreditbeschaffung nach Amerika gereist. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Bringt eine neue Reihe 10% Pfandbriefe zum Kurse von 92% heraus.

Mittelfränkische Bank, Nürnberg. Entgegen der bisherigen Schätzung von 3—5% wird mit einer Konkursquote von 15—20% gerechnet.

Niederlausitzer Bank, Kottbus. Beantragt die Umstellung von 1700 Mill. Pm. auf 1,3 Mill. Gm. Direktor Jungnickel tritt in den Aufsichtsrat der Niederlausitzer Kohlenwerke ein.

Nordbayerische Handels- u. Gewerbebank (in Konkurs), Nürnberg. Der Gläubiger-Ausschuß, der die Verwaltung für die „trostlose und unverantwortliche Mißwirtschaft" haftbar machen will, hofft auf eine in zwei Quoten auszuschüttende Dividende von 20%.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Geschäftsinhaber a. D. Max v. Schinkel wird 75 Jahre alt. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen und Bank für Chile und Deutschland.

Oberfränkische Diskonto-Bank, Hof. Tritt in Liquidation.

Ostbank für Handel u. Gewerbe, Berlin. Siehe Ostdeutsche Privatbank.

Ostdeutsche Privatbank, Berlin. Die außerordentl. Gen.-Versammlung übereignet sämtliche Aktien den Großaktionären gegen ein Umtausch-

Digitized by Google

Angebot im Verhältnis von 6 : 1 in Pm.-Aktien der Ostbank für Handel und Gewerbe.

Ostsachsen-Bank, Neugersdorf. Ist mit 175 000 Gm. Aktkap. in das Handelsregister eingetragen worden.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Die Süddeutsche Disconto-Ges. hat (mit anderen) einen Teilbetrag der 8% Goldpfandbriefe Reihe 2 des Instituts übernommen.

Preußische Bodenkredit-Aktienbank, Berlin. Bringt 8% Goldpfandbriefe heraus.

Preußische Central-Bodenkredit-A. G., Berlin. An der Berliner Börse werden zugelassen: 10,5 Mill. Gm. Goldpfandbriefe, weitere 4 Mill. 10% Goldpfandbriefe u. 2 Mill. Gm. 10% Goldkomm.-Obl.

Preußische Hypotheken-Aktienbank, Berlin. Es schweben Verhandlungen zwecks Unterbringung von Pfandbriefen des Instituts in Amerika. Legt 8% Goldpfandbriefe u. 8% mündelsichere Goldkomm.-Obl. zu 85% zur Zeichnung auf.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Die jungen Aktien werden zur Berliner Börse zugelassen.

Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin. Diskontiert bis 31. Dez. cr. sämtliche E-Schatzanweisungen zu 16% Zinsen. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Rhein-Bayernbank, München. Das mit 2,5 Md. Pm. arbeitende Institut beschließt die Auflösung.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Direktor Hohenemser tritt in den Aufsichtsrat der Enzinger-Union-Werke ein. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Rheinland-Bank, Berlin. Steht in Verbindung mit dem in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Wiener Großindustriellen Castiglioni.

Rhein-Ruhr-Bank, Elberfeld. Ueber das Gesellschaftsvermögen wird der Konkurs verhängt.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Cöln. Die 10% Goldpfandbriefe Reihe 3, desgl. 8% Reihe 4 und 4a werden zur Berliner Börse zugelassen.

Roggenrentenbank, Berlin. Führt die Reihe 14 ihrer 5% Rentenbriefe an der Berliner Börse ein.

Sächsische Bank. Das Notenausgaberecht beträgt für das 4. Quartal d. J. 37,66 Mill. Gm.

Sächsische Staatsbank. Siehe Industriebank Chemnitz.

Sachs. Warschauer u. Co. A. G., Berlin. Nach Zustandekommen eines Vergleichs ist die Geschäftsaufsicht aufgehoben.

Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Geschäftsinhaber Dr. Solmssen scheidet aus (siehe Disconto-Ges.). Siehe auch Bank für deutsche Industrieobligationen.

Siegener Bank. Will das 80 Mill. Pm. betragende Aktienkapital auf 0,8 Millionen Goldmark umstellen und auf 1,6 Mill Gm. erhöhen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Uebernimmt 8% Goldpfandbriefe der Pfälzischen Hypothekenbank. Direktor Gugenheim tritt in den Aufsichtsrat der Enzinger-Union-Werke ein. Direktor Jakob Kottow ist gestorben. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Süddeutsche Festwert-Bank, Stuttgart. Das von der Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken zwecks Begebung von Goldobligationen gegründete Institut beantragt die Verleihung des Charakters als Hypothekenbank.

Süddeutsche Industrie- und Handelsbank, Stuttgart. Beantragt Sitzverlegung nach Frankfurt a. Main.

Süddeutsche Treuhand-Gesellschaft, Nürnberg. Wandelt die Schokoladenfabrik Carl Dippold, Hof, in eine Akt.-Ges. mit 50 000 Mark Kapital um.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Geh. Finanzrat Hugo Jost, bisher Direktionsmitglied der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, ist an Stelle des hinausgedrängten Präs. Loeb zum Präsidenten ernannt worden.

Digitized by Google

Tschechoslowakischer Bankverein, Berlin. Will sich auf das Finanzgeschäft umstellen. Die Wiener Herren Weininger und von Lustig beteiligen sich mit 1 Mill. Goldmark; es werden Beziehungen zu Londoner Kreisen angeknüpft. Das Kap. soll aus 2 bis 3 Mill. Goldmark gebracht werden. Die bekannten tschechischen und deutschen Großbanken (Dresdner Bank und Deutsche Orientbank) bleiben in der Verwaltung vertreten.

Felix Ulrich Bank A. G. in Liqu., Berlin. Die Geschäftsaufsicht ist durch Zwangsvergleich beendet.

Vereinsbank Crimmitschau. Siehe Industriebank Chemnitz.

Vereinsbank in Hamburg. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Wirkt beratend bei der American and Continental Corporation, einer Gründung der ihr nahestehenden Internat. Acceptance Bank, mit. Bankier Max Warburg gehört dem Generalrat der neuen deutschen Reichsbank an. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Westdeutsche Terrain- und Baubank, Essen. Die Gen.-Versammlung stellt das Aktienkapital von 3 Mill. Papiermark auf 0,6 Mill. Gm. um und erhöht es um 0,4 Mill. Gm.

Wirtschaftskreditbank für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Berlin, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Will sich zur reinen Akt.-Ges. umbilden.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Legt 8% Goldpfandbriefe zu 85% zur Zeichnung auf.

Württembergische Notenbank. Das Notenausgaberecht für das 4. Quartal ds. beträgt 14,53 Mill. Goldmark. Die Bank bietet den der Zentralkasse württbg. Genossenschaften angeschlossenen Genossenschaften Diskontkredit (mit Ausschließlichkeits-Klausel) an.

Württembergische Vereinsbank. Beteiligt sich führend an der Durchführung der Kapitalserhöhung der Württbg. Transport-Vers. A. G. Siehe Bank für deutsche Industrieobligationen.

Zuckerkreditbank, Berlin. Errichtet in Halle a. S. eine Filiale.

Zahlungseinstellungen. Das Münchener Bankgeschäft Leo Otto Hampp gerät in Zahlungsschwierigkeiten. — Die Geschäftsaufsicht bei dem Bankgeschäft Emil und Hugo Levy, Hannover, wird durch Zwangsvergleich aufgehoben. — Das Bankgeschäft Cohn u. Liebenthal, Hamburg, gerät in Konkurs. Ueber das Vermögen des Bankiers Erich Bohnstedt, Berlin, wird der Konkurs eröffnet; desgl. über die Wechselstube E. Schonen u. Co., Königsbrg i. Pr. und das Bankgeschäft Friederich u. Blattner, Neuötting. Siehe Bergische Bank, Elberfeld, Berliner Bank, Düsseldorfer Creditbank, Düsseldorfer Gewerbebank, Kölner Bankverein, Rhein-Ruhr-Bank, Crefeld, Sachs, Warschauer u. Co., Berlin und Felix Ulrich Bank A. G.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1924.

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Bank von Spanien. Der Diskontsatz bleibt unverändert 5%. Für das erste Halbjahr 1924 wird eine Abschlagsdividende von 55 Pesetas (wie i. V.) verteilt. Siehe Währung.

Währung. Ende Juni notieren in Barcelona: London 32,22 gegen 33,40 Ende Dezember, New York 7,43¾ gegen 7,69. (Parität 25,22 bezw. 5,182). Eine Regierungsverordnung untersagt die Ausfuhr von Gold- und Silbergeld sowie von Noten der Bank von Spanien. Auslandsreisende dürfen höchstens 5000 Pesetas Banknoten mitnehmen.

Digitized by Google

Bankgründungen. Siehe Internationale Industrie- und Handelsbank, Madrid.

Banca Arnus, Barcelona. Beteiligt sich an der Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin (Mannesmann-Gruppe), und entsendet ihren Herrn Francisco P. Gambus in deren Aufsichtsrat.

Banco Germanico de la America del Sur S. A. Das Institut, dessen gesamtes Aktienkapital die Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin, besitzt, schüttet für 1923 eine Dividende von 6% auf 3 Mill. Pes. (i. V. 8% auf 1,5 Mill. und 4% auf 1,5 Mill. zur Hälfte dividendenberechtigter Aktien) aus einem Reingewinn von 0,39 (i. V. 0,38) Mill. Pes. aus. Vorgetragen werden 0,08 (0,11) Mill. Pes.

Banco de Castilla. Das Privateigentum der Verwaltung dieser insolventen Bank wird beschlagnahmt.

Banco de Viscaya. Verteilt für 1923 wieder 20% Dividende.

Banco Hispano-Americano, Madrid. Die Jahresdividende für 1923 bleibt mit 10% um 2% hinter der Vorjahrsdividende zurück.

Bank von Carthagena. Siehe Internationlae Industrie- und Handelsbank, Madrid.

Internationale Industrie- und Handelsbank, Madrid. Wird mit 30 Mill. Pes. Kap. unter Mitwirkung der Banque Belge pour l'Etranger und des Crédit Général Liégeois errichtet; das Institut führt die Geschäfte der Bank von Carthagena weiter.

Portugal. Bank von Portugal. Der Diskontsatz bleibt unverändert 9%. Siehe Währung.

Währung. Die portugiesische Währung gleitet weiter nach unten, da sich der Staat zur Begleichung seiner Ausgaben in zunehmendem Maße der Notenpresse bedient. Bei einer Parität von 53¼ pence notiert der Escudo Ende Juni in London 1½ bis 1⅝ pence.

Crédit Foncier Portugais, Lissabon. Das Institut verteilt für das Jahr 1923 eine Dividende von 10%.

XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 5½%. Das Institut ist vom 1. April ab wieder verpflichtet, seine Noten in Gold einzulösen; gleichzeitig wird „grundsätzlich" die Goldausfuhr freigegeben. Die Goldeinfuhr wird gesperrt; nur die Reichsbank darf Gold einführen. Die Bank hält den Kronenkurs, der zeitweilig unter die Parität zu sinken droht, durch Dollarverkäufe aufrecht. Das erforderliche Devisenmaterial wird durch einen amerikanischen Kredit von 25 Mill. Dollar beschafft. Es kommt auch zu Goldausfuhren. Dänemark übergibt dem Institut 10 Mill. schwed. Kr. 4½% Staatsschuldverschreibungen zwecks Einlösung der nach Schweden geschmuggelten und von dem Institut gesammelten dänischen Silbermünzen. Der Gewinn des Jahres 1923 beträgt 16,66 Mill. Kr. gegen 18,43 Mill. Kr. im Vorjahre; der Rückgang hängt mit dem durchschnittlich niedrigeren Zinssatz zusammen. Vom Reingewinn fließen 14 Mill. oder 14,98% dem eigenen Fonds der Bank zu, so daß 2,9 (0,9) Mill. Kr. zur Verfügung bleiben.

Währung. In Stockholm notieren Ende Juni: London 16,28 gegen 16,41 Kronen Ende Dezember (Parität 18,16), New York 3,76 gegen 3,78¾ (Parität 3,7314), Amsterdam 141,76 gegen 144,15, Kopenhagen 61,85 gegen 67, Christiania 59,70 gegen 55,15 Kronen. Ueber die Interventionen der Schwed. Reichsbank siehe diese.

Nordiska Handelsbanken, Gotenburg. Verteilt für 1923 nach 2,25 Mill. Kr. Abschreibungen aus 3,26 Mill. Kr. verbleibendem Reingewinn 4% Dividende auf 50 Mill. Kr. Akt.-Kapital.

Schwedische Reichs-Hypothekenbank. Erzielt für 1923 einen Reingewinn von 0,18 (i. V. 0,34) Mill. Kr., so daß einschl. 1,88 Mill. Kr. Ueberschüssen aus den Vorjahren 2,36 (1,88) Mill. Kr. zur Verfügung der Gen.-Versammlung stehen. Der Pfandbriefumlauf betrug Ende 1923 Kr. 324,6 (314,5) Mill., die Forderungen der Hypotheken-Vereine für bewirkte Amortisationen Kr. 71,3 (73,3) Mill.; andererseits stellen sich die Forderungen an die solidarisch

Digitized by Google

haftbaren Hyp.-Vereine auf Kr. 392,2 (386,7) Mill. Kr. Verluste wurden nicht erlitten.

Skandinaviska Kredit-Aktiebolaget, Stockholm. Schüttet für 1923 nach 13 Mill. Kr. Abschreibungen aus 9,73 (i. V. 8,1) Mill. Kr. Reingewinn wieder 15 Kr. Dividende aus. Das Aktkap. beträgt 87,2, die Rücklagen 94,8 Mill. Kr. Die Bank ist an der Gründung der Internationalen Crediet Cie (20 Mill. Gulden Kap.), Amsterdam, mit holländischen, englischen, deutschen und schweizerischen Firmen beteiligt, in deren Aufsichtsrat Direktor O. Rydbeck eintritt. Siehe Novemberheft Seite 676.

Stockholms Enskilda-Bank. Direktor Wallenberg wird als Mitglied der fünfgliedrigen Kommission für die deutschen Industrieobligationen (Reparation) in Paris kooptiert. Die Bank verteilt für 1923 nach Kr. 5,97 (i. V. 7,58) Mill. Kr. Abschreibungen aus Kr. 9,44 (7,36) Mill. Reingewinn wieder 15% Dividende. Der Vortrag erhöht sich von Kr. 15,6 auf 27,8 Mill. Die Bank wirkt bei der Gründung der Internationalen Bank in Amsterdam mit. Siehe Novemberheft Seite 676.

Svenska Ekonomie A.-G., Stockholm. Verteilt für 1923 eine Dividende von 7 (i. V. 5) Prozent.

Svenska Handelsbanken, Stockholm. Verteilt 10% Dividende (i. V. 5%). Die Bank wurde im Vorjahr rekonstruiert.

Norwegen. Bank von Norwegen. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7%. Siehe Norske Handelsbank.

Währung. Ende Juni notiert Christiania auf London 32,15 gegen 29,60 Ende Dezember (Parität 18,16), auf New York 7,44 gegen 6,83 (Parität 3,73) Kronen. Es werden neue Scheidemünzen in Umlauf gesetzt, die nur im Lande selbst, nicht in Schweden und Dänemark, Geltung haben.

Bankenkrisis. Siehe Centralbanken for Norge, Norske Handelsbank.

Aktienbanken. Ein neues Gesetz unterwirft ab 1925 alle Banken einer Bankinspektion und der Konzessionspflicht. Für Aktienbanken ist ein Mindestkapital von 400 000 Kr. vorgeschrieben. Die fremden Gelder dürfen das Eigenkapital um nicht mehr als das Zehnfache übersteigen. 20% der tägl. fälligen Einlagen müssen in bar vorhanden sein. Die Kredite werden maximiert (25% des Eigenkapitals für den einzelnen Schuldner).

Bergens Privatbank. Schüttet für 1923 auf 30 Mill. Kr. Akt.-Kap. eine Dividende von 8% aus.

Centralbanken for Norge. Die Zwangsverwaltung schätzt die Verluste auf 69 Mill. Kr., davon 46,5 Mill. Kr. als definitiv verloren. Das i. V. auf 4,2 Mill. Kr. zusammengelegte Aktkap., 30 Mill. Kr. von der Regierung und anderen Banken hergegebene Mittel und 10 Mill. Kr. Einlagen gelten als völlig verloren. Die Regierung sucht die Bank unter allen Umständen zu halten.

Kristiania-Bank und Kreditkasse. Kehrt für 1923 auf 17,5 Mill. Kr. Kap. 8% Dividende aus.

Norske Handelsbank, Christiania. Der norwegische Staat übernimmt eine Garantie bis zu 15 Mill. Kr. für Vorschüsse, welche die Bank von Norwegen dem Institut, das starke Verluste erlitten hat, zur Verfügung stellt. Finanzminister Berge erklärt die Handelsbank für vollkommen solvent.

Norske Kreditbank, Kristiania. Schüttet für 1923 nach 8,37 (i. V. 5,69) Mill. Kr. Abschreibungen 8 (10)% Dividende auf 44 Mill. Kr. Akt.-Kap. aus.

Dänemark. Nationalbank von Dänemark. Der Diskontsatz wird am 17. Januar von 6 auf 7% heraufgesetzt. Die Bank beginnt im Juni, ihre Kredite zu beschränken, um den Notenumlauf herunterzudrücken und den Währungsausfall aufzuhalten. Eine Valuta-Anleihe soll in Amerika aufgenommen werden.

Währung. Es notieren in Kopenhagen Ende Juni: London 27 gegen 24,45 Ende Dezember (Parität 18,16), New York 6,25 gegen 5,65½ (Parität 3,73) Holland 235,25 gegen 215,50, Schweden 166,00 gegen 150,00. Zwecks Stützung der Währung wird eine Devisen-Zentrale errichtet und die Sondersteuer für ausländische Handelsreisende erhöht. Das Gesetz über die Devisenzentrale verfügt die Beschlagnahme allen Devisenbesitzes und die Ueberwachung aller Devisengeschäfte

Digitized by Google

durch die Zentrale. Eine „Untersuchung" der Zentrale will festgestellt haben, daß dänische Private 440 Mill. Kr. Auslandsguthaben besitzen. Die Königl. Münze setzt neue Scheidemünzen in Umlauf, die nur in Dänemark Geltung haben. Der Währungsverfall soll durch eine Valuta-Anleihe (siehe Nationalbank) und durch Goldzölle aufgehalten werden.

Devisen-Zentrale. Siehe Währung.

Bankstatistik. Ende 1923 waren in Dänemark 189 Banken (wie i. V.) tätig. Das Aktienkapital betrug 384,9 Mill., die Reserven 141,0, die fremden Gelder 2740, 0 Mill. Kr.

Zahlungseinstellungen. Die älteste Bankfirma Kopenhagens, D. B. Adler u. Co., die das größte Ansehen genoß, stellt infolge unglücklicher Valutaspekulationen die Zahlungen ein. — Die Bankfirma V. Lundsgaard, Kopenhagen, liquidiert infolge Ueberschuldung. Die Aktiven betragen 0,5 Mill. Kr., die Passiven 1 Mill. Kr. Infolge großer Francs-Spekulationen war der Firma die Erlaubnis zum Valutenhandel entzogen worden. Die Südfünens Discontobank (Kap. 1,5 Mill. Kr. stellt ihre Zahlungen ein. Siehe Landshobanken, Dänische Landmannsbank, Diskonto-Revisionsbank.

Dänische Landmannsbank, Kopenhagen. Die Berliner Zulassungsstelle nimmt die Zulassung der Aktien des Instituts zurück, die Notiz wird eingestellt. Eine Verlängerung der Staatsgarantie für die Bank wird angestrebt.

Diskont- und Revisionsbank, Kopenhagen. Gerät in Schwierigkeiten und stellt (im Juli) die Zahlungen ein. Der unmittelbare Anlaß ist die Kreditreinschränkung der Nationalbank (s. d.).

Landshobanken. Der Zusammenbruch dieser größeren Provinzbank ist dadurch entstanden, daß ihr eine dänische Gummifabrik, die insolvent wird, 2½ Mill. Kr. schuldet, d. i. etwa 1,3 Mill. Kr. mehr als das eigene Kapital des Instituts beträgt.

Privatbank, Kopenhagen. Verteilt nach 2,25 (i. V. 7,02) Mill. Kr. Abschreibungen wieder 8% Dividende auf 60 Mill. Kr. Kapital.

Umschau

DREI GOLDBILANZEN.

Erst ein volles Vierteljahr nach der Berliner Handels-Gesellschaft haben jetzt drei weitere Berliner Großbanken ihre Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 bekanntgegeben: Die Dresdner Bank, die Darmstädter und Nationalbank und die Deutsche Bank. Die Bilanzkritik steht den Veröffentlichungen ziemlich ratlos gegenüber. Denn abgesehen davon, daß diese kein Gegenwartsbild, sondern das nachträglich konstruierte Bild einer um fast ein Jahr zurückliegenden Vergangenheit widerspiegeln, fehlt es auch an jeder Möglichkeit, die Bewertungsgrundsätze irgendwie exakt nachzuprüfen. Wenn die Deutsche Bank bilanzmäßig verkündet, daß aus dem Schmelzprozeß der Inflation ein Eigenkapital von 200 Millionen Goldmark hervorgegangen sei, und wenn die beiden anderen Banken ihr noch vorhandenes Kapital auf je 100 Millionen Goldmark beziffern, so muß man es durchaus der Zukunft überlassen, die Probe auf die diesen Angaben zugrunde liegende Berechnung zu machen. Nur bei zwei Aktivposten darf man voraussetzen, daß sie, unabhängig vom subjektiven Ermessen der Bankleitungen, sich ziffernmäßig mit den von ihnen dargestellten Effektivwerten decken. Das sind die Posten „Kasse" und „Nostroguthaben", von denen der letztere in der Hauptsache die Bestände an Auslandsguthaben und den sachlich mit ihnen identischen Devisen umfaßt. Bei allen drei Banken sind diese beiden Posten eigentümlicherweise fast genau so groß wie das neu ausgewiesene Eigenkapital. In ihnen verkörpert sich demnach der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva. Ob diese Uebereinstimmung aber mehr als ein Zufall ist, läßt sich nicht sagen. Die Bewertung aller übrigen Aktivposten ist völlig diskretionär. Es ist unbekannt, wie groß die Abschreibungen sind, die man auf Wechsel, Warenvorschüsse, Debitoren und Beteiligungen vorgenommen hat, und die Verwaltungen selbst dürften nur eine ganz ungefähre Vorstellung davon haben, inwieweit von ihnen

Digitized by Google

vorgenommene Abschreibungen den bereits erlittenen oder noch zu erleidenden Verlusten entsprechen, und inwieweit sie stille Reserven darstellen. Dasselbe gilt von den Effekten und Konsortialbeständen. Rein gefühlsmäßig muß man annehmen, daß hier die Deutsche Bank am schärfsten, die Darmstädter-Nationalbank am gelindesten abgeschrieben hat, und daß es hierauf zurückzuführen ist, wenn die Deutsche Bank ihr Eigenkapital in 75 Prozent Aktien und 25 Prozent Reserven spaltet, die Darmstädter-Nationalbank das ihre dagegen in 60 Prozent Aktien und 40 Prozent Reserven; die eine Bank würde, wenn dieser Zusammenhang wirklich besteht, ihre Stärke mehr in den stillen, die andere in den offenen Reserven suchen, während die Dresdner Bank — mit anscheinend stark abgeschriebenen Effekten, weniger stark abgeschriebenen Konsortialbeständen und 28 Prozent offenen Reserven — einen Mittelweg einschlüge. Bei den Bankgebäuden, die 20 bis 30 Prozent des Eigenkapitals ausmachen (20 Prozent bei der Deutschen, 25 Prozent bei der Darmstädter, 30 Prozent bei der Dresdner) scheint ziemlich gleichmäßig auf ein Drittel bis zwei Fünftel des Vorkriegs- bzw. Bauwerts abgeschrieben worden zu sein. Eine der wenigen feststehenden Tatsachen ist, daß die drei Banken nicht ganz so rigoros bilanziert haben wie die Berliner Handels-Gesellschaft, die ihr nicht verwässertes Friedenskapital auf ein Fünftel zusammengestrichen hat. Obwohl man ihr die geschickteste Substanzerhaltungs-Politik nachsagt. Das beweist aber weiter nichts, als daß man im August noch sehr pessimistisch, im November dagegen bereits wesentlich optimistischer in die Zukunft geblickt hat. Interessant ist, daß die Deutsche Bank den Moment der Goldumstellung dazu benutzt, einen früheren Kapitalserhöhungsbeschluß jetzt durchzuführen und 40 Millionen Goldmark Aktien an ein englisch-amerikanisches Konsortium zu begeben; und zwar Aktien, die angeblich als Schutz gegen Ueberfremdungsgefahr gedacht waren und jetzt gerade dazu dienen, die gefürchtete Ueberfremdung effektiv zu machen. Aber auch hier hat man sich vor naheliegenden Schlußfolgerungen zu hüten. Man darf aus dem Umstande, daß die Deutsche Bank ihr Kapital jetzt bereits erhöht, während die anderen Banken die ohne Zweifel auch bei ihnen bestehende Erhöhungs-Absicht erst später zu verwirklichen gedenken, nicht etwa folgern, daß die Deutsche Bank der Zukunft und der Kursentwicklung ihrer Aktien mißtraut, die beiden anderen Banken dagegen später besser abschneiden zu können glauben als heute. Die Kapitaltransaktion der Deutschen Bank hat vielmehr ihre ganz bestimmten und deutlich erkennbaren Gründe. Einmal ist es ihr auf diese Weise möglich, ihr Aktienkapital über das der anderen Großbanken, auch wohl über das der noch mit ihrer Goldbilanz rückständigen, zu erhöhen und so ihre alte Prestige-Politik wieder aufzunehmen. Sodann ist die Begebung der Aktien nach London und New York ein probates Mittel der Geldbeschaffung im Ausland. Vor allem aber ist die Hingabe der Aktien zu pari (mit Gewinnbeteiligung beim Weiterverkauf), also zu einem erheblich hinter ihrem Jetztwerte und vermutlich noch mehr hinter ihrem Zukunftswerte zurückbleibenden Kurse eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich ausländischen Freunden gegenüber — allerdings zum Nachteil der deutschen Aktionäre — gefällig zu erweisen und sich so die Anwartschaft auf Gegendienste zu sichern. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Und einen ersten Freundschaftsbeweis hat die der Deutschen Bank nahestehende Gruppe Speyer-Schröder auch schon geliefert, indem sie der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft einen Kredit bereitgestellt hat. Die Deutsche Bank scheint hier sehr weitsichtige Politik treiben und ihren internationalen Freundeskreis von neuem in den Dienst der Geldbeschaffung für direkt oder mittelbar staatspolitische Zwecke stellen zu wollen. Hoffentlich schlägt ihr alter Ehrgeiz, von der finanziellen Seite her am Weltgeschick des deutschen Volkes mitzuwirken, diesmal mehr zu dessen Heil aus, als seinerzeit ihre folgenschwere Bagdadbahn-Politik.

DER REICHSBANK-AUSWEIS.

Seit dem 15. Oktober erscheinen die Reichsbank-Ausweise in neuer Gestalt. Die Hauptveränderungen gegen früher bestehen darin, daß alle Ziffern statt auf Billionen, Papiermark und Rentenmark nunmehr auf Reichsmark (abgekürzt R. M.) lauten, daß die Rentenbankscheine, deren Umlauf man früher durch Subtraktion

Digitized by Google

der Bankbestände von der 800 Mill.-Forderung der Rentenbank ermitteln konnte, nicht mehr im Ausweis figurieren, und daß öffentliche und private Depositen (Girogelder) zu einer Summe zusammengeworfen werden. Das Fehlen der Angaben über den Rentenmark-Umlauf schadet so lange nichts, wie die Bank den Ausweisen eine Erläuterung beifügt, in der sie den Umlauf in runder Ziffer angibt; nur besteht keinerlei Gewähr, daß die Erläuterung für die Dauer und in der gegenwärtigen Ausführlichkeit beibehalten wird. Schwerer wiegt schon das Fehlen der Depositen-Spezialisierung. Wenn auch die Reichsbankausweise nicht dazu da sind, eine müßige Neugier zu befriedigen, so sollen sie doch jeden Posten sichtbar machen, aus dem der Grad der privaten Inanspruchnahme erkennbar ist, und der jeweilige Bestand an privaten Depositen ist ein solcher Posten. Die Veränderungen in den Wechselbeständen der Bank verlieren einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Bedeutsamkeit, wenn nicht mehr zu ersehen ist, inwieweit die beanspruchten Kredite abgehoben oder der Bank auf Girokonto belassen worden sind. Ein noch größerer Mangel ist, daß die jeweiligen Guthaben des Reparationsagenten, deren Stand nicht nur für die Reichsbankpolitik, sondern auch für die ganze Wirtschaftsentwicklung von Wichtigkeit ist, der Oeffentlichkeit vorenthalten und in dem Sammelposten „sonstige Passiva" versteckt werden. Der wundeste Punkt der neuen Ausweise ist aber, daß nicht einmal die Notendeckung klar aus den Ausweisen hervorgeht. Nur die Goldbestände und die sogenannten „deckungsfähigen", d. h. innerhalb 14 Tagen fälligen, Devisen und Auslandsforderungen werden ziffernmäßig aufgeführt. Die große Zusatzreserve, die aus später fälligen Devisen besteht, wird durch Zusammenwerfen mit den „sonstigen Aktiven" verheimlicht. Vor dem Kriege und auch noch in den Kriegsjahren war es möglich, aus der Bewegung der Goldbestände einen Anhalt für die Währungs-Politik der Bank zu gewinnen. Man konnte erkennen, in welchem Maße die Bewegung der Devisenkurse durch Goldabgaben korrigiert wurde. Da heute die Devise, und zwar nicht nur die kurzfristige, sich mit dem Golde in die Funktionen der Deckung und der Devisenkurs-Korrektur teilt, wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß ihre Bestandveränderungen mit genau derselben Exaktheit ausgewiesen werden, wie früher die Veränderungen des Goldbestandes. Da das nicht der Fall ist, die Reichsbank vielmehr die Möglichkeit hat, hunderte von Millionen an die Devisenkurs-Korrektur zu wenden und die Notendeckung entsprechend zu schwächen oder zu verstärken, ohne daß die Ausweise es erkennen lassen, so verlieren die wöchentlichen Publikationen der Reichsbank — die übrigens wieder wie früher drei Tage und nicht eine Woche nach dem jeweiligen Stichtage erfolgen sollen — ihren Hauptwert. Ein wichtiges Merkmal der Währungstendenz wird dadurch einfach unsichtbar, und die Versuchung, die schlechte Uebung der Inflations- und Befestigungszeit fortzusetzen und die Wechselkurse durch Devisenkäufe und -verkäufe unbekannten Umfangs zu fälschen, wird dadurch für die Reichsbank größer, als es sich mit einer gesunden Währungspolitik verträgt. Die öffentliche Kritik sollte hier mit allem Nachdruck auf Remedur dringen. Die Reichsbank-Ausweise haben die Bestimmung, nicht nur vom Reichsbank-Präsidenten, sondern auch von Außenstehenden gelesen und verstanden zu werden.

DER HOLLAENDISCHE GULDEN.

In den letzten Monaten ist der schweizerische Franc bis dicht an seine Goldparität (1 Franc gleich 0,193 Dollar) herangerückt, und der holländische Gulden hat die seinige (1 Gulden gleich 0,40195 Dollar) vor kurzem sogar völlig erreicht. Darob zunächst einiges Kopfzerbrechen in den betreffenden Ländern und insbesondere in Holland, und sodann die Entdeckung, daß es sich eigentlich um einen ganz natürlichen und selbstverständlichen Vorgang handelt. Denn: „Das amerikanische Leihkapital strömt neuerdings in breitem Flusse nach Europa". Ferner: „Der Sterlingkurs nähert sich seiner Parität und zieht die andern mäßig entwerteten Währungen mit sich". Weiter: „Die Handelsbilanz Europas im allgemeinen und die Hollands im besonderen bessert sich zusehends". Und was so der dem internationalen Phrasen-Arsenal entnommenen Begründungen mehr sind. Daneben ist es aber den Beobachtern der Wechselkurs-Bewegung auch nicht entgangen, daß die Niederländische Bank im Lauf des letzten halben Jahres rund 100 Millionen

Digitized by Google

Gulden Gold hergegeben hat, im Widerspruch mit ihrer jahrelang fortgesetzten Politik der Goldansammlung um jeden Preis. Und man bezieht auch diese Tatsache in den Komplex der Gründe für die Guldensteigerung ein. Zweifellos mit Recht. Denn durch die Hergabe von Gold zu Versendungszwecken hat die Niederländische Bank den Devisenmarkt von einem erheblichen Teil der Dollar- und Pfund-Nachfrage befreit und dadurch den Druck beseitigt, der auf dem Gulden lastete. Dennoch wäre es nicht zum besten um die Zukunft der holländischen Währung bestellt, wenn in den Goldabgaben der Bank der Hauptgrund für die Guldenbesserung erblickt werden müßte. Denn wäre im holländischen Währungswesen sonst alles beim alten geblieben, so würden in dem Moment, wo die Bank mit ihrem zusammengeschmolzenen, wenn auch immer noch sehr respektablen Goldbestande sparsamer umgehen wollte, die früheren Tendenzen wieder die Oberhand gewinnen und die Besserung des Guldens verloren gehen. Man hätte dann das Gold genau so nutzlos geopfert, wie es die Deutsche Reichsbank und die Oesterreichisch-Ungarische Bank während gewisser Phasen der Inflationszeit getan haben. Zum Glück für Holland hat sich aber die Niederländische Bank nicht darauf beschränkt, die Devisenkurse mechanisch, durch Lieferung eines Devisen-Surrogats, herunterzudrücken, sondern sie hat gleichzeitig auf eine organische Verbesserung der holländischen Währung hingewirkt, indem sie den Gulden durch langsame Mengen-Beschränkung kaufkräftiger machte. In der Oeffentlichkeit und der Presse ist es ziemlich unbemerkt geblieben, daß die Bank in derselben Zeit, in der sie 100 Millionen Gulden hergab, ihren Notenumlauf um rund 50 Millionen Gulden eingeschränkt hat. Dieser weniger beachtete Teil ihrer Währungspolitik ist in Wirklichkeit der Hauptgrund, warum der Gulden seine Parität wiedererreicht hat. Und wenn die Bank in diesem Punkte fest bleibt und die „Deflation" notfalls noch eine Zeitlang fortsetzt, so wird der Gulden von seinem Goldpari nicht wieder herabgleiten, auch wenn die Bank kein Gramm Gold mehr hergeben sollte.

Literatur.

Die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. Rob. Wilbrandt. Stuttgart 1924, Verlag von Ernst Heinrich Moritz. (2,50 G.-M.) — Aus dem Inhalt: Die Klassiker und deren Kritiker. — Die Romantiker. — Der Sozialismus. — Die historisch-ethische Schule. — Die Auferstehung der Theorie. — Erkenntniskritik der Nationalökonomie als praktische Wissenschaft.

Das deutsche Bankgewerbe und seine Bedeutung für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Von Fritz Neisser. Berlin 1924. Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. (Mk. 3,60.) — Aus dem Inhalt: Die allgemeinen Grundlagen der Bankenkonjunktur vor und nach der Stabilisierung. — Private Kredit-Banken. — Die Bankbilanzen von 1923. — Oeffentliche Banken. — Die deutsche kommunale Giro-Organisation. — Bankgewerbe und Wiederaufbau.

Das Bankgesetz von 1924 nebst Satzung der Reichsbank, Privatnotenbankgesetz, Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen, Münzgesetz, Industriebelastungs- und Aufbringungsgesetz, Gesetz über die Londoner Konferenz. Wortlaut der Gesetze nebst Begründung zu den Entwürfen, Berichte des Organisations-Komitees u. a. Mit Einleitung, ausführlichem Inhaltsverzeichnis, Literaturnachweis und kurzen Anmerkungen. Herausgegeben von Joh. Notzke, Oberbibliothekar der Reichsbank. Berlin 1924. Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. (Mk. 4,60.)

Die Industriebelastungsgesetze vom 30. August 1924. Von Rechtsanwalt Dr. Koppe. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (Halbleinen geb. 7,20 M.) — Aus dem Inhalt: Entstehungsgeschichte. — Die Industriebelastungsgesetze. — Erläuterungen zu den Industriebelastungsgesetzen. — Die Gesetzesmaterialien. — Bericht des vorläufigen Organisationskomitees für die Industrie-Obligationen.

Die Effektenspekulation im 17. und 18. Jahrhundert. Von Dr. rer. pol. Ludwig Samuel. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 4,80). — Aus dem Inhalt: Die Amsterdamer Börse. — Wann begann der Fondsverkehr in London? — Der Südseeschwindel. — Kurze Geschichte der Pariser Börse bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. — Lawsche Spekulationsperiode (der Mississippischwin-

Digitized by Google

del). — Die deutschen Börsen im 17. und 18. Jahrhundert. — Die Effektenspekulation vor Errichtung der Wiener Börse (1771).

Die neue Angestelltenversicherung. Von Dr. Hermann Dersch. Berlin 1924. Verlag von Julius Springer. (G.-G. 2,10.) — Aus dem Inhalt: Der Kreis der versicherten Personen. — Die Aufbringung der Mittel. — Die Leistungen. — Organisation. — Ersatzkassen und Lebensversicherungen. — Der Verfahren.

Die Belastung der deutschen Industrie durch das Gesetz über die Industriebelastung und das Gesetz zur Aufbringung der Industriebelastung vom 30. August 1924. Systematische Einführung von Dr. Richard Rosendorff. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (Geb. 3,—.)

Goldmarkbilanz und Goldmarkumstellung. Von Dr. Karl Geiler. Mannheim 1924, Verlag von J. Bensheimer. (G.-M. 3,—.) — Besonders ausführlich wird — nach der Aufwertungsfrage — die Frage der Bewertung behandelt, und zwar vom öffentlich-rechtlichen, privatrechtlichen, steuerrechtlichen und wirtschaftlich zweckmäßigen Gesichtspunkt aus.

Garantiepakt und Rüstungsbeschränkung. Von Prof. Dr. Walter Schükking. Berlin 1924, Verlag von Franz Vahlen. (1,— G.-M.) — Aus dem Inhalt: Das Problem der Rüstungsbeschränkung. — Der Garantieplan. — Die ideale Lösung. — Beschränktere Möglichkeiten.

Was soll Deutschland leisten? Teil 2. Die Gesetze zur Durchführung der Sachverständigen-Gutachten von Dawes und Mc. Kenna nebst allen Anlagen sowie dem Londoner Schlußprotokoll und Denkschrift, den Reichstagsreden der Führer der Delegation Marx, Dr. Stresemann, Dr. Luther, Kundgebungen im Reichstag und Reichswirtschaftsrat, statistischem Material usw Herausgegeben in Verbindung mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag. Berlin 1914, Verlag von Reimar Hobbing. (4,— G.-M.)

Geschäftsaufsicht und Zwangsvergleich. Erläutert von Justizrat Dr. Hugo Cahn. München, Berlin und Leipzig 1917. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). (G.-M. 7,—) — Aus dem Inhalt: Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses vom 14. Dezember 1916. — Eröffnung des Verfahrens. — Aufsichtsperson und Gläubigerbeirat. — Zwangsvergleich. — Beendigung des Verfahrens. — Dazu: Nachtrag 1924. Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses in der Fassung vom 8. Februar 1924 und 14. Juni 1924. (G.-M. 2,40).

Vermögensaufstellung, Handelsbilanz und Goldbilanz zu Steuerzwecken. Von Regierungsrat Dr. Model und Steuerinspektor Weber. Berlin 1924. Verlag von Franz Vahlen. (Mk. 1,—.) — Aus dem Inhalt: Uebersicht über die gesetzlichen Bestimmungen. — Die Unterschiede zwischen Vermögensbilanz, Handelsbilanz und Steuerbilanz. — Kann die Vermögensbilanz die Grundlage für die Handelsbilanz und für die Steuerbilanz bilden?

Die Arbeitszeitfrage in Deutschland. Eine Denkschrift verfaßt von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. 2. Auflage. Berlin. Verlagsbuchhandlung Fr. Zillessen (Heinrich Beenken). (Mk. 3,50.) — Aus dem Inhalt: Reparationsproblem und deutsche Arbeitszeitfragen. — Rathenaus „Arbeitszeitstunde". — Dawesbericht. — Die Begründung der Arbeitszeitverordnung. — Voraussetzung der Produktionssteigerung. — Produktion und Arbeitszeit. — Entwicklung der Arbeitszeitregelung seit Herbst 1923. — Arbeitszeit und Arbeitsstreckung.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (G.-M. 1,60.) — Inhalt: Charles Gide, Die Genossenschaftsbewegung in Frankreich. — James Peter Warbasse, Die Genossenschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika. — v. Totomianz, Der Internationale Genossenschaftsbund. — R. Wilbrandt, Schlußwort.

Grundzüge der Bilanzkunde. Von Dr. Walter le Coutre. Band II: Die Sondergebiete der Bilanzkunde. Leipzig 1924. A. G. Gloeckner. (Kart. Mk. 1,50.) — Aus dem Inhalt: Die Sondergebiete der Bilanzkunde. — Bilanzbesonderheiten bei einzelnen Geschäftszweigen. — Bilanzrevision. — Bilanzkredit. — Bilanztheorien.

Steuertagesfragen. I. Die künftige Gestaltung der direkten Reichssteuern vom Einkommen und Vermögen. Von Dr. Georg Strutz. — II. Allgemeine Grundzüge des Steuer-

Digitized by Google

strafrechts. Von Dr. Ernst Pape. Zwei Vorträge gehalten in München am 28. Juni 1924. Berlin 1924. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (Mk 2,40).

Die stille Gesellschaft. Von Dr. jur. August Saenger. Mannheim, Berlin, Leipzig 1924. J. Bensheimer. (Gm. 3,50). — Aus dem Inhalt: Begriffsbestimmung. — Errichtung der stillen Gesellschaft. — Die Gewinn- und Verlustbeteiligung des stillen Gesellschafters. — Rechtsbeziehungen der Beteiligten zu Dritten. — Auflösung der stillen Gesellschaft kraft Gesetzes und infolge Kündigung. — Die Rechtsfolgen der Auflösung.

Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung? Von Ernst Kahn und Fritz Naphtali. Neue Bearbeitung. Frankfurt a. M. 1924. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. (M. 2,50). — Aus dem Inhalt: Kurszettel und Börse. — Die Bedeutung der Notierung. — Der Geld- und Wechselmarkt. — Die Valutabewegung. — Die ausländischen Börsen. — Die Ausweise der Notenbanken. — Die wirtschaftlichen Organisationen. — Die Unternehmungen. — Die Warenmärkte. — Wirtschaftsstatistik. — Alphabetisches Fachwortregister.

Die Gründung der Aktiengesellschaft. Ein Handbuch für die Praxis. Von Dr. Friedrich Goldschmidt. Berlin 1925. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (Gm. 5.20). — Aus dem Inhalt: Das Wesen der Aktiengesellschaft. — Entwürfe von Gesellschaftsverträgen. — Formulare und Beispiele. — Prüfungsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. — Anmeldung der Gesellschaft zum Eintrag in das Handelsregister. — Aktienausgabeübereinkommen bei Konsortialgründung mit Unterbeteiligung. — Stichwortverzeichnis. — Sachregister.

Die schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland. Von Dr. Karl Geiler und Dr. Wilhelm Pfefferle. Mannheim, Berlin, Leipzig 1924. J. Bensheimer. (Geb. Gm. 12,—.) — Aus dem Inhalt: Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen. — Historische Entwicklung und allgemeiner Ueberblick. — Das Hauptabkommen. — Das Zusatzabkommen. — Der Kreis der Goldhypotheken. — Die Verdinglichung der Gläubigerrechte und der Inhalt der beiden Grundschulden. — Die Valorisierung des Gläubigerrechts an der alten Stelle. — Fälligkeit und Rückzahlung des Kapitals. — Die Zinsen. — Deutsches Ausführungsgesetz. — Die dritte Steuernotverordnung und die Goldhypotheken. — Wertberechnungstabellen.

Die Statistik der Wirtschaftsverbände. Von Wilhelm Vershofen. Bamberg 1924. Keramos-Verlag A. G. (70 Seiten). — Aus dem Inhalt: Der Zweck und das Wesen der Verbandsstatistik. — Die Technik der Verbandsstatistik. — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verbandsstatistik. Die Verbandsstatistik und die Oeffentlichkeit. — Schematafeln als Beispiele.

Allgemeine Soziologie. Von Leopold von Wiese. Teil I: Beziehungslehre. München und Leipzig 1924. Verlag von Duncker u. Humblot. (M. 8,50). — Aus dem Inhalt: Allgemeine Grundzüge der Beziehungslehre. — Das System der menschlichen Beziehungen. — Die Kontakte unter den Menschen. Die Hauptarten der Beziehungen. — Die Beziehungen des Zu- und Miteinander. — Die Beziehungen des Aus- und Ohneeinander. — Lösende un dbindende soziale Prozesse. — Zerstörende und umbildend-aufbauende Prozesse. — Namenregister. — Sachregister.

Das deutsche Scheckgesetz vom 11. März 1908. Erläutert von Albert Simonson. Berlin 1924. Carl Heymanns Verlag (Geb. M. 3,60.) — Aus dem Inhalt: Gesetzestext. — Erläuterung des Gesetzes. — Bestimmungen über den Giroverkehr mit der Reichsbank. — Sachverzeichnis.

Das neue Reichssteuerrecht. Kurzgefaßte Gesamtdarstellung der neuen Reichssteuern. Herausgegeben von Dr. Paul Marcusc. Vierte, völlig neubearbeitete Auflage. Berlin 1924. Hermann Sack, Verlag. — (M. 14.—.) — Aus dem Inhalt: Die Reichsabgabenordnung (Kloß). — Die Einkommensteuer (Marcuse). — Das Vermögensteuergesetz (Lademann). — Das Erbschaftssteuergesetz (Roth). — Das Grunderwerbsteuergesetz (Herzfeld). — Das Kapitalsteuergesetz (Wimpfheimer). — Das Umsatzsteuergesetz (Hedding.) — Das Finanzausgleichsgesetz (Markull). — Das Kapitalfluchtgesetz (Wester). — Sachregister.

Die Genfer Protokolle. Ihre Geschichte und Bedeutung für das Staatsleben Deutsch-Oesterreichs. Von Rudolf Freund. (Sozialwissenschaftliche Forschungen.) Berlin und Leipzig 1924. Walter de Gruyter u. Co. (Gm. 3.—.)

Digitized by Google

Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Oktober 1924

			Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfähig. Devisen.	Kassen- und Darlehnskasch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.	Privat-guthaben	An Kündig.-Fr. geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
1922 in Millionen Mark 1923 in Milliarden Mark 1924 in Millionen Reichs-Mark	7. 10.	24d	1989,9 (594 Mil.)	—	324,0	0,3	2 176,2	14,7	77,8	863,6	180,0	900,4	1 519,0	321,8	371,4	—	385,8c
		23	18,2 (0,443)	—	875 471,8	447,2	76883 892,3	292 328,9	814 582,3	5 234 797,3	180,0	160,5	46 933001,4	9595026,5	17 648 343,3	—	9 974 667,0
		22	1044,4 (1004,9)	—	22 848,4	2,2	399 616,1	143,6	376,3	22 380,7	180,0	127,3	344 171,6	20 364,8	67 025,4	—	14 542,7
	15. 10.	24d	673,0 (618,6Mil.)	204,5	—	—	2 153,9	15,9	77,5	929,9	90,0	0,9	1 396,7	828,5		—	938,7c
		23	14,6 (0,443)	—	5 663 032,8	570,8	197 321 201,8	5 616 762,5	824 020,6	23 482770,5	180,0	160,5	123 349 786,7	29 109 630,8	55 241 851,6	—	25216 116,7
		22	1051,4 (1004,9)	—	31 420,1	3,6	453 370,3	239,5	387,3	19 556,2	180,0	127,3	374 506 3	30 642,7	85 488,0	—	15 102,1
	23. 10.	24d	692,1 (630,5 Mil.)	210,2	—	—	2 173,7	16,7	77,5	947,4	90,0	0,9	1 313,1	986,4		—	927,2c
		23	14,3 (0,467)	—	79620 267,4	1 217,5	831 005 788,9	4 529 951,8	1 157 240,5	105 709 651,8	180,0	160,5	524 330 557,1	366 004 613,4	124 086 116,5	—	197 601 888,7
		22	1059,9 (1004,9)	—	39 388,1	5,6	482 302,0	457,4	392,9	17 939,7	180,0	127,3	409 973,3	28 270,2	83 891,9	—	19 053,9
	31. 10.	24d	749,6(694,2Mil.) a	231,4	—	—	2 339,6	33,4	77,7	951,8	90,0	0,9	1 780,0	708,7		—	1 003,1c
		23	10,9 (0,467)	—	114 874 016,2	40 698,2	7 636 760 794,1	41 767 831,3	9 536 953,4	976 860 314,9	180,0	160,5	2 496 822 909,0	606 680 672,9	3261 434 080,3	—	2 408 978 741,4
		22	1068,0 (1004,9)	—	41 026,3	3,6	578 356,8	624,4	502,3	13 089,6	180,0	127,3	469 456,8	34 275,9	106 508,3	—	24 127,7
(in Millionen Reichs-Mk.)	Bayr. Notenbank	7.	28,6	—	0,488 b	0,247	26,9	0,626	0,157	1,8	15 Mill. P. M.	3,75 Mill. P. M.	0,005	0,720		0,022	3,3
		15.	28.6	—	1,293 b	0,243	26,2	0,638	0,157	1,9			0,005	0,826		0,008	3,3
		23.	28,6	—	—	0,349	26,5	0,650	0,157	2,9			0,005	0,734		0,016	3,5
		31.	28.6	—	—	0,948	28,6	0 556	—	2,7			2,6	0.631		0,016	3,5
	Sächs. Bank	7.	17,0	—	0,247 b	0,149	29,1	0,151	—	2,4	30 Mill. P. M.	7,5 Mill. P. M.	0,0009	1,9		0,858	2,4
		15.	17,0	—	0,193 b	0,150	28,6	0,152	—	3,0			0,0009	1,7		0,913	2,5
		23.	17,0	—	—	0,341	29,0	0,101	—	2,9			0,0009	1,7		0,999	19.6
		31.	17.0	—	—	0,197	29,6	0,153	—	2,4			0,0009	1,7		1,0	19,5
	Württemb. Bank	7.	7,9	—	0,186 b	—	16,1	—	0,016	1,9	10,5 Mill. P. M.	7,2 Mill. P. M.	0,003	2,6		3,7	2,6
		15.	7,9	—	0,239 b	—	16,0	—	0,025	1,8			0,003	2,5		3,7	2,7
		23.	7,9	—	—	0,297	15,3	—	0,018	7,5			0,003	6,3		4,7	3,0
		31.	7,9	—	—	0,197	16,1	—	0,014	4,6			0,003	3,9		4,6	3,2
	Badische Bank	7.	3,0	—	0,030 b	0,022	22,1	—	1,5	16,8	24,9 Mill. P. M.	389,9 Mill. P. M.	0.006	25,8		—	5,8
		15.	3,0	—	0,021 b	0,018	25,0	—	1,5	14,2			0,006	26,0		—	5,9
		23.	3.0	—	0,017 b	0,016	30,3	—	1,6	14,1			0.006	31,0		—	6,1
		31.	3,0	—	—	0,010	32,2	—	1,9	7,9			0,006	26,8		—	6,2

a) Davon 240,0 Millionen Mk. bei ausländ. Notenbanken. b) Rentenbankscheine. c) ferner (außerhalb der Bilanz) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Inlandswechseln, am 31. 10. 255,7 Mill. M. d) in Billiarden (1000 Billionen) Papiermk. außer bei Kapital.

Digitized by Google

Deutsche Golddiskontbank.

Wochenausweise von Juli bis September 1924. (In 1000 Pfd. Stlg.)

Ausweistag	Gold*)	Auslands-guthaben	Wechsel und Schecks		eingez. Grundkapit.	Giro und sonstige Passiva
			im eigenen Bestand	im Ausland rediskontiert		
7. 7.	17.2	187 0	6952 3	—	6462.7	596.6
15. 7.	17.4	132 0	6980 2	—	6470.2	425.5
23. 7.	19.8	531 5	6394.4	—	6470.2	740.1
31. 7.	20.6	429.6	6471.9	—	6470.2	780.4
7. 8.	21.2	735.9	6413.6	—	6470.2	805.7
15. 8.	21.4	803.9	6195.7	—	6470.2	804.9
23. 8	23.6	761.1	6445.0	—	6477.7	836 1
30. 8.	25 1	1096.7	6220.4	—	6477.7	831.5
6. 9.	25 1	514 7	6869 5	—	6642.7	790.7
15. 9.	25 3	608.1	6696.1	—	6642 7	724.0
23. 9.	9 0	767.7	6405 0	—	6642.7	702.8
30. 9.	9.5	765 0	6305.4	—	6647.2	620.2

*) einschl. ausländ. Banknoten.

Bank von England.

Wochenausweise im Oktober 1923-1924 (Mill. Pfd.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier.-Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank disk. %
					staatl.	priv.	absolut	1.% d. tägl. fäll. Verb.	
1924 1. 10.	128.3	39 7	80.7	122.3	17.4	110 7	25.9	20.25	4
8 10.	128.5	44.7	73.9	124.5	10.9	113.9	23.7	19.03	4
15. 10.	128.5	42.2	78.6	123.4	12.0	115.9	24.8	19.37	4
22. 10.	128.5	42.4	77.1	122.9	14 8	112.5	25.3	19.90	4
29 10.	128.5	41.8	76.2	123 6	14 0	111.0	24 6	19.72	4
1923 3. 10.	127.7	44.7	71.3	124.8	11.5	108.8	22.6	18.81	4
10. 10.	127.7	41.2	71 3	123.9	13.5	104 9	23.5	19 85	4
17. 10.	127.7	41.6	71.7	123.4	15 8	101.0	24 1	20.09	4
25. 10.	127.7	41.1	71.9	123.1	15.9	105.6	24 3	20.33	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Oktober 1923-1924. (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	unverfallene Wechsel	gestund. Wechs.	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen		Notendeck. in %[3])	Bank-diskont %
								staatl.	priv.		
1924 2. 10.	5544.1	301.5	568.2	4882.4	9.0	30 617.4	40 533.9	13.0	1959.4	13.7	6
9. 10.	5544.2	301.7	572.7	4997.0	9.0	30 551.0	40 648.5	15.4	1876.5	13.6	6
16. 10.	5544.2	302.1	570.9	4871.7	9 0	30 486.0	40 570.0	12.6	1772.9	13.7	6
23. 10.	5544.3	302.4	571.6	4972.5	8.9	30 266.1	40 459.0	18.8	1737.3	13.7	6
30. 10.	5544.4	302.9	571.5	4450.9	8.9	30 204.5	40 523.5	15.1	1952 8	13.7	6
1923 4. 10.	5538.5	295.0	578.9	3846.4	17.9	30 557.8	38 529.6	26.2	2147.1	11.8	5
11. 10.	5538.5	295.1	579.0	3091.1	17.9	30 491.3	38 489.4	21.4	2147.1	14.3	5
18. 10.	5541.6	295.2	577.3	3031.2	17.9	30 249.5	38 086.9	21.8	1967 3	14.5	5
25. 10.	5539.0	295.2	575.4	3088 7	17.9	30 121.9	37 670.0	55 4	1978.0	14.7	5

[1]) Einschließlich Gold im Ausland (am 30. Okt. 1864 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Kriegsvorschüsse an die Regierung (am 30. Okt. 24: 22700 Mill. Frcs.) einschl. des ewigen Vorschusses und die Vorschüsse an Verbündete. [3]) Ohne Berücksichtigung der Auslandsguthaben, aber einschl. Gold im Ausland.

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochenausweise vom April bis Juni 1924. (Mill. schwed. Kronen)

Datum	Gold	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Schwed. u. ausländ. Staatsobl.	Wechsel und Vorschüsse	Täglich fällige Verbindlichkeit	Umlauf. Noten	Notenreserve	Bankdiskont %
1924 5. 4.	270.8	21.1	91.2	430.5	213.3	527.2	139.4	5½
12. 4.	270.7	22.8	91 0	409.4	209.7	503.6	162.8	5½
19. 4.	270.2	20.6	90.9	417.3	222.8	500.9	164.6	5½
26. 4.	265.0	22.8	87.6	413.4	221.1	478 8	176.1	5½
30. 4.	265.0	27.4	87.6	443 6	220.7	521.8	133.2	5½
3. 5.	262.7	27.8	75.8	457.4	214.0	519.9	130.4	5½
10. 5.	247.6	25.9	65.6	444.9	207.2	495.4	124.9	5½
17. 5.	247.6	19.1	70.5	463.7	208.9	485.9	134.2	5½
24. 5.	247.6	20.9	62.2	470.3	220.7	472.1	148.0	5½
31. 5.	247.5	20.1	62.2	501.0	254.5	522.7	97.3	5½
7. 6.	247.4	23.2	67.1	495.5	247.3	509.1	110.7	5½
14. 6.	247.3	23.9	56.9	480.8	244.6	501.7	118.0	5½
21. 6.	247.2	28.4	56.7	476.7	228.3	511.7	107.8	5½
28. 6.	247.3	29.4	56.7	475.4	217.1	529.5	90.1	5½
30. 6.	247.3	34.8	56.7	491.6	223.8	557.5	101.2	5½

Bank von Norwegen.

Wochenausweise vom April bis Juni 1924. (Mill. norw. Kronen).

Datum	Goldbest. inkl. des im Ausl. befindl.	Guthaben im Auslande	Norweg. u. fremde Staatsobligationen	Wechsel und Vorschüsse	Depositen	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdiskont %
1924 7. 4.	147.3	21.7	9.0	418.9	97.2	384.6	37.6	7
15. 4.	147.3	20.9	9.0	422.6	99.4	386.1	36.1	7
22. 4.	147.3	20.8	9.0	420.3	99.9	382.0	40.3	7
30. 4.	147.3	18.4	9.0	424.3	111.1	374 8	42.4	7
7. 5.	147.3	18.4	9.0	424.3	111.1	374.9	47.4	7
15. 5.	147.3	19.3	9.0	422.1	114.8	369.3	53 0	7
22. 5.	147.3	20.4	9.0	423.2	120.7	366.3	56.0	7
31. 5.	147.3	20.1	9.0	424.7	108.6	378.5	43.7	7
7. 6.	147.3	19.3	9.0	443.6	122.5	376.1	46.2	7
16. 6.	147.3	19.2	9.0	444.2	123.3	376.9	45.3	7
23. 6.	147.3	18 0	9.0	435.2	112.9	379.7	42.6	7
30. 6.	147.3	17.8	9.0	446.2	107.3	395.3	27.0	7

Nationalbank von Dänemark.

Monatsausweise von April bis Juni 1924. (Mill. dän. Kronen).

Ultimo	Wechsel u. Vorschüsse	Effekt.-Bestand	Ausländ. Guthaben	Tägl. fäll. Verbindlichkeit.	Metallbestand	Notenumlauf	Nicht metallgedeckte Noten	Bankdiskont %
April	294.8	19.9	23.7	62.0	223.9	468.7	244.8	7
Mai	309.5	19.8	21.7	69.3	225.7	481.0	255.3	7
Juni	299.3	20.1	3.4	78.1	227.1	477.4	250.3	7

Digitized by Google

Bank von Italien.

Dekadenausweise von April bis Juni 1924. (Millionen Lire.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausl.-Guth.	Wechsel und Vorsch.	Creditoren und Depositen	Umlaufende Noten	Nicht metallged. Noten	Diskont
1924 10. 4.	884.7	85.2	492.3	11 437.9	1 874.7	12 678.1	11 708.2	5½
20. 4.	884.8	85.2	492 3	11 447 6	2 532.3	12 5:5.7	12 545.7	5½
30. 4.	885.0	85 3	492.3	11 811.7	1 908.1	12 636.1	11 665.8	5½
10. 5.	885.1	85.3	492.3	11 419.4	1 797.2	12 480.9	11 510.5	5½
20. 5.	885.3	85 3	492.0	11 168.6	1 888.9	12 2:3 8	11 233.2	5½
31. 5.	885.4	85.4	491.9	12 553.6	2 089.8	12 413.6	11 442.8	5½
10. 6.	885.5	85.4	491.7	11 178.7	1 957.8	12 441.4	11 470.5	5½
20. 6.	886.1	85.4	491.8	12 689.5	2 079.9	12 699.0	11 727.5	5½
30. 6.	886.2	85.4	491.3	13 105 6	2 004 2	13 355.4	12 383 8	5½

Bank von Spanien.

Wochenausweise von April bis Juni 1924. (Mill. Pes.).

Ausweis-Tag	Gold	Silber*)	Auslds.-Guthaben	Wechsel und Vorsch.**)	Staats-und Privat-Guthaben	Notenumlauf	Nicht metallged. Noten	Diskont
1924 5. 4.	2 528.5	657.8	29.2	2 134.0	194.7	4 396.6	1 210.5	5
15. 4.	2 528.6	665.4	30.1	2 166.2	196.1	4 415.5	1 221.5	5
23. 4.	2 528.4	672.3	31.2	2 189.8	197.0	4 443.2	1 242.5	5
30. 4.	2 529.1	678.1	31.5	2 201.2	198.3	4 508.7	1 301.5	5
3. 5.	2 530.5	659.6	27.3	2 322 3	476.2	4 361.5	1 171.4	5
10. 5.	2 531.7	655.4	26.6	2 329.2	480.1	4 389.2	1 202.1	5
17. 5.	2 532.2	658.3	27.6	2 276.6	433.2	4 368.9	1 181.4	5
25. 5.	2 532.6	662.7	27.4	2 233.2	442.6	4 338.7	1 143.4	5
31. 5.	2 538.3	663.3	29.1	2 228 9	428.9	4 342 9	1 141 3	5
7. 6.	2 533.6	658.6	26.8	2 255.6	428.0	4 376.9	1 184.7	5
14. 6.	2 533.8	659.3	27.5	2 196.3	418.7	4 365.6	1 172.5	5
21. 6.	2 533.9	660.0	31.4	2 221.0	434.5	4 346.0	1 152.1	5
28. 6.	2 534.2	663 1	31.5	2 180.5	369.1	4 342.6	1 145.3	5

*) Einschließlich geringer Kupferbestände. **) Darunter 150 Mill. Pes. Vorschuß an den Staat.

Bank von Finnland.

Wochenausweise von April bis Juni 1924. (Mill. finn. Mark).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Staatsobligat. in ausl. Valuta	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdiskont %
1924									
8. 4.	42.7	0.5	777.8	447.2	735.6	281.6	1399.3	—	9
15. 4.	42.7	0.5	755.6	447.2	720.2	231.6	1385.7	—	9
23. 4.	42.7	0.5	697.5	447.2	732.7	215.3	1365 3	—	9
30. 4.	42.7	0.5	661.2	447 2	763.3	140.0	1384.5	—	9
8. 5.	42.8	0.5	646.1	447.2	777.8	196.4	1350.1	—	9
15. 5.	42.8	0.5	622.1	447.2	718.5	179.7	1324.4	—	9
23. 5.	42.9	0.5	579.4	447.2	763.6	178.4	1307.5	—	9
7. 6.	42.9	0.5	498.8	447.2	968.0	136 6	1351.3	—	9
14. 6.	42 9	0.5	469.1	445.3	972.1	144.8	1317.1	—	9
21. 6.	42.9	0.5	401.0	445.3	975.4	96.3	1297.6	—	9
30. 6.	42 9	0 5	367.4	445.3	999 3	71.4	1305.1	—	9

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Gebr. Rennert, Berlin SO 38
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Einladung

zu der am **Dienstag, den 9. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr,** im Gebäude unserer Abteilung Behrenstraße zu **Berlin,** Behrenstraße 68-69, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Ausscheiden und Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern;
2. Vorlegung der Goldmark-Eröffnungs-Bilanz auf den 1. Januar 1924, sowie des Prüfungsberichtes der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrates;
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Goldmark-Eröffnungs-Bilanz und über die Umstellung des Grundkapitals auf Goldmark 60 000 000.— unter Bildung einer gesetzlichen Reserve von Goldmark 40 000 00.—
4. Ermächtigung der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrates zur Festsetzung der Modalitäten der Durchführung der Umstellung;
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages gemäß den zu 2 und 3 gefaßten Beschlüssen, und zwar des § 5 Absatz 1 (Grundkapital und Stückelung) und des § 34 (je 20 Goldmark 1 Stimme);
6. Feststellung zu § 13 des Gesellschaftsvertrages betr. das Ausscheiden der Herren Jean Andreae, Paul Bernhard und Emil Wittenberg aus der Zahl der persönlich haftenden Gesellschafter.

Zur Stimmenabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von der Reichsbank oder von dem Giro-Effekten-Depot der Bank des Berliner Kassen-Vereins über dieselben ausgestellten Hinterlegungsschein spätestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar

1. bei unseren Hauptniederlassungen in **Berlin, Bremen, Darmstadt;**
2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
3. in **Breslau** bei den Herren **Eichborn & Co.,**
   „ **Cassel** bei den Herren **Fiorino & Sichel,**
   „ **Coblenz** bei Herrn **Leopold Seligmann,**
   „ **Danzig** bei der **Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft,**
   „ **Essen a. d. Ruhr** bei den Herren **Gebrüder Hammerstein,** bei Herrn **Simon Hirschland,**
   „ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Effekten- und Wechselbank,** bei den Herren **Otto Hirsch & Co.,** bei Herrn **Jacob S. H. Stern,** bei den Herren **Gebrüder Sulzbach,**
   „ **Göttingen** bei den Herren **H. F. Klettwig & Reibstein,**
   „ **Hamburg** bei den Herren **L. Behrens & Söhne,** bei den Herren **M. M. Warburg & Co.,**
   „ **Köln** bei dem Bankhaus **A. Levy,**
   „ **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,**
   „ **Magdeburg** bei den Herren **Dingel & Co.,**
   „ **München** bei der **Bayerischen Vereinsbank,** bei den Herren **Merck, Finck & Co.,**
   „ **Stuttgart** bei den Herren **Stuber & Co.,**
4. in **Amsterdam** bei der **Amsterdamschen Bank,** bei der **Internationalen Bank te Amsterdam,**
   „ **Wien** bei der **Mercurbank.**

Berlin, den 14. November 1924.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Goldschmidt. von Simson.

Dresdner Bank.

Außerordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 25 der Satzungen werden die Aktionäre zu einer **außerordentlichen Generalversammlung,** welche am **12. Dezember 1924, mittags 1/2 12 Uhr** im Bankgebäude **Dresden,** Johann-Straße 3, stattfinden wird, eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung der Goldmarkeröffnungsbilanz zum 1. Januar 1924 sowie des Prüfungsberichtes des Vorstandes und des Aufsichtsrats über die Goldmarkeröffnungsbilanz und den Hergang der Umstellung. Genehmigung der Goldmarkeröffnungsbilanz.
2. Beschlußfassung über die Umstellung der Gesellschaft auf Goldmark durch Ermäßigung des Grundkapitals auf 78 Millionen Goldmark und Herabsetzung des Nennwertes der Aktien im Verhältnis 12 1/2 : 1.
3. Ermächtigung des Vorstandes und Aufsichtsrats, die Einzelheiten für die Durchführung der Umstellung der Aktien festzusetzen und dabei auch neue Aktien im Nennwert von 100 Goldmark oder einem Vielfachen davon zum Zwecke des freiwilligen Umtausches gegen eine entsprechende Anzahl bisheriger Aktien auszugeben.
4. Beschlußfassung über die Aenderung des § 27 (später § 21) der Satzungen über das Stimmrecht der Aktien.
5. Ermächtigung des Aufsichtsrats, die infolge der in Ziffer 2. und 3. der Tagesordnung gefaßten Beschlüsse notwendig werdende Aenderung der §§ 5 und 6 (später § 4) der Satzungen über die Höhe des Grundkapitals und seine Zerlegung vorzunehmen.
6. Beschlußfassung über Neufestsetzung und Aenderung der Paragraphenfolge der Satzungen. Hervorzuheben sind folgende Aenderungen:
   a) § 19 (bisher § 24), bezüge des Aufsichtsrats,
   b) § 23 (bisher § 31), Beschlußfassung in der Generalversammlung,
   c) § 26 (bisher § 12), Gewinnverteilung.
7. Ermächtigung des Aufsichtsrats, Aenderungen der Satzungen, die vom Registerrichter verlangt werden sollten und nur die Fassung betreffen, vorzunehmen.

Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Satzungen diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachverzeichneten Stellen:

bei der **Dresdner Bank** in **Dresden** und **Berlin** sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei **Proehl & Gutmann,** Commandite der Dresdner Bank in Amsterdam,
bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** in **Leipzig,**
bei der **Württembergischen Vereinsbank** in **Stuttgart,**
bei der **Deutschen Vereinsbank** in **Frankfurt a. M.,**
bei dem Bankhause **L. & E. Wertheimber** in **Frankfurt a. M.,**
bei dem Bankhause **F. A. Neubauer** in **Magdeburg,**
bei dem Bankhause **A. Levi** in **Köln,**
bei dem Bankhause **Siegfried Simon** in **Köln,**
bei der **Dürener Bank** in **Düren,**
bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in **Essen,**
bei der **Eschweiler Bank** in **Eschweiler,**
bei der **Oldenburgischen Landesbank** in **Oldenburg**

gegen eine Empfangsbescheinigung hinterlegen und bis nach der Generalversammlung daselbst belassen.

Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der **Bank des Berliner Kassen-Vereins** vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind.

Dresden, den 17. November 1924.

Der Vorstand:
Nathan Jüdell

Digitized by Google

2.85 Economics

12. Heft Dezember 1924

Die Bank

Monatshefte für Finanz- und Bankwesen

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

JAN 28 1925

BANK VERLAG
Berlin W, Mansteinstrasse 9

Die Hefte erscheinen Anfang jeden Monats.

Inlands-Preis: { Einzelheft 1,50 Goldmark
Vierteljahr 4,00 „
auf Postscheckkonto (Berlin 13587) erbeten.

Auslands-Preis für ein Halbjahr: 10 schweizer Francs, oder 2 Dollar, oder 8 Shilling, oder 5 holländ. Gulden. Bei anderen Währungen erfolgt Belastung der Inkassospesen.

Digitized by Google

Motoren-Werke Mannheim Aktienges.

vorm. Benz Abt. stationärer Motorenbau

Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten, bei uns erhältlichen Prospektes sind

Goldmark 5 000 000.— Stammaktien

eingeteilt in

Stück 1 000 über je Goldmark 1000.— Nr. 1— 1 000
Stück 40 000 über je Goldmark 100.— Nr. 1—40 000

obiger Gesellschaft

zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.

Berlin, im Oktober 1924.

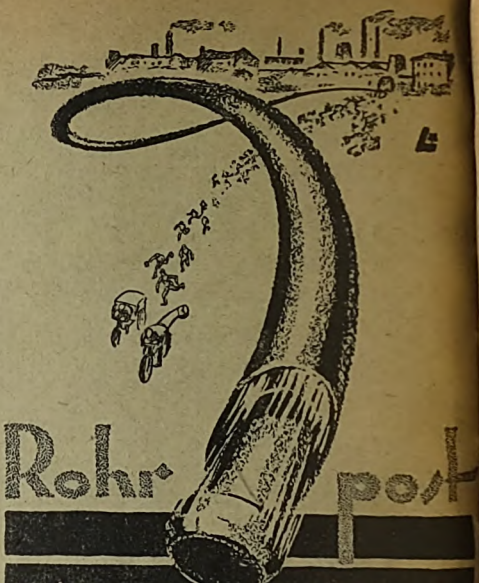
Deutsche Verkehrsbank Aktiengesellsch.

Annoncen

für alle Zeitungen und Zeitschriften
/ vermittelt zu Originalpreisen /

Max Gerstmann

Annoncen-Büro, **Berlin W 9**
Potsdamer Str. 4 (am Potsdamer Platz)
Telefon: Nollendorf 816.



Allgemeine

Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am

Sonnabend, den 20. Dezember 1924, mittags 12 Uhr

im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Richard-Wagner-Straße 1, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. **Vorlegung der Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 und des Prüfungsberichtes über die Goldmark-Eröffnungsbilanz, sowie Beschlußfassung hierzu.**
2. **Beschlußfassung über die Umstellung des Grundkapitals auf Goldmark und die weiteren Modalitäten der Umstellung.**
3. **Abänderungen d. Gesellschafts-Vertrages:**
   a) **§ 4 (Angaben über das Grundkapital) und § 8 (Angaben über das Stimmrecht d. Aktien) gemäß d. Beschlüssen z Pkt. 2**
   b) **§ 23 (anderweite Festsetzung d. Bezüge des Aufsichtsrates).**
4. **Aufsichtsratswahlen.**

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien spätestens am **18. Dezember 1924** zu diesem Zwecke hinterlegt werden, bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen oder bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin W 8 oder bei dem Bankhaus S. Bleichröder in Berlin W 8.

Bezüglich der Hinterlegung bei einem Notar wird auf die Vorschrift in § 8 Abs. 4 der Satzung verwiesen

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.

LEIPZIG, den 26. November 1924.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Petersen. **Dr. Schoen.**

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 061850480